# QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER RÄTEBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND 1918/19

HERAUSGEBER:

KOMMISSION FÜR GESCHICHTE DES PARLAMENTARISMUS
UND DER POLITISCHEN PARTEIEN
BONN

II

DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

# REGIONALE UND LOKALE RÄTEORGANISATIONEN IN WÜRTTEMBERG 1918/19

# REGIONALE UND LOKALE RÄTEORGANISATIONEN IN WÜRTTEMBERG 1918/19

BEARBEITET VON
EBERHARD KOLB
UND KLAUS SCHÖNHOVEN

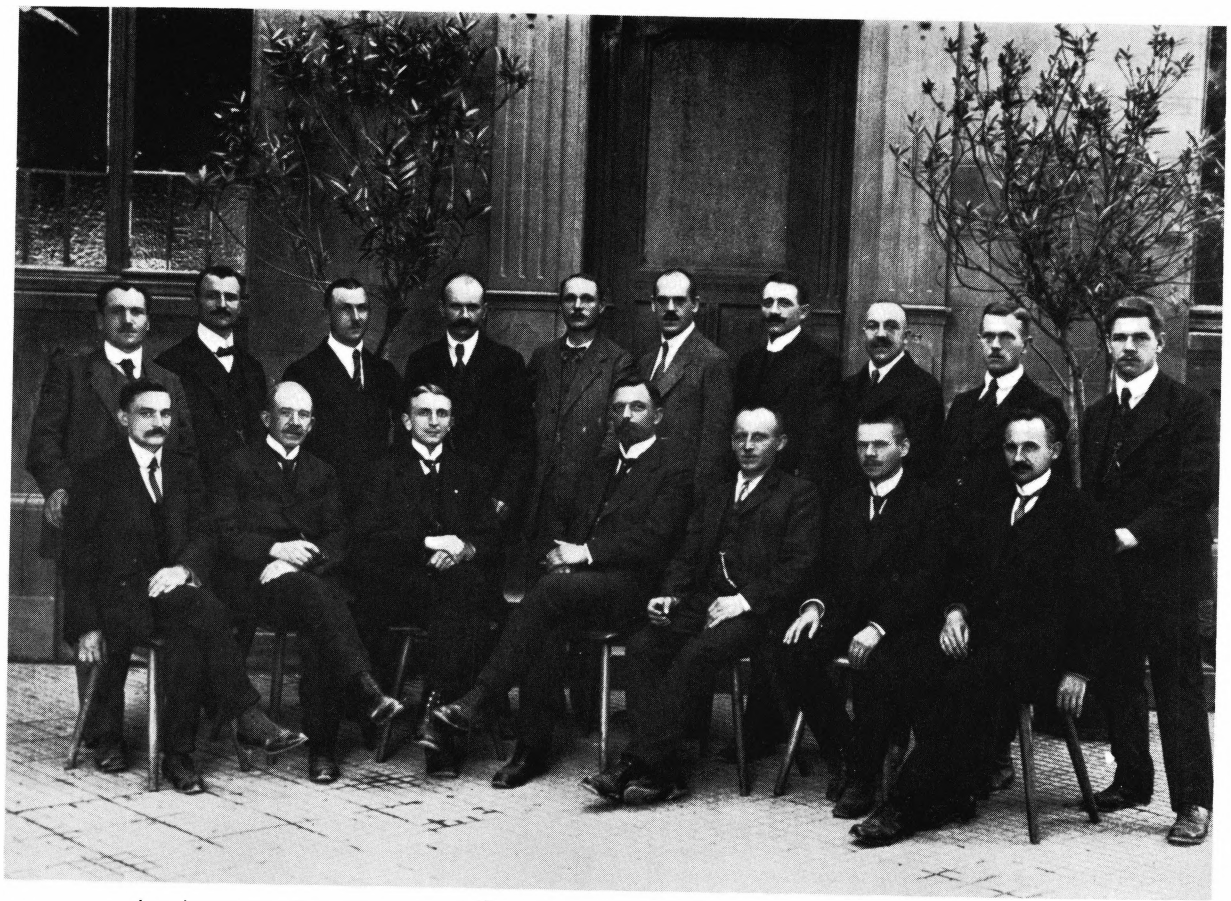
DROSTE VERLAG DÜSSELDORF

© 1976
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien in Bonn-Bad Godesberg

Gesamtherstellung
Rheinisch-Bergische Druckerei- und Verlagsgesellschaft mbH
Pressehaus am Martin-Luther-Platz, 4000 Düsseldorf

Printed in Germany

ISBN 3–7700–5084–3



Landesausschuß der Soldatenräte im Frühjahr 1919 zusammen mit Kriegsminister Herrmann

stehend von links nach rechts:
Schwarz, Hitzler, Kettner, Schindler, Wollbold, Mitschele, Klotz, Hof, Stanecker, Ackermann

sitzend von links nach rechts: Schäffler, Salzer, Bettinger, Kriegsminister Herrmann, Dürr, Biesinger, Benack

Landesausschuß der Arbeiterräte im Frühjahr 1919
stehend von links nach rechts: ?, Roth, Nesper, ?, Ott, Klotzbücher, Eggert, Bonatz, ?
sitzend von links nach rechts: Barthelmes, Zernicke, Gehring, Gräter, Schimmel
(Zuschreibung nach Angaben von Kurt Schimmel und Rudolf Gehring)

## Inhalt


Vorwort ..... VII

EINLEITUNG ..... IX

1. Württemberg vor der Revolution 1918/19: Umrisse seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur ..... XI
2. Die württembergische Sozialdemokratie im Zeichen von „Parteistreit" und Parteispaltung 1907–1918 ..... XXIV
3. Staatsumsturz und Aufbau der Räteorganisation in Württemberg ..... XLVII
4. Zur Edition ..... LXXI

*Abkürzungsverzeichnis* ..... LXXVII

*Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur* ..... LXXVIII

*Verzeichnis der Dokumente* ..... LXXXIV

DOKUMENTE

Abschnitt I: Der Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart als zentraler Rat Württembergs
Dokumente 1–3 ..... 1

Abschnitt II: Landesversammlungen der Soldatenräte Württembergs
Dokumente 4–7 ..... 77

Abschnitt III: Landesversammlungen der Arbeiterräte Württembergs
Dokumente 8–10 ..... 223

Abschnitt IV: Die Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs
Dokumente 11–12 ..... 309

Abschnitt V: Lokale und regionale Arbeiter- und Bauernräte in Württemberg
Dokumente 13–21 ..... 341

Abschnitt VI: Württembergische Garnisonräte
Dokumente 22–23 ..... 381

Abschnitt VII: Aufrufe, Richtlinien, Gesetze und Verordnungen
Dokumente 24–32 ..... 443

ANLAGEN ..... 467

REGISTER ..... 487

## Vorwort

Der Plan zu der Reihe „Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19" ist Anfang der sechziger Jahre entstanden, also zu einer Zeit, als von einem starken theoretischen Interesse an der verfassungspolitischen Bedeutung der Räte noch kaum die Rede sein konnte.
Die bald darauf einsetzende theoretische Diskussion über Räte und Rätesystem, die, ursprünglich politisch motiviert, auch auf die fachwissenschaftlichen Auseinandersetzungen einer ganzen Reihe von Disziplinen übergriff, hat ihren Höhepunkt inzwischen längst überschritten und ist anscheinend weitgehend abgeklungen. Damit ist bereits gesagt, daß bei der Begründung der Quellenreihe, die mit diesem Band fortgesetzt wird, eine andere Intention maßgebend gewesen ist, die auch in der Folgezeit nicht modifiziert zu werden brauchte. Bereits Arthur Rosenberg war davon ausgegangen, daß die historische Analyse der revolutionären Übergangsperiode 1918/19 eine gründliche Erforschung der Arbeiter- und Soldatenräte voraussetzte.
Neuere, nach dem zweiten Weltkrieg entstandene Studien bestätigten in vollem Maße dieses Urteil und ließen eine umfassende Edierung von Quellen zu dieser Thematik als Desiderat erscheinen. Die Aufgabe, die sich damit stellte, mußte als um so dringlicher angesehen werden, als die einschlägigen Quellen – soweit nicht vernichtet oder verschollen – zersplittert, weit verstreut und größtenteils unerschlossen waren. Es war also von vornherein damit zu rechnen, daß Editionen auf diesem bisher vernachlässigten Gebiet geeignet sein würden, der Forschung neue Impulse zu geben, und zwar Impulse, die nicht nur und nicht einmal in erster Linie einer verengten Räteforschung zugute kommen würden.
Bereits beim Erscheinen des ersten, dem Zentralrat gewidmeten Bandes (1968), der dieser Erwartung voll gerecht geworden ist, wurde ein weiterer Band angekündigt, der Dokumente zur Tätigkeit lokaler und regionaler Räteorganisationen enthalten sollte. Bei den ausgedehnten Erfassungs- und Erschließungsarbeiten stellte sich jedoch heraus, daß eine sachadäquate Dokumentation dieses Komplexes mit nur einem Bande nicht erreicht werden konnte. Es erwies sich vielmehr als notwendig, mehrere Regionalbände nebeneinanderzustellen. Der erste dieser Regionalbände, der hiermit vorgelegt wird, gilt der württembergischen Räteorganisation. Er belegt einmal mehr, wie wenig es ausreicht, die deutsche Revolution 1918/19 aus der Perspektive der Berliner – und vielleicht noch der Münchener – Vorgänge zu beurteilen. Württemberg bot sich auch insofern an, als hier eine ungewöhnlich günstige Quellenlage eine Edition ermöglichte, die in mancher Hinsicht exemplarischen Charakter haben dürfte. Auch ein dritter, von Reinhard Rürup bearbeiteter Band über die Räteorganisation in Baden ist schon weitgehend vorbereitet.

Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien schuldet den Bearbeitern, Herrn Prof. Dr. Eberhard Kolb und Herrn Dr. Klaus Schönhoven, großen Dank, daß sie mit diesem Band das Gesamtunternehmen so tatkräftig gefördert haben. Sie schließt Herrn Prof. Dr. Reinhard Rürup in diesen Dank mit ein, hat er doch an der Gesamtplanung und auch an den Überlegungen zur Gestaltung des vorliegenden Bandes einen erheblichen Anteil. Ferner dankt sie dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart, das seine Bestände für die Edition zur Verfügung gestellt und alles getan hat, um den Bearbeitern ihre Aufgabe zu erleichtern.
Während beim ersten Band das Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam, zusammen mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien als Herausgeber zeichnete, wird die Reihe von diesem Band ab von der Kommission allein fortgesetzt. Die enge Verbindung zwischen den Quellen zur Geschichte der Rätebewegung und den übrigen Quelleneditionen der Kommission geht auch daraus hervor, daß sie von Erich Matthias angeregt und mitgeplant worden ist, der auch den vorliegenden Band von seiten der Kommission herausgeberisch betreut hat.

Prof. Dr. Rudolf Morsey

Präsident der Kommission für Geschichte
des Parlamentarismus und
der politischen Parteien

# Einleitung

## 1. Württemberg vor der Revolution 1918/19: Umrisse seiner politischen, wirtschaftlichen und sozialen Struktur

Das Königreich Württemberg, das im November 1918 zum Freistaat wurde, hatte seine territoriale Gestalt in der napoleonischen Ära erhalten. Im kurzen Zeitraum zwischen 1803 und 1810 konnte Friedrich I., seit 1806 König von Napoleons Gnaden, das Staatsgebiet mehr als verdoppeln. Durch Mediatisierungen, Säkularisierungen und Erwerbungen auf dem Vertragswege wuchs Württemberg vor allem im Nordosten und Südosten erheblich über das altwürttembergische Kerngebiet hinaus[1]): Reichsstädte, vorderösterreichische und bayerische Gebiete, fürstliche, gräfliche und ritterschaftliche Besitzungen, Abteien, Propsteien und Stifte sowie Ämter des Deutschordens – Gebiete also mit höchst unterschiedlichen historischen Traditionen – bildeten ein „Neuwürttemberg", das sich ausnahm so bunt wie die Landkarte des alten deutschen Reiches. Während das Herzogtum Württemberg noch bis 1803 ein fast rein protestantisches Land gewesen war, gehörten von den rund 1,25 Mill. Einwohnern des vergrößerten Staates etwa 400000 der römisch-katholischen Kirche an.

Die im ersten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts gezogenen Grenzen erfuhren bis zur territorialen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg keine Veränderungen mehr. Mit einem Gebietsumfang von ca. 19507 qkm war Württemberg im Kaiserreich und in der Weimarer Republik das drittgrößte deutsche Land (nach Preußen und Bayern); der Einwohnerzahl nach stand es hinter Preußen, Bayern und Sachsen an vierter Stelle: Am 8. Oktober 1919 wurden 2526171 Einwohner gezählt[2]), von ihnen waren etwa zwei Drittel evangelisch, knapp ein Drittel katholisch.

Auch die bis zum Staatsumsturz im November 1918 bestehende Verfassungsordnung und die sogar noch über die Revolutionsmonate hinaus beibehaltene Verwaltungsorganisation hatten ihre entscheidende Formung in den beiden ersten Dezennien des 19. Jahrhunderts erhalten. Verfassungsgebung und straff geordnete Verwaltung waren wirksame Instrumente, um aus den nach Herkunft, Tradition und Konfession so verschiedenartigen Gebieten Alt- und Neuwürttembergs einen einheitlichen, zentralistisch regierten Staat zu schaffen. Die nach harten Auseinandersetzungen mit der altständischen Opposition am 25. September 1819 erlassene Verfassung basierte zwar auf dem „monarchischen Prinzip", das im Deutschen Bund der Karlsbader Beschlüsse und der Wiener Schlußakte verbindliche Grundlage jeglicher Verfassungsordnung war, sie gewährte aber den gewählten Mitgliedern der Abgeordnetenkammer doch eine Reihe von Rechten der politischen Mitwirkung; neben dem Großherzogtum Baden erschien daher das Königreich Württemberg im Urteil der Zeit als ein Hort repräsentativen Verfassungslebens[3]).

---

[1]) Vgl. die knappe Übersicht bei Karl Otto Müller, Land und Städte in Württemberg, in: E. Keyser (Hrsg.), Württembergisches Städtebuch. Stuttgart 1962, S. 12f.

[2]) Staatshandbuch 1922, S. 217.

[3]) Dazu eingehend: Albert Eugen Adam, Ein Jahrhundert württembergischer Verfassung. Stuttgart 1919; Walter Grube, Der Stuttgarter Landtag 1457–1957. Von den Landständen zum demokratischen Parlament. Stuttgart 1957; Rosemarie Menzinger, Verfassungsrevision und Demokratisierungsprozeß im Königreich Württemberg. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte des parlamentarischen Regierungssystems in Deutschland (Veröffentlichungen der

Gleichwohl fällt die weitere Entwicklung in Württemberg während des 19. Jahrhunderts und bis hin zur Revolution von 1918/19 nicht aus dem Rahmen der allgemeinen deutschen Verfassungsentwicklung heraus. In der Revolution von 1848 wurden das Verfassungssystem und die bestehende Sozialordnung von der weitaus überwiegenden Mehrheit der württembergischen Bevölkerung nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die Anstrengungen des liberalen Bürgertums konzentrierten sich ganz darauf, die monarchische Verfassung in konstitutionellem Sinne weiterzuentwickeln; für die Errichtung der Republik traten nur die Demokraten und die sich formierende Arbeiterschaft ein, aber selbst sie wünschten keine völlige Revolutionierung der Sozialordnung[4]). Die fünfziger Jahre standen dann auch in Württemberg im Zeichen politischer Reaktion bei gleichzeitigem, staatlich gefördertem raschem wirtschaftlichem Aufschwung. Politische Liberalisierungstendenzen traten erst seit Beginn der sechziger Jahre wieder stärker in Erscheinung; es bildeten sich Parteien, in denen sich Bürgertum und Arbeiterschaft getrennt organisierten. Diese politische Mobilisierung wurde begünstigt durch die Demokratisierung des Wahlrechts, die 1868 im Anschluß an die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Norddeutschen Bund erfolgte.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches kam es auch in Württemberg zu einer engen Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den in der „Deutschen Partei" organisierten württembergischen Nationalliberalen; dieses Bündnis prägte bis 1895 dem Staatsleben den Stempel auf. Nachdem die demokratische „Volkspartei" seit den achtziger Jahren zunehmend an Rückhalt in der Bevölkerung gewonnen hatte, errang sie unter ihren Führern Payer und Haußmann bei den Landtagswahlen von 1895 einen großen Sieg, durch den sie zur führenden parteipolitischen Kraft der nächsten anderthalb Jahrzehnte aufstieg[5]). Dadurch erhielten auch die Bemühungen um eine Verfassungsrevision, die bereits in den siebziger Jahren eingesetzt hatten, neuen Auftrieb. Diese Bemühungen zielten darauf ab, durch eine Parlamentsreform den Landtag stärker zum Organ des politischen Willens der Bevölkerung auszugestalten: erstens sollte die Zahl der nicht aus Volkswahlen hervorgegangenen Abgeordneten reduziert oder – nach anderen Konzeptionen – diese Kategorie von Abgeordneten ganz beseitigt werden; zweitens sollte die Wahlkreiseinteilung entsprechend den inzwischen stark veränderten Einwohnerzahlen korrigiert werden[6]). Einen Erfolg hatten diese Bemühungen erst 1906 zu verzeichnen: die Zweite Kammer – um nur die wichtigsten Ergebnisse der Verfassungsrevision zu bezeichnen – bestand von nun an ausschließlich aus gewählten Abgeordneten, von denen ein Teil – erstmals im Deutschen Reich – durch Ver-

---

Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, B 56). Stuttgart 1969; zum allgemeinen Zusammenhang vgl. auch Hartwig Brandt, Landständische Repräsentation im deutschen Vormärz. Politisches Denken im Einflußfeld des monarchischen Prinzips. Neuwied 1968.

[4]) Siehe jetzt die eindringlichen Analysen bei Dieter Langewiesche, Liberalismus und Demokratie in Württemberg zwischen Revolution und Reichsgründung (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 52). Düsseldorf 1974.

[5]) Hierzu insbesondere Klaus Simon, Die württembergischen Demokraten. Ihre Stellung und Arbeit im Parteien- und Verfassungssystem in Württemberg und im Deutschen Reich 1890 bis 1920 (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, B 52). Stuttgart 1969.

[6]) Bei der Landtagswahl 1900 betrug die Zahl der Wahlberechtigten in der Stadt Stuttgart, dem Wahlkreis mit der höchsten Zahl von Wahlberechtigten, 33163, in der Stadt Ellwangen, dem kleinsten Wahlkreis, hingegen nur 892; beide Wahlkreise entsandten je einen Abgeordneten in den Landtag (in den Wahlkreisen Stuttgart-Amt und Oberamt Ellwangen betrug die Zahl der Wahlberechtigten 10538 und 5274). Der rechnerische Durchschnitt der Wahlberechtigten pro Wahlkreis betrug für das ganze Land ca. 6330. Diese Angaben nach: C. Grosse und Carl Raith, Beiträge zur Geschichte und Statistik der Reichstags- und Landtagswahlen in Württemberg seit 1871. Stuttgart 1912, S. 37–41.

hältniswahl in zwei Landeswahlkreisen gewählt wurde[7]). Die Verfassungsrevision von 1906 brachte zwar noch nicht eine verfassungsrechtliche Festlegung des parlamentarischen Regierungssystems, sie stellte aber immerhin einen partiellen Fortschritt in Richtung einer Parlamentarisierung dar und gab Württemberg das Ansehen eines den Reformtendenzen gegenüber aufgeschlossenen Landes um so mehr, als gerade in diesen Jahren in einigen anderen deutschen Staaten (Sachsen 1897, Lübeck 1905, Hamburg 1906) eine Verschlechterung des Wahlrechts erfolgte.

Über den durch die Verfassungsrevision von 1906 erreichten Grad der Parlamentarisierung ging die Entwicklung in den folgenden Jahren – auch nach Kriegsbeginn – nicht hinaus; Regierung und Landtagsmehrheit (Zentrum, Konservative, Bauernbund, Nationalliberale) standen einer parlamentarischen Regierungsbildung entschieden ablehnend gegenüber. Eine Änderung in dieser Haltung trat erst ein, als sich im Herbst 1918 die innenpolitische Situation im Reich immer stärker zuspitzte. Die im Oktober 1918 eingeleitete Parlamentarisierung kam jedoch – wie im Reich, so auch in Württemberg – zu spät: Das erste parlamentarische Ministerium, von König Wilhelm II. am 9. November 1918 vereidigt, hatte nur eine Lebensdauer von einem Tag. Die revolutionären Vorgänge, die am Ende des Ersten Weltkrieges das deutsche Staatsleben tiefgreifend erschütterten, führten auch in Württemberg zum Sturz der Monarchie und schufen somit gänzlich neue Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der württembergischen Verfassung.

Während die Verfassung im November 1918 zerbrach, blieb die Verwaltungsorganisation über diesen Zeitpunkt hinaus bestehen. Diese Verwaltungsorganisation war in den Jahren 1810–1822 geschaffen und in den darauffolgenden Jahrzehnten nur unwesentlich modifiziert worden. In Gestalt einer „Reform von oben" baute König Friedrich I. in den Jahren nach 1806 eine für das gesamte Staatsgebiet einheitlich organisierte Bezirksverwaltung auf[8]). 1810 wurde das Land in „Oberämter" mit durchschnittlich je 20000 Einwohnern eingeteilt. Die 64 Oberamtsbezirke (63 Amtskörperschaften und der Stadtbezirk Stuttgart) erwiesen sich als ein wesentliches Mittel der staatlichen Integration des Königreichs Württemberg und bestanden „nur in der Abgrenzung gelegentlich geringfügig verändert, in ihrer ursprünglichen, auf das Zeitalter der Postkutsche bemessenen Größe bis ins 20. Jahrhundert"[9]).

Als Mittelinstanz wurden 1817 vier sog. „Kreise" errichtet, nach Umfang und Einwohnerzahl etwa französischen Departements entsprechend: Neckarkreis, Donaukreis, Schwarzwaldkreis, Jagstkreis. Die Kreisregierungen[10]) führten die Aufsicht über je 14–17 Oberämter, erhielten jedoch nicht jene umfassende Zuständigkeit, welche die preußischen Regierungen besaßen, die die gesamte staatliche Verwaltung eines Regierungsbezirks einheitlich leiteten. Daher ruhte auch nach der Einrichtung der Kreisregierungen das Schwergewicht der Bezirksverwaltung in Württemberg bei den Oberämtern; in seiner Doppelstellung als staatlicher Bezirksbeamter und als Leiter der Amtskörperschaftsverwaltung stand der Oberamtmann im Mittelpunkt der öffentlichen

---

[7]) Einzelheiten bei Menzinger (vgl. Anm. 3); s. auch Württemberg, S. 36 f., 88 f., sowie den informativen Bericht des Vorsitzenden der seinerzeitigen Verfassungskommission der württembergischen Abgeordnetenkammer: Theodor Liesching, Zur Geschichte der württembergischen Verfassungsrevision im Landtag 1901–1906. Tübingen 1906.

[8]) Zum folgenden s. insbesondere Grube, S. 64 ff.

[9]) Ebd. S. 83. Aufgehoben und auf die benachbarten Oberämter aufgeteilt wurden 1923 das Oberamt Cannstatt und 1926 das Oberamt Weinsberg; erst mit Wirkung vom 1. 10. 1938 wurden 27 Oberämter beseitigt und das Land in 34 größere Landkreise und drei Stadtkreise (Stuttgart, Ulm, Heilbronn) eingeteilt. Zur Kreis- und Oberamtsgliederung, wie sie 1918/19 bestand, vgl. die Karte auf Tafel S. 469.

[10]) Sie hatten ihren Sitz in Ludwigsburg (Neckarkreis), Ulm (Donaukreis), Reutlingen (Schwarzwaldkreis) und Ellwangen (Jagstkreis).

Angelegenheiten des Bezirks[11]). Obwohl die ohnehin bescheidenen Kompetenzen der Kreisregierungen im Lauf des 19. Jahrhunderts zunehmend abgebaut wurden, erfolgte die Aufhebung dieser allgemein als überflüssig empfundenen Mittelinstanz erst 1924.

Gesetzliche Grundlage der Selbstverwaltung in Gemeinde und Bezirk blieb bis ins 20. Jahrhundert hinein das Verwaltungsedikt vom 1. März 1822. Es faßte verschiedene, in den vorhergehenden Jahren erlassene Edikte zusammen und berücksichtigte darüber hinaus einige Änderungsanträge der Kammer[12]). Dieses Edikt vom 1. März 1822 schuf einerseits eine homogene Verwaltung bis auf die unterste Ebene hinab, andererseits gestattete es ein für die damalige Zeit relativ hohes Maß an Selbstverwaltung. Die politische Entwicklung der folgenden Jahrzehnte und der mit dem Industrialisierungsprozeß verbundene soziale Wandel ließen jedoch eine zeitgemäße Umbildung auch der Verwaltung immer dringlicher geboten erscheinen. Verschiedene Anläufe in dieser Richtung hatten indessen keinen durchschlagenden Erfolg[13]). Erst 1906 kamen nach langwierigen parlamentarischen Verhandlungen eine neue Gemeindeordnung und eine neue Bezirksordnung zustande. Durch die neue Gemeindeordnung wurde die Lebenslänglichkeit der gewählten Ortsvorsteher durch eine zehnjährige Amtsperiode ersetzt und damit eine jahrzehntelang von breiten Bevölkerungsschichten erhobene Forderung erfüllt. Hingegen scheute der Landtag vor der von der Regierung vorgeschlagenen durchgreifenden Vereinfachung der Gemeindeverwaltung, nämlich der Abschaffung des Bürgerausschusses in den Landgemeinden und der Einführung der Magistratsverfassung in den größeren Städten, zurück. So blieb mit dem Bürgerausschuß das charakteristische Merkmal der württembergischen Gemeindeverfassung erhalten: das Zusammenwirken zweier besonderer Kollegien in allen Gemeinden, sowohl in Stadt- wie in Landgemeinden, gewählt von der Bürgerschaft nach demselben Wahlverfahren und aus demselben Personenkreis, von welchen dem Gemeinderat die Vertretung und Verwaltung, dem Bürgerausschuß die Überwachung und eine beschränkte Mitverwaltung zukam[14]). Die neue Bezirksordnung suchte den Oberamtskörperschaften größere Bewegungsfreiheit zu geben, indem ihre Zuständigkeit etwas erweitert und ein sechsköpfiger Bezirksrat geschaffen wurde, der bei der Erledigung bestimmter staatlicher Angelegenheiten an der Seite des Oberamts mitzuwirken hatte[15]). Der Gedanke, auf diese Weise die praktische Erfahrung von Bezirksangehörigen verschiedener Berufsstände der Selbstverwaltung nutzbar zu machen, wurde jedoch in den folgenden Jahren kaum realisiert: Über zwei Drittel der Mitglieder der Bezirksräte waren Ortsvorsteher, ja es gab Bezirksräte, in denen lauter Schultheißen saßen[16]) – das bürokratische Element dominierte also eindeutig.

Nach dem Kriegsausbruch waren die Selbstverwaltungsorgane in Gemeinden und Bezirken gezwungen, eine Fülle zusätzlicher Aufgaben vor allem auf dem Sektor der Kriegswirtschaft zu übernehmen. Der Umfang der Verwaltungsgeschäfte erfuhr dadurch eine außerordentliche Ausdehnung, der Aufbau der Verwaltungsorganisation

---

[11]) Grube, S. 70; Württemberg, S. 146 f.

[12]) Zum Edikt vom 1. 3. 1822 s. neben Grube (S. 71 ff.) Alfred Dehlinger, Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute. 2 Bde., Stuttgart 1951 (hier: Bd. 1, §§ 110–111); zwei immer noch wichtige ältere Arbeiten: Karl Göz, Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg. Tübingen 1908 (hier: S. 271 ff.); Württemberg, S. 139 ff.

[13]) Grube, S. 77 ff.

[14]) Württemberg, S. 170.

[15]) Ein detailreicher Überblick über Verwaltungsaufbau und Kompetenzen der einzelnen Verwaltungsinstitutionen aufgrund der neuen Gemeinde- und Bezirksordnung bei K. v. Göz, Verfassungsrevision und Verwaltungsreform in Württemberg, in: Jahrbuch des öffentl. Rechts 1 (1907), S. 254–316.

[16]) Weller, Staatsumwälzung, S. 271.

und der Stil der Verwaltungstätigkeit blieben jedoch weitgehend unverändert und überdauerten selbst noch die Revolutionsmonate[17]).

In den beiden letzten Jahrzehnten vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs vollzog Württemberg den Übergang vom überwiegenden Agrarstaat zum überwiegenden Industriestaat. Die Ziffern über die Entwicklung der Hauptberufsgruppen in Württemberg sowie über den Anteil der städtischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung lassen dies klar erkennen.

1895 waren in Württemberg noch 45,1% der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, in Industrie und Handel dagegen nur 42,9%. Bis 1907 stieg der Anteil der in Industrie und Handel Beschäftigten auf 49,5%, während der Anteil der auf Land- und Forstwirtschaft entfallenden Erwerbstätigen auf 37,8% sank, Industrie und Handel wiesen jetzt also eine höhere Zahl von Beschäftigten auf als die Land- und Forstwirtschaft. Diese Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren und während des Krieges fort: 1925 machten die in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten 33,1%, die in Industrie und Handel Beschäftigten 53,1% der erwerbstätigen Bevölkerung Württembergs aus[18]).

Entsprechend dieser Verschiebung im Berufsaufbau zugunsten des sekundären und tertiären Sektors veränderte sich innerhalb dieses Zeitraums auch die Relation zwischen Stadt- und Landbevölkerung. 1890 lebten noch nahezu zwei Drittel der württembergischen Bevölkerung in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, waren also „Landbevölkerung". Ende 1910 dagegen überwog knapp die „städtische" Bevölkerung: 1,223 Mill. wohnten in den 167 Gemeinden mit über 2000 Einwohnern, während 1,213 Mill. in den übrigen 1735 Gemeinden als ortsansässig gezählt wurden[19]). Dieser Trend hielt an. 1925 betrug der Anteil der Landbevölkerung 46,8%, in den Gemeinden mit über 2000 Einwohnern lebten 53,2% (davon 13,3% in der einzigen Großstadt, nämlich Stuttgart, 10,3% in Städten zwischen 20000 und 100000 Einwohnern, 16,2% in Gemeinden zwischen 5000 und 20000 Einwohnern und 13,4% in Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohnern)[20]). 1890 hatte es in ganz Württemberg nur 12 Gemeinden mit über 10000 Einwohnern gegeben (Stuttgart, Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Cannstatt, Reutlingen, Ludwigsburg, Gmünd, Göppingen, Tübingen, Ravensburg, Tuttlingen). Während Cannstatt 1905 in Stuttgart aufging, hatten bis 1910 9 weitere Gemeinden die Einwohnerzahl von 10000 überschritten (Heidenheim, Schwenningen, Geislingen, Feuerbach, Zuffenhausen, Ebingen, Aalen, Schramberg, Böckingen), in den nächsten Jahren folgten 3 weitere (Kirchheim, Rottweil, Friedrichshafen)[21]). Allerdings besaß das Land nur eine einzige Großstadt (Stuttgart 1890 104093 Einwohner, 1919 323572 Einwohner), in weitem Abstand folgten Ulm (1919 59040 Einwohner), Heilbronn (1919 44015 Einwohner) und Eßlingen (1919 37814 Einwohner). Württemberg war daher in

---

[17]) Zum Fortbestehen der Kreisgliederung und Oberamtseinteilung vgl. oben mit Anm. 9. Das Gemeindegesetz vom 15. 3. 1919 änderte das Gemeindewahlrecht und hob den Bürgerausschuß auf (s. dazu Nr. 9 Anm. 14); das Notgesetz über die Zusammensetzung der Bezirksräte vom 4. 10. 1919 erweiterte den Wahlkörper, wahrte aber nicht hinreichend die Interessen der größeren Gemeinden, sondern gab den Landgemeinden ein Übergewicht (Weller, Staatsumwälzung, S. 269 ff.).

[18]) Hermann Losch, Die berufliche Gliederung der Bevölkerung Württembergs am 16. Juni 1925, in: Württemb. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1927 (Stuttgart 1928), S. 135 bis 239; hier: S. 151. Aufgrund der Verwendung anderer Parameter gelangen mehrere Autoren zu davon abweichenden Ziffern, z. B. Wolf-Rüdiger Ott, Grundlageninvestitionen in Württemberg. Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur in der Zeit vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftl. Diss. Heidelberg 1971, S. 18.

[19]) Württemberg, S. 66.

[20]) Trüdinger, Stellung, S. 208.

[21]) Württemberg, S. 66.

den Kriegsjahren und in den Revolutionsmonaten durchaus noch ein Land der „kleinen Städte".

Wenn alle diese Zahlen auch deutlich machen, daß sich in Württemberg etwa seit 1895 die für die Epoche der Industrialisierung kennzeichnende beschleunigte Umschichtung der Bevölkerung und der Berufe vollzog, so darf doch nicht übersehen werden, daß für Württemberg die Werte sowohl hinsichtlich des Anteils der in Industrie und Handel Beschäftigten wie hinsichtlich des Anteils der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung während des ganzen Zeitraums (1895–1925) eindeutig unter den entsprechenden rechnerischen Durchschnittswerten für das gesamte Reich lagen[22]). Daraus wird ersichtlich, daß in Württemberg der Industrialisierungs- und Verstädterungsprozeß später einsetzte und sich etwas weniger stürmisch vollzog als in zahlreichen anderen Regionen des Reiches[23]). Dieses „Nachhinken" Württembergs wird allerdings nicht nur verständlich, sondern man darf geradezu von einem überraschend hohen bis 1914 erreichten Industrialisierungsgrad sprechen, wenn man die in Württemberg gegebenen Bedingungen für eine Industrialisierung mit in Betracht zieht: Württemberg besitzt nämlich praktisch keine natürlichen Bodenschätze, es liegt außerdem abseits der großen Adern des Weltverkehrs. Es fehlten also wesentliche Voraussetzungen, welche anderwärts Industrien entstehen ließen. Wenn trotzdem seit den 1850er Jahren unternehmerische Initiative und gewerblicher Fleiß der Bevölkerung sowie eine weitschauende und energische Gewerbeförderungspolitik der Regierung den Industrialisierungsprozeß in Württemberg in Gang brachten und seit Ende des Jahrhunderts sogar ein rascher industrieller Ausbau erfolgte, dann prägten die wenig günstige Produktionsgrundlage und die einigermaßen ungünstige Verkehrslage die industrielle Entwicklung Württembergs doch in ganz spezifischer Weise:

1. Infolge des Mangels an Kohle und Eisen konnte sich in Württemberg keine Schwerindustrie entwickeln[24]). Aus der Rohstoffarmut erwuchs so der „Zwang zum Verarbeitungsland"[25]). Auf dem Sektor der verarbeitenden Industrien, der Qualitäts- und Feinindustrie lag Württemberg schon vor dem Ersten Weltkrieg erheblich über den Durchschnittswerten für das Reich. Während nach der Gewerbestatistik auf Württemberg im Verhältnis zum Reich nur 3,84 % der deutschen Industriebevölkerung entfielen, waren 1907 in über 50 verschiedenen Gewerbezweigen mehr als 6 % der einschlägigen deutschen Arbeiterschaft in württembergischen Betrieben beschäftigt. Über ein Drittel oder gegen ein Drittel der gesamten einschlägigen deutschen Branchenarbeiterschaft beschäftigte die württembergische Zieh- und Mundharmonikafabrikation (37,9 %), die Teigwarenfabrikation (36 %), die Fabrikation von Feuerzeugapparaten (30,8 %) und die Korsettfabrikation (30,4 %). Ebenfalls hohe Anteile der einschlägigen deutschen Branchenarbeiterschaft hatten folgende Industriezweige aufzuweisen: Fabrikation von

---

[22]) Hinsichtlich des Berufsaufbaus macht Losch (s. Anm. 18) – auf der gleichen Berechnungsbasis wie für Württemberg – für das Reich folgende Angaben: Land- und Forstwirtschaft 1895 35,8 %, 1907 28,6 %, 1925 23,2 %; Industrie und Handel 1895 50,6 %, 1907 56,2 %, 1925 59,9 %.

[23]) Aufschlußreich in dieser Hinsicht die von Hoffmann und Müller errechneten Ziffern über das Volkseinkommen pro Kopf in einzelnen deutschen Staaten im Jahr 1913 (in Mark): Hamburg und Bremen 1265, Sachsen 902, Baden 730, Preußen 726, Württemberg 697, Hessen 656, Bayern 638; s. W. G. Hoffmann und J. H. Müller, Das deutsche Volkseinkommen 1851–1957. Tübingen 1959, S. 87, 99, 114, 125, 138, 147, 155. Zur Entwicklung der württembergischen Wirtschaft im 19. Jahrhundert s. jetzt die eingehenden Darlegungen von Willi A. Boelcke, Wege und Probleme des industriellen Wachstums im Königreich Württemberg, in: Zs. f. württembergische Landesgeschichte 32, 1973, S. 436–520.

[24]) 1907 war von über 1/2 Million deutschen Bergarbeitern kein einziger in Württemberg tätig, von rund 35000 im Eisenerzbergbau Beschäftigten nur 45, von über 170000 bei der Eisen- und Stahlerzeugung Beschäftigten nur 375; Württemberg, S. 817.

[25]) Hoffmann, S. 117.

Schußwaffen (25%), von Linoleum (22,3%), von Kraftfahrzeugen (20,8%), von Zeitmeßinstrumenten (19,8%), chirurgischen Instrumenten (18,8%), die Strickerei und Wirkerei (14,6%), die Seidenspinnerei (10,7%), die Baumwollspinnerei (8,9%), die Zementfabrikation (8,7%) und der Klavier- und Orgelbau (8,3%)[26]). Einige dieser württembergischen Spezialindustrien hatten allerdings nur einen relativ geringen Anteil an der Gesamtarbeiterschaft Württembergs. Nach der Zahl der Beschäftigten lagen eindeutig an der Spitze – und waren insofern die wichtigsten Branchen in Württemberg – die Textilindustrie und die Metallindustrie (Metallverarbeitung und Maschinenbau); im Bereich der Maschinenindustrie gab es 1907 bereits 3 Betriebe mit über 1000 Arbeitern[27]).

Was im übrigen die Entwicklung der Betriebsgrößen angeht, so ist auch hier ein „Hinterherhinken" Württembergs hinter den Durchschnittswerten für das Reich festzustellen: Waren 1907 im Reich 57,1% der Beschäftigten in Betrieben mit über 20 Personen tätig, so waren es in Württemberg nur 53,4%, d. h. fast die Hälfte der Industriearbeiter waren in Kleinbetrieben tätig. Nur 14 Betriebe hatten 1907 über 1000 Beschäftigte (ihre Zahl stieg bis 1916 auf mehr als das Doppelte), bei weiteren 226 Betrieben lag die Beschäftigtenzahl zwischen 200 und 1000[28]).

Die württembergische Industrie als fast ausschließlich verarbeitende Industrie mit einem hohen Anteil von ausgesprochener Qualitätsfabrikation benötigte in besonderem Maße fachlich geschulte Arbeiter und mußte daher auch entsprechende Löhne zahlen. Zwar fehlen Angaben über die durchschnittlichen Löhne in den einzelnen Industriezweigen, indessen lagen die Durchschnittstagelöhne in den württembergischen Gemeinden mit über 10000 Einwohnern – insbesondere im Großraum Stuttgart – recht hoch. In Stuttgart und Feuerbach betrug am 1. Januar 1914 der ortsübliche Lohn für erwachsene männliche Arbeiter 4,00 Mark, für Frauen 2,80 Mark (zum Vergleich: Leipzig 3,80 bzw. 2,20; Düsseldorf 4,00 bzw. 2,60; Mannheim 3,80 bzw. 2,40; Karlsruhe 3,60 bzw. 2,60)[29]). Es kann also festgestellt werden, daß die Stuttgarter Arbeiter zu den am besten bezahlten im Reich gehörten.

2. Da sich in Württemberg der Standort der Industrien nicht gleichsam zwangsläufig aufgrund des Vorkommens von Rohstoffen ergab, spielten bei der Standortwahl die unternehmerische Initiative und die lokalen gewerblichen Traditionen eine vergleichsweise große Rolle; häufig erfolgte die Errichtung eines Industrieunternehmens – besonders auf dem Textilsektor – in Anknüpfung an ältere bäuerliche Hausgewerbe. Diese relative Freiheit bei der Standortwahl führte dazu, daß sich industrielle Betriebe in allen Teilen Württembergs ansiedelten oder entwickeln konnten, nicht nur in einzelnen Bezirken und nicht nur in den Städten. Von den 661 Betrieben mit über 50 Arbeitern, die es 1895 in Württemberg gab, befanden sich 22,5% in Stuttgart, 18,5% im übrigen Neckarkreis, 22,2% im Schwarzwaldkreis, 23% im Donaukreis und 13,8% im Jagstkreis[30]). Bis 1911 war die Zahl der Betriebe mit über 50 Beschäftigten auf 1191 angestiegen; immerhin über ein Viertel dieser Betriebe (27,2%) war auf dem „Land" angesiedelt[31]). Der zahlenmäßige Anteil der auf dem Lande und in den kleinen Plätzen

---

[26]) Württemberg, S. 814.

[27]) Daimler-Untertürkheim (2944), Voith-Heidenheim (1390), Maschinenfabrik Eßlingen (1223); Hanns Steudel, Geschichtliche Entwicklung der Maschinenindustrie in Württemberg bis zum Weltkrieg. Diss. rer. pol. Tübingen 1923, S. 174.

[28]) Württemberg, S. 822, 825.

[29]) Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, 35. Jg. 1914, S. 90 ff.

[30]) Oskar Bachteler, Die Verteilung der württembergischen Industrie auf Stadt und Land. Diss. rer. pol. Tübingen 1921, S. 1.

[31]) Ebd. S. 81. Unter „Land" versteht Bachteler alle Gemeinden (mit Ausnahme der Oberamtsstädte), welche 1895 und 1910 weniger als 5000 Einwohner hatten.

domizilierten Industrie war in Württemberg also beachtlich, insbesondere im Vergleich zu Norddeutschland, wo sich für weite Gebiete das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft recht ungleichmäßig und einseitig gestaltete: einerseits regelrechte Industrielandschaften, andererseits fast rein landwirtschaftliche Regionen, in denen es an industrieller und gewerblicher Beschäftigung nahezu ganz fehlte.

Wenn also ein vergleichsweise hohes Maß an industrieller Dezentralisierung für Württemberg charakteristisch ist, so wäre es doch irrig, Württemberg schlechthin als Land der dezentralisierten Industrie zu betrachten. Seit dem Einsetzen des Industrialisierungsprozesses ist eine geographische Konzentration der Gewerbetätigkeit innerhalb des Landes zu konstatieren: Eine „Industriestraße" führt von Heilbronn über Bietigheim nach Stuttgart, dem größten Arbeitsmarkt, und von hier weiter über Eßlingen und Plochingen, um sich dort in zwei allmählich auslaufende Stränge zu teilen: neckaraufwärts über Nürtingen, Reutlingen nach Tübingen, filsaufwärts über Göppingen nach Geislingen.

Andererseits blieben drei größere Gebiete damals fast rein landwirtschaftlich-kleingewerblich: das hohenlohesche Land (Jagstkreis), das Gäu mit einem Teil des Schwarzwaldvorlandes und vor allem der größere Teil des Donaukreises südlich der Donau; in diesen gewerbearmen Landschaften besaßen die Städte noch vor und nach dem Ersten Weltkrieg den Charakter mittlerer Landstädte. Es ist sicher kein Zufall, daß es sich bei diesen Landschaften um Gebiete mit Anerbenrecht handelt. In der einschlägigen Literatur wird immer wieder darauf hingewiesen[32]), daß in Württemberg zwischen Agrarverfassung und Industrialisierungsprozeß ein deutlicher Zusammenhang bestehe, eine auffallende Übereinstimmung von Realteilungs- und Industriegebieten einerseits, Anerben- und Agrargebieten andererseits. In den Anerbengebieten des württembergischen Nordostens und Südostens, wo es infolge der Vererbung geschlossener Höfe zu keiner Güterzersplitterung wie in den Realteilungsgebieten kam, dominierten die großbäuerlichen oder zumindest mittelbäuerlichen Betriebe, während das übrige Württemberg ein Land kleinbäuerlichen Besitzes war (1925: 52,9% der landwirtschaftlichen Betriebe unter 2 ha, 26,7% 2–5 ha, 18,5% 5–20 ha, nur 1,9% über 20 ha[33]). Zu Beginn der Industrialisierung bestand daher für die Industrie ein Anreiz, sich in den dicht bevölkerten Realteilungsgebieten anzusiedeln, in denen die Güterzersplitterung unter die „Ackernahrungsgrenze" fortgeschritten war und die Landwirtschaft die Menschen nicht mehr aufnehmen konnte, der Faktor Arbeitskraft also in reichlichem Maße vorhanden war[34]). Bis zum Weltkrieg hatten diese Entwicklungsbedingungen zu folgendem Ergebnis geführt: Während sich im Anerbengebiet die Industriebetriebe nahezu ausschließlich auf die städtischen Zentren beschränkten, fügten sich im Realteilungsgebiet die städtischen Industriesiedlungen in ein ebenfalls bereits mehr oder weniger industrialisiertes Gebiet ein, in dem die aus der Landwirtschaft stammende, in der Industrie tätige Bevölkerung großenteils an Ort und Stelle geblieben ist. Aus diesem Grunde spielte in Württemberg auch von jeher der „Pendlerverkehr" eine besondere Rolle. Etwa 10–15% der württembergischen Arbeiterschaft wohnten – großenteils im eigenen Haus – in kleineren Gemeinden[35]), von wo sie täglich den Weg zur Arbeitsstätte antraten. Dies gilt vor allem für den Großraum Stuttgart: 1910 pendel-

---

[32]) Hoffmann, S. 45 mit weiteren Nachweisen.
[33]) Trüdinger, Stellung, S. 212; vgl. auch die Karte bei Griesmeier, S. 129.
[34]) Hoffmann, S. 47.
[35]) Ehmer, S. 176. Die Zahl der Pendler zum Arbeitsort nahm in folgender Weise zu: 1900 54 134; 1910 81 601; 1925 145 691; die Zahl der Pendelwanderer nahm prozentual stärker zu als die Zahl der beschäftigten Personen überhaupt (Hoffmann, S. 73).

ten aus sämtlichen Oberämtern des Neckarkreises, aus 14 Oberämtern des Schwarzwaldkreises, aus 7 des Donau- und 9 des Jagstkreises, aus insgesamt 314 Gemeinden, Tausende von Menschen nach der Landeshauptstadt[36]). In Stuttgart-Stadt und in den Oberämtern Stuttgart, Eßlingen und Ludwigsburg standen allein ein Drittel der Pendler des Landes in Arbeit[37]).

Aus den soeben skizzierten Voraussetzungen ist es zu erklären, daß industrielles Wachstum und Bevölkerungszunahme in den verschiedenen Regionen Württembergs nicht gleichmäßig erfolgten. Entschieden am weitesten vorangeschritten war der industrielle Ausbau zur Zeit des Weltkriegsendes im Neckarkreis mit dem Zentrum Stuttgart. Im Neckarkreis hatte sich die Zahl der in Industrie und Handwerk (ohne Baugewerbe) Beschäftigten von 1895 bis 1907 um 43% erhöht. Der Schwarzwaldkreis (mit Industriegebieten vor allem um Reutlingen und im oberen Neckartal, im Raum Schwenningen–Schramberg und auf der Südwest-Alb um Ebingen und Tuttlingen) verzeichnete in diesem Zeitraum eine Zunahme um 30–33%, während der Donaukreis (industrielle Zentren im Raum Ulm und im Bodenseegebiet) mit 22% bereits stark zurückblieb. Der Jagstkreis war mit 12% am Aufschwung ganz untergeordnet beteiligt; neue Industrien kamen hier zu den traditionellen (vor allem Verarbeitung von edlen Metallen in Gmünd, Textil- und Maschinenindustrie in Heidenheim) nicht hinzu[38]), so daß diese Region im ganzen ihren landwirtschaftlichen Charakter auch in jener Periode beibehalten hat, in welcher sich der Durchbruch Württembergs zum Industriestaat vollzog. Im Schwarzwaldkreis blieb nach wie vor die Textilindustrie vorherrschend, daneben Uhrenfabrikation, Apparatebau und Instrumentenherstellung. Im Neckarkreis entwikkelte sich die Maschinenindustrie mit mehr als 25000 Beschäftigten zum dominierenden Wirtschaftszweig; im Donaukreis war sie dagegen neben der Textilindustrie und der Metallverarbeitung noch immer verhältnismäßig schwach vertreten[39]).

Entsprechend der im industriellen Ausbau erkennbaren Schwerpunktbildung wies der Neckarkreis auch das stärkste Bevölkerungswachstum auf. Dagegen waren im Jagstkreis die höchsten Abwanderungsraten zu verzeichnen; er verlor im Durchschnitt jährlich etwa 9 Personen je 1000 seiner mittleren Bevölkerung und gab damit von seinem etwas schwächeren natürlichen Bevölkerungsnachschub den überwiegenden Teil nach außen, vor allem an den Neckarkreis, ab. Wanderungsverluste erlitten auch der Schwarzwald- und der Donaukreis[40]).

Der Großraum Stuttgart bildete sich so in den Jahrzehnten vor dem Krieg immer stärker zum eigentlichen Gravitationszentrum des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Lebens im Lande aus, und während des Krieges setzte sich diese Entwicklung fort. 1919 lebten von den 2,5 Mill. Einwohnern Württembergs mehr als ein Drittel in Stuttgart und in den die Landeshauptstadt umgebenden Oberämtern[41]). Es ist deshalb nur folge-

---

[36]) Dessauer, S. 169 ff.; Württemberg, S. 70 f.; bei Ehmer (S. 62) eine Karte, auf der die Wohnorte der Werksangehörigen der Robert Bosch AG in Stuttgart-Feuerbach eingetragen sind; vgl. auch Hoffmann, S. 75 f.

[37]) Hoffmann, S. 74.

[38]) Griesmeier, S. 153.

[39]) Ebd.

[40]) Ebd., S. 154 f.; ebd. S. 155 eine Tabelle über den jahresdurchschnittlichen Wanderungsgewinn oder -verlust der 4 Kreise im Zeitraum 1896–1910.

[41]) In Stuttgart-Stadt (323572) und in den im Einzugsbereich gelegenen Oberämtern Stuttgart, Cannstatt, Ludwigsburg, Besigheim, Heilbronn, Böblingen, Eßlingen, Nürtingen, Kirchheim, Reutlingen, Göppingen und Geislingen lebten 1919 rund 900000 Menschen (Staatshandbuch 1922, S. 217 ff.). Hinweise auf die Bevölkerungsentwicklung in Stuttgart im Rahmen einer vergleichenden Untersuchung: Wolfgang Köllmann, Zur Bevölkerungsentwicklung ausgewählter deutscher Großstädte in der Hochindustrialisierungsperiode, in: ders., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Göttingen 1974, S. 140–156.

richtig, wenn in einer Edition, die die politischen und sozialen Auseinandersetzungen in Württemberg während der Revolutionsmonate von 1918/19 zu dokumentieren sucht, der Großraum Stuttgart ganz im Vordergrund steht.

Ein in der einschlägigen Literatur immer wiederkehrender Topos ist der von der „gesunden Sozialstruktur" Württembergs[42]); in Württemberg träten „die sozialen Gegensätze nicht so schroff hervor wie anderwärts"[43]). Daran ist sicherlich etwas Richtiges, man sollte sich jedoch davor hüten, die Sozialstruktur Württembergs in der Zeit vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg zur sozialen Idylle umzudeuten; immerhin war die Einkommensschichtung in Württemberg (1928) keineswegs ausgeglichener als im Reich, eher noch etwas ungünstiger als im Reichsdurchschnitt: 62,3% der Jahreseinkommen (im Reich 61,7%) lagen in der Gruppe bis zu 3000 RM, in der nächsten Gruppe (3000–5000 RM) wies das Reich einen etwas höheren Prozentsatz auf, in der Gruppe der Einkommen von 15000 bis 50000 RM entsprach der Anteil Württembergs demjenigen im Reich, und die ganz großen Einkommen waren in Württemberg sogar etwas stärker vertreten als im Reich (4% gegenüber 3,4% im Reich)[44]). Andererseits konnte in Württemberg manches vermieden werden, was den Übergang von der landwirtschaftlichen und kleingewerblichen zur industriellen Arbeitsweise für die sich bildende Arbeiterschaft besonders belastungsreich gestaltete: abruptes Herausreißen der Menschen aus der ihnen vertrauten Umgebung, schnelles Wachstum von Industriestädten mit Mietskasernen und einem gänzlich neuen Lebenszuschnitt ihrer Bewohner. Neu entstehende Industrie und traditionelle Landwirtschaft sind in Württemberg enger miteinander verflochten geblieben als in vielen anderen Teilen Deutschlands. Ein Industriearbeiter, der im Nebenberuf noch eine kleine bäuerliche Wirtschaft betrieb, entwickelte kaum ein proletarisches Bewußtsein. Auch sonst ließ der vertraute kleinstädtische oder ländliche Lebensumkreis viele Arbeiter nicht zum Bewußtsein ihrer neuen gesellschaftlichen Situation gelangen. Die kleinbetriebliche Organisation in nicht wenigen Industriezweigen und die durch sie begünstigten patriarchalischen Verhältnisse innerhalb der Betriebe taten ein übriges.

Eine Ausnahme bildet in dieser Beziehung zweifellos das industrielle Zentrum des Landes, der Großraum Stuttgart. Hier vor allem herrschte die moderne Industrie vor, die zu großbetrieblicher Organisation drängte – bei Kriegsausbruch befanden sich allein 10 der 14 Betriebe des Landes mit über 1000 Beschäftigten in Stuttgart[45]). Hier auch lebte zumindest ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft in städtischen Massenquartieren mit unzureichenden Wohnbedingungen. Es verwundert daher nicht, daß in dieser Region die sozialen Gegensätze klar in Erscheinung traten und deutlich empfunden wurden, daß hier große Teile der Arbeiterschaft von einem sehr ausgeprägten proletarischen Bewußtsein erfüllt waren.

Man wird also differenzieren müssen: Im industriellen Zentrum des Landes zwischen Heilbronn und Göppingen mit Stuttgart im Mittelpunkt waren überwiegend die für Industriegebiete allgemein typischen sozialstrukturellen und sozialpsychologischen Gegebenheiten anzutreffen, im übrigen Land, auch in nicht mehr vorwiegend agrarischen Gebieten, eine noch weitgehend traditionell bestimmte und strukturierte Gesellschaft, die durch die vorhandene Industrie noch nicht grundlegend transformiert worden war. Allerdings darf diese Unterscheidung nur mit einer gewissen Behutsamkeit vorgenommen werden: Eine Reihe der für die ländlichen Industriegebiete typischen

---

[42]) Preiser, S. 48.
[43]) Trüdinger, Stellung, S. 222; vgl. Ehmer, S. 11.
[44]) Preiser, S. 81. Vgl. dazu auch Albert Jeck, Wachstum und Verteilung des Volkseinkommens. Untersuchungen und Materialien zur Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland 1870–1913. Tübingen 1970, S. 180 ff., 207 ff.
[45]) Dessauer, S. 62.

Erscheinungen fand sich nämlich auch in der Umgebung von Stuttgart und Eßlingen; wie ausführlich dargelegt wurde, hat es ja eine reinliche Scheidung zwischen industriellem Ballungszentrum und vorwiegend agrarischem Hinterland in Württemberg nicht gegeben.

Immerhin vermag der angedeutete Gegensatz zu einem erheblichen Teil auch die starken Spannungen innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie[46]) zu erklären, denn deren Anhängerschaft rekrutierte sich eben nicht nur aus der überwiegend recht klassenkämpferisch eingestellten Arbeiterschaft des Industriereviers Stuttgart–Eßlingen, auch die Beschäftigten zahlloser kleiner und mittlerer Betriebe in der „Provinz" hatten in der SPD ihre politische Heimat gefunden.

Die Mannigfaltigkeit der Industriezweige, der noch sehr starke Anteil von Klein- und Mittelbetrieben, die teilweise noch kaum zu treffende Unterscheidung von Gewerbe- und Industriebetrieb ließen es nicht zu, daß sich die Unternehmerschaft in Interessenverbänden und Kartellen straff und schlagkräftig organisierte, um auf diese Weise eine ganz ihren spezifischen Interessen dienende Arbeits- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen. Natürlich gab es auch in Württemberg die scharfen Interessengegensätze zwischen Arbeit und Kapital; nur war auf beiden Seiten, gerade auch auf der Unternehmerseite, die Organisation der gesellschaftlichen Interessen in der Vorkriegszeit noch nicht so weit vorgeschritten wie in anderen Industriegebieten. Daher verliefen die Arbeitskämpfe in Württemberg wesentlich ruhiger als in vergleichbaren anderen Bundesstaaten, was vor allem in den niedrigen Streikzahlen zum Ausdruck kommt. 1912 wurden in Württemberg 58 Streiks beendet, von denen 156 Betriebe betroffen waren und an denen sich insgesamt 3230 Arbeiter beteiligten. Die entsprechenden Ziffern lauten für Baden 70–167–3398, für Bayern 252–658–19184, für Sachsen 259–818–27064. Auch 1913 weist die Streikstatistik für Württemberg bemerkenswert niedrige Zahlen aus: 38 beendete Streiks in 125 betroffenen Betrieben mit insgesamt 2540 Streikenden. Die Vergleichszahlen für Baden: 62–296–5289; für Bayern: 189–1491–13348; für Sachsen: 226–580–15344[47]).

Die Kriegsjahre waren jedoch auch in Württemberg – wie in ganz Deutschland – eine Zeit, in der sich die sozialen Gegensätze zunehmend verschärften. Die Umstellung von der Friedens- auf die Kriegswirtschaft fiel der württembergischen Industrie besonders schwer; sie verlor nicht nur einen Großteil ihrer ausländischen Abnehmer, sie war auch nur zu einem geringen Teil auf die Produktion für den Heeresbedarf eingestellt. Neben der Schußwaffenfabrikation, in der 2700 Arbeiter beschäftigt waren, kamen unmittelbar in Betracht nur noch die Kraftfahrzeugindustrie mit ungefähr 3000 Beschäftigten sowie die Herstellung von Luftschiffen in Friedrichshafen. Tatsächlich wurde in Württemberg die Umorganisierung der Industrie für die Bedürfnisse der Kriegswirtschaft erst durch das Hindenburgprogramm einigermaßen durchgesetzt. Die meisten Betriebe mußten nun kurzfristig auf die Herstellung kriegswichtiger Güter umgestellt werden, oft genug auf Kosten der Sicherheit am Arbeitsplatz[48]).

---

[46]) Vgl. dazu unten S. XXVI ff.

[47]) Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. vom Kaiserlichen Statistischen Amte, 34. Jg. 1913, S. 74 f.; 35. Jg. 1914, S. 84 f. Auch in den zwanziger Jahren lag die Streikaktivität in Württemberg weit unter dem Reichsdurchschnitt: für 1927 siehe die Zahlen bei Trüdinger, Stellung, S. 242.

[48]) Kling, S. 51 f. Nach den Feststellungen der Gewerbeaufsichtsbeamten erfolgte die Umstellung „meist auf Kosten der baulichen, gesundheitlichen und betriebssicheren Beschaffenheit der Anlagen. Eine Überfüllung der Arbeitsräume mit Menschen und Maschinen, unzureichende Belüftung der Arbeitsräume, mangelhafte oder fehlende sanitäre Einrichtungen waren häufig zu beanstanden. In vielen Betrieben fehlte es an der notwendigsten Instandhaltung der Räume und Arbeitseinrichtungen" (zit. ebd. S. 52). Vgl. insgesamt auch Weller, Staatsumwälzung, S. 44 ff.

Als Folge der Einberufungen zum Militär fand eine starke Umschichtung der Arbeitskräfte statt. Die Zahl der Arbeiterinnen stieg von 79535 im Jahr 1913 auf 95544 im Jahr 1918, während im gleichen Zeitraum die Zahl der Arbeiter von 195023 auf 147927 abfiel[49]). Außerdem wechselten viele Arbeiter aus Kleinbetrieben und aus den Friedensindustrien, die schon kurz nach Kriegsbeginn zu Kurzarbeit übergehen oder Arbeiter entlassen mußten[50]), sowie selbständige Handwerker in die Rüstungsindustrie über, da hier der Verdienst größer war und man auch eher der drohenden Einberufung entgehen konnte[51]). So wuchs vor allem die Belegschaft der Daimlerwerke in Untertürkheim (im Frühjahr 1918 12000 Arbeiter), der Bosch-Werke in Stuttgart und Feuerbach (im Frühjahr 1918 je 6000 Arbeiter) sowie der verschiedenen Werke des Zeppelinkonzerns in Friedrichshafen (vor Kriegsausbruch wenige hundert Arbeiter, im Sommer 1918 rund 8000 Beschäftigte)[52]).

Die Arbeitszeit wurde durch Überstunden, Sonntags- und Nachtarbeit in einem Maße verlängert, daß die Gesundheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ernsthaft gefährdet war. In zahlreichen Betrieben, vor allem der Rüstungsindustrie, betrug die tägliche Arbeitszeit jetzt 10, 10½ oder gar 11 Stunden. In einer Waffenfabrik war die Mehrzahl der Arbeiter von Kriegsbeginn an einige Jahre lang in Tag- und Nachtschichten täglich 12–13, mitunter 14–15 Stunden beschäftigt[53]).

Zu der Arbeitsüberlastung kam die immer spürbarer werdende Lebensmittelknappheit. Ihr suchte die württembergische Regierung besonders früh durch Rationalisierung der Grundnahrungsmittel zu begegnen. Bereits im Dezember 1914 stellte die Zentralstelle für Gewerbe und Handel einen Plan auf, welcher die Getreide- und Mehlversorgung einheitlich regelte, und führte diesen dann für das ganze Land durch, soweit es die Reichsvorschriften zuließen: Württemberg war längere Zeit der einzige Bundesstaat des Reiches, der für das ganze Land die dem einzelnen seinen Anteil an Brot zuweisende Brotkarte vorschrieb und dieser gleichzeitig innerhalb der Landesgrenzen Freizügigkeit verschaffte[54]). Als erster deutscher Bundesstaat führte Württemberg dann am 17. 4. 1916 die Fleischkarte ein, die zunächst festgelegten Rationen mußten aber schon im Laufe dieses Jahres und noch mehrfach während der beiden folgenden Jahre herabgesetzt werden[55]). Trotz solcher Bemühungen, den Mangel einigermaßen gerecht zu verwalten, führte die Verknappung der Lebensmittel schon bald nach Kriegsausbruch zu einer Teuerung, mit der die seit 1915 allmählich steigenden Löhne kaum Schritt halten konnten. Darüber hinaus entwickelte sich aufgrund der Lebensmittelknappheit und der Rationierung ein blühender Schleichhandel, der im Verlauf des Krieges immer weiter ausuferte; er drückte auf die ohnehin nicht ausreichenden Lebensmittelbestände und vergiftete zusätzlich das soziale Klima[56]). Auch in Württemberg – und zwar nicht nur in den größeren Städten, sondern auch in den ländlichen Di-

---

[49]) Kling, S. 15.
[50]) Zur Entwicklung der Betriebsgrößen im Krieg vgl. auch Bachteler (s. Anm. 29), S. 80 f.
[51]) Kling, S. 50.
[52]) Deist II, S. 937; Weller, Staatsumwälzung, S. 47.
[53]) Kling, S. 51.
[54]) Weller, Staatsumwälzung, S. 48 f.
[55]) Kling, S. 53.
[56]) Interessante Angaben und Stimmungsbilder finden sich in den Zusammenstellungen der Monatsberichte der stellv. Generalkommandos an das preußische Kriegsministerium (Bayer. Hauptstaatsarchiv München Abt. IV MKr 12851–12853, vgl. Deist I, S. 378f.). In diesen Zusammenstellungen wird auch aus den Berichten des württembergischen Kriegsministeriums zitiert, so z. B. aufschlußreiche Mitteilungen über wirtschaftliche Lage und allgemeine Stimmung insbesondere der Landbevölkerung und des Mittelstandes in den Berichten vom 3. 4. 17 (S. 21), 3. 7. 17 (S. 10f., 21), 3. 8. 17 (S. 17), 3. 9. 17 (S. 14f., 28f.), 3. 1. 18 (S. 19), 3. 4. 18 (S. 15f.), 3. 8. 18 (S. 12, 15f.), 3. 9. 18 (S. 29, 34f.).

strikten – bildete sich daher gegen Kriegsende die für die innere Situation Deutschlands kennzeichnende „negative Koalition" des Protests. Die jüngst getroffene Feststellung, daß die deutsche Gesellschaft sich im Krieg der Dichotomie eines klassengesellschaftlichen Modells näherte und die durch den Krieg verschärften Klassenspannungen, welche der Staat nicht zu mildern verstand, die strukturgeschichtlichen Bedingungen der Revolution waren[57]) – diese Feststellung dürfte auch für Württemberg Gültigkeit besitzen.

[57]) Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg 1914–1918. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918. Göttingen 1973.

## 2. Die württembergische Sozialdemokratie im Zeichen von „Parteistreit" und Parteispaltung 1907–1918

Wenn während der Revolutionsmonate 1918/19 die politischen Auseinandersetzungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Linkssozialisten in Württemberg und vor allem in Stuttgart mit besonderer Erbitterung und großer persönlicher Schärfe ausgetragen und die divergenten Standpunkte klarer und prinzipieller artikuliert wurden als in vielen anderen Regionen des Reiches, so ist dies vor allem darauf zurückzuführen, daß innerhalb der württembergischen Arbeiterbewegung schon seit einem vollen Jahrzehnt eine ausgeprägte Konfliktkonstellation bestand. Bereits in den Vorkriegsjahren prallten in der württembergischen Parteiorganisation die reformistische und die radikale Strömung mit solcher Heftigkeit aufeinander, daß sich die Gesamtpartei immer wieder mit dem „württembergischen Parteistreit" befassen mußte; auf jedem SPD-Parteitag seit 1908 kam er zur Sprache. „Unseren parteipolitischen Wetterwinkel in Deutschland" nannte Württemberg ein Delegierter auf dem Parteitag in Jena 1911 und fügte hinzu: „Wir sind es ja seit Jahren gewöhnt, daß auf den Parteitagen uns immer eine Sache beschäftigt, die von dort her kommt"[1]). Und auf dem Parteitag in Chemnitz 1912 meinte ein Delegierter resigniert, es sei beinahe ausgeschlossen, „jetzt von Württemberg wirklich objektive Berichte zu erhalten"[2]). Einen Kulminationspunkt erreichte der württembergische Parteistreit dann gleich nach dem Kriegsausbruch im Konflikt um die „Schwäbische Tagwacht", das Landesorgan der Partei. Im Verlaufe dieses Konflikts kam es in Württemberg schon Anfang 1915 zur formellen Spaltung der Partei – früher als in allen anderen Teilen des Reiches.

Die Geschichte der württembergischen Sozialdemokratie in den Vorkriegs- und Kriegsjahren kann an dieser Stelle selbstverständlich nicht eingehend untersucht werden[3]). Zum besseren Verständnis der politischen Auseinandersetzungen in Württem-

[1]) SPD-Parteitag Jena 1911, S. 300 (Hoffmann – Hamburg).

[2]) SPD-Parteitag Chemnitz 1912, S. 239 (Lensch).

[3]) Über die Anfänge der württembergischen Arbeiterbewegung liegt eine aus den Quellen gearbeitete, detailreiche Darstellung vor: Wolfgang Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63–1878. Hannover 1970. Dagegen fehlt bisher eine Arbeit über die württembergische Sozialdemokratie in der Ära des Sozialistengesetzes. Die Tätigkeit der Sozialdemokratie im württembergischen Landtag nach 1890 behandelt Hannelore Schlemmer, Die Rolle der Sozialdemokratie in den Landtagen Badens und Württembergs und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Gesamtpartei zwischen 1890 und 1914. Diss. phil. Freiburg i. Br. 1953 (Masch.). Vor allem auf die ideologischen Auseinandersetzungen innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie, weniger auf deren organisatorische Entwicklung konzentriert sich Maja Christ-Gmelin in ihrer Dissertation: Die württembergische Sozialdemokratie 1890–1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie. Diss. phil. Stuttgart [1975] (Frau Dr. Christ-Gmelin gilt herzlicher Dank für ihre Bereitschaft, Einblick in das Manuskript ihrer Dissertation zu gewähren). Für Württemberg nicht sehr ergiebig sind die Ausführungen von O. E. Schüddekopf in seinem Aufsatz: Der Revolution entgegen: Materialien und Dokumente zur Geschichte des linken Flügels der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, 9, 1969, S. 451–487. G. Kling geht im ersten Teil ihrer Arbeit auch kurz auf die Entwicklung der württembergischen SPD in den Kriegsjahren ein. Eine wichtige Quelle für die Geschichte der württembergischen Sozialdemokratie seit der Jahrhundertwende sind die Erinnerungen von W. Keil, dem profilierten und engagierten Exponenten des reformistischen Flügels der württembergischen SPD.

berg während der Revolutionsmonate 1918/19 ist es aber notwendig, wenigstens in groben Umrissen ein Bild der Parteientwicklung und der innerparteilichen Kämpfe im Jahrzehnt vor der Revolution zu entwerfen.

Obwohl es in Württemberg nach 1848 bedeutende, 1851/52 unterdrückte Anfänge einer demokratischen Arbeiterbewegung gegeben hatte[4]) und auch in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts die demokratisch-liberale Arbeiterbewegung ziemlich stark war[5]), gehörte Württemberg bis kurz vor die Jahrhundertwende zu den für die Sozialdemokratie unzugänglichsten Gebieten des Deutschen Reiches[6]). Noch in den achtziger Jahren lag bei Reichstagswahlen der Prozentsatz sozialdemokratischer Stimmen im Landesdurchschnitt unter 4% der abgegebenen Stimmen[7]). Trotz des in Württemberg bestehenden allgemeinen Männerwahlrechts zogen erst 1895 zwei Sozialdemokraten in den württembergischen Landtag ein, und erst 1898 konnte die SPD einen der 17 württembergischen Reichstagswahlkreise (Stuttgart) erobern.

Mit diesen ersten Wahlerfolgen gegen Ende der neunziger Jahre gelang der württembergischen SPD der Durchbruch, denn auch organisatorisch nahm die Partei nun einen raschen Aufschwung. Die Mitgliederzahl stieg von 7241 im Jahr 1902[8]) auf 18799 im Jahr 1907[9]). Ein noch stärkeres Wachstum verzeichneten die der SPD eng verbundenen Freien Gewerkschaften: Die Zahl ihrer Mitglieder in Württemberg stieg von 7291 im Jahr 1896 über 17123 im Jahr 1900 auf 54219 im Jahr 1906[10]). Mit dem organisatorischen Ausbau stellten sich jetzt auch bedeutende Wahlerfolge ein. Bereits aus der Reichstagswahl 1903 ging die SPD mit 27,4% aller abgegebenen Stimmen als stärkste württembergische Partei hervor; zu dem Stuttgarter Mandat gewann sie drei weitere Wahlkreise hinzu (Eßlingen, Göppingen und Böblingen). Auch bei der Landtagswahl 1906, der ersten, die nach dem neuen Wahlmodus ausgetragen wurde[11]), konnte die SPD die höchste Stimmenzahl für sich verbuchen, während sie bei der Landtagswahl 1900 noch an vierter Stelle gelegen hatte: 1906 erhielt die SPD im Ersten Wahlgang 91718 Stimmen (gegenüber 58721 Stimmen im Jahr 1900) und errang in den verschiedenen Wahlgängen schließlich 15 der insgesamt 92 Landtagsmandate[12]). Bemerkenswert waren auch die Wahlerfolge auf kommunaler Ebene, was dazu führte, daß die Arbeit in den Kommunalparlamenten einen Schwerpunkt in der politischen Tätigkeit der württembergischen Sozialdemokraten bildete und eine prägende Wirkung hatte. Die Zahl der kommunalen Mandatsträger (Mitglieder in Gemeinderäten und Bürgerausschüssen) stieg von 102 im Jahr 1899 auf 347 im Jahr 1907[13]). Bei den Gemeindewahlen

---

[4]) Dazu: Frolinde Balser, Sozial-Demokratie 1848/49–1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation „Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution. 2 Bde. Stuttgart 1962, und Langewiesche (vgl. Einleitung, Kap. I Anm. 4).

[5]) Siehe vor allem Schmierer (s. Anm. 3).

[6]) So mit Recht Schmierer (s. Anm. 3), S. 19.

[7]) Ebd.

[8]) Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 219.

[9]) Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 74.

[10]) Schwäbische Tagwacht Nr. 191 vom 17. 8. 1907 (S. 10). Bis 1913 stieg die Mitgliederzahl der Freien Gewerkschaften in Württemberg auf 88659 (Christ-Gmelin [s. Anm. 3], S. 221). Das in Stuttgart am 1. 3. 1897 gegründete Arbeitersekretariat war das zweitälteste in Deutschland (nach Nürnberg 1894).

[11]) Vgl. o. S. XII.

[12]) Für Details s. Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 3 ff.

[13]) Für 1899: Schwäbische Tagwacht Nr. 191 vom 17. 8. 1907 (S. 12); für 1907: Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 74 (129 Mitglieder in Gemeinderäten, 218 Mitglieder in Bürgerausschüssen). Bis 1913 stieg diese Zahl auf über 700 in über 170 Gemeinden, auch 59 Vertreter in Stadträten und Gemeindevorständen (s. SPD-Parteitag Jena 1913, S. 27). Selbst dort, wo die SPD organisatorisch noch recht schwach war, vermochte sie in den Gemeindevertretungen Fuß zu fassen; im Reichstagswahlkreis Backnang etwa hatte die SPD 1907 nur insgesamt 347 Mit-

in Stuttgart 1906 kam die SPD auf 42,7% der Stimmen; im Gemeinderat saßen danach 9 Sozialdemokraten, im Bürgerausschuß 8 Sozialdemokraten, so daß in beiden Kollegien eine sozialdemokratisch-volksparteiliche Mehrheit bestand[14]).

Angesichts dieser raschen Aufwärtsentwicklung kann es nicht wundernehmen, daß die württembergische SPD die Teilnehmer des 1907 in Stuttgart tagenden Internationalen Sozialistenkongresses mit einem Rechenschaftsbericht begrüßte, der Stolz über das bereits Erreichte und Zuversicht hinsichtlich der weiteren Entwicklung der württembergischen Sozialdemokratie atmet[15]). Auch die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs, die einige Wochen nach dem Internationalen Sozialistenkongreß stattfand, bot noch das Bild einer fast ungetrübten Harmonie[16]). Andererseits wurden aber gerade auf dieser Landesversammlung auch bereits erste zaghafte Ansätze zu einer disharmonischen Entwicklung sichtbar. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hatte nämlich 1907 erstmals das Budget bewilligt – aus taktischen Gründen, wie ihre Sprecher erklärten, u.a. auch deshalb, um die Abhaltung des Sozialistenkongresses in Stuttgart nicht zu gefährden[17]). Mit dieser Entscheidung der Landtagsfraktion waren mehrere Delegierte aus Stuttgart und Göppingen nicht einverstanden. Eine von ihnen vorgelegte Resolution, in der die Haltung der Landtagsfraktion bedauert wurde, verfiel zwar der Ablehnung[18]), aber die von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten betriebene Reformpolitik stieß von nun an auf zunehmend entschiedenere Kritik vor allem der mitgliederstarken Stuttgarter Parteiorganisation[19]). Der Konflikt nahm in den folgenden Jahren immer schärfere Formen an und spaltete die württembergische Sozialdemokratie schließlich in zwei sich erbittert befehdende Lager.

Ursachen und Natur des württembergischen „Parteistreits" wurden schon seinerzeit von den Protagonisten der beiden Lager unterschiedlich gedeutet, und diese unterschiedlichen Deutungen sind auch in der Literatur anzutreffen. Die pragmatischen Reformpolitiker um Karl Hildenbrand, Hugo Lindemann und Wilhelm Keil vertraten die Ansicht, persönliche Streitigkeiten würden von der parteiinternen Opposition in die Form eines politischen Prinzipienkampfes gekleidet; persönliche Rivalitäten und Animositäten seien die eigentliche Quelle des Konflikts. Auf dem Chemnitzer Parteitag 1912 erklärte der Stuttgarter Delegierte Mattutat: „Man spricht da immer von sachlichen Gegensätzen, man spricht davon, daß auf der einen Seite der Revisionismus, auf der anderen Seite der Radikalismus steht und der sich daraus ergebende Meinungsstreit diesen Zank und Zwist verschuldet. Ich bin darin anderer Meinung. Radikalismus und Revisionismus haben mit den württembergischen Streitigkeiten nichts zu tun, aus dem einfachen Grunde, weil dieser ganze Streit aus persönlichen Zänkereien und Stänkereien hervorgegangen ist, weil er einen durchaus persönlichen Charakter trägt und leider eine Zuspitzung erfahren hat, wie sie schlimmer nicht sein kann"[20]). Auch

---

glieder, stellte aber in 5 Gemeinden je ein Bürgerausschußmitglied und in einer weiteren Gemeinde 2 Gemeinderäte (Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 70 f.).

14) Schwäbische Tagwacht Nr. 191 vom 17. 8. 1907 (S. 12).

15) Schwäbische Tagwacht Nr. 191 vom 17. 8. 1907: „Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung in Württemberg." Diese (anonym veröffentlichte) Skizze der württembergischen Arbeiterbewegung stammt von W. Keil, s. Schmierer (s. Anm. 3) S. 17.

16) Protokoll dieser Landesversammlung am 6. 10. 1907 in: Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 77 ff.

17) Zur Begründung s. Lindemann, ebd. S. 98 f.; vgl. auch SPD-Parteitag Nürnberg 1908, S. 326 ff. (Hildenbrand); Keil, Erlebnisse I, S. 240 f.

18) Text der Resolution: Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 100.

19) Siehe dazu vor allem: SPD-Parteitag Nürnberg 1908, S. 348 f. (Westmeyer), S. 351 ff. (Zetkin).

20) SPD-Parteitag Chemnitz 1912, S. 231 (Mattutat); vgl. ähnlich Dietz auf dem SPD-Parteitag Jena 1911, S. 316.

Keil spricht in seinen Erinnerungen von einem „scheinbar um Prinzipien, in Wahrheit um Personen geführten Kampf von nie dagewesener Heftigkeit", von „scharf zugespitzten Richtungskämpfen, hinter denen sich persönliche Ambitionen und Aversionen verbargen"[21]). Bei Keil klingt sogar die Vorstellung an[22]), wenn die bis dahin heile Welt der württembergischen Sozialdemokratie seit 1907 zunehmend in Unordnung geraten sei, so sei das vor allem auf das – recht zufällige – Moment zurückzuführen, daß der ehrgeizige Friedrich Westmeyer seit 1905 in der Stuttgarter Sozialdemokratie aktiv wurde: Westmeyer[23]) trat 1905 in die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" ein und wurde – von Clara Zetkin gefördert – bereits 1908 Vorsitzender des Stuttgarter Ortsvereins, der sich unter seiner Führung zum Zentrum der innerparteilichen Opposition entwickelte. Die „Gruppe Westmeyer", wie sie von ihren Gegnern genannt wurde, besaß dabei aber die entschiedene Unterstützung eines Großteils der Stuttgarter Funktionäre und Vertrauensmänner[24]). Allein aus der Tatsache, daß der württembergische Parteistreit bald nach der Übersiedlung Westmeyers von Hannover nach Stuttgart ausbrach, kann daher nicht ein kausaler Zusammenhang gefolgert werden.

In eindeutigem Gegensatz zur Auffassung der Reformpolitiker betonten die Sprecher der württembergischen Opposition, die Ursachen des Parteikonflikts seien nicht rein persönlicher Natur, es handle sich vielmehr um Differenzen sachlicher und prinzipieller Art. Als auf dem Jenaer Parteitag 1911 über den württembergischen Parteistreit und die Haltung der „Schwäbischen Tagwacht" debattiert wurde, führte z. B. Käte Duncker aus: die Zurückführung des Gegensatzes auf Ursachen rein persönlicher Natur sei in Dutzenden von Parteiversammlungen versucht worden, sie habe auch auf der letzten Landesversammlung gewissermaßen den Gedankengang und die Haltung der Mehrheit der Delegierten bestimmt – aber gerade diese Auffassung, daß es sich nur um persönliche Angelegenheiten handle, sei das größte Hindernis der Verständigung, das größte Hindernis einer friedlichen Erledigung der Differenzen. In Wirklichkeit gehe es nämlich darum, daß die Stuttgarter Genossen „von ihrem Parteiorgan immer ungestümer grundsätzliche Aufklärung und schärfere Herausarbeitung des Klassenkampfstandpunktes" verlangen[25]). Wenn K. Duncker erklärte, die Differenzen, die die württembergische Partei erschütterten, seien dieselben Differenzen sachlicher und prinzipieller Art, die auch in der Gesamtpartei zum Ausdruck kämen[26]), dann kam sie der Wahrheit sicher erheblich näher als die Reformpolitiker mit ihrer These, der Konflikt sei in erster Linie durch persönliche Ambitionen und Aversionen verursacht. Dies war zweifellos eine verharmlosende Deutung von Ursachen und Natur dieses Parteistreits, eine vom Standpunkt der Reformpolitiker aus allerdings sehr zweckmäßige Deutung,

---

[21]) Keil, Erlebnisse I, S. 224, 261. Vgl. auch die Bemerkung in der Broschüre des Landesvorstands (s. Anm. 73), S. 20: der Stuttgarter „Radikalismus" habe mit radikaler Gesinnung nichts zu tun, „desto mehr aber mit gewohnheitsmäßiger Krakeelsucht und Ehrabschneiderei".

[22]) Vgl. etwa Keil, Erlebnisse I, S. 243, 261. Eine solche Annahme auch bei Schlemmer (s. Anm. 3) S. 115 f.

[23]) Friedrich Westmeyer, geb. 14. 1. 1873 in Osnabrück, gest. 15. 11. 1917 in einem Kriegslazarett der Westfront an Ruhr, zunächst Schornsteinfeger, dann Maschinenarbeiter, seit 1898 Berichterstatter und Redakteur an den Parteiblättern in Nürnberg, Hannover und Stuttgart (ab 1. 1. 1905); seit 1908 1. Vorsitzender des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart; nach dem Ausscheiden aus der Redaktion der Schwäbischen Tagwacht im Tagwachtstreit von 1911/12 seit 1. 10. 1912 Parteisekretär in Stuttgart, seit 1912 auch Landtagsabgeordneter; als Führer der Opposition nach Kriegsbeginn polizeilich überwacht, im Oktober 1915 kurzfristig in Haft, wegen Verbreitung von Flugblättern zusammen mit Clara Zetkin Anfang 1916 vor Gericht gestellt, schließlich zum Wehrdienst verpflichtet. Vgl. auch Kling, S. 17, 42.

[24]) Zum Aufbau des Vertrauensmännersystems in Stuttgart s. Kling, S. 17 f.

[25]) SPD-Parteitag Jena 1911, S. 313 f. (K. Duncker).

[26]) Ebd. S. 312. Vgl. Westmeyer auf dem SPD-Parteitag Magdeburg 1910, S. 340: bei der Frage der Budgetbewilligung handle es sich „um die prinzipielle Stellungnahme zum Klassenstaat".

denn sie enthob sie der Notwendigkeit, ihre prinzipielle Position in umfassender Weise theoretisch zu begründen und zu rechtfertigen. In ihrer großen Mehrzahl nämlich bekannten sich die württembergischen Reformpolitiker keineswegs zum Revisionismus im Sinne der Bernsteinschen Theorie, vielmehr betrieben sie ihre Reformpolitik als eine pragmatische Politik.

Wenn also die These von rein persönlichen Differenzen als Ursache des württembergischen Parteistreits[27]) ebenso abzulehnen ist wie die Auffassung, es seien vor allem Nichtwürttemberger gewesen, welche den Kern der innerparteilichen Opposition in Württemberg bildeten[28]), so bleibt doch festzustellen, daß der Stil, in dem Westmeyer und seine Anhänger den politischen Kampf gegen den Landesvorstand der württembergischen Sozialdemokratie führten[29]), viel zur Verschärfung des Konflikts beigetragen hat. Insofern hat Haase im Jahr 1915 Ursachen und Natur des württembergischen Parteistreits treffend charakterisiert mit der Bemerkung: Der Streit in Württemberg habe nicht persönliche Ursachen, er entspringe sachlichen Gegensätzen, die zum Teil allerdings persönlich vergiftet worden seien[30]). Einer ins Detail gehenden Analyse kann der württembergische Parteikonflikt hier nicht unterzogen werden, aber zwei Spezialprobleme müssen wenigstens kurz erörtert werden.

1. Eine wesentliche Ursache für die Heftigkeit, mit welcher der württembergische Parteistreit ausgefochten wurde, ist zweifellos darin zu suchen, daß in Württemberg die reformistische und die radikale Parteiströmung relativ früh frontal aufeinandertrafen, weil in Württemberg eine zentralistisch aufgebaute und straff geführte sozialdemokratische Landesorganisation bestand. In den meisten anderen Regionen des Reiches dagegen waren die Gruppen der Radikalen und Gemäßigten stärker lokal, bzw. regional geschieden, die Bezirksorganisationen[31]) – die außerhalb Süddeutschlands im allgemeinen wichtiger waren als die Landesorganisationen – stellten nur eine relativ lockere Zusammenfassung mehrerer Wahlkreisverbände dar; für die konkurrierenden Richtungen bestand hier weniger Anlaß und geringerer Anreiz, in diesem Rahmen eine Majorisierung der jeweils anderen Richtungen zu versuchen. Die württembergischen Sozialdemokraten hingegen hatten bereits auf der ersten Landesversammlung nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes ein Organisationsstatut beschlossen, das die Errichtung einer zentralistischen Landesorganisation mit festen Mitgliedsbeiträgen vorsah; bis zur Jahrhundertwende entwickelte sich die württembergische Landesorganisation zu der am stärksten zentralisierten im Reich[32]). Das Delegationssystem zu der jährlich stattfindenden Landesversammlung, welche die aktuellen Probleme behandelte und den Landesvorstand wählte, bevorzugte die Ortsvereine mit geringerer Mitgliederzahl und benachteiligte die mitgliederstarken Vereine[33]). Da die Radikalen ge-

---

[27]) In der neueren Literatur vertritt diese These vor allem Schlemmer (s. Anm. 3), S. 115 f., 119 f.

[28]) Auch diese Auffassung bei Schlemmer (s. Anm. 3), S. 115. Neben den Nichtwürttembergern Westmeyer, Crispien und Zetkin waren die Württemberger Walcher, Hoernle und (in den Kriegsjahren) Rück führende Köpfe der Opposition. Andererseits befanden sich unter den führenden Reformpolitikern zahlreiche Nichtwürttemberger (Keil, Lindemann, Heymann, Mattutat, Wasner u. a.).

[29]) Eine Kostprobe seines Kampfstils bot Westmeyer auf dem Nürnberger Parteitag (s. SPD-Parteitag Nürnberg 1908, S. 350, 353 f., 357 f.).

[30]) Zitiert in der Beschwerdeschrift des SPD-Ortsvereins Stuttgart an die Kontrollkommission, Stuttgart o. D. [Mai 1915] (ein Exemplar im HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel); vgl. auch Der Sozialdemokrat Nr. 18 vom 17. 4. 1915.

[31]) Vgl. dazu Nipperdey, S. 340 ff.

[32]) Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 46.

[33]) Nach § 14 des Landesstatuts konnten zur Landesversammlung entsenden: Ortsvereine mit bis zu 100 Mitgliedern 1 Delegierten, Ortsvereine mit 100–300 Mitgliedern 2 Delegierte, Ortsvereine mit über 300 Mitgliedern auf je weitere 200 Mitglieder je einen weiteren Delegierten. Zahl-

rade in mehreren mitgliederstarken Vereinen – insbesondere im Stuttgarter Ortsverein – die Mehrheit besaßen, waren sie auf der Landesversammlung unterrepräsentiert. Schorske stilisiert deshalb die württembergische Landesorganisation zum Extrembeispiel dafür, wie eine regionale Führung die Organisation auf der kleinstädtischen Mitgliedschaft aufbaute, um sie als Waffe gegen den städtischen Radikalismus zu handhaben[34]).

Tatsächlich fiel das in Württemberg praktizierte Delegationssystem jedoch nicht in besonders extremer Weise aus dem Rahmen des in der Gesamtpartei üblichen Delegationsmodus heraus. Auch bei der Delegation zum Parteitag der Gesamtpartei wurden die Mitgliederzahlen der Wahlkreisorganisationen keineswegs proportional berücksichtigt; die organisatorisch schwachen, ländlichen und kleinstädtischen Wahlkreise waren durchweg überrepräsentiert[35]). Wie Nipperdey mit Recht gegen Schorske ins Feld führt, spielte dabei die Rücksicht auf die kleinen Organisationen eine maßgebliche Rolle: ihre Mitbeteiligung sollte diese ermuntern, „sie sollten sich nicht als Anhängsel der ja ohne Mühe großen städtischen Organisationen fühlen, das Organisationsideal der Partei forderte ihre überproportionale Beachtung"[36]). Dieses Prinzip war in der Partei unbestritten. Wenn dieses System im allgemeinen eher den reformistischen, jedenfalls antiradikalen Flügel begünstigte, weil die ländlich-kleinstädtischen Parteianhänger mehr einem volks- als einem klassenparteilichen Sozialismus anhingen[37]), so wurde daran doch in der Regel kein Anstoß genommen, solange der Richtungsstreit nicht in voller Schärfe entbrannt war. Württemberg ist dafür ein gutes Beispiel. Die mitgliederstarken Ortsvereine wurden durch das Delegationssystem auch vor 1907 benachteiligt, ohne daß diese Tatsache Debatten oder Streitigkeiten ausgelöst hätte; erst nachdem der innerparteiliche Konflikt ausgebrochen war und sich immer mehr zuspitzte, wurde dieses Delegationssystem zum Stein des Anstoßes. Je entschiedener die Reformisten ihre Mehrheit in der Landesversammlung nutzten, um die Radikalen zu majorisieren und ihren reformpolitischen Kurs in der gesamten württembergischen Partei durchzusetzen, desto mehr verstärkten die Radikalen ihre Anstrengungen, durch eine Modifizierung des Delegationssystems die Unterrepräsentation der mitgliederstarken Ortsvereine zu beseitigen[38]) – bis 1914 war diesen Bemühungen jedoch kein Erfolg beschieden[39]). Wenn also die Unterrepräsentation der mitgliederstarken Ortsvereine auf den jährlichen Landesversammlungen keineswegs eine den Parteikonflikt auslösende oder auch nur mitverursachende Rolle gespielt hat, wurde diese Frage nach dem Ausbruch des Konflikts doch zu einem der hauptsächlichen Streit-

---

reiche kleine Ortsvereine mit nur wenigen Mitgliedern machten von ihrem Recht zur Entsendung eines Delegierten keinen Gebrauch.

34) Schorske, S. 130. Zur Begründung dieser Feststellung operiert Schorske mit den nicht ganz unparteiisch zusammengestellten Zahlenbeispielen, die Käte Duncker auf dem Jenaer Parteitag vorbrachte (SPD-Parteitag Jena 1911, S. 314). Für die Landesversammlung 1913 liegt eine Präsenzliste vor, welche die Namen aller Delegierten mit Angabe des entsendenden Ortes und der Mitgliederzahl des betreffenden Ortsvereins enthält (HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel).

35) Nipperdey, S. 342 f.

36) Ebd., S. 343.

37) Ebd., S. 343 f.

38) Zu diesen Bemühungen s. Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 196 f.

39) Auf der am 25./26. 7. 1914, also unmittelbar vor Kriegsausbruch stattfindenden Landesversammlung wurde beschlossen, bei der Gesamtmitgliedschaft eine Urabstimmung darüber durchzuführen, ob das Delegationssystem geändert werden solle (und wenn ja, ob für die Wahl der Delegierten die Oberamtsbezirke oder die Reichstagswahlkreise die Grundlage bilden sollten); Schwäbische Tagwacht Nr. 171 vom 27. 7. 1914. Infolge des Kriegsausbruchs wurde die beschlossene Urabstimmung nicht durchgeführt.

punkte und trug – neben dem Kampf um die Parteipresse[40]) – wesentlich zu der Eskalation der Auseinandersetzungen bei.

2. Die in der Literatur immer wieder anzutreffende Auffassung, im württembergischen Parteistreit seien sich auf der einen Seite die radikalen Industriearbeiter des Großraums Stuttgart, auf der anderen Seite die reformistisch eingestellten Parteimitglieder der kleinstädtischen und ländlichen Ortsvereine gegenübergestanden, muß aufgrund der Untersuchungen von Maja Christ-Gmelin modifiziert werden. Christ-Gmelin kann zeigen[41]), daß die Stuttgarter Parteimitgliedschaft keinen so geschlossen radikalen Block bildete, wie etwa Schorske annimmt. Die Stuttgarter Parteimitgliedschaft unterstützte zwar mit großer Mehrheit seit 1907 die radikale Führungsgruppe, aber diese Feststellung gilt zunächst nur für die aktive Parteimitgliedschaft, einen Kreis von mehreren hundert Personen – bei rd. 4500 Stuttgarter Parteimitgliedern im Jahr 1907, über 9000 Mitgliedern im Jahr 1912. Wann immer in diesen Jahren ein Popularitätstest in Stuttgart stattfand, zeigte sich, daß gerade reformistische Kandidaten bei der Gesamtheit der Stuttgarter Mitgliedschaft außerordentlich beliebt waren. Bei der Stuttgarter Oberbürgermeisterwahl 1911 kandidierte erstmals ein Sozialdemokrat, der reformistische Abgeordnete Dr. Lindemann, gegen dessen Aufstellung die radikale Führungsgruppe zunächst erhebliche Bedenken hatte und gegen dessen Kandidatur einige radikale norddeutsche Parteiblätter Sturm liefen. Lindemann konnte bei der Wahl aber nicht nur die Anhängerschaft der SPD geschlossen hinter sich bringen, es gelang ihm darüber hinaus auch ein erheblicher Einbruch in bürgerliche Wählerschichten: er errang 12278 Stimmen, während auf den gemeinsamen Kandidaten von Nationalliberalen, Konservativen und Zentrum 13154 Stimmen entfielen, auf den Kandidaten der Volkspartei nur 3360 Stimmen[42]). Noch aufschlußreicher in dieser Hinsicht sind die Vorgänge bei der Stuttgarter Gemeinderatswahl 1911. Die von den Radikalen beherrschte Stuttgarter Parteiversammlung hatte auf die ersten fünf Listenplätze Radikale gesetzt (auf Platz 1 Westmeyer), die bisherigen Gemeinderäte kamen an das Ende der Liste. Etwa die Hälfte der SPD-Wähler war mit dieser Liste offensichtlich unzufrieden: sie machte von ihrem Recht Gebrauch, den Stimmzettel abzuändern, trotz

---

[40]) Es ging dabei um den Kurs der Schwäbischen Tagwacht und die Neubesetzung der Tagwacht-Redaktion sowie um die redaktionelle Führung der Göppinger Freien Volkszeitung. Da die radikale Gruppe ihre Gravamina auf den Parteitagen von 1911 und 1912 vorbrachte und der Parteivorstand sich mit den Auseinandersetzungen um das Stuttgarter und Göppinger Parteiblatt befassen mußte, wirbelte die Angelegenheit in der Gesamtpartei viel Staub auf. Durch Vermittlung des Parteivorstandes erreichte die radikale Leitung des Stuttgarter Ortsvereins eine ihren Wünschen weitgehend entsprechende Lösung (Neubesetzung der Redaktion durch Anhänger des linken Parteiflügels, Schaffung einer aus Stuttgarter Funktionären, u. a. Clara Zetkin und Westmeyer, bestehenden Pressekommission), so daß sie seit Ende 1911 den Kurs der Schwäbischen Tagwacht kontrollieren konnte. S. dazu: SPD-Parteitag Jena 1911, S. 312 ff.; SPD-Parteitag Chemnitz 1912, S. 9; Die wirtschaftliche und politische Entwicklung Württembergs und die „Schwäbische Tagwacht". Materialien zum Parteizwist in Württemberg. Verlag: Parteileitung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart o. J. [1911] (ein Exemplar im HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel); Christ-Gmelin (s. Anm. 3) S. 192 ff.; Keil, Erlebnisse I, S. 261 f. Zur Göppinger Affäre s. SPD-Parteitag Chemnitz 1912, S. 209 ff., 225 ff., 281 ff.; SPD-Parteitag Jena 1913, S. 525 ff.' Karl-Ernst Moring, Die Sozialdemokratische Partei in Bremen. Reformismus und Radikalismus in der Sozialdemokratischen Partei Bremens. Hannover 1968, S. 176 ff.; Schüddekopf (s. Anm. 3).

[41]) Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 167 ff.

[42]) Ebd., S. 166 ff. Auch der Reformist Hildenbrand, der den Wahlkreis Stuttgart seit 1903 im Reichstag vertrat, wurde trotz der Auseinandersetzungen zwischen Radikalen und Reformisten im November 1910 vom Sozialdemokratischen Verein Stuttgart wieder als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt, nachdem er vom linken Vorstand einstimmig vorgeschlagen worden war – offensichtlich war sich die radikale Gruppe der Anziehungskraft des bewährten Parlamentariers auf die Wählerschaft wohl bewußt (ebd., S. 164). Tatsächlich wurde Hildenbrand 1912 mit großer Mehrheit wieder in den Reichstag gewählt.

des Aufrufs der örtlichen Parteileitung, das nicht zu tun. Entgegen der Empfehlung der Parteiversammlung, die ersten fünf Kandidaten mit fünf Stimmen zu kumulieren, erhielten die drei ersten – linken – Kandidaten auf der Liste (also auch Westmeyer) so wenig Stimmen, daß sie überhaupt nicht in den Gemeinderat kamen. Die meisten Stimmen erhielten drei Reformisten sowie der altgediente württembergische Sozialist Tauscher, der keinem Flügel zuzurechnen ist; alle vier Sozialdemokraten hatten bereits dem Gemeinderat oder Bürgerausschuß angehört[43]). Bei der Bürgerausschußwahl im nächsten Jahr stand Lindemann auf dem siebten Platz des von der Parteiversammlung aufgestellten sozialdemokratischen Wahlvorschlags. Die Wähler beförderten Lindemann mit erheblichem Stimmenvorsprung vor dem nächstfolgenden Kandidaten auf den ersten Platz[44]).

In beiden Kommunalwahlen bevorzugten die Stuttgarter SPD-Wähler also eindeutig reformistische Kandidaten[45]). Entgegen dem ersten Eindruck ist die Entwicklung der Stuttgarter Sozialdemokratie in den Vorkriegsjahren – wie die nähere Betrachtung ergibt – somit keineswegs geeignet, die These zu stützen, daß mit einem steigenden Anteil der Industriearbeiterschaft an der Bevölkerung eines Bezirks der Klassengegensatz notwendig wachse und die Parteibasis sich daher zwangsläufig immer mehr radikalisiere[46]). Man wird vielmehr konstatieren können, daß der Rückhalt der Reformisten auch bei der Parteimitgliedschaft der „radikalen" Ortsvereine in Stuttgart und Umgebung größer war, als das in den Vorkriegsjahren nach außen hin sichtbar wurde[47]). Bereits in den Kriegsjahren und schließlich in den Wochen und Monaten nach dem 9. November 1918 trat dieser Sachverhalt dann deutlich in Erscheinung.

Trotz der innerparteilichen Auseinandersetzungen konnte die württembergische Sozialdemokratie auch nach 1907 beachtliche Erfolge beim Ausbau ihrer Organisation verzeichnen. Die Zahl der Ortsvereine stieg von 247 im Jahr 1907 auf 362 im Jahr 1913, die Mitgliederzahl verdoppelte sich in diesem Zeitraum, sie betrug am 31. 3. 1914: 39914[48]). Allerdings verlangsamte sich in den letzten Vorkriegsjahren die aufsteigende Tendenz in der Mitgliederbewegung deutlich. Hatte die Mitgliederzahl von 1910 auf 1911 um rd. 4000 zugenommen, von 1911 auf 1912 um über 8000, so betrug die Zunahme von 1912 auf 1913 nur knapp 3000, von 1913 auf 1914 sogar nur 500, wobei es sich zudem um eine Zunahme bei den weiblichen Mitgliedern handelte, die Zahl der männlichen Mitglieder nahm von 1913 auf 1914 nicht zu[49]), in einzelnen Orten war in diesen Jahren sogar eine Abnahme der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Landtagswahl von 1912 wurde für die württembergische Sozialdemokratie zu keinem besonders triumphalen Erfolg. Sie konnte im 1. Wahlgang ihre Stimmenzahl gegenüber 1906 lediglich von 91488 (= 24,9%) auf 119758 (= 29,0%) steigern, die Zahl der Mandate von 16 auf 17[50]).

---

[43]) Ebd., S. 171 ff.
[44]) Ebd., S. 173.
[45]) Zur Kandidatenaufstellung in Stuttgart für die Landtagswahl 1912 s. ebd., S. 176 f.
[46]) So mit Recht Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 182.
[47]) In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß in Stuttgart eine ganze Reihe hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre ihren Wohnsitz hatte, denn Stuttgart war Sitz der Zentralvorstände des Deutschen Metallarbeiterverbandes und des Holzarbeiterverbandes, sowie des Buchdrucker- und Buchbinderverbandes. Die Funktionäre der Gewerkschaften unterstützten fast ausnahmslos den Kurs des Landesvorstandes; Ausnahme bildeten nur Hoschka und Rödel vom Textilarbeiterverband und Manz vom Bäckerverband.
[48]) SPD-Parteitag Jena 1919, S. 54. Auch die Parteipresse wurde in diesen Jahren ausgebaut; zu dem Landesorgan, der Schwäbischen Tagwacht, gesellten sich nun mehrere Bezirksblätter: Das „Neckar-Echo" (Heilbronn), die „Donau-Wacht" (Ulm), die „Volkszeitung" (Eßlingen), die „Freie Volkszeitung" (Göppingen) und die „Freie Presse" (Reutlingen).
[49]) Schwäbische Tagwacht Nr. 165 vom 20. 7. 1914.
[50]) SPD-Parteitag Jena 1913, S. 24f.

Nun sind zwar auch auf Reichsebene die Anzeichen einer gewissen Stagnation in der Entwicklung der Partei nach der Reichstagswahl von 1912 nicht zu übersehen, man hat sogar von einer „Parteikrise" gesprochen[51]). In Württemberg dürfte es sich bei dieser Stagnation aber wohl doch um eine – erst jetzt eintretende – Auswirkung des langjährigen Parteistreits handeln, denn gerade dort, wo er am heftigsten tobte, in Stuttgart und Göppingen, ist besonders deutlich ein Stillstand, ja sogar Rückgang zu erkennen. Im 10. Reichstagswahlkreis (Göppingen–Gmünd) ging die Mitgliederzahl von 1912 auf 1913 um 7,7% zurück[52]); bei der Landtagswahl von 1912 ging hier der SPD das Mandat für Welzheim verloren, nachem die von der Linken beherrschte Kreisversammlung die Aufstellung eines radikalen Kandidaten (Kinkel, Göppingen) durchgesetzt hatte[53]). Auch die Mitgliederentwicklung im Stuttgarter Ortsverein war seit 1912 leicht rückläufig (Ende 1912: 9473, Juni 1913: 9106)[54]). Bei den Stuttgarter Gemeindewahlen 1912 ging der Prozentsatz der SPD-Stimmen von 42,7% auf 38,6% zurück, auch bei den Bürgerausschußwahlen von 1913 erzielte die SPD keinen befriedigenden Stimmenzuwachs[55]). Und als im Oberamt Stuttgart infolge des Wegzugs von Hildenbrand im letzten Vorkriegsjahr eine Nachwahl zum Landtag notwendig wurde, hatte die SPD schließlich Mühe, das 1912 noch mit großem Vorsprung errungene Mandat zu behaupten, obwohl der SPD-Kandidat kein Exponent des linken Parteiflügels war[56]).

Wie sich am Vorabend des Weltkrieges die Mitgliedschaft der SPD über das Land verteilte, geht aus der nachstehenden tabellarischen Übersicht hervor[57]).

Diese Übersicht ist in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Sie zeigt z. B. deutlich, wie klein die Anhängerschaft der Partei in Oberschwaben, im Schwäbischen Wald und im Hohenloheschen, aber auch im württembergischen Schwarzwald war; zudem hat die SPD in diesen Gebieten – vor allem wenn man die absoluten Zahlen berücksichtigt – zwischen 1907 und 1913 nicht nennenswert zugenommen. Dabei hinkte gerade in diesen Gebieten der Organisationsgrad sogar noch hinter der ohnehin geringen Zahl von Stimmen her, welche die SPD hier bei Wahlen auf sich vereinigen konnte: während in Stuttgart 40% der SPD-Wähler von 1912 in der Partei organisiert waren, im 3., 4. und 5. Wahlkreis immerhin zwischen 21 und 26%, waren es im 13. Wahlkreis nur 0,7%, im 12. Wahlkreis 2,1%, im 8. Wahlkreis 9,2%. Vier Fünftel aller organisierten Sozialdemokraten Württembergs waren 1913 – wie die Übersicht zeigt – im 1.–5. und 10. Reichstagswahlkreis ansässig, also in der sich von Heilbronn bis Göppingen erstreckenden „Industriestraße". Daß gerade diese Region in den Revolutionsmonaten 1918/19 das Zentrum der politischen Auseinandersetzungen war, kann daher nicht überraschen.

Als mit dem Kriegsausbruch und der Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion[58]) das bis dahin bestehende Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Staat eine erhebliche Modifizierung erfuhr, eskalierten die Gegensätze innerhalb der württembergischen SPD rasch zur offenen Konfrontation. Binnen weniger Monate kam es zur formellen Spaltung der württembergischen Parteiorganisation.

---

[51]) Groh, S. 461 ff.
[52]) SPD-Parteitag Jena 1913, S. 67.
[53]) Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 176 f.
[54]) Präsenzliste der Landesversammlung 1913 (s. Anm. 34) und Abrechnung 1. Geschäftsquartal 1913/14 (HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel).
[55]) Christ-Gmelin (s. Anm. 3), S. 172 f.
[56]) Der SPD-Kandidat Pflüger erhielt 5648 Stimmen gegen 4162 Stimmen des von den übrigen Parteien aufgestellten Gegenkandidaten. Gegenüber dem Ergebnis von 1912 verzeichnete die SPD einen Verlust von 1068 Stimmen, die Gegenseite einen Gewinn von 1533 Stimmen. Schwäbische Tagwacht Nr. 165 vom 20. 7. 1914.
[57]) Die Zahlen für 1907 nach Bericht des Landesvorstandes 1907, S. 62 ff. (dort auch Mitgliederzahl der einzelnen Ortsvereine); die Zahlen für 1913 nach SPD-Parteitag Jena 1913, S. 66 f.
[58]) Dazu zuletzt sehr eingehend Groh, S. 675 ff.; Miller, S. 31 ff.

| Württembergische Reichstagswahlkreise (mit Nennung der Oberämter) | 1907 | | 1913 | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | Zahl der Ortsvereine | Mitgliederzahl | Zahl der Ortsvereine | Mitgliederzahl | Zahl der Mitglieder pro 100 sozialdemokratischer Stimmen 1912 |
| 1. Stuttgart–Stadt und Amt | 24 | 5436 | 26 | 12831 | 40,3 |
| 2. Cannstatt–Ludwigsburg–Marbach–Waiblingen | 29 | 3125 | 54 | 7281 | 35,5 |
| 3. Besigheim–Brackenheim–Heilbronn–Neckarsulm | 22 | 1398 | 31 | 3288 | 26,4 |
| 4. Böblingen–Leonberg–Maulbronn–Vaihingen | 27 | 1023 | 38 | 1939 | 21,6 |
| 5. Eßlingen–Kirchheim–Nürtingen–Urach | 29 | 1963 | 46 | 3632 | 23,4 |
| 6. Reutlingen–Rottenburg–Tübingen | 11 | 438 | 25 | 1410 | 19,4 |
| 7. Calw–Herrenberg–Nagold–Neuenbürg | 16 | 594 | 26 | 1054 | 16,8 |
| 8. Freudenstadt–Horb-Oberndorf–Sulz | 9 | 427 | 16 | 569 | 9,2 |
| 9. Balingen–Rottweil–Spaichingen–Tübingen | 15 | 1162 | 16 | 1493 | 17,0 |
| 10. Gmünd–Göppingen–Schorndorf–Welzheim | 26 | 1657 | 35 | 2379 | 19,9 |
| 11. Backnang–Hall–Öhringen–Weinsberg | 11 | 347 | 13 | 476 | 9,9 |
| 12. Crailsheim–Gerabronn–Künzelsau–Mergentheim | 4 | 73 | 5 | 66 | 2,1 |
| 13. Aalen–Ellwangen–Gaildorf–Neresheim | 4 | 221 | 3 | 260 | 0,7 |
| 14. Geislingen–Heidenheim–Ulm | 12 | 705 | 15 | 1676 | 17,7 |
| 15. Blaubeuren–Ehingen–Laupheim–Münsingen | 2 | 15 | 5 | 143 | 9,9 |
| 16. Biberach–Leutkirch–Waldsee–Wangen | 3 | 96 | 4 | 149 | 15,1 |
| 17. Ravensburg–Riedlingen–Saulgau–Tettnang | 3 | 83 | 4 | 200 | 12,4 |
| | 247 | 18763 | 362 | 38846 | 25,2 |

In den ersten Augusttagen allerdings waren auch die Wortführer der Stuttgarter Radikalen einen Moment konsterniert[59]), sie fanden aber schnell ihre Sprache wieder und artikulierten nun mit als erste in der Partei eine vehemente Kritik an der Entscheidung der Reichstagsfraktion. Einen Rückhalt besaßen sie dabei an der „Schwäbischen Tagwacht", die seit Anfang 1912 unter der redaktionellen Leitung von A. Crispien,

[59]) Nach einem Gespräch mit Westmeyer und Crispien, dem 1. und 2. Vorsitzenden des Stuttgarter Ortsvereins, berichtete Clara Zetkin am 5. 8. 1914 ihren Berliner Freunden, die beiden hielten einen Protest gegen die Reichstagsfraktion zum gegenwärtigen Zeitpunkt für inopportun;

E. Hoernle und J. Walcher stand und seit diesem Zeitpunkt den Kurs der radikalen Stuttgarter Führungsgruppe unterstützte[60]). Ihre ablehnende Haltung gegenüber der Entscheidung der Fraktionsmehrheit brachte die Tagwacht-Redaktion zunächst durch Passivität zum Ausdruck. Die Erklärung des Parteivorstandes gegen das Manifest des Internationalen Bureaus wurde mit Widerstreben erst nach Ablauf einiger Tage und dann noch möglichst unauffällig abgedruckt[61]), die Aufnahme von Artikeln, welche die Haltung der Fraktion verteidigten, abgelehnt[62]); bei der Popularisierung der Siegesnachrichten übte die Redaktion große Zurückhaltung, hingegen brachte sie die Verlustlisten an hervorgehobener Stelle. „Die Auswahl der Nachrichten", so Keil, „geschah nach dem Gesichtspunkt, nichts zu bringen, was die Stimmung der Leser zu heben oder die Politik der Reichstagsfraktion zu bekräftigen geeignet war. Allmählich wagten sich die Redakteure mit Randbemerkungen und dann mit Artikeln hervor, in denen zunächst versteckt, dann offen Kritik an der Haltung der Reichstagsfraktion geübt wurde"[63]). Gleichzeitig entfaltete die „Gruppe Westmeyer" eine fieberhafte organisatorische Aktivität, um in der Gesamtpartei alle jene Kräfte zu sammeln, die der Burgfriedenspolitik der Reichstagsfraktion ablehnend gegenüberstanden. Am 11. September trafen sich im Hause Clara Zetkins Crispien, Hoernle, Walcher und Westmeyer mit Rosa Luxemburg und Paul Levi; einige Tage später fand eine Zusammenkunft von Crispien, Westmeyer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht statt, bei der der Beschluß gefaßt wurde, Liebknecht nach Stuttgart einzuladen[64]). Am 18. September nahm Crispien in Frankfurt an einer Besprechung führender Exponenten der äußersten Parteilinken (u.a. Luxemburg, Liebknecht, Levi, Berten, Minster) teil, bei der man übereinkam, „Verbindungen" anzuknüpfen und „die Rettung der Internationale vorzubereiten" sowie eine Zeitschrift – „Die Internationale" – herauszubringen[65]).

Am selben Tag fand in Stuttgart eine Sitzung des sozialdemokratischen Städtischen Komitees statt; hier unterbreitete Westmeyer den Vorschlag, eine öffentliche Kundgebung mit Liebknecht als Redner über das Thema „Gegen die Annexionshetze!" abzuhalten; mit 9:7 Stimmen wurde dies beschlossen[66]). Da die Stadtdirektion eine öffentliche Kundgebung mit diesem Thema nicht genehmigte[67]), nahm Liebknecht am 21. September an einer Sitzung der Stuttgarter Vertrauensmänner teil, in der es zu erregten Debatten über die Bewilligung der Kriegskredite kam[68]). Fast alle Anwesenden

---

ein solcher Protest, der an der Haltung der Fraktion nichts mehr ändern könne, „bliebe eine rein persönliche Kundgebung, die jetzt von niemand verstanden würde, nur zeigte, daß wir völlig isoliert in der Luft stehen und wie klein und ohnmächtig wir sind. . . . Der Protest würde unseren eigenen Flügel vollständig sprengen – d.h. innerhalb der Massen, ich denke nicht an die Führer – und würde uns die spätere Auseinandersetzung auf lange hinaus verlegen" (zit. bei Miller, S. 81; Jürgen Kuczynski, Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die deutsche Sozialdemokratie. Chronik und Analyse. Berlin 1957, S. 97 f.; vgl. Groh, S. 713).

60) Vgl. Anm. 40.

61) Die Vorgänge (s. Anm. 73), S. 13.

62) Ebd., S. 9.

63) Keil, Erlebnisse I, S. 307. Aufschlußreich für die politische Haltung der Stuttgarter Linken während der ersten Kriegswochen sind Crispiens Tagebuchnotizen aus der Zeit vom 31. 7.–26. 9. 1914 (Crispien-Memoiren, Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn). Wie aus Crispiens Tagebuchnotizen hervorgeht, erfuhren die Stuttgarter Linken übrigens erst am 7. September 1914, daß ein Teil der Reichstagsfraktion der SPD in der Fraktionssitzung zunächst gegen die Kriegskredite votiert, sich dann aber dem Fraktionszwang gefügt hatte.

64) Tagebuch Crispien (s. vor. Anm.), Eintragungen vom 11. und 17. 9. 1914; Miller, S. 87.

65) Tagebuch Crispien (s. Anm. 63), Eintragung vom 18. 9. 1914; Miller, S. 87.

66) Die Vorgänge (s. Anm. 73), S. 12.

67) Im Zusammenhang mit dem Verbot der öffentlichen Versammlung erging am 21. 9. 1914 eine Anweisung des Innenministers an die Stadtdirektion Stuttgart und alle Oberämter, „Versammlungen, in denen Fragen der auswärtigen Politik zur Erörterung kommen sollen, mit allen zulässigen Mitteln zu verhindern" (HStA Stuttgart, E 150 I 2051, Bl. 3).

68) Die Vorgänge (s. Anm. 73), S. 14 f.; Tagebuch Crispien (s. Anm. 63), Eintragung vom 21. 9. 1914.

kritisierten heftig die Haltung der Reichstagsfraktion, einige sprachen offen aus, „es sei ihnen unverständlich, warum sich Liebknecht gefügt [habe] und weshalb er und die anderen nicht gegen die Kriegskredite gestimmt und so wenigstens in etwa die Ehre der deutschen Sozialdemokratie gerettet hätten . . .“ In seinem Schlußwort erklärte Liebknecht: „Hier in Stuttgart werde ihm nun zum erstenmal vorgeworfen, daß er nicht radikal und entschieden genug gewesen sei. Die hier geäußerten Worte hätten ihn im Innersten erschüttert und erfreut. Die Kritik an der Minderheit und an ihm sei völlig berechtigt . . . Es bleibt mir nur übrig, Euch zu versprechen, daß ich in Zukunft einen kompromißlosen Kampf gegen den Wilhelminischen Krieg und die Kaisersozialisten führen werde“[69]). Mit der Herausstellung Liebknechts, der um diese Zeit bereits zum „entschiedensten und aktivsten Exponenten einer Opposition gegen die allgemeine und gegen die innerparteiliche Burgfriedenspolitik“ geworden war, „verlor der Stuttgarter Konflikt nicht nur seinen lokalen Charakter, sondern hatte sich zu einem Knotenpunkt der überregionalen Kooperation der Oppositionellen entwickelt, die damit zum ersten Mal nach Kriegsausbruch manifest wurde“[70]).

Weithin nach außen sichtbar markierte die Stuttgarter Parteilinke ihre Position dann im Kampf um die Tagwacht-Redaktion. Der Landesvorstand[71]) bemühte sich nämlich seit Anfang August, die Tagwacht-Redaktion auf den Kurs der Reichstagsfraktion festzulegen, er verlangte, „daß die Tagwacht im Sinne und Geist der Gesamtpartei geführt, daß die Haltung der Reichstagsfraktion und des Parteivorstandes von der Redaktion anerkannt und in der Tagwacht vertreten werde“[72]).

Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen Landesvorstand und Tagwacht-Redaktion wuchsen sich schon im Herbst 1914 zum sogenannten „Tagwacht-Konflikt“ aus[73]). Er war der erste – mit Rücksichtslosigkeit geführte und durch Zwangsmittel entschiedene – Kampf um die Redaktion eines Parteiorgans zwischen Exponenten des

---

[69]) Nach den Erinnerungen von Jacob Walcher, zit. bei Kuczynski (s. Anm. 59), S. 214 ff. und Dok. u. Mat. I, S. 35.

[70]) Miller, S. 88. Anfang 1915 suchten die Stuttgarter Radikalen eine Zusammenkunft von Delegierten aller oppositionellen Gruppen im Reich zustande zu bringen, die dem Meinungsaustausch und der Schaffung eines einheitlichen Standpunktes dienen sollte. Am 5. 1. 1915 versandte Crispien ein Zirkular an zuverlässige Genossen, in dem um Vorschläge für eine solche Zusammenkunft gebeten wurde. In einem weiteren Schreiben vom 20. 1. 1915 teilte Crispien dann mit, zustimmend geantwortet hätten Liebknecht, Luxemburg, Borchardt (Berlin), Dißmann (Frankfurt/M.), Menke (Dresden), Notter (München), Bartel (Danzig), Minster (Duisburg), Zimmer (Karlsruhe), Zetkin und Westmeyer (Stuttgart). Die Zusammenkunft kam jedoch nicht zustande. „Aus Briefen, die im Nachlaß Karl Liebknechts aufgefunden wurden, geht hervor, daß vorerst nur an eine Fühlungnahme von Person zu Person gedacht war. Diese Fühlungnahme sollte möglichst von Berlin aus erfolgen“ (Heinz Wohlgemuth, Karl Liebknecht. Berlin 1973, S. 270).

[71]) Dem auf der Landesversammlung am 25./26. 7. 1914 neugewählten Landesvorstand gehörte kein Vertreter des linken Parteiflügels an. Vorsitzender des Landesvorstands war Friedrich Fischer (Stuttgart), Sekretär Wasner; als Beisitzer fungierten: Gottlob Fischer (Cannstatt), Keil (Ludwigsburg), Frau L. Müller, Harder und Steinmayer (alle Stuttgart). Westmeyer hatte bei der Wahl zum Landesvorstand kandidiert, aber nur eine sehr kleine Zahl von Stimmen erhalten. In den Landesausschuß hingegen wurden zwei Anhänger des linken Parteiflügels gewählt (Hoschka, Cannstatt, und Haug, Eßlingen); weitere Mitglieder des Landesausschusses: Bauer (Stuttgart; Vorsitzender), Stubenrauch (Feuerbach), Hosenthien (Untertürkheim), Kurz (Reutlingen), Göhring (Ulm). Schwäbische Tagwacht Nr. 172 vom 28. 7. 1914.

[72]) Die Vorgänge (s. Anm. 73), S. 13; vgl. ebd., S. 7.

[73]) Die Vorgänge aus der Sicht der beiden sich befehdenden Gruppierungen behandeln die beiden Broschüren: Im Kampf um unsere Grundsätze. Tatsachenmaterial zum Gewaltstreich des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs gegen die politische Redaktion der Schwäbischen Tagwacht. Hrsg. von den Redakteuren Crispien, Hoernle, Walcher. Stuttgart 1914; Die Vorgänge in der Schwäbischen Tagwacht und ihre Ursachen. Hrsg. vom Landesvorstand der Sozialdemokraten Württembergs. Stuttgart o. J. [1914]; s. ferner: Keil, Erlebnisse I, S. 306 ff.; Koszyk, S. 48 ff.; Miller, S. 84 ff.; Rück, Vom 4. August, S. 14 ff.

rechten und linken Parteiflügels nach dem Ausbruch des Krieges[74]) und insofern ein Konfliktfall von überregionaler Bedeutung. „Im Land gilt der Stuttgarter Kampf als der Kampf der Richtungen im ganzen Reiche", schrieb die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz" im Frühjahr 1915[75]). Auf diesen „Stuttgarter Kampf" vom Herbst 1914 bis Sommer 1915 muß etwas näher eingegangen werden.

Nachdem der Landesvorstand in mehreren Sitzungen[76]) vergeblich versucht hatte, die Redakteure der Tagwacht umzustimmen, sie zum Verzicht auf ihre Tätigkeit oder zur Hinnahme einer Vorzensur des Landesvorstands zu bewegen[77]), kam es am 4. November 1914 zum Eklat: in einer gemeinsamen Sitzung von Landesvorstand, Landesausschuß, Redaktion und Preßkommission wurde, gegen die wenigen Stimmen der Linken, der Reichstagsabgeordnete Keil mit dem Amt eines Chefredakteurs der Schwäbischen Tagwacht betraut und damit die bisherige Ressortredaktion aufgehoben. Landesvorstand und Landesausschuß, in denen die Parteirechte die Mehrheit besaß, stützten sich dabei auf § 24 der Satzungen der Sozialdemokratischen Partei Württembergs: „Die Preßkommission (die auf den Wahlkreiskonferenzen des 1., 2. und 4. württembergischen Wahlkreises gewählt wird) entscheidet in Gemeinschaft mit dem Landesvorstand (der auf der Landesversammlung gewählt wird) über die Haltung der Schwäbischen Tagwacht, insbesondere über die Anstellung und Entlassung im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landesvorstand und der Preßkommission entscheiden der Landesvorstand, die Preßkommission und der Landesausschuß (der auch von der Landesversammlung gewählt wird) in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe eine Stimme hat"[78]). Die Parteilinke lief Sturm gegen diesen „Gewaltstreich". Während Keil unmittelbar nach der Sitzung sein Amt als Chefredakteur antrat, riefen Crispien, Hoernle und Walcher noch am selben Tag den Parteivorstand in Berlin an und beantragten beim Landesvorstand und der Preßkommission ihre Suspendierung bis zur Klärung der Angelegenheit; am 5. November verließen sie die Redaktion – wie sich zeigen sollte – für immer.

Der Parteivorstand – um die Wahrung des innerparteilichen Burgfriedens bemüht[79]) – entsandte sofort Otto Braun nach Stuttgart mit dem Auftrag, einen Vermittlungsversuch zu unternehmen. Am 15. November fand dann erneut eine Sitzung statt, an der Landesvorstand, Preßkommission, die drei Redakteure Crispien, Hoernle und Walcher sowie als Vertreter des Parteivorstands O. Braun und Ebert teilnahmen; eine gemeinsame Sitzung mit dem Landesausschuß schloß sich an[80]). Landesvorstand und Preßkommission hielten an ihren bisherigen Standpunkten fest: der Landesvorstand beharrte auf der Anstellung Keils als Chefredakteur, die Preßkommission opponierte gegen diese Maßnahme und verlangte Wiederherstellung der alten Redaktionsverhältnisse. Der Landesausschuß schloß sich dann mit 5 : 2 Stimmen der Stellungnahme des Landesvorstandes an.

Mit ihrem Beschluß setzten sich Landesvorstand und Landesausschuß über die Empfehlung der Parteivorstandsvertreter hinweg, die folgende Erklärung abgegeben hatten: „Nach den Tatsachen, die uns durch die schriftlichen und mündlichen Informa-

---

[74]) Im Lauf des Krieges kam es dann in verschiedenen anderen Städten zu ähnlichen Kämpfen um die Redaktion des Parteiblattes; siehe dazu Koszyk, S. 44 ff.
[75]) Zitiert bei Miller, S. 87.
[76]) Die mehrheitlich aus radikalen Stuttgarter Parteimitgliedern bestehende Preßkommission (Vorsitzende: Clara Zetkin, Mitglied u. a. Westmeyer) wurde zu diesen Sitzungen nicht zugezogen.
[77]) Miller, S. 84.
[78]) Die Vorgänge (s. Anm. 73), S. 2.
[79]) Miller, S. 85.
[80]) Siehe dazu das Protokoll der Preßkommission, in: Im Kampf (s. Anm. 73).

tionen in der gemeinsamen Sitzung bekannt geworden sind, können wir nicht anerkennen, daß die durch den Beschluß des Landesvorstandes und des Landesausschusses [am 4. 11.] herbeigeführte Änderung in der Redaktion notwendig war. Wir bedauern sie, und das um so mehr, als sie dazu angetan ist, neue bedauerliche Konflikte in die württembergischen Parteiverhältnisse hineinzutragen. Wir haben bei frühereren Verhandlungen über Differenzen stets versucht, durch vermittelnde Vorschläge eine Beilegung herbeizuführen. Heute haben wir davon Abstand genommen, da wir aus den Beratungen die Überzeugung gewonnen haben, daß jeder vermittelnde Vorschlag aussichtslos erscheint. Wir können daher nur dringend ersuchen, den Beschluß des Landesvorstandes aufzuheben."

Die Vertreter des Parteivorstandes hatten also durchaus erkannt, daß in Württemberg der rechte Parteiflügel die durch den Ausbruch des Krieges geschaffene Situation dazu benutzte, „alte Rechnungen zu begleichen und sich einer schon seit langem höchst lästigen Opposition zu entledigen"[81]). Der Parteivorstand war indessen nicht in der Lage, eine Aufhebung des Beschlusses von Landesvorstand und Landesausschuß zu erzwingen. Andererseits wäre ein Widerstand der alten Redaktion gegen den „Gewaltstreich" aussichtslos gewesen, weil „Expedition, Geschäftsleitung, einschließlich Kasse, und fast das gesamte technische Personal" auf seiten des Landesvorstandes standen, des Eigentümers von Haus und Druckerei, so daß es auch bei Besetzung des Hauses unmöglich gewesen wäre, das Blatt herauszubringen[82]).

Die württembergische Parteilinke war jedoch nicht bereit, die Niederlage im Kampf um die Tagwacht-Redaktion ohne weiteres hinzunehmen, sondern sie mobilisierte ihre Anhängerschaft, um die Aufhebung der getroffenen Maßnahmen zu erzwingen. Am 9. November, also noch während der Vermittlungsaktion des Parteivorstandes, nahm eine überfüllte Mitgliederversammlung des Stuttgarter SPD-Ortsvereins[83]) einstimmig bei einigen Stimmenthaltungen einen von den Vertrauensmännern vorgelegten Antrag an, in dem die sofortige Entlassung Keils als Chefredakteur und die umgehende Einsetzung der Redakteure Crispien, Hoernle und Walcher „in ihre bisherige Stellung und zu den alten Rechten" verlangt wurde[84]). Ferner wurde gegen 12–15 Stimmen die Schaffung eines eigenen Parteiorgans für die Stuttgarter Parteigenossen beschlossen. Zu diesem Zweck sollte ein Pressefonds ins Leben gerufen werden, dem vom Sozialdemokratischen Verein Stuttgart 1000 Mk. als Grundstock überwiesen wurden[85]).

---

[81]) So mit Recht Miller, S. 86.

[82]) Jacob Walcher in einem Brief vom 6. 11. 1956 an W. Bartel, zitiert bei Bartel, S. 198.

[83]) Versammlungsberichte in: Mitteilungsblatt (s. Anm. 85) Nr. 1 vom 14. 11. 1914; Schwäbische Tagwacht Nr. 262 vom 10. 11. 1914; Leipziger Volkszeitung Nr. 261 vom 11. 11. 1914 (auch: Dok. u. Mat. I, S. 54 f.).

[84]) Nach Mitteilung von landesvorstandstreuen Teilnehmern an dieser Versammlung äußerte Westmeyer in der Debatte: „Die endgültige Scheidung ist mit aller Kraft anzustreben, unbekümmert um die Schlichtung, wie sie vielleicht getroffen wird." Wenige Tage später, in einer am 13. November abgehaltenen Stuttgarter Vertrauensmännerversammlung, soll Westmeyer erklärt haben: „Es muß Schlag auf Schlag gehen und darf nicht gezögert werden. Es ist sicher, daß der Kampf uns Opfer kostet, mancher wird uns verlorengehen. Jetzt gelten nur noch Taten. Es muß uns darum zu tun sein, den Kampf bis zum letzten Ende durchzuführen. Ganz Deutschland blickt auf Stuttgart." Zitiert in: Schwäbische Tagwacht Nr. 39 vom 17. 2. 1915.

[85]) Die Bewilligung von 1000 Mark für den Pressefonds verschärfte die Streitigkeiten innerhalb des Stuttgarter Ortsvereins, da viele Mitglieder mit dieser Verwendung der Beiträge nicht einverstanden waren, vgl. Bericht Kontrollkommission (s. Anm. 93), S. 9. Bereits am 14. 11. 1914 begann das „Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart" zu erscheinen (Titel der Zeitung ab Nr. 5 vom 16. 1. 1915: „Der Sozialdemokrat. Mitteilungsblatt für die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart. Redaktion und Verlag: Fr. Westmeyer"). Die Nummern 1–27, 39, 41–44 und 64–76 des 1. Jahrgangs befinden sich im Nachlaß Schimmel (HStA Stuttgart), der 2. Jahrgang (November 1915–Oktober 1916) und die ersten 9 Nummern des 3. Jahrgangs (November/Dezember 1916) in der Landesbibliothek Stuttgart.

Waren in dieser Versammlung die Linken fast ganz unter sich, so kam es zur offenen Konfrontation zwischen Gemäßigten und Radikalen in der Kreisversammlung des 1. Wahlkreises am 6. Dezember 1914[86]), denn zu dieser Versammlung entsandten nicht nur die Parteibezirke der Stadt Stuttgart, sondern auch annähernd 30 Landorte Delegierte; die meisten von ihnen teilten die Auffassung des Landesvorstandes. An die Referate von Keil und Crispien, in denen die gegensätzlichen Standpunkte vorgetragen wurden, schloß sich eine hitzige Debatte an. Als Clara Zetkin schließlich unter dem tosenden Beifall ihrer Anhänger in den Saal rief, sie könne von nun an bestimmte Mitglieder des Landesvorstandes auch als Menschen nicht mehr achten, verließen die Mitglieder des Landesvorstandes mit 42 Delegierten (von insgesamt 131) den Saal. Mit 90:2 Stimmen wurde danach von der Versammlung folgende Resolution angenommen: „In Übereinstimmung mit dem Parteivorstand und der Preßkommission verurteilt die Kreisgeneralversammlung das widerrechtliche und sachlich völlig unbegründete Vorgehen des Landesvorstandes gegen die bisherige politische Redaktion der ‚Tagwacht' als einen Gewaltakt, der nicht nur das Recht der freien Meinungsäußerung innerhalb der Partei unterdrückt, der auch zu den ungeheuerlichsten Konsequenzen führen muß . . . Der Landesvorstand hat sich selbst gegen den Willen des Parteivorstandes geweigert, seine parteischädigende Handlung wiedergutzumachen. Darum erkennt die Kreisgeneralversammlung an, daß die vergewaltigte Organisation aus Notwehr gezwungen ist, Mittel und Wege zu suchen, die in Zukunft solche Gewaltakte unmöglich machen." In einer weiteren Resolution, die mit dem gleichen Stimmenverhältnis beschlossen wurde, bekundete die Versammlung Liebknecht ihre Sympathie.

Die Sezessionisten – zur Minderheit gehörten neben den Delegierten fast aller Landorte auch die Delegierten der Stuttgarter Stadtbezirke Fangelsbach und Prag – tagten zusammen mit dem Landesvorstand und verabschiedeten einstimmig eine Resolution, in der der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausgesprochen und das Vorgehen des Landesvorstands gebilligt wurde. „Ferner wurden die notwendigen Vorarbeiten für die Gesundung des Parteilebens im 1. Wahlkreis beschlossen. Diese Arbeiten werden sofort in die Hand genommen"[87]).

Mit einer Reihe rascher und gezielter Aktionen suchte der Landesvorstand nun den radikalen Flügel innerhalb der württembergischen Partei zu isolieren. Dabei kam ihm zustatten, daß Westmeyer und seine Anhänger in Überschätzung ihrer Kräfte wie ihrer Möglichkeiten einige schwere Fehler begingen. So forderten sie ihre Parteigänger zur Abbestellung der Schwäbischen Tagwacht auf, was ihnen von seiten der landesvorstandstreuen SPD-Mitglieder den Vorwurf parteischädigenden Verhaltens eintrug[88]), vor allem aber rechnete der SPD-Ortsverein Stuttgart (Kassier: Westmeyer) trotz mehrfacher Mahnung die Mitgliedsbeiträge nicht mehr mit dem Kreisvorstand ab, dessen Vorsitzender Oster und dessen Kassier Schimmel zum Landesvorstand hielten. Der Kreisvorstand konnte daher am 20. Dezember 1914 beschließen: da der Ortsverein Stuttgart überhaupt nicht gewillt sei, seine statutarisch festgelegten Verpflichtungen gegenüber dem Kreisverein, der Landes- und Gesamtpartei einzuhalten, stelle er sich „von selbst außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands." Die Genossen des Ortsvereins Stuttgart, „die gewillt sind, ihren Verpflichtungen ge-

---

[86]) Versammlungsberichte: Mitteilungsblatt (s. Anm. 85) Nr. 4 vom 12. 12. 1914; Schwäbische Tagwacht Nr. 285 vom 7. 12. 1914; Vorwärts Nr. 337 vom 10. 12. 1914 (auch: Dok. u. Mat. I, S. 85 f.). Vgl. ferner Keil, Erlebnisse I, S. 321.

[87]) So schließt der Bericht in der Schwäbischen Tagwacht Nr. 285 vom 7. 12. 1914.

[88]) Der Plan der Westmeyer-Gruppe, die Eßlinger „Volkszeitung" unter Mitarbeit der ausgeschiedenen Tagwacht-Redakteure zum Organ der radikalen Richtung zu machen, wurde vom Landesausschuß noch im Dezember 1914 vereitelt, vgl. Schwäbische Tagwacht Nr. 290 vom 12. 12. 1914 und Nr. 293 vom 16. 12. 1914; Der Sozialdemokrat Nr. 5 vom 16. 1. 1915.

genüber der Gesamtpartei nachzukommen", wurden vom Kreisvorstand aufgefordert, ihre Beiträge bis auf weiteres direkt an den Kreiskassier abzuführen[89]).

Schon einige Tage zuvor, am 17. Dezember 1914, hatten die Stuttgarter Parteigänger des Landesvorstands einen „Verein zur Förderung der Schwäbischen Tagwacht" gegründet. Die stark besuchte Gründungsversammlung appellierte an den Landesvorstand, den Parteimitgliedern, die im Rahmen der Gesamtpartei arbeiten wollten, eine Betätigungsmöglichkeit im Rahmen des Parteistatuts zu schaffen; den Stuttgarter Anhängern des Landesvorstandes wurde empfohlen, einstweilen den Bezirken Fangelsbach oder Prag als Mitglieder beizutreten, denn in diesen beiden Bezirksvereinen besaßen die Gemäßigten die Mehrheit[90]). Den nächsten Schritt tat dann eine vom Landesvorstand auf 31. Januar 1915 einberufene Landeskonferenz, an der die Mitglieder des Landesvorstands, des Landesausschusses, der Kreisvorstände sowie die Redakteure der württembergischen Parteiblätter und die württembergischen SPD-Abgeordneten, zusammen 45 Personen, teilnahmen. Die Konferenz verabschiedete gegen eine Stimme eine Resolution, in der Einverständnis mit der Haltung der Reichstagsfraktion bekundet und die Maßnahmen des württembergischen Landesvorstandes gebilligt wurden. Weiter hieß es: „Das bekanntgewordene Vorgehen der Separatisten in Stuttgart legt dem Landesvorstand die Pflicht auf, in Gemeinschaft mit dem Kreisvorstand ein geordnetes, sachliches Zusammenarbeiten aller auf dem Boden der Gesamtpartei und der Landesorganisation stehenden Parteigenossen sicherzustellen. Die vorliegenden Ausschlußanträge gegen die Parteizerstörer in Stuttgart sind ohne Verzug durchzuführen"[91]).

Daraufhin luden die Stuttgarter Anhänger des Landesvorstandes zu einer „außerordentlichen Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart" ein. Die rund 500 Teilnehmer dieser am 4. Februar tagenden Generalversammlung wählten per Akklamation einen Vorstand[92]), der vom Landesvorstand umgehend als rechtmäßige Leitung des Stuttgarter SPD-Ortsvereins anerkannt wurde. Der Landesvorstand erklärte: „Zur Einberufung von Versammlungen und zur Vornahme von politischen Handlungen namens des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart hat nunmehr nur die von der Generalversammlung gewählte vorerwähnte Vereinsleitung das Recht. Der frühere Vorstand, Fr. Westmeyer und Gen., steht nach den wiederholten Feststellungen des Kreisvorstandes außerhalb der Gesamtpartei und ist somit nicht mehr befugt, irgendwelche Handlungen im Namen des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart auszuüben"[93]).

Im Gegenzug berief die Westmeyer-Gruppe, die außer in Stuttgart nur in Eßlingen[94]) und Göppingen[95]) über eine größere Zahl von Anhängern verfügte, auf 21. Februar eine

---

[89]) Schwäbische Tagwacht Nr. 297 vom 21. 12. 1914; vgl. Nr. 1 vom 2. 1. 1915.
[90]) Schwäbische Tagwacht Nr. 288 vom 10. 12. 1914, Nr. 295 vom 18. 12. 1914.
[91]) Schwäbische Tagwacht Nr. 25 vom 1. 2. 1915.
[92]) Schwäbische Tagwacht Nr. 29 vom 5. 2. 1915, Nr. 30 vom 6. 2. 1915.
[93]) Schwäbische Tagwacht Nr. 33 vom 10. 2. 1915. Der Parteivorstand der SPD versagte dem neuen Stuttgarter Verein zunächst allerdings die Anerkennung als Parteiverein. Er erkannte ihn erst als den rechtmäßigen sozialdemokratischen Ortsverein an, nachdem durch eine Kassenrevision am 27. 2. 1915 die statutenwidrige Verwendung der für die Kreisorganisation eingezogenen Beiträge durch den alten, von den Radikalen beherrschten Verein konstatiert war und alle Vermittlungsversuche des Parteivorstandes kein Ergebnis gezeitigt hatten (Bericht der Kontrollkommission an den Parteitag in Würzburg 1917. Berlin 1917, S. 9). Vgl. Dok. u. Mat. I, S. 128 ff.
[94]) Beschlüsse der Versammlung am 9. 1. 1915, s. Der Sozialdemokrat Nr. 5 vom 16. 1. 1915.
[95]) Siehe den ausführlichen Bericht über die Kreisgeneralversammlung des 10. württembergischen Reichstagswahlkreises am 21. 3. 1915 (in Anwesenheit von Wels und O. Braun als Vertretern des Parteivorstands): Der Sozialdemokrat Nr. 15 vom 27. 3. 1915. Vgl. ferner: Schwäbische Tagwacht Nr. 69 vom 24. 3. 1915.

„Landeskonferenz" nach Stuttgart. Diese Konferenz stellte folgende Forderungen auf: „1. Aufhebung aller Gewaltakte des Landesvorstandes. 2. Absetzung des Landesvorstandes. 3. Stellung des Landesvorstandes vor ein Parteischiedsgericht wegen fortgesetzter grober Verstöße gegen die Interessen der Partei. 4. Einsetzung einer paritätisch zusammengesetzten Landeskommission bis zur Wahl eines Landesvorstandes. 5. Die erste Landesversammlung nach dem Kriege tritt nur zusammen, um ein Wahlrecht für die Landesversammlung zu schaffen, das die Benachteiligung der großen und größeren Mitgliedschaften beseitigt und jeder Richtung innerhalb der Partei die Vertretung in den Landesinstanzen ermöglicht, die sie aufgrund ihrer Stärke und Bedeutung beanspruchen darf. 6. Aufgrund des neuen Wahlrechts tritt eine neue Landesversammlung unter Leitung der vorläufig eingesetzten Landeskommission zusammen. 7. Die Schwäbische Tagwacht hört entweder auf, Landesorgan zu sein und wird Organ der Wahlkreise ihres Verbreitungsgebietes, oder sie bleibt Landesorgan und das Groß-Stuttgarter Industriegebiet erhält ein selbständiges, unabhängiges Blatt." Die Konferenz wählte auch eine sogenannte „Landeskommission"[96]) und beschloß, daß die Verbindung mit der Gesamtpartei nur durch diese Kommission aufrechterhalten werden solle; die Beitragsleistung an den Landesvorstand sei einzustellen, dagegen sollten Beiträge an den Kassier der neuen Landeskommission abgeführt werden[97]).

Diese Beschlüsse bedeuteten eine kühne Herausforderung nicht nur des Landesvorstands, sondern auch des Parteivorstands. Hatte der Parteivorstand sich im Tagwacht-Konflikt noch um einen Ausgleich bemüht und mit Kritik am Vorgehen des Landesvorstands nicht gespart, so reagierte er jetzt schnell, eindeutig und hart auf den Versuch der Radikalen, sich eine eigene Landesorganisation zuzulegen: er erklärte die Zugehörigkeit zu dieser Sonderorganisation für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei. Am 8. März wurde dem von Westmeyer geführten Stuttgarter Ortsverein mitgeteilt: „Die neue Landeskommission und die von ihr vertretene Organisation widerspricht dem Organisationsstatut der Partei. Parteiorganisationen und Parteigenossen, die sich vom Landesvorstand der Sozialdemokratie Württembergs loslösen und der neuen Landesorganisation anschließen, scheiden damit aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus. Wir warnen daher die Parteigenossen, die Wert darauf legen, der Gesamtpartei anzugehören, das parteizerrüttende Vorgehen der neuen Landeskommission zu unterstützen"[98]).

Einen Monat später – am 8. April 1915 – beschäftigte sich auch der Parteiausschuß der SPD mit der Angelegenheit und hieß mit allen gegen eine Stimme das Vorgehen des Parteivorstandes gegen die Stuttgarter Sonderorganisation gut, beauftragte ihn aber gleichzeitig, „mit den württembergischen und Stuttgarter Parteiinstanzen weitere Unterhandlungen zu führen, um in Württemberg wieder zu geordneten Parteiverhältnissen zu gelangen."[99]) Diese Verhandlungen fanden Anfang Mai in Stuttgart statt und verliefen ergebnislos. Der Vermittlungsvorschlag des Parteivorstandes verlangte sowohl den Rücktritt der Leitung des alten, radikalen Ortsvereins, wie den Rücktritt des Vorstands des von den gemäßigten Stuttgarter Parteimitgliedern im Februar gegründeten neuen Vereins; die in einer Urabstimmung unter Leitung des Parteivorstands zu wäh-

---

[96]) In Ill. Gesch. 1929, S. 115 findet sich ein Gruppenfoto, das den „Landesvorstand der Westmeyer-Gruppe, Württemberg, Mai 1915" zeigt: Hans Tittel (Ulm), Lachenmaier (Gmünd), Berta Thalheimer (Cannstatt), Reeber (Zuffenhausen), Schuhmacher (Stuttgart), Knab (Degerloch), Schwan (Heilbronn), Crispien (Stuttgart), Außenlechner (Göppingen).

[97]) Rundschreiben des Landesvorstands, Stuttgart 17. 4. 1915 (HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel).

[98]) Ebd.

[99]) Ebd.; ferner: Der Sozialdemokrat Nr. 18 vom 17. 4. 1915; Bericht Kontrollkommission (siehe Anm. 93), S. 9 f.

lende neue Leitung sollte aus Parteigenossen bestehen, „welche bisher nicht im Vordergrund der Parteidifferenzen gestanden haben." Zur Annahme dieses Vermittlungsvorschlags, der einer Kapitulation vor Partei- und Landesvorstand gleichgekommen wäre, fanden sich die Stuttgarter Radikalen nicht bereit[100]). Damit aber war praktisch die Entscheidung gefallen, die sozialdemokratische Partei in Württemberg formell gespalten: erheblich früher als die anderen Gruppen und Organisationen, die sich schließlich im April 1917 zur USPD zusammenschlossen[101]), schied so in Württemberg der linke Flügel aus der Partei aus und begann mit dem Aufbau einer separaten Organisation. Im Juni 1915 spaltete sich auch – als erste sozialdemokratische Parlamentsfraktion in Deutschland – die sozialdemokratische Fraktion im württembergischen Landtag[102]).

Zu diesem Zeitpunkt hatten jedoch die württembergischen Radikalen den Zenit ihrer politischen Aktivität wie ihres Einflusses auf die Entwicklung der innerparteilichen Verhältnisse im Land und im Reich bereits überschritten. Wenn Württemberg im Laufe der Kriegsjahre nicht eine Hochburg, sondern nur ein Stützpunkt der Linken wurde[103]), so ist das sicherlich auf ein Ensemble von äußeren und inneren Gründen zurückzuführen.

Gerade weil die württembergische Parteilinke gleich nach Kriegsausbruch mit so großer Vehemenz den Kampf gegen die allgemeine und die innerparteiliche Burgfriedenspolitik aufnahm, konzentrierte sie früh die Aufmerksamkeit der Militär- und Zivilbehörden in besonderem Maße auf sich und veranlaßte diese zu einer Reihe von rigorosen Gegenmaßnahmen. Früher als in anderen Teilen des Reiches wurde dadurch der Aktionsradius der Linken stark eingeschränkt; schon wenige Monate nach Kriegsausbruch waren die oppositionellen Kräfte in die Illegalität gedrängt. Die führenden Mitglieder der Westmeyer-Gruppe wurden polizeilich überwacht, in der zweiten Kriegshälfte regelrecht observiert[104]). Vom Frühjahr 1915 an war es ihnen unmöglich, politische Versammlungen durchzuführen: am 17. März 1915 erging ein Erlaß des Innenministeriums an die Oberämter, alle Versammlungen des radikalen sozialdemokratischen Flügels zu verbieten, insbesondere solche, in denen Westmeyer, Crispien und Rödel auftreten würden; unter dieses Verbot fielen nicht nur öffentliche Versammlungen, sondern auch geschlossene politische Veranstaltungen[105]). Aus einer Aufstellung des Innenministeriums von Mitte Juni 1915 geht hervor, daß bis einschließlich 5. Juni 1915 bereits insgesamt 30 Veranstaltungen verboten worden waren, davon 19 in Stuttgart, 5 im Oberamt Göppingen, 3 im Oberamt Eßlingen, eine im Oberamt Besigheim[106]). Mit welcher Schärfe man gegen die Versammlungen der radikalen Gruppe vorging, illustriert die Tatsache, daß auch die als „Märchenabend" angemeldete Versammlung ei-

---

[100]) Siehe den Bericht über die Sitzung der Vertrauensmänner am 3. 5. 1915: Der Sozialdemokrat Nr. 22 vom 8. 5. 1915. Die danach vom Stuttgarter Ortsverein (alter Verein) gegen den Parteivorstand gerichtete Beschwerde wurde von der Kontrollkommission am 22. 11. 1915 als unbegründet zurückgewiesen: Der Sozialdemokrat Nr. 6 vom 4. 12. 1915; Bericht Kontrollkommission (s. Anm. 93), S. 10. Vgl. dazu auch die in diesen Zusammenhang gehörende Beschwerdeschrift des alten Stuttgarter Ortsvereins (ca. Mai 1915) im HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel.

[101]) Siehe dazu Miller, S. 156 ff.

[102]) Ihr gehörten an: Westmeyer, Engelhardt und Hoschka, s. Dok. u. Mat. I, 205 ff.; Kling, S. 58 f. Im Dezember 1915 bildeten die radikalen Mitglieder in den Stuttgarter Gemeindekollegien ebenfalls eine eigene Vereinigung: Der Sozialdemokrat Nr. 7 vom 8. 12. 1915.

[103]) So die treffende Formulierung von Miller, S. 87.

[104]) Reichhaltiges Material hierzu findet sich in den einschlägigen Akten, s. vor allem HStA Stuttgart E 150 I, 2051.

[105]) Ebd. Bl. 174.

[106]) Ebd.; je eine Veranstaltung im Oberamt Ludwigsburg und im Oberamt Urach wurde mehr versehentlich verboten.

nes Stuttgarter Ortsvereins mit einem Verbot belegt wurde[107]). Auch gegen die Tätigkeit der zur Westmeyer-Gruppe tendierenden Jugendorganisation richteten sich die behördlichen Maßnahmen. Da die sozialdemokratischen Jugendgruppen in Stuttgart und Göppingen antimilitaristische Agitation betrieben[108]), verbot das stellvertretende Generalkommando des XIII. Armeekorps (Stuttgart) im Februar 1916 21 Funktionären (darunter Westmeyer, Engelhardt, Crispien, Hoernle) die „Teilnahme an Versammlungen, Sitzungen oder Zusammenkünften minderjähriger Personen, zu denen sie nicht in verwandtschaftlichen, beruflichen oder dienstlichen Beziehungen stehen sowie überhaupt jede organisatorische, schriftstellerische oder rednerische Betätigung für die Arbeiterjugend und jeden hierauf bezüglichen Postverkehr mit dem Ausland"[109]). Durch Verfügung des stellv. Generalkommandos vom 18. Juli 1917 wurde die Freie Jugendorganisation in Eßlingen aufgelöst, ihr Jugendheim geschlossen und ihren Führern jede Art politischer Tätigkeit verboten[110]).

Wegen der Verteilung illegaler Flugblätter und Schriften kam es in der zweiten Jahreshälfte 1916 zu einer Verhaftungswelle. In der Landtagssitzung am 14. Dezember 1916 erklärte Westmeyer, während des Krieges seien etwa 50 seiner Parteifreunde in Untersuchungshaft genommen, 15 von ihnen verurteilt worden; in den übrigen Fällen habe Freisprechung erfolgen müssen, nachdem im ganzen 647 Tage Untersuchungsgefängnis unschuldig abgesessen worden seien[111]). Zahlreiche prominente und weniger prominente Linksradikale wurden zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt, so etwa Edwin Hoernle und seine Frau, Arthur Crispien, Wilhelm Schwab, der Leiter der Jugendorganisation, Hugo Rödel vom Textilarbeiterverband, ferner Arbeiter aus Stuttgart, Heilbronn und Schwenningen[112]). Nach der Entlassung aus der Haft wurden Crispien und Hoernle zum Militärdienst eingezogen, Anfang 1917 auch der 44jährige Westmeyer[113]), gleich ihnen auch zahlreiche andere Funktionäre und Jugendführer[114]).

Der sich aus dieser Aufzählung ergebende Eindruck, daß die württembergischen Behörden besonders entschieden und rigoros gegen die politische Linke vorgegangen sind, wird bestätigt durch eine Äußerung Hugo Haases. Dieser schrieb am 20. August 1917 an das württembergische Staatsministerium: „Bei der Sichtung des Materials ist es besonders auffallend, mit welcher Härte und Einseitigkeit in Württemberg das Gesetz über den Belagerungszustand gegen die oppositionellen Sozialdemokraten an-

---

[107]) Ebd. Vgl. zur Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in Württemberg während der Kriegsjahre insgesamt Köhler, S. 33 ff., und Deist I, S. 211 ff., 230 ff., 736.

[108]) An der Internationalen Jugendkonferenz in Bern (Ostern 1915) nahmen Vertreter aus Stuttgart und Göppingen teil; diese Gruppen beschlossen als erste Jugendgruppen in Deutschland den Anschluß an die Jugendinternationale (Kling, S. 56 f.). Zur Aktivität der württembergischen Jugendorganisation vgl. insgesamt: Ottokar Luban, Die Auswirkungen der Jenaer Jugendkonferenz 1916 und die Beziehungen der Zentrale der revolutionären Arbeiterjugend zur Führung der Spartakusgruppe, in: Archiv für Sozialgeschichte, 11, 1971, S. 185–223; Rück, Vom 4. August, S. 9 ff., 17 ff.

[109]) Deist I, S. 282 ff.; Kling, S. 57.

[110]) Deist II, S. 776; vgl. Köhler, S. 41 f.

[111]) Der Sozialdemokrat Nr. 8 vom 23. 12. 1916.

[112]) Kling, S. 62.

[113]) Ebd., S. 62 f.

[114]) Ein „Verzeichnis derjenigen in Württemberg wohnhaften Personen, die für den radikalen Sozialismus sich besonders betätigen" vom Mai 1918 (HStA Stuttgart E 150 I, 2051, Bl. 1398 ff.) führt 24 Personen auf. Von ihnen waren 10 zum Militärdienst eingezogen (u. a. Crispien, Hoernle, Engelhardt, Hoschka, Kinkel, Rödel), 4 saßen im Gefängnis. Über die Jugendorganisation heißt es dort: „Die radikale Jugendbewegung in Württemberg ist z. Zt. ziemlich lahmgelegt; deren Führer sind in der Hauptsache zum Heere eingezogen oder verbüßen sie Gefängnisstrafen. Den noch vorhandenen Mitgliedern, vorwiegend junge Mädchen, gelingt es nur mangelhaft, den Zusammenhang einigermaßen aufrechtzuerhalten."

gewendet wird. Es werden öffentliche wie Mitgliederversammlungen unmöglich gemacht"[115]).

Ende 1916 hatten die württembergischen Linksradikalen eine durchaus negative politische Bilanz vorzuweisen. Durch die Forcierung des innerparteilichen Konflikts bis zur Parteispaltung schon während der ersten Kriegsmonate hatte die Westmeyer-Gruppe praktisch den Gegenspielern auf dem rechten Parteiflügel in die Hände gearbeitet, hatte die eigene Aktionsbasis reduziert und es dem rechten Parteiflügel ermöglicht, die linke Opposition politisch und organisatorisch zu isolieren, zumal der von der Linken gesteuerte Kurs bei der Arbeiterschaft selbst der Industriestädte offensichtlich wesentlich weniger Resonanz fand, als sich die Westmeyer-Gruppe im Herbst 1914 erhofft und erwartet hatte. Die verschiedenen behördlichen Maßnahmen in den Jahren 1915 und 1916 brachten dann die politische Arbeit der württembergischen Linksradikalen in der zweiten Kriegshälfte weitgehend zum Erliegen. An die Stelle der zum Militär eingezogenen oder verhafteten altgedienten Funktionäre traten politisch unerfahrene, oft sehr junge Arbeiter und Frauen; auch die Verbindung der Parteiorganisation zu den Betrieben riß im Verlauf der Kriegsjahre fast ganz ab[116]).

Während so die Basis der Linksradikalen zunehmend schmäler wurde, nahmen nun die politischen und persönlichen Spannungen innerhalb der ideologisch durchaus inhomogenen württembergischen Linksgruppierung zu. Der größere Teil, Westmeyer und Zetkin an der Spitze, stand uneingeschränkt auf dem Boden der programmatischen Vorstellungen von Liebknecht und Luxemburg. Auf der Reichskonferenz der Spartakusgruppe im März 1916 trat Westmeyer für eine kompromißlose Politik ein: „Wir stehen auf dem Boden der Leitsätze. Wir danken für die Ausarbeitung. Wir haben nur Angst, daß die Neigung zum Kompromiß auch in der Opposition groß wird. Um Himmels willen keine verschwommene Politik"[117]). Crispien hingegen, der nicht den Weg in die Spartakusgruppe mitging, klagte im Mai 1916 einem Genossen: Westmeyer hetze und wühle gegen ihn, Crispien, schon seit Jahr und Tag; in den Sitzungen komme es zu scharfen Zusammenstößen – „die Sache steht auf Biegen und Brechen"[118]). Aus diesem Grunde fanden die württembergischen Linken zunächst nicht zu einer einheitlichen Haltung in der Frage des Beitritts zur USPD. Westmeyer mit seinen Anhängern war – wie Clara Zetkin – gegen den organisatorischen Zusammenschluß mit den Zentristen. Eine andere Gruppe stand auf dem Standpunkt der führenden Spartakusfunktionäre in Berlin, die die Ansicht vertraten, daß ein Anschluß an die USPD größere Möglichkeiten zur legalen Arbeit und zur Gewinnung der Mehrheit der revolutionären Arbeiter in der USPD bieten würde. Zu dieser Gruppe gehörte der junge Fritz Rück, der Anfang 1917 wegen Krankheit aus dem Heeresdienst entlassen worden war und in der Redaktion des „Sozialdemokrat" und der „Gleichheit" arbeitete[119]); Rück trat als Kor-

---

[115]) HStA Stuttgart, E 150 I, 2051, Bl. 1207.

[116]) Kling, S. 63. Vgl. dazu die Bemerkungen in einem Bericht des Berliner Polizeipräsidiums, Abt. VII, vom 25. 3. 1917: „Die radikale Organisation ist in Stuttgart in steigendem Niedergang begriffen, weil es – außer an arbeitsfreudigen Genossen – an einer Tageszeitung fehlt, die allein einen Zusammenhang aufrechtzuerhalten vermag. Revolutionäre Elemente sind in Stuttgart sicher vorhanden, schon weil die jahrelange Verbitterung gegen die zunehmende Versumpfung der Partei hier einen besonders geeigneten Boden schuf. Doch sind das Einzelgänger, die von den Kollegen in den Betrieben auch als solche behandelt werden. Einen Einfluß auf die Bevölkerung können diese Leute ebensowenig ausüben, wie es ihnen unmöglich ist, ihre eigenen engeren Genossen zu Aktionen zu treiben" (Stern II, S. 393).

[117]) Kling, S. 60.

[118]) Es handelt sich um einen Brief Crispiens an Julian Borchardt vom 18. 5. 1916, der von der Postkontrolle abgefangen wurde. An der Echtheit des Briefes dürfte kaum zu zweifeln sein (HStA Stuttgart, E 150 I, 2051, Bl. 569).

[119]) Kling, S. 63 f.

referent der Spartakusgruppe auf dem Gründungsparteitag der USPD auf. Aber erst im Herbst 1917 beschloß eine Konferenz aller Oppositionsgruppen in Württemberg den Eintritt in die USPD und wählte Rück, der nach der Einberufung Westmeyers zum Militär inzwischen mit der Leitung des „Sozialdemokrat" betraut worden war, zum Landesvorsitzenden[120]). Am 31. Oktober 1917 schlossen sich die württembergischen Linken als letzte[121]) der großen Oppositionsgruppen der USPD an. Wenige Tage später, am 15. November, starb in einem Lazarett Friedrich Westmeyer, der Exponent der äußersten Linken in Württemberg[122]).

Der hier geschilderte allmähliche Niedergang der zunächst so aktiven und auch zahlenmäßig beachtlichen Linksgruppierung innerhalb der württembergischen Sozialdemokratie vermag die auf den ersten Blick erstaunliche Tatsache zu erklären, daß es im Januar 1918 in Württemberg zu keinerlei Massenaktionen der Arbeiterschaft kam: während in vielen Städten Deutschlands die Arbeiter in den Streik traten, blieb es in den württembergischen Industriestädten und selbst in Stuttgart völlig ruhig. Die Polizeidirektion Stuttgart konstatierte in einem Bericht vom 4. Februar 1918[123]): „Die politischen Arbeiterausstände sind an Stuttgart spurlos vorbeigegangen und werden auch, wenn nicht ganz unerwartete Umstände eintreten, weiterhin ausbleiben. Nur in einzelnen Betrieben haben Lohnbewegungen stattgefunden . . . Auch Flugblätter sind nicht verteilt worden." Aufschlußreich sind die Darlegungen der Polizeidirektion über die Gründe für die Nichtbeteiligung der württembergischen Arbeiterschaft am Januarstreik. Neben einer vergleichsweise besseren Ernährungssituation in Württemberg als in Norddeutschland machte die Polizeidirektion vor allem drei Gründe geltend:

1. Die gemäßigte Sozialdemokratie verfüge über einen größeren Anhang, als vermutet worden sei (im Arbeiterausschuß bei Daimler sitze nur ein Angehöriger der USPD); die früher auf 1000, bzw. 1200 geschätzte Zahl der Mitglieder der USPD betrage jetzt 700[124]) und die Zahl der Bezieher des Sozialdemokrat (2000) sei seit 3 Jahren gleichgeblieben.
2. Die württembergische USPD „besitze nach dem Tode Westmeyers und der Einziehung von Crispien und einiger anderer z. Z. kaum die geistigen Führer, denen die Massen ohne weiteres folgen".
3. Örtlicher Zündstoff sei kaum vorhanden; während man 1916 scharf habe vorgehen müssen (Flugblattprozesse, Demonstrationen usw.), „hat die Städt. Polizeidirektion mit der veränderten Sachlage seit Beginn des Jahres 1917 sich zurückgehalten". Die Gegenseite sei daher genötigt, auf allgemeine und damit entfernter liegende Dinge zurückzugreifen.

Insbesondere der Hinweis auf die über Erwarten starke Anhängerschaft der Mehrheitssozialdemokratie verdient Beachtung. Tatsächlich hatte sich die MSPD nach dem schweren Aderlaß der ersten Kriegsmonate relativ gut stabilisieren können. Die Mitgliederzahl der SPD in Württemberg[125]) ging zwischen dem 31. März 1914 und 31. März 1915 um 68% zurück (31. März 1914: 39914; 31. März 1915: 12716). Dies war ein weit

---

[120]) Ebd., S. 64.
[121]) Die Bremer Linksradikalen schlossen sich weder dem Spartakusbund noch der USPD an.
[122]) Anläßlich des Todes von Westmeyer schrieb Rosa Luxemburg an Clara Zetkin: „Westmeyer ist ein großer Verlust. Ich dachte immer, er würde noch in großen Zeiten eine Rolle spielen" (zit. bei Kling, S. 66).
[123]) HStA Stuttgart, E 150 I, 2051, Bl. 1307.
[124]) Damit übereinstimmend die Angabe in einem Bericht des Berliner Polizeipräsidenten vom 30. 10. 1918, die Stuttgarter USPD zähle „jetzt noch 600–800 Mann", denen etwa 2000 Stuttgarter Anhänger der MSPD gegenüberstünden (Stern IV, S. 1712). An der Generalversammlung der Stuttgarter USPD am 9. 12. 1917 nahmen laut Polizeibericht ca. 180 Personen teil (HStA Stuttgart, E 150 I, 2051, Bl. 1271).
[125]) Das folgende nach den Tabellen bei Miller, S. 333 ff.

überdurchschnittlich starker Rückgang der Mitgliederzahl, denn im Durchschnitt aller Agitationsbezirke der SPD betrug der Mitgliederschwund in diesem Zeitraum 46%. Württemberg lag mit seinem Prozentsatz von 68% fast an der Spitze der Gesamtpartei, nur in den Agitationsbezirken Hessen-Kassel, Kattowitz und Posen lag er noch höher, in Westpreußen etwa gleich. Der Rückgang der Mitgliederzahl in Württemberg von 1914 auf 1915 kann also nicht allein damit erklärt werden, daß – da laut Parteistatut der Heeresdienst von der Beitragspflicht befreite – die zum Militär eingezogenen Mitglieder nicht in der Statistik erscheinen, auch wenn sie sich nach wie vor als Angehörige der Sozialdemokratischen Partei fühlten; in diesen Zahlen kommt vielmehr auch bereits der Mitgliederverlust durch die organisatorische Abspaltung des linken Flügels zum Ausdruck. Obwohl sich die Mitgliederzahl der württembergischen SPD zwischen März 1915 und März 1917 nochmals halbierte (31. Januar 1917: 6667), lag der Mitgliederschwund in diesem Zeitraum klar unter dem Reichsdurchschnitt; von 1917 auf 1918 erfolgte nur noch ein minimaler Rückgang der Mitgliederzahl (31. März 1918: 6155). Es läßt sich also sagen, daß der Mitgliederverlust durch Anschluß an die links von der SPD stehenden Gruppierungen in Württemberg früher eingetreten ist als in anderen Teilen des Reiches, aber insgesamt wohl nicht wesentlich über dem Reichsdurchschnitt lag. 1917/18 dürfte die Mitgliederstärke der MSP in Württemberg ein Mehrfaches derjenigen der USPD betragen haben, selbst wenn sich die Ziffer im Bericht der Stuttgarter Polizeidirektion vom 4. Februar 1918 nur auf den USPD-Anhang in Stuttgart (und nicht auf das ganze Land) beziehen sollte.

Es liegt eine weitere aufschlußreiche Zahl vor: der (mehrheits-) sozialdemokratische Kreisverein Stuttgart hatte am 31. März 1915 3500 zahlende Mitglieder[126]) – also kurz nach der Abspaltung des radikalen Stuttgarter Ortsvereins und der Gründung eines „neuen" Vereins in der Stadt Stuttgart; gemessen an diesen Umständen war das ein relativ hoher Mitgliederbestand, der sich in den folgenden Jahren wohl nicht wesentlich vermindert, eher etwas erhöht haben dürfte. Das heißt aber, daß auch in der Stadt Stuttgart, dieser Domäne der Parteilinken in den letzten Vorkriegsjahren, die gemäßigten Sozialdemokraten im Lauf des Krieges ihre Position verbessern konnten und dort 1918 wesentlich stärker waren als die USPD.

In den Tagen des Januarstreiks 1918 war deutlich geworden, daß die württembergischen Linksradikalen überraschend wenig Einfluß auf die Arbeiterschaft hatten und nur noch schwache Kontakte zu den Betrieben besaßen. Auch in den folgenden Monaten gab es keine Anzeichen einer verstärkten und erfolgreichen Aktivität der USPD. Im Mai 1918 berichtete das württembergische Kriegsministerium nach Berlin: „Die auch in Württemberg gemachten Versuche der ‚Unabhängigen', sich erheblichen Boden zu verschaffen, haben bisher keinen Erfolg gehabt. Ob eine Verschlechterung der Ernährungslage eine wesentliche Änderung in dieser Hinsicht hervorrufen würde, läßt sich mit Sicherheit nicht beurteilen; gefährdet sind naturgemäß die größeren Betriebe, denen deshalb auch, wenn eine Herabsetzung der Brotration eintreten sollte, Sonderzuweisungen an Nährmitteln gemacht werden sollten"[127]). Etwa viereinhalb Monate später charakterisierte der Unterrichtsoffizier des Stuttgarter stellv. Generalkommandos die Stimmung in der Arbeiterschaft folgendermaßen: „Übereinstimmende Berichte besagen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie im Lande sich nicht entschlossen hatte, die jetzige allgemeine Mißstimmung zu einer Propaganda der Tat zu formen; und es scheint mir, daß die gemäßigten Führer, selbst in so unruhigen Betrieben wie Daim-

---

[126]) Schwäbische Tagwacht Nr. 149 vom 30. 6. 1915.

[127]) Monatsbericht vom 3. 5. 1918, S. 18 (Bayer. Hauptstaatsarchiv München, Abt. IV MKr, vgl. Einleitung, Kap. I Anm. 56); vgl. auch die Monatsberichte vom 3. 7. 1918, S. 25, und vom 3. 9. 1918, S. 34.

ler-Untertürkheim und Zeppelin-Werke Friedrichshafen, ihre Massen noch völlig in der Hand haben, trotz zahlreicher radikaler Einzeläußerungen, die sich namentlich infolge der auf alle Gebiete des täglichen Verbrauchs übergreifenden Preiswelle des August und Septembers entladen''[128]).

Diese Sätze wurden am 16. September 1918 geschrieben, also unmittelbar bevor sich die innenpolitische Entwicklung in Deutschland kritisch zuspitzte. Mit dem Heraufziehen einer revolutionären Situation in den Oktoberwochen entfalteten die württembergischen Linksradikalen dann aber eine starke Aktivität, um die Radikalisierung der Arbeiterschaft voranzutreiben, organisatorische Kristallisationskerne zu schaffen und Massenaktionen auszulösen.

[128]) Deist II, S. 963.

### 3. Staatsumsturz und Aufbau der Räteorganisation in Württemberg

Die Führung innerhalb der württembergischen und vor allem der Stuttgarter USPD rissen in den Oktoberwochen die Mitglieder der Spartakusgruppe an sich; diese zahlenmäßig kleine, aber sehr aktive Gruppe um Friedrich Rück war es, die den Aktionen der württembergischen Linkssozialisten Ende Oktober/Anfang November 1918 den Stempel aufdrückte. Das zeigte sich bereits bei einer Versammlung von ca. 40 Vertrauensleuten der USPD in Stuttgart am 16. Oktober. Nach dem Bericht der Polizeidirektion wurde hauptsächlich darüber verhandelt, „wie sich die Parteileitung der U.S.P. die Organisierung der Volksmassen zu einem Aufstand zwecks Einführung der sozialistischen Republik denkt“[1]). Der Anstoß zu dieser Tagung war ohne Zweifel von der illegalen Reichskonferenz der Spartakusgruppe am 7. Oktober[2]) ausgegangen, an der Fritz Rück als Vertreter der württembergischen Linksradikalen teilgenommen hatte[3]). Der von der Reichskonferenz geforderten Verstärkung der revolutionären Agitation in der Armee und in den Betrieben wollten die Stuttgarter Vertrauensleute der USPD insofern Rechnung tragen, als sie beschlossen, vor allem in den Kasernen Flugblätter zu verteilen und die Bildung von Soldatenräten anzuregen[4]).

Einen ersten Erfolg zeitigte die verstärkte agitatorische und organisatorische Aktivität der Linksradikalen in Friedrichshafen. Die Bodenseestadt war im Laufe des Krieges zu einem Zentrum der Rüstungsindustrie geworden (Flugzeug- und Motorenbau, Zahnradfabrik); über 8000 Arbeiter aus allen Teilen des Reiches waren im Herbst 1918 in den dortigen Rüstungsbetrieben beschäftigt. Unter den Arbeitern befanden sich sehr viele vom Heeresdienst reklamierte Facharbeiter, die ständig mit ihrer Wiedereinberufung rechnen mußten und schon deshalb gewillt waren, jede Aktion zu unterstützen, die eine schnelle Beendigung des Krieges versprach.

Nachdem es bereits am 22. und 24. Oktober zu zwei improvisierten Protestaktionen gekommen war, versammelten sich am 26. Oktober etwa 4000 Arbeiter aus den Rüstungsbetrieben in Friedrichshafen, Manzell und Seemos auf dem Rathausplatz in Friedrichshafen, um – so das Motto der Kundgebung – „für den Frieden“ zu demonstrieren. Alle kriegswichtigen Betriebe in Friedrichshafen und Umgebung hatten an diesem Tag die Produktion eingestellt, nachdem am Vortag die Arbeiterausschüsse der einzelnen Werke den Fabrikleitungen erklärt hatten, sie müßten, „wenn auch widerwillig, an den geplanten Demonstrationen teilnehmen, sie bitten deshalb, die Fabriken weiter geschlossen zu halten“[5]).

Die zuständigen Behörden zeigten sich von Umfang und Verlauf dieser Demonstrationen nicht sonderlich beeindruckt. Nachdem es zu keinen wirklichen Ausschreitun-

---

[1]) Bericht vom 17. 10. 1918, zitiert bei Köhler, S. 78.
[2]) Zum Verlauf der Konferenz und zu dem von ihr beschlossenen Aufruf, der eine Art Aktionsprogramm für die folgenden Wochen sein sollte, vgl. Kolb, S. 52 ff.; Drabkin, S. 85 ff.; Ill. Gesch. 1968, S. 80 f.; Dok. u. Mat. II, S. 228 ff.
[3]) Vgl. dazu Rücks eigene Schilderung: Rück, November, S. 15 ff.
[4]) So der Polizeibericht vom 17. 10. 1918 (vgl. Anm. 1).
[5]) So der Bericht des Stadtschultheißenamtes Friedrichshafen, zitiert nach Köhler, S. 89. Einzelheiten zum Verlauf der Demonstrationen in Friedrichshafen ebd., S. 87 ff., Kling, S. 95 f., Keil, Erlebnisse II, S. 27 f.; HStA Stuttgart, E 150 I 2051, Bl. 1530–1550, 1555–1575.

gen gekommen war, betrachtete man amtlicherseits die Vorgänge in Friedrichshafen als einen „Versuchsballon der USP“[6]), womit diese der in die Reichsregierung eingetretenen Sozialdemokratie Schwierigkeiten bereiten wolle. Die staatlichen Präventivmaßnahmen, die ergriffen wurden, beschränkten sich darauf, die im Oberamt Tettnang, zu dem Friedrichshafen gehörte, stationierten Polizeistreitkräfte geringfügig zu verstärken und den Amtssitz des Bezirksamtmannes vorübergehend von Tettnang nach Friedrichshafen zu verlegen. Ein vorbereiteter Aufruf, in dem militärisches Eingreifen für den Fall der Wiederholung angedroht wurde, blieb unveröffentlicht, weil die Leiter der Rüstungsbetriebe befürchteten, „der Anschlag des Aufrufs könnte, nachdem eine gewisse Beruhigung wieder eingetreten ist, aufreizend auf die Gemüter der Arbeiterschaft einwirken“[7]).

Rückblickend charakterisierte der damalige Innenminister von Köhler seine Lagebeurteilung während dieser Tage – die sich rasch als zu optimistisch erweisen sollte – folgendermaßen: „Die Verhältnisse lagen gegen Ende Oktober so, daß ich mit dem Ausbruch von ernsteren Störungen auch in Württemberg rechnen mußte. Aber ich glaubte, daß die tatsächlichen Unruhen doch einen mehr lokalen Charakter tragen würden und daß es gelingen würde, ihrer Herr zu werden und, zumal bei der großen Beliebtheit des Königs in allen Schichten der in ihrer großen Mehrzahl monarchisch gesinnten Bevölkerung, einen Umsturz zu verhindern. Für den Minister des Innern schien es mir notwendig, in erster Linie die Nerven zu behalten, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, aber wo es geboten sein sollte, mit Entschiedenheit einzuschreiten. Eine Hauptsorge war mir, die Arbeiter, soweit sie nicht politisch bei den Unabhängigen organisiert waren, bei der Stange zu halten. Mit den Unabhängigen allein zweifelte ich nicht, fertig zu werden“[8]).

Köhler und mit ihm auch viele der Führer der Mehrheitssozialdemokratie und der Gewerkschaften unterschätzten das Ausmaß der Unzufriedenheit und Verbitterung, die weite Teile der Bevölkerung, namentlich die Arbeiterschaft, erfaßt hatten. In den Wochen nach der „militärischen Bankrotterklärung“[9]) der Obersten Heeresleitung Ende September 1918 verschlechterte sich auch in Württemberg das innenpolitische Klima schlagartig. Viele Menschen, die noch bis in den Herbst hinein den optimistischen Prognosen der militärischen und zivilen Führung geglaubt hatten, sahen sich getäuscht. Das ohnehin nicht mehr große Vertrauen zur Regierung, das schon durch die Not und Entbehrungen der Kriegsjahre überstrapaziert worden war, schwand nun vollends. An seine Stelle traten Mißtrauen und Ratlosigkeit, Enttäuschung und Empörung, eine negative Massenstimmung, deren spontane Ausdrucksformen Arbeitsniederlegungen und Demonstrationen waren. Die Stoßrichtung dieser Protestaktionen zielte auch in Württemberg gegen den Staat, gegen seine Institutionen und Gesetze, gegen das System schlechthin, gleichgültig wie liberal die alten Herrschaftsträger ihr Regiment geführt hatten.

Auch hier beschleunigte die Zuspitzung der innen- und außenpolitischen Lage im Oktober 1918 den Autoritäts- und Prestigeverfall der staatlichen Organe ungemein. Dennoch war dieser Legitimitätsverlust des Staates, darauf sei nochmals hingewiesen, nicht eine Sache von wenigen Tagen. Er hatte sich langfristig während des Krieges angebahnt und vollzog sich jetzt nur sehr rasch. Die sozialstrukturellen Voraussetzungen der Revolution sind auch in Württemberg, wie bereits festgestellt wurde[10]), in der als mangelhaft empfundenen Lösung der Verteilungs-, Versorgungs- und Verwaltungs-

[6]) Zitiert nach Köhler, S. 90.
[7]) Ebd., S. 92.
[8]) Ebd., S. 86 f.
[9]) So Rürup, S. 10.
[10]) Vgl. oben, S. XLV f.

probleme, in den im Krieg anwachsenden Klassenspannungen, die nicht entschärft werden konnten, zu suchen.

Diese krisenhafte Veränderung der innenpolitischen Situation suchten die württembergischen Linksradikalen konsequent auszunutzen. In den Tagen nach den Demonstrationen in Friedrichshafen vervielfachte die Stuttgarter Spartakusgruppe, deren Protagonisten in der Folgezeit Rück, Thalheimer, Hoernle und Schreiner waren, ihre Agitations- und Organisationstätigkeit. Ihnen kamen dabei die von der Reichsregierung gelockerten Bestimmungen über den Belagerungszustand zugute, wodurch es ihnen erstmals möglich wurde, eine Massenkundgebung zu veranstalten[11]).

Diese von der USPD auf den 30. Oktober einberufene Kundgebung stand unter dem Thema „Die Arbeiter und der Friede"; sie bildete den Auftakt der Umsturzbewegung in Stuttgart. Etwa 5000 Teilnehmer waren erschienen, unter ihnen, so der Bericht der Stuttgarter Polizeidirektion, „eine ganze Anzahl Soldaten in Uniform und Kriegsinvaliden"[12]). Als Redner traten der unabhängige Reichstagsabgeordnete Ewald Vogtherr[13]) und Fritz Rück auf, der eine improvisierte Rede vor dem überfüllten Versammlungslokal hielt. Nach der Rede Vogtherrs wurde ein Manifest verlesen, das die drei USPD-Landtagsabgeordneten und Rück für die Landeskommission der württembergischen USPD unterzeichnet hatten. Dieses Manifest deckte sich weitgehend mit den Forderungen des Spartakusaufrufes vom 7. Oktober 1918, über die es in einigen Passagen sogar noch hinausging[14]). Aus der Tatsache, daß sich bei der Abstimmung über das Manifest „etwa zwei Drittel der Teilnehmer" der Stimme enthielten[15]), ist zu ersehen, daß sich die Anhänger der Spartakisten in der Minorität befanden. Das bewies auch der Ablauf der Demonstration, zu der sich im Anschluß an die Kundgebung etwa 2000 Personen unter der Führung Rücks formierten[16]).

Noch in der Nacht vom 30./31. Oktober zog Rück mit einigen Anhängern zu den Daimlerwerken, wo er in der Vesperpause der Nachtschicht vor einigen hundert Arbeitern sprach. Bei dieser Gelegenheit scheint ein illegaler Arbeiter- und Soldatenrat gebildet worden zu sein, dessen Mitglieder jedoch nicht namentlich bekannt sind[17]). Rück selbst dürfte aber den Vorsitz übernommen haben[18]).

In den nächsten Tagen blieb es in Stuttgart ruhig. Lediglich am 3. November, einem Sonntag, versammelten sich etwa 3000–4000 Personen auf dem Cannstatter Wasen,

---

[11]) Zu den Überlegungen der Behörden, ob diese Veranstaltung erlaubt werden müsse, vgl. Köhler, S. 107 f.

[12]) Zitiert nach Köhler, S. 108.

[13]) Wie wenig zufrieden man in der Spartakuszentrale in Berlin mit dem Auftreten Vogtherrs bei seiner Agitationsreise durch Süddeutschland war, geht aus einem Schreiben Paul Levis vom 5. 11. 1918 an Rosa Luxemburg hervor: „Ich war diese Tage in Süddeutschland in Versammlungen, wo die Stimmung hervorragend war, obgleich der Redner Vogtherr verdient, an den Beinen aufgehängt zu werden. Er geht jetzt mit Wilson hausieren, wie er früher mit Marx und Karl Kautsky tat" (zitiert nach: Ottokar Luban, Zwei Schreiben der Spartakuszentrale an Rosa Luxemburg, in: Archiv für Sozialgeschichte, 11, 1971, S. 225–240, hier S. 239 f.).

[14]) So forderte das württembergische Manifest die „Auflösung des Reichstags und der Landtage, Wahl eines Volksparlaments aus Soldaten, Industrie- und Landarbeiterdelegierten bestehend, dessen erste Aufgabe der Abschluß eines Friedens ist". Das Manifest ist abgedruckt bei Stern IV, S. 1752 f.; s. auch Kling, S. 76 f. Rück schreibt in seinem Erinnerungsbericht (November, S. 18), er selbst habe das Manifest verfaßt.

[15]) So Köhler, S. 109. Keil (Erlebnisse II, S. 29) schreibt, das Manifest habe „einstimmige Annahme" gefunden. Die Angaben Köhlers dürften präziser sein, weil dessen Darstellung sich auf die Berichte der Stuttgarter Polizeidirektion stützt.

[16]) Der Verlauf dieser Demonstration, bei der es vor dem Königsschloß zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizeikräften kam, ist detailliert in dem bei Köhler (S. 109 ff.) abgedruckten Bericht der Polizeidirektion Stuttgart geschildert.

[17]) Vgl. dazu Kolb, S. 63 (mit weiteren Belegen), und Kling, S. 77 f.

[18]) Vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 32.

nachdem in der Stadt das Gerücht verbreitet worden war, Karl Liebknecht sei in Stuttgart und werde dort sprechen. Nach langem vergeblichem Warten löste sich die Versammlung ohne Zwischenfälle enttäuscht wieder auf[19]).

In der Zwischenzeit war die Stuttgarter Spartakusgruppe nicht untätig geblieben. Ein von ihr wahrscheinlich im Oktober gebildeter fünfköpfiger Aktionsausschuß[20]) hatte Ferdinand Hoschka, einen der drei Landtagsabgeordneten der USPD, „unter Umgehung der offiziellen Leitung der USPD"[21]) nach Berlin entsandt, um das weitere Vorgehen mit der Berliner Spartakuszentrale abzustimmen. Hier nahm Hoschka an der Beratung des Vollzugsausschusses der Revolutionären Obleute teil, in der man den 4. November als Aktionstermin festlegte. Mit dieser Nachricht kehrte Hoschka am Nachmittag des 2. November nach Stuttgart zurück. Nach der Abreise Hoschkas aus Berlin hatten die Berliner Revolutionären Obleute jedoch beschlossen, den Termin der von ihnen geplanten Massendemonstrationen um eine Woche – auf den 11. November – zu verschieben[22]). Diese Nachricht gelangte indessen nicht mehr rechtzeitig nach Stuttgart, wo noch am Abend des 2. November der Aktionsausschuß der Spartakusgruppe aufgrund des Berichtes von Hoschka beschlossen hatte, auch in Stuttgart am 4. November Protestaktionen in die Wege zu leiten[23]). So kam es dort in fast allen größeren Industriebetrieben zu Arbeitsniederlegungen, an denen sich Tausende von Arbeitern beteiligten und in großen Demonstrationszügen ins Stadtinnere marschierten.

Ein bezeichnendes Indiz für die Schwäche der staatlichen Ordnungsorgane war, daß Rück, dem das Stellv. Generalkommando am 1. November untersagt hatte, an öffentlichen Kundgebungen teilzunehmen oder dabei als Redner aufzutreten[24]), am 4. November in Stuttgart unbehelligt als Organisator und Agitator tätig werden konnte und im Laufe des Tages sogar zweimal als Leiter einer Delegation der Demonstranten vom Innenminister empfangen wurde[25]). Eine detaillierte Schilderung der Vorgänge dieses Tages gibt der Bericht der Stuttgarter Polizeidirektion vom 6. November. Es heißt darin u. a.[26]):

---

[19]) Vgl. ebd., S. 33; Köhler, S. 116 f.

[20]) Vgl. dazu die Tagebuchaufzeichnungen Rücks (auszugsweise abgedruckt in III. Gesch. 1929, S. 182 ff.), wo die Gründung dieses Ausschusses – ohne Angabe des Zeitpunktes und der Namen der Mitglieder – erwähnt ist. In seinem Rechenschaftsbericht vor der Mitgliederversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25. 11. 1918 ging auch Unfried auf diesen Aktionsausschuß ein; dessen Mitglieder seien in der Öffentlichkeit nie namentlich genannt worden, „weil sie sonst den Schergen des damaligen Regierungssystems zum Opfer gefallen wären" (vgl. Nr. 3, S. 25).

[21]) So Albert Schreiner in seinem Erinnerungsartikel: „Die erste ‚Rote Fahne' in Stuttgart", in: Neues Deutschland vom 6. 11. 1958.

[22]) Zu den Beratungen der Spartakuszentrale mit den Führern der Revolutionären Obleute in Berlin vgl. Kolb, S. 61 f., und Drabkin, S. 100 ff. Zur Reise Hoschkas s. auch III. Gesch. 1968, S. 103; Rück, November, S. 21 f.; Kling, S. 84 f.

[23]) An der Sitzung des Aktionsausschusses der Spartakusgruppe nahmen Thalheimer, Rück, Schreiner, Hoschka und Zschocher teil; die von ihnen in der Nacht zum 3. November verfaßten und gedruckten Flugblätter wurden am Morgen des 4. November von Vertrauensleuten der Spartakusgruppe in den Betrieben verteilt. Eines dieser Flugblätter hatte folgenden Text: „Arbeiter und Arbeiterinnen! In dieser Stunde hat das Proletariat in Berlin und ganz Deutschland die Arbeit niedergelegt und demonstriert auf der Straße für sofortigen Waffenstillstand und die sozialistische Republik. Auch Stuttgart darf nicht fehlen. Legt um 1/2 9 Uhr die Arbeit nieder und marschiert geschlossen zum Schloßplatz, um zu demonstrieren. Nur ein Feigling und Verräter bleibt stehen und läßt seine Brüder im Stich. Der Aktionsausschuß" (u. a. abgedruckt in III.Gesch. 1968, S. 104). Zu den Vorbereitungen der Spartakusgruppe vgl. auch Rück, November, S. 21 f., und Kling, S. 86 ff.

[24]) Der entsprechende Erlaß des Stellv. Generalkommandos ist abgedruckt bei Köhler, S. 113 f.

[25]) Zum Verlauf der Unterredungen vgl. ebd., S. 120 ff.

[26]) Wenn in diese knappe Übersicht über die Aktionen zwischen Ende Oktober und 9. November ein verhältnismäßig großer Teil dieses ausführlichen Berichts inseriert wird, so deshalb, weil Entstehung und Verlauf der – im Hinblick auf den Zeitpunkt beachtlichen – Massendemon-

„Bald nach Arbeitsbeginn wurden in den Daimler-Werken in Untertürkheim, in den Fortuna- und Norma-Werken in Cannstatt, in den Eisemann-Werken in der Rosenbergstraße und in der Schuhfabrik Haueisen in Cannstatt die angeschlossenen Laufzettel[27]) von Hand zu Hand verbreitet. Die Zettel wirkten durch die Unterschrift „Der Aktionsausschuß" irreführend. Die Arbeiterschaft wußte zunächst nicht, von welcher Richtung der Sozialdemokratie die Aufforderung ausging. Als Verbreiter der Zettel kommen die Vertrauensmänner der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei in Betracht, und zwar

a) in den Daimler-Werken: der Schlosser Eugen Wirsching, der Schlosser Otto Braune, der Schlosser August Ziegler, der Maschinentechniker Oskar Förster, der Dreher Karl Straub, der Schlosser Karl Großhans und der Hilfsarbeiter Franz Grimm;

b) in den Fortuna- und Norma-Werken: der Fabrikarbeiter Karl Seebacher von Esslingen;

c) in der Schuhfabrik Haueisen: der Zuschneider August Steiner, der Schuhmacher Leonhard Maurer und der Schuhmacher Hermann Rist.

Über die Vorgänge, die zur Niederlegung der Arbeit führten, ist folgendes festgestellt worden:

a) Daimler-Werke: Sofort nach Bekanntwerden der Verbreitung der Handzettel beriefen die Vorsitzenden des Arbeiterausschusses, der Schlosser Albert Salm und der Mechaniker Wilhelm Schifferdecker, den Arbeiterausschuß zusammen, der sich in seiner überwiegenden Mehrheit gegen den Demonstrationsstreik aussprach. Die Vertreter der Unabhängigen drohten jedoch Salm und Schifferdecker mit Gewalttätigkeiten und Schlägen und außerdem mit der Abstellung der Maschinen. Auf die Versicherung der Unabhängigen hin, daß es sich um eine friedliche Demonstration für die Herbeiführung des Waffenstillstands und des Friedens handle, erklärte sich der Arbeiterausschuß schließlich mit einem eintägigen Demonstrationsstreik einverstanden. Inzwischen, um 8.30 Uhr, war die Vesperpause zu Ende gegangen; Beauftragte der Unabhängigen hatten die Motoren abgestellt und die Sicherungen herausgenommen. Kurz darauf traten die Arbeiter aus den Werkstätten heraus. Der zuvor eingetroffene Schriftsetzer Fritz Rück übernahm die Bildung eines Zuges, der sich über Wangen, Gaisburg und Ostheim nach Stuttgart in Bewegung setzte. An der Spitze des Zuges marschierten Rück und die oben genannten Vertrauensmänner der Unabhängigen in den Daimlerwerken, sowie der Arbeiter Heinrich Wetzel und die Büroangestellte Sofie Döhring. Wirsching, Straub und Förster trugen rote Fahnen und eine Tafel mit der Aufschrift „Nieder mit dem Krieg, hoch die Republik!" voraus. Ein Soldat hatte seine Mütze mit einem roten Tuch überzogen.

b) In den Fortuna-Werken agitierte Karl Seebacher für den Demonstrationsstreik. Ohne den Arbeiterausschuß und die Werkleitung zu fragen, verließ die Arbeiterschaft gemeinsam mit derjenigen der Normawerke die Arbeitsstätten. Seebacher setzte sich an die Spitze des Zuges und führte ihn am Wilhelmstheater vorbei nach der Neckarstraße stadteinwärts.

c) In den Eisemann-Werken hatte auf die Aufforderung des Arbeiters August Weiß und des Schlossers Felix Haupt etwa der achte Teil der Arbeiterschaft die Fabrik verlassen. Die Anhänger der Unabhängigen schimpften die Arbeitswilligen als Verräter. Als sie damit nichts erreichten, stellten sie die Motoren ab und legten den Betrieb lahm, so daß auch die Arbeitswilligen genötigt waren, zu feiern.

---

stration hier in ungewöhnlich plastischer Form geschildert werden und weil die Vorgänge des 4. November in den Debatten der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25. 11. 1918 eine große Rolle spielten (vgl. Nr. 3, S. 26, 37 f.). Der Abdruck des Berichtes erfolgt nach der im HStA Stuttgart, E 150 I 2051 vorliegenden maschinenschriftlichen Fassung.

[27]) Vgl. das in Anm. 23 abgedruckte Flugblatt.

d) In der Schuhfabrik Haueisen leiteten der Zuschneider August Steiner und die Schuhmacher Leonhard Maurer und Hermann Rist die Streikbewegungen. Der unter radikalem Einfluß stehende Arbeiterausschuß beschloß um 7.30 Uhr vormittags den Demonstrationsstreik. Die Fabrikleitung trat dem Beschluß entgegen; der Arbeiterausschuß beharrte jedoch auf den Streik und legte den Betrieb lahm. Die Arbeitswilligen wurden von den Demonstranten mitgerissen.

In den anderen Rüstungsbetrieben, insbesondere bei Robert Bosch, in den Contessa-Werken und in der Maschinenfabrik Esslingen in Cannstatt, hatten die Arbeiter es abgelehnt, in den Demonstrationsstreik einzutreten.

Am Stöckachplatz trafen die Züge von Untertürkheim und Cannstatt zusammen. Die Arbeiter der Eisemann-Werke begaben sich unmittelbar nach dem Schloßplatz.

Kurz vor 10 Uhr kamen die Spitzen eines langen, die Neckarstraße aufwärts sich bewegenden Zuges am Wilhelmspalast an, der von einer Abteilung der Schutzmannschaft inzwischen besetzt worden war. In dem Zuge, der etwa 10000 bis 12000 Personen umfaßte, sah man vorwiegend junge Burschen und Arbeiterinnen und nur einen kleinen Teil reifer Männer. Die Leute an der Spitze brachten immer wieder Hochrufe auf die sozialistische Republik aus. In Ruhe und Ordnung zog der Zug am Wilhelmspalast vorbei durch die Planie nach dem Schloßplatz. Ein kleinerer Teil sonderte sich ab nach dem Schillerdenkmal.

Auf dem Schloßplatz versammelte sich die Menge um den Musikpavillon. Rück hielt eine Ansprache, die sich zunächst in den Gedankengängen der Rede Vogtherrs im Stadtgarten bewegte, dann ging er über auf die Forderungen des Manifestes[28]). Er forderte, daß außer dem Kaiser auch die Bundesfürsten abdanken müßten, so auch König Wilhelm II. von Württemberg, der Ludendorff, dem Diktator Deutschlands, bei seinem Abgange Stern und Kreuz verliehen habe und der ein Regierungssystem decke, das in vielem preußischer sei als preußisch. Die neue scheinbare Volksregierung in Berlin müsse der Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte Platz machen. Alsdann erläuterte Rück das Flugblatt „Arbeiter, Soldaten!"[29]) und seine Gedankengänge bezüglich des Waffenstillstandes. Zum Schluß erklärte er, in ganz Deutschland fänden heute große Demonstrationsstreiks statt. Wie anderwärts habe sich auch in Stuttgart ein Arbeiterrat gebildet, dessen Vorsitzender er sei[30]). Die Versammlung werde nachher vor das Ministerium des Innern ziehen und der Arbeiterrat von dem Herrn Minister Gehör verlangen, um die Forderungen der Arbeiter zu unterbreiten.

Nach Rück sprach Eugen Wirsching noch einige Worte. Er mahnte zur Einhaltung von Ruhe und Ordnung.

Vor dem Schillerdenkmal sprach August Ziegler, dessen Rede sich in den bekannten Gedankengängen bewegte.

Vom Schloßplatz und Schillerplatz zog die Menge nach dem Dorotheenplatz vor das K.Ministerium des Innern, dessen Absperrung die Schutzmannschaft inzwischen übernommen hatte.

Der Herr Staatsminister hatte sich bereit erklärt, eine Abordnung der Demonstranten zur Entgegennahme ihrer Wünsche zu empfangen. Als Vertreter des Arbeiterrats begaben sich Fritz Rück, Karl Seebacher, Karl Großhans, Oskar Förster und August Ziegler[31]) zu dem Herrn Staatsminister. Die Menge wartete in Ruhe und Ordnung.

---

[28]) Gemeint sind die Rede Vogtherrs am 30. Oktober in Stuttgart und das bei dieser Versammlung verabschiedete Manifest der USPD; vgl. oben, S. XLIX.

[29]) Abgedruckt bei Stern IV, S. 1750 f.

[30]) Rück meinte hier den in der Nacht vom 30./31. Oktober gebildeten illegalen A.-Rat; vgl. oben, S. XLIX.

[31]) Der an mehreren Stellen dieses Berichtes genannte „August Ziegler" wird auch unter den Mitgliedern des illegalen Arbeiterrates in Stuttgart aufgeführt (von Beruf Schlosser, geb. am

Rück trug dem Herrn Staatsminister die Forderungen des Manifestes vor und erläuterte sie. Nach ihm sprachen Seebacher, der erklärte, sie seien bereit, für ihre Forderungen zu sterben, und Großhans. Rück brachte außerdem das bereits erwähnte Versammlungs- und Redeverbot gegen ihn und außerdem die Vorzensur über den „Sozialdemokrat" zur Sprache[32]). Am Ende erklärte Rück, die Antwort des Herrn Staatsministers um 3 Uhr nachmittags abholen zu wollen.

In seiner Antwort erklärte der Herr Staatsminister, daß er ebenso wie die Vertreter der Demonstranten die rasche Herbeiführung eines Waffenstillstandes und des Friedens wünsche. Im übrigen müsse er sich vorbehalten, ob und evtl. welche Antwort er erteile.

Nachdem die Vertreter der Demonstranten der Menge erklärt hatten, daß der Arbeiterrat um 3 Uhr nachmittags die Antwort bei dem Herrn Staatsminister in Empfang nehmen werde, veranlaßte Rück die Menge, ruhig auseinanderzugehen und sich um 2 Uhr nachmittags auf den voraus bestimmten öffentlichen Plätzen (Postplatz, Marienplatz, Stöckachplatz) zu sammeln, um in geschlossenen Zügen nach dem Schloßplatz zu marschieren.

Solange die Menge auf dem Dorotheenplatz war, wurden von Vertrauensleuten der Unabhängigen ausschließlich an Soldaten Flugblätter verteilt mit der Anrede „Soldaten!", unterzeichnet „Der Aktionsausschuß". Das Flugblatt hat einleitend etwa den gleichen Inhalt wie das bereits erwähnte „Arbeiter und Soldaten!". Sein Verfasser dürfte ebenfalls Rück sein. Am Ende enthält das Flugblatt die Aufforderung:

„Soldaten geht nicht mehr willenlos zur Schlachtbank!
Kein Transport darf mehr hinaus!
Bleibt geschlossen in den Garnisonen!
Gründet Soldatenräte!"

Von den unter die Menge verteilten Kriminalbeamten wurde beobachtet, daß es insbesondere Soldaten waren, die die unflätigsten Redensarten führten. Einige Soldaten erklärten, wenn die Schutzmannschaft etwas mache, flögen sofort die Handgranaten! (Fahnder Ziegler).

Nachmittags hatten auf das Drängen der Demonstranten einzelne Werkstätten den Betrieb eingestellt, so die Firmen Ruthardt, Hackstraße, und Storz u. Schlee in der Nekkarstraße, dagegen arbeiteten die Robert Bosch- und die Contessa-Werke. Um 2 Uhr sammelten sich auf dem Postplatz, dem Marienplatz und auf dem Stöckachplatz größere Arbeitergruppen an, die in geschlossenen Zügen nach dem Schloßplatz marschierten.

Vom Musikpavillon aus sprach wiederum zunächst Rück, dann Ziegler, Wirsching und Braune. In ihren Ansprachen brachten sie nichts Neues.

Rück gab Richtlinien für die Tätigkeit des vorläufig gebildeten Arbeiter- und Soldatenrats[33]). Zunächst sollten in jeder Kompanie und in jedem anderen ähnlichen Truppenteil Vertrauensleute gewählt werden, die im Sinne der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei und nach den Weisungen des Arbeiter- und Soldatenrates arbeiten sollten. Ziegler führte aus, die alte Regierung habe das Volk in den Schmutz hineinge-

---

15. 7. 1882 in Heilbronn); danach erwähnt auch Köhler in seiner Darstellung der Vorgänge vom 4. 11. (S. 117 ff.) einen August Ziegler. Es läßt sich nicht klären, ob hier nicht eine Verwechslung der Polizei vorliegt, denn am 7./8. 11. wurde als eines der Mitglieder des illegalen Arbeiterrates nachweislich der in Heilbronn tätige, aber Anfang November 1918 in Wangen wohnhafte Gewerkschaftsbeamte Hans Ziegler verhaftet (s. Nr. 3 Anm. 32). Dieser Hans Ziegler gehörte auch nach Auskunft anderer Quellen dem am 4. 11. 1918 gebildeten Aktionsausschuß des illegalen Arbeiterrates an.

32) Das Erscheinen des „Sozialdemokrat" war am 16. 10. für zwei Wochen verboten worden; als das Blatt wieder veröffentlicht werden konnte, wurde jede Nummer von den Behörden vorher scharf zensiert. Vgl. Rück, November, S. 17 f.; Kling, S. 72.

33) Vgl. Anm. 34.

führt und sei nicht in der Lage, es wieder herauszubringen. Deshalb habe das Proletariat beschlossen, zu handeln und das Heft selbst in die Hand zu nehmen.

Die Versammlung zog sodann wieder auf den Dorotheenplatz vor das K.Ministerium des Innern und der Arbeiterrat begab sich zu dem Herrn Staatsminister, um die Antwort auf die am Vormittag vorgelegten, in dem Manifest enthaltenen Forderungen entgegenzunehmen.

Der Herr Staatsminister erklärte zunächst, es sei nach den neuesten Nachrichten unrichtig, daß die Waffenstillstandsbedingungen bereits in Berlin eingetroffen seien. Die wirtschaftlichen Forderungen des Manifestes sei er bereit, im Benehmen mit den in Betracht kommenden Vertretungen zu prüfen. Im übrigen lehne er es ab, auf die Forderungen nach Abschaffung der Dynastie und Änderung der Verfassung einzugehen. Er ermahnte die erschienenen Vertreter, auch weiterhin Ruhe und Ordnung zu wahren und Gewalttätigkeiten, die er unter keinen Umständen dulden würde, zu vermeiden.

In seiner Erwiderung verlangte Rück die Zuziehung des Arbeiterrates als einzig berechtigter Vertretung der Arbeiter zu den Verhandlungen über die wirtschaftlichen Forderungen. Nachdem Seebacher noch erklärt hatte, das Militär und die Maschinengewehre stünden auf seiten der Arbeiter, wurde der Empfang beendigt und die Arbeitervertreter verließen das K.Ministerium.

Von der Plattform des Kaiser-Wilhelm-Denkmals aus gab Rück der Menge die Antwort des Herrn Staatsministers bekannt. Er erklärte, eine andere Antwort habe man von einem Königlichen Minister nicht erwarten dürfen.

Vom Dorotheenplatz aus bildete sich sodann ein Zug, der über den Schloßplatz durch die Kanzlei-, Schloß- und Büchsenstraße nach den Bosch-Werken zog. Nach der Mitteilung des Direktor Ulmer der Bosch-Werke erschienen um 14.30 Uhr nachmittags bei ihm zwei jugendliche Arbeiter, angeblich Vertreter des neugegründeten Arbeiterrates und forderten die sofortige Einstellung des Betriebes. Die Fabrikleitung hat das Ansinnen abgelehnt. Dem Drängen des Arbeiterausschusses, der Gewalttätigkeiten der Demonstranten befürchtete, hat sie aber schließlich nachgegeben und etwa um 4 Uhr nachmittags den Betrieb eingestellt. Der größere Teil der Arbeiter der Bosch-Werke ging sofort nach Hause; ein kleiner Teil schloß sich den Demonstranten, die mehrmals um das Fabrikanwesen herumzogen, an. Etwa 15 Arbeiter, die die Fabrik verspätet verließen, wurden von den Demonstranten durchgeprügelt. Weitere Gewalttätigkeiten wurden durch das Dazwischentreten einer Abteilung Schutzleute verhindert.

Von den Bosch-Werken aus bewegte sich der Zug, der inzwischen auf etwa 1500 Personen zusammengeschmolzen war, auf den Postplatz. Rück stieg mit dem Soldaten mit der roten Mütze auf das Wasserhäuschen und hielt eine kurze Ansprache an die Menge. Er stellte in Aussicht, daß der Arbeiterrat die Arbeiter wieder rufen würde, wenn es gelte, zu neuen Taten zu schreiten. Vom Postplatz aus verlief sich die Menge nach einem „Hoch" auf die sozialistische Republik. Um 17.30 Uhr waren die Demonstrationen beendigt".

Am frühen Nachmittag des 4. November, in der Pause zwischen den beiden Demonstrationen, traten auch die radikalen Vertrauensleute der streikenden Betriebe zusammen und konstituierten den schon in der Nacht zum 31. Oktober gebildeten Arbeiterrat[34]). In einer weiteren Sitzung am Abend des 4. November, an der auch Vertreter

---

[34]) Vgl. Kling, S. 90, Ill. Gesch. 1968, S. 104. Auf welche Art und Weise der illegale A.-Rat konstituiert wurde, ist unklar, jedenfalls gehörten ihm überwiegend Anhänger der Spartakusgruppe an (vgl. dazu den Rechenschaftsbericht Unfrieds vom 25. 11. 1918, Nr. 3, S. 26). Aufgrund der in der Nacht vom 7./8. 11. in Stuttgart vorgenommenen Verhaftungen sind die Namen der meisten Mitglieder dieses A.-Rates bekannt (s. Nr. 3, Anm. 32).

aus Friedrichshafen, Gmünd, Aalen, Göppingen und Heilbronn teilnahmen, beschloß der Arbeiterrat unter dem Vorsitz von Rück, die Streikaktionen am nächsten Tag nicht fortzusetzen. Ein zweiter Beschluß wurde sofort verwirklicht: bereits am 5. November erschien unter dem Namen „Die rote Fahne" ein eigenes Mitteilungsblatt des Arbeiterrates[35]).

Versucht man das Fazit aus der Entwicklung in Stuttgart seit dem 30. Oktober zu ziehen, so läßt sich feststellen, daß es der Spartakusgruppe in sehr kurzer Zeit gelungen war, weit über den engeren Kreis ihrer Anhänger hinaus Resonanz zu finden. Sie hatte enge Kontakte zu den Industriebetrieben geknüpft, in denen sie über eine ganze Reihe von Vertrauensleuten verfügte, und sie hatte große Teile der Arbeiterschaft radikalisiert. Von den Sozialdemokraten, den Gewerkschaften und dem gemäßigten Flügel der USPD war die Lage falsch eingeschätzt worden. Ein mahnender und warnender Aufruf, den die Stuttgarter SPD zusammen mit dem örtlichen Gewerkschaftskartell am 2. November veröffentlicht hatte, war wirkungslos verpufft[36]).

Überrascht mußten beide Organisationen zur Kenntnis nehmen, daß die Spartakisten sie überspielt hatten, daß sie nunmehr Gefahr liefen, ihren Einfluß auf die Industriearbeiter zu verlieren. Diesen Sachverhalt bestätigt auch der bereits ausführlich zitierte Bericht der Polizeidirektion Stuttgart vom 5./6. November, der abschließend zu folgender Einschätzung kommt:

„Die Vorgänge in den letzten Tagen haben gezeigt, daß die revolutionäre Bewegung der Unabhängigen Sozialdemokratie in ihrem Bestreben, die Macht an sich zu reißen, schon ziemlich weit vorangeschritten ist. . . . Sowohl der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart als die Vertreter der Vereinigten Gewerkschaften scheinen die Massen der Arbeiter doch nicht mehr so fest in der Hand zu haben, als sie bisher glaubten"[37]).

Während in den nächsten Tagen in Stuttgart die Betriebe wieder normal arbeiteten, kam es am 5. und 6. November in Friedrichshafen zu neuen Demonstrationen und Streiks. Am Morgen des 5. November traten die Belegschaften aller kriegswichtigen Betriebe in Friedrichshafen, Manzell und Seemos geschlossen in den Generalstreik, der, wie ein Sprecher der USPD vor einer Versammlung von 4000 Arbeitern erklärte, „zur Erzwingung eines sofortigen Waffenstillstandes" dienen sollte[38]). Die gleiche Versammlung wählte auch einen Arbeiter- und Soldatenrat, dem etwa 30 Vertrauensleute aus allen Fabriken angehörten. Ein von diesem Gremium gebildetes Exekutivkomitee stand ganz unter dem Einfluß der Linkssozialisten. In einem Telegramm an den Innenminister drohte das Exekutivkomitee, man werde die Erfüllung bestimmter Forderungen notfalls mit „der Waffe der Revolution"[39]) erzwingen. Zwei Tage später allerdings, nachdem die Streikenden die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen hatten

---

[35]) Vgl. dazu Nr. 2, Anm. 2.

[36]) In diesem Aufruf (abgedruckt bei Köhler, S. 115 f.) hieß es u. a.: „Leider versuchen, wie die Vorgänge der letzten Tage beweisen, bestimmte Personenkreise, die keine Verantwortung und kein Verantwortungsgefühl besitzen, die Bevölkerung zu Unbesonnenheiten hinzureißen. Wir richten an die Mitglieder unserer Organisationen das dringende Ersuchen, sich allen Einwirkungen dieser Art gegenüber ablehnend zu verhalten und sich von der Sensationslust einzelner Persönlichkeiten nicht mißbrauchen zu lassen. In einer Zeit wie der jetzigen ist strengste Aufrechterhaltung der Disziplin und der Eingliederung in die planmäßige Arbeit der Organisation dringendes Gebot."

[37]) Vgl. Anm. 26.

[38]) So der Bericht der Militärpolizeistelle Friedrichshafen vom 6. 11. 1918, der Ausbruch und Verlauf der Protestaktionen in Friedrichshafen sehr ausführlich darstellt (abgedruckt bei Stern IV, S. 1744 f.); weitere Einzelheiten bei Köhler, S. 93ff.

[39]) Abgedruckt bei Stern IV, S. 1755.

und fünf der Führer verhaftet worden waren[40]), interpretierten Mitglieder des Arbeiterrates die telegraphische Androhung der Revolution als „einen Sprachfehler, der wohl in diesen Tagen berechtigter Erregung unterlaufen kann"[41]).

Diese Episode beleuchtet schlaglichtartig die Widersprüchlichkeit der Situation, die extremen Stimmungsschwankungen, die innerhalb kurzer Zeit in der Arbeiterschaft auftreten konnten. Die innenpolitische Situation war zum Zerreißen gespannt. Obwohl es den Behörden in Friedrichshafen nach der Beendigung der Streikbewegung relativ leicht gelang, die Ruhe aufrechtzuerhalten, wagten sie keine Prognose, „ob dies auf die Dauer so bleiben wird"[42]).

Geradezu beschwörend appellierten die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie an die Arbeiter, keine „selbstmörderische Putschpolitik" zu verfolgen[43]). Ein Rundschreiben der Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes rief zu Vernunft und Besonnenheit auf: „Von heute auf morgen kann der alte festeingewurzelte Obrigkeitsstaat nun einmal nicht umgeworfen werden. Jede Entwicklung braucht ihre Zeit, und sie wird um so weniger brauchen, je planmäßiger die Umänderungen sich vollziehen können"[44]). Die nächsten Tage sollten das Gegenteil beweisen, auch in Württemberg verschwand die monarchische Staatsspitze im Laufe eines einzigen Tages.

Auslösendes Moment der sich nun überstürzenden Entwicklung war paradoxerweise oder auch konsequenterweise der Versuch der Staatsorgane, durch entschlossenes Vorgehen gegen die Führer der Spartakusgruppe Stärke zu demonstrieren: In der Nacht vom 6./7. November wurden Rück und Thalheimer, die sich auf dem Weg von Stuttgart nach Friedrichshafen befanden, in Ulm verhaftet; in der nächsten Nacht ließ Innenminister Köhler, ermutigt durch die erfolgreiche Aktion gegen die beiden Spartakusführer, 16 Mitglieder des Stuttgarter Arbeiterrates festnehmen und ins Amtsgerichtsgefängnis Tübingen einliefern[45]). Vor allem die Festnahme der Mitglieder des Arbeiterrates löste in den Betrieben große Erregung aus, weil es sich bei ihnen um teilweise sehr beliebte Arbeitskollegen handelte. Die „Wogen der Empörung"[46]) schlugen so hoch, daß sich SPD und Gewerkschaften zum sofortigen Eingreifen gezwungen sahen, wollten sie nicht jeden Einfluß auf die Arbeiterschaft verlieren.

Am 8. und 9. November gingen die entscheidenden Initiativen von den Führern der Mehrheitssozialdemokratie und des Metallarbeiterverbandes aus. Sie erreichten die Freilassung der Inhaftierten bei Innenminister Köhler[47]), sie setzten die Akzente in einer gemeinsam mit der USPD verfaßten programmatischen Erklärung[48]), und sie organisierten die große Demonstration am Vormittag des 9. November, in deren Verlauf sich unblutig der Staatsumsturz in Württemberg vollzog[49]). Die gemäßigten Vertreter der Ar-

---

[40]) Die Wiederaufnahme der Arbeit war von einer Vollversammlung der Streikenden nach mehrstündiger Diskussion am Nachmittag des 6. 11. beschlossen worden. Die Verhaftung der 5 Führer erfolgte am Morgen des 7. 11.; am Abend des gleichen Tages entließ der zuständige Amtsrichter die Festgenommenen aus der Haft, weil nach seiner Meinung kein gesetzlicher Grund für eine Verhaftung vorlag. Vgl. dazu den bei Köhler (S. 96 ff.) abgedruckten Bericht des vom Innenministerium nach Friedrichshafen entsandten Beamten vom 7. 11. 1918; s. auch Nr. 21.

[41]) Vgl. Köhler, S. 104.

[42]) Ebd., S. 102.

[43]) So Keil am 6. 11. 1918 in der Schwäbischen Tagwacht, vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 38.

[44]) Dieses Rundschreiben vom 6. 11. 1918 ist abgedruckt bei Köhler, S. 125 ff.

[45]) Zu den Verhaftungen vgl. Köhler, S. 129 ff., und Nr. 3 Anm. 32.

[46]) Keil, Erlebnisse II, S. 41.

[47]) Vgl. dazu Nr. 3, S. 45 ff.

[48]) Vgl. die Schilderung der Verhandlungen mit der USPD und den Wortlaut der Erklärung bei Keil, Erlebnisse II, S. 50 ff.

[49]) Literaturhinweise zum Verlauf der Demonstration am 9. 11. sind in Nr. 3 Anm. 31 zusammengestellt.

beiterbewegung konnten in diesen beiden Tagen die Führung nicht zuletzt deshalb unangefochten übernehmen, weil sich die Stuttgarter Spartakusgruppe nach der Verhaftung von Rück und Thalheimer in einer buchstäblich kopflosen Lage befand. Die beiden Spartakistenführer konnten sich nach ihrer um einige Stunden verzögerten Freilassung erst am späten Abend des 9. November wieder in den Gang der Entwicklung einschalten.

Mittlerweile hatten sich SPD, Gewerkschaften und USPD schon darauf geeinigt, unter dem gemeinsamen Vorsitz von Blos und Crispien eine provisorische Regierung zu bilden. Als Finanzminister dieser Regierung hatte man zunächst unbefragt Thalheimer vorgesehen, dieser lehnte aber noch in der Nacht zum 10. November einen Eintritt in das Kabinett ab[50]). Der ursprüngliche Plan, eine Regierung zu bilden, der nur Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien angehören sollten, wurde bereits am Morgen des 10. November von der Mehrheitssozialdemokratie auf Betreiben Keils wieder verworfen; Keil konnte Blos davon überzeugen, daß die Basis der Regierung „durch Hereinnahme von Vertretern aller auf parlamentarisch-demokratischem Boden stehenden Parteien"[51]) verbreitert werden müsse. Dieser Ansicht schlossen sich dann auch die gemäßigten Vertreter der USPD, namentlich Crispien, an, während Rück und Thalheimer und mit ihnen die Stuttgarter Spartakusgruppe eine andere Lösung wollten. Nach ihrer Meinung sollte ein fünfköpfiger Generalrat als Exekutive fungieren, kontrolliert und dirigiert vom Arbeiter- und Soldatenrat; die Bildung einer besonderen Regierung hielt man für überflüssig[52]). Die Entscheidung gegen diese Konzeption fiel am Nachmittag des 10. November, als sich der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart mit großer Mehrheit für die Bildung des Kabinetts Blos-Crispien aussprach[53]).

Bei der Beurteilung der Vorgänge und Entscheidungen am 9. und 10. November in Stuttgart verdient vor allem die Politik der führenden Mehrheitssozialdemokraten Beachtung. Die Führer der württembergischen SPD hatten bis zum 8. November an die Besonnenheit und Vernunft der Bevölkerung appelliert und zur Ruhe und Ordnung gemahnt, weil sie – wie Keil in seinen Erinnerungen schreibt – „eine Änderung der Staatsform in diesen schweren Tagen für ganz Deutschland nicht für wünschenswert" hielten[54]). Was man anstrebte, eine Parlamentarisierung der Regierung unter Beibehaltung der monarchischen Staatsspitze, war praktisch schon am 6. November erreicht worden, als das Kabinett von Weizsäcker zurücktrat und den Platz frei machte für eine von den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie getragenen Regierung[55]). Erst unter dem Zwang der Verhältnisse fand sich die SPD dazu bereit, die monarchische Staatsform aufzugeben und die „Einführung der Republik" an die erste Stelle ih-

---

[50]) Thalheimer entfernte unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Gefängnis in der Druckerei des Stuttgarter Neuen Tagblatts seinen Namen aus der bereits gesetzten Proklamation der Regierung (vgl. Blos, Monarchie I, S. 27). Diese Proklamation, die am 10. 11. 1918 in der Presse erschien, ist abgedruckt als Nr. 24.

[51]) Keil, Erlebnisse II, S. 93.

[52]) Vgl. Rück, November, S. 28. Aus einem Schreiben Clara Zetkins vom 17. 11. 1918 an Rosa Luxemburg geht hervor, daß Rück und Thalheimer bereits zu diesem Zeitpunkt die sofortige Trennung der Spartakusgruppe von der USPD und die Gründung einer selbständigen Partei anstrebten. Zetkin war – wie auch Rosa Luxemburg und Leo Jogiches – im November 1918 für den vorläufigen Verbleib der Spartakisten in der USPD. Das Schreiben Zetkins ist abgedruckt bei Hermann Weber, Zwischen kritischem und bürokratischem Kommunismus. Unbekannte Briefe von Clara Zetkin, in: Archiv für Sozialgeschichte, 11, 1971, S. 417–448, hier S. 431 ff.

[53]) Vgl. Nr. 1.

[54]) Erlebnisse II, S. 67.

[55]) Der Regierung Liesching, die am Vormittag des 9. 11. vom König vereidigt wurde, gehörte der Sozialdemokrat Lindemann als Arbeitsminister an. Die Vorgeschichte dieses Kabinetts und die Parlamentarisierungsbestrebungen in Württemberg sind ausführlich behandelt bei Pistorius, S. 3 ff., und Köhler, S. 20 ff., 51 ff.

rer Forderungen zu stellen[56]). Nolens volens mußte die Partei dann auch noch die Hauptverantwortung für die Führung der Politik übernehmen, allerdings im Rahmen einer von ihr selbst gewünschten sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung, deren Spannweite anfangs von den Nationalliberalen bis zur Spartakusgruppe reichte[57]).

Durch den Gang der Ereignisse war die Sozialdemokratie also weit über ihre ursprünglichen Ziele hinausgedrängt worden. Das zeigte sich vor allem auch im Verhältnis der Parteiführer zu den sich spontan bildenden Räten. Offensichtlich bestand im Kreis der Stuttgarter sozialdemokratischen Führer die Ansicht, mit den Absprachen über die Bildung einer provisorischen Regierung sei bereits eine definitive Entscheidung über die Staatsführung bis zur Wahl einer konstituierenden Versammlung gefallen[58]). Daß diese Räteversammlung von konstitutiver Bedeutung für die Bestätigung der durch Vereinbarung zwischen den Parteiführern gebildeten neuen Regierung sein würde und einen die Regierung kontrollierenden Aktionsausschuß einsetzen könnte, wurde anscheinend zu diesem Zeitpunkt nicht angenommen. Wohl aus diesem Grund sah sich keiner der führenden Mehrheitssozialdemokraten veranlaßt, an der Sitzung des provisorischen Arbeiterrates am Nachmittag des 10. November teilzunehmen[59]).

Eine in diesem Verhalten zum Ausdruck kommende Fehleinschätzung der revolutionären Situation läßt sich übrigens auch bei den führenden Mehrheitssozialdemokraten in der Reichshauptstadt Berlin am 9./10. November 1918 beobachten. Auch in Berlin hatten die sozialdemokratischen Parteiführer mit Ebert an der Spitze den „Rat der Volksbeauftragten" durch Vereinbarung mit den USPD-Führern gebildet und zunächst weder mit einer Bestätigung dieser Regierung durch die Räte noch mit der Wahl eines kontrollierenden Rätegremiums gerechnet. Im Unterschied zur Entwicklung in Stuttgart begriffen die Berliner Mehrheitssozialdemokraten allerdings am 10. November gerade noch rechtzeitig, daß ein Verzicht auf angemessene Vertretung im Spitzengremium der Räte eine Schwächung ihrer Position in der Regierung bewirken mußte. Deshalb bestanden die mehrheitssozialdemokratischen Delegierten in der am Spätnachmittag des 10. November tagenden Versammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte auf paritätischer Besetzung des zu bildenden Vollzugsrates und fanden für diese Forderung die entschiedene Unterstützung der Soldatendelegierten, so daß tatsächlich eine paritätische Besetzung des Berliner Vollzugsrates zustande kam[60]).

In Stuttgart hingegen vollzogen die Mehrheitssozialdemokraten nicht diese rasche Schwenkung: praktisch zur gleichen Stunde, in der in Berlin über die paritätische Zusammensetzung des Vollzugsrates debattiert und beschlossen wurde, wählte die Stuttgarter Räteversammlung ein fünfzehnköpfiges Führungsgremium, dem fast ausschließlich von den Spartakisten nominierte Vertreter angehörten[61]).

Es lag zu diesem Zeitpunkt außerhalb des Kalküls der Stuttgarter Sozialdemokraten, daß dieser Aktionsausschuß sich als Organ des revolutionären Souveräns verstehen könnte und deshalb die Kontrolle über die Exekutive für sich beanspruchte. Erst in den nächsten Tagen wurden den sozialdemokratischen Regierungsvertretern die Konse-

---

[56]) So die erste Forderung der am 9. 11. veröffentlichten Erklärung.

[57]) Bis zum 15. 11. 1918 fungierte der Spartakist Albert Schreiner als Kriegsminister. Vgl. zu den weiteren Kabinettsmitgliedern Nr. 1 Anm. 9.

[58]) Vgl. dazu die als Nr. 24 abgedruckte erste Kundgebung der Regierung Blos-Crispien, in der es hieß: „Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung . . . vorzubereiten".

[59]) Lediglich Blos hielt eine kurze Begrüßungsansprache, nach der er sich allerdings sofort wieder entfernte. Vgl. Blos, Monarchie I, S. 30, und Keil, Erlebnisse II, S. 96 ff.

[60]) Zum Verlauf der im Zirkus Busch tagenden Vollversammlung der Berliner A.- und S.-Räte vgl. Kolb, S. 118 ff.; Zentralrat, S. XIV ff.; Regierung der Volksbeauftragten I, S. XCII.

[61]) Zur Zusammensetzung des Aktionsausschusses vgl. Nr. 1 Anm. 12.

quenzen bewußt, die sich aus der Existenz eines solchen Räteorgans für die Regierung ergaben. „Die öffentlichen Gewalten hatten sich", so schreibt Blos in seinen Memoiren, „ganz von selbst so verteilt, daß bis zur Inkraftsetzung der von der Landesversammlung zu schaffenden Verfassung der Regierung die Exekutive, dem Arbeiter- und Soldatenrat die Kontrolle zufiel. Auf der Übereinstimmung dieser beiden Machtfaktoren beruhte vorläufig der Bestand des neuen Staatswesens"[62]). Mit diesen lapidaren Sätzen charakterisierte der ehemalige württembergische Ministerpräsident rückblikkend den spannungs- und konfliktreichen Zeitabschnitt, in dem Räteorgan und Regierung die Voraussetzungen und Grundlagen ihrer gemeinsamen Tätigkeit bestimmten.

Die nicht zu ignorierende Machtposition, die den Stuttgarter Linksradikalen in den ersten beiden Wochen nach dem Staatsumsturz aufgrund ihrer dominierenden Stellung im Aktionsausschuß zufiel, erleichterte dabei den Prozeß der Verständigung zwischen Regierung und Räten nicht unbedingt. Während die sozialdemokratisch geprägte Regierung hinhaltend taktierte und versuchte, Mitwirkung und Kontrolle der Räte in engen Grenzen zu halten, zielte die Rätevertretung – zunächst allerdings ohne durchschlagenden Erfolg – auf eine Institutionalisierung ihrer Organisationen und die Kodifizierung ihrer Kompetenzen ab. Ein weiteres Betätigungsfeld sah der Aktionsausschuß der Landeshauptstadt in der Kommunalpolitik. Hier beanspruchte er für sich die Kontrolle über die Lebensmittel- und Wohnraumbeschaffung und die Aufsicht über die städtischen Behörden[62a]).

Die doppelte Funktion, die der Stuttgarter Aktionsausschuß, ähnlich wie der Berliner Vollzugsrat, als oberstes Räteorgan des Landes und der Landeshauptstadt wahrnahm, verschaffte der Spartakusgruppe an sich eine glänzende Ausgangsposition für die Wahlen zum Arbeiterrat Groß-Stuttgart, die schon am 11. November angeordnet wurden, dann aber erst am 25. November abgeschlossen waren[63]). Dennoch konnte die Sozialdemokratie bei diesen Wahlen eine überzeugende Mehrheit erzielen. Es erwies sich, daß ihre Politik nach wie vor von der Mehrheit der Stuttgarter Arbeiter und Angestellten gestützt wurde, nicht zuletzt deshalb, weil in den Stuttgarter Großbetrieben an der Spitze der mehrheitssozialdemokratischen Listen bewährte Gewerkschaftsvertreter nominiert worden waren.

In der dann am 25./26. November tagenden Vollversammlung des Arbeiterrates Groß-Stuttgart[64]) wurde nach erregten Debatten über die Vorgeschichte und den Verlauf des Staatsumsturzes sowie über den einzuschlagenden politischen Kurs ein neuer Vollzugsausschuß gewählt, von dessen insgesamt 15 Sitzen die Mehrheitssozialdemokraten 9 und die Unabhängigen (einschließlich Spartakusbund) 4 Sitze innehatten; 2 Sitze fielen an den „Rat der geistigen Arbeiter". Außerdem diskutierte die Vollversammlung über einen „Satzungsentwurf für die Arbeiterräte der Republik Württemberg", der erste Richtlinien für den Organisationsaufbau und die Befugnisse der Arbeiterräte auf Orts- und Bezirksebene enthielt[65]). Dieser Satzungsentwurf wurde dem Vollzugsausschuß zur Weiterberatung überwiesen; gleichzeitig beauftragte man den Vollzugsausschuß, „die Landesarbeiterratswahlen vorzubereiten und die erste Sitzung des Landesarbeiterrats einzuberufen"[66]).

Zu dem Zeitpunkt, als die Vollversammlung der Arbeiterräte Groß-Stuttgarts tagte, hatten sich bereits in einer Vielzahl von württembergischen Städten und Gemeinden

---

[62]) Monarchie I, S. 30.
[62a]) Vgl. zur Tätigkeit des Aktionsausschusses und des von diesem eingesetzten Vollzugsausschusses Nr. 2a–g.
[63]) Vgl. Nr. 2 Anm. 3 und 47.
[64]) Vgl. Nr. 3.
[65]) Vgl. ebd., S. 71 ff.
[66]) Vgl. ebd., S. 74.

Rätegremien konstituiert. Allerdings enthalten die vorhandenen archivalischen Unterlagen[67]) nur verstreute Mitteilungen über Zeitpunkt und Modus der Wahl sowie über die Zusammensetzung dieser lokalen Räte, so daß hier weder eine statistische Übersicht vorgelegt noch eine differenzierende Analyse vorgenommen werden kann. Es steht jedoch fest, daß spätestens nach Bekanntwerden der Ereignisse in Stuttgart und im Reich die organisierte Arbeiterschaft in allen größeren württembergischen Städten – häufig im Anschluß an eine große Demonstration – Rätevertretungen bildete.

In Ulm, der zweitgrößten Stadt Württembergs mit der – neben Ludwigsburg – größten Garnison des Landes (sie hatte im Dezember 1918 eine Stärke von 27000 Mann), ging die Initiative zunächst von den Soldaten aus. Abgesandte einzelner Truppenteile führten bereits am 7./8. November Besprechungen mit den örtlichen SPD-Führern und bestürmten diese, die SPD solle auch in Ulm zu den Ereignissen im Reich Stellung nehmen. Daher wurde von den Ulmer Mehrheitssozialdemokraten am 9. November die Einberufung einer großen Demonstration auf 11. November und die Gründung eines A.- und S.-Rats beschlossen, sodann Kontakt mit der Ulmer USPD aufgenommen und einvernehmlich ein provisorischer Arbeiterrat gebildet. Dieser wurde gemeinsam mit dem provisorischen Soldatenrat am 10. November bei den Militär- und Zivilbehörden vorstellig und verlangte von ihnen, sich auf den Boden der neuen Verhältnisse zu stellen, was auch geschah. Am 11. November – im Anschluß an die von rund 15000 Arbeitern, Bürgern und Soldaten besuchte Kundgebung auf dem Münsterplatz – versammelten sich die gewählten Soldatenräte und wählten einen Garnisonrat, dessen Vorsitz der Mehrheitssozialdemokrat Julius Götz übernahm[68]). Eine Abordnung des Arbeiterrats hatte am Abend dieses Tages eine Konferenz mit dem Oberbürgermeister, den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien und den Vorständen zahlreicher staatlicher, kommunaler und kirchlicher Behörden, in der die entstandene Lage erörtert und die Kontrolle der Kommunalverwaltung durch den A.- und S.-Rat geregelt wurde[69]). Nach der Vornahme von Wahlen tagte dann am 14. November eine Vollversammlung des Arbeiterrats, die einen Vollzugsausschuß von 13 Mitgliedern wählte; dieser wiederum setzte einen vierköpfigen Aktionsausschuß ein, der die eigentlichen Geschäfte führte[70]).

In Heilbronn trat die Arbeiterschaft, einem Aufruf der Gewerkschaften und der beiden sozialdemokratischen Parteien folgend, am Morgen des 9. November in einen Generalstreik und versammelte sich auf dem Marktplatz zu einer Massendemonstration, zu der auch die NSU-Belegschaft aus Neckarsulm heranmarschierte. Noch vor Beginn dieser Kundgebung erschien im Rathaus eine Abordnung des in aller Eile aus Mitgliedern der USPD und der SPD improvisierten A.- und S.-Rats. Sie teilte dem Oberbür-

---

[67]) Vgl. dazu unten, S. LXXI ff. Weder im Bestand „Revolutionsarchiv" (E 135) noch in den einschlägigen Aktenbeständen des Innen- und des Finanzministeriums findet sich ein Verzeichnis aller örtlichen A.-Räte, A.- und S.-Räte sowie der A.- und B.-Räte in Württemberg, bzw. eine Übersicht über Entstehungsdatum und Zusammensetzung der örtlichen Räte; es existiert auch nicht eine einigermaßen komplette Serie von Berichten der Oberamtmänner über die Bildung der lokalen A.-Räte (wie etwa für Bayern, s. Kolb, S. 89 f.), sondern es liegen nur einige wenige Berichte vor, in denen aus gegebenem Anlaß auf die Konstituierung von lokalen Rätegremien eingegangen wird. Nur durch eine systematische Auswertung der – in der Regel erhaltenen – lokalen Presseorgane könnten genauere Informationen darüber zutage gefördert werden, wann in den einzelnen Gemeinden ein Rat gebildet wurde und wie er personell zusammengesetzt war.

[68]) Vgl. zu den Vorgängen die Berichte der Donauwacht (Nr. 262 vom 8. 11. 1919 und Nr. 263 vom 9. 11. 1928).

[69]) Siehe dazu das Gemeinderatsprotokoll vom 11. 11. 1918, Stadtarchiv Ulm.

[70]) Vgl. Donauwacht Nr. 269 vom 16. 11. 1918; dem Aktionsausschuß gehörten an: Göhring, Denker, Hefele und Dick. Über Sitzungen und Tätigkeit des Ulmer A.-Rates berichtete sporadisch die Donauwacht, ebenso über einige Sitzungen der A.-Räte in Heidenheim, Blaubeuren und Geislingen.

germeister lapidar mit, der A.- und S.-Rat habe die vollziehende Gewalt übernommen, die Beamten sollten jedoch unter seiner Aufsicht weiter ihre Tätigkeit ausüben; die Stadtverwaltung stelle sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen, erklärte daraufhin der Oberbürgermeister. Am Schluß der Kundgebung, nach Reden des Heilbronner USPD-Führers Reinhardt, des Ortsvorsitzenden der SPD Baßler und des bisherigen Landtagsabgeordneten Hornung (seit 1917 USPD), wurde der aus SPD- und USPD-Mitgliedern zusammengesetzte Arbeiterrat von den Versammlungsteilnehmern bestätigt. Der einundzwanzigköpfige Arbeiterrat, der Friedrich Reinhard (USPD) zu seinem Vorsitzenden wählte[71]), entsandte in den folgenden Tagen 2 Mitglieder in den Lebensmittelausschuß der Stadt, ein weiterer Vertreter nahm an den nichtöffentlichen Sitzungen der bürgerlichen Kollegien teil; alle wichtigeren Bekanntmachungen wurden vom Arbeiterrat mitunterzeichnet[72]).

Über den Beginn der Kontrolltätigkeit des Göppinger Arbeiterrats, der aus 30 Mitgliedern bestand und einen fünfköpfigen Vollzugsausschuß hatte, berichtete der Göppinger Oberamtmann am 19. November ans Innenministerium: der Arbeiterrat habe inzwischen seine Vertreter bei der Stadt- und Bezirksverwaltung bestellt. Mit der Kontrolle des Oberamts sei der Geschäftsführer des Metallarbeiterverbands Ernst Reichle beauftragt worden, nach den Worten des Oberamtmanns „ein besonnener, klarer, einflußreicher und sehr belesener Mann". Ihm wurde im Oberamt ein Zimmer eingeräumt, „in welchem er täglich von 10–12 Uhr etwaige Beschwerden anhört und mit den Beamten bespricht und während welcher Zeit auch allgemeine Fragen auf dem Gebiet der Erwerbslosenfürsorge, Arbeitsvermittlung, der Ernährung, der Sicherheitspolizei, Wohnungsfürsorge usw. besprochen werden. Das Oberamt steht seit Beginn des Kriegs mit den Gewerkschaften und besonders mit Reichle in diesen Fragen in ständiger persönlicher Fühlung und begrüßt die neuste Art der Mitarbeit als dringend im Interesse der Erhaltung der Ordnung und Ruhe gelegen." Die Verhältnisse in Göppingen seien schwierig, alle Behörden hätten daher Grund, mit besonnenen Vertretern der Arbeiterschaft im Interesse der Gesamtheit zusammenzuarbeiten und damit auch die Verantwortung auf breitere Schultern zu legen[73]).

Im Bodenseeraum bildete Friedrichshafen mit der unruhigen Belegschaft der verschiedenen Werke des Zeppelinkonzerns ein Zentrum, von dem Anstöße zur Begründung lokaler A.- und S.-Räte in dieser Region ausgingen. In Friedrichshafen selbst war, wie bereits dargelegt wurde, die Arbeiterschaft seit Ende Oktober in starker Bewegung; schon am 5. November wurde ein revolutionärer A.- und S.-Rat ins Leben gerufen, dessen führende Mitglieder kurzfristig in Haft genommen wurden[74]). Dieser Rat beanspruchte am 9. November die politische und militärische Gewalt in der Stadt für sich. Nachdem auf einer großen Kundgebung am 11. November die „Errichtung der sozialistischen Republik" verkündet worden war, nahm der durch Vertreter der Landbevölkerung erweiterte Rat seine öffentliche Tätigkeit auf[75]).

In Ravensburg konstituierte sich am 9. November ein Soldatenrat, am 10. November wurde ein A.-Rat eingesetzt[76]), ebenso im benachbarten Weingarten mit seiner starken Garnison[77]). Von Friedrichshafen aus wurden in den folgenden Tagen Räte in Wangen

---

[71]) Vorsitzender des Heilbronner S.-Rates wurde Ernst Buckel (s. Nr. 4 Anm. 55).
[72]) Das Vorstehende nach der – wissenschaftlich allerdings unzulänglichen – Darstellung von Steinhilber, bes. S. 241 ff., 246.
[73]) So das Schreiben des Oberamtes Göppingen vom 19. 11. 1918 an das Innenministerium (HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 38).
[74]) Vgl. oben S. LV f.
[75]) Siehe dazu Nr. 21 und Rote Fahne Nr. 3 vom 16. 11. 1918.
[76]) Siehe Nr. 14.
[77]) Dazu ausführlich Nr. 22.

und Isny ins Leben gerufen[78]), von Ravensburg aus in Waldsee, wo eine vom A.- und S.-Rat Ravensburg auf 19. November einberufene Versammlung einen sechzehnköpfigen Arbeiterrat wählte[79]). Wie dieser Vorgang zeigt, bildeten sich in den Tagen nach dem Staatsumsturz lokale Räte also nicht nur in den größeren Städten mit zahlreicher Industriearbeiterschaft, sondern auch in den kleineren, von der Landeshauptstadt weiter entfernten Oberamtsstädten, in denen die organisierte Arbeiterschaft zahlenmäßig z. T. sehr schwach war – z. B. in Heidenheim (11. November)[80]), Oberndorf (13. November)[81]), Nagold (spätestens 16. November)[82]), Sulz (17. November)[83]), Saulgau (18. November) [84]), Biberach (spätestens 18. November)[85]), Riedlingen (20. November)[86]). In kleineren Gemeinden, vor allem in solchen, die nicht im unmittelbaren Einzugsbereich Stuttgarts oder einer anderen größeren Industriestadt lagen, kam es hingegen in der Regel meist erst mehrere Wochen nach dem Staatsumsturz zur Konstituierung eines A.-Rats oder eines A.- und B.-Rats, wenn in solchen Gemeinden ein Rat überhaupt errichtet wurde[87]).

Einen einheitlichen Modus, nach dem diese lokalen Räte gewählt wurden, gab es nicht, im allgemeinen jedoch erfolgte die Wahl in einer öffentlichen Versammlung. Das bestätigt auch ein Schreiben des Landesausschusses der Arbeiterräte vom Frühjahr 1919, in dem rückblickend festgestellt wird: genaue Vorschriften über Wahlen von A.- und B.-Räten bestünden nicht, es würden aber im allgemeinen vom Landesausschuß nur solche als rechtmäßig anerkannt, „die auf Grund öffentlicher Versammlungen mit nachfolgender Wahl entstanden sind. Da die A.-, B.- und S.-Räte aus der Revolution heraus entstanden sind, bestehen keine genauen Grundlagen für ihre Bildung. Dieselben werden wohl in nächster Zeit durch gesetzmäßige Festlegung gegeben werden"[88]).

In Städten und Gemeinden mit einer organisierten Arbeiterschaft standen an der Spitze der Räte durchweg die führenden örtlichen Funktionäre und Repräsentanten der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Sofern neben der Mehrheitssozialdemokratie auch eine Organisation der USPD bestand, wie beispielsweise in Heilbronn, Göppingen, Nürtingen, wurden die Räte – wie überwiegend im Reich[89]) – einvernehmlich aus Vertretern beider Parteien gebildet. In den Quellen finden sich keine Mitteilungen, daß es außerhalb Stuttgarts in den Novembertagen zu besonders erbitterten Auseinandersetzungen zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Unabhängigen um die Zusammensetzung lokaler Räte und ihrer Vollzugsausschüsse gekommen wäre, während sich ja in Stuttgart die Spartakusgruppe mit allen Mitteln und zunächst nicht ohne Erfolg bemühte, die SPD bei der Schaffung eines Aktionsausschusses ganz auszuschalten, obwohl auch bei den Spartakisten kein Zweifel bestand,

---

[78]) Vgl. HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 378.
[79]) Ebd., Bl. 379.
[80]) Vgl. Donauwacht Nr. 267 vom 14. 11. 1918.
[81]) Vgl. HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 45.
[82]) Siehe Rote Fahne Nr. 4 vom 18. 11. 1918.
[83]) Vgl. Nr. 15.
[84]) Siehe Donauwacht Nr. 273 vom 21. 11. 1918.
[85]) Vgl. HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 55.
[86]) Ebd., Bl. 33.
[87]) Als Beispiel diene das Oberamt Vaihingen/Enz: in Vaihingen selbst wurde am 30. 11. 1918 ein Arbeiterrat gewählt (für eine Oberamtsstadt vergleichsweise spät); nach und nach entstanden in anderen Gemeinden des Oberamts Räte: in Kleinsachsenheim und Sersheim (1. 12. 1918), in Hohenhaslach (10. 12. 1918), in Großsachsenheim und Enzweihingen (12. 12. 1918), in Horrheim (14. 12. 1918), Unterriexingen (17. 12. 1918), Weisach (6. 1. 1919), Untermberg (10. 1. 1919) und schließlich Iptingen (15. 1. 1919); s. HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 382–92.
[88]) Schreiben vom 10. 4. 1919 an das Oberamt Heidenheim (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 69).
[89]) Vgl. dazu Kolb, S. 85 ff.

daß ein großer Teil oder gar der Großteil der Stuttgarter Arbeiterschaft hinter der SPD stand[90]). Dieses Stuttgarter Beispiel fand offensichtlich nirgendwo im Lande Nachahmung, der Graben zwischen Mehrheitssozialdemokraten und Linkssozialisten scheint in jenen Wochen in keiner anderen württembergischen Stadt so tief gewesen zu sein wie in der Landeshauptstadt.

Im November, Dezember und Januar entstanden Räte aber auch in zahlreichen Orten, in denen es nur sehr schwache oder gar keine sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen gab, wie etwa in den überwiegend agrarischen Gebieten Oberschwabens und Hohenlohes. Dort dominierten in den örtlichen A.- und B.-Räten, die allerdings keine nennenswerte Aktivität entfalteten, Landwirte, Beamte und Handwerker, aber auch den Räten in einzelnen Oberamtsstädten gehörte eine größere Zahl von Vertretern bürgerlicher Parteien an[91]).

Wenn nicht ein Zwang, so ging doch zumindest ein starker Anreiz zur Herstellung überörtlicher Kontakte zwischen den Räten innerhalb eines Oberamtsbezirks von der Anberaumung einer Landesversammlung aller württembergischen Arbeiterräte aus. Der Vollzugsausschuß des Arbeiterrats Groß-Stuttgart berief diese erste Landesversammlung am 29. November auf den 9. Dezember 1918 ein und empfahl für die Wahl der von den einzelnen Oberämtern nach einem festgelegten Schlüssel zu entsendenden Delegierten: „Die Wahlen der Vertreter erfolgen am zweckmäßigsten durch Verständigung der bestehenden Arbeiterräte innerhalb der Oberamtsbezirke"[92]). An der 1. Landesversammlung der Arbeiterräte am 8. Dezember[93]) nahmen etwa 120 Delegierte teil: aus 55 der 63 württembergischen Oberämter waren Vertreter erschienen, nicht repräsentiert waren nur die Oberämter Aalen, Gaildorf, Gerabronn, Künzelsau, Leutkirch, Rottenburg, Weinsberg und Welzheim[94]). Die Landesversammlung konstituierte einen Landesausschuß der Arbeiterräte, indem dem fünfzehnköpfigen Vollzugsausschuß des Arbeiterrats Groß-Stuttgart 5 Vertreter aus dem Lande beigegeben wurden, je ein Delegierter aus dem Schwarzwald-, Jagst- und Donaukreis und 2 Delegierte aus dem Neckarkreis[95]).

Hatte bereits die am 26. November vollzogene Ablösung des unter spartakistischem Einfluß stehenden Stuttgarter Aktionsausschusses durch einen Vollzugsausschuß, dem in der Mehrzahl Sozialdemokraten angehörten, eine Klimaverbesserung in den Beziehungen zwischen Regierung und Räteorgan bewirkt, so war jetzt, nach der Erweiterung des Vollzugsausschusses zum Landesausschuß, der Weg für eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit endgültig geebnet. Denn durch die Zuwahl von 5 Vertre-

---

[90]) Vgl. dazu das Schreiben Zetkins vom 17. 11. 1918 an Rosa Luxemburg (s. oben Anm. 52), in dem sich über die Aussichten der Linkssozialisten bei den Wahlen zum A.-Rat Groß-Stuttgart folgende – wie sich dann herausstellte – ziemlich realistische Prognose findet: „Ich fürchte, das Wahlresultat wird kläglich sein: eine kompakte Masse sozialdemokratisch-opportunistischer und bürgerlich gesinnter Delegierter, ein Teil Parteigänger der USP, darunter vereinzelte Spartacis".

[91]) Auch hierfür ein Beispiel: In Kirchheim/Teck hatten SPD und Gewerkschaften am 10. 11. 1918 einen provisorischen A.-Rat gebildet, dessen Aktionsausschuß sofort Neuwahlen ausschrieb und einen genauen Wahlmodus bekanntgab; der aus diesen Wahlen hervorgehende A.-Rat setzte sich zusammen aus 12 Arbeitervertretern (wohl Sozialdemokraten), 3 Beamten, kaufmännischen und technischen Angestellten, 3 Vertretern der Fortschrittlichen Volkspartei und 3 Landwirten (Der Teckbote vom 11. 11. 1918; 15. 11. 1918; 13. 12. 1918). Selbst in Friedrichshafen mit seiner stark linksgerichteten Arbeiterschaft wurden Anfang Dezember 7 Beamtenvertreter in den A.-, B.- und S.-Rat aufgenommen (Seeblatt Nr. 278 vom 2. 12. 1918); für die endgültige Zusammensetzung der Vollversammlung des A.-Rates Friedrichshafen s. Nr. 21.

[92]) Vgl. Nr. 3 Anm. 112.

[93]) Siehe Nr. 8.

[94]) Vgl. die Delegiertenliste der 1. Landesversammlung, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 65.

[95]) Vgl. Nr. 8, S. 233.

tern aus dem Lande war das sozialdemokratische Übergewicht innerhalb des obersten Gremiums der württembergischen Arbeiterräte noch eindeutiger geworden.

Regierung und Landesausschuß konnten sich dann auch in sehr kurzer Zeit über die Kompetenzen der Räte verständigen. Bereits fünf Tage nach der Landesversammlung, am 14. Dezember, verabschiedete das Kabinett in Übereinstimmung mit den beiden Landesausschüssen der Arbeiter- und Soldatenräte einen Erlaß über die Stellung der Räte innerhalb der Republik Württemberg[96]). Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte werden darin als „die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems" bezeichnet. Verordnungen der Regierung sollten „in wichtigen Fällen" nur im Einverständnis mit den Spitzengremien der Arbeiter- und Soldatenräte erlassen werden können. Mitarbeit in der öffentlichen Wohlfahrt und Kontrollfunktionen bis auf die kommunale Ebene hinab wurden den Räten zugewiesen. Ausdrücklich festgestellt wird jedoch, daß die Vollzugsgewalt „ausschließlich in den Händen der Regierung" liege und die Räte jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungspraxis zu unterlassen hätten. Eventuelle lokale Mißstände sollten von den örtlichen Räteorganen an den Landesausschuß gemeldet werden, der dann gemeinsam mit der Regierung die notwendigen Entscheidungen zu treffen hatte. Abschließend werden in diesem Erlaß dann noch die Fragen geregelt, die in Zusammenhang mit der Finanzierung der Räte entstanden waren.

Auf der Grundlage dieser Satzung entfaltete der zwanzigköpfige Landesausschuß der Arbeiterräte in den folgenden Monaten eine beachtliche Aktivität und wurde zum organisierenden und koordinierenden Zentrum für die Tätigkeit der württembergischen A.- und B.-Räte. Eine gewisse regionale Ungleichgewichtigkeit in der Zusammensetzung dieses Gremiums, ein starkes Übergewicht der Stuttgarter Vertretung, hatte auch seinen Vorteil: da nahezu alle Mitglieder ihren Wohnsitz in Stuttgart und Umgebung hatten, war der Ausschuß in der Lage, kontinuierlich zu arbeiten. Jeweils im Abstand von einigen Tagen wurden Vollsitzungen abgehalten[97]), zeitweilig und vor allem bei innenpolitischen Krisensituationen gemeinsam mit dem Landesausschuß der Soldatenräte[98]). Aus jeweils 3–4 Mitgliedern bestehende Kommissionen waren für einzelne Sachgebiete zuständig[99]), mit der Regierung und den verschiedenen Ministerien standen die Mitglieder des Landesausschusses in ständigem engen Kontakt. Ministerpräsident Blos erwies sich als loyaler und kooperationswilliger Partner des Landesausschusses. Auch die Zusammenarbeit mit den einzelnen Ministerien verlief meistens reibungslos, selbst da, wo bürgerliche Politiker als Ressortminister fungierten. Insbesondere für die verschiedenen Bereiche der Sozialpolitik, für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Heizstoffen, für Fragen der Wohnraumbeschaffung, für Probleme der Erwerbslosenfürsorge und alle anderen im Zusammenhang mit der Arbeitsbeschaffung zu lösenden Schwierigkeiten bestand eine enge Kooperation zwischen Landesausschuß und Regierung. Innerhalb des Landesausschusses selbst kam es trotz der unterschiedlichen politischen Auffassungen der Landesausschuß-Mitglieder bei der praktischen Arbeit im allgemeinen nicht zu größeren Konflikten, durch welche die Aktionsfähigkeit des Gremiums in Frage gestellt worden wäre.

Ernsthaft in Frage gestellt wurden Existenz und weitere Tätigkeit des Landesausschusses der Arbeiterräte wie der württembergischen Räte überhaupt durch die Wahl

---

[96]) Siehe Nr. 26.
[97]) Eine so gut wie vollständige Sammlung der maschinenschriftlichen Sitzungsprotokolle des Vollzugsausschusses und dann des Landesausschusses der A.-Räte liegt vor: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84.
[98]) Vgl. Nr. 11 und 12.
[99]) Vgl. Nr. 3 Anm. 128.

und den Zusammentritt der verfassunggebenden württembergischen Landesversammlung. Aber die Arbeiter- und Soldatenräte hatten selbst auf ihren Landeskonferenzen im Dezember für eine Vorverlegung des ursprünglich auf Ende Januar 1919 festgesetzten Wahltermins plädiert. So fanden diese Wahlen dann bereits am 12. Januar 1919 statt, eine Woche vor den Wahlen zur Nationalversammlung. Sozialdemokratie und USPD erzielten bei beiden Wahlen in Württemberg nicht den erhofften Erfolg. Zwar wurde die SPD zur stärksten Partei in Württemberg – bei den Wahlen zur Landesversammlung erhielt sie 34,4% der Stimmen, bei den Wahlen zur Nationalversammlung 35,9% –, doch regierungsfähig war die Partei in Württemberg nur in einer Koalition mit bürgerlichen Parteien, weil die USPD mit lediglich 3,0% der abgegebenen Stimmen am 12. Januar ein sehr enttäuschendes Ergebnis erreicht hatte (bei den Wahlen zur Nationalversammlung verringerte sich der Stimmanteil der USPD sogar noch um 0,2%)[100]).

Nachdem das neugewählte württembergische Parlament am 23. Januar zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten war und den Sozialdemokraten Keil zu seinem Präsidenten gewählt hatte, dauerte es lediglich vier Tage, bis bürgerliche Politiker die Auflösung der Räte verlangten. Am 27. Januar griff der Zentrumsabgeordnete Gröber namentlich die Soldatenräte scharf an und forderte, daß für „derartige ungesetzliche Tätigkeiten" keine öffentlichen Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden dürften. Seiner Meinung schloß sich der deutschnationale Abgeordnete Bazille an, der erklärte, neben einer einheitlichen Staatsmacht könne nicht noch eine zweite bestehen, „die ihr Recht lediglich der Usurpation" verdanke[101]). Obwohl Sprecher der Sozialdemokraten und der USPD diese Angriffe auf die Räte entschieden zurückwiesen, hatte der Verlauf der Parlamentsdebatte am 27. und 28. Januar 1919 deutlich gemacht, daß von nun an das Weiterbestehen der Räte auf der Tagesordnung stand, daß die Räte um ihre faktische und gesetzliche Existenzsicherung zu kämpfen hatten.

So war dann auch einer der zentralen Tagesordnungspunkte der 2. Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte, die der Landesausschuß inhaltlich und organisatorisch vorbereitet hatte, die „Zukunft der Räte". Nach teilweise harten und hitzigen Diskussionen verabschiedete diese Versammlung eine Resolution, die die Notwendigkeit der weiteren Existenz der Räte betonte und deren Funktion als Demokratisierungsfaktor für den Bereich der staatlichen und kommunalen Verwaltungen stark in den Vordergrund stellte[101a]). Damit war noch einmal ein gemeinsamer Nenner für die Zusammenarbeit von SPD und USPD im Landesausschuß gefunden worden, und die latenten Gegensätze konnten wenigstens zeitweise überbrückt werden.

Bis zur nächsten Landesversammlung, die am 7. Juli 1919[101b]) stattfand, war dieser Fundus allerdings erschöpft. Aufgrund der unterschiedlichen Beurteilung der innenpolitischen Entwicklung im Reich und in Württemberg sowie der mit dem Abschluß des Friedensvertrages zusammenhängenden Probleme hatten sich beide Arbeiterparteien so weit voneinander entfernt, daß der Rückzug der USPD aus dem Landesausschuß der Arbeiterräte im Anschluß an diese 3. Landesversammlung niemanden mehr überraschte. Zu diesem Zeitpunkt hatte auch bereits eine ganze Reihe von örtlichen Räten ihre Tätigkeit eingestellt. Nachdem sich dann nahezu alle lokalen Räte bis zur Jahreswende 1919/20 aufgelöst hatten, beschlossen die verbliebenen Mitglieder des Landesaus-

---

[100]) Vgl. zu den Wahlergebnissen zur verfassunggebenden Landesversammlung und zur Nationalversammlung die in der Anlage II zusammengestellten Tabellen.

[101]) Zu den Angriffen bürgerlicher Politiker auf die Räte vgl. Nr. 9 Anm. 20.

[101a]) Vgl. Nr. 9, S. 278. Wesentliche Teile dieser Resolution fanden Eingang in den Erlaß des Innenministeriums vom 27. März 1919, abgedruckt als Nr. 30.

[101b]) Siehe Nr. 10.

schusses am 9. März 1920, die Tätigkeit des Landesausschusses am 31. März 1920 zu beenden[101c]).

Die gut organisierte und passabel funktionierende Tätigkeit des obersten Rätegremiums im Lande ist ein Charakteristikum der württembergischen Räteorganisation 1918/19. Demgegenüber wurde auf der mittleren Ebene, auf Bezirksebene, zwischen lokalen Räten und Landesausschuß, keine einheitliche und teilweise überhaupt keine Organisation ausgebildet, da dafür anscheinend keine zwingende Notwendigkeit bestand. Im Frühjahr 1919 gab es zwar, wie aus einer Aufstellung des Landesausschusses hervorgeht[102]), in fast allen Oberämtern einen Bezirksarbeiterrat, bzw. einen Bezirks-Arbeiter- und Bauernrat. Ein erheblicher Teil dieser Bezirks-Räte wurde jedoch erst relativ spät ins Leben gerufen[103]), in anderen Fällen wurde ein Bezirks-Rat einfach dadurch geschaffen, daß der Rat der Oberamtstadt auf einer Bezirkskonferenz die zusätzliche Funktion eines Bezirks-Rats übertragen erhielt oder diese Funktion von sich aus übernahm[104]). Es gab aber auch einige Bezirke, in denen Vertreter der lokalen Arbeiterräte in gewissen Abständen zu einer Bezirkskonferenz zusammenkamen und sich die Mitglieder des auf einer solchen Konferenz gewählten Ausschusses von Zeit zu Zeit trafen[105]).

Noch ein Wort zu den Kosten der württembergischen Arbeiterräte. Mitte November 1918 bewilligte die Regierung dem Stuttgarter Aktionsausschuß einen Kredit in Höhe von 500 000 M., der auf Anforderung in Raten angewiesen wurde[106]). Aus diesen Mitteln bestritt zunächst der Stuttgarter Aktions- und Vollzugsausschuß, dann der Landesausschuß seine Ausgaben; im November/Dezember 1918 stellte er auch einzelnen lokalen Arbeiterräten auf deren Ansuchen Vorschüsse zwischen 100 und 2000 M. zur Verfügung mit der Auflage, darüber bis 31. Dezember 1918 abzurechnen[107]). Die Finanzierung der örtlichen Räte wurde dann durch die Regierungserlasse vom 14. Dezember 1918 und 8. Januar 1919[108]) in der Weise geregelt, daß die Kosten der örtlichen A.-, S.- und B.-Räte von den Gemeinden übernommen werden mußten, die Kosten für die bei Bezirksverwaltung oder Kommunalverband tätigen Mitglieder von A.- und B.-Räten von den Amtskörperschaften. Die Oberämter wurden durch einen Erlaß des Innenministeriums vom 7. Juli 1919 aufgefordert, über die Höhe der durch A.- und B.-Räte in der

[101c]) Vgl. dazu das Schreiben des Landesausschusses vom 9. 3. 1920 an die Staatsregierung (HStA Stuttgart, E 151 b II 225).

[102]) Vgl. HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84.

[103]) Einige Beispiele: Balingen (30. 3. 1919), Besigheim (Mitte Januar 1919), Geislingen (Ende März 1919), Spaichingen (23. 2. 1919), Reutlingen (3. 5. 1919), Tuttlingen (Januar 1919), Tübingen (März 1919), Waiblingen (16. 3. 1919), Weinsberg (21. 4. 1919). Im Dezember 1918 wurden Bezirksräte geschaffen in den Oberämtern Böblingen (20. 12. 1918), Brackenheim, Horb (8. 12. 1918), Leonberg (20. 12. 1918), Leutkirch (1. 1. 1919), Ludwigsburg (6. 12. 1918), Neuenbürg (5. 12. 1918), Sulz (30. 12. 1918), Vaihingen/Enz, Welzheim (15. 12. 1918). In einigen agrarisch strukturierten Oberämtern bestanden nur Bezirks-Bauernräte, z. B. in Backnang, Ehingen, Künzelsau, Laupheim, Mergentheim, Riedlingen, Wangen. Diese Angaben nach den Antworten der Oberamtmänner auf eine Umfrage des Innenministeriums vom 5. 6. 1919 (HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 375–463). Es ist durchaus möglich, daß die Oberamtmänner nicht immer und überall genau informiert waren.

[104]) Zum Beispiel in den Oberämtern Aalen, Marbach, Münsingen, Oberndorf, Schorndorf, Ulm, Urach; im Oberamt Tettnang übte der Vollzugsausschuß des A.-Rates Friedrichshafen die Funktion eines Bezirksrates aus.

[105]) So z. B. in Sulz, wo bis Frühjahr 1919 drei Bezirkskonferenzen und 4 Bezirksausschußsitzungen stattfanden (s. Nr. 15). Vgl. auch die Tätigkeitsberichte der Bezirks-Räte Friedrichshafen (Nr. 21), Blaubeuren (Nr. 16), Ludwigsburg (Nr. 19) und Leonberg (Nr. 20).

[106]) Vgl. zu den finanziellen Abmachungen Nr. 2c.

[107]) Vgl. dazu den detaillierten Finanzbericht Schimmels auf der 3. Landesversammlung der A.-Räte (Nr. 9a, S. 251 ff.).

[108]) Siehe Nr. 26 und Nr. 28.

Zeit vom November 1918 bis 31. März 1919 entstandenen Ausgaben zu berichten. Aus diesen Berichten der Oberämter ergibt sich, daß der Gesamtaufwand für die lokalen A.- und B.-Räte bis 31. März 1919 197717,42 M. betragen hat; von diesem Betrag entfielen 164018,07 M. auf die Gemeinden und 33699,35 M. auf die Amtskörperschaften. Um einige Oberämter mit aktiven Räteorganisationen anzuführen: es verbrauchten die A.- und B.-Räte im Oberamt Göppingen 4827,09 M. (davon Stadt Göppingen 3421,15), im Oberamt Heilbronn 7465,37 M. (davon Stadt Heilbronn 4555,50), im Oberamt Eßlingen 6466,50 M. (davon Stadt Eßlingen 5355,30), im Oberamt Ludwigsburg 9647,51 M. (davon Stadt Ludwigsburg 1772,24, Zuffenhausen 5468,65), im Oberamt Reutlingen 4747,34 M. (davon Stadt Reutlingen 3883,64), im Oberamt Ulm 13077,90 M. (davon 13000 M. Vorschuß für Stadt Ulm einschließlich Soldatenrat); dem Stadtschultheißenamt Stuttgart entstanden Ausgaben in Höhe von 40000 M.[109]).

Dem Gesamtaufwand der Gemeinden und Amtskörperschaften hinzuzurechnen ist der von der württembergischen Staatskasse zur Verfügung gestellte 500000 M.-Kredit, von dem bis zum 31. März 1919 322875 M. verausgabt waren[110]). Da nach dem 31. März 1919 keine besonders hohen Kosten mehr entstanden sind, dürfte dieser Kredit nicht voll in Anspruch genommen worden sein.

Alles in allem läßt sich feststellen, daß die Summen, die von den württembergischen A.- und B.-Räten tatsächlich verausgabt wurden, sich durchaus in Grenzen hielten. Angesichts dieser Summen erweisen sich die seit Dezember 1918 planmäßig verbreiteten Behauptungen über finanzielle Mißwirtschaft der Räte und Vergeudung von Staatsgeldern als eine systematische Kampagne zur Diskreditierung der Revolution[111]).

Da die württembergischen Arbeiterräte ihre Tätigkeit zumindest auf der Zentralebene einigermaßen effektiv zu organisieren verstanden und der Landesausschuß trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen und Zielvorstellungen seiner Mitglieder relativ geschlossen und selbstbewußt agierte, konnte die Organisation der Arbeiterräte verhältnismäßig lange Zeit einen aktiven Part in der württembergischen Innenpolitik des Revolutionsjahres 1918/19 spielen. Für die Organisation der Soldatenräte läßt sich – in womöglich noch höherem Maße – eine analoge Feststellung treffen[112]). In den Novembertagen waren es in den Garnisonstädten – wie fast allerorten in Deutschland[113]) – gerade die Soldaten, die die Umsturzbewegung in Gang brachten[114]). Meist

---

[109]) Diese Angaben nach HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 495–605 und Bl. 158/59. In zahlreichen Oberämtern lagen die Ausgaben unterhalb der 500-Mark-Grenze (Aalen, Backnang, Crailsheim, Ellwangen, Gaildorf, Gerabronn, Hall, Kirchheim, Künzelsau, Laupheim, Marbach, Nagold, Riedlingen, Rottenburg, Spaichingen, Waiblingen, Weinsberg, Welzheim). In den Berichten der Oberämter wurden die Gemeinden namentlich aufgeführt, in denen durch einen A.- und B.-Rat Kosten entstanden; ein vollständiges Verzeichnis aller Orte, in denen es einen A.- und B.-Rat gab, läßt sich auf dieser Basis jedoch nicht erstellen, denn es fehlten Orte, in denen nachweislich ein A.- und B.-Rat bestanden hat.

[110]) Ebd., Bl. 155.

[111]) Vgl. Nr. 9 Anm. 59.

[112]) Zur Organisation, Tätigkeit und zu den Zielen der württembergischen S.-Räte s. insgesamt Kluge.

[113]) Vgl. Kolb, S. 75 ff.

[114]) Zur Korrektur der verbreiteten Auffassung, es habe sich bei den Heimattruppen z. T. um sehr junge Soldaten und Rekruten ohne jede Fronterfahrung, z. T. um „Drückeberger" gehandelt, verdienen folgende Bemerkungen im Manuskript Troß (s. dazu Nr. 4 Anm. 2) Beachtung: „Leute, die die psychischen Ursachen der Revolution nicht verstehen, erblicken in den revolutionierenden Garnisontruppenteilen des November leichtfertige Zerstörer der militärischen Organisation, die uns erst in den Abgrund geführt haben, in dem wir stehen. Sie übersahen, daß die Lage vorher schon aussichtslos und die Haltung der Garnisontruppen nicht Ursache, sondern Folge des militärisch-politischen Zusammenbruchs war. Weil man die ganzen Zusammenhänge nicht übersieht, muß man natürlich in den Garnisontruppen – ihr

noch ehe die Arbeiterschaft der betreffenden Stadt einen Arbeiterrat ins Leben gerufen hatte, schritten die Soldaten zur Bildung eines Soldatenrats, so z. B. in Ulm[115]), Ludwigsburg[116]), Ravensburg-Weingarten[117]).

Die äußerste Linke vermochte nur im Stuttgarter Soldatenrat, der sich am 9. November gebildet hatte, vorübergehend den Ton anzugeben: Offiziersstellvertreter Albert Schreiner, von Rück im Oktober 1918 für die Spartakusgruppe gewonnen[118]), war Initiator und erster Vorsitzender dieses Soldatenrates und wurde in dieser Eigenschaft als Kriegsminister in das Kabinett Blos-Crispien aufgenommen[119]), aus dem er jedoch am 15. November bereits wieder ausschied. Bei den Wahlen zum Stuttgarter Garnisonrat, die am 16. November stattfanden, erlangten dann die Gemäßigten auch in Stuttgart die Mehrheit[120]).

Bereits am 17. November traten die gewählten Vertreter der württembergischen Garnisonen unter dem Vorsitz des neuen Kriegsministers Fischer[121]) zu einer Landesversammlung zusammen[122]). Nach turbulentem Beginn einigten sich die Delegierten darauf, durch eine Redaktionskommission ein Organisationsstatut ausarbeiten zu lassen, über das eine weitere Landesversammlung nach drei Wochen endgültig befinden sollte. Außerdem wurde die Bildung eines siebenköpfigen Landesausschusses beschlossen, in den die stärksten Garnisonen je einen Vertreter entsandten.

Diesen Landesausschuß erweiterte die 2. Landesversammlung, die am 11./12. Dezember stattfand[123]), auf 21 Mitglieder. Ferner verabschiedete die 2. Landesversammlung die „Richtlinien für die württembergischen Soldatenräte“[124]) und beschloß den Aufbau von Sicherheitskompanien nach einem einheitlichen Organisationsstatut. Mit der Leitung der Sicherheitskompanien wurde der energische Leutnant Paul Hahn betraut, der Vorsitzender des vereinigten Garnisonrates von Leutkirch und Isny sowie –

---

Name legt es ja nahe – feige Heimatdrückeberger sehen, die in Gegensatz zu den tapferen Frontverteidigern gestellt werden. Tatsächlich jedoch entschied lediglich der Zufall darüber, wer im November 1918 im Felde oder in der Heimat war. Bekanntlich wurde man im Felde (ohne daß man sich drücken wollte!) verwundet oder erkrankte man schwer (leichtere, drükkebergereiverdächtige Fälle behandelte man hinter der Front oder im besetzten Gebiet) und kam dann in ein Heimatlazarett, das den ganz oder halb Genesenen zum Ersatztruppenteil entließ. Diese Wiedergenesenen bildeten den Hauptbestandteil der Garnisontruppen, soweit nicht die meist abseits der großen Garnisonstädte untergebrachten Rekrutendepots in Betracht kommen. In den Ersatztruppenteilen war ein stetiger Wechsel. Nur angestaunte Kugelfeste waren seit August 1914 dauernd im Feld, wenn es sich nicht um Leute handelte, die auf gefahrloseren Posten saßen. Im allgemeinen kam jeder ein- oder mehreremal in die Heimat, bis die hinreichend rücksichtslosen Musterungskommissionen wieder für den Feldabmarsch sorgten. Die Garnisontruppe des November war also ein Zufallsausschnitt aus dem Gesamtheer, das einen stetig wechselnden Teil vorübergehend in die Garnisonen abgab. Viele Angehörige der Ersatzformationen waren wesentlich länger im Felde gewesen als die Angehörigen jüngster Jahrgänge, die die Feldformationen nach den großen Offensivverlusten des Jahrs zum Teil aufgefüllt hatten, während sich die Verwundeten dieser Kämpfe im November in der Heimat befanden.“

115) Vgl. oben, S. LX.
116) Siehe die eingehende Schilderung im Rechenschaftsbericht des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (Nr. 23, S. 391 ff.).
117) Vgl. Nr. 22.
118) Vgl. Rück, November, S. 17.
119) Siehe dazu Keil, Erlebnisse II, S. 84, und Nr. 4 Anm. 23.
120) In einer gegen zwei Stimmen verabschiedeten Resolution sprach sich die Vollversammlung des Garnisonsoldatenrates Stuttgart für die „baldigste Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung“ aus; abgelehnt wurden die Bildung einer Roten Garde und die Diktatur. Vgl. Nr. 4, S. 86.
121) Zur Person Fischers vgl. Nr. 4 Anm. 3; zum Wahlmodus s. ebd., Anm. 35.
122) Zum Verlauf dieser Landesversammlung s. insgesamt Nr. 4.
123) Vgl. Nr. 5.
124) Vgl. Nr. 27.

seit der 2. Landesversammlung – Mitglied des Landesausschusses war[125]). Das Beispiel Hahn zeigt, daß das württembergische Offizierskorps, soweit es den Heimatformationen angehörte, sich durchaus bereit fand, mit den Soldatenräten zusammenzuarbeiten. Den ersten Schritt auf dem Weg der Kooperation hatte bereits am 9. November General von Ebbinghaus getan, als er öffentlich erklärte, „im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, daß in Stuttgart die militärische Ordnung aufrechterhalten bleibt"[126]).

Der fast ausschließlich aus Sozialdemokraten[127]) bestehende Landesausschuß der Soldatenräte organisierte seine Arbeit sehr effektiv: die einzelnen Mitglieder wurden als Vertrauensleute in die zentralen Referate des Kriegsministeriums und des Generalkommandos delegiert; weitere Vertreter entsandte der Landesausschuß in das Arbeitsministerium, das Sanitätsamt, die Intendantur und das Bekleidungsamt Ludwigsburg[128]). Durch die jeweils im Abstand von einigen Tagen stattfindenden Vollsitzungen des Landesausschusses war ein permanenter Meinungs- und Informationsaustausch gewährleistet. Auf diese Weise vermochte der Landesausschuß zwischen Dezember 1918 und Frühsommer 1919 entscheidenden Einfluß auf die württembergische Militärpolitik zu nehmen und die Rechte der Soldatenräte verhältnismäßig lange zu behaupten. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß sämtliche Verordnungen und Verfügungen des württembergischen Kriegsministeriums bis in den Frühsommer 1919 hinein von dem jeweils zuständigen Mitglied des Landesausschusses gegengezeichnet wurden.

Einen Eindruck von den zu bewältigenden Aufgaben und der geleisteten Arbeit vermitteln die zahlreichen Anträge, die auf der 3. Landesversammlung am 21./22. Januar[129]) behandelt wurden. Auf dieser Landesversammlung stellte sich den Soldatenräten des Landes auch der neue Kriegsminister Herrmann[130]) vor, der in der Folgezeit die Amtsgeschäfte in gutem Einvernehmen mit den Repräsentanten der Räteorganisation führte und nicht zuletzt deshalb mit Noske in Konflikt geriet. Einer der Hauptstreitpunkte mit den Berliner Instanzen war Aufstellung, innere Organisationsstruktur und Verwendung der Freiwilligenabteilung Haas, die im März/April 1919 formiert wurde und zunächst als württembergischer Beitrag zum Grenzschutz des Reiches gedacht war. Obwohl die Soldatenräte auf ihrer 4. Landesversammlung am 19./21. März[131]) den sofortigen Abtransport der Abteilung Haas in den Osten beschlossen hatten, setzte man dann die verwendungsbereiten Verbände gegen die Absicht des Kriegsministers und des Landesausschusses der Soldatenräte bei der Niederwerfung der Räterepublik München ein.

Die 4. Landesversammlung der Soldatenräte verabschiedete außerdem nach sehr ausführlicher Diskussion „Bestimmungen zum Neuaufbau des württembergischen

---

[125]) Zum umstrittenen Einsatz der Sicherheitskompanien bei den Januarunruhen und beim Generalstreik Ende März/Anfang April 1919 s. Nr. 11 und 12. Hahn selbst stand vor allem während der 4. Landesversammlung der S.-Räte im Kreuzfeuer der Kritik (s. Nr. 7, S. 172 ff.).

[126]) Vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 84 ff.

[127]) Allein 7 Mitglieder des Landesausschusses kandidierten auf der Liste der SPD zur Verfassunggebenden Landesversammlung (vgl. Nr. 6 Anm. 37).

[128]) Siehe dazu den gedruckten Geschäftsverteilungsplan: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18.

[129]) Vgl. Nr. 6.

[130]) Zur Person Herrmanns s. Nr. 6 Anm. 60.

[131]) Vgl. Nr. 7. Im März 1919 bestanden noch in 17 Städten Garnisonen mit einem Garnisonsrat; zwei von ihnen (Isny und Zuffenhausen) wurden im Lauf des März aufgelöst. Die Stärke dieser Garnisonen betrug im März: Böblingen 783, Ellwangen 314, Eßlingen 1818, Freudenstadt 350, Heilbronn 1400, Ludwigsburg 8000, Mergentheim 500, Münsingen 1985, Reutlingen 786, Schwäbisch Gmünd 1800, Stuttgart 9890, Tübingen 2800, Ulm 10279, Vaihingen/Filder 427, Weingarten 2300.

Volksheeres"[132]), ein – wenn man so will, vorbildliches – Konzept eines demokratisch verfaßten Heeres. Die „Bestimmungen", die unter Beteiligung des Stuttgarter Kriegsministeriums, des Landesausschusses und der Vorsitzenden der einzelnen Garnisonsoldatenräte ausgearbeitet worden waren, zielten nicht auf den Abbau und eine Entpolitisierung der militärischen Rätebewegung ab wie die in Berlin entwickelte Reichswehrkonzeption. Es wurde vielmehr versucht, die Mitwirkungsrechte und Organisationsformen der Räte in die neue Heeresverfassung zu übernehmen. Vor allem der Landesausschuß der Soldatenräte erhielt wichtige Rechte und Funktionen zugewiesen, u. a. das Recht, bei der Ausübung der obersten Kommandogewalt durch den Kriegsminister mitzuwirken, die Möglichkeit, die Besetzung von Führerstellen mitzubestimmen, und das Recht, militärische Behörden zu kontrollieren. Die Soldatenräte in den einzelnen Verbänden sollten z. B. die Enthebung eines Offiziers bzw. Unterführers vom Dienst beantragen können, sofern dieser das Vertrauen seiner Truppe verloren hatte.

Dieses württembergische Militärkonzept, das vor allem bei einer Analyse der verschütteten Möglichkeiten einer umfassenderen demokratischen Grundlegung der republikanischen Ordnung in der Anfangsphase des Staates von Weimar Beachtung verdient, konnte nicht mehr wirksam werden. Mittlerweile waren alle wesentlichen Entscheidungen über die weitere Militärpolitik, über Aufbau, Struktur und Befehlsgewalt der Reichswehr, in Berlin gefallen.

Durch diese Entscheidungen wurde schließlich auch den württembergischen Soldatenräten die Existenzgrundlage entzogen. Die lokalen Garnisonräte lösten sich in den Wochen nach der Niederwerfung der Münchener Räterepublik auf, ihnen folgte am 30. Juni 1919, nachdem auch Kriegsminister Herrmann resigniert hatte und zurückgetreten war, die Mehrzahl der Landesausschußmitglieder[133]). Das Scheitern der württembergischen Militärkonzeption und die Auflösung der Räteorganisation bedauerten gerade diejenigen Soldatenräte, die der Sozialdemokratie angehörten; deren Kritik an der Militärpolitik Noskes ist in exemplarischer Weise formuliert in dem Schreiben des Landesausschuß- und Landtagsmitglieds Karl Hof an den Reichswehrminister vom 6. Juni 1919[134]).

Der von den Arbeiter- und Soldatenräten im Revolutionsjahr 1918/19 in Württemberg geleisteten Arbeit zollte auch Ministerpräsident Blos, wie er in seinen Memoiren schreibt, „gebührende Anerkennung". Sie hätten „viele Beschwerden abgestellt und in der Periode der großen Verwirrung oft unter den schwierigsten Verhältnissen Ordnung geschaffen"[135]). Diesem positiven Urteil kann sich der Historiker durchaus anschließen; darüber hinaus erlaubt gerade für Württemberg die Quellenlage besonders gute Einblicke in Tätigkeit und Zielvorstellungen der Arbeiter- und Soldatenräte und gestattet damit auch ein besser abgesichertes Urteil, welche Möglichkeiten für eine solidere Fundierung der Weimarer Republik durch das Vorhandensein einer demokratischen Rätebewegung gegeben waren.

---

[132]) Siehe Nr. 29.
[133]) 7 Mitglieder des zu dieser Zeit sechzehnköpfigen Landesausschusses blieben noch bis zum 30. 9. 1919 im Amt (vgl. dazu Nr. 23 Anm. 2).
[134]) Dieses Schreiben ist als Anlage zu Nr. 7 abgedruckt.
[135]) Blos, Monarchie I, S. 52.

## 4. Zur Edition

*Die Quellen*

Wenn für die Dokumentierung der Rätebewegung in Württemberg 1918/19 eine ungewöhnlich günstige Quellenlage besteht, so ist dies auf das Zusammentreffen einiger glücklicher Umstände zurückzuführen: die beiden Landesausschüsse, welche das Kernstück der württembergischen Räteorganisation bildeten und bis Juli 1919 kontinuierlich arbeiteten, haben ihre Registraturen gut geführt und die im Lauf der Revolutionsmonate anfallenden Schriftwechsel, Protokolle sowie sonstigen Materialien sorgfältig gesammelt; dank der geschichtsbewußten Einstellung der führenden Rätevertreter und der Initiative eines in der Soldatenratsbewegung engagierten Historikers ist dieses „Revolutionsarchiv" als geschlossener Bestand erhalten geblieben.

Schon wenige Tage nach dem Staatsumsturz beschloß der Aktionsausschuß des provisorischen Arbeiterrats Stuttgart, „sämtliches Material, das zur Vorbereitung und Durchführung der Revolution diente, zu sammeln" und beauftragte Unfried mit der Anlage eines Archivs. Alle Soldaten- und Arbeiterräte sowie Einzelpersonen wurden aufgefordert, „Flugblätter, Bekanntmachungen, Plakate, Formulare, Zeitungen, Broschüren und Zeitschriften" an Unfried einzusenden[1]). Welchen Erfolg dieser Aufruf und dieser Beschluß zur Anlage eines Archivs zeitigte, läßt sich nicht mehr ausmachen. Hingegen steht fest, daß die entscheidende Initiative zur Schaffung eines „Revolutionsarchivs" im April 1919 von Dr. Erich Troß ausging. Dr. Troß, der über die Bauernaufstände im Mittelalter wissenschaftlich gearbeitet und die Prüfung zum Eintritt in den bayerischen Archivdienst mit sehr gutem Erfolg bestanden hatte[2]), war am 11. November 1918 in den Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Ulm gewählt worden; danach hatte ihn der Landesausschuß der Soldatenräte damit beauftragt, unter den Soldaten Aufklärungsarbeit zu betreiben. In einer bemerkenswerten Denkschrift an die beiden Landesausschüsse vom 25. April 1919 begründete Troß seinen Vorschlag, umgehend ein württembergisches Revolutionsarchiv zu errichten, in folgender Weise:

„Die politische Macht der A.- und S.-Räte verblaßt, wie jeder aufmerksame Beobachter zugeben wird, immer mehr. Die A.-Räte werden auf wirtschaftlichem Gebiet, die S.-Räte als militärische Vertrauensleute der Mannschaft fortbestehen; ihre Bedeutung als politische Instanzen, als Träger der Revolution verlieren sie mit jedem Tag der Konsolidierung der neuen demokratischen Gewalten mehr. Zu viele Interessen hat die Revolution verletzt, zu sehr widersprach die Zeit der Umwälzung dem Gemütlichkeitsideal des in seinen Geschäften gestörten Bürgers, als daß nicht heftigste Kritik an den Organen der Revolution von jedem Urteilslosen geübt würde. Mit den aus der Revolution hervorgegangenen demokratischen Organen söhnt man sich zur Not aus, als Prügelknaben müssen die A.- und S.-Räte herhalten.

Die künftige Geschichtsforschung wird zweifellos für die Zeit der Revolution ein besonderes Interesse haben. Jedes Aktenstück der revolutionären Organe, das uns heute alltäglich vorkommt, wird dann einen hohen historischen Wert haben und angestaunt werden. Helfen wir den kom-

---

[1]) Rote Fahne Nr. 5 vom 19. 11. 1918; vgl. Nr. 2 Anm. 30.

[2]) Troß, am 10. 7. 1890 in Merzig geboren, hatte in Schwäbisch Hall das Abitur abgelegt und dann in München, Erlangen und Leipzig studiert. Bei v. Riezler in München promovierte er 1917 mit einer Dissertation über das Thema: „Der oberdeutsche Bauer zur Zeit der Entstehung der neuzeitlichen Kultur. Ein Beitrag zur Ständegeschichte. Mit besonderer Berücksichtigung der bayerischen Verhältnisse". Einige Bemerkungen über seinen Werdegang macht Troß auch in der Denkschrift vom 25. 4. 1919 (s. folg. Anm.).

menden Geschichtsschreibern der großen deutschen Revolution, sichern wir uns gleichzeitig eine zukünftige gerechte Beurteilung gegen alle heutige ungerechte Kritik, indem wir der Nachwelt die ganze Fülle der von uns geleisteten Arbeit, unsere Akten und Tätigkeitsberichte durch Aufbewahrung und Sammlung in einem württembergischen Revolutionsarchiv (der A.- u. S.-Räte) unterbreiten.

Schon heute werden Garnisonräte aufgelöst. Ihre Akten zerflattern in Ermangelung eines Archivs in alle Winde. Die Auflösung von Arbeiter- und Bauernräten wird möglicherweise nach den Gemeinderatswahlen folgen. Die sofortige Gründung des Revolutionsarchivs ist nötig. Neben allen in den Monaten seit dem 9. November angesammelten Akten usw. müßten ihm Tätigkeitsberichte aller in der Revolutionszeit hervorragend tätig gewesenen Genossen, womöglich auch offizielle Berichte der A.-, B.- und S.-Räte über ihre Tätigkeit einverleibt werden, zu deren Erstattung sie vom Revolutionsarchiv aufzufordern wären. Daneben müßte das Archiv allen Aktenstücken, Berichten usw. offen sein, die zur Vor- und Entstehungsgeschichte der Revolution Wesentliches aussagen können, z. B. über Zustände im vorrevolutionären Heere, über Kriegsgewinne, Kriegswucher usw. Zeitungsnotizen könnten die Einschickung solcher Notizen veranlassen"[3]).

Troß, der die Absicht hatte, „eine Geschichte der württembergischen Revolution zur Wahrung der Gerechtigkeit zu schreiben"[4]), erklärte sich zur Einrichtung und Verwaltung des Archivs bereit und fügte hinzu, er wolle sich nach Übertragung der Aufgabe mit dem ihm bekannten Archivdirektor von Schneider wegen einer späteren Übernahme dieses Revolutionsarchivs in die Bestände des württembergischen Staatsarchivs verständigen.

Die Vorsitzenden der beiden Landesausschüsse reagierten sofort positiv auf den Vorschlag von Troß. Gehring, Vorsitzender des Landesausschusses der A.- und B.-Räte, erklärte sich mit der Schaffung eines Revolutionsarchivs einverstanden[5]), und Bettinger, Vorsitzender des Landesausschusses der S.-Räte, informierte schon am 28. April 1919 die Garnisonräte über die bevorstehende Errichtung des Archivs und forderte sie auf, „demselben bei seinen Anforderungen um Akten, Tätigkeitsberichte, Sitzungsberichte usw. in weitgehendstem Maße an die Hand zu gehen"[6]).

Im Mai 1919 wurden dann zwischen den Vorsitzenden der beiden Landesausschüsse und Dr. Troß „Bestimmungen über Einrichtung eines württembergischen Revolutionsarchivs" vereinbart, deren wichtigste Punkte lauten:

„§ 1. Vom Landesausschuß der württembergischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte wird ein Archiv unter dem Namen „Württembergisches Revolutionsarchiv" errichtet. Dorthin werden die Akten, Schriftwechsel, Flugblätter usw. der A.-, B.- und S.-Räte des Landes sofort nach ihrer jeweiligen Auflösung als politische Instanzen überführt. Ferner sind offizielle Tätigkeitsberichte der A.-, B.- und S.-Räte und daneben der bedeutenderen Mitglieder der Bewegung über Entstehung der Revolution und Leistungen in den Revolutionsmonaten im Archiv zu sammeln. Zur entsprechenden Beschickung des Archivs sind die A.-, B.- und S.-Räte vom Landesausschuß sofort aufzufordern.

§ 2. Das Archiv wird vorläufig solange bestehen, als die Akten usw. der politischen A.- und S.-Räte der Revolutionszeit noch nicht abschließend gesammelt und geordnet sind. Der Landesausschuß der A.-, B.- und S.-Räte verpflichtet sich, vor seinem etwaigen Abtreten als politische Instanz für die Fortexistenz des Archivs als Unterabteilung des wirtschaftlichen Landesarbeiterrats oder einer Regierungsbehörde Sorge zu tragen. Nach Abschluß der Ordnung des Archivs wird entschieden, ob es selbständig weiterbestehen oder dem Staatsarchiv überwiesen werden soll.

§ 3. Die Benützung des Archivs bzw. seiner geordneten Bestände durch historisch Interessierte ist gestattet. Die ihre Akten abliefernden A.-, B.- und S.-Räte können für die Öffentlichkeit ungeeignete Aktenstücke mit dem Vermerk „Geheim auf . . . Jahre" versehen; sie bleiben dann, wenn

---

[3]) HStA Stuttgart, E 135 Büschel 19.

[4]) Ebd. Tatsächlich verfaßte Troß im Frühsommer 1919 eine kurze Darstellung über die württembergischen S.-Räte (vgl. Nr. 4 Anm. 2). Eine Geschichte der Revolution in Württemberg hat Troß hingegen nicht geschrieben. In einem Brief an Kurt Schimmel vom 23. 3. 1920 äußerte er, er sei gerne bereit, den von ihm vor längerer Zeit verfaßten Entwicklungsgang der S.-Räte zu erweitern, fühle sich aber außerstande, „die Geschichte der A.- und B.-Räte zu schreiben" (HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel). Troß war zu diesem Zeitpunkt bereits Redakteur an der Frankfurter Zeitung.

[5]) Handschriftlicher Vermerk von Troß auf der Denkschrift vom 25. 4. 1919 (s. Anm. 3).

[6]) HStA Stuttgart, E 135 Büschel 3.

nicht vom Landesausschuß aus besonderen Gründen Ausnahmen bewilligt werden, der Benutzung entzogen. Ferner behält es sich der Landesausschuß vor, unmittelbar oder auf Vortrag des Archivars Akten mit dem Geheimvermerk zu bezeichnen"[7]).

Der Landesausschuß der A.- und B.-Räte, der den Bestimmungen in seiner Sitzung am 26. Mai 1919 zustimmte[8]), forderte am 18. Juni 1919 alle Bezirks-Arbeiterräte auf, nach ihrer Auflösung ihre gesamten Akten dem Landesausschuß für das Revolutionsarchiv zuzusenden, ebenso einen Tätigkeitsbericht und ein Verzeichnis der Vorsitzenden und Mitglieder seit der Gründung des Rates[9]). Eine gleiche Aufforderung erging an die Garnisonräte. Dieser Aufforderung, Akten und Tätigkeitsberichte dem Revolutionsarchiv zur Verfügung zu stellen, sind allerdings nur verschwindend wenige Arbeiter- und Soldatenräte nachgekommen, in mustergültiger Weise lediglich der Garnisonrat Weingarten. In dieser Richtung also war der von den Landesausschüssen auf Initiative von Troß eingeleiteten Aktion kaum Erfolg beschieden. Dagegen sind durch die rechtzeitige Errichtung des Revolutionsarchivs die umfangreichen Registraturen der beiden Landesausschüsse erhalten geblieben; nach der Auflösung der Landesausschüsse wurde dieser geschlossene Bestand, ein komplettes Rätearchiv, im Jahr 1920 dem Hauptstaatsarchiv Stuttgart übergeben[10]). Dort steht das – in seiner Weise einzigartige – „Revolutionsarchiv" der Geschichtsforschung zur Verfügung. Dieser Bestand bildet auch Grundlage und Rückgrat der vorliegenden Edition.

Verglichen mit dem reichhaltigen „Revolutionsarchiv" enthalten die 1918/19 entstandenen staatlichen Akten nur wenig Material für eine Dokumentierung der Rätebewegung in Württemberg. Zu nennen sind in erster Linie die einschlägigen Aktenfaszikel des Bestands Innenministerium und des Bestands Staatsministerium; hier sind vor allem die Kabinettsprotokolle von Interesse[11]). Nachlässe führender Exponenten der Rätebewegung in Württemberg sind – abgesehen vom Nachlaß Schimmel[12]) – nicht bekanntgeworden. Für die württembergische Revolutionsgeschichte von Bedeutung ist der Nachlaß Hahn im Heeresarchiv[13]).

Aufgrund der Absicht, in der vorliegenden Edition auch Räteaktivität und Revolutionsgeschehen auf der lokalen Ebene zu dokumentieren, wurde von der „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" in den Jahren 1966/67 eine Enquête bei den Stadtarchiven durchgeführt. Die Leiter von 27 Stadtarchiven im ehemaligen Land Württemberg haben die gestellten Fragen beantwortet[14]).

---

[7]) So die Ausfertigung im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 19; abgedruckt auch im Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 4 vom Juni 1919. In § 4 wird Dr. Troß zum Archivar bestimmt, in § 5 werden die Geschäftsbedürfnisse geregelt.

[8]) Vgl. dazu das Sitzungsprotokoll: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84.

[9]) Dieses Schreiben ist im Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte, Nr. 4 vom Juni 1919 abgedruckt; s. auch HStA Stuttgart, E 135 Büschel 3.

[10]) Laut Vermerk im Findbuch zum Bestand E 135 sind die Unterlagen über die Aktenabgabe bei einem Luftangriff am 21. 2. 1945 vernichtet worden, ebenso das 1921 gefertigte vorläufige Repertorium.

[11]) Die Akten des Finanzministeriums für den Zeitraum 1908–1945, welche möglicherweise einiges über die Kosten der A.- und B.-Räte enthielten, sind im Krieg verbrannt.

[12]) Der von den Bearbeitern ermittelte Nachlaß Schimmel befindet sich jetzt im HStA Stuttgart.

[13]) HStA Stuttgart, Abt. Heeresarchiv, Sammlung Hahn.

[14]) Es handelt sich um die Stadtarchive Aalen, Backnang, Brackenheim, Eßlingen, Freudenstadt, Bad Friedrichshall, Geislingen, Giengen, Göppingen, Heilbronn, Herrenberg, Horb, Kirchheim/Teck, Leonberg, Ludwigsburg, Ravensburg, Reutlingen, Sindelfingen, Schorndorf, Schwäbisch Gmünd, Schwäbisch Hall, Stuttgart, Tübingen, Ulm, Urach, Waiblingen, Wangen. Aus rund 40 einstigen Oberamtsstädten liegen mithin keine Informationen vor (insbesondere Oberämter in Hohenlohe und Oberschwaben, im württembergischen Schwarzwald und im oberen Neckargebiet). Für eine ähnliche Enquête und deren Ergebnisse vgl. auch Ulrich Kluge, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 8, 1969, S. 12 ff.; 11/12, 1971, S. 39 ff.

Aufgrund dieser Antworten läßt sich die summarische Feststellung treffen, daß sich Sitzungsprotokolle, Tätigkeitsberichte und sonstige Dokumente über das Wirken der örtlichen Räte in den Stadtarchiven praktisch nicht vorfinden. Dagegen ist erfreulicherweise fast überall ein Exemplar der örtlichen und regionalen Tagespresse erhalten geblieben; damit existiert ein Ansatzpunkt auch für die Erforschung der politischen Auseinandersetzungen im lokalen Bereich während des Revolutionsjahrs 1918/19[15]).

Die Tagespresse bildet generell eine außerordentlich wichtige Quellengruppe für die Dokumentierung von Tätigkeit und Zielsetzung der Rätebewegung 1918/19. Daher sind vor allem die Stuttgarter Tageszeitungen der verschiedenen politischen Richtungen für die Kommentierung der in der vorliegenden Edition präsentierten Dokumente herangezogen worden. Darüber hinaus werden einzelne in den Tageszeitungen veröffentlichte Versammlungsberichte u.ä. als Dokumente abgedruckt, sofern eine entsprechende archivalische Überlieferung nicht nachweisbar ist.

*Einrichtung der Edition*

Bei der Auswahl der Dokumente galt es, die verschiedenen, auf lokaler, Bezirks- und Landesebene tätigen Räteorganisationen je nach Umfang und Gewicht ihrer Wirksamkeit zu berücksichtigen, wobei selbstverständlich auch die mehr oder weniger dichte Überlieferung für die einzelnen Ebenen mit in Betracht zu ziehen war.

Sowohl nach der Bedeutung der Instanzen wie nach dem Umfang der Überlieferung stehen die zentralen Räteversammlungen an erster Stelle. Alle Landesversammlungen der Arbeiter- wie der Soldatenräte werden in diesem Band ausführlich dokumentiert; für die meisten von ihnen liegen sogar Wortprotokolle vor. Wortprotokolle existieren auch von mehreren Vollversammlungen des Arbeiterrats Groß-Stuttgart, so über die Sitzung vom 25./26. November 1918, die für die Revolutionsgeschichte von hohem Interesse ist und der deshalb verhältnismäßig viel Platz eingeräumt wird.

Die Tätigkeit der Landesausschüsse, die auch die Erledigung der alltäglichen Kleinarbeit umfaßte, ist im Rahmen einer Edition wie der vorliegenden nur beschränkt dokumentierfähig, auch wenn geschlossene Protokollserien über die Sitzungen der Landesausschüsse vorliegen. Zum Abdruck kommen deshalb nur die Protokolle über die Sitzungen während der Januarunruhen in Stuttgart und während des Generalstreiks Ende März/Anfang April 1919.

Sehr viel ungleichmäßiger und weniger dicht ist die Überlieferung für die regionale und lokale Ebene. Daher werden für diesen Bereich aus dem ohnehin nicht sehr umfangreichen Bestand an Tätigkeitsberichten und Protokollen nur einige ausgewählt, die in Stil und Inhalt wohl als typisch angesehen werden können. Die zum Abdruck kommenden zusammenfassenden Rechenschaftsberichte der Garnisonräte Weingarten und vor allem Ludwigsburg zeichnen sich durch ihren Reichtum an Informationen aus; sie gewähren eine Fülle von aufschlußreichen Einblicken in politische Vorstellungswelt und tägliche Arbeit der Soldatenräte während der Demobilisierungsphase.

Vervollständigt wird die Dokumentation durch den Abdruck der wichtigsten Aufrufe, Richtlinien und Verordnungen, die sich mit Aufgaben, Rechten und Organisation der Räte in Württemberg befassen.

Die Dokumente der Edition sind insgesamt nicht chronologisch aneinandergereiht, jedoch wurde innerhalb der sieben Einzelabschnitte die chronologische Folge eingehalten. Diese Abschnitte selbst sind jeweils einer der verschiedenen institutionellen Ebenen der Arbeiter- bzw. der Soldatenräte thematisch zugeordnet (Landesversamm-

---

[15]) Im übrigen ist man angewiesen auf den – teilweise zufälligen – schriftlichen Niederschlag, den die lokalen Vorgänge in den staatlichen Akten und in den Beständen des „Revolutionsarchivs" gefunden haben.

lungen der Soldatenräte; Landesversammlungen der Arbeiterräte; Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte; lokale und regionale Arbeiter- und Bauernräte; Garnisonräte). Eine Ausnahme hiervon bilden der erste Abschnitt, der die Entwicklung in Stuttgart in den ersten beiden Wochen nach dem Staatsumsturz dokumentiert, und der inhaltlich bereits charakterisierte letzte Abschnitt.

Die Bearbeiter folgten bei der Einrichtung der Edition, wie bereits beim I. Band dieser Reihe, weitgehend dem Vorbild der bisher von der „Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien" herausgegebenen Bände.

In den Kopfregesten finden sich jeweils Angaben über die Fundorte (Archivsignatur, Zeitungsausgabe). Bei den archivalischen Dokumenten wurde auf die in der Editionstechnik an sich gebräuchliche Unterscheidung von Konzepten, Entwürfen, Reinschriften und Ausfertigungen verzichtet, weil aufgrund der Eigenart der Dokumente eine zweifelsfreie Klassifizierung nicht möglich war. Die Kennzeichnung dieser Dokumente bleibt auf den rein äußerlichen Befund „maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll" oder „handschriftliches Sitzungsprotokoll" beschränkt. Angaben über Umfang der Dokumente, Zahl und Namen der Protokollanten sowie Hinweise auf etwaige handschriftliche Korrekturen finden sich immer in der ersten Fußnote.

Wenn Dokumente gekürzt wiedergegeben werden, sind in einer Anmerkung diejenigen Gesichtspunkte angeführt, die bei der Auswahl des betreffenden Auszuges bestimmend waren. Der Inhalt längerer Auslassungen ist an der entsprechenden Textstelle in kursiv gedruckten Regesten zusammengefaßt. Kürzere Auslassungen sind durch Punkte in eckigen Klammern [. . .] gekennzeichnet; über Umfang und Inhalt dieser Auslassungen gibt eine Fußnote Aufschluß.

Die Bearbeiter haben Rechtschreibung und Zeichensetzung normalisiert und alle Abkürzungen, die sich zweifelsfrei identifizieren ließen, stillschweigend aufgelöst oder vereinheitlicht. Ebenfalls stillschweigend berichtigt wurden offensichtliche Schreibversehen oder falsch geschriebene Eigennamen, sofern die Identität der genannten Person eindeutig geklärt werden konnte. Alle von den Bearbeitern in den Text der Dokumente eingefügten Ergänzungen und Berichtigungen stehen in [eckigen Klammern]; handelt es sich dabei nicht um bloße Zusätze, wird der ursprüngliche Wortlaut der Vorlage in einer textkritischen Anmerkung nachgewiesen.

Hervorhebungen in der Vorlage (Unterstreichungen, Fettdruck bzw. Sperrung in Zeitungen) sind im Druck durch S p e r r u n g wiedergegeben; alle auf die Bearbeiter zurückgehenden Hervorhebungen wurden durch Kursivdruck gekennzeichnet. In die Vorlagen eingeklebte Texte (Zeitungsausschnitte, Flugblätter) und Passagen, in denen die Redner oder Schreiber längere Zitate aus Verordnungen, Richtlinien und Aufrufen anführen, sind in Petitdruck gesetzt. Die Namen der Sprecher werden – unabhängig von der Vorlage – immer in Kapitälchen hervorgehoben.

Die Anmerkungen sind innerhalb der einzelnen Dokumente fortlaufend numeriert; Anmerkungen zur Textgestaltung und Sachanmerkungen werden formal nicht unterschieden. Einzelne Anmerkungsziffern können sich innerhalb eines Dokuments mehrfach wiederholen. Dies ist immer dann der Fall, wenn Textstellen eines Dokuments den gleichen Kommentar erfordern. Biographische Anmerkungen werden für jede Person nur ein einziges Mal gegeben. Sie finden sich in der Regel an der Stelle, an der eine Person das erste Mal genannt ist oder als Sprecher auftritt. Im Register ist die entsprechende Seitenzahl durch Kursivdruck hervorgehoben. Bei bekannteren Personen, deren Biographie bereits in den gängigen Nachschlagewerken oder in der Literatur behandelt ist, sind die Personalangaben in der Hauptsache auf die Stellung und Tätigkeit des Betreffenden im Revolutionsjahr 1918/19 konzentriert. Unbekanntere Personen, die oft nur kurze Zeit innerhalb der württembergischen Rätebewegung gewisse Funktionen ausübten, werden dann biographisch erfaßt, wenn sich aus den zur Verfügung

stehenden Materialien Angaben erschließen ließen. Besondere Recherchen wurden hierfür – abgesehen von wenigen Ausnahmefällen – nicht angestellt.

Die Sachkommentierung, für die u. a. auch archivalische Quellen und die zeitgenössische Presse herangezogen wurden, ist an denjenigen Stellen ausführlicher gehalten, wo dies aufgrund der Forschungslage oder zum besseren Verständnis der Dokumente geboten erschien. Ansonsten beschränkt sich der Kommentar darauf, Hinweise auf die weiterführende Literatur zu geben.

## Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---|---|
| A | Abendausgabe (der Tageszeitungen) |
| A.-Rat | Arbeiterrat |
| A.- und S.-Rat | Arbeiter- und Soldatenrat |
| B.-Rat | Bauernrat |
| DDP | Deutsche Demokratische Partei |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| HStA (Stuttgart) | Hauptstaatsarchiv Stuttgart |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KPO | Kommunistische Partei-Opposition |
| M | Morgenausgabe (der Tageszeitungen) |
| Mk | Mark |
| MSP | s. SPD |
| OHL | Oberste Heeresleitung |
| SAP | Sozialistische Arbeiterpartei |
| S.-Rat | Soldatenrat |
| SPD, MSP | Sozialdemokratische Partei Deutschlands (Mehrheitssozialdemokratie) |
| USP, USPD | Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands |

## Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur


| | |
|---|---|
| Anschütz | Gerhard Anschütz: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis (Stilkes Rechtsbibliothek Nr. 1). Dritte Bearbeitung. 13. Auflage. Berlin 1930. |
| Arbeiterpresse 1914 | Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Herausgegeben vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse. Dritter Jahrgang 1914. Berlin 1914. |
| Arbeiterpresse 1927 | Handbuch des Vereins Arbeiterpresse. Herausgegeben vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse. Vierte Folge 1927. Berlin 1927. |
| Bartel | Walter Bartel: Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg. Berlin 1958. |
| Benz | Wolfgang Benz: Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1918–1923 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Band 4). Berlin 1970. |
| Bericht des Landesvorstandes 1907 | Bericht des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs 1907. Stuttgart o. J. [1907]. |
| Blos, Denkwürdigkeiten I bzw. II | Wilhelm Blos: Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten. 2 Bände. München 1914–19. |
| Blos, Monarchie I bzw. II | Wilhelm Blos: Von der Monarchie zum Volksstaat. Zur Geschichte der Revolution in Deutschland insbesondere in Württemberg. 2 Bände. Stuttgart 1922–23. |
| von Blume | Wilhelm von Blume: Die württembergische Verfassungsgesetzgebung des Jahres 1919, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechtes, Band 9, 1920, S. 171–179. |
| Bock | Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918–1923. Zur Geschichte und Soziologie der Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalisten), der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands und der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 13). Meisenheim am Glan 1969. |
| Borowsky | Peter Borowsky: Deutsche Ukrainepolitik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen (Historische Studien, Heft 416). Lübeck 1970. |
| Carsten, Reichswehr | Francis L. Carsten: Reichswehr und Politik 1918–1933. 3. Auflage. Köln–Berlin 1966. |
| Carsten, Revolution | Francis L. Carsten: Revolution in Mitteleuropa 1918–1919. Köln 1973. |
| Dähn | Horst Dähn: Rätedemokratische Modelle. Studien zur Rätediskussion in Deutschland 1918–1919 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 30). Meisenheim am Glan 1975. |
| Darstellungen I | Die Rückführung des Ostheeres (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrag des Reichskriegsministeriums bearbeitet und herausgegeben von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Band I). Berlin 1936. |
| Darstellungen II | Der Feldzug im Baltikum bis zur zweiten Einnahme von Riga (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrag des Reichskriegsministeriums bearbeitet und herausgegeben von der Forschungsanstalt für Kriegs- und Heeresgeschichte, Band II). Berlin 1937. |

| | |
|---|---|
| Darstellungen V | Die Kämpfe in Südwestdeutschland 1919–1939 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrag des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben von der kriegsgeschichtlichen Forschungsabteilung des Heeres, Band V). Berlin 1939. |
| Darstellungen VI | Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920 (Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps. Im Auftrag des Oberkommandos des Heeres bearbeitet und herausgegeben von der kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Band VI). Berlin 1940. |
| Deist I bzw. II | Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918. Teil 1.2. Bearbeitet von Wilhelm Deist (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe, Band 1,1.2.). Düsseldorf 1970. |
| Dessauer | Lothar Dessauer: Die Industrialisierung von Groß-Stuttgart. Diss. rer. pol. Tübingen 1916. |
| Deutschland im ersten Weltkrieg I, II bzw. III | Deutschland im ersten Weltkrieg. Herausgegeben von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Institut für Geschichte, Arbeitsgruppe erster Weltkrieg. Leitung: Fritz Klein. Band 1–3. Berlin 1968/69. |
| Dok. u. Mat. I, II bzw. III | Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED.<br>Reihe II: 1914–1945.<br>Band I: Juli 1914 – Oktober 1917. Berlin 1958.<br>Band II: November 1917 – Dezember 1918. Berlin 1957.<br>Band III: Januar 1919 – Mai 1919. Berlin 1958. |
| Drabkin | J. S. Drabkin: Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland. Berlin 1968. |
| Drechsler | Hanno Drechsler: Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 2). Meisenheim am Glan 1965. |
| Ebbinghaus | Christof von Ebbinghaus: Die Memoiren des Generals von Ebbinghaus. Anhang: Der Sturm auf das Wilhelmspalais, von Gustav Esterle und [Eugen] von Schneider. Stuttgart o.J. [1928]. |
| Ehmer | Willi Ehmer: Südwestdeutschland als Einheit und Wirtschaftsraum. Stuttgart 1930. |
| Ernst | Max Ernst: Die Ulmer Garnison in der Revolution 1918/19, in: Ulm und Oberschwaben, 39. Jahrgang, 1970, S. 149–188. |
| Feldman | Gerald D. Feldman: Army, Industry and Labor in Germany 1914–1918. Princeton, N.J. 1966. |
| Fischer | Kurt Fischer: Deutsche Truppen und Entente-Intervention in Südrußland 1918/19 (Militärgeschichtliche Studien, 16). Boppard am Rhein 1973. |
| Flemming | Jens Flemming: Parlamentarische Kontrolle in der Novemberrevolution. Zur Rolle und Politik des Zentralrats zwischen erstem und zweitem Rätekongreß (Dezember 1918 bis April 1919), in: Archiv für Sozialgeschichte, 11, 1971, S. 69–139. |
| Gordon | Harold J. Gordon: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926. Frankfurt am Main 1959. |
| Griesmeier | Josef Griesmeier: Die Entwicklung der Wirtschaft und Bevölkerung von Baden und Württemberg im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jahrbuch für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg, 1, 1954, S. 121–242. |
| Groh | Dieter Groh: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges. Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1973. |
| Grube | Walter Grube: Vogteien, Ämter, Landkreise in der Geschichte Südwestdeutschlands. Stuttgart 1960. |

| | |
|---|---|
| Hahn | Paul Hahn: Erinnerungen aus der Revolutionszeit in Württemberg. „Der Rote Hahn, eine Revolutionserscheinung". Stuttgart o.J. [1923]. |
| Hoffmann | Hildegard Hoffmann: Landwirtschaft und Industrie in Württemberg, insbesondere im Industriegebiet der Schwäbischen Alb. Berlin 1935. |
| Huber III | Ernst Rudolf Huber: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Band III: Bismarck und das Reich. Stuttgart 1963. |
| Huber, Dokumente II | Ernst Rudolf Huber: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band II: Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1918. Stuttgart 1964. |
| Ill. Gesch. 1929 | Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution. Berlin 1929. |
| Ill. Gesch. 1968 | Illustrierte Geschichte der Novemberrevolution in Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Berlin 1968. |
| Kabinett Scheidemann | Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919. Bearbeitet von Hagen Schulze. Boppard am Rhein 1971. |
| Keil, Erlebnisse I bzw. II | Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten. 2 Bände. Stuttgart 1947–48. |
| Klaiber, Presse | Theodor Klaiber: Die Presse, in: Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Herausgegeben von V[iktor] Bruns. Stuttgart 1916, S. 339–358. |
| Kling | Gertrud Kling: Die Novemberrevolution 1918 und der Kampf um die Verteidigung der Demokratie im Frühjahr 1919 in Württemberg. Diss. phil. Halle 1967 (Masch.). |
| Kluge | Ulrich Kluge: Das „württembergische Volksheer" 1918/1919. Zum Problem der bewaffneten Macht in der deutschen Revolution, in: Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973. Hamburg 1973, S. 92–130. |
| Köhler | Ludwig von Köhler: Zur Geschichte der Revolution in Württemberg. Ein Bericht. Stuttgart 1930. |
| Königreich Württemberg | Das Königreich Württemberg. Eine Beschreibung nach Kreisen, Oberämtern und Gemeinden. Herausgegeben von dem Königlichen Statistischen Landesamt. 4 Bände. Stuttgart 1904–07. |
| Kohlhaas, Chronik | Wilhelm Kohlhaas: Chronik der Stadt Stuttgart 1918–1933. Stuttgart o.J. |
| Kohlhaas, Männer und Sicherheitskompanien | Wilhelm Kohlhaas: Männer und Sicherheitskompanien im Schwabenland, in: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer. o.O. 1938, S. 92–97. |
| Kohlhaas, Revolutionserlebnisse | Wilhelm Kohlhaas: Revolutionserlebnisse 1918, in: Schwäbische Heimat, 19. Jahrgang, 1968, S. 233–242. |
| Kolb | Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 23). Düsseldorf 1962. |
| Koszyk | Kurt Koszyk: Zwischen Kaiserreich und Dikatatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933 (Deutsche Presseforschungen, Band 1). Heidelberg 1958. |
| Kuckuk | Peter Kuckuk: Bremer Linksradikale bzw. Kommunisten von der Militärrevolte im November 1918 bis zum Kapp-Putsch im März 1920. Ihre Politik in der Hansestadt und in den Richtungskämpfen vornehmlich innerhalb der KPD. Diss. phil. Hamburg 1969/70. |
| Leber | Das Gewissen steht auf. 64 Lebensbilder aus dem deutschen Widerstand 1933–1945, gesammelt von Annedore Leber. Herausgegeben in Zusammenarbeit mit Willy Brandt und Karl Dietrich Bracher. Berlin 1954. |
| Linse | Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Band 3). Berlin 1969. |

| | |
|---|---|
| Lösche | Peter Lösche: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, Band 29). Berlin 1967. |
| MEW | Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED. Verschiedene Auflagen. Band 1–39. Berlin 1960–73. |
| Militarismus gegen Sowjetmacht | Militarismus gegen Sowjetmacht 1917–1919. Das Fiasko der ersten antisowjetischen Aggression des deutschen Militarismus. Von einem Autorenkollektiv des Instituts für Deutsche Militärgeschichte. Berlin 1967. |
| MVBl. 1919 | Militär-Verordnungsblatt des Württembergischen Kriegsministeriums. Anordnungen der Reichswehrbefehlsstelle Württemberg und des Heeresabwicklungsamts Württemberg. Herausgegeben vom Württembergischen Kriegsministerium, der Reichswehrbefehlsstelle Württemberg und dem Heeresabwicklungsamt Württemberg. 1919. Stuttgart o. J. [1919]. |
| Miller | Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 53). Düsseldorf 1974. |
| Mitchell | Allan Mitchell: Revolution in Bayern 1918/19. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. München 1967. |
| R. Müller, Bürgerkrieg | Richard Müller: Der Bürgerkrieg in Deutschland. Geburtswehen der Republik. Berlin 1925. |
| R. Müller, Kaiserreich II | Richard Müller: Vom Kaiserreich zur Republik. Band II: Die Novemberrevolution. Wien 1925. |
| Münzenberg, Dritte Front | Willi Münzenberg: Die Dritte Front. Vom sozialdemokratischen Lehrlingsverein zur Kommunistischen Jugend-Internationale. Autobiographische Aufzeichnungen. Frankfurt am Main 1972 (Neuauflage der Ausgabe von 1931). |
| Münzenberg, Spartakistenprozeß | Willi Münzenberg: Der Spartakistenprozeß in Stuttgart. Stuttgart o. J. [1919]. |
| NDB | Neue deutsche Biographie. Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Band 1–9. Berlin 1953–72. |
| Nipperdey | Thomas Nipperdey: Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 18). Düsseldorf 1961. |
| Noske | Gustav Noske: Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution. Berlin 1920. |
| Oertzen | Peter von Oertzen: Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 25). Düsseldorf 1963. |
| Osterroth | Franz Osterroth: Biographisches Lexikon des Sozialismus. Band I: Verstorbene Persönlichkeiten. Hannover 1960. |
| Pistorius | Theodor von Pistorius: Die letzten Tage des Königreichs Württemberg. Mit Lebenserinnerungen und Lebensbekenntnissen von seinem letzten Finanzminister, dem nachherigen Hochschullehrer. Stuttgart 1935. |
| Preiser | Erich Preiser: Die württembergische Wirtschaft als Vorbild. Die Untersuchungen der Arbeitsgruppe Ostpreußen–Württemberg. Stuttgart 1937. |
| Purlitz, Revolution I bzw. II | Deutscher Geschichtskalender. Sachlich geordnete Zusammenstellung der wichtigsten Vorgänge im In- und Ausland. Begründet von Karl Wippermann, herausgegeben von Friedrich Purlitz. Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Ergänzungsband: Die deutsche Revolution. |

| | |
|---|---|
| | Band I: November 1918 – Februar 1919. Leipzig o. J. [1919].<br>Band II: März 1919 – Juni 1919. Leipzig o. J. [1919]. |
| Raith | Carl Raith: Die Wahlen zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung und Deutschen Nationalversammlung am 12. und 19. Januar 1919 nach Oberämtern und Gemeinden. Mit einem kurzen Überblick über die Durchführung der Wahlen und die allgemeinen Wahlergebnisse. Stuttgart 1919. |
| Regierung der Volksbeauftragten I bzw. II | Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Teil 1.2. Eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Band 6, 1.2) Düsseldorf 1969. |
| Reinhardt | Ernst Reinhardt: Von den Soldatenräten. Persönliche Erinnerungen, in: Deutsche Revue, 44. Jahrgang 1919, S. 108–126. |
| Ribhegge | Wilhelm Ribhegge: August Winnig. Eine historische Persönlichkeitsanalyse (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Band 99). Bonn-Bad Godesberg 1973. |
| Richter | Werner Richter: Gewerkschaften, Monopolkapital und Staat im ersten Weltkrieg und in der Novemberrevolution. 1914–1919 (Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Band 1). Berlin 1959. |
| Rück, November | Fritz Rück: November 1918. Die Revolution in Württemberg. o. O., o. J. [Stuttgart 1958]. |
| Rück, Vom 4. August | Fritz Rück: Vom 4. August bis zur russischen Revolution. Ein Beitrag zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland. Leipzig 1920. |
| Rürup | Reinhard Rürup: Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (Institut für Europäische Geschichte Mainz, Vorträge Nr. 50). Wiesbaden 1968. |
| Schiffers | Reinhard Schiffers: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 40). Düsseldorf 1971. |
| Schorske | Carl E. Schorske: German Social Democracy 1905–1917. The Development of the Great Schism. New York 1972 (unveränderter Neudruck der Ausgabe von 1955). |
| Schwabe | Klaus Schwabe: Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19. Düsseldorf 1971. |
| Schultheß 1918 I | Schultheß' Europäischer Geschichtskalender. Herausgegeben von Wilhelm Stahl. 34. Jahrgang 1918. Erster Teil. München 1922. |
| Schulz | Gerhard Schulz: Revolutionen und Friedensschlüsse 1917–1920 (dtv–Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Band 2). München 1967. |
| Schulze | Hagen Schulze: Freikorps und Republik 1918–1920 (Wehrwissenschaftliche Forschungen, Band 8). Boppard am Rhein 1969. |
| Sipols | V[ilnis] Sipols: Die ausländische Intervention in Lettland 1918–1920. Berlin 1961. |
| Spethmann I | Hans Spethmann: Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aus seiner Geschichte von Kriegsanfang bis zum Franzosenabmarsch 1914–1925.<br>Band I: Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919. Berlin 1928. |
| Staatshandbuch 1922 | Staatshandbuch für Württemberg 1922. Hrsg. von dem Württembergischen Statistischen Landesamt. Stuttgart 1922. |
| Steinhilber | Wilhelm Steinhilber: Die Staatsumwälzung 1918–1920 in Heilbronn, in: Historischer Verein Heilbronn, 24. Jahrgang, 1963, S. 238–263. |
| Sten.Ber. Landesversammlung I | Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung beziehungsweise des Landtags des freien Volksstaates Württemberg in den Jahren 1919 und 1920. Amtlich herausgegeben.<br>Protokoll-Band I: Enthaltend die Protokolle vom 23. Januar bis 12. Juni 1919. 1.–35. Sitzung. Stuttgart 1920. |

| | |
|---|---|
| Sten.Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1 | Verhandlungen der Verfassunggebenden Landesversammlung beziehungsweise des Landtags des freien Volksstaates Württemberg in den Jahren 1919 und 1920. Amtlich herausgegeben. Beilagenband 1. Enthaltend die Beilagen 1–202. Stuttgart 1920. |
| Sten.Ber. I. Rätekongreß | Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin. Stenographische Berichte. Berlin 1919. |
| Sten.Ber. II. Rätekongreß | II. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands am 8. bis 14. April 1919 im Herrenhaus zu Berlin. Stenographisches Protokoll. Berlin 1919. |
| Stern I–IV | Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland. Herausgegeben von Leo Stern (Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 4,1–4). Berlin 1959. |
| Tjaden I bzw. II | K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der „KPD-Opposition" (KPO). Eine organisitionssoziologische Untersuchung zur „Rechts"-Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Band 4). Meisenheim am Glan 1964. |
| Trüdinger, Fideikommisse | Otto Trüdinger: Die Fideikommisse, insbesondere in Württemberg, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 1919/20, S. 30–79. |
| Ursachen und Folgen II bzw. III | Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Herausgeber und Bearbeiter: Herbert Michaelis und Ernst Schraepler unter Mitwirkung von Günter Scheel. Band II: Der militärische Zusammenbruch und das Ende des Kaiserreichs. Berlin o. J. Band III: Der Weg in die Weimarer Republik. Berlin o. J. |
| Waite | Robert G. L. Waite: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918–1923 (Harvard Historical Studies, Volume 60). Cambridge, Mass. 1952 (Reissued 1970). |
| Walcher, Ereignisse | Jacob Walcher: Die revolutionären Ereignisse in Stuttgart, in: 1918. Erinnerungen von Veteranen der deutschen Gewerkschaftsbewegung an die Novemberrevolution 1914–1920 (Beiträge zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Band 1, 2). Berlin 1958, S. 491–513. |
| Weber I bzw. II | Hermann Weber: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Band 1.2. Frankfurt am Main 1969. |
| Weller, Beiträge | Karl Weller: Beiträge zur Geschichte der Novembertage in Württemberg, in: Württembergische Vierteljahrshefte für Landesgeschichte, 37. Jahrgang, 1931, S. 177–192. |
| Weller, Staatsumwälzung | Karl Weller: Die Staatsumwälzung in Württemberg 1918–1920. Stuttgart 1930. |
| Württemberg | Württemberg unter der Regierung König Wilhelms II. Herausgegeben von V[iktor] Bruns, Stuttgart 1916. |
| Zentralrat | Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik 19. 12. 1918 bis 8. 4. 1919. Vom ersten zum zweiten Rätekongreß. Bearbeitet von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup (Quellen zur Geschichte der Rätebewegung in Deutschland 1918/19, Band I). Leiden 1968. |
| Zunkel | Industrie- und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918 (Tübinger Schriften zur Sozial- und Zeitgeschichte, 3). Düsseldorf 1974. |

## Verzeichnis der Dokumente

### I. Der Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart als zentraler Rat Württembergs


1. Sitzung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart am 10. November 1918
2. Provisorischer Aktions- und Vollzugsausschuß, 11.–25. November 1918
   a) Bericht über die Arbeit des Aktionsausschusses bis 15. November 1918
   b) Beschlüsse des Aktionsausschusses vom 15. November 1918
   c) Sitzung des Vollzugsausschusses am 15. November 1918
   d) Beschlüsse des Aktionsausschusses vom 18. November 1918
   e) Sitzung des Vollzugsausschusses am 18. November 1918
   f) Sitzung des Aktionsausschusses am 20. November 1918
   g) Einberufung des neugewählten Arbeiterrates zum 25. November 1918
3. Vollversammlung des Arbeiterrates Groß-Stuttgart am 25./26. November 1918


### II. Landesversammlungen der Soldatenräte Württembergs


4. Erste Landesversammlung am 17. November 1918
5. Zweite Landesversammlung am 11./12. Dezember 1918
6. Dritte Landesversammlung am 21./22. Januar 1919
7. Vierte Landesversammlung vom 19. bis 21 März 1919
   Anlage: Schreiben von Karl Hof an Reichswehrminister Noske


### III. Landesversammlungen der Arbeiterräte Württembergs


8. Erste Landesversammlung am 8. Dezember 1918
9. Zweite Landesversammlung vom 1. bis 3. März 1919 und am 17./18. März 1919
   a) Tagung vom 1. bis 3. März 1919
   b) Tagung am 17./18. März 1919
   Anlage: Leitsätze zur Sozialisierung in Württemberg, vorgelegt von Clara Zetkin
10. Dritte Landesversammlung am 7. Juli 1919


### IV. Die Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs


11. Die Sitzungen der Landesausschüsse während der Januarkrise, 8.–13. Januar 1919
   a) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 8. Januar 1919
   b) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 9. Januar 1919
   c) Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte am 10. Januar 1919
   d) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. Januar 1919
   e) Gemeinsame Sitzungen der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. und 11. Januar 1919
   f) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 13. Januar 1919
12. Die Sitzungen der Landesausschüsse vor und während des Generalstreiks Ende März/Anfang April 1919
   a) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 24. März 1919

b) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 31. März 1919
c) Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte am 31. März 1919
d) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 2. April 1919
e) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 3. April 1919 (vormittags)
f) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 3. April 1919 (abends)
g) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. April 1919

### V. Lokale und regionale Arbeiter- und Bauernräte in Württemberg

13. Sitzungsberichte des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, 10. Januar bis 3. Juli 1919
a) Sitzung am 10. Januar 1919
b) Sitzung am 22. Januar 1919
c) Sitzung am 30. Januar 1919
d) Sitzung am 29. April 1919
e) Sitzung am 7. Mai 1919
f) Sitzung am 14. Mai 1919
g) Sitzung am 3. Juli 1919
14. Tätigkeitsbericht des Arbeiter- und Soldatenrates Ravensburg, Dezember 1918
15. Tätigkeitsbericht des Arbeiter- und Bauernrates Sulz, März 1919
16. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Blaubeuren, April 1919
17. Tätigkeitsbericht des Arbeiter- und Bauernrates Nürtingen, April 1919
18. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Vaihingen/Filder, Mai 1919
19. Tätigkeitsbericht des Bezirksausschusses des Arbeiter- und Bauernrates Ludwigsburg, Mai 1919
20. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiterrates Leonberg, Mai 1919
21. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Friedrichshafen, 16. Juni 1919

### VI. Württembergische Garnisonräte

22. Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrates Weingarten, August 1919
23. Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg, August 1919

### VII. Aufrufe, Richtlinien, Gesetze und Verordnungen

24. Kundgebung der Provisorischen Regierung vom 9. November 1918
25. Aufruf der Provisorischen Regierung vom 11. November 1918
26. Regierungserlaß über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 14. Dezember 1918
27. Richtlinien für die württembergischen Soldatenräte vom 16. Dezember 1918
28. Ergänzung zum Regierungserlaß über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, 8. Januar 1919
29. Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheeres vom 21. März 1919
30. Erlaß des Ministeriums des Innern betr. die Arbeiter- und Bauernräte vom 27. März 1919
31. Gesetz vom 15. Juli 1919 über die Stellung der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs
32. Gesetz vom 20. Juli 1921 betr. Aufhebung der Arbeiter- und Bauernräte

# I.

# Der Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart als zentraler Rat Württembergs

## 1. Sitzung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates Stuttgart am 10. November 1918

**Württemberger Zeitung Nr. 265 vom 11. November 1918[1]). Überschrift: „Versammlung des A.- und S.-Rats."**

Stuttgart, 11. November

Nach äußerlich ruhig verlaufenem Vormittag und Mittag versammelte sich gestern nachmittag nach 4 Uhr[2]) der Arbeiter- und Soldatenrat im großen Sitzungssaal der Zweiten Kammer zur ersten nach dem Umsturz vom Vortag einberufenen großen Beratung. Der Halbmondsaal zeigte ein ungewohntes Bild. Arbeiter und Feldgraue füllten die Abgeordnetenreihen, auch einzelne Vertreter des weiblichen Geschlechts waren anwesend[3]). Die Tribünen waren mäßig besetzt. Auf dem Platz des Versammlungslei-

---

[1]) Ein Protokoll dieser Sitzung ist nicht nachweisbar. Auch die Mitteilungen in der Tagespresse über die Sitzung sind äußerst knapp und fragmentarisch gehalten, sie stimmen auch nicht völlig miteinander überein; am ausführlichsten und genauesten in der Schilderung des Sitzungsverlaufes ist der Bericht in der Württemberger Zeitung, der aus diesem Grunde hier abgedruckt wird (vgl. daneben Süddeutsche Zeitung Nr. 312 vom 12. 11. 1918; Rote Fahne Nr. 2 vom 15. 11. 1918 und Schwäbische Tagwacht Nr. 271 vom 16. 11. 1918). Von den Teilnehmern an der Sitzung befaßt sich Blos in seinen Erinnerungen (Monarchie I, S. 30 f.) nur kurz mit deren Ablauf; Rück (November, S. 28 f.) geht etwas ausführlicher auf die Tagung ein, stellt dabei aber seine Person zu sehr in den Mittelpunkt des Geschehens; Unfried beschränkte sich in seinem Rechenschaftsbericht am 25. 11. 1918 in der Vollversammlung der A.-Räte Groß-Stuttgarts auf wenige Hinweise (s. Nr. 3, S. 29); Keil, der an der Sitzung nicht teilnahm, schilderte deren Verlauf in einem Gedenkartikel in der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 261 vom 8. 11. 1919) und in seinen Memoiren (Erlebnisse II, S. 94 ff.); zu erwähnen sind ferner knappe Hinweise in den Lebenserinnerungen von Köhler (S. 158) und Pistorius (S. 41). Die Darstellungen von Weller (Staatsumwälzung, S. 114 f.) und Kling (S. 116 ff.) stützen sich ausschließlich auf einige der genannten Zeitungsartikel und Erinnerungen.

[2]) Laut Keil (Schwäbische Tagwacht) dauerte die Sitzung „etwa von 3 bis 6 Uhr". In seinen Erinnerungen (Erlebnisse II, S. 94) verlegte Keil den Sitzungsbeginn auf 10.30 vormittags. Diese Darstellung wird aber von keiner anderen Quelle gestützt. Am Vormittag des 10. 11. fand im Landtag um 10 Uhr eine Konferenz der Vertrauensleute der USPD statt (s. Rück, November, S. 27), die Keil in seinen Memoiren wahrscheinlich als ersten Teil der Sitzung des A.- und S.-Rates ansieht.

[3]) Keil (Erlebnisse II, S. 98) beziffert die Zahl der Teilnehmer auf etwa 150. Von wem und wie diese Teilnehmer delegiert worden waren, ist nicht bekannt. Nach Keil (ebd. S. 94) wurde es mit der Legitimation der Zutrittsberechtigten nicht genau genommen: „Es genügte, daß man sich mündlich als Vertreter eines Betriebes vorstellte, um an der Sitzung teilnehmen zu können". Daß die Legitimationskontrolle sehr großzügig gehandhabt wurde, bestätigt auch Rück (November, S. 28), wenn er schreibt: „Zu unserem großen Erstaunen waren alle Plätze besetzt. So viele Eintrittskarten waren gar nicht ausgegeben worden, und vor allem placierten sich zahlreiche Soldatenvertreter, und unter ihnen manche Chargierte, in den vorderen Reihen."
Über die parteipolitische Orientierung der Teilnehmer liegen keine genauen Angaben vor. Keil (ebd.) stellt lediglich fest, „aus dem engeren Kreis der führenden Parteigenossen" habe sich nur Blos in die Sitzung begeben, unter den Delegierten aus den Betrieben hätten sich aber zahlreiche MSP-Mitglieder befunden; im Laufe des Tages seien aus den Nachbarorten immer mehr Vertreter hinzugekommen, die sich zur MSP bekannt hätten. Nach dem Bericht der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 271 vom 16. 11. 1918) bildete die Spartakusgruppe in der Sitzung „eine verschwindende Minderheit"; vgl. auch Rück, November, S. 28.

ters stand der eine der beiden Vorsitzenden der sozialistischen Regierung, Crispien[4]). Die Beratungen wurden alsbald sehr lebhaft[5]).
Der Führer des A.- und S.-Rats Rück[6]) beantragte mit starken Ausfällen gegen die Mehrheitssozialisten die Bildung einer neuen linkssozialistischen Regierung[7]).
Die Mehrzahl der Redner sprach sich für die Bestätigung des Ministeriums Cri-

---

[4]) Arthur Crispien (1875–1946), von Beruf Theatermaler, 1902–12 Redakteur der „Volkszeitung" in Königsberg und Dresden, 1907–12 Parteisekretär der SPD in Westpreußen; 1912 trat er in die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht" ein, aus der er anläßlich des „Tagwacht-Streits" im November 1914 zusammen mit Hoernle und Walcher ausschied (vgl. Einleitung S. XL f.); Mitorganisator der innerparteilichen Opposition und dann der USPD in Württemberg; 1916 nach mehrmonatiger Haft zum Militärdienst eingezogen; nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst im Oktober 1918 übernahm er am 9. 11. 1918 in der provisorischen Regierung die Leitung des Innenministeriums; am 10. 1. 1919 trat er als Innenminister zurück; seit März 1919 zusammen mit Hugo Haase Vorsitzender der USPD; 1920 Leiter der USPD-Delegation, die in Moskau über den Anschluß der Partei an die 3. Internationale verhandelte; nach der Wiedervereinigung von USPD und SPD 1922 einer der drei Vorsitzenden der SPD; vom 12. 1. bis zum 12. 4. 1919 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung in Württemberg (USPD), 1920–33 Mitglied des Reichstags (USPD/SPD), 1933 Emigration in die Schweiz; weitere biographische Angaben s. Osterroth, S. 55 f.; NDB, Bd. 3, S. 416.

[5]) Laut späterer Mitteilung von Blos (Monarchie I, S. 30) und Keil (Erlebnisse II, S. 94) begrüßte zunächst Blos namens der am 9. 11. 1918 gebildeten provisorischen Regierung die Versammlung und entfernte sich dann wieder.

[6]) Fritz Rück (1895–1959), von Beruf Schriftsetzer, zunächst aktiv in der sozialistischen Jugendbewegung in Stuttgart; 1915 zum Militärdienst eingezogen, 1917 wegen eines Nierenleidens entlassen, dann Journalist bei der von Westmeyer in Stuttgart hrsg. Zeitung (Sozialdemokrat), dem Organ der Stuttgarter USPD, das er nach dem Ausscheiden Westmeyers aus der Redaktion leitete; Vertreter Stuttgarts auf dem Gründungsparteitag der USPD in Gotha, wo er als einer der Referenten der Spartakusgruppe auftrat; kurz nach dem Parteitag verhaftet, nach viermonatiger Untersuchungshaft im Herbst 1917 entlassen; seit Oktober 1917 Landesvorsitzender der USPD in Württemberg; im Oktober 1918 Teilnehmer an der Reichskonferenz der Spartakusgruppe in Berlin; Ende Oktober/Anfang November 1918 neben Thalheimer führend beteiligt an der Vorbereitung der in den Staatsumsturz ausmündenden Aktionen in Württemberg, vgl. Einleitung S. XLVII ff. Als Vorsitzender des illegalen A.-Rates am 6./7. 11. zusammen mit Thalheimer verhaftet; nach seiner Entlassung am Abend des 9. 11. begab sich Rück sofort wieder nach Stuttgart, wo er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des am 4. 11. gewählten A.-Rates als einer der Hauptredner in der Sitzung am Nachmittag des 10. 11. auftrat; in einigen Quellen ist sogar davon die Rede, er habe in dieser Sitzung zunächst den Vorsitz geführt (Keil, Erlebnisse II, S. 98; Blos, Monarchie I, S. 30; Rück, November, S. 28); Mitglied des am 10. 11. gewählten Aktionsausschusses; seit Ende November in der Berliner Zentrale des Spartakusbundes; Verhaftung bei den Januarunruhen in Stuttgart, wohin er inzwischen zurückgekehrt war; nach seinem Freispruch im „Stuttgarter Spartakistenprozeß" (vgl. Münzenberg, Spartakistenprozeß, S. 12 ff. und passim) Redakteur bei verschiedenen KPD-Zeitungen, u. a. der „Roten Fahne" in Berlin; 1929 Austritt aus der KPD; Mitglied der SPD und dann der SAP; 1933 Emigration in die Schweiz und dann nach Schweden; von 1951–58 Redakteur des Zentralorgans der IG Druck und Papier. Seinen Lebenslauf bis zum Ausbruch der Revolution, vor allem die Jahre 1917/18 schilderte Rück in seinen Broschüren „Vom 4. August bis zur russischen Revolution" (Leipzig 1920) und „November 1918" (Stuttgart 1958); weitere biographische Angaben s. Weber II, S. 206; Drechsler, S. 369 und passim.

[7]) Vgl. Rote Fahne Nr. 2 vom 15. 11. 1918: „Die Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte vom Sonntagnachmittag befaßte sich mit dem von Gen. Rück vorgetragenen Vorschlag der Spartakusgruppe auf Übernahme der vollen politischen Gewalt durch die Arbeiter- und Soldatenräte und die Einsetzung eines Generalrates zur Leitung der Regierungsgeschäfte." Dieser Generalrat sollte, wie die Rote Fahne außerdem feststellte, aus „fünf linkssozialistischen Mitgliedern" bestehen. Ferner hatten Rück und Thalheimer der Versammlung ein gedrucktes „Vorläufiges Programm des Arbeiter- und Soldatenrates" vorgelegt, in dem für dieses Gremium „die volle Gewalt, politisch und wirtschaftlich", gefordert wurde (abgedruckt in Rote Fahne Nr. 2 vom 15. 11. 1918 und Dok. u. Mat. II, S. 352–54, vgl. das Faksimile des Aktionsprogramms in III. Gesch. 1968, S. 193); vgl. dazu auch den „Entwurf eines Aktionsprogramms", den die Delegierten der USPD dem A.-Rat Groß-Stuttgart am 25. 11. vorlegten (Nr. 3 Anm. 73), der größtenteils mit dem von Rück und Thalheimer verfaßten Programm identisch ist.

spien-Blos aus; und als ein eben dahingehender Antrag zur Abstimmung kam, erhielt dieses Ministerium eine Vertrauenskundgebung[8]).

Rück, der unterdessen die Führung des Arbeiterrates niedergelegt hatte, begleitete seine abweichende Haltung mit einer Erklärung, in der er die Ansicht aussprach, daß sich die Bewegung in ihrem Folgeverlauf im Sinne der Unabhängigen Sozialdemokratie entwickeln werde.

Crispien trat darauf von der Versammlungsleitung zurück, um einer Sitzung des im gleichen Hause tagenden sozialistischen vorläufigen Ministeriums beizuwohnen[9]). An seine Stelle trat für den weiteren Verlauf der Beratungen Engelhardt[10]).

Unter seinem Vorsitz kam zunächst ein Antrag zur Aussprache, der auf die Bildung eines Vollzugsausschusses abzielt. Ferner liegen Anträge vor auf Neuwahl von Arbeiterräten in den Betrieben, ferner auf Wiederaufnahme der Arbeit am heutigen Tage, endlich auf eine täglich achtstündige Arbeitsdauer. Von den drei letzten Anträgen wurden die beiden ersten einstimmig, der letzte mit großer Mehrheit angenommen. Dennoch wurde die Debatte lebhaft. Mit Unruhe wurde der Hinweis aufgenommen, daß die Einigkeit sehr nottue und der Vollzugsausschuß sofort zusammentreten müsse, da Gefahr im Verzug sei[11]). Es sei höchste Zeit, daß sie, die neuen Machthaber, in der Lage sind, sich zu verteidigen. Zuverlässige Leute seien zu bewaff-

---

[8]) Vgl. dazu den Bericht der Roten Fahne (ebd.): „Das Resultat der stürmisch bewegten Sitzung war, daß der Vorschlag der Spartakusgruppe aus der Diskussion ausschied. Das Verbleiben Schreiners und Crispiens in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wurde gebilligt." Diesen Sachverhalt bestätigt auch Keil (Schwäbische Tagwacht, s. Anm. 1), der außerdem feststellt, der Verlauf der Sitzung habe „eine scharfe Absage an die spartakistischen Wahnideen" bedeutet. Vgl. auch Rück, November, S. 29, und Keil, Erlebnisse II, S. 98 f.

[9]) In der Kabinettssitzung, die am Spätnachmittag begann, fanden Verhandlungen mit den für Ministerposten vorgesehenen Führern bürgerlicher Parteien Liesching, Kiene und Baumann statt, um sie zum Eintritt in die Regierung zu bewegen. Am Vormittag des 11. 11. einigte man sich endgültig auf folgende Zusammensetzung des Kabinetts: Präsidium Blos (SPD) und Crispien (USPD); Auswärtiges und Verkehr: Blos (SPD); Krieg: Schreiner (USPD); Inneres: Crispien (USPD); Arbeit: Lindemann (SPD); Finanzen: Liesching (Fortschrittliche Volkspartei); Justiz: Kiene (Zentrum); Ernährung: Baumann (Nationalliberale Partei); Kultus: Heymann (SPD). Zum Verlauf dieser Verhandlungen vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 99 ff., Blos, Monarchie I, S. 32, Köhler, S. 158 ff., Müller, Kaiserreich II, S. 71 ff., und Pistorius, S. 41 ff. In einem Schreiben vom 11. 11. an Thalheimer mißbilligte Leo Jogiches die Regierungsbeteiligung der USPD scharf: „Wir halten dieses Ergebnis für fatal. Wir glauben, daß Schritte getan werden müssen, um das so bald wie möglich wieder zu redressieren. . . . Jetzt ein Kompromiß mit den Regierungs-Sozialisten eingehen, heißt konterrevolutionären Zwecken dienen, und heißt, die Erkenntnis der Massen von der Lage der Dinge zu erschweren. Mit einem Wort, historisch gesehen ist der Augenblick, in dem wir an die Spitze kommen können, nicht der Anfang, sondern das Ende der Revolution. . . ." (abgedruckt bei Kling, S. 256 ff.).

[10]) Franz Engelhardt (geb. 1879), von Beruf Schreiner, 1912 für die SPD in die Zweite Kammer des württembergischen Abgeordnetenhauses gewählt; im Juni 1915 verließ er die SPD-Fraktion und gründete zusammen mit Hoschka und Westmeyer die „Sozialistische Vereinigung"; dann Mitglied der USPD; er gehörte dem am 26. 11. 1918 gewählten Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann dem Landesausschuß der A.-Räte an, dessen 2. Vorsitzender er als Nachfolger Unfrieds von Mitte Januar bis zu seinem Rücktritt aus dem Landesausschuß am 17. 4. 1919 war; sein Mandat in der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung, in die er am 12. 1. 1919 für die USPD gewählt worden war, legte er wenig später nieder; ab 1. 10. 1919 Angestellter im Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband.

[11]) Rück hatte, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, der Versammlung das ihm zugetragene Gerücht mitgeteilt, „daß General Ebbinghaus von Ludwigsburg her mit Truppen unterwegs sei, um den Arbeiter- und Soldatenrat zu sprengen und die Revolution niederzuschlagen" (November, S. 29). Ebbinghaus selbst, der in seinem im Februar 1919 verfaßten Erinnerungsbericht seine Erlebnisse am 10. 11. minutiös schildert (S. 47 ff.), weist nach, daß er sich zu diesem Zeitpunkt in seiner Wohnung in Stuttgart befand, wo ihn Schreiner verhaften und zum Verhör ins Landtagsgebäude bringen ließ. Vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 100 ff., und Köhler, S. 158.

nen, um den Wachdienst zu versehen. Der beantragte Ausschuß wurde schließlich aus 15, durch schriftlichen Vorschlag ernannten Vertretern, acht des A.-Rats, sieben des S.-Rats, gebildet[12]).

Ein nachträglich eingegangener Antrag, wonach die Versammlung die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit widerrufen solle, wurde abgelehnt, namentlich deshalb, weil sonst die Gefahr sich verwirklicht, daß der Verkehr ins Stocken gerät und Hungersnot die Städte bedroht. Ferner wurde beschlossen, einen Aufruf an die Bevölkerung zu erlassen, wonach 200 Leute, die mit dem Gewehr ausgebildet sind, sich zur Verfügung stellen; ebenso Leute, die auf dem Lande Vorträge abhalten. Weiter wurde widerspruchslos einem Antrag zugestimmt, der demjenigen die Todesstrafe androht, der Lebensmittel zurückhält, um Wucherpreise zu erzielen. Endlich erklärte die Versammlung ihr Einverständnis mit einem Aufruf an die geistigen Arbeiter zur Beteiligung an einer für heute abend in den Stadtgarten einzuberufenden Versammlung, in der die Berufsorganisationen der geistigen Arbeiter Vertreter für den A.- und S.-Rat wählen[13]). Hierauf hob der Vorsitzende die Versammlung mit einem Schlußwort auf.

---

[12]) In der Roten Fahne (Nr. 2 vom 15. 11. 1918) wird dieser Ausschuß als „Aktionsausschuß" bezeichnet; die Namen der Mitglieder sind indessen nirgendwo geschlossen aufgeführt. Aus verschiedenen Mitteilungen über die Tätigkeit des Aktionsausschusses kann jedoch entnommen werden, daß ihm Unfried, Thalheimer, Rück, Hoernle, Georg Ziegler, H. Stetter, Walcher, Großhans, Seebacher, Pflugmann, Barthel und Schimmel angehörten. Außer Schimmel, der Mitglied der SPD war, sind alle soeben genannten Vertreter im Aktionsausschuß der USPD bzw. dem Spartakusbund zuzurechnen. Etwa am 14. 11. setzte der Aktionsausschuß einen Vollzugsausschuß zur „Durchführung seiner Beschlüsse" ein. Zur Tätigkeit beider Ausschüsse s. Nr. 2a–f. Zur Mitarbeit von SPD-Mitgliedern im Aktionsausschuß vgl. auch die Ausführungen Zernickes in der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25. 11. (Nr. 3, S. 57 f.

[13]) Nach einem Wahlprotokoll vom 18. 11. 1918 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83) wählten „die geistigen Arbeiter Stuttgarts" in drei Versammlungen am 11. 11., die von 8000 Teilnehmern besucht waren, und in vier weiteren Versammlungen am 14. 11. (7000 Teilnehmer) einen provisorischen Ausschuß, der am 15. 11. einen 11köpfigen Arbeits-Ausschuß bildete. Man erwartete, wie aus dem Wahlprotokoll hervorgeht, daß 5 Vertreter des Arbeits-Ausschusses in den Aktionsausschuß aufgenommen würden. Auf einer der Versammlungen am 11. 11. sprach auch Keil, dessen Rede – wie er in seinen Erinnerungen feststellt – „zum Ereignis des Abends" wurde (Erlebnisse II, S. 108 ff.); vgl. auch die Memoiren von Paul Bonatz (Leben und Bauen, Stuttgart 1950, S. 88 ff.), der dem Rat der geistigen Arbeiter angehörte. Zum Rat der geistigen Arbeiter vgl. auch dessen Schriftwechsel mit dem Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart (u. a. Wahllisten, Namen der Delegierten, programmatische Erklärungen) in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 77 und ebd., E 130 a 737.

## 2. Provisorischer Aktions- und Vollzugsausschuß[1]), 11.–25. November 1918

### *a) Bericht über die Arbeit des Aktionsausschusses bis 15. November 1918*

**Die Rote Fahne[2]) Nr. 2 vom 15. November 1918. Überschrift: „Gang und bisheriges Ergebnis der Revolution." Auszug.**

Der Aktionsausschuß hielt die ganze Woche über wiederholt Sitzungen ab, in denen die Wahlen beraten, ein Wahlreglement beschlossen[3]) und mit der provisorischen Regierung über die Rechte und die Stellung des Arbeiter- und Soldatenrates verhandelt wur-

---

[1]) Die Tätigkeit des Aktions- und des Vollzugsausschusses ist archivalisch nur spärlich dokumentiert. Überliefert sind (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83) die Vereinbarung zwischen Provisorischer Regierung und Vollzugsausschuß vom 15. 11. 1918 über die Finanzierung der Räte (im folgenden abgedruckt in Nr. 2c als Bestandteil der Sitzung des Vollzugsausschusses vom 15. 11. 1918) sowie hier nicht abgedruckte, inhaltlich ziemlich unerhebliche Protokolle einer Sitzung des Vollzugsausschusses vom 16. 11. 1918 und einer Sitzung von Vollzugs- und Aktionsausschuß vom 21. 11. 1918. Die Provisorische Regierung befaßte sich in den Kabinettssitzungen am 16. und am 19. 11. 1918 mit Forderungen des Aktionsausschusses (HStA Stuttgart, E 130 b 214). Die ausführlichste Quelle über die Tätigkeit des Aktionsausschusses stellt der sehr detaillierte, aber nicht ganz unparteiische Rechenschaftsbericht Unfrieds in der Vollversammlung der A.-Räte Groß-Stuttgarts am 25./26. 11. 1918 dar (s. Nr. 3, S. 24 ff.). Blos (Monarchie I, S. 38 ff.) und Keil (Erlebnisse II, S. 117 ff.) gehen nur kurz auf den Aktions- und den Vollzugsausschuß ein. Auch in der Literatur finden sich nur wenige Hinweise, am ausführlichsten Dähn, S. 309 ff. Vgl. auch Kling, S. 127 ff., Weller, Staatsumwälzung, S. 310 f.

[2]) Die Rote Fahne wurde bereits Anfang November 1918 von der innerhalb der Stuttgarter USPD organisierten Spartakusgruppe begründet, die nicht zuletzt durch die Herausgabe einer Agitationszeitung die Stuttgarter Arbeiterschaft zu mobilisieren versuchte (Zur Aktivität der Stuttgarter Spartakisten seit Ende Oktober 1918 vgl. Einleitung, S. XLVII ff.). Die erste Nummer der Roten Fahne erschien in Stuttgart am 5. 11. 1918 mit dem Untertitel „Mitteilungsblatt des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates. Zentralorgan sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs". Die Auflagenhöhe ist im Kopf des Blattes mit 100 000 angegeben (s. das Faksimile der Titelseite in Ill. Gesch. 1929, S. 183). Diese Nummer war, wie Rück schreibt (November, S. 24), von ihm und August Thalheimer am Abend des 4. November, nach der Konstituierung des provisorischen Arbeiter- und Soldatenrates in Stuttgart, „im Laufe von zwei Stunden" verfaßt worden (vgl. dazu den Artikel von Albert Schreiner, Die erste „Rote Fahne" in Stuttgart, in: Neues Deutschland vom 6. 11. 1958). Das stellvertretende Generalkommando verfügte sofort nach Erscheinen dieser Nummer die Beschlagnahme und das Verbot des Blattes. Die Nr. 2 der Roten Fahne erschien dann erst am 15. 11. 1918, jetzt mit dem Untertitel „Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrates von Stuttgart und Württemberg". Zwischen dem 16. und dem 30. 11. 1918 erschienen weitere 12 Nummern in unregelmäßiger Reihenfolge. Ende November 1918 stellte die Rote Fahne, zu deren Mitarbeitern neben Rück und Thalheimer auch Edwin Hoernle, Max Barthel und Willi Münzenberg gehört hatten, ihr Erscheinen ein (Nr. 1–13 der Roten Fahne liegen vor: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 29). Zu den heftigen Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Rote Fahne als offizielles Organ der A.- und S.-Räte fungieren solle, vgl. Nr. 3, S. 69 und Nr. 4, S. 108 ff.

[3]) Am 11. November veröffentlichte der Aktionsausschuß einen Aufruf zur Neuwahl des Arbeiterrates, der folgenden Wortlaut hatte:
„Arbeiter! Beamte! Der provisorische Arbeiterrat hat den von ihm eingesetzten Aktionsausschuß beauftragt, die Neuwahlen zum Arbeiterrat durchzuführen. Die Wahlen werden auf folgender Grundlage vorgenommen:
1. Wahlberechtigt sind alle über 18 Jahre alten Arbeiter und Beamte beiderlei Geschlechts.

de. Nach vielem Hin und Wieder[4]) und nachdem der Regierung die an anderer Stelle abgedruckte Erklärung des vereinigten Aktionsausschusses[5]) vorgelegt worden war, wurden ihm zunächst folgende Zugeständnisse gemacht:
1. Der Aktionsausschuß erhält zur Führung seiner Geschäfte zunächst die Summe von 500000 Mark überwiesen. Für seine weiteren Ausgaben wird ihm ein laufendes Bankkonto eröffnet.
2. Dem Arbeiter- und Soldatenrat wird ein täglich erscheinendes Organ gewährleistet.
3. Dem Arbeiter- und Soldatenrat wird das Landtagsgebäude zur freien Verfügung gestellt.
Nach Bewilligung dieser Forderungen setzte der Aktionsausschuß einen Vollzugsausschuß ein, der die Durchführung seiner Beschlüsse veranlassen soll. Je 3 Personen vom Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates wurden dazu bestimmt[6]).

---

2. Auf 180 bis 500 Beschäftigte einen Delegierten, jede weiteren 500 ebenfalls einen Delegierten.
3. Betriebe unter 100 Personen melden sofort die Arbeiterzahl dem Aktionsausschuß des Arbeiterrats im Landtagsgebäude, Ausschußzimmer 1.
4. Die Wahlen in Betrieben mit über 100 Beschäftigten werden in den Betrieben vorgenommen, alle übrigen in den vom Aktionsausschuß einzuberufenden Versammlungen, die den einzelnen Betrieben noch bekanntgegeben werden.
5. Die Wahlen finden unter der Kontrolle des Aktionsausschusses statt.
Die Beamten und Angestellten werden ersucht, durch legitimierte Vertreter Dienstag [12. 11.] nachmittags von 4 bis 8 Uhr mit dem Aktionsausschuß des Arbeiterrats in Verbindung zu treten.
Die Arbeiterausschüsse werden gebeten, sich sofort mit dem Aktionsausschuß wegen des Zeitpunktes der Wahlen in Verbindung zu setzen.
Die Wahlen sind spätestens bis Freitag zu vollziehen.
Der Aktionsausschuß der provisorischen Arbeiterräte:
i. A.: Unfried Schimmel Zahner."
(Dieser Aufruf auch abgedruckt u. a. bei Purlitz, Revolution I, S.120, dort als Mitunterzeichner fälschlich „Zehner" statt „Zahner".) Der zunächst vorgesehene Termin für die Beendigung der Wahlen (Freitag, der 15. 11. 1918) ließ sich nicht einhalten; daher trat der neugewählte Arbeiterrat Groß-Stuttgarts erst am 25. 11. 1918 zusammen. Vgl. dazu den Rechenschaftsbericht Unfrieds am 25. 11. 1918 (Nr. 3, S. 29). Zum Wahlmodus im Bereich der Soldatenräte s. Nr. 4 Anm. 35.

[4]) Es liegen keine Quellenzeugnisse vor, die eine genaue Rekonstruktion dieser Verhandlungen zuließen. Eine Unterredung zwischen Unfried und Finanzminister Liesching schildert Keil, Erlebnisse II, S. 117 f.; vgl. auch Blos, Monarchie I, S. 38 f.

[5]) In dieser Erklärung vom 13. 11. 1918, die in der Roten Fahne (Nr. 2 vom 15. 11. 1918) abgedruckt ist, stellte der Aktionsausschuß an die Regierung folgende Forderungen:
„Sowohl dem Arbeiter- wie dem Soldatenrat muß zunächst von der Regierung ein Kredit in der Höhe von je einer Million Mark eingeräumt werden. Mit diesem Gelde sollen seine Funktionäre besoldet, die Propagandatätigkeit für den Fortschritt der Revolution und für sonstige Zwecke bestritten werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat muß ein täglich erscheinendes Organ zur Verfügung haben. Für diese Zwecke ist eine der bestehenden Tageszeitungen zu sistieren und ihm zu überweisen.
1. Die Aufrechterhaltung der revolutionären Ordnung ist Sache des Arbeiter- und Soldatenrates und nicht allein Sache der übernommenen Polizeiorgane. 2. Die Kontrolle der Stadtverwaltung hat der Arbeiter- und Soldatenrat generell zu übernehmen und sich der bestehenden Organe zu bedienen. 3. Sowohl dem Arbeiter- wie dem Soldatenrat ist ein geeignetes Regierungsgebäude zur Verfügung zu stellen. 4. Das Verbleiben der Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte in der Regierung ist von der Erfüllung dieser Forderungen abhängig. Im anderen Falle werden die Arbeiter- und Soldatenräte selbst ihre Rechte sicherstellen."

[6]) Nach den Angaben der Roten Fahne (Nr. 2 vom 15. 11. 1918) wurden Schreiner, Pflugmann, Hoernle, Unfried, Thalheimer und Schimmel als Mitglieder des Vollzugsausschusses bestimmt.

Weiter wählte der Aktionsausschuß die Genossen Hoernle[7]) und Thalheimer[8]) zu Redakteuren der „Roten Fahne" und räumte ihnen volle Freiheit in der Auswahl der Mitarbeiter ein.

*b) Beschlüsse des Aktionsausschusses vom 15. November 1918*

**Die Rote Fahne Nr. 3 vom 16. November 1918. Überschrift: „Anträge und Beschlüsse des Aktionsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Stuttgarts".**

In gemeinsamer Sitzung des Aktionsausschusses und des Vollzugsausschusses wurden folgende Beschlüsse gefaßt, die der Bestätigung durch das Plenum der A.- und S.-Räte unterliegen:

1. Der Aktionsausschuß beantragt, daß für die Unterbeamten aller Kategorien eine sofortige Lohn- oder Gehaltszulage um ein Viertel der bisherigen Bezüge einschließlich der Teuerungszulagen durchgeführt wird[9]).
2. Der Aktionsausschuß verlangt von der städtischen Verwaltung, daß alle unbewohnten Villen und Wohnungen für die Unterbringung von obdachlosen Arbeitern usw. verwandt werden[10]).
3. Der Arbeiterrat nimmt prinzipiell das Recht der Kontrolle der Stadtverwaltung in Anspruch. Die Durchführung soll schleunigst erfolgen[11]).

---

[7]) Edwin Hoernle (1883–1952), Studium der Theologie, nach Abschluß des Studiums zunächst Mitarbeiter der SPD-Presse in Berlin, seit 1912 als Feuilletonredakteur der Schwäbischen Tagwacht in Stuttgart tätig, zählte im „Tagwacht-Streit" im November 1914 neben Crispien, Walcher und Westmeyer zu den Protagonisten des linken Parteiflügels, Mitbegründer des Spartakusbundes, 1916 wegen Anstiftung zum Aufruhr zu einem Monat Gefängnis verurteilt, nach Militärdienst und Verwundung bei Ausbruch der Revolution in Stuttgart, Mitglied des Vollzugsausschusses des provisorischen A.-Rates und des A.-Rates Groß-Stuttgart, in den Revolutionsmonaten einer der führenden geistigen Köpfe der Stuttgarter Spartakusgruppe. Bei den Stuttgarter Januarunruhen wurde Hoernle verhaftet, im „Stuttgarter Spartakistenprozeß" (3. 6.–14. 6. 1919) aber, wie die anderen Angeklagten, freigesprochen. 1919/20 Leiter der KPD in Württemberg, 1921 und 1923 in die Zentrale der KPD gewählt, 1924–33 Mitglied des Reichstags (KPD), 1933 Emigration nach Moskau; Verfasser zahlreicher Schriften über Fragen der Pädagogik sowie der Industrialisierung der Landwirtschaft, Veröffentlichung von drei Gedichtbänden. Weitere biographische Angaben s. Wolfgang Mehnert, Edwin Hoernle, Berlin 1963; Weber II, S. 166 f.

[8]) Dr. August Thalheimer (1884–1948), Studium der allgemeinen Sprachwissenschaften und der Völkerkunde, Promotion 1907 in Straßburg, 1909–12 Chefredakteur der Freien Volkszeitung (Göppingen), schloß sich bei Kriegsausbruch sofort der „Gruppe Internationale" an, 1915/16 Chefredakteur des Volksfreundes in Braunschweig, nach Militärdienst und Verwundung zählte er im November 1918 zu den Führern der Stuttgarter Spartakusgruppe; vom 6./7. 11. bis zum 9./10.11. in Haft; das Amt des Finanzministers in der Provisorischen Regierung, für das er am 9. 11. in Abwesenheit benannt worden war, lehnte er ab und übernahm statt dessen am 10. 11. den Vorsitz im Aktionsausschuß und dann im Vollzugsausschuß des provisorischen A.-Rates, den er aber nur bis zum 18. 11. führte, da er in die Berliner Zentrale des Spartakusbundes berufen wurde (vgl. Nr. 2 e); 1919–23 Mitglied der Parteizentrale der KPD, 1922/23 zusammen mit Brandler Führer der KPD, 1928/29 Mitbegründer der KPO, nach der Machtübernahme Hitlers emigrierte Thalheimer nach Frankreich, 1941–48 in der Emigration in Kuba. Weitere biographische Angaben s. Tjaden II, S. 10 f. und passim. Weber II, S. 320 f.

[9]) In ihrer Sitzung am 16. 11. 1918 (HStA Stuttgart E 130 b 214) beauftragte die Provisorische Regierung das Finanzministerium, „wegen einer weiteren Erhöhung der Bezüge der Unterbeamten mit den beteiligten Beamtenkreisen sofort in Verbindung zu treten". Eine prozentuale Erhöhung hielt das Kabinett für nicht empfehlenswert, „weil die Mindestbezahlten am schlechtesten wegkommen würden".

[10]) Vgl. dazu Nr. 2 f. und den Rechenschaftsbericht Unfrieds vom 25. 11. 1918 (Nr. 3, S. 31 f.).

[11]) Vgl. dazu Nr. 2 f.

4. Lebensmittel- und Warenwucherer sind einem vom Arbeiterrat einzusetzenden Volksgericht zu überweisen[12]).
5. Der Arbeiterrat verlangt, daß ihm von der Regierung die nötigen militärischen Kräfte zur Verfügung gestellt werden, um die Beschlagnahme der gehamsterten Lebensmittel mit in die Hand zu nehmen.

*c) Sitzung des Vollzugsausschusses am 15. November 1918*

**Die Rote Fahne Nr. 6 vom 20. November 1918. Überschrift: „Vollzugs-Ausschuß des Arbeiter- und Soldaten-Rats Groß-Stuttgart. Sitzung vom 15. November 1918. Protokoll".**

Genosse THALHEIMER eröffnet 3.20 Uhr die Sitzung. Dem Gesuch des Gen. Münzenberg[13]) um Überlassung eines Zimmers im Landtagsgebäude für die internationale Jugend wurde zugestimmt.
Zu der finanztechnischen und juristischen Bearbeitung eines Vertrags zwischen der provisorischen Regierung und dem Arbeiter- und Soldatenrat wurden die beiden Herren Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld sowie Bankier Edgar Pick hinzugezogen.
Der Inhalt des Vertrags wird folgendermaßen vorgeschlagen:
„Vertrag zwischen der provisorischen Regierung, vertreten durch den Finanzminister, und dem Herrn Dr. Thalheimer als Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.
1. Die provisorische Regierung verpflichtet sich hierdurch gegenüber Herrn Dr. Thalheimer in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats, den Betrag von 500000 Mark auszubezahlen.
2. Herr Dr. Thalheimer verpflichtet sich, diesen Betrag gemäß den Beschlüssen des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates zur Deckung der bisherigen Ausgaben desselben zu verwenden. Der Rest soll dazu dienen, die Taggelder und andere Auslagen des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Stuttgart und der Arbeiter- und Soldatenräte des Landes zu bestreiten.
3. Herr Dr. Thalheimer ist berechtigt, seine ihm aus diesem Vertrag zustehenden Rechte einem anderen Mitglied des Vollzugsausschusses zu übertragen.
4. Über die Verwendung des erhaltenen Betrages soll Herr Dr. Thalheimer bis zum 1. Dezember 1918 Rechnung legen."
Der eben aufgeführte Vertrag wird durch das folgende Protokoll der Sitzung vom 15. November 1918 erläutert:

---

[12]) In seiner Sitzung am 16. 11. 1918 (s. Anm. 9) kam das Kabinett überein, diesen Beschluß des Aktionsausschusses an die dafür zuständige Reichsregierung weiterzuleiten. In einem Telegramm an Reichskanzler Ebert (Abschrift ebd.) erbat die Provisorische Regierung außerdem eine Stellungnahme zu folgenden Forderungen des Aktionsausschusses: Lohnfortzahlung an durch die Demobilmachung erwerbslos gewordene Arbeiter für die Dauer von zwei Monaten; Erhöhung der Soldatenlöhnung auf 5 Mark; Papierzuweisung für ein besonderes Organ des A.- und S.-Rates durch die Reichszeitungsstelle.

[13]) Willi Münzenberg (1889–1940), seit 1906 in der Sozialistischen Jugendbewegung tätig, 1910–18 einer der Organisatoren der sozialistischen Jugend in der Schweiz, 1917 Teilnehmer am Kongreß der sozialistischen Internationalisten in Stockholm; bei Kriegsende wurde Münzenberg nach Deutschland abgeschoben, wo er sofort in der Stuttgarter Spartakusgruppe aktiv tätig wurde (vgl. dazu auch Münzenberg, Dritte Front, S. 262 ff.), Verhaftung bei den Unruhen im Januar 1919 in Stuttgart, nach Freispruch im Spartakistenprozeß (vgl. ders., Spartakistenprozeß, S. 1 ff.) zunächst Vorsitzender der KPD in Württemberg, seit Oktober 1919 in Berlin, bis 1921 Sekretär der Kommunistischen Jugendinternationale, 1924–33 Mitglied des Reichstags (KPD), Organisator der Internationalen Arbeiterhilfe, Aufbau des „Münzenberg-Konzerns", 1933 Emigration nach Paris, 1940 auf der Flucht vor den deutschen Truppen ums Leben gekommen. Vgl. die ausführliche Biographie von Babette Gross, Willi Münzenberg, Stuttgart 1967; ferner Weber II, S. 228 ff. und passim.

„In der heutigen Sitzung des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrates wird folgendes beschlossen:
1. Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats erhält von der provisorischen Regierung auf Grund einer besonderen Vereinbarung den Betrag von 500000 Mark zur Verfügung gestellt.
2. Herr Bankier Edgar Pick hat sich bereit erklärt, dem Vollzugsausschuß seine Dienste in der Verwaltung dieses Betrags zur Verfügung zu stellen. Es ist vereinbart worden, daß Herr Pick mit der Württembergischen Bankanstalt, der Bank für Handel und Industrie und der Württembergischen Vereinsbank, sämtliche in Stuttgart, in Verhandlung darüber eintreten soll, daß jede dieser Banken einen Teilbetrag von 150000 Mark derart zur Verfügung stellen soll, daß jede Bank verpflichtet ist, einen Teilbetrag von 20000 Mark zur jederzeitigen baren Verfügung zu halten, auf eine Anweisung, die von dem jeweiligen Vorsitzenden des Vollzugsausschusses und dem Herrn Pick gezeichnet sein muß, die in der Anweisung genannte Summe bei dem Bankhaus Pick u. Co. einzuzahlen.
3. Herr Pick wird [in] seinem Bankgeschäft ein Scheckkonto auf den Namen des Herrn Schimmel[14]) eröffnen und hierauf 150000 Mark, die ihm vom Arbeiter- und Soldatenrat übergeben werden, einzahlen. Über dieses Scheckkonto soll Herr Schimmel unter Gegenzeichnung des jeweiligen Vorsitzenden des Vollzugsausschusses bis zur Höhe von 20000 Mark verfügen können.
4. Über größere Beträge beim Bankhaus Pick u. Co. und über die bei den oben genannten drei Banken eingezahlten Beträge kann Herr Schimmel nur unter Gegenzeichnung des Herrn Edgar Pick verfügen, der verpflichtet ist, diese Gegenzeichnung nur zu leisten, wenn er durch einen ordnungsmäßig ausgefertigten Beschluß des Vollzugsausschusses hierzu ermächtigt wird.
5. Von dem bei seinem Bankhaus eingezahlten Betrag verpflichtet sich auch Herr Pick, den Betrag von 20000 Mark in bar zur jederzeitigen Verfügung des Vollzugsausschusses in Reserve zu halten.
6. Herr Pick verpflichtet sich, die Unterhandlungen mit den genannten drei Banken zu führen und dieselben im Sinne dieses Protokolls auf die darin enthaltenen Beschlüsse zu verpflichten."
Zur Lage der Kriegsgefangenen regt Genosse THALHEIMER an, denselben vollkommen politische Versammlungsfreiheit zu gewähren und die unwürdige Bewachung aufzuheben.

---

[14]) Kurt Schimmel (1879–1967), von Beruf Buchhändler, Angestellter bei der Schwäbischen Tagwacht und Funktionär des Handlungsgehilfenverbandes; als Angehöriger der SPD am 10. 11. 1918 in den Aktionsausschuß und dann in den Vollzugsausschuß des provisorischen A.-Rates aufgenommen, Mitglied des A.-Rates Groß-Stuttgart, der ihn am 26. 11. 1918 in seinen Vollzugsausschuß wählte, vom Dezember 1918 bis April 1920 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte, zuständig für Finanzangelegenheiten, Delegierter zum 1. und 2. Rätekongreß, seit April 1919 Mitglied des Zentralrates. Daß Schimmel vom Vollzugsausschuß mit der Kassenführung betreut wurde, empfand Blos, wie er in seinen Erinnerungen schreibt, als „eine gewisse Beruhigung: Auf dessen Zuverlässigkeit konnte ich bauen und habe mich darin nicht getäuscht. Die Rechnungsablegung bezüglich der Verwendung der Gelder war bis zum Ende eine völlig korrekte und fand das hohe Lob des Finanzministers" (Monarchie I, S. 39).

Auf Vorschlag WALCHERS[15]) soll der Zeitungsverkauf[16]) dem Propaganda-Ausschuß überwiesen werden.
Auf Antrag der Friedrichshafener[17]) Genossen, ihnen 20000 Mark für die bisherigen Ausgaben zu überweisen, wurden als vorläufiger Vorschuß 5000 Mark gewährt.
Die Ergänzung der Büroeinrichtung wurde Genosse Walcher übertragen.
Um die Papiervorräte zur Herstellung der Zeitung „Die rote Fahne" sicherzustellen, schlägt WALCHER vor, an die Regierung heranzutreten und die täglich zweimal erscheinenden Blätter auf eine Ausgabe zu beschränken.
Genosse Schimmel wurde beauftragt, für alle anzustellenden Personen einen Gehaltsvorschlag auszuarbeiten [. . .][18]).
Dem Antrag des Vollzugsausschusses, die Wucherer zur Aburteilung vor ein Volksgericht zu stellen, wurde zugestimmt.
Genosse Walcher wurde beauftragt, sich bei der Regierung zu erkundigen, ob der Beschluß des Vollzugsausschusses betreffend Beurlaubung des Polizeikommissars Wilhelm[19]) in Stuttgart durchgeführt sei.
Genosse HOERNLE regt an, zur Aufklärung der zurückflutenden Truppen sowie der Kriegsgefangenen sollen Flugblätter ausgearbeitet werden.
Auf Antrag des Genossen SCHIMMEL sollen alle geistigen Strömungen innerhalb des Arbeiter- und Soldatenrats in der „Roten Fahne" zu Wort kommen.
Dem Vorschlag des Genossen THALHEIMER, daß der Gemeinderat wie Bürgerausschuß aufzulösen sei, wurde zugestimmt[20]).
Es wird verlangt, daß der Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat auf die Beschlüsse der Stuttgarter Stadtverwaltung entscheidenden Einfluß erhalten und die vorläufige Kontrolle über dieselben übernehmen solle. Diesem Antrag wurde zugestimmt.
Der Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrat soll auf Dienstag abend 7 Uhr im Halbmondsaal des Landtagsgebäudes einberufen werden. Näheres in den Zeitungen[21]).

(Schluß der Sitzung: 5.30 Uhr)

---

[15]) Jacob Walcher (1887–1970), Dreher, 1911–14 Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, dann führendes Mitglied des Spartakusbundes in Berlin, am 10. 11. 1918 von Rosa Luxemburg nach Stuttgart geschickt (vgl. Walcher, Ereignisse, S. 491), Sekretär des Vollzugsausschusses des provisorischen A.-Rates, in gleicher Funktion bis Januar 1919 tätig in dem am 26. 11. 1918 neu gewählten Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart und im Landesausschuß der A.-Räte, 2. Vorsitzender des Gründungsparteitages der KPD, 1919 zunächst 1. Vorsitzender der KPD in Stuttgart, dann bis 1923 in der Zentrale der KPD in Berlin, verantwortlich für die Gewerkschaftsarbeit der Partei. Weitere biographische Angaben s. Weber II, S. 334 f., Tjaden II, S. 12 f., und Drechsler, S. 371 und passim.

[16]) Gemeint ist der Verkauf der Roten Fahne. Zur Zeitungsfrage insgesamt vgl. die Ausführungen Unfrieds am 25. 11. (Nr. 3, S. 30 f.).

[17]) Zum A.- und S.-Rat Friedrichshafen s. Nr. 21.

[18]) Ausgelassen sind Ausführungen Schimmels über die Besoldung einzelner Angestellter.

[19]) Josef Wilhelm, seit 1910 im Polizeidienst der Stadt Stuttgart, 1923–31 Polizeidirektor in Eßlingen, dann bis 1936 Polizeidirektor in Heilbronn. Am 13. 11. 1918 war Wilhelm auf Antrag des Aktionsausschusses von Minister Crispien seines Amtes enthoben worden, da ihm übermäßige Strenge bei der Überwachung der Stuttgarter Linken während der Kriegsjahre vorgeworfen wurde. Die Stadt Stuttgart forderte in der Folgezeit wiederholt, daß die Amtsenthebung rückgängig gemacht werde (vgl. Schreiben Justizminister an Innenminister vom 28. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 151 b II 225, Bl. 77).

[20]) Dieser Beschluß wurde nicht verwirklicht.

[21]) Der neugewählte A.-Rat trat nicht am Dienstag (19. 11.), sondern erst am Montag (25. 11.) zusammen. Vgl. unten Anm. 47.

*d) Beschlüsse des Aktionsausschusses vom 18. November 1918*

**Die Rote Fahne Nr. 5 vom 19. November 1918. Überschrift: „Anträge und Beschlüsse des Aktionsausschusses des Arbeiter- u. Soldatenrats Groß-Stuttgarts".**

Beschlüsse des Aktionsausschusses in der Sitzung vom 18. November, 6 Uhr abends.

Stellung der Arbeiterräte zu den Gewerkschaften

Der Aktionsausschuß des Arbeiterrats erklärt:
Der Arbeiterrat als Einheitsorganisation aller Arbeiter ist allen bisherigen Organisationen und Funktionären der Arbeiterbewegung übergeordnet. Seine Beschlüsse sind maßgebend.
Gewerkschaftsfunktionäre, wenn sie nicht selbst Mitglieder der Arbeiterräte sind, können als Sachverständige zugezogen werden. Grundsätzlich haben sie sich selbständigen Vorgehens zu enthalten[22]).

Flugblattpropaganda

Dem Propaganda-Ausschuß sind geeignete Genossen anzugliedern, die ausschließlich Flugblätter abfassen, die in kurzer und leicht verständlicher Form die Beschlüsse und Forderungen des Arbeiterrats erläutern.

Beurlaubung der Funktionäre des Arbeiterrats

Die Mitglieder der Arbeiterräte, die zur Ausübung der Kontrolle über die staatliche oder städtische oder Gemeindeverwaltung bestimmt sind, sind von den Unternehmern für die Dauer ihrer Tätigkeit zu beurlauben und auf ihren Wunsch unbedingt wieder an ihren alten Platz einzustellen[22a]).

*e) Sitzung des Vollzugsausschusses am 18. November 1918*

**Die Rote Fahne Nr. 5 vom 19. November 1918. Überschrift: „Vom Aktionsausschuß des Arbeiter-Rates. Sitzung des Vollzugsausschusses des Arbeiterrats vom 18. November 1918, nachmittags".**

Anwesend: Thalheimer, Kurt Schimmel, Unfried[23]), Walcher als Sekretär.
Genosse THALHEIMER, der die Sitzung leitet, erklärt, daß er einem dringenden Ruf

---

[22]) Zur Vorgeschichte dieser Erklärung s. den Rechenschaftsbericht Unfrieds (Nr. 3, S. 32 f.). Nach heftigen Protesten des Vorstandes der Vereinigten Gewerkschaften (s. Schwäbische Tagwacht Nr. 276 vom 22. 11. 1918) präzisierte der Aktionsausschuß seine Erklärung durch folgende Stellungnahme: „Es handelt sich darum – und braucht kaum besonders festgestellt zu werden –, daß niemandem, also auch den Gewerkschaften nicht, das Recht zugestanden werden kann, in politischen und kommunalen Fragen neben und unkontrolliert vom Arbeiter- und Soldatenrat im Namen der Arbeiterklasse zu wirken. Wer an den Aufgaben des Arbeiterrats mitwirken will, hat Gelegenheit, dies im und durch den Arbeiterrat zu tun" (Rote Fahne Nr. 9 vom 23. 11. 1918). Vgl. auch Keil, Erlebnisse II, S. 119 und Blos, Monarchie I, S. 41.

[22a]) Zwei weitere Beschlüsse des Aktionsausschusses in dieser Sitzung wurden nicht publiziert, der Text findet sich in einem Schreiben Walchers an den Innenminister vom 20. 11. 1918 (HStA Stuttgart, E 151 b 225, Bl. 37):

1. beschloß man, daß „alle Beauftragten der A.- und S.-Räte, die sich durch Ausweis legitimieren, . . . auf ihren Wunsch von den Ortsbehörden geeignete Versammlungslokale zur Verfügung zu stellen" seien.
2. faßte man den Beschluß, „im Interesse der zurückkehrenden Soldaten der Regierung zu empfehlen, sie möge die Öffnung der sog. Fürstenräume auf den Bahnhöfen veranlassen, und der Benützung der Soldaten freistellen". Die gleiche Maßnahme sollte auch für die Wartesäle I. und II. Klasse gelten.

[23]) Emil Unfried (1892–1949), Mechaniker, schloß sich während des Krieges dem Spartakusbund an, vom 10. 11. bis 25. 11. 1918 Mitglied im Aktions- und Vollzugsausschuß des provisorischen A.-Rates, nach der Abberufung Thalheimers ab 19. 11. dessen 1. Vorsitzender; wurde nach der Neuwahl des Vollzugsausschusses am 26. 11. zu dessen 2. Vorsitzenden gewählt, in

nach Berlin folgen müsse, und darum den Vorsitz niederlege[24]). Von dieser Erklärung wird mit Bedauern Kenntnis genommen und Genosse Unfried als stellvertretender Vorsitzender bestimmt.

Es wird ein Schreiben der Württemberger Zeitung verlesen, in dem diese auf die herrschende Papiernot hinweist und dringend die Belieferung mit Papier verlangt, andernfalls das Erscheinen der „Roten Fahne" in Frage gestellt sei. Die Sache ist sehr dringend; Schimmel wird beauftragt, heute noch mit Herrn Minister Blos[25]) darüber zu verhandeln.

Die Frage der Arbeitslosenfürsorge soll in der folgenden Sitzung im Beisein des Ministers Dr. Lindemann[26]) besprochen werden. Die finanzielle Frage wird besprochen und als Ergebnis der Aussprache folgender Entschließung zugestimmt:

Der vorläufige Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates Stuttgart erklärt zu den Ausführungen des Finanzministers Liesching[27]) in der Landesversammlung der Soldatenräte[28]):

1. Ein Mißbrauch der von der Regierung zugewiesenen Gelder ist ausgeschlossen, da laut schriftlichem Vertrag der Regierung über die Verwendung der Gelder Rechnung gelegt werden muß.
2. Kassier des vorläufigen Vollzugsausschusses ist Genosse Schimmel, ein Mitglied der sozialdemokratischen Partei, der dem Spartakusbund absolut fernsteht.
3. Die Behauptung Herrn Lieschings, daß der Vollzugsausschuß morgen umstoße, was heute mit der Regierung vereinbart wurde, entspricht nicht den Tatsachen. Es wird Herrn Liesching schwerfallen, für seine Behauptung sachliche Grundlagen vorzubringen.

---

gleicher Funktion von Anfang Dezember bis zu seiner Absetzung (vgl. dazu Nr. 9 Anm. 9) Mitte Januar im Landesausschuß der A.-Räte, nach seinem Rücktritt aus dem Landesausschuß zunächst 2. Vorsitzender der KPD in Stuttgart, seit April 1919 als hauptamtlicher Sekretär für die Landarbeit der KPD in Württemberg tätig; Delegierter zum 1. Rätekongreß. Weitere biographische Angaben s. Weber II, S. 328.

[24]) Vgl. dazu den Abschiedsgruß Thalheimers und Rücks vom 21. 11. 1918 (Rote Fahne Nr. 8 vom 22. 11. 1918).

[25]) Wilhelm Blos (1849–1927), Studium der Philosophie, seit 1872 Redakteur an verschiedenen SPD-Zeitungen, aufgrund des Sozialistengesetzes mehrfach verurteilt, zwischen 1877 und 1918, von mehreren Unterbrechungen abgesehen, Mitglied des Reichstags (SPD), am 9. 11. 1918 übernahm er den Vorsitz der Provisorischen Regierung (vgl. Blos, Monarchie I, S. 21 ff., Keil, Erlebnisse II, S. 80 ff.), 1919/20 Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung, die ihn am 7. 3. 1919 zum Staatspräsidenten wählte; am 20. 5. 1920 trat er mit den anderen SPD-Ministern aus dem Kabinett aus; Verfasser von politischen Schriften, Romanen und historischen Darstellungen. Aufschlüsse über seinen politischen Werdegang bis 1890 geben seine Erinnerungen „Denkwürdigkeiten eines Sozialdemokraten" (2 Bde., München 1914–19); sein zweibändiges Werk „Von der Monarchie zum Volksstaat" (Stuttgart 1922/23) ist neben den Erinnerungen Keils die maßgebliche Revolutionsdarstellung für Württemberg aus sozialdemokratischer Sicht.

[26]) Dr. Hugo Lindemann (1867–1950), Studium der Philosophie, klassischen Philologie und Volkswirtschaft, führender Kommunalexperte der SPD, 1903–07 Mitglied des Reichstags (SPD), 1906–20 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD), 1911 Kandidat der SPD für das Amt des Stuttgarter Oberbürgermeisters; übernahm am 7. 11. 1918 im Kabinett Liesching das Ministerium für Demobilisation, vom 9. 11. 1918 bis 15. 1. 1919 Arbeitsminister in der Provisorischen Regierung, dann bis zum 13. 10. 1919 Innenminister; 1919–33 Direktor am Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften in Köln; Verfasser und Hrsg. verschiedener kommunal- und sozialwissenschaftlicher Handbücher und Schriften; vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 124; Osterroth, S. 198 ff.

[27]) Theodor Liesching (1865–1922), von Beruf Rechtsanwalt, 1901–22 Mitglied des württembergischen Landtags (Fortschrittliche Volkspartei, DDP), 1912–18 Mitglied des Reichstags; am 7. 11. 1918 wurde er zum württembergischen Ministerpräsidenten ernannt, übernahm ab 11. 11. 1918 das Amt des Finanzministers in der Provisorischen Regierung, das er bis Februar 1922 innehatte; vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 127 f.

[28]) Vgl. dazu Nr. 4, S. 84 ff.

4. Herr Liesching hat die Landesversammlung aufgefordert, zu bestimmen, wer die Gelder in Empfang zu nehmen habe. Der Vollzugsausschuß stellt fest, daß die Regelung dieser Frage nur durch Beschluß der Soldaten- und Arbeiterräte gemeinsam geregelt werden kann, nicht durch eine Körperschaft allein. Bis dahin ist die Regierung gebunden, sich an die mündlich wie schriftlich getroffenen Vereinbarungen zu halten. Zu einer der nächsten Sitzungen soll Oberbürgermeister Lautenschlager[29]) eingeladen werden, in der mit ihm über die vorzunehmende Kontrolle der Stadtverwaltung gesprochen werden soll und ihm zugleich die hierfür bestimmten Personen namhaft gemacht werden [. . .][30]).

Um die notwendige Kontrolle der Gemeindeverwaltungen im ganzen Lande einzuleiten und sicherzustellen, wurde beschlossen: Den politischen Machtverhältnissen entsprechend empfiehlt der Vollzugsausschuß den Bewohnern aller Gemeinden des Landes, örtliche Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu gründen, die die Gemeindeverwaltung zu kontrollieren haben. Zur Ausübung dieser Kontrolle empfiehlt sich die Einsetzung besonderer Ausschüsse[31]).

Es wurden die Möglichkeiten des direkten Austausches von Lebensmitteln gegen industrielle Bedarfsartikel besprochen und in dieser Sache folgendem Antrag zugestimmt:

Der A.- und S.-Rat ersucht die Regierung, die Herstellung von Bedarfsartikeln der Landwirte, insbesondere landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Arbeitskleider, Stiefel usw. mit möglichster Beschleunigung in die Wege zu leiten. Den Landwirten soll ein direkter Austausch ihrer Produkte gegen Industrieerzeugnisse entsprechend den Wertverhältnissen angeboten werden.

Zur Prüfung der bisher erfolgten Arbeiterratswahlen[32]) wird eine aus den Genossen Schimmel, Seebacher[33]), Zernicke[34]) und Ziegler[35]) bestehende Wahlprüfungskommission eingesetzt.

---

[29]) Dr. Karl Lautenschlager (1868–1952), nach dem Studium der Rechtswissenschaften von 1892–1911 im Staatsdienst und bei der Stadtdirektion Stuttgart tätig; von 1911 bis 1933 Oberbürgermeister von Stuttgart.

[30]) Ausgelassen sind Ausführungen über organisatorische Fragen; ferner ein Beschluß, demzufolge Unfried die Einrichtung eines Revolutionsarchivs übertragen wurde.

[31]) Zu den in Stuttgart eingesetzten Kontrollausschüssen vgl. Nr. 2f sowie den Rechenschaftsbericht Unfrieds am 25. 11. 1918 (Nr. 3, S. 30 ff.). Zur weiteren Tätigkeit der in Stuttgart eingesetzten Kontrollkommissionen s. Nr. 13d. Es liegen ferner vor: zwei undatierte Berichte der Wohnungskommission (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 85) und ein undatierter Bericht der Ernährungskommission (ebd.) des A.-Rates Groß-Stuttgart. Zur Tätigkeit anderer kommunaler und regionaler Kontrollausschüsse vgl. Nr. 14–21.

[32]) Vgl. dazu Anm. 47.

[33]) Karl Seebacher (geb. 1888), Werkzeugschleifer, Mitglied der Stuttgarter Spartakusgruppe, wurde am 4. 11. 1918 als Beisitzer in den Vorstand des illegalen A.-Rates Stuttgart gewählt, am 7./8. 11. verhaftet, vom 10. 11. bis zum 25. 11. 1918 Mitglied des Aktionsausschusses; kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 22).

[34]) Hermann Zernicke (geb. 1869), seit 1904 Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes (1915–1920), Mitglied der SPD, arbeitete mit dem am 10. 11. gewählten provisorischen Aktionsausschuß zusammen, dem er aber nicht angehörte; vom A.-Rat Groß-Stuttgart am 26. 11. 1918 in den Vollzugsausschuß gewählt, bis März 1919 Vorsitzender des Vollzugsausschusses und dann des Landesausschusses der A.-Räte, Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); Delegierter Württembergs zum 1. Rätekongreß.

[35]) Georg Ziegler (geb. 1887), Ziseleur, gehörte der Stuttgarter Spartakusgruppe an, Mitglied des Aktionsausschusses und der Propaganda-Abteilung des am 26. 11. 1918 gewählten Vollzugsausschusses, vom April bis 12. Juli 1919 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte, seit November 1919 Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 553.

Den Arbeiterräten des ganzen Landes wird dringend empfohlen, in weiterem Umfange als bisher Arbeiterinnen heranzuziehen, insbesondere sollten bei Erledigung der Lebensmittelfragen arbeitende Frauen unbedingt mitwirken.
Mit der Ausarbeitung eines Wahlreglements und Organisationsstatuts werden die Genossen Hoernle, Unfried, Zernicke beauftragt[36]). In der „Roten Fahne" soll eine Aufforderung zur Einsendung von Wahlreglements- und Organisationsentwürfen an die Genossen des ganzen Reichs ergehen[37]).

(Schluß der Sitzung 5½ Uhr)

*f) Sitzung des Aktionsausschusses am 20. November 1918*

**Die Rote Fahne Nr. 9 vom 23. November 1918. Überschrift: „Sitzung des Aktionsausschusses vom 20. November 1918, nachmittags 5 Uhr".**

Anwesend die Mitglieder des Aktionsausschusses und Herr Oberbürgermeister Lautenschlager.
Vorsitzender UNFRIED teilt mit, daß Herr Oberbürgermeister Lautenschlager zu der Sitzung geladen sei, um ihm über die angestrebte Kontrolle der Stadtverwaltung Mitteilung zu machen und ihm Gelegenheit zu geben, sich zu der Angelegenheit zu äußern. Vorläufig soll[en] als wichtigste Zweige des kommunalen Wirtschaftswesens das Ernährungswesen und das Wohnungswesen, das Polizeiwesen, die städtischen Arbeiterfragen und das Finanzwesen einer Kontrolle unterworfen werden.
WALCHER teilt mit, daß die bisherige Regelung provisorischen Charakter trage und daß es der demnächst zusammentretenden Vollversammlung des Arbeiterrates Groß-Stuttgart überlassen sei, eine definitive Regelung zu treffen. Aber ebensowenig wie die provisorische Regierung könne der provisorische Aktionsausschuß während seiner Amtszeit tatenlos bleiben.
Gewählt sind für das Ernährungswesen: Hans Stetter[38]), Rist[39]) und Genosse Ziegler; Wohnungswesen: Ziegler und Genossin Hoernle[40]); Polizeiwesen: Großhans[41]), Gänzle[42]), Wäscher[43]).

---

[36]) Der Vollversammlung der A.-Räte Groß-Stuttgarts lag ein gedruckter „Satzungsentwurf für die Arbeiterräte der Republik Württemberg" vor. Zu den Erläuterungen Zernickes s. Nr. 3, S. 71 f.

[37]) Diese Aufforderung veröffentlichte die Rote Fahne zweimal (Nr. 5 vom 19. 11. 1918 und Nr. 7 vom 21. 11. 1918).

[38]) Hans (Johannes) Stetter (1885–1963), von Beruf Schreiner, schloß sich 1917 der USPD an, ab 1918 hauptamtlicher Sekretär der USPD, am 4. 11. 1918 in den Vorstand des illegalen A.-Rates in Stuttgart gewählt, am 7./8. 11. verhaftet, seit 10. 11. Mitglied des provisorischen Aktionsausschusses, vom 26. 11. 1918 bis 12. 7. 1919 Mitglied des Vollzugsausschusses und dann des Landesausschusses der A.-Räte, Delegierter Württembergs zum 2. Rätekongreß, seit 1920 Mitglied der KPD, die er 1920–24 im württembergischen Landtag und 1924 im Reichstag vertrat; nach seinem Ausschluß aus der KPD seit 1926 wieder in der SPD tätig; 1945 maßgeblich am Wiederaufbau der Gewerkschaften beteiligt; Vorsitzender des DGB in Stuttgart. Weitere biographische Angaben s. Weber II, S. 311 f.

[39]) Hermann Rist (geb. 1885), Zuschneider, Mitglied der USPD, am 7./8. 11. verhaftet.

[40]) Helene Hoernle (1886–1956), Frau von Edwin Hoernle (vgl. Anm. 7).

[41]) Karl Großhans (geb. 1884), Schlosser, Mitglied der USPD, am 7./8. 11. verhaftet, gehörte dem am 10. 11. 1918 gebildeten provisorischen Aktionsausschuß an, seit 26. 11. 1918 war er Mitglied des Vollzugsausschusses und dann des Landesausschusses der A.-Räte, aus dem er am 12. 7. 1919 zurücktrat; kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 8).

[42]) Karl Gänzle (geb. 1876), Zigarrenhändler, Mitglied der USPD, fungierte im November/Dezember 1918 als Vertrauensmann des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart bei Untersuchungen des Innenministeriums gegen Behörden. Vgl. seinen Schriftwechsel mit dem Vollzugsausschuß, in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 77.

[43]) Wilhelm Wäscher, von Beruf Mechaniker, Gefreiter im Ersatzbataillon 125, gehörte dem Spartakusbund an.

Zur Finanzfrage bemerkt WALCHER, daß sich der Aktionsausschuß sehr wohl bewußt sei, daß es sich hier um eine ganz besonders schwierige Materie handle. Die Kontrollpersonen seien dafür noch nicht genannt, weil es sich darum handle, geeignete finanzsachverständige Leute zu gewinnen.
Oberbürgermeister LAUTENSCHLAGER erklärt, daß, was er hier zu sagen habe, zunächst seine persönliche Ansicht sei; der Gemeinderat, dem er die Sache unterbreiten werde, habe natürlich das Recht der eigenen Beschlußfassung, doch habe er bereits mit verschiedenen zuständigen Herren Rücksprache genommen, beispielsweise mit Herrn Dr. Elsas[44]), der gerne bereit sei, die Kommission in die weitverzweigten Einrichtungen des Ernährungswesens einzuweihen.
Die Wohnungsfrage wird von dem Redner ausführlicher besprochen, wobei er Mitteilungen von den Plänen im Bauwesen macht. Die Erstellung neuer Wohnungen soll in weitem Umfange, sobald die erforderlichen Arbeitskräfte vorhanden seien, eingeleitet werden. Weiter bespricht der Redner das Polizeiwesen und weist besonders auf die Schwierigkeiten hin, die einer Kontrollierung des städtischen Finanzwesens entgegenstehen.
In der folgenden Aussprache, an der sich fast sämtliche Mitglieder des Aktionsausschusses beteiligten, wird besonders die Wohnungsfrage besprochen. Es wurde anerkannt, daß das Erstellen neuer Wohnräume eine dringende Notwendigkeit sei, ebenso auch die Errichtung von Notstandswohnungen. Es herrschte jedoch Übereinstimmung, daß das keineswegs genügen werde, um den vorhandenen und in nächster Zeit rasch wachsenden Bedürfnissen zu genügen, es werde vielmehr unvermeidlich sein, daß die Wohnräume rationiert werden und leerstehende Villen und dergleichen den zurückkehrenden Kriegerfamilien freigestellt werden müssen[45]).
Als besonders krasser Fall wird mitgeteilt, daß in Cannstatt in einem Zimmer 9 Personen hausen, darunter 4 Erwachsene.
Oberbürgermeister LAUTENSCHLAGER erklärt, die Rationierung der Wohnungen sei eine sehr heikle Frage, die wohl beiderseits zu unbefriedigenden Zuständen führen würde. Das Schloß lasse sich für Wohnzwecke nicht einrichten, da zunächst die dort vorhandenen Räume als Wohnungen ungeeignet und auch nicht heizbar seien, außerdem seien keine Aborte im Schloß eingebaut. Er glaube sagen zu dürfen, daß die Villenbesitzer teilweise damit einverstanden wären, ihre Wohnungen Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Ein entsprechender Erlaß werde gute Wirkung haben.
Bei Besprechung des Polizeiwesens wird von einem Redner betont, daß wichtige politische Akten auf Anordnung des Polizeikommissars Aichele verbrannt worden seien.
Oberbürgermeister LAUTENSCHLAGER bemerkt dazu, daß seiner Auffassung nach mit dem Verbrennen der Akten keine Nebenabsichten verfolgt worden seien, jedenfalls sollte man die betreffenden Personen im Hinblick auf die ergangene Amnestie nicht mehr zur Rechenschaft ziehen.

---

[44]) Dr. Fritz Elsas (1890–1945), Studium der Rechts- und Staatswissenschaften, 1914 stellvertretender Syndikus bei der Handelskammer in Stuttgart, 1915–18 Direktor des Lebensmittelamtes Stuttgart, 1919 Stadtrat in Stuttgart, 1924–26 Mitglied des württembergischen Landtags (DDP), Vizepräsident des Deutschen Städtetages, von 1931–33 Bürgermeister in Berlin, am 4. 1. 1945 im Konzentrationslager Sachsenhausen hingerichtet; vgl. Leber, S. 121 f.

[45]) Aus einem der Berichte der Stuttgarter Wohnungskommission (vgl. Anm. 31) geht hervor, daß bis etwa April 1919 „1200 Wohnungen und über 2000 Einzelzimmer" den Wohnungssuchenden in Stuttgart zur Verfügung gestellt werden konnten. Diesem Bericht liegt eine genaue Aufstellung derjenigen Wohnungseigentümer bei (mit Name, Beruf, Adresse, Anzahl der Räume), die über zuviel Wohnraum verfügten; s. auch Kohlhaas, Chronik, S. 57 ff.

Mit Bezug auf einen Artikel in Nr. 6 der „Roten Fahne“[46]) erklärt der Redner, daß Schlachthofdirektor Kösler ein ausgezeichneter Tierarzt sei und gerade in der heutigen Zeit, wo große Massen von Vieh nach Stuttgart zusammenströmen, gar nicht zu entbehren sei. Im übrigen habe er den Beamten nahegelegt, daß sie der seit dem 9. November [veränderten Lage] auch insofern Rechnung tragen sollten, daß sie mit den ihnen unterstellten Beamten in kameradschaftlicher Weise verkehren.
SCHIMMEL berichtet noch über die Beflaggung der öffentlichen und privaten Gebäude und teilt mit, daß der Arbeiterrat mit Rücksicht auf den Mangel an rotem Tuch seine Zustimmung gegeben habe, daß auch andere Fahnen verwendet werden dürften, jedoch müsse verlangt [werden] und sei auch zugesagt worden, daß die staatlichen und öffentlichen Gebäude mindestens eine rote Fahne hissen.
Zu dieser Frage bemerkte Oberbürgermeister LAUTENSCHLAGER, daß infolge eines falschen Gerüchts die Beflaggung der Stadt zu früh vorgenommen worden sei; die Truppen werden voraussichtlich erst in etwa 14 Tagen in Stuttgart eintreffen. Er werde dafür eintreten, daß die städtischen Gebäude in gleicher Weise wie die staatlichen beflaggt werden.
Damit schließt die Aussprache.
Vorsitzender UNFRIED dankt dem Oberbürgermeister für seine Mitteilungen.
(Schluß der Sitzung 7 Uhr.)

*g) Einberufung des neugewählten Arbeiterrats zum 25. November 1918*

**Die Rote Fahne Nr. 8 vom 22. November 1918. Überschrift: „Bekanntmachungen. Stuttgarter Arbeiterrat“.**

Die konstituierende Versammlung des neugewählten Arbeiterrats Groß-Stuttgart[47]) findet am Montag, dem 25. d. M., vormittags 9 Uhr, im Gustav-Siegle-Haus mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorsitzenden
2. Beratung der Statuten und einer Wahlordnung
3. Stellungnahme zur Landesarbeiterratsversammlung
4. Die Wahl des Aktionsausschusses.

Zutritt haben nur die gewählten Delegierten.

---

[46]) Die Rote Fahne (Nr. 6 vom 20. 11. 1918) hatte einen offenen Brief der Arbeiter und Angestellten des Stuttgarter Schlachthofes abgedruckt, in dem die Amtsenthebung des Schlachthofdirektors gefordert wurde, weil dieser „seit Jahren die Arbeiter, Angestellten, Tierärzte usw. gemein, hochmütig, herausfordernd und im höchsten Grade menschenunwürdig behandelt“.

[47]) Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 83) befindet sich ein umfangreiches Konvolut „Akten zur Wahl des ersten Stuttgarter Arbeiterrates“, das u. a. ein alphabetisches Namens- und ein Adressenverzeichnis der 322 gewählten Delegierten enthält, ferner zwei Listen, in denen die Delegierten nach Beruf und Firmen- bzw. Verbandszugehörigkeit aufgeschlüsselt sind, sowie zahlreiche Wahlprotokolle einzelner Betriebe (u. a. Verkehrsbetriebe, Textilfabriken, Bosch und Daimler). Einem Wahlprotokoll der Daimler-Werke vom 14. 11. 1918 ist zu entnehmen, daß hier zwei Wahlvorschläge eingereicht worden waren, auf die sich die 10860 abgegebenen gültigen Stimmen wie folgt verteilten: Wahlvorschlag I USPD/Spartakusbund 5347 Stimmen; Wahlvorschlag II MSP/Gewerkschaften 5513 Stimmen. Auf beide Vorschläge entfielen 15 Mandate. Die Liste der gewählten Delegierten führten an: Salm (Wahlvorschlag I, 5513 Stimmen); Wiersching (II, 5347 Stimmen); Schifferdecker (II, 2756 Stimmen); Großhans (I, 2673 Stimmen). Das Wahlergebnis bei Daimler mit dem hohen Stimmenanteil für die Liste der USPD ist allerdings atypisch. In den meisten Betrieben und sonstigen Wahlkörperschaften brachten USPD und Spartakusbund wesentlich weniger Kandidaten durch als MSP und Gewerkschaften. Etwa zwei Drittel der Delegierten in der Vollversammlung am 25./26. 11. können als Anhänger der MSP bezeichnet werden, wie die Wahl des neuen Vollzugsausschusses zeigte (vgl. Nr. 3, S. 74 f.; s. auch Kolb, S. 95 f., und Dähn, S. 313). Daß man innerhalb der Arbei-

Zuhörer können, soweit Platz vorhanden ist, Eintrittskarten im Landtagsgebäude, Zimmer Nr. 4, abholen.
Diejenigen Delegierten, die noch nicht im Besitz ihrer Karte sind, werden ersucht, diese am Samstag, dem 25., im Landtagsgebäude, Zimmer Nr. 4, Erdgeschoß, abzuholen.
Der Aktionsausschuß des Stuttgarter Arbeiterrates.

---

terschaft eine möglichst schnelle Einberufung der Vollversammlung der A.-Räte wünschte, geht aus einem Schreiben der A.-Räte der Firma Bosch vom 20. 11. 1918 an den Aktionsausschuß hervor, in dem es heißt: „Gedrängt durch die Gesamtarbeiterschaft sieht sich der Arbeiterrat der Firma R. Bosch AG veranlaßt, den provisorischen Aktionsausschuß zu ersuchen, längstens bis Donnerstag, dem 21. November, den Arbeiterrat von Stuttgart einzuberufen, zwecks Aufstellung eines Programms über die Rechte und Pflichten der Arbeiterräte" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83). Auch in der Regierung war man sehr daran interessiert, wie Kultusminister Heymann in der Kabinettsitzung am 21. 11. 1918 erklärte, „daß endlich einmal der neue Exekutivausschuß gebildet werde". Auf Anregung von Kriegsminister Fischer beschloß das Kabinett aber, keinen offiziellen Druck auszuüben, sondern über dieses Thema „unter der Hand" verhandeln zu lassen (HStA Stuttgart, E 130 b 214).

### 3. Vollversammlung des Arbeiterrats Groß-Stuttgart am 25./26. 11. 1918

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll[1]). Überschrift: „Erste Tagung des Arbeiterrats Groß-Stuttgart." Auszüge[2]).**

Die Sitzung[3]) wird [am 25. November] um 9.35 durch den Vorsitzenden des Aktionsausschusses des provisorischen Arbeiterrats Unfried eröffnet.

Vorsitzender UNFRIED: Im Auftrag des Aktionsausschusses des provisorischen Arbeiterrats begrüße ich Sie und wünsche und hoffe, daß die erste Tagung des neugewählten Arbeiterrats[4]) so verlaufen möge, daß sie zum Nutzen der Arbeiterklasse gereiche, daß sie uns einen Schritt vorwärts führe zu dem Ziel, das wir uns gesteckt haben, die Revolution weiter zu führen; es nicht nur bei der politischen Revolution bestehen zu lassen, sondern auch die wirtschaftliche Revolution in die Wege zu leiten. Von diesem Geist möge die erste Tagung des Arbeiterrats getragen sein.

---

[1]) Das Protokoll umfaßt insgesamt 248 Blatt, besitzt aber keine durchlaufende Seitenzählung, sondern ist von A 1 bis UU 2 paginiert. Protokolliert wurde die Sitzung von zwei Kammerstenographen, die sich bei der Aufnahme ablösten. Der eine von ihnen, Kammerstenograph Haas, kennzeichnete den Beginn der von ihm aufgenommenen Textpassagen jeweils mit seinem Namensstempel. Im Protokoll finden sich einige Korrekturen von verschiedenen, nicht identifizierbaren Händen, die nahezu ausschließlich Orthographie und Stil sowie die Schreibweise von Namen betreffen. Aufgrund dieser Korrekturen ist der Schluß erlaubt, daß das vorliegende Exemplar als die offizielle Protokollfassung betrachtet und behandelt wurde.

[2]) Von einem vollständigen Abdruck des umfangreichen Protokolls mußte abgesehen werden, obwohl der Sitzung am 25./26. 11., der ersten großen Versammlung von A.-Räten in Württemberg, eine besondere Bedeutung zukommt; wurden in ihr doch die Differenzen, welche hinsichtlich der Programmatik und der politischen Strategie zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteirichtungen bestanden, ausführlich erörtert und grundlegende Beschlüsse verabschiedet. Die hier abgedruckten Auszüge umfassen etwa ein Drittel des Gesamtprotokolls. Ungekürzt aufgenommen ist der erste Teil der Versammlung: die Eröffnung und die Begrüßung durch Ministerpräsident Blos, der Bericht Unfrieds über die Tätigkeit des Aktionsausschusses und die sich daran anschließenden Auseinandersetzungen, die einen Eindruck von der Atmosphäre vermitteln, in der die Verhandlungen stattfanden, ferner die Ausführungen des Mehrheitssozialdemokraten Eggert und die Rede Hoernles, der die Position der Linken am klarsten artikulierte. Die Beiträge der beiden anderen Fraktionssprecher (Römer und Dr. Bernath) konnten übergangen werden, weil beide Redner inhaltlich keine wesentlich neuen Gesichtspunkte vortrugen. Aus der eingehenden Generaldebatte, die dann folgte, wurden der längere Diskussionsbeitrag Zernickes, der die inhaltliche Position der MSP am eindeutigsten widerspiegelt, und die Ausführungen von Prof. Bonatz, der den Rat der geistigen Arbeiter vertrat, für den Abdruck ausgewählt. Auf diese Auszüge folgen eine Zusammenstellung der behandelten Anträge und Resolutionen sowie die Diskussionsbeiträge zu dem von Zernicke vorgelegten Satzungsentwurf, schließlich die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zum Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart. Teilweise sehr ausführlich befaßte sich die Presse mit dem Verlauf der Sitzung: vgl. insbesondere Schwäbische Tagwacht Nr. 279 und 280 vom 26. bzw. 27. 11. 1918; Schwäbischer Merkur Nr. 555–558 vom 25.–27. 11. 1918; Rote Fahne Nr. 11, 12 und 13 vom 26., 28. und 30. 11. 1918. Die Bedeutung der Sitzung heben übereinstimmend Blos (Monarchie I, S. 43 ff.) und Keil (Erlebnisse II, S. 119 f.) hervor; knappe Hinweise finden sich bei Dähn, S. 307 und passim; Kolb, S. 95 f.; Weller, Staatsumwälzung, S. 132 f., und Kling, S. 136 ff.

[3]) Tagungsort war das Gustav-Siegle-Haus in Stuttgart.

[4]) Zu den Wahlen zum Arbeiterrat vgl. Nr. 2 Anm. 47.

Als Tagesordnung schlagen wir Ihnen vor:
1. Wahl eines Bureaus;
2. Bericht des Vorsitzenden;
3. Beratung der Statuten und einer Wahlordnung;
4. Stellungnahme zur Landesarbeiterratsversammlung;
5. Wahl des Aktionsausschusses;

Hat jemand gegen die Tagesordnung etwas einzuwenden.
Es scheint nicht der Fall zu sein, dann glaube ich, die Annahme feststellen zu können.
Wir kämen dann zum ersten Punkt:

Wahl eines Bureaus.

Ich bitte um Vorschläge.

FISCHER[5]) (zur Geschäftsordnung): Wir haben uns dahin verständigt, zur Leitung der heutigen Versammlung ein Komitee zu bilden, bestehend aus 2 Vorsitzenden mit gleichen Rechten und 4 Schriftführern. Wir haben uns dahin geeinigt[6]), daß von unserer Seite, von der Sozialdemokratischen Partei und den Vereinigten Gewerkschaften als Vorsitzender Zernicke vorgeschlagen werden soll, der andere Vorschlag wird von der Gegenseite erfolgen. Als Schriftführer schlagen wir vor Hugo Werner[7]) und Hermann Haarer[8]). Ich bitte, diese von uns zu wählen.

GROSSHANS: Ich schlage im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats vor als Vorsitzenden Unfried, als Schriftführer Ziegler[9]) und Hans Stetter.

Vorsitzender UNFRIED: Es sind vorgeschlagen als Vorsitzende die Genossen Zernicke und Unfried. Wer dafür ist, daß diese beiden als Vorsitzende fungieren, bitte ich, die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. – Sie sind einstimmig gewählt. Als Schriftführer sind vorgeschlagen worden die Genossen Werner, Haarer, Ziegler und Hans Stetter. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Sie sind einstimmig gewählt. Ich bitte die Genossen, sich hierher zu begeben.

Vorsitzender ZERNICKE: Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein. Bevor ich aber dem Berichterstatter des Aktionskomitees das Wort gebe, werde ich einige geschäftliche Angelegenheiten zu regeln haben. Zunächst die Dauer der Tagung. Das Bureau schlägt vor, heute vormittag bis 12 Uhr zu tagen, dann eine Pause bis 2 Uhr eintreten zu lassen und von 2 Uhr ab weiter zu tagen. Wir hoffen, daß wir an einem Tag mit unseren Beratungen fertig werden. Daraus ergibt sich, daß mit der Nachmittagstagung pünktlich um 2 Uhr begonnen werden muß.
Dann möchte ich im Einverständnis mit dem gesamten Bureau weiter bekannt geben, daß wir eine bestimmte Geschäftsordnung nicht vorgelegt haben, auch nicht vorlegen wollen. Den Referenten, dem Berichterstatter des bisherigen Aktionskomitees sowohl wie den Referenten der hier vorhandenen Gruppen kann und darf die Redezeit nicht beschränkt werden. Erst wenn die einzelnen Gruppen mit ihren Referenten hier ihre Meinung zum Ausdruck gebracht haben, werden wir dazu Stellung nehmen können, ob und inwieweit eine Redebeschränkung in der Diskussion notwendig wird. Ich glaube auch hierüber das Einverständnis der Versammlung zu haben (Zustimmung).

---

[5]) Friedrich Fischer (geb. 1865), von Beruf Buchhändler, gehörte seit 1887 fast ununterbrochen dem Landesvorstand der SPD in Württemberg an, zuletzt als Vorsitzender der Partei in Württemberg, seit 1906 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD); vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 529; Keil, Erlebnisse I bzw. II, passim.
[6]) Im Or.: „vereinigt".
[7]) Hugo Werner (geb. 1877), von Beruf Steindrucker, Angestellter des Lithographen- und Steindruckerverbandes in Stuttgart, Mitglied der SPD; vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 536.
[8]) Hermann Haarer (geb. 1871), von Beruf Kupferschmied, bis 1920 Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 517.
[9]) Georg Ziegler (vgl. Nr. 2 Anm. 35).

Dann eine weitere geschäftliche Mitteilung, daß bei der ganzen Verhandlung es auch hier so gehandhabt werden soll, wie im Parlament, daß sich jeder Fraktions- und Diskussionsredner schriftlich bei dem Schriftführer zum Wort melden soll.
Eingeladen ist außer den Delegierten des neugewählten Arbeiterrats die provisorische Regierung. Als Vertreter der provisorischen Regierung ist Herr Staatsminister Genosse Blos hier. Ich glaube, auch im Einverständnis der Versammlung zu handeln, wenn ich dem Genossen Blos zu einer kurzen Ansprache das Wort erteile, worauf wir in unsere Tagesordnung eintreten können. Erhebt sich gegen diesen Vorschlag Widerspruch? Es geschieht nicht.

Ministerpräsident Blos: Werte Arbeiterräte von Stuttgart! Gestatten Sie mir einige Worte im Namen der Regierung, die mich hierhergesandt hat, um Sie zu begrüßen. Selbstverständlich werde ich mich in Ihre Verhandlungen nicht einmischen. Ich möchte nur mit ein paar Sätzen auseinandersetzen, wie wir uns das Verhältnis zu der neu zu wählenden Kommission denken. Ich glaube, wir machen es so, wie wir es bisher gemacht haben[10]): die Regierung hat sich in allen wichtigen Fragen dem Arbeiterrat gegenüber und dem Soldatenrat gegenüber bereit erklärt, mit ihnen zu beraten und im Einverständnis zu beschließen. Das kann sich selbstverständlich auf die Detailfragen nicht beziehen, mit denen Sie wahrscheinlich selbst nicht behelligt sein wollen. Zugleich erwächst Ihnen daraus die Kontrolle über die Handlungen der Regierung, die Ihnen zusteht und zu der wir uns jederzeit zu stellen bereit sind. Ich habe mit dem vorigen Aktionsausschuß das Abkommen getroffen gehabt, daß wir zweimal oder je nach Wunsch dreimal in der Woche miteinander zusammenkommen, je nachdem wichtige Angelegenheiten vorliegen, und daß wir über diese beraten und zusammen beschließen. Ich glaube, daß es sich auf diese Weise herbeiführen läßt, daß ein befriedigendes Verhältnis entsteht und daß wir beiderseits unsere Arbeiten nach jeder Richtung hin fördern können, was gerade in dieser Zeit, wo uns so viele Schwierigkeiten erwachsen, ein dringendes Bedürfnis ist.
Dann gestatten Sie mir noch einige kurze Worte über die Politik der Regierung. Die politische Revolution ist vorüber und Ihnen und dem Soldatenrat mit Ihnen als den revolutionären Kräften des Landes erwächst mit der Regierung zusammen die Aufgabe, die Früchte der Revolution zu sichern. Die politische Revolution ist gemacht und die alten Gewalten sind beseitigt. Nun aber wird bei niemand die ernsthafte Befürchtung bestehen bleiben, daß die Absicht bestünde, bei der politischen Revolution stehen zu bleiben, sondern, im Gegenteil, jetzt erwächst uns erst die eigentliche Arbeit, die aus dieser großen Tat des Volkes hervorgeht und mit der wir das erreichen können, was unsere Ziele sind, d. h. wir betreiben eine wahrhaft sozialistische Politik. Aus dieser Revolution muß die Verwirklichung des Sozialismus hervorgehen. Nur möchte ich dabei die Bemerkung machen, daß sich das natürlich nicht überstürzen läßt. Denn da gerade erwachsen uns die allerschwierigsten Aufgaben. Auch möchte ich Sie an ein Wort meines großen Freundes[11]) Karl Marx erinnern, der sich in seinem vorausschauenden Geist ungefähr vorgestellt hat, was für Aufgaben uns in solchen Zeiten erwachsen könnten.

---

[10]) Zur Zusammenarbeit zwischen Aktions- bzw. Vollzugsausschuß und Provisorischer Regierung vgl. insgesamt Nr. 2a–f.

[11]) In den Briefen von Marx und Engels wird Blos mehrfach erwähnt (vgl. MEW Bde. 33–38); nachweisbar ist ein Brief von Marx an Blos (ebd. Bd. 34, S. 308 ff.). In den Jahren nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes finden sich in den Briefen Engels sehr kritische Äußerungen über Blos, den Engels zu den „Spießbürgersozialisten" (ebd. Bd. 36, S. 324) rechnete. In einem Brief vom 10. 5. 1883 an Bebel schrieb Engels: „Blos war seinerzeit ein frischer couragierter Kerl, ist aber seit seiner Verheiratung etc. durch Nahrungssorgen rasch mürbe gemacht" (ebd. S. 25).

Er hat zu diesem Punkt in der Einleitung zu seinem großen Werke[12]) gesagt: Selbst wenn man den Bewegungsgesetzen einer Gesellschaft auf die Spur gekommen ist, dann lassen sich notwendige Epochen weder überspringen noch wegdekretieren, aber man kann sie abkürzen und mildern. Ich glaube, daß mit diesen Worten uns die Richtschnur gegeben ist, nach der wir uns bewegen müssen.
In diesem Sinne werden sich auch die Vorarbeiten der Regierung bewegen. Es mag vielleicht manchem von Ihnen manchmal nicht schnell genug gehen, und ich lege Ihnen das Geständnis ab, mir geht es auch nicht schnell genug. Aber wenn Sie die ungeheuren Hindernisse bedenken, die vor einem stehen, nachdem ein Staatswesen völlig umgewälzt ist, nachdem eine tausendjährige Monarchie gefallen ist, so werden Sie sich vorstellen können, mit welchen eigenartigen Erscheinungen man da zu kämpfen hat. Jedenfalls wird es so schnell gehen, als es überhaupt möglich ist. Ich will Ihnen, was Ihnen vielleicht von Interesse ist, mitteilen, welches die nächsten Aufgaben sind. Nachdem wir die dringendste Vorarbeit zum großen Teil erledigt haben, wir haben ja fast alle Punkte des Programms, das bei der Revolution zum Vorschein kam, erfüllt, sind die weiteren Vorarbeiten zunächst die Wahlen. Wir wollen so, wie wir für eine deutsche Nationalversammlung eintreten, auch die Landesversammlung von Württemberg möglichst schnell herbeiführen (Bravo!). Zu diesem Zweck ist das Wahlgesetz in Angriff genommen und auch schon ausgearbeitet[13]). Wir hätten es wahrscheinlich schon herausgebracht, wenn wir nicht zwei unserer Mitglieder nach Berlin hätten delegieren müssen zu den dort stattfindenden Beratungen[14]). Es werden diesmal die Frauen das erstemal in die Wahlbewegung eintreten, eine ganz neue Erscheinung, von der wir hoffen, daß sie zur Besserung unserer Zustände unendlich viel beitragen wird. Ferner will ich, damit man nicht glaubt, daß wir die großen Fragen außer acht gelassen haben, Ihnen sagen, daß ich in allernächster Zeit zwei Kommissionen einsetzen werde, die eine Kommission zur Beratung einer Verfassung für Württemberg, die wir der Landesversammlung vorlegen wollen, und eine zweite Kommission, welche über die Fragen der Sozialisierung berät[15]). Ich weiß, wie dringend diese Frage ist und wie sehr es

---

[12]) Blos bezieht sich hier auf das Vorwort zur 1. Aufl. des Kapitals, in dem Marx schrieb: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist – und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen –, kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern" (MEW, Bd. 23, S. 15 f.).

[13]) Das Wahlgesetz für die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung wurde von der Regierung durch Bekanntmachungen vom 2., 6. und 11. 12. 1918 erlassen (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 6 ff.; Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 284 vom 3. 12. 1918). Es bestimmte, daß der Landesversammlung 150 Abgeordnete angehörten, die im Wege der Verhältniswahl zu wählen waren, wobei das ganze Land einen einzigen Wahlkreis bildete. Wahlberechtigt waren alle Einwohner Württembergs, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten. Vgl. Purlitz, Revolution I, S. 307; Blos, Monarchie I, S. 56, und Weller, Staatsumwälzung, S. 155 f.

[14]) Gemeint ist die Konferenz der Vertreter des Reiches und der einzelstaatlichen Regierungen („Reichskonferenz"), die am 25. 11. 1918 in Berlin stattfand. Die württembergische Regierung hatte zu dieser Konferenz die Minister Crispien und Heymann delegiert. Zum Konferenzverlauf vgl. Regierung der Volksbeauftragten, I, S. 149–250; Purlitz, Revolution I, S. 58 ff.; Benz, S. 57 ff.; Drabkin, S. WZ5 ff.

[15]) Der Verfassungskommission, die vom 17. 12. 1918 bis zum 15. 1. 1919 tagte, gehörten zehn Mitglieder an: vier Vertreter der SPD, zwei der USPD sowie je einer von Zentrum, DDP und Nationalliberalen. Dazu kam als unabhängiger Fachwissenschaftler der Tübinger Staatsrechtsprofessor Wilhelm von Blume. Den Vorsitz in der Kommission führte Keil. Zur Tätigkeit der Verfassungskommission und zum von ihr ausgearbeiteten Verfassungsentwurf vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 125 f., von Blume, S. 172, sowie die ausführlichen Darstellungen bei Weller, Staatsumwälzung, S. 174 ff., und Schiffers, S. 53 ff. In die Sozialisierungskommission, die seit Anfang Dezember unter Vorsitz von Arbeitsminister Lindemann tagte, entsandte der Voll-

gewünscht wird, daß sie nicht hinausgeschoben wird. Diese Kommission wird zusammengesetzt sein aus Gelehrten und Arbeitern, und ich hoffe, daß ein gedeihliches Resultat daraus entspringen und das erreicht wird, was entsprechend unserer Entwicklung ermöglicht ist. Damit habe ich Ihnen ungefähr das Ziel unserer Politik dargelegt. Haben Sie Vertrauen zu uns, wie wir es zu Ihnen haben, und wollen wir zusammenarbeiten, damit ein gedeihliches Resultat herauskommt (Beifall).

Vorsitzender ZERNICKE: Bevor der Berichterstatter das Wort erhält, habe ich noch eine Frage zu erledigen, die die Delegation betrifft. Die Mandatsprüfungskommission hat sich mit dem Wahlresultat beschäftigt und auf Wunsch eines Mitglieds der Mandatsprüfungskommission soll in der ersten Sitzung die Frage entschieden werden, ob die von Feuerbach gewählten Arbeiterratsdelegierten zu dem Arbeiterrat Groß-Stuttgart gehören (Rufe: Jawohl!). Ich sage, die Frage soll entschieden werden. In der Mandatsprüfungskommission ist, soweit ich informiert bin, Einigkeit darüber herbeigeführt, der heutigen Versammlung vorzuschlagen, das Industriegebiet Feuerbach[16]) als zum Groß-Stuttgarter Industriegebiet gehörig zu betrachten und die dort gewählten Delegierten für die heutige Tagung anzuerkennen. Wünscht zu dem von mir gemachten Vorschlag jemand das Wort? Es geschieht nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dafür ist, daß Feuerbach mit seiner Industrie zum Industriebezirk Groß-Stuttgart und damit die Feuerbacher Delegierten zum Groß-Stuttgarter Arbeiterrat gezählt und hinzugezogen werden sollen, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Ich konstatiere die einstimmige Annahme.

Von dem Kassierer des provisorischen Aktionskomitees[17]) werde ich darauf aufmerksam gemacht, bei Beginn der Tagung die Diätenfrage bekanntzugeben. Das Aktionskomitee und der Arbeitsausschuß der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaften schlagen Ihnen vor, allen Arbeiterratsdelegierten einen Diätensatz von 15 M. pro Tag, allen denen, die Arbeitslohn einbüßen, außerdem als besondere Entschädigung gleichmäßig 10 M. zu gewähren, so daß alle diejenigen, die Arbeitsverdienstverlust haben, Diäten von 25 M., alle übrigen Diäten von 15 M. pro Tag erhalten sollen. Wünscht dazu jemand das Wort? – Es geschieht nicht. Wer dafür ist, daß in der hier vorgeschlagenen Weise verfahren werden soll, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Ich konstatiere auch hier die einstimmige Annahme.

Wir treten nunmehr in die offizielle Tagesordnung ein: Bericht des Vorsitzenden.

Berichterstatter UNFRIED: Werte Anwesende! Wenn ich Ihnen ein klares Bild geben soll über die ganz gewaltigen Ereignisse, die sich in den letzten Wochen und Monaten und Jahren abgespielt haben, so muß ich zurückgreifen auf die ersten Anfänge der Opposition gegen den Krieg[18]). Vielen von Ihnen wird wohl nicht bekannt sein, daß schon seit Beginn des Krieges in den Fabriken, in den Werkstätten geheime Organisationen bestanden haben. Diese geheimen Organisationen hatten die Aufgabe, vor allen Dingen zuerst die mündliche Aufklärung unter den Arbeitern, dann die Aufklärung durch

---

zugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart am 29. 11. Eggert, Salm, Unfried und Hoschka; neben weiteren Vertretern der Arbeitnehmerschaft gehörten der Kommission auch mehrere Industrielle an. Zur Tätigkeit der Kommission vgl. den Bericht Eggerts in der Sitzung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 22. 1. 1919 (Nr. 13b, S. 345 f.) und den Bericht von Innenminister Lindemann in der Sitzung der württembergischen Landesversammlung am 12. 6. 1919 (Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 769 ff.). Mit der Frage der Sozialisierung beschäftigte sich die Landesversammlung der A.-Räte eingehend am 17./18. 3. 1919 (vgl. Nr. 9b, S. 291 ff.; s. dort auch die vom Arbeitsministerium Anfang Januar aufgestellten Leitsätze).

[16]) In Feuerbach befand sich u. a. ein Werk der Firma Bosch.

[17]) Kurt Schimmel, s. Nr. 2 Anm. 14.

[18]) Gerade in der Stuttgarter SPD hatte sich die innerparteiliche Opposition 1914 mit am frühesten organisiert, vgl. Einleitung S. XXXIII ff.

Flugblätter und Zeitungen herbeizuführen. Ein Teil der Arbeiterklasse hat sich von Anfang an mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen dieses Völkermorden gewehrt. Sie haben alles aufgeboten, um es zu verkürzen. Leider sind sie eben in der großen Minderzahl gewesen und bis vor kurzer Zeit auch geblieben. Der erste Auftakt zur Beendigung dieses Krieges waren die gewaltigen Demonstrationen, die gewaltigen Streiks, die sich hauptsächlich in Norddeutschland abgespielt haben. Auch hier in Stuttgart hat vor Jahren eine gewaltige Demonstration für Frieden, Brot und Freiheit stattgefunden[19]). Aber viel wuchtiger und viel eindrucksvoller waren jene Massenstreiks im Februar[20]) in Berlin, in Kiel, in Hamburg, überhaupt in den Städten Norddeutschlands. Und nicht vergessen will ich dabei jene gewaltige Bewegung unter der Marine, die ebenfalls schon voriges Jahr mit aller Macht eingesetzt hat.
Alle diese Bewegungen haben die Vorbedingungen geschaffen, daß wir zu dem Punkt gekommen sind, wo wir heute stehen, daß wir die politische Revolution durchführen konnten. Die Marinebewegung, die sich hauptsächlich in Kiel und in Wilhelmshaven abgespielt hat, hat ja voriges Jahr schon eine solche Ausdehnung genommen gehabt, daß viele von ihnen ins Zuchthaus wandern mußten, weil eben die damalige Regierung es nicht dulden konnte, daß ein Teil ihres Heeres sich gegen den Krieg gewandt hat[21]). Es sind auch einige Genossen, einige tapfere Kämpfer,die sich an die Spitze dieser Marinebewegung gestellt hatten, erschossen worden (Pfuirufe). Vor allen Dingen wollen wir des Genossen Reichel[22]) gedenken, der in Köln auf der Festung deswegen, weil er die ganze Bewegung in Kiel geleitet hat, erschossen wurde (Rufe: ermordet!). Aber nicht nur diese Genossen von der Marine mußten für die Ideen, für den Kampf für den Frieden, für den Kampf für die Freiheit ins Gefängnis wandern, auch viel hundert andere von unseren Genossen sind auf Jahre ins Zuchthaus gewandert. Viele haben verschiedene Jahre schon verbüßt, andere sind nun durch diese gewaltige Bewegung nach kurzer Zeit wieder in Freiheit gesetzt worden.
Aber auch hier in Stuttgart hat diese Bewegung schon ganz schöne Dimensionen angenommen gehabt. Es war alles ja nur im geheimen. Die Öffentlichkeit hat nur einiges von einem Aktionsausschuß[23]) erfahren, dessen Namen aber nie in der Öffentlichkeit genannt wurden und auch nicht genannt werden konnten, weil sie sonst den Schergen des damaligen Regierungssystems zum Opfer gefallen wären. Und wir wollen auch denjenigen Genossen, die in den Fabriken so unermüdlich die Kleinarbeit geleistet haben, heute unseren Dank aussprechen und auch jenen anderen Genossen, die sich nicht gescheut haben, vor aller Öffentlichkeit das zu sagen, was notwendig war. Diese Geheimorganisationen, die in den Fabriken bestanden haben, haben sich verkörpert in dem Aktionsausschuß. Und dieser Aktionsausschuß hat diese geheimen Arbeiten geleitet. Der Aktionsausschuß war zusammengesetzt aus Genossen der linksradikalen

---

[19]) Hier bezieht sich Unfried wahrscheinlich auf die Demonstration, die am 26. 6. 1916 in Stuttgart während des Prozesses gegen Karl Liebknecht stattfand. Nach weiteren Protestaktionen gegen die Verurteilung Liebknechts wurden in Württemberg etwa 400 Personen verhaftet, u. a. auch Hoernle und Crispien (vgl. Kling, S. 61 f., Rück, November, S. 11, sowie Rück, vom 4. August, S. 27 f.).

[20]) Gemeint ist der Januarstreik 1918.

[21]) Zu den Matrosenunruhen im Sommer 1917 s. Hans-Joachim Bernhard, Der Aufstand in der deutschen Hochseeflotte im Sommer 1917. Diss. phil., Leipzig 1958; Ernst Legahn, Meuterei in der kaiserlichen Marine 1917/18, Ursachen und Folgen, Herford 1970, S. 9 ff.; III. Gesch. 1929, S. 157 ff., sowie Deutschland im ersten Weltkrieg II, S. 695 ff. Zur älteren Literatur vgl. Deist II, S. 996 f.

[22]) Gemeint ist Max Reichpietsch.

[23]) Nach den Tagebuchaufzeichnungen Rücks (s. III. Gesch. 1929, S. 182 ff.) hatte die Stuttgarter Spartakusgruppe einen fünfköpfigen Aktionsausschuß gebildet. Zur Aktivität der Spartakisten Ende Oktober/Anfang November 1918 s. Einleitung, S. XLVII ff.

Sozialisten. Der 4. November war auch der Tag, an dem diese ganze Aufklärungsarbeit, an dem dieses Aufrütteln der Arbeiter zum erstenmal gekrönt wurde[24]).
Die Demonstration am Montag, dem 4. November, war nur eingeleitet von den Genossen der Linksradikalen. Diese Genossen haben sich gesagt, so, wie die Verhältnisse standen draußen im Felde und hier im eigenen Lande, war es unumgänglich notwendig, daß einmal eine Protestbewegung eingeleitet wird. Wir waren uns auch klar darüber und wir waren uns auch bewußt, daß diese Bewegung getragen war von dem ungeheuren Unwillen gegen dieses ganze System unter der Arbeiterklasse. In den Fabriken und überall sind Tag für Tag Diskussionen gepflogen worden, überall, wo man gefahren ist, auf der Eisenbahn oder in der Straßenbahn, überall ist der Mißstimmung Luft gemacht worden. Und da hatten wir uns gesagt: Jetzt müssen wir anfangen. Es sind zu dieser Aktion keine großen Vorbereitungen getroffen worden. Ich kann Ihnen heute verraten, daß diese ganze Aktion, die am Montag stattgefunden hat, erst am Samstagabend [2. 11.] eingeleitet wurde[25]). Wenige Genossen des Aktionsausschusses hatten die ganzen Nächte hindurch gearbeitet, um die Flugblätter zu drucken und das Material herbeizuschaffen, das notwendig war, damit die Massen aufgerüttelt, vielmehr zum letzten Schlag aufgerüttelt werden konnten. Wir hatten dann am Sonntag noch mit den verschiedenen Vertretern der großen Fabriken Besprechungen und sind uns darin einig geworden, daß der Montag der Tag der gewaltigen Erhebung sein soll. Und es ist uns auch gelungen. Unsere Saat, die wir ausgestreut haben, ist auf guten Boden gefallen, und die Früchte davon haben wir ja nun schon, wenigstens einen Teil der Früchte, heute schon geerntet.
Dieser Demonstration, das muß gesagt werden, ist von einem Teil der Arbeiterbewegung, hauptsächlich von den Gewerkschaften und den Mehrheitssozialisten, ganz energischer Widerstand entgegengesetzt worden (Pfuirufe). Es hat ein regelrechter Kampf in den Fabriken zwischen diesen beiden Richtungen stattfinden müssen[26]). Aber die Vernunft und der Wille, daß endlich einmal etwas geschehen soll, haben gesiegt und haben sich über den Willen dieser Aufhalter oder Hemmer der Bewegung hinweggesetzt. Von dem Tage nach der Demonstration haben wir Tag für Tag unermüdlich gearbeitet. Denn wir wußten, daß jetzt der größte Teil der Arbeiterschaft auf unserer Seite war, daß die Arbeiterklasse bereit war, nicht nur auf die Straße zu gehen, um schließlich bloß Forderungen zu erheben, nein, daß die Arbeiterklasse auch bereit war, diese einmal gestellten Forderungen zu erzwingen (Sehr gut!). Wir haben dann noch ein engeres Netz über die großen Betriebe gespannt und einen provisorischen Arbeiterrat ins Leben gerufen. Diese Arbeiterratsmitglieder konnten ja damals noch nicht gewählt werden, sondern sie haben sich nur aus denjenigen Genossen zusammengesetzt, die seither diese ungeheure Arbeit geleistet haben[27]). Und dieser Arbeiterrat hat dann auch sein erstes Mitteilungsblatt, die Rote Fahne, in die Welt hinausge-

---

[24]) Vgl. Einleitung, S. L ff.
[25]) Anfang November hatten die Stuttgarter Spartakisten Hoschka nach Berlin entsandt, um ihr Vorgehen mit der Berliner Zentrale der Spartakusgruppe abzustimmen. Hoschka nahm am 2. November in Berlin an einer Beratung des Vollzugsausschusses der revolutionären Obleute teil, in der der 4. 11. als Aktionstermin festgelegt wurde. Hoschka kehrte unmittelbar nach dieser Besprechung nach Stuttgart zurück, um die Stuttgarter Gruppe über die Pläne zu informieren. Daraufhin traf man in Stuttgart noch am Abend des 2. 11. erste Vorbereitungen, ohne bis zum 4. 11. zu erfahren, daß man in Berlin den Aktionstermin um eine Woche verschoben hatte. Vgl. Einleitung, S. L.
[26]) Dazu vgl. Köhler, S. 117 ff., und die Tagebuchaufzeichnungen Rücks (Ill. Gesch. 1929, S. 184), s. ferner Einleitung, S. LI.
[27]) Gemeint ist der am 4. 11. gebildete provisorische A.-Rat (vgl. Rote Fahne Nr. 1 vom 5. 11. 1918). Aufgrund der in der Nacht vom 7. auf den 8. 11. in Stuttgart vorgenommenen Verhaftungen sind die Namen der wichtigsten Mitglieder dieses A.-Rates bekannt (vgl. Anm. 32).

sandt[28]). Die Rote Fahne ist ja überall in allen Arbeiterkreisen begeistert aufgenommen worden. Dadurch war für uns der Boden geebnet, daß es nicht mehr fern sein konnte, wo wir eine ganz gewaltige Aktion einleiten konnten, um dieses ganze Regierungssystem zu stürzen.
Am Freitag vor dem 9. November sind dann die Gewerkschaften und die Mehrheitspartei an uns herangetreten, um eine Einigung mit uns zu erzielen zu einer gemeinsamen Aktion, die am Samstag, dem 9. November, stattfinden sollte. Durch die Zeitungen war uns ja bekannt, daß die Mehrheitssozialisten und die Gewerkschaften das Verlangen an den Kaiser gestellt hatten, daß er in 24 Stunden abzudanken habe, andernfalls sie in eine Bewegung eintreten würden. Zu diesem Zweck sollte dann diese Demonstration am Samstag stattfinden. Die Einigungsverhandlungen haben auch stattgefunden. Es wurden verschiedene Genossen von der U.S.P., von dem Arbeiterrat und auch von dem Aktionsausschuß und von der Gruppe der Spartakusleute [als] Delegierte zu den Verhandlungen entsandt. Wir sagten uns von vornherein, daß wir uns gegen diese Bewegung nicht wehren können, sondern daß wir diese Bewegung eben in unserem Sinne ausnützen müssen. Die Verhandlungen haben dann auch eine Einigung ergeben. Wir haben uns auf ein Programm, das Ihnen ja allen bekannt ist, das am Samstag in Massen verbreitet wurde, geeinigt[29]). Wir haben uns aber nur so weit geeinigt, daß – von den Vertretern der gewerkschaftlichen Partei wurde [dies] gewünscht – daß diese Bewegung nur eine Demonstration sein soll (Hört! hört! links).
Die Demonstration sollte ungefähr so verlaufen, wir haben da einen kleinen Plan aufgestellt: Vormittags 8 Uhr sollten die ganzen Betriebe von Groß-Stuttgart die Arbeit einstellen und die Arbeiter dann in geschlossenen Zügen nach dem Innern der Stadt marschieren (Rufe: Mit Musik!). Mit Musik, auch das; die Musik hat sich nachher hinzugesellt. Es wurde dann noch festgelegt, auf welchen verschiedenen Plätzen die großen Massenversammlungen stattfinden sollten, auch wurde festgelegt, welche Redner auf diesen verschiedenen Plätzen sprechen sollten, daß von uns einer und einer von den Mehrheitsparteien je sprechen sollte. Es wurde ferner festgelegt, daß zu einer bestimmten Zeit Resolutionen angenommen werden sollten, und nach Annahme dieser Resolutionen sollte ein Umzug durch einige Straßen des Innern der Stadt vorgenommen werden, um nachher wieder friedlich auseinanderzugehen. Wir aber, der Arbeiterrat und der Aktionsausschuß, waren uns klar, daß wir es bei dieser Demonstration nicht bewenden lassen konnten. Deshalb hat auch der Aktionsausschuß und der Arbeiterrat seine Unterschrift unter dieses Programm nicht gegeben. Verschiedene Leute der U.S.P. waren auch ungefähr derselben Ansicht, daß es bei einer Demonstration verbleiben solle. Aber wir sagten uns, unter keinen Umständen dürfen wir noch einmal auf die Straße gehen, um nur einen Spaziergang zu unternehmen (Sehr richtig!). Wir waren gewillt, eventuell, wenn es notwendig ist, Gewalt anzuwenden, um dieses Regierungssystem zu stürzen (Bravo! links). Wir hatten noch bis in die Morgenstunden von Freitag auf Samstag Beratungen mit den Arbeiterräten, mit dem Aktionsausschuß und den Soldatenräten. Wir hatten diese geheime Organisation, die auch in den Kasernen schon durchgeführt wurde[30]), so organisiert. Wir haben einen Plan aufgestellt, wie wir vorgehen wollten, um vor allen Dingen die Soldaten auf unsere Seite zu bekommen.

---

[28]) Vgl. Nr. 2 Anm. 2.
[29]) Zum Verlauf dieser Verhandlungen s. Keil, Erlebnisse II, S. 50 f. Die 9 Punkte des Programms sind ebd. S. 51 f. abgedruckt; vgl. auch Blos, Monarchie I, S. 19 f., III. Gesch. 1968, S. 124.
[30]) Es ist unklar, ob sich in der Garnison Stuttgart bereits vor dem 9. 11. ein S.-Rat konstituierte. Schreiner, der im Auftrag der Stuttgarter Spartakusgruppe S.-Räte gründen sollte, bemerkt lediglich ohne Angabe des genauen Zeitpunktes (Der Rote Soldatenbund, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2, 1960, S. 813): „In Stuttgart organisierten wir gleichzeitig mit dem ersten illegalen Arbeiterrat einen illegalen Soldatenrat." In den Tage-

Ich muß hier noch etwas vorausschicken. Die Soldatenbewegung hat auch schon einige Wochen vorher eingesetzt gehabt. Wir hatten verschiedene mutige Genossen unter den Soldaten der verschiedenen Kasernen, und diese hatten auch eine intensive Agitation unter den Soldaten betrieben mit Flugblättern und Handzetteln, und auch die mündliche Agitation hat ihr Möglichstes getan. Sie wissen ja, daß am Sonntag vor dem 4. November die ganze Garnison alarmiert war, das war ja das Produkt unserer Agitation, die wir in den Kasernen getrieben hatten. Denn es ist natürlich der Behörde nicht unbekannt geblieben, daß überall in allen Kasernen Flugblätter verbreitet wurden mit der Aufforderung, vor allen Dingen nicht auf ihre Arbeitsbrüder, auf ihre Väter und Mütter und Schwestern und Brüder zu schießen. Denn wir mußten ja damit rechnen, weil ja an verschiedenen Punkten der Stadt Maschinengewehre aufgestellt waren.
Also wir sagten uns, daß es bei dem nicht bleiben konnte, und wir haben auch schon am Samstag früh in den Fabriken die Arbeiter gleich darauf aufmerksam gemacht, sie sollen sich dessen bewußt sein, daß es kein Spaziergang ist, sondern daß sie sich darauf gefaßt machen müssen, daß heute eventuell Blut fließt. Denn wir wollten unter keinen Umständen, daß nur eine friedliche Demonstration stattfinden soll. Nachdem die Daimlerwerke die Arbeit niedergelegt hatten, wurden die dortigen Kraftfahrer sofort mitgerissen, sie haben sich dem Zug angeschlossen, und da zogen wir nach der Stadt. Den Hauptplan und die Hauptstoßkraft haben wir zunächst auf die Bergkaserne gerichtet gehabt. Diese Soldaten wollten wir vor allen Dingen zuerst auf unsere Seite bekommen. Es wurde ja zuerst einiger Widerstand entgegengesetzt. Wir mußten erst verschiedene Fensterscheiben und Türen einschlagen, ehe uns die Tore der Kaserne geöffnet wurden. Dort hat sich ein ziemlicher Kampf nochmals abgespielt. Aber die Vernunft der Soldaten hatte gesiegt, sie hatten ihre Offiziere, ihre Vorgesetzten beiseite geschoben und sich der Demonstration angeschlossen (Bravo!). Dadurch wurde unserer ganzen Demonstration ein neues Gepräge gegeben. Nun wußten wir, daß wir die Macht für diesen Tag in den Händen hatten: Die Soldaten waren auf unserer Seite. Wie wir dann in die Stadt kamen, war ja von verschiedenen Genossen auch dort schon Arbeit geleistet worden, indem die Wache des Waisenhauses, die mit Maschinengewehren ausgerüstet war, beseitigt worden ist, ebenso die Schloßwache und die Wache vor dem Palais. Die Versammlung, die auf dem Karlsplatz stattgefunden hat, hat noch die nötige Begeisterung unter den Soldaten geweckt, damit auch die anderen Soldaten in den verschiedenen Kasernen, wie z. B. in der Rotebühlkaserne und Moltkekaserne, mitgerissen werden konnten[31]). Die Mehrheitssozialisten und die Gewerkschaften hatten nicht geglaubt, daß diese Demonstration eine solche gewaltige Dimension annehmen könnte (Widerspruch), und dadurch hatten wir ihnen auch das Heft aus den Händen gerissen. Ich gebe ohne weiteres zu, daß an dem Tag von uns ein Fehler gemacht wurde, indem wir nicht gründlichere Arbeit geleistet haben (Sehr richtig! links).
Genossen! Ich muß auch noch das erwähnen, daß unsere führenden Genossen vor der Demonstration am Freitag früh alle verhaftet worden sind[32]). Das hat ja schon etwas

---

buchaufzeichnungen Rücks (III. Gesch. 1929, S. 184) findet sich der Hinweis, in den provisorischen A.-Rat hätten „einige Genossen aus den Kasernen hinzugezogen werden sollen", vgl. Rote Fahne Nr. 1 vom 5. 11. 1918; Kluge, S. 93 ff.

31) Zum Verlauf der Demonstration am 9. 11. s. Keil, Erlebnisse II, S. 69 ff.; Blos, Monarchie I, S. 21 f.; III. Gesch. 1968, S. 124 f.; Weller, Staatsumwälzung, S. 106 ff., und Kling, S. 102 ff. Vgl. auch die anschauliche Schilderung des Demonstrationsverlaufs in der Roten Fahne (Nr. 2 vom 15. 11. 1918) sowie den Erinnerungsbericht von Wilhelm Kohlhaas (Revolutionserlebnisse 1918, in: Schwäbische Heimat, 19, 1968, S. 233–242, hier: S. 237 f.).

32) Laut einer Mitteilung der Polizeidirektion Stuttgart vom 8. 11. 1918, nachm. 16.45 an das Innenministerium (HStA Stuttgart, E 150 I 2051, Bd. III) wurden folgende 16 Personen „in polizeiliche Sicherheitshaft genommen und ins Amtsgerichtsgefängnis Tübingen überführt": Karl Großhans, Eugen Wirsching, Franz Grimm, Karl Seebacher, August Weiß, Oskar Förster,

ganz Bedeutsames für sich, daß gerade vor dieser Demonstration, die ja auch behördlich genehmigt wurde, unsere führenden Genossen ins Gefängnis gesperrt wurden. Die Arbeiter in den Fabriken haben sie aber wieder herausgeholt, indem sie bei der Regierung vorstellig geworden sind und ganz energisch Protest eingelegt haben. Es wird gesagt, daß die Gewerkschaften die Genossen mit befreit hätten (Rufe: O je!). Genossen! Das waren die Arbeiter, und wer zuerst vorstellig wurde, das war der Arbeiterausschuß der Daimlerwerke, und dieser Arbeiterausschuß war beauftragt worden von den Daimlerarbeitern. Also ist es nur die Ausführung des Willens der Daimlerschen Arbeiter und der übergroßen Mehrzahl der Arbeiter gewesen. So kann nicht gesagt werden, daß die Gewerkschaften und die Mehrheitssozialisten diese Arbeiter befreit hätten[33]). Eben dadurch, daß ein großer Teil von unseren führenden Genossen an dem Samstag nicht da sein konnte, sind wir etwas ins Hintertreffen geraten, konnten wir auch unsere Macht nicht so ausnützen, wie es notwendig gewesen wäre. Wären diese Genossen da gewesen, hätten sie sofort tatkräftig mit eingreifen können, Sie dürfen sicher glauben, dann wäre viel gründlichere Arbeit geleistet worden (Sehr richtig! links). So hat es uns aber an Kräften gefehlt, die mutig genug waren, um einmal dieses ganze Regierungssystem und auch all die damit verbundenen Organe zu beseitigen.

Am Sonntagabend [10.11.] hat dann die erste Arbeiter- und Soldatenratssitzung getagt[34]). Die Arbeiterratssitzung ist ja ziemlich stürmisch verlaufen. Sie ist stürmisch verlaufen deshalb, weil die vielen Alarmnachrichten, die von draußen hereinkamen, von der Gegenrevolution, die schon im Gange wäre, von der Bewegung unter den Offizieren, unter den Arbeiter- und Soldatenräten Verwirrnis hervorgerufen haben, wodurch auch eine klare Verhandlung nicht möglich gewesen ist. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat aber einen Aktionsausschuß eingesetzt, bestehend aus 8 Arbeiterräten und 7 Soldatenräten[35]). Dieser Aktionsausschuß sollte die Geschäfte solange leiten, bis ein ordentlich gewählter Arbeiter- und Soldatenrat zusammentreten konnte. Der Aktionsausschuß hat dann zunächst die Wahlen zum Arbeiterrat eingeleitet und auch durchgeführt. Wir hatten uns in der ungeheuren Arbeit, die die Durchführung der Wahlen erforderte, etwas getäuscht; denn wir hatten ausgeschrieben, daß die Wahlen bis spätestens Freitag beendet sein sollten. Das war aber nicht möglich, und deshalb ist auch die Hinausschiebung der ersten Tagung des Arbeiterrats erfolgt, deshalb konnte sie auch erst heute stattfinden. Wir hatten zu der Durchführung der Wahlen die Partei und die Gewerkschaften herangezogen. Wir hatten sie auch bevollmächtigt, daß sie überall in den Fabriken die Wahlen durchführen konnten.

Wir haben uns dann in einer Reihe von Sitzungen, die auch zum Teil gemeinsam mit

---

Otto Braune, Karl Straub, August Steiner, Hermann Rist, Leonhard Maurer, Felix Haupt, Heinrich Breitinger, Max Zschocher, Hans Stetter und Johann Ziegler; vgl. Kling, S. 98 f.; Keil, Erlebnisse II, S. 40 f.; III. Gesch. 1968, S. 123 f.

33) In den Erinnerungen Keils (Erlebnisse II, S. 41 ff.), in denen die Vorgeschichte der Freilassung der 16 Verhafteten sehr eingehend dargestellt ist, findet sich eine anderslautende Version. Danach intervenierte Keil am Morgen des 8. 11. zunächst allein bei Innenminister Köhler „und legte ihm die Freilassung der Festgenommenen dringend nahe" (ebd. S. 44). In einer zweiten Besprechung mit dem Minister eine Stunde später, an der die Vorsitzenden des Daimlerschen Arbeiterausschusses Salm und Schifferdecker sowie die Gewerkschaftsfunktionäre Vorhölzer und Hosenthien teilnahmen, erklärte sich Köhler dann bereit, die Freilassung der Verhafteten anzuordnen. Diese Zusage löste Köhler auch ein. Am Morgen des 9. 11. wurden die Inhaftierten in zwei Abteilungen freigelassen und von Tübingen nach Stuttgart zurückgebracht (vgl. dazu Schreiben des Gefängnisvorstandes Tübingen an Innenminister vom 9. 11. 1918, HStA Stuttgart, E 150 I W051Q Bl. 1651). Auch Zernicke bestätigte, daß Keil zunächst allein bei Köhler intervenierte (vgl. unten S. 56); s. auch III. Gesch. 1968, S. 124; Köhler, S. 132 ff.

34) Zum Verlauf und zu den Ergebnissen dieser Tagung s. Nr. 1.

35) Zu den folgenden Ausführungen Unfrieds über die Tätigkeit von Aktions- und Vollzugsausschuß vgl. insgesamt Nr. 2.

dem Aktionsausschuß der Soldatenräte stattgefunden haben, mit den zunächst liegenden Aufgaben befaßt, die zur Durchführung gelangen mußten. Da war uns vor allen Dingen das Nächste, daß wir die Kontrolle über die Stadtverwaltung, die Kontrolle über die Regierung verlangen mußten. Solange ein Arbeiterrat vom ganzen Lande noch nicht gewählt werden konnte oder noch nicht bestand, mußten wir als das Zentralorgan der Arbeiterräte von Württemberg gelten, und wir hatten auch an die provisorische Regierung die Forderung gestellt, daß wir als kontrollierendes Organ gelten sollen. In einer Sitzung mit der Regierung ist uns auch dieses Kontrollrecht zugestanden worden. Es wurde uns zugesichert, daß keine wichtigen Beschlüsse, keine wichtigen Verordnungen oder keine wichtigen sonstigen Angelegenheiten ohne unsere Genehmigung zur Durchführung gelangen konnten.

Wir haben uns dann auch mit der Frage der Presse befaßt. Die Frage der Presse war für uns eine außerordentlich wichtige, denn die bürgerliche Presse hatte gleich nach einigen Tagen der Revolution schon wieder eingesetzt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen uns zu hetzen (Sehr richtig!). Wir mußten uns daher unbedingt ein Organ schaffen, in dem wir unsere Meinung und unsere Ideen vertreten und propagieren wollten, in dem wir ebenfalls unsere Beschlüsse und unsere Beratungen veröffentlichten, um sie der großen Masse vorzulegen. Um dies zu erreichen, haben wir mit der Regierung verhandelt. Wir hatten die Forderung gestellt, daß irgendeine bestehende Tageszeitung für uns sistiert werden soll. Wir hatten die Württemberger Zeitung vorgeschlagen, weil das die technisch besteingerichtete Zeitung hier in Stuttgart ist, und dann haben wir uns auch von dem Gedanken leiten lassen, weil schon zwei Organe hier in Stuttgart bestehen, die farblos sind oder nicht direkt farblos, sondern ungefähr auf demselben Standpunkt stehen, die Württemberger Zeitung und das Stuttgarter Tagblatt[36]). Diese beiden Zeitungen sind ja auch geschäftlich miteinander verbunden. Wir sagten uns, daß eine solche Zeitung gut für einige Zeit verschwinden kann, bis wir ein eigenes Organ schaffen können. Die Regierung hat aber dem nicht zugestimmt, daß wir diese Zeitung einfach sistieren. Sie hatte Angst bekommen, dadurch wäre natürlich die Hand an das Privateigentum gelegt worden, und das wollte sie unter keinen Umständen. Wir sollten mit der Württemberger Zeitung verhandeln, ob es nicht so möglich wäre, daß die Württemberger Zeitung nebenher unsere Zeitung druckt. Wir haben dann auch Verhandlungen gepflogen. Die Württemberger Zeitung hatte natürlich abgelehnt, sich aufzugeben und uns den ganzen Text und Apparat zur Verfügung zu stellen, sondern sie hat uns nur zugesichert, daß sie den Druck übernehmen wolle, wenn wir uns verpflichten, ihr das nötige Papier zu liefern. Dadurch hat es sich dann ermöglicht, daß wir eine Zeitung ins Leben rufen konnten. Den Namen der Zeitung haben wir übernommen vom ersten Mitteilungsblatt des Arbeiterrats: Die Rote Fahne. Als Redakteure wurden von dem Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats die Genossen Thalheimer und Hoernle eingesetzt. Der Aktionsausschuß der beiden Räte war sich bewußt, daß diese beiden Genossen die konsequentesten Vertreter des Sozialismus waren und daß in diesen Händen vor allen Dingen die Sicherheit verbürgt war, daß sie die Revolution in unserem Sinne, wie wir's gedacht hatten, durchführen wollten oder wenigstens die Ideen dazu propagierten. Wir hatten, das möchte ich noch erwähnen, damit die Zeitungsfrage erledigt ist, natürlich ungeheure Schwierigkeiten wegen der Papierbeschaffung. Dadurch ist es auch gekommen, daß die Rote Fahne, nachdem die erste Auflage 100000 gehabt hatte, bis auf die jetzige Auflage von 20000 herunter mußte, weil

---

[36]) Klaiber (Presse, S. 341) beziffert die Auflagenhöhe der Württemberger Zeitung „unmittelbar vor dem Weltkrieg" mit 58000 Exemplaren; das Stuttgarter Neue Tagblatt, das seit 1914 zweimal täglich erschien (Auflage 80000), war laut Klaiber (ebd. S. 346) „die verbreitetste württembergische Zeitung". Beide Blätter standen dem Liberalismus nahe.

eben nicht das nötige Papier vorhanden war. Wir hatten an die Regierung die Forderung gestellt, daß dann wenigstens so weit gegangen werden sollte, daß die zweiten Ausgaben der bürgerlichen Zeitungen verschwinden sollten, denn es mußte doch für die bürgerliche Presse unbedingt genügen, daß 5 oder 6 ihrer Organe[37]) jeden Tag einmal erschienen und nicht zweimal. In Wirklichkeit sind aber zwei Organe jeden Tag zweimal erschienen. Wäre das Papier dieser beiden Organe uns zur Verfügung gestellt worden, dann hätten wir jeden Tag die Auflage von mindestens 50–70000 erhalten können und dadurch wäre es uns auch möglich gewesen, unsere Zeitung in größeren Massen in das Land hinauszusenden. So mußten wir uns aber auf einen kleinen Kreis beschränken.

Wir haben dann zur Durchführung der Kontrolle über die Stadtverwaltung eine Sitzung mit dem Oberbürgermeister Lautenschlager gehabt[38]). Wir haben ihm unsere Vorschläge unterbreitet, vor allen Dingen zunächst die Kontrolle über die Lebensmittelversorgung durchzuführen. In diesem Punkt hat er uns auch seine Zusicherung gegeben, daß er uns dabei unterstützen wolle und daß er auch uns als Aufsichtsorgan in der Lebensmittelverwaltung anerkennen wolle. Dann haben wir uns mit ihm über die Wohnungsfrage besprochen. Die Wohnungsfrage, die jetzt eine so ungeheuer brennende ist, bedarf einer ganz bestimmten Reform. Wir haben dem Oberbürgermeister auch ganz bestimmte Vorschläge gemacht, wie wir unsere Arbeit in der Wohnungskommission dachten. Wir haben vorgeschlagen, daß zunächst alle leerstehenden Wohnungen, alle leerstehenden Schlösser sofort beschlagnahmt werden sollen, um sie für Wohnungen einzurichten. Es wurde uns da vom Herrn Oberbürgermeister manch Ergötzliches über die Ausstattung der Schlösser erzählt. Ich will Ihnen das nicht vorenthalten; wir konnten ja diese Aussagen des Oberbürgermeisters nicht nachprüfen, ob es sich in Wirklichkeit so verhält. Wir hatten vorgeschlagen, die Zimmer des großen neuen Schlosses sofort für Notwohnungen umzubauen. Der Oberbürgermeister meinte, daß das nicht durchführbar wäre, weil die Zimmer des Schlosses nicht heizbar seien, dann weil sich im Schloß keine Aborte befänden. Wir haben das natürlich angezweifelt, wir konnten uns das gar nicht vorstellen, daß in einem solch gewaltigen Bau, der 365 Zimmer hat, nicht einmal Aborte eingerichtet sein sollen. Er hat uns dann eine Geschichte erzählt von den großen Hofbällen, die stattgefunden hätten, da wäre es notwendig gewesen, hinter dem Schloß Kübel aufzustellen, um dort die Notdurft zu verrichten. Es wäre auch tatsächlich eine solche – ich will dieses Wort nicht gerade gebrauchen – Schweinerei gewesen, daß die Gesellschaftsdamen, wenn sie wieder in den Saal hereingehen wollten, direkt durch den Schmutz gehen mußten. Ich habe gleich gesagt, daß diese bezeichnend wäre für die Gesellschaft, die dort in den Lokalen verkehrt hätte. Wir können natürlich nicht nachprüfen, ob sich das so verhält, aber wir werden auf un-

---

[37]) Zur in Stuttgart erscheinenden bürgerlichen Presse zählten neben der Württemberger Zeitung und dem Stuttgarter Neuen Tagblatt (s. Anm. 36) noch der Beobachter (linksliberal), das Deutsche Volksblatt (Organ der Zentrumspartei, Auflage 5–10 000), der Schwäbische Merkur (den Nationalliberalen nahestehend) und die Süddeutsche Zeitung, die in der Ulmer Zeitung (Nr. 290 vom 10. 12. 1918) als „württembergisches Hauptorgan der alldeutschen Kriegshetzer" klassifiziert wurde. Das Organ der Stuttgarter SPD war die Schwäbische Tagwacht (Auflage 23000); die USPD gab in Stuttgart den Sozialdemokrat heraus; dazu kam noch als Sprachrohr der Stuttgarter Spartakusgruppe die Rote Fahne (s. Nr. 2 Anm. 2). Die Auflagenzahl und die politische Richtung der bürgerlichen Zeitungen und der Schwäbischen Tagwacht sind aus Klaiber, Presse, S. 341 ff., entnommen; vgl. auch Kurt Maier, Das Zeitungswesen in Württemberg. Seine Entstehung und seine Entwicklung. Diss. phil. Tübingen 1921, S. 155 ff. Zur politischen Ausrichtung und dem Verbreitungsgebiet der württembergischen Presse s. auch Stefan Ulrich, Die wirtschaftliche Entwicklung der württembergischen Zeitungen in der Gegenwart. Diss. phil. Berlin 1922, S. 2–20.

[38]) Diese Sitzung fand am 20. 11. statt, s. Nr. 2 f.

serer Forderung beharren, daß dies durchgeführt werden muß. Was dann die Beschlagnahme der Villen betrifft, so wollte der Herr Oberbürgermeister auch nicht daran. Er meinte, daß es schließlich so gehen würde, wenn man einen Aufruf an die Öffentlichkeit ergehen lasse, damit für die Flüchtlinge Wohnungen bereitgestellt würden. Das kann aber für uns nicht genügen. Nein, wir müssen vor allem darauf sehen, daß es unter keinen Umständen angängig ist, daß z. B. Wohnungen mit 10 und 12 Zimmern manchmal nur von 2 Personen bewohnt werden. Hier muß Reform geschaffen werden, daß mindestens die Hälfte der Zimmer für Notwohnungen bereitgestellt werden soll, denn wir leben jetzt in einer außergewöhnlichen Zeit und da müssen auch außergewöhnliche Maßnahmen zur Durchführung gelangen (Sehr richtig!).
Wir haben dann noch über eine ganze Reihe von Fragen in unseren Sitzungen Beratungen gepflogen, wir haben auch die Kontrolle über die Polizeiorgane übernommen und auch dort die Kontrolle schon durchgeführt. Wir haben die Lebensmittelpolizei kontrolliert und hier schon ersprießliche Arbeit geleistet: Es ist eine ganze Reihe von Hamsterlagern von uns schon ausgehoben worden, wo ziemlich erkleckliche Summen von Fett und Mehl und sonstigen schönen Sachen erbeutet wurden[39]). Ebenso haben wir die politische Abteilung sofort unter unsere Kontrolle gestellt. Wir haben die politischen Akten beschlagnahmen lassen, soweit sie noch vorhanden waren. Der größte Teil der politischen Akten ist von der Polizei vernichtet worden (Hört! hört!) am Tag der Revolution, ein Beweis dafür, daß sie eben kein reines Gewissen hatte, daß sie befürchtete, daß wir sie nachträglich noch zur Verantwortung ziehen wollten und auch zur Verantwortung gezogen hätten und sie auch noch ziehen werden (Sehr richtig!). Es sind uns verschiedene Akten erhalten geblieben, aber ob es die wichtigsten sind, konnte bis heute noch nicht festgestellt werden, da die Kommission noch mitten in ihrer Arbeit steht. Wir haben in diese Kommission tüchtige Leute entsandt, auch Juristen, die diese Akten vom juristischen Standpunkt aus prüfen, dann haben wir unsere Genossen zur Kontrolle hineingesandt und auch Genossen, die diese ganzen Akten literarisch verarbeiten, damit wir sie nachher zur Aufklärung und Propaganda verwenden können[40]). Der Oberbürgermeister glaubte natürlich, diese Herren in Schutz nehmen zu müssen, indem er sagte, sie hätten nur den Befehl ausgeführt, der an sie ergangen wäre. Man solle doch nicht glauben, daß die Leute es aus bösem Willen getan hätten. Sie hätten eben gedacht, sie haben keinen Wert mehr, man könne sie verbrennen (Heiterkeit). Sie wußten natürlich auch sehr gut, daß die Akten einen sehr großen Wert, einen dauernden Wert hatten. Denn als geschichtliches Material brauchen wir sie unbedingt, und dazu sollen sie auch verarbeitet werden.
Es ist dann noch in dem Aktionsausschuß ein Beschluß gefaßt worden, der auch unter den Gewerkschaften einige Mißstimmung hervorgerufen hat[41]). Ich will den Beschluß vorlesen und auch erläutern. Sie werden dann sehen, daß tatsächlich die Gewerkschaften den ganzen Antrag falsch aufgefaßt haben. Er lautet:
„Der Arbeiterrat als Einheitsorganisation aller Arbeiter ist allen bisherigen Organisa-

---

[39]) Eine genaue Aufstellung der im Alten Schloß beschlagnahmten Lebensmittel findet sich bei Blos, Monarchie I, S. 45 f.

[40]) Die Vernichtung von Polizeiakten illustriert folgendes von Kohlhaas (vgl. Anm. 31) geschildertes Erlebnis eines Kriminalkommissars, der seiner Stuttgarter Dienststelle einen Bericht über die Vorfälle in Friedrichshafen einreichen wollte: „Als Boxler mit seinem Bericht nach Stuttgart zurückkam, fand er seinen Vorgesetzten im Hof der damaligen Stadtdirektion (an der Neuen Brücke) damit beschäftigt, einen großen Waschkessel mit Dienstakten zu heizen, und erhielt den Bescheid: ‚Thun Se Ihren Bericht no au glei mit derzu – mir habe Revolution' " (ebd. S. 236). Zur Tätigkeit der Kommission, die vom Stuttgarter A.-Rat für das Polizeiwesen eingesetzt wurde, s. den Rechenschaftsbericht von Großhans in der Vollversammlung des A.-Rates Stuttgart am 29. 4. 1919 (Nr. 13d, S. 349).

[41]) Vgl. Nr. 2d.

tionen und Funktionären der Arbeiterbewegung übergeordnet. Seine Beschlüsse sind maßgebend. Gewerkschaftsfunktionäre, wenn sie nicht selbst Mitglieder der Arbeiterräte sind, können als Sachverständige zugezogen werden. Grundsätzlich haben sie sich selbständigen Vorgehens zu enthalten."

Der Antrag ist entstanden, nachdem uns Kunde wurde, daß der Oberbürgermeister mit den Vertretern der Gewerkschaften und den Funktionären der Gewerkschaften eine Sitzung anberaumt hatte, in der die ganzen Fragen der Übergangswirtschaft besprochen werden sollten. Und da haben wir uns gesagt, daß allein der Arbeiterrat maßgebend ist, um diese Maßnahmen durchzuführen (Sehr richtig!). Es sollen nicht die Gewerkschaften und die Partei in solchen Fragen eigenmächtig vorgehen, sondern nur in Verbindung mit dem Arbeiterrat (Sehr richtig!). So ist der Antrag entstanden und so ist der Antrag zu verstehen. Er ist von den Vertretern der Gewerkschaften aufgefaßt worden, als ob wir uns in die inneren Angelegenheiten der gewerkschaftlichen Organisationen einmischen wollten. Das kann unsere Aufgabe nicht sein und ist unsere Aufgabe auf keinen Fall. Also glaube ich, daß nun dieses Mißverständnis dadurch beseitigt ist. Wir haben dann auch noch an die Regierung eine Forderung gestellt zwecks Bewilligung von Mitteln, die wir unbedingt brauchten zur Durchführung der notwendigen Arbeiten des Arbeiter- und Soldatenrats. Diese Gelder sollten verwendet werden vor allen Dingen zu Propagandazwecken für die Interessen des Arbeiterrats, sie sollten verwendet werden für die notwendigen Entschädigungsausgaben der Funktionäre des Arbeiterrats. Davon sollten alle diese Ausgaben des Arbeiter- und Soldatenrats bestritten werden, die an ihn herantreten. Wir hatten an die Regierung die Forderung gestellt, für jede Gruppe je 1 Million zu deponieren. Die Regierung hat uns dann nach der Verhandlung, die wir mit ihr gepflogen haben, einen vorläufigen Vorschuß von 500000 M. zur Verfügung gestellt, die wir von der Staatskasse abheben können, um sie für uns zu verwerten. Der Regierung wurde selbstverständlich das Recht anerkannt, die Ausgaben zu kontrollieren. Wir haben uns der Regierung gegenüber verpflichtet, über alle Ausgaben ihr Rechnung zu legen. Zum Kassier ist der Genosse Schimmel bestimmt worden. Genosse Schimmel ist ja an der Schwäbischen Tagwacht tätig und dadurch glaubten wir und wußten wir auch bestimmt, daß keine Ausgaben gemacht wurden, die nicht unbedingt notwendig waren und die nicht im Interesse des Arbeiterrats lagen. Nachdem die Regierung uns zunächst 500000 M. bewilligt hatte, ging uns von ihr die Mitteilung zu, daß wir zunächst nur 100000 M. erheben könnten[42]). In der am vorletzten Sonntag abgehaltenen Soldatenratssitzung[43]) hat dann Finanzminister Liesching sich in einer ziemlich unschönen Weise über den Arbeiter- und Soldatenrat geäußert, als ob sie noch gar nicht wüßte, wer überhaupt der Empfänger dieses Geldes wäre, obwohl sie schon einen Vertrag mit uns abgeschlossen hatte. Wir haben dann auch eine Erklärung an die Regierung abgegeben, in der wir uns gegen diese Äußerung verwahrten.

Das waren so ungefähr die Arbeiten, die wir in diesen zwei Wochen geleistet haben. Mehr zu leisten, wäre uns vielleicht möglich gewesen, wenn wir, wie ich schon gesagt habe, nicht den großen Fehler gemacht hätten, verschiedene Institutionen einfach am Tage der Revolution zu beseitigen[44]) (Sehr richtig!). Dadurch wäre uns ein leichteres Arbeiten möglich gewesen.

---

[42]) In seiner Sitzung am 19. 11. hatte das Kabinett dem Antrag von Finanzminister Liesching zugestimmt, „daß er den Rest der 500000 Mark, die für den Arbeiter- und Soldatenrat bewilligt und von denen bis jetzt 100000 Mark ausbezahlt seien, erst zur weiteren Auszahlung freigebe, wenn der neue Arbeiter- und Soldatenrat konstituiert sei" (HStA Stuttgart, E 130 b 214). Zu den finanziellen Vereinbarungen zwischen Vollzugsausschuß und Regierung s. auch Nr. 2c.

[43]) Es handelt sich um die 1. Landesversammlung der S.-Räte, s. Nr. 4, S. 84 ff.

[44]) So im Or. Sinngemäß richtiger müßte es heißen: „... wenn wir, wie ich schon gesagt habe, nicht den großen Fehler gemacht hätten, darauf zu verzichten, verschiedene Institutionen einfach am Tag der Revolution zu beseitigen."

Ich bin nun noch beauftragt, Ihnen die brüderlichen Grüße der Bauernräte von Donzdorf und Umgebung zu überbringen (Beifall!). Wir sind gestern in Donzdorf gewesen, nachdem wir Kunde erhalten hatten, daß dort die Bauern Arbeiterräte gegründet und an den dortigen Grafen von Rechberg das Ultimatum gestellt hätten, unverzüglich seine Güter herauszugeben und an die umliegenden Gemeinden zu verteilen[45]) (Lebhafter Beifall). Diese Meldung hat auf uns natürlich freudig gewirkt; wir haben uns gleich auf die Füße gemacht, sind hinaufgefahren und haben mit den dortigen Bauernräten verhandelt und ihnen auch Ratschläge gegeben, wie sie sich in Zukunft verhalten sollen. Die Bauern dort oben sind von einem so revolutionären Willen durchdrungen, daß sie unter allen Umständen auf ihren Forderungen beharren wollen (Bravo!). Ich will, damit Sie ein kleines Bild bekommen, Ihnen ganz kurz über die Vorgänge dort oben erzählen.
Einige Bauern und Arbeiter haben die Revolution hier in Stuttgart miterlebt. Begeistert davon sind sie sofort auf ihre Dörfer hinausgegangen, haben die Bauern zusammengerufen, haben mit ihnen Besprechungen abgehalten und haben Bauernräte gegründet und kurzerhand ihre Forderungen formuliert, dem Grafen vorgelegt und ihm eine Bedenkzeit von 24 Stunden gelassen, andernfalls sie einfach die Verwaltung der Güter gewaltsam übernehmen. Sie haben gestern zugestanden, daß sie einen Fehler gemacht hätten, den Fehler, daß sie nicht gleich den Grafen gezwungen hätten, einfach die Güter ihnen zu übergeben, und ihm noch lange 24 Stunden Bedenkzeit gegeben haben (Sehr richtig!). Dadurch wurde es möglich, zunächst alle Behörden in Aufruhr zu bringen: das dortige Oberamt, das natürlich gleich gedroht hat (Abgeordneter Fischer: Donzdorf ist ja gar kein Oberamt!) – das Oberamt Geislingen, das ja nur 1½ Stunden entfernt liegt (Abgeordneter Fischer: 3 Stunden ist es entfernt!) – und mag es auch 3 Stunden entfernt sein, das Oberamt ist unverzüglich verständigt worden, und der dortige Leiter des Arbeiter- und Bauernrats ist sofort aufs Oberamt gerufen worden und es wurde ihm gesagt, daß es ein ungesetzlicher Akt wäre und sie hätten kein Recht, diese Güter zu beschlagnahmen, das dürfe unter keinen Umständen sein, und wenn sie nicht sofort ruhig seien, so werde eine Kompagnie Soldaten kommen und Ruhe und Ordnung schaffen (Hört! hört!). Die Bauern haben natürlich zunächst etwas Angst bekommen, aber dann haben sie sich wieder gesammelt und haben wieder mit dem dortigen Oberamt verhandelt und haben ihm auch erklärt, daß sie sich unverzüglich an das Ministerium des Innern wenden würden, um dort ihre Forderungen durchzudrücken. Denn die Bauern dort oben haben nachgewiesen, daß die meisten Güter des Grafen Rechberg unrechtmäßig in seine Hand gelangt sind (Hört!) und zum größten Teil Eigentum der verschiedenen Gemeinden waren (Ruf: Wie überall!). Wir haben nun mit den Bau-

---

[45]) Donzdorf war der Hauptort der Herrschaft des Grafen von Rechberg und Rothenlöwen, der in dieser Gemeinde über einen Fideikommißbesitz von 927,8 ha (= 37,1 % der Gesamtfläche) verfügte. Die übrige Fläche verteilte sich auf insgesamt 327 landwirtschaftliche Betriebe; 171 dieser Betriebe (52,3%) bewirtschafteten weniger als 2 ha, über 2–5 ha verfügten 95 Betriebe (29%), 5–20 ha umfaßten 53 Betriebe (16,2%), 8 Betriebe (2,5%) bewirtschafteten mehr als 20 ha (vgl. Trüdinger, Fideikommisse, S. 78 f.). Am 16. 11. hatte sich in Donzdorf ein A.- und B.-Rat gebildet, dem 4 Arbeiter und 3 Bauern angehörten. Dieser A.- und B.-Rat stellte an die gräfliche Standesherrschaft am 17. 11. u. a. folgende Forderungen: Unentgeltlicher Verzicht auf das Weide- und Fischereirecht auf der gesamten Gemarkung; Aufhebung des Patronatsrechtes; unentgeltlicher Verzicht auf sämtliche Pachtgüter; Abgabe von 200 Morgen Wald an die Gesamtgemeinde; Aufhebung der Quartierleistung einschließlich sämtlicher Nebenleistungen; Steuernachzahlung von 2 Millionen Mark an die Gemeinde sowie die Übernahme sämtlicher Gemeindeschulden (vgl. Rote Fahne Nr. 10 vom 25. 11. 1918; Weller, Staatsumwälzung, S. 140 f.; Kling, S. 190 f., sowie Dähn, S. 311). Nach ergebnislosen Verhandlungen mit den bürgerlichen Kollegien am 19. 11. räumte der A.- und B.-Rat dem Grafen Rechberg zunächst eine Frist von 48 Stunden (bis 21. 11.) ein, um diese Forderungen zu erfüllen. Zur Frage der Fideikommisse s. auch Anm. 67.

ern unterhandelt, haben ihnen Ratschläge gegeben, und sie haben uns beauftragt, Ihnen Grüße zu überbringen. Sie haben uns auch versichert, daß sie ihr Möglichstes tun würden, daß in der Ablieferung von Lebensmitteln an die Städte in Zukunft eine bessere Kontrolle eingeführt werde, und sie werden um so freudiger ihr Getreide usw. abliefern, nachdem sie wissen, daß wir uns mit ihnen solidarisch erklären (Bravo!).
Wir sehen also, die Bauern haben den ersten Schritt zur wirtschaftlichen Revolution getan (Beifall). Die Bauern haben die erste Bresche in die gewaltige Ringmauer des Grundbesitzes geschlagen und wir dürfen nun unter keinen Umständen zurückstehen. Auch wir müssen die Bresche in den Kapitalismus einmal schlagen (Zustimmung). Ich kann Ihnen da die Mitteilung machen, daß der Arbeiter- und Soldatenrat von Kiel bereits diese Bresche geschlagen hat (Zurufe: In Stettin ebenfalls!). Der Arbeiter- und Soldatenrat von Kiel hat die Beschlagnahme der dortigen Banken angeordnet[46]) (Beifall). Das sind also Quellen des Geldes.
Auch sonst ist die Lage im Reich so. Auch in Berlin wurde von der provisorischen Regierung die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte voll anerkannt. Ich möchte Sie deshalb bitten, heute sich Ihrer Macht bewußt zu sein. Von dem Bewußtsein dieser Macht sollen auch unsere heutigen Verhandlungen getragen sein. Wenn wir uns von diesem Bewußtsein tragen lassen, dann wird die Zeit nicht mehr ferne sein, wo wir mit Goethes Faust sprechen können:

„Ja! diesem Sinne bin ich ganz ergeben,
Das ist der Weisheit letzter Schluß:
Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.
Und so verbringt, umrungen von Gefahr,
Hier Kindheit, Mann und Greis sein tüchtig Jahr.
Solch ein Gewimmel möcht' ich sehn,
Auf freiem Grund mit freiem Volke stehn."

(Stürmischer, anhaltender Beifall)

Vorsitzender ZERNICKE: Ehe wir in der Beratung der von mir vorgeschlagenen Tagesordnung fortfahren, halte ich mich verpflichtet, im Anschluß an den Bericht, den Genosse Unfried eben gegeben hat, zunächst einige Richtigstellungen und notwendige Klarstellungen zu machen.
Ich habe vorgeschlagen, daß wir nach dem Bericht, den der Vorsitzende des provisorischen Aktionskomitees gibt, Fraktionsredner zum Wort kommen lassen wollen. Wir wissen nicht, ob und inwieweit die einzelnen hier vertretenen Gruppen[47]) Fraktionsredner bestimmt haben, nehmen aber an, daß es von einzelnen geschehen ist.
Bevor wir die allgemeine Aussprache über den Bericht eröffnen, gestatte ich mir zu einigen Richtigstellungen und Klarstellungen das Wort.
Der Genosse Unfried holt in seinem Bericht außerordentlich weit aus. Er hat auf die Arbeiterbewegung zurückgegriffen, die vor dem Krieg bestanden, und auf die Stellung, die die Arbeiterschaft vor dem Krieg eingenommen hat. Der Genosse Unfried sagt: „Die Opposition gegen den Krieg ist vor Ausbruch des Kriegs von einer kleinen Gruppe betrieben worden." (Zurufe: Während des Kriegs! Zu Anfang des Kriegs! Das hat nicht Genosse Unfried gesagt!). Ich möchte zur Steuer der geschichtlichen Wahrheit fest-

---

[46]) Am 21. 11. 1918 hatte der oberste S.-Rat und der A.-Rat in Kiel einen Aufruf veröffentlicht, in dem es heißt: „Die Banken und die Großbetriebe der Industrie sowie der Großgrundbesitz sind sofort als Nationaleigentum zu erklären"; abgedruckt in Dok. u. Mat. II, S. 445 f.; vgl. Drabkin, S. 305.

[47]) Vor der Generaldebatte erhielten vier Redner das Wort, die als Fraktionssprecher bezeichnet werden können: Eggert (MSP), Hoernle (USP/Spartakusbund), Römer (Kommunistische Partei, vgl. Anm. 86), Bernath (Rat der geistigen Arbeiter).

stellen, daß die Arbeiterorganisationen . . . (Verschiedene Zurufe. Unruhe; die Versammlung will den Redner nicht weitersprechen lassen) Dann spreche ich als erster Fraktionsredner der sozialdemokratischen Partei (Beifall rechts. – Ruf: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!).

SEEBACHER (zur Geschäftsordnung): Die Arbeiterratsversammlung von heute ist noch nicht gefragt worden, ob wir Fraktionsredner der alten Komödiantenbude, die das Volk verraten und verkauft hat (Hört! hört!), heute anhören wollen, und ich möchte bitten, daß zunächst darüber abgestimmt wird, ob wir diese Kreaturen, diese Komödianten anhören wollen.

GROSSHANS (zur Geschäftsordnung): Ich stelle zur Geschäftsordnung den Antrag, daß man zuerst die Versammlung fragt, wer als erster Fraktionsredner das Wort bekommt. Ich glaube, die Herren maßen sich das Recht an, nachdem unser Genosse Unfried gesprochen hat, nun in die Debatte einzugreifen. Genosse Zernicke erklärt einfach, nachdem die Versammlung ihm das Wort zu seinen Ausführungen verweigert hat: „Dann spreche ich als erster Fraktionsredner." Ich glaube, darüber hat der Arbeiterrat zu entscheiden, wer als erster Fraktionsredner spricht, und ich bitte, daß darüber abgestimmt wird.

Vorsitzender UNFRIED: Es ist der Antrag eingelaufen, daß darüber abgestimmt werden soll, wer nach meinem Bericht hier als erster Redner auftreten soll (Rufe: Hoernle! Zernicke!). Dem Genossen Zernicke ist es gleichgültig, wer als erster Redner spricht (Zahlreiche Zwischenrufe. Große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden. Lärm.). Ich bitte um Ruhe! Wir sind damit einverstanden, daß Zernicke als erster Redner seine Gedanken entwickelt.

H. STETTER (zur Geschäftsordnung): Nun muß ich aber den Antrag an die Versammlung stellen, daß Sie unter keinen Umständen Ihrem Vorsitzenden, der hier unparteiisch sein soll, in dieser Weise das Wort erteilen. Sie müssen dann dazu übergehen, einen anderen Vorsitzenden zu wählen. Unfried ist dann auch kein unparteiischer Vorsitzender (Lebhafte Zustimmung rechts, Widerspruch links. Große Unruhe.).

Vorsitzender UNFRIED: Wollen wir doch nicht so stürmisch werden wegen dieser kleinen Frage (Ruf: Was dem einen recht ist, ist dem andern billig!). Es ist der Antrag gestellt worden, daß ein anderer Vorsitzender gewählt werden soll (Lebhafter Widerspruch!). Es wird nun der Antrag gestellt, zwei Vorsitzende zu wählen. Genossen, wir wollen über den Antrag abstimmen (Große Unruhe). Der Genosse Zernicke verzichtet aufs Wort (Lebhafter Widerspruch).

ZERNICKE: Wir haben uns im Büro verständigt, daß ich die Leitung der Verhandlungen vormittags übernehme. Ich frage nun, ob über den von Genosse Unfried erstatteten Bericht über die Tätigkeit des provisorischen Aktionsausschusses eine Diskussion gewünscht wird (Rufe: Ja!). Dann bitte ich, Wortmeldungen hier anzubringen. Ich frage die bisher gemeldeten Herren, Dr. Bernath[48]) als ersten, ob er zu dem Bericht sprechen will (Zuruf: Nein!). Dann den Genossen Johann Beck-Cannstatt, ob er zu dem Bericht sprechen will (Zuruf: Ja!).

JOH. BECK[49]) (Cannstatt): Genossen und Genossinnen! Der Genosse Unfried hat in seinen Ausführungen die Behauptung aufgestellt, daß am Revolutions-Samstag von den Gewerkschaften aus weiter nichts geplant gewesen sei, als eine Demonstration zu machen. Es ist ihm dann auch hier zugerufen worden, das sei nicht wahr. Soviel ich gesehen habe, ist das von Leuten geschehen, die Gewerkschaftsführer sind.
Genossen, ich war wegen Krankheit an den Vorbereitungen, die am Freitag abgespro-

---

[48]) Dr. Morton Bernath, Abteilungsleiter in der Presseabteilung des Staatsministeriums, war Mitglied des 11köpfigen Arbeits-Ausschusses des Rats der geistigen Arbeiter.
[49]) Johann Beck, von Beruf Dreher, Mitglied der USPD.

chen worden sind, nicht beteiligt; aber als ich am Samstag früh in das Neue Tagblatt hineinsah und dort den bekannten Aufruf vom Oberbürgermeister[50]) las, da habe ich mir gesagt: Die Sache ist doch schon abgeredet! Wir sollten Demonstration unter polizeilicher Aufsicht machen (Sehr richtig!). Da habe ich mir die Frage vorgelegt, ob es überhaupt der Mühe wert sei, den Weg nach Stuttgart anzutreten. Ich habe mir die Sache überlegt und habe mir gedacht, die Sache werde sich vielleicht noch drehen lassen. Sie ist auch gedreht worden. Aber wenn es auf die Gewerkschaftsführer und auf unsere Abgeordneten angekommen wäre, dann wären die Arbeiter am Samstag wieder nach Hause gekommen mit dreckigen Hosen und dreckigen Stiefeln und weiter wäre nichts erreicht worden (Sehr richtig!). Es war eine ganz kleine Anzahl, die die Sache in Bewegung gesetzt hat. Das ist eine Feststellung, die notwendig hier gemacht werden muß.

Mich hat die Krankheit nicht zurückgehalten. Ich sagte mir: In diesen Tagen gehe ich heraus! Ich habe mich mit todkrankem Körper an der Rotebühlstraße aufgestellt und habe versucht, dort den Zug zum Halten zu bringen und eine Demonstration zu machen und die Sache anders zu drehen. In dem Zug waren die Genossen Heymann[51]) und Baitinger[52]). Ich habe den Zug an mir vorbeimarschieren lassen und habe gewartet, ob nicht endlich auch noch eine Anzahl entschlossener Leute zu finden sei. Der Zug ist an mir vorbeimarschiert ganz monoton wie eine Fronleichnamsprozession. Zum Schluß haben sich dann noch 20–30 Genossen gefunden. Wir haben gewartet, bis eine Abteilung Matrosen und Soldaten gekommen ist[53]), und dann haben wir die Rotebühlkaserne gestürmt. Das ist der wahre Sachverhalt (Sehr richtig!).

GROSSHANS: Genossen! Wer die Bewegung in der Arbeiterschaft in den letzten 4 Jahren mitgemacht hat, wird nicht bestreiten, daß es die Regierungssozialisten waren, die mit aller Macht versucht haben, die Arbeiter niederzuhalten (Zustimmung links). Sie waren es, die die Arbeiter dazu gezwungen haben, in den Betrieben still zu sein, die die Arbeiter im Zaum gehalten haben. Nachdem nun unsere Geheimorganisation, wie Genosse Unfried ausgeführt hat, bestanden hat, nachdem sie sich nach und nach Luft gemacht hat, da waren es die Vertreter der Gewerkschaften und die Vertreter der Regierungssozialisten, die im letzten Moment noch die Arbeiterschaft haben niederhalten wollen. Ich erinnere nur an die Dinge vom 4. November, die den Hauptanstoß zu der Revolution gegeben haben. Dort wurde morgens bei Daimler durch die Genossen Schif-

---

[50]) Der Aufruf, den Oberbürgermeister Lautenschlager am Morgen des 9. 11. namens des Gemeindekollegiums in der Presse veröffentlichen ließ, hatte folgenden Wortlaut: „Mitbürger! Heute vormittag wird die Arbeiterschaft Stuttgarts sich auf dem Schloßplatz und den benachbarten Plätzen versammeln, um von ihren berufenen Führern Mitteilungen über die innerpolitische Lage entgegenzunehmen. Diese Versammlung will der ruhigen und geordneten Überleitung in andere staatsrechtliche Verhältnisse dienen. Die gesamte Einwohnerschaft bitte ich, Ordnung und Ruhe zu halten. Damit dient jeder am besten unserer Stadt und dem Vaterland" (abgedruckt u. a. bei Keil, Erlebnisse II, S. 70). Zur Vorgeschichte dieses Aufrufes vgl. Köhler, S. 136 ff.; Weller, Staatsumwälzung, S. 104 ff., und das Schreiben Lautenschlagers vom 27. 12. 1929 an Weller, abgedruckt bei Weller, Beiträge, S. 187 f.

[51]) Berthold Heymann (1870–1939), von Beruf Kaufmann, 1897–1901 Redakteur des Volksfreund in Braunschweig, seit 1901 redigierte er die von Blos gegründete satirische Zeitschrift Der wahre Jakob; am 9. 11. 1918 übernahm er in der provisorischen Regierung das Kultusministerium, das er bis Oktober 1919 leitete, dann bis Juni 1920 Innenminister; 1906–33 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD); weitere biographische Angaben s. Arbeiterpresse 1927, S. 571; Weller, Staatsumwälzung, S. 125; Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Tübingen 1968, S. 538 f.

[52]) Wilhelm Baitinger, von Beruf Kaufmann, Mitglied der SPD, Gemeinderat in Cannstatt, kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 81).

[53]) Im Or.: sind.

ferdecker[54]) und Salm[55]) versucht, die Arbeiter niederzuhalten; sie haben erklärt, der Aktionsausschuß bestehe aus Elementen, die ihren Namen nicht nennen können und nicht nennen, es seien unverantwortliche Elemente. Ich habe festgestellt, daß z. B. in den Contessawerken[56]) der Arbeiterausschuß erklärt hat: Wir wollen streiken und uns solidarisch erklären. Diesem Arbeiterausschuß wurde mitgeteilt: Bleibt ruhig in eurem Betrieb, ihr habt euch diesen Leuten nicht anzuschließen (Pfuirufe). Die Arbeiter haben sich an uns gewendet und gesagt: Wenn ihr in den Betrieb kommt, wir sind bereit, mit euch auf die Straße zu gehen. Weiter hat in der Esslinger Maschinenfabrik der Arbeiterausschuß der Firma mitgeteilt, daß die Arbeiter am 4. November mitmachen wollen. Die Firma hat erklärt, sie habe nichts dagegen, aber Herr Sekretär Stuber[57]) habe ihr angeläutet, die Arbeiter sollen ruhig weitermachen.
Alles das beweist, daß die Regierungssozialisten die Bewegung noch im letzten Moment unterdrücken wollten (Sehr richtig!). Wenn sie die Bewegung schließlich doch mitgemacht haben, so war es nur deshalb, weil sie glaubten, die Arbeiterschaft nicht mehr halten zu können (Zustimmung und Widerspruch), weil sie Verräter an der Spitze haben, die sie 4 Jahre lang verraten haben (Sehr richtig!). Ich will nur daran erinnern, daß in dem Bericht der Schwäbischen Tagwacht über die Vorgänge vom 4. November von „Buben und Mädchen" gesprochen wurde. Und mit diesen „Buben und Mädchen" wollte man am 9. November gemeinsam eine Demonstration machen! Warum haben denn die Führer der rechtsstehenden Parteien sich an die Buben und Mädchen gewendet? Weil sie wußten, daß sie die Verkörperung der Macht der Arbeiterschaft sind (Zustimmung). Es ist auch weiter mitgeteilt worden und wir haben die felsenfeste Überzeugung, daß die 18 Genossen[58]), die nach Tübingen geschafft wurden, auf Drängen dieser Gesellschaft dorthin geschafft wurden (Hört! hört!). Es hat uns sonderbar berührt, daß diese 18 Genossen „wegen hoch- und landesverräterischer Umtriebe" in Schutzhaft gebracht wurden und daß sie dann auf Drängen der Gewerkschaften und der Mehrheitssozialisten, die für sie die Garantie übernehmen wollten, daß sie in Zukunft nichts Böses, nichts Staatsgefährliches machen, wieder entlassen wurden. Ich habe mich gefragt: Wie kann es möglich sein, daß ein Regierungssozialist, der, wenn es vor 4 Wochen geschehen wäre, unbedingt noch einmal in den Schützengraben gewandert wäre, der Regierung erklärt, er wolle die Garantie dafür übernehmen, daß

---

[54]) Wilhelm Schifferdecker (geb. 1881), von Beruf Mechaniker, zusammen mit Salm Vorsitzender des Arbeiterausschusses der Daimler-Werke; ab Mai 1919 Geschäftsführer im Deutschen Metallarbeiterverband; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); s. auch Arbeiterpresse 1927, S. 584.

[55]) Albert Salm (1882–1950), von Beruf Schlosser, zusammen mit Schifferdecker Vorsitzender des Arbeiterausschusses der Daimler-Werke; seit 26. 11. Mitglied des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann bis Mai 1919 des Landesausschusses der A.-Räte; Delegierter Stuttgarts zum 1. Rätekongreß; 1919–20 Mitglied der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung (SPD); seit Juni 1921 Geschäftsführer im Deutschen Metallarbeiterverband; nach 1933 mehrmals verhaftet; s. auch Arbeiterpresse 1927, S. 580.

[56]) Die Contessa-Werke AG, Fabrik photographischer Apparate, hatten in ihrem Hauptwerk in Stuttgart über 1000 Beschäftigte. Zu den Ausführungen von Großhans s. a. Rote Fahne Nr. 1 vom 5. 11. 1918.

[57]) Albert Stuber (1880–1929), von Beruf Schlosser, seit 1909 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Eßlingen; württembergischer Delegierter zum 1. Rätekongreß, dann Vertreter Württembergs im Zentralrat; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); weitere biographische Angaben s. Zentralrat, S. XLVII und passim. Daß Stuber eine Beteiligung der Eßlinger Arbeiter an der Demonstration vom 4. 11. verhindert habe, war in einem Artikel in der Roten Fahne (Nr. 1 vom 5. 11. 1918) behauptet worden.

[58]) Ins Tübinger Amtsgerichtsgefängnis waren die am 7./8. 11. verhafteten 16 Arbeiter eingeliefert worden (vgl. Anm. 32); in Tübingen hatte man aber auch Rück und Thalheimer nach ihrer Festnahme in Ulm am 6./7. 11. inhaftiert.

diese Leute keinen Krach machen. Die Arbeiterschaft war über gewisse Leute dieser Richtung sehr erbost und sie hätten an diesem Tage auch etwas erleben können. Man hat sie dann auf die Seite gesetzt, um einen ruhigen Spaziergang auf den Schloßplatz machen zu können. Sie haben die Arbeiterschaft im letzten Moment vor der richtigen Revolutionstat abgeschreckt: sie sind der schuldige Teil, daß wir die jetzigen Zustände noch haben; sie wollen das Privateigentum nicht antasten. Ich kann nur sagen: Wenn wir mit dieser Gesellschaft weitermachen, dann sind wir in 4 Wochen wieder im gleichen Sumpf (Sehr richtig!). Es wird auch soweit kommen, wenn sich nicht die Arbeiterschaft heute ihrer Kraft bewußt ist, und rundweg erklärt, daß sie die Leute an der Spitze haben will, [die bereit sind,] für ihre Überzeugung in den Tod zu gehen oder in das Zuchthaus zu wandern. Genossen, wo waren denn die Regierungssozialisten, wo waren die Gewerkschaftsführer, wenn es galt, für die Überzeugung einzutreten? Sie waren alle zu Hause unabkömmlich, um den alten Kapitalistenstaat zu stützen; unsere Führer aber waren im Schützengraben, sie waren alle im Schützengraben. Ich erinnere nur an die Genossen Westmeyer[59]) und Crispien, während von den anderen noch keiner das Vaterland verteidigt hat, auch der Abg. Keil[60]) nicht, der auch noch militärpflichtig ist (Zustimmung). Sie haben dem Kapitalismus die beste Stütze gegeben (Lebhafter Beifall).

GRÄTER[61]): Genossen! Ich denke doch, daß wir als Vertreter des Arbeiterrats hier zusammengekommen sind, um praktische Arbeit zu leisten (Bravo!) und die nötigen Anträge zu stellen und Vorarbeiten zu machen, damit wir nach außen wenigstens sagen können, wir haben etwas geleistet und damit es nicht heißt, wir seien hier gewesen und haben Streitigkeiten und Stänkereien gemacht (Lebhafte Zwischenrufe. Große Unruhe. Glocke des Vorsitzenden). Das ist viel wichtiger als . . . (Erneute Zwischenrufe. Beifall. Lärm).

Vorsitzender ZERNICKE: Ich habe, als ich den Vorsitz übernahm, die Geschäftsführung und Geschäftsordnung bekanntgegeben und habe ausdrücklich angefragt, ob gegen den von mir gemachten Vorschlag Widerspruch erhoben werden wolle. Das ist nicht geschehen. Ich habe erklärt, wir werden nach dem Bericht, den der Vorsitzende, Genosse Unfried, gibt, die einzelnen Fraktionsredner sprechen lassen (Widerspruch). Das habe ich erklärt (Zustimmung. Ruf: Selbstredend!). Ich wundere mich, daß, nachdem ich mich zum Wort gemeldet habe, selbst im Büro Widerspruch dagegen erhoben worden ist, obgleich vor einer Stunde völlige Klarheit und Einmütigkeit bestanden hat (Sehr richtig!). Das, was Genosse Gräter zur Geschäftsordnung beantragen wollte, das ist das, was ich bei Eröffnung der Versammlung bekanntgegeben habe (Sehr richtig!).

---

[59]) Friedrich Westmeyer (1873–1917), vgl. Einleitung Kap. II, Anm. 23.

[60]) Wilhelm Keil (1870–1968), von Beruf Drechsler, ab 1896 Redakteur der Schwäbischen Tagwacht, von 1902 bis 1911 deren Chefredakteur. Der „Gewaltstreich" (Keil, Erlebnisse I, S. 306), mit dem ihn der Landesvorstand der SPD in Württemberg im November 1914 erneut als Chefredakteur der Tagwacht einsetzte, war mit das auslösende Moment für die Parteispaltung in Stuttgart (s. Einleitung, S. XXXVI). 1900–33 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD), 1919/20 Präsident der Verfassunggebenden Landesversammlung; vom November 1921 bis Juni 1923 Arbeits- und Ernährungsminister in Württemberg; 1910–32 Mitglied des Reichstags (SPD); nach 1945 Präsident der vorläufigen Volksvertretung und des Verfassungsausschusses für Württemberg-Baden, dann ab 1946 Präsident des Landtags von Württemberg-Baden. Seine zweibändigen Erinnerungen Erlebnisse eines Sozialdemokraten (Stuttgart 1947/48) schildern ausführlich und eindringlich seinen persönlichen und politischen Lebensweg, die Darstellung der Jahre 1918/19 im zweiten Band dieser Memoiren ist bezeichnend für die Position der Mehrheitssozialdemokratie.

[61]) Karl Gräter, von Beruf Schreiner, Mitglied der MSP, gehörte seit dem 26. 11. dem Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart an, dann Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte, vom 21. 7. 1919 bis zur Auflösung des Landesausschusses am 18. 4. 1920 dessen 2. Vorsitzender; Delegierter Württembergs auf dem 2. Rätekongreß.

BRAUNE[62]) (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, es ist doch die Möglichkeit vorhanden, nachher alle Gegensätze klar zum Ausdruck zu bringen, wenn das Aktionsprogramm der einzelnen Parteien zur Diskussion steht. Wir treten doch nachher in eine Generaldiskussion ein und können jetzt den ersten Redner einer Fraktion sprechen lassen. Wer da zuerst sprechen soll, das mag ruhig die Versammlung entscheiden. Es ist ja jedem einzelnen die Möglichkeit gegeben und soll ihm gegeben sein, daß er frei und in unbeschränkter Redezeit sein Programm entwickelt. Auf diese Weise kommen wir am ehesten zu einem Zweck und Ziel, und es wird dann auch möglich sein, jede einzelne Parteigruppe klar und scharf ihren Standpunkt vertreten zu lassen.
Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, die Versammlung jetzt darüber zu befragen, wer als erster Fraktionsredner sprechen soll. Nachher würde dann, wenn von jeder Gruppe ein Redner zum Wort gekommen wäre, die Generaldiskussion einsetzen.

Vorsitzender ZERNICKE: Genossen! Wir wären über die Schwierigkeiten sofort hinweg, wenn sich die einzelnen Richtungen, die hier vertreten sind (Zuruf: Wirtschaftsgruppen!), wenn sich die einzelnen Gruppen, die hier vertreten sind – nennen wir sie politische oder Wirtschaftsgruppen, spielt gar keine Rolle –, unter sich darüber verständigt hätten, wer als Sprecher ihrer Fraktion auftreten soll, und sich hier beim Bureau während des Berichts des Genossen Unfried gemeldet hätten. Dann hätten wir beinahe eine halbe Stunde Zeit gespart und auch die aufregende Debatte und die gegenseitigen Vorwürfe nicht anzuhören brauchen. Ich frage nun, ob Redner der einzelnen Gruppen in der Weise ihr Programm entwickeln wollen, wie es in Anbetracht der Zusammensetzung des Arbeiterrats notwendig erscheint. Wünscht jemand zu programmatischen Erklärungen das Wort? – der Genosse Eggert[63]). Ich nehme an, daß nunmehr die Rednerliste über die eben gepflogene Diskussion als erledigt zu betrachten ist. Es können sich nachher dieselben Genossen, die sich gemeldet haben, wieder melden, aber um Klarheit zu schaffen, möchte ich feststellen, daß diese Rednerliste als gestrichen gelten muß. Herrscht darüber Einigkeit? (Zustimmung.) Ich stelle das fest.

EGGERT: Ich hätte gewünscht, daß die Ausführungen schon des Berichterstatters getragen gewesen wären von dem Geiste möglichster Einmütigkeit. Ich hätte gewünscht, daß alle jene nicht unbedingt notwendigen Abschweifungen von der großen Bewegung hier unterdrückt worden wären, um die Revolution, ihre Auswirkungen, ihr Wachsen herauszuheben aus dem Rahmen von Parteistreitigkeiten und Sektiererei (Bravo!). Wir mußten diese Bewegung losgelöst von allen kleinlichen Dingen herausheben und sie zu einer Volksbewegung für das Volk dienstbar machen. Von diesem grundsätzlichen Standpunkt ausgehend, möchte ich als Sprecher der alten Sozialdemokratie[64]) unser Programm begründen und erläutern.
Die alte Sozialdemokratie steht im Gegensatz zu der hier schon vertretenen Anschauung auf dem Boden des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts (Zuruf: Geldsackwahlrecht!), und zwar aus folgenden Gründen. Das Wahlrecht, gegeben allen Männern und Frauen von gewissem Alter an, muß und wird, ob wir es wollen oder nicht wollen, in der Zukunft die Grundlage allen staatlichen und volkswirtschaftlichen Lebens sein (Sehr richtig! rechts). In dem Augenblick, wo eine Partei diesen

---

[62]) Otto Braune (geb. 1885), von Beruf Schlosser, Mitglied der USPD, zählte zu den am 7./8. 11. Verhafteten (vgl. Anm. 32).

[63]) Wilhelm Eggert (1880–1938), von Beruf Schlosser, 1908–19 Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, seit 26. 11. Mitglied des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann bis Herbst 1919 des Landesausschusses; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD), 1920–24 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD), 1921–24 Vorstandsmitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, ab 1924 Sekretär und Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; Experte für Fragen der Arbeitsbeschaffung.

[64]) Gemeint ist die Mehrheitssozialdemokratie.

Grundsatz verläßt und zu den Grundsätzen der Gewalt Zuflucht nimmt, trägt sie bereits den Keim des Verderbens in sich (Sehr richtig! rechts). Wenn es je eine gewalttätige, eine zusammengefaßte, verkörperte Gewalt gegeben hat, eine Gewalt, die selbst uns Bewunderung abgerungen hat, dann ist es die alte Macht der Reaktion und die alte Macht des Militarismus gewesen. Und trotz dieser gewaltigen zusammengefaßten Mächte sind sie von dem Volkssturm, von dem Unwillen der Völker weggefegt worden, weil sie nicht im Volke selbst eine feste, verankerte Stätte gehabt haben. Und wenn es einer Partei, welche es immer sein möge, für eine Zeit, für Jahre gelingen sollte, durch das Mittel der Gewalt alle übrigen Mehrheiten zu beherrschen, so ist das nicht der Weisheit letzter Schluß, sondern eine solche Gewalt wird notwendigerweise wiederum eines Tages dem Zusammenbruch anheimfallen müssen (Sehr richtig! – Wenn sie Ungerechtigkeit will!). Es geht also nach unserer Überzeugung nicht an, etwa das jetzt gestürzte alte Mächtesystem, Gewaltsystem aus der Vordertür hinauszuhauen und es zur Hintertür wieder hereinzuschmuggeln; es geht nicht an, daß die Arbeiterklasse nicht einmal, Genossen, sondern eine Gruppe in der Arbeiterklasse etwa diktatorische Gewalt durch Arbeiterräte ausüben könnte, um alle übrigen Schichten im Staat, im Volk ohne weiteres zu beherrschen. Wir als alte Sozialdemokraten sagen, es muß jedem Stand im Volksleben die Möglichkeit geboten sein, sich wirtschaftlich, politisch und geistig im Staatsleben zu betätigen (Beifall rechts). Wenn wir diesen Grundsatz verlassen, legen wir Kräfte lahm, die für unsere Zukunftsentwicklung von der allergrößten Bedeutung sind (Sehr richtig!). Daher unsere Forderung: Nicht die Diktatur, von welcher Seite sie auch kommen mag, sondern den unbedingten Willen des Volkes (Bravo!), und innerhalb dieses Willens natürlich, weil die Arbeiterklasse die Mehrheit des Volkes bildet, soll sie sich den entscheidenden Platz erringen und ihn behalten. Das ist der erste wichtige Grundsatz, um den die alte Sozialdemokratie mit unseren Genossen in der linken Fakultät streitet.

Ferner sagen wir: Es kann gar nicht anders sein, als daß durch Gewaltanwendung auf der einen Seite notwendigerweise auf der anderen Seite Gewaltanwendung erzeugt wird (Ganz richtig!). In den letzten Nummern des „Sozialdemokrat“[65]) ist mit Recht gesagt worden: Wenn wir sehr schnell zur Sozialisierung kommen, dann brauchen wir keine Diktatur, dauert aber dieser Entwicklungsgang länger, dann werden sich alle unsere Gegner, die wirtschaftlichen und politischen Gegner, diese Diktatur nicht wie ein Lamm gefallen lassen, sondern werden Kräfte wachrufen, die wiederum für das Auswirken unserer Bewegung von großer Gefahr sein können. Aus diesen Gründen heraus auch unser zweiter Grundsatz: Wir wollen nicht, wie es im Programm der Spartakusleute [gefordert wird][66]), eine Rote Garde, die etwa die Macht, die Vollzugsgewalt ausübt, sondern wir wollen, daß das stehende Heer abrüstet und daß vor allen Dingen nach Möglichkeit natürlich das Schießeisen überhaupt beiseitegelegt wird (Bravo!). Wir sind der Überzeugung, daß es Blut genug gekostet hat und daß wir um jeden Preis verhüten sollen (Zuruf: Sie haben es unterstützt! – Zurufe).

Vorsitzender ZERNICKE: Aber Genossen, ich bitte doch die Arbeiterratsmitglieder, wenigstens so viel Zurückhaltung zu üben, daß jeder seine Meinung ungestört zum Ausdruck bringen kann (Sehr richtig! rechts). Wir befinden uns nicht nur unter uns, an dieser Sitzung nehmen Arbeiter und Angestellte, Beamte teil (Zuruf links: Leider!), die sich von uns überzeugen lassen wollen, welcher Ton und welcher Geist in den Kreisen

---

[65]) Ein komplettes Exemplar des Sozialdemokrat ist nicht zu ermitteln. Im Institut für Marxismus-Leninismus in Berlin, im HStA Stuttgart und in der Württembergischen Landesbibliothek in Stuttgart sind einzelne Nummern der Jahrgänge 1918–20 archiviert. Vgl. auch Einleitung Kap. II Anm. 85.

[66]) Vgl. Anm. 73.

der Arbeiterschaft herrscht (Beifall). Der revolutionäre Geist kommt aber nicht zur Anwendung, wenn es uns nicht möglich ist, ruhig einander anzuhören. Ich möchte also dringend darum bitten, Zwischenrufe zu unterlassen, denn wir werden viel schneller zu irgendeiner Entscheidung kommen, wenn wir uns gegenseitig ruhig anhören. Ich bitte also nochmals dringend, Zwischenrufe zu unterlassen (Zuruf links: Wir wollen uns aber nicht länger anlügen lassen!).

EGGERT: Die Schaffung einer Weißen Garde, von der hier gesagt worden ist, daß sie komme oder daß wir sie wollten, ist die notwendige Folge einer Roten Garde, darüber wollen wir uns einig sein, und eine Rote Garde und eine Weiße Garde hat notwendig zur Folge den Bürgerkrieg. Darüber wollen wir uns auch einig sein (Sehr richtig!). Und um deswillen glauben wir, wir seien verpflichtet, einen Weg zu suchen, der diese Erfolge der Bewegung dauernd verankert und die Revolution auch auf wirtschaftlichem Gebiete zur Auswirkung bringt. Wir sagen: niemals ist die politische Staatsform ausschlaggebend für das Glück eines Volkes; wir sagen seit Jahr und Tag, daß die politische Republik durchaus nicht etwa die Freiheit allein bedeutet, sondern zur wirklichen Freiheit gehört wirtschaftlicher Wohlstand. Daher haben wir uns nie von dem Schlagwort der Republik blenden lassen, haben die bürgerliche Republik vollständig in ihrem Wesen erkannt und sind der Überzeugung, daß der heutigen politischen Umwälzung eine soziale, eine wirtschaftliche Umwälzung folgen muß. Die Frage ist nur die: Ist etwa die Sozialisierung der Betriebe ebenso schnell möglich, wie etwa durch einen Handstreich die Eroberung der politischen Macht möglich war? Und da sind wir seit langem zu der Überzeugung gekommen, daß die Sozialisierung der Betriebe niemals das Werk einer kurzen Spanne Zeit sein kann. Wir werden niemals von heute auf morgen unsere wirtschaftlichen Errungenschaften so in die Betriebe hineinbauen können, wie wir etwa in den letzten Wochen durch die Ereignisse, die sich abgespielt haben, in die politischen Verhältnisse unsere Macht hineingetragen haben. Darum auch der sehr bedeutsame Unterschied, daß wir im Gegensatz zu den Spartakusleuten der Ansicht sind, daß wir Monate und vielleicht Jahre – ich spreche das Wort ruhig aus, auch wenn es manchem nicht gefällt – Jahre bedürfen, um in diesen Entwicklungsgang hineinzukommen (Sehr richtig!). Und wer da sagt, es dauere nicht Jahre, der erweckt in der Arbeiterklasse Hoffnungen, die sich geschichtlich gar nicht verwirklichen lassen (Sehr richtig!), der macht die Arbeiterköpfe zweifelhaft und schadet dadurch der Bewegung des Sozialismus. Es ist viel klüger, über die Schwierigkeiten dem Volke Aufklärung zu geben, als es über die Schwierigkeiten hinwegzutäuschen.

Wenn wir so die heutige Bewegung anschauen, dann glauben wir, die Möglichkeit sollte gegeben sein, sich auf einer Linie zu verständigen, die dem gesamten werktätigen Volk, für das doch die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen gekämpft hat, eine Möglichkeit der Zukunftsentwicklung bringen soll, eine Linie zu suchen, die, wie ich glaube, allen, seien es links oder rechts stehende Genossen, gemeinsam ist und dem großen Ziel entgegenführt. Von diesem Gesichtspunkt sollten sich unsere Auseinandersetzungen getragen wissen, einfach deshalb, weil der Zustand, den wir jetzt schon 14 Tage haben, auf die Dauer unerträglich ist (Sehr richtig!). Es macht den Eindruck, als wenn die Arbeiterklasse und auch heute der Arbeiterrat sich seiner historischen Aufgabe kaum bewußt wäre (Sehr richtig!). Wir müssen also versuchen, ohne zu fragen, welche Personen eine bestimmte Anschauung vertreten, für die Revolution einen Weg zu schaffen, der die großen breiten Volksmassen in eine bessere Gesellschaft hinüberführt. Wir sind der Überzeugung – das spreche ich im Namen nicht nur der alten Sozialdemokratie, sondern auch der Gewerkschaftsbewegung aus –, daß sich in den nächsten Monaten während der Übergangswirtschaft schon einige Großbetriebe oder große Industriezweige vergesellschaftlichen lassen. Ich erinnere daran, daß die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands schon im Jahre 1917 über die Ver-

gesellschaftlichung der Bergwerke, der Fideikommisse[67]) und vor allen Dingen der Elektrizitätsindustrie wie der chemischen Industrie sich außerordentlich scharfsinnig auseinandergesetzt hat und zu dem Schluß gekommen ist: Jawohl, diese Industriezweige sind zur Vergesellschaftlichung reif[68]). Dagegen werden wir wohl alle einig sein, daß wir in zweiter Linie, nicht heute schon, die großen Aktiengesellschaften und in der späteren Entwicklung wahrscheinlich den Privatkapitalismus, den Privatunternehmer, der heute noch als persönliches Wesen im Betrieb schaltet, anzufassen haben, und wer glaubt, daß heute alle diese Dinge schon reif sind, ohne Ansehen der einzelnen Verschiedenheiten in der Industrie, der, das möchte ich behaupten, kennt die Industrie herzlich wenig (Ganz richtig!).
Endlich sagen wir, es muß zu einer Entwicklung führen, daß für die großen breiten Volksmassen, für den Beamtenstand, den Techniker, den Ingenieur, die Möglichkeit

---

[67]) Unter Fideikommiß versteht man ein „gebundenes", d. h. unveräußerliches Sondervermögen (meist Grundbesitz), das durch private Willenserklärung des Stifters einer bestimmten Erbfolge unterworfen war; die Begründung eines Fideikommisses bedurfte in der Regel allerdings der obrigkeitlichen Bestätigung. Fideikommisse wurden vor allem errichtet, um den Grundbesitz in den Familien des niederen Adels zu festigen und damit den sozialen Status dieser Familien abzusichern (vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften [4]III, S. 993 ff.). In Württemberg bestanden in etwa 800 Gemeinden Fideikommisse; die fideikommissarisch gebundene Fläche betrug 128219 ha (6,6% des Staatsgebiets von Württemberg). Am ausgedehntesten waren die Fideikommißflächen im Donaukreis (9,9% der Gesamtfläche) und im Jagstkreis (7,6%), im Neckarkreis waren es 5,5%, im Schwarzwaldkreis lediglich 1%. In den Oberamtsbezirken entfielen die höchsten Anteile auf die Oberämter Neresheim (24,7%), Leutkirch (22,4%), Wangen (20,0%), Laupheim (17,8%), Öhringen (17,5%), Waldsee (16,3%) und Saulgau (15,2%). Lediglich im Oberamt Neuenbürg befand sich überhaupt kein Fideikommißgrundbesitz (vgl. dazu Otto Trüdinger, Das Ergebnis der Statistik über die Fideikommisse in Württemberg, in: Mitteilungen des württembergischen Statistischen Landesamtes, 1919, S. 247–253). 532 der 790 Fideikommißgemeinden schlossen sich am 3. 1. 1919 zu einer „Vereinigung der Fideikommißgemeinden in Württemberg" zusammen und stellten folgende Forderungen auf: Aufhebung aller Fideikommisse, Verzicht auf Fischerei- und Weiderechte, Aufhebung aller Standesvorrechte. Die Aufhebung der Fideikommisse sah die württembergische Verfassung vom 25. 9. 1919 in § 60,2 vor: „Das Sonderrecht der Fideikommiß-, Lehen- und Stammgüter wird durch besonderes Gesetz aufgehoben. Neue Fideikommisse irgendwelcher Art, Lehen- und Stammgüter dürfen nicht errichtet werden." Zur weiteren gesetzlichen Regelung und zur rechtlichen Problematik insgesamt vgl. Theodor Pfeiffle, Das Recht der Familienkommisse des Adels in Württemberg. Diss. jur. Tübingen o. J. [1922], S. 169 ff., sowie Trüdinger, Fideikommisse, S. 43 ff.

[68]) Das Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte sich in einer Artikelserie im Februar und März 1917 ausführlich mit der „Monopolfrage in der Schwereisen- und Elektrizitätsindustrie" befaßt und dabei die Kapitalverflechtungen von zwanzig Gesellschaften und Industriekonzernen genauer analysiert (vgl. Nr. 6 vom 10. 2. 1917, Nr. 7 vom 17. 2. 1917, Nr. 8 vom 24. 2. 1917 und Nr. 10 vom 10. 3. 1917). Aus dieser Analyse zog man folgende Schlußfolgerung: „Kein vernünftiger Mensch wird daran denken, die gesamte Eisen- und Metallindustrie nach ihrem jetzigen Stande verstaatlichen zu wollen. Für eine Monopolisierung kommt zunächst die Eisenerzförderung, die Roheisenerzeugung und die Weiterverarbeitung des Roheisens über das Stahlwerk hinaus zu den verschiedenen Walzprodukten in Betracht." Außerdem wurde die Verstaatlichung der Geschütz-, Gewehr- und Munitionsfabriken angeregt, weil hier der Staat der alleinige Inlandsabnehmer sei. Ferner müsse auch die Verstaatlichung des Lokomotiv- und Waggonbaues in Erwägung gezogen werden. Für die Überführung der Elektrizitätsindustrie aus der Privat- in die Gemeinwirtschaft komme der Teil in Frage, der „der Erzeugung und Verwertung elektrischer Kraft" diene (ebd. Nr. 10, S. 99). In einer „Eingabe der Gewerkschaftsgruppen an den Reichskanzler betreffend Monopolgesetzgebung" vom 16. 3. 1917 (abgedruckt ebd. Nr. 15 vom 14. 4. 1917, S. 147–149, und Nr. 16 vom 21. 4. 1917, S. 155–156) wurde darauf hingewiesen, daß die „Kriegsbelastung der Reichsfinanzen" die Frage „weitgehender gesetzlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben spruchreif gemacht" habe und daß „der einzuschlagende Weg zur Staats- bzw. Reichsmonopolisierung wichtiger Industrien und Gewerbe" führen werde (ebd. Nr. 10, S. 147). Konkrete Angaben über die Industriebetriebe, die vergesellschaftet werden sollten, enthielt diese Eingabe allerdings nicht. Vgl. auch Zunkel, S. 68 ff.

geboten wird, sich an unserer Arbeit, an der Sozialisierung der Betriebe zu beteiligen. Genossen! Wenn Sie heute einen dieser Beamten, die wegen unseres Friedensprogramms zunächst mit uns sympathisieren, einmal fragen, ob er für uns unbedingt zu haben ist ohne Ansehung seiner persönlichen Stellung im Betrieb, dann wird er Ihnen die Frage vorlegen, die mir vorgelegt worden ist: Habe ich als Ingenieur mit einem Einkommen von 10000 M. von Ihnen günstigere oder ungünstigere Verhältnisse zu erwarten (Hört! hört!)? Und da helfen zunächst Worte der Aufklärung herzlich wenig. Wir müssen uns also auf dem Boden des allgemeinen, gleichen Wahlrechts bewegen, und damit komme ich zu meinem eingangs dargelegten Standpunkt zurück. Wenn wir den Rechtsboden verlassen, wenn wir nicht jedem Volksgenossen die Möglichkeit zur politischen Abstimmung geben, dann bin ich felsenfest überzeugt, wird unsere Bewegung das Vertrauen nicht gewinnen, das sie notwendig in den breiten Volksmassen braucht (Sehr richtig!).

Ich kann mich natürlich, wie es auch meine Aufgabe war, nur sehr kurz über unsere grundsätzliche Stellung äußern und will zum Schluß noch eine Sache kurz erwähnen, weil sie immer wieder in den Kreisen der Arbeiter Mißstimmung gegen die Gewerkschaften sowohl, wie gegen die alte Sozialdemokratie erzeugt hat. Man macht der alten Sozialdemokratie den Vorwurf und den Gewerkschaftsvertretern mit, sie haben die alte Regierungsgewalt unterstützt (Sehr richtig! links), sie haben den Krieg mitgemacht (Sehr richtig! links), sie haben Kriegskredite bewilligt usw. (Sehr richtig! links. – Zuruf links: und wollten sogar siegen!). Genossen, ob die jetzige Niederlage ein Glück für Deutschland ist, das überlasse ich der Beurteilung jedes vernünftigen Menschen (Sehr richtig!). Ich sage, Sie rechnen heute der alten Sozialdemokratie zum Vorwurf an, daß sie die Kriegskredite bewilligt hat und damit auf den Boden der Vaterlandsverteidigung getreten ist. Lassen Sie mich dazu ein kurzes Wort sagen! Wir wissen nicht, wenn die Sozialdemokratie die Kriegskredite nicht bewilligt hätte, wie der Krieg in den ersten Monaten und Jahren gelaufen wäre. Ich nehme einmal an, die Katastrophe von heute wäre bereits sehr viel schneller eingetreten (Zuruf links: Wäre noch sehr viel besser gewesen!). Zu Ihren Gunsten nehme ich das einmal an. Dann wäre die sichere Folge, daß das ganze deutsche Volk, ich behaupte, bis weit hinein in die Arbeiterklasse die Sozialdemokratische Partei für jenes große Unglück verantwortlich gemacht hätte (Sehr richtig!). Und die Sozialdemokratie wäre jene Partei gewesen, die von der Welttribüne weggefegt [worden] wäre, wie heute die alten Mächte (Sehr richtig!). Genossen! Bebel und Liebknecht haben im Jahre 1871[69]) einen anderen Standpunkt eingenommen, sie haben sich der Abstimmung enthalten, und man konnte ihre Haltung damals nur durchaus begrüßen. Heute, Genossen, wissen wir noch nicht, wer eigentlich der Urheber des Krieges war (Stürmische Ohorufe links). Ich weiß, was das Tagblatt heute morgen schreibt[70]), ich weiß, was Prof. Jaffé[71]) erklärt hat, und sagte trotz alle-

[69]) Gemeint ist die Abstimmung über die Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag am 21. 7. 1870.

[70]) Das Stuttgarter Neue Tagblatt hatte sich am 25. 11. 1918 (Nr. 599) ausführlich mit der bayerischen Aktenpublikation zum Kriegsausbruch beschäftigt, die man als Politiker „beklagen" müsse, „auch wenn man als Historiker ihre Bedeutung hoch einschätzt".

[71]) Edgar Jaffé (1866–1921), a. o. Professor für Volkswirtschaft in München, zusammen mit Max Weber und Werner Sombart Hrsg. des Archivs für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik; seit 1915 gehörte er einem informellen politischen Kreis von Publizisten, Wissenschaftlern, Politikern und Offizieren in München an, der regelmäßig zusammenkam, um über Probleme des Krieges zu sprechen (vgl. Zunkel, S. 53 f., 56); außerdem unterhielt Jaffé Kontakte zu Mitarbeitern des amerikanischen Präsidenten. Ende Oktober/Anfang November 1918 trat Jaffé zusammen mit Kurt Eisner in mehreren öffentlichen Versammlungen für die Beendigung des Krieges ein; vom 8. 11. 1918 bis zum 18. 3. 1919 war er bayerischer Finanzminister; vgl. Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten, hrsg. von Gerhard Schmolze, Düsseldorf 1969, S. 36 f., 76 f. und passim.

dem: Wenn Sie meinen, daß im feindlichen Ausland die Dinge günstiger stehen, dann sind Sie sehr im Irrtum. Ich behaupte also, mögen die Dinge gelegen haben, wie sie wollen, darüber besteht für mich kein Zweifel, den Untergang des deutschen Volkes, der heute da ist, wenigstens einmal in seiner alten Form, diesen Untergang hätte man der Sozialdemokratie an die Rockschöße gehängt und unsere Bewegung wäre auf Jahrzehnte zurückgeworfen gewesen. Von diesem Gesichtspunkt aus sollte ich meinen, wäre also auch eine Möglichkeit geboten, die Haltung der alten Sozialdemokratie zu verstehen und zu würdigen und nunmehr unser Auge nicht so sehr in die Vergangenheit als in die Zukunft zu richten (Bravo!). Genossen, es nützt alles nichts, uns darüber zu streiten, wer die Revolution gemacht hat. Ich behaupte, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen nicht dagewesen wären, wäre sie überhaupt nicht möglich gewesen (Rufe: Oho! – Sehr richtig!). Ich behaupte, daß wir viele Genossen haben, die sagen: wenn ihr als Gewerkschaften ruft, dann werden wir kommen, auf andere Stimmen hören wir nicht (Zurufe). Es scheint mir, als wenn wir heute in den Glauben verfallen wollten, wir seien in Stuttgart oder in Deutschland allein Meister unserer Geschicke. Ich möchte deshalb noch sagen: wir sollten auch unser Augenmerk auf unsere noch vorhandenen feindlichen Mächte richten, die, wenn wir heute nicht unter uns eine Klärung und eine gemeinsame Linie finden, auf der wir gemeinsam unsere neue Staatsverfassung aufbauen, dann nur darauf warten, hier ins Land eindringen zu können (Rufe links: Huhuhu!) und hier Ordnung zu schaffen. Genossen, ich weiß wohl, daß Sie das wünschen (Sehr richtig!). Ich weiß wohl, daß Sie dann glauben, den Bolschewismus auch nach Frankreich und England tragen zu können; aber wir sind überzeugt, daß das heute nicht Ihr Werk sein kann, daß dort ganz andere Mächte sich augenblicklich entfesseln und daß Monate und Jahre vergehen werden, ehe dort die Katastrophe kommt. Wir können durch ein gemeinsames Zusammenfinden auf einer mittleren Linie durch unsere heutige Aussprache unsere Revolution zur Auswirkung bringen, damit die Arbeiterklasse und nicht nur sie, sondern auch alle übrigen erwerbstätigen Stände ein Glück für die Zukunft davon haben, das ist unser Ziel (Lebhafter Beifall).

Vorsitzender ZERNICKE: Werte Genossen! Wir haben noch 10 Minuten bis 12 Uhr. Als nächster Fraktionsredner hat sich Genosse Hoernle gemeldet, und es wird nicht gut möglich sein, den Genossen Hoernle noch diese 10 Minuten vor Tisch reden zu lassen. Ich glaube, wir können die Versammlung jetzt vertagen, ich bitte aber darum, pünktlich um 2 Uhr hier zu sein. Die Sitzung ist jetzt vertagt[72]).

Vorsitzender UNFRIED: Ich eröffne hiermit die Nachmittagsversammlung und möchte zunächst einige kleine geschäftliche Mitteilungen machen: Mit der Ausbezahlung der Diäten wird nach der Sitzung begonnen. Ich bitte die Anwesenden, das ausgehändigte Quittungsformular auszufüllen. Bei Nichtlohnausfall sind die Worte „Zehn Mark" zu streichen. Bei den Monatslöhnern wird ja ein Lohnausfall kaum eintreten; bei allen andern, wo es noch unbestimmt ist, werden die 10 M. ausbezahlt. Sie sollen, wenn die Firma den Taglohn bezahlt, nachher wieder zurückerstattet werden. Die Kontrolle darüber haben die derzeitigen Arbeiterausschüsse.
Wir fahren nun in unseren Verhandlungen fort.

HOERNLE: Werte Genossen! Die Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratie und des Spartakusbundes haben mich beauftragt, das Aktionsprogramm, auf das wir uns geeinigt haben[73]), hier kurz zu erläutern. Ich kann natürlich auf die einzelnen Punkte

---

[72]) Die Vormittagssitzung wurde – so ein Vermerk im Protokoll – um „11 Uhr 55 Minuten" beendet. Die Nachmittagssitzung begann um 14 Uhr.

[73]) Das dem Sitzungsprotokoll beigegebene gedruckte Aktionsprogramm, das mit dem von Rück und Thalheimer am 10. 11. vorgelegten Programm (s. Nr. 1 Anm. 7) größtenteils identisch ist, hat folgenden Wortlaut:

„Entwurf eines Aktionsprogramms,

nur ganz oberflächlich eingehen, denke aber, es wird in der Diskussion noch manches zur Sprache kommen, was den Versammelten vielleicht nicht ganz klar ist. Einige grundsätzliche Ausführungen muß ich vorausschicken.

Die Revolution, die wir erleben, und deren Träger wir sind, hat von Anfang an einen zweifachen Charakter gehabt. Sie ist auf der einen Seite die Erhebung der Soldaten, eine Soldatenrevolte gegen die 4¼jährige Blutsklaverei, gegen die Knechtschaft, die unleidlich gewordene Knechtschaft des militaristischen Systems. Die Soldaten hatten es satt, sich für die Kapitalisten Deutschlands totschießen und verstümmeln zu lassen. Der Ruf nach Frieden wurde immer lauter. „Schluß!" „Heim!" Das war die Parole, unter der die Soldaten sich erhoben. Und da diese Parole nur durchzuführen war durch die Zertrümmerung des Militarismus, so bekam diese Soldatenerhebung zugleich jenen demokratischen Charakter, der sich in der Bildung der Soldatenräte ausspricht, in dem vielfachen Davonjagen der Offiziere und der Aufrichtung einer mehr demokratischen Heeresorganisation.

Die zweite treibende Kraft der Revolution waren die industriellen Arbeitermassen. Auch diese Arbeitermassen erhoben sich unter der Parole „Frieden und Brot!" Aber hier zeigte es sich, daß die industriellen Arbeiter schon lange politisch aufgewacht waren; hier handelte es sich um eine einheitliche Klasse. Die führenden Arbeitermassen, die politisch aufgewachten Arbeitermassen gehörten ja schon längst den sozialdemokratischen Parteien an, sie waren auf dem Boden des Sozialismus und so sahen sie, daß

---

den Arbeiterräten am 25. November 1918 zur Beschlußfassung vorgelegt von den Delegierten, die in der U.S.P. politisch organisiert sind.

I.

1. Die volle Gewalt, politisch und wirtschaftlich, soll dem Arbeiter- und Soldatenrat gehören, welcher die bestehende mechanische Verwaltungsorganisation nicht zerstört, sondern in Bewegung erhält und Stück für Stück umformt.
2. Der jetzige mechanische Verwaltungsapparat bleibt unter der politischen Leitung des Arbeiter- und Soldatenrats so lange bestehen, bis er durch von Fachleuten geleitete wirtschaftliche und technische Kommissionen ersetzt werden kann.

Was sich am 9. November in Stuttgart abspielte, war die politische Revolution. Wir wollen die wirtschaftliche Revolution. Als Übergangsmaßnahmen zu ihrer Durchführung kommt folgendes in Betracht:

1. Energische Maßregeln gegen Anarchie und Zeichen einer Planlosigkeit. Verhinderung des unorganisierten Wirtschaftens einzelner Arbeitergruppen. Zentrale Zusammenfassung sämtlicher für den Umbau des Wirtschaftslebens nötigen Organe.
   Die technischen Vorarbeiten zur sozialistischen Umorganisierung der Industrie sind sofort in die Wege zu leiten.
2. Normale Arbeitszeit; vorläufig der 6-Stunden-Tag. Entlassungen von Arbeitern, Arbeiterinnen und Beamten dürfen nicht vorgenommen werden. Bei verminderter Rohstoffzufuhr und bei technischen Störungen ist die Arbeitszeit für die gesamte Arbeiterschaft entsprechend weiter zu verkürzen.
3. Während der wirtschaftlichen Neugestaltung des Industrie- und Bankwesens wird das Selbstbestimmungsrecht der Bauern auf landwirtschaftlichem Gebiete anerkannt.
   Überall sollen Dorfkomitees aus Bauern- und Landarbeitern gebildet werden, die sich zentral zusammenschließen und den Städten die nötigen Lebensmittel und Rohstoffe vorläufig auf Grundlage des Geldwertes schaffen, später in direktem Austausch gegen landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse liefern.
4. Annullierung sämtlicher innerer Kriegsschulden, Festsetzung einer Mindestsumme, die von der Annullierung ausgeschlossen ist, durch die gemeinsamen Beschlüsse der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte.
5. Die Lohnhöhe für Arbeiter und Angestellte, die vorläufig nach Bildungsrang und Qualifikation zu staffeln ist, wobei Grundsatz: für gleiche Arbeit gleiche Löhne, wird so kalkuliert, daß der Teil Mehrwert, der bisher vom Kapitalisten unproduktiv verzehrt wurde, der Arbeiterklasse zufällt. Umfassender Schutz der Frau als Arbeiterin, Mutter und Hausfrau. Soziale Fürsorge für das Kind.
6. Nationalisierung des Handels, Ausscheidung des Zwischenhandels, die bisherigen Zwischenhändler stellen sich in den Dienst der Groß- und Kleinhandelsorganisationen.

man Frieden und Brot und Wohlfahrt nicht haben kann, wenn man den Kapitalismus am Leben läßt. Daher fordern sie nicht nur Frieden und Brot, sondern auch die volle politische und wirtschaftliche Umwälzung.

Auf dem Lande draußen waren die Massen der Kleinbauern, die Zwergbauern, die Landarbeiter, Taglöhner usw. geistig noch nicht so aufgewacht, sie waren politisch noch nicht so geschult, daß sie die Revolution von vornherein mitmachen konnten. Aber auch sie wachen jetzt auf als drittes Element der Revolution, und ihr Aufwachen zeigt sich ja bereits in der Bildung von Bauernräten, in dem, was schon der Genosse Unfried heute morgen Ihnen mitgeteilt hat: daß sogar bei uns in Württemberg die Bauern selbständig gegen die großen herrschaftlichen Güter und dergleichen vorgehen[74]). Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sind sozusagen die kristallisierte Form der Revolution. Sie sind die ganz natürlichen und instinktmäßig herausgebildeten Machtorgane jener Klassen, die ein Interesse daran haben, die bisher bestehenden Zustände zu ändern, eine neue bessere Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Und von diesen drei, von diesen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten, sind es wiederum die Arbeiterräte, die die geschichtliche Aufgabe haben, eben weil sie schon längst politisch aufgewacht sind, weil sie direkt und unmittelbar den Druck des Kapitalismus am eigenen Leibe schon seit Jahrzehnten gespürt haben, darum sind es die Arbeitermassen und ihre Organe, die Arbeiterräte, die nun in der Revolution führend, wegweisend und bahnbrechend vorangehen müssen. Das wollen wir uns von vornherein klarbleiben.

---

7. Die Intelligenz, soweit direkt am Produktionsprozeß beteiligt, soll die Möglichkeit ungehemmter und materiell ausreichend fundierter Ausbildungsmöglichkeit haben. Allen Intelligenzen der Arbeiter steht materieller Unterhalt in Lehranstalten frei zur Verfügung. Den nicht direkt am Produktionsprozeß beteiligten Wissenschaften und Künsten wird erweiterte Möglichkeit der Entfaltung zugesichert. Voraussetzung ist, daß die bisher zur Niederhaltung und geistigen Knechtung der Arbeiterschaft benützten Scheinwissenschaften verschwinden. Einstellung aller Volksgenossen in die Produktion.
8. Als Übergangsmaßnahme Beschlagnahme von arbeitslos verzehrten Einkommen von über 2000 Mk. pro Person und arbeitslos verzehrter Vermögen von über 30000 Mk. Verwendung dieser Mittel für die Befriedigung dringender gesellschaftlicher Bedürfnisse, auf dem Gebiet der Invaliden- und Krankenfürsorge, der Arbeitslosen, Wohnungsreform, Bildungswesen, Ausbau der Verkehrsnetze usw.
9. Arbeitspflicht, zunächst bis zu 50 Jahren, für alle Arbeitsfähigen.
10. Weiterzahlung der nichtkapitalistischen Renten und Pensionen; angemessene Erhöhung, entsprechend der Lebenshaltung.
11. Grundlegende Umgestaltung des Volksbildungswesens. Planmäßige Verbindung von Kopf- und Handarbeit.
12. Leitfaden der internationalen Politik ist die Anstrebung einer einheitlichen proletarisch-revolutionären Front über den Erdball.

II.

Zur Milderung der jetzt vorliegenden großen Notstände fordern wir:

1. Arbeitslosenunterstützung in einer Höhe, die die Existenzbedürftigkeit sichert.
2. Kriegsinvaliden haben Anspruch auf Sicherstellung der vollen durchschnittlichen Existenzkosten für sich und ihre Familienmitglieder, soweit sie nicht arbeitsfähig sind.
3. Beschlagnahme aller leerstehenden Wohnungen und Schlösser und aller dem Luxus dienenden Räumlichkeiten.
4. Zur Hebung der Lebensmittelversorgung enges Zusammenarbeiten von Bauernräten mit Arbeiterräten, um die Solidarität von Stadt und Land den Bauern zum Bewußtsein zu bringen.
5. Verwendung der vorhandenen Rohstoffe nur für Friedensbedarf. Großes Gewicht muß auf die Herstellung landwirtschaftlicher Geräte, Dampfpflüge, Dreschmaschinen, Kali, Arbeitskleidung, Stiefel und sonstiger dringender Bedarfsartikel gelegt werden. Enges elektrisches Kraftnetz über das ganze Land.
6. Sofortige Bildung einer gut disziplinierten roten Garde."

[74]) Vgl. Anm. 45.

Die Soldatenräte sind eine bunte Mischung von den verschiedensten Bevölkerungsschichten und Klassen, da steht der Bourgeois neben dem Großbauern, der Großbauer neben dem Industriearbeiter, der Industriearbeiter neben dem Taglöhner usw. Die verschiedensten Gruppen, die verschiedensten Stufen der politischen Schulung sind da nebeneinander vertreten. Außerdem: die Soldatenräte sind eine vorübergehende Erscheinung, deren kolossaler Einfluß mit der Demobilisierung, mit dem Übergang zu Friedenszuständen naturgemäß, wenn nicht verschwinden, so doch ganz erheblich zurückgehen wird. Diese kommen als Führer, als Wegweiser in der Revolution nicht in Betracht. Von den Bauern habe ich schon gesagt, daß diese erst im Erwachen begriffen sind. Die Kleinbauern, die Landtaglöhner, die Bauern, soweit sie nicht am Kapitalismus selbst interessiert sind, sind erst im Erwachen, bilden sich erst, treten erst in die Reihen der Revolution ein. Auch diese kommen als Führer nicht in Betracht, sondern die industrielle Arbeiterschaft muß die Sturmfahne der Revolution vorantragen.
Und da, Genossen, handelt es sich darum, daß wir auch wissen, nicht nur wohin der Weg gehen soll, sondern welchen Weg wir gehen wollen, welche Mittel wir anwenden müssen. Es handelt sich vor allem darum, daß wir uns klar werden über unsere Aufgaben, über die Mittel, die einzig und allein uns zum Ziele führen können.
Genossen! Wir alle, glaube ich, die hier versammelt sind, sind uns einig in dem Ziel. Es wird kein einziger dasein, der die soziale Republik als Ziel, der den Sozialismus nicht wollte (Sehr richtig!). Der Unterschied beginnt aber da, wo es sich darum handelt, die Mittel, die Wege, die Waffen zu finden, mit denen wir dieses Ziel erreichen wollen. In der Hauptsache handelt es sich um die gegensätzliche Auffassung, die die verschiedenen Gruppierungen unter uns von dem Wesen und dem Wirken der Demokratie haben. Die einen wollen jetzt vor allem einmal die politische Demokratie, die bürgerliche Demokratie durchsetzen und befestigen. Ihr Mittel dazu ist die Einberufung der Nationalversammlung auf Grund des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts. Diese Genossen wollen auch einstweilen den bestehenden Regierungs- und Beamtenapparat weiter wirtschaften lassen und wollen dann in dem neuen Parlament den alten parlamentarischen Kampf um den Sozialismus weiterführen mit den alten Mitteln des Parlamentarismus, nur, wie sie glauben, unter eben viel günstigeren Bedingungen. Sie wollen in der neuen Nationalversammlung die Mehrheit erreichen, eine Verfassung in ihrem Sinne durchsetzen und dann auf geordnetem, gesetzlichem, verfassungsmäßigem Wege, also im Einvernehmen sozusagen mit dem Bürgertum die sozialdemokratischen Forderungen durchführen. Wir, die wir auf einem anderen Boden stehen (Zuruf: Wer sind wir?), wir wollen von vornherein die Macht nicht aus der Hand geben.
Genossen! Die Revolution hat uns die politische Macht in die Hand gegeben. Überall in Deutschland haben in den ersten Tagen der Revolution ohne weiteres die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht in der Hand gehabt. Die provisorischen Regierungen sind ja mit Einstimmung zum Teil aus diesen Arbeiter- und Soldatenräten hervorgegangen. Diese Macht, so sagen wir, die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehen, dürfen wir jetzt nicht aus der Hand geben. Wir wollen die Sozialisierung der Gesellschaft direkt, unmittelbar in Angriff nehmen und fordern deshalb als unsere erste Forderung, als unser Schlachtruf, an dem sich die Geister scheiden müssen: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! (Sehr richtig! links) Genossen! Man wird mir entgegenhalten: Bisher hat ja die gesamte Sozialdemokratie, welcher Schattierung sie sein mochte, die Forderung vertreten des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechts und jetzt wollt ihr auf einmal diese demokratische Forderung an die Wand stellen, statt der Demokratie die Diktatur der Arbeiterklasse fordern! Genossen! Da müssen wir uns zuerst klar werden, was eigentlich uns dazu führte, in dem früheren bureaukratisch-feudalistischen Staate das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht zu fordern. Unter den alten Machtverhältnissen war die Forderung

des allgemeinen Wahlrechts das höchste, was wir erreichen konnten. Vom kapitalistischen Staat, wie er vorher organisiert war, als eine bis ins kleinste organisierte Verkörperung der Macht der Junker, der Großindustrie und des Finanzkapitals, da konnten wir nichts anderes als dies fordern. Aber die Revolution hat diese Macht niedergeworfen; sie hat diese Macht noch nicht vernichtet, aber sie hat sie niedergeworfen, und da handelt es sich für uns um die Frage, ob nicht die neue Zeit auch neue Forderungen verlangt, ob wir mit dem allgemeinen Wahlrecht zum Ziele kommen können, das wir jetzt unbedingt erreichen müssen.

Legen wir uns einmal die Frage vor, ob eine wirkliche, durchaus den Interessen der verschiedenen Volksklassen entsprechende Demokratie möglich ist, solange noch die kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnisse bestehen! Genossen, man spricht so viel von der Diktatur der Arbeiterklasse, von der politischen Diktatur, man wolle keine Diktatur. Wer spricht aber von der wirtschaftlichen Diktatur der Kapitalistenklasse? (Sehr richtig!) Die Kapitalisten üben heute noch ungeschwächt die wirtschaftliche Diktatur. Sie sind es, die heute noch die Fabriken, den Grund und Boden, die Banken, alle größeren wirtschaftlichen Institute des Landes in der Hand haben. Und da frage ich: Ist ein Parlament heute schon möglich, wo die Interessen der verschiedensten Volksklassen wirklich klar zum Ausdruck kommen, solange ein großer Teil des Volkes in der wirtschaftlichen Abhängigkeit von diesen Kapitalisten steht. Man wird mir vielleicht erwidern, daß eben die politische Demokratie, die größere Freiheit oder die vollkommene Freiheit des Vereins-, Versammlungs-, Presserechts usw., daß die allmählich die wirtschaftliche Einschüchterung der Arbeiterklasse aufheben wird. Gewiß, bis zu einem gewissen Grade, aber ganz, das ist ausgeschlossen; denn solange ein Mensch weiß, daß er in seiner Existenz abhängt von dem Wohlwollen eines anderen, solange ganze Berufsgruppen instinktiv sich in der Abhängigkeit von anderen wissen, solange ist eben auch der Wille nicht frei, ob wir nun geheim oder nicht geheim wählen. Geheime Wahl ist natürlich hundertmal besser als öffentliche, aber es ist noch keine Garantie, daß der Wille der Mehrheit des Volkes wirklich da zum Ausdruck kommt.

Weiterhin möchte ich noch auf das eine hinweisen: die Kapitalisten beherrschen heute geistig noch die Öffentlichkeit (Sehr richtig!). Wer hat heute die Presse in der Hand? Sehen Sie doch, wie hier in Stuttgart mindestens 5 Tagesblätter des Bürgertums[75]) erscheinen und nur wenige der Sozialdemokratie. Wer hat heute noch die Schule in der Hand? Wer hat heute noch die Kirche in der Hand? Wer hat heute noch tatsächlich die öffentliche Meinung, die öffentliche Moral in der Hand? Die moralischen Ansichten, die Ansichten, was gut und böse ist, was erlaubt und was nicht erlaubt ist, die hat das Bürgertum geprägt und in diesen Ansichten wachsen noch Millionen Proletarier auf. Die geistige Macht, auch die geistige Diktatur des Bürgertums ist noch nicht gebrochen (Sehr richtig!).

Und dann noch eines! Man sagt, wir wollen nicht die Demokratie vertauschen mit einer neuen Diktatur einer Minderheit. Genossen! Der bisherige Staat war eine Diktatur der Minderheit, und wenn wir jetzt fordern, daß die Arbeiter- und Soldatenräte, später auch, sobald sie soweit entwickelt sind, die Bauernräte als Organe der Arbeiterklasse die Diktatur in die Hand nehmen, – werden wir doch nicht kopfscheu vor dem Wort „Diktatur"! Wir können das auch anders nennen. Es ist einfach die Herrschaft der Arbeiterklasse. Ja, Genossen, ist das dann wirklich eine Diktatur der Minderheit? Ist das nicht die Herrschaft der Mehrheit? (Sehr richtig!)

Und bedenken wir noch eines: Die Diktatur der Bourgeoisie wurde bisher geführt, um die Herrschaft dieser Minderheit zu sichern und zu erhalten. Die von uns verlangte Diktatur der Arbeiterklasse soll geführt werden zur Einführung des Sozialismus, zur Be-

---

[75]) Vgl. Anm. 37.

freiung, zur Abschaffung aller Klassenunterschiede (Sehr gut!). Ich meine, es kommt auch auf den Zweck einer Diktatur an, nicht nur auf den zufälligen Namen (Sehr richtig!).
Diese grundsätzlichen Unterschiede in der Stellungnahme zur bürgerlichen politischen Demokratie, die bedingen auch unsere besondere Stellungnahme zu der Frage der Nationalversammlung. Ich habe sie ja kurz schon skizziert, aber es muß noch hinzugefügt werden: Wenn wir die Sozialisierung der Gesellschaft wollen, so kann doch der Gerichtshof, der darüber zu entscheiden hat, nicht eine Versammlung sein, die zum großen Teil – seien wir uns doch darüber klar – aus den bewußten und unbewußten Anhängern der kapitalistischen Klasse besteht (Zustimmung). Eine solche Versammlung kann unmöglich das Werkzeug der Vergesellschaftlichung der produktiven Werte sein. Es ist also ein falscher Gerichtshof, die Nationalversammlung, vor den wir die Frage der Sozialisierung der Gesellschaft schleppen. Nur diejenigen Volksklassen, für die der Sozialismus eine Lebensnotwendigkeit ist, können auch mitsprechen und darüber urteilen, was und wie es gemacht werden soll.
Zweitens: Geben wir uns ja nicht der Illusion hin, als ob das Bürgertum gutwillig auf seine Macht, auf seine wirtschaftliche Diktatur verzichten wolle. Ach, und wenn wir die große Mehrheit in der Nationalversammlung haben, so wird nie und nimmer das Bürgertum ruhig sagen: Nun, ihr habt einmal die Mehrheit, so geben wir eben unsere Fabriken und alles heraus und sind einverstanden mit der Vergesellschaftlichung der Banken usw. usw. Das mögen einzelne aus dem Bürgertum tun, einzelne, die zu einer besseren Einsicht gekommen sind, aber als Klasse, als große Gesamtheit kann ja die Bourgeoisie sich doch nicht selber den Kopf abschneiden (Zustimmung). Nun, Genossen, seht Euch doch einmal um, wie heute schon die Bourgeoisie gegen den Sozialismus mobil macht! Seht Euch um, wie überall in direktem Gegensatz zu den Arbeiterräten die Bürgerräte[76]) entstehen! Lest doch die bürgerliche Presse und seht, mit welchen versteckten und offenen Hieben sie gegen jede sozialistische Bewegung zu Felde zieht, zum Teil auch mit einer heuchlerischen Schöntuerei. Aber der schmeichelnde Gegner ist ebenso schlimm wie der offene, ehrliche oder noch schlimmer.
Vergessen wir auch nicht, daß die Bourgeoisie noch ein drittes Mittel hat, um der Sozialisierung, selbst wenn sie auf verfassungsmäßigem Wege, auf den Beschluß einer Nationalversammlung Stück für Stück durchgeführt werden soll, nicht nur Schwierigkeiten in den Weg zu legen, sondern geradezu Schwierigkeiten, die nur mit Macht überwunden werden können. Das sind die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen Sabotage (Sehr richtig!). Wir wissen es aus Rußland, wie dort die bürgerlichen Beamten und Fabrikdirektoren, die bürgerlichen Finanzleute und Großindustriellen heimlich und offen jedes Mittel angewendet haben, um die Volkswirtschaft in Unordnung zu bringen, um den Verkehr zu stören, um die Geldverhältnisse zu verwirren und dergleichen. Glaubt Ihr, daß die deutsche Bourgeoisie viel besser ist als die russische? (Ruf: Niemals!) Hat sie sich in den letzten 4¼ Jahren besser gezeigt, als wir wie Schlachtopfer in die Schützengräben hinausgeschickt wurden? Und denkt auch an das Schicksal des finnischen Proletariats, an das Schicksal der Ukraine! Die Bourgeoisie wird keinen Tag zögern, den Feind von heute als Retter von morgen zu begrüßen (Hört! hört!), sobald sie

---

[76]) Bereits am 12. 11. hatte der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie einen Aufruf veröffentlicht, in dem die Gründung von Bürgerräten angeregt wurde (vgl. 20 Jahre Wirtschaftspolitik. Hansa-Tagung 1929. Berlin o.J. 1929, S. 72 f.). Dem Beispiel Berlins, wo sich am 19. 11. ein Bürgerrat gebildet hatte (vgl. Ursachen und Folgen III, S. 18 f.), folgten zahlreiche andere Städte (vgl. Drabkin, S. 224 f. und III. Gesch. 1968, S. 200 f.). In Stuttgart konstituierte sich am 2. 12. ein Bürgerrat (vgl. dessen Schreiben vom 12. 12. 1918 an Blos, HStA Stuttgart, E 151 b 225), der in der Folgezeit mehrmals von der Regierung die rechtliche Gleichstellung mit den anderen Räteorganen forderte (s. dazu Dähn, S. 317 f.).

merkt: Es geht uns nicht nur an den Rock, es geht uns ans Leben (Abg. Keil: Deshalb soll man den Feind nicht hereinlassen! – Lachen links). Ich komme gleich darauf, Genosse Keil, warten Sie ruhig ab (Abg. Keil: Das ist die Konsequenz!). Den Feind soll man nicht hereinlassen! Genosse Keil weiß ganz genau, daß Deutschland augenblicklich vollkommen wehrlos ist; er steht ja selbst auf diesem Boden (Zuruf: Sie auch!). Er weiß, daß heute die deutsche Bourgeoisie die Forderung erheben würde, daß Deutschland im Interesse der Erhaltung des Kapitalismus besetzt werden müsse. Man meint ja, daß Wilson, Lloyd George und General Foch keinen Augenblick zögern würden, Württemberg zu besetzen. Trotzdem sagt er ganz gemütlich, man dürfe den Feind nicht hereinlassen (Lachen).

Also, Genossen, aus dieser unserer Stellung zur Nationalversammlung ergibt sich als Drittes auch unsere Stellung zu der vorläufigen Regierung. Ich habe schon erwähnt, daß wir fordern: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten! Demnach muß die vorläufige Regierung nicht über den Arbeiterräten stehen, sondern muß sich als ausführendes Organ den Arbeiterräten unterordnen (Lebhafte Zustimmung links). Die Arbeiterklasse ist es, die die Macht in der Hand behalten muß, das können wir uns gar nicht oft genug einprägen.

Wir haben heute gehört, daß die vorläufige württembergische Regierung sich mit dem Arbeiterrat dahin geeinigt hat, mit ihm gemeinsam die wichtigsten Fragen zu behandeln. Genossen, das ist gut, aber wir verlangen eben, daß der entscheidende Faktor der Arbeiterrat bleiben muß, und zwar nicht nur vorläufig bis zur Nationalversammlung, sondern dauernd (Sehr richtig!). Seid Euch klar, keiner von uns will, daß die Arbeiterräte verschwinden sollen. Ja, wenn sie nicht verschwinden und wir bekommen eine Nationalversammlung, dann haben wir regelrecht zwei Regierungen; wir haben dann tatsächlich – man mag es verhüllen oder offen bekennen – zwei Instanzen, die nebeneinander bestehen, so daß Konflikte nicht ausbleiben können. Wenn die Arbeiterklasse nicht die ganze Revolution von den Bürgerlichen über den Haufen schmeißen lassen will, so wird sie immer wieder die Arbeiterräte als ihr revolutionäres Machtorgan, ihre Kraft mobil machen lassen müssen.

Darum verlangen wir weiter, daß diese provisorische Regierung nicht zögernd und zaudernd, sondern energisch die Sozialisierung der wichtigsten Betriebe, Banken, Großgüter und dergleichen, in die Hand nimmt. Wir verlangen, daß diese Angelegenheit nicht in Kommissionen vergraben wird, daß man immer und ewig darüber berät, sondern daß es ernsthaft und praktisch in die Hand genommen wird. Wie will man denn die großen Fragen der Zeit, die Arbeitslosenfrage, die Frage der Lebensmittelversorgung, die Wohnungsfrage, dann vor allem die riesige Frage der Deckung der Kriegsschulden, wie will man das mit andern Mitteln überhaupt in Ordnung bringen, als mit den Mitteln, die uns der Sozialismus in die Hand gibt! (Sehr richtig!) Wollt Ihr denn daran herantreten mit einer Einkommens- und Vermögenssteuer und dergleichen? Das wäre alles gut und schön, aber es reicht nicht aus (Sehr richtig!). Diese Aufgaben, die vor uns stehen, sind so riesengroß, so über alle Beispiele groß, daß wir uns darüber klar sein müssen: Es hilft nichts, hier darf der Mund nicht bloß gespitzt werden, hier muß gepfiffen werden (Zustimmung).

Diese Aufgaben aber kann die Regierung so, wie sie heute zusammengesetzt ist, als bürokratischer Beamtenapparat nicht lösen. Wir fordern, daß die Regierung es als ihre zweite Aufgabe ansieht, diesen Beamtenapparat, der bisher die Dinge von oben herab anordnete, umzuwandeln in einen Apparat von demokratisch aufgebauten Fachkommissionen, die in engster Fühlung mit den Arbeiter- und Soldatenräten, in engster Fühlung auch mit den berufenen technischen Fachleuten die Aufgaben sofort in die Hand nehmen. Diese Kommissionen müssen gleichfalls getragen sein von dem Vertrauen der betreffenden Berufsgruppen, die da in Betracht kommen, sie müssen demokra-

tisch zustande kommen. Die bisherigen Beamten werden von oben eingesetzt, die Beamten des Sozialismus werden von unten eingesetzt (Sehr gut!).
Dann ist noch ein fundamentaler Unterschied zwischen den Anschauungen der bisherigen Mehrheitspartei und den Anschauungen des sozialistischen Radikalismus vorhanden: Wir trennen uns in der Beurteilung der äußeren so gut wie der inneren Fragen. Ich habe schon vorhin geredet von der Möglichkeit, daß das Bürgertum uns durch Sabotage der Beamten, der Industriellen usw. große Schwierigkeiten in den Weg legt. Genossen, diese Schwierigkeiten sind da und dürfen nicht übersehen werden. Wir dürfen sie aber auch nicht überschätzen. Unsere Genossen in Rußland hatten gewiß eine viel schwierigere Aufgabe vor sich, denn das Land war kapitalistisch noch nicht so fortgeschritten; die russische Bürokratie war viel korrumpierter, war weniger leistungsfähig als die unsrige. Es kommt nicht so sehr auf die einzelnen sogenannten leitenden Köpfe an, wie auf jenes Heer von Angestellten und Beamten, die die eigentliche Arbeit gemacht haben (Sehr gut!). Denn auch im Regierungsapparat ist es nicht anders als in der Industrie: die wahre Arbeit wird geleistet von dem Lohnarbeiter, ob er sich nun Beamter oder Angestellter nennt. Und die große Mehrheit dieser Beamten und Angestellten ist entweder schon auf unserer Seite oder sie wird bald genug einsehen, daß ihr Vorteil mit dem unsrigen zusammenfällt. Es ist geradezu lächerlich, wenn man sieht, wie der frühere Minister v. Köhler[77]) oder wie Oberbürgermeister Lautenschlager bei jedem einzelnen Beamten, gegen den man etwas einzuwenden hat, sofort mit der Antwort kommt: „Dieser Beamte ist unersetzlich; er ist ein so tadelloser Kopf, daß wir ohne ihn gar nicht weiterarbeiten können!" Man hat da den Eindruck, ganz Stuttgart und ganz Württemberg muß zu Grunde gehen, wenn man einen Polizeikommissar Wilhelm[78]) oder den Direktor des Schlachthofs[79]) von seinem Amt entfernen würde. So reden diese! Von diesen Herren dürfen wir uns doch nicht etwas vormachen lassen! Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Auch das Proletariat hat Intelligenzen. Wir sind doch nicht dümmer auf die Welt gekommen als die herrschenden Klassen (Sehr richtig!). Wir können uns auch einarbeiten in die heiklen Aufgaben, wenn wir bisher auch nur den beschränkten Untertanenverstand hatten.
Der zweite Unterschied ist die verschiedene Beurteilung der Energie des Bürgertums, nicht nur wirtschaftliche Druckmittel anzuwenden, sondern eventuell auch physische Druckmittel. Genossen! Auch darin müssen wir Klarheit haben: sobald es dem Bürgertum an den Geldsack geht, an seine bevorrechtete wirtschaftliche Herrenstellung, dann kennt das Bürgertum keine Moral mehr. Jetzt schreit es immer: Einheit und innerer Frieden, aber gerade jetzt schon sehen wir, wie es ganz ruhig und ziemlich unverschämt schon mobil macht zum Bürgerkrieg. Es wird schon die Bildung von Weißen Garden empfohlen. Sie wissen auch, daß das Zentrum die Bildung von Bürgerwehren empfiehlt[80]), und was Bürgerwehren praktisch bedeuten, das sollte doch keinem sozia-

---

[77]) Ludwig von Köhler (1868–1953), Studium der Staatswissenschaften, seit 1894 Beamter im württembergischen Innenministerium, 1908 stellvertretender Bundesratsbevollmächtigter Württembergs in Berlin, von 1916 bis zum 9. 11. 1918 württembergischer Innenminister; 1920–36 Professor für öffentliches Recht in Tübingen; seine Abhandlung: Zur Geschichte der Revolution in Württemberg (Stuttgart 1930), in der er ausführlich die unmittelbare Vorgeschichte des 9. 11. darstellt, wollte er als eine Erwiderung auf das Buch von Weller verstanden wissen.

[78]) Vgl. Nr. 2 Anm. 19.

[79]) Vgl. Nr. 2 Anm. 46.

[80]) Am 15. 11. hatten die Zentrumsfraktion im württembergischen Landtag und der Landesvorstand der württembergischen Zentrumspartei in einer gemeinsamen Versammlung in Stuttgart den Anhängern der Partei empfohlen, die neuen Regierungen im Reich und im Land „in ihren Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, zur Volksernährung und zur Demobilmachung zu unterstützen, soweit diese Maßnahmen allen Teilen

listischen Arbeiter noch unklar sein. Täuschen wir uns nicht, das Bürgertum wird nicht zaudern, wenn es seine Stunde gekommen glaubt, auch mit physischen Mitteln, mit den Mitteln der Waffengewalt, zu versuchen, seine Herrschaft zu erhalten.
Also wenn wir wirklich den Sozialismus wollen, so können wir diesen Gefahren nicht aus dem Wege gehen, wir können nicht einfach den Nacken einziehen und den Sturm über uns hinwegbrausen lassen, sondern wir müssen die Zähne aufeinanderbeißen und diesen Gefahren ins Auge sehen. Ich habe schon vorhin davon gesprochen, daß das Bürgertum nicht zaudern würde, eventuell den Feind von heute als Retter von morgen zu begrüßen. Denn wir wissen doch, das Kapital ist international, und wenn auch die einzelnen Kapitalistengruppen heute aufeinander losfahren wie reißende Wölfe, wenn es gegen den gemeinsamen Feind geht, wenn es um das Recht geht, seine Mitmenschen ausbeuten zu dürfen, dann wird wiederum das Kapital einig sein. Ja, hätte nur das Proletariat heute schon den gesunden Instinkt, jene politische Klarheit, die unsere Bourgeoisie hat! (Lachen) Die wissen, was sie wollen, aber wir wissen nicht, was wir wollen (Sehr richtig!).
Ich komme jetzt zu einer weiteren Frage, zur Frage des Friedens. Genossen! Wir alle wissen, daß der Friedensschluß uns dem anglo-amerikanischen Imperialismus ausliefert, daß so, wie die Dinge liegen, der anglo-amerikanische Imperialismus, die großen amerikanischen Finanzherren und Trusts, die Industriekönige usw., daß die uns zunächst ihren Willen diktieren werden und diktieren wollen. Und wir sehen es auch ganz deutlich, nachdem einmal dem deutschen Kapital seine Weltherrschaftsgelüste gründlich ausgetrieben worden sind, so ist dieses deutsche Kapital bereit, sich eben mit den Brosamen zu begnügen, die von dem anglo-amerikanischen Tische fallen. Wir werden also durch diesen Friedensschluß die Ausbeutung durch das deutsche Kapital vertauschen mit der gesteigerten Ausbeutung durch das anglo-amerikanische Kapital. Das anglo-amerikanische Kapital wird uns mit Hilfe des deutschen Kapitals vor seinen Triumphwagen spannen und wir werden unsere Arbeit, aber auch bald wieder einmal unser Blut für die Interessen des Kapitalismus opfern müssen. Das ist klipp und klar die Frage, der wir heute gegenüberstehen. Sie wissen ganz genau, daß Wilson usw. sich dahin ausgesprochen haben, sie werden den Sozialismus nicht dulden. Und die einen wollen nun sozusagen das anglo-amerikanische Kapital überlisten. Sie sagen: ja gut, wir stellen jetzt zunächst den Sozialismus in den Glasschrank und wenn wir dann den Frieden wirklich unter Dach und Fach haben, holen wir ihn wieder heraus. Genossen! Glaubt jemand, das anglo-amerikanische Kapital wird mit uns Frieden schließen, ohne daß es handfeste Garantien hat, daß der Sozialismus in Deutschland unmöglich ist (Sehr richtig!). Das anglo-amerikanische Kapital wird ganz zweifellos den Frieden so vordiktieren, daß auf Jahrzehnte eine soziale Revolution in Deutschland zu den Unmöglichkeiten gehört[81]).
Und nun, Genossen, stehen wir vor dem Entweder-Oder. Entweder verzichten wir auf allen Sozialismus, entweder verzichten wir auf Jahrzehnte hinaus auf die soziale Revo-

---

des Volkes gerecht werden". Zur Durchführung dieser Maßnahmen forderte die Versammlung „a) die Schaffung örtlicher Volksräte, welche aus allen Berufsständen und allen politischen Parteien zusammengesetzt werden sollen; b) die Errichtung freiwilliger Volkswehren (Bürgerwehren)"; abgedruckt bei Purlitz, Revolution I, S. 124; vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 32). Düsseldorf 1966, S. 86. Unter der Überschrift „Die Reaktion marschiert" bezeichnete die Rote Fahne (Nr. 6 vom 20. 11. 1918) den Beschluß des Zentrums als die „offen zutage liegende Absicht auf Schaffung einer Weißen Garde" und forderte ihrerseits „die sofortige Gründung einer Roten Garde".

[81]) Zur amerikanischen Politik gegenüber dem besiegten Deutschland 1918/19 vgl. die umfangreiche Untersuchung von Schwabe.

lution oder aber wir schreiten ruhig weiter auf unserer Bahn energisch und tun wenigstens, so viel wir können, um die Grundlagen des Sozialismus einzusetzen und fest zu verankern (Zurufe. – Ruf: Kriegführen!). Kriegführen, das können wir nicht. Aber wenn Ihr wirklich den Sozialismus wollt – darauf kommt es immer wieder an – seid doch ehrlich und sagt: wir wollen den Sozialismus [nicht] in den Glasschrank stellen (Zuruf: Mit welchen Mitteln?). Wenn Ihr den Sozialismus wollt, müßt Ihr Euch klar bleiben, daß es gar keine Alternative, gar keine Wahl mehr gibt: entweder die doppelte Knechtschaft oder aber den Widerstand mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen. Das sind jetzt keine militärischen Mittel, aber die Ukraine und die Genossen im Osten haben uns gezeigt, mit welchen Mitteln sie die Ideen des Sozialismus hineingetragen haben in die Besatzungstruppen. Unsere deutschen Kriegsgefangenen haben vielfach dort gelernt, was Sozialismus ist[82]) (Sehr richtig!). Nur müssen wir uns entschließen, die Keime des Sozialismus weiter zu tragen. Darum handelt es sich und das können wir nicht, wenn wir einfach auf den Sozialismus einstweilen verzichten.

Parteigenossen! Wir sind internationale Sozialisten, wir haben uns ja immer mit Stolz als international bezeichnet, unsere Politik darf sich nicht beschränken auf den nationalen Boden, auf die schwarz-weiß-roten Grenzpfähle, sondern wir müssen immer den Blick hinausrichten auf die anderen Völker und die anderen Länder und wir müssen uns klar darüber sein, daß der Sozialismus nur dann einen Erfolg erreichen kann, nur dann siegen kann, wenn nicht nur ein Land, wenn nicht nur eventuell zwei Länder eine soziale Revolution haben, sondern wenn diese soziale Revolution sprungartig von Land zu Land, von Volk zu Volk eilt (Zuruf: Darin sind wir uns einig!). Darum muß sich unsere Politik nicht nach dem Westen, nach den Imperialisten und Kapitalisten richten, sondern unsere Politik muß sich nach dem Osten richten (Ohorufe). Ihr mögt sagen, was Ihr wollt, Ihr mögt mit dem Bolschewismus einverstanden sein oder nicht, aber in Rußland ist zunächst der einzige Staat, der auf sozialistischer Grundlage steht (Zuruf: Der ist ja schon tot!). Ja, Genossen, Ihr seid so voll von den Märchen und den Verleumdungen der bürgerlichen Presse (Sehr richtig!), die hat Euch die Köpfe verdreht mit den Verleumdungen des Bolschewismus, der Bolschewismus sei machtlos geworden (Zuruf links: Das sind die Nachwehen von der Schwäbischen Tagwacht!). Also entweder wir verraten den Sozialismus, wir verraten unsere Kameraden im Osten, oder aber wir erklären von vornherein: wir gehen Hand in Hand mit diesen Kameraden.

Parteigenossen! Und wenn wir uns die Sache so ansehen, so bekommt schließlich auch die Lebensmittelfrage kein so verzweifeltes Gesicht. Wer garantiert uns, daß Wilson uns Lebensmittel schicken wird? Sind nicht die verschiedenen Gerüchte, die fortwährend kommen, Amerika werde Lebensmittel schicken, Gerüchte geblieben? Am andern Tage heißt es, es ist gar keine Rede davon[83]) (Zuruf rechts: Aber von Rußland werden die Lebensmittel kommen!). Lassen Sie doch Ihre dummen Scherze! Diese Lebensmittel sind doch das Gängelband, sind doch der Leim, mit dem man den Gimpel

---

[82]) Zu den Einflüssen revolutionärer Propaganda auf das deutsche Ostheer und die deutschen Kriegsgefangenen vgl. Stern I, S. 172 f. sowie die dort angeführten Dokumente; Militarismus gegen Sowjetmacht, S. 96 ff. und 207 ff.; III. Gesch. 1968, S. 29 f. Zahlreiche „Veteranenberichte" finden sich in: Weltenwende – wir waren dabei. Erinnerungen deutscher Teilnehmer an der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und an den Kämpfen gegen Interventen und Konterrevolutionäre, hrsg. vom Inst. für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Berlin 1962. Mit der Problematik der Wirkungsgeschichte der russischen Revolution auf Deutschland befaßt sich grundsätzlich der Aufsatz von Erich Matthias, Die Rückwirkungen der russischen Oktoberrevolution auf die deutsche Arbeiterbewegung, in: Deutschland und die Russische Revolution, hrsg. von Helmut Neubauer, Stuttgart 1968, S. 69–93; die Beurteilung der Oktoberrevolution durch die deutsche Sozialdemokratie behandelt Lösche, S. 100 ff.

[83]) Die Auseinandersetzungen um die amerikanische Lebensmittelhilfe für Deutschland hat Schwabe (S. 257 ff.) ausführlich dargestellt.

auf den Ast locken will. Die Lebensmittel werden uns immer vor die Nase hingehängt. Als ich noch im Felde war, wurden eines Tags eine ganze Masse Flugblätter von feindlichen Flugzeugen herabgeworfen. Eines davon hat ganz besonders großen Anklang gefunden. Da war ein Esel darauf vor einem kleinen Karren, in dem Karren saßen der deutsche Kaiser und Tirpitz und noch ein paar Herren. Auf dem Esel stand geschrieben: Das deutsche Volk. Tirpitz und der deutsche Kaiser hatten eine Peitsche in der Hand, und am Ende der Peitsche, vor der Nase des Esels, hing eine Rübe und darauf stand geschrieben: Der Sieg. Und je mehr der Esel lief, um nach der Rübe zu schnappen, um so weniger erreichte er sie. So geht es uns: man hängt uns die Rübe, die Lebensmittelversprechungen vor die Nase und sagt: aber folgen müßt ihr Schritt für Schritt bis in den Abgrund der kapitalistischen Sklaverei (Sehr richtig!). Auf der anderen Seite, wenn wir energisch und mit sozialistischen Mitteln sofort dahinter gehen, die Produktion und die Lieferungen im eigenen Lande zu heben, indem wir gemeinsam mit den Bauernkomitees zusammen diese Frage zu regeln suchen, indem wir grundsätzlich die Gegenseitigkeit von Industrie und Landwirtschaft betonen, indem wir als Grundsatz erklären: Lebensmittel gegen Industrieprodukte und umgekehrt, indem wir den bureaukratischen und verhaßten Zwang den Bauern nehmen und dafür den Zwang der Vernunft und der wirtschaftlichen Gegenseitigkeit in Anwendung bringen, dann wird sich noch viel herausholen lassen. Wenn wir dem Wucher energisch zu Leibe gehen, nicht wiederum mit Zuchthausurteilen usw., die ja nur den einzelnen treffen, sondern durch die Sozialisierung des Handels, dann ist auch wieder möglich, etwas und wahrscheinlich sogar ein ziemliches Stück herauszuholen. Und wenn wir darangehen, die großen Herrschaftsgüter in Norddeutschland und Süddeutschland zu beschlagnahmen und sozialistisch zu bewirtschaften, so bekommen wir nächstes Jahr wieder eine gute Ernte (Zuruf: Wenn wir nicht inzwischen verhungert sind!). Und wenn wir eine energische sozialistische Politik treiben, wenn wir uns wirklich nach dem Osten orientieren und nicht nach dem kapitalistischen Westen, so wird zweifellos die russische Revolution so gestärkt werden, daß sehr bald die Don-, Kuban- und sibirischen Getreidegebiete von unseren Genossen im Osten für Europa geöffnet werden (Zuruf: Da stehen ja schon die Engländer!)[84]). Die Engländer stehen hier! Parteigenossen! Auf die Einzelheiten unseres Aktionsprogramms kann ich wegen der fortgeschrittenen Zeit jetzt nicht eingehen. Aber ich meine, wenn irgendeiner von den einzelnen Punkten noch unklar sein sollte, so steht es ja in der Diskussion frei, hier Aufklärung zu erhalten. Ich möchte nur noch auf die Frage der Roten Garde eingehen, weil diese Frage schon heute morgen aufgeworfen wurde.

Parteigenossen, täuschen wir uns nicht, das Bürgertum ist schon an der Arbeit, seine Bürgerwehr und seine Weiße Garde zu schaffen. Heute morgen wurde gesagt, die Rote Garde werde die Weiße Garde hervorrufen. Die Weiße Garde ist es, die die Rote hervorruft (Sehr gut!). Wir deutschen Arbeiter haben noch nie den Schneid besessen, zuerst

---

[84]) Nach Ausbruch der Revolution in Deutschland hatten England und Frankreich ihre militärischen Aktivitäten in Rußland verstärkt, nicht zuletzt deshalb, weil „das Gespenst einer deutsch-russischen Zusammenarbeit unter gemeinsamen roten Führern" (Georg von Rauch) sie beunruhigte. Ein am 13. 11. zwischen beiden Mächten erzieltes Übereinkommen sah vor, daß der gesamte Kaukasus und das transkaspische Gebiet zum englischen, die Ukraine mit Bessarabien und der Krim zum französischen Einflußgebiet gehören sollten. Da aber die Intervention in Nordrußland nur sehr langsam vorankam und der Angriff der tschechoslowakischen und weißgardistischen Truppen an der Wolga zusammengebrochen war, verlegten die Ententemächte den Schwerpunkt ihrer militärischen Operationen zunächst nach Südrußland: Am 23. 11. lief ein englisch-französisches Geschwader ins Schwarze Meer ein, englische Truppen landeten in Baku und Batum, ein französisches Expeditionskorps besetzte am 17. 12. Odessa. Vgl. John Bradley, Allied Intervention in Russia, London 1968 (dort auch umfangreiche Literaturhinweise). Siehe auch Fischer, S. 29 ff., 92 ff.

anzugreifen; wir waren bisher immer die Angegriffenen und haben gewartet, bis das Kapital uns angegriffen hat. So ist es auch diesmal. Wenn wir Rote Garden bilden wollen, so tun wir das in der Verteidigung und nicht zum Angriff. Und wenn wir wirklich die Betriebe in die Hand nehmen wollen, so muß den Arbeitern unbedingt das Recht gegeben werden, gegen jedes Mittel der Sabotage vorzugehen. Diesen Schutz müssen wir in die Hand der Arbeiterschaft selbst legen. Soviel zur Roten Garde!
Parteigenossen, ich meine, wir werden uns natürlich über die Mittel und Wege nicht so bald zusammenfinden, aber ich bin der Meinung, daß die Zeit sehr bald zeigen wird, wer von uns weiter gesehen hat (Sehr richtig!). Parteigenossen, je mehr sich die Schwierigkeiten türmen, je dunkler die Zukunft wird, desto leuchtender müssen wir auf unsere Fahne schreiben: Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein[85]). Und als zweiten Grundsatz den internationalen Grundsatz: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! (Großer, anhaltender Beifall.)

*Im Anschluß an Hoernle sprechen als weitere Fraktionsredner noch* RÖMER *(„Kommunistische Partei")*[86]) *und Dr.* BERNATH *(Rat der geistigen Arbeiter). Dann folgt eine Generaldebatte; es sprechen:* SPÖRR, BRAUNE, WEINMANN, ULSHÖFER, MELCHER, BIHL. *Als letzter Redner in der Nachmittagssitzung am 25. November ergreift Hermann* ZERNICKE *das Wort.*

ZERNICKE: Werte Genossen! Zunächst einige Bemerkungen über Worte und Anschuldigungen, die heute früh in der Vormittagssitzung gefallen sind.
Es ist der Vorwurf erhoben worden, daß die der Mehrheit angehörenden Mitglieder oder Führer in dem Verdacht stehen, sie hätten mit dazu beigetragen, daß die 16 Genossen in den ersten Tagen des November verhaftet worden sind[87]). Ich möchte diesen geradezu unerhörten Vorwurf mit der nötigen Entschiedenheit zurückweisen und als Beweis die Tatsache anführen, daß, als wir erfuhren, daß die Genossen Rück und Thalheimer und andere Genossen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wegen ihrer politischen Überzeugung von der alten Regierung hinter Schloß und Riegel gesetzt worden sind, wir sofort darin einig waren: Die Enthaftung dieser Genossen muß unter allen Umständen erfolgen (Sehr richtig!). Der Genosse Keil war der erste, der sofort den Minister Köhler interpelliert und auf die Gefahren hingewiesen hat, die auf die Verhaftung und Beibehaltung der Haft der 16 Genossen folgen werden und folgen müssen[88]). Die Genossen Schifferdecker und Salm haben ihren Kollegen bei Daimler die Erklärung abgegeben, daß sie sofort für die Enthaftung aller Inhaftierten eintreten

---

[85]) Die These „In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst erobert werden muß" steht am Anfang der programmatischen Präambel, mit der Marx die von ihm im Oktober 1864 verfaßten Provisorischen Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation einleitete (vgl. MEW, Bd. 16, S. 14). Mit dem auf Lassalle zurückgehenden Zusatz, daß alle anderen Klassen im Vergleich zur Arbeiterklasse „nur eine reaktionäre Masse sind", wurde diese These ins Gothaer Programm von 1875 übernommen.

[86]) Ob in Württemberg bereits im November 1918 eine organisierte Gruppe mit dem Namen „Kommunistische Partei" bestand, als deren Fraktionsvorsitzender Karl Römer (geb. 1892) auftritt, läßt sich nicht eindeutig feststellen. Denkbar ist allerdings, daß zwischen Römer und linksradikalen Gruppen außerhalb Württembergs, die sich als Kommunisten bezeichneten, Kontakte bestanden: Die Dresdner Linksradikalen hatten Mitte November 1918 die Umbenennung ihrer Organisation in „Internationale Kommunisten Deutschlands" beschlossen (s. Dok. u. Mat. II, S. 403 f.); die Bremer Linksradikalen nannten sich seit dem 23. 11. 1918 ebenfalls „Internationale Kommunisten Deutschlands" (s. Dok. u. Mat. II, S. 456 ff.). Auf der 2. Reichskonferenz der Internationalen Kommunisten am 24. 12. 18 waren auch Vertreter Württembergs anwesend; vgl. Bock, S. 89 ff.; Ill. Gesch. 1929, S. 264, 334 ff.; Ill. Gesch. 1968, S. 284 ff.

[87]) Vgl. dazu den Diskussionsbeitrag von Großhans, oben S. 38.

[88]) Vgl. Anm. 33.

werden, und sie waren mit uns entschlossen, mit der Kraft und Wucht, die die gewerkschaftliche und die politische sozialdemokratische Organisation einsetzen kann, für die Enthaftung einzutreten.
Dann noch eines, um eine bisher bestehende Unklarheit zu beseitigen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei haben sich am Freitag, den 8. November, mit der inneren politischen Situation erneut beschäftigt. Für uns war der erste Gedanke, ehe wir zur Tat schritten, zu versuchen, die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter zunächst mit den Führern der vorhandenen sozialdemokratischen Gruppen in Verbindung zu bringen, um für die Handlungen, die in den nächsten Stunden erfolgen mußten, einen gemeinsamen Boden zu schaffen. Die gewerkschaftliche und die sozialdemokratische Parteileitung haben bei der unabhängigen Partei angefragt, ob es möglich sei, die Revolution gemeinsam zu führen. Es hat eine Verständigung stattgefunden[89]), und als die Arbeiter in den Betrieben davon erfuhren, daß sich die bisher einander feindlich gegenübergestandenen Brüder in der Stunde der Not und der Gefahr, die die Stunde der Befreiung geworden ist und hoffentlich bleiben wird, wieder zusammengefunden hatten, da war heller Jubel in den Fabriken zu hören (Lebhafte Zustimmung). Und – täuschen wir uns darüber nicht! – die Arbeiterschaft ist heute noch der Meinung, daß die Einigkeit vorhanden ist (Rufe: Ja, ja, man predigt ihnen das!). Ich will nur diese Tatsache feststellen. Kritik zu üben ist nicht die höchste Aufgabe der heutigen Versammlung. Die Aufgabe ist, Klarheit zu schaffen, was für die Zukunft geschehen soll und muß. Um diese Klarheit zu schaffen, darf man natürlich an dem Vorausgegangenen nicht spurlos vorbeigehen (Sehr richtig!).
Wir haben uns dann auf das Programm, das den Demonstranten am Samstag, dem 9. November, vorgelegt worden ist[90]), mit den Leitern der unabhängigen Partei geeinigt, und es war gar keine Rede davon, daß dieses Programm nur für den Tag der Demonstration gelten sollte. Und, Genossen, wir sind doch keine politischen Kinder; mögen wir Anschauungen haben, welche wir wollen, bisher war es aber noch nicht möglich, wenigstens in der Arbeiterbewegung nicht, daß ein Programm, für einen bestimmten Zweck aufgestellt, nur bis zu einer bestimmten Stunde gelten soll, sondern daß es gelten muß, bis es verwirklicht ist, um es dann gemeinsam weiter auszubauen. Selbst wenn man mit der Erfüllung oder mit dem gemeinsam beschlossenen Programm nicht mehr einverstanden war, dann hätte es das Gebot des Anstands verlangt, daß man der andern Partei davon Mitteilung machte: Wir kündigen das bisher gemeinsame Arbeiten; wir sind nicht willens, mit Euch gemeinsam die Revolution zu führen (Zuruf: Weil Ihr so Sünder seid!). Das ist das, was der Anstand verlangte. Ich will auch darüber hinwegsehen und will als Entschuldigung ansehen, daß die gewaltige Woge . . . (Zuruf: Wir brauchen keinen Anstand!) gestatten Sie mir, daß ich wenigstens anständig bin (Zuruf: Ja, ja, es fällt ja schwer!).
Der Genosse Unfried hat über die Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats vom vorletzten Sonntag berichtet[91]); er hat aber über eine sehr wichtige Tatsache nicht berichtet, über die Tatsache, daß der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat, in dem kein Mehrheitssozialist, kein Gewerkschaftsführer mitgewirkt und keinen Zutritt hatte[92]), neben der Einsetzung des Aktionskomitees, das bisher die Geschäfte des Arbeiterrats in Stuttgart geführt hat, auch noch beschlossen hat, daß das Ministerium in Württemberg,

---

[89]) Vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 50 ff.; Blos, Monarchie I, S. 19 f.
[90]) Das Programm ist abgedruckt bei Keil, Erlebnisse II, S. 51 f.
[91]) Gemeint ist die Sitzung am 10. 11., s. Nr. 1.
[92]) Im Gegensatz zu dieser Feststellung Zernickes betonen Rück und Keil übereinstimmend, daß die Legitimationskontrolle in der Sitzung am 10. 11. sehr großzügig gehandhabt worden sei und daß zahlreiche Mitglieder der MSP anwesend gewesen seien (s. Nr. 1 Anm. 3).

wie es bisher eingesetzt worden ist, einzusetzen ist[93]). Der Genosse Crispien als der bisherige und ich glaube auch noch jetzige Führer der Unabhängigen Partei war am Sonntagabend der Auffassung, daß ein rein sozialistisches Ministerium unmöglich sei, wenn wir nicht innerhalb 24 Stunden zusammenbrechen wollen (Zustimmung. Rufe: Hört, hört!). Vom Montag ab ist dann das gemeinsame Zusammenarbeiten nicht mehr möglich gewesen, und wir sind es gewesen, mein Genosse Stetter[94]) und ich und noch einige Kollegen aus Gewerkschaftskreisen, die dem Aktionskomitee unsere Mitarbeit angeboten haben, angeboten haben zunächst einmal mit der Anfrage, ob das Aktionskomitee berechtigt und befugt ist, sich selbst zu ergänzen und zu erweitern. Auf die klare und deutliche Erklärung, daß es dazu nicht befugt sei, gaben wir uns zufrieden, erklärten aber: Genossen, wenn Ihr Eure schwere und furchtbare [sic!] Arbeit erledigen wollt, dann nehmt die Euch von uns angebotene Hilfe an, schlagt sie nicht in den Wind! Das ist dann geschehen. Die Mitarbeit bestand darin, daß wir, soweit es uns möglich war, uns für die Vorbereitung der Wahlen für den Arbeiterrat zur Verfügung stellten[95]). Nun handelt es sich bei der Auseinandersetzung, die uns heute hier zusammengerufen hat, weniger darum, wer die Revolution gemacht hat und wem die Palme des Sieges dafür gebührt. Persönlich stehe ich auf dem Standpunkt, den auch der Genosse Hoernle hat durchblicken lassen, Revolutionen wie die, die wir in Deutschland erlebt haben und zur Zeit noch erleben, sind nicht und können nicht das Werk einzelner Gruppen sein (Zustimmung rechts). Revolution ist eine geschichtliche Entwicklung, und wenn wir schon nach einem suchen, dem die Schuld an der Revolution [zukommt], oder sagen wir, der die Revolution vervollständigt, der sie gemacht hat, dann[96]) ist derjenige, der sie gemacht hat, niemand anders als der unglückselige Krieg, der ausgebrochen ist (Sehr richtig!). Genossen von der ganz linken Seite, Sie werden mir zugeben müssen, daß Ihre Auffassung und Ihre politische Denkweise, Ihr politisches Programm unmöglich die Arbeitermassen in so gewaltiger Weise, in so gewaltigem Umfang auf die Straße geholt und mit solcher Begeisterung beseelt hätte, wenn nicht die Voraussetzungen und Vorbedingungen, die der Krieg geschaffen hatte, der Sache vorgearbeitet hätten (Zustimmung).

Aber noch ein anderes gewaltiges Moment, eine weitere wichtige Voraussetzung war vorhanden, die Voraussetzung für das Gelingen der Revolution: daß auch die Genossen im Soldatenkleide den unerhörten Druck abschüttelten und nunmehr mit ihren Brüdern im Arbeiterkleide gemeinsame Sache machten. Ich bin noch nicht davon überzeugt, daß, wenn der Krieg nicht gewesen wäre, mit dem stehenden Heer eine ähnliche Revolution möglich gewesen wäre. Ich glaube, wenn wir da ernsthaft zu Rate gehen, müssen wir sagen: Nein! Und nachdem nun die stärksten Stützen der kapitalistischen Herrschaft gebrochen, zusammengestürzt sind, ist eines der Gewaltmittel, mit dem die kapitalistische Klasse bisher ihre Herrschaft erhalten konnte, zunächst beseitigt.

Der Genosse Hoernle hat ganz richtig gesagt, daß nunmehr die Macht, die bisher beim Kapitalismus gelegen hat, in die Hand der Arbeiterschaft übergegangen ist. Genossen,

---

[93]) Vgl. Nr. 1, S. 4 f.

[94]) David Stetter (1882–1963), Bruder von Hans Stetter (s. Nr. 2 Anm. 38), von Beruf Monteur, 1910–12 Vorsitzender der Stuttgarter SPD, seit 1913 Sekretär im Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, 1913–20 Gemeinderat in Stuttgart (SPD), ab Januar 1919 Mitglied der Sozialisierungskommission des A.-Rates Groß-Stuttgart, dann bis 1933 Bezirksleiter und Mitglied des Hauptvorstandes des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes, nach 1933 mehrmals verhaftet, 1945 Ministerialbeamter im Wirtschaftsministerium von Württemberg-Baden, 1951–52 Arbeitsminister in Württemberg-Baden.

[95]) Vgl. Nr. 2e.

[96]) Im Or. irrtümlicherweise: das.

das ist richtig, es genügt aber nicht. Es genügt nicht, daß wir die Macht haben, sondern es müssen auch Mittel und Wege gesucht werden, diese Macht zu erhalten, zu stärken und zu steifen. Der Genosse Hoernle ist der Auffassung, daß das Bauern- und Industrieproletariat in seiner Gesamtheit heute bereits so weit ist, um die politischen Errungenschaften der Revolution ohne Mitwirkung aller übrigen Kreise stützen und stärken zu können. Genossen! Auch ich bin in meiner mehr als 20jährigen Tätigkeit in den verschiedensten Industriegegenden des In- und Auslandes gewesen, ich habe Gelegenheit gehabt, mit den verschiedensten Arbeiter- und Bevölkerungsschichten zusammenzukommen, und ich sage, es war der Jammer, nein, es war der Fluch der deutschen Arbeiterschaft, daß sie infolge ihrer politischen Indifferenz die machtvolle Demonstration, die am 9. November kam, nicht am 4. oder 3. August 1914 in die Wege geleitet hatte (Zuruf: Ihr habt ja das Volk verraten!). Es war der Fluch der Arbeiterschaft überhaupt, daß ihre internationalen Verbrüderungsbestrebungen nicht auf den Boden gefallen sind, an dem wir alle mitgearbeitet und den wir gewünscht haben (Zurufe). Ja, Genossen, wie wollen Sie den Beweis dafür erbringen, ob vor dem 3. August zwischen uns und Ihnen über die Wege, die die Sozialdemokratie eingeschlagen hatte, eine Spaltung vorhanden gewesen ist. Bis zum 4. August und weiter darüber hinaus war zwischen der unabhängigen Partei und dem linken Flügel der Sozialdemokratie (Zuruf: eine große Kluft!) – wenn die Kluft so groß gewesen ist, wie sie hier hingestellt wird, so hätte doch die Spaltung in der Sozialdemokratie vor dem 3. und 4. August erfolgen müssen. Ich kenne die Geschichte der Sozialdemokratie mindestens so gut wie jeder einzelne von Ihnen. Ich kenne die Spaltung, die am Anfang der 90er Jahre das Aufkommen der Arbeiterschaft außerordentlich stark geschädigt hat. Ich kenne die Bestrebungen der Jungen[97]) und weiß, daß sie nicht zum Vorwärtstreiben der Arbeiterbewegung beigetragen haben. Sie haben sie gehemmt, wie jede Spaltung einer Organisation das Weiterkommen hemmen muß.

Ich bin überzeugt, daß das Bauern- und Industrieproletariat den Gedanken des Sozialismus und die Ziele, denen wir genau so zustreben als wie der radikale linke Flügel der Spartakusgruppe – der Genosse Hoernle hat auch richtig gesagt, Streit ist nur über die Wege, wohin, d. h. über die Wege dem Ziel entgegen; über das Ziel selbst sind wir völlig klar; das hat sich auch gezeigt bei den durchaus sachlichen, persönlich zum Teil recht freundschaftlichen Auseinandersetzungen, die wir in diesen 14 Tagen mit unseren Genossen von links gehabt haben, daß uns das gleiche Ziel vorschwebt. Und nun ist der Streit, wie Genosse Hoernle ganz richtig sagt, welchen Weg gehen wir. Aber Genosse Hoernle hätte noch eine Voraussetzung hinzufügen müssen, und das ist nach meiner Auffassung die wichtigste: Wer folgt auf diesem Weg, den wir einschlagen? Wir dürfen nicht bloß fragen, wohin geht der Weg, wir dürfen nicht bloß fragen, welchen Weg gehen wir, sondern diese Frage stellen, heißt auch sofort die dritte Frage aufwerfen: Wer steht hinter uns und wer geht diesen Weg mit uns? Diese Frage muß gestellt werden (Zuruf: Man muß die Arbeiter vorwärtstreiben!). Genossen! Damit komme ich auch auf die Meinung, die der Genosse Melcher[98]) ausgesprochen hat: der Wille der Masse ist

---

[97]) Die innerparteiliche Oppositionsbewegung der „Jungen" setzte in der SPD in den Jahren nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes ein und führte noch während des Parteitages von Erfurt (1891), auf dem zwei Wortführer der Bewegung aus der SPD ausgeschlossen wurden, zur Gründung eines „Vereins der Unabhängigen Sozialisten", der bis 1894 bestand und in der Anfangsphase des organisierten Anarchismus in Deutschland eine gewisse Rolle spielte; vgl. Bock, S. 5 ff.; ders., Die „Literaten- und Studenten-Revolte" der Jungen in der SPD um 1890, in: Das Argument, 13. Jg. 1971, Nr. 63, S. 22–41, sowie Linse, S. 47 ff.

[98]) Erich Melcher (1892–1944), von Beruf Schlosser, nach mehreren Verwundungen 1917 zu Daimler nach Stuttgart und dann zum Flugzeugbau nach Böblingen abkommandiert, schloß sich der USPD und der Spartakusgruppe an; 1918/19 Vorsitzender des A.- und S.-Rates Böblingen, Mitbegründer der KPD in Württemberg; seit Herbst 1919 Funktionär im Metallar-

das oberste Gesetz und die Richtschnur für die Maßnahmen der Führer. Wir wollen uns doch auch nicht von der Masse drängen lassen. Denn Sie haben in dem Augenblick das Heft aus den Händen gegeben, wenn Sie die Masse als Führer aufstellen wollen. Es wird also, wenn ein Ziel erreicht werden soll, neben der Organisation, neben der gemeinsamen Auffassung ganz naturgemäß auch eine Führung da sein müssen. Ohne Führer wird man weder die Massen vorwärtstreiben können, noch sie den idealistischen Zielen, zu denen man sie führen will, entgegenführen (Zurufe). Ich habe den Genossen Hoernle ganz ruhig angehört und es war wohltuend gegenüber der Diskussion, die sonst gepflogen wird, mit welcher zwingenden Logik er seine Gedanken zum Ausdruck brachte. Damit ist allerdings nicht gesagt, daß die Logik, die seine Gedankengänge in sich tragen, nun auch von allen übrigen geteilt werden müsse. Es darf und muß gestattet sein, wollen Sie nicht das Odium auf sich laden, daß Sie nicht nur die politische Diktatur, sondern daß Sie die Diktatur der Gesinnung ausüben, seine Meinung zu sagen, nicht, daß nur der seine Meinung sagen darf, der denselben Faden spinnt, der Ihren Gedankengängen entspricht (Lebhafte Zustimmung rechts). Ich meine, soweit dürfen die Dinge nicht gehen (Zurufe links). Genossen! Ich spreche hier nicht als Gewerkschaftler, ich spreche als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, der ich so lange angehöre, wie es mir überhaupt nach den Gesetzen möglich war, mich politisch zu organisieren. Machen Sie mir doch nicht den Vorwurf daraus, daß ich anderer Gesinnung bin wie Sie, daß ich andere Wege einschlage wie Sie. Wir wollen uns ja gegenseitig verständigen. Sie waren sehr still, als der Genosse Hoernle sprach.

Dann sagt der Genosse Hoernle weiter: Wir, die Mehrheit, sind der Auffassung, daß die Sozialisierung auf dem geordneten, gesetzlichen und verfassungsmäßigen Wege erfolgen soll. Genossen! Wenn es möglich ist, auf diesem Wege der Sozialisierung der Wirtschaft nahezukommen oder sie zu vervollständigen, dann soll man den Weg wählen, der zum Ziele führt. Der Genosse Hoernle bestreitet zwar, daß dieser Weg möglich ist, daß der verfassungsmäßige, gesetzliche und geordnete Weg die Sozialisierung unserer Gesellschaft mit sich bringen wird oder daß damit die Sozialisierung zu erreichen ist. Demgegenüber gestatte ich mir zu bezweifeln, daß die von dem Genossen Hoernle vorgeschlagenen Mittel und gezeichneten Wege die Sozialisierung ermöglichen (Zurufe). Wenn Sie sich nur abgewöhnen würden, jeden gleich persönlich zu verunglimpfen! (Sehr richtig!)

Genossen! Durch Schimpfen treiben Sie niemand eine politische Überzeugung aus, noch können Sie jemand eine politische Überzeugung beibringen. Wir haben seit dem [ersten] Tag der Republik – und Sie meinen doch, Sie seien die Träger der Republik – freie Meinungsäußerung und Preßfreiheit und Sie dürfen einen sehr nahestehenden Genossen nicht in dieser unschönen Weise verletzen. Wenn Sie das bittere Brot, das der Gewerkschaftsführer kosten muß, kosten müßten, dann würden Sie anders reden, als Sie es heute tun (Rufe rechts: Vorsitzender! Wo ist der Vorsitzende!).

Vorsitzender UNFRIED: Zwischenrufe sind jederzeit gestattet, sie sind auch bei anderen Rednern gemacht worden.

ZERNICKE: Genossen! Ich verteidige mich allein, ich verzichte durchaus auf den Sukkurs. Wir sind also durchaus einig, daß die Sozialisierung der Gesellschaft das nächste Ziel oder die Fortentwicklung der Revolution sein muß. Auch wir unterschreiben, daß mit dem bisher Erreichten das Proletariat nicht zufrieden ist, daß die Arbeiterschaft, einschließlich aller produktiv tätigen Kräfte, Beamte, geistige Arbeiter, kurzum alle die-

beiterverband, der ihn 1921 wegen seiner kommunistischen Betätigung ausschloß; dann bis 1928 Mitarbeiter der KPD-Zentrale in Berlin; nach seinem Ausschluß aus der KPD, 1928 Mitbegründer der KPO; 1932 Übertritt zur SAP; nach 1933 illegal tätig; von 1934 bis zu seinem Tod fast ununterbrochen inhaftiert, zuletzt im Konzentrationslager Buchenwald; vgl. Weber II, S. 217.

jenigen Kräfte, die in unserer Volkswirtschaft produktiv tätig sind, daß diese mitwirken wollen, ja mitwirken müssen an der Sozialisierung der Gesellschaft, weil wir der Auffassung sind, daß sie sich zu der alten kapitalistischen Diktatur nicht mehr zurückwünschen. Wer in den Kreisen der Beamten Umgang gehabt hat, wer sie unbeeinflußt hören konnte, der war der Überzeugung und mußte zu der Überzeugung kommen, daß der gewaltige kapitalistische Druck auf der Arbeiterschaft wie auf den Beamten lastete, daß er sie hinderte, sich offen und frei zur Sozialdemokratie und zum Sozialismus zu bekennen. Eine Reihe anderer Schranken politischer Natur, gesellschaftliche Ächtung hatte der Beamte zu fürchten, wenn er sich unter der kapitalistischen Diktatur offen und ehrlich zur Sozialdemokratie bekannte. Die Bahn ist frei, um jeden, ohne daß er gesellschaftliche Ächtung und wirtschaftliche Schädigungen zu gewärtigen hat, mit den Gedanken des Sozialismus, mit den Gedanken und den Zielen der Sozialdemokratie vertraut zu machen.

Und wenn es wirklich so ist, daß ein großer Prozentsatz des Bauern- und Industrieproletariats heute mit unserer Bewegung ist, nicht gegen unsere Bewegung, ja, Genossen, dann weiß ich nicht, warum uns aus dem Volk selbst Gefahr drohen soll (Sehr richtig!), warum wir nicht die Wege gehen sollten, die uns auf geordnetem und, ich will nicht sagen, gesetzlichem oder verfassungsmäßigem Wege, aber auf geordnetem Wege die Sozialisierung ermöglichen (Sehr richtig!). Wenn wir den Weg gehen können, und wenn es wahr ist, daß das Industrie- und Beamtenproletariat heute für den Gedanken des Sozialismus eingenommen ist, dann brauchen wir keine Schutzwehr, dann brauchen wir nicht dieselben Mittel anzuwenden, die die bisherige Minderheit zu ihrer Herrschaft benützte, um die kapitalistische Diktatur zu erhalten, dann brauchen wir keine Gewaltmittel, sondern dann können wir uns auf die Macht der Vernunft und die Wucht der Überzeugung und auf die Kraft verlassen, die das gesamte deutsche Industrie- und Beamtenproletariat in ihrer Arbeit verkörpert, dann genügt sie uns, um die bisherige kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln.

Der Genosse Hoernle sagt ganz richtig: Es kommt auf den Zweck der Diktatur an, nicht auf den Namen. Stimmt! Die kapitalistische Diktatur hat man in der breiten Volksmasse nicht empfunden, weil man – und auch das darf ich offen aussprechen – Generationen und auch einen großen Teil bei uns hier in dem Glauben erzogen hat von der Kindheit an, in der Schule, in der Lehre und noch nach der Lehre, je nachdem und wo man gelebt hat, ob man im verstockten oberschwäbischen Gebiet oder im rheinisch-westfälischen Industriegebiet oder im Saargebiet gelebt hat oder in den etwas vorwärtsgeschrittenen Industriebezirken gewirkt hat – von der Kindheit an ist allen Generationen in der Schule eingepaukt worden, daß die gegenwärtige kapitalistische Gesellschaft eine von Gott gewollte ist. Und nun in diesem Glauben erzogen, hat jeder, der diese Gesellschaftsordnung antastete, der auf den Umsturz hinarbeitete, als ein Fremdkörper der deutschen Nation gegolten (Sehr richtig!). Wir dürfen diese geschichtliche Tatsache nicht mit einer Handbewegung beiseite legen, sondern wenn wir uns ernstlich mit der Frage der Durchführung der Ziele, die der Genosse Hoernle ganz richtig gezeichnet hat, beschäftigen, müssen wir uns auch die Frage vorlegen: Wer folgt uns, wenn wir die Massen führen (Rufe: Alle). Ja, alle, sagen Sie (Zuruf: Es fehlt Ihnen die Courage!). Genossen, an Courage hat es uns nicht gefehlt. Ich will es unterlassen, an Beispielen nachzuweisen, wie falsch Sie die Massen einschätzen.

Es kommt nicht auf den Namen, sondern auf den Zweck der Diktatur an. Auch da muß die Unterfrage gestellt werden: Ist mit der Diktatur der Zweck, dem sie dienen soll, zu erreichen? Schon in dieser Zusammensetzung – wir sind etwa 325 Delegierte – zeigt sich, daß man verschiedener Meinung, und zwar verschiedener grundsätzlicher Meinung über den Zweck und die Zweckmäßigkeit der von Ihnen empfohlenen Mittel sein kann und daß eine gemeinsame Linie nicht gefunden werden kann. Denn wenn sie zu

finden wäre, dann wären die 14 Tage nicht nutzlos verstrichen, dann wäre die gemeinsame Linie in kleinerem Kreis schon gefunden worden. Wenn es hier schon nicht möglich ist, dann glauben Sie nicht, daß der Zweck, zu dem diese Diktatur errichtet werden soll, erreicht wird. Sie sagen: Dieses Programm hat der Arbeiter- und Soldatenrat zu seinem eigenen gemacht und es stehen uns Machtmittel genug zur Verfügung! Ich habe da großen Zweifel, nicht bloß leisen Zweifel. Es liegt uns daran, an dem Ausbau der Revolution mitzuarbeiten. Wenn wir keinen gemeinsamen Boden finden können, dann wird uns kaum etwas anderes übrigbleiben, als Ihnen die Verantwortung für die Durchführung zu überlassen (Sehr richtig! rechts). Es muß eine reinliche Scheidung getroffen werden (Zustimmung). Sind Sie der Meinung, daß die Massen Ihren Gedankengängen zur Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft folgen, wir stellen Ihnen nichts in den Weg, wir wünschen Ihnen viel Glück (Zuruf links: Wenn es wahr ist!). Wir haben uns nicht aus persönlichem Ehrgeiz an dieser Arbeit mitbeteiligt, sondern wir haben uns beteiligt, weil wir Sozialisten sind und uns unserer Überzeugung getreu verpflichtet fühlten, die politische Revolution mitzumachen, sie stark zu beeinflussen und in der wirtschaftlichen Revolution die Wege zu suchen, die zu diesem gemeinsamen Ziele führen.

Wir glauben auch nicht daran, daß die Herausgabe des Eigentums der jetzigen Bürger freiwillig erfolgen wird; daran glauben wir nicht; aber es ist ein Unterschied, ob man hier wiederum dieselben Gewaltmittel anwendet, vor deren Anwendung bisher das kapitalistische Regime geschützt war, und es ist klar, daß Gewalt nur eine bestimmte Zeit bestehen kann und wenn diese Zeit vorüber ist, wird der andere Teil sich mit Gewalt dieser Gewalt entledigen.

Nun sagt der Herr Genosse Hoernle mit Recht, die Gewaltmittel sollen nur zur Verteidigung dienen. Das wäre richtig, wenn wir die sozialistische Republik schon hätten, wenn sie schon eingeführt würde; dann brauchten wir Verteidigungsmittel zum Schutz der Revolution, und dann würde es keinen unter uns geben – ich habe es gestern in zwei Versammlungen erklärt: In dem Augenblick, wo die Rechte der Arbeiterschaft mit Gewalt, wo uns die Errungenschaften der politischen Revolution zu nehmen versucht wird, wird die Arbeiterschaft wie ein Mann zur Verteidigung ihrer politischen Errungenschaften aufstehen (Zustimmung).

Weiter stehen wir auf dem Standpunkt – das hat auch Genosse Hoernle mit aller Deutlichkeit gesagt –, das Kapital sei international und habe seine Herrschaft nur erhalten können auf seiner internationalen Basis. Wir wissen noch nicht, ob einige Pfeiler dieser internationalen Basis beseitigt sind. Ein Stein ist herausgelöst, ein zweiter Stein ist gefolgt. Rußland ist bestrebt, die Kapitalherrschaft abzuwerfen; wir sind dabei, die Mittel und Wege zu beraten, um das gleiche zu tun; wir vermissen aber die Mitwirkung und die gleichen Bestrebungen in den heute vom Siegestaumel berauschten Völkern (Sehr richtig!). So gut wie der Kapitalismus seine Herrschaft nur[99]) aufrechterhalten konnte auf internationaler Basis, so erachte ich es nur für möglich, die Revolution nur auf internationaler Basis durchzusetzen. Genosse Hoernle hat ganz richtig gesagt, daß wir, weil wir wehrlos sind, weil wir jeden Frieden nehmen müssen, den uns die Entente diktiert, mit Haut und Haar dem Entente-Kapitalismus, dem anglo-amerikanischen Kapitalismus ausgeliefert sein werden. Wir müssen fragen: Bekommen wir einen Frieden und bekommen wir mit dem Frieden Brot? Hoernle hat diese Frage damit erledigt, daß er sagte, die Versprechungen Wilsons können Versprechungen bleiben, und er tröstet uns damit, daß er sagt: Wenn wir uns nach Osten orientieren, dann wird die Nahrungsmittelzufuhr aus Rußland gesicherter erscheinen. Das ist möglich, aber mit diesem Gruß und mit diesem Versprechen werden wir bei der Masse keinen Anklang finden; sie

[99]) Im Or. sinnwidrig: nicht.

wird uns sagen: Es ist gleichgültig, woher wir das Brot bekommen. Wilson hat es versprochen und es hat in den Zeitungen gestanden, es seien Schiffe unterwegs. Von Rußland sind sie uns auch versprochen. Wir nehmen sie dann von beiden Seiten, wenn es möglich ist. So wird sich also die Meinung scheiden. Aber es darf dabei nicht verkannt werden, daß die Entente bereits daran ist, in Rußland – ihrer Meinung nach – Ordnung zu schaffen. Wenn es ihr gelingt, genauso, wie es ihr gelungen ist, Deutschland wehrlos zu machen, wer garantiert uns, daß es der Entente nicht auch gelingt, das russische Volk dem anglo-amerikanischen Imperialismus unterzuordnen? (Zustimmung) Dann haben wir dem Volk Brot und Frieden versprochen und haben dieses Versprechen nicht halten können. Ich meine, bei all dem soll bei aller Anerkennung der Überzeugung nicht nur das Herz, sondern es soll die Vernunft, aufgebaut auf realen Tatsachen, mitsprechen (Sehr richtig!), und ich bin der Anschauung, die Vernunft, aufgebaut auf realen Tatsachen, soll das erste Wort haben und nur gespeist sein mit dem Gefühl und mit dem Herzen, das das Hirn revoltiert und die Köpfe für eine Idee begeistert. Wir sind aber heute nicht zusammengekommen, um die Köpfe für Ideen zu begeistern und Ideen zu vertreten, sondern um eine ernste Aufgabe vorzuberaten und vorzubereiten, um über die Geschicke und über das Volkswohl der nächsten Tage und Monate, vielleicht für die ganze Zukunft Beschlüsse zu fassen (Lebhafte Zustimmung rechts). Da wollen wir uns in der Hauptsache nicht vom Gefühl und vom Herzen leiten lassen.
Wenn nun hier von einzelnen Rednern erzählt wird, sie seien da und dort auf Agitation gewesen und haben begeisterte Zustimmung für ihre Ansicht gefunden – auch wir sind draußen im Land gewesen und es haben unsere Anschauungen auch Beifall gefunden. Ich bin überzeugt, wenn der Genosse Hoernle morgen oder in den nächsten Tagen in dieselbe Versammlung geht, die ich abgehalten habe, so wird er genau denselben Beifall finden (Zustimmung). Wir sind doch alte Praktiker und wissen, daß die Masse politisch nicht so weit ist und wirtschaftlich nicht so weit ist, um mit ihnen Experimente zu machen (Zuruf: Heute: Hosianna! morgen: Kreuzige ihn!). Ich will ein klassisches Beispiel dafür anführen: Ich hatte im März Gelegenheit, auf einem österreichischen Verbandstag der Metallarbeiter zu sein. Dort waren ähnliche Auseinandersetzungen zwischen dem Genossen Renner[100]) und dem Genossen Stein vor dem Kreis der Delegierten des Metallarbeiterverbands. Der Genosse Renner sprach über das Thema: „Die Revolution und Österreich". Als Korreferent trat der Genosse Stein auf. Der Genosse Renner erhielt einen tosenden Beifall, und als Genosse Stein als Korreferent in einer geradezu entgegengesetzten Weise seine Ansichten kundgab, erhielt er den gleichen tosenden Beifall (Heiterkeit – Zuruf: Das waren Metallarbeiter!). Und nun sage mir, lieber Melcher, nach wem sollen sich nun die geistig sich befähigt fühlenden Führer richten? (Zuruf: Das waren Metallarbeiter!) Es passiert auch in anderen Kreisen.
Ich bin deshalb der Meinung, daß dem Arbeiter- und Soldatenrat nicht dauernd die volle politische Gewalt überantwortet werden kann. Wir sind uns vollständig einig darin, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das Kontroll- und Aufsichtsrecht über die Maßnahmen der Regierung haben muß, daß, wie Genosse Blos heute vormittag angeführt hat, es zunächst dabei bleiben muß, in regelmäßigen Zusammenkünften die Anschauungen, die Maßnahmen, die der Arbeiterrat und der Soldatenrat der Regierung zu geben haben, mit ihnen gemeinsam zu besprechen. Es ist auch nicht wahr, daß alle der Unabhängigen Partei angehörenden Parteigenossen gegen die Einberufung einer Nationalversammlung oder Landesversammlung sind. Ich habe mit dem Genossen Walcher über diese Frage gesprochen. Genosse Walcher erklärte mir: Wir wünschen sie

---

[100]) Karl Renner (1870–1950), führender österreichischer Sozialdemokrat, 1918–20 österreichischer Staatskanzler, 1931–33 Präsident des Nationalrats, 1945–50 österreichischer Bundeskanzler.

nicht, aber wir haben keine Garantie, daß sie nicht kommt. Und wir sind der Auffassung, ob wir sie wünschen oder nicht, sie kommt, und deshalb sollten wir uns nicht hindernd in den Weg stellen, weil sie sonst kommt in einer Zusammensetzung, wie sie uns und der Arbeiterschaft unerwünscht ist (Sehr richtig!). Genossen! Wenn es wahr ist, daß die Arbeiterschaft oder das Bauern- und Industrieproletariat und die geistigen Arbeiter, Angestellte aller Berufe, Beamte des bisherigen Staates, sozialistisch angehaucht sind, wenn sie die Freiheit, die ihnen die Arbeiterschaft politisch gegeben hat, wirtschaftlich ausnützen wollen, dann ist in der Zusammensetzung der Nationalversammlung gar keine Gefahr vorhanden. Gefahr ist nur vorhanden, wenn wir all die Kreise, die wir zum Wiederaufbau notwendig gebrauchen, von vornherein dazu verurteilen, die Kulis, die ausführenden Organe derjenigen zu sein, die die politische Gewalt haben.
Ihr erster Programmsatz: Die volle Gewalt, politisch und wirtschaftlich, soll dem Arbeiter- und Soldatenrat gehören, welcher die bestehende mechanische Verwaltungsorganisation nicht zerstört, sondern in Bewegung erhält und Stück für Stück umformt[101]) – Genossen, das ist genaugenommen das gleiche, unter dem bisher das Beamtentum geschmachtet und gelitten hat und an dem die Arbeiter der Schwer- und Großindustrie geschmachtet und gelitten haben. Die volle politische Gewalt lag in den Händen einer kleinen Minderheit, der Kapitalisten, und Ihnen, dem Proletariat, den arbeitenden Kräften hat man die mechanische Verwaltungsarbeit und die Produktivität überlassen. Das ist der Druck, der jahrhundertelang auf uns gelastet hat. Der ist abgeschüttelt. Nun sollen wir in den gleichen Fehler verfallen! Sie können unmöglich erwarten, daß alle vorhandenen produktiven Kräfte ihre Arbeit leisten sollen, ohne daß sie an der politischen Neugestaltung Deutschlands mitarbeiten können. Ich halte es für ein Unding, daß sich diese Kreise selbst den Strick um den Hals legen, an dem sie gehenkt werden sollen. Und es wird nichts daran ändern, wenn wir ihnen versprechen, die politische Gewalt, die die Arbeiter- und Soldatenräte ausüben, ist eine andere, als sie es bisher gewesen ist, wir wollen damit verhüten und verhindern, daß die kapitalistische Herrschaft nicht wieder emporkommt. Dann wird man sagen: Warum traut ihr uns nicht; wir wollen mit euch dasselbe Ziel erstreben, aber um das zu können, müßt ihr uns gestatten, politisch zu denken, politisch unsere Meinung zu sagen und an der politischen Neugestaltung und am politischen Neuaufbau Deutschlands mitzuwirken (Sehr richtig!). Ich glaube, das ist der oberste Grundsatz, den wir, ganz gleich, welcher politischen Anschauung wir sind, aufstellen müssen. Und die Gefahr, die Sie an die Wand malen, daß eine Nationalversammlung im reaktionären Sinne zusammengesetzt werden könnte, das ist genau dieselbe Methode und dieselbe Art und dieselbe Gefahr, die bisher die Kirche in der Schule, die das preußische Junkertum aufgestellt hat, um das freie und geheime und gleiche Wahlrecht zu bekämpfen. Diese haben immer erklärt: Wenn wir das freie Wahlrecht haben, hat das Proletariat die politische Macht, unter diese politische Macht können wir uns nicht beugen. Haben wir die politische Macht und sind wir sicher, daß der große Teil der Industriearbeiter, der große Teil des Proletariats aller produktiven Kräfte für den Sozialismus reif sind, dann bin ich der Auffassung, braucht es keiner Schutzbestimmungen. Ich bin vielmehr der Auffassung, daß es durch die freie Betätigung jedes einzelnen viel eher möglich wird, viel leichter und in geordneter Weise, wie es auch nach den Erklärungen des Genossen Hoernle Ihre Absicht ist, die Sozialisierung der Gesellschaft durchzuführen.
Und ich gebe mich weiter der Hoffnung hin, wenn es uns gelungen ist, die Sozialisierung der Wirtschaft in Deutschland durchzuführen, daß dann unsere Genossen in Frankreich, und ich weiß nicht, ob ich's sagen darf, in England und Amerika nachfolgen werden, aber wahrscheinlich unser Nachbarland zunächst – England und Amerika lie-

[101]) Vgl. Anm. 73.

gen weit weg, da ist viel Wasser dazwischen; soweit wir die Arbeiterbewegung von Amerika und England kennen, haben wir noch viele starke Zweifel an dem guten Willen und noch viel größere Zweifel an der Durchführbarkeit der Sozialisierung der Wirtschaft in England und Amerika. Diese Zweifel werden noch bestärkt durch die Tatsache, daß der Kapitalismus, die Bourgeoisie mit den gewaltigen Mitteln, die sie aus dem Boden gestampft hat, den Sieg über Deutschland und die Mittelmächte davongetragen hat. Also wir werden auch auf der internationalen Basis die Einführung des Sozialismus der Entwicklung überlassen müssen, so unangenehm es für uns ist.
Aber es kommt nicht darauf an, was wir wollen, und es trifft nicht überall der Grundsatz zu: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wir sehen es heute in dieser Zusammensetzung: Der Wille ist bei allen hier vertretenen Gruppen vorhanden, aber wir finden nicht den Weg, um diesen Willen zum Ausdruck zu bringen. Deshalb ist es vielleicht möglich, daß wir uns – ich möchte wenigstens diesem Gedanken Ausdruck geben – doch noch in letzter Stunde auf einer gemeinsamen Basis zusammenfinden. Wenn wir das Mißtrauen, berechtigt oder unberechtigt, das bisher zwischen uns und Ihnen und zwischen uns und der bisherigen sogenannten bürgerlichen Schicht vorhanden gewesen ist, wenn wir dieses Mißtrauen schwinden lassen und wenn wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, daß der eine wie der andere nicht befehlen will, sondern daß der eine von dem andern abhängig ist, und wenn wir uns weiter mit dem Gedanken vertraut machen, daß wir alle produktiven Kräfte unbedingt benötigen, um an dem wirtschaftlichen Neuaufbau mitzuwirken, dann dürften die grundsätzlichen programmatischen Gegensätze den Weg nicht versperren. Vielleicht darf ich am Schluß darauf hinweisen, daß, selbst wenn wir die Vergesellschaftlichung haben und wenn wir sie gegen den Willen und ohne die Mitwirkung aller produktiven Kräfte erreicht haben, sie meiner Auffassung nach nicht so gefestigt, nicht so sicher ist, als wenn wir sie mit allen produktiv tätigen Volksgenossen gemeinsam durchführen (Sehr richtig!). Dann, glaube ich, ist die wirtschaftliche Revolution, die sozialistische Gesellschaft auf einem Fundament aufgebaut, das nur durch die Arbeiterschaft selbst zusammengerissen werden kann (Sehr richtig!). Als Beispiel möchte ich anführen: Ein Jahrhundert lang hat sich der deutsche Militarismus als Schutzpatron für die kapitalistische Gesellschaft gebrauchen lassen und die Not der Stunde, die Gefahr des Volkes hat diesen Unterbau der kapitalistischen Gesellschaft zertrümmert. Warum zertrümmert? Weil er nicht aufgebaut war auf dem gemeinsamen Willen, nicht durchgeführt in der gemeinsamen Arbeit des Volksganzen. Wollen wir nicht den gleichen Fehler machen, wollen wir nicht die wirtschaftliche Revolution, die Sozialisierung der Gesellschaft von Anfang an auf schwachen, sehr dünnen Pfeilern aufbauen, dann müssen wir dazu übergehen, dieses Fundament so kräftig zu verankern, und zwar kräftig in der Volksauffassung, in der Volksmeinung, daß die Reaktion, selbst wenn sie will, es nicht fertigbringen kann, den Sozialismus und die Sozialisierung der Gesellschaft dem deutschen Volke wieder zu entreißen.
Ich möchte schließen mit dem Wunsche, daß es uns bei der Gegensätzlichkeit, die uns nicht in den Zielen, aber in der Beschreitung der Wege und in der Anwendung der Mittel, die uns in diesen grundsätzlichen Anschauungen noch scheidet, doch möglich sei – ich wünsche es wenigstens – einen Weg zu finden, den wir gemeinsam gehen können. Ist diese Möglichkeit bei Ihnen nicht vorhanden, Genossen – genausowenig, wie wir erwarten, daß Sie Ihre Überzeugung preisgeben, dürfen Sie von uns erwarten, daß wir gegen unsere Überzeugung verantwortlich gemacht werden sollen für Dinge, die wir nicht verantworten wollen und nicht verantworten können. Ist dieser gemeinsame Boden nicht zu finden – ich bin gern bereit, die weitere Entwicklung in Ihre Hände zurückzugeben, und dann Ihnen aber auch für das, was kommt, für das Chaos, das nach meiner Meinung unausbleiblich ist, die Verantwortung zu überlassen. Aber uns steht das Volkswohl höher als irgendein politisches Programm, irgendeine doktrinäre Erklä-

rung; das Volkswohl gilt es zu retten, das Volkswohl gilt es aufzubauen, und da beschreiten wir die Wege und müssen die Wege beschreiten, die wir gemeinsam miteinander gehen können (Stürmischer Beifall).

*In der Vormittagssitzung am 26. November wird die Generaldebatte fortgesetzt. Es sprechen: Schifferdecker, Mittwich, Hans Stetter, Eisele, Pfänder, Grosshans, Ziegler, Römer, Weiss, Ulshöfer, Gubler, dann Prof. Bonatz.*

Prof. Bonatz[102]): Meine Damen und Herren! Ich habe mich in meinem Leben eigentlich noch nicht mit Politik beschäftigt; ich gehöre zu den geistigen Arbeitern, die den Schwerpunkt ihres Daseins bisher in ihrem Beruf gesehen haben, und ich habe auch die Hoffnung, daß es später wieder Zeiten gibt, wo wir wieder in den Beruf zurückkehren und auf dem Gebiet das Beste leisten können, zu dem wir geboren und wirklich berufen sind.
Wenn ich nun als Politiker Ihnen hier Dinge erzähle, die den Neuling in der Politik erkennen lassen, so bitte ich Sie, darüber nicht ungeduldig zu werden. Als Neuling und sozusagen Unparteiischer ist es mir durchaus unverständlich, wie die linke und die rechte Sozialdemokratie derart aufeinander loshacken können, wie sie sich ihre Fehler vorwerfen und ihr eigenes Verdienst hervorheben. Das führt doch nicht weiter! (Sehr richtig!) Für den Unparteiischen ist das nichts anderes als ein Bruderkrieg. Es ist ganz richtig, daß Sie, die Unabhängigen, das starke und das größte Verdienst an der Revolution haben; Sie haben den Moment erfaßt, wo das Alte morsch war und wo Sie sicher sein konnten, daß Sie auch durchdringen. Dieses Verdienst wird Ihnen niemand schmälern. Ich glaube auch, daß die Herren der rechten Sozialdemokratie voll Neid (Widerspruch rechts), aber auch voll Bewunderung Ihnen dieses Verdienst lassen. Aber die andere Gefahr ist jetzt die, daß Sie machttrunken werden (Zustimmung rechts). Gestern wurde verschiedenemal gesagt: „Wir haben die Macht!" Meine Herren, Sie haben die Macht so lange, als die Franzosen und Engländer nicht in Stuttgart stehen. Das dürfen wir nicht vergessen (Zustimmung). Macht hat Deutschland heute nicht mehr, sondern wir sind besiegt, und die Feinde haben die Macht. Das muß uns um so mehr dazu führen, daß wir jetzt geschlossen dastehen und uns auf irgendeine Marschroute vereinigen. Ich glaube, das ist nicht so schwer. Wenn man so die Reden hört, könnte man denken: Hier sitzt der Junker . . ., hier der erzkonservative Herr v. Heydebrand[103]), und hier sitzen die Radikalen. Das ist nicht der Fall. Beide Seiten wollen die Sozialisierung (Sehr richtig!). Es wurde auch gestern verschiedentlich festgestellt, daß lediglich über das Tempo der Sozialisierung eine Meinungsverschiedenheit bestehe. Wenn man nicht bloß allgemeine Reden hält, sondern positive Vorschläge macht, wie man weiter gehen soll, so sollte es doch möglich sein, auf einen gemeinsamen Boden zu kommen.
Die Hauptstreitfrage ist immer wieder: Nationalversammlung oder nicht Nationalversammlung? Sie wollen das Bürgertum ausschließen, weil Sie glauben, es würde beim

---

[102]) Paul Bonatz (1877–1956), von Beruf Architekt, 1908–46 Professor an der Technischen Hochschule Stuttgart, Erbauer des Neuen Bahnhofs in Stuttgart; seit 15. 11. 18 Mitglied des Arbeits-Ausschusses des Rats der geistigen Arbeiter; am 26. 11. in den Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart gewählt, dann bis Ende 1919 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte; Bonatz trat im Januar 1919 in die SPD ein, verließ sie aber bereits 1920 wieder. Seiner Mitarbeit in den A.-Räten hat er ein kurzes Kapitel in seinen Memoiren (Leben und Bauen. Stuttgart 1950, S. 88–95) gewidmet.

[103]) Ernst von Heydebrand und der Lasa (1852–1924), führender Politiker der Konservativen Partei, 1888–1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1903–18 Mitglied des Reichstags.

Neuaufbau des Staats nicht mitmachen. Es gibt aber auch unter dem Bürgertum Idealisten, und das Bürgertum hat genau wie Sie unter dem Krieg gelitten und auch genauso die Opfer im Feld getragen. Der kleine Mittelstand, der nicht organisiert ist, hat sogar mehr gelitten (Sehr richtig!). Das muß festgestellt werden. Auch ich als Professor habe gestern mit Neid gesehen, daß gerade auf unabhängiger Seite gestern dicke Speck- und Butterbröter verzehrt wurden (Heiterkeit und Zustimmung).
Meine Herren, wir müssen uns zu positiver Arbeit zusammenschließen, und die Bürger[104]) haben auch heute den guten Willen, mit aufzubauen. Sie malen zu schwarz, wenn Sie sagen, sie wollen nicht mittun, sie wollen sich wehren. Wenn Sie wollen, ich gehöre in diesem Sinn auch zu den Bürgern[104]); ich bin ein Professor, der 10000 M. verdient und sich durch seine Kopfarbeit, nicht durch Ausbeutung des Proletariats etwas verdient hat. Ich bin sofort bereit, es herauszugeben. Und wie ich bin, so gibt es noch viele andere. Herr Zernicke hat gesagt, der Neuaufbau müsse auf einer breiten Grundlage stehen. Das ist richtig; das ist etwas ganz anderes, als wenn eine Minderheit den Neuaufbau diktiert und den andern aufnötigt. Wenn der Neuaufbau durch den Gesamtwillen des Volkes zustande kommt, ist es besser (Zustimmung rechts).
Ich bin in Finanzsachen kein Sachverständiger, aber es kommt mir merkwürdig vor, wenn immer gesagt wird, das Kapital solle die Kriegsschulden tragen, man brauche bloß zu beschlagnahmen. Meine Herren, wieviel Geld ist denn da? Von einer Seite wurde gesagt, 51 Milliarden Kapitalvermögen sei vorhanden. Das gesamte deutsche Reichsvermögen wird auf 300 Milliarden geschätzt. Gleichzeitig wurde gesagt, unsere Schulden werden 300 Milliarden betragen. Bei den 300 Milliarden Vermögen sind aber die Kanalröhren, die im Boden liegen, die Ziegelsteine, auf den Dächern der Häuser, die Tunnels, die Eisenbahnen usw. mit enthalten. Diese können wir nicht wegnehmen (Sehr richtig!). Es ist also ganz klar, daß wir unsere Schulden nur bezahlen können durch Arbeit (Lebhafte Zustimmung rechts). Und wenn Sie heute sagen: Das Kapital muß jetzt her, es muß bezahlen! Ja, das Kapital ist weg, ist nicht mehr da. Wenn Sie einfach sagen: Wir müssen jetzt schon 12–15 M. für den Tag haben, dann läßt sich das eigentlich nur mit der großen Papierpresse durchführen, die das Geld preßt; das Geld wird aber immer weiter verdünnt (Sehr richtig!). Damit ist niemand geholfen. Wir müssen langsam und ökonomisch vorgehen. Wenn wir das Geld so weiterverdünnen, dann ist unsere Mark im Ausland bald nur noch 20 oder gar 10 Pfennig wert und wir werden verhungern, weil wir uns kein Getreide und keine sonstigen Lebensmittel mehr kaufen können (Lebhafte Zustimmung). Ich bin der Meinung, daß die Durchführung der Sozialisierung nur Stück für Stück erfolgen kann, nicht in der Weise, daß man auf einmal alles zusammenschlägt (Sehr richtig!).
Wenn sich nun Leute, die sachverständig sind, zusammensetzen und sagen: Als erstes kommt die Verstaatlichung der Kohlenbergwerke, der Verhüttung usw., als zweites die Aktienunternehmungen, deren Kapital einen gewissen Betrag, vielleicht 5 Millionen, übersteigt; sie müssen sofort gemischtwirtschaftlich werden, daß die Hälfte ihres Vermögens und ihrer Einkünfte dem Staat gehört; wenn man sagt, man müsse bei den großen Betrieben mit ungeheuren Steuern zufassen, müsse eine große Vermögensabgabe erheben (die man natürlich auch nur durch Hypotheken usw. machen kann), müsse weiter die Erbschaften so erfassen, daß nur ein ganz kleiner Bruchteil übrigbleibe, müsse die Kriegsgewinne vollkommen erfassen, müsse die Kriegsanleihen unter Umständen bis zu einem gewissen Grad zurücklegen, so sind das alles Dinge, über die man einig werden kann, wenn man eine Kommission einsetzt aus Vertretern aller Parteien, vor allem aber auch aus Sachverständigen[105]) (Beifall). Die Sache mit

---

[104]) Im Or. irrtümlicherweise: Brüder.
[105]) Vgl. Anm. 15.

dem Totschlagen des Kapitals kommt mir so vor, als möchte man jetzt denjenigen, die einem aus der Patsche herausgeholfen haben, den Kopf abschneiden. Das Kapital muß jetzt, in der Übergangszeit, der Diener der Allgemeinheit werden. Das ist etwas, was wir können. Wir können aber nicht ohne weiteres von heute auf morgen das Kapital wegschaffen, sondern wir können es nur in seinem Tun so beschneiden und beschränken, daß es uns nicht mehr vergewaltigen und unterdrücken kann (Zuruf: Das wollen wir auch!). Wenn wir die Nationalversammlung machen, so haben Sie doch keine Angst, daß Sie überstimmt werden. Wenn Sie an die Wand malen, man dürfe seine politische Überzeugung nicht sagen, man dürfe nicht frei wählen, so glaubt Ihnen das heute niemand mehr (Zustimmung). Es darf jedermann frei wählen. Es ist Versammlungs- und Preßfreiheit in weitestem Maß da. Sie werden unbedingt immer die Mehrheit haben und werden von unserer Seite diejenigen Leute, die die Sozialisierung als Notwendigkeit kommen sehen, zu Mitarbeitern haben, sogar diejenigen, die nach ihrer inneren Überzeugung sagen würden, die Sozialisierung sei gar nicht einmal erwünscht. Auch diese werden sich auf Ihre Seite stellen und werden mitarbeiten. Aber diese Zustände plötzlich herbeizuführen durch Aufteilung und Kaputtschlagen dessen, was da ist, das ist nicht möglich. Wir werden nicht mehr die Zustände erleben wie vor dem Krieg; vor allem werden wir nicht den Zustand haben, wo jeder glücklich sein wird (Sehr richtig!). Das wird nicht soweit kommen. Aber wir wollen zusammenarbeiten.
Was die Frage der Roten und Weißen Garde betrifft, die Frage, ob es Bürgerkrieg gibt, so haben Sie das in der Hand. Sie können heute durch einen guten Entschluß das Land vor dem Bürgerkrieg bewahren. Es ist auch nicht recht, wenn die unabhängige Seite sagt: Wir scheiden aus. Arbeiten Sie zusammen! Bei gutem Willen wird sich ein Weg sicher finden lassen (Großer Beifall rechts).

*Es folgen Ausführungen von* RÖTTCHER *und* KÄRCHER, *dann wird die Generaldebatte geschlossen, und nach einigen persönlichen Bemerkungen tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung werden zunächst die eingebrachten Anträge behandelt.*

Antrag RIST, GROSSHANS, SCHÄFER, GRAF:
Die Sitzung des Arbeiterrats beschließt, daß alle Organisationen und Vertrauensleute in[106]) ihren Betrieben dahin wirken wollen: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn.
*Nach Begründung durch* RIST *ohne weitere Diskussion einstimmig angenommen und der Wirtschaftskommission*[107]) überwiesen.

Antrag GUBLER: Die Versammlung des Stuttgarter Arbeiterrats wählt aus ihrer Mitte zu gleicher Stärke von rechts und links einen Propaganda- und Kultusausschuß von 16 Genossen sowie einen ebenso starken Wirtschaftsausschuß mit je gleichen Rechten und Pflichten.
*Nach Begründung durch* GUBLER *und Diskussionsbeiträgen von* HOSENTHIEN, ZERNICKE, MITTWICH, GUBLER, WEINMANN, BONATZ, RÖMER *abgelehnt; statt dessen wird Überweisung dieses Antrages an den neuen Aktionsausschuß beschlossen.*

Antrag CHRIST, GUBLER, SCHÄFER, MITTWICH: Die Sitzung des Arbeiterrats beschließt, daß ihr Ziel nur die deutsche Einheitsrepublik ist.
*Der Antrag wird nach kurzer Diskussion (*BONATZ, BECK, MELCHER, HAARER, RÖDER, GUBLER*) in folgender Fassung gegen eine Stimme angenommen:*
Wir halten die bestehende Zersplitterung des Deutschen Reichs in 26 Bundesstaaten als durch die Entwicklung überholt und verlangen die einheitliche deutsche soziale Republik.

[106]) Im Or. sinnwidrig: von.
[107]) Die Wirtschaftskommission, die vom Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart am 29. 11. gewählt wurde, war identisch mit der Sozialisierungskommission (vgl. Anm. 15).

Antrag SCHÄFER, RIST, GUBLER, BÖHM, HAILER: Die heutige Sitzung des Arbeiterrats beschließt, daß alle Parks und Schlösser als Volkseigentum zu erklären und sie sofort für die Allgemeinheit zu öffnen sind.
*Nach Diskussionsbeiträgen von BONATZ, ZERNICKE, HOERNLE wird der Antrag einstimmig angenommen und entsprechend dem Zusatzantrag HOERNLE an den Aktionsausschuß („zur sofortigen Ausführung") überwiesen.*

Antrag SCHÄFER: Ich stelle den Antrag, die von dem vorläufigen Aktionsausschuß bestimmten Genossen, welche die Kontrolle über die Stadtverwaltung übernommen haben, im Amt zu lassen. Außerdem sollen ihnen weitere Genossen zugegeben werden, welche von dem Aktionsausschuß zu bestimmen sind.
*Nach Begründung durch SCHÄFER und Diskussionsbeiträgen von UNFRIED und HANS STETTER abgelehnt; statt dessen Überweisung an den Aktionsausschuß beschlossen.*

Antrag ZERNICKE: Ich beantrage die Wahl einer Revisionskommission von 3 Mitgliedern zur Prüfung der Kassenführung des Aktionskomitees.
*Nach Begründung durch ZERNICKE ohne weitere Diskussion angenommen. Die Revisionskommission wird im Anschluß daran sofort gewählt (Beck, Christ, Hosenthien).*

Antrag LAMM, die Frage zu entscheiden, ob die „Rote Fahne" auch fernerhin als Mitteilungsblatt des Arbeiterrats dienen soll.
*Nach längerer Debatte (WEILAND, ZERNICKE, GROSSHANS, ULSHÖFER, DR. BERNATH, KNELLER, HOSENTHIEN, FISCHER, MELCHER, RÖDER, BRAUNE, WERNER, DECKER) wird der Antrag, „daß die Rote Fahne in Zukunft als das Mitteilungsblatt des Arbeiterrats von Stuttgart und Württemberg gelten soll", abgelehnt. Angenommen werden nach weiterer Diskussion (GESCHKE, WERNER, HANS STETTER, GROSSHANS, GÜNTHER, ZIEGLER, FISCHER, DR. BERNATH) drei im Verlauf der Debatte formulierte Anträge:*
1. daß sämtliche Publikationen des Arbeiterrats in allen Zeitungen im redaktionellen Teil derselben erscheinen sollen. (Zuruf: Erscheinen müssen!)
2. das städtische Amtsblatt den beiden sozialistischen Zeitungen, Schwäb. Tagwacht und Sozialdemokrat, beizulegen;
3. alle Tageszeitungen wegen Mangels an Papier täglich nur einmal erscheinen zu lassen, und zwar in einem Umfang von nicht über 6 Seiten.

Antrag RÖMER: Der Arbeiterrat beschließt: Die Regierung hat zur Sicherstellung der Lebensmittelversorgung die sofortige Nationalisierung der großen Mühlenbetriebe durchzuführen. Die Kontrolle übernimmt der Arbeiterrat. Die kleinen Betriebe werden unter die Kontrolle von besonders zu gründenden Arbeiter- und Bauernräten gestellt.
*Nach Begründung durch RÖMER und Diskussionsbeiträgen von HAARER und ZERNICKE abgelehnt; statt dessen einstimmig Überweisung an den Aktionsausschuß beschlossen.*

*Der Antrag des Vorsitzenden Unfried, „daß niemand im Aktionsausschuß vertreten sein kann, der nicht gewählter Vertreter [der Vollversammlung] ist", wird gegen eine Stimme angenommen.*

*Nach Erledigung der Anträge beginnt die Wahl des Aktionsausschusses. Es sind drei Wahlvorschläge mit je 15 Namen eingegangen: Liste I – USP; Liste II – SPD und Vereinigte Gewerkschaften; Liste III – Freier Wahlvorschlag (Angestellte und Beamte). Abstimmungsmodus: Listenwahl mit der Möglichkeit, auf der jeweiligen Liste einzelne Namen zu streichen. Während der Auszählung der Stimmen wird über die eingebrachten Resolutionen abgestimmt.*

*Resolution der USP:* Die Versammlung betrachtet als Lebensinteresse der deutschen Arbeiterklasse, die Revolution über ihre bisherigen kümmerlichen Ergebnisse vorwärts zu treiben und alle gegenrevolutionären Machenschaften, die ihr auf Schritt und Tritt entgegentreten, rücksichtslos zu bekämpfen.
Die geschichtliche Aufgabe der Revolution ist die Ausrottung der kapitalistischen Klas-

senherrschaft und die Verwirklichung des sozialistischen Endziels. Diese Aufgabe ist nur zu erfüllen, wenn die gesamte politische Macht in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte liegt.
Die Einberufung der Nationalversammlung ist lediglich ein Mittel, von diesem Ziele abzulenken, die Macht der Arbeiterklasse zu schwächen und ihr Klassenbewußtsein zu verwirren. Nicht durch parlamentarisches Geschwätz mit der Bourgeoisie, sondern allein durch Machtkämpfe gegen diese kann die Befreiung der Arbeiterklasse errungen werden.
*Diese Resolution erhält 75 Stimmen.*

*Resolution der SPD und der Vereinigten Gewerkschaften:* Die Versammlung steht auf dem Boden der Revolution. Sie betrachtet die provisorische Regierung als das oberste Organ der Republik Württemberg und ist entschlossen, diese Regierung mit allen Kräften zu unterstützen.
Die Arbeiter- und Soldatenräte sind Organe der neuen Volksregierung, die die Errungenschaften der Revolution zu sichern bereit und verpflichtet sind, die Regierung bei der Durchführung all ihrer Maßnahmen im Interesse des Volkswohls zu unterstützen.
Die Versammlung erklärt sich grundsätzlich für die sozialistische Wirtschaftsweise. Diese Umwandlung der kapitalistischen Produktion kann jedoch nicht mit denselben Gewaltmitteln vollzogen werden, auf die sich die kapitalistische Gesellschaft bisher gestützt hat, sie muß vielmehr durch Aufklärung und Erziehung der Völker zur sozialistischen Weltanschauung und durch internationale Verständigung erreicht werden.
Die Versammlung lehnt deshalb die Bildung einer Roten Garde und die Diktatur als Kampfmittel zur Durchsetzung des sozialistischen Volksstaates ab. Sie fordert von dem Rate der Volksbeauftragten in Berlin die sofortige Ausschreibung der Wahlen zur Volksvertretung im Reiche und von der provisorischen Regierung in Württemberg die sofortige Ausschreibung der Wahlen zur Landesversammlung nach den Grundsätzen des sozialdemokratischen Wahlprogramms.
*Diese Resolution erhält 200 Stimmen.*

*Resolution* HOERNLE: Die Versammlung der Arbeiterräte Groß-Stuttgarts erklärt ihre volle Solidarität mit den Arbeiterräten Rußlands und aller Randstaaten. Mit Entrüstung nimmt sie von der Meldung Kenntnis, daß in Reval deutsche Truppen sich gegenwärtig, 14 Tage nach der deutschen Revolution, in blutigem Kampfe mit den revolutionären russischen Arbeitermassen befinden[108]). In der Ukraine sollen deutsche Soldaten auf Geheiß der Entente die bürgerliche Ordnung des Hetmans aufrechterhalten[109]). Die Versammlung protestiert gegen diese ungeheuerliche Tatsache und verlangt von der Reichsregierung im Einklang mit dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts der Nationen die sofortige Einstellung dieses schmählichen gegenrevolutionären Treibens und Bestrafung der verantwortlichen Stellen. Sie appelliert an alle revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, die internationale Solidarität zur Geltung zu

---

[108]) In Reval hatten schon vor dem 9. 11. Revolutionsfeiern, Streiks und Hungerrevolten stattgefunden. Im Laufe des November kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen deutschen Truppen und der Bevölkerung; seit dem 22. 11. waren Teile der deutschen Nordarmee in Kämpfe mit bolschewistischen Verbänden verwickelt. Vgl. Darstellungen I, S. 133 ff.; Noske, S. 175 ff.; August Winnig, Das Reich als Republik 1918–1928; Stuttgart 1929, S. 147 ff.; Ribhegge, S. 115 ff., 160; s. auch Sipols, S. 37 ff.; weitere Literaturhinweise s. Zentralrat, S. 144 Anm. 16.

[109]) Vgl. dazu Borowsky (S. 285), der zu folgendem Urteil kommt: „Trotz Waffenstillstand, Revolution und Sturz der Monarchie hielten das Auswärtige Amt und der Kiewer Geschäftsträger grundsätzlich fest am alten Ziel einer selbständigen Ukraine unter deutschem Einfluß, den am besten [der Hetman] Skoropadskyj zu garantieren schien." Zur Räumung der Ukraine durch die deutschen Truppen s. Darstellungen I, S. 31 ff.; Fischer, S. 76 ff., 92 ff.

bringen und mit allen Machtmitteln diesem gegenrevolutionären Verbrechen Einhalt zu gebieten. Hoernle.

*Nach eingehender Begründung durch* HOERNLE *und Unterstützung durch* FISCHER *wird von* DR. WERTHEIMER *und* EGGERT *die Seriosität der Zeitungsmeldungen angezweifelt, auf welche sich die Ausführungen der Resolution stützen. Auch in einer abgeschwächten Fassung („Unter der Voraussetzung der Richtigkeit der Meldungen nehmen wir folgende Resolution an") wird die Resolution abgelehnt.*

Resolution GROSSHANS: Die heutige Tagung der Arbeiterräte Groß-Stuttgarts fordert die Regierung auf, unverzüglich ein Gesetz zu erlassen, wonach überall der Sechsstundentag eingeführt werden muß. Außerdem müssen Mindestlöhne gefordert werden, die den jetzigen Verhältnissen entsprechen.

*Nach Begründung durch* GROSSHANS *ohne Diskussion angenommen. Damit ist der Punkt „Anträge und Resolutionen" erledigt. Nächster Tagesordnungspunkt: „Stellung zur Landes-Arbeiterratsversammlung".*

Vorsitzender UNFRIED: Genossen, wir schlagen Ihnen vor, diesen Punkt dem Aktionsausschuß zu überweisen. Er soll die Wahlen zur Landesarbeiterratsversammlung vorbereiten und soll eine Wahlordnung ausarbeiten, nach der die Wahlen zu erfolgen haben. Wünscht jemand dazu das Wort? – Es wird der Vorschlag gemacht, das Resultat einer Arbeiterratsversammlung dann zur endgültigen Entschließung vorzulegen. Ich stelle diesen Vorschlag mit zur Debatte.

ZERNICKE: Werte Genossen! Wir haben uns erlaubt, über die Zusammenberufung der Arbeiterratsversammlung einige Bestimmungen auszuarbeiten, die natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben können, sondern lediglich als ein Vorschlag zu betrachten sind. Ich nehme an, daß Sie alle im Besitz dieser gedruckten Vorlage sind, die die Überschrift trägt: „Satzungsentwurf für die Arbeiterräte der Republik Württemberg"[110]). Ich will diesen Entwurf verlesen. Er lautet:

„1. Die Arbeiterräte sind Organe der provisorischen Regierung. Sie kontrollieren und überwachen die Durchführung aller von der Regierung und den Gemeinden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen.

Die Arbeiterräte sind von der Regierung und den ihr unterstellten Regierungsorganen und Gemeindeverwaltungen bei allen das Volkswohl betreffenden Maßnahmen, besonders bei der Ernährungsfrage, der Übergangswirtschaft, neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen.

2. In allen Gemeinden mit industrieller Bevölkerung, wo Arbeiterräte noch nicht gewählt sind, sind solche sofort zu bilden.

3. In den Oberamtsbezirken wird ein Bezirksarbeitsausschuß gegründet, um die Einheitlichkeit im Handeln und die rasche Durchführung aller gefaßten Beschlüsse zu sichern.

4. Um den Arbeiterräten des ganzen Landes den ihnen zustehenden Einfluß zur Durchführung der ihnen gesetzten Aufgaben zu sichern, ist unverzüglich eine Landesversammlung der Arbeiterräte der Republik Württemberg einzuberufen.

5. Diese Landesversammlung setzt sich zusammen:

a) aus dem geschäftsführenden Arbeitsausschuß des Arbeiterrates Groß-Stuttgarts;

b) aus den von den Arbeiterräten der Oberamtsbezirke in gemeinsamen Wahlen und aus den vom Arbeiterrat Groß-Stuttgarts gewählten Vertretern[111]).

---

[110]) Der Vollzugsausschuß des provisorischen A.-Rates hatte am 18. 11. Hoernle, Unfried und Zernicke mit der Ausarbeitung eines Organisationsstatuts und eines Wahlreglements beauftragt, vgl. Nr. 2e.

[111]) In der am 29. 11. verschickten gedruckten Einladung zur 1. Landesversammlung der A.-Räte (HStA Stuttgart E 135 Büschel 84) ist dieser Passus der Satzung folgendermaßen geändert:

6. Die Wahl dieser Vertreter für die erste Landesversammlung der Arbeiterräte erfolgt nach dem vom geschäftsführenden Arbeitsausschuß des Arbeiterrats Groß-Stuttgarts aufgestellten Wahlverfahren[112]); dieser beruft auch die erste Landesversammlung.
7. Bis zum Zusammentritt der ersten Landesversammlung der Arbeiterräte und der Wahl eines Landesarbeitsausschusses führt der geschäftsführende Arbeitsausschuß des Groß-Stuttgarter Arbeiterrates nach den hier aufgestellten Grundsätzen die Geschäfte; die Arbeiterräte des Landes werden ersucht, sich dem anzuschließen und den Anweisungen dieses Arbeitsausschusses Folge zu leisten.
8. Die Arbeiterräte üben ihr Amt aus, bis die verfassunggebende National- oder Landesversammlung einberufen und von dieser die Regierung gebildet ist.
9. Soweit im Lande Bauernräte bestehen oder noch gebildet werden, sind diesen in den Arbeitsausschüssen der Oberamtsbezirke geeignete Vertretungen und Stimmrecht einzuräumen."
Der in Ziffer 6 ausgesprochene Gedanke deckt sich mit dem, den auch Genosse Unfried ausgesprochen hat; er steht allerdings dem Gedanken des Genossen Walcher entgegen[113]). Wir machen diesen Vorschlag deshalb, um dem geschäftsführenden Ausschuß die Bewegungsfreiheit zu geben, sofort an die Zusammenberufung der Landesarbeiterratsversammlung heranzugehen. Genossen, wer in den letzten 14 Tagen im Land draußen gewesen ist, wird zugeben müssen, daß eine völlige Unklarheit über das Wesen und Wirken der Arbeiterräte besteht und daß es dringend geboten ist, diese Unklarheit so schnell als möglich zu beseitigen und Klarheit zu schaffen. Würden wir dem Vorschlag weiter folgen, so müßte das Aktionskomitee zusammentreten, eine Wahlordnung ausarbeiten und diese erst wieder einer Körperschaft vorlegen. Ob dann der Vorschlag angenommen würde, wissen wir nicht. Es würde also viel zuviel Zeit vergehen, und die bestehende Unklarheit wäre nicht beseitigt. Ich bitte Sie, im Interesse des schnellen Arbeitens und zur Beseitigung der bestehenden Unklarheiten und insbesondere Unsicherheiten, den Aktionsausschuß zu beauftragen, nach diesem Grundsatz – er kann hier und dort geändert werden – zunächst eine Landesversammlung einzuberufen. Ich bitte Sie, diesem Vorschlag zuzustimmen.

MITTWICH[114]): Auf dieser Vorlage des Satzungsentwurfs für die Arbeiterräte steht oben „der Republik Württemberg". Das steht im Widerspruch mit unserem Beschluß, daß wir eine Reichsrepublik anstreben. Aber diese Sache ist nicht so wichtig. Es heißt

---

„b) aus den durch die örtlichen Arbeiterräte aus ihrer Mitte gewählten Vertretern." Wahrscheinlich nahm der Vollzugsausschuß diese Änderung vor, weil aus Zeitgründen vor dem Zusammentritt der 1. Landesversammlung nicht mehr in allen Oberamtsbezirken überörtliche Versammlungen stattfinden konnten.

112) In der am 29. 11. verschickten Einladung heißt es dazu: „Bei der Eile, die nottut, ist die Aufstellung einer einheitlichen, allgemeinen Wahlordnung nicht möglich. Der Vollzugsausschuß Groß-Stuttgarts schlägt vor, als Wahlbezirke die 64 Oberamtsbezirke anzusehen. Auf je 20000 Einwohner nach dem Stande der letzten Volkszählung soll je 1 Delegierter aus der Mitte der Arbeiterräte gewählt werden. Es sollen hierbei auch diejenigen Oberamtsbezirke, die weniger als 20000 Einwohner haben, durch 1 Delegierten vertreten werden. Oberamtsbezirke mit über 30000 Einwohnern entsenden 2, solche mit über 50000 Einwohnern 3 Vertreter und auf je weitere 20000 Einwohner 1 Vertreter mehr. Die Wahlen der Vertreter erfolgen am zweckmäßigsten durch Verständigung der bestehenden Arbeiterräte innerhalb der Oberamtsbezirke."

113) Walcher hatte gefordert, daß das Wahlstatut erst in einer Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart verabschiedet werden müsse, bevor man eine Landesversammlung einberufen könne.

114) Philipp Mittwich (geb. 1887), von Beruf Schuhmacher, Mitglied der USPD, Delegierter Württembergs auf dem 1. Rätekongreß, nach 1920 Bezirksleiter im Schuhmacher-Verband (vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 573). Nach 1945 maßgeblich beteiligt am Aufbau der Gewerkschaft Leder, deren Vorsitz er bis 1959 innehatte.

im ersten Passus, daß die Arbeiterräte die Regierung kontrollieren und überwachen; in der von der rechten Seite vorgelegten Resolution sind die Arbeiterräte nicht Kontrollorgan. Wenn wir etwas schaffen, dann schaffen wir etwas Rechtes! Im zweiten Passus steht „neben den Vertretern der Gewerkschaften". Ich meine, wenn wir etwas schaffen, sagen wir klipp und klar, was wir wollen. Wenn wir die Arbeiterräte des ganzen Landes zusammennehmen, brauchen wir die Gewerkschaften nicht mehr. Wenn wir hier die Gewerkschaften zuziehen, müssen wir die Gewerkschaften des ganzen Landes zuziehen. Ich meine, wir sollten die Gewerkschaftsvertreter hier streichen. Die Arbeiterräte des ganzen Landes sind souverän genug, allein die Sache zu machen. Sonst kommt alles durcheinander, weil sonst auch die Eßlinger, die Ulmer, die Göppinger Gewerkschaften das Recht verlangen, vertreten zu sein. Ich beantrage, diesen Passus zu streichen, daß also die Landesarbeiterräte allein die Interessen der Arbeiter vertreten.

HAARER: Es heißt in dem Satzungsentwurf ausdrücklich: „für die Fragen der Übergangswirtschaft neben den Vertretern der Gewerkschaften". Ich meine, wenn Sie dem Arbeiterrat und dem Aktionsausschuß des Arbeiterrats eine sehr umfangreiche Arbeit abnehmen wollen oder sie ihm wesentlich erleichtern wollen, ihm dadurch Zeit und Möglichkeit für seine anderen Aufgaben schaffen wollen, dann werden Sie wohl diesen Satz stehen lassen müssen. Bedenken Sie vor allen Dingen eines: Seit Monaten sind die Gewerkschaften mit den Fragen der Übergangswirtschaft[115]) beschäftigt. Sie haben eine ganze Reihe von Programmpunkten aufgestellt und deren Annahme durchgesetzt. Es sind in einer Reihe von Gewerben Abkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften getroffen. Ich meine, Sie handeln richtiger, wenn Sie die eingearbeiteten Kräfte zu dieser Arbeit heranziehen. Das ist eine Arbeit, der sich die Gewerkschaften nicht entziehen können, der sie aber im Interesse der gesamten Arbeiterschaft nachzukommen sich bemühen werden, und ich glaube, Sie handeln nur im Interesse aller Arbeiter, wenn Sie alle Kräfte, die seither im Dienst der Arbeiterschaft gestanden sind, auch zum Dienst für die Arbeiterschaft heranziehen.

ZENDLER: Es ist hier die Frage aufgetaucht, inwieweit Gewerkschaften und Arbeiterräte gemeinsam zu arbeiten haben, und da stehe ich auf dem Standpunkt, daß es nicht Aufgabe der Arbeiterräte sein kann, die Betriebsarbeiten der Gewerkschaften zu übernehmen. Einmal ist es doch so, daß die industriellen Fragen, insbesondere der Übergangswirtschaft, soweit sie die Betriebe angehen, zentral erledigt werden, sie werden erledigt zwischen den Gewerkschaften und den Verbänden der Arbeitgeber. Dazu können örtliche Arbeiterräte nichts sagen. Dann sage ich, es würde zu einer heillosen Verwirrung führen, wenn wir den Arbeiterräten diese Arbeiten zuschanzen würden. Wir würden eine heillose Verwirrung erleben. Da würde heute in Stuttgart zentral eine Frage erledigt, die von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden durchgeführt wird; am andern Tag kommt der Arbeiterrat und will etwas anderes machen; das geht

---

[115]) Nachdem bereits im August 1916 ein Reichskommissariat für Übergangswirtschaft unter der Leitung des Hamburger Senators Sthamer gebildet worden war, hatte eine Vorständekonferenz der Zentralverbände der Gewerkschaften die Generalkommission im November 1916 beauftragt, ein eigenes Programm zu diesem Fragenbereich zu entwickeln. Bis März 1917 arbeitete dann die Generalkommission „Gewerkschaftliche Forderungen für den Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft" aus, die am 30. 6. 1917 in Form einer Petition dem Reichstag und dem Bundesrat unterbreitet wurden (abgedruckt im Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Jg. 27, Nr. 42 vom 20. 10. 1917, S. 389–392). Diese Forderungen umfaßten sieben Themenkomplexe, die die allgemeinen wirtschaftlichen Maßnahmen, die Lebensmittelversorgung, die Arbeitsvermittlung, die Entlassung der Kriegsteilnehmer und Hilfsdienstpflichtigen, die Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeiterschutzes, die Hilfeleistungen für Kriegsteilnehmer und deren Angehörige sowie Wohnungsfragen zum Inhalt hatten; vgl. Richter, S. 157 ff., Feldman, S. 379 ff., und neuerdings Zunkel, S. 36, 42 ff., 76 ff., 144 ff.

nicht. Wir müssen es uns zum Grundsatz machen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Betrieben in erster Linie durch die Gewerkschaften erledigt werden. Ich darf darauf hinweisen, daß selbst der Arbeiterrat von Berlin es abgelehnt hat, diese Aufgabe zu übernehmen, und ausdrücklich beschlossen hat, daß diese Fragen nicht von den Arbeiterräten, sondern allein von den zuständigen Organisationen erledigt werden[116]). Ich bin deshalb der Ansicht, daß wir eine scharfe Trennung machen und nicht in die Arbeiten der Gewerkschaften hineinpfuschen, wodurch nur ein heilloser Wirrwarr entstehen würde (Sehr richtig!).

VÖLKER[117]): Den Ausführungen meines Vorredners stimme ich soweit zu, als es sich um Dinge in einem begrenzten Gebiet handelt. Aber wir haben bereits gesehen, daß Abmachungen zwischen Arbeiterorganisationen und zwischen den Organisationen der Unternehmer von seiten der letzteren nicht eingehalten werden. Wir speziell in Feuerbach haben nicht bloß einmal, sondern in verschiedenen Fällen diese Wahrnehmung machen müssen, und ich bin überzeugt, daß auch Sie in Zukunft weiter solche Erfahrungen erleben werden. Ich bin deshalb der Ansicht, daß es sehr Aufgabe der Arbeiterräte sein wird, hier bei diesen Arbeiten mitzuwirken. Dann wurde eine Resolution heute angenommen in bezug auf die Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung. Hier haben die Arbeiterräte das Recht, in den Betrieben, wo diese Abmachungen nicht eingehalten werden, mit einzugreifen.

Vorsitzender UNFRIED: Es ist beantragt worden, aus dem zweiten Abschnitt der Ziff. 1 die Worte zu streichen „neben den Vertretern der Gewerkschaften". Wer für diese Streichung ist, d. h. soviel, daß die Arbeiterräte die allein maßgebenden Organe der Regierung sind, die in den Fragen der Ernährung und der Übergangswirtschaft zu bestimmen haben, den bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. – Das zweite ist die Majorität, der Antrag ist abgelehnt. Wir haben noch einen weiteren Antrag:

„Das Aktionskomitee zu beauftragen, die Landesarbeiterratswahlen vorzubereiten und die erste Sitzung des Landesarbeiterrats einzuberufen."

Wer dafür ist, den bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. – Der Antrag ist gegen einige Stimmen angenommen.

Die Beratung der Statuten fällt weg, weil diese dem Aktionsausschuß überwiesen ist. Wir sind am Schluß unserer Tagesordnung.

*Nach Bemerkungen von zwei Delegierten (HANS STETTER und HUBER) über Wahlprüfungsfragen wird das Ergebnis der Wahl zum Aktionsausschuß bekanntgegeben.*

Vorsitzender UNFRIED: Das Wahlresultat ist eingelaufen. Ich will es Ihnen bekanntgeben. „Abgegeben wurden Stimmzettel für die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften 155, für die Unabhängige Partei 90, für geistige Arbeiter und Angestellte 65, ungültige Wahlzettel 6. Im ganzen sind 316 Wahlzettel abgegeben worden.

---

[116]) Am 15. 11. hatte der Vollzugsrat des A.- und S.-Rats in Berlin eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der festgestellt wurde: „Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen für alle in den Betrieben Groß-Berlins beschäftigten Personen ist Aufgabe der freien Gewerkschaften." In einer Bekanntmachung vom 16. November betonte der Berliner Vollzugsrat, daß den in den Betrieben bestehenden Arbeiterausschüssen bis zur Wahl der Fabrikarbeiterräte „das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht über alle aus dem Produktionsprozeß entstehenden Fragen" zustehe. Vgl. Aufrufe, Verordnungen und Beschlüsse des Vollzugsrates des Arbeiter- und Soldatenrates Groß-Berlin. o. O., o. J. [Berlin 1918], S. 18 u. 21; s. auch R. Müller, Kaiserreich II, S. 109.

[117]) Karl Völker, Beisitzer im A.-Rat Feuerbach.

Gewählt sind somit: 1. Salm, 2. Engelhardt, 3. Dreher[118]), 4. Nesper[119]), 5. Zernicke, 6. Unfried, 7. Gräter, 8. Barthelmes[120]), 9. Eggert, 10. Großhans, 11. Schimmel, 12. Stetter, Hans, 13. Klotzbücher[121]), 14. Bonatz, 15. Gehring[122]).
Die Richtigkeit des Wahlprotokolls bestätigen: Hosenthien[123]), Roschmann[124]), Steiner[125]), Stahl[126]), Schneider und Hornmaier[127]).“
Genossen, werte Anwesende! Die Arbeiterratsversammlung hat sich heute prinzipiell dafür ausgesprochen, die Sozialisierung der Gesellschaft durchzuführen. Sie hat sich dadurch grundsätzlich zum Sozialismus bekannt. Es ist nun notwendig, und wir betrachten es als die Pflicht jedes einzelnen Delegierten, aufgrund dieses Willensausdrucks sich auch politisch zu organisieren, d. h. sich einer sozialistischen Organisation anzuschließen und für die Ausbreitung der Ideen des Sozialismus zu sorgen.
Unsere Tagung hat bewiesen, daß der Wille vorhanden ist, die Sozialisierung der Gesellschaft durchzuführen und unverzüglich in Angriff zu nehmen. Ich möchte nun alle Anwesenden auffordern, in diesem Sinn in ihren Werkstätten und wo sie sind, jeder auf seinem Posten zu wirken, und ich möchte Sie auffordern, mit mir einzustimmen in ein dreifaches Hoch auf die sozialistische Republik, auf den internationalen Sozialismus. Die sozialistische Republik, der internationale Sozialismus, sie leben hoch! hoch! hoch! (Beifall) Die Versammlung ist geschlossen.

---

[118]) Andreas Dreher (geb. 1872), von Beruf Packer, 1907–25 Angestellter des Transportarbeiterverbandes, Mitglied des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann des Landesausschusses der A.-Räte, aus dem er am 26. 5. 19 ausschied; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); weitere biographische Angaben s. Arbeiterpresse 1927, S. 569 f.

[119]) Erwin Nesper (geb. 1884), von Beruf Eisenbahnbeamter, Mitglied des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann bis Mitte 1919 des Landesausschusses der A.-Räte; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD).

[120]) Emil Barthelmes, Mitglied der SPD, Schriftführer des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann des Landesausschusses der A.-Räte.

[121]) Johannes Klotzbücher (geb. 1883), von Beruf Lokomotivführer, Mitglied des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann bis Mitte 1919 des Landesausschusses der A.-Räte; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD).

[122]) Rudolf Gehring (geb. 1888), von Beruf Schlosser, Mitglied des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und dann des Landesausschusses der A.-Räte, vom 4. 3. 19 bis zum 18. 4. 20 Vorsitzender des Landesausschusses, bis 1933 Gemeinderat in Feuerbach (SPD), 1946–52 Ministerialrat im Innenministerium von Württemberg-Baden, Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung und des Landtags von Baden-Württemberg, nach 1952 stellvertretender Landtagspräsident (SPD).

[123]) Otto Hosenthien (geb. 1876), von Beruf Schmied, seit 1906 Geschäftsführer im Metallarbeiterverband, Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 531.

[124]) Otto Roschmann (geb. 1871), von Beruf Schlosser, 1919–20 Angestellter des Metallarbeiterverbandes, dann Angestellter im Eisenbahnerverband; vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 534.

[125]) August Steiner (geb. 1887), von Beruf Lederschneider, Mitglied der USPD, am 7./8. 11. verhaftet, ab 1925 Sekretär des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 575.

[126]) Friedrich Stahl (geb. 1866), von Beruf Schneider, seit 1901 Bezirksleiter im Bekleidungsarbeiterverband; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 575.

[127]) Nach der Delegiertenliste: Eugen Kornmaier; Kornmaier war Mitglied der USPD.

Die gewählten Vertreter des Aktionsausschusses möchte ich bitten, noch einen Augenblick hierzubleiben, damit wir den Zeitpunkt unserer ersten Sitzung festsetzen können[128].
Schluß der Sitzung: abends 5 Uhr 36 Minuten.

---

[128]) Der Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart – so die offizielle Bezeichnung des am 26. 11. gewählten Gremiums – konstituierte sich am Vormittag des 27. 11. und wählte Zernicke zu seinem 1. Vorsitzenden und Unfried zu seinem 2. Vorsitzenden; als Schriftführer wurde Barthelmes, als Kassier Schimmel gewählt. Walcher, der dem Ausschuß nicht angehörte, wurde „nach Zurückstellung einiger Bedenken zum Sekretär gewählt", hatte jedoch im Ausschuß selbst kein Stimmrecht. Bis zum Zusammentritt der 1. Landesversammlung der A.-Räte Württembergs am 8. 12. hielt der Vollzugsausschuß insgesamt 10 Sitzungen ab (die maschinenschriftlichen Protokolle dieser Sitzungen liegen vollständig vor: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). In den Sitzungen am 29. 11. und am 2. 12. bildete der Vollzugsausschuß 5 Kommissionen, in denen von da an die Hauptarbeit geleistet wurde. In diese Kommissionen nahm man auch Mitarbeiter mit beratender Stimme auf, die dem Vollzugsausschuß nicht angehörten. Gewählt wurden: die Ernährungskommission (Dreher, Klotzbücher, Rist, Fanny Vorhölzer), die Polizeikommission (Großhans, Nesper, Wäscher), die Propagandakommission (Engelhardt, Gehring, Georg Ziegler), die Wirtschaftskommission (Eggert, Unfried, Salm, Hoschka) und die Wohnungskommission (Bonatz, Gräter, Hans Stetter, Helene Hoernle).

# II.

# Landesversammlungen der Soldatenräte Württembergs

## 4. Erste Landesversammlung am 17. November 1918

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll[1]). Überschrift: „Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs im Oberen Museum zu Stuttgart, 17. November 1918." Auszüge[2]).**

Vorsitzender [FISCHER[3]]: Kameraden aus Württemberg! Als Leiter des Kriegswesens der provisorischen Regierung und im Auftrag des provisorischen Ausschusses des Soldatenrats für Stuttgart heiße ich Sie bei der heutigen Tagung willkommen. Die heutige Tagung soll ein Denkstein werden in der Geschichte der Revolution. Die Revolution hat gesiegt – diese Tatsache wird uns heute niemand bestreiten können. Nun handelt es sich darum, die Errungenschaften dieser Tage festzuhalten und dafür zu sorgen, daß sie uns verbrieft bleiben, daß keine Macht je wieder, mag sie kommen von wel-

---

[1]) Das Protokoll umfaßt insgesamt 175 Blatt, die durchlaufend mit Tinte numeriert sind. Protokolliert wurde die Sitzung von den beiden Kammerstenographen Haas und Schaible; beide Stenographen kennzeichneten die von ihnen aufgenommenen Textpassagen jeweils mit ihrem Namensstempel. Im Protokoll finden sich zahlreiche Korrekturen von mindestens zwei, nicht identifizierbaren Händen, die meistens orthographische und stilistische Verbesserungen betreffen; an wenigen Stellen ist der Text inhaltlich korrigiert. Man wird daher das vorliegende Exemplar als die offizielle Protokollfassung ansehen können. Im gleichen Bestand (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20) findet sich noch ein zweites Protokollexemplar, das mit der vorliegenden maschinenschriftlichen Fassung völlig übereinstimmt.

[2]) Die hier abgedruckten Auszüge machen etwa ein Drittel des Gesamtprotokolls aus. Ausgelassen sind – neben einem kürzeren Referat Keils (vgl. Anm. 29) – in der Hauptsache die zahlreichen turbulenten Geschäftsordnungsdebatten, die während der Tagung immer wieder entbrannten, einen großen Teil der Verhandlungszeit beanspruchten und eine geregelte Abwicklung der Tagesordnung unmöglich machten. Aufgenommen wurden in den Auszug die Eröffnung und die Begrüßung durch Kriegsminister Fischer und Ministerpräsident Blos sowie die Rede von Finanzminister Liesching, die heftige Proteste des Aktionsausschusses nach sich zog (vgl. Nr. 2e). Weiterhin werden abgedruckt die eingehende Begründung des Aktionsprogramms und des Organisationsstatuts durch Kriegsminister Fischer sowie die ausführliche und teilweise erregte Debatte über die Zeitungsfrage, die recht plastisch das gegenseitige Mißtrauen und die Mißverständnisse widerspiegelt, welche die Verhandlungen belasteten. Der im August 1919 abgeschlossene Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg beleuchtet die Ursachen und die Hintergründe der Auseinandersetzungen in der Versammlung am 17. 11. am ausführlichsten; sehr eingehend wird vor allem geschildert, welche Rolle Keil hinter den Kulissen spielte (vgl. Nr. 23, S. 421 und Anm. 28). Kurz schildert ferner der Leiter des württembergischen Revolutionsarchivs, Erich Troß, der selbst im November 1918 in der Ulmer Rätebewegung aktiv war, den Verlauf dieser Versammlung in seinem Manuskript „Die württembergischen Soldatenräte" (HStA Stuttgart, Heeresarchiv, Sammlung Hahn 23, Manuskript Troß, S. 5 f.). Teilweise nur knappe Berichte über die Versammlung finden sich in der Schwäbischen Tagwacht Nr. 272 vom 18. 11. 1918, im Schwäbischen Merkur Nr. 543 vom 18. 11. 1918 M, im Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 271 vom 18. 11. 1918 und in der Roten Fahne Nr. 4 vom 18. 11. 1918. Ausführlicher befaßt sich Keil (Erlebnisse II, S. 115 ff.) mit der Tagung; knappe Hinweise finden sich bei Blos (Monarchie I, S. 43); Kling, S. 132 f.; Kluge, S. 100; bei Weller (Staatsumwälzung, S. 132) und bei Hahn (S. 20, 45 f. und 51 f.) ist als Datum der Sitzung fälschlicherweise der 21. 11. angegeben.

[3]) Ulrich Fischer, von Beruf Kaufmann, vor 1914 Gewerkschaftssekretär beim Zentralverband deutscher Handlungsgehilfen, seit Kriegsbeginn an der Front, dreimal verwundet, letzter Dienstgrad Vizefeldwebel (vgl. Nr. 5, S. 124); nach dem 9. 11. zunächst stellvertretender Vorsitzender des S.-Rates Stuttgart, ab 15. 11. nach dem Rücktritt Schreiners (vgl. Anm. 23) württembergischer Kriegsminister; am 10. 1. 1919 trat er zusammen mit Crispien aus der Regierung zu-

cher Seite sie will, ihr Haupt erheben wird, um uns das wieder zu nehmen, was wir uns in diesen Tagen erkämpft und errungen haben.
Grundlegende Beschlüsse werden heute hier zu fassen sein. Es handelt sich darum, Grundlinien festzulegen, nicht nur für Stuttgart, sondern für das ganze Land, womöglich noch darüber hinaus. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir nach wie vor im Einvernehmen mit der Reichsleitung arbeiten müssen (Rufe: Sehr richtig!), denn unser Ziel ist durchaus nicht etwa die Aufrichtung eines Deutschland, das nun statt aus 22 Königreichen aus 22 Republiken besteht (Lebhafte Rufe: Sehr richtig!). Ich meine, über den Partikularismus hinaus müssen wir unsere Augen erheben und darauf richten, daß wir ein einiges Deutschland bekommen (Sehr richtig!), daß endlich einmal diese Kleinstaaterei aufhört.
Ich sagte, wir werden wichtige Beschlüsse zu fassen haben. Vor allen Dingen handelt es sich darum, die Resultate festzuhalten, die in diesen wenigen Tagen erreicht worden sind.
Es ist hier als Vertreter der Regierung der Herr Minister Blos erschienen, er möchte Sie ebenfalls begrüßen. Ich bitte ihn, das zu tun.
Ministerpräsident Blos: Geehrte Soldatenräte der württembergischen Republik! Im Namen der provisorischen Regierung begrüße ich Sie. Ich hoffe, daß wir in den jetzigen schwierigen Zeiten in Eintracht, im Einverständnis miteinander die Arbeiten erledigen können, die notwendig sind, um uns die Früchte der Revolution zu sichern und diejenigen Verrichtungen vorzunehmen, deren wir im Sinne des Sozialismus und der gesunden Weiterentwicklung des Landes nicht entraten können. Ich schließe mich den Ausführungen meines Kollegen im Kriegsministerium vollständig an: Wir wollen uns in allen Punkten der Reichsregierung anschließen und in keiner Beziehung hinter derselben zurückbleiben. Die Einigung[4]), die bisher nur ein Traum gewesen ist, und die nun endlich einmal erreicht werden wird, wird aus dem Zusammenschluß der neuen Regierungen hervorgehen.
Die Aufgabe, die sich die revolutionäre Regierung gestellt hat, werde ich Ihnen kurz vorführen und Ihnen vorschlagen, wie wir Hand in Hand miteinander arbeiten wollen. Sie sind die revolutionäre Kraft des Landes, Sie sind die Bürgschaft, daß eine Reaktion bei uns in Württemberg und in Deutschland überhaupt nicht eintreten kann (Beifall). Die Revolution ist gesichert, und wenn wir bis jetzt nur eine politische Revolution gemacht haben, so hatte diese politische Revolution selbstverständlich den Zweck, die Bahn zu brechen für die Verwirklichung des Sozialismus (Sehr richtig!).
Wenn die Befürchtung bestehen sollte, daß wir bei der politischen Revolution stehenbleiben wollten, so kann ich nur sagen, daß für eine solche Befürchtung absolut kein Anhaltspunkt vorhanden ist; wenn wir aber dabei stehenbleiben wollten, würde die revolutionäre Entscheidung über uns hinausgehen. Wir haben doch schließlich die Revolution nicht deshalb gemacht, wir alle miteinander, um uns eine andere äußere Form zu schaffen, sondern wir wollen unsere sozialistischen Grundsätze durchführen, die

---

rück (vgl. dazu seine Erklärung vor dem Landesausschuß der S.-Räte vom 10. 1. 1919, Nr. 11c, S. 315 ff.); vom 17. 11. bis zum 12. 12. 1918 war Fischer außerdem Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte. Fischer gehörte seit Anfang 1907 der SPD an, handelte aber, wie Blos schreibt (Monarchie I, S. 42) „ganz im Sinne der Unabhängigen". Zwar anerkennt Blos, daß Fischer fleißig gearbeitet habe (ebd.), meint allerdings, daß Fischer „eigentlich als ein Minister für Entwaffnung der Regierung" hätte bezeichnet werden müssen, denn der Kriegsminister sei „mit rührender Sorgfalt" dafür eingetreten, daß der Regierung „kein einziger Bewaffneter zur Verfügung stehen konnte" (ebd., S. 47). Ab 1919 war Fischer wieder als Gewerkschaftsbeamter tätig.

[4]) Blos meint die Einigung der Arbeiterschaft, die sich in Württemberg durch das Abkommen zwischen SPD, Gewerkschaften und USPD vom 8. 11. (vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 50 ff.) und durch den Eintritt der USPD in die Regierung anzubahnen schien.

den Menschen endlich eine menschenwürdige Existenz verbürgen, und die uns das Recht schafft, das uns alle bisher beherrscht hat (Beifall).
Selbstverständlich können wir das nicht in ein paar Tagen machen (Sehr richtig!), das begreifen Sie alle, das brauche ich Ihnen nicht auseinanderzusetzen, diese grundverändernden Reformen, wollen wir's einmal nennen – wir wollen uns nicht darüber streiten, ob man es so oder so nennen will. Wir wollen den Sozialismus einführen, damit will ich es mit einem Wort zusammenfassen. Das kann man aber nicht von heute auf morgen tun. Eine Revolution, das kann ich Ihnen als Historiker[5]) sagen, eine Revolution löst immer alle Verhältnisse auf, und es muß dann eine ordnende Hand vorhanden sein, welche die Verhältnisse nach und nach wieder auf eine sichere Bahn bringt. Diese Aufgabe haben wir beide, die Regierung und der Soldatenrat, miteinander zu erfüllen. Wir haben eine Monarchie gestürzt, die seit[6]) ihren Anfängen mehr als tausend Jahre bestanden hat – ich weiß nicht, ob es rechnerisch genau tausend Jahre sind, es kommt auch so genau nicht darauf an, die Hauptsache ist, daß sie weg ist (Beifall).
Der frühere König von Württemberg hat nun die Beamten ihres Eides entbunden[7]). Das wird unsere Entwicklung auch wieder in ein schnelleres Tempo bringen, weil dies bisher uns eine gewisse Schwierigkeit bereitet hatte. Wir sind also so weit, daß wir revolutionär sind. Ob nun die Persönlichkeit des Monarchen, der ja wirklich ein harmloser Mann war oder ist, ob sich die noch im Lande befindet oder nicht, das kann uns ganz gleichgültig sein[8]). Die kann ebenso, wie das in anderen Ländern dem Monarchen bewilligt ist, daß er als Privatmann unangefochten unter ihnen lebe[9]), das können wir auch bewilligen, denn das hat mit all den Dingen gar nichts mehr zu tun. Selbstverständlich müssen wir, bis die neue Ordnung kommt, die alte Regierungsmaschine im Gange erhalten. Wir müssen zunächst für die Ernährung der Bevölkerung sorgen, und ich habe zu diesem Zweck die besten Kräfte des Landes herangezogen, ohne Rück-

---

[5]) Blos war u. a. der Verfasser einer „Geschichte der französischen Revolution", die 1888 erstmals erschienen war; 1893 hatte er ein Werk über „Die deutsche Revolution" (1848–49) veröffentlicht; zu seiner Biographie vgl. Nr. 2 Anm. 25.

[6]) Im Or. irrtümlicherweise: in.

[7]) Vgl. unten S. 83.

[8]) König Wilhelm genoß, wie Weller (Staatsumwälzung, S. 2) feststellt, in der Bevölkerung „große Beliebtheit und allgemeine Hochschätzung". Das galt auch für weite Kreise der Sozialdemokratie, wie ein Artikel Keils beweist, den er anläßlich des 25jährigen Regierungsjubiläums des Königs am 6. 10. 1916 veröffentlichte: „Nehmen wir alles in allem, so will uns scheinen, daß unter den gegebenen Verhältnissen gar nichts geändert würde, wenn morgen in Württemberg an die Stelle der Monarchie die Republik treten würde. Kein zweiter würde, wenn alle Bürger und Bürgerinnen zu entscheiden hätten, mehr Aussicht haben, an die Spitze des Staates gestellt zu werden, als der jetzige König" (zitiert nach Erlebnisse I, S. 378). Diese Prophezeiung Keils erfüllte sich im November 1918 allerdings nicht: Noch am Abend des 9. 11. hatte Wilhelm Stuttgart verlassen und sich auf sein Jagdschloß nach Bebenhausen zurückgezogen (zur Abreise des Königs vgl. Köhler, S. 152 ff.; Pistorius, S. 160 ff.; Keil, Erlebnisse II, S. 87 f., und Blos, Monarchie I, S. 24 f.). Nach seinem Thronverzicht am 30. 11. sicherte die provisorische Regierung dem ehemaligen König eine Jahresrente von 200000 Mark sowie seinen Privatbesitz zu (vgl. Blos, Monarchie I, S. 104 f.). Keil kommentierte die Thronentsagung in der „Schwäbischen Tagwacht" und schrieb u. a.: „Die persönliche Achtung, die der Person des Königs bisher im Volke entgegengebracht wurde, wird durch den Thronverzicht nicht gemindert. Man kann einem ehrenhaften alten Herrn die Wertschätzung, die man jedem anderen rechtlich denkenden Bürger zuteil werden läßt, nicht darum versagen, weil er ohne sein Verschulden einmal König gewesen ist" (zitiert nach Erlebnisse II, S. 123; weitere Pressekommentare zum Thronverzicht bei Pistorius, S. 55 ff.). In Bebenhausen lebte Wilhelm, der sich nach seinem Thronverzicht Herzog zu Württemberg nannte, bis zu seinem Tod am 21. 10. 1921.

[9]) So z. B. Großherzog Friedrich von Baden, der ab Mitte November auf Schloß Langenstein lebte (vgl. Purlitz, Revolution I, S. 136); die sächsische Königsfamilie zog sich am 9. 11. unbehelligt auf ihre Besitzungen in Moritzburg bzw. Sibyllenort zurück (vgl. ebd. S. 96).

sicht auf ihre Parteianschauung[10]), und ich kann Ihnen nur versichern, daß diese Kräfte mit außerordentlichem Eifer und mit Geschicklichkeit für die Regierung des Landes tätig sind (Beifall).
Aber essen will der Mensch zuerst, das ist das Wichtigste, darum müssen wir dafür sorgen, daß wir die Ernährung der Bevölkerung sicherstellen, und daß wir schließlich über diese Krisis hinwegkommen, bis die Volksvertretungen gewählt sind. Der Gang der Dinge soll die Entwicklung nehmen, daß wir zuerst die große deutsche Nationalversammlung wählen[11]). Damit haben wir dann die Einheit Deutschlands hergestellt. Das wird dann eine neue Einteilung Deutschlands nötig machen, vielleicht ähnlich, wie es die Franzosen seinerzeit auch gemacht haben[12]). Nachdem die allgemeine Nationalversammlung gewählt ist, werden wir das Wahlgesetz einfach auf Württemberg übertragen[13]), und da werden Sie sich hier ein neues Württemberg schaffen können, wo nicht mehr die alten Embleme drauf sind, sondern wo sich das Volk sein Schicksal selbst gestaltet (Sehr richtig). Deshalb wollen wir nicht diktatorisch mit der Bevölkerung verfahren, sondern ich hoffe, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir dem Volk die Selbstbestimmung zuwenden, damit es selber über sein eigenes Schicksal entscheidet (Beifall).
Die württembergische Landesversammlung, von der ich hoffe, daß sie spätestens im Februar zusammentreten kann[14]), wird dann die Neugestaltung des Landes vornehmen. Wenn Sie da sind, dann weiß man, wie sie ausfällt, und es ist jede Garantie vorhanden, daß diese Neugestaltung im Sinne der Revolution und des Sozialismus vor sich gehen wird. Daran kann nicht mehr gerüttelt werden, solange wir unsere Pflicht tun, solange wir zusammenarbeiten. Und die Regierung wird, wie sie es jetzt schon getan hat, mit Ihnen in engster Verbindung bleiben[15]). Ich selbst habe mich persönlich

---

[10]) Das Ernährungsministerium der provisorischen Regierung leitete der Nationalliberale Baumann; an der Spitze der für die Versorgung der Bevölkerung wichtigen Eisenbahn- und Postverwaltung hatte Blos die vom König ernannten Präsidenten belassen.

[11]) Zu den grundsätzlichen Differenzen, die zwischen den Vertretern der SPD und USPD in Württemberg über die Frage der Nationalversammlung bestanden, vgl. die Reden Hoernles und Zernickes in der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25. 11. (Nr. 3, S. 48 ff. und S. 63 ff.).

[12]) Blos meint hier die französische Departementeinteilung, die 1789/90 ohne Rücksicht auf die historischen Provinzen nach politisch-geographischen Gesichtspunkten durchgeführt wurde.

[13]) Zum Wahlgesetz zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung s. Nr. 3 Anm. 13.

[14]) Das württembergische Kabinett beschloß in seiner Sitzung am 11. 12. 1918 gegen die Stimme Crispiens den Wahltermin für die Verfassunggebende Landesversammlung, der zunächst auf den 26. 1. 1919 festgelegt worden war, auf den 12. 1. 1919 vorzuverlegen (vgl. dazu das Kabinettsprotokoll vom 11. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 130 b 214). Das Kabinett entsprach damit einem Beschluß der Landesversammlung der A.-Räte vom 8. 12. 1918, in dem die Vorverlegung des Wahltermins gefordert worden war (vgl. Nr. 8, S. 234; Blos, Monarchie I, S. 56 f.). Einen Tag später, am 12. 12. 1918, verabschiedete die Generalversammlung der USPD Stuttgart eine Resolution, in der „die Nationalversammlung und aus gleichem Grunde auch die württembergische Landesversammlung als geeignete Mittel zur notwendigen Fortführung der Revolution" abgelehnt wurden. Gleichzeitig forderte die Versammlung „den Rücktritt aller Parteigenossen aus der Reichs- und Landesregierung" (zitiert nach Dok. u. Mat. II, S. 595 f.; vgl. Kling, S. 149 ff.). Eine Landesversammlung der württembergischen USPD, die am 21. 12. tagte, beschloß allerdings nach einem Referat von Crispien mit 89 gegen 24 Stimmen die Beteiligung der Partei an den Wahlen (s. Purlitz, Revolution I, S. 313). Zu den Unruhen in Stuttgart in den Tagen unmittelbar vor der Wahl vom 12. 1. vgl. Nr. 11a–f. Die am 12. 1. gewählte Landesversammlung trat am 23. 1. zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen und wählte Keil zu ihrem Präsidenten.

[15]) Zur Zusammenarbeit der provisorischen Regierung mit dem Aktions- und dem Vollzugsausschuß s. Nr. 2.

dazu verpflichtet, bis zu 3 Sitzungen in der Woche mit Ihrem Ausschuß zusammenzukommen. Damit haben Sie zugleich, was Sie beanspruchen können und jedenfalls beanspruchen werden, die Kontrolle über die Regierung. Bei dieser Zusammenarbeit wissen Sie genau, was in der Regierung vorgeht. Sie werden natürlich nicht verlangen oder wünschen, daß Ihnen jede Bagatelle mitgeteilt wird, aber alles, was Sie wünschen, wird Ihnen mitgeteilt, und sämtliche wichtigen Akte werden selbstverständlich nur mit Ihrer Zustimmung ins Land gehen (Beifall). Diese Art von Regierung ist ja neu, aber gerade darin wird, glaube ich, ihre Bedeutung beruhen, daß sie uns verbürgt, daß uns die revolutionäre Kraft erhalten bleibt, und daß darin eine Bürgschaft gegen jede Reaktion liegt.

Sie sehen also den Weg offen, der zu einem neuen und glücklicheren Zustand führen soll, und er wird dahin führen, wenn wir einig bleiben und wenn wir uns durch gar keine äußeren Einflüsse stören lassen, so daß wir diesen Weg geradeaus und direkt auf das Ziel zuwandern können. Es drängt mich, Ihnen zu sagen, daß wir uns alle zusammennehmen wollen, um die Einigkeit zu wahren und die Einheit unseres Handelns. Denn, verehrte Soldatenräte, wenn wir diese Gelegenheit verpassen, die Weltgeschichte wird sie uns so bald nicht wieder bringen (Sehr richtig!). Das dürfen Sie versichert sein.

Ich bin Ihnen dankbar für die Aufnahme, die Sie mir bereitet haben. Meine Ansichten, die ich Ihnen im Namen der Regierung vorzutragen habe, sind Ihnen jetzt bekannt. Ich werde mich in Ihre Verhandlungen selbstverständlich nicht weiter einmischen, und indem ich mich von Ihnen für heute verabschiede, fordere ich Sie auf, mit mir ein Hoch auszubringen: Es lebe die Republik Württembergs, sie lebe hoch! (Lebhafter Beifall.)

VORSITZENDER: Kameraden! Ich glaube, daß die Ausführungen, die der Herr Ministerpräsident soeben gemacht hat, und die Andeutungen, wie ein Zusammenarbeiten mit dem Soldatenrat und der Regierung ermöglicht werden kann, uns dafür Gewähr bieten, daß unsere Zusammenarbeit tatsächlich gedeihlich sein und hoffentlich bleiben wird.

Ich habe nun zunächst folgendes zu erklären. Sie haben ja heute vormittag z. T. bereits schon in der Zeitung gelesen, daß der württembergischen Volksregierung folgendes Schreiben zugekommen ist[16]):

„Unter Bezugnahme auf die Kundgebung des Königs vom 9. d[es] M[onats], wonach seine Person niemals ein Hindernis einer von der Mehrheit des Volkes geforderten Entwicklung der staatsrechtlichen Verhältnisse Württembergs sein werde, hat der König mich zu folgender Mitteilung ermächtigt:

Um der vorläufigen Regierung[17]) die Weiterführung der Geschäfte im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung, Ruhe und Sicherheit des Landes zu erleichtern, wolle er alle diejenigen, die in ihrem Diensteid Treue und Gehorsam geschworen haben, von den hierdurch seiner Person gegenüber eingegangenen Verpflichtungen entbunden haben.

Stuttgart, den 16. November 1918. Der Kabinettschef."

Der König Wilhelm hat dadurch alle Offiziere und Soldaten des ihm geleisteten Treueids entbunden. Ich glaube, daß damit ein weiteres Hindernis für eine gedeihliche Arbeit gefallen ist.

*Es folgt die Bildung des Tagungsbüros, in das nach längerer, turbulenter Debatte Kriegsminister* FISCHER *als Vorsitzender,* SCHULER *(Ludwigsburg) als Stellvertreter,* GÖTZ *(Ulm) und* WERNER *(Münsingen) als Schriftführer gewählt werden.*

---

[16]) Die folgende Textpassage ist ein Zeitungsausschnitt, der in das maschinenschriftliche Sitzungsprotokoll eingeklebt wurde.

[17]) Im Staatsanzeiger für Württemberg, der dieses Schreiben am 18. 11. 1918 (Nr. 271) veröffentlichte, heißt es an dieser Stelle: „Um der Provisorischen Regierung..." (ebenso bei Purlitz, Revolution I, S. 125).

Finanzminister LIESCHING: Nachdem die provisorische Regierung Sie vorhin begrüßt hat, liegt es mir nur ob, Ihnen einige geschäftliche Mitteilungen hier zu machen. Die Regierung geht davon aus, daß die Arbeiter- und Soldatenräte die Revolution gemacht haben und daß deshalb die Kosten der Revolution, soweit sie durch die Arbeiter- und Soldatenräte entstanden sind, von der Regierung zu tragen sind. Die Regierung steht auf dem Standpunkt, daß sie vorbehaltlich der Regelung, die mit der Reichsregierung zu treffen ist, diese Kosten an sich ersetzen will.
Es hat sich nun der Exekutivausschuß[18]) des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Stuttgart schon am letzten Dienstag an uns gewandt und einen größeren Betrag von uns verlangt[19]). Er hat dabei die Verpflichtung übernommen, auch den auswärtigen Arbeiter- und Soldatenräten die Kosten und Auslagen zu ersetzen. Die Regierung ist dem entgegengekommen, und es ist am Mittwoch früh eine Vereinbarung zustande gekommen[20]), wonach diesem Exekutivausschuß zunächst 500000 Mark mit der Verpflichtung ausbezahlt werden, auch die Kosten der auswärtigen Arbeiter- und Soldatenräte zu tragen. Ich habe am gleichen Tag die Staatshauptkasse angewiesen, Zahlungen zu leisten, es sind aber, soviel ich weiß, Zahlungen nicht abgehoben worden. Wohl aber habe ich jeden Tag Telegramme bekommen, einmal von Friedrichshafen[21]), dann von Ravensburg-Weingarten, die von mir verlangt haben, daß ich ihnen am gleichen Tag telegraphisch größere Beträge zuweise. Ich habe jeweils geantwortet, daß ich das Geld dem Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Stuttgart zugewiesen habe und daß dieser die Verpflichtung übernommen habe, dieses Geld auszubezahlen. Ich erkläre nun hiermit, daß ich die heutige Versammlung dringend bitte, darüber Beschluß zu fassen, wer zur Empfangnahme dieser Gelder eigentlich berechtigt ist. Wir als provisorische Regierung übernehmen natürlich die Verpflichtung, all das zu tun, was die Arbeiter- und Soldatenräte in dieser Beziehung wünschen, wenn es überhaupt mit den Finanzen noch in Einklang zu bringen ist. Aber wir müssen auf der anderen Seite bei der Verantwortlichkeit, die wir der neuen Landesversammlung, die wir dem ganzen Lande gegenüber tragen, auch ganz genau wissen, ob diejenigen, die das Geld von uns fordern, auch von der Gesamtheit der Arbeiter- und Soldatenräte hierzu legitimiert sind (Sehr richtig!). Ich bitte Sie deshalb dringend, hier einen Beschluß zu fassen. Ich darf das eine hinzufügen. Ich enthalte mich jeder Polemik gegen den Exekutivausschuß, aber wenn der Exekutivausschuß in der Presse bisher veröffentlicht hat, daß die provisorische Regierung die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Seite drängen wolle[22]),

---

[18]) Gemeint ist der am 10. 11. gebildete Aktionsausschuß bzw. der von diesem eingesetzte Vollzugsausschuß, vgl. Nr. 2.

[19]) Eine Delegation des Aktionsausschusses, die unter Leitung von Unfried am 12. 11. mit Blos verhandelte, forderte zunächst einen Kredit von 2 Millionen Mark (vgl. Blos, Monarchie I, S. 38 f., sowie Nr. 2 Anm. 5).

[20]) Vgl. Nr. 2a. Ein präziser Vertrag, der die finanztechnischen und juristischen Einzelheiten regelte, wurde von der provisorischen Regierung und dem Vollzugsausschuß am Freitag, dem 15. 11., abgeschlossen (s. dazu Nr. 2c).

[21]) Der A.- und S.-Rat Friedrichshafen forderte, wie aus dem Protokoll des Vollzugsausschusses vom 15. 11. (s. Nr. 2c) hervorgeht, einen Betrag von 20000 Mark für seine „bisherigen Ausgaben"; der Vollzugsausschuß bewilligte einen Vorschuß von 5000 Mark. Zu Friedrichshafen vgl. auch Nr. 21.

[22]) In einer Erklärung vom 13. 11. 1918 hatte der Aktionsausschuß die Regierung scharf angegriffen, weil sie gegenüber den A.- und S.-Räten nach dem Grundsatz handele: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen." Der Aktionsausschuß warf der Regierung vor, sie habe den A.- und S.-Räten eine Zeitung versagt und habe verfügt, daß alle Anordnungen der Räte ungültig seien. Die Regierung glaube, daß sie „durch einen Federstrich" die reale Macht der A.- und S.-Räte beseitigen könne. Die Räte seien aber nicht gewillt, „sich mit einem Fußtritt an die Luft setzen zu lassen". Der A.- und S.-Rat sei „das Organ der Revolution und dadurch das gegebene Kontrollorgan der Regierung. Nicht umgekehrt" (abgedruckt in:

so entspricht das nicht der Tatsache. In der provisorischen Regierung ist bis gestern gesessen Herr Schreiner[23]), der Vorsitzender des Soldatenrats Groß-Stuttgart war, es ist ferner in der provisorischen Regierung Herr Crispien, und ausdrücklich haben die beiden Herren das Manifest, das die Regierung an das württembergische Volk erlassen hat, in dem es heißt, daß der provisorischen Regierung die Leitung der Geschäfte übertragen ist, mitunterzeichnet[24]). Weder Herr Schreiner noch Herr Crispien haben jemals von uns gefordert, daß wir in engere Fühlung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat eintreten. Als am Mittwochabend[25]) der Exekutivausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Stuttgart von uns verlangt hat, wir sollen in engere Fühlung mit ihm treten, haben wir uns sofort dazu bereit erklärt und, wie vorhin Herr Blos mitgeteilt hat, bestimmt, daß wöchentlich zwei- bis dreimal ein Zusammentritt zwischen dem Exekutivausschuß, wie er nun auch neu bestimmt werden wird[26]), und der provisorischen Regierung eintreten soll. Wir wollen also ein enges Zusammenarbeiten mit den Arbeiter- und Soldatenräten, denn auch die bürgerlichen Mitglieder der provisorischen

---

Rote Fahne Nr. 2 vom 15. 11. 1918); zu den Forderungen, die der Aktionsausschuß in dieser Erklärung an die Regierung stellte, s. Nr. 2 Anm. 5.

[23]) Albert Schreiner (geb. 1892), von Beruf Schlosser, 1912 als Rekrut eingezogen, bis Herbst 1918 an der Front, zuletzt im Range eines Offiziersstellvertreters; im Oktober 1918 lernte er während einer Bahnfahrt in den Heimaturlaub Rück kennen, der ihn für die Spartakusgruppe gewann (so Rück, November, S. 17); als aktives Mitglied der Spartakusgruppe war Schreiner Ende Oktober/Anfang November 1918 vor allem in den Stuttgarter Kasernen tätig; während der Demonstration am 9. 11. wurde er als Vorsitzender des S.-Rates Stuttgart gewählt (vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 109); in dieser Funktion übernahm er am gleichen Tag das Kriegsministerium im Kabinett Blos, legte sein Ministeramt jedoch bereits am 15. 11. auf Drängen des Spartakusbundes nieder, der eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung, in der auch bürgerliche Minister vertreten waren, ablehnte (vgl. dazu das Kabinettsprotokoll vom 15. 11. 1918, HStA Stuttgart, E 130 b 214, sowie das Schreiben von Leo Jogiches vom 11. 11. 1918 an Thalheimer, s. Nr. 1 Anm. 9; Keil, Erlebnisse II, S. 107; zur Tätigkeit Schreiners als Kriegsminister s. Blos, Monarchie I, S. 23 ff.; Ebbinghaus, S. 43 ff., sowie Darstellungen V, S. 4); am 16. 11. wurde er als Vorsitzender des S.-Rates Stuttgart abgewählt; in den folgenden Wochen organisierte er im Auftrag der Berliner Zentrale des Spartakusbundes den Roten Soldatenbund; bei den Januarunruhen in Stuttgart verhaftet, verbrachte er die Monate bis zum Prozeß im Juni 1919 in Untersuchungshaft; im Stuttgarter Spartakistenprozeß wurde er wie die übrigen Angeklagten freigesprochen (vgl. Münzenberg, Spartakistenprozeß, S. 23 f.); danach bis 1922 hauptamtlicher Funktionär in der Parteileitung der KPD in Württemberg, Delegierter zum IV. Weltkongreß der Komintern, dann ab 1922 im Militärapparat der KPD-Zentrale, maßgeblich beteiligt am Hamburger Aufstand, bis 1928 einer der Führer des Roten Frontkämpferbundes und Redakteur der „Roten Front"; 1929 Ausschluß aus der KPD und Übertritt zur KPO; 1933 Flucht nach Frankreich; im spanischen Bürgerkrieg Leiter der XIII. Internationalen Brigade, 1939–41 in Frankreich interniert, dann bis 1946 in den USA; ab 1947 Professor in Leipzig, 1950/52 als ehemaliger KPO-Führer von der SED verfemt, seit 1956 Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Institut für Geschichte, 1956–61 Redaktionsmitglied der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft"; Verfasser zahlreicher Arbeiten; vgl. Weber II, S. 289 f. und passim, Tjaden, passim, sowie die Angaben in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 20, 1972, S. 877 ff.

[24]) Vgl. Nr. 25.

[25]) Gemeint ist die Erklärung des Aktionsausschusses vom Mittwoch, den 13. 11.; s. oben Anm. 22.

[26]) Liesching will hier darauf hinweisen, daß der am 10. 11. gebildete Aktionsausschuß, dem überwiegend Vertreter der Spartakusgruppe angehörten (vgl. Nr. 1 Anm. 12), lediglich als provisorisches Führungsorgan der Räte anzusehen sei und daß er nur so lange fungieren werde, bis die A.- und S.-Räte eigene Leitungsgremien gewählt hatten. Die Tätigkeit des Aktionsausschusses im militärischen Bereich endete praktisch mit dem Zusammentritt der Landesversammlung der S.-Räte am 17. 11. Als oberstes Organ der A.-Räte war der Aktionsausschuß noch bis zur Versammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25./26. 11. tätig, die seine Amtszeit durch die Wahl des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart am 26. 11. beendete.

Regierung wissen, daß die eigentliche Macht der Revolution, aus der die provisorische Regierung zur Zeit ihre Machtbefugnis herleitet, die Arbeiter- und Soldatenräte sind. Wir lassen darüber gar keinen Zweifel, aber wir bitten, daß künftighin eben diese enge Fühlungnahme eintritt und daß nicht, wie das zur Zeit der Fall ist, der Exekutivausschuß, wenn wir ihm einen Wunsch erfüllt haben, am andern Tag den Wunsch wieder ändert, was eine geordnete Arbeit unmöglich macht (Sehr richtig!). Sie alle werden mit mir überzeugt sein, daß in den nächsten Wochen alles geschehen muß, um die äußere Ordnung aufrechtzuerhalten, denn sonst wird es gar nicht möglich sein, die zurückflutenden Truppen in die Heimat und in die Arbeitsstätten zu führen. Das sind Aufgaben von so ungeheurer Schwere, daß wir die Unterstützung aller und insbesondere die der Arbeiter- und Soldatenräte dabei in Anspruch nehmen müssen[27]). Arbeiten Sie mit uns zusammen; niemals werden wir ein Hindernis bilden und in bürokratischer Weise etwa das zurückweisen, sondern im Gegenteil, wir werden Ihnen außerordentlich dankbar sein, und ich bitte Sie, in diesem Sinne heute Ihre Beschlüsse zu fassen (Beifall).

*Im Anschluß an die Ausführungen* LIESCHINGS *wählt die Versammlung auf Vorschlag* FISCHERS *eine Mandatsprüfungskommission, die in der Mittagspause tätig wird. Die Abstimmung über folgende, von Fischer vorgelegte Tagesordnung: 1. Beratung des Aktionsprogramms und des Statuts, 2. Festsetzung eines Wahlreglements, 3. Wahlen, 4. Beratung und Abstimmung über Anträge wird vertagt, da sich die Versammlung auf keinen Stimmschlüssel für die einzelnen Delegationen einigen kann.*
*Nach der Mittagspause verliest* FISCHER *zunächst – „um verschiedenen Mißdeutungen entgegenzutreten und Aufklärung zu geben"[28]) – eine Resolution, die von den Stuttgarter und Cannstatter Delegierten am Vortage mit 126 gegen 2 Stimmen verabschiedet worden war:* „Die Versammlung des Soldatenrats der Garnison Stuttgart steht auf dem Boden der Revolution. Sie ist entschlossen, die jetzige provisorische Regierung als oberstes Organ der Republik zu verteidigen und zu unterstützen. Die Versammlung lehnt deshalb die Bildung einer Roten Garde und die Diktatur als Kampfmittel ab. Wir erklären uns für baldigste Einberufung einer konstituierenden Landesversammlung."
*Hierauf erhält außerhalb der Tagesordnung* KEIL *das Wort zu einem Bericht „über den*

---

[27]) Im am 11. 11. in Compiègne abgeschlossenen Waffenstillstandsabkommen (abgedruckt u. a. in Ursachen und Folgen S. 482 ff.) war für die Westfront die „sofortige Räumung der besetzten Gebiete in einem Zeitraum von 15 Tagen" vereinbart worden; die in Rußland stehenden deutschen Truppen sollten erst abgezogen werden, „sobald die Alliierten, unter der Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete, den Augenblick für gekommen erachten". Die großen Schwierigkeiten, die bei der Rückführung und Demobilmachung der deutschen Truppen entstanden, illustrieren zahlreiche Dokumente in den Editionen über die Regierung der Volksbeauftragten und den Zentralrat. Einen anschaulichen Eindruck von den praktischen Problemen, die bei der Demobilmachung innerhalb einer Garnison entstanden, vermittelt der Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (s. Nr. 23, S. 411 ff.).

[28]) Die von Fischer angesprochenen „Mißdeutungen" basierten, wie der Ludwigsburger Rechenschaftsbericht nachweist (vgl. Nr. 23, S. 421), auch auf Gerüchten, die vor allem Keil unter den von auswärts nach Stuttgart gekommenen Delegierten verbreitete. Danach hatte Keil bereits am 16. 11. in Ludwigsburg erklärt, „man habe nach Stuttgart Matrosenkompanien geholt, die den politisch gemäßigten Teil der Landesversammlung verhaften und beseitigen wollten". Ähnlich äußerte sich Keil am 17. 11. in einem Nebenzimmer des Tagungslokals vor auswärtigen Delegierten, denen er mitteilte, „die Stuttgarter S.-Räte und die Mitglieder des provisorischen Landessoldatenrates seien fast sämtlich Anhänger des Spartakusbundes, die Unmögliches mit den verwerflichsten Mitteln durchsetzen wollten". Das alles fachte, wie im Ludwigsburger Rechenschaftsbericht sehr anschaulich geschildert wird, „die Kampfstimmung" der auswärtigen Delegierten an.

*Stand der Revolution"[29]). Nach dessen Ausführungen verabschiedet die Versammlung eine von* GRUHNERT *(Cannstatt) vorgelegte Resolution:*
„Die Revolution, die uns von dem Druck jahrhundertealter Mächte befreite, ist das Werk der arbeitenden Massen im Verein mit den sozialistisch und demokratisch denkenden Soldaten. Die ungeheure Wucht der Bewegung sowie der imposante und unblutige Verlauf derselben haben gezeigt, daß die Völker Deutschlands, insbesondere Württembergs, reif sind, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen. Zwei Dutzend gekrönte Häupter sind im Sturm der Bewegung hinweggeweht worden. Daß das ganze alte System des Lakaien- und Gamaschendienstes ebenso endgültig verschwindet, muß möglichst rasche Aufgabe der Bewegung sein. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, daß die Völker Deutschlands sich nicht durch partikularistische Anschauungen abhalten lassen, eine einheitliche Reichspolitik zu treiben. Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs erklärt, für das Zustandekommen einer deutschen Reichsrepublik einzutreten und diese mit allen Mitteln zu fördern. Zu diesem Zweck beauftragen die Soldatenräte die provisorische Regierung Württembergs, alsbald Vorbereitungen zur konstituierenden Reichsversammlung in die Wege zu leiten."
*Der anschließend von* BANZHAF *(Stuttgart) erstattete Bericht der Mandatsprüfungskommission macht deutlich, daß namentlich die Ludwigsburger Garnison, die lediglich 17 Vertreter entsandt hat, verglichen mit der Zahl der Delegierten aus Stuttgart, unterrepräsentiert ist.*
*Ohne eine Einigung über den nach wie vor strittigen Stimmschlüssel erzielt zu haben, tritt die Versammlung in die Behandlung der Tagesordnung ein. Zum Tagesordnungspunkt „Entwurf eines Programms und Organisationsstatuts" erhält Kriegsminister* FISCHER *das Wort.*

Berichterstatter FISCHER: Kameraden! Als am Samstagvormittag[30]) die Woge der Revolution durch das ganze Land ging, da war es unmöglich, diese Revolution in ein ganz bestimmtes System zu bringen. Ich meine, die Revolution ist von uns nicht in dem Sinne vorbereitet worden, daß wir nun ganz genau festgelegt haben: An jedem einzelnen Ort, in jeder einzelnen Garnison treten am Samstagvormittag Kommissionen zusammen, mit ganz genau und festgewählten Ausschußmitgliedern usw., und die machen nun die Revolution. Ich meine, die Revolution ist an den einzelnen Orten unabhängig voneinander entstanden[31]). Überall hat man gemerkt, es weht ein neuer Geist, und dieser neue Geist ist durch das ganze Land gegangen (Beifall).
Ich kann Ihnen versichern, ich war überrascht, als wir schon am Samstagnachmittag Nachrichten aus den kleinsten Garnisonen Württembergs bekamen, daß da und dort ein Soldaten- und Arbeiterrat geschaffen worden ist und daß man die Stuttgarter um Richtlinien bat, nach denen man die Sache da und dort machen solle. Es war ganz

---

[29]) In seiner kurzen, mehrfach von Beifall und Zustimmung unterbrochenen Rede, begrüßte Keil die am Vortag in Stuttgart verabschiedete Resolution und forderte, daß der neue Staat auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werde. Die Politik der Regierung und der Räte müsse eine „Diagonale der Anschauungen" sein, welche die Revolution getragen hätten. Jeder Stand und jede Berufsgruppe solle nach Bedeutung und Zahl am Staatsleben beteiligt werden, andernfalls könne man weder Vertrauen wecken noch gewinnen. Entschieden verteidigte Keil die Aufnahme von bürgerlichen Ministern in die Regierung. Scharf wandte er sich gegen „unmögliche Auffassungen", die von rechts wie von links vertreten würden: Man könne nicht „in allen Dingen das russische Vorbild nachahmen" und benötigte in Deutschland keine rote Garde. Mit der Forderung nach einem Zentralsoldatenrat schloß Keil seine Ausführungen, an deren Ende das Protokoll anhaltenden stürmischen Beifall verzeichnete; vgl. auch Keil, Erlebnisse II, S. 116 f.
[30]) Gemeint ist Samstag, der 9. 11. 1918.
[31]) Vgl. Einleitung, S. LIX ff.

selbstverständlich, daß zunächst Stuttgart allein, nur für sich allein, vielfach beteiligt war. Es war uns gar nicht darum zu tun, irgend[welche] Richtlinien und Meinungen aufzustellen, die nun unbedingt fürs ganze Land gelten müssen. Aber die Zentrale Stuttgart bringt es eben mit sich, daß sehr viele Anfragen, sehr viele Anforderungen an die Stuttgarter gestellt worden sind, weil Stuttgart nun einmal der zentrale Apparat der ganzen Regierung war und weil wir diese Regierung an uns gerissen hatten. Das brachte es auch mit sich, daß im Lauf der vergangenen Woche Kameraden aus allen Teilen Württembergs wiederholt nach Stuttgart gekommen sind und diese und jene Frage mit uns beraten haben. Wir haben den Kameraden, so gut es in unserer Macht stand und so gut wir es selbst wußten, Bescheid gegeben. Wir haben aber auch den Kameraden gesagt, das ist zunächst unsere persönliche Meinung und unsere persönliche Auffassung.

Es ist ganz selbstverständlich, daß, nachdem die Revolution das ganze Land ergriffen hat, es unsere Aufgabe sein muß, so schnell wie möglich Verbindungen mit allen auswärtigen Kameraden aufzunehmen, die draußen in den großen und kleinen Garnisonen sind – und die ja wohlgemerkt nicht immer Partei- und Gewerkschaftsgenossen sind und in solchen Fragen und Dingen nicht immer genau Bescheid wußten. Darüber waren wir uns vollkommen im klaren. Nun ist in all den größeren Garnisonen die Sache zum Klappen gekommen. Wir wußten, daß dort genauso wie in Stuttgart Kameraden waren, die die Sache wieder in geordnete Bahnen zu bringen versuchen werden. Wir wußten, daß natürlich genauso wie in Stuttgart auch in Ulm[32]) und in Ludwigsburg[33]) und in den anderen Garnisonen Kameraden sitzen, die den Zweck, den ganzen Sinn der Revolution genauso erfaßt haben, und die nun mit aller Gewalt danach streben werden, auch ohne Auskunft von Stuttgart diese Macht, die die Soldaten an sich gerissen haben, fest in der Hand zu behalten, und die Verhältnisse haben uns recht gegeben.

Täuschen wir uns darüber nicht, die alte Regierungsmaschine arbeitet weiter, das Finanzministerium und wie die Ministerien alle heißen, arbeiten mit ihrem alten Apparat, mit ihrem eingearbeiteten Verwaltungsapparat ruhig weiter. Die Soldaten machten das nicht, die haben den ganzen Militarismus genommen und herumgedreht und haben freie Bahn geschaffen für jeden Tüchtigen. Jetzt wollen wir auch einmal mitreden und die Verhältnisse nach dem Willen des Volkes gestalten. Daß nun bei einem solchen Vorgang auch in dem besten Organismus, und der Militarismus ist der feinste Organismus, den wir in ganz Deutschland gehabt haben, Unordnung einreißt, und daß große Unordnung eingerissen ist, das ist verständlich, und da müssen wir versuchen, möglichst rasch wieder geordnete Bahn zu schaffen; und um das zu tun, haben wir uns gesagt, um die Dinge vorwärtszubringen, müssen wir zunächst einmal möglichst rasch einmal die Kameraden von ganz Württemberg zusammenrufen, um ihnen in großen Zügen darzulegen, wie wir uns gedacht haben, daß die Sache gemacht werden muß, um Ihre Meinung zu hören und dann mit Ihnen bestimmte Richtlinien fürs ganze Land aufzusetzen.

Wir haben hier keine nach Stimmenzahl usw. ganz genau festgesetzte und den Grundsätzen der Demokratie vollständig entsprechende Versammlung zusammenbringen können. Darüber waren wir uns vollständig im klaren. Wir haben uns großzügig darüber hinweggesetzt, weil wir den Zweck der heutign Versammlung uns ein klein wenig anders gedacht hatten. Wir wollten in erster Linie Klarheit in die Sache bringen und wollten hören, wie sich die Delegierten auch der anderen Garnisonen zu unserem vor-

---

[32]) In Ulm waren im November 1918 25000 Mann stationiert. Zum Verlauf der Revolution in Ulm s. Einleitung, S. LX, vgl. auch Ernst, S. 158 ff.

[33]) Zu Ludwigsburg, wo im November 1918 40000 Mann standen, vgl. den Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates (Nr. 23).

geschlagenen Aktionsprogramm[34]) verhalten. Dann wollten wir vorschlagen, aufgrund der hier gegebenen Richtlinien, draußen im Lande innerhalb einer bestimmten Zeit die Wahlen durchzuführen. Ich meine, wenn wir heute jeden einzelnen Auftrag genau für den einzelnen Delegierten prüfen wollten, so könnte das nach dem demokratischen System auch nicht ganz bestehen, denn es herrscht kein Zweifel, daß die Delegierten, die hier versammelt sind, nicht alle nach demselben Schema gewählt sind. Das kann ja auch gar nicht sein, das ist vollständig ausgeschlossen – ich meine die Delegierten der einzelnen Kompanien usw.

Wir haben uns nun gesagt, wir berufen einmal diese Landesversammlung ein, die wird sich dann selber einen Ausschuß wählen können, aber keinen Ausschuß, der für Zeit und Ewigkeit besteht, sondern zunächst haben wir die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Richtlinien, die sich die Lande versammlung selber gegeben hat, im Lande durchgeführt werden, und zwar in kürzester Zeit. Wenn diese neuen Wahlen, dieser neue Aufbau nach den Bestimmungen der Landesversammlung durchgeführt ist, muß sofort eine neue Landesversammlung zusammentreten, die die endgültige Regelung auf längere Zeit übernimmt und die alles einsetzen soll, was nach diesem Programm einzusetzen ist. Das waren die Meinungen und Richtlinien, nach denen wir die heutige Versammlung einberufen haben.

Wir hatten aber keine Zeit, uns lange darüber zu unterhalten, wie es möglich sein werde, diese Versammlung möglichst demokratisch einzuberufen, sondern so aus dem Handgelenk heraus ist das in die Zeitungen hineingekommen und ist die Einladung ergangen[35]). Ich gestehe, ich habe schon den Stuttgartern gestern[36]) gesagt, ihr müßt damit rechnen, daß die auswärtigen Kameraden mit dieser Anordnung nicht zufrieden sind – ich kann das nicht begreifen –, aber die Kameraden, die morgen hier sein wer-

---

[34]) Ein gedruckter „Entwurf eines Aktionsprogramms und Organisationsstatuts der Soldatenräte für Württemberg", der identisch ist mit dem Entwurf, den Fischer nun der Versammlung erläuterte (vgl. unten S. 90 ff.), findet sich im Nachlaß Schimmel (HStA Stuttgart). Ein in der Roten Fahne (Nr. 3 vom 16. 11. 1918) abgedruckter „Entwurf eines Aktionsprogramms und Organisationsstatuts der Soldatenräte", der, wie aus der Überschrift hervorgeht, von Schreiner, Fischer und Böhme ausgearbeitet worden war und der Landesversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden sollte, stimmt nur teilweise mit dem von Fischer dann am 17. 11. vorgelegten Entwurf überein (vgl. unten Anm. 40–44, 46 und 47).

[35]) Ein von Kriegsminister Schreiner und von General von Ebbinghaus am 11. 11. 1918 erlassener „Befehl an alle militärischen Behörden und Truppen Württembergs" (abgedruckt in Darstellungen V, S. 163; vgl. Keil, Erlebnisse II, S. 115; Ebbinghaus, S. 58 f.) enthielt folgende Bestimmungen über die Wahl von S-Räten: „In jeder Kompanie, Eskadron, Batterie wird auf etwa 150 Köpfe ein Delegierter zum Soldatenrat gewählt. Für militärische Behörden, soweit sie dieser Stärke entsprechen, gilt das gleiche. Kleinere Behörden schließen sich dem Truppenteil an, dem sie in Verpflegung und Versorgung zugeteilt sind. In Zweifelsfällen entscheidet der örtliche Soldatenrat. Die Wahl erfolgt durch Stimmzettel in geheimer Abstimmung. Alle Militärpersonen haben Stimmrecht. Die gewählten Delegierten bilden den Soldatenrat. Die örtlichen Soldatenräte wählen einen Vorsitzenden, der in Verbindung mit dem Stuttgarter Vorsitzenden des Soldatenrates (Sitz Gouvernement Stuttgart) tritt. Die Delegierten des Soldatenrates sind dienstfrei zu halten; sie haben Kontrollrecht über die Kompanie- usw. Führung. Ihnen untersteht der Aufklärungsdienst in den Kompanien. Versammlungen innerhalb der Kompanien sind wöchentlich einmal abzuhalten, innerhalb der Bataillone nach Bedarf, jedoch monatlich wenigstens einmal. Berichte darüber sind an den Vorsitzenden des Soldatenrates in Stuttgart zu erstatten." In der Roten Fahne (Nr. 2 vom 15. 11. 1918) ist eine Einladung zur 1. Landesversammlung abgedruckt, in der folgender Delegationsmodus festgelegt ist: „Jede Ersatzformation sowie [die] größeren Verwaltungs- und Kommandobehörden senden einen von den gewählten Delegierten..." Zur Zusammensetzung der 1. Landesversammlung vgl. Hahn (S. 45 f.), der feststellt, unter den Delegierten sei eine ganze Reihe von Leuten gewesen, „die in den Arbeitnehmerorganisationen als Gewerkschaftler tätig gewesen waren und daher ein gewisses Maß organisatorischer Befähigung mitbrachten".

[36]) Am 16. 11. hatte die erste Vollversammlung des Garnisonsoldatenrates Stuttgart stattgefunden.

den, werden sich benachteiligt fühlen. Das habe ich gestern erklärt, und die Tatsachen haben mir recht gegeben. Die Kameraden von Stuttgart aber haben mir gesagt, wir wollen eben ein anderes Wahlverfahren beraten. Darüber sind wir uns klar, daß das, was wir vorschlagen, kein Evangelium sein kann, und das ist auch nicht unsere Aufgabe. Aber das eine werden Sie auch zugestehen: In dem großen Durcheinander am Samstag[30]), da war es unmöglich, auch selbst nachdem die Sache wieder einigermaßen vorbei war, nun geordnete Ausschüsse zu wählen. Die Kameraden in Stuttgart eben – und die Kameraden in den Garnisonen draußen werden's ebenso gemacht haben –, die sich an die Spitze von einzelnen Maßnahmen gestellt haben, die hat man zusammengenommen und hat sie ohne besonderen Auftrag und ohne daß sie von einzelnen Wahlkörpern gewählt waren, an die Stelle gesetzt, an der sie wirken konnten. Man hat sich dann eben an diejenigen gewandt und die um Aufschluß gebeten, die in den Verhältnissen bewandert waren. Das ist in Stuttgart so gewesen, und das wird bei den andern Delegierten auch so gehalten worden sein, das hat sich eben von selbst so herausgebildet.

Es haben sich selbst viele, die von auswärts waren, an uns gewendet, das muß festgestellt werden, und wir waren bestrebt, ihnen so gut als möglich Auskunft zu geben. An diesen Auskunftsstellen nun, die sich jeden Abend versammelt haben, haben wir gehört, wohin die Wünsche der einzelnen gehen, und wir haben erwogen, was ungefähr gemacht werden kann. Es konnte nun durchaus nicht unsere Aufgabe sein, alles, was wir durchführen müssen, in dieses Aktionsprogramm[34]) hereinzunehmen, wir wollten nur einen grundlegenden Aufbau schaffen. Neben den Organen, die hier festgelegt sind, müssen wir noch verschiedene Unterkommissionen einsetzen für das Lazarettwesen, für das Zahlmeisterwesen, für alle diese Spezialwesen, die wir eben beim Militarismus haben. Jedes hat seine besondere Wirksamkeit, und jedes haben wir notwendig, um die einschneidenden Fragen zu bearbeiten. Das kann nicht von heute auf morgen in unsere Köpfe hereingeflogen kommen. Dazu gehören unter allen Umständen Fachleute, und deshalb haben wir auch vorgesehen, daß Unterkommissionen einzusetzen sind, die die Fragen der Verpflegung, der Löhnung und alle die schwierigen Fragen zu erledigen haben.

Und nun möchte ich zum Aufbau des Soldatenrats übergehen. Ich bitte, den Entwurf[34]) in die Hand zu nehmen (Ruf: Zur Geschäftsordnung!). Jetzt habe ich das Wort, und da müssen Sie mich aussprechen lassen.

Die Organisation ist gegliedert:

a) in Delegierte der Kompanie,
b) in sogenannte Bataillonsräte, also innerhalb des Bataillons oder der Abteilung oder des Verwaltungskörpers, das ergibt sich jeweils von selbst;
c) in den Garnisonsoldatenrat; die Delegierten der Kompanien usw. bilden den Garnisonsoldatenrat;
d) in den Soldatenrat für Württemberg oder die Landesversammlung.

Das soll der grundlegende Aufbau der Organisation sein. Selbstverständlich liegen zu diesem Aktionsprogramm andere Anträge vor, und es ist die Hauptaufgabe der Versammlung, hier eine gewisse Einigung zu erzielen, um Richtlinien festzustellen, nach denen einheitlich im ganzen Land gearbeitet werden soll.

Wir haben dann vorgeschlagen, daß die Wahlen der Delegierten der Kompanie in folgender Weise geschehen sollen: Alle Militärpersonen, also auch die bisherigen Offiziere und Unteroffiziere, haben gleiches Stimmrecht; jede Kompanie, Batterie, Eskadron wählt auf etwa 150 Soldaten einen Delegierten und einen Stellvertreter, auf je weitere 150 einen weiteren Delegierten und Stellvertreter. Die Höchstzahl der Delegierten einer Kompanie soll 3 betragen. Über diese Frage können wir uns unterhalten. Ich bin

zunächst nicht dafür eingetreten. Für militärische Behörden und Kommandostellen, soweit sie dieser Stärke entsprechen, gilt das gleiche. Wir haben Verwaltungsapparate, die ein großes Personal beschäftigen, die selbständig sind, und diesen müssen wir das gleiche Recht einräumen wie den anderen Formationen. Kleinere Behörden schließen sich womöglich dem Truppenteil an, dem sie in bezug auf Löhnung und Verpflegung zugeteilt sind; wenn diese jedoch eine Stärke von etwa über 80 Mann haben und aus Kommandierten und dergleichen bestehen, die in ihren Kompanien fast unbekannt sind, so wählen sie einen eigenen Delegierten und Stellvertreter. In allen Zweifelsfällen – und solche wird es ohne Zweifel sehr viele geben – soll der Soldatenrat am Ort selbst entscheiden, und wenn der keine Einigung erzielt, soll der Landessoldatenrat entscheiden.
Die Wahlen erfolgen durch Stimmzettel und sind geheim. Über diese Bestimmung brauchen wir uns nicht lange zu unterhalten.
Die Wahlhandlung soll sich folgendermaßen regeln: Es wird ein Wahlausschuß gebildet von drei Personen, der die Vorschläge entgegennimmt und alles macht, was hier notwendig ist; das brauche ich nicht vorzulesen. Dann habe ich ein Muster eines Protokolls hereingenommen, da draußen viele keine Ahnung davon haben. Das Protokoll ist dem Garnisonsoldatenrat einzureichen, die Stimmzettel sind versiegelt beim Truppenteil aufzubewahren.
Ebenso haben wir Bestimmungen vorgesehen, daß alle Ausweise, die heute im Umlauf sind und mit denen Mißbrauch getrieben wird, abgeschafft werden, und vorgeschlagen, daß für alle Delegierten rote Armbinden mit der Aufschrift „Mitglied des Soldatenrats" eingeführt werden.
Die Delegierten der Kompanien eines Bataillons (Batterie, Abteilung usw.) treten zum Bataillonsrat zusammen. Sie wählen einen Ausschuß von drei Personen einschließlich des Vorsitzenden.
Ferner: Sämtliche Delegierte der ganzen Garnison treten wieder zusammen und bilden einen Garnisonsoldatenrat innerhalb der Garnison.
Über diesen Garnisonsoldatenräten steht dann die sogenannte Landesversammlung oder, wie wir das hier heißen, der Soldatenrat für Württemberg. Der Soldatenrat für Württemberg soll sich nun in der Weise zusammensetzen, daß in den Standorten oder Garnisonen, in denen bis zu 500 Soldaten sind, ein Delegierter gewählt werden soll, für je weitere 500 ein weiterer Delegierter. Die Verteilung der Delegierten auf die einzelnen Formationen regelt sich nach der Stärke der Formation. Zum Beispiel wenn Ludwigsburg 20000 Soldaten hat, also 40 Delegierte zu wählen hat, können diese 40 Delegierte natürlich nicht einem Truppenteil übertragen werden. Der Garnisonsoldatenrat wird feststellen, wieviel Soldaten hat das Ersatzbataillon 121, das Feldartillerieregiment 29, und wird dann ausrechnen, wieviel Delegierte von den einzelnen Formationen zu wählen sind. Selbstverständlich können hier auch andere Zahlen in Vorschlag gebracht werden. Diese Verteilung ist eine Sache, die die Garnisonsoldatenräte mit zu überwachen haben.
Die Landesversammlung selbst muß natürlich einen Ausschuß einsetzen, einen sogenannten Landesausschuß. Dieser Landesausschuß soll sich aus sieben Personen zusammensetzen, gleichzeitig soll ihm aber das Recht eingeräumt werden, verschiedene Unterkommissionen usw. einzusetzen. Es ist selbstverständlich, daß man zu diesen Unterkommissionen vor allen Dingen Fachleute haben muß und daß es nicht darauf ankommt, daß diese in der Landesversammlung gewählt werden, sondern daß sie vor allen Dingen Fachkenntnisse haben und wissen, wo den Soldaten der Stiefel drückt (Sehr richtig!). Ich meine, diese Ausschüsse werden zweckmäßigerweise nicht auf der Landesversammlung gewählt, sondern der Landesausschuß hat das Recht, aus geeigneten Fachleuten diese Kommissionen zusammenzusetzen. Die Beschlußfassung

über das, was in diesen Kommissionen vorgetragen wird, hat selbstverständlich wieder die Landesversammlung.
Dann müssen wir in irgendeiner Form mit dem Arbeiterrat zusammenarbeiten, darüber gibt es auch gar keinen Zweifel. Hier haben wir gedacht, daß entsprechend der Anzahl der Soldaten und der Arbeiter, die an einem Ort vorhanden sind, auch der Arbeiter- und Soldatenrat zusammengesetzt ist[37]). In einem Ort, wo mehr Soldaten als Arbeiter sind, werden mehr Soldaten in dem Rat sitzen als umgekehrt. Das ist ganz demokratisch. Wir können nicht bestimmen: In jeder Garnison wird ein Arbeiter- und Soldatenrat von so und so vielen Personen gewählt, wovon drei auf diese und drei auf die andern fallen, wenn das Kräfteverhältnis ganz verschieden ist.
Dann soll in Stuttgart selbst der Landesausschuß mit dem Ausschuß der Arbeiterräte Württembergs zusammen tagen. Hier haben wir sieben Personen festgesetzt, weil auch von den Arbeiterräten sieben Personen vorgeschlagen werden; die Arbeiterräte werden auch einen Landesausschuß bilden, der aus ungefähr sieben Personen bestehen soll[38]). Der Landesausschuß ist in Gemeinschaft mit dem Ausschuß der Arbeiterräte Württembergs das Vollzugsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte von Württemberg. Aus dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte wird nochmals ein engerer Ausschuß gewählt, der die Aufgabe hat, bestimmte Richtlinien und Direktiven aufzustellen, nach denen im Lande gearbeitet werden soll. Aber diese Direktiven zu geben, das sind keine Beschlüsse, das sind nur Vorarbeiten, die Beschlußfassung selbst steht der Landesversammlung zu.
Nun haben wir auch versucht, die Rechte und Pflichten der Soldatenräte in bestimmte Normen zu bringen. Wir haben zunächst festgestellt, daß die Delegierten ihren ganzen Einfluß aufbieten müssen, um die Ordnung wiederherzustellen. Da möchte ich darauf hinweisen, es ist außerordentlich schwierig, wenn z. B. ein Soldatenrat diesen Beschluß faßt, ein anderer einen gegenteiligen Beschluß und ein dritter faßt wieder einen anderen Beschluß, und diese Beschlüsse greifen z. B. über ins Verkehrswesen, ins Eisenbahnwesen, dann hier Einheitlichkeit hereinzubringen. Wir müssen uns nachher darüber unterhalten, welche Instanz die Direktiven für die Eisenbahnen und für alle diese Fragen zu geben hat. Die Delegierten müssen so schnell als möglich die Ordnung wiederherstellen, und daß das nicht leicht ist, darüber wollen wir uns gar keiner Täuschung hingeben. Der Soldat ist zum Teil seine alten Vorgesetzten gewöhnt und das Stillstehen gegenüber diesen, während er seine Kameraden nur als Kameraden betrachtet. Nun hat der Soldatenrat das Recht, selbst seine Vorgesetzten zu wählen, und da fällt es manchem schwer, dem selbstgewählten Vorgesetzten den Gehorsam entgegenzubringen, den wir brauchen, wenn nicht Anarchie einreißen soll (Sehr richtig!). Unterschätzen Sie das nicht! Die Delegierten sind vollständig dienstfrei und können nur mit ihrem Einverständnis aus dem Militärverhältnis entlassen werden. Entsprechend den jeweils vorgenommenen Entlassungen verringert sich auch die Zahl der Delegierten.
Die Delegierten der Kompanie usw. haben Kontrollrechte über die Führung der Kompanien, ihnen untersteht der Aufklärungsdienst in der Kompanie. Die Disziplinarstrafgewalt des Kompanieführers darf nur im Einverständnis mit den Delegierten der Kompanie ausgeübt werden. Der allgemeine Dienstbetrieb wird durch den Kompanieführer im Einvernehmen mit den Delegierten geregelt. Zu Urlaubsverweigerungen ist ihr Ein-

---

[37]) Im Or.: sind.
[38]) Dem am 26. 11. gewählten Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart gehörten 15 Mitglieder an. Die Landesversammlung der A.-Räte erweiterte am 8. 12. den Stuttgarter Vollzugsausschuß durch die Zuwahl von 5 Vertretern aus dem Lande zum Landesausschuß der A.-Räte (vgl. Nr. 8, S. 233), dem somit 20 Mitglieder angehörten.

verständnis erforderlich. Wir haben uns die Sache so gedacht, daß z. B. irgendeine Kompanie Dienst ansetzt, die Leute wollen ein Spiel treiben; der Kompanieführer kann das ruhig anordnen, wenn die gewählten Delegierten einverstanden sind, er kann es aber nicht durchführen, wenn Delegierte und Kompanieführer verschiedener Meinung sind. In dieser Weise haben wir uns die Durchführung dieser Bestimmung gedacht.
Der Bataillonsrat soll die Vorgesetzten des Bataillons usw. (Bataillonsstab) wählen. Der Bataillonsrat kontrolliert durch seinen Vorsitzenden den Dienstbetrieb im Bataillon. Er bestimmt die Entlassungen der Mannschaften aus dem Militärdienst, d. h., die Entlassungen sind nach gewissen Richtlinien festgelegt, aber wir wissen auch, daß wir zur Durchführung der Demobilisation eine Anzahl von Leuten unter allen Umständen zurückbehalten müssen, um vor allen Dingen den Eisenbahnbetrieb aufrechtzuerhalten. Wir wissen auch ganz genau, daß wir die Leute zu den heutigen Löhnen einfach nicht bekommen können und daß diese Frage sehr bald geregelt sein wird, wenn wir die Löhnungsfragen geregelt haben. Hierzu liegen bestimmte Anträge vor. Also der Bataillonsrat hat seine Richtlinien, nach denen im allgemeinen zu verfahren ist, aber es gibt viele Fälle, wo das Bataillon abweichen kann, und hier soll der Bataillonsrat mitbestimmen.
Entlassungen von Mannschaften, die zu Behörden kommandiert sind, dürfen nur im Einvernehmen mit dieser Behörde vorgenommen werden. Wird eine Einigung nicht erzielt, so entscheidet der Soldatenrat. Wir haben folgenden Fall im Auge gehabt: In den Bestimmungen für die Entlassung ist festgesetzt, daß wir solche Mannschaften, die dringend notwendig gebraucht werden, um die Demobilisationsarbeiten durchzuführen, unter allen Umständen halten müssen. Nun sind die Leute von den verschiedensten Formationen zu diesen Verwaltungsbehörden gekommen; z. B. ein Mann des Ersatzbataillons 125 ist zur Intendantur gekommen. Die Intendantur hat diesen Mann auf einen sehr wichtigen Posten gestellt; das Ersatzbataillon will diesen Mann entlassen, die Intendantur braucht ihn aber. Also hier soll die Entlassung nur im Einvernehmen mit dieser Behörde vorgenommen werden.
Der Garnisonrat wählt die etwa nötigen höheren Vorgesetzten. Er hat die Ruhe und Ordnung in der Garnison zu überwachen. Die allgemeinen Anordnungen der Garnison, z. B. Zapfenstreich, dienstfreie Tage, obliegen ihm. Es ist selbstverständlich, daß innerhalb der Garnison auch eine gewisse Ordnung und Einheitlichkeit eingeführt werden soll, und da hat der Garnisonrat die Aufgabe, einzugreifen.
Der Kontrolle des Soldatenrats, zusammen mit dem Arbeiterrat, unterliegt die Ausübung der Regierung. Das deckt sich mit dem, was von den Regierungsvertretern erklärt worden ist, daß die Regierung sich unter eine gewisse Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats stellt, daß sie wöchentlich Sitzungen nach Bedarf ohne eine festzusetzende Zahl abhält[39]). Ein gewisses Kontrollrecht wollen wir uns unter keinen Umständen nehmen lassen.
Der Soldatenrat, das ist die Landesversammlung, regelt alle militärischen Fragen allgemeiner Art, z. B. allgemeine Grundsätze der Entlassung aus dem Militärdienst, über Belassung von Montierungsstücken bei der Entlassung usw., über die Höhe der Löhnung und die Art der Verpflegung. Er ist die höchste Instanz in allen militärischen Angelegenheiten. Selbstverständlich können wir nun nicht auch für ganz Württemberg bestimmte Richtlinien z. B. mit Bezug auf Löhnung und Verpflegung geben, wenn diese Richtlinien nicht einheitlich im ganzen Reich durchgeführt werden.
Wir müssen selbstverständlich bestimmten Anordnungen, die von der Reichsregierung gegeben werden – wir haben doch auch noch eine Reichsregierung –, einigerma-

---

[39]) Vgl. dazu die Ausführungen von Blos, oben S. 82 f.

ßen Folge leisten. Damit wären die Rechte und Pflichten des Soldatenrats und der Soldaten in großen Zügen festgelegt.

Nun zu den Vorgesetzten! Über die Wahlen der Vorgesetzten gehen die Meinungen z. T. sehr auseinander[16]).

„Aus der Natur des Volksheeres ergibt sich, daß alle Soldaten einander gleich sind und ihre Vorgesetzten selbst wählen. Der Vorgesetzte ist Vorgesetzter nur im Dienst, außerhalb des Dienstes gibt es keine Vorgesetzten, daher auch keinen Grußzwang. Im Dienst bleibt das Vorgesetztenverhältnis bestehen; der Vorgesetzte hat daher unbedingten militärischen Gehorsam und Achtung zu verlangen. Als Vorgesetzter kann nur gewählt werden, wer sich zu der neuen Regierung bekennt und dies zuvor erklärt hat. Vorgesetzte, die sich nicht in die neue Ordnung fügen und Schwierigkeiten bereiten, sind von den Delegierten an den Vorsitzenden des Soldatenrats zu melden.
Die Wahlen der Vorgesetzten haben in geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel zu erfolgen[40])."

Verwaltungsinstanzen: Wir haben eine ganze Menge von solchen: Proviantämter, Verpflegungsstationen, Intendantur, Kassenverwaltung, Versorgungsämter, und wie alle diese Behörden nacheinander heißen. Da können wir natürlich nicht alle, die im Verwaltungsbetrieb tätig sind, einer Wahl unterziehen. Darum haben wir vorgesehen[16]):

„Alle Verwaltungsinstanzen bleiben vorläufig bestehen und die Amtierenden in ihren Ämtern, soweit die Soldaten nicht eine anderweitige Besetzung wünschen."

Es gibt aber auch in diesen Fächern Vorgesetzte, mit denen zusammenzuarbeiten, selbst wenn sie sich auf den Boden der neuen Revolution, der revolutionären Regierung, stellen würden, für die Mannschaften einfach ein Ding der Unmöglichkeit ist, weil sie in diesen vielen Jahren zuviel von diesen Leuten haben ertragen müssen. Hier soll ihnen nun das Recht zustehen zu erklären: Wir arbeiten mit dem Vorgesetzten nicht mehr zusammen, wir verlangen, daß ein anderer Verwaltungsvorgesetzter an unsere Spitze gestellt wird.

Nun ist es sehr schwierig, den Begriff „Vorgesetzter" ganz genau zu fassen. Wir haben das ungefähr in folgender Weise versucht festzuhalten[16]):

„Als Vorgesetzte, die durch Wahlen bestimmt werden, gelten Kompanieführer, Kompanieoffiziere und Feldwebel[41]); soweit die Mannschaften zu den seitherigen Vorgesetzten kein Vertrauen haben, können diese aus den Soldaten ersetzt werden. Ehemalige Vorgesetzte, die nicht gewählt wurden, sind an den Kriegsminister zu melden.
Wachhabende, Kommandoführer usw. gelten für die Dauer der Wache bzw. des Kommandos als Vorgesetzte."

Es ist selbstverständlich, daß, wenn 20 Mann auf Wache aufziehen, dabei ein Wachhabender sein muß. Soll diesen Vorgesetzten jeweils die Kompanie selber wählen? Wir halten das nicht für zweckmäßig. Soll jeder Unteroffizier, der bisher Vorgesetzter war, auch fernerhin Vorgesetzter sein? Wir halten auch das nicht für zweckmäßig, weil es sehr viele gibt, die nicht würdig sind, Vorgesetzter zu sein (Sehr richtig!). (Zuruf: Delegierte?) Die Rechte der Delegierten sind genau festgelegt. Wir haben uns gedacht, daß im Einvernehmen mit den Delegierten und den gewählten Vorgesetzten irgendeiner, sei es ein Gefreiter, sei es ein Musketier, sei es ein Unteroffizier oder Vizefeldwebel für ein gewisses Kommando, für eine Wache usw. als Vorgesetzter bestimmt wird, und dieser Mann bleibt dann auf die Dauer des Kommandos, auf die Dauer der Wache Vorgesetzter. Das ist ein ähnliches Verhältnis, wie es bisher schon war: Der Gefreite, der bisher Wachhabender war, war gewissermaßen Vorgesetzter derjenigen Mannschaft, die mit ihm auf Wache war. In diesem Sinne haben wir versucht, das Vorgesetztenverhältnis zu definieren. Es war nicht einfach, und die Meinungen gehen, wie gesagt, ausein-

[40]) Der letzte Satz fehlt im Entwurf der Roten Fahne (vgl. Anm. 34).

[41]) Die nun folgende Textpassage fehlt im Entwurf der Roten Fahne. Hier folgen statt dessen die Sätze: „Auch die Unteroffiziere können nur insolange Vorgesetzte sein, als sie das Vertrauen der Mannschaft genießen, andernfalls ist für den Betreffenden eine Neuwahl erforderlich. Für sämtliche Vorgesetzte gilt, daß sie nur insolange in ihrem Amt zu belassen sind, als sie das Vertrauen der Mannschaft genießen. Die Vorgesetzten im Bataillon usw. werden vom Bataillonsrat gewählt, da Wahlen sämtlicher Mannschaften zu umständlich wäre."

ander. Das näher festzusetzen, ist Sache der Versammlung, die kann das nachher feststellen. Wir wollen aber überhaupt nicht im großen und ganzen über das Programm diskutieren, sondern ich meine, es ist zweckmäßiger, wenn wir nachher in der Diskussion das Programm Punkt für Punkt durchgehen und gleich die dazu gestellten Anträge mitberaten.

Die Strafgewalt: Die Militärgerichtsbarkeit im bisherigen Sinne ist aufgehoben, es wird noch eine Verfügung hinausgehen, daß sämtliche Kriegsgerichte aufgehoben sind[16]).

„Die Militärgerichtsbarkeit im seitherigen Sinne ist aufgehoben. Alle Vergehen, die nicht unter die Disziplinarstrafgewalt fallen, sind zu den [zu] bildenden Volksgerichten zu verweisen. Die Disziplinarstrafgewalt liegt in den Händen der mit Disziplinarstrafbefugnis ausgestatteten Vorgesetzten im Einverständnis mit dem Soldatenrat und Delegierten (siehe Delegierte d. Komp.- und Batl.-Rat). Strafmittel: Verweis, Strafwache, Ausgangsentzug, Haft, gelinder und Mittel-Arrest. Den Soldaten steht das Beschwerderecht vor Antritt der Strafe zu[42])."

Wir haben uns das so gedacht: Wenn sich irgendein Mann ein Vergehen zuschulden kommen läßt, wird der Kompanieführer seine Delegierten zusammenrufen und ihnen sagen: Der Maier oder Müller hat das und das getan, ich bin dafür, daß wir ihn drei Tage einsperren. Dann werden die Delegierten sagen: Das machen wir nicht, der Mann kriegt bloß einen Tag oder eine andere Strafe, weil die Strafe sonst im Verhältnis zum Vergehen zu schwer wäre. Man wird sich dann einigen. Kommt eine Einigung nicht zustande, wird man sich an den Bataillonsrat wenden müssen. Dem Soldaten aber soll das Recht zustehen, sich zu beschweren, und zwar nicht erst, wenn er die drei Tage auf dem Bukkel hat, sondern vorher (Sehr richtig!). Und das ist die Hauptsache.

Beschwerdeinstanz[16]):

„Beschwerdeinstanz ist der Garnison-Soldatenrat, letzte Instanz der Soldatenrat für Württemberg, der endgültig entscheidet[43])."

Es wird auch hier wieder Aufgabe einer einzusetzenden Unterkommission sein, die diese rechtlichen Angaben, nach denen die Strafe erfolgt, ausarbeitet. Das ist dann die Aufgabe unserer Landesversammlung. Wir können uns hier nicht damit beschäftigen, ob irgendein Musketier, der eine Dummheit gemacht hat, drei Tage Loch bekommen soll oder nicht (Sehr richtig!)[16]).

„Alle gemeinen Verbrechen, wie Diebstahl, Unterschlagung, Sittlichkeitsverbrechen usw. sind den bürgerlichen Gerichten zu übergeoen. Disziplinarstrafen kommen in Betracht für Verstöße gegen Ordnung und Reinlichkeit in der Kaserne, Gehorsamsverweigerung, Nichtbefolgung der gegebenen Anordnungen und Befehle. Ärzte, die nicht ausdrücklich als Vorgesetzte gewählt sind, versehen ihren Dienst als Ärzte[44])."

Ich meine, wir müssen die selbstgewählten Vorgesetzten mit einer bestimmten Strafgewalt ausrüsten. Wenn jeder Soldat jedem die gröbsten Antworten geben kann auf eine Anordnung, die zu treffen ist, haben wir keine Disziplin, und das müssen wir unter allen Umständen verhüten. Der Soldat muß sich sagen: Du hast dir deinen Vorgesetzten selbst gewählt, nun mußt du auch Vertrauen zu diesem Vorgesetzten haben, daß er nichts anordnet, das nicht im Interesse des gesamten Dienstbetriebs liegt, selbst wenn es einmal im ersten Augenblick gegen dein persönliches Interesse zu verstoßen scheint. Um das aber durchführen zu können, muß der Vorgesetzte eine Disziplinargewalt ausüben können.

---

[42]) Im Entwurf der Roten Fahne hat dieser Passus folgenden Wortlaut: „Die Disziplinarstrafgewalt liegt in den Händen der mit der Disziplinarstrafbefugnis ausgestatteten Vorgesetzten, im Einvernehmen mit den Delegierten. Strafmittel sind: Verweis, Strafwache, Ausgangsentziehung, Haft, gelinder und mittlerer Arrest. Dem Soldaten steht das Beschwerderecht zu. Vor Entscheidung über die Beschwerde darf die Strafe nicht vollzogen werden."

[43]) Im Entwurf der Roten Fahne heißt es dazu: „Beschwerdeinstanzen sind: Der Bataillons- usw. Führer zusammen mit dem Bataillonsrat und in letzter Instanz der Soldatenrat, der endgültig entscheidet."

[44]) Bis auf zwei redaktionelle Änderungen stimmt dieser Passus mit dem in der Roten Fahne abgedruckten Entwurf überein.

Eine sehr schwierige Frage ist die Ärztefrage. Es wird Aufgabe einer besonderen Kommission, etwa der Lazarettkommission sein, diese Frage noch näher auszuarbeiten. Die Ärzte stehen ja heute schon in den Lazaretten in einem gewissen Vorgesetztenverhältnis. Als Ärzte können wir sie nicht absetzen, denn Ärzte brauchen wir dringender als je, aber als Vorgesetzte wollen wir sie beseitigen, wenn sie nicht das Vertrauen der ganzen Mannschaft haben (Sehr richtig! Die Ärzte haben sich selbst abgesetzt!).
Dann kommt das Versammlungsrecht, und das ist ein Recht, das den Soldaten bisher nicht zustand. Den Soldaten war es bisher verboten, einer Versammlung anzuwohnen, wenn es nicht die Versammlung war, die vom Unterrichtsoffizier angeordnet war. Zu diesen Versammlungen hat man die Leute kommandiert und das, was sie in diesen Versammlungen hören mußten, war etwas ganz anderes, als was die Soldaten gerne gehört hätten. Wir wissen ganz genau, daß gerade die Unterrichtsoffiziere in den einzelnen Bataillonen ein System in die Sache gebracht haben, das dazu beigetragen hat, das Volk so lange im Glauben zu erhalten: Ein militärischer Sieg ist uns sicher[45]). Dies wollen wir nicht weiter haben. Das muß unter allen Umständen beseitigt werden. Deshalb sagen wir[16]):

„Allen Soldaten steht das Versammlungsrecht in allen dienstlichen und außerdienstlichen Angelegenheiten zu. In den Kompanien usw. sind wöchentlich einmal Versammlungen abzuhalten, innerhalb des Bataillons nach Bedarf. Berichte über diese Versammlungen sind an den Vorsitzenden des örtlichen Soldatenrats einzureichen[46])."

In diesen Versammlungen wird man selbstverständlich in erster Linie einmal die notwendigen Wahlen durchbesprechen, man wird aber auch die Gelegenheit benützen, die Mannschaften aufzuklären, ihnen zu sagen, was eigentlich nun alles eingetreten ist, daß die Dinge, die sich ereignet haben, ganz anders als bisher sind. Alle diese Fragen werden notgedrungen durchgesprochen werden müssen, damit jeder einzelne den Sinn des Ganzen begreift. Gerade darauf kommt es heute sehr viel an. Es schwirren noch allerhand Gerüchte draußen umher, die unklarsten Vorstellungen über die Revolution sind draußen verbreitet, und wenn es in einer Großstadt wie Stuttgart möglich ist, daß jeden Tag an einer anderen Ecke ein Putschgerücht auftaucht, ist es ganz selbstverständlich, daß diese Putschgerüchte mit Geschwindigkeit ins Land hinausdringen, denn es ist unmöglich, ihnen sofort entgegenzutreten. Da müssen nun die Delegierten mitwirken und abwägen, wieweit sich die realen Tatsachen aufrechterhalten lassen, wieweit es möglich ist, daß diese Sachen wahr sind. Auf diese Weise, wenn die Sache richtig angepackt wird, werden die tollsten Gerüchte einfach zusammenbrechen. Das

---

[45]) In einem von Ludendorff unterzeichneten Befehl an die höheren Kommandobehörden des Feldheeres vom 29. 7. 1917 hatte der Chef des Generalstabes des Feldheeres „Leitsätze für die Aufklärungstätigkeit unter den Truppen" aufgestellt und die Einrichtung eigener Dienststellen angeordnet, die diese Aufklärungstätigkeit übernehmen sollten. Außerdem enthielt der Befehl vom 29. 7. detaillierte Ausführungen über den Organisationsaufbau der neuen Dienststellen sowie Richtlinien zu ihrer didaktischen und inhaltlichen Arbeit (abgedruckt bei Deist II, Nr. 331, S. 841–46). In einem Schreiben vom 31. 7. 1917 an die Chefs des Stabes der Heeresgruppen und Armeen (ebd., Nr. 332, S. 846 ff.) äußerte sich Ludendorff über die Notwendigkeit der Aufklärungstätigkeit unter den Truppen: „Es gilt, im Heer die Kampfkraft und damit die Siegeszuversicht, wie sie bei unserer Lage durchaus berechtigt ist, die Liebe zum Kaiser und den Landesherren und ein starkes deutsch-vaterländisches Gefühl immer von neuem zu beleben, stark zu erhalten und ferner dafür zu sorgen, daß aus dem Heer heraus den Hetzern, Flaumachern und Schwächlingen daheim und im Heere entgegengetreten, ohne daß die Notlage, die in der Heimat ist, übersehen wird." Am 15. 9. 1917 ordnete der Chef des Generalstabes an (ebd., Nr. 337, S. 860 ff.), daß, um „Mißdeutungen" zu vermeiden und um nicht „den Anschein politischer Tätigkeit zu erwecken", die Bezeichnung „Aufklärungstätigkeit" durch „Vaterländischer Unterricht" ersetzt werden solle und anstelle des Wortes „Aufklärungsoffizier" der Begriff „Unterrichtsoffizier" zu gebrauchen sei; vgl. auch ebd., Nr. 346, S. 894 ff., sowie Reinhard Höhn, Sozialismus und Heer, Bd. 3, Bad Harzburg 1969, S. 757 ff.

[46]) So wörtlich auch der Entwurf der Roten Fahne.

ist also auch ein Punkt, welcher in die Aufklärungstätigkeit hineinspielt und besprochen werden muß.
Im allgemeinen soll jede Kompanie das Recht haben, sich diejenigen Redner selbst heranzuholen, die sie zu einer Versammlung haben will. Niemand von außerhalb der Kaserne soll berufen sein, an die Leute heranzutreten und ihnen zu sagen: Nehmt das Bataillon oder die Kompanie zusammen, ich will einen Vortrag halten (Sehr richtig!). Die Kameraden sollen sich diese Leute selbst holen, dann werden sie zu ihnen auch das notwendige Vertrauen haben. Es heißt also[16]):

„In den Versammlungen können auf Wunsch der Soldaten Vorträge gehalten und zu denselben Redner herangezogen werden[46]).“

Diese Propagandaabteilung ist auch eine Abteilung, die erst aufgebaut werden muß, gerade so wie z. B. die Lazarettabteilung[16]).

„Redner können jederzeit bei der Propagandaabteilung angefordert werden. Von allen größeren Versammlungen und wichtigen Beschlüssen ist dem Organ der Arbeiter- und Soldatenräte Mitteilung zu machen[47]).“

Über das Organ zu sprechen, das habe ich schon erklärt, haben wir nachher bei dem Punkt „Anträge und Verschiedenes“ Gelegenheit. Daß ein Organ notwendig ist, das werden Sie ohne weiteres zugeben. Wenn wir für das ganze Land bestimmte Richtlinien geben müssen, dann müssen wir auch ein Mitteilungsblatt haben. Über die Zusammensetzung der Redaktion wie über den Inhalt des Blattes usw. gehen, glaube ich, unsere Meinungen gar nicht so weit auseinander. Das ist eine Sache, über die nicht einzelne Personen beschließen können, sondern eine Sache, die die Landesversammlung angeht (Sehr richtig!), denn die Meinungen, die vertreten werden müssen, sollen ja auch für das ganze Land maßgebend sein[48]).
Nun möchte ich Sie bitten, dieses Ihnen vorgelegte Programm, den Entwurf, in aller Ruhe durchzuberaten, Punkt für Punkt zu besprechen und, wenn möglich, sehr bald zu einem Beschluß in der Angelegenheit zu kommen. Wir sind der Meinung, daß aufgrund der also festgelegten Richtlinien dann draußen im Lande, soweit nicht die Wahlen diesen Bestimmungen schon entsprechen, neue Wahlen vorzunehmen sind, daß dann aufgrund dieser Bestimmungen die Landesversammlung zusammentritt, und zwar in sehr kurzer Zeit, und daß dann die Landesversammlung auf der breitesten demokratischen Grundlage einen Ausschuß wählt, so daß jedermann weiß: Diese Ausschußmitglieder besitzen tatsächlich das Vertrauen unserer Kameraden von Württemberg (Lebhafter Beifall).

*Im Anschluß an das Referat* Fischer *verliest* Schuler, *der jetzt die Versammlung leitet, zunächst die zahlreich eingegangenen Änderungs- und Ergänzungsanträge. Nach einer längeren und teilweise erregten Geschäftsordnungsdebatte[49]) einigt sich die Versammlung schließlich darauf, die vorgelegten Entwürfe und Anträge einer Redaktionskommission zu überweisen, die bis zur nächsten Landesversammlung eine neue Vorlage erarbeiten soll.*

---

[47]) Dieser Passus fehlt im Entwurf der Roten Fahne.
[48]) Vgl. dazu die ausführliche Diskussion, unten S. 108 ff.
[49]) Namentlich die Ludwigsburger Delegierten, die mehrere Änderungsanträge eingebracht hatten, wehrten sich gegen eine endgültige Verabschiedung des Organisationsstatuts, nicht zuletzt deshalb, weil die Garnison Ludwigsburg nur durch ein Viertel der Delegiertenzahl vertreten war, die ihr zugestanden hätte, wenn dieselbe Bemessungsgrundlage wie für Stuttgart angewendet worden wäre (vgl. Nr. 23, S. 421). Den Argumenten der Ludwigsburger schlossen sich zahlreiche Delegierte anderer Garnisonen an; so erklärte z. B. Buckel (Heilbronn), die Konferenz habe gar nicht das Recht, „solch weitgehende Beschlüsse endgültig zu fassen, nachdem die ganze Landesversammlung in einer Form zusammengesetzt ist, wie sie eigentlich nicht zusammengesetzt sein soll“.

*Über den Termin der einzuberufenden Landesversammlung, den Wahlmodus für die Redaktionskommission, die Zahl der Kommissionsmitglieder sowie den Zeitraum der Antragsfrist kommt es nochmals zu einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, bevor man endlich die einzelnen Abstimmungen vornehmen kann. Zunächst wird die Redaktionskommission gewählt.*

Vorsitzender [FISCHER]: Vorgeschlagen werden: Fischer und Esslinger[50]) für Stuttgart, Stäge[51]) und Schuler[52]) für Ludwigsburg, Haasis[53]) und Müllerschön für Ulm, Böck für Münsingen. Das sind sieben Namen. Wer mit diesen sieben Namen einverstanden ist, bitte ich eine Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Diese sieben Kameraden sind gewählt.
Sie haben also jetzt eine siebengliedrige Kommission, die alle Anträge, die bis 22. November eingehen, sammelt und zu bearbeiten hat in Verbindung mit dem vorgelegten Aktionsprogramm des Stuttgarter und Ludwigsburger Soldatenrats, und die Aufgabe hat, das Ergebnis der Beratungen spätestens der nächsten Landesversammlung in drei Wochen vorzulegen, das Programm aber so rechtzeitig festzustellen, daß, ehe die Delegierten hierherkommen, es ihnen zugestellt werden kann. Die siebengliedrige Kommission hat das Recht, den einen oder andern Fachmann, Flieger, Verwaltungsmann usw. zuzuziehen, der diesem Ausschuß Aufklärung geben kann über seinen Apparat, damit alle Wünsche berücksichtigt werden können. Im übrigen haben alle Sonderformationen das unbestrittene Recht, bis 22. November ihre Wünsche zu formulieren und einzureichen. Dann werden wir vorwärtskommen. Die sieben gewählten Mitglieder werden sich schleunigst zusammensetzen und Tag und Nacht beraten. Ich glaube kaum, daß die auswärtigen Kameraden, die dieser Kommission angehören, zweckmäßig handeln, wenn sie nach ihrer Einberufung zur Kommissionsberatung wieder zurückkehren. Der Truppenteil in Ulm usw. soll sie beurlauben, und diese Kameraden wären dann einem hiesigen Truppenteil zuzuteilen. Wer damit einverstanden ist, daß die Sache in dieser Weise erledigt wird, bitte ich eine Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Das ist so beschlossen.
Wir wollen auch die Adresse dieser Kommission festsetzen. Sie wird ihren Sitz im Landtagsgebäude aufschlagen. Wir wollen die Adresse so festsetzen: An die Redaktionskommission des Soldatenrats in Stuttgart, Landtagsgebäude (Zustimmung).
Dann wären wir so weit, daß das Aktionsprogramm vorläufig angenommen ist. Aufgrund dieses Aktionsprogramms wäre ein Landesausschuß zu wählen, der aus sieben

---

[50]) Dr. Gustav Esslinger, von Beruf Rechtsanwalt, Unteroffizier, war am 12. 11. 1918 im Landwehr-Infanterieregiment 119 als Delegierter zur 1. Landesversammlung der S.-Räte gewählt worden (vgl. dazu das sorgfältige Wahlprotokoll, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 33).

[51]) Stäge, Gefreiter (von Beruf Volksschullehrer); bei der Ukrainefahrt württembergischer Abgeordneter im September 1918, an der auch Keil teilnahm, fungierte Stäge als Dolmetscher (Keil, Erlebnisse I, S. 398). Stäge gehörte vom 23. 11. bis zum 12. 12. 1918 dem geschäftsführenden Ausschuß des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg als Beisitzer an. Zu seinem Rücktritt vgl. Nr. 23, S. 424.

[52]) Emil Schuler (1888-1955), von Beruf Klaviaturmacher, vor 1914 in der sozialistischen Jugendorganisation aktiv, 1912/13 Absolvent der SPD-Parteischule in Berlin, ab 1914 Gemeinderat in Zuffenhausen; am 23. 11. 1918 zum stellvertretenden Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg gewählt (zu seiner Tätigkeit in dieser Funktion vgl. den von ihm mitverfaßten Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg, Nr. 23); Delegierter der württembergischen S.-Räte auf dem 1. Rätekongreß; ab Juli 1919 Redakteur der „Neckar-Post", 1920–33 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD); vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 45; nach 1933 zeitweise im Konzentrationslager inhaftiert; Schuler war 1945 Führer des „Kampfkomitees gegen den Nationalsozialismus" in Zuffenhausen, 1945-55 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates (SPD).

[53]) Johann Haasis, Unteroffizier, Mitglied des am 10. 11. 1918 gewählten Vollzugsausschusses des A.- und S.-Rates Ulm; vgl. Ernst, S. 164.

Personen bestehen soll. Es ist selbstverständlich, daß diese sieben Personen ihr Amt nur bis zur nächsten Landesversammlung ausüben. Ich möchte bitten, daß wir uns einigen, daß wir einen Landesausschuß provisorisch bis zum Stattfinden der nächsten Landesversammlung einsetzen. Es handelt sich nun darum, Vorschläge für diesen Landesausschuß entgegenzunehmen (Zuruf: Dieselben Herren!). Ich halte das nicht für zweckmäßig. Die Aufgabe, die die Kommission hat, ist so groß, daß sie sich mit anderen Aufgaben kaum wird beschäftigen können. Sie dürfen nicht vergessen, wir haben den ganzen Militarismus umgekrempelt und müssen ihn wiederaufbauen, das ist eine schwierige Aufgabe. Ich kann erklären, daß ich natürlich nicht an jeder Sitzung teilnehmen kann. Ich werde die Kommission mit Rat und Tat unterstützen, ich habe ja das Programm ausgearbeitet. Ich glaube, daß dann ein Zusammenarbeiten auch gegeben ist. Sind Sie damit einverstanden, daß wir die Wahl dieses provisorischen Landesausschusses vornehmen? (Zustimmung)
Dieser Landesausschuß soll aus sieben Personen bestehen. Nun wird es zweckmäßig sein, wenn geeignete Vorschläge gemacht werden. Wir werden alle Vorschläge auf eine Tafel schreiben, Stimmzettel ausgeben, die Wahlkommission wieder einsetzen, die vorhin bestanden hat, und dann wird mit Stimmzetteln gewählt. Nun wird noch die Frage zu klären sein, ob die auswärtigen Kameraden sich auch bei dieser Wahl mit einer Stimme beteiligen wollen oder Wert darauf legen, daß sie ein größeres Stimmrecht bekommen, weil sie im Verhältnis zu Stuttgart nicht genügend vertreten sind. Ich möchte um eine Erklärung der Kameraden von Ludwigsburg, Ulm und Münsingen bitten.

SEIFFER[54]) (Ludwigsburg): Im Namen der Ludwigsburger Kameraden möchte ich folgendes vorschlagen: Wir wählen die Kommission auch wieder durch Zuruf auf die gleiche Weise wie den Redaktionsausschuß, also zwei Kameraden aus Ludwigsburg, zwei von Stuttgart, zwei von Ulm, einen von Münsingen.

? (Heilbronn): Ich möchte anführen, daß Heilbronn in dieser Kommission auch vertreten sein muß. Ich möchte vorschlagen, einen Heilbronner Kameraden dazuzuwählen.

?: Die kleinen Garnisonen haben noch gar nichts bekommen. Vorhin wurden in die Redaktionskommission zwei Mann von Stuttgart, zwei von Ludwigsburg, zwei von Ulm und einer von Münsingen gewählt. Jetzt schlagen Sie das gleiche vor. Wo bleiben dann die kleinen Garnisonen wie Nürtingen, Mergentheim, Gmünd? (Zurufe) Wir für uns verzichten darauf, aber es muß der Anschein vermieden werden, daß hier Vergewaltigung getrieben werden soll. Die Kameraden werden uns, wenn wir zu ihnen kommen, fragen: Wann kommen wir heim, wann werden wir entlassen? Das ist ihnen die Hauptsache.

VORSITZENDER: Sie müssen etwas bei der Sache bleiben. Ich habe vorgeschlagen, wir wollen alle Vorschläge entgegennehmen. Wir wollen uns nur darüber äußern, ob die Kameraden von Ludwigsburg auch damit einverstanden sind, daß sie bei dieser Wahl auch nur [je] eine Stimme haben, ebenso ist es bei Ulm und Münsingen. Wenn wir uns darüber geeinigt haben, schreiben wir die Vorgeschlagenen auf, und jeder hat das Recht, die ihm passenden Namen auf seinen Zettel zu schreiben. Ich bitte also die Ludwigsburger Kameraden, sich zu äußern, ob sie damit einverstanden sind, in diesem Fall nur eine Stimme zu haben.

? (Ludwigsburg): Wir verlangen, daß wir von Ludwigsburg pro Kopf vier Stimmen haben.

? (Ulm): Die Vertreter von Ulm verlangen je für sich fünf Stimmen.

---

[54]) Im Or.: Seifert. Vermutlich Gottlieb Seiffer, Gefreiter, vom 12. 12. 1918 bis zum 8. 4. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, mit der Kontrolle des Bekleidungsamtes Ludwigsburg beauftragt.

BÖCK (Münsingen): Ich möchte erklären, daß Münsingen mit einer Stimme einverstanden ist (Bravo!).

BUCKEL[55]) (Heilbronn): Wir in Heilbronn sind nobel genug, zu erklären, daß wir mit einer Stimme zufrieden sind.

REINER[56]) (Ludwigsburg): Kameraden! Wir wollen absolut nicht unseren Willen durchdrücken, es handelt sich bei uns um etwas ganz anderes. Wir dürfen uns nicht darüber täuschen, daß wir – und daran hält Ludwigsburg fest – hierher gekommen sind, um ganz andere Dinge zu erfahren, als wir bis jetzt erfahren haben. Das ist durch eine gewisse Art von Geschäftsführung unterbunden worden. Wir wollen uns nicht auf die Hinterfüße stellen. Wir wären zufrieden gewesen, wenn wir zu der Redaktionskommission einen Vertreter bekommen hätten, wir wollten gar nicht zwei, und wir sind ohne weiteres einverstanden, wenn jetzt in den Landesausschuß auch Vertreter von kleineren Garnisonen gewählt werden. Das wäre sehr unberechtigt, wenn diese kleinen Garnisonen nicht vertreten wären. Man könnte aber vielleicht diese Redaktionskommission, die nicht entfernt so wichtig ist als der jetzt zu wählende Landesausschuß, vielleicht anders gestalten. Aber in dem Landesausschuß muß die Stärke unbedingt vertreten sein.

KOHLER[57]) (Stuttgart): Kameraden! Es gilt endlich ein ernstes Wort zu sagen, so geht die Geschichte nicht weiter. Das, was hier zutage kommt, ist ganz trauriger Kantönligeist. Wohin sollen wir denn damit kommen? Sehen denn die Soldaten in Ludwigsburg und Mergentheim und Ulm anders aus als in Stuttgart? Ich sage, Ihr treibt das Wasser auf die Mühle derer, die sich darüber freuen, wenn der Soldatenrat heute ohne ein Resultat nach Hause geht (Stürmischer Beifall). Wir haben gestern in Stuttgart unseren unbeugsamen Willen kundgegeben, auf welchem Boden wir stehen[58]). Auf diesem Boden steht Ihr alle auch. Also was wollt Ihr denn? Ist es denn notwendig, wenn man einen Ausschuß wählen soll, der hier in Stuttgart so und so oft mit dem Ministerium zusammenzuarbeiten hat, der die laufenden Geschäfte und in der nächsten Zeit unglaublich reichlich Geschäfte zu erledigen hat, daß er aus Leuten besteht[59]), die man aus allen Ecken herholen muß? Und wenn wir sie aus Mergentheim holen, dann werden sie zu einem Truppenteil hier versetzt und dann sind sie auch Stuttgarter, denn Ihr seid doch alle mehr oder weniger zufällig da und dorthin gekommen. Darum laßt doch diese Kleinlichkeitskrämerei, wir kommen dadurch nicht weiter und erreichen nichts, der Eindruck aber, den unsere Versammlung auf die Öffentlichkeit machen muß, wird das Gegenteil von dem sein, was wir erwartet haben.

VORSITZENDER: Kameraden! Wir wollen einmal darüber abstimmen, ob auch bei dieser Wahl jeder Delegierte ein Stimmrecht haben soll oder nicht. Damit wird die Sache am schnellsten erledigt. Ich betone ausdrücklich, dieser provisorische Ausschuß besteht lediglich bis zur nächsten Landesversammlung (drei Wochen!). Aufgrund des neuen

---

[55]) Ernst Buckel (1883–1946), von Beruf Maurer, seit 1910 Angestellter des Bauarbeiterverbandes, Vorsitzender der SPD in Heilbronn, Sergeant im Ersatz-Bataillon 122, seit 9. 11. Vorsitzender des S.-Rates Heilbronn (zu seiner Tätigkeit in dieser Funktion vgl. Steinhilber, S. 241 ff.); kandidierte auf der Liste der SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 131); vgl. auch Arbeiterpresse 1927, S. 392.

[56]) Ernst Reiner, Wachtmeister, Vorsitzender des am 9. 11. in Ludwigsburg gegründeten vorläufigen A.- und S.-Rates, seit 23. 11. Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (zu seiner Tätigkeit in dieser Funktion vgl. den Rechenschaftsbericht der Ludwigsburger Garnisonratsvorsitzenden, dessen Mitverfasser Reiner war, Nr. 23). Nach dem Urteil Hahns (S. 61) war Reiner „eine begabte, energische und zielbewußte Persönlichkeit mit ehrgeizigen Impulsen".

[57]) Kohler, von Beruf Rechtsanwalt, Mitglied des Garnisonsoldatenrates Stuttgart.

[58]) Vgl. dazu die am 16. 11. in Stuttgart verabschiedete Resolution, oben S. 86.

[59]) Im Or.: daß sie aus Leuten bestehen.

Reglements werden auf der nächsten Landesversammlung die Garnisonen hier ganz gleichberechtigt vertreten sein und auf ganz demokratischer Grundlage einen neuen Landesausschuß wählen (Zurufe: Gut so!). Werden zu diesem Antrage weitere Wortmeldungen erwünscht? (Zurufe: Nein!)

JANUS[60]): Kameraden! Haben wir heute schon in unserer stundenlangen Tagung etwas Positives geleistet? Nein! Das ist doch Eure Überzeugung, und das ist auch die meinige (Zuruf: Wer hat schuld daran? Ludwigsburg). Ich meine, wenn wir nicht zugrunde gehen wollen, müssen wir aus dieser verfluchten Eigenbrötelei, aus diesem verfluchten Partikularismus herauskommen. Ich meine, es steht für uns doch Höheres auf dem Spiel als wie das, daß nun absolut Ludwigsburg oder Ulm oder irgendeine andere Garnison der Stärke der Truppenzahl entsprechend überall vertreten ist. Ich meine, wir sind doch nicht für heute da, sondern wir arbeiten in die Zukunft hinein (Zuruf: Das Stimmenverhältnis!).

Kameraden! Etwas möchte ich hier sagen. Es ist heute schon gesagt worden, durch diesen Partikularismus, der hier getrieben wird, wird die Bewegung versumpfen, wir werden keine 14 Tage mehr haben, dann werden wir abgewirtschaftet haben (Sehr gut!). Um dies zu verhüten, um Klarheit hineinzubekommen in das, was wir wollen, was unser Ziel sein muß, gehören Leute hinein, d. h. aus Garnisonen, die auch politisch geschult sind. Meine Kameraden! Das, was unsere Aufgabe ist, das ist nicht die Aufgabe eines früheren Kegelklubs, eines früheren Sportvereins oder etwas Ähnliches. Wir haben Politik zu führen, das ist unsere Aufgabe; wir haben die Verhältnisse so zu gestalten, wie wir sie uns wünschen; wir haben in die Entwicklung der Gesellschaftsordnung einzugreifen, das ist unsere Arbeit, die wir zu leisten haben. Aber auf dieser Grundlage, bei den Ansichten, die heute vertreten wurden, kommt nichts heraus, kommen wir aus dem Jammer, Elend, dem Dreck, in dem wir heute stecken, nicht heraus.

Kameraden! Noch etwas. Die Pioniere[61]), unsere Kameraden, die noch vor acht Tagen ihren Kopf hingehalten, die ihre Brust den Bajonetten entgegengestellt haben, die den Soldaten gesagt haben, wir müssen die Revolution haben, die uns auf die Straße geführt haben, die gehören in den Ausschuß gewählt. Wo sind diese Kameraden? Die sind durch diese Machenschaften verschwunden, die Sache werden unfähige Köpfe in die Hand nehmen. Kameraden! Wären wir nicht aus den Kasernen herausgerissen worden, wären wir nicht herausgerissen worden durch einen Sturmtrupp, der nicht erst heute aufgetaucht ist, sondern der sich schon jahrelang zum Ziele gesetzt hat, das Militär zu stürzen und aufzuräumen mit allem, was dem im Wege steht, dann wären wir heute nicht da, wo wir sind, dann steckten wir noch in dem Elend, worunter wir vier Jahre und länger gelitten haben.

Kameraden! Die Leute, die bisher die Bewegung geführt, die uns herausgerissen, die das Banner der Freiheit entrollt und vorangetragen haben, die dürfen wir nicht vergessen, die gehören hinein, die müssen weiter unsere Aufgabe in die Hand nehmen. Deshalb hinweg mit allem, was kleinlich ist. Ein Geist, ein Wille zur Tat! Wir dürfen uns nicht auseinanderreißen, nicht zerfleischen lassen. Kameraden! Wir haben schon etwas geleistet. Die acht Tage, die hinter uns liegen, haben gezeigt, was wir zu leisten haben. Ein jeder hat einen Standpunkt, und diejenigen, die bisher den Willen gehabt ha-

---

[60]) Richard Janus (geb. 1891), Sergeant, seit November 1918 Mitglied der USPD, bekannte sich aber, wie er im Stuttgarter Spartakistenprozeß aussagte (vgl. Münzenberg, Spartakistenprozeß, S. 19), zu den Grundsätzen der Spartakusgruppe; seit 10. 11. Mitglied des Vollzugsausschusses des A.- und S.-Rates Ulm (vgl. Ernst, S. 164 ff.); bei den Januarunruhen in Stuttgart verhaftet, im Juni 1919 freigesprochen; später Redakteur der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" (vgl. Weber I, S. 80 f.), ab Anfang 1929 Herausgeber des Organs der württembergischen KPO (vgl. Tjaden I, S. 129 und S. 136).

[61]) Janus meint die Pioniere der Soldatenratsbewegung, wie z. B. Schreiner.

ben, uns herauszuführen, die ein Programm entwickelt haben, ich bin der Meinung, denen können wir unser Geschick weiter ruhig in die Hand legen, bis die Sache weiter geklärt ist, bis wir wissen, wozu wir eigentlich da sind (Beifall).

GÖTZ[62]): Kameraden! Gestatten Sie mir jetzt auch ein paar Worte. Es ist ein billiges Vergnügen, auf Kosten der Ulmer und der Ludwigsburger und anderer großer Garnisonen sich hier Beifall zu verschaffen. Wenn wir von Ulm statt mit etwa 70 und noch mehr Delegierten nur mit 12 Delegierten gekommen sind, Sie aber mit 100 und mehr, so können Sie uns leicht niederzwingen, das ist kein Kunststück. Da wird uns vorgeworfen, daß wir nicht unbescheiden sein sollen. Ja, wer ist denn unbescheiden? Ich meine, mit dem Vorwurf sollte man doch zurückhalten. Sie müssen es doch verstehen, daß sich in uns auch das Gefühl geltend macht, daß wir auch etwas zur Geltung kommen wollen. Was Sie hier wollen, das hat Ulm bereits durchgeführt. Sie haben das niedergeschrien (Beifall).

Wir sind aber nicht hierhergekommen (Zwischenrufe, Unruhe), daß wir von einer großen Garnison uns hier die Leviten verlesen und als unbescheiden hinstellen lassen als Dummköpfe, die nichts geleistet haben. Auch wir haben etwas geleistet, wir haben 30000 Soldaten aus der Kaserne geholt, und das ist alles in Ruhe geschehen, in einer Weise, die beispiellos dasteht. Wenn wir auch nicht geredet und geschrieben haben, gehandelt haben wir und die Sache durchgeführt[63]) (Zuruf: Wir nicht in Stuttgart?). Ich meine, die Weisheit wächst nicht allein in Stuttgart, sondern auch in anderen Orten.

VORSITZENDER: Kameraden! Sie vergessen immer das eine: Wir wollen nur für die nächsten drei Wochen einen provisorischen Landesausschuß wählen, und es handelt sich jetzt darum, ob Ulm eine oder zwei Stimmen beansprucht. Ich möchte die Kameraden für Ulm und Ludwigsburg bitten, im Interesse der Allgemeinheit eine definitive Erklärung abzugeben, was sie beabsichtigen, und dann wollen wir über die Sache abstimmen lassen, dann können wir die Namen aller derjenigen, die vorgeschlagen werden, entgegennehmen, und Sie haben es in der Hand, sie zu wählen. Anders können wir heute kaum verfahren. Im Interesse der Sache möchte ich die Kameraden von Ulm und Ludwigsburg dringend bitten, zu sagen, auf wieviel Stimmen der einzelne Delegierte glaubt, Anspruch erheben zu können.

WÜST[64]): Da mir der Kamerad Janus aus dem Herzen gesprochen hat, kann ich auf das Wort verzichten, ich möchte aber bitten, daß man heute nicht bloß darauf sieht, daß Stuttgart, Ulm und Ludwigsburg vertreten sind, sondern daß man darauf sieht, daß die verschiedenen Richtungen hineinkommen in die verschiedenen Kommissionen, nicht, daß wieder Leute hineinkommen, die immer und immer wieder, schon vor der Revolution ihre Aufgabe darin gesehen haben, uns zur Ruhe zu mahnen (Zurufe: Unterstützt!),

---

[62]) Julius Götz (1880–1938), von Beruf Handschuhfabrikant, Mitglied der SPD, Gemeinderat in Ulm, gehörte seit dem 10. 11. dem Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates Ulm an, vom 11. 11. 1918 bis zum 1. 7. 1919 war er Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Ulm (zu seiner Tätigkeit in dieser Funktion vgl. Ernst, S. 158 ff.); Delegierter der württembergischen S.-Räte auf dem 1. Rätekongreß; am 19. 4. 1919 wurde Götz von Kriegsminister Herrmann wegen seiner Verdienste um die Wiederherstellung der militärischen Ordnung zum „Adjutanten des Kontingents Ulm" ernannt und gleichzeitig in ein Hauptmannsgehalt eingewiesen, obwohl er nur Gefreiter war (so Ernst, S. 172, Anm. 16).

[63]) Der Verlauf der Revolution in Ulm ist bei Ernst (S. 158 ff.) sehr detailliert dargestellt. Götz wurde von Hahn (S. 60) folgendermaßen beurteilt: „Mit fester Hand und unbeirrbar in seiner Einstellung leitete er die Geschäfte der großen Garnison mit ihren ungeheuren Schwierigkeiten, die durch die Vielgestaltigkeit der Truppenteile und ihrer Einstellung auf die Notwendigkeiten der Zeit vorhanden waren. Ein Diktator im kleinen, mußte Götz manchen Sturm über sich ergehen lassen, namentlich von Elementen, die seinem Prinzip der Ordnung und Ruhe sich nicht unterwerfen wollten."

[64]) Im Or.: Wiest. Vermutlich Wüst, Mitglied des Spartakusbundes.

daß wir nicht diejenigen in die Kommission hineinwählen, die uns jetzt um die Früchte unserer Bewegung, unserer Arbeit bringen (Zuruf: Das ist eine Unverschämtheit!).

VORSITZENDER: Ich glaube, es handelt sich hier nicht bloß darum, daß die großen Garnisonen einen Anteil an der Revolution haben. Es ist keine kleinere Aufgabe gewesen, auf einem Bauerndorf, selbst wenn man nach den andern kam, die Sache in die Hand zu nehmen. Ich glaube aber, wir müssen doch zu einem positiven Ergebnis kommen und uns über die sieben Leute einigen.

*Nach drei weiteren Diskussionsbeiträgen wird ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.*

VORSITZENDER: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen (Beifall). Wenn ich den Antrag richtig verstanden habe, sollen die größten Garnisonen des Landes je einen Vertreter stellen. Das würde aber dazu führen, daß natürlich diese sieben Leute ständig nach Stuttgart kommen müßten (Zuruf). Gewiß, diese Leute müßten ihren dauernden Sitz in Stuttgart aufschlagen. Wie sie dann die Verbindung innerhalb ihrer Garnisonen und mit ihrer Garnison herstellen, das ist ihre Sache. Ob das ein zweckmäßiger Vorschlag ist, darüber läßt sich reden.
Wir haben nun darüber abzustimmen, zunächst ob jeder Delegierte bei der Abgabe des Stimmzettels eine Stimme hat. Wer mit diesem Antrag einverstanden ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. – Danke. – Ich bitte um die Gegenprobe. – Ich lasse nun über den Antrag abstimmen, ob wir alle Namen, die vorgeschlagen werden, zur Abstimmung bringen. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben (Widerspruch). Ich schlage vor, daß wir's wie vorhin behandeln, wir nehmen alle Vorschläge, die gemacht werden, entgegen und jeder Delegierte schreibt dann sieben Namen auf seinen Stimmzettel. Die Wahlkommission wird die Stimmzettel einsammeln und feststellen, wer von den Vorgeschlagenen die meisten Stimmen erhalten hat, und die Leute sind dann gewählt. Das ist meines Erachtens der weitestgehende Antrag. Ich lasse nun über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich, die Hand zu erheben (Zurufe). Bitte sehr, Sie können doch den Antrag ablehnen, das ist doch Ihr gutes Recht. – Wer für den Antrag ist, den bitte ich, die Hand zu erheben. Die Delegierten mögen sich setzen, damit man sieht, wer für den Antrag ist.

VORSITZENDER: 119 sind für diesen Antrag. Wer gegen diesen Antrag ist, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Es sind 57 dagegen. Der Antrag ist damit angenommen. Es wird nun folgendermaßen verfahren: Es werden alle Vorschläge entgegengenommen, bekanntgegeben und jeder Delegierte soll sieben Namen auf den Zettel schreiben und ihn abgeben. In drei Wochen werden wir wieder zusammenkommen und endgültig wählen.
Es werden vorgeschlagen: Kohler-Stuttgart, Landsturmmann Bissinger[65])-Stuttgart, Beamtenstellvertreter Bettinger[66])-Stuttgart, Esslinger-Stuttgart, Hessel, Fritz Fi-

---

[65]) Karl Bissinger war vom 29. 1. 1919 an Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Stuttgart; laut Hahn (S. 61) „ein hochintelligenter und gebildeter Mann von zweifelhaftem und schwankendem Charakter".

[66]) Willy Bettinger, Mitglied des Garnisonsoldatenrates Stuttgart, vom 12. 12. 1918 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, seit 13. 12. 1918 dessen 1. Schriftführer, am gleichen Tage mit der Kontrolle der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums beauftragt; ab 23. 1. 1919 übernimmt Bettinger die Kontrolle der Intendantur; vom 24. 3. 1919 bis zum 1. 6. 1919 Vorsitzender des Landesausschusses der S.-Räte, gleichzeitig beauftragt mit der Kontrolle des Oberkriegsgerichtes; vgl. Hahn, S. 62.

scher[67]), Hitzler[68]), Reiner-Ludwigsburg, Schreiner, Wäscher, Böhme[69]), Wüst, Koch[70]), Maier[71]), Gruhnert[72]), Rau[73]), Feldwebel Fischer[74]), Schäffler[75]), Hinderer[76]). Die Vorschlagsliste ist geschlossen.

ESSLINGER (Stuttgart): Zur Geschäftsordnung! Ich erachte es als ganz selbstverständlich, daß jeder der Herren, die hier als Kandidaten auftreten, die Erklärung abgibt, daß er voll und ganz auf dem Boden der Regierung steht, daß er sich dazu verpflichtet, eine Nationalversammlung einzuberufen, daß er sich darüber ausspricht, ob er der Spartakusgruppe angehört oder nicht (Zurufe).

?: Ich meine, es wäre zweckmäßig, wenn man dem Namen auch den Truppenteil und den Standort beifügt (Zustimmung. – Ruf: Es muß auch festgestellt werden, welcher Partei die Herren früher angehört haben! – Bravo! Widerspruch).

VORSITZENDER: Ich bitte dringend um Ruhe und bitte dringend, Platz zu nehmen. Ich meine, hier kommt ein Parteistandpunkt zunächst nicht in Frage, hier kommen Soldaten in Frage. Sie haben es in der Hand, die Ihnen passenden Leute dadurch zu wählen, daß Sie aus der Zahl der Vorgeschlagenen sieben Kameraden auswählen, die Ihr Vertrauen besitzen. Die Leute sind Ihnen fast alle persönlich bekannt (Widerspruch). Über den Antrag wird schriftlich abgestimmt. Wir wollen zunächst das machen, was vorgeschlagen worden ist, und den Standort feststellen (Geschieht bei großer Unruhe).

? (Ulm): So, wie hier die Versammlung geführt wird, machen wir nicht mehr mit, wir verlassen die Versammlung. Es ist genauso, wie Schreiner im Saalbau einen Radau vollführt hatte.

---

[67]) Vermutlich Fritz Fischer (geb. 1880), von Beruf Schreiner, seit 1911 Gauleiter im Holzarbeiterverband; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 570.

[68]) Wilhelm Hitzler, von Beruf Schriftsetzer, Delegierter des Ersatz-Bataillons 119 in Möhringen, vom 12. 12. 1918 bis zum 30. 9. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, ab 13. 12. 1918 mit der Kontrolle der Abteilung Allgemeines des Generalkommandos beauftragt, seit 24. 3. 1919 zweiter Schriftführer des Landesausschusses, dann ab 1. 6. 1919 dessen Vorsitzender. Hitzler kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 126).

[69]) Böhme war Mitverfasser des in der Roten Fahne abgedruckten Organisationsstatuts (vgl. Anm. 34), Mitglied des Spartakusbundes.

[70]) Vermutlich Erwin Koch (geb. 1892), von Beruf Schriftsetzer, ab 1921 Angestellter im Eisenbahnerverband; 2. Vorsitzender der SPD in Ludwigsburg; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 572.

[71]) Vermutlich Karl Maier (geb. 1874), von Beruf Klempner, seit 1903 Angestellter im Metallarbeiterverband; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 573.

[72]) Albert Gruhnert (geb. 1882), von Beruf Maschinenmeister, Sergeant, vom 12. 12. 1918 bis zum 8. 4. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, seit dem 13. 12. 1918 in den Vollzugsausschuß und die Propaganda-Abteilung des Landesausschusses gewählt; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD).

[73]) Im Or.: Rauh. Heinrich Rau (1899–1961), von Beruf Metallpresser, trat 1917 in die USPD ein, ab Sommer 1917 zum Militärdienst eingezogen; betätigte sich Anfang November 1918 in der Stuttgarter Spartakusgruppe, Januar 1919 KPD-Funktionär in Stuttgart-Zuffenhausen, ab 1920 als Experte für Agrarfragen in der Zentrale der KPD, nach 1933 mehrmals verhaftet. Vgl. Erich Woitinas, Du standest stets, wo das Leben ist. Heinrich Rau, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 11, 1969, S. 1027–36, wo Raus Lebensweg nach 1945 ausführlich behandelt ist; s. auch Weber II, S. 253 f.

[74]) Ulrich Fischer, vgl. Anm. 3.

[75]) Albert Schäffler, Gastwirt, Landsturmmann im Ersatz-Regiment 121 in Schwäbisch Gmünd, vom 17. 11. 1918 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, ab 22. 11. 1918 dessen 2. Vorsitzender, am 13. 12. 1918 in die Propaganda-Abteilung des Landesausschusses gewählt; ab 24. 3. 1919 gehörte er dem Vollzugsausschuß des Landesausschusses an, gleichzeitig wurde er mit der Kontrolle des Oberkriegsgerichts beauftragt. Schäffler kandidierte auf der Liste der SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 78).

[76]) Wilhelm Hinderer (geb. 1884), von Beruf Packer, ab 1912 Kassierer im Transportarbeiterverband in Stuttgart; vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 531.

VORSITZENDER: Wir wollen nun feststellen, ob die Vorgeschlagenen hier sind; wenn sie nicht hier sind, scheiden sie aus (Geschieht).

? (Ludwigsburg): Wir verzichteten unter der Bedingung auf das uns zukommende stärkere Stimmrecht, daß jede größere Garnison einen Vertreter bekommt. Nur deswegen haben wir verzichtet. Auf die jetzige Art und Weise gehen wir nicht ein.

VORSITZENDER: Machen Sie doch Vorschläge von Ulm, Ludwigsburg und Münsingen, dann wählen wir Sie herein; wir hätten schon längst ein Resultat.

REINER (Ludwigsburg): Wenn Sie die Versammlung nicht sprengen wollen, müssen Sie von jeder Garnison einen wählen, nur unter dieser Bedingung haben wir verzichtet, aber so machen wir nicht weiter.

VORSITZENDER: Wir erleben eine solche Blamage, daß morgen das Bürgertum – wer schuld daran ist, wollen wir nicht feststellen – mit vollem Recht wird behaupten können, die Soldaten haben ein Schauspiel geboten, das nicht schön war, und wir werden es uns sehr überlegen, ob wir unter diesen Umständen die Regierung weiter unterstützen.

?: Sie brauchen[77]) ja nur von Ludwigsburg und von Ulm Vorschläge [zu] machen, dann ist allem abgeholfen.

ESSLINGER (Stuttgart): Namens der Stuttgarter erkläre ich, daß wir bereit sind, dem Wunsche Rechnung zu tragen, daß aus allen Garnisonen einer gewählt wird, selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß der Betreffende seinen Wohnsitz, solange er amtet, hierher verlegt. Wir sind dazu bereit, nur damit die gefährlichen Leute, die bisher am Ruder waren, Schreiner und Gen., nicht weiter amten können (Lebhafter Beifall).

VORSITZENDER: Kameraden! Es wird notwendig sein, daß die Stuttgarter sich auf einen Vorschlag einigen.

? (Ludwigsburg): Ich möchte besonders betonen, daß diese Leute nicht ausgeschaltet werden, daß sie mitarbeiten müssen. Denn haben wir schon einen Staats- und Klassenunterschied, so müssen wir ihn nicht auch noch bei den Soldaten haben.

BÖLZ[78]): Es ist jetzt Zeit, daß man ein ernstes Wort spricht. Ich glaube, Händel und Streit und Androhung zum Verlassen des Saals sind jetzt genug gefallen, Kameraden (Zurufe). Heute mittag habt Ihr alle einstimmig den vortrefflichen Ausführungen des Herrn Landtagsabgeordneten Keil[79]) zugestimmt. Und was hat er von uns verlangt? Er hat von uns verlangt, Ihr sollt Eure verdammte Pflicht und Schuldigkeit tun, daß der Staat unserer Revolution zugewendet wird, daß sie blüht und gedeiht. Ich habe geglaubt, die Ludwigsburger Kameraden wollten auf der Spartakusseite stehen (Zurufe), das habe ich bloß geglaubt (Rufe: Nein!). Ich habe jetzt Erkundigungen eingezogen und gehört, daß sie Feuer und Flamme für unsere Württemberger Revolution sind und mit uns zusammenstehen wollen. Und es darf in Münsingen, es darf in Ulm und Tübingen, Ludwigsburg oder Heilbronn kein anderer Ton aufkommen als wie der: hoch und vorwärts die Revolution! Das muß ich von allen verlangen. Kameraden! Ihr seid vier Jahre im Feld gestanden. Ihr habt nicht gefragt und nicht geklagt, wenn die Kugeln um Euch pfiffen und wenn der eine oder andere ins Grab sank. Ihr habt alle Eure Schuldigkeit getan, hoch und nieder, reich und arm, habt die Heimat und das Vaterland verteidigt und seid unsere Retter und Schützer gewesen. Jetzt aber sind wir sieben Stunden zusammen und können uns, der Teufel soll dreinschlagen, nicht einmal in einer solch erbärmlichen Sache einigen.

---

[77]) Im Or. sinnwidrig: dürfen.

[78]) Jakob Bölz, von Beruf Gewerbeaufsichtsbeamter, Beamtenstellvertreter, vom 12. 12. 1918 bis zum 8. 4. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 mit der Kontrolle des Arbeitsministeriums beauftragt; vgl. Hahn, S. 62.

[79]) Vgl. dazu Anm. 29.

Ich verlange von Ihnen, daß jeder seine Eigenbrötelei zurückstellt. Es gilt hier ein Größeres und Höheres. Wir müssen zeigen, daß wir Männer sind, wir müssen zeigen, daß wir nicht der Spartakustruppe unterworfen sind. Wir müssen zeigen, so gut als früher geht es ohne unsere Macht nicht, wir müssen zusammen ein Ganzes darstellen. Kameraden! Ich verlange von Ihnen, daß Sie bedenken, daß hier ein Mann steht, der von Ihnen gewählt ist, und er ist nichts als ein einfacher Soldat, der jetzt den Posten eines Kriegsministers zu bekleiden hat – auch der andere hat es gemacht, auch der Schreiner hat seine Schuldigkeit getan. Es ist etwas Großes, wenn wir um große Ziele kämpfen. Warum sollen wir uns aber um eine solch lausige Bagatelle von sieben Mann herumstreiten, drei Stunden lang. Ich ließe es mir noch gefallen, wenn es sich um eine Wahl auf sechs oder sieben Jahre handeln würde, wir kommen aber ja in drei Wochen wieder zusammen, und dann können wir sagen, der, der uns nicht paßt, kommt wieder hinweg. Heute früh haben die Ludwigsburger den Wunsch gehabt, daß sie aufgeklärt werden, daß ihnen mitgeteilt werde, was mit der Überschrift auf der „Roten Fahne"[80]) ist. Ich fordere Sie auf, treu und gemeinsam zur Fahne zu halten, und unsere Fahne ist die Revolution. Ich fordere Sie auch auf, kein zweites Organ neben der „Schwäbischen Tagwacht" zu halten (Zuruf: Wir haben keine politische Debatte jetzt!).
Ich bitte um Ruhe. Jetzt ist allgemeine Aussprache, denn es geht ums Ganze, wenn uns angedroht wird: Wir verlassen demonstrativ die Versammlung. Kameraden! Jetzt steht unsere Revolution auf der Tagesordnung, und da müßt Ihr einen Mann reden hören und so viel Charaktergefühl haben, auch einmal eine ehrliche Überzeugung zu hören. Die „Schwäbische Tagwacht" hat schon seit Generationen die Interessen des Proletariats vertreten, und wir alle miteinander zählen ja zur arbeitenden Bevölkerung, und deshalb meine ich, bringen wir es jetzt zum Ausdruck: Wir wollen kein anderes Organ. Wir wollen ein einig Volk von Brüdern sein und keine Quertreibereien machen.
Also Kameraden! Ich fordere Sie auf, lassen Sie diese sieben Mann, die Sie zu wählen haben, ob von Münsingen oder von Ulm einer dabei ist, aber denken Sie daran, die gescheitesten und klügsten Köpfe müssen wir in diesen Ausschuß schicken. Ich würde sogar vorgeschlagen haben, überlaßt jeder Garnison, einen Mann zu wählen, und jedem Soldatenrat, einen Mann hierher zu schicken, das wäre jedenfalls das Sicherste gewesen, und dann wären wir zu einem Ergebnis gekommen, und unser Freund Fischer hätte jedenfalls sieben Mann vor sich gehabt, auf die er sich verlassen könnte. Kameraden, wer weiß, wer agitiert hat – hier sitzt Freund Keil, der schon zwanzig Jahre agitiert, ich habe auch schon agitiert, aber was für einen Dank habe ich dafür bekommen! Aber nach Dank fragen wir nicht. Wir wollen uns an unserem Fischer freuen, der, auch nur ein gewöhnlicher Mann, das württembergische Kriegswesen führt.
Ich fordere Sie also auf, die sieben Mann zu wählen, richtiger: Ich möchte den Antrag stellen, heute von der Wahl der sieben Mann abzusehen und sie jedem Soldatenrat zu überlassen. Sie haben abgestimmt und haben die Erklärung abgegeben: Ludwigsburg, Stuttgart, Heilbronn bekommt je e i n e n Mann. Ich möchte also den Antrag stellen und bitte Sie, ihn einstimmig anzunehmen, heute von der Wahl dieser Vertrauensmänner abzusehen (Zurufe: Noch heute wählen!). Die Wahl kann innerhalb von vier Tagen hier sein (Zuruf: Sie können doch heute ihre Namen nennen!). Aber wenn Ihr es schon heute macht, dann macht es kameradschaftlich. Kameraden! Die Ihr draußen Eure Brust dem Feinde dargeboten habt, laßt keinen Unfrieden aufkommen, seid nicht uneinig! Wir sind in einem der wichtigsten Zeitpunkte, Hunderttausende würden die Ehre schätzen,

---

[80]) Die Rote Fahne bezeichnete sich ab 15. 11. 1918 im Untertitel als „Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrates von Stuttgart und Württemberg". Vgl. dazu die eingehende Debatte über die Zeitungsfrage, unten S. 108 ff.

wenn sie diesen Zeitpunkt erlebt hätten. Ihr habt ihn erlebt, deshalb betragt Euch als Männer, als Soldaten und als Kameraden! (Beifall)

VORSITZENDER: Der Vorsitzende des Stuttgarter Arbeiterrats wünscht das Wort zu einer Erklärung.

UNFRIED: Genossen und Kameraden! Als Vorsitzender des Stuttgarter Arbeiterrats (der Spartakusgruppe!) – Genossen! Es ist nicht schön, wenn einem das gleich an den Kopf geworfen wird, ich bin nicht hier von der Spartakusgruppe, sondern ich bin hier als Vorsitzender vom Aktionsausschuß des Arbeiterrats (Zurufe).

Wenn hier nun von Leuten erklärt wird, daß von jedem einzelnen Delegierten verlangt werden soll, er solle zuerst sein Glaubensbekenntnis ablegen, dann wären wir als Arbeiterrat genauso gezwungen, von jedem einzelnen sein Glaubensbekenntnis zu verlangen. Das tun wir aber nicht, das können wir auch nicht tun, und das können auch Sie nicht tun. Genossen! Sie sind hier als Delegierte Ihrer Kameraden, Delegierte jedes einzelnen. Da ist nicht gefragt worden, ob er der Spartakusgruppe oder sonst einer Gruppe angehört (O ja!).

Genossen! Es wäre tatsächlich tief beschämend (Rufe: Nein!), wenn Leute, die derart für die Revolution gearbeitet haben, die jahrelang im Zuchthaus geschmachtet, ihr Blut eingesetzt haben für das, was heute erreicht worden ist, wenn die nun heute, in diesem Augenblick, wo es gilt, die Revolution auszubauen, bei dieser Tätigkeit ausgeschaltet werden sollen von Leuten, die noch in der vorigen Woche die gefährlichsten Gegner der Revolution waren (Rufe: Sehr richtig! – Widerspruch).

Genossen! Hier kommt es darauf an, sich auch einmal die Frage vorzulegen: Ist es möglich, daß Leute innerhalb von acht Tagen von einer Überzeugung, wie sie Leute gehabt haben, die bisher auf dem Boden des Kapitalismus aufgewachsen sind, daß die jetzt so denken können, wie es heute die Revolution verlangt? Das ist einfach unmöglich. Deshalb erkläre ich, wenn diese Männer, die heute hier sind, sagen, daß sie auf dem Boden der Revolution stehen, daß das nicht wahr ist (Rufe: Sehr richtig!).

Ich sage, in ihrem Herzen sind sie nicht bei der Revolution, und darauf kommt es an. Nun aber sollen diejenigen, die bewiesen haben, daß sie ihr Leben für die Erfolge, für den Ausbau der Revolution einsetzen, nun sollen diese ausgeschaltet werden. Genossen, tun Sie das, dann haben Sie sich aber für alle Zeiten den Stempel aufgedrückt, daß Sie unfähig sind, das Ziel, das sich die Revolution gestellt hat, nämlich die Sozialisierung der Gesellschaft, durchzusetzen (Sehr richtig!).

Deshalb Genossen, tun Sie das nicht in irgendeiner Form, nehmen Sie jene Leute, die Ihnen in den Tagen vorgegangen sind, wo noch außerordentliche Gefahren vorhanden waren, die bereit waren, für die Ideen der Revolution zu kämpfen. Laßt Euch durch diese Männer führen, die werden Euch den Weg dahin weisen, daß Ihr am schnellsten und sichersten dazu kommt, zu dem, was Ihr schon lange verlangt habt (Rufe: Schluß!). Alle Eure Kameraden, die im Felde stehen und jetzt wieder heimkommen, die wünschen nicht wieder in das Joch der Lohnsklaven hineinzukommen (Zurufe), deshalb muß eine gemeinsame Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte statthaben, die auf dem Boden der Revolution stehen, um die Sozialisierung der Gesellschaft durchzusetzen. Darum möchte ich Sie warnen vor einem derartigen Standpunkt, Leute (Rufe: Umsturz!), die die glühendsten Anhänger der Revolution sind, auszuschalten (Rufe: Wir wollen keinen Umsturz!).

VORSITZENDER: Es ist folgender Antrag eingegangen: „Die Garnisonen Stuttgart, Ulm, Ludwigsburg, Münsingen, Heilbronn, Weingarten und Gmünd proklamieren heute je einen Vertreter zum Landesausschuß." (Beifall)

Der Vertreter wäre bis zum Schluß, oder wollen wir einmal sagen, eine Stunde nach Schluß der Versammlung (Zurufe: Gleich!) – nein, das kann nicht sofort gemacht werden, weil sich die einzelnen Delegierten unter sich beraten müssen – wir geben also

eine Stunde Zeit, d. h., wenn die Versammlung geschlossen ist, nach einer Stunde sollen uns die Namen genannt werden.

*Nach mehreren weiteren Wortmeldungen zur Geschäftsordnung wird der vorgelegte Antrag im Sinne der Ausführungen* FISCHERS *beschlossen*[81]*).*
*Es folgt die Behandlung von verschiedenen Anträgen, vor allem zur Löhnungsfrage, die in der Mehrzahl dem neuzubildenden Landesausschuß zur Beschlußfassung überwiesen werden. Daran anschließend verliest* FISCHER *diejenigen Anträge, die zur Pressefrage eingelaufen sind.*

VORSITZENDER: Zur Zeitungsfrage: „Die Landesversammlung der Soldatenräte wolle beschließen, daß die Redakteure der ‚Roten Fahne'[82]) nach Vorschlägen der heutigen Versammlung und nach den Vorschlägen der Landesversammlung (der Arbeiterräte des Landes) in Urwahl gewählt werden müssen."
„Die Landesversammlung der Soldatenräte wolle beschließen, daß im Einverständnis mit den Arbeiterräten Württembergs dem künftigen Organ der Soldatenräte Württembergs einstweilen aus der Mitte der Landesversammlung ein gewählter Delegierter als Beirat beigegeben werden muß. Biesinger."
Weiter ist ein Antrag eingelaufen, daß die „Schwäbische Tagwacht" als Organ der Soldatenräte eingerichtet werden soll.
„Die Landesversammlung der Soldatenräte wolle beschließen und dem Arbeiterrat vorlegen, daß die Redakteure der ‚Roten Fahne' in einer gemeinsamen Landesversammlung gewählt werden müssen."
„Die Landesversammlung der Soldatenräte wolle beschließen, daß der Redaktion der ‚Roten Fahne' einstweilen ein Delegierter der Arbeiterräte beigegeben wird."
„Das Mitteilungsblatt der Soldaten- und Arbeiterräte soll als reines Nachrichtenblatt erscheinen, es soll jede Politik aus seinen[83]) Spalten ferngehalten sein. Grundsatz ist die Politik der Revolution."
„Die Versammlung beschließt, daß anstelle der ‚Roten Fahne' die ‚Schwäbische Tagwacht' als Publikationsorgan bestimmt wird."
Das sind die Anträge, die bis jetzt in der Zeitungsfrage vorliegen. Ich stelle sie nunmehr zur Diskussion.

MAIER: Meine Herren! Nachdem die Hauptaufgabe der Revolution beendigt war, nämlich die Gewalt der herrschenden Klassen zu beseitigen, war es selbstverständlich, daß auch ein Organ erscheinen würde, das die Stimmung der Massen zum Ausdruck

---

[81]) Dem ersten Landesausschuß der S.-Räte, der nach der Versammlung aufgrund der getroffenen Vereinbarungen gebildet wurde und der bis zur 2. Landesversammlung am 11./12. 12. 1918 amtierte, gehörten an: Ulrich Fischer (Stuttgart), Reinhold Linse (Ludwigsburg), Nikolaus Rottler (Weingarten), Albert Schäffler (Schwäbisch Gmünd), Heinrich Wollbold (Heilbronn), Fridolin Wicker (Ulm) und Ernst Schindler (Münsingen). Dieser Landesausschuß hielt zwischen dem 22. 11. und dem 11. 12. 1918 insgesamt 12 Sitzungen ab, eine davon (am 28. 11.) gemeinsam mit dem Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart (die Protokolle dieser Sitzungen liegen vor: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18). In seiner konstituierenden Sitzung am 22. 11. wählte der Landesausschuß Wicker zu seinem Vorsitzenden und Schäffler zu seinem stellvertretenden Vorsitzenden; Rottler wurde zum Schriftführer und Geschäftsführer gewählt. In der gleichen Sitzung wurden Linse als Vertreter beim Generalkommando und Wollbold als Verbindungsmann zum Arbeitsministerium nominiert; für Propaganda waren Wicker und Schäffler zuständig, für die Beantwortung von Anfragen Schindler. Die Verbindung mit dem A.-Rat Stuttgart sollte von Fischer, Wicker und Schäffler wahrgenommen werden. Zur Tätigkeit des Landesausschusses und der in die Ministerien delegierten Vertreter s. die Rechenschaftsberichte, die in der 2. Landesversammlung erstattet wurden (Nr. 5, S. 120 f.)

[82]) Zur Roten Fahne vgl. Nr. 2 Anm. 2.

[83]) Im Or. irrtümlicherweise: ihren.

bringt. Daran hat es sehr gemangelt, da[84]) die Tagwacht darin sehr zurückhaltend war. In Ermangelung dessen hat sich jedenfalls die „Rote Fahne" eingebildet, sie wäre das ausführende Organ des Arbeiter- und Soldatenrats. Ich war sehr enttäuscht, als ich die erste Nummer dieser „Roten Fahne" gesehen hatte[85]). Ich wußte nicht, wohin eigentlich die ganze Sache ziele und wer dies eingeleitet hatte. Ich hatte doch stets Fühlung mit dem provisorischen Aktionsausschuß, und da hat man natürlich angenommen, es wäre auch nur eine provisorische Einrichtung. Aber da wußte tatsächlich niemand, wer die Sache leitete, bis ich die Namen Hoernle und Thalheimer las. Wer diese Namen las und kannte, der wußte auch sofort, auf welcher Seite die „Rote Fahne" stand, jedenfalls nicht auf der Seite, auf der wie sie sehen wollten. Das war es auch, was die erregte Stimmung in unsere Versammlung gebracht hat und worüber wir uns vier Stunden lang aus reinen Mißverständnissen herumgestritten haben[86]).
Ich bin der Ansicht, daß wir ein Organ brauchen, worin wir die große Masse aufklären, ein Organ, das aufklärend wirkt, das sich jeder Kamerad kaufen kann. Selbstverständlich ist es jetzt noch nicht möglich, überall in den Kompanien Versammlungen abzuhalten und diese Kameraden über die große Aufgabe zu unterrichten, die uns durch diese Umwälzung beschieden ist. Es ist in erster Linie Aufgabe der Presse, hier mitzuhelfen und mitzuwirken. Ich schlage deshalb vor, daß wir vielleicht einen Redakteur einsetzen, der uns speziell über unsere Fragen aufklärende Artikel schreibt. Ich will annehmen, daß die Tagwacht unser Publikationsorgan bleibt, aber es sollen in ihr auch aufklärende Artikel kommen, die unseren Zwecken entsprechen. Die Tagwacht war in den vier Jahren sehr zurückhaltend mit ihren Artikeln (Schluß-Rufe).
Kameraden! Ich glaube, ich spreche zur Presse-Angelegenheit, wenn Euch das auch nicht paßt, was ich sage. Die Tagwacht hat in vier Jahren nichts gearbeitet – ich stehe nicht auf dem Standpunkt der „Roten Fahne", das dürft Ihr mir glauben – (Wiederholte Schluß-Rufe).

VORSITZENDER: Kameraden! Redefreiheit für jeden, das ist demokratisch.

MAIER: In der Art, daß wir tatsächlich aufklärend wirken müssen, weil nicht jeder einzelne in der Lage ist, in seinen Kompanien Vorträge zu halten, durch die er die Kameraden aufklären kann, damit sie wissen, um was es sich bei der ganzen Revolution dreht, auf welcher Grundlage wir fußen, und weil viele sich gar nicht vorstellen, was die sozialistischen Grundlagen überhaupt sind.

*Hier unterbricht FISCHER die Diskussion, um die Diätenfrage zu regeln. Auch über diesen Punkt kommt es zu einer kurzen lebhaften Geschäftsordnungsdebatte. Dann folgt als nächster Redner UNFRIED.*

UNFRIED: Genossen! Als Vorsitzender des Aktionsausschusses des Arbeiterrates habe ich folgendes zur Zeitungsfrage zu erklären: Der Aktionsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrates ist sich bewußt gewesen, daß es notwendig war, ein Sprechorgan für sich zu schaffen. Aus dieser Notwendigkeit heraus ist die „Rote Fahne" entstanden. Der Aktionsausschuß des Arbeiterrates hat die beiden Redakteure Thalheimer und Hoernle beauftragt, die Redaktionsgeschäfte so lange zu übernehmen, bis die endgültige Zusammensetzung des A.- und S.-Rates erfolgt ist[87]). Und wir sind auch von dem Gedanken ausgegangen, daß diese beiden Genossen die wirksamsten Verfechter der

---

[84]) Im Or.: daß.
[85]) Die erste Nummer der Roten Fahne erschien bereits am 5. 11. 1918. Maier meint hier die Nr. 2, die am 15. 11. 1918 erschienen war.
[86]) Vgl. auch oben Anm. 28.
[87]) Vgl. dazu Nr. 2a.

Revolution sind. Wir waren uns deshalb einig, daß diese Genossen auch in der Lage und gewillt sind, die Errungenschaften der Revolution vor allen Dingen festzuhalten. Es kann also nur eine Änderung der Redaktion eintreten, wenn der Arbeiterrat mit herangezogen wird. Ich möchte Sie deshalb bitten, diesen Punkt so lange zurückzustellen (Widerspruch), bis der Arbeiterrat, der am Mittwoch zusammentritt[88]), ebenfalls seinen Aktionsausschuß neu wählt und dann gemeinsam mit Ihnen über die Redaktion oder über das Bestehenbleiben der „Roten Fahne" beschließt. Ich möchte Sie bitten, in diesem Punkt so zu verfahren. Denn allein können Sie diese Redakteure nicht zurückziehen. Sie können auch nicht beschließen, daß die „Rote Fahne" nicht mehr erscheinen soll. Genossen! Wir sind auch von dem Gesichtspunkt ausgegangen, daß irgendein politisches Organ nicht als Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrats gelten soll, denn sonst hätte jede Richtung das Recht, ihre Zeitung als Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrats zu bezeichnen. Deshalb haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, wir wollen uns als Arbeiter- und Soldatenrat selbständig ein Organ schaffen. Es ist ein Provisorium, und Sie und der Arbeiterrat haben zu entscheiden, wenn er zusammentritt. Das kann aber nur gemeinsam gemacht werden, denn es ist ein Mitteilungsblatt vom Arbeiterrat und Soldatenrat, nicht vom Soldatenrat allein. Das müssen Sie sich vor Augen halten.

VORSITZENDER: Es ist der Antrag eingelaufen: „Die Versammlung möge aussprechen, daß die ‚Rote Fahne' nicht mehr im Auftrag des Soldatenrats erscheinen darf. Sie ist durch eine Fachzeitung zur Behandlung interner Fragen, speziell Soldatensachen, zu ersetzen."

Ein weiterer Antrag:

„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs wird ersucht, sofort zur Anstellung eines in Verbindung mit dem Arbeiterrat gewählten Sekretärs Stellung zu nehmen. Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs wolle beschließen, daß die Redakteure der ‚Roten Fahne' nach Vorschlägen der heutigen Landesversammlung und der Arbeiterräte in Urwahl gewählt werden."

Neu ist: „Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs wolle beschließen, daß im Einverständnis mit den Arbeiterräten Württembergs dem künftigen Organ der Soldatenräte Württembergs einstweilen aus der Mitte der Landesversammlung ein gewählter Delegierter als Beirat beigegeben werden muß."

REINER (Ludwigsburg): Mein Antrag lautet: Die Versammlung beschließt, daß die „Rote Fahne" von nun ab nicht mehr als Organ des Soldatenrats angesehen wird (Bravo!), daß ferner ein besonderes Organ für den Soldatenrat gebildet werden muß. Denn soviel ich weiß, bittet die „Schwäbische Tagwacht", diese Zeitung nicht damit zu belasten, also daß ein besonderes Organ nur für den Soldatenrat geschaffen wird (Zuruf: Das geht nicht!). Ich möchte das zur Debatte gestellt haben, ob wir ein Organ für uns oder ein gemeinsames Organ haben wollen. Nicht als ob wir ein Gegenorgan gegen den Arbeiterrat bilden wollten, aber wir sind Soldaten (Stürmische Zurufe: Morgen sind wir Arbeiter! Bist du Berufssoldat?).

Wir dürfen uns darüber nicht im unklaren sein. Herr Keil hat eingehend erklärt, daß unter uns Soldaten eben nicht lauter Arbeiter sind, obwohl sie sich zu dem Gedanken der Revolution durchgerungen haben und obwohl nicht ein einziger da ist, der sagen würde: Ich will das nicht halten, was wir haben. Sie wollen von Herzen das sicherstellen, was wir durch die Revolution errungen haben, aber sie wollen keine Arbeiter sein (Hört! hört!). Wenn ich nach Ludwigsburg zu dem dortigen Soldatenrat zurückkomme, muß ich eine Antwort geben können. Ich bin beauftragt zu sagen, wie die Stimmung bei uns

[88]) Der Arbeiterrat trat nicht am Mittwoch, den 20. 11., sondern erst am Montag, den 25. 11. zusammen. Zur Verschiebung des Termins vgl. Nr. 2 Anm. 3 und Anm. 47.

in Ludwigsburg ist. Wir haben einstimmig nach längerer Verhandlung beschlossen, daß wir ein Organ wollen, das so ausgebaut werden soll, daß eine reine Basis geschaffen wird, daß nicht einzelne ausgestoßen werden und daß eine einzelne Kategorie die Alleinherrschaft hat. Wenn wir das durch die Revolution Errungene erhalten wollen, müssen wir alle zusammenhalten und dürfen niemand vor den Kopf stoßen (Sehr richtig!). Wir müssen darüber sprechen können, ob nicht der Arbeiterrat dasselbe Organ bei sich einführt. Aber uns ist aufgefallen, daß die „Rote Fahne" vom ersten Tag an erschienen ist mit der Überschrift: Mitteilungsblatt des Arbeiter- und Soldatenrates von Stuttgart und Württemberg[89]). Man hätte sich wohl mit Ludwigsburg und Ulm in Verbindung setzen können.

KOHLER (Stuttgart): Mein Antrag ist der: Es soll ein selbständiges Publikationsorgan des Soldatenrats unter redaktioneller Leitung des Abgeordneten Keil geschaffen werden (Zuruf: Ist Keil Soldat?). Soldaten! Wenn die revolutionäre Gesinnung des Abgeordneten Keil in Zweifel gezogen werden will, dann weiß ich nicht, wo Sie die letzten Jahre gewesen sind (Zurufe: Das wissen wir!). Wer hat denn die Köpfe in Württemberg revolutioniert? (Zuruf: Nicht Keil!)

VORSITZENDER: Das ist ein Streit um Kaisers Bart. Wir stellen uns ein Armutszeugnis erster Klasse aus, wenn wir erklären, wir sind nicht fähig, ein Organ selbst zu führen.

KOHLER (Stuttgart): Unter allen Umständen muß als Willensmeinung des Soldatenrats festgestellt werden, daß die „Rote Fahne" seither kein Recht hatte, sich als Organ des Soldatenrats Württembergs zu bezeichnen. Die Leitung ist nicht von der Mehrheit dieses Soldatenrates eingesetzt. Das muß die heutige Versammlung zum Ausdruck bringen (Große Unruhe, Zwischenrufe).

VORSITZENDER: Es soll jeder das Recht haben, seine Meinung frei vorzutragen.

FRICK[90]): Diese Frage der Presse ist eine rein politische, ist aber für uns von großer Bedeutung, denn sie entscheidet darüber, auf was für einen Standpunkt die Versammlung von heute sich stellt, wie sie sich die Revolution vorstellt, nach welcher Richtung die Entwicklung geleitet werden muß. Heute spricht ja jeder von Revolution. Wenn früher das Wort unter Spießbürgern fiel, wirkte es geradezu wie eine Bombe. Heute sehen wir, der ganze Liberalismus, alle Parteien stehen auf dem Boden der Revolution, auf dem Boden der jetzigen Regierung. Das zeigt uns, daß wir erst im Anfangsstadium der Revolution sind. Wir haben wohl eine große politische Umwälzung hervorgerufen, aber wirtschaftlich stehen wir noch auf dem alten Standpunkt wie bisher. Und dann wollen wir einmal die Frage untersuchen: Was ist diese Revolution, von wem wurde sie entfacht, von wem ist sie getragen? Jedenfalls ist sie ein geschichtlicher Prozeß, und die Revolution ist getragen von den großen Massen, und zwar von den sozialistisch denkenden Massen. Diese sozialistisch denkenden Massen sind die Träger der Revolution. Diese Revolution ist entstanden einmal gegen ein rückständiges, autokratisches Militärsystem, sie ist aber auch entstanden durch die Stimmung der großen Massen, die wirtschaftlich ausgebeutet wurden, und insbesondere im Krieg, wo sich wenige unverschämt bereicherten auf Kosten der anderen, während viele an Unterernährung zu-

---

[89]) So der Untertitel von Nr. 2. Die erste Ausgabe vom 5. 11. 1918 führte den Untertitel: „Mitteilungsblatt des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrates. Zentralorgan sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs".

[90]) Wilhelm Frick (geb. 1887), von Beruf Mechaniker, bei Kriegsausbruch Vorsitzender des Stuttgarter SPD-Bezirks Prag, Unteroffizier, Mitglied des Garnisonsoldatenrates Stuttgart, vom 12. 12. 1918 bis zum 21. 3. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, seit 13. 12. 1918 mit der Kontrolle der Abteilung Allgemeines des Kriegsministeriums beauftragt; Delegierter der württembergischen S.-Räte auf dem 1. und 2. Rätekongreß, vom 2. Rätekongreß in den Reichssoldatenrat gewählt; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD). Nach Hahn (S. 62) war Frick „der intelligenteste, zuverlässigste und fähigste Kopf des Landesausschusses".

grunde gehen und den Hungertod sterben mußten. Die Träger dieser Herrschaft waren die gesamten bürgerlichen Parteien. Dieses System wollen wir mit der Revolution beseitigen. Das können wir nur, wenn wir als geschlossene Phalanx auftreten, und das sind die großen, sozialistisch denkenden Massen, und diese werden vertreten durch die Sozialdemokratie und durch die unabhängige sozialistische Partei (Sehr richtig!). Ich selbst bin persönlich bis jetzt bei der Mehrheitspartei, bei der Sozialdemokratie, aber ich stehe auf dem Standpunkt – und das sage ich ganz offen –: Die unabhängige Sozialdemokratie und an der Spitze auch die Leute zum Teil von der Spartakusgruppe waren zweifellos in dieser großen Revolution die Stoßtrupps (Sehr richtig!), und diesen Leuten haben wir dankbar zu sein, und es ist eine Unverschämtheit, wenn man jetzt versuchen würde, diese Leute an die Wand zu drücken (Sehr richtig!).
Überall hat sich gezeigt bei der Reichsregierung, daß man gleich vom ersten Tag an diesen Gedanken begriffen hat, und deshalb hat man versucht, eine Verbindung und einen gemeinsamen Boden mit diesen Leuten zu finden, indem man auf sozialistischer Grundlage paritätisch zusammenarbeitet, d. h., daß man die alten Gegensätze fallenläßt und beide Parteien geschlossen an dem gemeinsamen Ziele arbeiten. Daß wir bei der politischen Revolution nicht stehenbleiben wollen, sondern weiter wollen auch zur wirtschaftlichen Revolution, das wird jedem Proletarier klar sein. Was für einen Weg wir zu diesem Ziel zu gehen haben, ist eine Frage, über die wir verschiedener Meinung sein können. Aber diese Frage wollen wir nicht durch autokratisch doktrinäre Mittel, wie sie z. B. die Spartakusgruppe versucht, sondern auf demokratischem Wege lösen und das Ziel erreichen (Bravo!).
Wir wollen nicht gegen die Massen, sondern auf demokratischem Wege mit den Massen zum Sozialismus kommen. Und darüber kann kein Zweifel bestehen, daß auch in der unabhängigen sozialistischen Partei (Rufe: Zur Sache!) – das ist zur Sache – Leute vorhanden sind, die die Spartakusgruppe abgeschüttelt haben, und ich glaube, in unserer provisorischen Regierung ist ein Mann von der unabhängigen Partei, Genosse Crispien, an dessen Kenntnis des Sozialismus und an dessen Charaktereigenschaften kein Mensch zweifeln wird. Ebenso sind Leute darin, die zweifellos jahrzehntelang für den Sozialismus gewirkt haben, und diese Leute müssen gemeinsam zusammenarbeiten. Es ist schon lange mein Wunsch, daß dieser Zustand eintritt, und kommen wir nicht dazu, daß diese sozialistischen Parteien und Gruppen alle an einem gemeinsamen Ziele arbeiten, so werden wir erleben, daß das, über was wir uns gefreut haben, alles wieder verlorengeht.
Wir sehen heute schon, überall auf dem Lande wird nach dem alten System weitergewurstelt. Heute schon erlauben sich die Pfaffen auf Staatskosten gegen das neue System zu arbeiten, und jeder Bauernschultheiß arbeitet nach dem alten System weiter. Hier eine Änderung eintreten zu lassen, kann einzig und allein durch die alte Sozialdemokratie nicht geschehen, denn wir sind uns klar darüber, daß in unserer Partei Vertreter sind, die getrieben werden müssen. Ich erinnere an die Erklärung des Kultusministers Heymann[91]), der wohl bei der sozialdemokratischen Partei ist[92]). Wenn die Regierung in diesem Sinne weitergeleitet würde, dann kommen wir zu keinem Ziel. Wir stehen auf dem Standpunkt, wir sollen nicht in die Regierungsgeschäfte eingreifen, weil wir zum Teil davon nichts verstehen. Es ist ganz klar, ein Arbeiter kann heute nicht Eisendreher sein und morgen Justizminister. Aber ich behaupte, ich kann auch für mich das Recht in Anspruch nehmen, wenn ich eine Erklärung als Kultusminister abgebe: Es

[91]) Frick bezieht sich hier auf eine Erklärung des Kultusministers vom 11. 11. 1918, in der Heymann feststellte, er beabsichtige „während der Dauer des Provisoriums keine Änderung auf dem Gebiet des Schulwesens oder der Kirchen in ihrem Verhältnis zum Staat einzuführen"; vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 146 f.
[92]) Vgl. Nr. 3 Anm. 51.

bleibt alles beim alten (Zuruf: „Vorläufig" hat es geheißen), dann kann ich auch als Kultusminister fungieren (Rufe: Zur Sache!).
Kameraden! Nun will ich zu der Presse sprechen. Da vertrete ich den Standpunkt, die Presse muß von uns als selbständiges Organ ausgebaut werden, und zwar im Sinne der sozialistischen Propaganda, weil wir eine sozialistische Revolution gemacht haben und keine bürgerliche (Sehr gut!). Aber auf diese Presse müssen die sozialistischen Parteien gleichberechtigten Einfluß haben. Bis jetzt ist Redakteur Hoernle bereits in der Redaktion. Redakteur Hoernle ist ein verwundeter Kamerad, der jedenfalls als Soldat empfindet und sozialistisch denkt. Mit ihm zugleich wurde von der Minderheit der Sozialdemokratie ein Redakteur eingesetzt. Das wäre der erste Anfang zu einer gemeinschaftlichen Arbeit, die sozialistisch wäre und unsere Entwicklung vorwärtsbrächte. Also ich bitte Sie, Kameraden, in diesem Sinne die Sache zu lösen und die Sache mehr rein vom sozialistischen Standpunkt aus, wie wir die Revolution betrachten, in die Hand zu nehmen (Beifall).

VORSITZENDER: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingelaufen (Widerspruch). Geschäftsordnungsmäßig hat ein Redner für diesen Antrag das Wort. Wer spricht für den Antrag? – Wer spricht gegen diesen Antrag?

HINDERER: Kameraden! Ich glaube, diese Frage ist so äußerst wichtig und ernst, daß wir sie nicht in dieser kurzen Weise abschließen können. Ich meine, es sollten doch noch mehr Redner dazu zu Worte kommen, die auch etwas zur Sache zu sagen haben. Ich meine, zur rechten Klärung ist es notwendig, daß hier ausgiebig debattiert wird. Wir haben vorhin stundenlang über Dreck gesprochen, nun können wir uns jetzt auch eine halbe Stunde über diese wichtige Frage unterhalten.

VORSITZENDER: Wer für Schluß der Debatte ist, den bitte ich die Hand zu erheben. – Ich bitte um die Gegenprobe. Letzteres ist die Majorität. Wir fahren in der Debatte fort. Der Herr Abgeordnete Keil hat zu einer technischen Erklärung wegen der Tagwacht das Wort, aber nur zu einer technischen Erklärung.

KEIL: Seien Sie unbesorgt, ich habe nur zu dieser technischen Erklärung das Wort erbeten. Warum immer diese...!
Es ist vorgeschlagen worden, die Tagwacht zum Organ der Soldaten- und Arbeiterräte zu ernennen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag nicht anzunehmen, ihn nicht anzunehmen zumal in der gegenwärtigen Zeit, da an ein täglich erscheinendes politisches Blatt die Anforderungen immer mehr gesteigert werden. Die Tagwacht ist gegenwärtig in ihren Verhältnissen außerordentlich beengt. Bereits ist von der Regierung, ich weiß nicht, von der württembergischen oder von der Reichsregierung aus, die Anordnung ergangen, daß von nun ab vorläufig keine Tageszeitung mehr stärker als mit vier Seiten erscheinen darf, weil das Papier nicht vorhanden ist. Innerhalb dieser vier Seiten sind die Publikationen des Arbeiter- und Soldatenrates einfach nicht unterzubringen, wenn die anderen Tagesnachrichten berücksichtigt und auch die Ereignisse des Tages besprochen werden sollen. Darum glaube ich, ist es nicht möglich, das Publikationsorgan der A.- und S.-Räte mit der Tagwacht zu vereinigen. Wenn Sie auf ein eigenes Publikationsorgan Wert legen, bitte ich Sie, sich ein eigenes Blatt zu schaffen, dem Sie den Namen geben können, den Sie für den richtigen halten (Zuruf: „Rote Fahne"!).

HINDERER: Durch die Erklärung des Genossen Keil ist ja in einer Hinsicht Wandel geschaffen. Ich hatte schon vorhin durch einen Zwischenruf gehört, daß die Tagwacht angeblich nicht in der Lage sei, als Publikationsorgan des A.- und S.-Rats zu dienen. Nach der Erklärung des Genossen Keil ist es tatsächlich so. Ich bin nun der Ansicht, wenn die Sache schon so liegt, so müssen wir eben wohl oder übel dazu übergehen, für uns ein eigenes Organ zu erhalten. Ich bin aber gleichzeitig der Ansicht, daß es bedauerlich ist, daß wir selbst ein Organ gründen müssen, denn ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Tagwacht dasjenige Organ ist, das zunächst viel mehr Gelegenheit hat,

unsere Ideen hinauszutragen ins Land, als wie ein eigenes Organ, das wir uns erst gründen wollen. Wir stehen doch auf dem Standpunkt oder müssen uns sagen, daß auf das platte Land unsere Gedanken, unsere Ideen erst hinausgetragen werden müssen in die Köpfe der Leute.
Die Revolution ist nicht allein in Stuttgart oder kann sich nicht allein in Stuttgart halten, insofern als ja in Stuttgart schließlich die Körperschaften vorhanden sind, die die Ideen im Kopfe haben, während draußen auf dem platten Lande die Leute vielfach gar keine Ahnung haben von dem, was wir wollen, ja von Philistern noch grauslich gemacht werden, so daß uns mehr geschadet als genützt wird. Wir müssen dazu übergehen, draußen auf dem platten Lande Propaganda zu treiben, unsere Forderungen, unsere Ideen dort bekanntzumachen. Das ist unsere Aufgabe in der Zukunft, und lediglich aus diesem Grunde hätte ich gewünscht, daß die Tagwacht als Publikationsorgan des Arbeiter- und Soldatenrats dienen soll. Mir ist es nicht in erster Linie darum zu tun, etwa die Leute von der Spartakusgruppe an die Wand zu drücken, sondern darum, daß wir ein Organ haben, durch das wir unsere Beschlüsse, unsere Ideen hinausbringen in die breiten Massen des Landes. Denn darauf, verehrte Kameraden, darauf, wie die Bevölkerung mit uns einig geht und aufgeklärt wird, darauf beruht die Zukunft der Revolution, nicht in der Demonstration, die am 9. November stattgefunden hat.
Ich möchte dann weiter noch darauf hinweisen, daß ich auch aus dem Gesichtspunkt heraus gegen das Organ die „Rote Fahne" bin oder Stellung nehmen möchte, weil gesagt worden ist, wir wollen uns, und das ist heute früh unzweideutig zum Ausdruck gekommen, wir wollen uns als geschlossene Masse auf den Boden der jetzigen Regierung stellen. Das ist aus der Erklärung des Genossen Keil und aus den Ausführungen, die er dazu gemacht hat[93]), hervorgegangen. Der Beifall, der ihm gezollt wurde, hat mir den Beweis erbracht, daß die große Mehrheit der anwesenden Delegierten mit seinen Anschauungen einig geht.
Der Genosse Unfried hat vorhin erklärt, daß es ein Unrecht sei, die Gruppe der Spartakusleute an die Wand zu drücken. Genosse Frick hat erklärt, daß es notwendig sei, daß wir alle zusammenarbeiten, daß wir uns nicht zersplittern. Ich bin auch der Meinung, daß wir uns nicht zersplittern dürfen, denn nur unsere Geschlossenheit wird uns unseren jetzigen Bestand erhalten. Dieser Wille muß vorhanden sein, und ich glaube sagen zu dürfen, daß er vorhanden ist. Sowohl die sozialistische Partei als die Partei der Gewerkschaften und auch die unabhängige Partei haben erklärt, daß sie gegenseitig zusammenarbeiten wollen, um die Errungenschaften der Revolution zu schützen. Aber von anderer Seite wird gesagt – und das haben die Spartakusleute getan in der „Roten Fahne" –, daß sie nicht mit uns arbeiten wollen. Sie wollen nur kritisieren, aber nicht positiv arbeiten. Aber der Standpunkt ist hier, es muß positiv gearbeitet werden, unter allen Umständen, sonst muß ich sagen, wird eines Tages wiederum ein Sturm über uns hinwegbrausen, und die Errungenschaften werden wieder zum Teufel gehen.
Ich möchte hinweisen auf den Artikel, der in der ersten Nummer der „Roten Fahne" enthalten ist. Da wird gesprochen von den „Regierungs-Sozialisten", den „Scheidemännern" usw.[94]). Ja, meine Kameraden! Sieht das danach aus, als ob man gemeinsam zusammenarbeiten wolle? Warum braucht man dann zu schimpfen, man werde an die Wand gedrückt? Warum ist es notwendig, daß eine Partei die andere in den Augen der Öffentlichkeit heruntersetzt? Gewiß ist es richtig, daß wir jetzt erst die politische Revolution gehabt haben und daß die wirtschaftliche erst vor der Türe steht, aber weil wir

[93]) Vgl. Anm. 29.
[94]) Vgl. dazu den Artikel „Die Regierungssozialisten und der 4. November" in der Roten Fahne Nr. 1 vom 5. 11. 1918. Auch in der Roten Fahne Nr. 2 vom 15. 11. 1918 wird wiederholt der Ausdruck „Regierungssozialisten" gebraucht.

das wissen, und das bitte ich recht zu beachten, daß die wirtschaftliche Revolution erst kommen wird und kommen muß, wenn die Erfolge der politischen Revolution überhaupt zum Zuge kommen sollen, eben darum ist es um so notwendiger, daß Aufklärung in der Bevölkerung geschaffen wird, an der es noch sehr fehlt.
Sie dürfen nicht glauben, daß wir dauernd in der Lage sind, eine große Minderheit zu majorisieren. Ich gebe mich keinen Augenblick dem Glauben hin, daß vielleicht die Bürgerlichen oder der sogenannte Rat der geistigen Arbeiter[95]) sich auf den Boden der Revolution stellen. Ich gebe mich nicht der Illusion hin, daß alle, die von heute auf morgen plötzlich eine ganz andere Weltanschauung bekommen haben, und wenn sie gestern „Für Kaiser und Reich" geschrien haben, nun heute „Hurra, die Revolution!" schreien werden; sie beugen sich eben vorerst, sie passen sich an, um im Rahmen der jetzigen Revolution ihre Parteisuppe zu kochen. Weil das der Fall ist, deshalb ist es notwendig, daß wir die Bevölkerung aufklären, und deshalb muß mehr geleistet werden in der Zukunft, als bis jetzt geleistet worden ist.
Bezüglich der Frage der Redakteure bin ich der Ansicht, daß diese Frage heute überhaupt nicht gelöst werden kann. Wenn die Absicht besteht, das Organ, das geschaffen werden soll, als Publikationsorgan des A.- und S.-Rates zu gründen, dann können wir heute nicht einseitig darüber beschließen. Ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir den Aktionsausschuß, den wir heute gewählt haben oder der zusammentreten soll, beauftragen, diese Frage zu ventilieren, und zwar mit den in Betracht kommenden Instanzen. Dabei wird es notwendig sein, ich gebe das ohne weiteres zu, auch die Spartakusleute zu beteiligen. Sie haben mit ihren Ansichten in gewisser Hinsicht recht. Wir streben ja denselben Zielen zu, nur sind die Meinungen über den Weg verschieden. Ich meine aber, wo nur die Meinungen über den Weg verschieden sind, ist es nicht notwendig, sich in so ernster Zeit, wo alles für uns auf dem Spiele steht, bis aufs Äußerste zu bekämpfen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.
Es könnten vielleicht mehrere Leute gewählt werden, und die Geschäfte wären unter diese Gruppen der einzelnen Parteigenossen oder der Arbeiter- und Soldatenräte zu verteilen, so daß sie gemeinsam an dieser Zeitschrift arbeiten. Über die technische Ausführungsmöglichkeit können wir aber heute nicht sprechen. Wenn nun aber der Beschluß gefaßt wird, eine eigene Zeitung zu gründen, dann, Kameraden, möchte ich bitten, diese Zeitung vorläufig nur als Provisorium bestehen zu lassen, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben seit zwei Jahren in der Presse, in der Partei, leider die Tatsache zu verzeichnen, daß hier manchmal in der unverschämtesten Art – leider muß ich dieses Wort gebrauchen – gegeneinander losgezogen wurde. Aus diesem Grunde möchte ich noch einmal das Augenmerk darauf lenken, daß nicht dieses Organ, das heute gegründet werden soll, daß nicht durch diese Gründung eine Zersplitterung, eine weitere bedauerliche Zersplitterung der jetzigen Parteikräfte eintritt. Diese Gefahr ist aber tatsächlich vorhanden. Wenn dagegen das sozialistische Blatt, das ins Land hinausgeworfen werden muß, und in dem natürlich alle Meinungen zum Ausdruck kommen müssen, die sich in den von uns angegebenen Grenzen halten, wenn diese Zeitung als allein maßgebendes Organ hinausgeworfen wird, macht es einen anderen Eindruck, als wenn zwei oder drei Richtungen auftreten und jede schließlich in mehr oder weniger scharfer Weise einen anderen Standpunkt vertritt.
Wir müssen dafür sorgen, eine Zersplitterung innerhalb unserer Reihen, eine Zersplitterung innerhalb der Presse zu vermeiden.
Eine solche darf unter gar keinen Umständen eintreten. Dadurch würde nur unser Ansehen nach außen erschüttert, und diejenigen Teile unseres Volkes, die uns heute noch

[95]) Zur Wahl eines Rates der geistigen Arbeiter in Stuttgart s. Nr. 1 Anm. 13. Vgl. auch die Rede von Bonatz auf der Vollversammlung des A.-Rates Stuttgart (Nr. 3, S. 66 ff.).

fernstehen, würden abgestoßen, anstatt daß sie uns zugeführt würden. Und je mehr diese zurückgestoßen werden, um so mehr werden die bürgerlichen Parteien ihr Süppchen an unserer Zersplitterung kochen. Ich meine, wir beauftragen den Aktionsausschuß, uns geeignete Vorschläge für die nächste Landesversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen. Keinesfalls wird aber gesagt werden dürfen, wir sollen ein Organ schaffen, das lediglich wieder als Zersplitterung innerhalb der Arbeiterschaft anzusehen ist.

VORSITZENDER: Verzeihen Sie, es ist mir sehr unangenehm, diese Bemerkung machen zu müssen, nachdem diese lange Rede gehalten wurde: Es sind noch zwölf Redner eingezeichnet, und es ist sieben Uhr. Ich stelle es Ihnen anheim, ob Sie jedem Redner eine so lange Rededauer einräumen wollen.

Landsturmmann BIESINGER: Werte Kameraden! Ich glaube, es sind der Vorschläge und Anträge genug gemacht worden, aus denen wir etwas Greifbares herausbringen können. Ich glaube, wir sollten wegen der Presse nicht noch länger ein solches Schauspiel bieten, das zersplittert uns. Nehmen Sie einmal zu den Anträgen, die gestellt sind, Stellung, dann werden wir zu einem Resultat kommen. Es sind viele brauchbare Anträge da.

SCHÄFFLER: Ich möchte auf die Ausführungen des Vorsitzenden des Aktionsausschusses des Arbeiterrates zurückkommen. Dieser Vorsitzende erklärte uns nicht für zuständig, die Redakteure der Zeitung abzusetzen. Ich glaube aber, daß die Soldatenräte ganz Württembergs berechtigt sind, darüber zu entscheiden, ob wir das Organ als unseres anerkennen wollen oder nicht (Sehr richtig!). Was die Redakteurfrage betrifft, so schließe ich mich den Ausführungen des Kameraden Hinderer an, daß wir die Sache zurückstellen, bis die nächste Landesversammlung in drei Wochen stattfindet. Bis dahin glaube ich, wenn wir Fühlung mit dem Arbeiterausschuß nehmen, wird das Organ so geführt werden, wie wir es wünschen. So kommen wir über die Frage weg.

VORSITZENDER: Die Redaktion der „Roten Fahne" wünscht zu einer Erklärung das Wort.

BARTHEL[96]): Ich mache Sie auf die Erklärung aufmerksam, die in der gestrigen Nummer der „Roten Fahne" veröffentlicht wurde[97]). Ich werde sie Ihnen vorlesen, da die Diskussionen, wie Sie sie jetzt führen, schließlich überflüssig sind, weil wir in dieser Erklärung das zusammenfassen. Diese Erklärung lautet:

„In Stuttgarter Tageszeitungen wird behauptet, die ‚Rote Fahne' sei Organ der Spartakusgruppe. Dazu erklärt die Schriftleitung: Die ‚Rote Fahne' ist das Organ der Arbeiter-

[96]) Max Barthel (1893–1975), Lyriker und Erzähler; als ungelernter Fabrikarbeiter arbeitete Barthel vor 1914 in verschiedenen Berufen, von 1914 bis 1918 Soldat, seit Anfang November 1918 in der Stuttgarter Spartakusgruppe aktiv, Mitglied des am 10. 11. gewählten Aktionsausschusses, ab Mitte November Redakteur der Roten Fahne; im Dezember 1918 hielt sich Barthel in der Schweiz auf, von wo er im Januar 1919 nach Stuttgart zurückkehrte; bei den Stuttgarter Januarunruhen verhaftet, im Juni 1919 freigesprochen (vgl. Münzenberg, Spartakistenprozeß, S. 20 f.); 1920/21 und 1923 Reisen nach Rußland; in den Kriegs- und Nachkriegsjahren entstanden viele seiner klassenkämpferisch-pazifistischen Gedichte („Verse aus den Argonnen", 1916; „Arbeiterseele", 1920); 1923/24 Abkehr von der KPD; nach 1933 näherte er sich nationalsozialistischen Anschauungen, Lektor bei der Büchergilde Gutenberg; nach 1945 freier Publizist; zu seinem Lebensweg vgl. auch seine Erinnerungen „Kein Bedarf an Weltgeschichte" (1950), weitere Veröffentlichungen: „Das Spiel mit der Puppe" (1925), „Der Putsch" (1927), „Das Land auf den Bergen" (1939), „Der Wald" (1960), „Roter Mohn" (1965). Das Werk Barthels beurteilt aus der Sicht der DDR-Literaturwissenschaft Alfred Klein, Im Auftrag ihrer Klasse. Weg und Leistung der deutschen Arbeiterschriftsteller 1918–1933 (Beiträge zur Geschichte der deutschen sozialistischen Literatur, Bd. 3). Berlin und Weimar 1972, S. 110 ff.; vgl. auch Max Barthel, hrsg. von F. Hüser, Dortmund 1959, Weller, Staatsumwälzung, S. 163 f., und Rolf Busch, Imperialismus und Arbeiterliteratur im Ersten Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte 14, 1974, S. 293–350, hier: S. 315 ff.

[97]) Nr. 3 vom 16. 11. 1918.

und Soldatenräte Stuttgarts und Württembergs (Lebhafter Widerspruch). Die Aufgabe der ‚Roten Fahne' besteht in der Veröffentlichung sämtlicher Anträge, Beschlüsse und Bekanntmachungen der Arbeiter- und Soldatenräte, in politischer Aufklärung, bei der alle Strömungen zu Worte kommen sollen, die im Arbeiter- und Soldatenrat vertreten sind." Wir betrachten uns natürlich nur als Provisorium.

ESSLINGER (Stuttgart): Auch ich möchte auf die Worte des Vorsitzenden des Arbeiterrats Unfried erwidern. Zunächst hat er sich aufs juristische Gebiet begeben. Zunächst hat er behauptet, weil der provisorische Soldaten- und Arbeiterrat gemeinschaftlich diese beiden Herren Redakteure beauftragt hat, deshalb seien wir, der Soldatenrat, nicht allein in der Lage, sie abzusetzen. Das ist grundfalsch. Dazu ist es durchaus nicht nötig, daß die beiden, Arbeiterrat und Soldatenrat, zusammenwirken, sondern in dem Moment, wo wir nicht mehr mittun, ist das Blatt nicht mehr Organ des Arbeiter- und Soldatenrats (Barthel: Hissen Sie doch die schwarz-weiß-rote Fahne! Zum Teufel noch einmal, wo waren Sie denn bei der Revolution? – Zurufe).

VORSITZENDER: Ich mache darauf aufmerksam, daß wir jeden Redner ruhig anhören wollen. Wir fördern dadurch nur die Geschäfte.

ESSLINGER (Stuttgart): Der provisorische Arbeiter- und Soldatenrat konnte selbstverständlich in der Zeitung etwas tun bis heute. Wir beschließen heute darüber, ob das das Organ des Soldatenrats ist oder nicht, d. h., uns unterliegt die Frage, ob wir genehmigen, was dieser provisorische Ausschuß, der nicht gewählt wurde, sondern sich selbst eingesetzt hat[98]), ob wir das genehmigen oder nicht. Wenn wir heute sagen: wir genehmigen die Haltung der „Roten Fahne" von Anfang an nicht, dann steht fest, dieses Organ, die „Rote Fahne", war niemals das Organ des Soldatenrats, wir haben nichts mit ihm zu tun. Dann ist es vor der Welt und überall eine reine Privatarbeit, was in der „Roten Fahne" erschienen ist. Und wenn die Erklärung verlesen wurde von seiten des Redakteurs der „Roten Fahne", es sei falsch, wenn in der Zeitung und im Publikum gesagt werde, die „Rote Fahne" sei das Organ der Spartakusgruppe, sie sei in Wahrheit das Organ des Arbeiter- und Soldatenrats, so ist das ein Spiel mit Worten oder eine Unwahrheit. Es ist selbstverständlich, der Redakteur Thalheimer ist ein Spartakusmann und der andere ebenfalls, und der Ton ist ein Spartakuston. Was drinsteht, ist die Stellung der Spartakusgruppe (Sehr richtig!). Wenn einige Leute, die bisher einen provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzt haben[98]), Leute, die selbst lauter Mitglieder der Spartakusgruppe sind, sich dieses Organ gegeben haben, so wird es durchaus nicht Organ des Soldatenrats. Deshalb bitte ich, in der Resolution, die die Ludwigsburger Kameraden eingereicht haben, die Worte „von nun an" zu streichen, so daß ganz deutlich zum Ausdruck kommt, daß wir der Auffassung sind: Überhaupt nie war die „Rote Fahne" Organ des Soldatenrats (Beifall).

ELLINGER: Als man uns von der kleinen Garnison das Blatt die „Rote Fahne" in die Hand gedrückt hat, waren wir erstaunt über die Haltung, die darin zum Ausdruck kam. Wir sind in den kleinen Garnisonen ebenso vorgeschritten wie die Kameraden in den größeren, aber die Gedanken in diesem Blatt liegen uns absolut fern. Wir wollen keine politischen Soldatenräte sein (Rufe: Oho! Sehr richtig! Da haben wir's!).

VORSITZENDER: Ich bitte, die Zwischenrufe zu unterlassen.

ELLINGER: Ich wollte sagen, wir wollen uns nicht von einer Partei unterjochen lassen. Wir sind nicht nur Handarbeiter, auch andere Arbeiter sind unter uns vertreten, und wir wollen uns nicht von dieser einen Richtung unterdrücken lassen. Alle Gedanken sollen zum Ausdruck kommen, jeder soll seine Meinung frei, wie es sich in einem demokratischen Staate gebührt, aussprechen können, nicht eine Gruppe soll die andere zwingen, sich ihrer Meinung anzuschließen. Das wollen wir nicht, das wollen die Kamera-

[98]) Dazu vgl. Nr. 1 Anm. 12.

den in den kleinen Garnisonen nicht. Das sind auch die Meinungen der Kameraden im Feld. Die wollen nicht den Kommunismus, den Umsturz, das Chaos im Lande vorfinden, wenn sie heimkehren, sondern sie wollen Ruhe vorfinden. Das ist nicht richtig, diesen Leuten das Ruder des Staates in die Hand zu geben. Das würde sicher dahin führen, daß das Schiff untergeht, sondern unsere Kameraden wollen Ordnung finden (Zuruf: Melden Sie sich in einem Kriegerverein an!).

*Nach diesem Beitrag nimmt die Versammlung unter stürmischen Protesten der Ludwigsburger Delegation, von der noch kein Redner zu Wort gekommen war, einen Antrag auf Schluß der Debatte an. In der Schlußabstimmung wird lediglich der weitestgehende Antrag behandelt und verabschiedet:*
*„Die Versammlung möge aussprechen, daß die ‚Rote Fahne' nicht mehr im Auftrag des Soldatenrats erscheinen darf. Sie ist durch eine Fachzeitung zur Behandlung interner Fragen, speziell Soldatensachen, zu ersetzen."*
*Nach der Beantwortung von zwei Anfragen schließt sich die Versammlung gegen eine Stimme der vom Soldatenrat der Garnison Stuttgart am Vortage verabschiedeten Resolution an[99]). Dann spricht Fischer das Schlußwort.*

[FISCHER]: Kameraden! Ich möchte feststellen, daß wir am Schlusse dieser Versammlung angekommen sind. Wir sind uns voll und ganz bewußt, daß aus dem Chaos, in das die Organisation Militarismus gestürzt ist, jetzt nicht auf einmal ein engelreines Bild hervorgehen konnte, aber ich glaube, Sie müssen alle, wenn Sie hinausgehen ins Land, das eine Bewußtsein mit hinausnehmen, es ist doch wohl gelungen, eine Arbeit zu leisten (Sehr richtig), auch in Beziehung auf die Klärung der Geister. Ich möchte dringend bitten, sorgen Sie vor allen Dingen dafür, daß die Geister geklärt, daß die Leute aufgeklärt werden über den eigentlichen Sinn und Zweck der Revolution. Ich meine nicht, daß die Soldatenversammlungen in Württemberg für die Folge ein politischer Diskutierklub werden, sondern Versammlungen, die für das Volk eminent praktische, eminent aufbauende Arbeit zu leisten haben (Beifall).
Ich glaube, darin sind wir alle einig. Die heutige Versammlung hat den Zweck gehabt, zur Einrichtung und Grundlage Richtlinien festzustellen, nach welchen Richtungen wir den Aufbau vornehmen wollen. In diesem Sinn ist, glaube ich, auch positive Arbeit geleistet worden. An Ihnen nun wird es liegen, im Lande dafür zu sorgen, daß alles, was noch geschehen kann und muß, um der Revolution den Erfolg zu sichern, tatsächlich auch geschieht.

*Nach einer persönlichen Erklärung des Ludwigsburger Delegierten STÄGE schließt FISCHER die Versammlung um 19.32 Uhr.*

---

[99]) Vgl. oben S. 86.

## 5. Zweite Landesversammlung am 11./12. Dezember 1918

**Schwäbische Tagwacht Nr. 293 vom 12. Dezember 1918 und Nr. 294 vom 13. Dezember 1918[1]). Überschrift: „Zweite Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs."**

Gestern vormittag 11 Uhr wurde im Gustav-Siegle-Haus die zweite Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs eröffnet. Der Vorsitzende des Landesausschusses, WICKER[2]), begrüßte die Delegierten und versicherte, daß trotz der Verspätung der Einberufung alles getan wurde, was möglich gewesen sei, um eine ersprießliche Arbeit zu gewährleisten.

Ministerpräsident BLOS dankte im Namen der provisorischen Regierung für die Einladung. Nach einer Beleuchtung der Situation führte der Ministerpräsident aus, daß wir die Revolution nur vorwärtsbringen und ihre Früchte pflücken können, wenn wir einig sind und tüchtig zusammenarbeiten. Die Grundlagen der Befugnisse der drei Faktoren Arbeiter- und Soldatenräte und provisorische Regierung liegen vor und dadurch gelangen wir zum Ziel. Es ist noch sehr viel Arbeit zu verrichten, denn es ist leichter, Revolution zu machen, als ihre Früchte zu sichern. Wir wollen uns bewegen auf der geraden Bahn des Sozialismus und die verschiedenen Strömungen vereinigen zur Abschaffung

---

[1]) Ein Protokoll dieser 2. Landesversammlung befindet sich nicht im einschlägigen Protokollbestand des Revolutionsarchivs (HStA Stuttgart, E 135). Vielmehr findet sich in einer Mappe, welche Materialien und Anträge zur 2. Landesversammlung der S.-Räte enthält (ebd., Büschel 20), ein Zettel mit folgender handschriftlichen Notiz: „Protokoll 2. L[andes] V[ersammlung] fehlt, Mitglieder des L[andes] A[usschusses] vermuten, daß es sich im Besitz des früheren Kriegsministers, jetzigen Gewerkschaftsbeamten der Handlungsgehilfen, Ulrich Fischer, befindet." Die Bemühungen, einen eventuellen Nachlaß Fischer aufzufinden, blieben erfolglos. Das Protokoll der 2. Landesversammlung der S.-Räte wird daher als verschollen gelten müssen. Von den zahlreichen und teilweise recht ausführlichen Zeitungsberichten über diese Landesversammlung wird hier der Bericht der Schwäbischen Tagwacht abgedruckt, weil er den Verlauf der Versammlung am prägnantesten schildert (einige in diesem Bericht verschriebene Namen wurden stillschweigend berichtigt). Weitere Zeitungsberichte: Stuttgarter Neues Tagblatt Nr. 630 vom 11. 12. 1918 A; Nr. 631 vom 12. 12. 1918 M; Nr. 632 vom 12. 12. 1918 A; Schwäbischer Merkur Nr. 585 vom 12. 12. 1918; Nr. 586 vom 13. 12. 1918; Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 293 vom 13. 12. 1918; Nr. 294 vom 14. 12. 1918; Württemberger Zeitung Nr. 292 vom 12. 12. 1918; Nr. 293 vom 13. 12. 1918. Mit dem Verlauf der Versammlung, vor allem mit der Wahl der Delegierten zum 1. Rätekongreß, befaßt sich auch der Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (s. Nr. 23, S. 424); die vom Garnisonrat Ulm eingebrachte Resolution wird im Manuskript Troß wörtlich wiedergegeben (HStA Stuttgart, Heeresarchiv, Sammlung Hahn 23, Manuskript Troß, S. 6). Hahn geht in seinen Erinnerungen mehrmals auf die Tagung ein (S. 21 ff., 48, 52 f. und 54); Blos (Monarchie I, S. 57 f.) zitiert hauptsächlich den Wortlaut seiner Eröffnungsrede; Keil (Erlebnisse II, S. 117) begnügt sich mit einem knappen Hinweis. In der Literatur wird die 2. Landesversammlung relativ breit von Weller (Staatsumwälzung, S. 136 ff.) und Kling (S. 145 f.) dargestellt; vgl. auch Purlitz, Revolution I, S. 307 f.

[2]) Fridolin Wicker, Sergeant in der 2. Ersatz-Maschinengewehrkompanie in Ulm; vom 22. 11. 1918 bis zum 27. 2. 1919 Vorsitzender des Landesausschusses der S.-Räte; seit 13. 12. 1918 Mitglied des Vollzugsausschusses und der Propaganda-Abteilung des Landesausschusses; Teilnehmer an der Besprechung des Zentralrats mit den Korpssoldatenräten am 4./5. 2. 1919 (vgl. Zentralrat, S. 546 ff.); am 15. 3. 1919 schied Wicker endgültig aus dem Landesausschuß der S.-Räte aus. Über seine Tätigkeit als Vorsitzender des Landesausschusses verfaßte Wicker im Juni 1919 einen sehr informativen Rechenschaftsbericht (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20).

der Klassenherrschaft. Wir dürfen die Gelegenheit, wie sie sich uns jetzt bietet, nicht verpassen, denn sie kommt so bald nicht wieder, sondern [wir müssen] dies seltene Geschenk nützen und dem großen Ziele zusteuern, das wir uns gesteckt haben (Starker Beifall)[3]).

Als Vertreter des A.-Rats sprach Genosse DREHER Worte der Begrüßung. Der Aufgabenkreis des S.-Rats sei zum Teil ein anderer wie der des A.-Rats. Jener habe hauptsächlich die militärischen, dieser in erster Linie politische und wirtschaftliche Fragen zu erledigen. Aber beide Institutionen seien desselben Ursprungs: Kinder der Revolution; ihre Hauptaufgabe sei die Sicherung der Errungenschaften der Revolution. Aber Einigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats sei gegenwärtig oberstes Gebot der Stunde.

Die Wahl des Bureaus ergab: als Vorsitzende mit gleichen Rechten Kriegsminister Fischer, Reiner (Ludwigsburg) und Götz (Ulm); als Schriftführer Banzhaf[4]) (Stuttgart), Steinle (Münsingen) und Bechtle[5]) (Reutlingen).

Vorsitzender FISCHER führte aus: Alle Kameraden in der Heimat und an der Front blikken auf uns. Alle sind gespannt, was der Soldatenrat macht. Mögen die Verhandlungen sich würdig gestalten.

Die Diäten wurden auf 10 Mark für die Delegierten von Groß-Stuttgart und 15 Mark für die auswärtigen festgesetzt.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Mayer[6]) (Ulm), Haasis (Landesausschuß), Seiffer (Ludwigsburg), Bölz (Stuttgart) und Böck (Münsingen).

Gefreiter Kinkel[7]) von der 7. Landwehrdivision in der Ukraine, Vorsitzender des Zentralsoldatenrats in Odessa[8]), wird als Delegierter zugelassen.

WICKER gibt den Bericht des provisorischen Ausschusses. Die Arbeiten seien seit dem 21. November, wo die ersten Landesausschußwahlen stattgefunden haben[9]), viel zu umfangreich gewesen. Es haben täglich Sitzungen stattfinden müssen[10]). Über 3000

---

[3]) Zum Wortlaut dieser Ausführungen vgl. auch Blos, Monarchie I, S. 57 f.

[4]) Karl Banzhaf, von Beruf Buchhändler, März 1915 Vorsitzender des Stuttgarter SPD-Bezirks Altstadt, vom 16. 11. 1918 bis 29. 1. 1919 Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Stuttgart; kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 97).

[5]) Emil Bechtle, Feldwebel im Ersatzbataillon des Reserve-Infanterieregiments 122 in Reutlingen; seit dem 9. 11. 1918 Schriftführer des S.-Rats der Garnison Reutlingen; ab 5. 2. 1919 Vorsitzender des Garnisonsoldatenrats Reutlingen.

[6]) Josef Mayer, Landwehrmann, war seit dem 10. 11. 1918 Mitglied des Vollzugsausschusses des A.- und S.-Rates Ulm.

[7]) Gottfried Kinkel (geb. 1871), von Beruf Schreiner, 1906–12 Mitglied der württembergischen Abgeordnetenkammer (SPD); schloß sich 1917 der USPD an, auf deren Liste er zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung kandidierte (Platz 13); 1920–24 Mitglied des Württembergischen Landtags (USPD/SPD); vgl. Keil, Erlebnisse I, passim.

[8]) Nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Ostarmee Anfang November 1918 hatte die württembergische 7. Landwehrdivision Odessa besetzt (vgl. Darstellungen I, S. 9 f., 12 f., Fischer, S. 62). Nach dem Bericht der Württemberger Zeitung (Nr. 292 vom 12. 12. 1918) erklärte Kinkel in der Landesversammlung der S.-Räte am 11. 12., die 7. Landwehr-Division hätte, „noch bevor sie von der Revolution in Deutschland Kenntnis gehabt habe", S.-Räte gebildet und einmütig beschlossen, „nichts mehr gegen die Ukraine zu unternehmen, sondern um jeden Preis heimzumarschieren" (s. auch unten S. 122). Zur Gründung von S.-Räten im Ostheer und zu deren Rolle vgl. Darstellungen I, S. 16 ff., 33 ff. Zum Rücktransport der 7. Landwehrdivision s. ebd., S. 104 ff. Die deutsche Ukraine-Politik im Oktober/November 1918 behandeln Borowsky, S. 274 ff., und Fischer, S. 49 ff. Vgl. auch den Reisebericht Keils (Erlebnisse I, S. 397 ff.), der 1918 die württembergischen Truppen in der Ukraine besuchte.

[9]) Der 1. Landesausschuß der S.-Räte war unmittelbar nach Beendigung der 1. Landesversammlung am 17. 11. gebildet worden (vgl. Nr. 4 Anm. 81). Am 21. 11. wurde der Landesausschuß zu seiner konstituierenden Sitzung einberufen, die am 22. 11. stattfand.

[10]) Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 18) finden sich für den Zeitraum vom 22. 11. bis zum 11. 12. insgesamt 12 Protokolle über Sitzungen des Landesausschusses (vgl. Nr. 4 Anm. 81). Im Protokollbestand des Landesausschusses der A.-Räte befindet sich außerdem das Protokoll einer

mündliche und schriftliche Anfragen seien erledigt worden. Der Propagandaausschuß hat Vorträge wirtschaftlicher Natur an der Westfront und in den Garnisonen veranstaltet. Die örtlichen Soldatenräte sind sich vielfach ihrer Aufgaben nicht klar. Eingriffe in die Befugnisse der vollziehenden Gewalt sind nicht zulässig. Die zwei Delegierten, welche nach Ems reisten, konnten wegen der schlechten Verbindung nicht dorthin gelangen[11]). Die Verbindung mit den Soldatenräten der anderen Bundesstaaten konnte noch nicht völlig hergestellt werden.

WOLLBOLD[12]) berichtet über die Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium. Es handelte sich hauptsächlich um Arbeitsbeschaffung, Wohnungsfürsorge, Beschaffung von Geld und Rohstoffen für selbständige Handwerker usw.

LINSE[13]) berichtet über den Entwurf eines Militärsicherheitsdienstes, der von einer Kommission, bestehend aus sieben Mitgliedern, beraten wurde[14]), aber bei den Anwesenden wenig Gegenliebe fand[15]).

---

gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse, die am 9. 12. 1918 stattfand (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). Ein maschinenschriftlicher „Bericht des Landesausschusses" (ebd., Büschel 21), der offensichtlich Wicker als Redemanuskript diente, führt für den gleichen Zeitraum 18 Sitzungen des Landesausschusses an. In diesem Bericht sind 17 Beschlüsse „aus den beratenden und bestimmenden Arbeiten des Landesausschusses als Regierungskontrollorgan" zusammengestellt; u. a. befaßte sich der Landesausschuß mit der Kommandogewalt („Die Kommandogewalt der durch die Mannschaften gewählten Vorgesetzten hängt vom Einverständnis der örtlichen Soldatenräte ab"), der Begrüßung der heimkehrenden Fronttruppen („Bei der Begrüßung und Empfang der Fronttruppen soll Politisches vermieden werden. Flugblätter sind zu verteilen. Die Aufklärung und Propaganda wird erst nach einigen Ruhetagen vorgenommen") und der Pressefrage („Ein Organ für die Soldatenräte soll vorläufig nicht geschaffen werden. Als Publikationsorgane werden durch den Landesausschuß die Schwäbische Tagwacht und der Sozialdemokrat anerkannt"). Ferner wurden Beschlüsse gefaßt über die Eröffnung von Garnisonauskunftsstellen, die Entfernung von Delegierten „mit nicht einwandfreiem Vorleben", über die unrechtmäßige Aneignung von Heeresgütern und Geldmitteln während des Krieges, über den Pferdehandel und über Organisationsfragen (Mitarbeit der Redaktionskommission im Landesausschuß; Termin der 2. Landesversammlung).

[11]) In Bad Ems hatte am 1./2. 12. 1918 der Vertretertag der S.-Räte des Feldheeres stattgefunden, an dem 300 Delegierte aus 220 Divisionen teilnahmen; als Delegierte der württembergischen S.-Räte sollten Wicker und Schäffler nach Ems fahren. Vgl. Purlitz, Revolution I, S. 190 ff.; Schultheß 1918 I, S. 537 f.

[12]) Heinrich Wollbold (geb. 1877), Fabrikarbeiter, seit 1906 Angestellter im Fabrikarbeiterverband, im November 1918 Gefreiter im Ersatzbataillon 122 in Heilbronn, vom 17. 11. 1918 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 22. 11. vom Landesausschuß als dessen Verbindungsmann in das Arbeitsministerium delegiert, seit dem 24. 3. 1919 Mitglied der Propaganda-Abteilung des Landesausschusses, gleichzeitig mit der Kontrolle des Oberkriegsgerichts beauftragt; Wollbold kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 112); vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 428.

[13]) Reinhold Linse, Zeugfeldwebel im Artilleriedepot der Garnison Ludwigsburg, gehörte vom 17. 11. 1918 bis zum 12. 12. 1918 dem Landesausschuß der S.-Räte an; am 22. 11. nominierte ihn der Landesausschuß als seinen Vertreter beim Generalkommando. Nach dem Urteil Schulers (vgl. Nr. 23, S. 424) wurde Linse am 12. 12. nicht mehr in den Landesausschuß gewählt, weil er sich „durch seinen blutig[en] politischen Dilettantismus blamiert hatte"; vgl. auch Hahn (S. 21), der Linse in Schutz nimmt, denn man habe ihm auf der 2. Landesversammlung „sehr zu Unrecht" alle Schuld an den „keineswegs verwunderlichen Zuständen" gegeben.

[14]) Nachdem die Garnisonen in Isny (vgl. Hahn, S. 18 ff.), Ulm (vgl. Ernst, S. 176 f.) und Ludwigsburg (s. Nr. 23, S. 428 ff.) bereits im November 1918 selbständig Sicherheitsbataillone gebildet hatten, berief das Generalkommando für den 9. 12. eine Konferenz von Vertretern aller Garnisonen nach Stuttgart ein, um eine einheitliche Organisation des Sicherheitsdienstes vorzubereiten. Diese Konferenz erarbeitete einen Organisationsentwurf, der vor allem auf den in Ludwigsburg, Ulm und Isny gemachten praktischen Erfahrungen basierte. Nach weiteren Beratungen mit Vertretern des Innenministeriums und der Landespolizei wurde dieser Entwurf der Landesversammlung am 11. 12. zur Verabschiedung vorgelegt. Vgl. Hahn, S. 20 f., 67 f.; Darstellungen V, S. 11 f., und Kluge, S. 104 f.

[15]) Vgl. dazu den Bericht des Schwäbischen Merkurs (Nr. 585 vom 12. 12. 1918), wonach sich in

Der Entwurf des Organisationsstatuts liegt im Druck vor[16]) und wurde kurz begründet[17]). Dann trat die Mittagspause ein.
Zu Beginn der Nachmittagssitzung hielt KINKEL eine Ansprache, in der er die Grüße der Kameraden von der 7. Landwehrdivision in Odessa überbrachte. Er teilte über die Lage in der Ukraine und darüber, zu was alles die Division verwendet werden sollte, manches Interessante mit[18]). Die Division habe sich aber nicht zu allem hergegeben und einen Soldatenrat gegründet, ehe sie von den Vorgängen in der Heimat Kenntnis hatte.
Vorsitzender FISCHER dankte dem Redner, betonte aber, daß Kinkel seine Mitteilungen unter eigener Verantwortung gemacht habe.
Hierauf wird in die sehr lange und zum Teil heftige Diskussion über den Bericht des provisorischen Landesausschusses eingetreten, bei der gegen eine Reihe von Personen heftige Angriffe gerichtet werden. Teils sollten sie zuwenig Rückgrat gezeigt, teils nicht genügend darauf geachtet haben, daß zweifelhafte Personen aus wichtigen Stellungen entfernt, ja solche in verantwortliche Posten berufen wurden[19]).
In seinem Schlußwort betonte WICKER, daß der Landesausschuß alles getan habe, was in seinen Kräften stand. Was man heute vermisse, werde sicher der neue Landesausschuß nachholen.
Aus dem Bericht der Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 226 stimmberechtigte Vertreter anwesend sind, während 24 Vertreter fehlen. Die Delegierten verteilen sich auf 24 Standorte und vertreten 122621 Kameraden. Außerdem sind anwesend der

---

der Versammlung „stürmischer Widerspruch" erhob und man die weitere Behandlung des Entwurfs zurückstellte. Kriegsminister Fischer, der sich auch in der Folgezeit gegen die Einrichtung eines Sicherheitsdienstes wandte, erklärte, daß der Landesausschuß von den Einzelheiten des Entwurfes keine Kenntnis gehabt hätte (so übereinstimmend auch die Versammlungsberichte im Stuttgarter Neuen Tagblatt Nr. 631 vom 12. 12. 1918 M und in der Württemberger Zeitung Nr. 292 vom 12. 12. 1918). Zur weiteren Behandlung dieses Entwurfes durch die 2. Landesversammlung s. unten S. 125.

16) Bei den Materialien zur 2. Landesversammlung der S.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20) findet sich die gedruckte Fassung dieser Vorlage („Entwurf eines Organisationsstatuts"), welche die am 17. 11. eingesetzte Redaktionskommission (vgl. Nr. 4, S. 98 und Nr. 23, S. 422) ausgearbeitet hatte. Zur Verabschiedung dieser Vorlage s. unten S. 123.

17) Als Berichterstatter der Redaktionskommission erläuterte Esslinger die Vorlage. Wie dem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts (Nr. 630 vom 11. 12. 18 A) zu entnehmen ist, wurde seine Begründung „des öfteren mit starkem Widerspruch aufgenommen".

18) Nach dem Bericht der Württemberger Zeitung (Nr. 292 vom 12. 12. 1918) zählte Kinkel u. a. „eine Reihe von Mißgriffen der deutschen Heeresverwaltung auf", die schließlich zur Ermordung des Generalfeldmarschalls von Eichhorn geführt hätten (vgl. dazu Borowsky, S. 161 f.; Fischer, S. 13 ff.). „Bis zuletzt" sei es die Absicht der deutschen Regierung und der Obersten Heeresleitung gewesen, „in die inneren Verhältnisse der Ukraine einzugreifen und die Aufständischen zu entwaffnen". Dadurch sei die Gefahr immer größer geworden, „daß nur noch wenige von der schwäbischen Division von den erbitterten Ukrainern die Möglichkeit zur Heimkehr erhalten hätten". Vgl. auch Anm. 8.

19) Schon wenige Tage nach der Konstituierung des Landesausschusses war dessen Arbeit in das Kreuzfeuer heftiger Kritik geraten. In einer Zusammenkunft von Vertretern der größeren Garnisonen, die der Ludwigsburger Garnisonratsvorsitzende Reiner noch vor der 2. Landesversammlung auf Vorschlag von Hahn organisiert hatte, war man übereingekommen, „den Landesausschuß zu verstärken und umzubilden" (s. Nr. 23, S. 423). Auf der 2. Landesversammlung selbst wurde Linse am schärfsten kritisiert, dem man vorwarf, er habe als Vertreter im stellvertretenden Generalkommando versagt (vgl. Anm. 13). Mehrere Delegierte äußerten, wie die Württemberger Zeitung (Nr. 292 vom 12. 12. 1918) berichtete, die Meinung, daß „das System in wesentlichen Dingen das alte geblieben [sei], und was bis jetzt von den Behörden an Befehlen ausgegangen sei, sei genauso dumm wie früher". Besonders ausführlich beschäftigte sich die Landesversammlung mit der Personalpolitik des Landesausschusses, der u. a. einen Oberzahlmeister als fachmännischen Berater in das Kriegsministerium delegiert hatte, der, wie sich allerdings erst später herausstellte, Mitglied der Vaterlandspartei gewesen war.

Landesausschuß[20]), der Redaktionsausschuß[21]), Ministerpräsident Blos und Minister Crispien.
Bei der Besprechung des Organisationsstatuts wurde die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt. Nach längerer Debatte[22]) wurde das Statut, über dessen einzelne Abschnitte getrennt abgestimmt wurde, ohne wesentliche Änderungen angenommen[23]).
Ein Antrag der Ulmer Delegierten, das Tragen der Reichskokarde weiter zu gestatten[24]), wurde mit großer Mehrheit angenommen[25]).
Eine längere Debatte zeitigte Punkt 3, Stellungnahme zur Reichskonferenz. Ein Antrag, die Delegierten zur Reichskonferenz sollen dafür tätig sein, die Wahl zur konstituierenden Nationalversammlung möglichst weit vorzulegen[26]), wurde angenommen.
Nachdem die Vertagung auf Donnerstag vormittag 9 Uhr beschlossen war, entspann sich noch eine lange und zum Teil sehr erregte Debatte über die Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz in Berlin[27]), so daß das Resultat der Wahl nicht mehr bekanntgemacht werden konnte. Um 1/2 8 Uhr wurde Schluß gemacht. – Heute gehen die Verhandlungen weiter.
Die Beratungen[28]) wurden gestern vormittag [12. Dezember 1918] 1/4 10 Uhr von GÖTZ (Ulm) wieder eröffnet.

---

[20]) Dem Landesausschuß gehörten bis zur 2. Landesversammlung sieben Mitglieder an; vgl. Nr. 4 Anm. 81.
[21]) Auch dem Redaktionsausschuß gehörten sieben Delegierte an, s. Nr. 4, S. 98.
[22]) Vgl. dazu den Bericht der Württemberger Zeitung (Nr. 292 vom 12. 12. 1918): „Besonders scharfer Widerspruch wird laut gegen vorgesehene Übergangsbestimmungen für die Dauer der Entmobilmachung, denen zufolge die Wahlen der Vorgesetzten bis auf weiteres zu unterbleiben haben. Als die Bestimmung in dieser Form abgelehnt wird, hebt Kriegsminister Fischer die Notwendigkeit hervor, die aktiven Offiziere der jetzt zur Auflösung kommenden Reserve- und Landwehrregimenter zu anderen Truppenteilen zu versetzen, zu denen sie zunächst wenigstens rechnerisch gehören sollen, bis über ihr Schicksal endgültig durch die Nationalversammlung entschieden werde."
[23]) Der verabschiedete Entwurf, der als „Bestimmungen für den Soldatenrat von Württemberg" am 16. 12. 1918 veröffentlicht wurde (s. unten Nr. 27), entspricht weitgehend der von der Redaktionskommission ausgearbeiteten Vorlage (vgl. Anm. 16).
[24]) Der Landesausschuß hatte am 29. 11. 1918 in Übereinstimmung mit Kriegsminister Fischer das Tragen der Reichskokarde untersagt. Die Ulmer Antragsteller werteten diese Anordnung zwar als „Protest gegen den alten deutschen Militarismus", verlangten aber dennoch ihre Aufhebung, weil sie bei den aus dem Felde zurückkehrenden Truppen „auf Schwierigkeiten und Widerstand" stoße. Außerdem versinnbildliche die Reichskokarde die von den S.-Räten angestrebte Reichseinheit (so die Ulmer Antragsbegründung, abgedruckt in: Donauwacht Nr. 290 vom 11. 12. 1918); vgl. Kluge, S. 102 f.
[25]) Dieser Beschluß wurde „gegen 20 Stimmen gefaßt" (vgl. Württemberger Zeitung Nr. 292 vom 12. 12. 1918).
[26]) Dieser Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Die von der Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs gewählten Delegierten zur Reichskonferenz haben den ausdrücklichen Wunsch der Landesversammlung, den Termin für die Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung soweit als möglich vorzuverlegen, in der Reichskonferenz der A.- und S.-Räte in Berlin am 16. Dezember in bestimmter Weise Ausdruck zu geben und dafür nach Kräften einzutreten" (zitiert nach Stuttgarter Neues Tagblatt Nr. 631 vom 12. 12. 1918 M; vgl. auch Nr. 23, S. 427).
[27]) Anlaß dieser Debatte war, daß der Landesausschuß Schuler als Delegierten vorschlug, den er bereits am 8. 12. nach Berlin entsandt hatte, um Vorarbeiten zu erledigen. Die Versammlung stellte sich zunächst auf den Standpunkt, daß alle vier Delegierte, die zu wählen waren, auch in der Versammlung anwesend sein müßten. Nach langer Diskussion wurde schließlich mit knapper Mehrheit ein Antrag angenommen, der auch die Wahl von Delegierten zuließ, die nicht anwesend waren. Vgl. dazu die Berichte im Stuttgarter Neuen Tagblatt Nr. 631 vom 12. 12. 1918 M und im Schwäbischen Merkur Nr. 585 vom 12. 12. 1918; s. auch Nr. 23, S. 424.
[28]) Bei der nun folgenden Textpassage handelt es sich um den Bericht der Schwäbischen Tagwacht Nr. 294 vom 13. 12. 1918.

Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, gibt BÖLZ (Stuttgart) das Ergebnis der Delegiertenwahl zur Reichskonferenz bekannt. Abgegeben wurden 212 gültige Zettel und [es] wurden gewählt: Ulrich[29]) (Ulm) mit 187, Götz (Ulm) mit 175, Frick (Stuttgart) mit 166 und Schuler (Ludwigsburg) mit 113 Stimmen.
Ein Geschäftsordnungsantrag, der bestimmt, daß der Absatz V des Organisationsstatuts (Lazarettordnung) noch beraten werden soll, wenn die Zeit hierzu reicht, wurde angenommen[30]).
Zu Punkt 5 der Tagesordnung, Wahl des Landesausschusses, macht FISCHER (Stuttgart) darauf aufmerksam, daß sich laut Organisationsstatut die Mitgliederzahl von sieben auf 21 erhöht. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß in den Landesausschuß Kameraden zu wählen sind, welche durch ihre politische Tätigkeit bewiesen haben, daß sie auf dem Boden der Revolution stehen und auch in den technischen Fragen den Anforderungen, welche an sie gestellt werden, gerecht zu werden vermögen. Der neue Landesausschuß müsse sehr viel nachholen, was bisher versäumt worden sei. Nur durch intensive Arbeit, auch in der Aufklärung der Öffentlichkeit, werde den ausschweifenden Gerüchten, welche über den S.-Rat im Umlauf seien, der Boden entzogen werden.
Hierauf wurde die Kandidatenliste zum Landesausschuß aufgestellt, eine Wahlkommission von zehn Mitgliedern bestimmt und zur Wahl geschritten.

FISCHER (Stuttgart) führte zur Diätenfrage aus, daß die Tätigkeit des S.-Rats seither entschädigt wurde mit 15 Mark pro Tag. Die fernere Regelung dieser Frage solle dem Landesausschuß überlassen werden, welcher sie in Gemeinschaft mit dem A.-Rat erledigen werde. Die Kosten, die durch den Landesausschuß anfallen, gehen zu Lasten des Staates, da der A.- und S.-Rat etwa die Stelle des Landtags vertrete, welcher ohne Revolution jetzt ja auch tagen würde.
Dem Vorschlag wird unter der Voraussetzung stattgegeben, daß die Höhe der Diäten veröffentlicht werden soll.
In einer persönlichen Erklärung wendet sich der Kriegsminister FISCHER gegen die Gerüchte, welche über ihn im Umlauf seien. Er erklärt, daß er die Wohnung des früheren Kriegsministers v. Marchtaler[31]) noch nie betreten habe, also auch nicht dort wohnen könne, mit dem Auto fahre er fast nie, nur wenn es absolut nicht anders gehe. Er sei noch nie bestraft, er sei auch nicht Schneider, Schuster usw., sondern Angestellter des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Er sei seit 1914 im Felde [gewesen] und in dieser Zeit dreimal verwundet worden. Was sonst über ihn gesprochen werde, sei ihm gleichgültig[32]).

---

[29]) Fritz Ulrich (1888–1969), von Beruf Schriftsetzer, seit 1912 Redakteur des Neckar-Echos (Heilbronn), 1919–33 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD), 1930–33 Mitglied des Reichstags (SPD); 1933 acht Monate im Konzentrationslager Heuberg inhaftiert, 1944 im Konzentrationslager Dachau; 1946–56 Innenminister von Württemberg-Baden bzw. von Baden-Württemberg; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 392; Keil, Erlebnisse II, passim.

[30]) Dieser Abschnitt war zunächst dem Landesausschuß zur endgültigen Beschlußfassung überwiesen worden, weil mehrere Abänderungsanträge vorlagen. Vgl. die handschriftlichen Anträge in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20.

[31]) Otto von Marchtaler, General der Infanterie, 1906–18 württembergischer Kriegsminister und stellvertretender kommandierender General des XIII. Armeekommandos.

[32]) Zu den Intrigen, die darauf abzielten, Fischer zum Rücktritt zu zwingen, vgl. Nr. 23, S. 396 f. Am 6. 12. 1918 wollte Fischer selbst zurücktreten, der Landesausschuß bat ihn aber „bis zur Konstituante" im Amt zu bleiben. Am gleichen Tage behandelte das Kabinett ein Schreiben Fischers, in dem dieser „hauptsächlich aus persönlichen, in seiner Gesundheit liegenden Gründen seinen Rücktritt erklärte". Sämtliche Minister bedauerten – so das Kabinettsprotokoll – „aus persönlichen und sachlichen Gründen dieses Vorhaben", und Blos forderte Fischer auf, seinen Entschluß zu überdenken (HStA Stuttgart, E 130 b 214). Der 2. Landesversammlung

Zu dem gestern zurückgestellten Punkt Entwurf von Grundsätzen zur Bildung eines Sicherheitsdienstes erhält HAHN[33]) (Isny) das Wort. Er betonte, daß er versuchen werde, eine Sache, die durch die gestrigen Verhandlungen als verloren gelte, zu retten. Es müsse zum Schutze des Staatseigentums, der militärischen Werte, etwas getan werden. Es müsse ein Organ für Ordnung und Sicherheit geschaffen werden. Redner stellt fest, daß auch der Landesausschuß gefordert habe, daß in der Frage etwas geschehe. Aber in der Auswahl der Personen zu dieser Truppe müsse die größte Sorgfalt obwalten. Nur besonnene Elemente könnten dafür in Betracht kommen. Das Land solle in 13 Bezirke eingeteilt werden, in denen die einzelnen Kompanien, aus welchen der Sicherheitsdienst besteht, tätig sein sollen. Die einzelnen Kompanien sollen einer Zentralleitung unterstellt, im Soldatenrat verankert und so ein Mißbrauch der Organe des Sicherheitsdienstes, möge er kommen, woher er wolle, vermieden werden. Gehen wir in dieser Frage von dem obersten Gesichtspunkt aus, daß etwas geschehen muß, um das staatliche und private Eigentum zu schützen (Beifall).
In der Diskussion, an der sich KOHLER (Stuttgart), BUCKEL (Heilbronn), KINKEL (Odessa) und BIESINGER (Stuttgart) beteiligen, kommt zum Ausdruck, daß der Sicherheitsdienst neben dem Schutze des Eigentums, dem Wachdienst usw. auch als Beschützer der Revolution dienen müsse, wenn derselben Gefahr drohe. Deshalb müssen diejenigen, welche den Sicherheitsdienst auszuüben haben, auf Herz und Nieren geprüft werden. Der Entwurf wird in seinen Grundlinien angenommen[34]).
Inzwischen konnte das Wahlergebnis mitgeteilt werden. In den Landesausschuß wurden gewählt und erhielten:

---

der S.-Räte lag eine von 14 Delegierten unterzeichnete Anfrage vor, „ob es eine Nebenregierung Reiner-Ludwigsburg (mit Unterstützung Linse)" gebe; es seien Gerüchte im Umlauf, daß „Kriegsminister Fischer zum Rücktritt gezwungen werden soll" (ebd., Büschel 20).

[33]) Paul Hahn (1883–1952), von Beruf Lehrer, als Kunstmaler tätig, gründete 1911 eine Werkstätte für graphische Kunst; seit Oktober 1914 als Kriegsfreiwilliger an verschiedenen Frontabschnitten. Ende 1917 typhus- und malariakrank ins Lazarett eingeliefert; ab März 1918 als Leutnant in der 5. Ersatz-Maschinengewehrkompanie in Isny; am 9. 11. 1918 zum Vorsitzenden des vereinigten Garnisonsoldatenrates von Isny und Leutkirch gewählt; vom 12. 12. 1918 bis zum 21. 3. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 vom Landesausschuß mit der Kontrolle des Sicherheitsdienstes beauftragt. Anfang Januar 1919 übernahm Hahn die Zentralleitung der Sicherheitstruppen; in dieser Stellung war er verantwortlich für den Schutz der Regierung während der Januarunruhen in Stuttgart (vgl. Nr. 11). Obwohl Hahn in der Folgezeit bei den Auseinandersetzungen um den weiteren Ausbau des Sicherheitsdienstes für das Konzept des Generalkommandos eintrat und die Vorstellungen des Kriegsministers ablehnte, ernannte ihn die Regierung am 17. 3. 1919 zum „Befehlshaber der Sicherheitskompanien". Diese Funktion behielt er trotz heftiger Kritik der S.-Räte (vgl. Nr. 7 S. 172 ff.) auch nach seinem Rücktritt aus dem Landesausschuß der S.-Räte am 21. 3. 1919 bis zur Auflösung der Sicherheitskompanien im Juli 1919 bei. Anschließend war Hahn bis April 1922 im Polizeidienst der Stadt Stuttgart tätig, zuletzt als Oberpolizeidirektor. In seinen 1923 veröffentlichten „Erinnerungen aus der Revolutionszeit in Württemberg" schildert Hahn anschaulich seine eigene Tätigkeit in den Jahren 1918/19 sowie Entstehung, politische Bedeutung und militärische Wirksamkeit der württembergischen S.-Räte.

[34]) Nach weiteren Beratungen mit Vertretern des Generalkommandos und des Kriegsministeriums wurde dieser Entwurf am 20. 12. 1918 als Verfügung des Generalkommandos erlassen (abgedruckt u. a. bei Hahn, S. 56–58). Diese Verfügung bestimmte, daß 15 Sicherheitskompanien zu je 300 Mann gebildet werden sollten. Bereits Mitte Januar wurde aber der weitere Ausbau auf insgesamt 30 Kompanien beschlossen; bis Ende März waren 27 Kompanien zu je 300 Mann aufgestellt (vgl. dazu den ausführlichen Rechenschaftsbericht der Zentrale für Sicherheitskompanien auf der 4. Landesversammlung, Nr. 7, S. 167 f.). Im Mai 1919 war der Personalbestand der württembergischen Sicherheitstruppen auf 11 000 Mann angewachsen; vgl. Kluge, S. 109; Hahn, S. 24 ff., 55 ff.; Darstellungen V, S. 11 ff.; s. auch Kohlhaas, Männer und Sicherheitskompanien, S. 92–97. Den Ausbau der in Ludwigsburg stationierten Sicherheitskompanien schildert sehr anschaulich der Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (s. Nr. 23, S. 428 ff.).

Bettinger-Stuttgart (205 Stimmen), Wollbold-Heilbronn (202), Wicker-Ulm (200), Frick-Stuttgart (193), Metzger[35])-Ludwigsburg (185), Stanecker[36])-Reutlingen (179), Gruhnert-Stuttgart (170), Schindler[37])-Münsingen (167), Hitzler-Stuttgart (164), Schäffler-Gmünd (163), Salzer[38])-Ulm (163), Hof-Ulm (161), Hahn-Isny (150), Bölz-Stuttgart (147), Ackermann-Ravensburg (140), Reber-Ulm (138), Klotz[39])-Ulm (138), Rueß[40])-Kirchheim (137), Seiffer-Ludwigsburg (134), Bechtle-Freudenstadt (128), Denz-Eßlingen (127).

Der Garnisonrat Ulm legt der Landesversammlung folgende Resolution zur Beschlußfassung vor:

„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs unterstützt die jetzige provisorische Regierung im Interesse der Erhaltung der Ordnung und Ruhe, die allein das Zustandekommen der Nationalversammlung auf wirklich freiheitlicher Grundlage verspricht. Sie kann nicht dulden, daß eine einzelne Partei auf Kosten der Allgemeinheit Sonderpolitik treibt. Sie verurteilt daher entschieden alle dahin gerichteten Gewaltmaßnahmen und Sonderinteressen, insbesondere die Bestrebungen der Spartakusgruppe, die die Reichseinheit gefährden.

Unser Volk hat die größte Revolution der Weltgeschichte in einer seiner seitherigen Kultur würdigen Weise durchgeführt. Die Soldatenräte Württembergs beugen sich daher weder einer Willkür von links noch einer solchen von rechts und verurteilen jede darauf gerichtete Gewaltherrschaft. Sie lehnen einmütig jeden Versuch ab, das Heer für eine monarchische Reaktion oder bolschewistischem Terror zu mißbrauchen. Sie fordern die Einberufung der verfassunggebenden Nationalversammlung, die über die künftige Staatsform entscheidet und die vom Vertrauen der Volksgesamtheit getragen ist. Im Interesse der schleunigsten Herbeiführung des Friedens und des schnellmöglichsten Wiederaufbaues unserer Volkswirtschaft und Regelung der Ernährungsfrage des deutschen Volkes ist die Nationalversammlung allerschnellstens einzuberufen, um eine anerkannte verhandlungsfähige Volksregierung zu bilden[41])."

---

[35]) Metzger, Unterzahlmeister, vom 12. 12. 1918 bis zum 20. 1. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 vom Landesausschuß mit der Kontrolle der Intendantur beauftragt.

[36]) Hermann Stanecker, Sergeant im Reservelazarett in Reutlingen, vom 12. 12. 1918 bis zum 30. 9. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, ab 13. 12. 1918 dessen zweiter Schriftführer, gleichzeitig mit der Kontrolle des Sanitätsamtes beauftragt; ab 24. 3. 1919 übernahm er die Kontrolle der Intendantur.

[37]) Ernst Schindler, Schütze in der 3. Ersatz-Maschinengewehrkompanie in Münsingen, vom 17. 11. 1918 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, zunächst zuständig für die Beantwortung von Anfragen, ab 24. 3. 1919 Mitglied der Propaganda-Abteilung des Landesausschusses.

[38]) Ludwig Salzer, Zahlmeister im Pionierbataillon 13 in Ulm, vom 12. 12. 1918 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 vom Landesausschuß mit der Kontrolle der Verwaltungsabteilung des Kriegsministeriums beauftragt.

[39]) Paul Klotz, Unteroffizier, vom 12. 12. 1918 bis zum 30. 9. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 vom Landesausschuß mit der Kontrolle des Kriegsministeriums, Abteilung Allgemeines beauftragt.

[40]) Jakob Rueß (geb. 1881), von Beruf Schreiner, am 12. 12. 1918 in den Landesausschuß der S.-Räte gewählt, aus dem er aber bereits wieder am 17. 12. 1918 auf Wunsch des S.-Rates Kirchheim, dem er angehörte, ausschied, weil in Kirchheim außer ihm „gar keine politisch gebildeten Mitglieder" zur Verfügung standen (so das Schreiben des S.-Rates Kirchheim vom 14. 12. 1918 an den Landesausschuß, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 14); kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 79); seit 1919 Angestellter im Holzarbeiterverband; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 581.

[41]) Eine maschinenschriftliche Fassung dieser Resolution (datiert: Ulm, den 8. Dezember 1918) befindet sich bei den Materialien zur 2. Landesversammlung (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20).

Diese Resolution wird von der mehr als 200 Mitglieder starken Versammlung gegen sechs Stimmen angenommen. Weiter liegt vom Garnisonrat Ulm der Antrag vor, die Reichsregierung möge eine Note an die Ententemächte richten folgenden Inhaltes:
„Meldungen aus den alliierten Ländern und den besetzten Gebieten besagen, daß die alliierten Mächte die deutschen A.- und S.-Räte nicht anerkennen. Mitglieder der A.- und S.-Räte im linksrheinischen Gebiet werden interniert. Die Offiziere der alliierten Armeen verweigern den Verkehr mit deutschen A.- und S.-Räten. Von deutschen A.- und S.-Räten ordnungsgemäß ausgestellte Entlassungspapiere werden nicht anerkannt. Die deutsche Regierung der A.- und S.-Räte wird als Ordnungswidrigkeit angesehen. Dieser Auffassung scheint ein Mißverständnis zugrunde zu liegen.
Die alliierten Regierungen haben jahrelang gegen den deutschen preußischen[42]) Militarismus gekämpft. Das deutsche Volk hat die Verderblichkeit und die moralische Verworfenheit des militaristischen Regiments erkannt und hat es gestürzt. Seine Handlungsweise steht in vollkommenem Einklang mit dem Urteilsspruch der ganzen Welt. Lediglich als Rückhalt der vorläufigen Regierung[43]) und als Kampforganisation gegen den Militarismus und die bisherige Herrenklasse, nicht zum gleichen Zweck wie in Rußland, wurden die A.- und S.-Räte übernommen.
Die deutschen A.- und S.-Räte lehnen in ihrer überwiegenden Mehrheit jede Diktatur, auch die des Proletariats, ab. Sie bereiten die Nationalversammlung vor; inzwischen bleiben sie gegen den Militarismus kampfbereit und halten die Ordnung infolge des Vertrauens der Massen zu ihnen aufrecht. Mit den russischen Sowjets verbindet sie lediglich Ähnlichkeit der Form. In Wirklichkeit sind sie für die Welt die Bürgen eines freien, demokratischen Deutschlands. Mißtrauen gegen sie ist nicht berechtigt.
Die Anhänger des früheren deutschen Regiments benützen das Mißtrauen der Alliierten gegen die A.- und S.-Räte zur gegenrevolutionären Agitation. Es wäre doch vollkommen sinnlos, wenn die alliierten Regierungen ihren jahrelangen verhaßten Gegner, den deutschen Militarismus, gegen seine Feinde im eigenen Lande unterstützen würden.
Die heutige antimilitaristische Regierung bittet, als das aufgefaßt zu werden, was sie sein will: als die Trägerin des in der ganzen Welt siegreichen Gedankens der Freiheit und des Rechts in Deutschland."
Ein Geschäftsordnungsantrag, alle anderen Anträge dem Landesausschuß zur Weiterbehandlung zu überweisen, wird abgelehnt und die Fliegerangelegenheit behandelt.
Vorsitzender FISCHER verurteilt das Vorgehen der Böblinger Fliegerabteilung[44]) und betont, daß sie sich durch Abwerfen von Flugblättern in ganz Württemberg, ehe die Sache untersucht und geklärt war, einer groben Disziplinlosigkeit schuldig gemacht habe. Er verlangt, daß er die Schuldigen zur Verantwortung ziehen dürfe, andernfalls er es ablehnen müsse, weiterhin Leiter des Kriegswesens zu bleiben.

---

[42]) In der maschinenschriftlichen Fassung dieses Antrags der Ulmer Garnison vom 8. 12. 1918, die sich bei den Materialien zur 2. Landesversammlung befindet (vgl. Anm. 41), heißt es an dieser Stelle: „gegen den preußisch deutschen Militarismus".

[43]) Die Worte „als Rückhalt der vorläufigen Regierung" sind in der maschinenschriftlichen Fassung nicht enthalten.

[44]) Böblinger Flieger hatten am 10. 12. 1918 Kriegsminister Fischer aufgesucht und davon unterrichtet, daß ihr Hauptmann sie von dem „Plan einer Mobilmachung der Flieger zu gegenrevolutionären Zwecken" (so die Württemberger Zeitung Nr. 293 vom 13. 12. 1918) in Kenntnis gesetzt habe. Obwohl Fischer seine Besucher bat, nichts zu unternehmen, bevor man dieses Gerücht überprüft habe, warfen die Böblinger Flieger noch am gleichen Tage über ganz Württemberg Flugblätter ab, in denen vor der drohenden Gegenrevolution gewarnt wurde. Vgl. dazu auch den Bericht des Schwäbischen Merkurs Nr. 586 vom 13. 12. 1918.

JAUSS (Böblingen) verteidigt die Flieger und betont, die Fliegerabteilung Böblingen sei kein Asyl für obdachlose Offiziere. Es sei besser, das Volk zu früh auf eine Gefahr aufmerksam zu machen als zu spät.
Nach lebhafter Debatte wird die Angelegenheit mit der Feststellung, daß die Flieger eine Übereiltheit begangen haben, verlassen.
Ein Antrag, alle restlichen Anträge dem Landesausschuß zur Regelung zu überlassen, wird nunmehr angenommen.
Vorsitzender FISCHER konstatiert die Erschöpfung der Tagesordnung und schließt mit einer zündenden Ansprache, in der er die neugewählten Landesausschußmitglieder sowie alle örtlichen S.-Räte zu intensiver Aufklärungsarbeit auffordert, die schön verlaufene zweite Landesversammlung der S.-Räte Württembergs um 1 Uhr.

## 6. Dritte Landesversammlung am 21./22. Januar 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20. Gedruckter Sitzungsbericht[1]). Überschrift: „Bericht der Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs am 21. und 22. Januar 1919."**

Eröffnung der Versammlung um 9 Uhr durch den Vorsitzenden WICKER:
Wir sind heute zum dritten Male hier in diesem Saale versammelt[2]), im Interesse unserer Mandatgeber, der Soldatenräte Württembergs, für sie zu beschließen. Im Namen des Landesausschusses heiße ich Sie alle herzlich willkommen und hoffe, daß unsere heutige Tagung Beschlüsse fassen möge für unsere jetzigen und späteren Interessen. Wir sind herausgeboren aus der Revolution, wir haben uns alle befestigt im Sinne der Neugeburt des Volkes. Heute wollen wir stille stehen in unserer rastlosen Tätigkeit und rückwärts blicken, was wir getan haben und weiter beschließen für unsere Zukunft. Ich denke nicht daran, daß durch die Wahl der Landes- und Nationalversammlung[3]) unsere Tätigkeit beendet sein wird[4]). Es fragt sich nun, was wir den beiden (Landes- und Nationalversammlung) übergeben. Vor allen Dingen die Errungenschaften der Revolution, was in unserer Bestrebung steht und nach besten Kräften der Vollendung entgegengeht. Dies soll der Inhalt unserer dritten Landesversammlung sein (Bravo!).

Ministerpräsident BLOS: Geehrte Soldatenräte! Ich begrüße Sie im Namen der provisorischen Regierung und möchte Ihnen deren Dank aussprechen für die Dienste, die Sie uns durch Ihre Mitarbeit geleistet haben. Wir sind jetzt so weit, daß sich die Verhältnisse in Deutschland, speziell aber bei uns in Württemberg, nach und nach klären und

---

[1]) Diesem gedruckten Sitzungsbericht, der vom Landesausschuß der S.-Räte am 5. 2. 1919 an die Garnisonräte verschickt wurde (vgl. dazu das Rundschreiben des Landesausschusses an die einzelnen Garnisonen, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 23), liegt ein maschinenschriftlicher Entwurf zugrunde (ebd., Büschel 20), in dem zahlreiche Korrekturen eingetragen sind. Diese Korrekturen, die vor allem in dem von Wicker erstatteten Rechenschaftsbericht zu finden sind, wurden jedoch bereits in die vom Landesausschuß verschickte Druckfassung übernommen. Einer Fußnote (vgl. Anm. 58) ist zu entnehmen, daß die Sitzung größtenteils von einem Stenographen protokolliert wurde; dieses stenographische Protokoll konnte aber nicht aufgefunden werden. Teilweise ausführliche Berichte über den Verlauf der Versammlung veröffentlichten das Stuttgarter Neue Tagblatt (Nr. 35 vom 21. 1. 1919 A; Nr. 36 vom 22. 1. 1919 M; Nr. 37 vom 22. 1. 1919 A), die Württemberger Zeitung (Nr. 17 vom 22. 1. 1919), die Schwäbische Tagwacht (Nr. 17 vom 22. 1. 1919), die Süddeutsche Zeitung (Nr. 20 vom 22. 1. 1919) und der Schwäbische Merkur (Nr. 34 vom 22. 1. 1919). Erwähnt wird die 3. Landesversammlung auch im Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (vgl. Nr. 23, S. 424 f.) und im Manuskript Troß (HStA Stuttgart, Heeresarchiv, Sammlung Hahn 23). In der Literatur finden sich knappe Hinweise bei Hahn (S. 43), Blos (Monarchie I, S. 106), Darstellungen V (S. 23), Weller (Staatsumwälzung, S. 178 f.) und Kluge (S. 108).

[2]) Die 3. Landesversammlung der S.-Räte fand im Gustav-Siegle-Haus in Stuttgart statt. Zur 1. Landesversammlung am 17. 11. 1918 vgl. Nr. 4; zur 2. Landesversammlung am 11./12. 12. 1918 s. Nr. 5.

[3]) Die Wahlen zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung hatten am 12. 1. 1919, die zur Nationalversammlung am 19. 1. 1919 stattgefunden. Zu den Wahlergebnissen s. die tabellarischen Übersichten S. 470 ff.

[4]) Die Auffassung, die Räte seien nur eine Übergangserscheinung und hätten ihre Tätigkeit mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung einzustellen, wurde nicht nur in den bürgerlichen Parteien, sondern auch von führenden Sozialdemokraten vertreten. Vgl. dazu Kolb, S. 169 ff.

wir uns der freiesten Verfassung der Welt erfreuen können. Durch die Klärung der inneren Verhältnisse sind wir auch so weit, daß der Druck von feindlicher Seite aus etwas nachgelassen hat. Und so wollen wir hoffen, daß wir in Bälde ein besseres und freieres Deutschland besitzen (Bravo!).
Hierauf erfolgte die Wahl der Mandatsprüfungskommission, die sich zusammensetzt aus folgenden Kameraden: Welde, Krauß[5]), Dürr[6]), Gutekunst, Weller.
Es wurde nun zur Tagesordnung übergegangen. Punkt 1: Bericht des Landesausschusses, erstattet durch Wicker.

[WICKER:] Seit unserer letzten Landesversammlung am 12. Dezember 1918[7]) ist die Organisation der Soldatenräte Württembergs durch die endgültige Annahme des Organisationsstatuts nicht mehr Provisorium, sondern definitiv konstituiert[8]). Von sieben Mitgliedern wurde der Landesausschuß auf 21 Mitglieder erhöht. Die Geschäftsleitung wurde entsprechend der bisherigen Arbeitsweise gegliedert in Vorstandschaft mit Vollzugsausschuß und Propagandaabteilung, sowie die Kontrollstellen beim Kriegsministerium, Generalkommando, Sanitätsamt, bei der Intendantur, beim Bekleidungsamt, Arbeitsministerium und der Linienkommandantur. Die letzteren Kontrollstellen waren nur zeitweise besetzt, soweit sich die Notwendigkeit aus den anfallenden Arbeiten jeweils ergab. In die abgelaufene Periode des Landesausschusses fielen die Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung. Durch die hiermit verbundenen politischen Ereignisse war die Zeit eine äußerst aufregende und arbeitsreiche. Der Landesausschuß hielt während dieser Zeit 22 Sitzungen zur Erledigung seiner laufenden Geschäfte, von denen drei gemeinsam mit dem Arbeiterrat stattfanden[9]). Ferner fanden statt fünf Ministerratsitzungen[10]) und eine Zusammenkunft der Vorsitzenden der Garnisonräte Württembergs[11]).
Am 13. Januar gingen die Berichte der Ministerien ein, aus denen folgendes hervorzuheben ist:
Die Erklärung der Landesversorgungsstelle besagt: Dem Schleichhandel[12]) ist von nun

---

[5]) Karl Krauß, Sergeant im Infanterieregiment 126 in Zuffenhausen, ab 11. 3. 1919 Mitglied des Garnisonrates Eßlingen.
[6]) Georg Dürr, Landsturmmann in der Sicherheitskompanie 9 in Reutlingen; vom 21. 3. 1919 bis zum 30. 9. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 24. 3. 1919 mit der Kontrolle des Arbeitsministeriums beauftragt.
[7]) Vgl. Nr. 5.
[8]) Das in der 2. Landesversammlung verabschiedete Organisationsstatut ist abgedruckt als Nr. 27.
[9]) Der Protokollbestand des Landesausschusses der S.-Räte im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 18) enthält für den Zeitraum vom 13. 12. 1918 bis zum 20. 1. 1919 insgesamt 25 durchnumerierte handschriftliche Sitzungsprotokolle. An 9 dieser 25 Sitzungen nahm auch der Landesausschuß der A.-Räte teil: 6 der gemeinsamen Sitzungen fanden während der Januarunruhen in Stuttgart statt (vgl. Nr. 11); drei weitere gemeinsame Sitzungen hielten die beiden Landesausschüsse am 23. 12. 1918, 17. 1. 1919 und 20. 1. 1919 ab. Im Protokollbestand des Landesausschusses der A.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84) befindet sich außerdem das Protokoll einer gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse, die am 15. 1. 1919 stattfand.
[10]) Im Protokollbestand des Staatsministeriums (HStA Stuttgart, E 130 b 214) befinden sich für den Zeitraum vom 16. 12. 1919 bis zum 4. 1. 1919 5 Protokolle von Ministerratssitzungen. Das nächste Sitzungsprotokoll, das in diesem Bestand vorliegt, betrifft eine Sitzung des Ministerrats am 3. 2. 1919.
[11]) Ein Protokoll dieser Sitzung, die am 14. 1. 1919 stattfand, befindet sich bei den Sitzungsprotokollen des Landesausschusses der S.-Räte (vgl. Anm. 9).
[12]) Nach einer Schätzung des Reichsernährungsministeriums umfaßte der Schleichhandel im Frühjahr 1919 ein Drittel der Warenmenge (vgl. Schieck, S. 50). In der Bekämpfung des Schleichhandels und der Versorgung der Bevölkerung mit preiswerten Lebensmitteln sahen die regionalen und lokalen Räteorganisationen eine ihrer wichtigsten Aufgaben. Vgl. Nr. 14–21; Dähn, S. 313 ff.

an vermehrt entgegenzutreten durch schärfere Bahnüberwachung und Mühlenkontrolle, durch Neuorganisation der Milch- und Fettversorgung. Die zu dieser Zeit bereits in Angriff genommene Bildung des Sicherheitsdienstes[13]) wurde zur Durchführung dieser Maßnahmen ins Auge gefaßt. Die Fleischversorgung wurde als genügend, d.h. den Umständen entsprechend als gut bezeichnet. Die Viehhalter suchten, um hohe Preise zu sichern, ihre Bestände abzustoßen, um der durch den nahen Frieden eventuell kommenden geringeren Nachfrage zu entgehen.
Die Brotversorgung ist wenig aussichtsreich, da die Eigenproduktion Württembergs nicht ausreicht und das Land deshalb vom Reiche abhängig ist. Die noch vorhandenen Vorräte reichen zwar noch für die nächsten Monate. Für die dann folgende Zeit wird die Versorgung von den Friedensbedingungen abhängig sein[14]).
Um der großen Arbeitslosigkeit, die mit der Demobilmachung zusammenhängt, zu steuern, sind von der Regierung in Staat und Gemeinde Arbeiten bereitgestellt worden, um den vom Heeresdienst Entlassenen Verdienst zu schaffen. Diese Arbeiten bestehen in Holzschlagen, Wegebauten, Neckarkanalisation, Hoch- und Tiefbauten. Sie sind für Tausende für längere Zeit ausreichend und stellen einen Aufwand von vielen Millionen Mark dar, der geeignet erscheinen dürfte, über die Not der nächsten Zeit hinwegzuhelfen.
Die Finanzwirtschaft des Landes ist als äußerst trüb zu bezeichnen. Allein die Teuerungszulagen von 1918 kosteten das Land über 130 Millionen. Die kommende Kriegsentschädigung wird ebenfalls noch bedeutende Forderungen stellen. Infolgedessen ist das Gebot der Stunde: Sparen.
Infolge der herrschenden Not an Rohstoffen und Kohlen sah sich das Arbeitsministerium gezwungen, die bereits eingeführte achtstündige Arbeitszeit[15]) auf fünf Stunden herabzusetzen, um Licht, Kraft und Heizungsmittel zu sparen. Durch die schlechten Transportverhältnisse ist in absehbarer Zeit keine Aussicht auf eine Besserung der Verhältnisse vorhanden, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Arbeitszeit noch mehr verkürzt werden muß. Feststehende Tatsache ist, daß unser Volk durch den Krieg verarmt ist und wir einer traurigen Zukunft entgegengehen.
Am 17. Dezember 1918 beschloß der Landesausschuß die Festlegung der Tagegelder, und zwar für Delegierte der Garnisonen 10 M., für Delegierte des Landesausschusses 15 M., für Auswärtige je 5 M. mehr.
Ferner wurde die Festsetzung des Zapfenstreichs für alle Militärpersonen auf 10 Uhr beschlossen. Ungefähr gleichzeitig erfolgte die Bildung des Sicherheitsdienstes. Die Leitung dieses Dienstes wurde dem Leutnant Hahn übertragen[13]).
Am 19. Dezember 1918 beschloß der Landesausschuß, Mannschaften des Sicherheitsdienstes außer ihren dienstgradmäßigen Gebührnissen eine Tageszulage von 5 M. zu gewähren. Es wurde vom Landesausschuß verlangt, daß zum Sicherheitsdienst vornehmlich ältere Leute mit sicherem Auftreten und möglichst politischer Schulung herangezogen werden. Militärische Disziplinarstrafen und Strafen wegen politischer Delikte sollen kein Hindernis sein. Das Vorgesetztenverhältnis beim Sicherheitsdienst wurde dahingehend geregelt, daß die Sicherheitskompanien den Garnisonräten unter-

[13]) Vgl. Nr. 5 Anm. 34.
[14]) Zur Brot- und Fleischversorgung vgl. den Bericht der Ernährungskommission des A.-Rates Groß-Stuttgart, Nr. 13d, S. 349.
[15]) Der Rat der Volksbeauftragten hatte in einem Aufruf vom 12. 11. 1918 (u. a. abgedruckt in: Regierung der Volksbeauftragten I, S. 37 f.) die Einführung des achtstündigen Arbeitstages verfügt: „Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten." Für Württemberg hatte Arbeitsminister Lindemann bereits am 15. 11. 1918 die Einführung des Achtstundentages in sämtlichen Gewerbebetrieben ab 18. 11. 1918 angeordnet (u. a. abgedruckt in: Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 45). Vgl. Blos, Monarchie I, S. 52 f.

stellt sind. Eine Zentralleitung unter Leutnant Hahn wurde beim Generalkommando in Stuttgart errichtet. Befehle der Zentralleitung haben an die Garnisonräte zu gehen. Außerachtlassung dieser Vorschrift ist nur zulässig in Fällen dringendster Not. Nachherige Benachrichtigung des Garnisonrates ist erforderlich. Oberste Behörde des gesamten Sicherheitsdienstes ist der Arbeiter- und Soldatenrat.
Durch den Leiter des Kriegswesens Fischer war schon seit einigen Tagen der Antrag gestellt, ihn von seiner Stelle zu entheben[16]). Die Regierung hielt jedoch im Einverständnis mit dem Landesausschuß diesen Rücktritt vor den Wahlen zur Landes- und Nationalversammlung als schädlich und kam deshalb dahin überein, Fischer im Amte zu belassen, ihm aber als Berater einen Offizier zur Seite zu geben, welcher auch während der zur Erhaltung seiner Gesundheit als äußerst notwendig bezeichneten Beurlaubung Fischers dessen Stellvertreter sein soll. Als solcher wurde auf Vorschlag der Regierung General Hofacker[17]) angestellt. Aus der Amtsführung dieses Herrn ist wenig zu melden, da er bereits wieder aus dem Kriegsministerium ausgeschieden ist. Die Veranlassung dazu ist nicht sicher festzustellen, doch kam im Landesausschuß der Soldatenräte zur Sprache, daß er General Haas und Oberst Ströhlin ohne Genehmigung des Landesausschusses zur Kontrolle des neu errichteten Sicherheitsdienstes veranlassen wollte[18]). Auch hatte er anläßlich der Gründung des Offiziersbundes in einer dort gehaltenen Ansprache die gewundene Erklärung abgegeben, seinen Kameraden (Offizieren) auf seinem Posten zu dienen; falls er dies nicht mehr könne, sei sein Dienst auf dem Kriegsministerium für ihn zu Ende.
Aus der vorerwähnten Versammlung der Offiziere und der damit zusammenhängenden Gründung des Württembergischen Offiziersbundes kamen auch verschiedene Bitten und Forderungen desselben zur Kenntnis des Landesausschusses. Der Offiziersbund wünscht vor allen Dingen in engere Fühlung mit dem Landesausschuß der Soldatenräte zu treten, eventuell eines seiner Mitglieder zu den Sitzungen desselben zu entsenden. Dieser Antrag wurde vorläufig vom Landesausschuß abgelehnt[19]). Der Offiziersbund hat sich auch dahin ausgesprochen, unlieb gewordene Offiziere, welche durch unsaubere Machenschaften den Offiziersstand diskreditieren, ohne Zutun anderer Kreise selbst zu entfernen. Auch stellte er sich auf den Boden der jetzigen Regierung und will mit dieser und in Gemeinschaft mit den Arbeiter- und Soldatenräten an der staatlichen Arbeit zum Wohle des Landes mitarbeiten.
Eine Aussprache über das Autowesen, zu welcher Hauptmann Wunderlich und Leutnant Honer geladen waren, stellte fest, daß es unter der jetzigen Kontrolle nicht mehr möglich ist, mit den Militärautos Spazierfahrten zu unternehmen. Die Dienst- und Kontrollverhältnisse seien genau geregelt, auch müssen unbedingt Betriebsstoffe und

---

[16]) Vgl. Nr. 5 Anm. 32.
[17]) Generalleutnant von Hofacker war am 20. 12. 1918 von der Regierung zum stellvertretenden Kriegsminister ernannt worden, trat aber bereits am 2. 1. 1919 wieder zurück. Blos (Monarchie I, S. 75) beurteilte Hofacker als „einen ganz konservativen Mann", der „aber die Fähigkeiten besaß, die bei Fischer vermißt wurden"; s. auch ebd., S. 85.
[18]) In der Sitzung des Landesausschusses am 30. 12. 1918 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18) hatte Hahn die Mitteilung gemacht, daß Hofacker „ohne sein Wissen" Haas und Ströhlin mit der Inspektion der Sicherheitskompanien beauftragt habe; Hofacker hätte ferner die Bildung von Sonderabteilungen unter der Führung von Offizieren angeregt. Zu Haas s. Nr. 7, S. 159. Oberst Ströhlin war am 18. 12. 1918 als Nachfolger von Ebbinghaus vom Generalkommando zum Stadtkommandanten von Stuttgart ernannt worden, der Garnisonsoldatenrat Stuttgart hatte seine Ernennung jedoch nicht bestätigt (vgl. auch Anm. 24).
[19]) In seiner Sitzung am 14. 1. 1919 hatte der Landesausschuß es abgelehnt, einen Delegierten des Offiziersbundes an seinen Sitzungen teilnehmen zu lassen. Von den Mitgliedern des Landesausschusses war lediglich Hahn in den Ende Dezember 1918 gegründeten Offiziersbund eingetreten, dessen Vorsitzender der Reservehauptmann und spätere DNVP-Reichstagsabgeordnete Fritz Wider war. Zur Aktivität des Offiziersbundes s. Nr. 23, S. 418 f.

Gummi gespart und der Lastwagenverkehr angesichts unserer schlechten Verkehrsmittel im allgemeinen gesichert werden.
Betreffs der noch bestehenden Offizierskasinos beschloß der Landesausschuß, diese als Privatbetriebe zu betrachten[20]).
In die letzten Dezembertage fallen die ersten Besprechungen über die politischen Vorgänge, welch letztere zu den ausgedehnten spartakistischen Bewegungen führten. Ganz besonders die blutigen Ereignisse in Berlin mahnten zur äußersten Vorsicht. Der Landesausschuß war sich klar, daß ihm für sein Verhalten die Richtlinien durch die letzte Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs gegeben waren. Er widmete den Vorkommnissen sein Augenmerk. Im Anschluß an diese Besprechungen und derjenigen der kommenden Landesfragen wurde am 2. Januar der Beschluß gefaßt, in den Garnisonen des Landes Soldatendemonstrationen abzuhalten[21]). Diese Demonstrationen sind auch durchweg gut verlaufen, nur in Stuttgart mußte eine weitgehende Einwirkung spartakistischer Richtung festgestellt werden.
Bei den Empfängen von Kameraden, welche vom Felde zurückkehrten, ergaben sich öfters Anstände, weil dieselben über die in der Heimat herrschenden, durch die Revolution hervorgerufenen Verhältnisse nicht genügend orientiert waren. Der Landesausschuß sah sich öfters veranlaßt, vermittelnd und bestimmend einzugreifen. Auch in Stuttgart wurde anläßlich einer Ansprache des Obersten Ströhlin durch den Hauptmann Hoingen ein Königshoch ausgebracht[22]). Die beiden Offiziere wurden deswegen zu einer Sitzung des Landesausschusses geladen und ihnen die eventuellen Folgen eines solchen Verhaltens vor Augen geführt[23]). Der Garnisonrat Stuttgart hat heute bereits einen anderen Gouverneur[24]).
Zur Nachprüfung von Verordnungen, welche von Berlin aus erlassen werden, setzte der Landesausschuß eine Kommission ein, welche diese Verordnungen zu prüfen hat, bevor sie aus dem „Armee-Verordnungsblatt" in das „Militär-Verordnungsblatt"[25]) übernommen werden. Am 2. Januar 1919 erfolgte die Berichterstattung über eine Konferenz der süddeutschen Bundesstaaten[26]), die infolge der Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen einberufen war und den Zweck hatte, mit dem neutralen Ausland

---

[20]) Diesen Beschluß hatte der Landesausschuß am 27. 12. 1918 gefaßt.
[21]) Am 31. 12. 1918 hatte der Landesausschuß einen Antrag Bettingers angenommen, wonach in allen Garnisonen am 4. 1. 1919 Kundgebungen stattfinden sollten über das Thema: „Soldaten und die Verfassunggebende Landesversammlung". Am 2. 1. 1919 beschloß der Landesausschuß nach längerer Debatte, daß diese Kundgebungen „keinerlei politischen Charakter" haben sollten.
[22]) Dieser Vorfall hatte sich, wie Schäffler im Landesausschuß berichtete, bei der Begrüßung des Grenadierregiments 119 am 19. 12. 1918 abgespielt.
[23]) In der Sitzung des Landesausschusses am 20. 12. 1918, zu der man beide Offiziere geladen hatte, erklärte Oberst Ströhlin, er bedauere es, „wenn aus diesen harmlos gemeinten Worten Unzuträglichkeiten entstehen sollten". Wie dem Sitzungsprotokoll weiter zu entnehmen ist, konnte namentlich Hauptmann Hoingen mit den Erklärungen, die er abgab, die Ausschußmitglieder „durchaus nicht befriedigen". Der Ausschuß machte beiden Offizieren „in nicht mißzuverstehender Weise" deutlich, daß es Offizieren bei öffentlichen Anlässen nicht gestattet sei, ein Königshoch auszubringen; Offiziere, die der Meinung seien, die bestehende Regierung nicht unterstützen zu können, müßten eben die Konsequenzen ziehen und den Dienst quittieren.
[24]) Eine Versammlung der Stuttgarter S.-Räte hatte am 7. 1. 1919 Oberst Ernst Reinhardt, den Bruder des preußischen Kriegsministers, als Nachfolger von Ebbinghaus zum Stadtkommandanten von Stuttgart gewählt. Zu dieser Wahl vgl. die anschauliche Schilderung in Reinhardts Erinnerungsbericht (S. 116 ff.).
[25]) Das Militär-Verordnungsblatt war das amtliche Organ des württembergischen Kriegsministeriums, das Armee-Verordnungsblatt das entsprechende Organ Preußens.
[26]) Zur Konferenz der süddeutschen Minister am 27./28. 12. 1918 in Stuttgart, auf der der bayerische Ministerpräsident Eisner sein „Programm der Emanzipation von Berlin" entwickelte, vgl. die ausführliche Untersuchung von Benz, S. 66 ff.

Handelsbeziehungen anzuknüpfen, was bisher allerdings nicht gelang. Ein Antrag des Ministerpräsidenten Blos legte die staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten fest und wurde der Verfassungskommission überwiesen. Er lautet:
1. Es gibt weder Vorrechte der Geburt, noch des Standes, noch des Besitzes, noch der Konfession.
2. Die Staatsbürger sind sich als solche vollkommen gleich an Rechten und Pflichten.
3. Die Gleichheit der Rechte und Pflichten ist nur durchführbar, wenn die Klassenherrschaft vollständig beseitigt wird.
4. Darum sind die aufgrund dieser Verfassung gebildeten Volksvertretungen verpflichtet, die Sozialisierung der Produktionsmittel in ununterbrochener Arbeit, aber in Anpassung an den Stand der ökonomischen Entwicklung, so lange zu betreiben, bis die Klassenherrschaft beseitigt und ihre Wiederkehr unmöglich gemacht ist.
Ein Bericht über den Stand der Verfassungsarbeiten[27]) stellte fest, daß dieselben nach erfolgter Prüfung durch die Kommissionen und die Regierung der Genehmigung der Landesversammlung unterliegen. Berufung und Entlassung von Regierung und Landtag erfolgt letzten Endes durch Volksabstimmung. Auch will die Regierung den gesunden Gedanken der Arbeiter- und Soldatenräte erhalten wissen.
Am 7. Januar fand ein Ministerrat statt[28]), welcher sich mit den Vorgängen am Kriegsministerium am 5. Januar befaßte. Bekanntlich hat eine demonstrierende Menge dort unter gewaltsamem Eindringen die Waffensammlung beschädigt und Teile derselben mitgenommen, auch wurden Schränke eingedrückt und zerschlagen[29]). Gegen ein Weitergreifen solcher Vorkommnisse verlangt die Regierung Sicherheiten. Zu dieser Sitzung war der Leiter des Sicherheitsdienstes für Stuttgart und Württemberg geladen, der für sich Universalvollmacht verlangt. Minister Crispien verlangt deren Vertagung. Dem entgegen wird die Vollmacht von der Regierung erteilt, doch wird durch die Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates die weitestgehende Zurückhaltung in der Anordnung von Gewaltmaßnahmen gefordert. In einer tags darauf folgenden Besprechung der Arbeiter- und Soldatenräte wurde eine viergliedrige Kommission bestimmt, welche dem Leiter des Sicherheitsdienstes des Landes zur Kontrolle beigegeben wird, so daß eine Auslösung von Maßnahmen mit der Waffe nur unter Zustimmung dieser Kommission möglich ist[30]).
Am 8. Januar fand wiederum ein Ministerrat statt. Die Bürgerräte hatten den Antrag gestellt, als gleichberechtigte Mitglieder in die Arbeiter- und Soldatenräte aufgenommen zu werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, daß die Bürgerräte sich bisher nicht an der Revolution beteiligt hätten und deshalb auch nicht als Organe der Revolution in Betracht kommen können[31]).
Am Vormittag des 9. Januar[32]) hielten die Unabhängige Sozialdemokratische Partei

---

[27]) Zur Zusammensetzung und Tätigkeit der seit dem 17. 12. 1918 tagenden Verfassungskommission vgl. Nr. 3 Anm. 15.
[28]) Vgl. Anm. 10. Zur Kundgebung der Provisorischen Regierung vom 7. 1. 1919 vgl. Nr. 11 Anm. 2.
[29]) Vgl. dazu die Schilderung Hahns (S. 27), wonach sich im Anschluß an die Soldatenversammlung am 4. 1. ein Demonstrationszug formierte, der unter der Führung Schreiners vom Schloßplatz zum Kriegsministerium zog, in das Gebäude eindrang, Offiziere mißhandelte und die erwähnten Verwüstungen anrichtete; s. auch Weller, Staatsumwälzung, S. 162 f.; Keil, Erlebnisse II, S. 134 f.; Darstellungen V, S. 14 f.
[30]) Vgl. dazu Nr. 11a.
[31]) Der Bürgerrat von Groß-Stuttgart hatte bereits in zwei Schreiben vom 12. 12. 1918 und 19. 12. 1918 an die Regierung die rechtliche Gleichstellung mit den anderen Räteorganen gefordert. Vgl. Dähn, S. 318, und Nr. 3 Anm. 76.
[32]) Zu den Vorgängen in Stuttgart zwischen dem 8. 1. und dem 13. 1. 1919 s. insgesamt Nr. 11a–f und den Rechenschaftsbericht Zernickes auf der 2. Landesversammlung der A.-Räte, Nr. 9a, S. 244 ff.

und die Spartakusgruppe auf dem Schloßplatz eine politische Demonstration ab. Anschließend daran wurde versucht, mit bewaffneter Macht die Regierung zu stürzen. Der Landesausschuß suchte zu vermitteln. Eine Forderung der Demonstranten auf Waffen und Munition wurde in einer stürmischen Sitzung der Arbeiter- und Soldatenräte abgelehnt. Nachts wurden von den Demonstranten gewaltsam die Betriebsräume des „Neuen Tagblatts" besetzt, nach fünf Stunden aber wieder durch die Sicherheitskompanie gesäubert. Die Regierung begab sich noch nachts unter den Schutz des Sicherheitsdienstes; die beiden Minister Crispien und Fischer traten aus der Regierung aus. Am andern Tag gab es einige kleinere Schießereien, bei denen leider einige Demonstranten und Passanten ums Leben kamen. Die Gefallenen wurden auf Kosten der Stadtverwaltung beerdigt. Nachdem durch die Sicherheitskompanien verschiedene Waffen- und Munitionslager der Spartakisten ausgehoben waren, wurden die Führer verhaftet. Seitdem herrscht in Stuttgart Ruhe.

Es folgen nun die Berichte der einzelnen Ressorts:

1. Propaganda

Durch diese Abteilung wurden am 21. Dezember 10000 Flugblätter versandt über die Zurückweisung der Angriffe gegen die Arbeiter- und Soldatenräte[33]). Am 23. Dezember erfolgte der Versand des Flugblattes „Was sind die Soldatenräte, und was wollen sie?"[34]). Des öfteren wurden auch Beschlüsse der Arbeiter- und Soldatenräte den Zeitungen zur Bekanntgabe übermittelt. Ein Konflikt in Weingarten zwischen Offizieren und Gemeinde wurde geregelt[35]). Zu der für Württemberg allgemein anberaumten Soldatendemonstration entsandte die Propagandaabteilung 19 Redner. Auch wurden verschiedene Anstände, welche sich beim Einmarsch von Feldtruppen ergeben hatten, durch die Propagandaabteilung geregelt. Die Versammlungen des Offiziersbundes sowie des Unteroffiziersbundes wurden beschickt[36]). Ein Zusammenlegen der Propagandaabteilung mit derjenigen des Generalkommandos ist in Bearbeitung. Der Leiter der letzteren hat zu diesem Zweck dem Landesausschuß längere Bestimmungen ausgearbeitet und unterbreitet, doch haben diese großenteils die Zustimmung des Landesausschusses nicht gefunden, da die politischen Momente, welche die Revolution für das kommende Militärsystem mit sich gebracht hat, nicht in der gewünschten Weise berücksichtigt sind. In den Kasernen und Lazaretten wurden viele Versammlungen abgehalten, allein durch den Kameraden Frick mindestens zehn. In der Stellungnahme zu den Landes- und Nationalwahlen ist als einzige Partei die alte Sozialdemokratie mit dem Landesausschuß in Verbindung getreten und hat Kandidaten desselben auf ihre Liste genommen[37]). Eine Einteilung von Bezirken für die Garnisonräte für Pro-

---

[33]) Dieses Flugblatt (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 29) war inhaltlich identisch mit einer Presseerklärung, die von der Regierung und den beiden Landesausschüssen am 16. 12. 1918 der Presse übergeben worden war (vgl. Schwäbische Tagwacht Nr. 298 vom 18. 12. 1918; abgedruckt bei Purlitz, Revolution I, S. 312, und Blos, Monarchie I, S. 55 f.). Vgl. auch Nr. 8 Anm. 15.

[34]) Ein Exemplar des Flugblattes „Bürger und Bürgerinnen! Wer sind die Soldatenräte (S.R.) und was wollen sie?" befindet sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 52.

[35]) Vgl. Nr. 22, S. 386 f.

[36]) An einer Versammlung des Offiziersbundes am 30. 12. 1918 hatten Hahn und Bettinger als Vertreter des Landesausschusses teilgenommen (vgl. auch Anm. 19).

[37]) In seiner Sitzung am 30. 12. 1918 hatte der Landesausschuß beschlossen, Frick, Gruhnert, Hof und Schäffler als Delegierte zu der am gleichen Tage stattfindenden Sitzung der SPD-Wahlkommission zu entsenden. Dieser Kommission sollten Banzhaf, Frick, Gruhnert, Hof, Hitzler und Wollbold als Kandidaten vorgeschlagen werden. Alle Vorgeschlagenen wurden auf der 150 Namen umfassenden SPD-Liste plaziert: Gruhnert (Platz 14), Frick (36), Hof (52), Banzhaf (97), Wollbold (112), Hitzler (126); vom Landesausschuß der S.-Räte hatte außerdem noch Schäffler (78) und Rueß (79) einen Platz auf der SPD-Liste erhalten. Zu den 52 am 12. 1. 1919 gewählten SPD-Abgeordneten gehörten Gruhnert, Frick und Hof.

pagandazwecke nach dem Muster des Sicherheitsdienstes ist in Aussicht genommen. Die Arbeit unserer Vertrauensleute beim Kriegsministerium und Generalkommando bezieht sich lediglich auf die Kontrolle der dort herausgegebenen Befehle und Erlasse. Aus der Tätigkeit über Offiziersangelegenheiten und Beschwerden ist hervorzuheben die Verfügung vom 22. Dezember 1918[38]), wonach Versetzungen und Kommandierungen nur nach Gegenzeichnung der örtlichen Soldatenräte vorgenommen werden dürfen. Diese Verfügung wird von den Garnisonen oft mangelhaft durchgeführt. Trotz der Verfügung vom 23. Dezember 1918[39]), nach der Offiziere der Reserve, sofern sie Staatsbeamte oder selbständig sind, bis 31. Dezember 1918 aus dem Heeresdienst entlassen werden müssen, werden immer noch Reserveoffiziere als Kompanieführer usw. gewählt. Solche Maßnahmen erschweren die Demobilisierung. Schlichtung und Regelung von Regimentskommandeurswahlen war des öfteren nötig. Entlassungen und Beurlaubungen wurden anberaumt für solche Offiziere, die sich nicht in die neuen Verhältnisse einpassen wollten (Ravensburg; Ludwigsburg, Tragen des Degens; Heilbronn, Oberst Alberti; Ulm, Hauptmann Zwisler).

2. Bericht des Sanitätsamts

Unser Mitglied leistet Gegenzeichnung und Mitberatung bei allen wichtigen Bestimmungen, ebenso Mitarbeit bei den notwendig werdenden Auflösungen von Lazaretten aller Art, im Interesse unserer Finanzwirtschaft, Mitbestimmung bei den Personaländerungen, Entlassungen, Versetzungen usw. und Vermittlung von Beschwerden aller Art. Besuche wurden in den verschiedensten Lazaretten im Interesse der persönlichen Fühlungnahme und der allgemeinen Orientierung gemacht. Auch wurde die Veranlassung von Verfügungen für die Wahlen in den Lazaretten gegeben. Die Tätigkeit im Arbeitsministerium beschränkte sich auf die Weitergabe von Gesuchen betreffend Erwerb von wirtschaftlichen Heeresgütern. Verhandlungen mit der wirtschaftstechnischen Abteilung waren notwendig wegen Abgabe von Kohlen aus Heeresbeständen. Mit der Linienkommandantur wurde verhandelt über die Kompetenz der Soldatenräte in der Eisenbahnkontrolle, Verhandlungen betreffend Zurückziehung der Bahnhofswachen mit Ausnahme der Schutzwachen auf Bahnhöfen mit starkem Güterverkehr, besonders Truppenverkehr und starkem Anfall von Heeresgütern. Güterstellenwachen sind im Einklang mit der Schubpol[40]) zu stellen; den Sicherheitswachen, die die Wagenkontrolle und Beschlagnahme vorzunehmen haben, sollen Schubpolmannschaften beigegeben werden, damit den gesetzlichen Vorschriften Rechnung getragen wird. Die Schubpol hat 27 Generalstationen im Lande; diese sollen, wenn nötig, von den Sicherheitskompanien militärische Hilfe erhalten (Bravo!).

Nach Verlesung des Berichts gab WICKER noch folgende Erklärung ab:
Kameraden! Dieser Bericht ist nicht politisch gefärbt, sondern es sind Tatsachen, wie sie sich zugetragen haben. Heute ist der Tag, wo wir über alles das nachdenken sollen.

---

[38]) „Alle beim Generalkommando zur Vorlage kommenden Anträge auf Versetzung und Kommandierung von Offizieren (einschließlich Offizier-Stellvertreter) müssen vom zuständigen Soldatenrat gegengezeichnet sein, und zwar auch vom Soldatenrat des Truppenteils, zu dem die Versetzung bzw. Kommandierung erfolgen soll."

[39]) „Offiziere des Beurlaubtenstandes, die ohne weiteres ihre bürgerliche Tätigkeit aufnehmen können und nicht sehr dringend im militärischen Dienst benötigt sind, sind unverzüglich, spätestens zum 31. 12. 1918 zu entlassen."

[40]) Die Schubpol war im November 1917 vom Reich als militärisch organisierter Überwachungsdienst der Nachschub- und Abschubgüter geschaffen worden; diese Organisation blieb über die Revolution hinaus bis zum 1. 7. 1919 bestehen und hatte jetzt für den Schutz der Heeresgüter zu sorgen. Zur Tätigkeit der Schubpol in Württemberg s. den ausführlichen Rechenschaftsbericht in der Schwäbischen Soldatenzeitung „Der Freie Kamerad", Nr. 2 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 29).

Der Zauber der Arbeiter- und Soldatenräte ist jetzt nach der Wahl vorbei (Hört! hört!). Wir sind aber immer noch eine Bindekette, die die Regierung stützt (Sehr richtig!). Wir haben die Revolution gemacht, wir allein können die Interessen der Soldaten in sozialer Beziehung verbessern. Der neuen Regierung werden wir sagen, daß der Rang- und Titelfrage endlich ein Ende gemacht ist, daß der Marschallstab tatsächlich in jedem Tornister ist. Diese Gedanken wollen wir in die Garnisonen hinaustragen, damit die Rechte der Revolution festgehalten und ausgebaut werden, und daß wir der Nationalversammlung sagen können, daß wir auf ihrer Seite sind, andererseits, daß wir auch unsere Rechte wahren können (Sehr richtig! Bravo!).
Es erfolgt hierauf die Vorstellung des neuen Kriegsministers, Professor Herrmann, alsdann werden die Ausführungen des Geschäftsberichts zur Diskussion gestellt.

REBER[41]) wird das Wort erteilt zum Bericht der Mandatsprüfungskommission. Es muß von den einzelnen Garnisonen festgestellt werden, inwieweit sie berechtigt sind, an der Versammlung als Delegierte teilzunehmen. Es stellt sich heraus, daß von den Garnisonen Ludwigsburg, Heilbronn und Reutlingen je ein Vertreter zuviel anwesend ist.

REINER beantragt, daß diese Leute zur Versammlung als Delegierte zugelassen werden sollen. Dieser Vorschlag wurde von der Versammlung abgelehnt.

WICKER: Wir treten nun in die Diskussion ein, und ich bitte die Redner, sich streng an die Geschäftsordnung zu halten.

BIESINGER[42]): Den Vorwurf, der dem Garnisonrat betreffend Vernachlässigung der Propaganda gemacht wurde, muß ich entschieden zurückweisen und den Landesausschuß bitten, vor seiner eigenen Türe zu kehren (Sehr richtig!).

SCHÖNLEBER[43]): Ich komme auf das Sparen zurück, will dabei aber auf einzelne Punkte nicht eingehen, sondern nur die Teuerungszulagen der Hilfsdienstpflichtigen usw., denen der Soldatenräte gegenüberhalten. Es besteht eine neue Verfügung, wonach weibliche Hilfskräfte eine Zulage von 200 bis 250 M. erhalten (Hört!). Ich freue mich, daß der Antrag des Offiziersbundes, an den Sitzungen des Landesausschusses teilzunehmen, abgelehnt wurde, da die maßgebenden Personen des Offiziersbundes die strengsten Bürgerparteiler sind. Daß Reserveoffiziere als Kompanieführer gewählt werden, ist bei manchen Truppenteilen gar nicht anders möglich. Die aktiven Offiziere gehen vielfach ohne die Erlaubnis ihres Truppenteils direkt nach Stuttgart zum Generalkommando und lassen sich von dort aus beurlauben bis zur Überführung in die Reserve (Hört! hört!). Weiter komme ich noch auf den Landesausschuß selbst zu sprechen, der sich viel mehr als Propagandastelle gefühlt hat, als wie Ausbauer des neuen Systems (Bravo!).

DENZ[44]): Gegen den Vorwurf von Schönleber muß ich mich entschieden verwahren. Ich habe selbst beim Generalkommando die Offiziersangelegenheiten und verbürge mit meiner Person, daß Offiziere vom Generalkommando aus noch nicht beurlaubt worden sind.

FRICK: Ich muß entschieden gegen den Ausdruck, der Landesausschuß sei ein Debattenklub, protestieren (Sehr richtig!). Biesinger ist einer der Mitdebattner. Ich komme

---

41) Augustin Reber, Gefreiter im Gefangenenlager Ulm; vom 12. 12. 1918 bis zum 21. 3. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, seit 13. 12. 1918 Geschäftsführer des Landesausschusses.

42) Hugo Biesinger (geb. 1880), von Beruf Setzer, Gefreiter im Grenadierregiment 119 in Stuttgart; vom 21. 3. 1919 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, in dessen Propaganda-Abteilung er tätig war.

43) Schönleber war Mitglied des S.-Rates Ulm.

44) Robert Denz (geb. 1887), von Beruf Kaufmann, Vizefeldwebel im Infanterieregiment 126 in Eßlingen; vom 12. 12. 1918 bis zum 5. 3. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 mit der Kontrolle des Generalkommandos, Abteilung Allgemeines, beauftragt.

noch auf die Propaganda zurück und kann Ihnen nur versichern, daß mir nicht einmal Gelegenheit gegeben wurde, Propaganda zu treiben innerhalb Stuttgarts, ich habe aber auf eigene Faust in den Kasernen usw. Vorträge gehalten. Der Stuttgarter Garnisonrat hat am allerwenigsten Anlaß, in bezug auf Propaganda den Landesausschuß anzugreifen, sonst wäre am 4. Januar die Demonstration in Stuttgart nicht so jämmerlich verkracht[45]) (Sehr richtig!).

GÖTZ: Eine politische Richtung wurde uns für die Vorträge zur Demonstration überhaupt nicht gegeben. Bei den kleineren Garnisonen wäre dies aber sehr angebracht gewesen, wir größere wußten uns ja selbst zu helfen (Sehr richtig!). Ich komme nun auch auf die Sicherheitskompanien zu sprechen. Wir haben in Ulm auch eine Sicherheitskompanie, ohne daß aber von der Zentralleitung in Stuttgart schon ein Befehl gekommen wäre (Hört! hört!). Man muß die Sicherheitskompanien auch wissen lassen, was für sie unbedingt notwendig ist. Dann müssen sämtliche Befehle durch den Garnisonrat gehen, denn dieser muß wissen, was in der Garnison vor sich geht (Sehr richtig!). Es wurden einfach von seiten der Zentralleitung des Sicherheitsdienstes manche Garnisonen übergangen und auch Eingriffe gemacht auf andere Truppenteile (Jawohl!). Das darf aber unter keinen Umständen vorkommen (Sehr richtig!). Wenn es dem Offiziersbund gestattet würde, Offiziere aus eigener Machtbefugnis zu entfernen, die sich unbeliebt gemacht haben, so hätten wir das Heft aus der Hand gegeben; auf das können wir natürlich nicht eingehen, das können wir selbst machen, dazu brauchen wir den Offiziersbund nicht (Bravo!). Die Linienkommandantur ist auch eine großartige Behörde. Wir haben in Ulm von uns selbst die Zugkontrolle eingeführt und dem Staat dadurch die größten Werte gerettet. Nachdem nun alles großartig funktionierte, kommt die Linienkommandantur, macht uns die heftigsten Vorwürfe, wir hätten einen Eingriff in das Verkehrswesen gemacht (Hört! hört!). Es war der Linienkommandantur nicht darum zu tun, Reichswerte zu schützen, sondern einzig und allein darum, uns zu schulmeistern (Hört!). Wenn die Linienkommandantur nur das will, werden wir in Zukunft in Ulm tun, was wir wollen (Sehr richtig!). In einzelnen Garnisonen wird der Zapfenstreich und die Polizeistunde nicht eingehalten. Wir in Ulm haben den Zapfenstreich auf 11 Uhr festgesetzt. Das hat seinen Grund darin, daß in Neu-Ulm, das bayerisch ist, die Polizeistunde auf 10 Uhr festgesetzt ist, und da von unserer Garnison viele Leute dorthin gehen, bleiben sie natürlich bis zum Schlusse der Polizeistunde sitzen, weshalb für uns der 11-Uhr-Zapfenstreich nach Lage der Verhältnisse am angebrachtesten ist. Jetzt noch ein paar Worte über das Kriegsministerium. Das ist auch eine großartige Behörde, die nur den Soldatenräten Beschwerden machen kann (Sehr richtig!). In jedem Amtsblatt stößt man die Nase darauf, was wir, die Soldatenräte, nicht machen dürfen. Der Soldatenrat hat dies zu unterlassen, der Soldatenrat darf das nicht tun usw. (Sehr richtig!). Ich glaube, wenn das Kriegsministerium meint, ein Recht darauf zu haben, so soll es dies schriftlich machen und nicht durch die Zeitungen (Sehr richtig!). Man sollte doch auch einem Soldatenrat die Arbeit erleichtern und ihn nicht immer belästigen (Sehr richtig!).

BIESINGER: Kameraden! Ich will nur ganz kurz den Angriff unseres Kameraden Frick zurückweisen. Nicht von mir aus ist der Ausdruck ausgegangen, der Landesausschuß sei ein Debattenklub (Hört! hört! Wer hat das gesagt?). Ich bin ja erst seit ein paar Tagen zu den Sitzungen des Landesausschusses zugelassen. Selbstverständlich habe ich mir dann auch erlaubt, zu sprechen. Der Verlauf der weiteren Verhandlungen wird ja noch ergeben, ob der Vorwurf gegen den Landesausschuß berechtigt ist (Bravo!). Übrigens hat selbst ein Mitglied des Landesausschusses den Ausdruck Debattenklub gebraucht.

---

[45]) Vgl. oben Anm. 29.

GRUHNERT: Wie zu erwarten war, ist gegen die Propagandaabteilung verschiedenes vorgebracht worden. Ich kann nur versichern, daß ich alles getan habe (Nichts ist getan worden!). Der Landesausschuß kann nicht einseitige Politik treiben, denn es gibt immer wieder Leute dabei, die nicht Sozialdemokrat sind (Hört! Man muß sie dazu erziehen! Zentrum!). Jedenfalls finde auch ich die Vorwürfe des Kameraden Biesinger nicht am Platze. Jedenfalls ist es nicht richtig, wenn ein Mitglied des Landesausschusses den Ausdruck gebraucht haben soll. Ich möchte die Kameraden bitten, die Diskussion recht sachlich durchzuführen.

FUSSINGER: Es wurde dem Garnisonrat Stuttgart wegen der Propaganda ein Vorwurf gemacht. Wenn Sie einen kleinen Einblick hätten in die Verhältnisse Stuttgarts, dann würden Sie anders urteilen. Die Propaganda wird immer vom Landesausschuß besorgt, so auch bei der Demonstration; wir wurden einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt. Und dann müssen Sie bedenken, daß wir hier in Stuttgart ein anderes Pflaster haben, als sonstwo im Lande (Sehr richtig!). Ebenso verhält es sich bei Kamerad Frick, er hat ja überall Versammlung abgehalten und mußte selbst noch absagen.

KERN[46]): Die Sache mit der Propaganda ist nicht so schlimm wie sie aussieht. Die Soldatenräte sind die Überwachungsorgane einer sozialistischen Regierung (Sehr richtig!). Wenn wir Soldatenräte haben, die der bürgerlichen Seite angehören, dann können solche einfach nicht mit uns arbeiten (Sehr richtig!). Ich komme heute zurück auf das Stuttgarter „Tagblatt". Wo ist da die Pressefreiheit? Ich komme zurück auf die „Tübinger Chronik" und will Ihnen nur ein Beispiel anführen. 150 stellenlose Kaufleute wollten einen Artikel aufgeben, der aber von der Schriftleitung abgelehnt wurde. Ich habe dann mit der Zeitung verhandelt, und nach längeren Unterhandlungen wurde endlich der Artikel angenommen. Ich komme nunmehr auf die Sicherheitskompanien zu sprechen. Selbstverständlich müssen alle Befehle durch den Garnisonrat gehen, und zwar vom Landesausschuß aus, dann erst kann eine Sicherheitskompanie funktionieren. Weiter komme ich noch auf die Demonstrationen am 9. und 10. Januar[32]) in Stuttgart zurück. Ich habe selbst konstatiert, daß die Maschinengewehre direkt in der Richtung auf das Volk geschossen haben. Das hätte man vermeiden können, überhaupt hätte die Sache ablaufen können, ohne daß ein Schuß gefallen wäre, aber überall hat man Spartakus vermutet, die gar nicht da waren. In Freudenstadt wurde eine Bürgerwehr von 30 Mann errichtet zum Schutze gegen Spartakus, ebenso auf der Schwäbischen Alb. Wo aber sind hier Spartakus zu finden (Allgemeine Heiterkeit)? Ebenso kursierten in Tübingen solche unangebrachten Gerüchte. Wo war denn die Gegenrevolution zu suchen? Nirgends anders als bei den Offizieren und Studenten (Sehr richtig!)! Ich will Ihnen ein Beispiel anführen von einem Offizier. Dieser ließ Mannschaften antreten, sagte dann zugleich, wer Spartakus sei, solle rechts heraustreten (Allgemeines Gelächter). Ein anderer Offizier fragte, ob ihm oder dem Soldatenrat der Schlüssel zur Munitionskammer übergeben werden soll (Hört! hört!).

SCHWARZ: Wir hören so vieles für und gegen den Landesausschuß, im allgemeinen können wir sagen, daß viel gearbeitet wurde, und es ist ihm wenigstens gelungen, Ruhe zu schaffen (Oh, oh!). Betreffend Rang- und Titelabschaffung wird den Offizieren viel zuviel zugelassen, ein jeder hat noch den Geist von früher (Sehr richtig!). Ich wäre überhaupt vollständig damit einverstanden, wenn den Offizieren die unrechten Vergünstigungen entzogen würden, die manchmal unerhört sind (Sehr richtig!). Besonders was die Anforderung von Pferden betrifft. Die Herren sind über den Krieg viel geritten, jetzt sollen sie auch einmal zu Fuß gehen (Sehr richtig!). „Freie Bahn dem Tüchtigen" hat einmal Bethmann Hollweg gesagt, doch sind in letzter Zeit wieder Bestim-

---

[46]) Kern war Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Tübingen, nach Hahn (S. 60) Mitglied der USP und später der KPD.

mungen herausgegeben worden, die nicht danach aussehen, als ob noch freie Bahn dem Tüchtigen sei. Es wird immer noch nach dem Muster der alten Bestimmungen gearbeitet (Sehr richtig! Bürokratismus!). In Ellwangen befindet sich auch noch eine Unteroffizierschule nach dem alten Schema, Kommando usw., solche gehört aufgehoben, sie ist nicht mehr notwendig (Sehr richtig!). Den Soldatenräten soll nach der Nationalversammlung ein Fortleben gesichert bleiben, jedenfalls aber in einer anderen Arbeitsweise, aber ein Bestehen der Arbeiter- und Soldatenräte ist unbedingt erforderlich, und ich bitte die Kameraden daher, dafür einzustehen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte bestehenbleiben (Bravo!).

SCHULER: In der Bekleidungsfrage der entlassenen Kameraden hat am meisten Unklarheit geherrscht. Bei verschiedenen Truppenteilen wurde direkt darauf losgewirtschaftet (Oh, oh!). Es besteht keine Verfügung, wie die Leute eingekleidet werden müssen, und bei vielen Truppenteilen sind die Leute nagelneu eingekleidet worden. Jetzt kommt eine Verfügung vom preußischen Kriegsministerium, wonach alle Leute nur noch mit G.-Stücken ausgerüstet werden sollen. Dies ist aber undurchführbar. Was würden die Leute sagen, die jetzt noch zur Entlassung kommen? Wie kommt es, daß Leute, die schon vor dem 9. November entlassen worden sind, noch nicht mit einem Entlassungsanzug usw. abgefunden wurden? Es ist die höchste Zeit, daß auch hier mal endlich etwas Positives geleistet wird (Sehr richtig!). Ich komme nun auf die Ereignisse der letzten Tage in Stuttgart[32]) zu sprechen. Die Regierung hat aus Furcht vor den Demonstranten verschiedene Sicherheitsmaßregeln ergriffen, aber man darf in dieser erregten Zeit nur vorsichtig mit den militärischen Hilfsmitteln umgehen (Sehr richtig!). Vor allen Dingen darf der Landesausschuß bei solchen Fällen die Zügel nicht aus der Hand geben, er hat aber ganz versagt (Sehr richtig!). Hertneck von 125[47]) hat mich angerufen, sofort in Stuttgart einzurücken (Hört! hört!). Ich erklärte ihm aber, daß er mir nichts zu sagen habe, sondern nur der Landesausschuß. Hertneck sagte mir, daß für sie der Landesausschuß nicht mehr bestehe (Hört! hört!). Ich habe mit dem Landesausschuß über diese Angelegenheit verhandelt, und [es] war während der Verhandlungen auch zufällig ein Vertreter der Regierung anwesend, aber es ist nichts geschehen. Die beiden Regimenter 119 und 125 haben nach der Regierung überhaupt nichts mehr gefragt, ebensowenig nach dem Landesausschuß. Man hätte sollen ganz energisch gegen die verantwortlichen Leiter dieser beiden Regimenter vorgehen. Der Landesausschuß hätte die Zügel nicht aus der Hand geben sollen und einfach Regimenter sich für unabhängig erklären lassen (Blödsinn!). Jedenfalls aber müssen wir es uns verbitten, daß einzelne Truppenteile über die Köpfe der Garnisonräte und des Landesausschusses hinweg bestimmen.

REINER: Kameraden! Der Bericht des Landesausschusses hat gezeigt, daß wir trotz der Revolution rein bürokratisch regiert werden. Der Kamerad Götz von Ulm hat es treffend gezeichnet, daß sowohl der Landesausschuß wie auch das Kriegsministerium und andere den Weg noch nicht gefunden haben, den elenden Bürokratismus abzuschaffen (Sehr richtig!). Man muß endlich einmal energisch vorgehen gegen die unnützen Zeitungsberichte: „Die Soldatenräte dürfen das und das nicht tun", sondern man muß doch bedenken, was die Soldatenräte schon alles geleistet haben. Ich kann nicht verstehen, wie die Vertrauensmänner vom Landesausschuß beim Kriegsministerium, Generalkommando usw. die Verfügungen so kalt unterschrieben haben, wie man alle Verfügungen, die von Preußen kommen, so glatt übernimmt für Württemberg (Sehr richtig!). Wir hatten gestern in Ludwigsburg eine Versammlung über Bergung und Samm-

---

[47]) Gemeint ist das in Stuttgart stationierte Regiment 125. Zur Rolle der Regimenter 119 und 125 während der Stuttgarter Januarunruhen vgl. den in Nr. 23, S. 436, abgedruckten Aufruf der beiden Regimenter; s. auch Blos, Monarchie I, S. 34; Hahn, S. 37 f.

lung des Heeresguts. Sie bot ein ganz klägliches Bild: Immer noch der alte Bürokratismus wie vor 30 oder 40 Jahren. Wir müssen energisch von der Regierung verlangen, daß sie nicht mehr so viele Verfügungen herausgibt; jede neue Verfügung führt zu einem Durcheinander. Betreffend den Vorgängen in Stuttgart haben wir uns schon vorher auf den Standpunkt gestellt, daß die Sicherheitskompanien dem Garnisonrat unterstehen. Wir setzten selbst auf Verlangen der Regierung unsere Sicherheitskompanie nicht ein, denn von den vier Leuten des Landesausschusses, die dem Sicherheitsdienst als Kommission beigegeben waren, war nichts zu sehen (Hört!). Hahn war umgeben von einem Stab junger Offiziere (Hört! hört!).
Von dem Landesausschuß ist festgesetzt worden, daß Kasinobetriebe als rein privat anzusehen seien. Das ist aber nicht wahr (Sehr richtig!). Von Preußen kam wiederum eine Verfügung, wonach Soldatenräte in Kasinoangelegenheiten nichts dreinzureden haben[48]) (Hört! hört!). Wir haben nun in Ludwigsburg folgenden Beschluß über Kasinobetriebe gefaßt:
1. Als Köche dürfen Soldaten nicht verwendet werden.
2. Für die Räume ist eine angemessene Miete zu bezahlen.
3. Heizung, Beleuchtung usw. ist selbst zu stellen[49]).
Auf diese Verfügung kam der Platzmajor und sagte, daß der Soldatenrat in Kasinoangelegenheiten nichts dreinzureden habe (Hört! hört!). Man könnte da doch endlich eine Verfügung erlassen, die den Herren das Gegenteil beweisen würde (Bravo!).

HAHN: Das militärische System ist nun 49 Jahre vorhanden. Wenn nun die Sicherheitskompanien knapp fünf Wochen bestehen, so war mir schon im voraus klar, daß diese angegriffen würden. Die Sicherheitskompanien müßten schon Jahre vorher gegründet worden sein, um die Belastungsproben auszuhalten. Erst Anfang Januar entstanden die ersten Kompanien. Sie haben keine Ahnung, wie es in Stuttgart in den Tagen der Revolution zuging. In diesen Tagen, wo mir ein Schreiner und Unfried als Kommission zugeteilt wurde[50]), waren die Arbeiter- und Soldatenräte nicht mehr Herr ihrer selbst. Ich allein hatte die ganze Verantwortung zu tragen. Die Kommission hatte in der Nacht viel zu tun, und zwar insofern, als sie in den Kasernen herumging und Unterhandlungen pflegte mit den Herren Spartakisten. Von Ulm und Ludwigsburg wurde mir vorgeworfen, daß ich Befehle direkt an die Sicherheitskompanie gegeben hätte. Dies gebe ich zu, Sie müssen aber bedenken, daß es technisch unmöglich war, den Garnisonrat zuerst schriftlich zu verständigen. Wenn nun der Kompanieführer der Sicherheitskompanie in Ulm über den Kopf des Garnisonrats hinweg verfügt, so kann mir doch kein Vorwurf gemacht werden. Es wurde vorhin etwas spöttisch gesagt, daß wir überall Spartakus gewittert hätten, aber hier in Stuttgart haben wir sie nicht gewittert, hier waren sie tatsächlich im Besitz von Waffen, Handgranaten, Flakgeschützen und Panzerwagen. Es war uns nicht möglich, uns dieser Geschütze zu bemächtigen. Die Autobereitschaft war vollständig im Besitz von Spartakus. Autos bekamen nur die von Unfried legitimierten Personen. Sie haben offensichtlich Waffen getragen, trotzdem eine Verfügung besteht, wonach nur noch Sicherheitskompanien Waffen tragen dürfen. Nachdem alles auf des Messers Schneide stand, kamen die Regimenter 119 und 125 und wandten sich direkt an die Regierung, und an diesem Abend sind die Arbeiter-

---

[48]) Vgl. dazu das Schreiben des preußischen Kriegsministeriums vom 23. 12. 1918 (auszugsweise zitiert in: Zentralrat, S. 202 Anm. 3), in dem darauf hingewiesen wird, daß die Offizierskasinos teilweise mit Privatmitteln der Offiziere eingerichtet worden seien; den S.-Räten könne aber „weder das Recht der Verfügung noch der Benutzung von Privateigentum der Offiziere zugestanden werden"; s. auch die ausführliche Debatte, die der Zentralrat über diese Frage führte, ebd., S. 202 ff.
[49]) Vgl. dazu Nr. 23, S. 407.
[50]) Vgl. Nr. 11a und Nr. 11b.

und Soldatenräte umgefallen unter dem Messer von Spartakus (Sehr richtig! Landesausschuß). Es ist richtig, daß Offiziere und Studenten für die Sache eingestanden sind, das können wir ihnen nicht verwehren (O Vaterlandsparteiler!). Es handelte sich an diesem Tage um Minuten, denn nur durch ein Zusammenwirken, das auf Vertrauen beruht, kann etwas Ersprießliches aufgehen (Bravo! Beifall).
Es wird der Antrag gestellt: „Das Eingreifen der beiden Regimenter 119 und 125 ist zu mißbilligen."

HAHN: Mit dem Moment, wo sich die beiden Regimenter 119 und 125 der Regierung zur Verfügung stellten, wurden sie der Zentralleitung der Sicherheitskompanien unterstellt. Dies zur Berichtigung.

Ministerpräsident BLOS: Gestatten Sie mir ein paar Worte, die sich beziehen sollen auf die beiden Regimenter. Es ist Tatsache, daß wir uns in einer außerordentlich bedenklichen Lage befunden haben. Es besteht kein Zweifel darüber, daß an diesem Tage die Regierung gestürzt werden sollte. Wir haben nicht an den Verhandlungen mit den Spartakusleuten teilgenommen, weil wir dort wehrlos gemacht werden sollten. Ich hatte selbst sehr bald darauf Gelegenheit, zu erfahren, daß es ernst war, nachdem vor meinem Ministerium eine große Menge, darunter viele Bewaffnete, erschien und die Absicht bekundete, mich gefangenzunehmen. Es blieb uns nichts anderes übrig, als uns unter den Schutz der Sicherheitskompanien zu begeben. Was nun die beiden Regimenter anbelangt, so wurde ich über deren Zustand und Haltung von dem früheren Kriegsminister[51]) stets getäuscht, indem dieser diese beiden Regimenter als bolschewistisch verseucht bezeichnete. Ich war deshalb angenehm überrascht, als die Abgeordneten der beiden Regimenter am Freitag morgen[52]) bei mir erschienen und erklärten, der Regierung beistehen zu wollen. Es sollte deshalb diesen Regimentern gegenüber kein Tadel ausgesprochen werden. Sie haben in einem gefährlichen Augenblick die allgemeine Gefahr beseitigt. Man sollte hier auch nicht die Gefahr einer Gegenrevolution wittern. Nach dieser Seite hin lassen wir alle nötige Vorsicht walten. Damit keine neue Quelle zu Zwistigkeiten geschaffen wird, empfehle ich Ihnen, über die Sache hinwegzugehen. Dem Sicherheitsdienst stelle ich gerne das Zeugnis aus, daß er in jeder Beziehung getan hat, was einerseits im Einklang mit der Regierung war, andererseits aber im Interesse der Öffentlichkeit gelegen hat (Bravo!).

ACKERMANN[53]): Es liegen nicht viele Wochen hinter uns, seit die erste Landesversammlung einberufen wurde. Es wurde seinerzeit gesagt, daß die siebengliedrige Kommission nicht viel gearbeitet habe. Auch der 21gliedrigen Kommission wird dieser Vorwurf gemacht[54]). In den Vordergrund gestellt wurden die Demonstrationen, die sich in Stuttgart zugetragen haben. Ich meine, wir wollen diese Sache doch fallenlassen. Wir alle bewegen uns im sozialistischen Fahrwasser, etwas anderes gibt es ja gar nicht für uns, denn nur allein die Sozialdemokratie ist der Träger der Revolution (Sehr richtig!). Daß viele Verfügungen erlassen wurden, stimmt. Es sind eben beim Kriegsministerium und beim Generalkommando noch viele Personen vorhanden, die Hinterspiel treiben (Sehr richtig!), aber der Landesausschuß hat das auch erst in letzter Zeit ge-

---

[51]) Gemeint ist der am 10. 1. 1919 zurückgetretene Kriegsminister Fischer. Zu seinem Rücktritt vgl. Nr. 11c.

[52]) Freitag, der 10. 1. 1919.

[53]) Albert Ackermann (geb. 1888), von Beruf Friseur, Gefreiter im Infanterieregiment 475 in Ravensburg; seit 10. 11. 1918 Mitglied des A.- und S.-Rates Ravensburg; vom 12. 12. 1918 bis zum 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, seit 13. 12. 1918 Mitglied der Propaganda-Abteilung des Landesausschusses, am 24. 3. 1919 mit der Kontrolle des Sicherheitsdienstes beauftragt.

[54]) Gemeint sind der am 17. 11. 1918 gewählte 1. Landesausschuß der S.-Räte, dem 7 Mitglieder angehörten, und der am 12. 12. 1918 gewählte 2. Landesausschuß, dem 21 Mitglieder angehörten.

merkt (Hört!). Wir wollen uns doch aber nicht selbst zerfleischen, sondern einig unter uns sein (Bravo!).

FRICK: Gegen den Vorwurf des Kameraden Hahn, der Landesausschuß sei bei den Vorgängen in Stuttgart umgefallen, müssen wir uns entschieden verwahren. Stellen Sie sich mal die Situation vor, in der wir während der Vorgänge gewesen sind. Erst nach langer Debatte wurde beschlossen, ein Spartakusmitglied, nämlich Schreiner, mit in die Deputation hereinzunehmen. Die Abschaffung des Bürokratismus können wir nur erreichen durch vollständigen Abbau unseres Heeres (Bravo!). Weiter bitte ich zu beachten, daß auch, wenn andere Kameraden in den Landesausschuß hereinkommen, wir doch nicht mit einem Schlage das alte System beseitigen können.
Es wird ein Antrag gestellt auf Schluß der Debatte (Angenommen).
Resolution: Die Landesversammlung erklärt sich mit dem regierungstreuen Verhalten der beiden Regimenter 119 und 125 einverstanden.

HERTNECK[55]): Gegen die Vorwürfe des Kameraden Kern, Tübingen, muß ich entschieden protestieren. Ich will jetzt nur auf Schreiner zu sprechen kommen (Keine persönliche Sache!).

GRÄTER (vom Arbeiterrat): Es ist vorhin der Vorwurf gemacht worden, die Kommission beim Sicherheitswesen habe geschlafen. Ich kann Ihnen aber nur sagen, daß das nicht wahr ist, vielmehr hat dieselbe die ganze Nacht mit Spartakus und dem „Neuen Tagblatt" Unterhandlungen gepflegt.

REINER (persönliche Bemerkung): Der Landesausschuß hat geschlafen, und zwar in der ersten Nacht, nicht in der zweiten. Ich habe mich bei Leutnant Hahn erkundigt, wo eigentlich der Landesausschuß stecke. Leutnant Hahn erwiderte, der Landesausschuß schläft.

WICKER: Kameraden! Der Geschäftsbericht des Landesausschusses ist jetzt von allen Seiten und wirklich ausgiebig debattiert worden. Es haben sich etwa 20 Redner zum Wort gemeldet und solches bekommen. Fest steht, daß, wenn einer vom Rathaus herunterkommt, er dann meistens gescheiter ist, als wenn er hinaufgeht (Nicht immer!). Die Bemerkungen usw. über die Garnison Stuttgart haben zu Recht bestanden. Was das Sparen anbetrifft, so glaube ich, daß die Kameraden den Bericht falsch aufgefaßt haben, indem der Bericht aus einem Ministerium war und absolut nicht gesagt ist, daß die Soldatenräte sparen sollen. Das Zusammenarbeiten innerhalb des Landes ist ganz selbstverständlich und liegt auch im Interesse der Sache. In einem Apparat, wie dem des Landesausschusses, wo so viel zusammenläuft, kann ich ruhig sagen, daß der Landesausschuß in der verflossenen Periode wirklich gut zusammengearbeitet hat. Wenn Mitglieder durch andere Geschäfte abgehalten werden, bin ich allein der Geschädigte. Über die Einrichtungen der Sicherheitskompanien hat Leutnant Hahn ja bereits Aufschluß gegeben. Im übrigen müssen wir strenge Parteipolitik einhalten, und ich selbst gehe lieber zweimal nach links, bevor ich nur einen Schritt nach rechts weiche (Bravo!). Die Linienkommandantur will selbst Herrlichkeiten[!] nach besten Kräften großziehen. Man muß auch hier mit den radikalen Soldatenideen dazwischenfahren. Über Bekleidung usw. ist noch nicht viel geschehen, da man erst einmal die Entlassung der anderen Kameraden abwarten muß. Was die Inserate des Kriegsministeriums anbetrifft, so werden wir solche in Zukunft zu vermeiden wissen. Der Hauptgrund dieser Inseratengeschichte usw. ist eben unsere Gebundenheit an Berlin. Ja, wenn wir in Stuttgart Geldmittel hätten, dann könnten wir ganz anders arbeiten. Der Zapfenstreich kann von Stuttgart aus nicht jeder einzelnen Garnison angegeben werden. Jeder Garnison-

---

[55]) Hertneck war während der Januarunruhen in Stuttgart als Führer des Regiments 125 hervorgetreten. Vgl. Anm. 47.

rat ist hierfür nach Lage der örtlichen Verhältnisse selbst zuständig und verantwortlich (Bravo!).
Abstimmung über die Anträge des Verhaltens der beiden Regimenter 119 und 125.
1. Antrag: Die Landesversammlung wolle aussprechen, daß das Eingreifen der Regimenter 119 und 125, ohne Erlaubnis des Landesausschusses, zu mißbilligen ist (Abgelehnt).
2. Antrag: Die Landesversammlung erklärt sich mit dem regierungstreuen Verhalten der Regimenter 119 und 125 einverstanden (Angenommen). (Pfui!)
Schluß. Vertagung der Versammlung auf nachmittags 2½ Uhr.

Punkt 2 der Tagesordnung: Die Aufgaben der Soldatenräte nach der Nationalversammlung, Referent Kamerad Frick.

[FRICK:] Es ist notwendig, daß ich kurz einen Rückblick gebe, wie die Soldatenräte entstanden und was sie bis jetzt geleistet haben. Das erste Ergebnis der Revolution war die Zertrümmerung der Militärautokratie. Während des Krieges[56]) trat die Gewaltpolitik der alten militärischen Machthaber immer schärfer hervor. Die Klassengegensätze im Wirtschaftsleben wurden immer größer. Wir Soldaten wurden immer mehr die Werkzeuge des Großkapitals und ihrer Geschäftsführer, der Militärautokratie (Bravo!), dieser Offizierskaste, die sich hoch erhaben fühlte über dem gewöhnlichen sterblichen Bürger (Sehr gut!). Immer tiefer bohrte sich der Haß in die Herzen unserer Kameraden (Sehr richtig!). Der Belagerungszustand, die strengen Militärgesetze sorgten dafür, daß nicht nur die Bürger, sondern auch wir Soldaten mundtot gemacht wurden. Durch diese wahnsinnige Gewaltpolitik schaufelten sich unsere früheren Machthaber selbst ihr Grab (Sehr richtig!). Wie stark das alte verrostete, morsche System gewesen ist, das zeigte sich beim ersten Ansturm; wie ein Kartenhaus fiel es zusammen. Glänzend war die Revolution vollzogen; wie Pilze schossen die Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Boden. Es folgte nun die Gleichberechtigung aller Bürger beiderlei Geschlechter, die provisorische Regierung wurde proklamiert, es kam ein weitgehender Amnestieerlaß für politische Vergehen usw. Diese Umwälzung brachte große Verwirrung vor allen Dingen in die Reihen der Soldaten. Das Nächstliegende war die Absetzung der reaktionären Offiziere, Wahl der Soldatenräte. Oft wurden Leute an die Oberfläche getrieben, die sich nur als Schlacke erwiesen; diese Leute mußten ausgeschieden werden. In den ersten Tagen wurden wir Soldatenräte geradezu überschwemmt mit allerlei Anfragen, Wünschen usw. Das erste, was wir zu schaffen hatten, war vor allen Dingen Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des staatlichen Lebens und besonders die Demobilmachung. In allen diesen Dingen haben wir Hervorragendes geleistet. Gerade die kleinen Beamten haben gezeigt, daß sie die wirklich praktische Arbeit geleistet haben, während die höheren Beamten nur ein Stück Dekoration waren, die die hohen Gehälter bezogen. Die Verwaltungsangelegenheiten machten viel Arbeit. Wir hatten in den ersten Wochen schwer zu kämpfen mit reaktionären Personen, die sich nicht mit unserer gewonnenen Freiheit solidarisch erklären wollten. Es kamen die Rufe nach Ordnung! Nationalversammlung! Ja, wenn die Nationalversammlung komme, würde man mit der Unordnung aufräumen!
Wir, die Arbeiter- und Soldatenräte, waren die Träger der politischen Macht. Wir waren viel zu tolerant (Sehr richtig!). Stückweise, Tag für Tag, ließen wir uns unsere Macht aus den Händen winden (Sehr richtig!). Wir haben heute in wirtschaftlicher Beziehung noch den gleichen kapitalistischen Staat wie früher (Sehr richtig!). Wir hätten auch im Wohnungswesen viel radikaler durchfahren sollen (Sehr richtig!). Viele Schlösser,

[56]) Im Or. umgangssprachlich: dem Krieg.

Staatsgebäude usw. stehen unbewohnt da, während viele unserer heimgekehrten Kameraden nicht wissen, wo sie unterkommen sollen (Sehr richtig!). Keine Regierung kann sich halten, wenn sie sich nicht auf eine bewaffnete Macht stützen kann. Die Kämpfe wachsen immer mehr aus zu einem Kampfe zwischen Arbeiter und Bourgeoisie (Sehr richtig!). Es ist tief bedauerlich, daß Leute wie Liebknecht und Rosa Luxemburg einen solch schändlichen Tod sterben mußten (Pfui!). Ich bin überzeugt, daß man einen Ludendorff und gar einen Wilhelm II. anders bewacht hätte (Sehr richtig!).
Mit Hilfe der Nationalversammlung glauben viele, das alte kapitalistische System wiederaufbauen zu können (Sehr richtig!). Das größte Hindernis hierzu bilden natürlich die Soldatenräte. In Baden hat man gleich nach der vollzogenen Landesversammlung den Versuch gemacht, die Soldatenräte aufzulösen. Die badische Landesversammlung hat gleich zur Auflösung der Soldatenräte Stellung genommen. Das Stuttgarter „Neue Tagblatt" machte dieselben Ausführungen, die sich auch auf Württemberg beziehen sollten. Verschiedene Parteien meinen, mit dem Zusammentritt der Nationalversammlung sei die Aufgabe der Soldatenräte erledigt. Das ist falsch. Zudem haben wir Soldatenräte unser Mandat nicht von der Nationalversammlung, sondern von der Revolution.
Wir müssen so lange bestehen, bis die Errungenschaften der Revolution fest in der Gesetzgebung verankert sind (Sehr richtig!). Es kommen hier die Gemeindewahlen usw. in Frage, weiter die gesetzliche Sicherung des Achtstundentages, die Ersetzung unseres heutigen stehenden Heeres durch eine Volkswehr auf wirklich demokratischer Grundlage. Bis diese Forderungen erfüllt sind, müssen wir unter allen Umständen bestehen. Dabei müssen wir noch alle militärischen Behörden mehr kontrollieren wie jetzt (Sehr richtig!). Man will ja dort den Abbau des Offizierswesens verhindern (Sehr richtig!). Wir müssen unseren gerechten Forderungen den rechten Nachdruck verleihen. Weiter haben wir die große Aufgabe, über die Millionenwerte des Heeres weitestgehende Kontrolle zu üben; es müssen hierbei alle kapitalistischen Schieber ausgeschaltet werden (Sehr richtig!). Wir haben weiterhin noch die Aufgabe, darüber zu wachen, daß trotz Bemühungen reaktionärer Elemente das jetzt noch stehende Heer nicht zu einem Werkzeug der Gegenrevolution gemacht werden kann. Wir können nicht mehr Kontrollorgan der Regierung sein. Wir müssen aber andererseits von der Regierung verlangen, daß sie in allen militärischen Fragen, vor allen Dingen, wenn der Grundstein gelegt wird für das neue Volksheer, uns zu den Beratungen hinzuzieht. Wir dürfen niemals zugeben, daß das zukünftige Volksheer ein Werkzeug wird gegen die große Masse. Wir müssen unsere Kameraden, solange wir sie jetzt noch in der Hand haben, aufklären, vor allen Dingen über ihre Rechte und ihre Pflichten. Unser Grundrecht ist Wahl der Vorgesetzten, gleiche Verpflegung von Offizieren und Mannschaften, und das müssen wir unter allen Umständen auch bei der neuen Regierung aufrechterhalten. Gerade dieses Grundrecht wird am besten verhindern können, daß sich nach und nach wieder ein Klassensystem herausbildet. Gerade diese Grundgedanken müssen wir von neuem wieder in die Köpfe unserer Kameraden hämmern. Die Interessenten unserer alten militärischen Wirtschaft haben sich noch lange nicht mit unseren neuen Verhältnissen abgefunden (Sehr richtig!). Ich will Ihnen hierfür nur ein Beispiel anführen, eine Zuschrift des Oberleutnants Wörner über das Bestehenbleiben des Heeres wie im Frieden (Pfui! Hört! hört!). Das zeigt uns ganz deutlich, daß diese Leute den Kampf noch nicht aufgegeben haben und daß sie unsere heutige Organisation nicht anerkennen wollen und unsere neugewonnene Freiheit zu zertrümmern suchen (Ausgeschlossen! Niemals!). Deshalb sage ich, wir wären traurige Kerls, wenn wir jetzt unsere Organisation ohne alles Weitere aus den Händen geben würden.
Wir sind die Träger der Revolution, und wir haben zunächst so lange zu bestehen, bis die Errungenschaften der Revolution fest verankert und gesichert sind. Die Soldaten

brauchen eine Interessenvertretung, sie müssen aber auch ein Mitbestimmungsrecht haben. Wenn wir nicht auf der Hut sind, dann laufen wir Gefahr, daß wieder der alte Schlendrian wie früher einreißt. Unsere nächste Aufgabe ist die, die alte Militärherrschaft so zu zertrümmern, daß sie niemals mehr aufstehen kann (Bravo!). Wir müssen danach trachten, daß die Interessen der Soldaten in der neuen Gesetzgebung fest verankert sind. Unsere zukünftige Organisation darf niemals das Werkzeug einer Klasse sein. Wir halten fest an unserer Organisation, wir wollen keinen Eingriff in staatliche Behörden, aber wir wollen die militärischen Behörden kontrollieren, und daß wir in dieser Beziehung weitgehend mitzusprechen haben. So wie das alte System einen vaterländischen Unterricht gegeben hat[57]), so müssen wir jetzt unsere Kameraden politisch schulen (Sehr gut!). Wir müssen deshalb unsere Kameraden mit dem Geist des Sozialismus erfüllen, dann haben wir erst die Garantie, daß es ausgeschlossen ist, daß irgendwelche gegenrevolutionäre Elemente die Herrschaft an sich reißen können. Kameraden! Sorgt dafür, daß der Sozialismus in alle Köpfe der Kameraden eindringt, dann gibt es kein Zurück mehr! (Bravo! Stürmischer Beifall.)

WICKER stellt den Bericht von Frick zur Diskussion.

BUCKEL, Heilbronn, machte anschließend an das Referat noch längere Ausführungen, die von der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden[58]).

FRICK brachte folgende Resolution ein: „Die Soldatenräte gemeinsam mit den Arbeiterräten sind das Vollzugsorgan der Revolution. Ihre Aufgabe ist: Die gewonnene Freiheit zu befestigen und die Errungenschaften der Revolution zu sichern. Die Soldatenräte bestehen so lange fort, bis durch die Nationalversammlung alle Erfolge verbürgt und in der Gesetzgebung fest verankert sind. Als Errungenschaften der Revolution kommen besonders in Betracht: Sicherung der demokratischen Volksrepublik und ihrer Verfassung; Sozialisierung der dazu reifen Betriebe und Industrien; Sicherung des Achtstundentags; Ersetzung der heutigen Heeresorganisation durch eine freiwillige Volkswehr auf demokratischer Grundlage.

Die Soldatenräte Württembergs stehen geschlossen hinter der Nationalversammlung, wenn diese gewillt ist, diese wichtigen Volksrechte zu sichern. Geschlossen werden wir jede Regierung bekämpfen, die der freiheitlichen Entwicklung des Volkes im Wege steht."

Die Resolution wird unter großem Beifall einstimmig angenommen[59]).

Punkt 3 der Tagesordnung: Anträge und Verschiedenes

Kriegsminister HERRMANN[60]): Vor acht Tagen bin ich in dieses verantwortungsvolle

[57]) Vgl. dazu Nr. 4 Anm. 45.

[58]) An dieser Stelle findet sich im Text folgende Anmerkung: „Die Ausführungen des Kameraden Buckel konnten leider in den Bericht nicht aufgenommen werden, da durch die Abreise des Stenographen dem Landesausschuß dieser Teil des Berichtes fehlt."

[59]) In einer Mappe mit Materialien zur 3. Landesversammlung (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20) befindet sich u. a. eine undatierte und ungezeichnete Vorlage an den Landesausschuß, deren Verfasser vermutlich der Geschäftsführer des Landesausschusses Reber war (das läßt sich aus dem Protokoll des Landesausschusses vom 23. 1. 1919 erschließen), in der Vorschläge gemacht werden, wie mit den von der Landesversammlung verabschiedeten Anträgen und der von Frick eingebrachten Resolution weiter verfahren werden soll. Dieser Vorlage ist zu entnehmen, daß die Resolution Fricks unmittelbar nach der Beendigung der Landesversammlung der Reichsregierung, dem Zentralrat in Berlin, dem Volksrat Karlsruhe, dem Landesausschuß der S.-Räte Badens in Durlach, dem Landesausschuß der S.-Räte Bayerns in München sowie allen württembergischen Militär- und Zivilbehörden übersandt worden war. Angeregt wird in der Vorlage, die Resolution außerdem allen Garnisonräten in Württemberg in einem Rundschreiben mitzuteilen. Vgl. dazu auch das Schreiben Rebers vom 28. 1. 1918 an die Garnisonräte (ebd., Büschel 23).

[60]) Immanuel Herrmann (1870–1945), seit 1901 Professor für Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Stuttgart, Hauptmann der Reserve; vom 15. 1. 1919 bis zum 28. 6. 1919 württem-

Amt berufen worden durch das Vertrauen der provisorischen Regierung und durch Sie, und ich habe geglaubt, mich diesem Rufe nicht entziehen zu dürfen. Ich habe heute morgen mit großem Interesse den Verlauf der Versammlung und die sachliche Behandlung der verschiedenen Fragen verfolgt. Auch das Kriegsministerium wurde mit verschiedenen Vorwürfen bedacht. Ich habe mir diese Vorwürfe genau notiert, trotzdem ich ja selbst nicht getroffen bin, aber ich möchte Ihnen heute schon versprechen, daß ich alles tun werde, was in meiner Macht liegt, um die von Ihnen angeregten Mißstände zu beseitigen (Bravo!). Auch ich bin der Meinung, daß es jetzt nicht mehr Zeit ist, nach Herkunft zu fragen, sondern Rücksicht auf die Fähigkeit und Tüchtigkeit zu nehmen. In diesem Sinne gilt auch das Wort Bethmann Hollwegs „Freie Bahn dem Tüchtigen!" oder jedermann auf seinen rechten Platz. Oder das goldene Wort, das mir im Felde vorschwebte, an der flandrischen Küste bei der Starkstromabteilung der 4. Armee, und das stets über meinem Schreibtisch hing: „Im Kriege verspricht nur Einfaches Erfolg." Und dieser Grundsatz soll mich auch fernerhin geleiten, d. h. Vereinfachungen auch vornehmen in meinem neuen Amt. Nun, ich möchte Sie nicht länger aufhalten mit Ausführungen. Ich möchte damit schließen, daß Sie mir nicht nur Ihr Vertrauen entgegenbringen und dasselbe pflegen, sondern daß Sie auch Ihre Anregungen und sonstigen Wünsche direkt an mich bringen (Bravo!). Ich werde mich bemühen, durch meine Tätigkeit Ihr Vertrauen voll und ganz zu erwerben (Bravo!).

Zu den eingelaufenen Anträgen erhält das Wort

BETTINGER: Es sind im ganzen 27 Anträge eingelaufen über Beurlaubungen, Entlassungen, Offiziersverhältnisse usw.[61]).

BUCKEL: Auch die Zulagefragen für unsere Musiker und Pferdepfleger müssen endlich einmal einheitlich geregelt werden.

Die beiden Anträge, daß Musiker und Pferdepfleger während dienstlicher Handlungen auch Anrecht auf Ausbezahlung der Tageszulagen haben, werden angenommen[62]).

Anträge über Offiziersverhältnisse

REINER schlägt vor, diese Anträge durch den Kriegsminister regeln zu lassen.

DENZ: Offiziere können nicht ohne weiteres entlassen werden. Es besteht noch eine Reichsverfügung, wonach sie sich beschweren können.

---

bergischer Kriegsminister (zu seiner Ernennung vgl. Nr. 11f Anm. 60); Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD). Über seine Amtszeit als Kriegsminister schreibt Keil (Erlebnisse II, S. 143): „Unter den gegebenen Verhältnissen hatte es praktisch nichts zu besagen, daß ein so ausgesprochener Pazifist wie Herrmann an die Spitze des Kriegsministeriums trat. Soweit Entscheidungen militärischer Art nötig wurden, wie beim Münchner Räteputsch, traf sie Blos oder das gesamte Kabinett. Dem lauteren Idealisten Herrmann fielen hauptsächlich die Aufräumungs- und Liquidierungsarbeiten zu." Schuler bescheinigt Herrmann im Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg, er habe „den besten und ehrlichsten Willen" mitgebracht, „im Sinne der Revolution Gutes im Heere zur Geltung zu bringen"; Herrmann habe sich jedoch nicht „gegen die Militärkamarilla und gegen die Berlin-Weimarer Richtung" durchsetzen können (s. Nr. 23, S. 424 f.). Vgl. auch Hahn, S. 71 f.; Weller, Staatsumwälzung, S. 172 f.; Blos, Monarchie II, S. 104 ff.

[61]) In der Mappe mit Materialien zur 3. Landesversammlung befinden sich außer der Vorlage an den Landesausschuß (vgl. oben Anm. 59) auch noch die handschriftlichen Originale der meisten Anträge, die der Landesversammlung zur Abstimmung vorlagen. Auf einzelnen Anträgen ist vermerkt, welche Weiterbehandlung der betreffende Antrag durch den Landesausschuß erfuhr. Aus diesen Angaben, aus der Vorlage an den Landesausschuß sowie aus dem unten abgedruckten Anhang (s. S. 153 f.) kann relativ genau erschlossen werden, welchen Weg die einzelnen Anträge nach ihrer Verabschiedung durch die Landesversammlung gingen.

[62]) Zu diesen Anträgen ist in der Vorlage an den Landesausschuß vermerkt, es sei nicht notwendig, „diese Fragen nochmals neu aufzurollen". Es wird vorgeschlagen, diese Anträge „mit entsprechender Weisung dem Kriegsministerium zuzuleiten".

Antrag: Entlassene Offiziere dürfen keine Uniform mehr tragen[63]).

Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Antrag: Unbeliebte Offiziere, die vermögend sind, sind sofort ohne Pension zu entlassen[64]).

Antrag auf sofortige Regelung der Gehälter. Angenommen[65]).

Antrag: Entlassene Offiziere dürfen keine Uniformen mit Abzeichen mehr tragen. Angenommen[66]).

Antrag auf Schluß der Sitzung um 1/2 6 Uhr und Vertagung bis morgen vormittag 1/2 9 Uhr wurde nach längerer Debatte angenommen.

Antrag: Mannschaften, die schon vor dem 9. November entlassen worden sind und mindestens 18 Monate im Felde standen, haben ebenfalls Anspruch auf einen vollständigen Entlassungsanzug. Angenommen[67]).

Antrag: Allen Kriegsinvaliden mit mindestens zwei Jahren Dienstzeit, die zwischen 1. Januar 1918 und 9. November 1918 entlassen worden sind, soll kostenfrei ein Zivilanzug beschafft werden. Abgelehnt.

Ein Geschäftsordnungsantrag, alle Anträge über Bekleidung usw. dem Landesausschuß zur weiteren Erledigung zu überweisen, wird angenommen.

Schluß des ersten Tages

Zweiter Tag

Fortsetzung der Beratung verschiedener Anträge

Antrag auf Änderung des Abs. III Ziff. 2 des Organisationsstatuts[68]): Für die dort vorgesehenen Strafen ist bis zu 14 Tagen mittleren Arrest der Garnisonrat zuständig. Nur bei höheren Strafen ist Beschwerde beim Landesausschuß zulässig.

Lazarettordnung Abs. 10[69]): Ordensschwestern, weibliche Hilfskräfte, Rote-Kreuz-Schwestern sind sofort zu entlassen.

REINER: Es ist ein Unding, wegen eines einfachen Verweises beim Landesausschuß vorstellig zu werden. Ich schlage ebenfalls vor, daß ein Mann nur, wenn er eine höhere Strafe wie 14 Tage Mittelarrest bekommen hat, sich beim Landesausschuß beschweren kann. Kann man nicht eine weitere Strafe einführen, vielleicht Entzug der Arbeitszulage?

---

[63]) Dieser Antrag ist von 20 Delegierten unterzeichnet; er wurde von der Landesversammlung angenommen.

[64]) Der Wortlaut dieses Antrages, den 15 Delegierte unterzeichnet hatten, war folgendermaßen: „Wir beantragen, daß die von den Räten abgelehnten Offiziere sofort nach ihren Vermögensverhältnissen befragt [werden] und falls diese gut [sind], sofort pensioniert, eventuell auch ohne Pension entlassen werden. Für nicht gutsituierte abgelehnte Offiziere ist Arbeitsgelegenheit irgendwelcher Art zu schaffen, so daß verhindert wird, daß diese Offiziere mit vollem Gehalt monatelang beurlaubt werden, ohne dafür etwas zu leisten." Der Antrag wurde angenommen und sollte, wie der Vorlage an den Landesausschuß zu entnehmen ist, dem Kriegsministerium überwiesen werden.

[65]) Dieser Antrag, der die Unterschriften von 15 Delegierten trug, befaßte sich mit der Regelung der Gehälter von Offizieren und in Offiziersstellen diensttuender Unteroffiziere und Mannschaften. Der Antrag wurde angenommen. Zu diesem Antrag ist in der Vorlage an den Landesausschuß vermerkt, daß er „ohne weiteres" dem Rat der Volksbeauftragten, dem preußischen Kriegsministerium und dem Zentralrat in Berlin überwiesen werden könne.

[66]) Zu diesem Antrag ist in der Vorlage an den Landesausschuß vermerkt, er solle dem Kriegsministerium „zwecks Erlassung einer dahingehenden Verfügung" überwiesen werden. Vgl. dazu die Anordnung des Kriegsministeriums vom 7. 2. 1919, MVBl. 1919, S. 120.

[67]) In seiner Sitzung am 4. 2. 1919 beschloß der Landesausschuß, daß die vor dem 9. 11. 1918 entlassenen Soldaten „in gewissem Umfang" auch einen Entlassungsanzug erhalten sollten. Vgl. auch Anhang, Ziffer 2, Nr. 7, S. 166, und die Verfügung des Kriegsministeriums vom 28. 3. 1919, MVBl. 1919, S. 265.

[68]) Siehe Nr. 27, S. 452 f., und die Anordnung des Kriegsministeriums vom 10. 2. 1919, MVBl. 1919, S. 115.

[69]) Siehe Nr. 27, S. 455. Vgl. auch Anm. 76.

Antrag: Entzug der Arbeitszulagen bis zur Höhe einer Dekade.

KAISER: Wenn ein Mann auf Arbeitsdienst war und sich etwas zuschulden kommen ließ, dann heißt es einfach: Der Mann bekommt für den gestrigen Tag keine Arbeitszulage. Bei größeren Verfehlungen (Wachvergehen) kann er noch weitere Strafwachen bekommen ohne Zulage.

Es ist ein Antrag eingelaufen auf Schluß der Debatte.

Die beiden Anträge auf Abänderung des Organisationsstatuts werden angenommen[70]).

Antrag zu Abs. III/2[68]): Strafwache mit Entzug der Arbeitszulage bis zur Höhe einer Dekade, wird angenommen.

Antrag: Die 1894er Bebenhäuser Konvention[71]) soll aufgehoben werden.

Antrag: Die Militärkonvention mit Preußen[72]) soll aufgehoben werden.

BANZHAF: Kameraden! Der Wunsch, mit der preußischen Militärkonvention zu brechen, ist ein Wunsch in Preußen selbst.

FRICK: Die Kündigung würde bei uns in Württemberg zur Folge haben, daß wir nicht einmal die Löhnung mehr ausbezahlen könnten (Sehr richtig!). Weiter haben wir bei uns ein großes Lager von Lebensmitteln, die dem Reiche gehören und die natürlich bei Kündigung der Konvention zurückgezogen würden. Das wäre für uns nicht gerade von Vorteil. Wir haben ja jetzt nicht mehr das alte Preußen, die alten Herrschaften regieren jetzt auch dort nicht mehr. Über militärische Fragen entscheidet ja der Zentralrat, in dem auch Württemberg vertreten ist. Was die Bildung einer Volkswehr anbelangt, so können wir dieser Frage noch gar nicht nähertreten, da wir ja noch gar nicht wissen, was uns die Entente für Friedensbedingungen diktieren wird. Das Kriegsministerium wird in Württemberg jedenfalls nicht mehr lange bestehen, und bei allem ist zu bedenken, daß wir nicht mehr das alte Preußen haben.

Ein Antrag von FRICK, BANZHAF und PETER, eine Kommission zu bilden, die mit dem Kriegsministerium den Antrag prüft, wird angenommen.

Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

Anträge über Pferdesachen

Die Landesversammlung wolle beschließen, daß infolge der Pferdeknappheit in der Landwirtschaft den Offizieren in Zukunft Reitpferde nicht mehr zu genehmigen sind.

Antrag: Die Kriegsteilnehmer der Train-Ersatzabteilung in Ludwigsburg bitten um Überlassung von Pferden zum Anschlagspreis.

REINER: Der ganze Pferdehandel wurde als großer Schwindel betrieben, und ich bin für die Ablehnung des Antrags der Train-Ersatzabteilung. Bei einer Abteilung des Artillerie-Regiments verkaufte der Kommandeur die Pferde zum Durchschnittspreis von 100 M. (Hört! hört!). Ich beantrage, daß die Pferde in Württemberg nur noch auf dem

---

[70]) Hierzu wird in der Vorlage an den Landesausschuß angemerkt, daß diese Änderungen zunächst der Redaktionskommission, die seinerzeit das Statut ausgearbeitet habe, überwiesen werden sollten, bevor sie in Druck gehen könnten.

[71]) In der Bebenhäuser Konvention waren die Beförderungsverhältnisse im preußischen und württembergischen Offizierkorps vereinheitlicht und die Verwendung von württembergischen Offizieren in Preußen geregelt worden. Dazu vgl. von Habermaas, Heereswesen, in: Württemberg, S. 227 ff. Vgl. auch Hahn (S. 71 f.), der die Kündigung dieser Konvention durch das württembergische Kriegsministerium scharf verurteilte. Nach Blos (Monarchie II, S. 105) kündigte Herrmann die Bebenhäuser Konvention „eigenmächtig und ohne der Regierung etwas mitzuteilen".

[72]) In der zwischen Preußen und Württemberg am 20./25. 11. 1870 abgeschlossenen Militärkonvention (abgedruckt bei Huber, Dokumente II, S. 273–276) war festgelegt worden, daß die württembergischen Truppen als Teil des deutschen Bundesheeres ein eigenes (XIII.) Armeekorps bildeten. Zur rechtlichen Problematik dieser Abkommen, die in ähnlicher Form auch von Bayern, Baden und Sachsen mit Preußen abgeschlossen worden waren, s. Huber III, S. 996 ff. Vgl. auch Nr. 7, S. 196 f., 216.

Wege der Versteigerung verkauft werden dürfen, und das Generalkommando zu beauftragen, das Verbot über den Pferdeverkauf aufzuheben.

HOF: Kameraden! Bezüglich dieser Verfügung war man im allgemeinen darauf bedacht, unsere Kriegsteilnehmer zu berücksichtigen. Leider wurde hiermit viel Mißbrauch getrieben. Gegen das Regiment 54 ist bereits Klage im Gange und soll der Regimentskommandeur verantwortlich gemacht werden. Die Pferdesperre ist nur deshalb eingeführt, daß im Frühjahr auch dem kleinsten Bauern ein Pferd gegeben werden kann. Auch sollen die Pferde mehr herausgefüttert werden, um bessere Preise zu erzielen.

HAHN: Gerade die Pferdedepots sind es, in denen die unglaublichsten Schiebungen vorkommen; solche sind in einem Zustand der völligen Verwahrlosung.

SCHÖNLEBER: Die Verfügung des Generalkommandos, daß Pferde zum Anschlagspreise gekauft werden können, hat das Reich Millionen gekostet. Gerade den Leuten haben die Offiziere die Pferde zugeschoben, von denen sie wußten, daß sie gegen die Soldatenräte waren. Es wurde Leuten ein Pferd gegeben, die überhaupt in ihrem ganzen Leben noch niemals ein Pferd in der Hand hatten. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß das Generalkommando beim Verkauf von Wagen und Geschirr mehr Vorsicht walten läßt.

BETTINGER: In Anbetracht dessen, daß wir um 12 Uhr das Haus verlassen müssen und noch viele Anträge vorliegen, bitte ich die Kameraden, sich in der Diskussion kürzer zu fassen.

GRUHNERT: Ich schlage vor, die Regelung des Pferdeverkaufs einer Kommission zu übertragen, die ausschließlich von Soldatenräten gebildet ist[73]).

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Der Antrag, Pferdeverkäufe nur noch im Wege der öffentlichen Versteigerung stattfinden zu lassen, wird angenommen.

Anträge über Sicherheitsdienst

Die heute tagende Landesversammlung wolle beschließen, daß jedem verheirateten Angehörigen des Sicherheitsdienstes das Recht gegeben wird, zu Hause zu schlafen, wie das jedem Kapitalistensöhnchen früher auch erlaubt war; ferner, daß solche das Recht haben, die Familienunterstützung weiter zu beziehen.

Die Anträge werden zur Diskussion gestellt.

HAHN: Als Leiter des Sicherheitsdienstes bitte ich, zu den jeweiligen Anträgen, die den Sicherheitsdienst betreffen, praktische Erläuterungen geben zu dürfen, damit längere Diskussionen vermieden werden.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden.

HAHN: Die Familienunterstützung bezieht jeder Angehörige der Sicherheitskompanien weiter, da er ja noch im Heere steht. Es wurde von mir seinerzeit an Minister Crispien der Antrag gestellt, die Oberamtmänner und Schultheißen hierüber aufzuklären. Es ist jetzt seit einigen Tagen vom Ministerium des Innern eine Verfügung herausgegeben worden, damit diese Angelegenheit endlich einmal aufgeklärt wird.

REBER: Vom Landesausschuß wurde überdies direkt ein Antrag gestellt, daß alle Kameraden, die noch im Heeresdienste stehen, die Reichsunterstützung weiterbeziehen; dieser Antrag wurde auch vom Arbeiterrat unterstützt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

---

[73]) Zu den Anträgen, die sich mit der Regelung des Pferdeverkaufes und der Überlassung von Reitpferden an Offiziere befaßten, vermerkt die Vorlage an den Landesausschuß, daß diese Fragen nochmals mit dem Landesausschuß der A.-Räte beraten werden müßten, bevor sie als rechtskräftige Verfügungen des Kriegsministeriums und der vorläufigen Regierung erlassen werden könnten. Zur Frage des Pferdeverkaufs s. auch Nr. 23, S. 412 f.

Antrag: In den Sicherheitskompanien sind sämtliche bisherigen Gradabzeichen zu entfernen und durch andere zu ersetzen. Höhere Löhnung wie 30 M. steht nur den gewählten Führern zu.

HAHN: Diese Gradabzeichen sollen ja im zukünftigen Volksheer sowieso abgeschafft werden. Es soll ja nur noch Führer, Unterführer und Mannschaften geben. Ich bitte, über diese Angelegenheit nicht zu diskutieren, sondern sie einer Kommission der Soldatenräte zu überlassen, die solche sicher regeln wird. Die Vorarbeiten sind ja schon im Gange und werden solche sicherlich im engsten Zusammenhange mit dem Landesausschuß erfolgen. Daß die Mannschaften ihre Führer selbst wählen, ist eine Selbstverständlichkeit, ich verweise hier auf unser Organisationsstatut. Zu Punkt 3. Ein Mann kann bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich mit 1 M. Löhnung auskommen, eine tägliche Zulage von 5 M. ist aller Ehren wert. Die Kommission, die die Gradabzeichen-Angelegenheit regelt, ist bereits gewählt. Sie besteht aus je zwei Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrats und meiner Person.

FRICK: Ich bitte, alle Anträge betreffend Sicherheitskompanien der zuständigen Kommission zur endgültigen Regelung übertragen zu wollen. Angenommen.

Verschiedene Anträge: Jahrgang 1898 und 1899 sollen sofort entlassen werden[74]). Man soll bei der Reichsregierung vorstellig werden wegen Beurlaubung von Schülern[75]).

REBER: Der Landesausschuß ist bereits in dieser Sache bei der Reichsregierung vorstellig geworden, die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen.

Antrag: Alle pensionierten Beamten sowie weiblichen Hilfsdienstpflichtigen sind von den Behörden sofort zu entlassen[76]). Angenommen.

Antrag: Die Organisation der Kommandierten, die sich dieser Tage gebildet hat, bittet, daß die Beamtenstellvertreter sowie Kommandierte auch nach dem Privatanstellungsrecht angestellt werden können, ferner um Bewilligung einer Teuerungszulage von 200 M., und daß die Arbeitszulage auch für Sonntag bezahlt wird[77]).

REINER: Ich bitte, daß von den Garnisonen Vertreter gewählt werden, die alle dem Landesausschuß übergebenen Anträge mitprüft und behandelt.

FRICK: Kameraden! Ich bitte Sie den Antrag von Reiner abzulehnen, der Landesausschuß kann diese Anträge selbst prüfen und weiterbehandeln.

BETTINGER: Ich bitte über den Antrag Reiner abzustimmen. Abgelehnt.

Es wird ein Antrag gestellt, daß bei allen Anträgen vorher abgestimmt werden soll, ob sie nicht direkt dem Landesausschuß zur Veranlassung des Weiteren übergeben werden können. Angenommen.

Antrag: Die Kadetten- und Unteroffizierschulen sind sofort zu schließen und die während des Kriegs abgeschlossenen Kapitulationen[78]) für nichtig zu erklären und die Kapitulationsgelder zu sperren. Dem Landesausschuß überwiesen[79]).

Antrag: Den Kriegsbeschädigten, die nach dem 9. November aus den Lazaretten entlassen worden sind und eine Lehre antreten, soll aus Reichsmitteln eine tägliche Zulage von 1 M. zustehen. Angenommen[80]).

---

[74]) Dieser Antrag wurde abgelehnt.
[75]) Vgl. dazu Anhang, Ziffer 8.
[76]) Zu diesem Antrag und zu dem Antrag, der die Entlassung der Ordensschwestern und der weiblichen Hilfskräfte in den Lazaretten zum Inhalt hatte (vgl. oben S. 148), ist in der Vorlage an den Landesausschuß vermerkt, beide Anträge seien „gründlich durchzuarbeiten und in richtiger Form der Regierung und dem Kriegsministerium weiterzuleiten".
[77]) Dieser Antrag wurde abgelehnt.
[78]) Kapitulationen waren Dienstverträge von Soldaten oder Offizieren, in denen sich diese auf eine längere Dienstzeit verpflichteten.
[79]) Vgl. Anhang, Ziffer 4.
[80]) Vgl. Anhang, Ziffer 13.

Antrag: Alle Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch sollen aufgehoben werden. Die Regierung soll ein Notgesetz herausgeben. Dem Landesausschuß überwiesen[81]).

Antrag auf Unterstützung der Schweizer Kameraden. Dem Landesausschuß überwiesen[82]).

Antrag: In Ebingen befinden sich Schuppen der früheren Munitionsaufbewahrungsstelle, solche können zu einem gemeinnützigen Zweck verwendet werden. Dem Landesausschuß überwiesen.

Antrag: Die Schulen sollen möglichst sofort wieder von militärischen Behörden geräumt und ihrem ursprünglichen Zweck übergeben werden. Dem Landesausschuß überwiesen[83]).

Antrag: Weibliche Personen sollen entlassen werden, sofern sie nicht zwei oder drei Personen zu ernähren haben. Dem Landesausschuß überwiesen.

[Antrag:] Alle nach dem 9. November vorgenommenen Beförderungen sollen rückgängig gemacht werden. Über diesen Antrag wird in die Diskussion eingetreten. Der Antrag wird dem Landesausschuß überwiesen zur Prüfung, ob tatsächlich Beförderungen nach dem 9. November vorgekommen sind. Angenommen[84]).

Antrag: Über Grenzschutz Ost soll den Garnisonen eine möglichst genaue Aufklärung gegeben werden. Dem Landesausschuß überwiesen[85]).

Antrag: Im Militärstrafgesetzbuch heißt es in § 150: Wer sich ohne Genehmigung seiner Vorgesetzten verheiratet, wird mit drei Monaten Festung bestraft. Dieser Paragraph soll in Wegfall kommen. Dem Landesausschuß überwiesen[86]).

Antrag: Da bei den Feldregimentern fast ausnahmslos junge Leute sind, die als Soldatenräte natürlich nicht die nötige Autorität haben, sollten für diese Soldatenräte möglichst aus älteren Leuten von aufgelösten Truppenteilen gebildet werden. Dem Landesausschuß überwiesen[87]).

Antrag: Die Landesversammlung wolle beschließen, bei den maßgebenden Stellen darauf hinzuwirken, daß das bei Fea 10[88]) liegende Material sofort dem Kleinhandwerk übergeben wird. Dem Landesausschuß überwiesen[89]).

Antrag: Die Überstunden sollen weiterbezahlt werden. Abgelehnt.

Antrag: Dobraz soll in seiner Eigenschaft als Bürovorstand beim Kriegsministerium abgesetzt werden. Dem Landesausschuß überwiesen.

Antrag: Schüler des Jahrgangs 1899 sollen möglichst beurlaubt werden. Dem Landesausschuß überwiesen[90]).

Kamerad Bölz wird vom Garnisonrat Stuttgart der Vorwurf gemacht, daß er zu Unrecht in den Landesausschuß gewählt worden sei.

Bölz verwahrt sich gegen diese Anfechtung und gibt Aufklärung.

Nach einer vorgenommenen Abstimmung ist die Landesversammlung voll und ganz einverstanden, daß Bölz im Landesausschuß verbleibt.

Antrag: Nachdem dem Landesausschuß eine Unmenge Anträge überwiesen worden sind, bitte ich um Einsetzung einer Kommission zur Prüfung derselben. Abgelehnt.

---

[81]) Vgl. Anhang, Ziffer 1.
[82]) Vgl. Anhang, Ziffer 16, und das Schreiben Rebers an die Garnisonräte (vgl. Anmerkung 59).
[83]) Vgl. Anhang, Ziffer 12.
[84]) Vgl. Anhang, Ziffer 5.
[85]) Vgl. Anhang, Ziffer 9.
[86]) Vgl. Anhang, Ziffer 15.
[87]) Vgl. Anhang, Ziffer 14.
[88]) Es handelt sich um die in Böblingen stationierte Fliegerersatzabteilung 10.
[89]) Vgl. Anhang, Ziffer 6.
[90]) Vgl. Anhang, Ziffer 8.

Antrag: Der Punkt Verschiedenes soll von der Tagesordnung abgesetzt werden, da ja bei den Anträgen genug Verschiedenes behandelt worden ist. Angenommen.

Mit einem Hoch auf die freie soziale Republik schloß der Vorsitzende, Kamerad WICKER, die dritte Landesversammlung.

Anhang[91]):

Die vom Landesausschuß erledigten Anträge:

1. Antrag Ludwigsburg auf Aufhebung der Mindeststrafen usw., Erlaß eines Notgesetzes ist dem Kriegsministerium überwiesen mit Anweisung zur Herausgabe einer entsprechenden Verfügung.

2. Abfindung vor dem 9. November Entlassener: Dem Kriegsministerium überwiesen, da diesbezügliche Vorarbeiten dort vorhanden.

3. Antrag Bezirkskommando Stuttgart um Gewährung einer Teuerungszulage wird abgelehnt, weil mit gleichem Recht dem ganzen Heere eine gleiche Zulage zustehen würde.

4. Antrag über Aufhebung der Kadettenanstalten und Unteroffiziervorschulen sowie der Kriegskapitulationen und Auszahlung der Kapitulantengelder wird mit der Bitte um Genehmigung dem Kriegsministerium zur weiteren Veranlassung überwiesen.

5. Antrag betreffend Aufhebung von Beförderungen nach dem 9. November wird der eingesetzten Kommission zwecks Beschaffung von Unterlagen überwiesen.

6. Antrag betreffend Material bei Fea 10[88]) der Volkswirtschaft zuzuweisen, wird dem Arbeitsministerium zur Erledigung und Berichterstattung überwiesen.

7. Dem Antrag, Hindenburg zu ersuchen um Stellungnahme zum Brief Oberleutnant Wörner, kann nicht entsprochen werden, da der Brief nicht Eigentum des Landesausschusses.

8. Antrag: Die Schüler des Jahrgangs 1899 nicht vier Wochen zu beurlauben, ist hinfällig, da das Kriegsministerium verfügt hat, die Soldaten aller Jahrgänge können entlassen werden, soweit sie Arbeit nachweisen oder Schüler und Lehrlinge sind.

9. Antrag: Aufklärung über Grenzschutz Ost und Oberost. Material ist vom Zentralrat telegraphisch erbeten.

10. und 11. Anträge: Sofortiges Gesetz über die Neuwahl der Gemeindevertretungen ist bereits vom Landesausschuß im Verein mit dem Arbeiterrat der Regierung unterm 22. Januar 1919 unterbreitet worden.

12. Antrag: Räumung der Schulen ist dem Kriegsministerium zur sofortigen Veranlassung überwiesen.

13. Antrag betreffend Zulage von Kriegsbeschädigten, die eine Lehrstelle antreten (täglich 1 M.), ist dem Kriegsministerium zur sofortigen Veranlassung überwiesen.

14. Antrag: Belassung von älteren Leuten als Soldatenräte bei den aktiven Regimentern bzw. Verteilung in die Regimenter wird der Kommission zur Neuregelung der Kommandogewalt als Material überwiesen, außerdem dem Kriegsministerium zum Erlaß einer Verfügung; die bei den aufzulösenden Formationen älterer Jahrgänge sich befindenden Soldatenräte, welche sich durch hervorragende Tätigkeit qualifiziert haben, sind den Truppenteilen der Garnisonen, in der Hauptsache den Sicherheitskompanien zu überweisen.

---

[91]) Der Landesausschuß setzte am 23. 1. 1919 eine Kommission zur Beratung der in der Landesversammlung verabschiedeten Anträge ein, der Wicker, Schäffler, Reber und Ackermann angehörten. Bei dem nun folgenden Anhang dürfte es sich um den Abschlußbericht dieser Kommission handeln; dieser Abschlußbericht wurde dem gedruckten Sitzungsbericht angefügt. Einige Anträge, auf die in diesem Anhang Bezug genommen wird, sind im gedruckten Sitzungsbericht nicht erwähnt (vgl. Ziffer 3, 10, 11, 17 und 18).

15. Antrag betreffend Aufhebung des § 150 Militärstrafgesetzbuchs ist dem Kriegsministerium zur weiteren Veranlassung und Unterstützung überwiesen.

16. Antrag: Unterstützung der Schweizer, die Erledigung wurde dem Garnisonrat in unserem Rundschreiben mitgeteilt.

17. Antrag: Aufhebung der Fideikommisse usw. wird dem Landesausschuß der Arbeiterräte überwiesen[92]).

18. Antrag: Der Drucklegung des Berichts über die Landesversammlung ist hiermit stattgegeben.

---

[92]) In diesem Antrag war der Landesausschuß aufgefordert worden, Schritte zu unternehmen, um zu verhindern, daß Fideikommißflächen auf die jeweils benachbarten Dörfer verteilt würden. Die Antragsteller verlangten die zwangsweise Enteignung der Fideikommisse und deren Aufteilung unter den Kriegsbeschädigten. Diesen Antrag lehnten die Landesausschüsse der A.- und S.-Räte in ihrer gemeinsamen Sitzung am 10./11. 2. 1919 nach längerer Diskussion ab. Zur Frage der Fideikommisse vgl. Nr. 3 Anm. 67.

## 7. Vierte Landesversammlung vom 19.–21. März 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 22. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll[1]). Überschrift: „4. Landesversammlung der Soldaten-Räte Württembergs vom 19.–21. März 1919 in Stuttgart, Gewerkschaftshaus." Auszüge[2]).**

Die Sitzung wird um 9 Uhr 24 Minuten durch den 1. Vorsitzenden, Bettinger, eröffnet.

VORSITZENDER: Ich eröffne hiermit die heutige Versammlung. Kameraden! Im Namen des Landesausschusses der Soldatenräte Württembergs heiße ich Sie herzlich willkommen. Wir freuen uns, daß es uns vergönnt ist, seit Beginn der Revolution schon die vierte Landesversammlung[3]) abzuhalten. Auch diese Tagung soll in erster Linie dazu

[1]) Das Protokoll umfaßt insgesamt 455 Blatt, die durchlaufend mit Tinte numeriert sind. Protokollant der dreitätigen Sitzung war Kammerstenograph Haas, dessen Namensstempel sich häufig am Fußende der Seiten findet. Stilistische und orthographische Korrekturen von unbekannter Hand in allen Passagen des Protokolls beweisen, daß der maschinenschriftliche Text nochmals sorgfältig durchgesehen wurde, weil man ihn offensichtlich als die offizielle Protokollfassung betrachtete und behandelte.

[2]) Aufgrund des großen Umfanges des Protokolls ist dessen vollständiger Abdruck nicht möglich. Ohne Auslassungen wurde der Rechenschaftsbericht des Landesausschusses in den Auszug aufgenommen, weil er die kontinuierliche Arbeit des obersten Organs der S.-Räte zwischen den Landesversammlungen am besten dokumentiert. In der sich an den Rechenschaftsbericht anschließenden Generaldebatte meldeten sich insgesamt 21 Delegierte zu Wort; 9 dieser Diskussionsbeiträge, die sich teils kritisch mit der Arbeit des Landesausschusses befaßten, teils erhobene Vorwürfe zurückwiesen, wurden für den Abdruck ausgewählt. Die Beratung des neuen Organisationsstatuts, die fast einen ganzen Sitzungstag in Anspruch nahm, ist im Auszug nicht berücksichtigt. Zwar artikulierten die Delegierten gerade in dieser Debatte ihre Vorstellungen über die Neugestaltung des Heereswesens und den Aufbau einer demokratischen Heeresorganisation sehr eindeutig, doch mußte aus Platzgründen von einem Abdruck der sehr ins einzelne gehenden Diskussion der verschiedenen Satzungsbestimmungen abgesehen werden (der von der 4. Landesversammlung verabschiedete Organisationsentwurf ist als Nr. 29 abgedruckt; vgl. auch Anm. 73). Von den 67 Anträgen, die der Landesversammlung zur Beschlußfassung vorlagen, sind diejenigen Anträge in den Auszug aufgenommen worden, die sich mit der Freiwilligenabteilung Haas für den Grenzschutz Ost befaßten, weil diese Anträge sehr gründlich diskutiert wurden und weil die Delegierten, die sich in dieser Debatte zu Wort meldeten, die in der Landesversammlung bestehenden kontroversen politischen Positionen am klarsten formulierten. Abgeschlossen werden die Auszüge mit der programmatischen Rede Fricks zum 2. Rätekongreß, den zu diesem Tagesordnungspunkt eingebrachten Resolutionen und der Bekanntgabe des Wahlergebnisses zum neugewählten Landesausschuß durch Bettinger. Große Beachtung fand die 4. Landesversammlung in der württembergischen Presse, die sehr ausführliche Berichte über den Verlauf der Tagung veröffentlichte: Schwäbische Tagwacht (Nr. 66 vom 20. 3. 1919; Nr. 67 vom 21. 3. 1919; Nr. 68 vom 22. 3. 1919), Schwäbischer Merkur (Nr. 131 vom 19. 3. 1919 A; Nr. 133 vom 20. 3. 1919 A; Nr. 134 vom 21. 3. 1919 M; Nr. 135 vom 21. 3. 1919 A; Nr. 136 vom 22. 3. 1919 M), Württemberger Zeitung (Nr. 66 vom 20. 3. 1919; Nr. 67 vom 21. 3. 1919; Nr. 68 vom 22. 3. 1919), Süddeutsche Zeitung (Nr. 77 vom 20. 3. 1919; Nr. 78 vom 21. 3. 1919; Nr. 79 vom 22. 3. 1919), Stuttgarter Neues Tagblatt (Nr. 141 vom 19. 3. 1919 A; Nr. 142 vom 20. 3. 1919 M; Nr. 143 vom 20. 3. 1919 A; Nr. 145 vom 21. 3. 1919 A; Nr. 146 vom 22. 3. 1919 M). Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 22) befinden sich außerdem noch zwei Versammlungsberichte des Sozialdemokrat, des Organs der württembergischen USPD. Der Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg geht nur kurz auf diese Landesversammlung ein (vgl. Nr. 23, S. 425); erwähnt wird die Tagung ferner in den Memoiren von Blos (Monarchie II, S. 43) und Hahn (S. 47, 55, 62). Vgl. auch Darstellungen V, S. 33, Kluge, S. 115 f., und Purlitz, Revolution II, S. 125.

[3]) Zur 1. Landesversammlung, die am 17. 11. 1918 stattfand, s. Nr. 4; zur 2. Landesversammlung am 11./12. 12. 1918 s. Nr. 5; zur 3. Landesversammlung am 21./22. 1. 1919 s. Nr. 6.

beitragen, unsere gemeinsame Arbeit zu fördern und die Stellung der Soldatenräte besonders nach außen hin zu festigen. Möge daher ein kameradschaftlicher Geist unsere Verhandlungen leiten!

*Nach einer kurzen Begrüßung durch Ministerpräsident* BLOS[4]) *und der Regelung einiger Geschäftsordnungsfragen (Zulassung von Dringlichkeitsanträgen) beschließt die Versammlung, die Tagesordnung in folgender Reihenfolge zu behandeln: 1. Bericht des Landesausschusses; 2. Beratung des neuen Organisationsstatuts; 3. Anträge und Verschiedenes; 4. Stellungnahme zum Rätekongreß in Berlin am 8. April 1919 und Wahl des Delegierten. Hierauf erstattet* BETTINGER *den Bericht des Landesausschusses.*

[BETTINGER]: Aus dem Bericht des Landesausschusses der letzten Landesversammlung am 21. und 22. Januar 1919 ist zu ersehen, daß nach der Annahme der Bestimmungen für den Soldatenrat von Württemberg[5]) und der erfolgten Wahl des Landesausschusses von 21 Mitgliedern eine Geschäftsteilung in der Weise vorgenommen worden ist, daß derselbe in Vollzugsausschuß, Propagandaabteilung sowie in Kontrollstellen beim Kriegsministerium, Generalkommando, Zentralleitung der Sicherheitskompanien Württembergs, Intendantur, Sanitätsamt, Bekleidungsamt, Arbeitsministerium und Linienkommandantur gegliedert wurde[6]). In der Zwischenzeit sind einige Mitglieder ausgeschieden[7]), so daß es nötig wurde, eine Neubesetzung der Posten und Ressorts innerhalb des Ausschusses vorzunehmen, zumal auch vor kurzem eine Verschmelzung des Generalkommandos mit dem Kriegsministerium stattgefunden hat. Von dieser Neubesetzung wurden die Garnisonräte seinerzeit in Kenntnis gesetzt[8]). Auch für das Oberkriegsgericht hatte der Landesausschuß ständige Richter und Stellvertreter zu wählen. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte hielt der Landesausschuß seit der letzten Landesversammlung 16 Sitzungen ab, von denen vier gemeinsam mit dem Landesausschuß der A.-Räte stattfanden[9]). Außerdem wurden zwei Sitzungen mit den Vorsitzenden der Garnisonräte und eine mit den Führern und Delegierten der Sicherheitskompanien nebst den Vorsitzenden der Garnisonräte abgehalten[10]). Daneben wurde eine Reihe Besprechungen mit militärischen und zivilen Behörden über wichtige Angelegenheiten gepflogen.

---

[4]) Blos begnügte sich mit wenigen Sätzen, in denen er zum Ausdruck brachte, er werde sein Amt nach den Grundsätzen weiterführen, „welche die aus der Revolution hervorgegangene Regierung seinerzeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten vereinbart hat".

[5]) Diese Bestimmungen wurden von der 2. Landesversammlung verabschiedet (vgl. Nr. 5); sie sind abgedruckt als Nr. 27.

[6]) Diese Geschäftsverteilung hatte der Landesausschuß in seiner Sitzung am 13. 12. 1918 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18) beschlossen.

[7]) Von den 21 am 12. 12. 1918 gewählten Mitgliedern des Landesausschusses waren 5 Mitglieder vorzeitig ausgeschieden: Am 17. 12. 1918 war Rueß zurückgetreten; am 20. 1. 1919 legte Metzger sein Mandat nieder; ihm folgte am 27. 2. 1919 Wicker, der bis dahin der 1. Vorsitzende des Landesausschusses gewesen war; am 5. 3. 1919 trat Denz zurück; Bechtle (Freudenstadt) hatte sein Amt überhaupt nicht angetreten.

[8]) Der Landesausschuß verabschiedete in seiner Sitzung am 25. 2. 1919 einen neuen Geschäftsverteilungsplan; die Einzelheiten der Neuregelung sind im entsprechenden Sitzungsprotokoll nicht angeführt.

[9]) Die teils hand-, teils maschinenschriftlichen Protokolle dieser Sitzungen befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Gemeinsame Sitzungen mit dem Landesausschuß der A.-Räte fanden am 25. 1., 27. 1., 3. 2. und 10./11. 2. 1919 statt. Das Protokoll einer weiteren gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse, die am 17. 2. 1919 stattfand, befindet sich im Protokollbestand des Landesausschusses der A.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84).

[10]) Die Vorsitzenden der Garnisonräte nahmen an den Landesausschußsitzungen am 28. 1., 29. 1. und am 7. 3. 1919 teil; mit den Vertretern der Sicherheitskompanien hielt der Landesausschuß am 13. 2. 1919 eine Sitzung ab (das Protokoll dieser Sitzung befindet sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 38).

Aus den Sitzungen und Besprechungen ist folgendes hervorzuheben: Die im Armeeverordnungsblatt vom 19. Januar erschienene Verfügung des Preußischen Kriegsministeriums bez. der Neuregelung der Kommandogewalt[11]) hat allgemeine Mißbilligung hervorgerufen, da die Durchführung dieses Erlasses dazu geführt hätte, die Einflüsse und die Mitarbeit der S.-Räte bei der weiteren Gestaltung des Heerwesens mehr oder weniger auszuschalten. Bei der dieserhalb einberufenen Konferenz der Garn.-Räte, an der auch der Kriegsminister teilnahm, wurde daher folgende Resolution angenommen: „Der Landesausschuß der S.-Räte Württembergs nebst Kriegsminister und Garnisonvorsitzenden lehnen den preußischen Erlaß einstimmig ab. Wir fordern die schleunige Einberufung eines Soldatenkongresses für das Reich. Bis zur endgültigen Regelung durch den Kongreß gilt für den Württembergischen Armeeverband das seitherige Organisationsstatut[12])."

Diese Resolution ging sofort an die Reichsregierung, den Zentralsoldatenrat und sämtliche Bundesstaaten. Wie Sie wohl wissen werden, sind der Reichsregierung auch von anderen Korps ähnliche Protestkundgebungen zugegangen[13]). Allerdings sind nachher verschiedene Korps dem Druck des Reichswehrministers folgend dazu übergegangen, die Bestimmungen durchzuführen. Wir haben uns dessenungeachtet bisher an unsere Bestimmungen vom 16. Dezember 1918 gehalten. Indessen war es auch der vorerwähnten Konferenz klar, daß diese Bestimmungen, die als Übergangsbestimmungen besonders für die Zeit der Demobilmachung zu betrachten sind, nicht für alle Zeiten beibehalten werden können. Es wurde daher beschlossen, eine Kommission, die sich aus den Vorsitzenden der Garnisonräte Ludwigsburg und Tübingen, Reiner und Kern, dem Landesausschußmitglied Frick sowie einigen bewährten Truppenoffizieren zusammensetzte, zu beauftragen, den Erlaß des Preußischen Kriegsministeriums durchzuberaten und einen für württembergische Verhältnisse brauchbaren Entwurf auszuarbeiten. Dieser Entwurf wurde anläßlich einer weiteren Sitzung des Landesausschusses mit dem Kriegsminister und den Garn.-Rats-Vorsitzenden besprochen und in einer erst vor wenigen Tagen nochmals stattgefundenen engeren Konferenz letztmals in der Fassung beraten, die Ihnen heute im Druck vorliegt[14]).

Nachdem es sich gezeigt hatte, daß die mit Rücksicht auf die Kohlenknappheit erforderlich gewordene Verkürzung der Bürozeit militärischer Behörden pp. in Anbetracht der gewaltigen Demobilmachungsarbeiten auf die Dauer nicht eingehalten werden konnte, und verschiedene Dienststellen bereits von sich aus dazu übergehen mußten, dieselbe zu verlängern, wurde sie im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium wieder auf sieben bis acht Stunden täglich ausgedehnt.

Anläßlich der Beratung eines Entwurfs für das Freikorps Grenzschutz-Ost[15]) wurde be-

---

[11]) Die Verordnung betreffend „Vorläufige Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer" vom 19. 1. 1919 ist u. a. abgedruckt in: Zentralrat, S. 442 ff.

[12]) Diese Resolution verabschiedeten der Landesausschuß und die Vorsitzenden der Garnisonsoldatenräte in ihrer gemeinsamen Sitzung am 29. 1. 1919. Vgl. auch Kluge, S. 109.

[13]) Vgl. dazu Zentralrat, S. 465–473, wo eine Reihe dieser Protestkundgebungen abgedruckt ist. In einer Konferenz des Zentralrats mit Vertretern der Korpssoldatenräte, die am 4./5. 2. 1919 in Berlin stattfand, wurde der preußische Erlaß von den Delegierten der verschiedenen Armeekorps (für Württemberg nahm Wicker teil) scharf kritisiert (vgl. ebd., S. 546 ff.). Ein Beschluß der Konferenz stellte fest, die Verordnung sei auf „rechtsungültiger und revolutionsverfassungswidriger Grundlage" erlassen worden (vgl. ebd., S. 604 f.); s. auch Carsten, Reichswehr, S. 32 ff.

[14]) Der „Entwurf zum Neuaufbau des württ. Volksheeres", welcher der 4. Landesversammlung zur Verabschiedung vorlag, befindet sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 21. Die von der Landesversammlung nach ausführlicher Diskussion beschlossene Fassung ist abgedruckt als Nr. 29.

[15]) Erste Maßnahmen zum „Schutz der östlichen Provinzen gegen die aus den Gebieten östlich der Reichsgrenze drohenden Gefahren" hatte der preußische Kriegsminister gemeinsam mit

antragt, eine Abordnung nach dem Osten zu entsenden, um sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, wie die Truppen dort verwendet werden, und ob bzw. in welchem Umfang die Unterstützung durch württembergische Truppen notwendig ist. Vom Landesausschuß wurde Mitglied Gruhnert für die Kommission bestimmt. Dieselbe hat festgestellt, daß der Grenzschutz lediglich der Abwehr der Bolschewiki, Polen und Tschechen dient. An der Südfront stehen große Massen der Tschechen, die auf den Vormarsch der Polen warten, um alsbald in Schlesien einzubrechen. Durch die Besetzung Posens, der größten Nahrungsmittelquelle Deutschlands, ist in Sachsen schon heute Hungersnot. Auch sind in Posen und Schlesien diejenigen Kohlengebiete, auf die wir nach der Besetzung der rheinischen Kohlenbezirke unsere Hoffnung setzen, aufs äußerste gefährdet. Die von uns im Interesse der Wahrung unserer Eigenart und zur besonderen Pflege des kameradschaftlichen Geistes verlangte Vereinigung der württembergischen Truppen in geschlossenen Abteilungen ist vom Oberkommando zugesagt worden.
Zusammengefaßt hat die Kommission sowohl bei der Fahrt an die Ostfront als auch besonders bei der Rückfahrt aus eigener Anschauung und Erzählungen einwandfreier Landeseinwohner die Überzeugung gewonnen, daß tatkräftige Hilfe für den gesamten Grenzschutz Ost das dringende Gebot der Stunde ist[16]). Zufolge der bei den letzten Verhandlungen mit den feindlichen Mächten festgelegten Demarkationslinien[17]) dürfte die Gefahr eines weiteren Vordringens in unser Reichsgebiet ja wohl einigermaßen beseitigt sein, doch ist es immerhin notwendig, diese Linie zu schützen für den Fall, daß die Polen und Bolschewiken oder Tschechen trotzdem weitere Invasionsgelüste bekommen sollten. Die Urteile, die man über die Zuverlässigkeit des freiwilligen Grenz-

---

Unterstaatssekretär Göhre bereits am 15. 11. 1918 ergriffen durch die Bildung eines „A.O.K. Heimatschutz Ost" (der Erlaß ist u. a. abgedruckt in: Ursachen und Folgen III, S. 315; vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 84, 107). Einen Tag später, am 16. 11. 1918, teilte Groener dem Oberbefehlshaber im Osten mit, er sei damit einverstanden, daß dieser in seinem Bereich freiwillige Verbände aufstelle (vgl. Schulze, S. 24 f., und das Faksimile dieses Schreibens, in: Ill. Gesch. 1968, S. 188). Proteste der USPD-Volksbeauftragten in der Kabinettsitzung am 21. 11. 1918 (vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 118 ff.) führten nicht zu der von diesen gewünschten Auflösung des Heimatschutzes Ost, sondern lediglich zu seiner organisatorischen Umgestaltung und der Änderung seines Namens: Ab 1. 12. 1918 erhielt die zuständige Dienststelle die Bezeichnung „Zentralstelle Grenzschutz Ost". Am 7. 1. 1919 erließ die Reichsregierung dann einen Aufruf (abgedruckt u. a. in: Ursachen und Folgen III, S. 318; vgl. Regierung der Volksbeauftragten II, S. 184 ff., Zentralrat, S. 237 ff.), um Freiwillige für den Grenzschutz anzuwerben; in diesem Aufruf wurde die Gefahr beschworen, daß „weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer" fielen, wenn „noch ein paar Tage ohne energische Abwehr" verstrichen. Die Verantwortung für den Grenzschutz Ost übernahm dann schließlich die Oberste Heeresleitung (vgl. Regierung der Volksbeauftragten II, S. 162 f., 177 ff.), die Anfang Februar 1919 ihren Sitz nach Kolberg verlegte. Zur Organisation des Grenzschutzes Ost und dessen militärischen Aktionen vgl. Schulze, S. 101 ff.; Waite, S. 94 ff. (dort auch ausführliche Literaturhinweise).

16) Gruhnert reiste Anfang Februar 1919 zusammen mit einem Vertreter des Kriegsministeriums nach Osten, um sich an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu informieren. Im HStA Stuttgart befinden sich drei Berichte der beiden Delegierten, die diese nach Besprechungen in Berlin (3. 2.), Bartenstein (4. 2.) und Lyck (9. 2.) verfaßt hatten. Der positive Eindruck dieser Berichte (s. dazu die bei Kluge, Anm. 76, zitierten Passagen) veranlaßte den Landesausschuß der S.-Räte, vorhandene Bedenken gegen die Aufstellung eines württembergischen Freiwilligenkorps für den Grenzschutz Ost zurückzustellen. Vgl. auch die ausführliche Leserzuschrift Gruhnerts in der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 55 vom 7. 3. 1919), in der er den Grenzschutz befürwortete. Vgl. auch unten S. 199 ff.

17) In dem am 16. 2. 1919 abgeschlossenen Abkommen über die dritte Verlängerung des Waffenstillstandes (abgedruckt u. a. in: Ursachen und Folgen III, S. 341 f.) war bestimmt worden, daß Deutschland unverzüglich die Offensivbewegungen gegen Polen „in dem Gebiet von Posen oder in jedem anderen Gebiet" einzustellen habe. Die Demarkationslinien, die deutsche Truppen nicht überschreiten durften, sind in dem Abkommen genau festgelegt.

schutzes hörte, gingen alle dahin, daß es den Leuten an Disziplin fehlt. Mit der Führung des württembergischen Freikorps wurde General Haas beauftragt. Die Verbände werden in Münsingen zusammengestellt und sollen auf dem schnellsten Wege nach dem Osten abrücken[18]).

In verschiedenen Sitzungen wurde über die Erweiterung der Verordnung bez. der Entlassungsanzüge beraten. Das Resultat dieser Besprechungen war die Ihnen wohl allen bekannte Bekanntmachung vom 6. Februar 1919[19]). Mit Rücksicht auf die Bestände, die nach genauen Feststellungen noch vorhanden waren, und in Anbetracht dessen, daß unsere Kriegsgefangenen nach ihrer Rückkehr in erster Linie bekleidet werden müssen, war es nicht möglich, die Bestimmungen noch weiter auszudehnen, obwohl dies der Landesausschuß im Interesse einer weitgehenden Abfindung der Kameraden gewünscht hätte. Infolgedessen hat sich der Landesausschuß auch sofort durch Vermittlung des Zentralrats an das Reichsschatzamt um Überweisung weiterer Bestände gewendet. Falls dies möglich ist, wird der Landesausschuß unverzüglich daran gehen, im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium erweiterte Bestimmungen herauszugeben. Des weiteren wurde durch eine Kommission, an der sowohl der Landesausschuß als der Garnisonrat Stuttgart sowie die Delegierten der Intendantur und des Kriegsministeriums, außerdem der Sekretär des Angestellten-Verbandes teilnahmen, der Zivilvertrag ausgearbeitet, nach dem die Anstellung des Geschäfts-, Handwerker-, Sanitäts- und Krankenwärterpersonals pp. erfolgen kann. Ausführungsbestimmungen dazu wurden im Militärverordnungsblatt bekanntgegeben[20]).

Bezüglich einer von Kameraden des Infanterie-Regiments 125 ausgearbeiteten Denkschrift „Volkswehr und Soldatenleben“[21]) fanden Besprechungen mit allen maßgebenden Stellen statt, die dahin führten, daß eine gemischte Kommission beauftragt wurde, unter eventueller Zuziehung von Unterkommissionen alle Anregung zu dieser Denkschrift zu verwerten und den diesbezüglichen Entwurf nach Ausarbeitung dem

---

[18]) Nachdem das preußische Kriegsministerium bereits seit Dezember 1918 württembergische Freiwillige für den Grenzschutz Ost angeworben hatte (vgl. dazu die Ausführungen Stubers in der gemeinsamen Sitzung des Zentralrats mit der Regierung der Volksbeauftragten am 3. 1. 1919, Zentralrat, S. 195 f.) beschloß das württembergische Kriegsministerium im Januar 1919 die Aufstellung einer geschlossenen württembergischen Freiwilligentruppe für den Grenzschutz im Osten (vgl. MVBl. 1919, S. 81 ff. und S. 142 f.). Einen entsprechenden Entwurf befürwortete der Landesausschuß der S.-Räte in seiner Sitzung am 31. 1. 1919. Am 7. 2. 1919 erklärte sich der Landesausschuß damit einverstanden, daß diese Verbände unter der Leitung von General Haas in Münsingen zusammengestellt werden sollten. Haas erläuterte dann in der Sitzung des Landesausschusses am 11. 2. 1919, wie er sich den Aufbau der Freiwilligentruppe vorstellte. Dabei versicherte er, „irgendeine Restitution in irgendeiner Form“ sei ausgeschlossen, solange er an der Spitze der Formation stehe: „Man kann mich moralisch an jedem Laternenpfahl aufhängen, wenn ich je einmal gegen diesen Grundsatz verstoßen werde.“ Die endgültigen Bestimmungen zum Aufbau der Freiwilligenabteilung Haas wurden schließlich am 25. 2. 1919 im Militär-Verordnungsblatt veröffentlicht (MVBl. 1919, S. 167 ff.; zu den Einzelheiten dieser Bestimmungen s. auch Darstellungen V, S. 27 ff.; Kluge, S. 109 f.). Der von der 4. Landesversammlung der S.-Räte nach langer Diskussion gefaßte Beschluß, die Freiwilligenabteilung Haas sofort nach Osten abzutransportieren (vgl. unten, S. 211), wurde nie verwirklicht. Die verwendungsbereiten Verbände der Abteilung wurden im April 1919 unter dem Oberbefehl von Haas gegen die Münchener Räterepublik eingesetzt und dann schließlich unter Heranziehung von Sicherheitstruppen zur in Württemberg stationierten Reichswehrbrigade 13 ausgebaut, die, wiederum unter der Führung von Haas, an der Niederschlagung des Ruhraufstandes 1920 beteiligt war. Haas verhinderte außerdem – unterstützt von Reichswehrminister Noske –, daß in seiner Truppe S.-Räte eingerichtet wurden (vgl. Anm. 118).

[19]) Vgl. Nr. 6 Anm. 67.

[20]) Am 25. 2. 1919 (vgl. MVBl. 1919, S. 137 ff.).

[21]) Einer der Mitverfasser dieser Denkschrift war Hertneck (vgl. Nr. 6 Anm. 55). Exemplare der Denkschrift in der ein eigenständiges württembergisches Wehrmodell konzipiert wurde, in dem die S.-Räte führend mitwirken sollten, befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 8, 9, 10.

Landesausschuß und Kriegsministerium vorzulegen. Die Arbeiten dieser Kommissionen sind noch nicht abgeschlossen, es ist aber beabsichtigt, dieselben nach ihrer Fertigstellung dem Reichswehrminister zur Verwertung bei der Aufstellung der Grundsätze für das zukünftige Volksheer zu unterbreiten, da sie durchaus geeignet erscheinen, die Errungenschaften der Revolution und die Stellung der Soldatenräte im neuen Volksheer zu verankern und so zu gestalten, daß ein Rückfall in die alten Zustände ausgeschlossen ist.

Bei einer gemeinsamen Konferenz mit den Garnisonräten[22]) und den Führern sowie Delegierten der Sicherheitskompanien[23]) wurden Besprechungen über die Lohnforderungen der Sicherheitskompanien gepflogen, die damit endeten, daß sich die Versammlung auf den Standpunkt stellte, daß eine Erhöhung der bisherigen Zulagen nicht angängig sei, wogegen bereits Schritte unternommen waren, daß den Angehörigen der Sicherheitskompanien die Reichsunterstützung gezahlt wird. Die betreffenden Anweisungen des Ministeriums waren nur noch nicht an alle Stellen durchgedrungen, die die Auszahlung vorzunehmen haben. Es herrscht eben noch mancherorts eine dicke Aktenluft, die das Arbeiten sehr erschwert. Im übrigen wurde seinerzeit eine Kommission aus den Kameraden Schuler, Mitschele, Kern, Steck und Haug gebildet, die den Auftrag bekam, die schwebenden Angelegenheiten der Sicherheitskompanien zusammen mit der Zentrale und der bereits vom Arbeiter- und Soldatenrat eingesetzten ständigen Kontrollkommission zu regeln. Abgesehen davon beschäftigte das Schmerzenskind Sicherheitskompanie den Landesausschuß in vielen Sitzungen bezüglich der Reorganisation, der Unterstellungsverhältnisse, der Eingliederung, der Stellenbesetzung usw. Wenn heute in dieser Beziehung eine gewisse Grundlage geschaffen ist, so ist dies nicht zuletzt dem verständigen Zusammenarbeiten mit den Garnisonräten zu verdanken.

Bei der letzten Versammlung der Garnisonräte mit dem Landesausschuß wurden auch die von Kamerad Hahn gemachten Vorschläge bezüglich der Neuuniformierung der Sicherheitskompanien beraten und fanden allgemeinen Anklang. Sie sehen die schmucke Uniform der Gebirgstruppe vor, ohne Achselklappen, mit einfachen geschmackvollen Gradabzeichen am Rockärmel und Kragen. Wir wollen die Einführung dieser Uniformierung dem Reich für das gesamte Reichsheer vorschlagen und haben zu diesem Zweck eine Abordnung bereits nach Berlin gesandt, um mit dem Reichswehrministerium diesbezügliche Verhandlungen zu pflegen. Wie immer, wenn es galt, etwas wirklich Gutes zu schaffen, soll auch diesmal die Anregung vom Schwabenlande kommen.

Aus den Sitzungen mit dem Arbeiterrat ist hervorzuheben, daß mit dem Einverständnis der Regierung eine Abordnung von je einem Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats zusammen mit Spezialärzten beauftragt wurde, die Heilanstalt Weissenau[24]) dahingehend zu prüfen, ob sich dort noch wegen politischer Vergehen pp. inhaftierte Personen befinden, die entlassen werden könnten. Diese Kommission hat sich an Hand sämtlicher Akten, durch direkten Verkehr mit den Kranken und eingehende Erhebungen von Fall zu Fall davon überzeugt, daß auch nicht ein Insasse mehr vorhanden war, dessen alsbaldige Entlassung mit Rücksicht auf seinen Zustand hätte verfügt werden können[25]). Im übrigen ist zu bemerken, daß die Irrenanstalten jedes Jahr vom Medizinalkollegium einer peinlichen Kontrolle unterzogen werden.

---

[22]) Vgl. Anm. 10.

[23]) Zum Ausbau der Sicherheitskompanien Anfang 1919 s. Nr. 5 Anm. 34 und unten S. 167 f.

[24]) In der Nähe von Ravensburg.

[25]) Dieser Kommission, die von den Landesausschüssen in ihrer gemeinsamen Sitzung am 13. 1. 1919 (vgl. Nr. 11 f., S. 324 f.) eingesetzt worden war, hatten Ott vom A.-Rat und Reber vom S.-Rat angehört. Ihren Bericht über den Besuch in der Heilanstalt Weissenau legten Reber und

Als in Bayern nach dem an Ministerpräsident Eisner verübten und an Minister Auer versuchten Mord[26]) die politischen Wogen wieder hochgingen, hielt es der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte für erforderlich, darüber zu beraten, ob wir in Württemberg nicht durch einen gewaltigen Streik bekunden sollten, daß wir den politischen Mord in keiner Form billigen. Dieser Proteststreik konnte aber nicht zustande kommen, da die am weitesten links stehenden Parteien Forderungen damit verknüpfen wollten, die uns in einen offenen Gegensatz zu den Maßnahmen der Regierung gebracht hätten, was natürlich im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in unserem Lande unbedingt vermieden werden mußte[27]). So begnügten wir uns damit, in der Presse gegen die Vorgänge in München zu protestieren.
In Verbindung mit den städtischen Behörden werden in letzter Zeit Wohnungskommissionen, an denen je ein Mitglied des Landesausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats teilnimmt, ins Leben gerufen, die den Auftrag haben, angesichts der großen Wohnungsnot überall, wo Familien oder Einzelpersonen mehr Räume als zuständig bewohnen, dieselben auf dem schnellsten Wege der Allgemeinheit, in erster Linie den in Not befindlichen Kriegsteilnehmern zugängig zu machen[28]).
Im Oberkriegsgericht fand erst eine Sitzung statt. Gerade dort zeigt sich aber deutlich, daß die Revolution uns Soldaten doch schon manche Rechte gebracht hat. Neben zwei Kriegsgerichtsräten üben beim Oberkriegsgericht drei ständige Mitglieder des Landesausschusses und zwei nichtständige Mitglieder der Garnison in dem Dienstgrad der Angeklagten die richterliche Macht aus. Jeder, der weiß, mit welch unglaublicher Härte vor der Revolution die Kriegsgerichte gearbeitet und ohne viel Federlesens ein Menschenschicksal wegen oft geringfügiger Anlässe vernichtet haben, wird sich freuen bei dem Gedanken, daß es jetzt Kameraden sind, die beim richterlichen Spruch ein entscheidendes Gewicht in die Waagschale legen.
Der Vollzugsausschuß, dem die beiden Vorsitzenden angehören, hat mit den Ressortinhabern wichtige Verfügungen der Behörden beraten, schnell zu treffende Entscheidungen des Landesausschusses vorgenommen, Abordnungen aller Art empfangen und beraten, er stand und steht in ununterbrochener Fühlung mit den militärischen und zivilen Behörden sowie der Regierung. Er pflegt die Beziehungen mit den Garnisonräten, Dienststellen und Behörden des Landes durch persönliche Besprechungen oder schriftliche Unterhandlungen. Daneben regelt und überwacht er durch den Vorsitzenden den Geschäftsbetrieb des Landesausschusses, der eine ganz außerordentliche Ausdehnung angenommen hat. Die vom Landesausschuß eingerichtete Auskunftsstelle erledigt tagtäglich eine große Anzahl mündlicher und schriftlicher Gesuche aller Art bezüglich Löhnung, Verpflegung, Entlassungsanzügen pp.
Aus den Ressorts ist folgendes zu berichten[29]):

1. Bericht der Propagandaabteilung über ihre Tätigkeit in der Zeit vom 22. Januar bis 16. März 1919

Die Propagandaabteilung war von jeher ein Schmerzenskind innerhalb des Landes-

---

Ott in der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse am 3. 2. 1919 vor. Der Bericht schloß mit folgender Feststellung: „Die Kommission kann also nichts berichten, das Anlaß böte, der Direktion der Heilanstalt und im weiteren Sinne dem Medizinalkollegium Vorwürfe zu machen." (Der Bericht befindet sich im Protokollbestand des Landesausschusses der S.-Räte, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 10.) Vgl. auch Nr. 9a, S. 249.

[26]) Am 21. 2. 1919.

[27]) Vgl. dazu den Rechenschaftsbericht Zernickes auf der 2. Landesversammlung der A.-Räte, Nr. 9a, S. 249 f.

[28]) Vgl. Nr. 2 Anm. 31 und 45.

[29]) Die nun folgenden Berichte hat Bettinger wahrscheinlich verlesen. Maschinenschriftliche und handschriftliche Fassungen von einigen dieser Berichte befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 10 und 21.

ausschusses und auch bei den Garnisonräten. Sie wird es auch bleiben, solange ihr nicht mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.
Unser Hauptaugenmerk mußte deshalb darauf gerichtet werden, die Aufklärungsabteilung beim Generalkommando, jetzt Kriegsministerium, für den Geist der Neuzeit zu gewinnen, um auf diesem Wege unsere Ideen und Bestrebungen mit in die Köpfe der Kameraden zu bringen. Zu diesem Zweck und zur Unterstützung für den Landesausschuß ist der Kamerad Dr. Troß[30]), Leiter der Propagandaabteilung in Ulm und langjähriger Sozialist, hierzu berufen worden. Zunächst waren seine Aufgaben, die Bibliotheken zu sichten und alle nicht mehr dem Geist der Neuzeit entsprechenden Bücher und Schriften auszumerzen, desgleichen bei der Filmabteilung diesbezügliche Filme zu entfernen.
Sodann wurden Richtlinien für die zu betreibende Aufklärung aufgestellt. Die ausgehenden Schriftstücke werden von einem Mitglied der Propagandaabteilung gegengezeichnet. Einige vom früheren Vorsitzenden Wicker gegengezeichnete Ausgänge lösten bei einem Teil der Garnisonräte scharfe Kritik aus. Da wir in erster Linie die Soldatenerrungenschaften zu hüten haben, darf nicht von einer „regierungsüberzeugenden" Aufklärung und Propaganda gesprochen werden, zumal die Regierung keineswegs nur revolutionär zusammengesetzt ist.
Um Mittel flüssig zu machen und dem Werbedienst Berlin[31]), der uns mit für unsere Verhältnisse ungenießbarem Material überschwemmte, klaren Wein einzuschenken, wurde Kamerad Schindler im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats nach Berlin delegiert[32]). Die Münchener Wirren haben lähmend auf den Plan gewirkt. Bis heute fehlen uns noch die versprochenen Unterlagen. Das Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung, Genosse Steinmayer[33]), versprach, die Angelegenheit in Weimar dem Vertreter Württembergs, Genosse Hildenbrand[34]), und der württembergischen

---

[30]) Erich Troß, von Beruf Archivar, seit 11. 11. 1918 Mitglied des Aktionsausschusses des A.- und S.-Rates Ulm, dann Angestellter des Landesausschusses der S.-Räte. Zu Person und Tätigkeit vgl. Einleitung S. LXXI ff.

[31]) Der „Werbedienst der deutschen Republik" war ein Konkurrenzunternehmen zur „Zentralstelle für Heimataufklärung" (später „Reichszentrale für Heimatdienst"). Er war aus der „Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes" hervorgegangen und stand unter der Leitung der linkssozialistischen Schriftsteller Bernhard Kellermann und Paul Zech. In einem undatierten Rundschreiben bezeichnete es der Werbedienst als seine Aufgabe, die „Errungenschaften der Revolution in jeder Beziehung zu sichern, zu stützen und zu fördern". Er stehe „im Dienste der Regierung" und könne nur „eine Propaganda" treiben: „die der Regierung, die allein der Gesamtheit des Volkes zuträglich ist" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 23).

[32]) Der Anstoß zu dieser Reise war vom bayerischen Ministerium für militärische Angelegenheiten ausgegangen: In der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse am 10./11. 2. 1919 waren zwei bayerische Delegierte erschienen, die um württembergische Unterstützung in Berlin baten, wo sie erreichen wollten, daß in München mit Reichsmitteln eine eigene Zentrale für Volksbildung eingerichtet werde, die ausschließlich für Süddeutschland zuständig sein sollte. Im Auftrag der beiden Landesausschüsse begleitete Schindler die bayerischen Delegierten nach Berlin und Weimar. Ein schriftlicher Bericht Schindlers über diese Reise, die ohne jedes greifbare Ergebnis blieb, befindet sich im Protokollbestand des Landesausschusses der A.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). In einem Schreiben vom 26. 2. 1919 teilte der Landesausschuß der S.-Räte dem Werbedienst mit, Flugblätter und Broschüren des Werbedienstes hätten in Württemberg teilweise nicht verteilt werden können, weil sie „der Eigenart unseres Landes nicht entsprechen" und „geradezu Ärgernis und Empörung innerhalb der Bevölkerung" verursacht hätten (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 23). Vgl. auch Nr. 9a, S. 248.

[33]) Otto Steinmayer (1876–1960), Gewerkschaftsangestellter; 1919/20 Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung (SPD); 1947 Mitglied des Landtags von Württemberg-Baden (SPD).

[34]) Karl Hildenbrand (1864–1935), von Beruf Schriftsteller, 1900–1913 Mitglied der Württembergischen Abgeordnetenkammer; 1903–1932 Mitglied des Reichstags (SPD); 1918–1924 württembergischer Gesandter in Berlin.

Fraktion[!] der Sozialdemokratischen Partei vorzutragen. Daraufhin erhielt der Landesausschuß am 14. März 1919 von Steinmayer folgenden Bescheid:
„Die Bereitstellung von Mitteln in dem von euch gewünschten Sinne wird sich unter den gegebenen Verhältnissen kaum ermöglichen lassen. Nach den Äußerungen Rauschers[35]) soll allerdings bei der Reorganisation dieses Aufklärungsdienstes eine möglichst große Selbständigkeit der einzelnen Stellen im ganzen Reiche vorgesehen sein, wobei auch damit gerechnet werden kann, daß diesen Stellen besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden. Diese Ausgaben müssen aber alle erst im Etat eingestellt werden, wenn es überhaupt möglich sein soll, Gelder für diese Zwecke freizubekommen. Ferner ist die Zentrale in Berlin auch bereit, Mittel zur Herstellung besonders geeigneter Flugblätter und Broschüren für euch zur Verfügung zu stellen, nur wird verlangt, daß über die Art der Verwendung der Mittel vorher eine Verständigung erzielt wird. Dies könnte nach dem von mir gemachten Vorschlag und der Bereitwilligkeit Rauschers so gemacht werden, daß das Manuskript oder eine Abschrift des Manuskripts der von euch zur Ausgabe gelangenden Broschüren und Flugblätter zur Einsicht an die Berliner Zentrale eingesandt wird, ferner eine Angabe über die Auflage und wenn möglich auch eine Kostenberechnung. Für alle diese Fälle wäre die Zentrale bereit, die angeforderten Beträge euch zu überweisen und die Herstellung und den Vertrieb der Broschüren der Propagandastelle der württembergischen Arbeiter- und Soldatenräte zu überlassen. Wie gesagt würde es sich dabei um eine vorläufige Regelung handeln, da ja an sich, wie bereits erwähnt, dieser ganze Propagandadienst neu geregelt werden soll."
Vereinbart wurde inzwischen noch mit dem Werbedienst, jetzt Firma „Zentrale für Heimatdienst", daß von seinen Erzeugnissen nur solche, die von uns ausdrücklich bestellt sind, angenommen werden. In der Presse erfolgten mehrere Berichte und Berichtigungen. Einmal konnte sogar festgestellt werden, daß das Neue Tagblatt einen ihm zugegangenen Bericht „Soldatenausschreitungen in Donaueschingen", dessen Inhalt sich nach unserer Information als haltlos herausstellte, auf unseren Wunsch nicht veröffentlichte.
Mit abgefaßt wurde auch die Erklärung, die an die Anschlagsäulen von 26 württembergischen Städten kam, betreffend Ablehnung des Generalstreiks[36]).
Anfang März wurde veranlaßt, die Sicherheitskompanien von Mitgliedern des Landesausschusses, insbesondere von Angehörigen der Verfassunggebenden Landesversammlung und der Sicherheitszentrale über die politische Lage aufzuklären. Geeignete Redner außerhalb unserer Reihen, z. B. Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, die nicht nur mit Phrasen, sondern auf Sachkunde gegründet aufklärend und erzieherisch in unserem Geist zu wirken in der Lage sind, stehen uns leider nur mangelhaft zur Verfügung wegen Überbürdung mit anderen Arbeiten. Dagegen hat sich die Deutsche Friedensgesellschaft[37]) bereit erklärt, durch Film, in Wort und Schrift über die Kulturwidrigkeit des Krieges usw. Vorträge zu halten.

---

[35]) Ulrich Rauscher (1884–1930), studierte Rechts- und Literaturwissenschaft; zunächst als Korrespondent der Frankfurter Zeitung tätig; schloß sich während des Krieges der SPD an, trat als Sekretär von Scheidemann im November 1918 in die Reichskanzlei ein, 1919/20 Pressechef der Reichsregierung, dann im diplomatischen Dienst, von 1922 bis 1930 Gesandter in Warschau.

[36]) Diese am 26. 2. 1919 von der Regierung erlassene Proklamation ist abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 38 f.

[37]) Die Deutsche Friedensgesellschaft war 1892 in Berlin gegründet worden und hatte ihren Sitz seit 1900 in Stuttgart. Größeren Aufschwung nahm die Deutsche Friedensgesellschaft, die das erste pazifistische Programm in Deutschland aufstellte, im und nach dem ersten Weltkrieg unter der Leitung von Ludwig Quidde und Hellmut von Gerlach; 1933 wurde sie von den Nationalsozialisten aufgelöst.

An Schriften und Broschüren gelangten zum Versand[38]):

1. Das Weitertreiben der Revolution (Kautsky)
2. Was die Sozialdemokratie will (Bernstein)
3. Sozialdemokraten Deutschlands vereinigt euch! (Bernstein)
4. Die Novemberrevolution
5. Die Aufgaben der Nationalversammlung
6. Ein ehrliches offenes Wort
7. Bericht der 3. Landesversammlung
8. Sozialismus ist Arbeit
9. Auf dem Wege zur konstitutionell-demokratischen Fabrik (Jägel)
10. Sozialisierung (Prof. Dr. Oppenheimer)
11. Was bringt die Sozialistische Republik dem Handwerk? (Thomas)
12. Willst Du mein Bruder sein?

Dem fühlbaren Mangel, die Kameraden mehr an ihre Organisation zu ketten durch Gründung bzw. Herausgabe einer Zeitung (diesbezügliche Anträge sind wiederholt an uns gelangt), wird nun in allernächster Zeit abgeholfen werden. In fünf Sitzungen mit Mitgliedern unserer Abteilung des Landesausschusses, Biesinger vom Garnisonrat Stuttgart, der Aufklärungsstelle Kriegsministerium und dem Verein für Volksbildung wurde eine Verständigung erzielt über das Fundament und den Aufbau einer Soldatenzeitung Schwabens „Der freie Kamerad" mit einer Unterhaltungsbeilage vom Verein für Volksbildung. Finanzielle Schwierigkeiten brachten eine kurze Verzögerung. Die Zeitung kann nun als gesichert betrachtet werden. Ein Vorläufer derselben wird in der Landesversammlung aufliegen[39]).

Landesausschuß des Soldatenrats Württemberg
Propagandaabteilung:
J. A. Schindler

2. Tätigkeitsbericht Kriegsministerium, Allgemeines

Die Tätigkeit in dem vom Landesausschuß bestimmten Ressort erstreckt sich auf die Mitberatung und Gegenzeichnung aller durchlaufenden Schriftstücke und Verfügungen, militärischer wie privater Natur. Durchschnittlich werden täglich 400 Schriftstücke zur Kontrolle und Gegenzeichnung vorgelegt, daneben nehmen die Kameraden teil an allen wichtigen Beratungen und Vorträgen beim Herrn Kriegsminister. Frick ist außerdem noch tätig in der Propaganda, auch untersteht ihm die Regelung von Grenzschutz Ost sowie die Organisierung der dortigen Vertrauensmännerorganisation.

3. Tätigkeitsbericht Kriegsministerium, Abteilung Generalkommando

Seit der letzten Landesversammlung ist ein starker Rückgang der Mannschaften zu verzeichnen; auch die Entlassung der Reserveoffiziere, die bis zum 31. März 1919 vollzogen sein soll, deutet auf den raschen Abbau unseres Heeres. Entlassen wurden bis jetzt etwa 6550 Offiziere und bis 1. März 1919 etwa 150000 Mannschaften. Zur Vereinfachung der anfallenden Arbeiten und vor allem, um der Wohnungsnot zu steuern, wurde das Generalkommando als Abteilung G. K. dem Kriegsministerium angegliedert und hat seine Geschäftsräume von der Kriegsbergstraße nach Olgastraße Nr. 11 verlegt.

---

[38]) Diese Schriften und Broschüren befinden sich teilweise im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 25.

[39]) Die Herausgabe einer eigenen Zeitung wurde in der gemeinsamen Sitzung des Landesausschusses mit den Vorsitzenden der Garnisonräte am 7. 3. 1919 ausführlich diskutiert. Nach den Vorstellungen Schindlers, der vom Landesausschuß mit den notwendigen Vorarbeiten beauftragt war, sollte die neue Zeitung „im sozialistisch-demokratischen Sinne" wirken. Die Probenummer, die dann in der 4. Landesversammlung verteilt wurde, erschien in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Die insgesamt erschienenen drei Nummern der „Schwäbischen Soldatenzeitung, Der Freie Kamerad", befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 29.

Nachdem jetzt alle Jahresklassen zur Entlassung kommen konnten[40]), war es schwer, für den starken Pferdebestand genügend Pferdepfleger zu erhalten; den unerhörten Schiebereien mit Pferden mußte andererseits Einhalt geboten werden; somit wurde der Pferdeverkauf gesperrt. Die Folge davon war, daß an eine geordnete Pferdepflege nicht mehr zu denken war. Anwerbung Freiwilliger hatte keinen Erfolg. Durch eine Verfügung sollte ein gewisser Zwang durch Kommandierung von Pferdepflegern ausgeübt werden, was zur Folge hatte, daß sich ein großer Teil der Mannschaften entlassen ließ. So sah sich das Generalkommando gezwungen, Pferde zu verleihen, und, um Schleuderpreise zu vermeiden, werden von Zeit zu Zeit in den Oberämtern des Landes Pferdeversteigerungen stattfinden, die nur im Beisein eines Landesausschußmitgliedes vorgenommen werden. Die alten Pferdekarten wurden für ungültig erklärt und neue werden mit einigen Abänderungen direkt vom Kriegsministerium ausgegeben. Die Ungültigkeitserklärung erfolgte, weil sich der größte Teil der Pferdekarten in Händen der Händler befand. Verkäufe wurden in Leutkirch und in Ludwigsburg vorgenommen, wobei für etwa 200 Pferde 240000 Mark erzielt wurden.
Ein großer Bestand von Gasschutzmitteln befindet sich in den Depots des XIII. A. K.; etwa 3000 Kisten mit ca. 45000 bis 50000 Gasmasken, teils Leder, teils Gummi, liegt allein hier in den Stuttgarter Depots. Was damit anzufangen ist, muß von Berlin abgewartet werden. Um dieses ebenfalls wertvolle Material nicht völlig verkommen zu lassen, machte der Landesausschuß den Vorschlag, die Kisten in einem leeren Schuppen in Böblingen unterzubringen. Das Kraftfahrwesen ist unter Leitung des Leutnants Kohler wieder in einigermaßen geordnete Bahnen gebracht; es wurden militärische Fahrbereitschaften gebildet, die sich in einem Württembergischen Kraftfahrbataillon vereinigen.
Entlassungen der weiblichen Hilfskräfte wurden im Generalkommando fast vollständig, bis auf einige, die bedürftigkeitshalber bleiben konnten, vorgenommen.
Die Zahl der in das Zivilangestelltenverhältnis übergetretenen Kommandierten des Generalkommandos beträgt etwa 35 Mann.
Für unsere zurückkehrenden Kriegsgefangenen wurden Durchgangslager, in denen sie eine etwa dreiwöchige Quarantäne durchzumachen haben, eingerichtet. Dieselben befinden sich in Hohen-Asperg (1000 Mann), Eglosheim (4000 Mann) und Gmünd (80 Offiziere und 900 Mann); ein weiteres Lager wird bereitgestellt.
Garnisonen wurden aufgelöst und sind in Auflösung begriffen 22: Asperg, Bietigheim, Crailsheim, Ebingen, Eglosheim, Ellwangen, Geislingen, Hall, Isny, Kirchheim, Korntal, Kornwestheim, Langenargen, Marbach, Mühlacker, Nürtingen, Oberndorf, Reutlingen, Rimpach[41]), Rottweil, Trossingen und Tuttlingen. Bahnhofskommandanturen sind sechs in der Auflösung begriffen.
Die Hauptarbeit in der Abteilung Generalkommando erstreckt sich auf [die] Kontrolle des Schriftverkehrs und der Verfügungen. Das Einvernehmen mit den einzelnen Dienststellen ist ein gutes.

[4.] Geschäftsbericht [der] Verwaltungsabteilung des Kriegsministeriums für die Zeit zwischen 3. und 4. Landesversammlung

Die Kontrolltätigkeit wurde in der ersten Zeit der Berichtsperiode nur noch auf die wichtigsten Sachen beschränkt, um mehr Zeit für Teilnahme an Sitzungen, Besprechungen, Auskunftserteilung und Verwaltungstätigkeit im allgemeinen zu gewinnen. Es zeigte sich jedoch bald, daß dieses Verfahren nicht zweckmäßig war, da sich ver-

---

[40]) Vgl. die Bekanntmachung des Kriegsministeriums vom 16. 2. 1919 (MVBl. 1919, S. 141 f.).
[41]) Der Name ist offensichtlich verschrieben. Welcher Garnisonrat gemeint ist, konnte nicht geklärt werden.

schiedenenorts Anstände ergaben. Die ohne Gegenzeichnung des Landesausschußmitglieds herausgegebenen Schriftstücke der Verwaltungsabteilung wurden entweder mit Mißtrauen entgegengenommen oder überhaupt nicht anerkannt, auch wenn der Inhalt an sich von nicht grundsätzlicher Bedeutung war. Alsbald nach Erkennung dieser Umstände erfolgte Abhilfe dadurch, daß nunmehr wieder sämtliche Schriftstücke gegengezeichnet werden.
Im allgemeinen wurde die Wahrnehmung gemacht, daß die Verwaltungsabteilung bestrebt ist, dem Geiste der neuen Zeit gerecht zu werden.
Hinsichtlich der Abfindung der Heeresangehörigen mit Feldgebührnissen ist festzustellen, daß Angelegenheiten und Gesuche von Personen des Mannschaftsstandes gerechte und wohlwollende Berücksichtigung finden, [daß] ein guter Wille in der Behandlung dieser Fragen zweifellos vorhanden ist. Bei den bessergestellten Dienstgraden wird Privateinkommen usw. entsprechend berücksichtigt, überhaupt [wird] ein kritischer Maßstab angelegt, so wie es das allgemeine Volksempfinden verlangt.
In der Verpflegungsabteilung, der die Proviantämter unterstellt sind, wurden hauptsächlich Fragen der Verwertung der überschüssigen Verpflegungsmittel bearbeitet. Eine direkte Veräußerung dieser Güter seitens der Militärverwaltung findet nicht statt, die Gegenstände werden vielmehr dem Ernährungsministerium angeboten, welches zweck- und sachgemäße Verteilung an Kommunalverbände, Konsumvereine usw. vornimmt. Dem möglichst baldigen Abschub solcher Verpflegungsmittel, welche nur eine bestimmte Haltbarkeitszeit haben, wird die größte Beachtung geschenkt. Über Pferdefutter ist zugunsten der Zivilbevölkerung schon in weitgehendstem Maße verfügt. So wurden z. B. in den letzten vier Wochen 1500 Tonnen Heu abgegeben, weitere Mengen sind in Aussicht gestellt. Auch wurde Haber zur Verarbeitung in Fabrikate zur menschlichen Ernährung abgeliefert. An Stroh herrscht Mangel. Verfügbare Säcke werden auf Antrag leihweise an Private usw. hergegeben. Verkauf ist zunächst untersagt. Anerkennenswert ist die Fürsorge für möglichste Erhaltung der Verpflegungsbestände für unser engeres Vaterland. Die Verwaltung zeigt hierbei Rückgrat, trotzdem ein gewisser Anspruch des Reiches nicht abgestritten werden kann.
Die Bekleidungsabteilung hatte teilweise einen schweren Stand. Überaus groß war die Zahl derer, welche sich täglich wegen Bewilligung von Entlassungsanzügen an das Kriegsministerium wendeten. Die Gesuche wurden in entgegenkommender Weise behandelt, die soziale Lage der Gesuchsteller weitgehendst berücksichtigt. Verfügungen des Reichs wurden nicht ohne weiteres übernommen, sondern hinsichtlich der Mannschaften erweitert, für die Offiziere pp. dagegen eingeschränkt. Um zu verhindern, daß Gesuchsteller nicht teils vom Kriegsministerium, teils vom Landesausschuß beschieden werden, wurde neuerdings eine Kommission eingesetzt, welche Bekleidungsfragen zu entscheiden hat. Diese besteht aus einem Mitglied des Landesausschusses, einem Vertreter des Kriegsministeriums und einem technischen Beirat. Im Bereiche des Bauwesens handelt es sich nur noch um geringfügige Fertigstellungen sowie laufende Instandsetzungen. Neubauten sind nicht mehr im Gange. Mit allen Mitteln wurde darauf gedrängt, verfügbare Kasernenräume zu Familienwohnungen einzurichten. Räumung von Schulen und sonstigen öffentlichen und privaten Gebäuden wurde mit Nachdruck gefördert. Das überschüssige Gerät der Garnisonverwaltungen wird der Landesverwertungsstelle angeboten.
Die Arbeitslöhne der Zivilarbeiter im Bereiche der Heeresverwaltung sind mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1918 beträchtlich erhöht worden. Deputationen sprechen des öfteren vor, desgleichen auch einzelne Personen.
Dem Bürokratismus wird soweit möglich entgegengewirkt, jedoch darf nicht verkannt werden, daß das Schlagwort „kaufmännische Grundsätze" für eine Staatsverwaltung nicht immer anwendbar ist.

[5.] Tätigkeitsbericht der Medizinal-Abteilung des Kriegsministeriums und des Sanitätsamts Stuttgart

1. Die Tätigkeit bei den obengenannten Behörden besteht zunächst in der Beratung, Kontrolle und Gegenzeichnung der gesamten Verfügungen und des Schriftwechsels. Zur Bearbeitung bei diesen Behörden kommen folgende Angelegenheiten: Personalien der Sanitätsoffiziere, Zahnärzte und Apotheker, Demobilmachung sämtlicher Sanitätsformationen des XIII. A. K., Lazarettbehandlungen, Seuchenbekämpfung, Sanitätsunterpersonal, Schwestern vom Roten Kreuz, Verlegungen von Kranken, Kuren, Sanitätsdienst bei den Truppen, künstliche Glieder, Gebisse, Brillen, Bruchbänder, Bandagen, Plattfußeinlagen, orthopädische Hilfsmittel, Lazarettapotheken, ärztliche Geräte und Instrumente, Apothekengeräte, Arznei- und Verbandmittel, chemische und mikroskopische Untersuchungen der Nahrungs- und Genußmittel, technische Untersuchungen für Lazarette und das Bekleidungsamt, Blausäure-Desinfektion.
2. Erledigung von Beschwerden und des die Medizinal-Abteilung sowie das Sanitätsamt betreffenden Schriftwechsels.

[3.] Die vielumstrittene Ausgangszeit in den Lazaretten hat jetzt eine grundsätzliche und einheitliche Regelung für das ganze Land erfahren. Notwendig waren Gesuche hiesiger und auswärtiger Reservelazarette, Vereinslazarette und Genesungsheime zur Beseitigung dort bestandener Mißstände.

4. Verschiedene Übergriffe höherer Sanitätsoffiziere wurden festgestellt (hauptsächlich in Geldangelegenheiten) und aufs nachdrücklichste verfolgt. Zum Teil liegen diesbezügliche Resultate bereits vor, andere Fälle sind noch in der Schwebe bzw. dem Gericht übertragen.

5. Bezüglich der von den Ärzten verlangten Teuerungszulagen gab es mit vielen Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten zu kämpfen. Den Gesuchen wurde aber grundsätzlich nur dann stattgegeben, wenn die Bedürftigkeitsfrage geklärt gewesen ist und die Voraussetzungen gemäß Militärverordnungsblatt zutrafen.

Aufs nachdrücklichste wurde für das Lazarettpersonal, Sanitätsmannschaften und Krankenwärter eingetreten und wiederholt von der Reichsregierung verlangt, daß die letzteren Kategorien ihrem anstrengenden und aufopfernden Dienst entsprechend als Schwerarbeiter angesehen und demnach mit einer täglichen Zulage von vier Mark abgefunden werden sollen. Nachdem eine diesbezügliche Regelung vom Reich noch nicht erfolgt ist, hat sich das Kriegsministerium auf das Drängen des Landesausschusses hin entschlossen, einstweilen von sich aus die Schwerarbeiterzulage denjenigen Krankenwärtern pp. zu bewilligen, die nicht vorziehen, sich auf Zivilvertrag anstellen zu lassen. Eine diesbezügliche Verfügung wird in den nächsten Tagen ergehen. Die Genehmigung des Reichs muß eben nachträglich erwirkt werden. Den Polizeiunteroffizieren, die länger als acht Stunden Tagesdienst machen, ist die Schwerarbeiterzulage bereits zugestanden worden. Für die Verwundeten und Kranken werden ebenfalls besondere Zulagen beim Reich beantragt.

[6.] Bericht der Zentrale für Sicherheitskompanien

Seit der letzten Landesversammlung hat sich bei den Sicherheitskompanien eine Menge organisatorischer Arbeit nötig gemacht. Aus den 15 Kompanien, die ursprünglich geplant waren, entstanden notwendigerweise 27 zu je 300 Mann. Diese 27 Kompanien wurden nun den bestehenden Infanterie-Regimentern angegliedert. Die Einverleibung mußte deshalb vorgenommen werden, weil das Reichsschatzamt eine Bezahlung der Sicherheitskompanien nur übernehmen konnte, wenn diese in die bestehende Militärorganisation eingegliedert werden.

Trotz dieser Eingliederung liegt natürlich die Leitung der Sicherheitskompanien noch immer in der Hand der vom Landesausschuß eingesetzten Zentrale. Es ist eigentlich nur eine Formsache. Die Eingliederung geschieht, indem man die bestehenden Si-

cherheitskompanien auf je 150 Mann reduziert und sie in Bataillone zusammenfaßt. Jedes Bataillon soll aus drei Kompanien bestehen. Die Standorte der Sicherheits-Bataillone sollen nach dem vorläufigen Plane folgende sein:

| | |
|---|---|
| Stuttgart | 4 Bataillone |
| Ulm | 2 Bataillone (eventuell auch nur 1 Bataillon und das andere in Weingarten) |
| Ludwigsburg | 1 Bataillon |
| Heilbronn | 1 Bataillon |
| Tübingen | 1 Bataillon (mit Rottweil) |
| Gmünd oder Eßlingen | 1 Bataillon |

Dazu kommen noch vorläufig drei Feldkanonenbatterien und drei Feldhaubitzenbatterien. Diese sind zusammengefaßt in zwei Feldartillerie-Abteilungen mit dem Sitz Cannstatt-Ludwigsburg bzw. Ulm-Cannstatt. Es wird ganz von dem zukünftigen Reichswehrgesetz[42]) abhängen, wie weit wir unsere 3. Brigade, wie man sie jetzt wohl schon nennen kann, ausbauen können. Die geistige Verbindung der Zentrale mit den Sicherheitskompanien wurde durch aufklärende Vorträge der Landesausschußmitglieder Gruhnert und Ackermann hergestellt. Diese beiden Kameraden waren auch sonst bemüht, ein gutes Einvernehmen mit der Zentrale und den Sicherheitskompanien herzustellen. Ihre Aufgaben haben sie immer von dem Standpunkt aus erledigt, daß die Sicherheitskompanien eine Schutztruppe der Revolution sein und bleiben sollen, als die sie im Dezember vom Landesausschuß gegründet worden sind[43]).

Bei seinen Vorträgen über „Die Aufgaben der Sicherheitskompanien" hat Gruhnert sein Hauptaugenmerk darauf gelegt, daß unter den Sicherheitskompanie-Mannschaften kein Zweifel darüber besteht, daß sie nur dazu da sind, die Errungenschaften der Revolution zu schützen. Wenn von einigen Leuten die Sicherheitskompanien als Weiße Garde beschimpft werden, dann muß den Leuten immer wieder an der Hand von Tatsachen nachgewiesen werden, daß das nicht der Fall ist.

Der Landesausschuß, der das letzte Wort bei einer eventuellen Verwendung der Sicherheitskompanien hat, wird diese von ihm selbst geschaffene Organisation nie zu konterrevolutionären Zwecken verwenden lassen. In dieser Richtung bewegten sich alle die Besprechungen mit den Sicherheitskompanien. Auch sonst mußten die der Zentrale angehörenden Landesausschußmitglieder hier und da eingreifen, um örtliche Differenzen zu schlichten. Nicht immer waren die Bemühungen von Erfolg. Es kann aber trotz alledem gesagt werden, daß die Kompanien im allgemeinen von einem guten kameradschaftlichen Geist beseelt und in politischer Beziehung zum größten Teil so gut informiert sind, daß wir sie heute mit Fug und Recht als revolutionäre Schutztruppe bezeichnen können. Diese Truppe wird ihre Aufgaben, die Errungenschaften des 9. November zu schützen, sicher zum Wohle des werktätigen Volkes lösen.

[7.] Bericht des Landesausschuß[vertreters] bei der Intendantur

Die Tätigkeit bei der Intendantur erstreckt sich in der Hauptsache auf die Mitwirkung bei der Herausgabe wichtiger Verfügungen und [die] Gegenzeichnung des gesamten einschlägigen Schriftwechsels, [die] Mitwirkung bei der Entlassung und Versetzung des Zahlmeister- und Lazarettverwaltungs-Personals, diesbezüglichen Beschwerden

---

[42]) Am 6. 3. 1919 war das „Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr" (abgedruckt u. a. in: Ursachen und Folgen III, S. 525) erlassen worden, das die Auflösung des bestehenden Heeres vorschrieb. Die vorläufige Reichswehr sollte „auf demokratischer Grundlage unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände und durch Anwerbung von Freiwilligen" gebildet werden. Vgl. Fritz Koch, Die Reichswehr, in: Handbuch der Politik. Bd. 3: Die politische Erneuerung. 3. Aufl., Berlin und Leipzig 1921, S. 366–373; Carsten, Reichswehr, S. 39 f.; Zentralrat, S. 710 f.

[43]) Vgl. dazu Nr. 5, S. 125.

und sonstigen persönlichen Angelegenheiten, [die] Mitberatung bei der Entscheidung von Unterstützungsgesuchen aller Art.
Reger Verkehr [bestand] mit militärischen Bauämtern und [der] Garnisonverwaltung.
Der Geschäftsanfall bei der Intendantur mit ihren vielen Abteilungen ist ein ganz außerordentlich großer.

[8.] Bericht des Bekleidungsamts

Die Tätigkeit des dem Bekleidungsamt Ludwigsburg beigegebenen Mitglieds des Landesausschusses erstreckt sich in erster Linie auf die Mitberatung und Gegenzeichnung des gesamten Schriftverkehrs. Außerdem hat das Mitglied den Stoffverkauf zu überwachen und die sämtlichen, das große Arbeitspersonal des Amts betreffenden Angelegenheiten mit den Arbeiterausschüssen zu regeln sowie für die Beschaffung von Arbeit zu sorgen.

[9.] Berichte der Landesausschuß-Mitglieder Bölz und Wollbold vom Arbeits- und Ernährungsministerium

1. Arbeitsministerium:
Schaffung von Arbeit für 600 bis 700 Arbeiter und Arbeiterinnen in Ebingen, Oberamt Balingen.
Art der Arbeit: Zertrennen von unbrauchbarem Schuhzeug, Zertrennen von ca. 80000 alten Tornistern zum Zwecke besserer Verwendung der Altmaterialien bei der Herstellung von Lederschuhen kleinerer Größen für Kinder und Frauen und zur Herstellung von Tuchschuhen und anderen Gegenständen.
Die Arbeiten werden von der Zentralleitung für Wohltätigkeit ausgeführt. Die Schuhe und Stiefel sowie die Tornister werden vom Instandsetzungsamt Feuerbach nach Ebingen gebracht und die Arbeit selbst in der „Munast"[44]) ausgeführt.
Die Arbeit ist als Notstandsarbeit anzusehen und das Arbeitsministerium wurde ersucht, die §§ 6 und 7 der Verfügung betr. Erwerbslosenfürsorge vom 14. Januar 1919[45]) insofern milde auszulegen, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen, die bisher in der „Munast" beschäftigt waren, auch bei den Zertrennungsarbeiten tätig sein können, selbst dann, wenn dieselben strenggenommen nicht fürsorgeberechtigt wären.
Dem Ersuchen wird entsprochen werden. Die Arbeiter und Arbeiterinnen werden vorerst im Taglohn beschäftigt, doch dürfte späterhin im Stücklohn gearbeitet werden. Höhe des Lohnes wie bisher garantiert 6,15 Mark bis 10,40 Mark je nach Person und Kinderzulagen.
2. Erfolgreiche Agitation im Verein mit Geheimem Sekretär Knoll vom Kriegsministerium bzw. wirtschaftstechnischer Abteilung des Arbeitsministeriums zwecks Instandsetzung von Schuhen und Stiefeln aus Heeresgut in Tuttlingen und Schwenningen. Erfolg: die Instandsetzung von 25000 Paar Schuhen durch die Tuttlinger und ca. 5000 Paar Schuhen durch die Schwenninger Schuhindustrie garantiert. Auch diese Arbeit ist in der Hauptsache als Notstandsarbeit anzusehen, da die Lederbestände für die Schuhindustrie des Landes noch nicht vorhanden sind, um neues Schuhzeug herzustellen. Verbunden ist aber auch der Zweck, unserem Volke mit den in großen Mengen vorhandenen Schuhen und Stiefeln nach deren Instandsetzung ein billiges Schuhzeug zur Verfügung stellen zu können. Verkaufspreis 14 bis 16 Mark pro Paar.
3. Verwertung von überschüssigem Heeresgut, wie Maschinen, Wagen, Baracken, Samen, Säcke, Plantücher und Metalle, wurde herbeigeführt.
4. Ernährungsministerium: Verwertung von Nahrungsmitteln, z. B. 1000 Zentner Butter, große Bestände Mehl, Fleisch und Wurstkonserven, Zucker, Senf und Marmelade u. a. mehr, wurde durchgeführt.

---

[44]) Munitionsaufbewahrungsstelle.
[45]) Vgl. Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 12 vom 16. 1. 1919.

5. Versorgung der Gemeinde Neuenhaus, Oberamt Nürtingen, mit 500 Zentner Kartoffeln durch das Ernährungsministerium (Landeskartoffelstelle) wurde veranlaßt.
Die Haupttätigkeit erstreckte sich außerdem auf: Unterkunfts-, Wohnungs- und Möbelbeschaffung für entlassene Kriegsteilnehmer, Gewährung und Beschaffung von Darlehen und Betriebskapital, Versorgung mit Rohstoffen, Maschinen und dergleichen zur Wiedererrichtung ihres Betriebs an selbständige Handwerker.
Für Auslandsdeutsche wurde weitgehend gesorgt durch materielle Unterstützungen aller Art sowie durch passende Arbeit und Unterstützung. Hauptsächlich kamen hier Schweizer in Betracht.
Bei Staats- und Gemeindebehörden wurde dahin gewirkt, anstelle der weiblichen Angestellten entlassene Kriegsteilnehmer einzustellen.

Diesen Ressortberichten muß noch hinzugefügt werden, daß gerade die Mitarbeit bei den verschiedenen militärischen Behörden von ausschlaggebender Bedeutung ist und keineswegs unterschätzt werden darf. Sie hat gewiß in erster Linie dazu beigetragen, daß die Stellung, die sich die Soldatenräte in Württemberg nach allen Seiten hin in ihrer Gesamtheit, besonders aber durch den Landesausschuß gesichert haben, wohl mit Recht die beste in allen deutschen Bundesstaaten genannt werden kann, wie uns dies von überallher versichert wird und wie wir es auch durch eigene Beobachtungen und Erfahrungen festgestellt haben. Wir sind stolz darauf und wollen uns bemühen, die Vorrechte, die wir uns erworben haben, in rastloser, uneigennütziger Arbeit auch für die Zukunft noch weiter auszubauen (Beifall).

2. Vorsitzender SCHÄFFLER: Ich stelle nun diesen Bericht zur Diskussion. Ich möchte noch betonen, daß die im Bericht erwähnte neue Zeitung[39]) soeben erschienen ist. Wegen der hohen Kosten muß sie verkauft werden, sie kann also nicht gratis verteilt werden.

SCHULER (Ludwigsburg): Daß der Landesausschuß in sich selbst eine Neuorganisation vorgenommen hat, ist nur zu begrüßen. Manches, was wir früher und bisher am Landesausschuß auszusetzen hatten, ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß er durch seinen Umfang an sich viel zu schwerfällig war. Nachdem er aus sich selbst heraus einen Aktionsausschuß[46]) gebildet hat, der rasch wichtige Entscheidungen treffen kann, glaube ich, daß diese Mängel in Zukunft behoben sind.
Sehr zu begrüßen ist die Herausgabe der Soldatenzeitung. Es ist nur jammerschade, daß wir nicht gleich nach der Revolution zur Herausgabe einer solchen Zeitung geschritten sind. Das hätte wesentlich zur Festigung unserer Arbeit beigetragen.
Ein gewichtiges Wort muß über die Notwendigkeit des Grenzschutzes Ost gesprochen werden. Wir müssen uns darüber klarwerden, ob wir unter den jetzt bestehenden Umständen den Grenzschutz Ost noch notwendig haben. Je nach der Entscheidung der Frage müssen wir uns vorbehalten, ob die Truppe, die dort zusammengestellt ist, wirklich ein Mittel sein kann, um das bedrohte Vaterland zu schützen. Wir haben uns in einer Sitzung darüber unterhalten; ich habe diese Fragen mit verschiedenen Kameraden, die dem Grenzschutz Ost angehören, durchgesprochen und bin zu der Überzeugung gelangt, daß tatsächlich dort Mängel bestehen und Verhältnisse herrschen, die es nach meiner Auffassung geboten erscheinen ließen, wenn die Regierung die ungeheuren Kosten, die dadurch erwachsen, überhaupt sich sparen würde.
Noch immer können wir bei den Behörden eine sehr weitgehende passive Resistenz gegenüber den Anordnungen der Regierung wahrnehmen. Das trifft namentlich auch auf die Anordnung auf Auszahlung der Familienunterstützung für die Angehörigen der

---

[46]) Gemeint ist der Vollzugsausschuß, dem zunächst Wicker, Gruhnert und Schindler angehörten.

Sicherheitskompanien zu. In den letzten Tagen habe ich bemerkt, daß die Behörden immer wieder sich sträuben, den Anordnungen der Regierung Folge zu leisten. Alle Reklamationen haben nichts genützt. Ich habe nun den Behörden mitteilen lassen, daß ich in meinem Sicherheits-Bataillon die nötigen Kräfte vereinigt habe, um die Anordnungen der Regierung zur Durchführung zu bringen. Ich hoffe, daß die Behörden das verstehen werden und daß die Anordnungen der Regierung nunmehr durchgeführt werden.

BECHTLE: Ich freue mich, daß es mir heute vergönnt ist, meinen Kropf zu leeren. Der Herr Vorsitzende hat in seinem Bericht alles im Sonnenlicht erscheinen lassen. Der Bericht war sehr lang, groß und schön; es wäre vielleicht am Platze gewesen, wenn dieser Bericht schon einige Tage vorher den Garnisonvorsitzenden zur Verfügung gestellt worden wäre, damit diese schon vorher mit ihren Mandatgebern über die einzelnen Punkte hätten beraten und sprechen können. Ebenso muß ich mich dagegen verwahren, daß die Tagesordnung uns erst eine Viertelstunde nach der für den Beginn der Versammlung festgesetzten Zeit in die Hand gedrückt wird. Ich weiß, daß verschiedene Soldatenräte schon am Montag die Tagesordnung in der Hand hatten. Daraus geht hervor, daß bei der Zuteilung der Tagesordnung mit zweierlei Maß gemessen wird. Zu den außerordentlich wichtigen Punkten, die hier auf der Tagesordnung stehen, kann man nicht in der letzten Minute Stellung nehmen. Man muß sie vorher überlegen. Ich bin deshalb nicht in der Lage, den schönen Bericht des Vorsitzenden anzugreifen, ich bin gezwungen, auf Einzelheiten zurückzukommen.

Dabei habe ich in erster Linie zu bemängeln, daß eine gewisse Sonderbündelei unter den Garnisonratsvorsitzenden getrieben wurde. Der Landesausschuß gibt sich dazu her, diese Sonderbündelei zu unterstützen und seine Teilnahme daran offiziell zu gestalten. Ende Februar hat bereits eine Sitzung der Garnisonratsvorsitzenden stattgefunden, zu der nicht alle eingeladen waren; eine zweite Sitzung hat am 7. März stattgefunden, da waren auch nicht alle dabei. Ich muß dagegen protestieren. Wenn eine Garnisonratsvorsitzendensitzung abgehalten wird, müssen alle eingeladen werden, und nicht diejenigen nicht, die vielleicht dem Landesausschuß nicht genehm sind (Sehr richtig!). Ich muß betonen, daß Anträge, die aus solchen Rumpfparlamenten gestellt werden, überhaupt nicht verhandelt werden können. Sie können heute verlesen werden, und die Landesversammlung muß ihrerseits Stellung dazu nehmen.

Dann vermisse ich auf der Tagesordnung den Punkt über die Gestaltung des Landesausschusses. Durch Entlassungen hat sich der Landesausschuß auf 16 Mitglieder reduziert, die Landesversammlung hat aber bestimmt, daß die Mitgliederzahl aus 21 besteht[7]). Infolgedessen hat der Landesausschuß die Pflicht, an die Landesversammlung heranzutreten, entweder mit dem Vorschlag, daß weitere Mitglieder zur Ergänzung der Zahl gewählt werden, oder aber, daß die Landesversammlung mit der Zahl der Landesausschußmitglieder einverstanden ist.

Daß das Zusammenarbeiten des Landesausschusses mit den anderen Behörden so vollständig reibungslos und durchaus harmonierend ist, wie der Herr Vorsitzende in seinem Bericht erwähnt hat, möchte ich bezweifeln (Sehr richtig!). Ich habe Gelegenheit gehabt, das Gegenteil davon mehrfach zu konstatieren. Nicht nur wird von verschiedenen Stellen über den Kopf des Landesausschusses weg gehandelt, auch über den Kopf der Garnisonräte hinweg wird gehandelt, und man hat den Eindruck, daß unser Landesausschuß von verschiedenen Seiten als eine quantité négligeable betrachtet wird, nicht aber als eine Stelle, mit der man rechnen muß. Dieser Vorwurf, über den Kopf der Garnisonräte weg zu handeln, wird besonders unserem Kameraden Hahn gemacht. Auch das Kriegsministerium tut genau dasselbe. Nicht nur über den Kopf der Sicherheitskompanien hinweg wird gehandelt, auch über den Kopf der Zentrale, des Landesausschusses und der Garnisonräte weg. Zu was sind wir eigentlich noch da?

Daraus ergibt sich der schwere Vorwurf denjenigen Delegierten des Landesausschusses gegenüber, die auf unser Kriegsministerium delegiert sind, nicht damit sie dort mit den Herren in ein Hörnchen blasen, sondern unser Interesse vertreten (Sehr richtig!). Diejenigen Herren von uns, die von Anfang an schon bei unserer Bewegung waren, wissen, wie seinerzeit der Kamerad Linse an die Luft befördert wurde, weil es seiner Aufmerksamkeit entging und er einen Erlaß unterzeichnete, der gegen unsere Interessen verstieß[47]). Derartige Verstöße haben sich die gegenwärtig beim Kriegsministerium befindlichen Herren mehrfach zuschulden kommen lassen. Ich kann mit schlagenden Beweisen dienen.

Gestern hatte ich Gelegenheit, einer Sitzung im Kriegsministerium beizuwohnen. Die Aufklärer der Sicherheitskompanien wurden auf das Kriegsministerium bestellt. Wir haben uns in einem sehr schönen Sitzungssaal versammelt, dann kamen die Herren, die uns aufklären sollten. Diese bestanden aus drei Offizieren und einem Zivilherrn (Hört, hört!). Diese wollten uns aufklären! Nach anderthalbstündiger Sitzung hat sich gezeigt, daß die Aufklärer weggeschickt wurden mit dem Resultat: Wir können euch leider mit gar nichts an die Hand gehen, denn wir haben keine Mittel, infolgedessen müssen wir es euch vollständig überlassen, euch das Material zu den Vorträgen zu besorgen, euch gegebenenfalls Propagandaredner zu besorgen. Wir können nur erwarten, wenn sich bei euch eine Neuerung gezeigt hat, daß ihr sie uns mitteilt. Zu dieser ganz immensen Leistung, die darauf hinausläuft: Wir können euch nicht helfen, braucht das Kriegsministerium drei Offiziere und noch eine Zivilperson, das sind vier Herren, die im Monat mindestens 2400 Mark kosten, aber Geld für Aufklärungsmittel hat man keins (Sehr richtig!).

Genauso steht es bei der Zentralleitung der Sicherheitskompanien. Es tut mir außerordentlich leid, daß ich Kamerad Hahn angreifen muß, aber Kamerad Hahn hat sich in den letzten Monaten ziemlich weit vom Landesausschuß entfernt. Er hat nicht so sehr das Interesse der Landesversammlung der Soldatenräte gewahrt als andere Interessen, die ich nicht näher bezeichnen will; vielleicht könnte man den Ausdruck „Futtertrog" dafür gebrauchen. Allem Anscheine nach hat sich ein Kampf zwischen Kriegsministerium und Zentralleitung entsponnen. Von diesem Kampf sagt aber der Bericht unseres Vorsitzenden nichts. In diesem Kampf sucht er natürlich Unterstützung und sucht etwas mehr zu seinem Landesausschuß zurückzukehren. Ich habe den Eindruck, daß in der Zentralleitung sehr schwere Mängel vorhanden sind, in erster Linie Mängel organisatorischer Natur.

Es wurde vor etwa drei, vier Wochen eine Sitzung einberufen, und da wurde versprochen – es war ein Vertreter der Regierung dabei –, daß die Familienunterstützungen für die Mannschaften ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit ausgezahlt werden. Was geschieht? Das Gegenteil. Ferner versichert der Vertreter der Regierung, die Regierung zahle sogar noch die Teuerungszulagen aus, die nur an Staatsarbeiter bezahlt werden. Hierzu komme sogar noch ein Kinderzuschuß. Von dieser ganzen Angelegenheit hat man nichts gehört (Hört, hört!). Die Sicherheitskompanie-Delegierten, die da unten in Stuttgart waren und noch das volle Vertrauen in die Versprechungen unseres Kameraden Hahn setzten, sind nach Hause gelaufen und haben ihren Mannschaften davon erzählt. Jetzt wird natürlich der Fall heruntergezogen, weil nichts kommt. Reklamiert man bei der Zentrale schriftlich, so kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß man keine Antwort bekommt. Die Sache fällt irgendwo in die Versenkung und bleibt dort liegen. Ich habe für die Sicherheitskompanie Reutlingen schon im Dezember Material angefordert, das Material an Fahrrädern und Autos. Heute, am 19. März, habe ich noch nicht einmal die Fahrräder, geschweige denn Automobile, anderwärts hat man sie. Das

---

[47]) Vgl. Nr. 5 Anm. 13.

liegt eben daran, daß, wenn ein Hauptmann kommt, dessen Anforderungen entsprochen wird, kommt aber bloß ein Sicherheitskompanie-Delegierter, dann schiebt man ihn auf die Seite.
Wir sehen, daß die ganze Sache nicht funktioniert. Der Landesausschuß funktioniert nicht in allen Teilen. Er gibt sich zu Sonderbündeleien her, und es ist ganz natürlich, daß man vor einer derartigen Behörde keinen Respekt hat. Das Gesamtbild des Landesausschusses ist das, daß er nicht imstande ist, seine Rechte und sein Ansehen zu wahren. Ich werde mir gestatten, den Antrag einzubringen, dem Landesausschuß in dieser Richtung ein Mißtrauensvotum auszusprechen (Bravo!), und bitte, mich in dieser Hinsicht zu unterstützen.

*Nach einem Diskussionsbeitrag von* KERN *spricht* REINER.

REINER: Kameraden, der Vorsitzende unserer Organisation hat uns einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit seit[48]) der letzten Landesversammlung gegeben. Ich will auf den Bericht im einzelnen nicht eingehen, das haben schon andere Kameraden getan. Ich will vor allem Stellung nehmen zu[49]) dem Grenzschutz Ost. Ich bin nicht der Meinung, daß wir diese Formation noch weiter ausbauen sollen, sondern ich möchte vielmehr den Gedanken zum Ausdruck bringen, ob wir nicht den Grenzschutz Ost auflösen sollen (Sehr richtig und Widerspruch). Mir sind gerade wieder in den letzten Tagen und erst gestern abend noch gewisse Dinge von diesem Grenzschutz zu Ohren gekommen, so daß ich mich des Eindrucks nicht erwehren kann, daß der Grenzschutz Ost nie aktionsfähig werden wird, um unsere Grenze an der Ostfront überhaupt zu schützen. Andererseits sind wir aber bei der Aufstellung unserer Sicherheitstruppen, sowohl der Kompanien als der Batterien, gehemmt, weil wir dafür nicht die genügende Anzahl von Leuten bekommen, die Berufssoldaten werden wollen, obgleich ich auch sagen muß, daß sich beim Grenzschutz Ost sehr viele Leute befinden, die ich gar nicht bei den Kompanien haben möchte, weil sich dort viele Leute angesammelt haben, die wir wirklich nicht haben wollen, aber eine große Anzahl, davon bin ich überzeugt, befindet sich doch beim Grenzschutz Ost, die wir bei der Aufstellung unserer Sicherheitskompanietruppen notwendig brauchen können.
Ich habe einen Brief bekommen, der mich veranlaßt, mich besonders über den Grenzschutz Ost auseinanderzusetzen. Gestatten Sie, daß ich ihn vorlese, es ist nicht sehr viel.
Der Rudolf Cordy, Adelsheim (Baden), machte uns folgende Aufklärung über den Grenzschutz Ost. „Im Januar d. J. bin ich mit einem Transport von hier weggekommen, [wir] meldeten uns beim Detachement Randow an, wurden dort nicht angenommen, weil wir bei unserem Transport Soldatenräte hatten, wir wurden dann als Formation Schwaben bezeichnet. Nach einiger Zeit wurden zwei Bolschewiki gefangengenommen, welche als spionageverdächtig von den Offizieren erschossen wurden. Ich beantragte bei der Formation, daß es unbedingt notwendig ist, Soldatenräte zu wählen. Durch längere Auseinandersetzungen mit den Offizieren wollten sie mich sofort als Spartakus verhaften lassen, [ich] wurde aber hernach zum Ersatzbataillon zurückgesandt. Die Vertrauensleute handeln mit den Offizieren gemeinsam, so daß die Mannschaften durchaus keine Unterstützung finden. Sie tragen weiße Armbinden mit der Aufschrift ‚Vertrauensmann'. Die roten Armbinden wurden von den Offizieren weggesprochen. Das alte militärische System herrscht wie vordem. Die Offiziere werden von den Großgrundbesitzern mit Geld bestochen, daß ihre Grundstücke und Schlösser mit

---

[48]) Im Or. irrtümlicherweise: bei.
[49]) Im Or.: über.

Maschinengewehren besetzt werden. – Tätigkeit der Soldatenräte: Jede Gruppe hat einen Vertrauensmann sowie auch die Kompanien, das Bataillon hat keinen Rat. Gegenzeichnungen gibt es nicht. Es werden nur Schriftstücke gegengezeichnet, welche nach Deutschland geschickt werden, dasselbe kann ich nur als Propaganda ansehen. Über Verpflegung, Löhnung, Strafen und dergleichen haben die Vertrauensleute kein Wort mitzusprechen."

Ich meine, das ist an und für sich nicht auf Münsingen[50]) anzuwenden, aber das zeigt mir, wie es an der Ostfront aussieht. Ich bin auch der Meinung, daß wir selbstverständlich die Soldatenräte, so, wie wir sie in der Heimat haben, unter Umständen an der Ostfront nicht haben können. Denn wenn die Truppe kämpfen und gefechtsbereit sein soll, gibt es nur einen Führer. Aber trotzdem gibt mir die ganze Geschichte zu denken, und ich möchte nicht haben, daß unsere Württemberger da heraufkommen. Besonders der Ausdruck, daß wir als Schwaben bezeichnet wurden, gefällt mir nicht, „Schwaben können wir nicht brauchen!" Wir sind stolz darauf, Schwaben zu sein. Unser Kriegsminister gibt sich alle Mühe, mit den Soldatenräten zu arbeiten und die Organisation auszubauen (Widerspruch. – Zuruf: Krais![51])). Ich komme ja jeden Tag fast aufs Kriegsministerium, die große Garnison Ludwigsburg hat viel mit dem Ministerium zu tun und kann behaupten, daß das Kriegsministerium uns energisch unterstützt und daß es ehrlich gewillt ist, mit dem Landesausschuß, überhaupt mit den Soldatenräten etwas Schönes, Neues, Vorbildliches für ganz Deutschland zu schaffen (Zuruf: Organisationsstatut!). Über das Organisationsstatut sprechen wir nachher. Das ist meine Meinung.

Nun zur Zusammensetzung des Landesausschusses. Ich habe schon öfter den Landesausschuß angegriffen, ich bin auch immer derjenige, der protestiert, weil er mir früher nicht immer aktionsfähig genug war. Nun hat er sich anders gestaltet. Ich begrüße das lebhaft; man merkt in den Garnisonen draußen, daß es etwas besser geworden ist.

Dann möchte ich entgegen dem Kameraden Kern, obwohl ich den Landesausschuß als den besseren anerkenne, doch nicht haben, daß wir die Sicherheitskompanien auf den Landesausschuß verpflichten. Ich bin dafür, daß wir sie auf die Regierung verpflichten, aber jedenfalls nicht auf den Landesausschuß. Über die Zusammensetzung des Landesausschusses sprechen wir nachher. Wenn die Landesversammlung ihn anders zusammensetzen will, bitte ich das nachher zu tun.

Auf der Zentrale[52]), die auch angegriffen worden ist, sitzt unser Kamerad Hahn, der

---

[50]) In Münsingen wurde die württembergische Formation für den Grenzschutz Ost, die Freiwilligenabteilung Haas, zusammengestellt (vgl. Anm. 18).

[51]) Hauptmann Karl Krais (geb. 1886) war seit Mitte Januar Stellvertreter von Kriegsminister Herrmann; am 17. 3. 1919 verlieh ihm die Regierung den Titel eines Unterstaatssekretärs. Krais hatte zunächst als aktiver Offizier dem Grenadierregiment 119 angehört; nach einer Erkrankung im Feld war er als Adjutant an das stellvertretende Generalkommando versetzt worden, wo er nach Kriegsende für Fragen der Demobilmachung und der Sicherheitskompanien zuständig war. Nach seinem Wechsel vom Generalkommando ins Kriegsministerium kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen ihm und Hahn, die sich nach der Eingliederung des Generalkommandos in das Kriegsministerium am 10. 3. 1919 (vgl. Kluge, S. 114) zu einem offenen Konflikt zwischen Hahn und Krais verschärften (vgl. dazu das umfangreiche Material im HStA Stuttgart, Abt. Heeresarchiv, Nachlaß Hahn, Bde. 12–18). Der Machtkampf erreichte Anfang Mai seinen Höhepunkt, als Hahn mit seinem Rücktritt drohte, falls Krais im Amt bliebe. Während Hahn in dieser Auseinandersetzung von Reichswehrminister Noske Rückendeckung erhielt, wurde Krais von Kriegsminister Herrmann und den S.-Räten voll unterstützt; der Landesausschuß der S.-Räte sprach Krais am 2. 5. 1919 einstimmig das Vertrauen aus. Beendet waren die Auseinandersetzungen zwischen Krais und Hahn erst, als Krais am 28. 6. 1919 zusammen mit Herrmann zurücktrat. Vgl. Hahn, S. 68 ff.; Darstellungen V, S. 50 ff.; Blos, Monarchie II, S. 104 ff.

[52]) Gemeint ist die Zentralleitung der Sicherheitskompanien.

manchmal über unsere Köpfe weg arbeitet. Das sage auch ich. In den letzten Tagen ist es auch etwas besser geworden; er hat gemerkt, daß wir nicht mit uns Hanswurst treiben lassen. Aber ich glaube, daß auf der Zentrale nicht die richtigen Organisatoren sitzen. Ich habe immer den Eindruck, das sind keine Leute, die das Zeug dazu haben, etwas Neues zu schaffen. Wenn ich an die Aufgabe herangehe, eine neue Brigade zu schaffen, denke ich gründlich nach, und lasse nicht alle paar Stunden einen Flotz hinaus. Entweder gebe ich etwas Rechtes hinaus oder nichts. Unser Kamerad Hahn ist noch nicht ganz orientiert über die ganze Sache; das ist nur ein Entwurf, aber aus einem Entwurf kann man nur etwas machen, wenn man seine eigenen Gedanken hineinbringt.

Alles in allem: Ich bin mit der Tätigkeit des Landesausschusses mehr als früher zufrieden (Zuruf: Das ist auffallend!). Aber die Zusammenarbeit mit dem Kriegsministerium gefällt mir besser als die mit der Zentralleitung; sie ist mindestens ebenso gut, wie die Zusammenarbeit mit der Zentralleitung. Der Kriegsminister gibt sich alle Mühe, mit uns etwas Vorbildliches für das ganze deutsche Heer zu schaffen.

FRICK: Von den Kameraden Reiner und Schuler ist der Grenzschutz Ost gestreift worden. Ich möchte bitten, damit wir den ersten Punkt besser erledigen können, diese Sache zurückzustellen. Gerade zu Grenzschutz Ost liegen verschiedene Anträge vor und wir sind bei den Anträgen gezwungen, eingehend darüber zu sprechen, so daß es jetzt keinen Zweck hat, Ausführungen darüber zu machen. Zur Diskussion steht der Bericht des Landesausschusses, und bis jetzt haben dazu eigentlich nur die Kameraden Bechtle und Kern gesprochen.

Kamerad Bechtle meint, der Landesausschuß treibe allerlei Sonderbündeleien und verweist dabei auf eine Sitzung, die am letzten Donnerstag[53]) stattgefunden hat. Ich darf bei dieser Gelegenheit sagen: Es war das eine Sitzung, die nicht etwa irgendwelche Beschlüsse zu fassen hatte, sondern es war eine Körperschaft, die den Organisationsentwurf noch einmal durchzuberaten hatte. Es ist ganz klar, daß man bei einer derartigen Kommissionsarbeit möglichst nur die Vertreter der großen Garnisonen lädt (Hört! hört!), aus dem einfachen Grunde, weil eine derartige Köperschaft an sich nicht groß sein darf und weil diese Körperschaft ja gar nicht beschließen darf, weil sie sich nur zu einer Beratung zusammenfindet. Wenn man von Sonderbündeleien spricht, so sind allerdings Sonderbündeleien zu verzeichnen, die gehen aber nicht etwa vom Landesausschuß aus, im Gegenteil, es haben die Garnisonräte versucht, von sich aus, über den Kopf des Landesausschusses hinweg, Besprechungen abzuhalten. Als diese Sitzung einberufen war, ging der Landesausschuß geschlossen hin und wehrte sich um unsere ganze Organisationsgrundlage[54]).

Wir wollen uns darüber klar sein, der Landesausschuß muß innerhalb unserer Organisation die oberste Instanz bleiben, Personen spielen absolut gar keine Rolle. Wenn Leute das Vertrauen nicht mehr haben, dann scheiden sie einfach aus. Wir sind ja nicht lebenslänglich gewählt, wir sind ja keine Schultheißen. Aber im Interesse unserer Organisation müssen wir verlangen, daß der Landesausschuß respektiert wird, und daß es keine Körperschaft innerhalb der Soldatenratsorganisation wagen darf, sich über diesen Landesausschuß wegzusetzen. Eine andere Frage ist die: Haben die Garnison-

---

[53]) Wie den Ausführungen Bettingers (vgl. unten S. 196) und dem gegen den Landesausschuß eingebrachten Mißtrauensantrag (vgl. unten S. 197) zu entnehmen ist, fand diese Sitzung nicht am Donnerstag, dem 13. 3. 1919, sondern erst am Freitag, dem 14. 3. 1919, statt. Ein Protokoll über diese Sitzung ist nicht auffindbar.

[54]) Der Garnisonratsvorsitzende von Tübingen, Kern, hatte eigenmächtig für den 25. 2. 1919 eine Sitzung der Vorsitzenden der Garnisonräte nach Stuttgart einberufen. Der Landesausschuß beschloß in einer eigens einberufenen Sondersitzung am gleichen Tage, vollzählig an dieser Sitzung teilzunehmen.

räte das Recht, mitzubestimmen? Und da stehen wir selbstverständlich auf dem Standpunkt, es kann nur einer ersprießlichen Arbeit dienen, wenn die Garnisonräte weitgehend in allen wichtigen Fragen mitsprechen. Deswegen sind wir auch dazu übergegangen, einen erweiterten Landesausschuß zu bilden, der bereits im Organisationsentwurf vorgesehen ist[55]). Dieser erweiterte Ausschuß sind in Zukunft die Garnisonvorsitzenden. Der Landesausschuß wird in Zukunft bei allen wichtigen Beschlußfassungen diese erweiterte Körperschaft zuziehen. Dadurch ist eine engere Verbindung, eine Übersicht über die gesamte Organisation im Lande gegeben.
Aber wollen wir uns darüber klar sein, jeder Erfolg einer Organisation beruht auf ihrer inneren Geschlossenheit, auf ihrer Disziplin, und in dem Moment, wo das nicht mehr vorhanden ist, ist eine Organisation unfähig, sie kann sich nicht durchsetzen, weil ihr die Einheit, weil ihr der geschlossene Wille fehlt. Wenn man von Harmonie spricht, so wollen wir ja gerade die Harmonie, aber es ist ganz klar, daß bei den vielen Arbeiten eine Harmonie nicht immer möglich ist, und weil diese Harmonie nicht immer möglich ist, deshalb wollen wir auch eine Kritik. Wir wollen nicht eine Harmonieduselei, die jede sachlich berechtigte Opposition unterdrückt, sondern jede sachliche Kritik kann nur befruchtend wirken. Man muß bei allem nicht nur die eine, sondern auch immer die andere Seite hören, und es ist bei einer sachlichen Kritik auch nicht notwendig, daß wir von Herren sprechen. Denn wir betrachten uns unter uns immer noch als Kameraden. Wenn gesagt wird, einzelne Herren im Kriegsministerium – da ist zweifellos auf mich und den Kameraden Klotz abgehoben worden – erfüllen ihre Pflicht nicht, so macht man das am besten, indem man nachweist, worin die Verfehlung liegt (Sehr richtig! – Zuruf: Militärverordnungsblatt!). Und wenn diese nachgewiesen wird, so kann uns dies gerade recht sein. Bei der Fülle von Arbeit, die wir zu erledigen haben, ist es nicht immer möglich, und Sie werden auch für den Landesausschuß nicht immer solche Leute finden, denen es möglich ist, allen berechtigten Wünschen Rechnung zu tragen. Aber durch die Aussprache werden wir gerade auf die Mißgriffe aufmerksam gemacht. Deshalb können uns Hinweise auf Dinge, die nach dem Empfinden der Kameraden nicht unseren Interessen entsprechen, uns und damit unserer ganzen Sache dienlich sein. Weil der Zwischenruf gefallen ist Militärverordnungsblatt, so weiß ich schon, um was es sich handelt. Es wird sich um zwei Verfügungen handeln. Die eine betrifft die Aufhebung der Militärfahrscheine[56]) und die andere das Verbleiben von Mannschaften bei der Truppe nach der Demobilmachung[57]) (Zuruf: Warum sind die Soldatenräte dabei ausgeschaltet worden?). Das kommt alles. Diese Verfügung, die in das Militärverordnungsblatt übernommen worden ist, kam vom preußischen Kriegsministerium (Zuruf: Schon wieder!). Damit ist natürlich nicht gesagt, daß die Verfügung an sich gut wäre, im Gegenteil; aber wir wollen uns darüber klar sein, in dieser Verfügung wird über Dinge bestimmt, wo wir nicht ohne alles weitere zuständig sind. Hier handelt es sich um den ganzen Verkehr, und in den nächsten Wochen schon werden wir vielleicht nicht einmal mehr württembergische Eisenbahnen, sondern Reichseisenbahnen haben. Nicht mehr die württembergische Regierung kann dann über das Reichsverkehrswesen verfügen. Nun kommt aber weiter hinzu – und das wissen Sie alle –, daß gerade mit den Urlaubsscheinen und Militärfahrscheinen in letzter Zeit schwerer Mißbrauch getrieben worden ist (Sehr richtig!). Wir haben Personen, die sechs und acht Militärurlaubsscheine in der Tasche tragen. Leute, die teilweise schon längst nicht mehr im Dienst sind und Dinge besorgen, die nicht im Interesse des Landes liegen. Zweifellos werden auf diese Weise von Schiebern volksschädliche Dinge gemacht, die wir in keiner Weise billigen können.

---

[55]) Vgl. Nr. 29, S. 458.
[56]) Vgl. dazu die Verfügung vom 8. 3. 1919 (MVBl. 1919, S. 205 ff.).
[57]) Vgl. dazu die Verfügung vom 10. 3. 1919 (MVBl. 1919, S. 230).

Dazu kommt, daß durch diese Verfügung des Reichs jeder Fahrschein in Preußen und in den anderen Bundesstaaten selbstverständlich ungültig ist. Wenn wir heute einen Fahrschein ausstellen würden, so könnte der Betreffende, wenn er über unsere Grenze hinauskommt, nicht mehr weiterfahren.
Nun kommt aber weiter hinzu, daß wir als Garnisonräte – und dessen müssen wir uns immer wieder bewußt sein – doch die eigentliche Macht innerhalb der Garnison sind. Wir können die Dienststellen mit dem beauftragen, was wir wollen. Wir haben gar nicht notwendig, die Arbeit der Dienststellen zu besorgen, wir wollen das überhaupt nicht. Wir als Soldatenräte haben die Aufgabe, lediglich dafür zu sorgen, daß in diesen militärischen Dienststellen so gearbeitet wird, wie wir es wollen, wir haben aber diesen Leuten die Arbeit nicht zu besorgen. Nach dieser Verfügung ist ganz klar, daß z. B. die Garnisonen öfters gezwungen sind, Leute, die durchreisen, nicht ohne weiteres an eine Dienststelle zu verweisen, um ihnen vielleicht einen Fahrschein auszustellen. Um den Garnisonräten Rechnung zu tragen, haben wir bereits eine Besprechung abgehalten. Ich habe sofort nach der Verfügung mit dem Herrn Kriegsminister die Sache besprochen, und wir haben uns dahin geeinigt, daß Blocks angefertigt werden, die der Landesausschuß und die Garnisonräte in die Hand bekommen. Diese Blocks sind Anweisungen für eine Militärfahrkarte und auf diese Anweisung, die er auch vom Garnisonratsvorsitzenden oder dem Landesausschuß empfängt, wird von seinem Truppenteil nachher die Militärfahrkarte bezahlt. Also dadurch haben wir dasselbe, nur in anderer Form. Wir haben dann noch weiter für uns in Württemberg das Recht, daß wir als Soldatenratsorganisation Fahrkarten für unsere Leute zur Verfügung haben. Wir haben die Hindernisse nicht wie Preußen, wir sind unabhängig von den übrigen Bundesstaaten. Wir verfahren in Zukunft so, daß einfach der betreffende Soldat, der irgendwohin fährt, und der das Einverständnis des Garnisonrats hat, eine Anweisung vom Garnisonrat bekommt. Aufgrund dieser Anweisung löst er sich seine Fahrkarte, und aufgrund dieser Anweisung wird ihm diese Fahrkarte vom Truppenteil bezahlt werden. Mit einer derartigen Regelung kann doch jeder einverstanden sein. Sie gibt uns doch ein weitgehendes Recht und schafft den schweren Mißbrauch, der mit den Urlaubsscheinen und den Fahrscheinen getrieben worden ist, aus der Welt. Also Sie sehen, wenn man beide Teile hört, sieht die Sache wesentlich anders aus.
Was die Verfügung über die Demobilmachung[57]) betrifft, so heißt es da:
Nach Ablauf der viermonatigen Frist, bis zu welcher Leute längstens im Dienst zurückbehalten werden dürfen, hat niemand mehr Anspruch usw.
Kameraden, die Sache steht so: Wir werden in den nächsten Wochen, ob wir wollen oder nicht, gezwungen sein, schon durch die Friedensbedingungen, die Demobilmachung endlich einmal durchzuführen, und gerade wir in Württemberg haben in unserem Militärkontingent noch die meisten Truppen. Baden hat bereits demobilisiert bis auf 6000 Mann. Also wir in Württemberg werden durch die Friedensbedingungen schon gezwungen sein, die Demobilmachung weiterzuführen. Nun kommen aber die Kameraden und sagen: Wir haben keine Arbeit. Dafür haben wir sehr wohl Verständnis, aber wir müssen uns auch auf den Standpunkt stellen, daß die Militärorganisation keine Arbeitslosenversorgung sein kann. Wenn heute einer Arbeitslosenunterstützung bezieht, so ist das keine Schande, im Gegenteil, derjenige, der ehrlich bestrebt ist, Arbeit zu finden und bekommt keine, hat moralischen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.
Aber dieses Arbeitslosenwesen im Zusammenhang mit unserem ganzen Wirtschaftswesen kann nicht durch die Militärorganisation, sondern nur durch die zivilstaatlichen Behörden geregelt werden. Wohin soll es führen, wenn wir die Menge der Arbeitslosen beim Heere lassen? Damit würde jede Übersicht im Wirtschaftsleben aufhören (Zuruf). Das ist ganz richtig. Wir haben bei den Sicherheitskompanien der erlassenen Verfü-

gung nachzukommen. Wir müssen bestrebt sein, auch bei den Sicherheitskompanien Leute, die auf dem Lande irgendein Unterkommen haben, besonders Landwirte, möglichst bald abzuschieben, um denjenigen, die in der Industrie sitzen, die Möglichkeit zu geben, daß sie irgendeine Unterkunft bekommen. Aber auch auf dem Lande haben wir Leute, die dort so wenig eine Existenz haben wie ein Industriearbeiter in der Stadt. Man muß die Verhältnisse berücksichtigen.
Aber ich darf bei dieser Verfügung auch gleich erinnern an die alte Verfügung vom 4. Februar[58]). Darin wurde schon genau festgestellt, daß derjenige, der keine Arbeit finden kann, bis zur Höchstdauer von vier Monaten bei seiner Truppe bleiben kann. In der neuen Verfügung ist vorgesehen, daß Leute, die absolut nirgends unterkommen können, vielleicht irgendwie im Arbeitsdienst verwendet werden, aber dann müssen wir den Garnisonen auch die Macht geben, das durchführen zu können, daß die Leute zum Arbeitsdienst gehen. Es waren ja gerade für die Pferdepflege keine Leute zu bekommen, und es mußten Zivilpersonen eingestellt werden, trotzdem daß wir noch über 3000 Mann haben. Wir haben wiederholt versucht, Leute zu bekommen. Die haben sich einfach geweigert, die Arbeit zu übernehmen, und dadurch sind die Pferde so weit heruntergekommen, daß dem Staate Millionenwerte verlorengegangen sind.
Wenn wir also unsere Kameraden halten wollen, wenn wir die Möglichkeit schaffen wollen, beim Militär zu bleiben, dann müssen wir auch verlangen, daß sie für die Bezahlung, die sie bekommen, auch Arbeitsdienst machen, denn wir wollen doch aus dem Militärwesen keine Zivilversorgungsanstalt machen. Wir wollen die Demobilmachung durchführen, und dann wollen wir auch dafür sorgen, daß unsere Kameraden im Zivilleben, wenn sie keine Arbeit finden können, eine Arbeitslosenunterstützung bekommen, die ihnen die Existenz ermöglicht (Zuruf: Ist aber nicht der Fall!).
Nun hat Kamerad Bechtle gesagt, er werde einen Antrag einbringen, daß dem Landesausschuß ein Mißtrauensvotum ausgesprochen werde. Kameraden, das ist das gute Recht jedes Mitglieds, aber ich bitte Sie doch dringend, wenn Sie schon einen derartigen Antrag einbringen, dann bringen Sie auch Gründe dafür vor, weisen Sie dem Landesausschuß tatsächlich nach, daß er nicht im Interesse der Kameraden gearbeitet hat, und überlegen Sie sich auch dabei, ob ein anderer Landesausschuß für unsere Kameraden mehr und Besseres leisten würde. Denn das ist doch das Ausschlaggebende. Unsere ganze Macht und unsere besonderen Verhältnisse, ich darf wohl sagen, die besonderen Vorteile, die wir in Württemberg haben, beruhen lediglich darauf, daß wir es verstanden haben, von vornherein alle militärischen Behörden so zu besetzen, daß es nicht möglich ist, daß innerhalb dieses Rahmens etwas geschieht, was nicht auch die Einwilligung der gewählten Vertrauensleute des Soldatenstandes überhaupt hat. Ich könnte Ihnen an einem Dutzend von Beispielen nachweisen, daß wir gerade gegenüber Preußen und den übrigen Bundesstaaten für unsere Kameraden Weitgehendes herausgeschlagen haben. Um aber das zu können, muß man sich einarbeiten, man muß sich Kenntnisse erwerben. Es ist nicht damit getan, daß [man] eine Sache bloß kritisiert, sondern man muß dann auch tatsächlich bei diesen Behörden und Dienststellen praktisch mitarbeiten, und das setzt für jeden, auch wenn er noch so gescheit ist, bestimmte Erfahrungen voraus, die er eben nur allmählich in längerer Arbeit erwerben kann.
Nun hat Kamerad Kern noch über die Aufklärungsstelle im Kriegsministerium gesprochen. Er verwies dabei auf die Verfügung, in der es hieß, daß die Aufklärung im Sinne einer sozialistischen, demokratischen, zentrumlichen Weltanschauung getrieben werden soll. Ja, glauben Sie, daß wir etwas Derartigem unsere Zustimmung gegeben haben? Wir sind uns doch klar darüber, daß eine Aufklärungsarbeit entweder im bür-

[58]) Abgedruckt in: MVBl. 1919, S. 106 f.

gerlichen Sinne, im Sinne der Bourgeoisie, oder im Sinne des Sozialismus getrieben wird. Ein Drittes gibt es nicht, und wir haben auch dementsprechend gehandelt. Wir haben sofort die notwendige Veränderung gerade in der Aufklärungsstelle vorgenommen. Es ist gar nicht notwendig, daß wir diese Aufklärungsstelle übernehmen, im Gegenteil, diese Aufklärungsstelle kann ruhig bestehenbleiben, aber notwendig ist es, daß wir innerhalb der Aufklärungsstelle bestimmen, wie die Aufklärung getrieben werden soll. Darauf kommt es an.

Eine andere Frage ist natürlich die, durch welche Personen die Aufklärungsarbeit ausgeübt wird. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Offiziere, die früher vaterländischen Unterricht gegeben haben[59]), in Zukunft keine Aufklärung im sozialistischen Sinne treiben werden, und wir müssen deshalb auch von uns aus bestrebt sein, Leute hereinzubekommen, die tatsächlich in dem von uns gewünschten Sinne diese ganze Aufklärungsarbeit besorgen. Aber täuschen Sie sich nicht darüber. Geeignete Personen zu finden, ist keine so einfache Sache. Wir haben zunächst einmal den Kameraden Troß[30]), der lange Jahre Sozialdemokrat ist und sich in Ulm betätigt hat, in die Aufklärungsstelle berufen. Wir haben jetzt den Kameraden Biesinger vom Garnisonrat Stuttgart mit der Herausgabe der Zeitung[39]) beauftragt, und wenn unser Landesausschuß, der ja wenigstens um zwei neue Mitglieder ergänzt werden muß, Mitglieder übrig hat, dann werden wir weitere geeignete Personen in diesen Aufklärungsdienst stellen können, denn wir können uns nur halten, wenn die Soldaten insgesamt weitgehend politisiert werden, und zwar in sozialistischem Geiste. Deshalb werden wir auch über diese Aufklärungsstelle, die ruhig dem Kriegsministerium angegliedert sein kann, in Zukunft bestimmen und dafür sorgen, daß die Propaganda in unserem Sinne geleitet wird.

Also, Kameraden, ich bitte Sie, jetzt in der weiteren Diskussion lediglich auf den Bericht einzugehen, alle die Fragen aber, wie die Ergänzungswahl des Landesausschusses, den Grenzschutz Ost usw., über die wir unter den Anträgen nachher sowieso verhandeln, zurückzustellen. Ich bitte Sie aber, in Ihrer Diskussion ausgiebig den Landesausschuß zu kritisieren, aber in einer Form, aus der wir auch erfahren können, wo unsere Verfehlungen liegen.

VORSITZENDER: Ich möchte nur kurz hinzufügen, daß wir nicht vergessen dürfen bei der Verfügung betreffs der Fahrscheine, daß jeder Fahrschein 15 Mark kostet. Wenn er nur von Stuttgart nach Ludwigsburg lautet, so kostet die Fahrkarte nur 10 Pfennig (Zuruf: Wieso?).

HAHN: Kameraden, ich bin es nachgerade gewöhnt, als das kalifornische Riesenkarnickel angesehen zu werden, auf das alles hineinhackt. Soldatenräte, Landesausschuß, Garnisonräte, Kriegsministerium, sämtliche Zeitungen, die sich mit der Tätigkeit der Sicherheitskompanien nicht einverstanden erklären, alles hackt auf mich herein; auch Behörden, gegen die ich vorgehen muß in meiner Tätigkeit als Leiter der Sicherheitszentrale. Also ich bin nachgerade es gewöhnt.

Um einzugehen auf die Anschuldigungen meiner Person als Leiter der Sicherheitskompanien, so möchte ich Ihnen zu bedenken geben, daß die Sicherheitskompanien aus einem kleinen Anfang etwas geworden sind, was groß ist im Verhältnis zu dem, was sie früher darstellten, und daß die Organisation gar keine Ruhe fand, sich aus sich selbst heraus zu entwickeln. Denn als die 15 Kompanien standen, zeigte es sich, daß sie nicht genügten, es mußten also mehr geschaffen werden. So kamen wir auf 28 Kompanien. Kaum waren diese 28 Kompanien da, als die Forderung kam, weil wir kein Geld für diese Kompanien mehr bekommen konnten, sie sofort in den Etat der Regimenter einzurangieren. Kaum war das geschehen, sollten sie in Bataillone zusammengestellt werden. Gleichzeitig wurden wir von Berlin mit Anträgen bestürmt, eine Reichswehr-

[59]) Vgl. Nr. 4 Anm. 45.

brigade daraus zu machen. Nicht genug damit, daß dieser eine Antrag kam, kam sofort eine Nachforderung, es sollten zwei Brigaden gemacht werden.
Es wird organisiert, und zwar von uns, es wird aber auch organisiert vom Kriegsministerium (Hört! hört!), es wird organisiert vom Generalkommando, alles organisiert, und ich bin dann das Karnickel. Denn es wird organisiert von Leuten, die am grünen Tisch sitzen; wir organisieren aus der Praxis heraus. So werden wir hin und wieder vor Tatsachen gestellt, daß wir durch Verfügungen von Sachen erfahren, von denen wir keine Ahnung haben (Zuruf: Und umgekehrt). Es mag auch umgekehrt sein. Jedenfalls bitte ich zu bedenken, daß eine solche Ummodelung von einem zum anderen in raschester Zeit, innerhalb weniger Tage, leicht Verwirrung gibt, und wenn wir die Nerven nicht behalten würden, die auch durch die sonstige Tätigkeit der Sicherheitskompanien reichlich in Anspruch genommen werden, dann würde das Chaos ziemlich groß werden. Ich gebe Ihnen zu bedenken, daß die Zentralleitung nicht, wie Sie, 8 Stunden Arbeitszeit hat, sondern 24 Stunden. Wir sind Tag und Nacht da. Aus diesem Grund können auch Unterlassungssünden begangen werden. Deren bekenne ich mich schuldig, daß der und jener Garnisonrat nicht von dem benachrichtigt wird, was erledigt werden soll, daß vielleicht nur die Sicherheitskompanie benachrichtigt ist. Es kann vorkommen, daß ich den Landesausschußsitzungen nicht beiwohnen kann, weil ich meine Zeit woanders zubringen muß. Es hat sich das herausgebildet, daß zwei Tätigkeiten, als Landesausschußmitglied und als Leiter der Zentrale, sich nicht vereinigen lassen können.
Auf der einen Seite wird mir in die Schuhe geschoben: Du gehst weg von dem Landesausschuß und kümmerst dich den Teufel drum; auf der anderen Seite sagt man mir: In der Zentralleitung stimmt es nicht, da sind organisatorische Fehler gemacht worden. Ich kann entweder in der Zentralleitung sein, dann muß ich auf meine Tätigkeit im Landesausschuß verzichten, es darf da aber an keinen Streik gedacht werden; oder ich bin im Landesausschuß und die Tätigkeit in der Zentralleitung übernimmt ein anderer. Ich muß nebenbei auch alles das ausfressen, was vom Kriegsministerium im Punkt Aufklärungsarbeit für die Sicherheitskompanien angeordnet wird. Wenn dort etwas geschaffen wird, was nicht im Einklang steht mit dem, was wir wollen, bin ich der schuldige Teil!
Dann wurde von Kamerad Bechtle gesagt, er habe den Eindruck, daß ich deshalb meine Aufgabe als Landesausschußmitglied nicht mehr so richtig ausfülle, weil mir diese Zentralleitung als Futtertrog erscheine. Von diesem Vorwurf fühle ich mich frei. Ich habe schon einmal erklärt: Bestimmen Sie einen anderen Herrn, der dieses köstliche Amt für sich einnimmt. Ich hänge nicht an diesem Amt, ich habe Gott sei Dank einen Beruf, in dem ich jederzeit mein Auskommen gefunden habe und finden werde. Also von einem Futtertrog in der Zentralleitung kann keine Rede sein. Wer die Zentralleitung kennt, weiß, daß dort nicht gefuttert, sondern gearbeitet wird. Nun wurde ein Gegensatz zwischen dem Kriegsministerium und der Zentralleitung konstruiert. Dieser Gegensatz hat sich herausgebildet und besteht. Ich möchte zunächst nicht näher darauf eingehen, denn ich habe Anträge gesehen, die sich mit diesen Dingen beschäftigen. Ich möchte nur eines zu bedenken geben: Der Hauptfehler, unter dem auch die Sicherheitskompanien enorm leiden, ist eben der, daß wir in Württemberg von Haus aus einen Kardinalfehler gemacht haben, nämlich den, das Generalkommando in das Kriegsministerium aufzusaugen. Dieser Kardinalfehler zeigt sich heute in einer solch schroffen und starken Weise, daß er eben dazu führt, daß es Gott und Welt merkt. Es wird, wie schon gesagt, organisiert in der Sicherheitszentrale, und zwar mit Recht, denn wir haben dieses Kind geschaukelt von Anfang an (Zuruf: Krais hat es geschaukelt!). Wir haben es seinerzeit unter Schmerzen im Landesausschuß gezeugt und geboren (Heiterkeit!), und dieses Kind nun, das wird, nachdem es kaum laufen kann, nun herüber- und hinüber-

gezogen. Drei Behörden ziehen an diesem Kind (Sehr richtig!). Und daß dieses Kind nichts davon profitiert, ist klar. Es zieht die Zentralleitung als der Vater, es zieht das Kriegsministerium als die Hebamme (Sehr richtig! – Heiterkeit!), und es zieht das Generalkommando als der eigentliche Erzieher, der es sein soll (Zuruf: Wo ist die Mutter?). Davon kann das Kind nur Schaden nehmen und da liegt der Hase im Pfeffer.
Ich habe gestern aus der Zeitung erfahren[60]), daß Herr Hauptmann Krais in der Hauptsache der Vater und Organisator der Sicherheitskompanien sei (Hört! hört!). Ich habe aus dieser Zeitungsnotiz auch erfahren, daß Herr Hauptmann Krais allein derjenige ist, dem in erster Linie die Ruhe und Ordnung im Lande zu verdanken sei (Hört! hört!). Trotz dieser Tatsache, die mich sehr gefreut hat, kommen nun doch von seiten des Kriegsministeriums – ich sage das ausdrücklich, nicht von seiten des Kriegsministers, der in besserer Absicht die Leitung des Kriegsministeriums führt, sondern von seiten des Herrn Hauptmann Krais – Verfügungen, die dieses Verständnisses, das er haben müßte, nachdem er doch die Organisation der Sicherheitskompanien in erster Linie mitverantwortet usw., ermangeln. Zum Beispiel bekomme ich eine Dienstvorschrift für die Sicherheitskompanien in die Hand gedrückt, von deren Aufbau und Vorhandensein ich zunächst noch keine Ahnung habe (Hört! hört!). Von dieser neuen Dienstvorschrift, die mit dem Datum 13. März versehen ist und eine Nummer hat, weiß ich nichts. Mir sagen selbst die Herren, die mit der Sache zu tun haben, daß es so nicht weitergehen könne.
Das Generalkommando hat auch die Aufgabe, zu organisieren in Sachen der Reichswehrbrigade. Das Generalkommando steht auch vor der Tatsache, es soll organisieren; wir organisieren, das Kriegsministerium organisiert. Und mit dieser Organisiererei gibt es unbedingt einmal einen Krach. Denn immer wieder ist die Zentralleitung der Sicherheitskompanien das Ekel. Wir müssen immer diejenigen sein, die dann die Angriffe auszuhalten haben. Da muß endlich einmal reiner Tisch gemacht werden, und da bin ich absolut der Meinung wie Kamerad Bechtle. Ich sollte als Leiter der Sicherheitskompanien seit längerer Zeit im Kriegsministerium tätig sein. Nun gebe ich zu bedenken, daß es faktisch nicht möglich war, dort einzuziehen. Ich gebe zu, daß dies dazu geführt hat, daß der am Strick zog und zwei andere auch. Aber es müßte, wenn wir örtlich getrennt sind, ein absolutes Einvernehmen dasein, daß wir am gleichen Strick ziehen müssen und wollen. Diesen Eindruck habe ich nicht.
Auf Einzelheiten möchte ich nicht eingehen. Ich möchte nur anführen, daß mir auch das in die Schuhe geschoben wird, daß die Familienunterstützung und die Unterstützung für Kinder nicht ausbezahlt wird. Das muß ich auch verantworten. Wenn die Kameraden wüßten – und die Kameraden, die in der Zentralleitung täglich tätig sind, müssen das wissen –, mit welch ungeheuren Schwierigkeiten wir es seinerzeit durchgeführt haben, daß die Unterstützungen bezahlt werden, dann würden sie hier diese Vorwürfe nicht machen. Wir sind nicht schuld, sondern die Schuld trägt allein das Beamtentum in dem Arbeitsministerium und das Beamtentum draußen auf dem Lande, das immer noch eine Wolke von Aktenstaub und Aktendunst um den Schädel hat, daß sie nicht durchsehen und die Erlasse der Regierung nicht studieren können. Vor lauter Aktenstaub sehen sie die Buchstaben nicht im Staatsanzeiger, wonach sie das und das zu tun haben. Das der Regierung oder mir in die Schuhe zu schieben, ist ein Unrecht. Ich habe mich täglich und stündlich bemüht, ich habe die Minister selber mobil gemacht, die Herren haben ihre Unterbeamten mobil gemacht, sie konnten aber nicht durchkommen, weil wohl Revolution gemacht worden ist, aber kein neuer Geist eingezogen ist bei den Beamten oben und unten.

[60]) Vgl. dazu den Artikel in der Württemberger Zeitung (Nr. 64 vom 18. 3. 1919), in dem Krais als neuer Unterstaatssekretär vorgestellt wird; s. auch Stuttgarter Neues Tagblatt, Nr. 138 vom 18. 3. 1919 M. Vgl. auch Anm. 51.

Dann muß ich auch die Verantwortung für die Geräteanforderungen tragen. Werden von Reutlingen zwei Räder gefordert und werden sie nicht in einem Tag bewilligt, dann muß ich schuld sein. Der Weg von Reutlingen nach Stuttgart zu mir braucht zwei Tage, von Reutlingen nach dem Kriegsministerium auch zwei Tage, der Weg von Reutlingen nach Ludwigsburg ist aber etwas länger, er braucht auch sechs oder acht Tage, und bis dort kapiert wird, was man will, braucht es noch weitere vierzehn Tage. Jedenfalls habe ich mir bei dringenden Anforderungen die Ermächtigung geben lassen, daß ich die Gegenstände mir direkt hole. Aber wenn wir den Instanzenweg einhalten, dann dauert es nicht so lange wie früher, sondern dreimal so lang.
Auf Einzelheiten werde ich nicht einzugehen brauchen, wir werden uns ja nachher bei der Reichswehrbrigade Haas noch damit beschäftigen. Ich möchte nur bitten, in Ihren Anwürfen gegen die Zentralleitung nicht nur sachlich zu sein, sondern auch zu bedenken, daß die Zentralleitung vor lauter Organisieren und Befehlen von Berlin und Kriegsministerium nicht zur Ruhe kommt. Kaum ist eine vermeintliche Ruhe da, kommt ein Erlaß: Aus den Sicherheitskompanien sind alle Landwirte zu entlassen. Kaum sind die Sicherheitskompanien in sich ruhig, dann soll ich wieder Leute entlassen. Da kommt eine Verfügung: Auf 1. April sind sämtliche Reserveoffiziere zu entlassen (Zuruf: Mit Recht!). Gewiß, mit Recht. Die Leute sind aber einmal in den Sicherheitskompanien drin. Die Sicherheitskompanien sind heute auf ihre Führer sehr stark eingeschworen, denn nur von der Persönlichkeit des Führers hängt es ab, ob eine Kompanie das ist, was sie sein soll. Nun sollen diese Führer plötzlich entlassen werden. Ich werde angerufen, antelefoniert, es kommen die Delegierten und fragen: Was ist da los? Darauf sage ich: So und so liegt die Sache. Dadurch kommt in die Sicherheitskompanie nun wieder eine solche Unruhe hinein, daß es zum Auswachsen ist. Kaum glaubt man, daß die Sicherheitskompanien einigermaßen ruhig geworden sind im Quartier, schon kommt ein anderer Befehl: Die Schulen sind zu räumen. Dann sind sie woanders drin, dann werden sie ihrer Führer beraubt, dann sollen die Landwirte heraus und andere hinein. Ja, da soll der Teufel die Organisation eines solchen Taubenschlags übernehmen. Ich danke dafür.

*Im Anschluß an diese Ausführung spricht* SCHÖNLEBER, *dann folgt als nächster Redner* BISSINGER.

BISSINGER: Wir haben bis jetzt schon acht Redner gehört und 24 sind vorgemerkt, allein im Anschluß an den Bericht des Vorsitzenden des Landesausschusses. Man sieht, daß eine Menge Konfliktstoff vorhanden ist, und man merkt aus dem ganzen Geiste der Versammlung, daß wir wenigstens zwei, drei Tage brauchen werden, um über alle diese Schwierigkeiten hinwegzukommen. Wir werden uns ja die Zeit nehmen müssen, um mit allem fertig zu werden. Wenn man aber nach der Wurzel des Übels forscht und es auf eine einfache Formel zurückzubringen sucht, so drängt sich mir als Vorsitzender des Garnisonrats Stuttgart aus allen Sitzungen und Besprechungen und Versammlungen immer wieder eins auf: Es fehlt an der nötigen Harmonie in Württemberg. Wir haben ja, was feststeht und was begrüßenswert ist, verhältnismäßig die besten Verhältnisse in Württemberg, aber wir könnten sie noch weit besser haben, wenn wir Harmonie herrschen lassen wollten, und da finde ich nun, daß einfach der richtige soldatische Geist in unserer Bewegung nicht vorhanden ist.
In militärischer Beziehung hatten wir früher gar nichts zu sagen. Die Offizierskaste gebot einfach und befahl. Das haben wir auch beschränkt, und nun soll die Masse der Soldaten zu Wort kommen. Das ist eine sehr einfache Sache, und in dieser Beziehung fehlt es eben. Wir haben den Eindruck, daß gewisse Kreise, gewisse Persönlichkeiten,

gewisse führende Köpfe, gewisse Institutionen versuchen, die Sache im alten Geiste zu treiben und das unter Verlust der Fühlung mit der breiten Masse der Soldaten.
Ich will anfangen bei der Regierung. Von der Regierung sind wir überzeugt durch persönliche Fühlungnahme, daß sie unser Bestes will, daß sie leider aber – es ist das ein Schauspiel zum Erbarmen – gelegentlich keine positive Arbeit leisten kann, weil es an der Harmonie fehlt, weil ihr aus den eigenen Kreisen heraus die größten Schwierigkeiten gemacht werden. Was nun die Fühlungnahme der Regierung mit den Truppen, mit der Masse der Soldaten anbelangt, so ist die Regierung hierbei auf den Landesausschuß angewiesen als das ihr nächststehende Organ. Der Kriegsminister ist ehrlich, gerade und offen als Kamerad und steht auf dem Standpunkt, daß er keiner Handlung und keinen Gedanken Raum geben wird ohne Berücksichtigung der Soldatenräte. Dafür steht ihm der Landesausschuß zur Verfügung.
Der Landesausschuß für sich nun ist eine Körperschaft von 21 Mitgliedern, jetzt sind es allerdings nur noch 16[7]). Auch ihm muß ich den Vorwurf machen, daß er den demokratischen Standpunkt nicht immer zu wahren weiß. Ich gehe davon aus, daß alle Kameraden von dem besten Geiste beseelt sind, Gutes zu leisten, und daß wir [dem Landesausschuß][61]) keinen Vorwurf machen dürfen, wenn er gelegentlich vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Aber der Landesausschuß ist gewissermaßen in sich verkapselt, er hat Neigung zur Exklusivität. Ich weise darauf hin, wie schwierig es war für ein Garnisonratsmitglied, einer Sitzung des Landesausschusses beizuwohnen (Hört! hört!). Nachdem dies erlaubt war, wehrte er sich gelegentlich dagegen, daß mehrere Mitglieder da waren. Ich meine, es muß alles auf breiter Basis aufgebaut werden. Der Landesausschuß darf nicht sagen: An unserer eigenen Weisheit, an unserer Prophetenweisheit ist es genug – das ist der alte Standpunkt –, sondern er muß mehr Fühlung nehmen nach unten, nach der breiten Masse der Soldaten. Da ergibt sich eine Menge von Irrtümern und Mißverständnissen, von Verfügungen, die ergangen sind, weil es gefehlt hat an dem Kontakt zwischen Regierung und Landesausschuß und der breiten Masse der Truppe.
Auch in punkto Garnisonratvorsitzende, die er gelegentlich zusammenruft, muß ich ihm sagen: Er muß demokratisch verfahren, er muß entweder alle einladen oder keinen, sonst gibt es Unstimmigkeiten. Er muß seine Basis erweitern. Die Gedanken, die den 17 entgehen, werden ihnen von anderen Kameraden, die mehr Fühlung haben, fruchtbringend zugetragen werden können (Zuruf: Es waren alle da!). Es waren nicht alle da. Wir haben vorhin gehört, daß der Garnisonratvorsitzende den Versuch gemacht hat, eine Sitzung für sich abzuhalten[54]). Dieses Bedürfnis entstammt dem Gefühl, daß der Kontakt zwischen Stuttgart, der Zentrale, dem Landesausschuß und den Garnisonräten, den Truppen des Landes, fehlt. Bei dieser Gelegenheit haben wir eine Menge von Anschauungen, von Gedanken, von Anregungen von den Garnisonräten des Landes erhalten, die völlig neu für uns waren, so daß sich jedem Unbefangenen der Gedanke aufdrängen mußte: Es ist nutzbringend und fruchtbringend, wenn die Fühlung im Lande in der breitesten Weise ausgebaut wird.
Der Landesausschuß darf sich nicht sagen: Wir 17 sind die geborenen Weisheitsapostel und was wir aushecken, das ist maßgebend, sondern er muß auch Fühlung nach unten suchen. Dafür stehen dem Landesausschuß die Garnisonräte zur Verfügung. Im Lande draußen haben wir Garnisonräte und Garnisonratvorsitzende. Auch in dieser Beziehung ist an dem demokratischen Geist etwas auszusetzen. Wir haben das Bild, daß in einigen Garnisonen und gerade in den größeren Garnisonen, in Ulm, Ludwigsburg, Heilbronn, es einzelne Köpfe gibt, die alles machen wollen (Sehr richtig!), die nicht demokratisch genug verfahren. Wir haben z. B. in Ulm den Kameraden Götz, den

[61]) Im Or.: ihnen.

ich persönlich nicht angreifen will, und verschiedene andere. Alle haben Ausgezeichnetes geleistet. Man hat ja führende Köpfe, aber diese dürfen unter keinen Umständen die Fühlung mit den breiten Massen der Soldaten verlieren. Man muß die unteren Organe immer dabei berücksichtigen (Zuruf: Stuttgart! – Unruhe).

VORSITZENDER: Ich möchte ersuchen, den Redner sprechen zu lassen. Sie haben ja das Recht, ihm zu antworten.

BISSINGER (fortfahrend): Ich werde auch auf die Garnison Stuttgart zu sprechen kommen. – Wir haben genug davon gehört, daß Kamerad Götz in Ulm – ob diese Vorwürfe nun berechtigt sind oder nicht – gewissermaßen eine Paschaherrschaft geführt hat (Zurufe). Es ist auch zum Ausdruck gebracht worden, daß in dieser Versammlung der Garnisonratvorsitzenden die Vorsitzenden sich zum Teil auf den Standpunkt stellten, daß sie für die hinter ihnen stehenden Soldaten und Räte die Verantwortung und die Garantie übernehmen können. Das kann ich in Stuttgart nicht (Zuruf: Weil ihr nicht parlamentarisch arbeiten könnt!). Ich muß Fühlung nehmen mit den Garnison-, mit den Bataillons- und Kompanieräten. Erst dann kann ich sagen, daß das, was von der Gesamtheit vertreten wird, maßgebend ist für alle, und nicht das, was von einem allein vertreten wird. Wir haben ähnliche Verhältnisse bei den Kameraden Schuler und Reiner, die tüchtige Organisatoren sind, die sich aber gestehen müssen, in dem Moment, wo wir unseren Posten als Garnisonratvorsitzende verlassen, fällt die ganze Sache in sich zusammen (Hört! hört!). Demokratisch muß verfahren werden. Diese Kameraden müssen dafür sorgen, daß, wenn sie abtreten, andere da sind, die an ihre Stelle treten. Hier in Stuttgart waren wir eine Versammlung von 150 Delegierten; wir haben, auch wenn der Garnisonrat verschwindet, eine zweite und dritte Garnitur von tüchtigen Leuten, die die Führung übernehmen können (Reiner: Was wünschen Sie heute zu werden? – Zuruf: Regimentskommandeur wie du! – Heiterkeit).

VORSITZENDER: Ich möchte dringend ersuchen, die Verhandlungen nicht in dieser Art weiterzuführen, da es unmöglich ist, so zu einem positiven Ergebnis zu gelangen.

BISSINGER: Kamerad Reiner hat mir den Zwischenruf gemacht, was ich heute werden wolle. Gar nichts. Ich will meine Gedanken vortragen, wie ich sie für recht und billig finde, und wie sie dem Revolutionsgeist dienlich sind. Ich wundere mich, daß mir von einem Kameraden, der Garnisonratvorsitzender ist, solche Vorwürfe an den Kopf geworfen werden. Ich will nur bezwecken, daß der demokratische Gedanke zu Nutz und Frommen der ganzen Bewegung besser durchdringt. In Stuttgart haben wir schon lange empfunden, daß unsere Hauptarbeit darin besteht, mit den Regiments- und Bataillonsräten und mit den Sicherheitskompanien Fühlung zu bekommen (Zuruf: Das habt ihr von Ulm gelernt!). Wenn wir das von Ulm gelernt haben, so sind wir Ulm für diese Belehrung von Herzen dankbar. In Stuttgart haben wir darin unsere Hauptaufgabe erblickt, und wenn betont wird, daß die Ruhe und Ordnung im Lande noch gewahrt worden ist, so vergessen Sie nicht die Arbeit, die von der breiten Mehrheit des politisch tätigen Volkes anerkannt ist, die Arbeit der Sicherheitskompanien, und es ist nur ein Verdienst der Sicherheitskompanien und ihres Geistes und der Stuttgarter Truppen, den wir zu stärken unermüdlich bemüht sind. Wir lassen unsere Arbeiten oft einige Tage liegen, um unserer Aufgabe nachkommen und der Regierung sagen zu können: Wir sind der Sicherheitskompanien in Stuttgart sicher, und das ist das Nächstliegende; denn wir brauchen Friede, Ordnung und Ruhe im Lande.

Was ich sagen will, ist, daß nicht einzelne Kreise und Personen alles tun sollen. Auch im Landesausschuß sind es Leute, die das tun; in erster Linie ist es Kamerad Frick, der bemüht ist, die Versammlungen zu besuchen, die andern haben keine Zeit dazu. Wenn wir lauter Fricks hätten, wäre es besser bestellt. Es muß unbedingt darauf gesehen werden – das Recht hat ja, wer die Macht hat, und die Macht sind die Soldaten –, daß nicht einzelne Individuen, so tüchtig sie sein mögen, alles an sich reißen, sondern im-

mer Fühlung suchen mit den Massen der Soldaten, daß in den einzelnen Garnisonen im Lande nicht einzelne alles zu machen suchen und sagen: Unsere Kameraden stehen hinter uns, wir garantieren für sie. Dann werden auch keine verkehrten Verfügungen erlassen, dann werden keine Unsinnigkeiten sich ergeben.
Auch den Kameraden Hahn vom Landesausschuß muß ich bei jeder Gelegenheit bekämpfen. Er ist ein sehr tüchtiger Mann, der Organisationstalent besitzt, aber er hat den Fehler, daß er sich gelegentlich nach der Organisation nicht richtet, sondern sich darüber hinwegsetzt. Wir führen dauernd einen Kampf dahin, daß die Garnisonräte als die Vertreter der Masse der Soldaten mitzusprechen haben. Er gibt uns dann jeweils Konzessionen, aber dann vergeht ihm wieder der Appetit, und er sieht im Garnisonrat eine quantité négligeable, die man vegetieren läßt; er hat sich auch so ausgedrückt: Es sind eben Leute da, die Garnisonrat spielen wollen.
Ich fasse mich zusammen: Es muß das demokratische Prinzip hochgehalten werden, es dürfen nicht einzelne Personen, sondern es muß die Masse der Soldaten, es müssen die Vertreter der Garnisonen heute hier zum Wort kommen. Wir haben heute hier die vierte Landesversammlung. Wir werden eine Menge Konfliktstoff wegräumen müssen, wir werden eine Menge Mißverständnisse aufklären müssen. Dann wird die Versammlung das Bild bieten: Alles ist von oben herunter in Ordnung, und wir werden dazu kommen müssen, daß eine Menge von Anträgen hier summarisch durchgepeitscht und als Schnellbleiche erledigt wird, anstatt daß es systematisch durch die Organisation geht.

*Nach vier weiteren Diskussionsbeiträgen (Biesinger, Schwan, Steck und Binder) wird die Debatte um 12.30 Uhr vertagt. In der um 14.30 Uhr beginnenden Nachmittagssitzung erstattet zunächst die Mandatsprüfungskommission ihren Bericht, aus dem hervorgeht, daß die einzelnen Garnisonen in Württemberg zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtstärke von 45000 Mann haben und auf der Landesversammlung von 96 Delegierten vertreten werden. Danach wird die Aussprache über den Bericht des Landesausschusses fortgesetzt. Zunächst sprechen Mitschele und Ackermann. Dann kommt Kriegsminister Herrmann zu Wort.*

Kriegsminister Herrmann: Kameraden, daß das Kriegsministerium keine ideale Behörde ist und daß es noch viel im Kriegsministerium zu verbessern gibt, das weiß ich so gut wie jeder einzelne von Ihnen. Es ist ja auch heute schon genug gegen das Kriegsministerium vorgebracht worden. Als ich mich vor etwa acht Wochen vor Ihnen vorstellte[62]), da habe ich Sie gebeten, mir Vertrauen zu schenken und gesagt: Ich werde mich bemühen, in das Kriegsministerium und in das ganze württembergische Heerwesen demokratisch-sozialistischen Geist hereinzubringen. Ich habe mich seitdem redlich bemüht, das zu tun, und wenn mir das zum Teil wenigstens gelungen ist, so verdanke ich es in erster Linie der Mitarbeit der Soldatenräte in ihrer höchsten Vertretung, nämlich dem Landesausschuß. Ich kann hier sagen und dem Landesausschuß bestätigen, daß er mich in meiner Arbeit selbst redlich unterstützte, und wenn das Kriegsministerium nicht noch viel schlimmer ist, und wenn Sie nicht noch viel mehr Gelegenheit haben und noch haben werden, über das Kriegsministerium loszuziehen, so verdanken Sie das in erster Linie der Mitarbeit der einzelnen Mitglieder des Landesausschusses im Kriegsministerium. Ich möchte Sie deshalb bitten, davon abzusehen, dem Landesausschuß ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Im Gegenteil, ich glaube, Sie dürfen Ihrem Landesausschuß dankbar sein für die Arbeit, die er unermüdlich geleistet hat. Selbstverständlich bin ich bereit und gewillt, alle Übelstände, die im Kriegsministerium

[62]) Vgl. Nr. 6, S. 146 f.

noch vorhanden sind, so gut es überhaupt möglich ist, abzustellen. Ich bitte aber dringend, nicht nur allgemeine Angriffe gegen das Kriegsministerium zu richten, sondern diese Angriffe im einzelnen auch zu belegen, insbesondere auch die Angriffe nicht gerade coram publico gegen das Kriegsministerium zu richten, sondern mit den einzelnen Beschwerden zum Kriegsministerium zu kommen und zu helfen, durch praktische Mitarbeit die Übelstände abzustellen. Ich glaube, auf diesem Wege kommen wir bedeutend weiter, als wenn wir hier große Reden halten. Ich habe das auch schon in anderer Weise zum Ausdruck gebracht. So wurde in der letzten Arbeiter- und Bauernratssitzung von meinem Genossen Rohrer in Göppingen ein Antrag gestellt[63]), es möchten vom Kriegsministerium auch die Parteiblätter mit ihren Annoncen berücksichtigt werden bzw. diese Annoncen bezahlt werden. Ich wußte nichts davon, daß die in Göppingen nicht bezahlt worden seien. Hätte mir Rohrer das persönlich mitgeteilt, so hätte er nicht nötig gehabt, den Arbeiter- und Bauernrat in Anspruch zu nehmen und eine große Resolution fassen zu lassen, denn ich hätte das auch so abgestellt. Ich habe Rohrer dann auch mitgeteilt, daß ich nicht wünschte, angegriffen, sondern von ihm unterstützt zu werden.

Was nun die Zentralleitung der Sicherheitskompanien betrifft, so wurde heute schon viel darüber geredet, daß an der Zentralleitung zuviel organisiert worden sei. Kamerad Hahn hat sich insbesondere beschwert, daß von X Stellen an ihr herumorganisiert werde. Vom Kriegsministerium kann ich bezeugen, daß es bis jetzt noch nicht viel an den Sicherheitskompanien herumorganisiert hat; es wurde die Zentralleitung vielmehr zum großen Teil sich selbst überlassen, und wenn die Angriffe berechtigt sind, daß in der Zentralleitung nicht alles klappt, so ist das Kriegsministerium verhältnismäßig unschuldig daran. Ich möchte sagen, es ist nicht der Fehler, daß zuviel organisiert wurde, sondern es wurde zuviel gewurstelt und zuwenig organisiert (Sehr richtig!). Die Garnisonräte haben das auch eingesehen und neulich auf einer Landesversammlung der Garnisonräte[64]) deshalb beschlossen, die Zentralleitung dem Kriegsministerium zu unterstellen, weil sie dem Kriegsministerium und dem Landesausschuß, der ihm zur Seite steht, zutrauen, daß, wenn die beiden Behörden die Sache in die Hand nehmen, dann organisiert und nicht gewurstelt wird. Wir wollen nun das versuchen.

Kamerad Hahn hat sich auch beschwert darüber, daß Generalkommando und Kriegsministerium miteinander vereinigt worden seien. Nun, ich meine, darüber braucht sich Kamerad Hahn nicht weiter aufzuregen, denn das berührt ihn nicht. Das Generalkommando ist jetzt eine Abteilung des Kriegsministeriums und arbeitet nun im Zusammenhang mit dem Kriegsministerium noch besser, ich glaube, als vorher.

Dann hat Kamerad Hahn auch auf verschiedene Verfügungen allgemeiner Art abgehoben, z. B. auf die Verfügung bezüglich der Reserveoffiziere, daß diese nach vier Monaten entlassen werden müssen. Nun ist doch ganz selbstverständlich, daß alle Offiziere, die man nicht mehr braucht, entlassen werden müssen, und dazu gehören natürlich in erster Linie die Reserveoffiziere, deren eigentlicher Beruf nicht der Offiziersberuf ist, sondern sie haben einen anderen Beruf. Man hat ja die Liberalität besessen, diejenigen Reserveoffiziere, welche kein Unterkommen finden, die also zweckmäßigerweise ihre

---

[63]) Vgl. dazu die Ausführungen Rohrers auf der 2. Landesversammlung der A.-Räte, Nr. 9a, S. 255.

[64]) Auf der gemeinsamen Sitzung des Landesausschusses mit den Vorsitzenden der Garnisonräte am 7. 3. 1919 wurde folgender Antrag verabschiedet: „Der Kommandeur der Sicherheitsbrigade hat seine Befehle nicht von der Regierung, sondern vom Kriegsminister im Einvernehmen mit dem Landesausschuß zu erhalten. Bereits gegebene Vollmachten der Regierung für Kamerad Hahn sind noch heute zurückzuziehen." Die insgesamt 16 Anträge, die diese Konferenz verabschiedete, sind in einem Schreiben des Landesausschusses vom 10. 3. 1919 an die Garnisonräte zusammengestellt (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18). Vgl. auch Kluge, S. 113 f.

Stellung beim Heere beibehalten, noch 4 Monate zu behalten. Die Betreffenden wußten aber ganz genau, daß sie nach 4 Monaten abgelöhnt werden müßten, denn eine derartige Verfügung war ja schon längst ergangen, genauso wie es mit den Mannschaften der Fall war. Ich kann deshalb nicht begreifen, wie man sich darüber aufregen kann, daß die Reserveoffiziere heute in[s] Zivil[leben] entlassen werden sollen. Selbstverständlich werden solche Offiziere, welche an Posten stehen, an denen sie unentbehrlich sind, oder wo man niemand hat, der sie ohne weiteres ersetzen kann, noch weiter im Amte bleiben. Es bedarf dann nur einer entsprechend begründeten Eingabe an das Kriegsministerium, die ist Ihnen aber auch bekannt geworden. Also die Aufregung über diesen Erlaß verstehe ich nicht.
Dann wird immer wieder, wenn von den Reserveoffizieren die Rede ist, dazwischengerufen: die aktiven Offiziere. Mit denen ist es ganz genau dasselbe. Es sind viele unter Ihnen, auf die der aktive Offizier noch wirkt wie ein rotes Tuch (Zuruf: Hoffentlich!). Hoffentlich, höre ich da. Ein recht betrübender Einwurf! Kameraden, bedenken Sie doch, es gibt unter den Offizieren auch Leute von allen möglichen Kalibern. Es gibt gute Offiziere in unserem Sinn und es gibt schlechte Offiziere in unserem Sinn. Die schlechten Offiziere in unserem Sinn sind zum Teil schon gegangen, zum Teil werden sie noch gehen, wenn sie merken, daß es mit dem Militarismus aus ist und daß von einer Wiederkehr der alten exklusiven monarchischen Zustände nicht mehr die Rede ist. Nun, da stehe ich auf dem Standpunkt, daß diejenigen aktiven Offiziere, die sich mit vollem Bewußtsein auf den Boden der neuen Sache stellen wollen, und die das auch durch die Tat zeigen, die nehmen wir ebenso gut in unser neues Heer auf wie diejenigen Mannschaften, welche sich in der Weise zur Verfügung stellen, und ebenso die Unteroffiziere. Darüber kann doch bei vernünftigen Menschen gar kein Zweifel bestehen. Diejenigen, die nicht passen, die gehen entweder von selber oder wir werden dafür sorgen, daß sie gehen. Im übrigen wird an die Verminderung des aktiven Offizierskorps mit allen den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, herangegangen. Ich weiß nicht, wieviel Offiziere es waren, als ich mein Amt angetreten habe, aber es werden um die 1000 herum gewesen sein. Inzwischen sind 140 Offiziere verabschiedet worden, und die Verabschiedung von 130 Offizieren ist gegenwärtig im Gange. Es sind also im ganzen 270 Offiziere zur Verabschiedung gekommen. Sie sehen also, daß in der Beziehung die Entwicklung durchaus nicht stillsteht, wie vielleicht einzelne von Ihnen meinen.
Dann hat Kamerad Hahn auch seinen Kameraden Krais schwer angegriffen. Ich möchte den Kameraden Krais voll und ganz in Schutz nehmen (Oho!). Kamerad Krais gehört zu den Offizieren, von denen ich gesprochen habe, daß sie sich mit vollem Bewußtsein auf den Boden der neuen Verhältnisse gestellt haben (Zuruf: Auf den Boden der Tatsachen, aber nicht auf den Boden der Revolution!). Auf den Boden der Revolution, denn wir stehen doch alle auf dem Boden der Revolution. Wie wir alle mitarbeiten am Aufbau des Neuen, stehen wir auf dem Boden der Revolution; und wenn Sie mir eine Handlung des Kameraden Krais nachweisen können, wo er bewiesen hat, daß er nicht auf diesem Boden steht, so kommen Sie damit. Heute habe ich nur allgemeine Anschuldigungen gegen Krais gehört, aber nichts Positives.
Zur Charakteristik der Angriffe des Kameraden Hahn gegen seinen Kameraden und früheren Mitarbeiter Krais möchte ich folgendes erzählen. Als ich mein Amt antrat, wurde mir von allen Seiten der Kamerad Krais als Mitarbeiter empfohlen. Es wurde mir von einer Seite gesagt, ich möchte, ehe ich ihn ins Kriegsministerium hereinnehme, mich mit Hahn in Verbindung setzen, denn Krais sei eine wesentliche Stütze des Kameraden Hahn. Ich habe mich deshalb am ersten Tage meiner Amtsführung zu Kamerad Hahn begeben und ihn gefragt: Haben Sie etwas dagegen, daß Krais als meine rechte Hand ins Kriegsministerium kommt? Kamerad Hahn weigerte sich zunächst und sagte: Ich brauche den Kameraden Krais, um meine Sicherheitskompanien noch auszubauen

und weiter zu organisieren (Hört! hört!). Ich habe ihm gesagt, die Hilfe des Kameraden Krais stehe ihm im Kriegsministerium eher noch mehr zur Verfügung als im Generalkommando. Darauf hat Kamerad Hahn zugegeben, daß Kamerad Krais zu mir auf das Kriegsministerium kam. Hätte Kamerad Hahn sich damals geweigert, so hätte ich Krais selbstverständlich bei Hahn gelassen und mir jemand anders gesucht. Das zur Steuer der Wahrheit und zur Charakterisierung der Angriffe, die Hahn gegen Krais heute morgen geschleudert hat[65]).

Nun die Familienunterstützungen. Hier wurde geklagt, daß eben leider noch furchtbar viel Aktenstaub in den neutralen [!] Behörden sei und daß man dagegen nicht ankomme. Ich meine, Kamerad Schuler hat doch, wenn ich mich recht erinnere, in seiner ersten Rede, die er gehalten hat, daran erinnert, wie er es gemacht hat. Er hat seine Leute zusammengenommen und ist auf die Behörde gestiegen und hat sich sein Recht verschafft. Wenn Sie wissen, daß von oben herunter etwas befohlen ist und unten nicht ausgeführt wird, so weiß die befehlende Behörde nicht, daß das nicht ausgeführt wird, und da ist es doch Ihr gutes Recht und Ihre verdammte Pflicht, dafür zu sorgen, daß Ihre Gesinnungsgenossen, bei denen die von der Regierung sitzen, zu ihrem Recht kommen bei den unteren Behörden. Ich möchte hier an Sie alle appellieren: Sorgen Sie doch dafür, daß der alte Geist herauskommt, Sie können mithelfen. Ich kann von meinem Posten in der Olgastraße, wo ich weiß Gott wieviel Schreibereien zu machen habe, doch nicht hinter jedem meiner Untergebenen stehen, aber Sie kommen mit ihnen zusammen (Zuruf: Gut, wir wollen Gewalt anwenden!). Um Gewalt handelt es sich nicht, denn wir stehen auf dem Standpunkt, daß Gewalt von Übel ist. Wir haben andere Mittel, und wenn wir diese Mittel recht benützen, dann sind sie auch von Erfolg. Bemühen Sie sich aufs Kriegsministerium, um die Sache richtig auszuführen, aber greifen Sie mich nicht an.

Dann wurde über die Verfügung bezüglich der Demobilmachung[57]) geklagt. Ich bin in diesen Verfügungen natürlich ganz an die Vorschriften gebunden und kann nur sagen, daß so liberal diese Vorschriften gehandhabt wurden wie in keinem Bundesstaate. Das dürfen Sie namentlich auch auf das Konto Ihres Landesausschusses schreiben, daß in Württemberg alles in diesem liberalen und sozialistischen Geiste gehandhabt wird. Also die Demobilmachung haben wir so liberal wie möglich gehandhabt. Wir haben noch keinen einzigen Soldaten entlassen, wenn er nicht nachgewiesen hat, daß er eine Versorgung hat. In anderen Bundesstaaten ist man da viel rigoroser vorgegangen.

Die Ruhe und die Ordnung, die wir bis jetzt in Württemberg haben, schreibe ich wesentlich dem zu, daß die Behörden, die Regierung bei uns im Einvernehmen mit den Arbeiterräten und vor allem auch mit den Soldatenräten gestanden ist. In keinem Staate haben wir in der Weise die ganzen schwierigen Zeiten durchhalten können wie gerade [in] Württemberg. Deshalb war es auch Unrecht, daß Sie wegen der Verfügung bezüglich der Militärfahrscheine[56]) ein so großes Gerede gemacht haben. Das ist auch eine Verfügung, die vom Reiche kam, denn das Reich hat den Geldsack in der Hand, und wir sind selbstverständlich gezwungen, die Verfügung zu übernehmen. Ich bin nicht in der Lage, das auf meine Kosten zu berappen, wenn das Nichtbeachten solcher Verfügungen nachher dem württembergischen Kriegsministerium aufgehängt würde. Ich muß mich in allem, was Geld betrifft, an Preußen bzw. an das Reichsschatzamt halten. Kamerad Frick hat ja schon gesagt, in welcher Weise wir einen Ausweg aus dieser Sache gefunden haben und so die berechtigten Interessen der Soldatenräte schützen können.

Über die Aufklärungsabteilung ist ja auch schon das Nötige gesprochen worden. Da wurde das Kriegsministerium auch angegriffen. Das Kriegsministerium hat seither eine

---

[65]) Vgl. oben S. 179 ff. und Anm. 51.

Aufklärungsabteilung gehabt, und von dieser Aufklärungsabteilung werden Sie nie etwas gehört haben, denn sie hat sich vollständig zurückgezogen und hat nur interne Arbeiten erledigt. Nun kam aber die Aufklärungsabteilung der Garnison Stuttgart, die Aufklärungsabteilung der Sicherheitskompanie, die Aufklärungsabteilung beim Landesausschuß der Soldatenräte und eine Aufklärungsabteilung beim Arbeiter- und Bauernrat, und dann noch die Aufklärungsabteilung [des] Kriegsministeriums. Da kamen wir im Einvernehmen mit dem Landesausschuß dahinter, daß es ein Unding ist, daß vier bis fünf solcher Aufklärungsabteilungen aufklären und gegeneinander aufklären. Infolgedessen sind wir zu dem Entschluß gekommen, diese Aufklärungsabteilungen zu vereinigen. Es wurde also eine Kommission eingesetzt, bestehend aus Vertretern aller Interessen, und wenn dabei noch nichts Gescheites herausgekommen ist, so ist das nur der Kürze der Zeit zuzuschreiben. Die Kommission ist natürlich bereit, Anregungen von allen Seiten entgegenzunehmen und ist natürlich auch bestrebt, nur das Beste herausbringen zu lassen. Also wollen Sie auch in der Beziehung nicht Angriffe auf uns schleudern, sondern wollen Sie sich bemühen, Ihre Anregungen bei der Kommission zur Geltung zu bringen. Die Kommission wird sie dann in entsprechender Weise verwerten.

Dann wurde auch über die Pferdeverfügung usw. losgezogen. Diese Sache kann ich aber dem Kameraden Hof überlassen, nachher zu beantworten. Ich kann Ihnen nur versichern, daß, was an mir liegt, geschehen soll, um den demokratisch-sozialistischen Geist der neuen Zeit im künftigen württembergischen Heere, das ja sehr klein sein wird – höchstens 10000 Mann – und wahrscheinlich aus Freiwilligen bestehen wird, zur Durchführung zu bringen, und ich kann Sie nur bitten, wie ich es schon eingangs getan habe, mich dabei in jeder Beziehung zu unterstützen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen).

BECHTLE: Kameraden, die Kameraden vom Landesausschuß, wie auch der Herr Kriegsminister haben auf die Angriffe von heute früh geantwortet. Zu meinem lebhaften Bedauern muß ich sagen, daß ich von diesen Antworten in gar keiner Weise befriedigt bin. Kamerad Frick führte aus, daß die Angriffe in ganz allgemeiner Form erfolgt seien, es sei nichts Positives auf den Tisch des Hauses gelegt worden. Der Herr Kriegsminister schloß sich dem an. Nun hat sich aber heute morgen aus der Debatte ergeben, wo der wunde Punkt liegt.

Der Kamerad Hahn richtet große Anwürfe gegen Herrn Krais. Herr Krais, unterstützt durch das Kriegsministerium, agitiert wieder gegen den Kameraden Hahn, und so geht die Sache fort. Hier hat sich der kranke Punkt bloßgelegt. Wir haben unsere Organisation so aufgebaut: Wir haben einen Landesausschuß, der mit einer reichlichen Zahl von Delegierten ausgestattet ist. Diese Delegierten sind an die verschiedenen Ämter delegiert worden, um den neuen Geist hereinzubringen. Nun sehen wir, daß Herr Hauptmann Krais über den Kopf der Zentrale und der Garnisonräte weg Verfügungen losläßt und sonstige Sachen treibt, obwohl ihm doch ein Delegierter des Landesausschusses beigegeben ist. Man will hier praktische Beispiele haben. Wie ist es möglich, daß Herr Hauptmann Krais gegen Kamerad Hahn schafft und Kamerad Hahn gegen Hauptmann Krais, und bei beiden sitzen die Delegierten. Hier stimmt doch etwas nicht, hier muß Ordnung geschaffen werden. Jeder funktioniert aber auf eigene Kappe herum.

Ein anderes Beispiel: Auf dem Rathaus in Reutlingen ist in dieser Woche verkündigt worden, daß die Sicherheitskompanie zu zwei Dritteln nach Tübingen und das letzte Drittel in eine Wirtschaft verlegt werde. Das wird in aller Öffentlichkeit verkündigt, bloß die Sicherheitskompanie weiß nichts. Ich habe zuerst mit Kamerad Ackermann, dann mit Kamerad Hahn gesprochen, keiner weiß etwas davon. Ich habe mich aufs Rathaus begeben, und hier ist mir gesagt worden, diese Weisheit haben wir vom Kriegsministerium, außerdem von der Garnisonverwaltung Tübingen. Ich habe nach Tübingen tele-

foniert, woher sie die Weisheit haben. Da ist mir zur Antwort geworden: vom Kriegsministerium. Und als ich fragte, wer dies befohlen hat, war die Antwort, die Verwaltungsabteilung des Kriegsministeriums. Nun sitzt unser Delegierter in dieser Abteilung. Wie kommt es, daß über den Kopf der Delegierten weg gehandelt wird, obwohl der Delegierte für den Gang der Verwaltung verantwortlich ist? Ich habe mich an die Verwaltungsabteilung gewendet und mitgeteilt, mir sei nichts bekannt, daß das Kriegsministerium über den Kopf der Zentrale weg handeln kann und daß sich die Sicherheitskompanie auf den Standpunkt stellen muß, daß sie Befehle wegen Verlegung nur von der Zentrale in Empfang nehmen kann, nicht von dem Generalkommando. Daß Herr Hauptmann Krais dahintersteckt, das wußte ich. Darauf habe ich eine Antwort noch nicht erhalten. In Reutlingen streitet man sich vor dem Publikum herum, ob die Sicherheitskompanie geht oder nicht. Die Leute ziehen mir das Fell herunter und sagen, was für ein Mist wird in Stuttgart gemacht, daß etwas verfügt wird, ohne daß mir etwas mitgeteilt wird. Das ist ein praktischer Fall.
Ich kann auch noch andere erzählen. Bis zum 20. März sollen die Sicherheitskompanien in Bataillone eingegliedert werden. Nun fragt es sich, wohin kommt der Sitz des Bataillons, dem die Sicherheitskompanie 9 zugeteilt wird. Von Kameraden in Esslingen und Gmünd wird mir mitgeteilt, daß unser Bataillonssitz nach Schwäbisch Gmünd verlegt werden soll. Die Kompanien liegen in Schwäbisch Gmünd, in Esslingen und Reutlingen. Esslingen ist der zentral gelegene und damit gegebene Punkt. Nun soll Herr Hauptmann Krais den Major von der Mühlen als Kommandeur bestimmt haben (Hört! hört!). Dieser wohnt in Gmünd und will seinen Wohnsitz von Gmünd nicht nach Esslingen verlegen, deshalb kommt der Bataillonssitz nach Schwäbisch Gmünd (Rufe: Aha!). Nun haben wir wieder den Delegierten auf dem Kriegsministerium, aber daß er für Ordnung sorgt, davon ist nichts zu spüren.
Der Herr Kriegsminister ist auf die Propagandakommission zurückgekommen. Er nennt sie Kommission; uns ist gestern nichts davon gesagt worden, daß diese drei oder vier Herren eine Kommission bilden. Er nannte sie sogar eine Kommission aus den in Betracht kommenden Stellen. Ich möchte wissen, welche in Betracht kommenden Stellen Hauptmann Ruoff, Herr v. Fischer-Weikersthal, Freiherr v. Grävenitz und welche Stelle der Dr. Troß vertritt. Wir haben uns nicht dagegen aufgelehnt, daß die Propaganda zentralisiert werden soll, das streben wir alle an, sondern dagegen, daß in dieser Propagandaabteilung sich Herren befinden, die nach unserer Auffassung absolut nicht geeignet sind, einen vernünftigen Propagandadienst in Szene zu setzen. Daher unser Widerspruch gegen die Propagandaabteilung, nicht gegen die Kommission, die existieren soll.
Kamerad Hahn hat gesagt, er sei das Riesenkarnickel, auf das alles abgewälzt werde. Er hat nicht ganz unrecht damit, er ist aber nicht ganz unschuldig daran. Der Herr Kriegsminister hat eben gesagt, wir sollen uns unsere Rechte selbst verschaffen. Darauf können wir uns nicht einlassen. Was ist das für ein Zustand, daß wir auf die Ämter gehen und sagen: Wenn Sie nicht verfügen, wie ich will, dann rücke ich mit meinen Sicherheitsmannschaften an; sondern die Herren sind der Regierung und den Ressorts unterstellt. Es ist auch gut, wenn die vorgesetzten Behörden wissen, wie sich die untergebenen Behörden den Soldaten gegenüber verhalten. Werden die Familienunterstützungen nicht ausbezahlt und ich schreibe nach Stuttgart an die Zentrale, so habe ich bei einem ordnungsmäßigen Geschäftsgang [zu] erwarten, wenn die Organisation auch nur halbwegs klappt, daß der Herr Zentralleiter oder ein von ihm beauftragter anderer Herr von der Zentralleitung zu den betreffenden Behörden geht, um danach zu sehen, warum es nicht klappt, und mir Mitteilung macht und Schritte tut, damit es klappt. Dann habe ich auch etwas, was ich meinen Leuten bieten kann. Ich kann ihnen dann sagen, die Sache ist so und so weit gediehen. So beschwere ich mich, bekomme

keine Antwort, und wenn die Leute fragen, muß ich sagen: Es tut mir leid, ich kann von Stuttgart noch keine Antwort erhalten. Das glauben sie drei Tage lang, aber nicht nach 14 Tagen mehr, dann sehen sie mich als Bummelanten an. Nach meiner Auffassung wäre es besser gewesen, wenn sich Leutnant Hahn weniger um Uniformfragen als um Lebensfragen der Mannschaften bekümmert hätte, dann wären weniger Vorwürfe zu befürchten.

Kamerad Hahn ist aus unseren Reihen hervorgegangen, er hat den Vertrauensposten erhalten, die Sicherheitskompanien zu organisieren. Es ist mir sehr wohl bekannt, daß er sich sehr weit von seinem Landesausschußamt entfernt hat, und soweit er sich heute wieder zurückfindet, habe ich die Empfindung, daß er sich nur deshalb zurückfindet, um beim Landesausschuß eine Stütze im Kampf gegen Hauptmann Krais zu erhalten. Denn sonst könnte uns nicht das einigermaßen komische Bild geboten werden, daß ein Mitglied des Landesausschusses mit einer Vertrauensaufgabe bedacht wird, und später von zwei weiteren Mitgliedern derselben Organisation überwacht werden muß, weil die Korporation findet, daß ihr Interesse nicht gewahrt wird. Dieses Bild haben wir bei Kamerad Hahn. Er hat zwei Mitglieder des Landesausschusses bei sich delegiert, die danach sehen, ob er seine Aufgabe auch richtig in unserem Sinn führt. Das ist doch sprechend vom Landesausschuß. Ich muß deshalb sagen, daß durch die ganze Verteidigung des Landesausschusses die Vorwürfe, daß er seiner Aufgabe nicht voll gewachsen ist oder nicht voll nachkommt, durchaus nicht durch die Gegenreden entkräftet wurden.

Die Einberufung der einzelnen Garnisonratvorsitzenden[66]) wurde nachträglich dahin gedeutet, es sei das als ein erweiterter Ausschuß zu betrachten. Kamerad Biesinger wird sich freuen, wenn damit sein demokratischer Gedanke ohne sein Zutun in die Praxis umgesetzt worden ist. Leider glaube ich an diese Praxis nicht recht, ich habe Grund, daran nicht zu glauben. Es sind Anträge gestellt und angenommen worden, das könnte in einem erweiterten Ausschuß nicht sein; außerdem wäre darauf Rücksicht zu nehmen, daß bei diesem erweiterten Ausschuß auch kleinere Garnisonen beigezogen würden.

Es ist heute früh in der Debatte das nicht sehr schöne Wort gegenüber dem Kameraden Bissinger gefallen: Was willst du denn werden? Auch der Landesausschuß hat darauf hingewiesen, als ob die Angriffe gegen ihn aus Motiven erfolgt wären, die an sich trübe sind. Das ist durchaus nicht der Fall. Wir wollen unsere Organisation hochhalten und wollen ihr die Position verschaffen, die ihr gehört. Und wenn wir an unserer Organisation Mängel sehen, die dazu führen, daß sie nicht anerkannt wird, so haben wir das gute Recht, dagegen zu opponieren, ohne daß wir deshalb Hintergedanken zu haben brauchen. Wir wollen nichts werden, wir brauchen nichts zu werden, wir sind Soldatenräte, das sind wir und wollen es auch bleiben. Wir wollen auch weder Bataillonskommandeur noch Sicherheitskompanie-Kommandeur werden wie Kamerad Schuler, auch nicht Brigadekommandeur wie Kamerad Hahn, und von unserem Kameraden Reiner ist mir kürzlich gesagt worden, er weiß noch nicht recht, was er werden will, entweder er wird Schultheiß in Asperg oder Abteilungsführer in Ludwigsburg (Heiterkeit).

2. VORSITZENDER: Ich möchte den Kameraden ersuchen, nicht persönlich zu werden.

BECHTLE: Ich bin der Meinung, wir sind Soldaten. Wenn von anderer Seite persönlich geworden wurde, so steht mir auch das Recht zu, wieder persönlich zu werden; was dem einen recht ist, ist dem andern billig (Sehr richtig!). Wir sind Soldatenräte und wollen Soldatenräte bleiben und wollen nicht unsere Position dazu verwenden, nun irgendwelche Stellen für uns selbst persönlich herauszuschinden. Man hat den Arbeitern lange Zeit den Vorwurf gemacht: Ihr degradiert die Revolution zu einer Lohnbe-

[66]) Am 14. 3. 1919; vgl. Anm. 53.

wegung. Man soll uns nicht den Vorwurf machen können! Ihr habt die Revolution dazu degradiert, euch nach guten Futtertrögen drängen zu können (Beifall).

2. VORSITZENDER: Ich möchte die Kameraden doch ersuchen, das Persönliche fallenzulassen. Wir sind heute zusammengekommen, um praktische Arbeit zu leisten und nicht persönliche Streitereien auszufechten.

FRICK: Kameraden! Kamerad Schwan meinte, man solle die Sicherheitskompanien nicht auf die Regierung, sondern auf die Soldatenräte verpflichten. Wenn man das will, dann muß man sich schon darüber klar sein, was für einen Zweck haben diese Sicherheitskompanien. Nach meiner Auffassung kann jede Militärorganisation, jedes Heer nicht ein Selbstzweck sein, sondern es muß eine Organisation des Volkes sein. Bei den Sicherheitskompanien kann es nicht anders sein. Die Sicherheitskompanien sind dazu da, Ruhe und Ordnung zu wahren, sie können deshalb auch nur auf die Regierung, die doch zweifellos innerhalb eines Staatswesens die berufene Instanz ist, verpflichtet werden. Anders ist die Sache, inwieweit wir über diese Sicherheitskompanien verfügen, und da vertrete ich den Standpunkt, daß wir als gesetzliche revolutionäre Körperschaft natürlich ein großes Interesse daran haben, daß wir weitgehend Einfluß auf die Sicherheitskompanien haben. Man hat sich deshalb auch mit der Regierung geeinigt, daß über die Sicherheitskompanien die Regierung gemeinschaftlich mit den Arbeiter- und Soldatenräten verfügen soll (Zuruf: Das erkennt Kamerad Hahn nicht an!). Kameraden, wenn man sagt: Das erkennt Hahn nicht an, so sage ich: Das muß er anerkennen. Er hat ja dafür den Auftrag von der Regierung bekommen.

Nun sagt aber Kamerad Schwan weiter, man dürfe nicht persönlich werden. Gewiß, jede sachliche Debatte, das habe ich heute früh schon gesagt, kann uns nur willkommen sein, dann aber darf man im selben Moment die Dinge nicht herumdrehen. Zum Beispiel sagt man, ich hätte das Wort gebraucht, in der Arbeiterschaft sei eine große Unliebe zur Arbeit, das ist nicht wahr. Ich habe gesagt, wenn wir nicht demobilisieren können und wenn wir Leute noch weiter beim Heere behalten müssen, dann müssen wir verlangen, daß diese Leute für die Arbeitszulage auch Arbeitsdienst versehen. Nun sagt man dann mit Recht, die große Masse habe gesehen, daß man auch ohne Arbeit leben kann. Gewiß hat sie das gesehen, aber wir wollen der Masse nicht etwa diese Meinung beibringen, gerade deshalb, weil wir die sozialistische Wirtschaft wollen, und weil wir als Sozialisten wissen, daß jede Kultur nur auf Arbeit beruht. Deshalb müssen wir gerade in der jetzigen schweren Zeit immer und immer wieder darauf hinweisen, daß nur Arbeit und nochmals Arbeit uns aus dem jetzigen Zustande, aus dem jetzigen Ruin retten kann. Was er über die Arbeitspflicht gesagt hat, das ist richtig. Die Arbeitspflicht muß zweifellos in Zukunft schärfer durchgeführt werden. Sie darf nirgends haltmachen. Sie muß alle Staatsbürger, gleichgültig ob Arbeiter oder Bourgeois, umfassen. Was Kamerad Schwan über die Propagandaabteilung gesagt hat, kann ich auch unterstreichen, daß für diese Abteilung in Zukunft nur der Landesausschuß verantwortlich sein muß.

Kamerad Binder sagte in der Sitzung, wo die Demonstration, der Generalstreik abgelehnt wurde, das gliche einem Theaterspiel. Daß sie zu einem Theaterspiel ausgeartet ist, das war nicht unsere Schuld, vor allem nicht die Schuld des Landesausschusses der Soldatenräte. Wir waren bereit, eine Demonstration, einen Proteststreik gegen diese Vorgänge in Bayern, gegen den politischen Meuchelmord, gegen revolutionäre wie reaktionäre Bestrebungen zu unterstützen, und wir waren uns auch schon einig mit den Vertretern der U.S.P. vom Arbeiterrat. Als aber dann von ganz linker Seite, von der Seite der Spartakusvertreter gefordert wurde, daß man mit dieser Demonstration auch Forderungen verknüpfen solle, die die Regierung direkt unmöglich gemacht hätten, wie z. B. die [Ablehnung der] Einführung des Reichswehrsystems, da war es für uns unmöglich, eine derartige Demonstration durchzuführen, deshalb schon unmöglich,

weil wir aus den Demonstrationen im Reiche gelernt haben, daß wohl vielleicht die Soldatenräte Demonstrationen machen und diese Demonstrationen organisieren, daß aber diese Demonstrationen dann von unberufener Seite zu Dingen benutzt würden, die sich im Volke nicht verantworten lassen (Zuruf: Siehe Heilbronn!). Nur aus diesem Grunde haben wir abgelehnt, und wenn Kamerad Schwan sagt: Siehe Heilbronn, so waren die Verhältnisse in Heilbronn wesentlich anders als in Stuttgart. In Heilbronn war die Demonstration auch deshalb möglich, weil dort Unabhängige und Mehrheitssozialdemokratie innerhalb der Soldatenräte sich zusammenfinden[67]), in Stuttgart liegen aber die parteipolitischen Verhältnisse wesentlich anders.

Die Aufklärung für die Sicherheitskompanien ist zweifellos notwendig, aber gerade in der Aufklärungsarbeit müssen wir sehr vorsichtig sein. Mein Standpunkt ist der: Wir müssen gegenüber der seitherigen bürgerlichen Erziehung rein sozialistische Propaganda auch bei den Sicherheitskompanien treiben, aber sozialistische Propaganda und sozialistische Weltanschauung, das ist ein großer Begriff, und wir wissen, daß innerhalb dieser großen sozialistischen Bewegung es heute verschiedene Parteien gibt, und daß diese Parteien in sich oft nach verschiedenen Richtungen hin gespalten sind, und deshalb kann es nichts Gefährlicheres geben gerade für unsere Soldaten, als wenn wir eine ausgesprochene Parteipolitik treiben würden. In allen meinen Reden, die ich bis jetzt gehalten habe, ist es mir nicht eingefallen, etwa für die Mehrheitssozialdemokratie zu sprechen, trotzdem ich der Mehrheitssozialdemokratie angehöre. Ich sage mir: Ich halte es als Soldatenratsmitglied für meine Pflicht, nicht Parteipolitik im Sinne der Mehrheitssozialdemokratie oder im Sinne der Unabhängigen oder im Sinne des roten Soldatenbundes zu treiben, sondern meine Pflicht ist es, sozialistische Erziehung und Aufklärungsarbeit zu treiben.

Nur dadurch, daß wir die Parteipolitik innerhalb unserer Körperschaft von vornherein ausschalten, ist es möglich, daß wir als geschlossene Organisation bestehenbleiben. Ich brauche Sie bloß zu verweisen auf Norddeutschland, auf Bayern. Überall, wo wir sehen, daß sich innerhalb der Soldatenräte die Parteipolitik in den Vordergrund drängt, werden diese Körperschaften aktionsunfähig, sie zersetzen sich in sich selbst, und daß wir in Württemberg bis jetzt diese gesunden Verhältnisse haben, das haben wir – das können wir mit Stolz aussprechen – unserem geschlossenen einheitlichen Auftreten zu verdanken. Deshalb müssen wir auch in Zukunft in diesem Sinne arbeiten. Heute kommt es nicht darauf an, daß man irgendeine Programmrede hält, sondern heute kommt es darauf an, daß man alles vorbereitet für das einzige große Ziel, das wir uns gesteckt haben. Deshalb sehe ich in unserer Aufklärungsarbeit rein sozialistische Erziehungsarbeit ohne jeden parteipolitischen Charakter.

Wenn Kamerad Binder dann weiter gesagt hat, es sei bei uns nichts getan worden, wir übernähmen alles vom Reiche, so will ich nur auf einige Dinge verweisen. Er hat verwiesen auf die Marschgelder, die man heruntergesetzt hat auf 3 Mark. Wenn vom Reichsschatzamt bestimmt wird, daß die Marschgelder in Zukunft 3 Mark betragen, so können wir nicht etwas anderes verfügen, weil wir ja gar keine Gelder dazu haben, wir sind aber trotzdem hergegangen und haben z. B. für die Schweizer Wehrmänner aus Kriegsspendemitteln die Marschgebühren bei 15 Mark belassen. Wir haben weiter Zulagen für Verwundetenschüler gewährt, die auch sonst in keinem Bundesstaat gewährt wurden, und haben gerade deswegen einen langen Kampf durch das Kriegsministerium mit dem Reichsschatzamt geführt, der heute noch nicht entschieden ist, weil das Reichsschatzamt sich immer noch weigert, diese Zulagen zu bezahlen. Ich darf auch

---

[67]) Der A.- und S.-Rat Heilbronn hatte am 26. 2. 1919 die Schließung der Geschäfte und die Arbeitseinstellung in den Betrieben erzwungen und trotz des Verbots der Regierung eine Demonstration auf dem Marktplatz in Heilbronn organisiert; vgl. Steinhilber, S. 256.

verweisen auf die Abgabe von Marschanzügen. Da sind wir weit über die Reichsverfügung hinausgegangen. Wir haben z. B. den Termin für Kriegsinvaliden noch weiter zurückverlegt auf 1. April, und das wurde auch vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, von der gesamten Organisation, anerkannt, und der Kriegsminister hat bereits zugesagt, daß wir auch weiterhin bereit sind, soweit es unsere Bestände zulassen, allen berechtigten Anforderungen und Wünschen Rechnung zu tragen. Aber wir müssen uns gerade bei diesen Dingen immer über eins klar sein: Da, wo nichts ist, können wir nichts geben. Da, wo nichts ist, da hat nicht nur der Kaiser, sondern da hat auch die jetzige Republik das Recht verloren.
Also wir dürfen bei diesen Dingen immer nur so weit gehen, wie wir es verantworten können. Wenn man aber sagt, nach der Ablehnung der Verfügungen des preußischen Kriegsministeriums über die Kommandogewalt[68]) hätten wir die Kommandogewalt bereits wieder eingeführt, so ist das eine glatte Unwahrheit. Im Gegenteil, wir waren gerade auf diese Verfügung hin bestrebt, für unsere Verhältnisse etwas Geeignetes zu schaffen. Wir wollen uns doch darüber klar sein, daß wir mit einer bloßen Demonstrations- und Negativpolitik zu nichts kommen. Damit ist es nicht getan, daß wir etwas ablehnen. Wir müssen, wenn wir etwas ablehnen, auch beweisen, daß wir etwas Besseres schaffen können. Diesen Versuch haben wir gemacht bei dem Organisationsentwurf[14]), der nachher zur Beratung steht. Die Kameraden in Bayern und Baden, bei deren Landesversammlung ich war, und die durch Besuche hier unsere Organisation kennengelernt haben, waren geradezu erstaunt, vor allen Dingen über die Vorrechte, die wir uns gegenüber dem Reiche gesichert haben; sie waren erstaunt über die geschlossene Organisation, die wir in Württemberg durchgeführt haben. Gerade die Badener haben sich unsere Organisation als Muster genommen und haben aufgrund unserer Bestimmungen jetzt erst nach vier Monaten, vier Monate nach der Revolution, annähernd versucht, das zu schaffen, was wir längst haben[69]) (Zuruf: Und jetzt wieder abbauen!). So liegen die Dinge tatsächlich. Nein, Kameraden wir wollen nicht abbauen, sondern wir wollen aufbauen, wir wollen noch Besseres bauen.
Kamerad Bechtle sagt, daß er von den Erwiderungen auf die Angriffe nicht befriedigt ist. Das glaube ich ihm sehr gern. Ich glaube auch kaum, daß es von uns einem gelingen wird, ihn ganz zu befriedigen. Wenn er sagt, der wunde Punkt liege bei Hahn und Krais, und wir hätten vom Landesausschuß sehen müssen, diesen Mißstand abzustellen, so muß ich sagen, das ist einfach ein Ding der Unmöglichkeit, daß wir als Landesausschußmitglieder in derartige persönliche Dinge vollständig Einblick bekommen. Was sich heute zugetragen hat, das haben wir auch zum größten Teil genau wie ich zum erstenmal erfahren, und wenn sich derartige Mißstände zwischen Personen herausstellen, so kann dafür eine Körperschaft nicht verantwortlich gemacht werden. Gewiß werden wir bestrebt sein, diesen Mißständen so schnell wie möglich abzuhelfen.
Was dann weiter gesagt worden ist von den „Herren Delegierten", so möchte ich doch den Kameraden Bechtle bitten, in der Zukunft sich anzugewöhnen, auch Landesausschußmitglieder, selbst wenn sie ihm nicht gefallen, solange sie aber als Ausschußmitglieder hier sind, als Kameraden und nicht als Herren zu betrachten (Sehr richtig!).
Was er über die Kommission gesagt hat, so kann ich dazu nur sagen, daß das förmlich aus der Luft gegriffen ist. Diese Kommission, von der er sprach[70]), setzt sich zusammen aus Ruf, Troß, Schindler und Biesinger. Das zur Steuer der Wahrheit. Ich meine doch, man sollte nicht mit solchen Dingen operieren und sollte sich doch auf Tatsachen stüt-

---

[68]) Vgl. Anm. 11 und 13.
[69]) Vgl. dazu die am 11. 1. 1919 verabschiedeten Richtlinien für die Soldatenräte des XIV. Armeekorps.
[70]) Vgl. oben S. 190.

zen, und wenn man das nicht kann, so hat man es doch zweifellos ganz leicht, sich vorher zu erkundigen.
Was dann die Angriffe auf Reiner, Schuler und sonstige verdiente Kameraden betrifft, so muß ich die unter allen Umständen zurückweisen. Kameraden, wir dürfen keinen Gegensatz zwischen Soldatenräten und zwischen den durch unser Vertrauen gewählten Vorgesetzten ziehen (Sehr richtig!). Wo sollen wir da hinkommen, wenn wir Leute haben, die wir als Kompanieführer, als Bataillonführer bestimmt haben, weil sie unser Vertrauen haben, wenn wir einen Gegensatz zwischen Soldatenräten und diesen Leuten ziehen? (Sehr gut!) Im Gegenteil, wir wollen uns klar darüber sein, daß wir beim Neuaufbau dann wieder Vorgesetzte brauchen, und gerade im zukünftigen Volksheer wird die Stellenbesetzung eine der wichtigsten Fragen für uns sein, und zwar deshalb, weil dieser Zustand, wie er ist, nicht bleiben kann.
Jedes Heer kann nur aufgebaut werden auf Ordnung und Disziplin. Also auch in einem zukünftigen Heer wird Disziplin sein müssen, aber die Hauptsache ist, daß nicht die Bourgeoisie, sondern daß wir über das Heer verfügen (Sehr richtig!), daß das Heer nicht ein Werkzeug der Reaktion, sondern der revolutionären Sozialisten wird. Das ist das Ausschlaggebende (Sehr richtig!). Und wir wollen uns klar darüber sein, wenn ein Heer zustande kommt, wird es militärisch ausgebildet sein müssen, auch die Führer, und wenn diese aus unseren Kreisen hervorgehen, werden sie sich militärische Kenntnisse aneignen und Militärschulen durchmachen müssen. Aber wir haben in den nächsten Jahren keine Kriege zu führen, wir haben in den nächsten Jahren dafür zu sorgen, daß das Heer das bleibt, was wir wollen, daß es eine revolutionäre Truppe bleibt, daß es die Truppe bleibt, die es uns ermöglicht, die Revolution weiterzuführen, bis wir das Ziel erreicht haben, das wir alle wollen. Und da ist gerade die Stellenbesetzung ausschlaggebend.
Wir müssen jetzt schon bestrebt sein, in die Kommandostellen Leute aus unseren Kreisen hineinzubekommen (Sehr richtig), Leute, die politisch zuverlässig sind, von denen wir wissen, daß sie keinen Verrat an unserer Sache treiben werden, Leute, die jeden gegenrevolutionären Bestrebungen entgegentreten und ihnen gewachsen sind, und das können wir nur, wenn wir uns dazu verstehen, die Kameraden, die sich seit dem Tag der Revolution und durch ihre seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bewährt haben, auch in die Führerstellen zu setzen. Wenn wir sie aber in die Führerstellen setzen, dann darf, solange wir ihnen nicht nachweisen können, daß sie das Vertrauen mißbraucht haben, kein Gegensatz zwischen uns und ihnen geschaffen werden. Ich bitte Sie, diese Sache so zu behandeln, wie sie es verdient (Beifall).

*Nach* Frick *sprechen noch weitere Redner (u. a.* Schwarz, Schwan, Speidel, Gruhnert, Schroff, Schuler*). Dann nimmt die Versammlung einen Antrag auf Schluß der Debatte an. Es folgen persönliche Erklärungen, u. a. von* Krais *und* Hahn*, die sich gegen einzelne Vorwürfe verteidigen. Anschließend spricht* Bettinger *das Schlußwort.*

[Bettinger]: Ich habe nun das Schlußwort. Es haben nun im ganzen 21 Redner zum Geschäftsbericht das Wort erhalten. Der Bericht selbst ist eigentlich recht wenig kritisiert worden, so daß ich wohl sagen darf, daß der Landesausschuß in seiner Gesamtheit in der verflossenen Periode ganz gut gearbeitet hat. Jedenfalls war er redlich bemüht, unserer Sache mit allen Kräften aufs beste zu dienen. Daß für die Zukunft noch manches besser werden muß, ist nicht zu bestreiten. Zur Verhütung von Mißständen aller Art ist es aber auch notwendig, daß wir geschlossen und einheitlich zusammenarbeiten. Natürlich muß berücksichtigt werden, daß wir uns noch in der Zeit der Entwicklung befinden und daß die Verhältnisse es ganz von selbst mit sich bringen, daß nicht alles so geht, wie wir es gern haben möchten.

Wenn gewünscht worden ist, daß es zweckmäßig gewesen wäre, den Bericht des Landesausschusses schon vorher den Kameraden zur Kenntnis zu bringen, so hat das zweifellos eine gewisse Berechtigung, aber Kameraden, Sie dürfen nicht vergessen, daß die Umgruppierung des Landesausschusses erst vor kurzem vorgenommen wurde und daß es mir bei der ungeheuren Menge organisatorischer Arbeiten, die gerade in letzter Zeit innerhalb des Landesausschusses zu leisten war, einfach nicht möglich war, den Bericht früher herauszubringen. Ich will nur nebenbei erwähnen, daß ich vorgestern noch bis vier Uhr nachts an dem Bericht gearbeitet habe. Jedenfalls werden wir uns diese Anregung dienen lassen, und ich hoffe, daß bei der nächsten Versammlung der Bericht so rechtzeitig herauskommt, daß Sie Gelegenheit haben, noch vorher dazu Stellung zu nehmen.
Die Tagesordnung zu der heutigen Versammlung ist am letzten Freitag an sämtliche Garnisonräte auf meine Anweisung hin verschickt worden. Ich kann deshalb nicht verstehen, warum Reutlingen diese Tagesordnung nicht erhalten haben soll (Zuruf: Tübingen auch nicht!).
Gestatten Sie mir, noch auf die Ausführungen in der Debatte ganz kurz einzugehen. Unser Kamerad Bechtle hat betont, daß wir Sonderbündelei treiben, und zwar deshalb, weil wir am letzten Freitag[66]) eine engere Konferenz zu einer Kommissionsbesprechung – ich betone das ausdrücklich – zusammengerufen haben. Es handelte sich darum, daß nach der Beratung des Organisationsstatuts Zweifel entstanden waren, ob es möglich sei, den Entwurf, wie er mit den Garnisonräten in ihrer Gesamtheit bzw. mit den Vorsitzenden durchberaten wurde, auch durchzuführen. Nun haben wir die Vorsitzenden der um Stuttgart liegenden Garnisonen, in denen sich noch größere Truppenverbände befinden und für die das neue Statut in allererster Linie nachher akut wird, zu einer kurzen Vorbesprechung noch einmal einberufen. Wir haben – das betone ich ausdrücklich – bei dieser Besprechung absolut keine Beschlüsse gefaßt. Der Entwurf liegt ja erst jetzt zur Beschlußfassung vor, und jeder Kamerad hat nachher das Recht, seine Gedanken gegen diesen oder jenen Passus im Entwurf zur Geltung zu bringen. Jedenfalls kann in diesem Falle nicht von einer Sonderbündelei die Rede sein. Dem Landesausschuß muß es unbenommen bleiben, Besprechungen und Konferenzen in dem Umfange einzuberufen, wie er es für gut findet. Wenn wir Beschlüsse fassen wollen, die für das ganze Land maßgebend sind, dann werden wir selbstverständlich – das ist ganz klar und darüber braucht man kein weiteres Wort zu verlieren – die Vorsitzenden sämtlicher Garnisonräte einladen. Irgendeine Zurücksetzung einzelner Personen gibt es selbstverständlich beim Landesausschuß nicht.
Auf das Schmerzenskind Sicherheitskompanie will ich nicht weiter eingehen, nachdem die Sache in der Debatte ausführlich behandelt worden ist. Was aber die Angelegenheit Hahn und Krais anbelangt, so habe ich den Eindruck, daß es sich hier mehr um eine rein persönliche Sache handelt und daß wir hier wohl, ohne alle Vorgänge zu kennen, kaum Gelegenheit haben werden, uns ein endgültiges Urteil zu bilden. Ich würde deshalb bitten, daß Sie die ganze Sache dem Landesausschuß überlassen (Widerspruch), der die Sache ausführlich prüfen und die Entschließungen danach fassen wird, die im Interesse unserer Sache unbedingt notwendig sind (Erneuter Widerspruch).
Kamerad Schwarz hat betont, es sei sehr bedauerlich, daß die Militärkonvention[71]) noch nicht gekündigt sei. Gewiß ist es gerade die Militärkonvention, die uns in unserer Arbeit außerordentlich beeinträchtigt, d. h., die es uns leider in vielen Fällen unmöglich macht, für die Kameraden das zu tun und durchzusetzen, was wir von uns aus oft recht gern möchten. Nun ist [es] aber die Militärkonvention, zusammengefaßt mit den ande-

[71]) Vgl. Nr. 6 Anm. 72.

ren Bestimmungen, die den Bundesstaat Württemberg an das Reich binden, und es ist zunächst nicht möglich, die Militärkonvention aufzulösen, ohne den Bundesstaat Württemberg selbst überhaupt vom Reich loszulösen. Es wird jedenfalls dem Volks- oder Reichsheer überlassen bleiben, hier Bestimmungen zu treffen, daß auch dem Bundesstaat Württemberg mehr Freiheiten als bisher eingeräumt werden. Vorläufig müssen wir uns in finanztechnischen Fragen eben noch an die Konvention halten. Ich bin überzeugt, daß, wenn wir auf dem von uns eingeschlagenen Wege fortfahren, es uns auch möglich sein wird, unsere Organisation, die ihre Existenzberechtigung im Verlauf der letzten Monate immer mehr bewiesen hat, weiterhin zum Wohl unseres Volkes auszubauen.
Nun, Kameraden, ist während der Debatte ein Mißtrauensvotum für den Landesausschuß mit folgendem Antrag eingebracht worden:
Die Landesversammlung wolle dem Landesausschuß ein Mißtrauensvotum zum Ausdruck bringen: 1. Weil er zu der am 14. März 1919 stattgehabten Garnisonratsvorsitzendenversammlung anstatt alle nur die ihm genehmen Vorsitzenden eingeladen hat und damit eine das Ansehen des Landesausschusses schädigende Sonderpolitik treibt; 2. weil er nicht fähig ist, seine Rechte und sein Ansehen zu wahren.
Zu dem ersten Teil dieses Antrags habe ich mich vorhin geäußert. Der Landesausschuß legt Wert darauf, ehe wir in unserer Tagung fortfahren, die Stellung der Versammlung zu diesem Mißtrauensvotum zu erfahren. Ich werde daher über dieses Mißtrauensvotum abstimmen lassen.

*Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird das Mißtrauensvotum „mit überwiegender Mehrheit“[72]) abgelehnt. Danach tritt die Versammlung in die Behandlung von Tagesordnungspunkt 2 ein: „Beratung des neuen Organisationsstatuts“. Die Beratung, in der über die einzelnen Abschnitte des „Entwurfs zum Neuaufbau des württembergischen Volksheeres“ ausführlich debattiert und dann abgestimmt wird, nimmt fast einen ganzen Sitzungstag in Anspruch[73]). Es folgt dann Tagesordnungspunkt 3: „Anträge“. Im ganzen liegen 67 Anträge ausgedruckt vor, u.a. betr. Gegenzeichnung durch Soldatenräte, Gradabzeichen für Soldatenräte, Besetzung von Führerstellen in Sicherheitskompanien, Beseitigung der halben Tagegelder der Offiziere, Entlassung der Offiziere, Herabsetzung der Generalgehälter, Versorgung der Invaliden mit Stellen, Verkauf von Heeresgut, Festlegung des 1. Mai und 9. November als Feiertage, Freilassung der politisch Inhaftierten (der Antrag, „die politisch Inhaftierten Hoernle, Münzenberg, Barthel usw. sofort in Freiheit zu setzen“, wird einstimmig angenommen). Zu einer lebhaften Debatte kommt es über folgenden Antrag:*

[VORSITZENDER]: Nun kommen die Anträge von Heilbronn. Der erste Antrag lautet: Die sofortige Auflösung der Freiwilligenkorps ist in die Wege zu leiten. Errichtung einer Volkswehr aus Personen, die mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens einem Jahr politisch und gewerkschaftlich organisiert sind oder früher organisiert waren. Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaften. Wahl von Soldatenräten (Ver-

---

[72]) Nach dem Bericht des Schwäbischen Merkur (Nr. 133 vom 20. 3. 1919 A) wurde das Mißtrauensvotum „gegen etwa 6 Stimmen“ (anwesend waren 96 Delegierte) abgelehnt.

[73]) Die Beratung des Organisationsstatuts, mit der die Landesversammlung am Nachmittag des 19. 3. begann, wurde erst am späten Vormittag des 2. Sitzungstages abgeschlossen. Im stenographischen Protokoll der Sitzung macht die Diskussion über diesen Tagesordnungspunkt allein etwa 130 Blatt aus. Sehr ausführlich debattierte die Versammlung über die Abschnitte I (Kommandogewalt), IV (Stellenbesetzung) und IX (Strafgewalt) des Entwurfs (zu den einzelnen von der Versammlung verabschiedeten Änderungsanträgen s. Nr. 29). In der Schlußabstimmung nahm die Versammlung dann die geänderte Vorlage gegen vier Stimmen an; vgl. auch Anm. 2 und Nr. 23, S. 425.

trauensleuten) für die Überwachung der Verwaltung, Regelung der Beschwerden, Überwachung der Ausbildung, Verpflegung, Kleidung, Löhnung, Unterbringung, der Beurlaubung und des Sanitätswesens. Das Ziel ist die allgemeine Abrüstung.

MITSCHELE[74]): Kameraden, als Kamerad Gruhnert in einer der letzten Versammlungen, die mit dem Landesausschuß und den Garnisonratvorsitzenden abgehalten wurde[75]), die Zustände schilderte, die an der Ostfront unter den Truppen zur Verteidigung des Deutschtums herrschen, da konnte ich mich absolut nicht des Eindrucks erwehren, daß diese Truppen nicht geeignet sind, Deutschland zu schützen, denn, wie Kamerad Gruhnert ausführte, herrscht unter diesen Truppen ein Geist, der jede Disziplin vermissen läßt. Nebenbei sagte er, daß Waffenschmuggel getrieben werde, daß die Truppen Maschinengewehre verkaufen und Lebensmittel dafür eintauschen, und das nicht in kleinem Umfange, sondern in größerem Maßstabe betrieben werde. Aber nicht nur mit den Waffen soll das der Fall sein, sondern auch in anderer Beziehung, und es ist auch in Wirklichkeit der Fall.

Ich habe schon den Antrag gestellt vor ungefähr drei Wochen in einer der Sitzungen, wo Kamerad Gruhnert diese Ausführungen machte, daß diese Truppe in Münsingen sofort aufzulösen sei. Es wurde mir das damals als Unsinn bezeichnet; aus dem Grunde, weil es der Landesausschuß zusammen mit der Regierung beschlossen hat, war es jedenfalls Unsinn. Aber wie die Verhältnisse heute in Wirklichkeit liegen, glaube ich, daß es Unsinn war, daß man die Truppe noch nicht aufgelöst hat. Es sind in Münsingen tatsächlich Zustände vorhanden, die darauf schließen lassen, daß diese Truppe da droben nicht eigentlich für den Osten bestimmt ist, sondern in zweiter Linie für Württemberg (Sehr richtig!). Wir können nicht zulassen, daß wir in Münsingen droben eine auswärtige Garde für Stuttgart und Umgebung besitzen, sondern wir müssen mit allen Mitteln darauf dringen – und das liegt ja in Ihrer Hand –, dafür zu sorgen, daß diesem Antrag Rechnung getragen wird. Ich weise darauf hin, daß diese Truppe absolut ungeeignet ist, Deutschland gegen die Polen zu schützen. Was diese Truppe da oben[76]) eigentlich beschäftigt, das führt mir am deutlichsten die Tagwacht vom 19. März[77]) vor Augen. Danach haben die lettischen Sozialdemokraten an den Genossen Haase einen Protest gerichtet, und zwar nicht nur die kommunistische oder U.S.P., sondern sämtliche Parteien der lettischen Sozialdemokratie. Dieser Protest lautet folgendermaßen:

Das Deutsche Reich führt Krieg gegen Lettland. Unter dem Vorwand, den Bolschewismus zu bekämpfen, sind deutsche Truppen in Lettland eingedrungen. Lettische Städte werden im Sturm genommen. Die alte imperialistische Politik Deutschlands gegen unser Land wird fortgesetzt. Eine Verschwörung deutsch-baltischer Barone zur Aufrichtung einer baltisch-preußischen Monarchie wurde soeben in Libau aufgedeckt. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Vergewaltigung unseres Landes durch die Truppen des Deutschen Reiches. Wir verlangen sofortige und vollständige Zurückziehung der deutschen Truppen aus Lettland[78]).

---

[74]) Ernst Mitschele, von Beruf Schneider, Gefreiter, Mitglied der USPD; vom 21. 3. 1919 bis zum 6. 8. 1919 Mitglied des Landesausschusses, der ihn am 24. 3. mit der Kontrolle des Sicherheitsdienstes beauftragte; ab 31. 3. 1919 Vorsitzender des Garnisonrates Eßlingen.

[75]) Gruhnert berichtete in der gemeinsamen Sitzung des Landesausschusses mit den Vorsitzenden der Garnisonräte am 7. 3. 1919 über seine Informationsreise an die Ostfront (vgl. Anm. 16), dabei betonte er mit Nachdruck, der Grenzschutz gegen die Polen und Tschechen sei „unbedingt notwendig". Vgl. dazu die Ausführungen Gruhnerts vor der Landesversammlung, unten S. 200 f.

[76]) Gemeint sind die deutschen Truppen im Baltikum und an der deutsch-polnischen Grenze.

[77]) Schwäbische Tagwacht Nr. 65 vom 19. 3. 1919.

[78]) In einem Kommentar zu diesem Telegramm stellte die Schwäbische Tagwacht (ebd.) fest, sie halte den Inhalt „für gänzlich unzutreffend". Zur deutschen Politik im Baltikum seit dem November 1918 vgl. Ribhegge, S. 134 ff.; Schulze, S. 126 ff.; Sipols, S. 37 ff., und Waite, S. 97 ff.

Den Kommentar hierzu will ich Ihnen nicht vorlesen. Ich nehme an, daß Sie diesen sich selbst geben können. Vor einigen Tagen kam nun die Einnahme von Riga durch deutsche Truppen[79]). Ich frage Sie, Kameraden, verteidigen wir in Riga deutsches Land? Riga ist immer noch russisches Land, da haben wir nichts zu suchen. Es ist genau dieselbe Politik, die jetzt in Berlin getrieben wird, wie sie getrieben wurde im Jahre 1914 (Sehr richtig!). Es ist genau dieselbe Stimmungsmache; genau derselbe Schwindel wird uns durch die heutige Presse wieder aufgezwungen, wie er uns in den 4½ Kriegsjahren aufgezwungen wurde (Sehr richtig!).
Zum Belege dafür will ich Ihnen ein Beispiel anführen. Es handelt sich um den Verfassungsausschuß. Am 18. März begann der Verfassungsausschuß[80]) mit der zweiten Lesung der Verfassungsurkunde. Gegen die Stimme des Genossen Crispien wurde der Presse ein Maulkorb vorgehängt. Es wurde nämlich im Verfassungsausschuß beschlossen, daß die Berichte in der Presse über die Sitzungen des Ausschusses nur die Anträge und Abstimmungen wiedergeben dürften. Wir sehen also hier deutlich: Das Volk darf absolut nicht die wahren Vorgänge kennenlernen, die sich in der Regierung abspielen und sich zugunsten des Volkswohls abspielen sollen. Nein, nur die Anträge, die absolut nicht zurückgehalten werden können, und die Abstimmungen werden der breiten Masse vorgesetzt, aber das Allgemeine, das darf die Masse nicht erfahren (Sehr richtig!). So wird durch die Bank gehandelt. Ich sage Ihnen, Kameraden, wir werden genauso angelogen noch wie vordem (Zustimmung). Es sind auch Münsinger Kameraden hier, die die Zustände in Münsingen noch besser kennen als ich, aber Kamerad Schuler hat vorgestern schon erwähnt, daß dort in Wirklichkeit Zustände bestehen, die auf die Dauer für uns Württemberger absolut nicht gedeihlich sein können. Deshalb sage ich: Die sofortige Auflösung des Freiwilligenkorps Ost ist dringend geboten (Bravo!).

VORSITZENDER: Es liegen weitere Anträge vor. Ich würde vorschlagen, daß wir den Antrag Heilbronn, der eigentlich in zwei Teile zerfällt, das Freiwilligenkorps und die neue Volkswehr betreffend, auch demgemäß behandeln und zuerst den das Freiwilligenkorps betreffenden Teil erledigen.
Dazu liegen noch folgende Anträge vor:
„Die Landesversammlung wolle beschließen: Aus den Sicherheitskompanien, die zu einer Sicherheitskompanie-Brigade zusammengefaßt werden, muß sich das zukünftige Volksheer bzw. die Reichswehrbrigade entwickeln."
– das gehört eigentlich zum zweiten Teile –
„Alle Militärformationen sind baldmöglichst vollständig aufzulösen. Vor allem muß die Freiwilligenabteilung Haas sofort ihrer Bestimmung gemäß nach dem Osten befördert und nach Erledigung ihres Auftrags aufgelöst werden. Nach Abtransport der Brigade Haas darf in Münsingen kein Stab oder dergleichen mehr bestehenbleiben. Angehörige der Brigade Haas können in die Sicherheitsbrigade aufgenommen werden."
Nächster Antrag:
„Beim Grenzschutz Ost sind anstelle der Vertrauensräte Soldatenräte zu setzen.

---

Anfang März hatten deutsche Verbände in Kurland mit einer großangelegten Offensive begonnen und in drei aufeinanderfolgenden Vorstößen den größten Teil Kurlands erobert. Der militärische Verlauf der Märzoperation ist genau geschildert, in: Darstellungen II, S. 39 ff.

[79]) Hier irrt sich Mitschele. Nach der Einnahme von Saldus (Frauenberg), Tukums (Tuckum) und Jelgava (Mitau) war die Märzoffensive der deutschen Verbände einige Kilometer vor Riga steckengeblieben. Riga wurde dann erst am 22. 5. 1919 von deutschen Truppen eingenommen.

[80]) Gemeint ist der 24 Mitglieder zählende Verfassungsausschuß der Württembergischen Landesversammlung, der unter der Leitung des Demokraten Hieber tagte. Vgl. von Blume, S. 172, und Schiffers, S. 62 f.

Die Landesversammlung wolle beschließen, daß die Freiwilligenabteilung Haas aufzulösen ist."
Ich stelle diese Anträge mit zur Diskussion.

SCHWAN[81]): Die Auflösung des Freiwilligenkorps ist eine Hauptbedingung, die wir stellen müssen, und zwar nach außen- und nach innerpolitischen Gesichtspunkten. Wir wollen abrüsten und nicht aufrüsten. Wir brauchen die Abrüstung, und wenn die Regierung daraus beispielsweise das Demonstrationsverbot ableitet, das sich gegen die Spartakisten richtet, so sage ich, dann richtet sich das Freiwilligenkorps auch gegen die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit, und deshalb fort mit dem Freiwilligenkorps und an dessen Stelle besonnene Elemente, die die politische und gewerkschaftliche Schule durchlaufen haben. Dann sind wir sicher, daß solche Vorkommnisse, wie sie sich bedauerlicherweise in Berlin und auch in Stuttgart[82]) abgespielt haben, eine Unmöglichkeit sind. Das ist eine innerpolitische Forderung, die wir erheben müssen. Wir müssen unbedingt daran festhalten, daß das zukünftige Volksheer aus Leuten besteht, die mindestens 24 Jahre alt und gewerkschaftlich und politisch geschult sind. Die übrigen Sätze sind ja bereits gestern zum Teil erledigt. Das Ziel ist die allgemeine Abrüstung. Aber ich muß das, was ich gesagt habe, zusammenfassen: Innerpolitische Abrüstung, außenpolitisch brauchen wir Frieden. Solange wir einen Grenzschutz haben, solange bedeutet das den Kriegszustand, und wenn wir den Frieden wollen, dann dürfen wir nicht zum Kriege rüsten. Unsere Soldaten sollen nicht verhandeln mit den Polen, sondern unsere Politiker sollen mit den Polen und den Russen verhandeln. Nur auf dem Wege der Verhandlungen wird die Frage gelöst, nicht auf dem Wege der Macht, wie es der alte Standpunkt war. Dieser Grenzschutz erscheint mir geradeso gefährlich wie die Freiwilligenkorps. Damit bekommen wir keine Ruhe im Osten, und wenn wir wissen, daß die Sowjetrepublik erklärt hat, daß es ihr fernliegt, aggressive Absichten gegen Deutschland zu hegen, so frage ich einen vernünftigen Menschen, warum noch diesen Grenzschutz? Es ist auch von Militärs, auch von General Haas festgestellt, aus welchen Elementen diese Grenzschutztruppe und dieses Freiwilligenkorps besteht. Es sind die moralisch nicht einwandfreiesten Elemente darunter. Und diese Elemente, die als moralisch nicht einwandfrei bezeichnet werden, will man auf Arbeiter hetzen. Das dürfen wir nicht dulden. Deswegen verlangen wir, daß das Freiwilligenkorps aufgelöst wird, und wenn die Generale keine Beschäftigung haben, sollen sie eine nutzbringendere Tätigkeit suchen als Arbeiter gegen Arbeiter zu hetzen und abzuschlachten. Wir können uns den alten Militarismus nicht mehr leisten, deshalb fort mit ihm und an dessen Stelle einen friedlich kulturellen Aufbau! Darum bitte ich, diesem Antrag ohne weiteres zuzustimmen, und auch dem Antrag, daß der Grenzschutz Ost unbedingt aufgehoben wird.

GRUHNERT: Wir waren im Landesausschuß bezüglich des Grenzschutzes und über die Notwendigkeit des Grenzschutzes im Osten außerordentlich mißtrauisch, und wegen dieses Mißtrauens und Zweifels hat sich der Landesausschuß verpflichtet gefühlt, einer Delegation zuzustimmen, die vom Kriegsminister abgesandt wurde, um die Verhältnisse im Osten zu prüfen. Sie wissen, daß ich bei dieser Delegation war[16]) (Zuruf: Leider!). Wir haben uns an der Hand der dortigen Verhältnisse, durch Augenscheinnahme, durch Aufklärung von den A.- und S.-Räten, auch von den dortigen Kommandostellen überzeugen lassen müssen, daß der Grenzschutz in bedingtem Umfang nötig ist. Ich

---

[81]) Wilhelm Schwan (1881–1944), von Beruf Buchdrucker; seit 1917 Mitglied des Landesvorstandes der USPD in Württemberg; 1918/19 Mitglied des S.-Rates Heilbronn, ab November 1919 Geschäftsführer im Verkehrsbund in Heilbronn; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 392.

[82]) Schwan bezieht sich hier auf die Januarunruhen in Berlin und in Stuttgart. Zu den Ereignissen in Stuttgart vgl. Nr. 11.

sage, in bedingtem Umfang insofern, als er meines Erachtens nicht so nötig ist gegen die Bolschewistengefahr, als gegen die Polen- und Tschechengefahr.
Ich habe bereits in der Versammlung der Garnisonratvorsitzenden die Gründe dargelegt, die mich veranlaßten, für einen Grenzschutz einzutreten[75]). Die wirtschaftlichen Folgen für Deutschland können unermeßliche sein, wenn Polen in seiner Aggressivität nicht gehemmt wird, wenn wir nicht in der Lage sind, die Übergriffe Polens gegen die Industriegebiete Schlesiens zu vereiteln. Bereits jetzt ist die ganze Provinz Posen besetzt. Was das für die Ernährung Deutschlands ausmacht, beweisen Ihnen die verschiedenen Mitteilungen aus Mitteldeutschland, wo dadurch bereits jetzt eine Ernährungsnot eingetreten ist, die wir uns hier in Württemberg nicht recht denken können. Die mitteldeutschen Gebiete, die auf die Nahrungsmittelzufuhr aus Posen angewiesen waren, sind durch die Absperrung Posens als Nahrungsmittelquelle in Ernährungsschwierigkeiten so großer Art verwickelt worden, daß die Bevölkerung in diesen Gebieten vor dem nackten Hunger steht, und wenn wir jetzt nicht in der Lage sind, die Polen daran zu hindern, von dem Kohlen- und Industriegebiet Oberschlesiens Besitz zu nehmen, dann werden die wirtschaftlichen Folgen noch viel größer sein. Aus diesen Erfahrungen heraus haben wir uns bereiterklärt, einem Grenzschutz Ost nicht entgegenzutreten, die Anwerbung von Freiwilligen nicht zu unterbinden. Ursprünglich hatten wir uns auf den Standpunkt gestellt: Die Sache geht uns nichts an; nachdem wir uns aber überzeugt hatten, haben wir uns gesagt: Wenn die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Osten dermaßen liegen, können wir ruhig einer Anwerbung zustimmen.
Nun aber zu der Freiwilligenabteilung Haas! Ich war von Anfang an ein Gegner dieser Brigadebildung in Münsingen, und zwar deshalb, weil ich mich an der Hand der Tatsachen überzeugt habe, daß ein Schutz gegen die Polen und Tschechen nur nützlich sein kann, wenn er sofort eintritt, wenn er nicht erst nach acht oder zehn oder mehr Wochen eintritt, wie es durch die Brigade Haas der Fall sein wird. Wenn General Haas die Stellung vertritt, er müsse erst acht oder zehn Wochen exerzieren, um eine geschlossene, disziplinierte Truppe zustande zu bringen, so bin ich dagegen der Meinung, daß in dieser Zeit diese Truppe schon unaktuell geworden sein kann. Meines Erachtens können wir den deutschen Genossen im Osten nur helfen, wenn wir kleine Formationen, kleine Transporte, soweit sie zusammengestellt sind, sofort nach dem Osten bringen und dort für den Grenzschutz eintreten lassen. Deshalb habe ich auch einen Antrag eingereicht, daß die Brigade in Münsingen ihrer Bestimmung gemäß nach dem Osten abzutransportieren ist, und zwar nicht nach Oberost, sondern gegen die Übergriffe der Polen und der Tschechen, weil die Gefahr gegen die Bolschewisten nicht so aktuell und so groß ist, wie gegen die Polen und Tschechen. Darum bitte ich Sie, stimmen Sie dem Antrag zu, daß die Brigade Haas, soweit sie zusammengestellt ist, sofort abtransportiert wird, und daß alle übrigen Formationen, Stäbe usw. sofort aufzulösen sind, damit eine Neuanwerbung von Freiwilligen nicht mehr stattfinden kann.

BINDER: Ein Beweis dafür, wie diese Polen- und Bolschewistengefahr immer als viel größer hinzustellen versucht wird, wie sie tatsächlich ist, ist das, daß dieses Funkentelegramm, das die bolschewistische Regierung an die deutsche Regierung gerichtet hat, mehrere Wochen von der Reichsregierung unterdrückt und dem Volke nicht bekanntgegeben worden ist, das Telegramm, das besagt hat, daß die bolschewistische Regierung in keiner Weise beabsichtigt, einen Einfall nach Deutschland usw. zu machen. Ferner, was haben wir 150 Kilometer über unseren Grenzen in Rußland zu suchen, um unser Land zu verteidigen? Das sagt gerade genug, was es in Wirklichkeit mit dem Schutze vor dem Bolschewismus auf sich hat.
Es wird jetzt von Kamerad Gruhnert die Gefahr gegenüber Polen als hauptsächlich ausschlaggebend dargestellt. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Dezember die

polnischen Imperialisten mit Waffen und allem Möglichen hauptsächlich von der deutschen Regierung unterstützt worden sind[83]). Am 24. Dezember ist in der Reichsregierung der Antrag gestellt worden, den Polen so und soviel Waffen auszuliefern zum Kampf gegen die Bolschewisten. Die Mehrheitsregierung hat dem Antrag zugestimmt, und am nächsten Tag kam der Kriegsminister und wollte ein Heer gegen Polen aufgestellt wissen, und dann ist diesem auch zugestimmt worden. Erst hat man die Polen unterstützt, weil man gedacht hat, gegen die Bolschewisten ist alles recht, da gibt man alles her; als die Polen nicht bloß Gelüste nach russischem, sondern auch nach deutschem Land bekamen, hat man ein Heer gegen die Polen aufgestellt, aber vorher die Waffen den Polen ausgeliefert. So haben die Deutschen die Polen mit Waffen und allem Möglichen gegen die eigenen Arbeiter und [die] Bolschewisten unterstützt, und heute kommt man und fordert Leute gegen die Polen.
Was es übrigens mit dem Grenzschutz weiter auf sich hat, das sieht man aus den vielen Zeitungsnachrichten, wie den Leuten, wenn sie dorthin kommen, die Augen aufgehen, welche Zwecke sie zu besorgen haben, Grenzschutz oder Schutz des Kapitals gegen revolutionäre Arbeiter. Und was für eine Bedeutung soll unser Grenzschutz haben? Kamerad Gruhnert hat schon zugegeben, wenn der Grenzschutz so notwendig ist, läßt man ihn nicht ein paar Monate hier herumlaufen. Er ist aber nicht als Grenzschutz notwendig, sondern als Schutz gegen die revolutionären Arbeiter! Dann bin ich aber auch nicht dafür, daß man diese Leute möglichst rasch abtransportieren soll, daß man unsere württembergischen Leute hergibt, damit sie, wenn sie je an die polnische Grenze kommen, eventuell dort Truppen frei machen, um Berlin zu bewachen. Also ich meine, wir lösen die freiwillige Garde sofort auf und transportieren sie nicht ab.

VORSITZENDER: Es ist ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen.

WERNER (Münsingen): Ich bitte, auch einen Vertreter von Münsingen sprechen zu lassen über die Zustände, wie sie dort liegen.

REINER: Ich spreche für den Schlußantrag. Ich glaube, daß der Grenzschutz doch aufgelöst wird, was brauchen wir uns noch eine Stunde darüber zu unterhalten?
Der Schlußantrag wird hierauf angenommen.

Kriegsminister HERRMANN: Ich möchte Sie bitten, und zwar dringend bitten, den Antrag, den Grenzschutz Ost, die Freiwilligenabteilung Haas bei uns aufzulösen, nicht anzunehmen, und zwar aus folgendem Grunde (Zuruf: Der Schlußantrag ist angenommen!). Ein Regierungsvertreter hat überall in den Parlamenten die Möglichkeit, auch außerhalb der Redeordnung jederzeit zu Wort zu kommen. Wenn Sie wünschen, trete ich ab, ich bin durchaus nicht aufs Reden versessen. Die Freiwilligenabteilung Haas ist deswegen ins Leben gerufen worden, weil der Landesausschuß und das Kriegsministerium durch Augenschein sich überzeugt haben, daß eine Bewachung unserer Grenzen im Osten notwendig ist. Kamerad Gruhnert hat Ihnen mehrfach darüber Vortrag gehalten und heute auch darüber gesprochen. Unsere Grenzen müssen geschützt werden. Dagegen spreche ich mich auch dagegen aus, daß wir mit unseren Truppen über die Grenze nach Osten vorgehen. Dazu haben wir heute keine Veranlassung. Der Friedensschluß, der ja demnächst bevorsteht, wird auch den Grenzschutz im Osten überflüssig machen, weil durch den Friedensschluß und die dabei aufgestellten Bestimmungen selbstverständlich auch Frieden im Osten sein wird. Aber bis dahin hat Würt-

---

[83]) Binder meint hier den sog. Wilna-Vertrag, mit dem sich das Reichskabinett am 26. und 27. 12. 1918 ausführlich beschäftigte. Der polnische Vertragsvorschlag, den Haase am 26. 12. vor dem Kabinett erläuterte (vgl. Regierung der Volksbeauftragten II, S. 39 ff.), sah vor, daß beim Abzug der deutschen Truppen aus Wilna die Stadt den Polen übergeben werden sollte. Zugleich wollten die Polen von Deutschland Waffen und Munition kaufen. Diesen Vertragsvorschlag lehnte das Kabinett allerdings am 27. 12. 1918 nach eingehender Diskussion ab (vgl. ebd., S. 44 ff.).

temberg dasselbe Interesse wie Preußen, daß dort die Grenze beschützt wird, und deswegen bitte ich, den Antrag abzulehnen.
Es wurde vorhin gesagt, daß die Freiwilligenabteilung in Münsingen nur dazu da sei, Schutz gegen die revolutionären Arbeiter Württembergs zu bilden (Ganz richtig!). Ich weise diese Unterstellung mit aller Entschiedenheit zurück (Zuruf: Kamerad Wicker hat es ja bestätigt!). Ich verbürge mich dafür vor Ihnen, daß das nie der Fall sein wird. Die Freiwilligenabteilung, welche in Münsingen gebildet wird, wird nur dazu benützt, die Grenzen im Osten zu schützen und zu nichts anderem. Wir haben auch die Verpflichtung auf uns genommen, daß auch in den Ostgebieten, falls unsere Truppen dahin marschiert sind, unsere württembergischen Truppen nicht zu politischen Zwecken benutzt werden, sondern zum rein militärischen Schutz unserer Ostgrenze. General Haas hat sich persönlich verpflichtet. Ich kenne Haas als einen Mann, dessen Wort etwas gilt, und wenn er mir versprochen hat: Ich garantiere Ihnen, daß das nicht geschehen wird, so darf ich mich darauf verlassen. Also darüber wollen Sie sich beruhigen.
Wenn davon gesprochen wurde, daß die Abteilung in Münsingen herumlungere, so ist die Leitung der Freiwilligenabteilung da oben wirklich nicht schuld, denn die Elemente, die da hinaufkommen, das können Sie aus allen Äußerungen hören, sind derartige, daß sie von sich aus herumlungern wollen. Aber die Leitung hat kein Interesse am Herumlungern, sondern General Haas will die Leute nur dazu bringen, daß er nicht mit einem Sauhaufen nach Osten geht, sondern mit disziplinierten Truppen, und das ist natürlich auch Ihr und unser aller Interesse. Es handelt sich nur noch um die Frage, ob die Truppen so schnell wie möglich abmarschieren sollen, und das ist natürlich ein Interesse von mir und von Haas. Nur hat General Haas mir gesagt, mit einer Truppe, mit der er dann im Osten nichts anfangen könne, die ihm unter Umständen davonlaufe, mit der wolle er natürlich nicht nach dem Osten gehen. Die Truppe ist heute noch nicht so weit, also kann er auch nicht nach dem Osten gehen, er hat sich aber verpflichtet, den Abmarsch so schnell wie möglich zu bewirken.
Das wäre das, was ich über den Grenzschutz Ost zu sagen habe, und ich bitte Sie nochmals, nicht unsere seitherigen Maßnahmen dadurch vor der Öffentlichkeit in ein merkwürdiges Licht zu stellen, daß Sie jetzt auf einmal beschließen, diese ganzen Maßnahmen wieder zurückzunehmen.

*Im Anschluß an die Ausführungen* HERRMANNS *beschließt die Versammlung, die Debatte fortzusetzen. Nach einem Diskussionsbeitrag von* WERNER *spricht* KERN.

KERN: Trotz der Ausführungen des Kriegsministers stehe ich auf dem Standpunkt, den Grenzschutz Ost aufzulösen, und zwar so bald wie möglich, denn es ist klar, wir führen einen Krieg, der unsinnig ist, genau wie der vorhergehende gegen den Bolschewismus. Wir hätten Frieden haben können mit dem Bolschewismus schon im vorigen Jahre. Er ist nicht gemacht worden. Wir haben dagegen protestiert. Ebenso ist die Sache mit den Polen ein Vorwand, der uns gegeben wird, um dieses System zu rechtfertigen. Die Polen sind eine chauvinistische Gesellschaft. Überlassen wir die den Bolschewisten, die werden in 14 Tagen mit ihnen fertig werden. Das einzig richtige wäre das, daß die Reichsregierung mit den Bolschewiki einen vernünftigen Frieden machte. Es hat geheißen, wir können keinen Frieden mit Polen machen; gebt der Entente die Einwilligung, daß sie gegen die Bolschewiki kämpfen darf. Ich sage, das ist Blödsinn, wir haben dort nichts zu suchen.
Die englischen Zeitungen haben ihre Regierung ersucht, sie soll die Bolschewiki nicht mehr bekämpfen, denn die Sowjetrepublik hätte sich durchgesetzt; wenn heute das russische Volk wählen sollte, hätte sie unfehlbar die Mehrheit. Die englischen Zeitungen ersuchen also die Regierung, den Kampf gegen die Bolschewiki aufzugeben, und

der deutsche Michel läßt sich von der Entente vorschreiben, daß er nicht bloß sein Land verteidigen darf, sondern auch zum Angriff übergehen muß. Ich sage, es ist Unsinn, daß wir uns darauf einlassen. Wir brauchen keine Truppen dorthin zu schicken. Wenn wir die Truppen verweigern, wird auch die Reichsregierung dazu übergehen, ihre Grenze mit den Truppen zu verteidigen, die sie hat, dann braucht sie keine Eroberungspolitik gegen die Bolschewiki zu führen. Es ist eine Irreführung des deutschen Volkes. Man will durch Schlachtenberichte einen Glorienschein um die Regierung legen.
Es ist ein Hohn, daß die kaiserlich-deutsche Regierung eine Vertretung der Sowjetregierung in Berlin hatte, und eine sozialistische Regierung schmeißt sie hinaus[84]). Es wird viel von russischem Geld gesprochen. Selbstverständlich haben die russischen Sozialisten dasselbe Interesse, die revolutionären Gedanken in alle Welt zu verbreiten. Hat unsere frühere deutsche Regierung nicht auch Geld dazu verwendet, um Kerenski zu unterstützen? Hat unsere kapitalistische Gesellschaft nicht genauso mit deutschem Geld die Bolschewiki unterstützt? Jetzt, wo sie ihnen nicht mehr angenehm sind, sollen sie bekämpft werden. Wir hätten mehr Lebensmittel bekommen, wenn wir Frieden mit Rußland gemacht hätten (Götz: Dafür fehlen die Beweise!). Wenn Kamerad Götz sagt, es fehlen die Beweise, so ersuche ich ihn, alle Preßberichte zu lesen und nicht nur einseitig gefärbte. Ich ersuche, die Freiwilligenabteilung aufzulösen.

*Es folgen noch vier weitere Diskussionsbeiträge. Dann nimmt die Versammlung folgenden Antrag an: „Die sofortige Auflösung des Freiwilligenkorps ist in die Wege zu leiten." Nach der Verabschiedung weiterer Anträge wird in der Nachmittagssitzung am 21. März die Diskussion über die Auflösung des Freiwilligenkorps Haas wiederaufgenommen.*

[VORSITZENDER]: Wir fahren fort in unserer Tagung. Es ist folgender Antrag eingereicht worden:
„Der Beschluß der Landesversammlung, daß das Freiwilligenkorps Haas sofort aufzulösen ist, ist aufzuheben und die Debatte darüber wieder zu eröffnen. Wir beantragen sofortigen Abtransport nach Polen."
GÖTZ (Ulm): Der Beschluß, den wir heute morgen in dieser Sache gefaßt haben, scheint mir übereilt und auch nicht ganz klar zu sein. Wenn wir dazu Stellung nehmen, müssen wir berücksichtigen, daß dieses Freiwilligenkorps auf Antrag des Landesausschusses vom Kriegsminister aufgestellt wurde und daß dies bei der Reichsregierung mitgeteilt worden ist. Wir dürfen nicht den Grenzschutz aufheben, das geht über unsere Befugnisse hinaus. Bedenken Sie, daß die ganzen Unkosten und Ausgaben unnütz wären. Wenn es genau präzisiert und die Abstimmung anders geworden wäre, so wäre dem Abtransport nach Polen oder Osten sofort stattgegeben worden. Wenn man etwas macht, muß man wissen, was man tut. Vergessen Sie eines nicht, vergessen Sie die Stellung unseres Kriegsministers nicht. Unser Kriegsminister hat sich für die Sache eingesetzt und muß sie verantworten. Und ob es sich vor der Reichsregierung verantworten läßt, daß wir diesen Grenzschutz aufheben, das ist eine zweite Frage. Wenn wir dem Kriegsminister das Vertrauen schenken – und wir haben es ihm geschenkt –, dürfen wir ihm seine Stellung nicht unmöglich machen. Sie haben in diesen Tagen Anträge gefaßt, die direkt gegen den Kriegsminister gehen, und wenn wir einen Kameraden an der Spitze haben, der das Vertrauen mit Recht genießt, so müssen wir das berücksichtigen. Wenn das alles berücksichtigt worden wäre, hätten wir dies nicht beschließen dürfen. Wenn wir beschließen, daß die Truppe sofort nach dem Osten abtransportiert wird, so ist der richtige Beschluß gefaßt.

[84]) Der russische Botschafter Joffe hatte Deutschland bereits am 6. 11. 1918 verlassen; zur Vorgeschichte vgl. Purlitz, Revolution I, S. 394 f.

VORSITZENDER: Wir müssen trennen. Es ist zunächst der Geschäftsordnungsantrag gestellt, den Beschluß der Landesversammlung, daß das Freiwilligenkorps Haas sofort aufzulösen ist, aufzuheben und in eine Debatte darüber einzutreten. Wünscht jemand gegen den Geschäftsordnungsantrag zu sprechen?

SCHWAN: Neben der Achtung vor dem Kriegsminister und seiner Arbeit steht auch das Ansehen der Landesversammlung. Sie stellen sich tatsächlich ein politisches Armutszeugnis aus, wenn Sie jetzt erklären, daß Sie sich der politischen Tragweite in dem Moment nicht bewußt waren, wo der Beschluß gefaßt worden ist. Wir waren uns voll bewußt, daß das Freiwilligenkorps aufzulösen ist, wir waren uns voll bewußt, daß der Grenzschutz Ost eine politische Unmöglichkeit sein muß. Deshalb bitte ich, in eine Diskussion nicht mehr einzutreten und es bei diesem Beschluß zu belassen, wenn Sie sich nicht selbst entmannen wollen. Wollen Sie das Ansehen der Landesversammlung wahren, dann bleiben Sie bei dem Beschluß (Bravo!).

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag. Wer dafür ist, daß wir wieder in eine Debatte über das Freiwilligenkorps eintreten und zunächst den heutigen Beschluß aufheben, den bitte ich, die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist angenommen (Bravo!). Wir eröffnen die Debatte über das Freiwilligenkorps Grenzschutz Ost (Große Unruhe). Ich bitte um Ruhe. Sie haben mit Mehrheit einen Geschäftsordnungsantrag angenommen und ich bitte, sich diesem Mehrheitsbeschluß ruhig zu fügen, wie das in allen Parlamenten üblich ist. Außerdem muß ich die Zuhörer auf der Galerie dringend ersuchen, sich jeder Einmischung in unsere Verhandlungen zu enthalten. Wir können nicht dulden, daß die Zuhörer auf der Galerie dazu übergehen, in unsere Verhandlungen einzugreifen.

HOF: Es freut mich außerordentlich, daß aus der Landesversammlung heraus ein solcher Antrag gekommen ist, daß die Versammlung einsieht, daß es Zeit ist, zur Vernunft überzugehen, anstatt Beschlüsse zu fassen, die einfach undurchführbar sind. Wenn hier gesagt wird, daß wir uns ein Armutszeugnis ausstellen, wenn wir aufs neue die Verhandlungen darüber aufnehmen, so muß ich sagen: Wir würden uns ein Armutszeugnis ausstellen, wenn wir nicht einsehen würden, daß solche Beschlüsse nicht durchgeführt werden können. Der Landesausschuß hat bereits einen Antrag vorliegen gehabt, daß der Grenzschutz Ost in aller Kürze nach dem Osten abtransportiert werden soll. Hätten Sie dem Landesausschuß aufgetragen, die Sache aufzulösen, so wäre der Landesausschuß vor dem Berg gestanden wie der Ochs. Das war einfach unmöglich, denn es ist mit Reichssache. Man rechnet in unserem kleinen Ländchen immer nur mit uns und unserer Landesversammlung. Es ist einfach nicht möglich, daß wir, die kleine Landesversammlung, über das ganze Reich bestimmen. Kamerad Mitschele weiß ganz gut, daß wir strikte dafür waren, daß die Truppe ihrer Aufgabe zugeführt werden soll (Mitschele: Ich stimme für die Auflösung!). Die Auflösung mag ihre guten Gründe haben, aber sie ist einfach unmöglich. Wenn wir die Truppe auflösen sollten, so hat es gar keinen Wert, wenn von dem Schutz unseres Vaterlandes gesprochen wird (Zwischenrufe). Es handelt sich um den Schutz unserer Kornkammer (Stürmische Zwischenrufe).

VORSITZENDER: Ich muß um Ruhe bitten. Wenn Sie sich äußern wollen, melden Sie sich zum Wort, dann können Sie die Ausführungen des Kameraden ordnungsmäßig widerlegen. Die Galerie ersuche ich wiederholt, sich jedes Eingriffs zu enthalten (Zuruf: Die Galerie ist die Stimme des Volkes! – Widerspruch). Ich verbitte mir das, sonst müßten wir dazu übergehen, die Galerie zu sperren (Sehr richtig!).

HOF: Wenn ein Sturm entsteht, wenn ich sage, daß das unsere deutsche Kornkammer ist, so ist das ein Zeichen, daß die Kameraden, die dazwischenrufen, gar keine Ahnung haben, wo das Korn herkommt (Sehr richtig!). Wenn Sie überlegen wollten, so müssen Sie sich sagen: Was bezwecken die Polen? Sicherlich nicht das, was wir mit der Revo-

lution bezwecken (Zuruf: Das hätten Sie vor der Wahl sagen sollen!). Das habe ich immer gesagt. Deswegen bitte ich, Kameraden, nehmen Sie den Antrag an, daß die Truppe möglichst schnell nach dem Osten abtransportiert wird. Stellen Sie meinetwegen das Datum fest, die württembergische Regierung steht dann wenigstens vor der deutschen Regierung mit reinem Gewissen da. Nehmen Sie den Antrag an, denn Auflösung ist nicht möglich.

VORSITZENDER: Zunächst möchte ich noch bekanntgeben, daß bei der letzten Sitzung der Garnisonratvorsitzenden mit dem Landesausschuß folgender Antrag angenommen wurde:

„Das Freiwilligenkorps Haas soll in kürzester Frist zum Abtransport nach dem Osten kommen, so daß nur noch eine Ersatzabteilung in Münsingen bleibt" (Widerspruch)[85]). Das will ich Ihnen zur Kenntnis bringen. Sie können sich ja zum Wort melden. Sie sehen daran, daß bei der letzten Versammlung der Garnisonratvorsitzenden mit dem Landesausschuß die Versammlung sich auf den Standpunkt stellte, daß der Ostschutz nötig ist, nur daß das Korps so schnell als möglich abbefördert werden muß.

MITSCHELE (zur Geschäftsordnung): Wenn Kamerad Bettinger diesen Beschluß vorliest, so ersuche ich ihn, auch den Antrag vorzulesen, der von meiner Seite eingegangen ist, und wie über diesen Antrag abgestimmt wurde.

VORSITZENDER: Ich sagte nur, daß dieser Antrag bei der letzten Sitzung angenommen worden ist. Das ist richtig. Ich kann nicht jeden Antrag, der im Zusammenhang damit eingebracht und abgelehnt wurde, vorlesen. Ich bringe das nur zur Orientierung der Versammlung zur Kenntnis.

SPEIDEL[86]) (zur Geschäftsordnung): Ich bin erstaunt über diesen Antrag. Heute höre ich zum erstenmal von diesem Antrag, und ich konstatiere, daß sämtlichen Delegierten der Garnison Ludwigsburg mit Ausnahme unseres Vorsitzenden von diesem Antrag nichts bekannt ist.

VORSITZENDER: Dazu möchte ich bemerken, daß die gesamten in der letzten Sitzung angenommenen Anträge in einem Schreiben vom 10. März an die Garnisonräte zur Kenntnisnahme abgegangen sind[87]).

SCHWAN: Die Frage ist für mich so wichtig, daß es notwendig ist, sie einmal auch nach einer anderen Seite zu beleuchten, nämlich, daß man einmal auch etwas geschichtlich wird. Das, was uns heute von dem Landesausschuß, von den Trägern der Revolution, vorgetragen wird, das wurde uns am 1. August 1914 von der alten Regierung vorgetragen. Damals war auch das „Vaterland" in Gefahr, und am 4. August wurde erklärt: Wir lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht im Stich[88]), während wir damals erklären sollten: Wir lassen in der Stunde der Gefahr den Sozialismus nicht im Stich. Das war die Parole am 4. August, nicht diese verschwommene Phrase; das sind alles nur verschwommene Phrasen.

Heute hören wir es von den Trägern der Revolution, es ist nötig, an die Grenzen unseres Ostens Truppen zu schicken, um einen frisch-fröhlichen Krieg entfachen zu können.

---

[85]) In der Sitzung am 7. 3. 1919. In seiner Sitzung am 18. 3. 1919 hatte der Landesausschuß einen von Gruhnert und Klotz gestellten Antrag angenommen, daß nach dem Abtransport der Freiwilligenabteilung Haas in Münsingen weder eine Ersatzabteilung noch ein Stab zurückbleiben solle.

[86]) Gustav Speidel, Vizefeldwebel, schon vor 1914 in der SPD aktiv, 1918/19 Mitglied der USPD; Beisitzer im Garnisonsoldatenrat Ludwigsburg und Mitverfasser des Tätigkeitsberichtes der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (vgl. Nr. 23).

[87]) Vgl. Anm. 64.

[88]) Gemeint ist die Erklärung zur Bewilligung der Kriegskredite, die Haase im Auftrag der Fraktion der SPD im Reichstag am 4. 8. 1914 abgab (abgedruckt u. a. in: Dok. und Mat. I, S. 22 f.). Zur Politik der SPD beim Ausbruch des Krieges vgl. Groh, S. 653 ff., und Miller, S. 31 ff. (dort auch ausführliche Literaturhinweise). Zur württembergischen SPD s. Einleitung, S. XXXIII ff.

Wie steht es? Sie wollen mit einer Truppe, die moralisch so defekt ist, einen sozialistischen Staat und eine republikanische Truppe niederkartätschen (Widerspruch). Das kann und darf es nicht geben. Ich will Sie auch informieren darüber, was für Absichten bei den Deutschen bestehen, und Ihnen die tieferen Ursachen vorführen, warum man einen frisch-fröhlichen Krieg führen will. Da muß man sich klar sein. Am 9. November hat man keine zielklare Auffassung gehabt, warum die Revolution ausgebrochen ist, denn um 3/4 12 Uhr des 9. November war man noch Nationalist, da war man für die Fortführung des Kriegs, lag sich in den Armen mit den bürgerlichen Parteien, und als es 12 Uhr geschlagen hat, stand man mit der roten Schärpe auf dem Balkon und rief die deutsche Republik aus (Sehr richtig!).
Ich meine, wer seine parteipolitische Haltung in einer so kurzen Spanne Zeit so kolossal ändert, vor dem hat man alle Ursache, seine Auffassung etwas kritisch und etwas vorsichtig an den Tag zu legen und sich ihn etwas genauer anzusehen. Wir wissen, das Volk war damals müde des Krieges, und die sozialistische Partei hat am 9. November nicht gewußt, daß es ihre geschichtliche Aufgabe ist, die alte Gesellschaft durch eine neue abzulösen. Wenn wir jetzt in eine Situation hineingekommen sind, die geradezu dazu angetan ist, die Revolution totzuschlagen mittels einer sogenannten sozialistischen Regierung, und es ist ihr unmöglich, mit der Landesversammlung eine Politik zu treiben, die rein sozialistisch ist, so steht die sozialistische Entwicklung still, und das, was den Wählern versprochen worden ist, kann nicht erfüllt werden. Man muß tatsächlich die Aufmerksamkeit im Inneren auf andere politische Vorgänge übertragen, und da versucht man zu sagen, daß es jetzt nötig ist, unsere Truppen nach dem Osten zu schikken, da dort aggressive Absichten der Polen bestehen. Ich habe heute früh schon darauf hingewiesen, daß es nicht wahr ist, daß aggressive Absichten auf seiten der Sowjetrepublik bestehen; es ist nicht wahr, daß die Polen uns angreifen (Widerspruch). Ich will Ihnen den Beweis dafür erbringen. Am 2. März kam von Prag eine Nachricht, die bisher von der gesamten Presse, einschließlich der sozialistischen, unterschlagen worden ist, die besagt folgendes: (Verlesen!)[89]).
Was hören wir da? Wir hören tatsächlich, daß von unserer Seite geschürt wird, daß von unserer Seite aggressive Absichten bestehen. Kameraden, wie steht die Frage? Wir müssen, wenn wir vor dem Auslande nicht der Lächerlichkeit anheimfallen wollen, durch unsere Taten tatsächlich beweisen, daß die Revolution eine sozialistisch-proletarische ist, daß man auch Vertrauen zur deutschen Republik hat. Bisher konnte man kein Vertrauen zur deutschen Republik haben, denn wenn ein Reichswehrminister[90]) Arbeiter niederkartätschen läßt, wenn ein solcher Zustand sich entwickelt, wie heute, so kann man im Auslande kein Vertrauen mehr zur deutschen Republik haben. Deshalb bin ich für Auflösung des Freiwilligenkorps, deshalb bin ich für Aufhebung des Grenzschutzes Ost. Wir müssen verhandeln und wir dürfen nicht Krieg führen. Wer aber nicht versteht, den Frieden herbeizuführen, das ist die jetzige Regierung.
Wie liegen die Dinge? Ein Trotzki, ein deutscher Trotzki fehlt der deutschen Regierung, ein Trotzki, der hinüberspricht zur Entente, der als Dolmetsch der deutschen Arbeiterklasse das sagt, was im deutschen Arbeiter lebt und webt, der in aller Öffentlichkeit die Verhandlungen führt und so hinüberspricht, daß in den Ententeländern das Vertrauen der Arbeitermassen systematisch gesteigert wird, das Vertrauen zur deutschen Arbeiterklasse. Anstatt dessen haben wir einen Erzberger, einen Mann, der sich während des Krieges wahrlich genug kompromittiert hat. Wir haben alle diese jämmerlichen Politiker, die den Krieg 4 1/2 Jahre forciert haben. Wir haben die gleichen Sozialisten, die den Burgfrieden geschworen haben und anstelle des Klassenkampfes diesen setzten; wir

---

[89]) Der Wortlaut dieser Nachricht fehlt im stenographischen Protokoll der Sitzung.
[90]) Reichswehrminister Gustav Noske.

haben dieselben Sozialisten, die 4½ Jahre lang die Kriegskredite bewilligt haben und nun jammern, wenn wir nicht zum Frieden kommen. Darum setzt Leute in die Regierung, die ein politisch reines Brusttuch haben, die nicht kompromittiert sind durch ihre ganze Kriegspolitik, dann kommen wir zum Frieden; nicht aber kommen wir zum Frieden, wenn wir in gleichem Atemzuge, wo man die Revolution ersticken will, einen neuen frisch-fröhlichen Krieg beginnen will.
Also wer sich ein klares Urteil gebildet hat in bezug auf innen- und außerpolitische Fragen, der muß zu dem Entschluß kommen: Fort mit dem Freiwilligenkorps und Aufhebung des Grenzschutzes Ost! Das ist klare sozialistische Politik. Wer etwas anderes will, der besorgt die Geschäfte des Kapitalismus, das kann ich Ihnen sagen, und ich möchte Sie bitten: Stehen Sie zu Ihrem Beschluß, den Sie gefaßt haben, wenn Sie sich selber nicht zu politischen Kindern stempeln wollen (Lebhafter Beifall und Händeklatschen, auch auf der Galerie).

VORSITZENDER: Ich mache die Galerie zum letztenmal darauf aufmerksam, daß ich es mir verbitten muß, daß sie durch Beifallsbezeugung in unsere Verhandlungen eingreift. Wir können das selbst tun, wenn wir es für nötig halten.

FRICK: Kamerad Schwan hat eine sehr stimmungsvolle politische Rede gehalten, die aber mit den nüchternen Tatsachen wenig zu tun hat. Wie liegen denn die Dinge? Wir haben uns in gemeinsamen Sitzungen mit dem Arbeiterrat mit dieser Frage befaßt, und da war man sich einig, daß die Gerüchte, die aus dem Osten kommen, sehr unzuverlässig sind. Auch ich sage: Wir sind aufgrund dieser Berichte gar nicht in der Lage zu beurteilen, ob etwa die Deutschen im Osten oder ob die Polen auf deutsches Gebiet marschieren. Es wird über den Osten ganz genauso geschwindelt, wie über den ganzen Krieg geschwindelt wurde.
Ich kann sagen, ich war in allen Sitzungen – das wird mir bestätigt werden – ein grundsätzlicher Gegner des Grenzschutzes. Aber es ist eine Tatsache: Auf diese Aufrufe vom Reich haben sich Truppen gemeldet, die dauernd von den Bezirkskommandos nach dem Osten abgeschoben wurden. Hunderte von Württembergern gingen nach dem Osten, ohne daß wir sie daran verhindern konnten, und erst nach diesem haben wir uns mit dieser Frage nochmals befaßt und haben erwogen, ob es nicht besser wäre, wenn die Leute doch gehen, ohne daß wir sie halten können, daß wir sie in eine einheitliche Formation zusammenfassen, damit man auch einigermaßen eine Kontrolle über diese Leute hat, was mit ihnen geschieht. Tatsache ist doch: Hätten wir den Grenzschutz Ost nicht aufgestellt, so wäre mindestens die Hälfte der Leute schon längst im Osten, und zwar unter Bedingungen, die wir nicht billigen könnten, denn wir erfahren tagtäglich von den dortigen Soldatenräten, daß die Soldaten im Osten keinerlei Recht haben, daß dort eiserne Disziplin durchgeführt wird. Gerade deshalb mußten wir die Frage aufwerfen, ob wir die Leute, die nach dem Osten gehen, wie gesagt, nicht in eine einheitliche Formation zusammenfassen, denn wir wissen doch vom Kriege her, daß es ein kolossaler Nachteil für uns Württemberger war, wenn unsere Leute in allen deutschen Formationen zerstreut waren. Und von diesem Gesichtspunkt aus haben wir uns entschlossen, eine eigene Formation aufzustellen.
Nun gebe ich ganz gern zu: Man kann nach dem, was man jetzt vom Osten hört, vielleicht der Meinung sein, daß es gar nicht notwendig ist, Leute nach dem Osten zu schicken. Aber die Sache liegt doch so: Wir haben jetzt eine Formation aufgestellt, die württembergische Regierung, das Kriegsministerium und der Landesausschuß haben sich gegenüber dem Reiche verpflichtet. Nun fragt es sich, können wir etwas, was wir selber beschlossen und gutgeheißen haben, jetzt wieder aufheben? (Zuruf) Selbst wenn das maßgebend ist, dann bitte ich, soll die Landesversammlung, wenn wir mit unserer Tagung fertig sind, nach Münsingen gehen und die Auflösung vornehmen; dann wird die Landesversammlung einen anderen Begriff bekommen. Ich möchte sogar

wünschen, wenn dieser Antrag angenommen wird, dann soll der Antragsteller auch beauftragt werden, die Auflösung dieser Truppe vorzunehmen.
Die Sache liegt doch so – seien Sie sich klar darüber –: Die Leute, die dort in Münsingen sind, sind zum größten Teil arbeitslose Kameraden (Widerspruch). Selbstverständlich, sonst hätten sie sich nicht zum Grenzschutz Ost gemeldet. Ich gebe gern zu, daß es auch Leute gibt, die etwa aus Abenteurerlust oder aus sonstigen Gründen nach dem Osten gehen wollen, daß dabei aber etwas Persönliches herausspricht. Ich war selbst oben[91]). Ich weiß, wie es ist. Nachdem ich gesprochen hatte, hat man mich bestürmt und mich gefragt: Ist es nicht möglich, daß wir dort Auszeichnungen bekommen, daß wir befördert werden usw. Aber ich weiß auch, daß wir zur Zeit keine Mittel haben, um diese Truppe aufzulösen, und deshalb meine ich, wäre es viel besser, wenn sofort die Werbung für den Grenzschutz Ost eingestellt würde. Andererseits ist aber darauf zu dringen, daß die Formation, die bereits aufgestellt ist, so schnell wie möglich nach dem Osten geht. Ob die Führer die Truppe unterwegs verlieren, das ist unsere Sache nicht (Heiterkeit), dann mag man sich mit dem Reich abfinden.
Ich bitte Sie, betrachten Sie die Sache nüchtern, so wie sie tatsächlich ist. Wenn wir der Mannschaft sagen, daß die Truppe aufgelöst wird, so gibt es einen Sturm, und es sind Vertreter dieser Truppe hier, die werden bezeugen können, was ich vor diesen Mannschaften gesprochen habe. Ich habe damals schon gesagt, daß es ihre Pflicht ist, wenn sie nach dem Osten gehen, nichts anderes zu tun als das, wofür sie vom Landesausschuß verpflichtet sind, und das ist, lediglich den Osten zu schützen. Es wird vielleicht versucht werden vom Hauptquartier aus, euch zu anderen Zwecken zu benützen. Dann habt ihr jeden Gehorsam gegenüber den Vorgesetzten zu verweigern. Das verlangen wir, das haben wir als eine Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Die Sache liegt auch tatsächlich so: Gerade bei dieser Truppe in Münsingen, glauben Sie sicher, könnte kein Führer wagen, die Leute zu etwas zu benützen, was gegenrevolutionär aussieht (Sehr richtig!). Jeder Führer, der sich dort durchsetzen will, der Disziplin hereinbringen will, steht dauernd in Gefahr, auf unnormale Weise beseitigt zu werden. Wenn Sie die Sache betrachten, wie sie wirklich ist, dann werden Sie mir recht geben müssen, daß absolut gar keine Gefahr besteht. Im Gegenteil, wenn jetzt die Truppe nach dem Osten kommt und hat das Soldatenratsystem, so kann sich dieses System vielleicht auf die anderen Truppen im Osten übertragen. Zweifellos hat keine einzige Formation im Osten ein Vertrauensmännersystem, ein Soldatenratsystem, das mit so weitgehenden Rechten ausgestattet ist wie diese Formation, die diese Rechte von uns, den Vertretern aller Soldaten in Württemberg, bekommen hat.
Also ich bitte Sie, beschließen Sie, daß man die Truppe so schnell als möglich nach dem Osten abschiebt und daß man jede Werbung einstellt. Ich darf dabei auch sagen: Wir waren es auch, die durchgesetzt haben, daß alle Werbungen für das Landesjägerkorps[92]), für die Schützengarde in Württemberg aufgehoben worden sind. Wir haben an unsere Garnisonräte den Auftrag gegeben, alle Werbebüros und Agenten, die sich in Württemberg herumtreiben, sofort aufzuheben. Betrachten Sie die Sache, wie sie ist,

---

[91]) In der gemeinsamen Sitzung des Landesausschusses mit den Garnisonratsvorsitzenden am 7. 3. 1919 war ein Antrag verabschiedet worden, der den Landesausschuß beauftragte, die „Mißstände beim Grenzschutz Ost (Freiwilligenkorps Haas) zu untersuchen und für Abhilfe zu sorgen". Daraufhin reiste Frick am 11. 3. 1919 nach Münsingen, um „die Mißstände beim Freiwilligenkorps in Münsingen an Ort und Stelle persönlich abzustellen und alles diesbezüglich Erforderliche zu veranlassen" (so das Schreiben des Landesausschusses vom 10. 3. 1919 an die Garnisonräte, vgl. Anm. 64).

[92]) Zur Bildung des Freiwilligen Landesjägerkorps vgl. Schulze, S. 27 f., der anmerkt, daß der ursprünglich vorgesehene Name „Landjägerkorps" in „Landesjägerkorps" abgeändert wurde, weil in Süddeutschland das Wort „Landjäger" eine gebräuchliche Bezeichnung für die Küchenschaben war.

dann werden Sie zugeben müssen, daß wir zur Zeit kein anderes und besseres Mittel haben. Es ist schön, wenn man von den Erfolgen der Revolution spricht, aber damit hat man der Wirklichkeit noch lange nicht gedient. Ich bitte, lassen Sie sich nicht dauernd in Stimmungen hineinreden, sondern betrachten Sie die Sache nüchtern, wie sie ist (Bravo!).

Kriegsminister HERRMANN: Nach den Ausführungen des Kameraden Frick und nach meinen Ausführungen von heute morgen kann ich mich kurz fassen. Ich möchte Sie dringend bitten, den vorliegenden Antrag anzunehmen. Sie erreichen damit alles, was Sie haben wollen, noch viel besser als mit Ihrem Antrag, den Sie heute morgen gefaßt haben.

Der Antrag, den Sie heute morgen gefaßt haben, müßte in folgender Weise ausgeführt werden: Er würde an mich gehen, ich würde den Antrag der württembergischen Staatsregierung vorzulegen haben, weil sie seinerzeit beschlossen hat, den Grenzschutz Ost, die Freiwilligenabteilung Haas, aufzustellen. Die württembergische Landesregierung hat sich mit der Aufstellung der Freiwilligentruppe dem Reich gegenüber verpflichtet, hat sich verpflichtet, württembergische Abteilungen nach dem Osten zu schicken. Würde nun die Landesregierung ohne die Zustimmung der Reichsregierung einfach den Grenzschutz Ost auflösen, so würde sie des Wortbruches schuldig. Das kann sie nicht machen. Sie muß sich also mit der Reichsregierung in Verbindung setzen, und die Reichsregierung, die ja verpflichtet ist, unsere Grenzen zu schützen, hätte das letzte Wort dabei, und Sie können mir glauben, daß sie auf die Freiwilligenabteilung Haas nicht ohne weiteres verzichten wird, wenn es nötig ist, die Grenze zu schützen.

Nehmen wir an, wir lösen die Freiwilligenabteilung auf. Was würde geschehen? Dann würde das Reich verlangen, daß unsere Sicherheitskompanien nach dem Osten abtransportiert werden, um den Grenzschutz in die Hand zu nehmen. Denn davon ist ja gar keine Rede, was hier gesagt wurde, daß der Grenzschutz Ost politisch unnötig sei oder daß der Grenzschutz Ost nur dazu da sei, eine Hurrastimmung zu erwecken. Auf Hurrastimmungen fällt doch keiner von uns mehr herein, sondern wir sehen doch auf der Landkarte, wo die Polen stehen, und wenn wir keine Truppen dort hätten, ständen sie längst in Berlin. Also wir brauchen Truppen, die das Vordringen der Polen in unseren Provinzen verhindern.

Dann wurde die Freiwilligenabteilung Haas hauptsächlich aus dem Grunde hier aufgestellt, weil so und so viele Württemberger sich durch andere Werbungen nach dem Osten haben anwerben lassen. Wir wollten nun dafür sorgen, daß diese Württemberger in württembergische Formationen hereinkommen, so daß das Land in der Lage ist, für diese Leute zu sorgen, und Sie haben von Kamerad Frick gehört, in welcher Weise wir für die Leute mit Soldatenräten usw. sorgen wollen. Lösen wir die Freiwilligenabteilung Haas auf, was geschieht dann praktisch? Dann wird wahrscheinlich General Haas vor seine Leute hintreten und sagen: Ich habe mich verpflichtet, für den Grenzschutz im Osten zu sorgen, ich reise nach dem Osten, wer von euch mit will, der wird sich mir anschließen. Und da wird eine ganze Menge der Leute nach dem Osten gehen, wird aber nicht als württembergische Truppe auftreten, sondern einer anderen Formation sich anschließen.

Also Sie können es doch nicht verhindern, daß so und so viele Württemberger nach dem Osten gehen. Wir können ja verbieten, daß künftig von Württemberg aus, von der Freiwilligenabteilung Haas in Württemberg geworben wird, das kann natürlich die Regierung verbieten, aber sie kann dann nicht verhüten, wenn andere Formationen, außerwürttembergische Formationen, hier wieder Werbebüros aufmachen, denn das ist Sache des Reiches. Wenn wir selbst nicht für Freiwillige sorgen, so sorgt eben das Reich dafür, daß Freiwillige hier in Württemberg angeworben werden. Also stellen Sie sich auch die praktische Seite der Sache vor, und Sie werden mir zugeben, daß es das

Richtige ist, Sie nehmen den neuen Antrag Götz an und heben den Beschluß von heute morgen auf. Sie werden auch nicht dadurch das Ansehen der Landesversammlung stärken, wenn Sie den Beschluß von heute morgen aufrechterhalten, sondern Sie werden dem Ansehen der Landesversammlung ganz wesentlich eine Stütze geben, wenn Sie einen solchen unvernünftigen Beschluß, möchte ich sagen, zurücknehmen, und den Antrag, den die Kameraden jetzt vorschlagen, zum Beschluß erheben. Ich bitte also dringend, den Antrag Götz anzunehmen.

VORSITZENDER: Es ist Schluß der Debatte beantragt.

REINER: Für Schluß will ich sprechen. Ich glaube, daß es jetzt genügend sein dürfte. Wir haben noch einmal reichlich eine halbe Stunde Zeit gehabt, uns über die Sache zu unterhalten. Wir haben das Für und Wider jetzt gehört, wir haben insbesondere die Ansicht des Kriegsministers von der praktischen Seite aus gehört, und ich glaube, viel anderes wird nicht mehr herauskommen. Jeder Kamerad wird jetzt endlich wissen, ob oder weder.

BINDER: Gegen den Schluß! Ich bitte, die Debatte über diesen äußerst wichtigen Punkt fortzusetzen. Es hat heute über Mittag eine Bearbeitung stattgefunden, und so soll der Beschluß umgeworfen werden. Das ist eine Überrumpelung.

VORSITZENDER: Ich stelle zunächst fest, daß Sie den Beschluß von heute früh mit Mehrheit gefaßt haben. Wenn nun von Überrumpelung gesprochen wird, dann haben Sie sich durch Annahme des Geschäftsordnungsantrags heute nachmittag selbst überrumpelt. Wer für Schluß der Debatte ist, bitte ich, die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist angenommen (Zuruf: Politische Kurzsichtigkeit!).

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag Ulm, der heißt:

„Die Landesversammlung beschließt, daß das Freiwilligenkorps Haas sofort nach Polen abtransportiert wird."

Wer für Annahme dieses Antrags ist, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist mit überwiegender Mehrheit angenommen[93]) (Zurufe: Bravo! Pfui! Gratuliere zum Todesurteil! Schämen Sie sich!). Ich bitte, diese Zwischenrufe zu unterlassen, wir fahren fort in der Beratung der Anträge.

*Nach der Erledigung der restlichen Anträge erhält* FRICK *das Wort zum Tagesordnungspunkt 4: „Stellungnahme zum Rätekongreß in Berlin am 8. April 1919 und Wahl des Delegierten."*

Referent FRICK: Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit werde ich mich möglichst kurz fassen. Sie wissen, am 8. April soll in Berlin der zweite Rätekongreß stattfinden[94]). Die Tagesordnung für diesen Kongreß lautet: Bericht des Zentralrats; Neuaufbau und Rätesystem, Referent Cohen; Sozialisierung von Kautsky; Wahl des Zentralrats.

Am 12. Dezember vorigen Jahres tagte der erste Rätekongreß[95]). Wir hatten damals noch keine gesetzliche Vertretung. Mit diesem Kongreß hatten wir das aus der Revolution hervorgegangene Parlament. Bei diesem Kongreß wurden folgende Punkte behandelt: Nationalversammlung oder Rätesystem und als weiterer Punkt: Sozialisierung. Wenn wir diese Tagesordnungen vergleichen, so sehen wir, daß eigentlich wenig Unterschied ist, und doch ist ein Unterschied schon in der Tagesordnung, die die ganze Entwicklung der letzten Monate enthält. Währenddem es auf dem ersten Rätekongreß

---

[93]) Dieser Beschluß wurde nie verwirklicht, vgl. Anm. 18.

[94]) Der zweite Rätekongreß fand vom 8. bis zum 14. April 1919 in Berlin statt; vgl. dazu Sten. Ber. II. Rätekongreß; Zentralrat, S. 790 ff.

[95]) Zum ersten Rätekongreß, der vom 16. 12. bis zum 20. 12. 1918 in Berlin stattfand, vgl. Sten. Ber. I. Rätekongreß.

hieß: Rätesystem oder Nationalversammlung, heißt es bei dem jetzigen Kongreß: Neuaufbau und Rätesystem. Damals stand die Frage so: Wollen wir die Nationalversammlung, die Demokratie, oder wollen wir das Rätesystem? Auf dem dortigen Kongreß wurde mit großer Mehrheit der Gedanke des Rätesystems abgelehnt und deshalb auch beschlossen, daß der Zentralrat[96]) seine Aufgaben so lange hat, bis die Nationalversammlung, die einzig richtige, souveräne, verfassunggebende Reichsversammlung, zusammengetreten sei. Nun hat unterdessen dieser selbe Zentralrat unter feierlicher Zeremonie sein Mandat an eben diese Nationalversammlung zurückgelegt[97]). Zweifellos hatte dieser Zentralrat nur den Auftrag, so lange vollziehende Körperschaft zu sein, bis die Nationalversammlung zusammengetreten war. Aber ich sage, der Zentralrat hat seinen Auftrag trotzdem falsch verstanden. Denn gerade während dieser Zeit hat sich in der Masse ein Umschwung vollzogen.

Heute lautet auch für Mehrheitssozialdemokraten die Frage nicht mehr so: Demokratie oder Rätesystem, heute lautet für viele unabhängige Sozialdemokraten und auch sonstige Leute die Frage so: Demokratie und Rätesystem. Denn wir sind uns klar darüber, die Demokratie, die wir anstreben, haben wir durch die politische Revolution noch nicht erreicht. Wir haben durch die Revolution vom 9. November wohl das alte politische System zerschlagen, aber wir haben damit an dem heutigen Wirtschaftssystem nichts geändert. Die kapitalistische Wirtschaft besteht nach wie vor, und wir als Sozialisten wissen, daß die Demokratie, die wir anstreben, sich nur verwirklichen kann, wenn auch innerhalb der Gesellschaft die wirtschaftliche Gleichstellung aller durchgeführt ist. Also ich sage: Die Demokratie, die wir wollen, werden wir erst bekommen, wenn wir die wirtschaftliche Vormachtstellung des Kapitalismus gebrochen haben, wenn wir die sozialistische, planmäßige Wirtschaft haben. Denn heute hat noch die kapitalistische Klasse, die Bourgeoisie, Machtmittel in der Hand, die sie ohne alles weitere auch auf das Politische übertragen kann. Ich erinnere Sie an die Presse, ich erinnere Sie an die Stellung der Kirche, das sind alles Dinge, und wir sind uns klar darüber, daß die Stellung des einzelnen noch nicht unverfälscht zum Ausdruck kommen kann, solange diese wirtschaftliche Vormachtstellung besteht. Deshalb sage ich: Wir bekommen die wirkliche Demokratie erst, wenn wir auch die kapitalistische Wirtschaft abgebaut und in eine sozialistische übergeführt haben.

Mit dieser Frage hängt zusammen die Frage der Sozialisierung. Seit den Tagen der Revolution wird gerade die Sozialisierung immer stürmischer von den breiten Massen des Volkes gefordert. Auch wir Soldaten haben geradeso wie die Arbeiter ein Interesse an diesen Fragen, denn wir sind vielleicht in Wochen schon genau wie unsere Brüder arbeitslos, wir haben ein Interesse daran, wie unsere zukünftige Wirtschaft aufgebaut wird. Wir müssen aber über eines im klaren sein: Die Sozialisierung ist ein großes Wort und ist zum Teil bereits zu einem Schlagwort heruntergesunken. Das Wort „Sozialisierung" wird zur Zeit viel gebraucht, die wenigsten aber sind sich klar darüber, was Sozialisierung eigentlich bedeutet. Sozialisierung bedeutet letzten Endes nichts anderes, als daß die ganzen Produktionsmittel, die heute zur Ausbeutung dienen, aus den Händen einiger weniger Privatbesitzer genommen und auf die Gesellschaftung, d. h. auf

---

[96]) Zur Tätigkeit des Zentralrats vom 19. 12. 1918 bis zum 8. 4. 1919 vgl. die von Eberhard Kolb unter Mitwirkung von Reinhard Rürup hrsg. Edition: Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik, Leiden 1968, sowie den Aufsatz von Flemming.

[97]) Vgl. dazu die in acht Punkte gegliederte Kundgebung des Zentralrats an die Deutsche Nationalversammlung vom 4. 2. 1919 (abgedruckt u. a. in: Zentralrat, S. 544 ff.), insbesondere folgenden Abschnitt: „7. In der Erwartung, daß die Nationalversammlung ihre volle Souveränität durchführt, legt der Zentralrat die ihm vom Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte übertragene Gewalt in die Hände der deutschen Nationalversammlung und wünscht ihren Arbeiten jeglichen Erfolg zum Glück und Heil des gesamten deutschen Volkes und aller im neuen Deutschen Reich vereinigten deutschen Stämme." Vgl. auch Flemming, S. 70 ff.

die Allgemeinheit, d. h. an den Staat übertragen werden. Sozialisierung heißt nichts anderes als Verwirklichung des Sozialismus, Verwirklichung der sozialistischen Wirtschaft. Die Sozialisierung kann deshalb auch nicht national durchgeführt werden; die Sozialisierung kann nur international beendet werden.
Aber damit ist nicht gesagt, daß mit der Sozialisierung nicht begonnen werden soll. Die Sozialisierung ist zunächst da möglich, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse sich derart herausgebildet haben, wo die Produktionsmittel sich zentralisiert haben, daß sie sich in Händen von wenigen befinden, und das trifft auf keinen Staat so zu wie gerade auf Deutschland. Wir haben in Deutschland die Aktiengesellschaften, wir haben die Trusts, wir haben die Monopole, und in diesen Körperschaften die ganze Machtstellung derjenigen, die eben noch Besitzer dieser Produktionsmittel sind. Wo in den Wirtschaftszweigen diese Monopol- und Aktienstellung sich herausgebildet hat, da muß zunächst mit der Sozialisierung begonnen werden, und da kommt bei uns in Deutschland zuerst in Betracht die Förderung von Kohle und Erz, die Ausnützung der Kraftquellen und die Regelung der Grundbesitze. Man kann sagen, die ganzen Privatversicherungen, die sich zu Aktiengesellschaften ausgewachsen haben, verkörpern in sich auch die ganze finanzielle Macht, die mit ausschlaggebend ist in politischer Beziehung. Es verbindet sich damit auch die politische Macht im Staatsleben, und da muß zweifellos mit der Sozialisierung angefangen werden.
Nun hat die Reichsregierung bereits den Anfang mit der Sozialisierung gemacht[98]). Wir müssen uns klar darüber sein, daß die Sozialisierung nicht sprungweise vor sich gehen kann. Die Entwicklung löst sich nicht ab von heute auf morgen, sondern sie geht in einem allmählichen Prozeß vorwärts. Damit ist aber nicht gesagt, daß man nicht bestrebt sein soll, diese Entwicklung vorwärtszutreiben. Im Gegenteil: Gerade die Masse, die an dieser Sozialisierung interessiert ist, muß sich aktiv beteiligen, sie muß immer hinter der Regierung stehen, sie muß sie schieben, sie muß sie nach ihrem Willen nach diesem Ziele bringen. Nur so werden wir zu der sozialistischen Wirtschaft kommen. Dabei muß man sich aber auch klar sein, daß neben der Sozialisierung auch die Organisierung des Konsums notwendig ist gerade in den Gemeinden. Denn die heutige kapitalistische Produktionsweise ist planlos, weil ihr einziges Ziel nur der Produktion gilt; die sozialistische Wirtschaft soll aber eine Bedarfswirtschaft sein. Es soll im Sozialismus nur produziert werden nach dem Bedarf, nach dem, was die Allgemeinheit, was die Gesellschaft braucht. Deshalb ist es ebenso notwendig, auch festzustellen innerhalb der Gesellschaft, was der Bedarf ist, und daher Organisierung der Konsumenten.
Daneben muß Hand in Hand gehen die Sozialisierung, oder man könnte auch sagen, die Kommunalisierung in den Gemeinden. Zweifellos ist es in den Gemeinden möglich, gewisse Betriebe und Gebiete von den Gemeinden selbst bearbeiten zu lassen. Dadurch wird die Finanzwirtschaft, die jetzt für die Gemeinden so schwer ist, den Gemeinden und dem Staat leichter gemacht, denn keine Steuerpolitik, die den ganzen Besitz erfaßt, wird in Zukunft ausreichen, um unser Staatsleben so aufzubauen, daß es ruhig ist. Deshalb ist das einzige Mittel – und das sieht man auch überall ein – weitgehende Sozialisierung der Gesellschaft. Wir sind durch den Krieg ein armes Land geworden, bettelarm. Vor viereinhalb bis fünf Jahren wäre die Sozialisierung bei uns in

---

[98]) Frick meint hier wahrscheinlich das von der Nationalversammlung am 13. 3. 1919 verabschiedete Gesetz über die Regelung der Kohlewirtschaft und das am gleichen Tag von der Nationalversammlung angenommene sog. Sozialisierungsgesetz, das allerdings nur Rahmenbestimmungen enthielt, die durch weitere Einzelgesetze ausgefüllt hätten werden müssen (vgl. Schieck, S. 155 ff.). Zur Frage der Sozialisierung allgemein, insbesondere zur Tätigkeit der Sozialisierungskommission, die seit dem 5. 12. 1918 tagte, vgl. vor allem Schieck, S. 55 ff.; 92 ff.; Elben, S. 81 ff.; Oertzen, S. 238 ff.; Flemming, S. 131 ff.; Zentralrat, passim, und Regierung der Volksbeauftragten, I, II, passim.

Deutschland leicht durchzuführen gewesen; heute kann uns nur Arbeit und nochmals Arbeit aus diesem Trümmerhaufen retten. Wir müssen der Masse sagen, daß die sozialistische Wirtschaft angestrebt werden muß, daß weitgehend sozialisiert werden muß. Es muß auch die Arbeitspflicht für alle, auch die Bourgeoisie, durchgeführt werden. Nur durch die Arbeitspflicht sind wir in der Lage, die sozialistische Kultur uns zu erringen, denn Kultur setzt immer Arbeit voraus.
Nun habe ich vorhin gesagt, daß sich die Sozialisierung nur durch weitgehende Aktivität der Massen durchsetzen lasse, und da tritt die Forderung auf: Wir wollen Räte, Arbeiterräte, denn wir sind uns klar darüber, wenn man auch die politische Macht in der Hand hat, und wenn heute irgendeine andere politische Partei die jetzige Regierung ablöst und sie hat die Machtmittel dazu, dann wird sie das auch verwirklichen können. Die politische Macht wird sich nicht ohne alles weitere auswirken. Ich darf nur auf eins verweisen: Wir haben in den ersten Tagen der Revolution zweifellos die politische Macht vollständig in den Händen gehabt, aber die Staatsverwaltung und die ausführenden Organe innerhalb des Staates haben ganz genau nach dem alten Schema weitergearbeitet. Deshalb sind wir uns klar darüber: Wenn wir die politische Macht übernehmen wollen, dann müssen wir auch in demselben Moment die ganze Staatsverwaltung übernehmen können. Deswegen ist Sozialismus nicht nur eine politische Machtfrage, sondern ist in weitem Sinne auch eine Personenfrage.
Hätten wir in den ersten Tagen der Revolution die geeigneten Leute gehabt, dann hätten wir nicht notwendig gehabt, Kontrollorgane zu schaffen für die alten Bürokraten. Dann wären wir hingegangen und hätten unsere Leute hineingesetzt in die Verwaltung. Wir haben aber die Personen nicht gehabt, und wenn wir in Zukunft die Staatsverwaltung übernehmen wollen für die sozialistische Wirtschaft, dann müssen wir die Personen schaffen und heranbilden. Zu dieser Heranbildung der Personen ist nichts so geeignet wie gerade das Rätesystem, denn das Rätesystem ermöglicht es uns, innerhalb des Staates praktisch mitzuarbeiten, die ganzen Staatsgeschäfte kennenzulernen und die Personen heranzubilden, die wir zu dem Sozialismus brauchen. Deshalb wollen wir in den Betrieben, daß die Arbeiterräte Einsicht bekommen in die Produktionsverhältnisse, in den Aufbau eines Betriebs, in die Verwaltung eines Betriebs; wir wollen andererseits die Kontrollorgane bei den Gemeinden, Oberämtern, bei der Staatsverwaltung, bei den Kreisregierungen usw. bekommen, damit wir dauernd Einblick erhalten, damit der alte Amtsschimmel immer lebendig gehalten wird, daß ihm von Zeit zu Zeit wieder die Sporen in die Weichen gedrückt werden, damit dieser alte Amtsschimmel endlich einmal in Galopp kommt.
Diese Frage ist sehr wichtig, aber ich bin kein absoluter Vertreter des Rätesystems an sich. Ich will nicht, daß das Rätesystem die politische Staatsform wird, weil dazu bei uns in Deutschland die Voraussetzungen fehlen. Andererseits wären wir nach meiner Auffassung auch gar nicht in der Lage, mit dem Rätesystem das ganze Staatswesen zu übernehmen und zu leiten, aber wir müssen uns durch das Rätesystem die geeigneten Männer dazu heranbilden. Wir brauchen auch gegenüber den jetzigen verfassunggebenden Körperschaften, der Landesversammlung und der Nationalversammlung, ein revolutionäres Organ, das darüber wacht, daß die Erfolge der Revolution nicht verlorengehen. Gerade in Württemberg hat sich gezeigt, daß, wenn wir hier nicht auf dem Posten sind, durch diese Kompromißpolitik im Parlament die Gefahr entsteht, daß viel von dem, was wir durch die Revolution erworben haben, verlorengeht. Wir dürfen also dieses erworbene Recht nicht ohne alles weitere uns aus der Hand schlagen lassen. Zweifellos wird in diesem Sinne auch auf dem Rätekongreß die Meinung zum Ausdruck kommen. Dieser Rätekongreß in Berlin aber wird sich nicht um militärische Dinge kümmern, sondern er wird sich lediglich mit diesen Fragen der Sozialisierung und des Rätesystems befassen. Nun wissen wir aber ganz genau, daß sich jede politische Macht

auf die militärische Macht stützen muß und daß die militärische Macht das Ausschlaggebende in jedem Staatskörper ist. Deshalb haben wir ein großes Interesse daran, daß auch unsere rein militärischen Interessen bei diesem Rätekongreß zum Ausdruck kommen. Nun ist ja das Wahlverfahren für diesen Rätekongreß derart angelegt, daß wir dort in einer verschwindenden Minderheit vertreten sein werden. Jedes Armeekorps schickt einen Vertreter. Dieser Rätekongreß aber wird von etwa 400 Vertretern besucht sein, so daß wir also mit 20 Mann vertreten sind, die also gar keine Bedeutung haben werden. Trotzdem ist die Sache für uns äußerst wichtig.
Wir müssen anstreben, daß wir beim Reichswehrministerium eine Vertretung bekommen, ganz genauso wie wir sie im Landesausschuß gegenüber dem Kriegsministerium haben. Das ist sehr wichtig. Es werden dauernd von Württemberg aus durch den Militärbevollmächtigten Verhandlungen über militärische Dinge mit dem preußischen Kriegsministerium, mit dem Reichsschatzamt und mit der Regierung gepflogen. Wir als Soldatenräte in Württemberg haben auf diese keinerlei Einfluß. Wir wissen gar nicht, was da vorgeht, und trotzdem sind diese Dinge äußerst wichtig, weil es sich da ja um grundlegende Gesetze und grundlegende Bestimmungen handelt, und hätten wir während der Zeit des ersten Rätekongresses beim preußischen Kriegsministerium einen Landesausschuß oder Zentralrat gehabt, so wäre manche Verfügung vom preußischen Kriegsministerium nicht herausgekommen und uns manche Arbeit erspart geblieben. Deshalb müssen wir das, was wir in Württemberg geschaffen haben und was sich als mustergültig bewährt hat, erhalten. Wir müssen auf dem Standpunkt stehen, daß auch dem Reichswehrministerium und dem Reichsschatzamt die Vertreter der Soldaten hingesetzt werden. Nur dann haben wir die Garantie, daß auch an diesen Stellen so gearbeitet wird, wie wir es verlangen müssen.
Deshalb wäre es am besten, der Vertreter, der nach Berlin geht, sucht sofort Anschluß mit den übrigen Armeevertretern, und diese finden sich zu einer einheitlichen Fraktion zusammen, und wenn sie sehen, daß sie beim Kongreß nicht zu Worte kommen, dann werden sie sich lediglich auf das Militärische zu beschränken haben und werden dem Rätekongreß den Vorschlag machen, den ich Ihnen eben gemacht habe, daß ein Zentralsoldatenrat für das ganze Reich gebildet wird, der dem Reichswehrministerium und dem Reichsschatzamt hingesetzt wird. Dieser Reichszentralsoldatenrat muß wieder zusammengesetzt werden aus Vertretern des ganzen Reiches, so daß jeder Bundesstaat mindestens durch einen Vertreter vertreten ist. Die Frage könnte noch aufgeworfen werden, ob dieser Zentralrat dauernd in Berlin ist. Es wird vielleicht ein Vollzugsrat genügen. Aber daran müssen wir festhalten, daß das, was wir hier in unserer Organisation von unten auf geschaffen haben und was sich glänzend bewährt hat, auch im Reich zur Durchführung kommt.
Ich bin überzeugt davon, hätten wir im Reich eine Soldatenratsorganisation, die den Einfluß gehabt hätte, wie wir in Württemberg ihn haben, die Kämpfe in Berlin und im Reich wären nicht gekommen. Denn diese Kämpfe – darüber bin ich mir auch im klaren – haben sich immer mehr herausgebildet zu einem Kampf zwischen Arbeiterschaft und Bourgeoisie. Denn in dem Moment, wo eine Soldatenorganisation von Bourgeoissöhnchen gebildet wird, schlagen sich alle Sozialisten, gleichgültig, wo sie sonst hingehören, auf die revolutionäre Seite. Ich bin überzeugt, nur dadurch, daß wir uns Einfluß im Reiche sichern, wird es möglich sein, auf anderem Wege als auf dem, der sich im Reich abgespielt hat, das zu verwirklichen, was wir alle wollen: die Revolution weiterzutreiben, bis wir da sind, wo wir hin wollen, zur sozialistischen Wirtschaft, zu einer neuen Kultur (Beifall).

VORSITZENDER: Ehe ich die Ausführungen unseres Kameraden Frick zur Diskussion stelle, möchte ich die Kameraden darauf hinweisen, daß dazu der Antrag von Ludwigsburg gedruckt vorliegt:

„Der nach Berlin entsandte Delegierte erhält den Auftrag, energisch die Schaffung eines fähigen Zentralsoldatenrats zu verlangen und außerdem für die Erhaltung der württembergischen Eigenart in der württembergischen Reichswehrbrigade einzutreten. Die vom Reiche vorgesehene Uniform ist als unschön und unzweckmäßig zu verwerfen. Die württembergische Verwaltung, das Recht der Ernennung aller Offiziere, muß erhalten bleiben. Die heute angenommenen neuen Bestimmungen für den ‚Neuaufbau des württembergischen Volksheeres' müssen möglichst auf das Reich angewendet oder aber mindestens für Württemberg erhalten werden."
Dieser Antrag steht ebenfalls mit zur Diskussion.
Außerdem sind folgende beiden Resolutionen dazu eingegangen:
„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs spricht dem vom ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte eingesetzten Zentralrat ihr schärfstes Mißtrauen aus.
Er hat sein Mandat dazu mißbraucht, der Reaktion in jeder Weise Vorschub zu leisten. Der berüchtigte Erlaß betreffend Neuregelung der Kommandogewalt, die Tatsache, daß er die ihm von den deutschen Arbeiter- und Soldatenvertretern übertragenen Machtbefugnisse eigenmächtig in die Hände der deutschen bzw. preußischen Nationalversammlung zurücklegte, sowie sein neuer Erlaß betreffend Richtlinien für Neuwahlen zu den Arbeiter- und Soldatenräten[99]) bedeuten einen Verrat an der Revolution. Die württembergischen Soldatenräte erkennen deshalb diesem Zentralrat jede weitere Berechtigung als ihre Vertretung ab und erkennen seine Beschlüsse in keiner Weise als für sie bindend an. Binder"
Ich möchte bemerken, daß diese Resolution nur eine Unterschrift trägt. Ich bitte den Kameraden Binder, noch 14 Unterschriften dazu zu sammeln, sonst kann ich sie nicht zur Abstimmung bringen.
Zweite Resolution:
„Die am 19. März tagende Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs ist mit der Amtsführung des vom ersten Rätekongreß eingesetzten Zentralrats nicht einverstanden.
Er hat sein Mandat nicht immer so ausgeführt, wie es den Interessen der Soldatenräte entspricht. Vor allem hat er durch die Neuregelung der Kommandogewalt gezeigt, daß es ihm an dem nötigen Weitblick und politischen Verständnis fehlt.
Die württembergischen Soldatenräte legen deshalb den größten Nachdruck auf eine vollständige Neubesetzung des Zentralrats und beauftragen die zum nächsten Rätekongreß delegierten Kameraden, nach ihren besten Kräften dafür zu sorgen, daß der zukünftige Zentralrat von Kameraden und Genossen besetzt ist, die in jeder Weise die Gewähr für eine fruchtbringende, den Interessen der Soldatenräte in jeder Weise Rechnung tragende Arbeit bieten. Gruhnert"
Diese Resolution sagt übrigens so ziemlich dasselbe, was die vorhergegangene Resolution gesagt hat.
Weitere Resolutionen:
„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs erwartet von der württembergischen Staatsregierung, daß die bisherigen militärischen Sonderrechte Württembergs bei der Regelung des künftigen Heereswesens in weitestem Umfang aufrechterhalten werden."

SCHULER (Zur Geschäftsordnung): Wir sind uns über die vorliegenden Anträge und auch über den Rätekongreß völlig klar. Die Ausführungen, die Kamerad Frick gemacht

---

[99]) Vgl. dazu die Einberufung des II. Rätekongresses durch den Zentralrat am 1. 3. 1919, Zentralrat, S. 748 ff.

hat, waren so eingehender Natur, daß neue Gesichtspunkte von Entscheidung gar nicht mehr beigebracht werden können. Ich beantrage deshalb, daß wir in die Debatte nicht eintreten, sondern zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge und Resolutionen schreiten.

VORSITZENDER: Es ist geschäftsordnungsmäßig beantragt, in eine Debatte über das Referat des Kameraden Frick nicht einzutreten, sondern sofort über die vorliegenden Resolutionen und Anträge abzustimmen. Wünscht jemand dagegen zu sprechen? – Wenn nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für Annahme des Geschäftsordnungsantrags ist, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung. Zunächst bringe ich die Resolution zur Abstimmung, die ich vorhin verlesen habe, unterzeichnet Gruhnert. (Verliest sie noch einmal.) Wer für Annahme dieser Resolution ist, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. Ich konstatiere einstimmige Annahme der Resolution.

Nächste Resolution:

„Die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs erwartet von der württembergischen Staatsregierung, daß die bisherigen militärischen Sonderrechte Württembergs bei der Regelung des künftigen Heereswesens in weitestem Umfang aufrechterhalten werden."

Wer für Annahme dieser Resolution ist, den bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. – Die Resolution ist angenommen.

Nun kommt der Antrag Ludwigsburg, der Ihnen gedruckt vorliegt (Rufe: Nochmals verlesen!). Er lautet: (Verliest ihn nochmals)[100]). Wer für Annahme dieses Antrags ist, bitte ich die Hand zu erheben (Geschieht). Ich bitte um die Gegenprobe. – Auch dieser Antrag ist angenommen.

Damit ist Punkt 4 zur Verabschiedung gekommen. Wir haben nun das Wahlergebnis [zum Landesausschuß] vorliegen.

Abgegeben wurden 106 Stimmzettel von 110, die abzugeben gewesen wären. Drei der Stimmzettel sind ungültig. Das Resultat ist folgendes: Bettinger 100, Ackermann 91, Hitzler 85, Salzer 85, Biesinger 85, Mitschele 85, Schäffler 83, Schindler 82, Kettner[101]) 82, Frick 81, Stanecker 80, Klotz 78, Hof 76 (Zuruf: Pfui Teufel!) – ich bitte, doch diese Bemerkungen zu unterlassen –, Dürr 73, Schalk[102]) 72, Benack[103]) 72, Wollbold 67, Bölz 64, Fettes[104]) 64, Kern 62, Seiffer 60 Stimmen. Demnach wären als ordentliche Ausschußmitglieder gewählt: Bettinger, Ackermann, Hitzler, Salzer, Biesinger, Mitschele, Schäffler, Schindler, Kettner, Frick[105]), Stanecker, Klotz, Hof, Dürr, Schalk, Benack, Wollbold. Die Ersetzenden nächsten drei sind: Bölz, Fettes, Kern.

---

[100]) Vgl. oben S. 216.

[101]) Hermann Kettner, Vizefeldwebel im Infanterieregiment 125, bis zum 30. 9. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte; am 24. 3. 1919 vom Landesausschuß mit der Kontrolle des Kriegsministeriums, Abteilung Allgemeines, beauftragt.

[102]) Josef Maximilian Schalk, von Beruf Schauspieler, Gefreiter im Pionierbataillon 13 in Ulm, Mitglied der SPD, gehörte dem Landesausschuß der S.-Räte bis zum 15. 7. 1919 an; am 24. 3. 1919 vom Landesausschuß mit der Kontrolle des Kriegsministeriums, Abteilung Beschwerden und Vorgesetzte, beauftragt.

[103]) Franz Benack, Unteroffizier im Infanterieregiment 180 in Gmünd, bis 15. 7. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 24. 3. 1919 vom Landesausschuß zu dessen Geschäftsführer gewählt.

[104]) Philipp Fettes, Sanitätsunteroffizier im Reservelazarett in Stuttgart, vom Landesausschuß am 24. 3. 1919 mit der Kontrolle des Sanitätsamtes und der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums beauftragt.

[105]) Laut einer Meldung des Sozialdemokrat nahm Frick die Wahl nicht an; vgl. Hahn, S. 62.

*Im Anschluß an die Bekanntgabe des Wahlergebnisses wird ein vorher zurückgestellter Antrag auf Amtsenthebung Hahns behandelt und in der Abstimmung abgelehnt*[106]*). Frick wird zum Delegierten der württembergischen Soldatenräte für den II. Rätekongreß bestimmt. Damit endet die 4. Landesversammlung.*

## Anlage:
## Schreiben von Karl Hof an Reichswehrminister Noske, 6. Juni 1919

**Donau-Wacht (Ulm) Nr. 125 vom 7. Juni 1919. Überschrift: „Offener Brief des Landtagsabg. Hof**[107]**) an den Reichswehrminister."**

Stuttgart, den 6. Juni 1919

An den Herrn Reichswehrminister Noske
Berlin
Sehr geehrter Herr Minister!
Die Aufstellung der neuen Reichswehr und die Übernahme der württembergischen Sicherheitstruppen sowie der Freiwilligen-Abteilung Haas in dieselbe[108]), geben mir Veranlassung, Ihnen einige Bedenken sehr ernster Natur zu unterbreiten, die erfahrungsgemäß vom Regierungstisch aus leicht übersehen werden.
Es besteht im größten Teile des Volkes und insbesondere in Soldatenkreisen die sehr berechtigte Meinung, daß das Reichswehrministerium von den Männern geleitet wird, die wir am 9. November 1918 als für das Heerwesen abgetan glaubten. Ein Blick in die neuen Reichswehrbestimmungen[109]) bestätigt dies auch.
In den Ausführungsbestimmungen des Armee-Verordnungsblattes 30 vom 4. April 1919, Seite 264, heißt es im letzten Absatz:
„Hand in Hand mit der Bildung der Reichswehr ist die Auflösung des alten Heeres durch Zusammenlegen der Verbände nach besonderen noch folgenden Bestimmungen umgehend durchzuführen."
Zur Auflösung des alten Heeres gehören aber nicht nur Soldaten, sondern auch ganz besonders das alte Offizierskorps. Im Verlaufe der letzten fünf Monate aber sind den Offizieren wieder Rechte eingeräumt worden, die sich von den ehemaligen Vorrechten des Offiziers nicht oder nur ganz unwesentlich unterscheiden. Statt nun auch eine völlige Auflösung des Offizierskorps vorzunehmen, haben Sie, Herr Minister, der Einfachheit halber wahrscheinlich, kurzerhand zu dem bestehenden Offizierskorps gegriffen, um mit diesem ein neues Heer aufzubauen, das wohl dem Namen und der Form nach

---

[106]) Nachdem Hahn am 20. 3. 1919 seinen Rücktritt aus dem Landesausschuß erklärt hatte, sollte er auch als Leiter der Sicherheitszentrale abgesetzt werden. Diesen Antrag lehnte die Landesversammlung jedoch mit 96 gegen 14 Stimmen ab. Dazu schreibt Hahn (S. 62): „Wäre ich abgesetzt worden, so hätten die Soldatenräte damals ihr unblutiges Ende gefunden, denn es standen zwei Kompanien bereit, um für diesen Fall die ganze Landesversammlung einzupakken und nach Hause zu schicken." Vgl. Blos, Monarchie II, S. 43; Kluge, S. 115.

[107]) Karl Hof (geb. 1889), von Beruf Steinmetz, Unteroffizier im Infanterieregiment 120 in Ulm; gehörte dem am 10. 11. 1918 gebildeten Vollzugsausschuß des A.- und S.-Rates Ulm an; vom 12. 12. 1918 bis zum 30. 9. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte, am 13. 12. 1918 vom Landesausschuß mit der Kontrolle des Generalkommandos, Abteilung Allgemeines, beauftragt, am 24. 3. 1919 übernahm er die Kontrolle derselben Abteilung im Kriegsministerium; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); seit Mai 1920 Geschäftsführer der Bauhütte Oberschwaben; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 581.

[108]) Die Freiwilligenabteilung Haas (vgl. Anm. 18) wurde vollständig in die württembergische (13.) Reichswehrbrigade eingegliedert. Von den Sicherheitstruppen übernahm die Reichswehr nur einen geringen Prozentsatz, der größte Teil dieser Verbände wurde dem württembergischen Innenministerium als Polizeiwehr unterstellt. Vgl. Hahn, S. 97; Kluge, S. 119.

[109]) Vgl. Anm. 42.

eine Änderung erfahren hat, jedoch das Fundament desselben ist das alte geblieben. Dabei will ich aber nicht sagen, daß nicht unter den Offizieren Männer wären, die nicht berechtigten Anspruch auf Führerstellen in einem auf demokratischer Grundlage aufgebauten Volksheer hätten; behaupte aber, daß diese nur ein sehr geringer Prozentsatz des alten Offizierskorps sind. Die Auswahl solcher Offiziere wäre also vor allen Dingen Pflicht des Reichswehrministeriums gewesen. Ein Ministerium aber, das mit feudalen Monokelträgern ebenso reich gesegnet ist wie vor der Revolution, ist für Einführung revolutionärer Neuheiten, wo es keine Vorrechte, sondern gleiche Rechte und gleiche Pflichten geben soll, nicht zu haben.

Sie, Herr Minister, haben der Forderung des Offiziersbundes auf sofortige Beseitigung der Soldatenräte stattgegeben. Gewiß gab es sehr viele Soldatenräte, die dieses Amt besser nie angetreten hätten und unserer Sache mehr schadeten als nützten; es waren und sind aber auch andere vorhanden, und gemeinsam mit solchen Soldatenräten wäre eine andere Reorganisation des Heerwesens zustande gekommen, als es in den neuen Reichswehrbestimmungen der Fall ist. Die Klassenunterschiede werden hier durch einen Sozialdemokraten[110]) bestimmt, statt beseitigt. Aus diesem Reichswehrgesetz spricht der echte preußische Offiziersgeist und man hört daraus schon wieder das Säbelrasseln der unnahbaren Offizierskaste aus der Zeit Wilhelms des Letzten.

Möchte dabei nur auf die Werbeannoncen für die freiwilligen Verbände hinweisen[111]), wo es in einer solchen für das Freikorps Lützow heißt: Auf zu Lützows wilder, verwegener Jagd! Zu derartigen Zwecken muß unser armes deutsches Volk Hunderttausende von Mark opfern, denn der Militarismus kennt im Geldausgeben keine Grenzen. Dieselben Offiziere nun, die zur wilden, verwegenen Jagd aufrufen, haben gnädigst für die neue Reichswehr das Vertrauensmännersystem zugelassen[112]), um dem militärischen Plebs die vorrevolutionäre Küchenkommission mit anderem Namen wiederzugeben.

Ein solcher Vertrauensmann ist für die Zukunft der Puffer zwischen Offizieren und Mannschaften, der wohl beiderseits die derben Schmeicheleien anzuhören, aber nichts zu sagen hat. Ein solches Vertrauensmännersystem ist gut durchdacht, denn der Reichswehrausschuß weiß ganz genau, daß jeder Vertrauensmann bald müde wird, der Prellblock im Truppenkörper zu sein und somit schläft die Einrichtung von selbst wieder ein.

Ob nun aber der Name Soldatenrat oder Vertrauensmann hieße, bliebe in dieser Hinsicht gleichgültig, denn Rechte hätte nach den Reichswehrbestimmungen weder der

---

[110]) Gemeint ist: durch den sozialdemokratischen Reichswehrminister Noske.

[111]) Die Werbeannoncen und -methoden für die Freikorps wurden vielfach kritisiert. In der Sitzung des Zentralrats am 9. 1. 1919 faßte Max Cohen die Eindrücke, die er bei einem Besuch des Großen Hauptquartiers gewonnen hatte, folgendermaßen zusammen: „... Dann habe ich die Leute gehört, die die Anwerbung der Freiwilligen vornehmen. Ich muß sagen, es ist mir kalt über den Rücken gelaufen. Es sind viele Offiziere darunter, denen alles sozialistische Empfinden fernliegt, und die sich darauf freuen, einmal wieder dazwischenhauen zu können. Ich muß sagen, es graut mich vor dem, was kommen kann. An denen ist die ganze Zeit spurlos vorübergegangen. Ich habe die ungeheure Befürchtung, daß wir lediglich mit Militaristen anderer Gesinnung kämpfen, das ist mir heute so recht deutlich geworden, als ich mit diesen Leuten sprach" (zitiert nach: Zentralrat, S. 287). Vgl. III. Gesch. 1968, S. 307 f. (dort ein Faksimile eines Aufrufs zur Freiwilligenmeldung für die Freikorps, den der Zentralrat und Noske unterzeichnet hatten); s. auch III. Gesch. 1929, S. 256, 278; Waite, S. 38 f.; Schulze, S. 30 ff.

[112]) Die zusammen mit dem vorläufigen Reichswehrgesetz am 6. 3. 1919 erlassene Ausführungsverordnung sah in § 4 vor, daß von den Truppen gewählte Vertreter bei denjenigen Anordnungen mitwirken konnten, „die sich auf die Fürsorge für die Truppe, auf Urlaub und Beschwerdeangelegenheiten beziehen" (vgl. Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 296). Ausgeschlossen war eine Mitwirkung bei militärischen Fragen. Vgl. auch Carsten, Reichswehr, S. 39 f.; Gordon, S. 55 ff.; Flemming, S. 128 ff.

eine noch der andere. Hätte man im Reichswehrausschuß einige bewährte Soldatenräte beigezogen, so wäre der zukünftige Soldat nicht so rechtlos geworden und dem Offizier wären nicht die alten Vorrechte eingeräumt worden, denn wie konnten Sie, Herr Minister, das Burschengeld genehmigen, wie durften Sie ferner als Sozialdemokrat solch krassen Löhnungs- bzw. Gehaltsunterschieden Ihre Zustimmung geben? Um nur ein Beispiel anzuführen: Ein Soldat, der sechs bis acht Jahre Dienstzeit hinter sich hat und nicht Unteroffizier wurde, weil er zufällig aus einer butterarmen Gegend stammte, erhält in der Friedensgebührnisvorschrift 2 Mark Teuerungszuschuß; ein Unteroffizier, der das Glück hatte, schon mit 1 1/2 bis 2 Jahren befördert zu werden, erhält 3 Mark. Der alte Soldat aber bezahlt dieselben Preise für Lebensmittel usw., wie der junge Unteroffizier. Wenn Unterschiede gemacht werden, dann wenigstens das Dienstalter berücksichtigen!
Am krassesten aber ist, daß, wenn ein so altgedienter Soldat verheiratet ist und Kinder hat, er keinen Löhnungszuschuß bekommt; dagegen der verheiratete Unteroffizier empfängt täglich 1,65 Mark und für jedes Kind täglich 1 Mark.
Nun noch einiges über Soldatenräte bzw. Vertrauensmänner; der Name spielt ja keine Rolle. Wenn in der Truppe selbst gegen das in den Reichswehrbestimmungen eingeführte Vertrauensmännersystem nicht Sturm gelaufen werden sollte, so müßte zum mindesten in der Garnison eine Stelle sein, die Mitbestimmungs- und Einspruchsrecht in allen Dienstangelegenheiten hat; es wäre dies auch zugleich ein Kontrollorgan, dessen sich eine demokratische Regierung mindestens so lange bedienen muß, bis durch eine neue Generation an Offizieren sich dieses erübrigt. Ferner aber müßten vor allen Dingen auch Stellen geschaffen werden, die zwischen Generalkommando und Kriegsministerium in den Freistaaten einerseits und zwischen dem Gruppenkommando und dem Reichswehrminister andererseits zugleich Vertrauensmänner der Soldaten und der Minister sind. So hätten die Soldaten Vertreter, von denen sie wüßten, daß diese Machtbefugnisse besitzen, die ihren berechtigten Forderungen und Beschwerden Geltung verschaffen können. Ebenso hätten auch unsere Ministerien Organe, die darüber wachen, daß Übergriffe untergeordneter Stellen nicht vorkommen oder aber rechtzeitig vor solchen Übergriffen warnen können. Oder, Herr Minister, geben Sie sich etwa der Hoffnung hin, daß Kreise, die gestern noch Sozialistenfresser und Götzendiener einer absolutistischen Monarchie waren, heute glühende Verfechter demokratischer Ideen einer freien Volksrepublik sind?
Diese Kreise werden vielmehr jeden günstigen Augenblick benützen, ihre Götzen wieder in den alten Tempel zu holen. Wir haben in Württemberg ein gut ausgebautes Soldatenratssystem und sind für spartakistische Wahnsinnspolitik nicht zu haben, standen vielmehr treu zur Seite der württembergischen Staatsregierung, um die Errungenschaften des 9. November vorigen Jahres nicht neuen Despoten auszuliefern. Der Landesausschuß der Soldatenräte Württembergs arbeitet im besten Einvernehmen mit dem württembergischen Kriegsministerium; daß diese Soldatenräte sich ihrer Pflichten dem Vaterlande gegenüber bewußt sind, das haben die unruhigen Stuttgarter Tage[113]) bewiesen und insbesondere die erfolgreiche Niederzwingung der Spartakistenherrschaft in München[114]). Dort hatten unsere württembergischen Sicherheitstruppen auch Soldatenräte, und diese Männer haben alle brav ihre Pflicht getan.

---

[113]) Hof bezieht sich hier auf die Januarunruhen in Stuttgart; vgl. dazu Nr. 11.
[114]) An der Reichsexekution gegen die Räterepublik München Ende April/Anfang Mai 1919 waren auch württembergische Truppen beteiligt: die verwendungsbereiten Verbände der Freiwilligenabteilung Haas (etwa 1600 Mann) und Teile der Sicherheitstruppen (rund 4000 Mann). Zu den Kämpfen der württembergischen Verbände in Bayern s. das ausführliche Kapitel „Der Zug nach Bayern" bei Hahn, S. 82 ff.; vgl. auch Darstellungen V, S. 43 f.; Kluge, S. 117 f. und Nr. 23, S. 439 ff.

Allerdings haben unsere Soldatenräte nicht zugelassen, daß, wie bei den preußischen Truppen, Parademarsch auf den Straßen geübt wurde; auch haben unsere Soldatenräte kein Verständnis für den Pflichtgruß, sondern die württembergischen Sicherheitstruppen grüßen alle die Vorgesetzten von selbst, die Achtung verdient haben, und wollen sich nicht zwingen lassen, die Uniform zu grüßen[115]). Diese braven Sicherheitstruppen, alles Männer mit einer größeren Anzahl Dienstjahre, müssen zähneknirschend zusehen, wie ihnen Stück für Stück ihres guten Rechts entrissen wird. Sie, Herr Minister, werden mir zur Antwort geben, daß die Reichswehr eine freiwillige Truppe ist, und wem[116]) es nicht paßt, [der] kann die Uniform ausziehen. Bedenken Sie aber auch, daß der größte Teil dieser Männer ohne Arbeit ist und nur, weil sie sonst hungern, gehen sie schweigend die Bedingungen der neuen Reichswehr ein. Wie weittragend aber unter den augenblicklichen Verhältnissen ein solcher Oktroyierungsversuch ist, durch Hunger den Willen einer gewalttätigen Offiziersclique durchzusetzen und immer nur den Wünschen der Bourgeoisie Rechnung zu tragen, überlasse ich der Zukunft. Wenn Sie, Herr Minister, nicht einseitig beraten werden wollen, so ist dringend notwendig, daß Sie neben Ihren Abteilungsvorständen und Generalstäblern einige Soldatenräte oder Vertrauensmänner, wie Sie es nennen wollen, zu sich nehmen, denn auch diese Männer haben in ihren Dienstjahren viele Erfahrungen gesammelt. Natürlich brauchen diese Vertrauensmänner entsprechende Machtbefugnisse.

In Stuttgart hat bereits eine Kommission bestanden, die Bestimmungen für ein neues Volksheer durcharbeitete[117]), das ganz bestimmt den neuen Verhältnissen besser entsprochen hätte als die neue Reichswehr. Jedoch, da wir doch ein geeinigtes Reich anstreben, und wir uns nach den Reichsbestimmungen richten wollen, so werden unsere

[115]) Vom 11. bis zum 14. 5. 1919 besuchte der Vorsitzende des Landesausschusses der S.-Räte Bettinger auf einer „Inspektionsreise" die in Bayern stationierten württembergischen Truppen. In seinem Bericht an den Landesausschuß schildert er Beobachtungen, die er bei preußischen Verbänden gemacht hatte: „Preußische Truppen üben am hellen Tag auf verkehrsreichen Straßen unter Behinderung des Verkehrs mit Begleitung der Musik, man höre und staune, Parademarsch. Diese norddeutschen Herrschaften, die zweifellos noch recht wenig Gefühl für die Forderungen einer Revolution haben, haben außerdem wieder die allgemeine Grußpflicht eingeführt; die Posten stehen mit angezogenem Gewehr wieder still, wenn irgendein bemonokelter Herr mit klirrenden Sporen und schiefsitzender Mütze im Typ eines früheren preußischen Gardekürassier-Offiziers mit schiefen Mundwinkeln vorbeizieht. Die preußischen Mannschaften, die Vorgesetzte kommen sehen, hantieren, wie dies früher bei den Rekruten vielfach zu sehen war, wieder ängstlich an ihrem Waffenrock herum, um ihn daraufhin abzutasten, ob alles sitzt, und marschieren dann auf Tempo, die Hand an die Mütze legend, nach alter Weise an dem Vorgesetzten vorbei." Auch General Haas habe „mit viel Vergnügen" die Grußpflicht für seine Soldaten eingeführt. Man müsse Reichswehrminister Noske „mit aller Deutlichkeit" sagen, daß es „eines schönen Tages ein Erwachen geben wird, das dem Entsetzen gleicht", wenn er es zulasse, „daß das militärische Schiff in diesem Fahrwasser weitersteuert". Für Württemberg zieht Bettinger folgendes Fazit: „Jedenfalls können wir Gott danken, daß wir noch in Württemberg wenigstens Vernunft bewahrt haben und uns bis jetzt noch nicht dazu hergaben, die preußischen vorrevolutionären Geschichten mitzumachen. Wir werden auch niemals die Hand dazu bieten und werden auch gelegentlich General Haas sagen müssen, daß im württembergischen Volk und besonders in den württembergischen Truppen die Erinnerung an die Novemberrevolution noch nicht verblaßt ist" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 10). Ähnliche Beobachtungen wie Bettinger machte in Bayern auch das Landesausschußmitglied Mitschele, der seinen Bericht an den Landesausschuß vom 24. 5. 1919 mit der Überschrift „Das Wiedererwachen des Militarismus in München" versah. Dieser Bericht schließt mit den Sätzen: „Geben wir uns nicht dem Wahne hin, daß die alte Zeit endgültig tot sei; nein, sie schlummert nur, um bei der nächsten besten Gelegenheit vom Grabe wieder aufzustehen. Darum, die Augen auf, und sich wie ein Mann hinter die S.-Räte gestellt, die gewillt sind, das Grab des gewesenen Militärsystems mit schweren Steinen zu bedecken, so daß es nicht mehr möglich ist, den Leichnam auferstehen zu lassen" (ebd.).

[116]) Im Or.: dem.

[117]) Diese Bestimmungen, die von der 4. Landesversammlung der S.-Räte verabschiedet wurden (vgl. Anm. 2 und 73) sind abgedruckt als Nr. 29.

guten Absichten immer untergraben. Dadurch wird aber der Reichseinheit nur geschadet, und es ist nicht wunderzunehmen, daß die Gliedstaaten mit den Maßnahmen des Reiches nicht immer zufrieden sind und die Loslösungsbestrebungen immer weitere Kreise ziehen. Mit welcher Energie versuchen nur die Generalkommandos alle ihre Offiziere, auch diejenigen, die täglich ihrer reaktionären Gesinnung Ausdruck geben, in die Reichswehr in irgendeiner Form unterzubringen. Alten, erfahrenen Unteroffizieren, die zum Teil zu Führern der Sicherheitskompanien gewählt sind, will man die Fähigkeiten und Fachkenntnisse absprechen, obwohl sie bereits zwölf und mehr Jahre praktischen Dienst leisten und es zum Teil zu Offiziersstellvertretern gebracht haben und während des Krieges größtenteils Dienste versahen, die sonst nur Offiziere versehen konnten; jedoch jetzt für den Friedensdienst sollen solche Männer als Führer auf einmal nicht mehr geeignet sein?

Der württembergische Kriegsminister tut sein Bestes, um Führern wie Truppe gerecht zu werden, und somit geht es nicht immer nach dem Willen der sich maßgebend nennenden Stellen. Um aber ihren Willen doch durchzusetzen, wenden sich diese Herren über den Kopf des Kriegsministers hinweg nach Berlin, und es dauert nur auffallend kurze Zeit, so ist das Gewünschte mit der Unterschrift des Herrn Reichswehrministers selbst oder im Auftrage desselben in ihren Händen. Auch General Haas hat seinerzeit den württembergischen Kriegsminister umgangen und hat sich bei Ihnen, Herr Minister, besondere Vollmachten geholt[118]).

Auf alle Einzelheiten einzugehen, würde zu weit führen und Ihre Zeit auch zu stark in Anspruch nehmen, zugleich wäre aber auch ein Brief in Buchformat notwendig. Zweckmäßig wäre, Sie, Herr Minister, würden dem deutschen Volk erklären, daß der alte Militarismus mit anderem Namen wieder eingeführt wird, oder aber den ernsten Willen zeigen, Neueres und Besseres zu schaffen. Dann aber erlaube ich mir zu raten, mit eisernem Besen erst gründlich auszufegen, statt ein Flickwerk zu schaffen, wie es die Reichswehr ist[119])!

Ich bitte Sie, Herr Reichswehrminister, werden Sie hart, aber nicht konservativ. Verleugnen Sie nicht die Fahne, die Ihnen in Chemnitz[120]) so oft zum Sieg verholfen hat.

Hochachtungsvoll

Hof

Mitglied des S.-Rates Württemberg und Abgeordneter
des württembergischen Landtags

---

[118]) Haas hatte sich geweigert, die am 21. 3. 1919 verabschiedeten Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheeres in seiner Abteilung in Kraft zu setzen. In einer Besprechung in Weimar, an der Noske, der preußische Kriegsminister Reinhardt, der württembergische Kriegsminister Herrmann, der württembergische Gesandte in Berlin Hildenbrand, General Haas und Frick vom Landesausschuß der S.-Räte teilnahmen, unterstützte Noske Haas und bezeichnete ein Freiwilligenheer mit S.-Räten als „politischen Wahnsinn". In einer Ansprache vor seiner Abteilung am 28. 3. 1919 betonte Haas, seine Truppe unterstehe ausschließlich dem Reich und er verbitte sich „jede Soldatenratswirtschaft". Am 10. 4. 1919 nahm dann der Landesausschuß einen Antrag von Hof an, der die sofortige Absetzung von General Haas forderte (vgl. das Sitzungsprotokoll in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18; s. auch den Schriftwechsel zwischen Landesausschuß und Kriegsministerium, ebd., Büschel 2). Dieser Antrag blieb jedoch ohne Erfolg. Vgl. auch Darstellungen V, S. 29 f.; Kluge, S. 117.

[119]) Vgl. dazu das Urteil von Carsten (Revolution, S. 61 f.), der konstatiert, die sozialdemokratische Reichsregierung hätte sich „zu bereitwillig auf die Hilfe der OHL und des alten Offizierkorps" verlassen: „Auch hier zeigte sich ihr Mangel an Selbstvertrauen, ihre Abhängigkeit von sogenannten Fachleuten, ihre gänzliche Unerfahrenheit in praktischen Aufgaben, ihre Unfähigkeit, Machtfragen realistisch einzuschätzen, und ihre Unterschätzung der Stärke der Arbeiterbewegung."

[120]) Noske war seit 1902 Redakteur der Volksstimme in Chemnitz gewesen; von 1906–18 war er Reichstagsabgeordneter des 16. sächsischen Wahlkreises (Chemnitz).

# III.

# Landesversammlungen der Arbeiterräte Württembergs

## 8. Erste Landesversammlung am 8. Dezember 1918

**Schwäbische Tagwacht Nr. 290 vom 9. Dezember 1918[1]). Überschrift: „Die Tagung der Arbeiterräte."**

Die Versammlung[2]) wird um 1/2 11 Uhr durch den Vorsitzenden des Vollzugsausschusses des Stuttgarter Arbeiterrats, Genossen ZERNICKE, eröffnet, der den Wunsch ausspricht, daß die Verhandlungen den ganzen Ernst zeigen möchten, der der Revolution entspricht, und daß sie richtunggebend werden mögen für den weiteren Gang der revolutionären Entwicklung im Sinne der Sozialisierung von Staat und Gesellschaft. Die Wahl des Büros ergibt die Wahl Zernickes als Vorsitzenden, Unfried als stellvertretenden Vorsitzenden und Barthelmes als Schriftführer.

Namens der provisorischen Regierung begrüßt Ministerpräsident Genosse BLOS die Versammlung. Die Lage, so führt er in seiner kurzen Ansprache aus, ist zur Zeit noch etwas unklar. An der Grenze steht der Feind, der darauf lauert, eine Gelegenheit zu finden, um bei uns eingreifen zu können. Im Lande selbst gibt es zweifellos Kreise, die lieber den Einmarsch des Feindes sehen würden als die Sicherung der revolutionären Errungenschaften. Der Gedanke des Sozialismus, aus dem die Revolution hervorgegangen ist, muß aber zum Siege geführt werden. Es darf nicht wieder geschehen, daß die Arbeiterschaft um den Preis des Sieges betrogen wird, wie dies in früheren Revolutionen der Fall war. Um jedoch nach der politischen Revolution auch die wirtschaftliche Revolution im Sinne der Sozialisierung durchführen zu können, ist die

---

[1]) Im einschlägigen Bestand des Revolutionsarchivs (HStA Stuttgart, E 135) befindet sich weder ein stenographisches Protokoll dieser Sitzung noch der Hinweis, daß ein offizielles Verhandlungsprotokoll angefertigt wurde. Von den zahlreichen Zeitungsberichten über diese Versammlung kommt hier der Bericht der Schwäbischen Tagwacht zum Abdruck, der den Gang der Verhandlungen am prägnantesten schildert (einige falschgeschriebene Namen wurden stillschweigend berichtigt). Sehr ausführlich ist auch der Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts (Nr. 625 vom 9. 12. 1918), der mehrmals zur Kommentierung herangezogen wurde. Weitere Versammlungsberichte veröffentlichten die Württemberger Zeitung (Nr. 289 vom 9. 12. 1918), der Schwäbische Merkur (Nr. 579 vom 9. 12. 1918), der Staatsanzeiger für Württemberg (Nr. 289 vom 9. 12. 1918) und die Süddeutsche Zeitung (Nr. 339 vom 9. 12. 1918). Auch in der Literatur werden der Verlauf und die Ergebnisse der Landesversammlung vom 8. 12. 1918 mehrfach knapp behandelt: Blos, Monarchie I, S. 57; Keil, Erlebnisse II, S. 120 f.; Weller, Staatsumwälzung, S. 135 f. (dort ist die Versammlung fälschlicherweise auf den 9. 12. 1918 datiert); Purlitz, Revolution I, S. 307 f.; Kling, S. 148 f.; Kolb, S. 103 f., und Dähn, S. 308.

[2]) Zum Wahlmodus für diese Landesversammlung, an der „etwa 120 Delegierte" (so die Angabe im Stuttgarter Neuen Tagblatt) teilnahmen, vgl. Nr. 3 Anm. 111, 112. In einer handschriftlichen Delegiertenliste (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 65) sind die Namen von 97 Teilnehmern aus 55 Oberamtsbezirken aufgeführt; dazu kamen 15 Vertreter aus Stuttgart und diejenigen Mitglieder des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart, die nicht als Delegierte nominiert worden waren. In der unter dem Datum vom 29. 11. 1918 verschickten Einladung (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84) hatte der Vollzugsausschuß folgende Tagesordnung für die Landesversammlung vorgeschlagen: „1. Bericht über die Sitzung des Arbeiterrats von Groß-Stuttgart am 25. und 26. November 1918; 2. Aufgaben der Arbeiter- und Soldatenräte; 3. Wahl des Landesausschusses der Arbeiterräte für Württemberg; 4. Stellungnahme zur Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 16. Dezember in Berlin und Wahl von Vertretern hierzu."

Einheit der proletarischen Kräfte und der proletarischen Aktion unerläßliche Voraussetzung. Gelingt es uns, diese Einheit herzustellen und zu erhalten, so braucht uns um die weitere Entwicklung der Revolution und um die Zukunft des Sozialismus nicht bange zu sein[3]) (Lebhafter Beifall).

Namens der Soldatenräte von Groß-Stuttgart begrüßt Genosse FRICK vom Garnisonrat die Versammlung. Die Soldatenräte haben ein anderes Arbeitsgebiet als die Arbeiterräte. Sie sind berufen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, die teilweise arg verhetzten Fronttruppen[4]) aufzuklären und mit dem Geiste des Sozialismus zu erfüllen. Aber beide, Arbeiter- und Soldatenräte, haben die gemeinsame Aufgabe, die provisorische Regierung zu stützen und gegen jede Bedrohung, komme sie von welcher Seite sie wolle, zu schützen (Lebhafter Beifall).

Hierauf erstattet ZERNICKE den Bericht über die Tagung des Arbeiterrats Stuttgart[5]). Er entwickelt in überaus klarer Weise die Gegensätze in den Auffassungen über die nächsten Ziele und die Methoden der Revolution, die in[6]) der Versammlung zutage getreten sind. Die entscheidende Frage, Diktatur oder Demokratie, ist vom Stuttgarter Arbeiterrat dahin beantwortet worden, daß die Stuttgarter Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit auf dem Boden der Demokratie steht. Sie fordert demgemäß die baldige Einberufung der Nationalversammlung, der die Aufgabe obliegt, eine neue verfassungsmäßige Ordnung zu schaffen, die der Mehrheit des Volkes die Herrschaft sichert und der Arbeiterschaft die Möglichkeit schafft, gestützt auf das Vertrauen des Volkes, ihre wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen. Von der Landesversammlung hofft der Redner, daß sie sich ebenso wie die Versammlung des Stuttgarter Arbeiterrats entschlossen auf den Boden der demokratischen Entwicklung stelle[7]) (Lebhafter Beifall).

In der Diskussion über den Bericht spricht HEGELMAIER (Göppingen) für die möglichst rasche Einigung der beiden sozialistischen Richtungen, die beide ja im Ziele einig sind und nur in den taktischen Fragen auseinandergehen (Lebhafter Beifall). In seinen weiteren Ausführungen spricht sich der Redner dahin aus, daß der Weg zum Sozialismus nur über die Demokratie führe und daß jede Art der Diktatur verwerflich und gefährlich sei.

LAUTERBACH[8]) (Vaihingen a.F.): Für die Sozialisierung der Wirtschaft sind die Verhältnisse heute die denkbar ungünstigsten. Wenn wir jetzt unglückliche Experimente

[3]) Nach dem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts erklärte Blos u. a. noch: „Für die Landesversammlung haben wir ein außerordentlich freisinniges Wahlgesetz – man kann es radikaler nicht denken –, und wir sind der festen Zuversicht, daß wir aus den Wahlen mit einer sozialistischen Mehrheit hervorgehen werden." Vgl. außerdem Purlitz, Revolution I, S. 307; Blos, Monarchie I, S. 57.

[4]) Auf dem I. Rätekongreß wurden mehrere Fälle angesprochen, in denen heimkehrende Fronttruppen das Entfernen der roten Fahne verlangt hatten oder gegen örtliche A.- und S.-Räte vorgegangen waren (vgl. Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 66 ff., 99 f., 158 f.). Auch die Regierung der Volksbeauftragten hatte sich im November und Dezember 1918 mehrfach mit derartigen Vorfällen befassen müssen (vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 111, 138, 143, 240, 258, 306); vgl. auch III. Gesch. 1968, S. 204 ff. Verschiedene Zwischenfälle, die sich in Weingarten und Ludwigsburg beim Einzug der dort stationierten Fronttruppen abspielten, sind in Nr. 22, S. 384 ff., und in Nr. 23, S. 407 ff., geschildert; über die Situation in Heilbronn informiert ausführlich Steinhilber, S. 249 ff.

[5]) Vgl. dazu Nr. 3.

[6]) Im Or.: an.

[7]) Nach dem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts sprach sich Zernicke auch gegen die Bildung einer Roten Garde aus, weil er in den S.-Räten „einen völlig genügenden Schutz zur Festhaltung der Errungenschaften der Revolution" sah.

[8]) Sebastian Lauterbach (geb. 1867), von Beruf Mechaniker, seit 1904 Angestellter des Metallarbeiterverbandes; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); Delegierter Württembergs auf dem II. Rätekongreß. Vgl. auch Arbeiterpresse 1914, S. 532.

in dieser Richtung machen würden, würde der Gedanke des Sozialismus auf Jahrzehnte, ja vielleicht auf Jahrhunderte hinaus aufs schwerste geschädigt (Lebhafter Beifall). Der Redner tritt sodann ebenfalls für rasche Einigung aller Gruppen der Arbeiterschaft ein.

UNFRIED gibt als zweiter Referent[9]) zunächst eine längere Darstellung der wirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung vor dem Kriege. Dann kommt er auf den Zusammenbruch Rußlands und die revolutionäre Erhebung des russischen Proletariats zu sprechen. In der bolschewistischen Revolution trat zum erstenmal die Diktatur des Proletariats in die Erscheinung. Die Bauern-, Arbeiter- und Soldatenräte wurden die Träger der politischen Macht. Die deutsche Revolution hat dieselben Organisationsformen gezeitigt wie in Rußland. Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte müssen auch weiterhin die Träger der politischen Macht bleiben. Wir können von einem bürgerlichen Parlament keine Sozialisierung erwarten. Der größte Teil des Volkes steht uns heute noch feindlich gegenüber. Die Kampfmittel sind ungleich. Hunderten von bürgerlichen Zeitungen stehen wenige sozialdemokratische Blätter gegenüber. Wir verlangen, daß die Arbeiterräte das Land beherrschen (Zuruf: Mit den Franzosen!), und alle diejenigen, die nicht produktiv arbeiten, sollen ausgeschlossen bleiben von der Mitbestimmung im Staate. Das ist nicht die Diktatur der Minderheit über die Mehrheit, sondern die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit (Zuruf: Wenn wir die Mehrheit sind, brauchen wir die Diktatur nicht!). Der Redner entwickelt sodann ein Arbeitsprogramm der Arbeiter- und Soldatenräte nach dem Vorbild der russischen Räteorganisation[10]). Nur auf diesem Wege werden wir den Sozialismus durchführen können. Keine Nationalversammlung also, sondern Räterepublik. Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein[11]). Die Dorf- und Bauernräte[12]) müssen zu dieser Arbeit herangezogen werden (Zuruf: Ihr werdet etwas erleben!). Sie werden das tun, wenn man ihnen ihr Selbstbestimmungsrecht, ihre Freiheit zugesteht. Wir können die Sozialisierung nicht durchführen ohne die Bauern. Wenn die Nationalversammlung eine bürgerliche Republik schaffen wird, bleibt uns nur übrig, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, ja sie zu beseitigen (Zuruf: Das ist Bürgerkrieg!).

Nach dem Referat Unfrieds tritt die Mittagspause ein. In der Nachmittagssitzung wird zunächst zur Geschäftsordnung der Beschluß gefaßt, die Redezeit auf zehn Minuten festzusetzen.

FAUSEL[13]) (Nürtingen): Es ist ein Widerspruch, wenn man sagt, daß die Sozialisierung

---

[9]) Der Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart hatte am 5. 12. 1918 festgestellt (s. dazu das Sitzungsprotokoll in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84), daß Zernicke zu Tagesordnungspunkt 1 und Unfried zu Tagesordnungspunkt 2 sprechen sollten (zur Tagesordnung s. Anm. 2). Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte einigte sich die Landesversammlung jedoch darauf, beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln und Unfried sofort das Wort zu erteilen (so der Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts).

[10]) Die Vorstellungen des Stuttgarter Spartakusbundes zur Organisation der Räte hatte bereits Hoernle auf der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25. 11. 1918 ausführlich behandelt (vgl. Nr. 3, S. 45 ff.); s. auch das von Hoernle am 25. 11. 1918 zur Beschlußfassung vorgelegte Aktionsprogramm (Nr. 3, Anm. 73).

[11]) Vgl. Nr. 3, Anm. 85.

[12]) Bereits am 21. 11. 1918 hatte Hoernle in einem Leitartikel in der Roten Fahne (Nr. 7) betont, es stünden nur zwei Wege offen: „Entweder wir knien und betteln zu Füßen des siegreichen anglo-amerikanischen Imperialismus, damit er uns, den Besiegten, ein paar Brocken von seinem Tische zuwerfe, oder aber wir greifen im eigenen Lande durch, indem wir den Bauern für die Revolution gewinnen..." Die großen Hoffnungen, die man im Stuttgarter Spartakusbund auf die Bauern setzte, spiegeln sich in der Rede Unfrieds vor der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25. 11. 1918 wider, vgl. Nr. 3, S. 34 f.

[13]) Karl Fausel, von Beruf Schreiner; Mitglied der USPD, seit 8. 12. 1918 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte; Vorsitzender des Bezirksarbeiterrats Nürtingen. Nach dem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts trat Fausel für die Vereinigung von SPD und USPD und die Grün-

nur durchgeführt werden könne, wenn die Massen für dieselbe gewonnen sind und auf der anderen Seite die Diktatur verlangt.

GÖHRING (Ulm): Die politischen Errungenschaften der Revolution sind außer Gefahr. Das alte System hat so furchtbaren Schiffbruch erlitten, daß von einer Wiederherstellung desselben gar keine Rede mehr sein kann. Der Streit wird sich also um die Frage der Sozialisierung drehen. Das ist nicht so sehr eine Machtfrage als eine Frage der ökonomischen Entwicklung und der Entwicklung des Volksbewußtseins. Wir müssen die Demokratie in ihrer reinsten Form durchführen, die Massen aufklären, und so die Grundlage für die Sozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige schaffen, die bereits dafür reif sind. Gegen die Verleumdungskampagne der bürgerlichen Presse müssen wir entschiedene Maßregeln ergreifen.

ZERNICKE teilt dazu einen Beschluß der Delegiertenversammlung des Arbeiterrats Stuttgart mit[14]), der sich gegen die verleumderische Hetze der bürgerlichen Presse richtet[15]).

SAUTER[16]) (Ravensburg) tritt für die Wiederherstellung der Einigkeit im Oberland[17]) und für möglichst baldige Einberufung der Nationalversammlung ein.

STAUDINGER (Gmünd): Der Schrei nach der Nationalversammlung geht von der bürgerlichen Seite aus. An [die] Stelle der Nationalversammlung gehört die Diktatur des Proletariats mit Ausschaltung der ganzen bürgerlichen Klasse (Lachen und Widerspruch).

MAY[18]) (Calw): Die Stimmung der Versammlungen in Stuttgart ist nicht die Stimmung der Massen des württembergischen Volkes (Sehr richtig). Was insbesondere die Hoffnung der Spartakusleute auf die Bauern betrifft, so mögen sie diese Hoffnung ruhig begraben. Die Stimmung für möglichst baldige Zusammenkunft der Nationalversammlung ist allgemein. Die Agitation auf dem Lande ist dringend nötig, aber sie muß mit Geschick betrieben werden. Mit Rednern, die die Annullierung der Kriegsanleihe verlangen, darf man allerdings nicht kommen (Lebhafter Beifall).

---

dung einer Roten Garde ein; ferner forderte er eine Diktatur, „da die große Masse des arbeitenden Volkes für die Sozialisierung noch nicht reif sei".

14) Diese Sitzung fand am 7. 12. 1918 statt. Ein Protokoll oder Zeitungsbericht über den Verlauf der Versammlung ist nicht auffindbar. Zu der dort verabschiedeten Entschließung vgl. auch unten S. 232.

15) In einer gemeinsamen Sitzung des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und des Landesausschusses der S.-Räte am 9. 12. 1918 (vgl. das Protokoll in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84) wurde dieses Thema ausführlich behandelt. An dieser Sitzung nahm auch Ministerpräsident Blos teil, der vorschlug, „durch energische Presse- und Flugblattverbreitung" den falschen Behauptungen der bürgerlichen Presse entgegenzutreten. Ferner wurde von der Regierung zum Ausdruck gebracht – so das Protokoll –, daß die Regierung nichts unternehmen werde, „wenn die Betroffenen zur Selbsthilfe greifen", um den Mißbrauch der Pressefreiheit durch die bürgerliche Presse „zu Verleumdungen gegenüber den Freiheitsbringern" abzustellen. Man beschloß schließlich, in einer gemeinsamen Kundgebung die Angriffe der bürgerlichen Zeitungen zurückzuweisen (vgl. auch Kolb, S. 193, und das Protokoll der Kabinettsitzung vom 11. 12. 1918, HStA Stuttgart, E 130 b 214, in der Blos über die Unterredung vom 9. 12. 1918 berichtete). Zur gemeinsamen Presseerklärung der Regierung und der beiden Landesausschüsse vom 18. 12. 1918 s. Nr. 6, Anm. 33. Vgl. auch Nr. 9a, Anm. 59. Zur in Ludwigsburg verabschiedeten Resolution gegen den Mißbrauch der Pressefreiheit durch bürgerliche Zeitungen s. Nr. 23, S. 417.

16) Sauter war seit dem 10. 11. 1918 Mitglied des A.-Rates Ravensburg.

17) Gemeint ist Oberschwaben, wo die SPD schon immer einen sehr schweren Stand gehabt hatte. In Ravensburg z. B. erhielt die SPD bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung 4558 von 25 973 abgegebenen Stimmen, die USPD lediglich 508 Stimmen, das Zentrum dagegen 14 770 Stimmen; bei den acht Tage später stattfindenden Wahlen zur Nationalversammlung hatten sich die Ergebnisse nur unwesentlich verändert: Die SPD erhielt 4770 von 25 184 abgegebenen Stimmen, die USPD nur noch 385 Stimmen, das Zentrum 15 124 Stimmen. Vgl. Raith, S. 30 ff., und die Tabelle S. 470 ff.

18) Bruno May, von Beruf Schriftsetzer; Mitglied des A.-Rates Calw.

REICHLE (Göppingen): Ohne Demokratie gibt es keine Verwirklichung unserer sozialistischen Ideen. Das ganze Volk muß sich zu unseren Ideen bekennen, nur dann hat unsere Sache Bestand (Beifall). Es gibt keine Freiheit ohne Ordnung, darum müssen wir für raschesten Zusammentritt der Nationalversammlung eintreten (Lebhafter Beifall). Wir wollen bei dem Errungenen nicht stehenbleiben, aber wir dürfen nicht sprungweise und nicht gewaltsam vorgehen, sondern so, wie die Wirklichkeit es möglich macht und fordert.

SCHNAITMANN (Waiblingen): Was ist seit dem 9. November in Stuttgart geschehen? Man hat sich gegenseitig bekämpft, und wir auf dem Lande haben darunter zu leiden. Die alte Streitaxt muß begraben werden, wenn wir nicht arg unter die Räder kommen wollen. Mit der Sozialisierung müssen wir vorsichtig sein, damit wir nicht schlimme Mißerfolge erleiden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte, der von KAUFMANN (Asperg) begründet und von ZIEGLER (Heilbronn) bekämpft wird, wird angenommen.

In seinem Schlußwort polemisiert UNFRIED gegen die Behauptung, daß die Gefahr eines Einmarsches der Entente bestehe[19]). Die Entente wird sich hüten, das zu tun, da sie dazu neue Millionenheere brauchen und sich der Gefahr einer revolutionären Durchseuchung aussetzen würde. Den Vorwurf, daß die U.S.P. Angst vor der Nationalversammlung habe, weist Unfried zurück. Wir anerkennen die Nationalversammlung einfach nicht als Verhöhnung der arbeitenden Klassen[20]). Wenn man von uns verlangt, daß wir auf unsere Ideen verzichten, so können wir dieser Forderung nicht entsprechen. Aber wir werden mit den Genossen von der alten Partei[21]) in allen den Punkten zusammengehen, wo es sich darum handelt, den gemeinsamen Gegner zu schlagen.

ZERNICKE: Es sind auch heute keine Wege gezeigt worden, auf denen wir gemeinsam marschieren könnten. Die Einigung vom 8. November hielt nur bis zum 10. November[22]). Die grundsätzlichen Gegensätze zwischen uns werden nicht in Stuttgart entschieden, sondern bei den Wahlen und auf den Parteitagen der beiden streitenden Parteien. Mit grundsätzlichen Gegnern der Nationalversammlung über ein gemeinsames Wahlprogramm zu verhandeln, wäre völlig nutzlos.

Ein Antrag der Arbeiterräte des Oberamtsbezirks Ludwigsburg verlangt sowohl für die Wahlen zur württembergischen Landesversammlung als für diejenigen der Reichsversammlung eine Vorverlegung, möglichst in die erste Hälfte des Monats Januar.

[19]) Staatssekretär Solf hatte z. B. auf der Reichskonferenz am 25. 11. 1918 in seinem Referat über die außenpolitische Lage geäußert, in Amerika hätten sich einige Staatsmänner „mit dem Gedanken eines Einmarsches in Deutschland befreundet", in Frankreich „mache die Haltung der französischen Regierung und der Boulevardpresse mehr und mehr den Eindruck, daß es darauf abgesehen sei, den Friedensschluß hinauszuzögern. Anscheinend sei man bestrebt, die separatistischen Bestrebungen innerhalb Deutschlands zu fördern, die Unruhen bei uns zu steigern und endlich in das zerbrochene und zertrümmerte wehrlose Deutschland... einzurücken und Deutschland damit als Großmacht endgültig zu vernichten" (vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 156 f.). Diese Auffassung teilte auch Erzberger, der erklärte, „allgemein habe man den Eindruck, die Entente suche einen Rechtstitel, um in Deutschland einrücken zu können" (ebd., S. 163). Demgegenüber vertrat der bayerische Ministerpräsident Eisner die Auffassung, die Entente verlange „mit einer Regierung zu verhandeln, die kein Ausdruck des alten Systems sei". Deutschland brauche „neue, unbelastete Männer, die nach seiner Überzeugung von der Entente das erreichen würden, was den alten nicht gelungen sei". Mit der Entente müsse eine „revolutionär bestimmte, in Zielen und Personen unverdächtige Körperschaft" verhandeln, dann könne man „zu einer neuen Zeit der Versöhnung der Völker gelangen und zu einem Frieden, wie wir ihn brauchen" (ebd., S. 164 f.).

[20]) Sinngemäß meinte Unfried: Wir anerkennen die Nationalversammlung deshalb nicht, weil wir in ihr eine Verhöhnung der arbeitenden Klassen erblicken.

[21]) Gemeint ist die Mehrheitssozialdemokratie.

[22]) Zu den 9 Punkten des Programms, auf das sich SPD, USPD und die Vereinigten Gewerkschaften Stuttgarts am 8. 11. 1918 geeinigt hatten, s. Keil, Erlebnisse II, S. 51 f.; vgl. auch Nr. 3, S. 27.

Gegen die Resolution spricht REINHARDT[23]) (Heilbronn), hauptsächlich mit Rücksicht auf die zurückkehrenden Fronttruppen, die bei einer Früherlegung des Wahltermins ihres Wahlrechts verlustig gehen könnten[24]).
Die Resolution Ludwigsburg wird hierauf angenommen[25]).
Die Resolution über die Arbeit der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte hat folgenden Wortlaut[26]):
„Im Anschluß an die Verordnungen der Zentralregierung der deutschen Republik werden für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte innerhalb der Republik Württemberg nachfolgende Satzungen aufgestellt:
1. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems. Verordnungen der provisorischen Regierung werden im Einverständnis mit dem Landesausschuß der A.- und S.-Räte erlassen.
2. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen.
3. Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder [kommunale] Verwaltungstätigkeit.
Kommen örtliche Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu der Überzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- und Gemeindeverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Entsetzung und Einstellung von Beamten an den Landesausschuß richten, der dann gemeinsam mit der Regierung endgültig entscheidet.
Bei den vom Landesausschuß der Arbeiterräte anerkannten Arbeiter- und Bauernräten sind die notwendigen Kosten in der Regel von den beteiligten Gemeinden vorschußweise zu tragen. Vereinbarungen sind im einzelnen durch den Landesausschuß im Einvernehmen mit der Regierung zu treffen. Wieweit die Kosten von der Staatskasse ersetzt werden, darüber sind gleichfalls Vereinbarungen zu treffen. Der Aufwand für die Einrichtungen und sonstigen Bedürfnisse darf das notwendige Maß nicht überschreiten.
Den Aufwand für die vom Landesausschuß der Soldatenräte für Württemberg anerkannten Garnisonräte und des Soldatenrats für Württemberg trägt die Staatskasse."
Dazu sind folgende Abänderungsanträge gestellt:

---

[23]) Friedrich Reinhardt, von Beruf Stereotypeur, kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 27).

[24]) Mit ähnlichen Argumenten sprachen sich auch die drei Volksbeauftragten der USPD, Haase, Dittmann und Barth, in der Kabinettssitzung am 29. 11. 1918 gegen einen frühen Wahltermin aus (vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 227). Die grundsätzliche Haltung von Spartakusbund, USPD und SPD zur Frage der Wahlen ist eingehend analysiert bei Kolb, S. 138–182.

[25]) Die Resolution wurde mit 62 gegen 30 Stimmen angenommen; vgl. Blos, Monarchie I, S. 57; Kolb, S. 103.

[26]) Diese Resolution hatte der Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart gemeinsam mit der Regierung ausgearbeitet (so der Bericht im Stuttgarter Neuen Tagblatt). Als Grundlage war dabei der von der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 26. 11. 1918 behandelte „Satzungsentwurf für die Arbeiterräte der Republik Württemberg" (vgl. Nr. 3, S. 71 ff.) herangezogen worden. Zu den inhaltlichen Übereinstimmungen der beiden Entwürfe vgl. Dähn, S. 310 f. Die am 8. 12. 1918 von der Landesversammlung verabschiedete Fassung des Satzungsentwurfs wurde von der Regierung am 11. 12. 1918 nochmals durchberaten und dann am 14. 12. 1918 als Verordnung erlassen. Diese endgültige Fassung ist als Nr. 26 abgedruckt. Zu den zahlreichen Schwierigkeiten, die bei der praktischen Anwendung dieser Verordnung entstanden, s. Nr. 9a, S. 237 ff.

1. Zu Ziffer 2: „Zu allen von den Gemeindeverwaltungen in den vorerwähnten Fragen beschlossenen Maßnahmen sind die Gemeindeverwaltungen verpflichtet, die Arbeiterräte entscheidend zu hören, und letztere haben das Recht, bestehende Mißstände durch Neuregelung zu beseitigen."
2. „Die ‚Schwäbische Tagwacht' wird als offizielles Organ der Arbeiterräte Württembergs erklärt."

KÖNIG (Neuenbürg) und STUBER (Eßlingen) sprechen für die Abänderungsanträge. Die Arbeiterräte können ihr Kontrollrecht nur ausüben, wenn sie auch das Recht haben, in die Vollzugsgewalt einzugreifen.

EGGERT: Die Vollzugsgewalt muß ausschließlich in den Händen der Regierung liegen. Es geht nicht an, daß Arbeiter- und Soldatenräte auf eigene Faust z. B. Verhaftungen vornehmen, die der Regierung und der vollziehenden Gewalt zustehen. Wenn sich Behörden Übergriffe erlauben, so mögen die lokalen A.- und S.-Räte Anträge auf Entsetzung der betreffenden Beamten stellen.

SCHLEICHER (Leonberg) verlangt, daß die kommunalen Körperschaften den Arbeiterräten jeweils die Tagesordnung ihrer Verhandlungen mitzuteilen haben.

KINZELBACH[27]) (Saulgau) will auch die Bezirksräte in den Antrag aufnehmen.

Es sprechen weiter ENGELMANN (Göppingen) und ROTH[28]) (Gerlingen), die sich für schärfere Formulierung der Kontrollrechte der Arbeiterräte gegenüber den Oberämtern und Kommunalbehörden aussprechen.

SCHLEICHER (Leonberg): Direkte Eingriffe in die Vollzugsgewalt dürfen nicht vorkommen. Solche Eingriffe würden zu einem verhängnisvollen Kuddelmuddel führen. Aber die Behörden müssen dazu erzogen werden, demokratisch und konstitutionell zu empfinden.

REICHLE (Göppingen) beantragt Überweisung der Resolution und der Abänderungsanträge an eine Kommission (Widerspruch).

KURZ[29]) (Reutlingen) warnt davor, die Fassung des Absatzes 2 allzu scharf zu gestalten. Wenn wir Widerstand bei den Verwaltungen finden, so bleibt uns immer noch die Einberufung von Bürger- und Arbeiterversammlungen, durch die wir einen Druck auf die Verwaltungen ausüben können.

ZERNICKE unterstützt den Antrag Schleicher.

DREHER (Stuttgart): Bis jetzt sind keine Anweisungen der Regierung an die Behörden im Lande ergangen über deren Verhältnis zu den Arbeiter- und Soldatenräten. Das wird nach Annahme der heutigen Vereinbarung geschehen[30]), und damit werden die meisten Beschwerden, wie sie heute vorgebracht wurden, verschwinden.

UNFRIED: Die Revolution hat nur halbe Arbeit gemacht. Wir haben den Landtag fortgeschickt, aber die alten Gemeinderäte bestehen lassen. Das sollte aufhören. Er beantragt, die Gemeindebehörden zu verpflichten, alle ihre Maßnahmen dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Begutachtung vorzulegen. Sollte eine Verständigung nicht möglich sein, so soll dem Arbeiter- und Soldatenrat ein Vetorecht zustehen.

EGGERT: Der Wortlaut des in Ziffer 3 vorgesehenen Rechts, die Abberufung staatlicher oder Gemeindebeamten zu verlangen, ist eine so scharfe Waffe, daß sie gegen Willkür und Voreingenommenheit genügend Sicherungen bietet.

---

[27]) Kinzelbach war Amtsgerichtssekretär in Saulgau und Vorsitzender des dortigen A.- und B.-Rates.

[28]) Wilhelm Roth, von Beruf Maschinenarbeiter, vom 8. 12. 1918 bis zum 18. 4. 1920 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte.

[29]) Jakob Kurz (geb. 1867), von Beruf Krankenkassenangestellter, Vorsitzender des A.-Rates Reutlingen, Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD).

[30]) Vgl. dazu die als Nr. 26 abgedruckte Verordnung vom 14. 12. 1918.

Damit ist die Debatte beendet. In der Abstimmung wird der Zusatzantrag Schleicher-Zernicke angenommen[31]). Die Anträge Unfried und König[32]) (Neuenbürg) werden zurückgezogen. Absatz II[33]) der Vereinbarung wird mit dem Antrag Schleicher hierauf angenommen.

SCHIMMEL (Stuttgart) beantragt, das Wort „vorschußweise" in Absatz III[34]) zu streichen.

SCHLEICHER tritt dafür ein, daß die Kosten der Arbeiterräte nicht ausschließlich von den Gemeinden, sondern vielleicht zu gleichen Teilen von Gemeinden und Staat zu tragen [seien]. Die Entschädigungen sollten von der Regierung festgesetzt und etwa in der Art der früheren Servisklassen abgestuft werden[35]).

Der Antrag Schimmel[36]) wird angenommen und hierauf die ganze Vereinbarung genehmigt.

Eine Protesterklärung der Unabhängigen gegen den Schluß der Debatte und die darin liegende „Vergewaltigung" ihrer Meinungsfreiheit wird zur Kenntnis genommen.

Es kommt hierauf eine Entschließung zur Behandlung, die am Samstag von der Delegiertenversammlung der Arbeiterräte Stuttgarts[14]) angenommen worden war und nun der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

SCHIMMEL begründet die Entschließung. Die gegnerische Presse habe sich nicht damit begnügt, die Revolution zu bekämpfen, sondern sie ist seit einiger Zeit zu den niederträchtigsten Verleumdungen übergegangen. Das können wir uns nicht gefallen lassen. So wurde z. B. behauptet, daß die 500000 Mark, die den Arbeiter- und Soldatenräten zugewiesen wurden, bereits aufgebraucht seien, während in Wirklichkeit erst 88000 Mark verbraucht wurden[37]), ein lächerlich geringer Betrag angesichts der großen Aufgaben, die von den Arbeiter- und Soldatenräten zu erfüllen sind (Beifall).

SCHIMMEL beantragt, die Entschließung dem Landesausschuß zur weiteren Behandlung mit der Regierung zu überweisen. Der Antrag wird angenommen[38]).

Ein Antrag, die „Schwäbische Tagwacht" als offizielles Organ der Arbeiterräte zu erklären, ruft auf unabhängiger Seite den Antrag hervor, auch den „Sozialdemokrat"[39]) als amtliches Publikationsorgan zu erklären. Schließlich wird auf beide An-

---

[31]) Vgl. oben S. 231 und die endgültige Fassung (Nr. 26, Absatz II), in der festgelegt ist, daß die Gemeindekollegien die Tagesordnungen ihrer öffentlichen Sitzungen den A.-, B.- und S.-Räten vorher übermitteln müssen.

[32]) König hatte beantragt, die Gemeindeverwaltungen zu verpflichten, „die Arbeiterräte entscheidend zu hören", vgl. oben S. 231.

[33]) Gemeint ist Ziffer 2.

[34]) Gemeint ist Ziffer 3.

[35]) Zur Regelung der Kostenfrage vgl. Nr. 26, Absatz IV, und Nr. 28.

[36]) Die Streichung des Wortes „vorschußweise" in Ziffer 3. In der gemeinsamen Sitzung des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart und des Landesausschusses der S.-Räte am 9. 12. 1918 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84) erklärte sich Blos mit den von der Landesversammlung verabschiedeten Änderungen einverstanden.

[37]) Der Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart hatte den örtlichen A.-Räten im November/Anfang Dezember 1918 Beträge von ca. 100 Mark bis ca. 2000 Mark zur Verfügung gestellt und bis 31. 12. 1918 eine genaue Abrechnung über sämtliche Einnahmen und Ausgaben verlangt (vgl. dazu den Schriftwechsel in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 79). Eine detaillierte Abrechnung legte Schimmel der 2. Landesversammlung der A.-Räte vor, vgl. Nr. 9a, S. 251 ff. Zur Finanzgebarung der A.- und S.-Räte im allgemeinen und zu den übertreibenden und diskreditierenden Presseberichten s. Nr. 9 Anm. 59 und Einleitung, S. LXVI f.

[38]) Zum Vorgehen der beiden Landesausschüsse und der Regierung gegen Presseverleumdungen vgl. Anm. 15.

[39]) Der Sozialdemokrat war das Organ der württembergischen USPD, vgl. Nr. 3 Anm. 65.

träge verzichtet, da ZERNICKE erklärt, daß ein solcher Beschluß nicht über den Kopf der Geschäftsleitungen der betreffenden Blätter hinweg gefaßt werden könne.

Über die Wahl des Landesausschusses referiert DREHER[40]) (Stuttgart). Er empfiehlt, den Landesausschuß in der Weise zu bilden, daß dem Vollzugsausschuß des Stuttgarter Arbeiterrats vier Mitglieder vom Lande beigegeben werden.

SCHLEICHER (Leonberg) schlägt demgegenüber vor, einen größeren Ausschuß, etwa von 40 bis 50 Mitgliedern, zu bilden, der bei besonders wichtigen Entscheidungen zu Worte kommen soll. Eine großstädtische Autokratie, wie sie hier vorgeschlagen wird, darf nicht vorkommen.

REICHLE (Göppingen) tritt ebenfalls für stärkere Vertretung des Landes im Landesausschuß ein.

An der weiteren Debatte betätigen sich MAY (Calw), HEFELE[41]) (Ulm), LAUTERBACH (Vaihingen), UNFRIED, OTT[42]) (Biberach), KINZELBACH, STUBER.

Ein Antrag ROTH (Gerlingen) verlangt [die] Wahl eines Ausschusses von 20 Mitgliedern, von denen Stuttgart acht, das übrige Land zwölf zu stellen hätte. Der Antrag wird mit 54 gegen 48 Stimmen abgelehnt[43]).

Ein Antrag KÖNIG (Neuenbürg), den Vollzugsausschuß des Stuttgarter Arbeiterrats durch Zuwahl von fünf Mitgliedern zum Landesausschuß zu ergänzen, wird angenommen.

GEHRING (Feuerbach) beantragt, die fünf Landkreise ihre Vertreter selbst bestimmen zu lassen.

Der Antrag findet Annahme. Als Mitglieder vom Lande werden gewählt die Genossen FAUSEL (Nürtingen), Schwarzwaldkreis, STRAUB[44]) (Gmünd), Jagstkreis, OTT (Biberach), Donaukreis, HEINDEL[45]) (Eßlingen) und ROTH (Gerlingen), Neckarkreis.

Es folgt die Wahl von zehn Delegierten zu der Reichsversammlung der Arbeiterräte[46]), die vom Vollzugsausschuß des Berliner Arbeiterrats auf den 16. Dezember

---

[40]) Im Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts lautet die Passage über die Wahl des Landesausschusses folgendermaßen: „Der Berichterstatter Dreher schlägt vor, daß der Vollzugsausschuß von Groß-Stuttgart bestehenbleibt und sich durch Zuwahl zum Landesausschuß ergänzt. Dem wird von verschiedenen Rednern widersprochen, die wünschen, daß dem Lande, besonders auch der bäuerlichen Bevölkerung, ein entsprechender Einfluß eingeräumt wird. Unfried gibt einige Erfahrungen zum besten, die er bei seiner Tätigkeit im Arbeiterrat gesammelt hat. Danach scheint es ganz unmöglich, daß die Landesausschußmitglieder, die auf dem Lande ihren Wohnsitz haben, regelmäßig nach Hause fahren. Der Antrag, als zukünftigen Landesausschuß den bisherigen Stuttgarter Vollzugsausschuß bestehen zu lassen und ihn durch fünf weitere durch Zuruf gewählte Vertreter zu erweitern, wird mit starker Mehrheit angenommen, während der andere Antrag, den Landesausschuß neu zu wählen (acht Vertreter von Stuttgart, zwölf Mitglieder vom Land) mit 44 gegen 41 Stimmen abgelehnt wird. Aus weiteren Anträgen geht hervor, daß viele Delegierte unbedingt eine bessere Vertretung im Landesausschuß wollen. Es kommt über den Antrag, je einen Vertreter der 4 Kreise (für den Neckarkreis zwei Vertreter) in den Landesausschuß zu wählen, zur Abstimmung und dabei zur Annahme des Antrags."

[41]) Joseph Hefele, Mitglied der SPD und Gemeinderat in Ulm.

[42]) Karl Ott, von Beruf Schreiner, Vorsitzender des Bezirksarbeiterrats Biberach, seit 8. 12. 1918 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte; Kandidat der SPD für die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung (Platz 111).

[43]) Nach dem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts wurde der Antrag mit 44 gegen 41 Stimmen abgelehnt, vgl. Anm. 40.

[44]) Josef Straub (geb. 1871), von Beruf Goldarbeiter; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD).

[45]) Emil Heindel, von Beruf Fräser; Mitglied der USPD, Vorsitzender des Bezirksarbeiterrates Eßlingen; seit 22. 3. 1919 2. Vorsitzender des Landesausschusses der A.-Räte.

[46]) Am Allgemeinen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands nahmen 13 württembergische Delegierte teil: 10 Delegierte der A.-Räte und 3 Delegierte der S.-Räte; vgl. Sten. Ber. I. Rätekongreß.

einberufen ist. Der Vollzugsausschuß beantragt, sechs Genossen aus Stuttgart, vier vom übrigen Lande zu wählen. Es entspinnt sich hierüber eine lange Debatte, deren Ergebnis die Annahme eines Antrages ist, die Delegierten zu gleichen Teilen aus Vertretern Stuttgarts und des Landes zusammenzusetzen. Nach dem Proporz werden gewählt von Stuttgart Schimmel, Zernicke, Unfried, Mittwich und Salm[47]). Vom Lande Schütz[48]) (Ludwigsburg), Reichle (Göppingen), Stuber (Eßlingen), Göhring (Ulm), Mehrheitspartei, sowie Ziegler (Heilbronn) von der unabhängigen Sozialdemokratie. Ein Antrag, die Delegierten für die Reichskonferenz zu beauftragen, für eine frühere Festsetzung des Wahltermins für die Reichsversammlung einzutreten, wird mit großer Mehrheit angenommen[49]).
Ebenfalls angenommen wird ein Antrag, der sich gegen die Zersplitterung Deutschlands in Einzelstaaten und für die einheitliche sozialdemokratische deutsche Republik erklärt.

Ein Antrag EGGERT, der es als Pflicht aller sozialdemokratischen Parteiorganisationen sowie der Gewerkschaften und Arbeiterräte erklärt, die zur Erhaltung und Auswirkung der Errungenschaften der Revolution etwa in Zukunft notwendigen Maßnahmen (Streiks, Demonstrationen und dergleichen) nur nach gegenseitiger Verständigung und Vorbereitung sowohl untereinander als mit dem Landesausschuß der A.- und S.-Räte durchzuführen, wird, nachdem EGGERT ihn begründet hat, von UNFRIED bekämpft[50]), von DREHER lebhaft unterstützt.
Die Entschließung wird gegen wenige Stimmen angenommen.
Im Namen des Propagandaausschusses teilt ZIEGLER noch mit, daß der Vollzugsausschuß mit dem sogenannten „wirtschaftlichen Propagandaausschuß" (Diem, Futterknecht) nichts zu tun habe.
Damit sind die Verhandlungen geschlossen.

---

[47]) Mitglieder der SPD waren Schimmel, Zernicke und Salm, der USPD gehörten Unfried und Mittwich an.
[48]) Richard Schütz (geb. 1875), von Beruf Maschinenschlosser; Vorsitzender des Bezirksarbeiterrates Ludwigsburg; Bezirksleiter des Zentralvereins der Maschinisten und Heizer; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 575.
[49]) Vgl. dazu auch den Antrag der A.-Räte des Oberamtsbezirks Ludwigsburg, oben S. 229.
[50]) Nach dem Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts betonte Unfried „den spontanen Charakter aller Massenerhebungen" und wandte sich deshalb gegen den Antrag Eggerts.

## 9. Zweite Landesversammlung vom 1.–3. März 1919 und am 17./18. März 1919

*a) Tagung am 1.–3. März 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll[1]). Überschrift: „Protokoll der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs am Samstag den 1., Sonntag den 2. und Montag den 3. März 1919 im Gewerkschaftshaus." Auszüge[2]).**

Vorsitzender ZERNICKE: Im Auftrag des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs eröffne ich die zweite Landesversammlung und heiße Sie herzlich willkommen. Die gegenwärtige politische Lage ist geeignet, uns in diesem Kreise über die politischen Dinge, über die Wirkungen und über das Wesen der Arbeiter- und Soldatenräte auszusprechen. Wir alle unterstehen sicherlich dem politischen Druck, der augenblicklich über Deutschland und, wenn die Nachrichten aus dem Auslande auf Wahrheit beruhen, über Europa überhaupt liegt. Es ist im Augenblick nicht klar zu übersehen, ob dieser Druck in kurzer Zeit beseitigt sein wird, oder ob er noch stärkere Dimensionen annimmt. Ich glaube aber auch darauf hinweisen zu müssen, und ich

---

[1]) Das Protokoll umfaßt 153 Blatt, die durchlaufend numeriert sind. An keiner Stelle des Protokolls findet sich ein Hinweis auf den bzw. die Protokollanten der Sitzung. In das maschinenschriftliche Exemplar sind jedoch an zahlreichen Stellen handschriftliche Korrekturen von verschiedenen, nicht identifizierbaren Händen eingetragen. Da diese Korrekturen, die teils mit Tinte, teils mit Bleistift ausgeführt wurden, nicht nur stilistische und orthographische Verbesserungen, sondern sehr häufig auch inhaltliche Überarbeitungen darstellen, kann angenommen werden, daß der maschinenschriftliche Text als das offizielle Protokoll betrachtet und behandelt wurde. In die Druckfassung wurden diese Korrekturen übernommen; verschriebene Namen wurden stillschweigend verbessert unter Heranziehung der im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 65 und 84 vorliegenden Delegiertenlisten.

[2]) Die Auszüge, die etwa zwei Drittel des gesamten Protokolltextes bieten, dokumentieren lediglich die Behandlung der beiden ersten Tagesordnungspunkte (Bericht des Landesausschusses; Die Zukunft der A.- und B.-Räte): Abgedruckt werden die Eröffnungsreden von Zernicke und Ministerpräsident Blos, der Rechenschaftsbericht des Landesausschusses, der von Schimmel vorgelegte Finanzbericht und die wichtigsten Passagen der sich daran anschließenden Generaldebatte. Aufgenommen sind ferner das Grundsatzreferat über die Zukunft der A.- und B.-Räte, in dem Eggert den Standpunkt der SPD verdeutlichte, und das zum gleichen Thema von Unfried erstattete Korreferat; es folgen dann die Beiträge der wichtigsten Diskussionsredner und als Abschluß der Auszüge eine Zusammenstellung der von der Landesversammlung verabschiedeten Entschließungen und Anträge. Der 3. Tagesordnungspunkt, Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge, den die Landesversammlung am 3. Sitzungstag ausführlich diskutierte, konnte aus Platzgründen nicht berücksichtigt werden; es sei aber darauf hingewiesen, daß gerade hier wertvolles Quellenmaterial für eine Untersuchung der sozioökonomischen Lage Württembergs im Frühjahr 1919 zu finden ist, weil sowohl das ausführliche Referat Hosenthiens (vgl. dazu auch Anm. 131), wie auch die verschiedenen Diskussionsbeiträge sehr anschaulich die vielfältigen sozialen und wirtschaftlichen Probleme schildern, die in diesen Monaten gelöst werden mußten. In der Presse finden sich teilweise sehr ausführliche Berichte in der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 51 vom 3. 3. 1919; Nr. 52 vom 4. 3. 1919; Nr. 53 vom 5. 3. 1919), dem Stuttgarter Neuen Tagblatt (Nr. 111 vom 3. 3. 1919 A; Nr. 112 vom 4. 3. 1919 M), dem Schwäbischen Merkur (Nr. 103 vom 3. 3. 1919 M; Nr. 104 vom 4. 3. 1919 M); der Württemberger Zeitung (Nr. 51 vom 3. 3. 1919; Nr. 52 vom 4. 3. 1919) und der Süddeutschen Zeitung (Nr. 60 vom 3. 3. 1919). In der Literatur befaßte sich Dähn (S. 321 ff.) am ausführlichsten mit der Landesversammlung; Blos (Monarchie II, S. 43 f.), Weller (Staatsumwälzung, S. 246), Purlitz (Revolution II, S. 122 f.) und Kling (S. 202) gehen nur kurz auf die Tagung ein.

glaube im Namen aller Anwesenden, welcher politischen Richtung sie auch angehören mögen, aussprechen zu dürfen, daß wir trotz der gewaltigen politischen Hochspannung, die wir seit den Novembertagen durchlebt haben, doch mit Abscheu daran denken, was wir in der vorigen Woche erleben mußten[3]). Die politischen Gegensätze mögen noch so scharf sein, aber sie dürfen nicht dazu aufwachsen, wie wir es in München gesehen haben, sie dürfen nicht zum politischen Mord führen. Ich möchte an dieser Stelle im Namen des Landesausschusses und ich glaube auch im Namen aller Anwesenden unseren Mißmut und unsere Empörung zum Ausdruck bringen, daß politische Gegner sich gegenseitig abmurksen. Wir verurteilen gemeinsam den Meuchelmord an Kurt Eisner, aber ebenso scharf verurteilen wir den Mordversuch an dem Genossen Auer. Wir verurteilen, glaube ich, überhaupt jede Gewalt, die von Menschen gegen Menschen ausgeübt wird (Sehr richtig). Politische Überzeugung läßt sich nicht mit Maschinengewehren, läßt sich nicht mit Knüppeln und Revolvern einpauken, sie läßt sich aber auch nicht dadurch erzwingen, daß man seine eigenen Arbeitsbrüder tief unten in die Grube einsperrt[4]). Gegen alle diese Greueltaten, gegen politischen Mord und Vergewaltigung der ehrlichen Überzeugung haben wir den schärfsten Protest einzulegen (Sehr richtig).

Wir sind zur zweiten Tagung der Landesversammlung zusammengetreten, und ich möchte wünschen, daß unsere Verhandlungen getragen sein mögen von der Ruhe und Sachlichkeit, die einer ernsten und würdigen Beratung geziemt. Wenn wir uns mehr und mehr daran gewöhnen, trotz der politischen Gegensätze uns gegenseitig als Menschen und Staatsbürger, deren jeder für seine Überzeugung eintritt, achten zu lernen, dann glaube ich, wird die Schärfe, die wir in der augenblicklichen politischen Situation beobachten können, zu beseitigen sein, und von dem Wunsche ausgehend, werden unsere heutigen und morgigen Beratungen getragen sein müssen von den Gedanken und Gefühlen, im[5]) Interesse der Arbeiter- und Bauernräte und damit im Interesse der arbeitenden Bevölkerung überhaupt zu wirken, heiße ich Sie nochmals herzlich willkommen.

Eingeladen sind unsere gewählten Delegierten[6]), eine Vertretung des Landesausschusses der Soldaten-Räte und die württembergische Regierung. Von der Regierung sind anwesend: Staatsminister Genosse Blos, Ernährungsminister Baumann und vom Kriegsministerium Genosse Herrmann.

Auf der Tagesordnung steht:

1. Bericht des Landesausschusses.
2. Die Zukunft der A.- und S.-Räte.
3. Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge.
4. Vortrag über Wesen und Weg der Sozialisierung.

Es ist der Antrag gestellt, die Ernährungsfrage und die Lebensmittelversorgung auf die Tagesordnung zu setzen; aber der Landesausschuß hat es abgelehnt, weil er der Auf-

---

[3]) Am 21. 2. 1919 war in München der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner von Anton Graf von Arco-Valley auf dem Weg zur Eröffnung des Landtages ermordet worden; wenig später kam es zu einer Schießerei im Landtag, bei der u. a. Erhard Auer, der Führer der bayerischen SPD, schwer verletzt wurde. Vgl. Die Attentate im Bayerischen Landtag. Der Prozeß gegen Alois Lindner und Genossen vor dem Volksgericht München. München 1919; s. auch Mitchell, S. 236 ff., Zentralrat, S. 699 ff. (mit weiteren Literaturangaben).

[4]) Zu den blutigen Kämpfen im Ruhrgebiet und zum Generalstreik im Februar 1919, an dem sich etwa die Hälfte der Bergarbeiter beteiligte, vgl. Spethmann I, S. 176 ff., und die Gesamtdarstellung bei Oertzen, S. 110 ff.; s. auch Zentralrat, S. 689 ff. (mit ausführlichen Literaturhinweisen).

[5]) Im Or.: die.

[6]) Im Einladungsschreiben zur 2. Landesversammlung, das der Landesausschuß am 5. 2. 1919 verschickt hatte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84), war der gleiche Delegiertenschlüssel wie zur 1. Landesversammlung festgelegt worden (vgl. Nr. 3 Anm. 112).

fassung ist, daß in der gegenwärtigen Zeit wir zwar Reden halten, aber an den praktischen Verhältnissen nichts ändern könnten. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten hat das Wort Staatsminister Genosse Blos.

[BLOS:] Im Namen der Staatsregierung begrüße ich Sie. Ich kann heute nur betonen, was ich schon so oft betont habe, nämlich, daß wir den größten Wert darauf legen, uns mit Ihnen immer in gutem Einvernehmen zu befinden. Wir leben heute in einer Entwicklungszeit, und wir werden uns aus all den Schwierigkeiten und Wirrnissen nur dann herausfinden, wenn jeder einzelne sich bewußt ist, daß er alles, was er tut, zu tun hat im Interesse der Gesamtheit. Ich glaube, daß ich das Vertrauen zu Ihnen haben kann, daß auch Sie in diesem Sinne zu wirken sich bemühen werden. In diesem Sinne heiße ich Sie herzlich willkommen und wünsche Ihrer Tagung besten Erfolg.

*Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte (Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt „Wahl von Delegierten zum Rätekongreß" sowie Diätenregelung) wird der Bericht des Landesausschusses erstattet.*

Vorsitzender ZERNICKE: Meine Herren, mit Rücksicht auf die ziemlich umfangreiche Tagesordnung, die wir in den zwei Tagen zu erledigen haben, will ich meinen Bericht über die Tätigkeit des Landesausschusses auf das Allernotwendigste beschränken. Zunächst möchte ich den rein geschäftlichen Teil behandeln. Nach der am 8. Dezember 1918 erfolgten Wahl des Landesausschusses in der Landesversammlung[7]) gehören dem Landesausschuß die 15 Mitglieder des Vollzugsrats von Groß-Stuttgart und aus jedem der württembergischen Kreise ein Genosse an, so daß der Landesausschuß aus 20 Mitgliedern besteht. In seiner ersten konstituierenden Sitzung hat der Landesausschuß meine Wenigkeit als ersten und Unfried als zweiten Vorsitzenden, Barthelmes als Schriftführer bestimmt[8]). Inzwischen ist eine Änderung eingetreten, und an Stelle des Genossen Unfried ist Engelhardt als zweiter Vorsitzender getreten[9]).
Die Grundlage für die Aufgaben des Landesausschusses bildete die in der ersten Landesversammlung beratene und beschlossene Satzung[10]), die wir dann mit der Regierung gemeinsam vereinbart haben. Diese Satzung für die Aufgaben und Tätigkeit der Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte vom 14. Dezember 1918, veröffentlicht in No. 295 des Staatsanzeigers[11]), ist den Arbeiter-Räten bekannt. Nach dieser Satzung sind die A.-, B.- und S.-Räte Kontrollorgane der Regierung und der dieser unterstellten Dienststellen. Danach hatte der Landesausschuß zunächst die Aufgabe, für die Durchführung der Satzung für die A.-, B.- und S.-Räte zu sorgen. Leicht ist ihm diese Aufgabe nicht gemacht worden. Aber ich will gerne zugeben, daß die Satzung verschiedene Auslegungen zuließ, je nachdem man zu den A.-, B.- und S.-Räten steht, und es hat sich im Laufe der Zeit ganz deutlich gezeigt, daß eine Reihe von Oberamtmännern, Schultheißen und Gemeindekollegien der Satzung eine Auslegung gegeben haben, die sicherlich nicht den Geist trägt, den diese Satzung haben soll (Sehr richtig).

---

[7]) Vgl. Nr. 8, S. 233.
[8]) Der Landesausschuß der A.-Räte hatte sich am 12. 12. 1918 konstituiert; vgl. dazu das Sitzungsprotokoll in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84.
[9]) Unfried hatte in der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse am 13. 1. 1919 beantragt, die Opfer der Januarunruhen öffentlich aufzubahren (vgl. Nr. 11 f, S. 325 f., und 13c, S. 346). Über die „freche demagogische Absicht" dieses Antrags (so Blos, Monarchie I, S. 105; s. auch ebd., S. 98) waren die Vertreter der SPD so empört, daß sie in der Sitzung des Landesausschusses der A.-Räte am 16. 1. 1919 die Ablösung Unfrieds forderten. Daraufhin übernahm Engelhardt anstelle von Unfried den stellvertretenden Vorsitz im Landesausschuß der A.-Räte; vgl. auch unten, S. 246.
[10]) Zu dem am 8. 12. 1918 verabschiedeten Satzungsentwurf s. Nr. 8, S. 230 ff., und Nr. 26.
[11]) Die Verordnung vom 14. 12. 1918 ist abgedruckt als Nr. 26.

Bei der Beratung dieser Satzung waren wir uns klar darüber, daß es Anstände geben wird, aber wir waren auch klar darüber, daß, je mehr Bestimmungen und Paragraphen in die Satzung oder in die Vereinbarung mit der Regierung hineinkommen, um so mehr die Möglichkeit zu theoretischen und juristischen Spitzfindigkeiten besteht. Deshalb waren wir mit dem Staatsminister Genossen Blos der Auffassung, daß die Satzung für die A.-, B.- und S.-Räte möglichst kurz und knapp und allgemeinverständlich gehalten sein müsse. Trotzdem haben sich einige Oberämter, Bezirksräte, Schultheißen und Gemeindekollegien an die Durchführung dieser Satzung nicht gewöhnen können (Sehr richtig). Das mag vielleicht daran liegen, daß die Oberämter, Bezirksräte, Schultheißen und Gemeindekollegien die neue Zeit entweder noch nicht begriffen haben oder nicht begreifen wollen. Wo das noch nicht der Fall ist, wird es die Aufgabe der örtlichen A.-Räte sein müssen, die Gemeindekollegien und ihre widerspenstigen Schultheißen darauf hinzuweisen, daß wir jetzt nicht mehr in der Zeit des preußisch-deutschen Militarismus, auch nicht mehr in der Zeit des Obrigkeitsstaates leben, sondern daß genauso, wie sich die breiten Massen der Bevölkerung, von einer kleinen Minderheit abgesehen, an die neue Zeit gewöhnt haben, auch die rückständigen Behörden, Beamten und Gemeindekollegien davon überzeugt werden müssen, daß wir nach dem 8. November 1918 in einer anderen Zeit als früher leben. Soweit es böser Wille ist, soweit die Gemeindekollegien, Oberämter, Bezirksräte und Schultheißen den Geist der neuen Zeit nicht begreifen wollen, wird sich sehr bald Gelegenheit bieten, diejenigen Herren, die sich entgegenstemmen wollen und absichtlich den Fortschritt der Zeit zu hemmen suchen, aus ihren gegenwärtigen Stellungen zu beseitigen (Sehr gut).
Die Gelegenheit soll sich, soweit wir unterrichtet sind, schon im nächsten Monat, also im April, bieten[12]). Die Neuwahlen für die Gemeindekollegien sind meiner Auffassung nach ein sehr brauchbares Mittel, die Gemeindekollegien und die höheren Behörden davon zu überzeugen, daß sie von ihren reaktionären Elementen befreit werden können und ein frischer Zug in die Gemeindekollegien hineinkommen soll (Sehr richtig). Es wird auch hier Aufgabe der A.- und B.-Räte sein, die uns noch zur Verfügung stehende Zeit zu benützen, um die Einwohnerschaft und die Bürger in Stadt und Land aufzuklären, daß bei den Gemeindewahlen darauf Bedacht genommen werden muß, die Ämter nur mit der neuen Zeit mehr zugänglichen Personen zu besetzen[13]). Wenn aber das Volk darüber sich beschwert, daß es eine reaktionäre Regierung hat und daß es reaktionäre Oberämter und Bezirksräte hat, so hat dies nur Berechtigung gehabt vor dem 8. November (Zurufe: Auch heute noch). Diese Klagen werden keine Berechtigung mehr haben, wenn nach dem neuen Gemeindewahlrecht, das dem Landtag in den nächsten Tagen zur Verabschiedung vorgelegt wird[14]), [gewählt ist]. Da kommen die

---

[12]) Für die Neuwahl der Gemeindevertretungen schrieb das Gesetz vom 15. 3. 1919 (vgl. Anm. 14) in Art. 5 Abs. 1 vor, daß sie bis Ende Mai 1919 stattzufinden hätten. Der Wahltag, der ein Sonntag sein mußte, konnte von den Gemeinden selbst festgesetzt werden.

[13]) Im Or. irrtümlicherweise: ersetzen.

[14]) In ihrer gemeinsamen Sitzung am 22. 1. 1919 hatten die beiden Landesausschüsse eine Resolution verabschiedet, in der die Regierung aufgefordert wurde, sofort Neuwahlen in den Gemeinden anzuordnen; diese Wahlen sollten „nach den Grundsätzen des für die Landesversammlung geltenden Wahlrechts" durchgeführt werden (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). Die württembergische Landesversammlung beriet am 30. 1. 1919 in erster Lesung den von der Regierung vorgelegten „Entwurf eines Gesetzes betr. das Gemeindewahlrecht und die Gemeindevertretung" (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 149 ff.; der Entwurf ist abgedruckt in: Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 85 ff.). Nach Ausschußberatungen, die im Februar stattfanden, verabschiedete die Landesversammlung den geänderten Entwurf dann nach ausführlicher Diskussion am 5. und 6. 3. 1919 (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 222 ff., 239 ff.). Am 15. 3. 1919 wurde das neue Gemeindewahlrecht von der Regierung in einem Notgesetz erlassen. Wahlberechtigt war, wer das 20. Lebensjahr vollendet hatte und in einer württembergischen Gemeinde wohnte. Die Wahlen erfolgten in Gemeinden

Volksmassen in ausgiebigem Maße zu ihrem Recht und können ihrer Meinung unverhüllt Ausdruck geben.
Der Landesausschuß hat ja in einer Resolution ausgesprochen, daß er sich die Errungenschaften der Revolution vom 9. November unter keinen Umständen entwinden oder verschlechtern lassen wird. Es waren bekanntlich Bestrebungen im Gang, wonach zunächst das Wahlalter für die Gemeindewahlen von 20 auf 21 Jahren hinaufgesetzt werden sollte und wonach ferner eine einschränkende Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden sollte, wodurch die Wahlberechtigung von einem sechsmonatigen Aufenthalt in der Gemeinde abhängig gemacht wird[15]). Beide Versuche sind mißlungen[16]). In der Kommission hat der erste Vorstoß einen Erfolg nicht zu erzielen vermocht, und ich darf ohne Überhebung sagen, daß die Genossen, die draußen im Land zu diesen Fragen Stellung genommen haben, vor allem aber auch die Stellungnahme des Landesausschusses zu dieser Frage, sicherlich mit dazu beigetragen haben, die Herren der Rechten davon zu überzeugen, daß zu einer Wegnahme der am 9. November erreichten politischen Errungenschaften keine Möglichkeit besteht. Also ich sage, wenn die reaktionären Bezirksräte, Schultheißen und Gemeindekollegien, die sich der neuen Zeit nicht fügen wollten und konnten, nicht noch in letzter Stunde umlernen, wird ihnen die Quittung für ihr Verhalten bei den nächsten Wahlen gegeben werden müssen (Sehr richtig).
Eine große Anzahl von Beschwerden aus dem ganzen Land ist dem Landesausschuß in bezug auf die Durchführung der Ziffer 2 und 4[17]) der mit der Regierung getroffenen Vereinbarung zugegangen. Es würde zu weit führen, wollte ich die Beschwerden im einzelnen vortragen. Der Landesausschuß hat die eingegangenen Beschwerden entweder durch selbständiges Eingreifen am Ort oder durch schriftliches Eingreifen bei den Beschwerdestellen, andererseits aber auch durch Weitergabe der Beschwerden an die zuständigen Ministerien zur Erledigung gebracht. Die Ministerien haben, soweit sie mit den Beschwerden zu tun hatten, diese teilweise mit uns, teilweise durch eigene Organe nachgeprüft und soweit sie in der Lage waren, Abhilfe geschaffen. Eine besondere Streitfrage ergibt sich aus der Ziffer 4 der Satzung der A.-, B.- und S.-Räte. Diese Ziffer 4 betrifft die Entschädigung der von den A.-, B.- und S.-Räten auszuübenden Tätigkeit. Einige recht drastische Vorgänge erbringen den Nachweis, daß eine Änderung der Ziffer 4 unbedingt notwendig ist. Die Ziffer 2 hat von einer ganzen Reihe von Amts-

---

mit über 500 Einwohnern nach dem Verhältniswahlrecht (in Städten mit mehr als 50000 Einwohnern bestanden gebundene Listen, sonst war Panaschieren zugelassen), in Gemeinden mit unter 500 Einwohnern nach dem Mehrheitswahlrecht (einfache Listenwahl). Zu den einzelnen Bestimmungen vgl. Die Gemeindewahlen in Württemberg nach den Bestimmungen der Gemeindeordnung in der Fassung des Gesetzes vom 15. März 1919, betr. das Gemeindewahlrecht und die Gemeindevertretung. Bearbeitet von Ministerialrat Dr. Michel. 2., erg. Aufl. Stuttgart 1919, S. 1 ff.; s. auch die kurze Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen in: Hans Delius, Gemeindewahlrecht, in: Handbuch der Politik. Bd. 3: Die politische Erneuerung. Berlin und Leipzig 1921, S. 165 f.

15) Gegen diese Bestrebungen der Vertreter der bürgerlichen Parteien im Landtagsausschuß für das Gemeindewahlrecht wandte sich eine gemeinsame Entschließung der Landesausschüsse der A.- und S.-Räte vom 12. 2. 1919, die an die württembergische Landesversammlung gerichtet war. Darin protestierten die beiden Rätegremien gegen die Versuche der bürgerlichen Parteien, die „politischen Errungenschaften der Revolution zu verschandeln". Der drohende Schlußsatz dieser Entschließung lautete: „Die bürgerlichen Parteien mögen sich über die Stimmung im Lande nicht täuschen, wenn nicht neue politische Unruhen ausgelöst werden sollen, seien sie hiermit gewarnt" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18). Vgl. Purlitz, Revolution I, S. 630 f.

16) Zu den Bestimmungen des Gemeindewahlrechts s. Anm. 14.

17) Die Ziffer 2 der Verordnung vom 14. 12. 1918 bezog sich auf die Mitarbeit und Kontrollbefugnis der Räte „bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen"; Ziffer 4 regelte die Finanzierung der Räte. Vgl. unten S. 251 f. sowie Nr. 26, S. 448 f.

körperschaften eine zu enge und bürokratische Auslegung erfahren. Teilweise sind unsere Vertreter zu den Gemeindetagungen nicht zugezogen worden, teilweise ist ihnen nicht einmal die Tagesordnung bekanntgegeben worden. Wieder andere Gemeindekollegien haben an Stelle der öffentlichen Sitzungen nichtöffentliche Sitzungen abgehalten und sich so der Kontrolle entzogen (Sehr richtig). Wir haben überall, wo uns solche Beschwerden über die Beschränkung der Kontrolltätigkeit der A.- und B.-Räte zugegangen sind, sofort eingegriffen, und ich möchte auch an dieser Stelle nicht unterlassen zu erklären, daß uns in vielen Fällen seitens der Beteiligten über die Erledigung der Beschwerden keine Mitteilung gemacht worden ist. Wir müssen dringend bitten, daß alle Beschwerdeführer uns Mitteilung zugehen lassen, in welcher Weise die Beschwerde ihre Erledigung gefunden hat. Der Landesausschuß hat ein ganz selbstverständliches Interesse, über den Verlauf einer Beschwerde unterrichtet zu sein.
Aber nun zu der recht engen und bürokratischen Auslegung, wie sie in einer ganzen Reihe von Gemeinden und insbesondere im Oberland die Ziffer 2 unseres Statuts erfahren hat. Ich sagte bereits, daß eine ganze Reihe von Körperschaften die Räte zu den Sitzungen lediglich als Zuhörer eingeladen haben. Dazu möchte ich sagen, daß, soweit öffentliche Sitzungen von Amtskörperschaften und bürgerlichen Kollegien in Betracht kommen, es einer Vereinbarung nicht bedurft hätte, wenn man die Vertreter der A.- und B.-Räte nur als Zuhörer zulassen will. Bekanntlich hat jeder Staatsbürger das Recht, ohne eine besondere Genehmigung der Regierung Zuhörer bei den Verhandlungen dieser Körperschaften zu sein. Es ist erstaunlich, wie die Auslegungskunst dieser Herrschaften in die Erscheinung tritt. Da ein wesentlicher Teil der maßgebenden Amtsvorstände Juristen sind, müßte die Erkenntnis durchgedrungen sein, daß im neuen Staatswesen die Unterordnung nicht größer sein darf als im alten Staatswesen, und sie müßten wissen, daß die Regierung keine Erlaubnis zu geben braucht, um einzelnen Staatsbürgern die Möglichkeit zu geben, an öffentlichen Sitzungen als Zuhörer teilzunehmen. In dieser Richtung ist eine Änderung der Anschauungen der Behörden dringend geboten. Es passiert nicht nur den Oberämtern, es passiert auch dem Stuttgarter Bürgermeister Klein. Er hat den Vertretern des Arbeiterrats Groß-Stuttgart, die der Stadt bekanntgegeben waren als ständige Vertreter des Arbeiter-Rats, erklärt, daß in den Gemeinderatssitzungen nur die gewählten Vertreter der Bürgerschaft das Wort erhalten können[18]) (Hört, hört). Also nicht nur im Oberland haben wir rückschrittliche Ansichten, sondern auch hier inmitten der roten Metropole (Heiterkeit, Zurufe: Räumt auf). Meine Herren, das ist rascher gesagt als getan. Auch wir wünschen, daß bei den nächsten Gemeindewahlen in Stuttgart ganz gründlich aufgeräumt wird mit diesen veralteten Anschauungen (Zurufe: Hoffentlich!). Wir wollen es hoffen, Prophezeien ist ein sehr schlechtes Geschäft. Ich wenigstens möchte mich im gegenwärtigen Augenblick nicht festlegen; aber das eine ist sicher, wir müssen die Zeit bis zu den Gemeindewahlen ausnützen, um die Arbeiterschaft und die gesamte Bevölkerung überhaupt darauf vorzubereiten, daß bei den Gemeinderatswahlen ebenso wie bei den National- und Landeswahlen eine große Beteiligung erforderlich ist und daß die Wähler restlos zur Wahl zu gehen haben und daß nicht schon jetzt ein Rückgang in der Wahlbeteiligung und damit ein Erlahmen der Interessen an den öffentlichen Vorgängen zutage tritt[19]).

---

[18]) Dieser Vorfall kam in der Sitzung des Landesausschusses der A.-Räte am 25. 2. 1919 zur Sprache. Der Landesausschuß beschloß, sich mit einer schriftlichen Beschwerde an den Oberbürgermeister zu wenden.

[19]) Bei den Gemeindewahlen 1919 erhielt die SPD in Württemberg insgesamt 1722 Sitze gegenüber 684 im Jahre 1914 (vgl. Berichte an die Landesversammlung und Protokolle über die Landesversammlung 1919. Stuttgart 1919, S. 21). Verglichen mit den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung und zur Nationalversammlung mußte die SPD allerdings er-

In letzter Zeit ist eine wesentliche Besserung in bezug auf die Behandlung der A.- und S.-Räte eingetreten. In den letzten Wochen haben die Beschwerden nachgelassen, und es scheint, als ob sich jetzt die Gemeindeverwaltungen mit der Vertretung der A.- und B.-Räte abgefunden hätten. Es sind zwar noch nicht alle Widerstände beseitigt, aber ich will bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß die Arbeiter- und Bauernräte überall versucht haben, die Differenzen zwischen ihnen und den Behörden auf dem Wege der Verhandlungen zu beseitigen. Ich kann hier ganz offen aussprechen: Mit einem außerordentlichen Langmut und der größten Ausdauer haben die A.-Räte die Schwierigkeiten und den Widerstand, die ihrer Kontrolltätigkeit entgegengesetzt wurden, zu überwinden gesucht. Es gehört sicher ein großes Maß von Interesse und von Verantwortungsgefühl dazu, wenn die A.- und B.-Räte trotz der Widerstände und trotz der teilweisen schikanösen Behandlung, die sie erfahren haben, treu auf ihrem Posten ausgehalten haben. Ich darf das besonders auch deshalb sagen, weil auch in der Sitzung des Landtags Angriffe auf die A.-, B.- und S.-Räte erfolgt sind[20]). Sie waren nicht der groben Art, wie wir sie in den ersten 6 Wochen in der Presse lesen konnten[21]). Man redet heute nicht mehr von Vergeudung von Staatsmitteln, man redet nicht mehr von Übergriffen, die sich die A.-, B.- und S.-Räte haben zuschulden kommen lassen. Gewiß sind hier und dort Mißgriffe zu verzeichnen, aber sie alle auf das Konto der A.- und S.-Räte zu buchen und diese damit zu bekämpfen, ist nicht gerade das beste und anständigste Kampfmittel. Wenn man den A.- und S.-Räten den Vorwurf macht, daß sie sich Übergriffe erlaubt haben, möchte ich feststellen, daß hier nur ein einziger Fall bekanntgeworden ist, in dem man von einem Mißbrauch der Befugnisse der A.- und S.-Räte reden konnte. Wir haben vom Ernährungsministerium einige Fälle zur Nachprüfung überwiesen erhalten, und da hat sich herausgestellt, daß das, was den A.- und S.-Räten als Mißgriff angekreidet worden ist, keineswegs eine Berechtigung hatte. Wenn man schon von Übergriffen der A.- und S.-Räte spricht, so nimmt sich das besonders eigenartig aus in den Kreisen, bei denen wir tagtäglich Übergriffe nachweisen können. Sie hätten alle Veranlassung, dahin zu wirken, daß die Erlasse und Verfügungen der Regierungen mehr als bisher bei ihnen Beachtung finden.

Ich weiß, daß es auch der Regierung und den einzelnen Ministerien außerordentlich schwer ist, ihren Verordnungen und Verfügungen Geltung zu verschaffen, und zwar deshalb, weil sie nicht hinter jede Behörde noch besondere Aufsichtsorgane stellen können. Aufsichtsorgane sollen die A.- und B.-Räte sein. Es ist auch bei der Regierung durchaus anerkannt worden, daß die A.- und B.-Räte, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in ihrer Tätigkeit geschützt werden müssen. In dieser Beziehung kann ich sa-

---

hebliche Stimmeinbußen in Kauf nehmen. Eine von der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 115 vom 20. 5. 1919) veröffentlichte Statistik über die Gemeindewahlen in Stuttgart am 18. 5. 1919 zeigt folgendes Bild: Wahlbeteiligung 61,3% (Landesversammlung: 89,2%; Nationalversammlung: 86,3%); Sitzverteilung: SPD: 16 Sitze; USPD: 10; DDP: 20; Zentrum: 4; Bürgerpartei: 10. Prozentual erhielt die SPD bei den Gemeindewahlen in Stuttgart 25,4% der Stimmen (Landesversammlung: 37,2%; Nationalversammlung: 40,1%); USPD: 16,6%; 7,0%; 7,5%; DDP: 32,5%; 33,2%; 33,6%; Zentrum: 7,7%; 7,8%; 8,2%; Bürgerpartei: 17,4%; 12,2%; 10,3%.

[20]) In der Sitzung der württembergischen Landesversammlung am 27. 1. 1919 hatte der Zentrumsabgeordnete Gröber die Auflösung der Räte gefordert, die eine „notwendige Folge der Berufung der Landesversammlung" sei. In seinen Ausführungen griff Gröber namentlich die S.-Räte an, bei denen es „in einer Unzahl von Fällen" zu „Gewalttätigkeiten und Willkürakten" gekommen sei: Für „derartige ungesetzliche Tätigkeiten" dürften keine öffentlichen Mittel mehr zur Verfügung gestellt werden (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 48 f.). Dieser Meinung schloß sich Bazille (DNVP) an, der erklärte, neben einer einheitlichen Staatsgewalt könne nicht noch eine zweite bestehen, „die ihr Recht lediglich der Usurpation" verdanke (ebd., S. 69). Ähnlich äußerte sich einen Tag später, am 28. 1. 1919, auch der Zentrumsabgeordnete Andre (ebd., S. 92 ff.).

[21]) Vgl. Nr. 8 Anm. 15 und unten S. 251.

gen: Der Landesausschuß hat am 27. Februar mit dem Minister des Innern, Dr. Lindemann, eine eingehende Aussprache über die Durchführung der Satzung der Arbeiterräte vom 14. Dezember 1918 und auch über die Tätigkeit der A.- und B.-Räte gehabt[22]). Nach den Erklärungen Dr. Lindemanns wird dem Landtag, der am 5. März wieder zusammentreten soll, eine Vorlage unterbreitet werden, wonach die Verfügung der Regierung vom 14. Dezember 1918 Gesetzeskraft erlangen soll[23]). Die Dinge stehen augenblicklich so, daß einzelne Gemeinden und Oberämter die Bezahlung der Gebühren an die A.- und B.-Räte verweigern können und schließlich Klage beim Oberverwaltungsgericht anstrengen. Sie werden kein Glück haben, aber sie können immerhin die Tätigkeit der A.-Räte dadurch lahmlegen. Bei der Zusammensetzung des Landtages ist sicher darauf zu rechnen, daß die angedeutete Vorlage Gesetzeskraft erlangt. Dadurch würde ein großer Teil der bisherigen Beschwerden ihre Regelung erfahren. Es ist weiter von Dr. Lindemann die Ansicht vertreten worden, daß das Kontrollrecht sich auch auf die nichtöffentlichen Sitzungen der Gemeindekollegien erstrecken kann (Zuruf: Muß!). Allerdings unter der Voraussetzung, daß die Amtsverschwiegenheit gewährleistet ist (Zuruf: Selbstverständlich), d. h., daß die kontrollierenden Vertreter der A.- und B.-Räte das Amtsgeheimnis der von ihnen besuchten nichtöffentlichen Sitzungen genauso handhaben wie die vereidigten Gemeindevertreter (Zuruf: Das kann man auch). Es ist eine solche Verfügung an die Oberämter bereits hinausgegangen[24]). Die Oberämter sind angewiesen worden, die ihnen unterstellten Schultheißen zu unterrichten und darauf hinzuwirken, daß diese Verfügung des Ministeriums des Innern zur Geltung kommt. Man kann wohl sagen, es „muß", aber wenn die Verfügung vom 14. Dezember von einigen reaktionären Oberamtmännern und Schultheißen so wenig beachtet wird wie bisher, so hilft das „Muß" nichts; und wo sind denn diese Herren am meisten bürokratisch, doch da, wo der Einfluß der Bevölkerung nicht der ist, der er sein müßte. Wir haben auch die Beobachtung machen können, daß da, wo die A.- und B.-Räte, gestützt auf die Verfügung der provisorischen Regierung und gestützt auf das Vertrauen der großen Masse der Einwohnerschaft, sich durchaus in ihrer Tätigkeit durchgesetzt haben, ja sogar mehr Rechte erobert haben, als ihnen nach dem Dekret zustehen (Ganz richtig). Nicht lediglich der Buchstabe der Verordnungen der Ministerien und der Regierung flößt unserer Bewegung Leben ein, sondern Leben muß ihnen durch vernünftige Anwendung der betreffenden Vereinbarung durch uns selbst gegeben werden.
Diesem rein geschäftlichen Teil unserer Tätigkeit will ich noch einige Bemerkungen über unser Zusammenwirken mit dem Landesausschuß der Soldatenräte widmen[25]). Wir haben im Gegensatz zu den übrigen Bundesstaaten eine scharfe Trennung der Geschäfte der A.- und S.-Räte durchgeführt. Wir haben vom ersten Tage an dem Landesausschuß der S.-Räte die rein militärischen und mit der militärischen Demobilisation zusammenhängenden Fragen übertragen. Der Landesausschuß der S.-Räte behandelt alle Beschwerden und alle den militärischen Teil der Bevölkerung betreffenden Fragen. Das schließt natürlich nicht aus, daß eine Reihe von Fragen in gemeinsamer Sitzung behandelt worden sind[26]).
Der schriftliche Verkehr, den der Landesausschuß zu führen gehabt hat, kommt in den

---

[22]) Ein Protokoll über diese Besprechung befindet sich im Protokollbestand des Landesausschusses der A.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84).
[23]) Vgl. dazu den Erlaß des Innenministeriums vom 27. 3. 1919, abgedruckt als Nr. 30.
[24]) Vgl. dazu Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 50 vom 1. 3. 1919.
[25]) Zur Tätigkeit des Landesausschusses der S.-Räte vgl. die Rechenschaftsberichte, die dieser den Landesversammlungen der S.-Räte vorlegte (Nr. 5, S. 120 ff., Nr. 6, S. 130 ff., Nr. 7, S. 156 ff.).
[26]) Sechs gemeinsame Sitzungen der beiden Landesausschüsse fanden allein in den kritischen Tagen zwischen dem 8. und dem 13. 1. 1919 statt (vgl. Nr. 11a–f). Zu den weiteren gemeinsamen Sitzungen s. Nr. 6 Anm. 9 und Nr. 7 Anm. 9.

Posteingängen zum Ausdruck. Wir hatten seit Mitte November nicht weniger als 1177 Postausgänge zu verzeichnen. Zu diesem großen schriftlichen Verkehr kommen täglich fast ebenso viele mündliche Anfragen und persönliche Auskünfte. Wir haben infolge des gewaltigen Stoffandrangs eine Arbeitsteilung des Landesausschusses dadurch herbeizuführen gesucht, daß wir verschiedene Referate eingerichtet haben[27]). Dann hat der Landesausschuß auch zu einer Reihe wichtiger Fragen Stellung genommen; vor allem zur Frage der Fideikommisse[28]). In unserem Revolutionsprogramm stand ja die Forderung der Aufhebung der Fideikommisse. Der Landesausschuß hat die Gemeinden aufgefordert, die ein Interesse an der Aufhebung der Fideikommisse haben, ihre Forderungen an die Regierung einzureichen. Das hat bewirkt, daß sich zunächst einige Schultheißen zusammengetan haben, um ein Programm auszuarbeiten. Am 3. Januar 1919 hat in Stuttgart eine allgemeine Versammlung stattgefunden, und es stellte sich heraus, daß mehr als 400 Gemeinden Fideikommisse haben[29]). Die Gemeinden haben beschlossen, ihre Interessen auch bei der gesetzgebenden Körperschaft zu vertreten.

Bei einer gemeinsamen Sitzung, die auf Veranlassung des Oberbürgermeisters Lautenschlager stattgefunden hat[30]), wurden eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher Fragen besprochen, vor allen Dingen: Hebung der Industrie, Verbilligung der Lebensmittelpreise, Behebung des Kohlenmangels. In unseren Ansichten und Anschauungen waren wir uns durchaus einig. Oberbürgermeister Lautenschlager vertrat die Auffassung, daß die Industrie in Württemberg gehoben werden muß. Die ganze Zukunft unserer Bevölkerung hänge im wesentlichen von der Hebung der Industrie in Württemberg ab. Die Hebung der Industrie werde eine Verbilligung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände mit sich bringen. Die Frage war nur die: Wie kann die Industrie neu belebt werden? Sie kann belebt werden, wenn wir die notwendigen Rohstoffe und die notwendigen Kohlen bekommen.

Wir haben uns mit Bayern und mit dem Reich in Verbindung gesetzt, um der Kohlennot zu steuern. Unsere Forderungen mußten jedoch erfolglos bleiben, weil eine Reihe von Umständen, die ich hier nicht näher beleuchten will, ihre Erfüllung unmöglich machten. Das wesentliche Moment ist, daß uns zur Beförderung der Kohlen die Verkehrsmittel nur in völlig ungenügendem Maße zur Verfügung stehen. Ungenügende Lokomotiven, ungenügendes rollendes Material haben veranlaßt, daß vom Verkehrsministerium eine Einschränkung des Reiseverkehrs durchgeführt worden ist. Der Kohlenmangel ist heute noch in umfangreichem Maß vorhanden, und auch die Beschaffung der Rohstoffe ist noch nicht möglich. Schließlich mußte jeder der Teilnehmer an der Besprechung erklären, wir haben keine Mittel und können keinen Vorschlag machen, um den allgemein erkannten und bedauerten Übelständen begegnen zu können.

In die Geschäftsperiode fielen die Wahlen zur württembergischen Landesversammlung und zur Nationalversammlung. Diese Zeit war besonders arbeitsreich und aufreibend. Bei seiner Zusammensetzung mußte der Landesausschuß bestrebt sein, im Wahlkampf als Landesausschuß möglichst neutral zu bleiben. Wir haben uns überhaupt bemüht, soweit es möglich war, die politischen Streitfragen aus unseren Beratungen auszuscheiden. Es ist nicht ganz möglich gewesen, aber wir mußten doch während des Wahlkampfes darauf bedacht sein, daß sich der Landesausschuß nicht in den Dienst einer Partei stellt. Wir haben jeden einzelnen nach seiner Überzeugung den

---

[27]) Diese Referate hatte bereits der Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart in seinen Sitzungen am 29. 11. und 2. 12. 1918 eingerichtet, als er insgesamt 5 Kommissionen für Ernährungs-, Polizei-, Propaganda-, Wirtschafts- und Wohnungsfragen bildete; vgl. Nr. 3 Anm. 128.

[28]) Vgl. Nr. 3 Anm. 67.

[29]) In Württemberg bestanden in 790 Gemeinden Fideikommisse, vgl. Nr. 3 Anm. 67.

[30]) Diese Sitzung fand am 27. 12. 1918 statt.

Wahlkampf führen lassen. Als Korporation haben wir aber in den Wahlkampf aktiv nicht eingegriffen.
Mit den Wahlen waren auch eine Reihe politischer Ereignisse verbunden. In den letzten Dezembertagen lasen wir über die politischen Vorgänge in Berlin[31]). Ihre Rückwirkung ist auch in Württemberg zu beobachten gewesen. Infolge der spartakistischen Bewegung mußte der Landesausschuß sich klarwerden, welche Stellung er in Württemberg und Stuttgart einzunehmen habe. Maßgebend für die Tätigkeit des Landesausschusses war die in der ersten Landesversammlung beratene und mit der Regierung vereinbarte Satzung. Der Landesausschuß mußte sich klar darüber werden: Welchen Zwekken dient die in Berlin ausgebrochene und fast über das ganze Reich ausgedehnte Bewegung der Spartakistengruppe, welche Ziele und welche Zwecke hat sie?
Die Vereinbarung, die mit der Regierung beschlossen wurde und am 8. Dezember[32]) in Kraft getreten ist, sagt in § 1: „Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems, Verordnungen der provisorischen Regierung werden in wichtigen Fällen im Einverständnis mit dem Landesausschuß der A.- und S.-Räte erlassen. 2. Die A.-, B.- und S.-Räte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden, bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen. Sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. 3. Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die A.-, B.- und S.-Räte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit." Das sind die Grundsätze, nach denen der Landesausschuß verpflichtet war zu handeln. Es galt einmal, den ihm gegebenen Auftrag vom 8. Dezember zu erfüllen, auf der anderen Seite die Regierung in ihren Verpflichtungen zu unterstützen und nicht durch Eingriffe in die Befugnisse der Regierung die Regierungshandlungen zu stören.
Sturmzeichen machten sich Anfang Januar bemerkbar. Am 5. Januar war eine Demonstration, und eine Menge der Demonstranten drang in gewaltsamer Weise in das Kriegsministerium ein, zerstörte eine Waffensammlung und nahm einen Teil derselben mit[33]). Auf Grund dieser Vorgänge fand am 7. Januar eine Sitzung mit dem Ministerium statt, in der in gemeinsamer Verhandlung über die Mittel zur Sicherung der Wahlen beraten wurde. Ehe sich die Sturmzeichen bemerkbar machten, haben wir der Gründung von Sicherheitskompanien unsere Aufmerksamkeit geschenkt[34]) und mit dem S.-Rat gemeinsam diese Kompanien zu kontrollieren gesucht. Am 6. Januar wurde eine viergliedrige Kommission gewählt, die dazu bestimmt war, mit der Leitung der Sicherheitskompanien die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Durch die Vorgänge am 5. Januar war deutlich zu erkennen, daß von den Führern geplante friedliche Demonstrationen sehr leicht den Händen der Führer entgleiten, und in einer so aufgeregten Zeit wird niemand die Gewähr übernehmen können, daß, wenn Zehntausende von Menschen beisammen sind, nicht Plünderungen und Gewalttaten vorkommen

---

[31]) Zum Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Volksbeauftragten, Kommandantur und Volksmarinedivision am 23./24. 12. sowie zur Regierungskrise und zum Rücktritt der drei Volksbeauftragten der USPD am 28./29. 12. 1918 vgl. insbesondere Regierung der Volksbeauftragten II, S. 15 ff., und Zentralrat, S. 64 ff. (dort auch ausführliche Literaturhinweise).
[32]) Gemeint sind die Bestimmungen über „die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte", die von der 1. Landesversammlung der A.-Räte am 8. 12. verabschiedet wurden und dann von der Regierung in überarbeiteter Form am 14. 12. 1918 in Kraft gesetzt wurden; vgl. Nr. 26.
[33]) Zu dieser Demonstration, die am 4. 1. 1919 stattgefunden hatte, vgl. Nr. 6 Anm. 29. Zu den Vorgängen in Stuttgart zwischen dem 8. und dem 13. 1. 1919 s. Nr. 11a–f, wo auch die hier von Zernicke skizzierten Geschehnisse und Entscheidungen näher kommentiert sind.
[34]) Die Gründung von Sicherheitskompanien wurde von der 2. Landesversammlung der S.-Räte am 11./12. 12. 1918 beschlossen, s. Nr. 5, S. 125.

können. Je nach der Art, wie man die Teilnehmer vorher belehrt[e], haben die Demonstrationen ihren Verlauf genommen. Es war also zu befürchten, daß die gewaltsamen Vorgänge im Kriegsministerium sich wiederholen würden, und der Landesausschuß hatte die Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Gewalttaten unterbleiben und, wo solche trotzdem erfolgen, die getroffenen Sicherheitsmaßnahmen auszulösen. Um die Verantwortung nicht einem einzelnen Mann zu übertragen, sind dem Leiter der Sicherheitskompanie 2 Genossen aus dem S.-Rat und 2 Mitglieder des Landesausschusses der A.-Räte beigegeben worden.
Am 8. Januar löste sich der Sturm aus, am 9. Januar fand eine Demonstration statt, bei der eine Reihe politischer und wirtschaftlicher Forderungen gestellt wurden. Die im Amt befindlichen Minister Crispien und Fischer ersuchten den Landesausschuß, zu einer Sitzung mit dem Gesamtministerium sich einzufinden. Wir sind dieser Aufforderung nachgekommen und haben uns eingefunden. Von den Ministern war Crispien und Fischer anwesend. Die übrigen Minister haben Crispien eine schriftliche Erklärung übermittelt, aus der hervorging, daß die Regierung gewillt ist, über die von den Demonstranten aufgestellten Forderungen mit dem Landesausschuß der A.- und S.-Räte zu verhandeln, es aber ablehnt[35]), mit bewaffneten Demonstranten in Verbindung zu treten. Wir haben in dieser Beziehung auch mit den Deputationen der Demonstranten verhandelt. Sie stellten als erste und wichtigste Forderung auf die Auflösung der Stuttgarter Gemeindekollegien und die Übertragung der politischen Gewalt der Stadt Stuttgart auf die A.- und S.-Räte (Zuruf: Bravo). Der Landesausschuß hat nach langen und heftigen Debatten zugestimmt. Interessant dabei ist, daß der Vertreter der Forderungen der Demonstranten, Hoernle[36]), erklärte, der Landesausschuß, der sich zunächst weigerte, einen Beschluß zu fassen, möge einen Eventualbeschluß fassen und diesen an einem der nächsten Tage vom Arbeiterrat Groß-Stuttgarts sanktionieren lassen. Wir haben darauf hingewiesen, daß diese Forderung den mit der Regierung vereinbarten Grundsätzen entgegensteht. Trotzdem hat der Landesausschuß den Eventualbeschluß gefaßt, der am nächsten Tag von den A.-Räten Groß-Stuttgarts wieder aufgehoben worden ist.
Eine zweite wichtige Forderung war, für die Dauer des Streiks die technischen Einrichtungen einer Tageszeitung zur Verfügung zu stellen. Der Landesausschuß beschloß in Anbetracht der Tatsache, daß weder die Spartakusgruppe noch die unabhängigen Sozialdemokraten in ihren eigenen Druckereien die notwendigen technischen Einrichtungen besaßen, das Stuttgarter Neue Tagblatt zu ersuchen, seine technischen Einrichtungen zur Herstellung von Flugblättern und Aufklärungsschriften zur Verfügung zu stellen. Wir beauftragten eine Kommission von 5 Genossen, mit der Leitung des Neuen Tagblatts in Verbindung zu treten. Als die Kommission hinkam, war das Tagblattgebäude bereits militärisch besetzt[37]). Es befanden sich in den Räumen eine ganze Anzahl Personen, die vom Landesausschuß nicht beauftragt waren, die also ohne Auftrag in das Gebäude eingedrungen sind. Aus Anlaß dieser Besetzung hat dann die Sicherheitskompanie ihrerseits Sicherheitsmaßnahmen getroffen, und nach fünfstündigen Verhandlungen sind die Truppen der Demonstranten abgezogen. Damit war der Zwischenfall für das Tagblatt erledigt. Dem Landesausschuß ist bald nachher die Rechnung übermittelt worden, mit dem Bemerken, die Kosten für die hergestellten Flugblätter zu übernehmen. Wir haben dieses Ansinnen zurückgewiesen, weil in der Sitzung am 9. Januar auf die Frage, wer die Kosten trägt, ausdrücklich erklärt wurde, das geht den Landesausschuß gar nichts an, wir wollen nur die technischen Einrich-

---

[35]) Im Or.: ablehnen.
[36]) Zu Edwin Hoernle, einem der Stuttgarter Führer des Spartakusbundes, s. Nr. 2 Anm. 7.
[37]) Vgl. Nr. 11 Anm. 46.

tungen einer bürgerlichen Zeitung. Mehr ist auch vom Landesausschuß nicht zugestanden worden. Was darüber hinaus geschehen ist, dafür muß der Landesausschuß jede Verantwortung ablehnen. Er muß sie denjenigen überlassen, denen die Schuld an den nicht ganz angenehmen Auseinandersetzungen zukommt.
Am 9. Januar wurde dann noch ein recht gefährlicher Antrag gestellt: sofort 1000 Gewehre und Maschinengewehre bereitzustellen, um die Demonstranten und Arbeiter zu bewaffnen. Das konnte der Landesausschuß nicht zulassen. Wir hatten eine viergliedrige Kommission gewählt, ohne deren Zustimmung Gewalt nicht angewendet werden durfte und konnte, und es hieße der Kommission das vollständige Mißtrauen aussprechen, wenn wir uns bereit erklärt hätten, die verlangten Waffen herauszugeben. Mitten in die Verhandlungen hinein kam dann die Mitteilung, daß in der Rotebühlkaserne bereits geschossen werde. Der Druck, unter dem die Verhandlungen stattgefunden hatten, wurde damit ausgelöst, und die Kommission begab sich sofort in die einzelnen Kasernen um nachzusehen, welche Maßnahmen getroffen sind, um zu verhüten, daß in Stuttgart ähnliches passiert wie in Berlin[38]).
Am 10. Januar sollte die Fortsetzung der Diskussion sein. Wir stellten uns zur Verfügung. Die Minister waren nicht anwesend, nur Crispien und Fischer waren erschienen. Wir konnten in dieser Zusammensetzung nicht verhandeln. Die Regierung blieb bei ihrem Standpunkt, daß sie mit dem Landesausschuß verhandeln wolle. Wir haben die Sitzung abgebrochen. Am 10. Januar vormittags war dann eine Gegendemonstration gegen die am 9. Januar abends. Die Gefahr eines Zusammenstoßes war damit in bedenkliche Nähe gerückt. Wir verständigten uns dahin, jede Gruppe wird von ihren Führern aufgefordert, die Straße zu verlassen und die Demonstrationen aufzulösen. Es muß gesagt werden, daß jeder sein Menschenmögliches tat, um die drohende Gefahr des Ausbruchs eines Bürgerkriegs zu beseitigen. Die Württemberger Zeitung war besetzt worden (Zuruf: Von wem?). Ich habe es nicht nachgeprüft (Zuruf: Das ist bedauerlich!), und wir hatten ja eine Kommission, die dazu berufen war. Festgestellt muß werden, daß der Versuch unternommen worden ist, die Württemberger Zeitung vom „Roten Soldatenbund" zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit ist es zu einer Schießerei gekommen, bei der es leider nicht ohne Opfer abgegangen ist.
Ich will diese Vorgänge lieber übergehen und nicht alte Wunden aufreißen. Damit hängt auch zusammen, daß der Genosse Unfried durch den Genossen Engelhardt ersetzt worden ist. Über die Bestattung der Opfer entspann sich eine Diskussion[39]). Wir alle bedauern die Opfer. Unfried beantragte, die Toten auf dem Schloßplatz öffentlich aufzubahren. Wir haben dem widersprochen und erklärt, daß es dazu der Zustimmung der Angehörigen bedarf. Es ist Sache der Angehörigen, wie sie ihre Toten zur letzten Ruhe bestatten wollen (Sehr richtig). Es fiel dann eine Äußerung, die dazu führte, daß die Majorität erklärte, nach dieser empörenden und verletzenden Art, die Unfried dem Landesausschuß gegenüber in dieser Frage zum Ausdruck brachte, könne sie Genossen Unfried als 2. Vorsitzenden nicht mehr anerkennen[40]).

[38]) Am 5. 1. 1919 war in Berlin der sogenannte „Spartakusaufstand" ausgebrochen, als nach Massendemonstrationen gegen die Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn Demonstranten am Abend des 5. 1. und in der Nacht zum 6. 1. das Gebäude des Vorwärts und weitere Gebäude im Zeitungsviertel besetzt hatten. Nachdem in den folgenden Tagen Einigungsverhandlungen und verschiedene Vermittlungsversuche gescheitert waren, kam es schließlich ab 8. 1. zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen, deren blutiger Höhepunkt die Erstürmung des Vorwärtsgebäudes durch Regierungstruppen am 11. 1. war. Am 12. 1. fanden die Kämpfe ihren Abschluß. Ursachen und Verlauf der Januarkämpfe in Berlin sind ausführlich dokumentiert und sorgfältig kommentiert in: Zentralrat, S. 214–338 (dort auch umfassende Literaturhinweise); s. ferner Flemming, S. 100 ff.
[39]) Vgl. Nr. 11 f.
[40]) Vgl. Anm. 9.

Crispien und Fischer haben ihre Mandate in unsere Hände zurückgelegt[41]), und wir haben mit der Regierung über die neue Besetzung der Regierung beraten. Die Neubesetzung ist Ihnen bekannt.
Im Anschluß an diese Vorgänge sind Verhaftungen vorgenommen worden (Zuruf: Pfui)[42]). Auch damit haben wir uns wiederholt beschäftigt. Nach den Vorgängen am 9. und 10. Januar hatten wir mit der Regierung eine Sitzung, in der insbesondere über die Frage der Verhaftungen gesprochen wurde. Die Regierung stellte sich auf den Standpunkt, daß sie zunächst die Inhaftierten in Schutzhaft genommen habe. Darüber, ob eine strafrechtliche Verfolgung stattfinden werde, hatte die Regierung noch nicht Beschluß gefaßt. Zu einer sofortigen Freilassung der Verhafteten konnte sich weder der Landesausschuß noch die Regierung entschließen, weil die Gefahr bestand, daß die Wahlen zur Landesversammlung gestört werden sollten. Wir haben uns späterhin wiederholt mit der Entlassung der Verhafteten beschäftigt[43]). Dreimal wurde ein Antrag an die Regierung eingereicht. Die Regierung teilte uns mit, daß es nicht mehr in ihrer Macht liegt (Zuruf: Wo dann?), die Verhafteten freizugeben. Auf den Antrag der Verhafteten sei das Verfahren gegen sie eingeleitet worden. Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat der Untersuchungsrichter das Weitere zu bestimmen und nicht mehr die Regierung (Zuruf: Amnestie!). Es sind von uns 2 Genossen gewählt worden, die mit dem Untersuchungsrichter und dem Staatsanwalt in Verbindung treten sollten. Auch diese haben die Aufhebung der Untersuchungshaft abgelehnt.
Es heißt in dem Aufruf vom 11. November 1918[44]): „Alle Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch besondere Verfügung der Regierung geändert oder aufgehoben werden." Unterzeichnet ist dieser Aufruf auch von dem Genossen Crispien und von Schreiner. Damit ist ausgesprochen, daß die Gesetze, die nicht aufgehoben sind, nach wie vor bestehen (Zuruf: Das Spitzeltum auch?). Das haben wir schon früher verurteilt. Spitzeleinrichtungen sind ungesetzlich, und wer sich zum Spitzel hergibt, ist eine Kreatur und zu bewerten wie ein gemeiner Verbrecher (Zuruf: Und der, der ihn beschäftigt). Es ist meine Aufgabe, hier möglichst objektiv zu berichten. Wir haben festgestellt, soweit das überhaupt festzustellen ist. Wer jemand des Spitzeltums und der Bedienung von Spitzeln bezichtigt, der muß den Nachweis für seine Behauptungen erbringen. Auf Grund des uns zugegangenen Materials sind Nachfor-

41) Vgl. Nr. 11e.

42) In der Nacht zum 11. 1. 1919 waren Edwin Hoernle, Fritz Rück, Wilhelm Münzenberg, Richard Janus, Max Barthel, Franz Kummerow, Albert Schreiner, Karl Schnepf, Adolf Lauer und Karl Schatz in Schutzhaft genommen worden (vgl. den Diskussionsbeitrag von Blos, unten S. 260 ff., und Nr. 11 Anm. 32). In den folgenden Wochen und Monaten wurde immer wieder in der Presse, von örtlichen A.-Räten (vgl. Nr. 13b), von Landesversammlungen der A.-Räte (vgl. unten S. 267) und der S.-Räte (vgl. Nr. 7, S. 197) die Forderung erhoben, die Regierung solle die inhaftierten Kommunisten freilassen. Die Regierung verweigerte jedoch immer wieder die Freilassung mit dem Argument, daß gegen die Verhafteten ein Verfahren eingeleitet worden sei, in das sie nicht eingreifen dürfe. Ausführlich debattierte das Kabinett in seiner Sitzung am 20. 3. 1919 über die Forderung nach Freilassung der Inhaftierten. Dabei führte Justizminister von Kiene aus, „das Staatsministerium wäre zur Niederschlagung berechtigt, aber er habe nicht nur rechtlich, sondern vor allem politisch die größten Bedenken gegen die Niederschlagung des Verfahrens; die Landesversammlung habe der Regierung für ihr Vorgehen gegen die Spartakistenführer gedankt, und von diesem Dank haben sich nur die vier Unabhängigen ausgeschlossen; die Niederschlagung des Verfahrens würde die Stellung der Regierung untergraben". Dieser Meinung schlossen sich die übrigen Kabinettsmitglieder an (vgl. HStA Stuttgart, E 130 b 214; Blos, Monarchie II, S. 241 ff.). Im sogenannten „Spartakistenprozeß", der vom 7.–14. 6. 1919 vor dem Schwurgericht in Stuttgart stattfand, wurden dann alle Angeklagten freigesprochen. Zum Verlauf des Prozesses vgl. Münzenberg, Spartakistenprozeß, S. 7 ff.

43) In den Landesausschußsitzungen am 22. 1., 3. 2., 10./11. 2. und 23. 2. 1919 (vgl. HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84).

44) Vgl. Nr. 25.

schungen angestellt worden. Mir ist nur ein einziger Fall bekannt, daß sich ein Mitglied des Roten Soldatenbundes angeboten hat, gegen Bezahlung Spitzeldienste zu leisten. Derselbe Mann hat sicher auch auf der anderen Seite sein unsauberes Handwerk getrieben. Das ist aber der einzige Fall.
Wir können also nicht nachweisen, daß Einrichtungen getroffen sind, die den Einrichtungen der früheren politischen Polizei ähnlich wären, oder daß Spitzel von der Regierung benützt oder gar das Spitzeltum großgezogen worden wäre (Zuruf: Der Führer der Sicherheitskompanie hat es zugegeben!). Was hat er zugegeben? (Zuruf: Daß er sich Kundschafter bedient!) Natürlich bedient er sich Kundschafter (Zuruf: Aber nicht als Regierungsorgan). Genosse Engelhardt, ich setze so viel Objektivität bei Dir voraus, daß Du hinzufügen mußt, in welchem Zusammenhang das gesagt worden ist. Leutnant Hahn hat gesagt, ich habe natürlich Kundschafter, die in die Versammlungen gehen und die mir dann Bericht erstatten[45]) (Zuruf: Womit bezahlt er sie?). Durch die Löhnung, auf die jeder Mann Anspruch hat (Zuruf: Also mit Regierungsgeldern!). Es erhält ja jedermann seine Löhnung, auch für den Tag, an dem er einen anderen Dienst leistet. Nun waren doch die Versammlungen öffentlich, und zu diesen öffentlichen Versammlungen hatte jedermann Zutritt, und man hat sich ja alles auf der Straße erzählt. In der Presse sind die Beschlüsse gekommen, die da und dort gefaßt worden sind. Wenn man sich darüber in aller Öffentlichkeit unterhält, kann doch unmöglich ein Mann, der dorthin geht und berichtet, des Spitzeltums bezichtigt werden. Unter Spitzel verstehe ich Charaktere (Zuruf: Wie Sie sind!), ich habe den Zuruf gehört, wie wir sind (Zuruf: Gemeinheit). Unter Spitzel verstehe ich Personen, die sich den Arbeitern unter der Maske, zu ihnen zu gehören, nähern und in allen geheimen Versammlungen und Sitzungen sich einzuschmuggeln versuchen, um das, was sie dort in vertrautem Kreise hören, demjenigen, von dem sie geschickt und bezahlt werden, zu verraten. Solche Dinge haben wir nicht feststellen können trotz der wiederholten Anschuldigungen. Bei den Verhandlungen mit Leutnant Hahn und auch mit den verantwortlichen Stellen des Garnisonrats hat niemand den Nachweis erbringen können, daß sich einer der beiden je eines Spitzels bedient hätte.
Ich möchte hier noch ganz kurz mitteilen, daß aus der Propagandaabteilung des Werbedienstes der Deutschen Republik in Berlin[46]), von der wir bedient werden, uns ein Flugblatt zugestellt wurde, mit der Überschrift „Arbeiter denkst du daran". Dieses Flugblatt hat berechtigten Unwillen hervorgerufen. Wir haben das Flugblatt nicht verbreitet[47]), wie wir überhaupt eine Reihe der uns vom Werbedienst zugegangenen Flugschriften nicht benützt haben, weil wir einen großen Teil der Druckschriften als einen groben Unfug betrachten müssen[48]). Das Flugblatt „Arbeiter denkst du daran" mag von dem, der es geschrieben hat, recht gut gemeint sein, aber es muß doch verlangt werden, daß für die Zukunft an die Leitung dieses Dienstes Leute gestellt werden, die

[45]) Vgl. Nr. 11f, S. 322.
[46]) Vgl. Nr. 7 Anm. 31.
[47]) In der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse am 17. 2. 1919 verlas Zernicke ein Schreiben an den Werbedienst in Berlin, in dem er die Verbreitung des erwähnten Flugblattes ablehnte. Darin heißt es: „Wenn die Propagandaabteilung (Werbedienst der Deutschen Republik) nur den leisesten Schimmer von der Psychologie der Arbeiter hätte, dann wäre es ganz unmöglich, ein solches Flugblatt herauszugeben... Wir haben die Verbreitung dieses Flugblattes abgelehnt, weil wir darin eine Verhöhnung und Beleidigung der deutschen Arbeiter erblicken. Zum Schlusse möchten wir den Wunsch aussprechen, bei der Abfassung von Flugblättern, Flugschriften und Anfertigung von Plakaten Volksgenossen zu beauftragen, die von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen wenigstens etwas verstehen und nicht wie in dem oben bezeichneten Flugblatt die Arbeiterschaft geradezu zum Protest herausfordern." Dieser Brief fand die „volle Zustimmung" der Landesausschußmitglieder (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84).
[48]) Vgl. das gleiche Verhalten des Landesausschusses der S.-Räte, Nr. 7, S. 162.

die[49]) wirtschaftlichen und politischen Auffassungen der Arbeiter wie auch die psychologischen Momente besser verstehen, als es aus einzelnen Veröffentlichungen des Werbedienstes hervorgeht.
Wir haben die Absicht, das Volksbildungswesen auf eine andere Grundlage zu stellen, als es augenblicklich steht. Dazu gehört natürlich zunächst eine Konsolidierung der ganzen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Es ist beabsichtigt, vom Reich aus das Volksbildungswesen zu zentralisieren. Auch für Süddeutschland beabsichtigt der A.-Rat von München eine Zentralisation[50]). Wir haben zwar noch nicht endgültig Stellung zu dieser Frage genommen, doch sind die Genossen der Ansicht, daß wir uns nicht von Bayern und München da reinreden lassen sollen; das ist eine Angelegenheit der einzelnen Bundesstaaten. Man muß es uns in Württemberg überlassen, wieweit die beabsichtigten Reformen durchgeführt werden können.
Wir haben ferner noch den Versuch unternommen, nachzuprüfen, inwieweit die Irrenpflege einer Änderung bedarf und inwieweit unberechtigterweise Leute in Irrenanstalten sich befinden. Eine Kommission hat die Irrenanstalt Weißenau besucht und festgestellt, daß, wenn die bestehenden Vorschriften eingehalten werden, eine gewaltsame Unterbringung in Irrenanstalten unmöglich ist. Der Bericht der Kommission kann dahin zusammengefaßt werden: „Alles in Ordnung[51])."
Noch wenige Worte zur letzten politischen Aktion, mit der sich der Landesausschuß am Samstag und Sonntag[52]) beschäftigt hat. Die Empörung über den schändlichen Mord in München[3]) hat die Absicht zutage treten lassen, die Arbeiterschaft gegen diese Schandtat aufzurufen. Der gemeinsame Boden zur einheitlichen Aktion ist nicht gefunden worden. Der Landesausschuß hat versucht, eine gemeinsame Basis für eine Aktion zu schaffen. Der Zweck der Aktion sollte sein, den reaktionären, gegenrevolutionären Elementen zu sagen, daß die Arbeiterschaft trotz der politischen Gegensätze in dem Augenblick geschlossen ist, wo es gilt, den Reaktionären von rechts entgegenzutreten. Man ging von der Ansicht aus, daß der Mord an Kurt Eisner ein Mord der reaktionären Elemente rechtsstehender Parteien sei. Es ist nach lebhaften Auseinandersetzungen beschlossen worden, von einem Proteststreik Abstand zu nehmen, nachdem ein gemeinsamer Boden für eine Protestaktion nicht geschaffen werden konnte[53]). Ich brauche die näheren Umstände nicht anzuführen, ich möchte nur erklären, daß im

---

[49]) Im Or.: von den.
[50]) Vgl. Nr. 7 Anm. 32.
[51]) Vgl. Nr. 7, S. 160.
[52]) Am 22. und 23. 2. 1919.
[53]) In der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse am 23. 2. 1919 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84) hatten die Vertreter der USPD folgende zwölf Forderungen erhoben, von deren Erfüllung sie eine Beteiligung an einer gemeinsamen Aktion abhängig machten: „1. Amnestie für politisch Verfolgte; 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und [des] Verbots [von] Demonstrationen; 3. Eine rein sozialistische Regierung; 4. Anerkennung der A.-, B.- und S.-Räte durch die Verfassung; 5. Entwaffnung des Bürgertums; 6. Bewaffnung der Arbeiter und Schaffung einer Volkswehr auf demokratischer Grundlage; 7. Sofortige Inangriffnahme und Durchführung der Sozialisierung; 8. Wiedereinstellung der wegen der Januarunruhen Gemaßregelten; 9. Aufhebung der Bestimmungen, daß die Arbeiter, die freiwillig die Arbeit eingestellt (gestreikt) haben, keine Arbeitslosenunterstützung bekommen; 10. Bezahlung der Demonstrations- und Streiktage; 11. Zur Anbahnung einer wirklichen Pressefreiheit Belieferung aller Zeitungen mit Papier, den Bedürfnissen jeder Zeitung entsprechend; Verteilung des Gesamtstandes des Papiers an die Zeitungen nach vorstehenden Grundsätzen; 12. Reorganisation der Verwaltungsorgane in Staat und Gemeinde, Beseitigung der Bürokratie." Nachdem in getrennten Fraktionsgesprächen sowie in Verhandlungen mit der Regierung und den Gewerkschaften keine Einigung auf diese Forderungen erreicht werden konnte – die Regierung verweigerte vor allem die sofortige Erfüllung der beiden ersten Forderungen –, beschlossen die beiden Landesausschüsse einstimmig, keine gemeinsamen Aktionen zu unternehmen. Zur Haltung der Regierung vgl. auch Blos, Monarchie II, S. 38 ff.

Landesausschuß 3 Parteirichtungen vertreten sind: Anhänger des Spartakusbundes, der U.S.P. und Mehrheitssozialisten. Jedermann weiß, daß die Gegensätze seit der Revolution sich gewaltig zugespitzt haben. Die Kluft zwischen den Mehrheitssozialisten und den links stehenden Gruppen ist größer als die Kluft zwischen den rechts und links stehenden Parteien. Wer sich diese politische Klarheit und Wahrheit erhalten hat, muß zugeben, daß es bei dieser gewaltigen Kluft nicht möglich ist, einen gemeinsamen Kampfboden zu finden. Eine allgemeine Aktion erfordert einheitlichen Willen und ein einheitliches Programm. Da diese Voraussetzungen nicht gegeben waren, war der Landesausschuß der durchaus richtigen Auffassung, daß eine Aktion, die von vornherein den Keim der Zersplitterung in sich trägt, nicht als eine machtvolle Kundgebung gegenüber der Reaktion angesehen werden kann.
Ich habe das angeführt, um zu zeigen, daß nicht Eigensinn oder böser Wille diese Aktion unmöglich gemacht hat, daß die „Sozialpatrioten" nicht hinter dem Rücken der anderen zur Regierung gelaufen sind, um die Aktion zu vereiteln. Die Mitglieder sind hier und können bestätigen, daß alles in voller Öffentlichkeit gemacht worden ist. Man kann nicht verlangen, daß irgendeiner seine politische Überzeugung zugunsten einer anderen Person preisgibt. Politisches Ehrlichkeitsgefühl war bisher der Leitstern der Arbeiterschaft. Trotz aller Gegensätze haben wir uns doch bemüht, in kameradschaftlicher Weise die schwierigen Fragen zu erledigen, auch wo die Gegensätze nicht auszugleichen waren. Wenn der Außenstehende die Dinge sich ganz anders ausmalt, als sie sind, so will ich darüber nicht rechten, aber verlangen darf ich wohl im Namen des Landesausschusses, daß man anerkennt, daß wir bemüht waren, auf dem uns von der Landesversammlung gegebenen Boden unsere Arbeit zu erledigen, im Interesse der arbeitenden Bevölkerung zu wirken, soweit es in unserer Kraft und Macht stand.
Ich will die einzelnen Kommissionsberichte übergehen, sie sind nebensächlicher Natur, sie würden nur, soweit es sich um Vergehen der Schultheißen und Oberämter handelt, erneut den Beweis erbringen, daß diejenigen, die den A.- und S.-Räten Übergriffe nachsagen, selbst zu denjenigen gehören, die nicht nur die Verordnungen der Regierung verletzen, sondern die sich auch Vergehen im Amte haben zuschulden kommen lassen. Wir haben in besonderen Fällen im Beisein eines Vertreters des Landesausschusses die eingelaufenen Beschwerden erledigt. Eine Reihe von Beschwerden über Verfehlungen schwebt noch, aber ich kann sagen, die Einrichtung der A.- und B.-Räte, die Einrichtung des Landesausschusses, wenn sie auch nach außen hin nicht so sehr in Erscheinung tritt, haben sich durch ihre Tätigkeit und die von ihnen erledigten Aufgaben aufs beste bewährt und waren durchaus notwendig. Wenn sie nicht gewesen wären, so wäre das Tohuwabohu, das Durcheinander und die Ratlosigkeit noch viel größer gewesen, als es leider noch der Fall ist. Die A.-, B.- und S.-Räte haben versucht, regelnd einzugreifen und beruhigend zu wirken. Kritisieren Sie, was zu kritisieren ist, vergessen Sie aber nicht, daß wir Menschen sind, und daß jeder einzelne bestrebt war, sein Bestes in den Dienst der Sache zu stellen (Beifall).

STETTER[54]) (Stuttgart) zur Geschäftsordnung: Ich beantrage die Redezeit auf 10 Minuten zu beschränken.

MÜLLER[55]) zur Geschäftsordnung: Ich bitte um Ablehnung dieses Antrags, damit nicht der Eindruck erweckt wird, daß man den Vertretern einen Maulkorb anlegen will. Nicht jeder ist in der Lage, in 10 Minuten das zu sagen, was er zu sagen hat.
Die Abstimmung ergibt die Annahme des Antrags Stetter.

VORSITZENDER: Der Antrag Stetter ist angenommen und damit die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt. Das Wort hat zum Kassenbericht:

[54]) David Stetter, vgl. Nr. 3 Anm. 94.
[55]) Max Müller, Maschinenarbeiter, Böblingen, Mitglied der USPD; Delegierter Württembergs auf dem 2. Rätekongreß.

SCHIMMEL: Es ist das erstemal, daß wir Gelegenheit haben, einen Bericht über unsere Finanzgebarung abzulegen. Es ist eine undankbare Aufgabe, in einer Versammlung mit Zahlenmaterial zu operieren. Ich werde mich darum auf das Notwendigste beschränken.

Als nach der großen Umwälzung am 9. November die A.-Räte und der damalige Vollzugsausschuß an die Regierung herantraten mit dem Ersuchen zur Bestreitung der Kosten, die die A.- und S.-Räte zu decken haben, einen Fonds zur Verfügung zu stellen, gingen die Meinungen über dessen Höhe sehr weit auseinander. Die erste Forderung, die an die Regierung gestellt wurde, lautete auf eine Million für die Arbeiter- und eine Million für die Soldaten-Räte[56]). Die Regierung hat sich mit den A.-Räten geeinigt, den Betrag von 500000 [Mark] zur Verfügung zu stellen, und zwar derart, daß ein Teil ausbezahlt wird, zunächst 100000 Mark, und weitere Beträge nach gemachtem Ausweis für die erfolgten Ausgaben[57]). So ist dann auch verfahren worden.

Sie erinnern sich, daß, nachdem die Arbeiter der Presse die Pressefreiheit errungen hatten, nach sehr kurzer Zeit die bürgerliche Presse in ziemlich freimütiger Weise, wenn man keinen schärferen Ausdruck benützen will, der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die Ausgabe von Staatsgeldern durch die A.-Räte in einer Weise erfolge, die die Öffentlichkeit nicht gutheißen könne. Wir haben früher schon darauf hingewiesen, daß das, was in der bürgerlichen Presse absichtlich zur Mißkreditierung erzählt wurde, mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmt[58]). Bereits Ende November ging eine Mitteilung durch die bürgerliche Presse, in der zum Ausdruck kam, daß die Summe von 500000 Mark bereits verbraucht sei. Ich kann diesen Herrschaften zur Beruhigung sagen, daß bis heute, 4 Monate nach der Revolution, 269933 Mark verausgabt worden sind. Wenn man berücksichtigt, daß wir damit die Ansprüche der A.-Räte des ganzen Landes befriedigt haben, so wird kein Mensch in der Lage sein, gegen uns den Vorwurf zu erheben, daß wir in einer Weise mit Staatsgeldern gewirtschaftet haben, die nicht verantwortet werden könnte[59]). Den Nachweis, daß die A.-Räte nutzbringende Arbeiten geleistet haben und daß sie dafür auch zu entschädigen sind, hat der Genosse Zernicke in seinem Bericht erbracht, und ich kann es mir ersparen, noch besonders darauf hinzuweisen.

Im November wurden uns also 100000 Mark zur Verfügung gestellt, im Dezember gleichfalls 100000 Mark, im Januar 30000 Mark, im Februar 16000 Mark. Wir haben damit insgesamt bis heute 290000 Mark erhoben. In der Kasse befinden sich noch 20067 Mark, so daß die Gesamtausgabe, wie bereits erwähnt, 269933 Mark betragen hat. Weiter haben wir eingenommen durch den Verkauf der „Roten Fahne" 4520 Mark, wovon zurückgegeben wurden 670 Mark. Von den den A.-Räten zugewiesenen Entschädigungen wurden 118 Mark zurückerstattet. Die Ausgaben betrugen im November 92222 Mark, im Dezember 84351 Mark, im Januar 53633 Mark, im Februar 42726 Mark. Sie sehen, daß sich die Ausgaben in absteigender Linie bewegen; das ist darauf zu-

[56]) Vgl. Nr. 2 Anm. 5.
[57]) Vgl. Nr. 2c und Nr. 8 Anm. 37.
[58]) Vgl. Nr. 8 Anm. 15.
[59]) Im HStA Stuttgart (E 151 b 225) befindet sich ein umfangreiches und sehr detailliertes Verzeichnis über die Kosten, die in den einzelnen Oberämtern für die A.- und B.-Räte bis zum 31. 3. 1919 anfielen; vgl. Einleitung, S. LXVI f. Bürgerliche Zeitungen führten im Dezember 1918 im ganzen Reich eine Pressekampagne gegen die Finanzgebarung der A.- und S.-Räte. Dabei wurde immer wieder die Behauptung aufgestellt, die A.- und S.-Räte hätten allein in den ersten drei Wochen ihres Bestehens 800 Millionen Mark verausgabt. Tatsächlich betrugen die Gesamtausgaben des Reiches für die A.- und S.-Räte bis zum 31. 3. 1919 lediglich 92 Millionen Mark, die hauptsächlich für die S.-Räte und die Demobilisierung aufgewendet werden mußten. Über die Hintergründe und die Methodik der Pressekampagne im Dezember 1918 vgl. R. Müller, Kaiserreich II, S. 123 ff.; Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 23 ff. (R. Müller), Sp. 77 ff. (Landsberg), sowie Kolb, S. 191 ff.

rückzuführen, daß wir darauf drangen, daß die Gemeindebehörden den Verpflichtungen nachkommen, die ihnen durch die Verfügung vom 14. Dezember[60]) auferlegt worden sind, wonach die Kosten für die Tätigkeit der A.-Räte in den Gemeinden von den Gemeinden zu tragen sind.
Im einzelnen bewegen sich die Ausgaben in folgendem Rahmen: Der Landesausschuß der S.-Räte hat erhalten 66144 Mark 58 Pfennig, der Landesausschuß der A.-Räte 70547 Mark, der A.-Rat Stuttgart 29484 Mark. Für die Herstellung der „Roten Fahne" wurden ausgegeben 15403 Mark. Außerdem hatten wir die Kosten für die Fahrbereitschaft mit 4999 Mark zu bezahlen. An die einzelnen Orte wurden überwiesen: Friedrichshafen 14500 Mark (Hört, hört), Cannstatt 910,52 [Mark], Ulm 10000 [Mark] (Göhring (Ulm): Der A.-Rat von Ulm hat 500,– Mark gebraucht). Wenn der Genosse Göhring zum Ausdruck bringen will, daß der A.-Rat von Ulm zuwenig erhalten hat, so liegt das ja nicht an uns (Göhring: Nein, das wollte ich nicht sagen). Dann will der Genosse Göhring wohl zum Ausdruck bringen, wie sparsam der A.-Rat in Ulm gewirtschaftet hat. Die A.-Räte können vor aller Öffentlichkeit verantworten, was sie ausgegeben haben. Gewiß sind im Anfang Ausgaben gemacht worden, die recht erheblich waren, aber bei den vielen Aufgaben, die an die A.-Räte herantraten, entsprechen sie unbedingt dem, was die Räte geleistet haben. Dort wo des Guten zuviel geschehen sein sollte, ist auf eine Änderung sofort hingewirkt worden, und ich muß sagen, wir haben in allen Fällen das notwendige Verständnis gefunden.
Große Schwierigkeiten ergaben sich aus der Tatsache, daß die Gemeindeverwaltungen sich nicht bereit zeigten, der Verfügung der Regierung vom 14. Dezember Rechnung zu tragen, die zum Ausdruck bringt, daß die Gemeinden die Kosten für die A.- und S.-Räte, soweit sie örtliche Aufgaben zu erfüllen berufen sind, zu tragen haben. In letzter Zeit häuften sich die Beschwerden, daß die Widerstände der Gemeindeverwaltungen, nicht allein der Schultheißen, immer stärker werden, daß die Herren jetzt, nachdem etwas ruhigere Verhältnisse eingetreten sind, wieder mehr Mut bekommen haben und glauben, sie können sich über die Verfügung der Regierung hinwegsetzen. Es muß ausgesprochen werden, daß bei Beginn der Revolution alles bewilligt wurde, was man von den Gemeinden verlangte (Sehr richtig). Erst jetzt kommen sie aus ihren Mauselöchern wieder hervor und glauben, daß sie sich über ihre Pflichten nunmehr hinwegsetzen können. Ganz in der Nähe von Stuttgart (Zurufe: Wo?), in Böblingen, wo sich der Schultheiß energisch ins Zeug gelegt hat, daß der Verfügung der Regierung Rechnung getragen wird, hat der Gemeinderat erklärt, er füge sich dem nicht und lasse es auf einen Prozeß ankommen, und wenn er ihn auch verliere, so sei ihm das völlig gleichgültig. Wir haben die größten Schwierigkeiten gehabt, um zu verhindern, daß uns eines schönen Tages der A.- und S.-Rat den ganzen Gemeinderat von Böblingen gefangen nach Stuttgart gebracht hat.
Es muß festgestellt werden, daß in allen diesen Ortschaften, wo es noch nicht zu einer Verständigung gekommen ist, mit Geduld versucht wurde, die Gemeinden von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß die Verfügung der Regierung auch für sie Geltung hat. Trotz dieses guten Willens der A.- und S.-Räte begegnen wir noch da und dort Fällen, wo teils aus Absicht, teils aus bösem Willen danach getrachtet wird, die gegebenen Vorschriften zu umgehen. Wir haben erst vorgestern die Gelegenheit wahrgenommen, den Minister Dr. Lindemann darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn sich die Verhältnisse in dieser Richtung weiter entwickeln, wir vor neuen Verwicklungen nicht verschont bleiben[61]) (Sehr richtig). Wir dürfen uns eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Verfügungen der Regierung dürfen nicht nur nach der einen Seite Gültigkeit

[60]) Vgl. Nr. 26, Ziffer 4.
[61]) In der Besprechung am 27. 2. 1919, vgl. Anm. 22.

haben, sondern für alle Teile, also auch für diejenigen Körperschaften, die der Regierung unterstehen. Wir haben das nötige Verständnis bei der Regierung gefunden, ein neuerlicher Erlaß, der den Herrschaften zum Bewußtsein bringen wird, was sie zu tun haben, ist von der Regierung bereits hinausgegeben[62]).
Die Regelung in Württemberg kann als eine vorbildliche bezeichnet werden. Der Zentralrat der Deutschen Republik hat bestätigt, daß, soweit er die Verhältnisse überschauen kann, in Württemberg die glücklichste Lösung gefunden ist, und er hat uns ersucht, auf dem beschrittenen Wege weiterzugehen. Ich hebe das hervor, um auch gegenüber der Öffentlichkeit zu sagen, daß das, was wir verlangen, keine unbillige Forderung ist und deshalb unbedingt und restlos erfüllt werden muß. Ganz allgemein will ich auch zum Ausdruck bringen, daß wir die Pflicht haben dahin zu wirken, daß für alle Ansprüche, die gestellt werden, auch die Gegenleistungen vorhanden sein müssen und daß es nicht angängig ist, Forderungen zu erheben, für die diese Voraussetzung nicht zutrifft. Wir müssen darauf hinwirken, daß in den A.- und S.-Räten die Überzeugung bestehenbleibt, daß wir das Beste für unsere soziale Republik leisten wollen und daß wir im übrigen unsere gesamte Tätigkeit auf das gemeinsame Wohl einstellen. Daß da manches getan werden muß, was sich mit klingender Münze nicht ausgleichen läßt, liegt auf der Hand. Ich hebe das hervor, um die Genossen überall zu überzeugen, daß, wenn man Forderungen erhebt, diese derart sein müssen, daß [sie] in aller Öffentlichkeit vertreten werden können. Und wenn man so verfährt, dürfen wir der Überzeugung sein, daß wir die Widerstände überwinden werden.
Wir lassen es den Schultheißen und Oberämtern gegenüber an der nötigen Energie nicht fehlen, aber es zeigt sich, daß unser Vorgehen nicht immer zum gewünschten Erfolg führt; und es bleibt uns kein anderer Weg übrig, als mit dem Minister des Innern den widerspenstigen Elementen zu zeigen, daß sie auf dem falschen Weg sind. Dies läßt sich nicht immer in einem Tag erledigen. In manchen Oberämtern ist noch immer die alte Bürokratie zu Hause. Über diese Verhältnisse kommen wir zur Zeit nicht weg. Die Gesamtausgaben habe ich schon erwähnt und habe auch vorgetragen, daß die Ausgaben im Laufe der Monate immer geringer geworden sind. Wir haben das Bestreben, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung gestellt, so haushälterisch wie möglich umzugehen. Es wird jedoch kaum möglich sein, unter den Betrag der letzten 2 Monate herunterzukommen, so daß 45 bis 50000 Mark künftig die monatliche Ausgabe darstellen werden. Hervorheben will ich noch einmal, lassen Sie sich durch Widerwärtigkeiten, die Sie in den Gemeindeverwaltungen erfahren, nicht abhalten, rückhaltlos darauf zu dringen, daß die Gemeinden den Verpflichtungen, die ihnen durch die Verfügung vom 14. Dezember auferlegt sind[60]), nachkommen. Wir können keine Mittel mehr für die Gemeinden zur Verfügung stellen.

SCHUHMACHER[63]) (Pfullingen): Es heißt in der Verfügung vom 14. Dezember, die A.- und S.-Räte sind die Kontroll-Organe der Regierung. Ich habe davon nicht viel gemerkt. Was die A.- und S.-Räte erreicht haben, verdanken sie ihrer eigenen Initiative. In den Großstädten ist es leicht, einen recht radikalen Standpunkt einzunehmen. Sehr schwer ist dies in den kleineren Gemeinden. Große Forderungen aufzustellen, ist in den großen Städten erheblich einfacher als in den kleinen Gemeinden. Ich würde es begrüßen, wenn die Regierung einen Erlaß an die Gemeinden hinausgehen lassen wollte, worin den Gemeinden nahegelegt wird, jetzt sehr vorsichtig mit der Einberufung nichtöffentlicher Sitzungen zu sein. Ich möchte den Wunsch aussprechen, daß die Regierung bereit ist, den A.-Räten einen gewissen Schutz angedeihen zu lassen, ähnlich wie ihn die Vertrauensmänner der Gewerkschaften in den Betrieben genießen,

---

[62]) Vgl. Anm. 24.
[63]) Rudolf Schuhmacher; Pfullingen gehörte zum Oberamt Reutlingen.

d. h., daß die A.-Räte wegen der Ausübung ihrer Funktionen nicht von ihrer Arbeitsstelle entfernt werden dürfen.
Es ist darüber gesprochen worden, daß die A.- und S.-Räte ungemein viel Geld ausgegeben haben, es ist aber nicht davon gesprochen worden, daß während des Krieges noch viel größere Ausgaben gemacht wurden, die nicht kontrolliert und stillschweigend hingenommen wurden. Es ist das Verdienst der A.- und S.-Räte, wenn das Chaos nicht noch größer geworden ist.
Denken Sie an die Frauen bei den Gemeindewahlen, vergessen Sie nicht, daß die Frauen gewerkschaftlich noch Kinder sind. Wenn es so weitergeht, daß die radikale Richtung Fortschritte macht, so kann es möglich sein, daß der Zuzug in den Städten vielleicht größer ist, aber auf dem Lande werden sie sehr schlecht fahren. Man muß auch den Bauern Konzessionen machen. Es ist zu wünschen, daß die A.- und S.-Räte gemeinsame Sache machen, daß die Bauern nicht wegen der Probleme, wie sie da und dort auftauchen, mit den Arbeitern in noch größere Gegensätze geraten.

VORSITZENDER: Es ist folgender Antrag eingegangen: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Landesversammlung der A.- und B.-Räte Württembergs verlangt die sofortige Freilassung aller aus politischen Gründen Inhaftierten und Aufhebung des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel. Sie beauftragt den Landesausschuß, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bei der Regierung dahin zu wirken, daß diesem Antrag stattgegeben wird."
Unterzeichnet ist der Antrag von: Unfried, [Hans] Stetter, Matthiesen, H. Ziegler, Günther, Leichtle, Lachenmaier, Max Müller, Fausel, Leonhard, Kastler, Kropp, Geiger, Schönlin, Unterreiner, Engelhardt.

ROHRER[64]) (Göppingen): Wir von auswärts haben kein großes Interesse daran zu hören, welche politischen Konflikte sich in Stuttgart abspielen, wir hätten ein viel größeres Interesse zu erfahren, welche positiven Ergebnisse die Tätigkeit des Landesausschusses hatte in bezug auf das Festhalten der Errungenschaften der Revolution. Davon haben wir herzlich wenig gehört (Sehr richtig). Ich verstehe nicht, daß selbst von Parlamentariern die A.- und S.-Räte schief angesehen werden. Es muß hier ausgesprochen werden, daß gerade unter diesen Umständen die Tätigkeit der A.- und S.-Räte nicht nur in den Städten, sondern vor allem auch auf dem Lande sehr zu leiden hat (Zuruf: Scheidemann[65])). Auch hier haben wir solche Ansichten unter den Parlamentariern (Zuruf: Kammerpräsident Keil).
Nur dort vermag man sich durchzusetzen, wo praktische Arbeit im Interesse der arbeitenden Klasse geleistet wird. Das kann ich von Göppingen feststellen. Wir haben uns eine lückenlose Organisation geschaffen. Es ist uns gelungen, die Ernährungsfrage in unserem Bezirk wesentlich zu beeinflussen. Die Ablieferung ist in unserem Bezirk stark gesteigert worden. Es geschieht nichts auf den Rathäusern ohne Kontrolle und Mitwir-

---

[64]) Georg Rohrer (geb. 1880), von Beruf Holzarbeiter, seit 1912 mit mehrjähriger Unterbrechung Redakteur der Freien Volkszeitung in Göppingen; kandidierte 1919 für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 107); vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 338.

[65]) In einem Interview mit einem amerikanischen Journalisten hatte Scheidemann u. a. geäußert: „Wir wollen den Mitgliedern der A.- und S.-Räte, die aus ehrlicher Überzeugung und nach besten Kräften bemüht gewesen sind, den Interessen der revolutionären Arbeiterschaft zu dienen, nicht zu nahe treten, aber gerade sie werden zugeben müssen, daß doch sehr viele fragwürdige Gestalten in den A.- und S.-Räten aufgetaucht sind, von denen kein Mensch gewußt hat, von wannen sie gekommen sind und wo sie ihre Talente, groben Unfug zu verüben, erworben haben. Es muß ganz offen ausgesprochen werden, daß vielerorts die A.- und S.-Räte eine geradezu gemeingefährliche Wirksamkeit entfaltet haben" (zit. nach Zentralrat, S. 557, Anm. 46). Ähnlich hatte sich Scheidemann bereits auf dem 1. Rätekongreß geäußert, vgl. Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 269 f.

kung der A.-Räte. Es ist hier gesagt worden, daß die A.- und B.-Räte in allen Sitzungen anwesend sein dürfen, aber es ist auch betont worden, daß es selbstverständlich sei, daß die Delegierten der A.- und S.-Räte in den Sitzungen des Gemeinderats beratende Stimme haben. Leider ist das in den Richtlinien[66]) nicht ausgesprochen. Wenn dies klar festgelegt worden wäre, hätten wir manche Schwierigkeiten nicht zu verzeichnen. Man darf sich nicht so an die alten Gesetze klammern, die ja über kurz oder lang doch fallen müssen (Zuruf: Man klammert sich nur an diejenigen alten Gesetze, die einem angenehm sind!). Wir haben sparsam gewirtschaftet. Wir haben das Vertrauen der großen Masse der Bevölkerung erworben bis weit hinein in die bürgerlichen Kreise. Wir haben es begrüßt, daß der Landesausschuß bei der Beratung der Gemeindeordnung sich scharf ins Zeug gelegt hat für die Erhaltung der Errungenschaften der Revolution[67]). Das hat überall im Lande den freudigsten Widerhall gefunden.

In der Amtsblattfrage herrscht heute noch die größte Ungerechtigkeit. Die A.- und S.-Räte haben die Parteiblätter als Publikationsorgane bestimmt. Trotzdem werden die Arbeiterblätter bei den Bekanntmachungen der Regierung übergangen. Ich habe in dieser Richtung seinerzeit der Regierung und dem Landesausschuß Kenntnis gegeben. Die Bekanntmachungen der Regierung werden in denjenigen Zeitungen bekanntgegeben, die die Wirksamkeit der A.- und S.-Räte einschränken wollen. Wir waren der Auffassung, daß, nachdem die A.- und S.-Räte die Arbeiterpresse zum Publikationsorgan erklärt haben, auch die Gleichberechtigung mit unseren politischen Gegnern eintreten muß. Wir werden ausgelacht, wenn die Verfügungen des Arbeitsministers in gegnerischen Zeitungen erscheinen, während wir sie nicht bringen können[68]). Hier muß etwas geschehen.

Man hat geglaubt, daß man die widerspenstigen Ortsschulzen einfach auf die Seite schieben und andere, die der heutigen Zeit gerecht zu werden vermögen, an ihre Stelle setzen könne. Wir haben uns darin getäuscht. Gewiß kann man nicht ohne weiteres die Schultheißen ihres Amtes entheben, aber ich meine, ein wirksameres Vorgehen sollte immerhin möglich sein. Trotzdem muß festgestellt werden, daß die A.- und S.-Räte überall positive Arbeit geleistet haben und sich überall durchzusetzen vermögen (Zuruf: Trotz Scheidemann[65])). Es ist notwendig, daß die A.- und B.-Räte nicht ab-, sondern ausgebaut werden. Sie müssen das zu erhalten suchen, was am 9. November errungen worden ist (Beifall).

HEGELMAIER[69]) (Bartenbach): Als wir das letztemal beieinander waren, um die Richtlinien zu beraten[70]), konnte man von einer Lex Eggert[71]) sprechen. Wir haben damals schon gezweifelt, daß diese Richtlinien in der Praxis sich bewähren werden. Heute sind die A.- und B.-Räte Statisten, sonst nichts, weil die Bestimmungen zu sehr deutungsfähig sind. Es würde sich empfehlen, diesen Fehler zu korrigieren, damit wir nicht weiter als Statisten zu wirken gezwungen sind. Der Ortsvorsteher von Großeislingen hat gesagt: Der Franzose fragt nach dem A.- und S.-Rat nicht, ich auch nicht. Er hat auch die Fahne gehißt am Geburtstag des früheren Königs von Württemberg. Das hat große Erbitterung verursacht, darin ist auch die Regierung mitschuldig.

---

[66]) Gemeint ist die Verordnung vom 14. 12. 1918, vgl. Nr. 26.

[67]) Rohrer meint die Stellungnahme der Landesausschüsse zur Gesetzesvorlage für das neue Gemeindewahlrecht, vgl. Anm. 15.

[68]) Da die Zeitungen die Bekanntmachungen der Regierung gegen Bezahlung abdruckten, spielten in dieser Frage nicht nur die von Rohrer skizzierten politischen Bedenken eine Rolle, sondern auch konkrete finanzielle Interessen.

[69]) Fritz Hegelmaier, von Beruf Metallarbeiter, war Delegierter Württembergs auf dem 2. Rätekongreß; Bartenbach lag im Oberamt Göppingen.

[70]) Auf der 1. Landesversammlung am 8. 12. 1918, vgl. Nr. 8, S. 230 ff.

[71]) Zu Eggert vgl. Nr. 3 Anm. 63.

Die Pantoffelpolitik, die die Regierung getrieben hat, mußte die Massen nach links treiben. Es wäre besser gewesen, die Fraktion im Landtag wäre in ihren Reden viel schärfer aufgetreten, es wäre auch besser gewesen, Keil hätte auf den Präsidentenstuhl verzichtet und hätte die Angriffe von Gröber und Bazille zurückgewiesen[72]). Wenn man die Kohlennot betrachtet, so muß gesagt werden, daß, wenn man die Sozialisierung durchgeführt hätte, es nicht möglich gewesen wäre, mit ein paar Federstrichen das Volk um Millionen und aber Millionen zu prellen. Zernicke hat uns empfohlen, bei den Gemeindewahlen einen frischen Zug in das Volk zu bringen. Warum ist die Verhältniswahl nicht auf alle Gemeinden ohne Unterschied, auch auf die kleinsten, ausgedehnt worden[73])? Die Regierung darf nicht in 1 Liter Revolutionswein, den wir am 9. November gekeltert haben, 8 Liter Wasser zugießen, sonst bleibt ganz selbstverständlich vom Wein nichts mehr übrig. Was das Spitzelwesen anbelangt, so glaube ich, daß der russische Bolschewismus in Berlin ein Musterbeispiel ist. Der Kassenbericht zeigt Sparsamkeit auf allen Gebieten. Es ist aber nicht recht verständlich, warum bei einzelnen Ortschaften mit Scheffeln gemessen wird, während [man] bei anderen mit Löffeln gemessen hat. Wenn die Kosten, die die Gemeinden zu tragen haben, nicht ausdrücklich durch das Gesetz festgelegt werden, so ist es nicht möglich, daß die A.- und S.-Räte in den kleinen Gemeinden zu ihrem Recht kommen.

GRAMLICH[74]) (Horb): Über den Bericht des Landesausschusses habe ich nichts auszuführen. Ich hätte am liebsten die Nahrungsmittelfrage behandelt. Der Bezirk Horb ist ein Hamsterbezirk erster Güte[75]). Auf der Landesversorgungsstelle für Milch wurde uns gesagt, daß dieser Bezirk am schlechtesten abliefert. Dem Kriegswucheramt[76]) möchte ich ganz energisch zu Leibe rücken, denn es hat die meisten abgenommenen Waren gegen Bezahlung wieder freigegeben. Die Regierung muß das Kriegswucheramt anweisen, die Freigabe beschlagnahmter Waren künftig nicht mehr zuzulassen. Das Volk versteht das nicht. Im Bezirk Horb ist der Schleichhandel im großen Maßstab getrieben worden. Ich bitte die Regierung, ganz energisch darüber zu wachen, daß dieser Unfug unterbleibt. Im März wollen die Bauern einen Milchstreik in Szene setzen. Die Not des Volkes kümmert die Bauern nicht. Sie wollen 50 Pfennig für den Liter haben. Der Herr Ernährungsminister hat mir gesagt, daß an eine Erhöhung der Milchpreise nicht gedacht wird. Die A.-Räte in den Ortschaften sind selbst schuld, wenn sie nicht zur Geltung kommen. Wenn ein A.-Rat entschieden auftritt, wird er in den meisten Fällen seine Rechte erhalten. Ich habe in Altheim durchgesetzt, daß der A.-Rat zu den Sitzungen der

---

[72]) Keil war am 23. 1. 1919 zum Präsidenten der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung gewählt worden (vgl. Nr. 3 Anm. 60). Zu den Angriffen der Abgeordneten Gröber und Bazille s. Anm. 20.

[73]) Vgl. Anm. 14.

[74]) Karl Gramlich, von Beruf Uhrmacher, Vorsitzender des Bezirksarbeiterrates Horb.

[75]) Das Oberamt Horb gehörte zu den dünner bevölkerten Gebieten Württembergs mit überwiegend agrarischer Struktur (Ackerbau, Obstbau, Waldbau und Viehzucht); bedeutendster Industriezweig war die Kohlensäureproduktion im Neckartal zwischen Eyach und Niedernau. Nach der Statistik von 1895 waren fast zwei Drittel der Bevölkerung (63,3%) in der Landwirtschaft beschäftigt (gegenüber 45,1% im Landesdurchschnitt), 18% der Bevölkerung verdienten ihren Lebensunterhalt in Gewerbe und Industrie, 10,6% in Handel und Verkehr, auf sonstige Berufe entfielen 8,1%. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 2, S. 173 ff.

[76]) Im August 1916 hatte zunächst Preußen ein Kriegswucheramt eingerichtet, das dem Berliner Polizeipräsidium angegliedert war. Dem preußischen Beispiel folgten Bayern, Sachsen und Württemberg, wo ebenfalls Kriegswucherämter eingerichtet wurden. Diese Ämter waren zuständig für die Bekämpfung des Wuchers mit Gegenständen des täglichen Bedarfs (Lebens- und Futtermittel, Naturerzeugnisse, Heiz- und Leuchtstoffe, Waschmittel, Kleidung u. ä.). Außerdem hatten sie die Einhaltung der verordneten Höchstpreise zu überwachen und einzuschreiten gegen übermäßige Preissteigerung, gegen die Zurückhaltung von Waren und gegen den Kettenhandel. Vgl. Arpád Plesch, Die kriegswirtschaftliche Organisation Deutschlands. Wien 1918, S. 155 f.

Gemeindevertreter eingeladen wurde. Ich empfehle, daß man überall, wo sich die Ortsvorsteher bockbeinig zeigen, zunächst gemäßigt, im weiteren Verlauf aber immer entschiedener auftreten [soll].

VORSITZENDER: Es ist ein Geschäftsordnungsantrag eingegangen, die Redezeit auf 5 Minuten zu beschränken.

HÄRLIN[77]) (Weil im Dorf): Wenn wir heute den zweiten Punkt unserer Tagesordnung nicht erledigen, sitzen wir morgen abend noch beisammen. Vielen Delegierten ist die Anwesenheit bis morgen abend nicht möglich, ich beantrage darum eine Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten.

GROSS[78]) (Neckarhausen): Ich bin gegen diesen Antrag. Der umfangreiche Bericht des Vorsitzenden wird noch viele Redner auf den Plan rufen. Nicht jeder ist in der Lage, in einer Redezeit von 5 Minuten seine Gedanken zum Ausdruck zu bringen.

VORSITZENDER: Es sind noch 13 Redner eingezeichnet.

Der Antrag Härlin wird abgelehnt.

GENNEWEIN[79]) (Hedelfingen): Am 9. November haben wir wohl die politische Macht insofern an uns gerissen, daß wir die Minister entfernt haben, aber alles, was darunter war, blieb intakt. Man hat die A.- und S.-Räte eingesetzt, um diese Herren zu kontrollieren. Das ging anfangs, weil den Herren die Angst in die Knochen gefahren war. Heute aber ist die Angst wieder gewichen, und viele glauben, jetzt wieder ruppig werden zu dürfen. Im Staatsanzeiger No. 295 ist der Erlaß bekanntgegeben worden, der die Rechte der A.- und S.-Räte festlegt[66]). In vielen Gemeinden hat man danach keinen Deut gefragt. In Ortschaften in der Nähe Stuttgarts betrachten die Ortsbehörden die A.- und S.-Räte nur als Dekoration. Dagegen wehren wir uns (Sehr richtig). Es wäre notwendig gewesen, daß man die Herrschaften samt und sonders zum Teufel gejagt hätte. Aber man hat sie in ihren Stellungen gelassen, weil die damaligen Minister erklärten, ohne sie die Arbeit nicht erledigen zu können; aber wenn man sie weggejagt [hätte], wäre es sicher nicht schlechter gegangen.

In vielen Orten werden die A.-Räte nur als Zuhörer zugelassen. Zuhörer kann aber jeder einzelne Gemeindeeinwohner sein, den A.-Räten muß das Mitberatungsrecht eingeräumt werden. Wir haben dies in Hedelfingen durchgeführt, wir haben auch Zugang zu den [nicht]öffentlichen Sitzungen. Sorgen Sie in Ihren Ortschaften, daß Sie das gleiche durchsetzen. Wir können nicht verlangen, daß die Regierung überall Einsicht nimmt. Die A.-Räte sind dazu da, und wenn sie auf dem Damm sind, werden sie ihr gutes Recht erhalten. In Stuttgart suchte ein Vertreter des A.-Rates das Wort zu ergreifen, er wurde jedoch abgewiesen. Wir müssen deutlich zum Ausdruck bringen, daß die Regierung alles tun muß, um diesen Übelstand zu beseitigen, sonst tut man vor den Toren Stuttgarts das gleiche.

Es ist ferner zum Ausdruck gekommen, daß die Behörden die Bezahlung für die A.-Räte verweigern. Beim Ausschuß sind viele Klagen geführt worden. Ich muß schon sagen, wenn ein A.-Rat existiert und nicht imstande ist, herauszuholen, was notwendig ist, so ist das seine eigene Schuld. Es ist im Bericht erklärt worden, daß, wenn die Räte in den geheimen Sitzungen zugegen sein wollen, die strengste Diskretion gewahrt werden muß. Das ist selbstverständlich. Aber auch an die Gemeinderäte muß dieser Appell gerichtet werden (Zustimmung). Wenn wir auf der beschrittenen Bahn weiterfahren wollen mit Erfolg, so müssen alle Räte im ganzen Land gegenüber den Gemeinden und der

---

[77]) Gustav Härlin, von Beruf Galvaniseur, Mitglied des Bezirksarbeiterrates Leonberg; kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 102); Delegierter Württembergs auf dem 2. Rätekongreß.

[78]) Rudolf Groß, von Beruf Schlosser, Vorsitzender des Bezirksarbeiterrates Nürtingen.

[79]) Gottlieb Gennewein; Hedelfingen war eine Gemeinde im Oberamt Cannstatt.

Regierung zum Ausdruck bringen, daß wir die Früchte der Revolution unbedingt erhalten wissen wollen.

VORSITZENDER: Ich beantrage, daß die Minister, die hier sind, außer der Reihe das Wort ergreifen dürfen. Ihre Mitteilungen sollen dazu dienen, die Diskussion abzukürzen. Widerspruch erhebt sich nicht.

LACHENMAIER[80]) (Gmünd): Ich sehe dazu keinen Anlaß, wir sind hier, um den Bericht entgegenzunehmen und darüber zu diskutieren, nicht aber, um die Ansichten der Minister zu hören.

VORSITZENDER: Wir haben die Regierung eingeladen, weil wir Kontrollorgane der Regierung sind und neben der Regierung arbeiten. Es liegt im Interesse der glatten Abwicklung der Geschäfte, wenn wir, wie es bisher üblich war, der Regierung das Wort geben.

Demgemäß wird beschlossen.

Ernährungsminister BAUMANN[81]): Herr Gramlich von Horb hat die Frage der Ernährung in die Debatte gezogen. Ich könnte einen unendlich langen Vortrag halten, ich will mich jedoch lediglich auf das beschränken, was hier vorgebracht worden ist. Ich habe von jeher auf dem Standpunkt gestanden, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Verwaltung ist, auf diesem Gebiete mitzuarbeiten. Ich habe aus diesem Grunde einen Beirat, bestehend aus einem Mitglied des A.- und einem Mitglied des S.-Rates, zugezogen[82]). Wir arbeiten ohne besondere Schwierigkeiten und Reibungen miteinander. Auch in den Bezirken ist eine der wichtigsten Aufgaben, daß die A.- und S.-Räte sich um die richtige Erfassung und die richtige Verteilung der Lebensmittel kümmern. Ich gebe zu, daß der Schleichhandel in einer sehr bedenklichen und sehr bedauerlichen Weise überhand genommen hat, aber ich darf wohl an Sie die Bitte richten, daß Sie in Ihren Kreisen darauf hinarbeiten, daß dem Schleichhandel die Türe geschlossen wird.

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Beamte und Sicherheitsmannschaften darüber klagen, daß sie aus den Kreisen der Verbraucher, auch der Arbeiterschaft, den größten Widerstand finden, wenn sie gegen den Schleichhandel vorgehen. Es wäre eine sehr schöne und dankbare Aufgabe, wenn Sie darauf aufmerksam machen würden, welch eine große Gefahr im Schleichhandel für die Versorgung der Bevölkerung liegt. Und wenn die Bauernräte darauf hinwirken, daß der Bauer die Lebensmittel dahin abliefert, wohin er sie nach dem Gesetz abzuliefern hat, so wäre dies außerordentlich begrüßenswert. Die Regierung hat sich bemüht, dem Hamsterunwesen mit Entschiedenheit entgegenzuwirken. Ich habe das Kriegswucheramt[76]) beauftragt, weitere Beamte anzustellen. Die Sicherheitskompanie, die Schubpol[83]), sind in den Dienst der Sache getreten, aber ganz werden wir den Schleichhandel nicht beseitigen können.

Daß Horb einer derjenigen Bezirke ist, in denen am meisten gesündigt wird, hat seine Ursache darin, daß von Stuttgart und Pforzheim außerordentliche Mengen verschleppt werden. Auf dem Bahnhof Eutingen[84]) mußte ich die Sicherheitsmannschaften zurück-

---

[80]) Gustav Lachenmaier, gehörte im Mai 1915 zum Landesvorstand der Westmeyer-Gruppe (vgl. III. Gesch. 1929, S. 115), seit 1917 Mitglied der USPD.

[81]) Julius Baumann (1868–1932), von Beruf Eisenbahnbeamter, 1906–18 Mitglied der württembergischen Abgeordnetenkammer (Nationalliberale Partei); vom 11. 11. 1918 bis zum 1. 11. 1919 Ernährungsminister; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (DDP); nach seinem Rücktritt als Minister begann Baumann mit einem Studium der katholischen Theologie; vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 129.

[82]) Der staatlichen Ernährungskommission gehörten Dreher als Vertreter der A.-Räte und Wollbold als Vertreter der S.-Räte an. Zur Tätigkeit der Kommission s. den in Nr. 7, S. 169 f., abgedruckten Ressortbericht; vgl. auch den Rechenschaftsbericht Klotzbüchers (Ernährungskommission des A.-Rates Groß-Stuttgart) vom 29. 4. 1919, Nr. 13d, S. 349.

[83]) Vgl. Nr. 6 Anm. 40.

[84]) Eutingen war ein Bahnknotenpunkt im Oberamt Horb (vgl. Anm. 75); hier kreuzten sich die Strecken Calw–Horb und Stuttgart–Freudenstadt.

ziehen, weil die Leute ihres Lebens nicht sicher waren, namentlich auch von seiten der Arbeiter.
Es ist wahr, daß von einer gewissenlosen Seite eine Agitation für eine Erhöhung des Milchpreises in einer Weise eingesetzt hat, die wir unmöglich dulden konnten. Mit einer Flut von Eingaben ist auf die Regierung eingedrungen worden mit dem Verlangen, den Milchpreis zu erhöhen. Dabei wurde gedroht, [daß,] wenn der Milchpreis nicht auf 50 Pfennig pro Liter für den Erzeuger, das wären 60 Pfennig für den Verbraucher, festgesetzt werde, die Produzenten sich nicht mehr für verpflichtet halten, Milch nach den Städten zu liefern. Die Regierung ist diesem Treiben mit aller Entschiedenheit entgegengetreten. Ich will hier nicht untersuchen, ob der jetzige Milchpreis angemessen ist oder nicht, aber in der gegenwärtigen Zeit müssen wir alles daran setzen, um eine Erhöhung des Milchpreises zu vermeiden (Sehr richtig). Die Milcherfassung ist ein außerordentlich schwieriges Kapitel. Sie hängt sehr eng zusammen mit dem wilden Handel mit Milch und Butter. Es läßt sich keine Organisation schaffen, die alle Menschen befriedigt. Was menschenmöglich ist zu tun, haben wir auf diesem Gebiete getan. Wir haben auch mit aller Entschiedenheit zugefaßt, wenn eine Gemeinde ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Ich bitte die Bauernrats-Mitglieder, daß sie in ihren Kreisen darauf hinwirken, daß derartige Drohungen mit Einstellung der Lieferung eines der wichtigsten Lebensmittel nicht mehr gemacht werden. Wir können über den Milchpreis nicht in Form einer Drohung, sondern nur in gegenseitiger Verhandlung sprechen (Beifall).

HÄUSSLER (Obertürkheim): Eine allgemeine Klage müssen heute die A.- und B.-Räte anstimmen. Die durch die Revolution eingesetzte Regierung hat es nicht verstanden und versteht es auch heute noch nicht, die Mittel zu gebrauchen, die ihr in die Hand gegeben sind. Wir haben unseren Schultheißen seines Amtes entsetzt. Minister Crispien hat uns das Versprechen gegeben, daß unseren Wünschen entsprochen wird. Das Versprechen ist nicht gehalten worden. Ich muß hier erklären, daß Minister Crispien in der Sache nichts getan hat. Er hat uns immer von einem Tag auf den andern vertröstet, und wir haben unseren Schultheißen heute noch. Die Regierung muß das Recht haben, solche Leute zum Teufel zu jagen. Wir haben die Sitzungen gesprengt, die als geheim bezeichnet waren. Wir arbeiten jetzt zusammen mit den Kollegen, aber nicht mit dem Schultheißen, der täglich wieder frecher wird. Wenn wir das Recht nicht haben, solche Leute ihres Amtes zu entheben, so müssen wir wenigstens den Schultheißen beurlauben können; aber auch das konnten wir nicht ohne die Zustimmung dieses Herrn. Warum wird es geduldet, daß die A.- und B.-Räte immer auf die Seite geschoben werden? Die A.- und B.-Räte stehen tatsächlich in den meisten Orten wie ein hilfloser Waisenknabe da. Ich möchte Engelhardt sagen, daß er gar nichts getan hat, bis letzten Sonntag. Wenn die Leute auf dem Land keine Stütze haben am Vollzugsausschuß, wo sollen sie dann eine Stütze haben? Überall wird man abgeschüttelt. Die A.- und B.-Räte müssen darauf dringen, daß die reaktionären Elemente aus den Verwaltungen herauskommen (Zuruf: Man muß sie in Schutzhaft nehmen! Ausweisen!). Das Gemeindewahlrecht soll nicht verschlechtert werden; dagegen wollen wir heute noch protestieren. Wir wissen noch nicht, wie es die Herrschaften wollen, aber auf keinen Fall wollen wir uns eine Verschlechterung gefallen lassen.

ENGELHARDT (Cannstatt): Die Dinge liegen gerade umgekehrt, wie sie der Vorredner geschildert hat. Man mußte in einem[85]) Teil des Landes die A.-Räte schieben, ich mußte erst auffordern, daß die Genossen von ihrem Recht als A.-Rats-Vertretung Gebrauch machen. Wir dürfen uns nicht zu einem Dekorationsstück herabdrücken lassen. Die Verfügung der Regierung vom 14. Dezember[11]) hat den gleichen Fehler wie die Ver-

[85]) Im Or. sinnwidrig: keinem.

ordnungen der früheren Regierung, daß sie nämlich nicht klipp und klar ausspricht, was ist. Auch die heutige Regierung versteht es nicht, klar und bündig auszudrücken, was sie will. Jeder Schultheiß liest in die Verfügung hinein, was ihm beliebt; sämtliche Diskussionsredner haben die schärfste Kritik daran geübt, das zeigt mir, daß es falsch ist, wenn gesagt wird, nur die links stehenden Genossen sind es, die Kritik üben. Die ganze Arbeiterklasse liefert den Beweis, daß die Regierung in Wirklichkeit keine Revolutionsregierung ist (Zuruf: Was ist sie dann?). Eine Regierung, die sich an jeden Gesetzesparagraphen klammert, ist keine Revolutionsregierung. Mit elementarer Gewalt muß man über diese Gesetze wegschreiten, die uns jahrhundertelang knebelten.
Ein Wort zu dem gestellten Antrag. Der Antrag, die Landesversammlung möge beschließen, die wegen politischer Vergehen Inhaftierten freizulassen und das Verbot von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel aufzuheben, entspringt einem Wunsch der großen Massen der Arbeiter. Den Forderungen der breiten Arbeiterklasse[86]), wie sie in allen Großbetrieben, nicht nur in Stuttgart, sondern in ganz Württemberg zum Ausdruck gebracht werden, muß unbedingt Rechnung getragen werden. Ich weiß sehr wohl, daß die Regierung uns sagt, was sie in einer ganzen Reihe von Sitzungen erklärt hat: Sie könne nicht in die Gesetzmäßigkeit eingreifen. Wenn die Regierung will, kann sie mit einem Federstrich erreichen, was wir wollen, sie hat es in der Hand, eine Amnestie auszusprechen, und damit ist die Freilassung durchgeführt. Gerade wir in Stuttgart sind durch das Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel nicht mehr in der Lage, unsere Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Weil Deutschland tanzt[87]), stehen uns keine Lokale zu Versammlungen zur Verfügung. Wir können die wichtigsten Versammlungen nicht abhalten. Wenn die Regierung dieses Verbot nicht zurückzieht, so werden wir Mittel und Wege finden, um zu unserem Recht zu kommen; wir scheuen uns auch nicht, für unsere Forderungen ins Gefängnis zu gehen, weil wir gezwungen sind, zu Versammlungen unter freiem Himmel zu greifen. Deshalb möchte ich die Regierung bitten, unseren Antrag anzunehmen, um uns nicht zu[88]) Verstöße[n] gegen die Gesetze zu zwingen. Auch hier wird das Wort zutreffen: „Der Schuß könnte nach hinten losgehen." Die Verantwortung trifft die Regierung, wenn sie die Arbeiterklasse an der Ausübung ihrer politischen Rechte hindert.

Staatsminister Blos: Um auf diese Erklärung zu antworten, muß ich auf die ganze Situation eingehen. Die Dinge sind nicht so einfach, wie es scheinen könnte, und wenn ich Ihnen den Standpunkt der Regierung darlegen soll, so bitte ich Sie, mir zu gestatten, auf die gesamte Situation einzugehen. Ich will nicht empfindlich sein und auf vieles, was hier gesagt worden ist und uns kränken könnte, nicht eingehen.
Als wir die Regierung übernahmen, haben wir selbstverständlich die größte Freiheit gelassen. Wir haben 2 Monate lang alles gehen lassen, wie es die Einwohner und das Volk gewollt haben. Es hat jeder tun können, was er wollte. Ich bin auch überzeugt, wenn nicht andere Umstände eingetreten wären, so würde die Bevölkerung von Stuttgart sich mit diesem Zustand wohl abgefunden und sich ihm angepaßt haben, so daß, abgesehen von kleinen Störungen, weiter nichts vorgekommen wäre. Wir würden auch niemals mit ungewöhnlichen Mitteln in den Gang der Dinge eingegriffen haben, wenn sich der politische Kampf auf friedlichem Boden abgespielt hätte (Sehr gut). Wenn man sich darauf beschränkt hätte, die Propaganda ohne Anwendung gewaltsamer Mittel zu betreiben, so hätten wir dem ruhig zugesehen. Wenn sich die verschiedenen Elemente der Bevölkerung miteinander um die politische Macht streiten, so haben wir nichts da-

[86]) Im Or.: Die Forderung der breiten Arbeiterklassen.
[87]) Daß die Bevölkerung überall in Deutschland im Winter 1918/19 von einer förmlichen „Tanzwut" erfaßt wurde, in der sie die Entbehrungen und Enttäuschungen der Kriegsjahre und die wirtschaftliche Not zu vergessen suchte, wird vielfach berichtet.
[88]) Im Or.: gegen.

gegen einzuwenden. Wir haben uns erst zu außerordentlichen Mitteln entschließen müssen, als die Sicherheit für die Gesamtheit bedroht war. Die Anschuldigung der gegen uns erhobenen Beschwerden würde nur zu einem Teil erhoben worden sein, wenn man uns ruhig hätte arbeiten lassen (Sehr richtig). Wir sind zwei Drittel unserer Zeit genötigt gewesen, uns mit Dingen zu beschäftigen, die mit organisatorischen Arbeiten nichts zu tun haben (Sehr richtig), und wir mußten eine Menge von Mißständen, die im Lande bestehen, dulden.

Ich verstehe es, wenn ein Teil der Redner gereizt ist – aber all das wäre nicht so gekommen, wenn man uns ruhig hätte arbeiten lassen. Es stellt sich das auch mancher so leicht vor. Wenn von der alten tausendjährigen Herrschaft ein großer Schutthaufen aufgehäuft wurde, so ist der nicht so schnell aufgeräumt, wie das mancher sich vorstellt. Wenn man sagt, wir seien keine Revolutionsregierung, weil wir noch nicht alles durchgeführt haben, was durchgeführt werden muß (Engelhardt: Noch nicht angefangen!). Herr Engelhardt ich habe Ihnen ja den Grund gesagt, warum wir noch nicht angefangen haben mit der Aufräumung, man hat uns ja gehindert, und dessen klage ich die an, die hier in Stuttgart manchmal so große Reden führen. Revolutionäre Redensarten sind heutzutage billig, aber damit kommen wir nicht weiter (Sehr richtig). Wir haben ruhig zugesehen und haben jeden nach seiner Fasson selig werden lassen, bis endlich die spartakistischen Umtriebe ins Land übergegriffen haben.

Stellen Sie sich vor, um was es sich hier handelt. Als wir die Regierung übernommen hatten, ist sich alles klar darüber gewesen, daß wir die Diktatur verwerfen. Nachdem wir die politische Macht erreicht hatten, wollten wir nicht das russische Beispiel nachahmen. Wir haben das freieste Wahlgesetz der Welt eingeführt. Wenn das Resultat nicht so ausgefallen ist, wie wir es gewünscht haben, so war daran schuld die Propaganda, die von Rußland in unser Vaterland getragen worden ist. Wir würden bei den Wahlen eine Mehrheit erworben haben, wenn man nicht die Leute systematisch zurückgeschreckt hätte (Sehr gut). Lange haben wir dieser Propaganda zugesehen. Bedenken Sie, was es heißt, wenn tagtäglich die Regierung heruntergerissen und als unfähig bezeichnet wird. Ich habe damals gesagt, eine Regierung, die einen Papierschuß nicht ertragen kann, ist nicht wert, daß sie besteht. Auch heute noch stehen in den Blättern der Spartakisten die schmutzigsten Vorwürfe, wie z. B., daß wir die silbernen Löffel der früheren Könige gestohlen hätten[89]). Es ist mir nicht eingefallen, gegen diese Blätter eine Verfolgung einzuleiten. Ich habe so viel gesunden Sinn bei unserem Volk vorausgesetzt (Sehr gut), daß es solche Anschuldigungen gegen uns für lächerlich hält.

Was uns zu dem Verbot getrieben hat, sind die Angriffe auf uns, die nicht etwa nur in Demonstrationen, sondern mit Waffengewalt ausgeübt wurden, und da wir nicht wissen, was über diese Dinge anderwärts erzählt wird, so erlauben Sie mir, daß ich dem, was Zernicke gesagt hat, eine kurze Erläuterung hinzufüge[33]).

Am 8. Januar sollte die Regierung gestürzt werden. Der Minister Lindemann war schon abgesetzt, bei mir – ob Herr Unfried darüber lacht, ist mir ganz gleichgültig – ist eine bewaffnete Menge, geführt von Hoernle, in mein Ministerium eingedrungen und suchte mich da gefangenzunehmen. Ich war allerdings nicht da, und nachher wurde es abgeleugnet. Nun ist durch Zeugen festgestellt worden, daß die Beamten, die das Ministerium verlassen wollten, von Bewaffneten zurückgewiesen worden sind. Es war auf meine Gefangennahme abgesehen. Es wurden vom Balkon aus Reden gehalten und der Sturz der Regierung gefordert. Hätten wir uns hinsetzen sollen und warten, bis diese Herren uns gefangengenommen hätten, oder was hätten Sie getan? Wir haben das getan, was nach Lage der Dinge uns allein zu tun übrigblieb. Wir haben von den Machtmitteln Gebrauch gemacht, die wir hatten. Wir haben unsere Machtmittel aufge-

---

[89]) Zu den Hintergründen und Urhebern dieser Vorwürfe vgl. Blos, Monarchie II, S. 34 ff.

boten. Zu einem wirklichen Kampf ist es glücklicherweise nicht gekommen, da ja von allen Seiten Vorkehrungen getroffen waren, Zusammenstöße zu vermeiden. Wir haben diejenigen, die gegen uns vorgegangen sind, in Schutzhaft nehmen lassen (Zuruf: Das war ungesetzlich). Ja,meine Herren, sind denn die Leute, die mit den Waffen gegen uns vorgegangen sind, gesetzlich vorgegangen (Heiterkeit und Beifall)? Wenn wir die Leute nicht unschädlich gemacht hätten, so würden sie ja den andern Tag wieder angefangen haben. Wenn wir sie freigelassen hätten, so hätten sie darin eine Vollmacht gesehen, uns weiter in der gleichen Weise anzugreifen.
Nachdem wir die Leute einige Zeit in Haft gehalten hatten, hofften wir, uns mit ihnen zu verständigen, um sie freizulassen. Bei der Gehässigkeit aber, die auf jener Seite vorherrscht, und die noch jeden Tag zum Vorschein kommt, war es unmöglich, eine Verständigung zu erzielen. Nun wußten wir nicht genau, wie wir die Sache einrichten sollten. Dann aber hieß es, diese Verhaftungen sind ungesetzlich, ihr habt das Recht gebrochen. Die Verhafteten verlangten, daß sie vor ein ordentliches Gericht gestellt werden. Daraufhin haben wir uns gesagt, schön, wenn ihr das Gericht wollt, so könnt ihr es haben, und da man uns mit dem Drängen nicht in Ruhe gelassen hat, haben wir sie den Gerichten übergeben. Nach dem, was nun geschehen ist, können wir es nicht rückgängig machen, die Herren bekommen ja, was sie verlangt haben. Es wird uns der Vorwurf gemacht, daß wir die Leute im Gefängnis schlecht behandelt und verpflegt haben. Nun haben wir in der letzten Zeit von ihnen selbst vernommen, daß es ihnen gutgeht. Wenn Engelhardt gemeint hat, es bedürfe nur eines Federstrichs, um den Leuten ihre Freiheit wiederzugeben, so täuscht er sich. Man vergißt, daß wir jetzt eine Volksvertretung haben und nicht willkürlich verfahren können. Ich bin bereit, wenn der Genosse Engelhardt eine Amnestie beantragt, sie der Landesversammlung vorzulegen; aber wir sind nicht in der Lage, von uns aus in das Verfahren einzugreifen.
Herr Engelhardt hat eine Theorie aufgestellt, die auf den ersten Blick verführerisch sein könnte. Er hat gemeint, wir brauchen uns um alte Gesetze nicht zu kümmern, das sei ja gerade die Revolution, daß man sich über die Gesetze hinwegsetzt. Aber meine Herren, man hat uns doch die Aufgabe gestellt, die Staatsmaschinerie in Gang zu halten. In dem Moment, wo wir die Gesetze preisgegeben und damit die Staatsmaschinerie lahmgelegt hätten, hätten wir ein allgemeines Durcheinander und den Verfall bekommen. Wir konnten auch nicht alle Beamten ersetzen, wir mußten die erfahrenen Leute, die da waren, zum großen Teil in ihren Ämtern behalten. Wir können sie nur nach und nach ersetzen. Wenn man uns Ruhe läßt, so wird es bald geschehen, stört man uns, dann wird es noch lange dauern.
Es besteht leider nicht die Hoffnung, daß die Leute, die uns bisher gestört haben, uns in Zukunft die zu unserer Arbeit notwendige Ruhe lassen werden, sondern es ist zu befürchten, daß man uns immer wieder stören wird (Zuruf: Recht kräftig sogar). Da hören sie es ja, daß man uns noch recht kräftig stören wird. Diese Leute verlangen aber, daß wir Arbeit leisten. Ich bin nicht gewohnt, unparlamentarische Ausdrücke zu gebrauchen, sonst würde ich sagen, was ich darüber denke.
Ich erinnere sie daran, daß die meisten Klagen, die heute vorgebracht wurden, sich auf das Gebiet beziehen, das dem Ministerium des Innern unterstellt ist. Wir haben 2 Monate lang einen sehr radikalen Minister des Innern gehabt[90]) (Sehr gut); es sind hier Klagen gegen ihn erhoben worden, die ich nicht wiederholen will. Ich will nicht so unkollegial sein, ich kann sie nur nicht bestreiten. Der Minister, dem wir nach dem Ausscheiden Crispiens das Ministerium des Innern übertragen haben[91]), um in diesem Bereich Ordnung zu schaffen, hat jetzt im ganzen 8 Tage arbeiten können. Er ist 14 Tage

[90]) Arthur Crispien, einer der Führer der württembergischen USPD; vgl. Nr. 1 Anm. 4.
[91]) Hugo Lindemann (SPD), vgl. Nr. 2 Anm. 26.

in Weimar gewesen[92]), und Sie können glauben, daß der Wust in dieser Verwaltung durch die vorhergegangene Periode sich auch nicht verkleinert hat (Engelhardt: Crispien war ja auch gehindert in seiner Arbeit). Ja, Herr Engelhardt, ich habe ihn nicht gehindert, das können Sie mir glauben (Heiterkeit, Zurufe). Ich habe die Sitzungen alle mitgemacht. Auf Leute, die im „Sozialdemokrat" die Behauptung aufstellen, daß ich silberne Löffel gestohlen habe, gebe ich nichts.
Meine Herren, ich möchte Sie bitten, diese Dinge zu betrachten, wie sie sind; ich begreife es, daß in der jetzigen Atmosphäre die Unzufriedenheit einen Nährboden findet, und wenn man nicht über eine große Selbstbeherrschung verfügt, so wird man leicht dazu kommen, seinem Nebenmenschen Dinge zu unterschieben, die ungerechtfertigt sind. Auch begreife ich, daß man die Regierung für alles Unangenehme verantwortlich macht, es ist ja sonst niemand da, den man verantwortlich machen könnte; aber wir können Ihnen nur das Versprechen geben, daß wir alles tun werden, was in unserer Kraft steht, um zu einer Besserung der Verhältnisse zu kommen.
Wenn jeder meint, er dürfe der Regierung sagen: Was ihr gemacht habt, taugt nichts, macht es so, wie ich es euch sage, so nehme ich das auch nicht so tragisch. Es beweist nur, daß man es eben nicht besser versteht. Mir hätte es mehr Freude gemacht, wenn ich hätte mehr durchfahren können, als es bis jetzt geschehen konnte. Aber wo es sich darum handelt, daß alles zusammengebrochen ist, kann die Ordnung nicht von heute auf morgen hergestellt werden. Wir haben namentlich dafür zu sorgen, daß nicht eine Diktatur des Proletariats [entsteht], die ja nur eine unverstandene Phrase ist, die mein Freund Marx[93]) sicher nicht so verstanden hat wie ihre jetzigen Befürworter. [Wir haben] Ordnung zu schaffen und dann noch unter dem Druck unseres Verhältnisses zum Ausland zu leben – eine Kleinigkeit ist das wahrhaftig nicht. Und deshalb sollen diejenigen, die es gut meinen mit unserem Land, die Regierung nicht beschuldigen, daß sie so sei, wie sie von einer bestimmten Gruppe dargestellt wird (Lebhafter Beifall).

KÖNIG[94]) (Neuenbürg): Ich will mich über die Regierung nicht scharf auslassen, aber die lebhaften Auseinandersetzungen auf der Landesversammlung haben bewiesen, daß die Satzungen, die wir auf der letzten Landesversammlung aufgestellt haben, nicht das geworden sind, was wir erwartet haben. Wir glaubten, nach der Satzung die Rechte vertreten zu können, die uns nach der Revolution zustehen. Es mag richtig sein, daß viele A.-Räte heute mit den Gemeindevertretern zusammenarbeiten können, hauptsächlich diejenigen, die direkt nach der Revolution gewählt wurden und ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Aber die Genossen, die erst nach 3 oder 4 Wochen gewählt wurden[95]), hatten, nachdem sich die Herren wieder einigermaßen erholt haben, einen viel schwierigeren Standpunkt. Ich kann der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die Verfügung nicht klar genug abgefaßt hat.
Ich habe auch eine Beschwerde eingereicht. Wir waren ohne Geld vom 16. Dezember bis 22. Januar. Ich habe die Geduld nicht verloren, aber die anderen. Das Mitberatungsrecht wurde uns erst diese Woche eingeräumt, als ich mit den schärfsten Mitteln drohte. Was die Gemeinderatswahlen uns bringen werden, wissen wir nicht. Wir wollen jedoch die Hoffnung haben, daß sie uns einen großen Erfolg bringen; wie wir ja auch diese Hoffnung bei den beiden vorangegangenen Wahlen hegten. Viel besser als diese werden jedoch auch die Gemeindewahlen voraussichtlich nicht ausfallen (Zuruf: Wo

---

92) Lindemann hatte als Vertreter Württembergs an den Beratungen über die Reichsverfassung in Weimar teilgenommen.
93) Vgl. dazu Nr. 3 Anm. 11.
94) Paul König, von Beruf Zimmermeister, Vorsitzender des Bezirksarbeiterrates im Oberamt Neuenbürg (Schwarzwaldkreis).
95) Vgl. Einleitung, S. LXII f.

ist die Masse?). Man muß die Masse so benützen, wie sie ist, aber ich bin nicht für die Lauheit der Regierung.
In bezug auf unsere Ernährung hätte ich gewünscht, daß die Regierung die Mittel angewendet hätte, die wir [ihr] in die Hand gegeben haben, daß sie mit energischer Hand eingegriffen hätte. Gestern wurde ein Tabakwucherer zu 2000 [Mark] Geldstrafe und 9000 [Mark] Gewinneinzug verurteilt. Das ist keine Strafe. Hätte man die Leute für die 2000 [Mark] 2 Monate und für die 9000 Mark 9 Monate eingesperrt, dann hätte von einer Strafe gesprochen werden können. Ich habe den Wunsch an die Regierungsvertreter, daß sie mit allen Mitteln eingreifen. Das ganze Proletariat steht hinter ihnen, wenn sie mit allen Kräften darauf hinwirken, daß uns die Errungenschaften der Revolution erhalten bleiben.

Minister BLOS: Daß die Antwort an die Genossen in Neuenbürg so lange auf sich warten ließ, tut mir leid. Ich kann natürlich nicht alle Eingaben, die an mich gerichtet sind, persönlich behandeln und beantworten. Ich muß andere dazu heranziehen, daß die Sachen erledigt werden können. Es ist manchmal wirklich eine rasche Erledigung nicht möglich. Wenn Sie bedenken, daß solche Eingaben oft 10 bis 15 Seiten lang sind, dürfen Sie sich nicht darüber wundern, daß die Beantwortung nicht immer sofort erfolgen kann. Immerhin ist die lange Verzögerung ein einzelner Fall, solche Fälle werden sich nicht ganz vermeiden lassen.

FLORUS (Kornwestheim): Ich gebe zu, daß die Fragen, die uns heute beschäftigen, wichtig sind, trotzdem wäre es möglich gewesen, die Ernährungsfrage auf die Tagesordnung zu setzen. Es sind Verfügungen vom Zuckerkartell[96]) herausgegeben worden, die auf die Niederhaltung der Löhne hinzielen. Ich mache der Regierung den Vorwurf, daß sie in diesen Dingen zu nachgiebig gewesen ist. Man sagte uns, daß diejenigen, die seither nicht gearbeitet haben, in Zukunft arbeiten sollen. Ich glaube, es wäre das beste Mittel, die Aktionäre der Zuckerfabriken recht kräftig arbeiten zu lassen.
Mir ist aufgefallen, daß da, wo A.-Räte in Betracht kommen, die Ausgaben niedrig geblieben sind, daß dagegen dort, wo viele S.-Räte ihren Sitz haben, die Ausgaben erheblich größer sind. Ein Wort zu den Ausführungen Engelhardts: Wir sollten trotz aller Gegensätze lernen, uns besser zu verstehen; unsere Meinungsverschiedenheiten müssen ausgeglichen, nicht verkleistert werden, aber wir dürfen uns nicht gegenseitig herunterreißen. Ich möchte bitten, immer den Ton anzuschlagen, den wir als Arbeiter voneinander verlangen können (Beifall).

LAUTERBACH (Vaihingen a. F.): Ich stelle den Antrag auf Schluß der Debatte.

ENGELHARDT (Cannstatt): Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen. Der nächste Redner ist der Genosse Müller-Böblingen, der derjenigen Parteirichtung angehört, die am schärfsten angegriffen worden ist.

VORSITZENDER: Wir kommen zur Abstimmung. Das erste Ergebnis der Abstimmung war zweifelhaft.
Die Auszählung ergibt die Annahme des Schlußantrags.

UNFRIED (Stuttgart): Wir protestieren dagegen, daß während des Berichts des Vorsitzenden sich bereits die Redner in die Rednerliste einzeichnen ließen.

VORSITZENDER: Wenn ich das gesehen hätte, hätte ich es nicht zugelassen.
Es folgt das Schlußwort:

ZERNICKE (Stuttgart): Ein großes Unglück ist durch den Schluß der Debatte nicht eingetreten. Was ich vorgetragen habe, ist fast von allen Diskussionsrednern wiederholt

---

[96]) Gemeint ist wahrscheinlich die Reichszuckerausgleichsgesellschaft, die Ende 1916 unter Beteiligung des Reiches, des Vereins der deutschen Zuckerindustrie und der Zentraleinkaufsgenossenschaft errichtet wurde. Sie hatte die Aufgabe, die Preise für Zucker und Zuckerfrachten zu regeln. Vgl. Plesch (s. Anm. 76), S. 90 f.

worden. Es ist erklärt worden, die Verfügung der Regierung ist nicht in allen Teilen durchgeführt worden. Das ist der Kern der Ausführungen der Diskussionsredner. Ich kann mich darum in meinem Schlußwort ganz kurz fassen: Genosse Rohrer-Göppingen vermißt die Verankerung der positiven Errungenschaften der Revolution. Die A.-Räte sind ein Stück politischer Kontrolle. Sie beschäftigen sich nicht nur mit der Kontrolle über die Lebensmittel, nicht nur mit der[97]) Durchführung des materiellen Inhalts der Regierungsverfügungen, sondern auch mit der in den Amtskörperschaften und Gemeinden getriebenen Politik. Man kann in einem Bericht über die politischen Streitfragen nicht weggehen, und es wird sich beim zweiten Punkt der Tagesordnung ganz deutlich zeigen, daß die A.-Räte über politische Dinge nicht weggehen können und dürfen.

Ich hätte eine ganze Menge positiver Tatsachen vortragen können, aber dann hätte mein Bericht noch etwa 2 Stunden in Anspruch genommen. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir den Landesausschuß in besondere Referate eingeteilt haben. Jedes einzelne Referat hat natürlich auch besondere praktische Arbeiten und Aufgaben erfüllt. Wo Beschwerden an uns gekommen sind, haben wir Abhilfe geschaffen.

Es ist nicht überall möglich gewesen, das durchzusetzen, was in der Verfügung der Regierung steht, und ich habe auch vielleicht nicht ausführlich genug darauf hingewiesen, daß Dr. Lindemann uns erklärt hat: Es ist notwendig, daß dem jetzigen Landtag eine Vorlage unterbreitet wird, wodurch die Verfügung der Regierung über die Tätigkeit der A.- und S.-Räte Gesetzeskraft erlangt[23]). Damit werden dann alle Behörden verpflichtet, zunächst die materielle Seite in der Tätigkeit der A.-Räte zu berücksichtigen und die Kosten in ihre Etats einzustellen, und werden die Behörden verpflichtet, das Dekret der Regierung unter allen Umständen durchzuführen. Die Minister geben sich die größte Mühe, die Wünsche der A.-Räte durchzusetzen.

Es ist darüber geklagt worden, daß bei der Frage der Notstandsarbeiten, der Erwerbslosenfürsorge, der Wohnungsfürsorge usw. die A.- und S.-Räte vielfach nicht zur Mitarbeit zugezogen worden sind. Unter Hinweis auf die in No. 295 des Staatsanzeigers veröffentlichte Verfügung der Regierung[11]) ist zu sagen, daß die A.- und B.-Räte neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Behandlung dieser Aufgaben zuzuziehen sind. Es mangelt also nicht an dem guten Willen der Regierung. Die am 5. März zusammentretende Landesversammlung[98]) wird den A.- und S.-Räten diejenigen Rechte gesetzlich festlegen müssen, die die Regierung ihnen in der Verfügung vom 14. Dezember[11]) eingeräumt hat.

Es ist weiter darauf hingewirkt worden, daß auch zu den nichtöffentlichen Sitzungen der Gemeindekollegien Vertreter der A.- und B.-Räte zugelassen werden. In dieser Beziehung bestand zuerst eine Meinungsverschiedenheit. Minister Dr. Lindemann vertrat früher einen anderen Standpunkt, hat aber seinen früheren Standpunkt aufgegeben und gibt jetzt zu, daß A.- und B.-Räte bei den nichtöffentlichen Sitzungen unter der Voraussetzung der Wahrung der Vertraulichkeit der Beratungen teilnehmen können. Es wird auch für die Zukunft ohne Beschwerden nicht abgehen, und wenn wir die schönsten Gesetze bekommen, so werden diese erst lebendige Kraft haben, wenn sie von denen, für die sie gemacht sind, für ihre Sache nutzbar gemacht werden.

Die Amtsblattfrage[99]) ist ein Schmerzenskind. Es ist richtig, was Rohrer gesagt hat, aber Verträge lassen sich nicht überall mit einem Federstrich wegdiskutieren. Der

---

[97]) Im Or.: über die.

[98]) Zernicke meint die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung, die sich am 1. 2. 1919 nach der ersten Lesung des württembergischen Verfassungsentwurfs auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, dann aber am 5. 3. 1919 wieder für eine Woche zusammentrat (Wahl des Staatspräsidenten, Verabschiedung der Gemeindeordnung).

[99]) Vgl. oben S. 255.

Streit für Stuttgart dürfte in den nächsten Tagen seine Erledigung finden zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Rohrer möge sich mit Beweismaterial an den Landesausschuß wenden.
Von Hegelmaier und Gennewein sind die A.- und S.-Räte als Statisten bezeichnet worden. Aus der Debatte scheint mir etwas anderes herausgeklungen zu sein. Es wurde von einer ganzen Reihe von Rednern betont, daß die A.- und S.-Räte sich durchgesetzt haben (Zuruf: Sie haben ja die Vertreter aus dem Oberland nicht reden lassen). Bringt uns doch eure Beschwerden schriftlich an den Landesausschuß (Zuruf: Ist wiederholt geschehen).
Die Absetzung von Schultheißen erfolgte unter der Devise: Wir haben die Macht und können sie beseitigen. Es steht leider anders. Es liegen uns eine ganze Reihe von Beschwerden mit dem Wunsch auf Absetzung von Schultheißen vor. In den meisten Fällen hat sich gezeigt, daß die Beschwerden nicht aufrechterhalten werden können. Nur in ganz wenigen Fällen sind die Beschwerden als berechtigt anzusehen. In diesen Fällen ist den Kreisregierungen berichtet worden. Von ihnen wird die Angelegenheit weiter behandelt und der Regierung Bericht erstattet, die die Entscheidung fällt. Wir kämen zu recht unangenehmen Zuständen, wenn wir ohne genügende Gründe die Schultheißen absetzen wollten. Das könnte den A.- und S.-Räten sehr bitter aufstoßen. Ich wiederhole, daß den A.-Räten es unbenommen bleibt, Beschwerden an den Landesausschuß zu bringen. Ich bin durchaus damit einverstanden, wenn die A.-Räte „schieben"; es kommt jedoch darauf an, in welcher Weise und mit welchen Mitteln geschoben und schließlich auch der Landesausschuß vorwärtsgetrieben werden soll.
Warnen möchte ich davor, daß die Gesetze von der Regierung willkürlich angewendet werden sollen. Man muß einen Boden haben, auf dem[100]) die Beschwerden ihre Erledigung finden können. Wir sind froh, wenn wir uns auf Verfügungen und Gesetze stützen können. Wenn wir uns selbst auf bestehende Gesetze stützen und unsere Anordnungen von ihnen abhängig machen, so dürfen wir nicht im gleichen Atemzug uns über die Gesetze hinwegsetzen wollen. Es ist eine schöne Phrase zu sagen, wir haben die Macht, und die Revolution gibt uns das Recht in die Hand, einfach mit einem Federstrich bestehende Gesetze und Verordnungen hinwegzudekretieren. Meiner Ansicht nach wäre es der größte Schaden für die A.- und S.-Räte selbst, wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen wollten. Wir können höchstens dafür eintreten, die Gesetze zu modernisieren, solange wir aber keine anderen haben, sind die bestehenden auch für uns rechtsgültig.
Damit komme ich auf den Antrag, der die Freilassung der Inhaftierten zum Ziele hat. Minister Blos hat gesagt, die Regierung wollte eine Verständigung herbeiführen. Das war aber unmöglich, weil die Verhafteten selbst nach den bestehenden Gesetzen behandelt werden wollten (Zuruf Müller: So eine schofle Handlungsweise gibt es sonst nicht). Ich rufe den Genossen Müller zur Ordnung, ein derartiges Benehmen ist gegen jeden parlamentarischen Gebrauch (Müller: Euch gegenüber Parlamentarismus). Die Sache steht doch so, daß nach der Meinung der Regierung und des Untersuchungsrichters Handlungen vorliegen, die nach dem Strafgesetz verfolgt werden. Da kann weder der Landesausschuß noch die Regierung irgend etwas ändern. Der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter haben erklärt, daß die Freilassung der Inhaftierten nach dem Gesetz unzulässig ist[101]) und daß sie darum den Wünschen des Landesausschusses nicht Rechnung tragen können (Zuruf: Amnestie. Müller: Auf eine Amnestie verzichten meine Genossen! Sehr richtig). Dann gibt es für den Landesausschuß gar keinen anderen Weg, als auf die Weise, wie schon einmal geschehen, nochmals beim Un-

[100]) Im Or.: denen.
[101]) Im Or.: sind.

tersuchungsrichter die Freilassung zu beantragen. Der Untersuchungsrichter wird jedoch erneut erklären: Für mich bestehen die Gesetze, und ich, der Untersuchungsrichter, nicht die Regierung, und nicht der Landesausschuß der A.- und B.-Räte verfügen über die Weiterbehandlung der strafbaren Handlungen. Die Inhaftierten lehnen auch ausdrücklich ab, sich befreien zu lassen durch andere. Welche Mittel stehen uns denn dann zur Verfügung, wenn die Amnestie nicht gewünscht wird? Ich rufe den Genossen Unfried zum Zeugen auf, daß der Landesausschuß und ich dafür eingetreten sind, daß die wegen politischer Vergehen Inhaftierten befreit werden sollen. Der Untersuchungsrichter hat jedoch erklärt, die Leute sind nicht wegen politischer Vergehen, sondern wegen strafbarer Handlungen inhaftiert (Zuruf: Das verstehe, wer will). Damit bin ich am Schluß meiner Ausführungen.

*In der Vormittagssitzung am 2. März werden zunächst einige Geschäftsordnungsfragen (zwei Wahlproteste, Diätenfrage, Art der Verhandlungsführung) erledigt. Dann folgt die Abstimmung über die eingegangenen Anträge.*

VORSITZENDER: Es liegen 3 Anträge vor:
1. Der Antrag betreffend die Entlassung der Inhaftierten. Der Antrag wird mit 58 gegen 35 Stimmen angenommen.
Der Antrag 2 (Lauterbach) lautet: „Der Landesausschuß wird beauftragt, alle Verfügungen und Verordnungen, die die Tätigkeit der A.- und B.-Räte betreffen, sämtlichen A.-Räten des Landes unverzüglich zuzustellen.“
Mir ist nicht bekannt, daß die A.-Räte die Verfügungen nicht bekommen hätten.

LAUTERBACH: Sämtliche Verordnungen und Verfügungen der Regierung werden im Staatsanzeiger veröffentlicht. Der Staatsanzeiger wird nur von wenigen Leuten gelesen. Wenn wir die A.-Räte vertraut machen wollen mit den einschlägigen Bestimmungen, so werden wir dies durch Zirkulare oder sonst in geeigneter Weise tun müssen.
Der Antrag wird angenommen.
Der Antrag 3, der dem Landesausschuß das Vertrauen ausspricht, wird gleichfalls gegen eine Stimme angenommen.

VORSITZENDER: Es folgt der zweite Punkt der Tagesordnung: Die Zukunft der A.- und B.-Räte.

Berichterstatter EGGERT: Genossen! Die A.-Räte sind hervorgegangen aus dem Wirbelsturm der geschichtlichen Novembertage des vorigen Jahres. Ihre Aufgaben sind ihnen aus der Revolution selbst erwachsen. Wer die ersten Tage jener Umwälzung miterlebt hat, weiß, daß den A.-Räten damals durch die Ereignisse eine Riesenaufgabe zugewälzt wurde. Es galt zunächst, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und die Geister zu beschwichtigen, die sich gegen das Entstehen der A.- und S.-Räte wandten (Sehr richtig).
Diese vielseitigen Aufgaben haben naturgemäß den A.-Räten viele Feinde verschafft: Feinde in der bürgerlichen Welt, Feinde in der Verwaltungsbürokratie, Feinde in den politischen Parteien. Aus diesen Arbeiten der Räte heraus erklärt sich die Kritik der bürgerlichen Presse, wonach die A.-Räte in einer Weise wirtschafteten, die die große Masse des Volkes nicht billigen kann[102]). Der Zweck solcher durchsichtigen Kritik war, das Ansehen und die Tätigkeit der Räte im Volke zu diskreditieren. Ungeachtet dieser Verunglimpfung – das dürfen wir einmal hier in aller Öffentlichkeit feststellen – haben die Räte in dem damaligen Chaos[103]) die erste Ordnung geschaffen, ohne die vielleicht manches viel schlimmer geworden wäre (Sehr richtig). Die A.-Räte verdienen gerade

[102]) Im Or.: können.
[103]) Im Or.: das damalige Chaos.

vom Standpunkt der bürgerlichen Welt die größte Anerkennung, denn ohne die A.-Räte hätten Mißmut und berechtigter Groll im Volke sich gegen die Schuldigen unseres Unglücks gewendet (Sehr richtig).
Also, die A.-Räte ordneten jenes Durcheinander der Novembertage, nahmen mit der Regierung Fühlung und schufen sich die bekannte[n] Vereinbarung[en], die im Staatsanzeiger Nr. 295 vom 14. Dezember 1918[11]) und in einem Nachtrag im Staatsanzeiger vom 6. Januar 1919[104]) zum Abdruck kamen. Darin ist gesagt, die A.-Räte sind Organe der Regierung. Sie kontrollieren die Tätigkeit in den Verwaltungen und sind berufen, die Grundsätze des Regierungssystems, die Interessen der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes zu wahren und zu fördern. Viele Verwaltungsbehörden haben in dieser Tätigkeit einen Eingriff in ihre alten Rechte gesehen. Wir brauchen uns nicht zu wundern, wenn sie sich gegen diese Tätigkeit mit Nachdruck aufgelehnt haben. Denn, Genossen, wir können nicht erwarten, daß die Bürokratie in ihrem Karpfenteich Hechte gewünscht hätte (Sehr gut). Dagegen haben alle jene Verwaltungen, Amtskörperschaften, Gemeinderäte, die von einer Kontrolle nichts zu befürchten hatten, die Mitarbeit der A.-Räte willkommen geheißen. Daraus erklärt sich die Tatsache, daß heute mancher Rat weitere Rechte errungen hat, als sie in dem Regierungsdekret vorgesehen sind.
Die Leistungen, welche die A.-Räte vollbracht haben, brauche ich nicht zu schildern. Sie selbst sind Tag um Tag in dieser Arbeit tätig, und es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, auszusprechen, daß die Arbeiten, welche die Räte verrichten, so vielgestaltig, so riesengroß und für die Gemeinden und das ganze Volk so wohltätig sind, daß nach meiner Auffassung von einer Aufhebung der Räte gar keine Rede sein kann (Lebhaftes: Sehr richtig). Freilich, wie auch gestern aus der Aussprache hervorging, bleibt das meiste in den Verwaltungen noch zu tun übrig. Durch diese Tatsache wird eigentlich die Frage nach der Zukunft der A.-Räte hinlänglich beantwortet. Wie wollten wir die trotz der Revolution noch vorhandene Verwaltungsbürokratie brechen, wenn wir als A.-Räte nicht mehr existieren (Sehr richtig)? Wie wollten wir die ministeriellen Verordnungen in allen Landesteilen, bei allen Behörden, bei allen Unternehmern durchführen, wenn wir heute die A.-Räte als mitberatende Instrumente der Regierung aufgeben wollten? Wie wollten wir jene bedenkliche Vetternwirtschaft – wir müssen es aussprechen –, die hier und da noch in den Gemeindeverwaltungen vorhanden ist (Zuruf: Und anderwärts) beseitigen, wenn wir des kontrollierenden Arms der Räte ermangeln würden? Es kann also nach meiner Überzeugung davon nicht die Rede sein, die Rechte der Räte zu schmälern oder gar aufzuheben, sondern es muß verlangt werden, den Räten mehr Rechte zu geben, um durch sie die Interessen des Volkes zu schützen und zu pflegen (Lebhafter Beifall).
Fragen wir uns nun nach der Zukunft der Räte, so ergeben sich – erschrecken Sie nicht – vier verschiedene Meinungen. Die eine Meinung geht dahin, dauernd Räte für alle Zwecke einzusetzen und ihnen die politische Macht und was damit zusammenhängt zu übertragen. Daneben wird die Forderung aufgestellt, die Nationalversammlung und die Landesversammlung aufzulösen, eine rote Garde zu bilden usw.
Eine zweite Anschauung vertritt die Forderung, neben den Parlamenten ein Rätesystem aufrechtzuerhalten und den Räten Rechte im Staats- und Wirtschaftsleben durch Gesetz einzuräumen.
Eine dritte Anschauung besagt, die Räte hätten nach erfolgter Gemeinderatswahl ihre geschichtlichen Aufgaben erfüllt und könnten dann ihre Arbeiten und ihren Kampf in den Gemeinden den neugewählten Gemeindevertretern überlassen.
Und endlich besteht eine vierte Meinung, der ich das Wort geredet habe und die ich

---

[104]) Abgedruckt als Nr. 28.

heute noch befürworten möchte, nämlich, daß es überhaupt ausgeschlossen erscheint, im voraus bestimmen zu wollen, ob die Räte ein dauernder Bestandteil der Regierung bleiben oder ob sie sich zu einem bestimmten Zeitpunkt, nach Erfüllung ihrer historischen Aufgaben, durch sich selbst auflösen sollen. Es erscheint mir politisch unklug, im voraus einen solchen Zeitpunkt bestimmen zu wollen. Wir werden das Bestehen der Räte abhängig machen müssen von dem Fortschritt der Revolution und dem Entwicklungsgang im staatlichen Leben. Und erst in dem Augenblick, wo sich die A.-Räte davon überzeugen können, daß ihre Aufgaben erfüllt sind, daß die Verwaltungsbürokratie gebrochen, daß der Gerechtigkeit in allen Verwaltungskörperschaften zum Sieg verholfen ist, erst dann können die Räte, aber auch nicht durch andere, sondern durch sich selbst, ihre Auflösung vornehmen (Lebhaftes: Sehr richtig).
Es wird nicht möglich sein, einen anderen Grundsatz als den hier aufgestellten als richtig anzuerkennen. Warum aber dürfen wir nicht weitergehen und nicht fordern, den Räten die ganze Macht zu übertragen? Weil diese Forderung einschließt die Diktatur einer gewissen Klasse über andere Klassen der Bevölkerung. Wir sind überzeugt, daß zum Aufbau unserer Volkswirtschaft alle lebendigen, schöpferischen Kräfte im Volke so notwendig gebraucht werden wie die Luft zum Atmen (Sehr richtig). Wenn wir aber gewisse Schichten der Bevölkerung von der politischen Mitarbeit und dem Mitbestimmungsrecht über ihr Schicksal ausschließen, dann kehrt der alte Zustand der Unterdrückung wieder, nur in umgekehrter Form. Die Folge wäre nicht eine demokratische, entwicklungsmäßige Neugestaltung unseres Staats- und Wirtschaftslebens, sondern neue Katastrophen, der Bürgerkrieg (Sehr richtig). Darum wende ich mich gegen den dauernden Bestand der Räte als einzige politische Macht, und ich möchte hinzufügen: Wenn in einem anderen Lande das Rätesystem wirklich zum Wohle der Bevölkerung wirken sollte – den Beweis müssen wir erst noch bekommen –, für Deutschland wird dies kaum möglich sein. Wer die deutschen industriellen und bäuerlichen Verhältnisse auch nur von ferne kennt, der wird mir recht geben, wenn ich sage, für Deutschland kann das Rätesystem die Erlösung der Arbeiterklasse nicht bringen (Sehr richtig).
Rußland und Deutschland haben grundverschiedene wirtschaftliche Verhältnisse. Rußland ist die Kornkammer Europas, Deutschland ein Industriestaat, der sich von seinem Ackerbau und seiner Viehzucht allein nicht zu ernähren vermag.
Die Anhänger des Rätesystems erklären uns, das Rätesystem sei eine berufsständische Vertretung, worin die einzelnen Fragen der verschiedensten Berufe innerhalb der werktätigen Bevölkerung ihre Lösung finden sollen. Man sagt, diese berufsständischen Vertretungen seien die Zukunft, der Staat und mit ihm die Parlamente stürben nach Marx und Engels ab. Überhaupt nur wären die Räte allein befähigt, die sozialistische Gesellschaft herbeizuführen. So schreibt in der ersten Nummer des „Arbeiter-Rat", dem Organ der A.-Räte Deutschlands[105]), der bekannte Genosse Ernst Däumig: „Berufsständische Wahlen geben dem proletarischen Machtwillen einen wirtschaftlichen Ausdruck. A.-Räte, Betriebsräte und Funktionäre treten in die Erscheinung, ihr Kampf gilt dem arbeitslosen Einkommen, ihr Ziel ist der volle Arbeitsertrag, ihr Sieg bedeutet die Sozialisierung der Gesellschaft" (Zuruf: Sehr gut gesagt).
Nein, sehr schlecht gesagt, werter Genosse. Ich will versuchen, das zu beweisen.
Wenn das Rätesystem die Sozialisierung herbeiführen will, dann ist nicht so sehr die Frage zu beantworten, ob man die Sozialisierung durch das Rätesystem machen kann, sondern, wie die Sozialisierung durch das Rätesystem gemacht wird, ob solche Sozialisierung befähigt ist, unserem Volk im internationalen Wettbewerb der Völker einen

---

[105]) Die Zeitschrift „Der Arbeiter-Rat" war im Februar 1919 von der USPD-Fraktion der Berliner A.-Räte als theoretische Wochenschrift gegründet worden. Die Schriftleitung der Zeitschrift, die bis Ende 1920 erschien, übernahm Ernst Däumig, vgl. Oertzen, S. 79, 87.

Lebensplatz zu erringen (Sehr richtig). Denn wenn die Sozialisierung die Erwartungen des Volkes nicht erfüllt, dann ist der Sozialismus für alle Zeiten gerichtet. Dann schlagen alle Volksfeinde aus dieser Tatsache für sich Münze und erklären den Sozialismus als die Utopie der Utopien. Das Werk unserer Arbeit und unseres Kampfes bricht dann zu einem Trümmerhaufen zusammen, aus dem wir von neuem aufbauen müßten (Sehr richtig). Dieser Gedankengang schwebt selbst dem Artikelschreiber vor, wie aus den folgenden Sätzen hervorgeht:

„Aber wir wollen es nicht leugnen, dem Mann der Arbeit fehlt heute noch viel, damit er seine Macht erkennen und ausüben kann. Vor allem hat er noch nicht die Schulung, wie sie zu einer durchgreifenden Sozialisierung erforderlich ist. Aus den Arbeiter- und Verwaltungsräten ist erst noch ein Stab tüchtiger Sozialorganisatoren und Sozialisierungstechniker heranzubilden."

Haben diese Worte einen Sinn, so soll durch das Rätesystem die nötige Anzahl Genossen herangebildet werden, damit sie die Aufgaben erfüllen können, die vom Sozialismus ihnen gestellt werden. Oder mit anderen Worten: Die Räte sollen eine Schule sein für die Arbeiterklasse, um mittels dieser Schule das große Werk der Sozialisierung zu vollbringen. Ich muß schon sagen: Eine bescheidene Forderung, in der Tat! Wir möchten uns nicht damit begnügen, die Räte zu einer Schule von Sozialorganisatoren und Sozialisierungstechnikern zu machen. Wir sollten fordern, daß in den Volksschulen, in den höheren Schulen, vor allem in den Hochschulen eine sozialistische Lehre Platz greift, eine Lehre, die nicht die Helden des Schlachtfeldes, sondern die Helden der Arbeit verherrlicht (Sehr richtig). Neben solcher Lehre in allen Schulen sollte auch im privaten und öffentlichen Leben die große Aufklärungsarbeit einsetzen, damit das Volk möglichst schnell befähigt werde, selbst die Zügel seines Schicksals in die Hand zu nehmen (Lebhafter Beifall). Heute wollen wir nicht leugnen, daß die Arbeiterklasse das geistige Rüstzeug noch nicht besitzt, die Sozialisierung allein durchführen zu können und die Welt in unserem Sinne zu ändern.

Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß das Rätesystem diese große Frage nicht zu lösen vermag, dann könnte ich sie Ihnen geben an Hand der Vorgänge und Versuche in Bremen[106]). Gestatten Sie mir, zur Beleuchtung dieser Frage ganz kurz die Dinge in Bremen zu schildern. Am 9. Januar, wo die Kämpfe zwischen Spartakus und den Regierungstruppen noch nicht geahnt wurden und in Bremen die Räteregierung eingeführt war, schrieb das Organ der Räteregierung, die „Bremer Bürgerzeitung":

„Welch ein gewaltig gärendes Chaos. Die Volkswirtschaft verliert dabei den letzten Tropfen lebendigen Blutes, und doch, und doch, es geht anders nicht! Vorwärts müssen wir in unaufhaltsamem Drange. Nur nicht zagen! Die Kräfte, die das Alte stürzen, sie werden das Neue bauen unter schweren Opfern, gewiß. Erst wenn der Kapitalismus am Boden liegt, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem gesamten Erdball, erst wenn wir ihm nach unserem Willen eine Gnadenfrist zu gewähren in der Lage sind, werden wir ihn ein wenig verschnaufen lassen, damit er dann ein für allemal abdankt. Ein für al-

---

[106]) Am 10. 1. 1919 hatte in Bremen ein Aktionsausschuß, dem Vertreter der USPD und der KPD angehörten, die „Unabhängige sozialistisch-kommunistische Republik" ausgerufen und die Regierungsgewalt übernommen. In den drei Wochen, in denen die Räterepublik Bremen bestand, trugen die Vertreter der beiden Parteien jedoch hauptsächlich ihre internen Gegensätze aus; weder wurden grundsätzliche programmatische Fragen geklärt noch tagespolitisch notwendige Maßnahmen durchgeführt. Die „Wiederherstellung der Ordnung" in Bremen, mit der Noske am 25. 1. General von Lüttwitz beauftragt hatte, wurde von den Freikorps Gerstenberg und Caspari durchgeführt, die am 4. 2. 1919 in Bremen einrückten und in blutigen Kämpfen die Räterepublik niederwarfen. Vgl. Kuckuk, S. 97 ff., und die von demselben hrsg. Dokumentation Revolution und Räterepublik in Bremen (edition suhrkamp, Bd. 367). Frankfurt 1969; ferner Kolb, S. 345 ff.; Noske, S. 78 ff.; R. Müller, Bürgerkrieg, S. 115 ff.; Darstellungen VI, S. 105 ff., sowie III. Gesch. 1929, S. 338 ff., und III. Gesch. 1968, S. 323, 338.

lemal! Brüder, ist es nicht eine Lust zu leben! Trotz alledem! Trotz Not und Elend!" Welche Sprache glühender Begeisterung! Und dieselbe Regierung hat 11 Tage später, am 20. Januar, einen Leitaufsatz mit der Überschrift veröffentlicht: „Eine Ruhepause." Darin wird, hören Sie Genossen, folgendes gesagt:

„Die Verwirklichung des Sozialismus oder Kommunismus hat zur Voraussetzung die Internationalität. Es ist eine Unmöglichkeit, den neuen Gesellschaftszustand in einem Lande allein durchführen zu wollen. Erst recht ist das der Fall, wenn dieses Land arm an Rohstoffen, für den Bezug derselben also auf das Ausland angewiesen ist" (Lebhaftes: Hört, hört).

Und nun, Genossen von der linken Fakultät, welche Schritte hielt diese Eure Räteregierung für notwendig, um aus dem „gewaltig gärenden Chaos" herauszukommen? Sie sagt im gleichen Leitaufsatz:

„Genug; der Rat der Volksbeauftragten sah sich plötzlich in die schwierigste Situation versetzt, aus der es keinen anderen Ausweg als den von ihm gewählten gab. Er beschloß, beim A.- und S.-Rat zu beantragen, alsbald Wahlen zu einer bremischen Volksvertretung auszuschreiben (Lebhaftes: Hört, hört). Natürlich ist das ein Rückschritt gegenüber dem Rätesystem, das man in Bremen teilweise schon als sichere Errungenschaft der Revolution ansah. Immerhin wird der nunmehr angestrebte Zustand ein gewaltiger Fortschritt gegenüber dem vor der Revolution bestehenden, ja sogar demgegenüber sein, wozu sich damals der Senat als bremische Regierung verstehen wollte[107]). Aber der neue Zustand wird nur eine Etappe auf dem Wege zum Kommunismus sein, ebenso die Nationalversammlung. Eine unfreiwillige Ruhepause tritt ein, während welcher die Kräfte zu neuen Vorstößen gesammelt werden. Gegenwärtig handelt es sich darum, das Schiff der Revolution in Bremen an einer gefährlichen Klippe vorbeizusteuern. Nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben ist nur, was die revolutionäre Arbeiterschaft erstrebt."

Diesen Leitaufsatz, worin die bremische Räteregierung zugibt, daß sie aus dem Zustand der Zerrüttung nur herauskommen kann, indem sie hineintaucht in die Demokratie, Wahlen anordnet für eine Volksvertretung – weil es, wie sie sagt, keinen anderen Ausweg gab –, diesen Aufsatz also hielt die bremische Regierung für so wichtig, daß sie ihn zweimal hintereinander an derselben Stelle in ihrem Blatte veröffentlichte. Ich bin nicht unklug genug, nicht anzuerkennen, daß Bremen in hohem Maße Schwierigkeiten wirtschaftlicher, politischer und parteipolitischer Natur hatte, daß man die Maßnahmen der Räteregierung von anderer Seite durchkreuzte. Aber trotz dieser Anerkennung bleibt bewiesen, daß Bremen von der Diktatur des Proletariats aus auf den Boden der Demokratie flüchtete. Nur auf dem Mehrheitswillen des Volkes allein ist der Aufbau und die natürliche Fortentwicklung unserer Wirtschaft und unseres staatlichen Lebens möglich. Jeder andere Versuch müßte wiederum Komplikationen ergeben. Denn keine Bevölkerung, noch weniger das Wirtschaftliche, kann die Diktatur auf die Dauer ertragen.

Ich betone das besonders deshalb, weil die Sozialisierung – mit oder ohne Rätesystem – überhaupt nicht im Handumdrehen erledigt werden kann. Ich berufe mich auf eine Zeugin, die doch wohl für die linksstehenden Genossen einwandfrei ist: Frau Clara Zetkin. Sie hat in der verfassunggebenden württembergischen Landesversammlung dem Sinne nach gesagt, die Sozialisierung müsse ihrem Wesen nach ein Werk der Ent-

---

[107]) Der A.- und S.-Rat Bremen hatte am 14. 11. 1918 Senat und Bürgerschaft als souveräne Körperschaften abgesetzt, aber bereits am 15. 11. mit beiden Gremien ein Abkommen geschlossen, um sich ihre weitere Mitarbeit zu sichern: Es wurde eine gemischte Kommission gebildet, der je sechs Vertreter des A.- und S.-Rates und des Senats angehörten, die damit beauftragt war, die laufenden Verwaltungsgeschäfte zu erledigen. Dieses Abkommen war bis zum 10. 1. 1919 gültig. Vgl. dazu Kolb, S. 329, und Kuckuk, S. 11 ff.

wicklung sein; nur unter Mitarbeit der Konsumenten, Produzenten und der Allgemeinheit könne das Werk vollbracht werden[108]) (Sehr richtig). Deshalb beantworte ich die Frage nach der Zukunft der A.-Räte dahin: Sie allein sind nicht befähigt, die Volkswirtschaft zu heben, unser Volk im internationalen Konzern an die Stelle zu bringen, wo es leben und sich weiter entwickeln kann. Andererseits sind die Parlamente allein nicht befähigt, die volksfeindlichen Widerstände zu brechen, die Bürokratie auszuschalten und in den Betrieben die Gesetze zur Geltung zu bringen. Daraus ergibt sich, daß das Rätesystem in den Betrieben und Verwaltungen neben dem Parlament einen geschichtlichen Platz so lange haben muß, bis wir durch die Entwicklung sehen werden, daß dessen[109]) Aufgaben durch die Gemeinden und ihre Vertreter gelöst werden können. Solange dies nicht der Fall ist, sollten die Räte ein Bestandteil der Staatsregierung bleiben.

Wie können wir nun unsere nächsten Aufgaben umschreiben? Können wir sie durch Verfügung der Regierung und Räte festlegen, damit Übergriffe von der Bürokratie und Übergriffe von den Räten selbst ausgeschlossen bleiben? Ich habe mich bemüht, einen Überblick zu gewinnen über das Suchen der Räte nach festen Grundsätzen. Da finde ich, daß in der deutschen Reichsverfassung kein Wort über die Aufgaben der Räte für die Zukunft enthalten ist. Wie ein solcher Mangel im Verfassungsentwurf entstehen konnte, ist mir nicht begreiflich. Aber ich kann vielleicht sagen, der Umstand, daß nichts im Entwurf über die Zukunft der Räte steht, muß nicht ihr Verschwinden bedeuten[110]). Hingegen heißt es im § 60 des Verfassungsentwurfs für Württemberg[111]):

„Durch diese Vorlage ist grundsätzlich das Fortbestehen der Räte anerkannt. Ihre Aufgaben sollen durch Gesetz umschrieben werden. Über die Art der Aufgaben werden die Räte selbst entscheidend mitzusprechen haben."

In Bayern tobt der Kampf augenblicklich in schärfster Form um die Herrschaft der Räte. Gestern Attentate, heute „Hände hoch", und niemand weiß, was morgen ist. Heute wissen wir von Bayern über unsere Frage nichts weiter, als daß vor dem Attentat auf den Minister Auer eine Vereinbarung zwischen ihm und den Räten getroffen ward, wonach in Bayern die Räte ein Mitbestimmungs- und Arbeitsrecht in Verwaltung und Regierung haben sollten[112]). Nach dieser Vereinbarung steht den Räten in Bayern das Recht

---

[108]) Vgl. dazu die Rede, die Zetkin am 29. 1. 1919 in der württembergischen Landesversammlung hielt (Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 112 ff., insbesondere S. 117 f.); s. auch unten Anlage zu Nr. 9b, S. 296 ff.

[109]) Im Or.: ihre.

[110]) Unter dem Druck des Generalstreiks und der Massenaktionen im Februar/März 1919 erklärte sich die Reichsregierung bereit, die A.-Räte als „wirtschaftliche Interessenvertretung" grundsätzlich anzuerkennen und in die Verfassung aufzunehmen (s. unten S. 287 f. und Zentralrat, S. 753, Anm. 5). Zur Verankerung des wirtschaftlichen Rätesystems im Art. 165 der Weimarer Verfassung vgl. Oertzen, S. 153 ff., Anschütz, S. 639 ff. Die Beratungen des Reichskabinetts über den Art. 165 sind dokumentiert in: Kabinett Scheidemann Nr. 16, S. 72 ff., Nr. 23, S. 103 ff., Nr. 34, S. 131 ff.

[111]) Dieser Passus findet sich in der von der Landesversammlung am 26. 4. 1919 verabschiedeten Verfassungsvorlage nicht mehr. Im § 58 der Verfassung war verankert, daß den Ministerien Beiräte anzugliedern seien, „denen insbesondere Vertreter der Berufs- und Erwerbskreise" angehören sollten. Eine Entschließung der Landesversammlung zu § 58 der Verfassung ersuchte die Staatsregierung, „beschleunigt alle Vorarbeiten einzuleiten, um in Württemberg die Grundlagen für die reichsgesetzliche Durchführung der Einrichtung von Betriebsräten und Wirtschaftsräten im Sinne von § 34a des Entwurfs der Reichsverfassung zu schaffen, insbesondere für einen württembergischen Bezirkswirtschaftsrat (Landwirtschaftsrat), aufgebaut auf den Vertretungen der Arbeiterschaft und der Unternehmer in Württemberg" (zitiert nach: Wilhelm von Blume, Die Verfassungsurkunde des freien Volksstaates Württemberg vom 20. Mai 1919. Tübingen 1919, S. 42; s. auch Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 259).

[112]) Vgl. dazu den Beschluß der Landeskonferenz der bayerischen SPD vom 19. 2. 1919: „Die A.- und B.-Räte wahren die gesamten Interessen des arbeitenden Volkes. Sie haben keine ge-

zu, statistische Erhebungen über wichtige Fragen zu veranstalten, Gesetzentwürfe im Landtag einzubringen und sie durch ein Rätemitglied im Parlament begründen und vertreten zu können. Aber dieses Dekret ist in Bayern nicht zur Verwirklichung gelangt. Es ist heute nicht zu übersehen, wie sich die Dinge in unserem Nachbarstaat Bayern entwickeln werden.
In der sächsischen Kammer wurde ein Antrag angenommen, wonach die A.- und S.-Räte Rechte und Pflichten durch ein besonderes Gesetz erhalten sollen[113]).
In Baden ist ebenfalls beschlossen worden, durch Gesetz den A.-Räten Rechte und Pflichten zu geben[114]). Hier in Württemberg, mögen wir wollen oder nicht, werden wir ohne ein ähnliches Gesetz nicht auskommen. Es wird sich um so mehr erweisen, je brodelnder der Hexenkessel Deutschlands wird, daß die Räte nicht nur eine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen haben, sondern daß sie sogar ein Instrument der Beruhigung gegen die aufgebrachten Bevölkerungsschichten werden können (Sehr gut). Wenn heute überhaupt noch einer das Vertrauen der werktätigen Bevölkerung genießt, dann sind es nicht die Parlamente, nicht die Parteien und nicht die Gewerkschaften, sondern die A.-Räte (Zuruf Engelhardt: Verscherzen Sie dieses Vertrauen nicht!). Wir dürfen dieses Vertrauen selbstverständlich nicht verscherzen, aber wir müssen bei dieser Gelegenheit auch das Ersuchen an diejenigen richten, die das Vertrauen untergraben, mit ihren Wühlarbeiten Einhalt zu tun (Lebhaftes: Sehr gut). Durch solche Wühlarbeiten retten wir unser Volk nicht, wir retten es nur, wenn wir uns gemeinsam bemühen, Deutschland aus dem Abgrund herauszuhelfen, in dem es sich befindet (Sehr gut). Dazu wollen die A.-Räte dienen, und deshalb brauchen wir ein Gesetz, in dem klar und unzweideutig zum Ausdruck kommt, welche Rechte und Pflichten die Räte haben. Sowohl in öffentlichen wie nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen müssen sie Zutritt erhalten und volle Redefreiheit in allen Sitzungen haben (Beifall).
Ich war im höchsten Maße erbittert, als eines Tages der Genosse [David] Stetter kam und erklärte, in einer Stuttgarter Gemeinderatssitzung, wo die A.-Räte angegriffen [worden] waren, habe man ihm nicht erlaubt, die A.-Räte gegen die aus dem Gemeinderat erfolgten Angriffe in Schutz zu nehmen (Hört, hört!). Dieses Verhalten des Stuttgarter Gemeinderats ist ein Übergriff gegenüber der bestehenden ministeriellen Verfügung. Denn der Geist, der aus diesem Dekret spricht, ist nicht der Geist des Mundtotmachens der A.-Räte. Die Verfügung ist vielmehr erlassen worden, um den A.-Räten die Möglichkeit zur Kontrolle und Mitarbeit zu geben. Ferner müßte durch das Gesetz den Betriebsräten die Mitarbeit in der kaufmännischen und technischen Leitung zugewiesen werden.
Wollen Sie mir erlauben, kurz folgendes festzustellen: Wir haben im Laufe der Revolu-

---

setzgebende oder vollziehende Gewalt. Sie entsenden nach Bedarf Vertrauensmänner in die öffentlichen Körperschaften und Behörden, um dort Wünsche und Beschwerden des arbeitenden Volkes zu vertreten. Die Zentralräte der A.- und B.-Räte haben das Recht, Erhebungen zu veranlassen und in besonders gelagerten Fällen selbst durchzuführen, dem Landtage Gesetzentwürfe zu unterbreiten und sie im Landtage durch einen Vertreter zu begründen. Die Mitglieder der Zentralräte genießen, abgesehen von ehrlosen Handlungen, bei Ausübung ihres Amtes Immunität. Organisation und Wahl der A.- und B.-Räte regelt ein Gesetz"; zitiert nach: Purlitz, Revolution I, S. 611; vgl. Mitchell, S. 232, s. auch Franz Schade, Kurt Eisner und die bayerische Sozialdemokratie. Hannover 1961, S. 86.

[113]) Am 28. 2. 1919 hatte die sächsische Volkskammer den Entwurf eines vorläufigen Grundgesetzes für den Volksstaat Sachsen verabschiedet; in diesen Entwurf war in der Schlußberatung folgender Passus eingefügt worden: „Über die Rechte und Pflichten der Arbeiter- und Soldatenräte ist ein besonderes Gesetz zu erlassen." Vgl. dazu Walter Fabian, Klassenkampf um Sachsen. Ein Stück Geschichte 1918–1930. Berlin 1972 (photomechanischer Nachdruck der Ausgabe von 1930), S. 49 ff.

[114]) Die Rätebewegung in Baden wird in einem weiteren Band dieser Reihe von Reinhard Rürup ausführlich dokumentiert werden.

tionsmonate eine Anzahl Verfügungen der Ministerien ins Land hinausgehen sehen, die alle nur den einen großen Fehler hatten, nicht überall eingehalten zu werden (Heiterkeit und sehr richtig). Je weiter wir uns von Stuttgart entfernen, desto weniger ist von der Wirkung der Verfügungen zu spüren. Wir möchten – und damit töten wir den bürokratischen Geist am sichersten – den A.-Räten amtliche Befugnisse einräumen, damit sie die Verfügungen in die Wirklichkeit umsetzen können. Während hier in Stuttgart 5 Stunden täglich gearbeitet werden mußte, ist in manchen Fabriken des Landes noch lustig 10 und 11 Stunden täglich gearbeitet worden (Zuruf: Heute noch). In den Zuckerfabriken, den Sägemühlen und in anderen Fabriken sind noch Arbeitszeiten von 10 und 12 Stunden üblich. Das sind Zustände, die die A.-Räte beseitigen müssen, denn dafür sind sie geschaffen. Überhaupt müssen sich die Räte mehr und mehr an der eigentlichen Arbeit beteiligen.

Soviel ich aus den einzelnen A.-Räten und Bezirkskonferenzen unterrichtet bin, ist es heute so, daß man sich nur auf gewisse Kontrollen beschränkt. Das ist natürlich nicht richtig. Wenn sie für die arbeitende Klasse Ersprießliches in den Verwaltungen und Amtskörperschaften leisten wollen, dann müssen sie, statt in den Gemeindesitzungen herumzuhorchen, unmittelbar in die Kommissionen hineindringen. Dort wird die eigentliche Arbeit gemacht, dort können sie viel wirksamer für die Interessen des Proletariats eintreten als in den öffentlichen Sitzungen. Also in den Kommissionen, in der Kleinarbeit, wie überhaupt in der Kleinarbeit unseres politischen und gewerkschaftlichen [Wirkens] liegt der Erfolg begründet.

Genossen! Betrachten wir den jetzigen politischen Zustand in Deutschland und Europa, so sehen wir alles im Fluß, alles in Bewegung und Erregung. Von einer Auflösung der A.-Räte nach den Gemeinderatswahlen oder in der nächsten Zukunft kann daher nicht die Rede sein. Ganz im Gegenteil werden die A.-Räte in der politisch hochgespannten Atmosphäre immer ein gewisses Barometer und daher unerläßlich sein. Zusammengefaßt unterbreite ich Ihnen in einer Entschließung die hier geschilderten Grundsätze, nach denen die A.-Räte in der Zukunft sich betätigen möchten. Sie lautet:

„Die Zukunft der A.-Räte des Volksstaates Württemberg wird sich gestalten nach Maßgabe des Fortschritts der Revolution und der Entwicklung des staatlichen Lebens.

Zu welchem Zeitpunkt sie sich nach Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe durch sich selbst auflösen werden, läßt sich im voraus nicht bestimmen. Als Organe der Regierung bekräftigen sie erneut den Entschluß, auf allen ihren Arbeitsgebieten, besonders in den Staats-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen durch eifrige Kontroll- und Mitarbeit die Interessen des gesamten werktätigen Volkes zu schützen.

Sie betrachten es als ihre nächste Aufgabe, die ministeriellen Verfügungen bei den Verwaltungskörperschaften, in Fabrikbetrieben und Werkstätten in allen Landesteilen durchzuführen. Die Bürokratie, welche trotz der Revolution fortbesteht, zu brechen, in die Verwaltungen den Geist der neuen Zeit hineinzutragen, und ein wachsames Auge zu haben gegenüber der Reaktion, damit sie nimmermehr ihr Haupt erhebe.

Die A.-Räte beantragen daher bei der Regierung, die Verwaltungen von den bürokratischen Elementen zu säubern, ferner, eine Verfügung zu erlassen, wonach auch in nichtöffentlichen Gemeinderatssitzungen die A.-Räte hinzugezogen werden müssen und ihnen in allen Sitzungen die freie Rede zusteht."

Nach Lage der Dinge und nach Vereinbarungen mit Freunden habe ich mich auf das denkbar geringste Zeitmaß beschränkt, um kurz und gedrängt ein Bild zu zeichnen, das die Räte, ihre Arbeit und Zukunft würdigt. Ich möchte zum Schluß sagen, die A.-Räte des Landes – von den anderen Räten brauche ich nicht zu sprechen – sollten es als ihre Pflicht ansehen, die Regierung und ihre Maßnahmen zu unterstützen. Arbeiten wollen wir unermüdlich, damit wir unsere Aufgaben erfüllen und es wahr werde, daß durch die

A.-Räte Freiheit, Fortschritt und der Geist der neuen Zeit in das Land getragen werde (Lebhafter, anhaltender Beifall).

*Nach Mitteilung eingegangener Anträge und der Festsetzung der Redezeit – für Unfried auf 20 Minuten, für die weiteren Redner auf 5 Minuten –, folgt das Korreferat von* UNFRIED.

UNFRIED (Stuttgart): In seinen Ausführungen begründete Eggert die Forderung, die Rechte der A.-Räte in der Verfassung zu verankern. Ich und meine Freunde von der U.S.P. und von der Kommunistischen Partei stehen auf einem anderen Standpunkt. Für uns ist das Rätesystem der Ausdruck der proletarischen Macht. Wenn wir den Sozialismus wirklich einführen wollen, bedürfen wir dieser ausgesprochenen proletarischen Macht, d. h. der proletarischen Diktatur.
Die A.-Räte haben bisher als kontrollierende Organe der Regierung und der anderen Behörden bestanden. Diese Rechte sollen in Zukunft etwas erweitert werden. Bei der ganzen Tätigkeit, die wir bisher entfalten konnten, haben wir meines Erachtens nicht sehr viel Fruchtbringendes geleistet. Die A.-Räte und die B.-Räte sind zu Statisten heruntergesunken, und zwar deshalb, weil sie nicht die Macht in ihren Händen hatten, weil wir auf dem ersten Rätekongreß die revolutionäre Macht einer provisorischen Regierung und nachher das bißchen Macht der National- und Landesversammlung in den Schoß gelegt haben. Von diesem Moment an haben wir keine Macht mehr gehabt, und wir sind zu Statisten geworden und konnten nichts mehr in unserem Sinne beschließen. Wenn die Regierung uns auch zugestanden hat, daß vor Bekanntgabe der Verordnungen die A.-Räte gehört werden sollen, so ist das in den wenigsten Fällen geschehen. Die Regierung hat die kontrollierenden Organe abgelehnt und erklärt, mit solchen Kontrollorganen werde sie sich nicht mehr an einen Tisch setzen (Zuruf: Warum?). Auf den Zwischenruf, warum die Regierung das getan hat, will ich erwidern: Weil ich eben zu den Spartakussen oder der Kommunistischen Partei gehöre und weil wir der Regierung den Kampf angesagt haben, deshalb, weil sie uns bisher noch keinen Schritt dem Sozialismus nähergebracht hat. Es ist im Landesausschuß beschlossen worden, daß die Verhandlungen mit der Regierung stets ohne mich stattfinden sollen[115]) (Zuruf: Wo ist das beschlossen worden?). So sehen also die Rechte aus, die wir haben.
Wenn nun in Zukunft die Rechte der A.-Räte noch weiter herabgedrückt werden sollen, dann haben wir nur noch das Recht, den Herren Ministern mit Rat und Tat beizustehen, aber wenn ihnen der Rat nicht paßt, dann ist die Sache erledigt. Ich stehe auf einem anderen Standpunkt und verlange, daß wir den Sozialismus durchführen, daß die proletarische Masse die Macht in die Hand nehmen muß. Diese Masse verkörpert sich in den A.-, B.- und S.-Räten. Wenn gesagt wird, daß das undemokratisch ist, so möchte ich die Frage stellen: Haben wir heute in der Landesversammlung und in der Nationalversammlung eine Demokratie? Nein. Beide Versammlungen sind ein Trugbild der Demokratie, weil in ihnen noch die Macht des Kapitals zum Ausdruck kommt, weil die Macht des Kapitals ihren ganzen Eindruck auf die Bevölkerung auszuüben vermag. Deshalb kann unseres Erachtens die Frage niemals lauten: Nationalversammlung und Rätesystem! Denn Nationalversammlung und Rätesystem sind zwei Begriffe wie Feuer und Wasser. Sie lassen sich nicht verbinden, und wenn man sie dennoch verbinden will, so kommt dabei nichts Positives heraus. Deshalb muß die Frage lauten: Nationalversammlung oder Rätesystem! Und da stehen wir auf dem Standpunkt, daß das Rätesystem die einzig mögliche Vertretung ist, weil es die proletarische Diktatur bringt.

[115]) In den Protokollen des Landesausschusses der A.-Räte findet sich kein derartiger Beschluß. Die Regierung hatte es allerdings abgelehnt, Unfried als Mitglied der Kontrollkommission für den Sicherheitsdienst anzuerkennen (vgl. Nr. 11e, S. 317).

Wir haben ja jahrtausendelang unter der Diktatur des Kapitals außerordentlich gelitten, deshalb möchte ich zunächst auf den Unterschied eingehen, der zwischen einer parlamentarischen und einer Räterepublik besteht. In der Räterepublik haben alle diejenigen, die nicht produktiv arbeiten, zunächst kein Stimmrecht und kein Mitbestimmungsrecht und können nicht an der Staatsverwaltung teilnehmen. In der Räterepublik herrschen die A.- und B.-Räte, und diese Räte werden an den Stätten ihrer Arbeit und auf den Dörfern gewählt. Bei einer parlamentarischen Republik haben alle, ganz gleichgültig, ob sie arbeiten oder nicht, ein Mitbestimmungsrecht. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß es bei den Demokratien Frankreich, Amerika und der Schweiz nicht besonders gut bestellt ist, daß auch dort immer noch das Kapital seinen ganzen Einfluß geltend machen kann. Heute schreibt das Kapital noch jedem vor, was er denken darf und denken muß. Das Kapital hat alle Machtmittel in der Hand: die ganze Presse, ein ungeheueres Heer von Beamten und Agenten. Die Macht des Kapitals wird in einer Weise ausgenützt, daß die Arbeiter gezwungen werden, das Lied dessen zu singen, dessen Brot sie essen. Das Resultat zu den Wahlen der Nationalversammlung ist nicht besser ausgefallen, weil eben das Kapital noch seinen ausgesprochenen Willen geltend gemacht hat.

Können wir wirklich den Kapitalismus beseitigen und den Sozialismus einführen, wenn wir eine parlamentarische Mehrheit haben, die aus ausgesprochenen Gegnern des Sozialismus besteht? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich glaube, die paar Tage und Wochen, die die National- und Landesversammlung getagt haben, haben uns bewiesen, daß wir auf diese Weise niemals zum Sozialismus kommen können. Die Proletariermassen waren es, die am 9. November das alte System gestürzt haben. Es ist die Forderung gestellt worden, der politischen die wirtschaftliche Revolution folgen zu lassen mit dem Endziel des Sozialismus. Geschehen ist nichts. Heute haben wir die Pflicht, die Nationalversammlung einfach zu beseitigen, denn sie ist gegen die Revolution und für die Reaktionäre. Wir können nicht dulden, daß in Zukunft noch mit dem Geschick der Proletariermasse gespielt wird.

Wenn so viel über die Diktatur der Arbeiter gesprochen und schwarzgemalt wird, so möchte ich sagen: Wer ist denn die Mehrzahl in der deutschen Bevölkerung? Sind es nicht die ausgebeuteten Proletariermassen? Und übt heute nicht, trotz der Nationalversammlung, das Kapital die Macht aus? Und wenn nun die Arbeitermassen in der Mehrzahl sind und diese Diktatur ausüben, so ist diese Diktatur etwas ganz anderes, es ist der Ausdruck des Willens der Mehrheit, und aus diesem Grunde müssen wir eben verlangen, daß dem Rätesystem, daß den A.-, S.- und B.-Räten die ganze Macht in die Hand gegeben wird; aber noch ein weiteres: Die Demokratie bekommt in der Räterepublik ein ganz anderes Gesicht, weil in der Räterepublik alle Arbeiter, alle Kleinbauern gezwungen sind, unmittelbar am Staatsleben mitzuarbeiten. Wenn [nicht] der Fabrikant über die Produktion zu verfügen und die Produktion zu leiten hat, so hat jeder einzelne Arbeiter und jede Arbeiterin ein Interesse daran, daß die Produktion zum Nutzen der Allgemeinheit ausschlägt. So ist es auch im Dorf. Wenn die Dorfräte für alles sorgen müssen, was im Dorf geschieht, so muß jeder einzelne Dorfbewohner mitarbeiten, und ich glaube, auf diese Weise ist die Demokratie eine viel vollkommenere als in der Nationalversammlung und in der bürgerlichen Republik. In der bürgerlichen Republik schickt man alle 4 oder 5 Jahre seine Vertreter in die Nationalversammlung. Damit ist die Tätigkeit des einzelnen erschöpft; alles übrige ist den Ministern und Parlamentariern überlassen.

Wenn wir wirklich aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch herauskommen wollen, so müssen wir jeden einzelnen Arbeiter und Kleinbauern zur Mitarbeit im Staatsleben heranziehen. Wenn wir es aber nur einigen Abgeordneten überlassen, auch in Zukunft über unser Schicksal zu bestimmen, werden wir nie aus dem Chaos herauskommen.

Von der Zentralmacht der Räte gehen Millionen Fäden bis ins kleinste Dorf, in jede einzelne Fabrik. Es kann also nichts geschehen durch den obersten Rat, was nicht die Arbeiter und Kleinbauern wollen. Die Räte sind immer gezwungen zu tun, was ihre Auftraggeber beschließen. Ein kleines Beispiel, wie wir auch in Zukunft die Tätigkeit in den A.-Räten uns denken, die hauptsächlich die Gewerkschaften ausüben sollen. Die A.-Räte, die ja die ganze Macht in sich verkörpern, werden selbstverständlich gezwungen sein, auch verschiedene Ressorts zu schaffen. Die Räte der Volkswirtschaft werden in ganz anderer Weise arbeiten.

VORSITZENDER: Die Redezeit ist abgelaufen.

*Nach Diskussionsbeiträgen von SEEGER und HEGELMAIER spricht [Hans] Ziegler.*

ZIEGLER[116]) (Heilbronn): Ich kann der Resolution Eggert nicht zustimmen. Wir können nicht in eine Resolution hineinschreiben, daß man es uns überlassen soll, wenn wir uns auflösen sollen. Dieser Satz muß unbedingt aus der Resolution heraus. Wie können wir uns die notwendige Achtung verschaffen, wenn wir sagen, wir werden verschwinden, aber überlaßt uns den Zeitpunkt selbst, wann wir uns umbringen wollen? Wenn die Räte verschwinden, so wird auch der Sozialismus nicht zur Durchführung kommen. Wenn wir heute beschließen würden, die A.- und B.-Räte aufzulösen, so wären sie damit noch nicht zugrunde. Sie würden wiederkommen (Sehr richtig). Wenn man heute nicht mehr so stürmisch die Auflösung verlangt wie früher, so deshalb, weil man weiß, daß dann der Sturm losbricht. Ich würde es begrüßt haben, wenn man heute den beiden Richtungen die Möglichkeit gegeben hätte, uns die Sache zu erklären, uns aufzuklären über das Rätesystem. Wenn man einen Redner bestimmt hätte, der die gleiche Redegewandtheit hat wie Eggert, dann hätte man auseinandersetzen können, warum wir die A.- und B.-Räte zum Träger der politischen Gewalt machen wollen.

Nun ein paar Worte zur Diktatur der einen Klasse über die andere. Ich habe davor gar keine so große Angst. Angst haben nur diejenigen, die die Diktatur noch nicht begriffen haben oder die ein Interesse daran haben, daß die Diktatur dieser kleinen Minderheit und Kopflosigkeit weiterbesteht. Wir wollen ja gerade durch das Rätesystem die Klassen an und für sich abschaffen. Wir wollen Klassen gar nicht dulden. Wenn wir in Zukunft aus dem Trümmerhaufen wieder herauskommen wollen, so werden wir den Grundsatz aufstellen müssen, daß jeder Mensch nützliche Arbeit zu leisten hat. Es soll nicht nur jeder Mensch ein Recht auf Arbeit, sondern auch die Pflicht zur Arbeit haben. Damit werden die Klassen beseitigt. Es ist nicht so, daß wir die Arbeiter allein begünstigen wollen und die anderen Schichten verschwinden sollen; Vorteile, die die einen genießen, sollen auch den anderen zugute kommen. Jeder muß mitarbeiten, jeder muß und soll Arbeiter werden und soll damit auch alle diese Rechte und Vorteile, auch die Diktatur erhalten. Wir dulden es nicht, daß die Arbeiter wieder eine Kluft unter sich selbst aufrichten. Wir wollen die Unterscheidung zwischen Handarbeiter und geistigem Arbeiter nicht. Deshalb sage ich, die Diktatur des Proletariats wird und muß kommen, wenn der Sozialismus kommen soll. Wir werden unser Wirtschaftsleben nur in die Höhe bringen durch das Rätesystem. Ich habe weniger Vertrauen zur bürgerlichen

---

[116]) Hans Ziegler (1877–1957), von Beruf Dreher, 1910/11 Bürgervorsteher in Lehe, ab 1911 Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Heilbronn (vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 428); 1917 Übertritt zur USPD; Mitglied des am 4. 11. 1918 gebildeten illegalen A.-Rates in Stuttgart; am 7./8. 11. verhaftet (vgl. Nr. 3 Anm. 32); Delegierter Württembergs auf dem 1. Rätekongreß; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung, in die er nach dem Ausscheiden Engelhardts für die USPD nachrückte; 1920–24 Mitglied des Landtags (USPD/SPD); 1930–32 Mitglied des Reichstags (SPD/SAP); im März 1933 verhaftet; 1945–48 Oberbürgermeister von Nürnberg; vgl. Drechsler, passim.

Demokratie, wie wir sie jetzt haben, als zum Rätesystem. Allerdings, wenn die Räte so arbeiten würden wie Rußland und Deutschland jetzt gegeneinander arbeiten, so wäre das nicht möglich. Nur durch das Rätesystem kann die Arbeiterschaft der ganzen Welt geeinigt werden (Sehr richtig).

*Bis zur Mittagspause folgen Beiträge von* LAUTERBACH, GÖHRING, MÜLLER, HÄUSSLER, GENNEWEIN *und* HIPP. *In der Nachmittagssitzung ergreift nach einer kurzen Debatte über die weitere Behandlung der Tagesordnung nochmals* EGGERT *das Wort.*

EGGERT: Ich hätte nicht gedacht, daß ein Punkt in der von mir vorgelegten Entschließung solche Mißverständnisse erzeugen könnte, wie sie in den Darlegungen des Genossen Ziegler zum Ausdruck gekommen sind. Ich habe gesagt: Zu welchem Zeitpunkt sich die A.- und B.-Räte nach der Erfüllung ihrer geschichtlichen Aufgabe durch sich selbst auflösen werden, läßt sich im voraus nicht bestimmen. Ich wollte damit genau das Gegenteil bezwecken, was Ziegler aus diesem Satz herausgelesen hat. Ich wollte der bürgerlichen Welt, wie auch aus meinen Darlegungen ersichtlich, erklären: Wir lassen uns von Euch überhaupt nicht sagen, wann und ob wir uns auflösen wollen (Sehr gut). Nun liegt es mir aber am Herzen, wenn irgend möglich, eine einstimmige Annahme meiner Entschließung herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, wäre ich bereit, den beanstandeten Satz in meiner Entschließung zu opfern, um mißverständliche Auslegungen auszuschließen. Ich würde dafür in der Einleitung ein paar andere Worte einfügen und am Schluß die Folgerungen daraus ziehen. Die Entschließung würde demnach folgenden Wortlaut bekommen:

Entschließung

„Die A.- und B.-Räte sind der Überzeugung, der Volksstaat Württemberg wird auch in Zukunft auf ihre Mitarbeit angewiesen sein.
Als Organ der Regierung halten sie es für ihre nächste Aufgabe, die ministeriellen Verfügungen in allen Verwaltungskörperschaften, Fabrikbetrieben und Werkstätten durchzuführen, die Bürokratie, welche trotz der Revolution fortbesteht, zu brechen, in die Verwaltungen den Geist der neuen Zeit hineinzutragen und der Reaktion es unmöglich zu machen, je wieder ihr Haupt zu erheben.
Sie bekräftigen erneut den festen Entschluß, auf allen ihren Arbeitsgebieten, besonders in den Staats-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, durch eifrige Kontrolle und Mitarbeit die Interessen des gesamten werktätigen Volkes zu schützen.

Die A.- und B.-Räte fordern die Regierung auf:

1. Die Verwaltungen von den bürokratischen und reaktionären Elementen zu säubern.

2. Eine Verfügung zu erlassen, wonach auch in nichtöffentlichen Gemeinde- und Bezirksratssitzungen die A.- und B.-Räte unter der Voraussetzung der Verschwiegenheit hinzugezogen werden müssen und ihnen in allen Sitzungen beratende Stimme zusteht.

3. Die Aufgaben der A.- und B.-Räte durch ein besonderes Gesetz zu regeln.“

Ich betone ausdrücklich: Wenn ich den beanstandeten Satz fallenlasse, so bedeutet das nicht etwa dem Sinne nach ein Zugeständnis an die von Ziegler vertretene Meinung, alle Macht den A.- und S.-Räten zu geben und die Parlamente aufzulösen, sondern ich habe diesen Satz als Gegengewicht gegen die rätefeindlichen Bestrebungen hinstellen wollen. Ich muß zugeben, daß, wenn schon in unseren Reihen solche Auslegungen möglich sind, die bürgerlichen Parteien die Entschließung noch mehr verschandeln würden. Durch eine einmütige Willenskundgebung wollen wir den Eindruck der Entschließung verstärken.

VORSITZENDER: Es steht also jetzt nicht mehr die zuerst vorgelegte Entschließung zur Diskussion, sondern die abgeänderte.

GRAMLICH (Horb): Dem abgeänderten Antrag des Genossen Eggert können und müssen wir zustimmen, um die Position der A.-Räte zu stärken und den Bestimmungen der Regierung bei den Ortsvorstehern Anerkennung zu verschaffen. Ich habe in Horb durchgesetzt, daß im Amtsblatt die Verfügung der Regierung nachgedruckt wurde. Es ist bemängelt worden, daß die 8stündige Arbeitszeit noch nicht überall durchgeführt ist. Ich habe ebenfalls in Horb persönlich Vorstellungen erhoben. Daraufhin haben die Arbeitgeber sich bereit erklärt, den gesetzlichen Bestimmungen nachzukommen. Wir hätten viel mehr Macht, wenn wir sie uns selbst verschaffen würden. Man darf sich nicht allein auf Bitten beschränken, sondern muß scharf auftreten, wo es gerechtfertigt und notwendig ist. Horb steht nicht in dem Ruf eines Arbeiterbezirks; aber wir haben uns anstandslos durchgesetzt. Ein Beamter in Horb hat einen Assistenten erhalten, der täglich 5,60 [Mark] als Entlohnung erhält. Wie kann der Staat verlangen, daß der Arbeitgeber mehr zahlen soll, als der Staat selbst bezahlt. Der Staat muß also das, was er von anderen verlangt, auch selbst durchführen (Sehr gut).

ENGELHARDT: Es ist nicht möglich, innerhalb 5 Minuten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck zu bringen. Ich wende mich dagegen, daß heute früh davon gesprochen wurde – ich glaube von Lauterbach – (Lauterbach widerspricht), daß den A.-Räten die Aufgaben von berufsständischen Vertretungen zugewiesen werden sollen. Jedenfalls will ich zum Ausdruck bringen, daß die A.-Räte nicht berufsständische Vertretungen sind. Nein, die Vollzugsgewalt muß in die Hände der Arbeiter-Räte gelegt werden. Ich bin der Auffassung, daß die Entwicklung zum Sozialismus erst im Laufe der Zeit möglich wird. Mit dieser Entwicklung hat die Stärkung der A.-Räte gleichzeitig vorwärts zu schreiten. Wenn wir zu dieser Entwicklung gekommen sind, wird für die jetzigen Parlamente kein Raum mehr vorhanden sein.

Es wurde gesagt, die Existenz der A.-Räte soll nicht von der jeweiligen politischen Konjunktur abhängig sein. Es hat sich gezeigt, daß die Meinung verbreitet ist, die A.-Räte haben nach den Wahlen zu verschwinden (Zuruf: In ihrer jetzigen Form, ja). Ich weiß, daß Minister Blos einen anderen Standpunkt eingenommen hat. Ich weiß aber auch, daß von der übrigen Regierung die Ansicht vertreten wurde, daß für die A.-Räte kein Platz mehr sei nach den Wahlen. Aber gerade jetzt sind die Räte erst recht notwendig, weil bei den Wahlen der reine demokratische Volkswillen nicht zum Ausdruck gekommen ist. Er kann erst zum Ausdruck kommen, wenn auch wirklich der Boden zu einer reinen Demokratie geebnet ist. Solange die Waffen so ungleich verteilt sind, wie z. B. die wichtigste Waffe, die Presse, die heute restlos im Besitze des Kapitals ist, kann nie und nimmer von einer demokratischen Einrichtung die Rede sein.

Ich verstehe unter Diktatur des Proletariats nicht die Diktatur einer bestimmten Parteirichtung, sondern die Diktatur der Arbeitskraft. Wir werden nie auf den Boden der reinen Demokratie kommen, wenn wir nicht den Weg der Diktatur des Proletariats beschreiten. Wir müssen zum Ausdruck bringen, daß wir nicht daran denken, das Rätesystem abzuschaffen, sondern wir müssen gerade jetzt verlangen, daß die Räte anerkannt werden. Ich bin der Auffassung, daß wir möglichst einmütig dem Kapital sagen, daß wir uns nicht von der politischen Konjunktur bestimmen lassen. Ich weiß, daß vor einigen Wochen in verschiedenen Parteizeitungen der Standpunkt vertreten wurde – auch von Scheidemann und Keil wurde dieser Standpunkt eingenommen –, daß die Räte zu verschwinden haben[117]). Heute ist man wieder anderer Ansicht geworden. Wir wollen uns nicht von einer Konjunkturpolitik abhängig machen, auf dem Rätesystem beruht die Zukunft unseres Volkes.

---

[117]) Vgl. Anm. 65.

VORSITZENDER: Es ist noch folgende Resolution eingegangen:

Entschließung

„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte Württembergs hält die Beibehaltung und den weiteren Ausbau des Rätesystems auf demokratischer Grundlage zu Trägern der politischen Gewalt für dringend notwendig. Nur das Rätesystem wird in der Lage sein, die Leidenszeit der Menschheit abzukürzen und sie aus dem Chaos und der Barbarei der kapitalistischen Organisation und des Krieges herauszuführen zu den Höhen des Sozialismus, zur wirtschaftlichen Gleichstellung aller.

Die Landesversammlung hält die formale bürgerliche Demokratie des Parlaments, solange die wirtschaftliche Abhängigkeit großer Massen besteht und sich die wirtschaftlichen und geistigen Machtmittel fast ausschließlich im Besitze des Kapitals befinden, für kein geeignetes Mittel, den Volkswillen unverfälscht zum Ausdruck zu bringen und die Menschheit vor noch schlimmeren Katastrophen und Leiden zu bewahren, wie sie bis jetzt erlebt wurden. Ziegler (Heilbronn)."

Es ist noch [ein] weiterer Antrag eingelaufen:

„Alle Mitglieder der A.- und B.-Räte sind in der Ausübung ihrer Rechte als Kontrollorgan der Regierung als immun zu erklären. Unfried und Genossen."

KÖNIG (Neuenbürg): Ich muß zu meiner Freude sagen, daß der Genosse Eggert seit unserer letzten Landesversammlung sehr umgelernt hat. Er tritt heute auf als Schieber, und in der letzten Versammlung war er da als Bremser. Wenn damals nicht gebremst worden wäre, lägen die verstümmelten Satzungen nicht vor, nach denen wir jetzt arbeiten müssen. Mich soll es freuen, wenn uns aus dem Geist heraus, der heute aus den verschiedenen Diskussionsrednern sprach, Nutzen für die spätere Zeit erwächst. Die Räteregierung so einzusetzen, wie von verschiedenen Seiten vorgeschlagen wurde, wird infolge Mangels an verschiedenen Kräften, die wir nicht sofort zur Verfügung haben, nicht möglich sein. Wenn die Räte sich auflösen und das Parlament allein schalten und walten ließen, würden – so befürchte ich – wir nicht Gesetze der Freiheit, sondern Gesetze der Kapitalistenklasse erhalten, wodurch die Arbeiter wieder geknebelt und geknechtet würden, so daß nicht mehr viel von der Revolution übrigbliebe.

Ich habe das Mensch[en]möglichste getan, um bei uns die Verfügung durchzusetzen, aber es liegt an den Behörden, wenn es nicht möglich geworden ist. Wenn man die Herren auf die lange Arbeitszeit aufmerksam macht, so begegnet man Widerständen und einer großen Verständnislosigkeit. Die Oberämter hätten von der Regierung auf die Gesetze besonders aufmerksam gemacht werden müssen, daß sie mit aller Kraft den Verfügungen Geltung verschaffen. Wenn uns die Gewalt in die Hände gegeben wäre, so hätten wir mit der langen Arbeitszeit längst aufgeräumt (Zuruf: Warum streiken denn die Leute nicht?). Wie können denn die Leute streiken, sie sind nicht organisiert. Eine Fabrik hat nicht einen einzigen Organisierten mehr. Es ist nicht möglich, etwas zu erreichen. Ich habe den Metallarbeiterverein Pforzheim zur Hilfe angerufen. Heute danken es mir die Leute auf der Straße, daß sie die 8stündige Arbeitszeit haben und soviel verdienen wie vorher. Wir haben Löhne von 4 bis 4,25 und 4,50 [Mark] gehabt. Wenn wir in den Gemeindeverwaltungen unser Recht geltend machen wollen, so können wir nicht verschwinden. Wir müssen bestehenbleiben, unsere Rechte müssen ausgebaut werden; die Gesetze dürfen wir nicht allein von der Regierung machen lassen, sondern sie müssen im Einvernehmen mit den A.-Räten gemacht werden.

ENSSLIN[118]) (Sontheim): Auf die Frage über die Zukunft der A.- und B.-Räte kann es nur eine Antwort geben: Die A.-Räte müssen weiterbestehen, müssen weiter ausgebaut

[118]) Otto Enßlin, von Beruf Schuhmacher, kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 147).

werden, ihre Befugnisse müssen erweitert werden. Unsere jetzigen Parteiverhältnisse sind nicht imstande, gegen Kapitalismus und Bürgertum aufzutreten. Wenn es der Partei nicht gelungen ist, die Einigung der Arbeiterschaft herbeizuführen, so liegt das nicht an den Arbeitern, sondern an den Führern. Wir müssen die Arbeiterschaft einigen, wenn es nicht anders geht, über die Köpfe der Führer weg, denn nur durch geschlossenes Auftreten werden wir Eindruck auf die bürgerlichen Parteien machen. Nur wenn wir auf dieser Grundlage arbeiten und wenn wir uns heute zu einem einmütigen Beschluß einigen, daß wir weiterbestehen wollen, dann werden die Führer, die heute uns sozusagen in dieser Frage entgegenstehen, gezwungen sein, anders zu arbeiten und anders aufzutreten. Darum müssen wir die Resolution Eggert in ihrer veränderten Form einstimmig annehmen.

REICHLE[119]) (Göppingen): Wir müssen unsere weitere Tätigkeit davon abhängig machen, wie die Revolution sich weiter entwickelt, nicht nur bei uns in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Kommt die Weltrevolution nicht, so wird auch die letzte Stunde für die A.- und S.-Räte bald geschlagen haben. Ich erkläre Ihnen, daß die Notwendigkeit, A.- und S.-Räte zu haben, für Deutschland nicht bestand und nicht besteht (Hört, hört, stürmischer Widerspruch). Sie dürfen auch einmal eine andere Meinung hören, als Ihnen angenehm ist. Wer sind denn die A.-Räte? Es sind doch die Vertreter aus der Arbeiterbewegung, aus Partei und Gewerkschaften. Die Notwendigkeit für das Rätesystem anerkenne ich für meinen Teil für unsere Verhältnisse durchaus nicht (Unterbrechungen, Widerspruch). Ich glaube gerne, daß es Ihnen nicht angenehm ist, hören zu müssen, daß der Katze die Schelle umgehängt wird. Das Rätesystem in Deutschland ist und war eine Mißgeburt und wird ein Zerrbild bleiben, solange es besteht. Nachdem wir die Landesversammlung als Einkammersystem haben, nachdem der Bürgerausschuß[120]) abgeschafft ist, wollen wir ein Kontrollsystem schaffen, genauso, wie wir es im Zweikammersystem oder im Bürgerausschuß gehabt haben. Wo gibt es eine Kontrollorganisation, die besser wäre als Gewerkschaften und politische Partei? Vielen ist der Gedanke nicht angenehm, aber mein Vorredner hat es Ihnen bewiesen durch die Vorgänge in Neuenbürg, daß dort, wo keine Organisationen bestehen, auch der A.- und B.-Rat ein Nonsens ist. Wo Gewerkschaften nicht vorhanden sind, sind auch die Räte nur zum Gaudium der bürgerlichen Parteien da.

Die Räte sind erst entstanden aus den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Sie können nicht dauernd bestehenbleiben. Sie sind eine Mißgeburt und werden eine Mißgeburt bleiben, solange sie bestehen (Zuruf: Du bist auch eine! Heiterkeit). Andere haben einen anderen Fehler, der viel schwerer wiegt, als eine Mißgeburt zu sein. Es ist der Unterschied zwischen Diktatur und Volksherrschaft von mehreren Rednern behandelt worden. Ich möchte nur das eine sagen: Nachdem wir die jetzigen Verhältnisse haben, können wir nur den Wunsch zum Ausdruck bringen, daß wir zu retten suchen, was zu retten ist; aber die Räte werden nicht in der Lage sein, die Verhältnisse wesentlich zu bessern (Widerspruch).

---

[119]) Ernst Reichle (geb. 1879), von Beruf Werkzeugmacher, seit 1913 Geschäftsführer im Metallarbeiterverband in Göppingen; Delegierter Württembergs auf dem 1. Rätekongreß; kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 59); vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 338.

[120]) Der Bürgerausschuß war ursprünglich als zweite Vertretungskörperschaft in den Gemeindeordnungen der süddeutschen Staaten verankert worden, hauptsächlich als Kontrollorgan der Gemeinderäte. Im Laufe der Zeit hatten sich aber in Württemberg, namentlich in Stuttgart, die Unterschiede zwischen Gemeinderat und Bürgerausschuß so weit verwischt, daß schon vor dem ersten Weltkrieg erwogen wurde, den Bürgerausschuß als selbständiges Gremium abzuschaffen (vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 269 f., und Einleitung, S. XIV). Im Gemeindegesetz vom 15. 3. 1919 wurde der Bürgerausschuß dann aufgehoben.

VOLLMER[121]) (Unterhausen): Es lohnt sich nicht, auf Ausführungen einzugehen, wie sie der Vorredner gemacht hat. Er scheint erst aus seinem Winterschlaf aufgewacht zu sein. Wollen wir uns wieder an der Nase herumführen lassen wie früher? Das Rätesystem muß ausgebaut werden. Am 16. November, als ich nach Unterhausen kam, sind verschiedene Mißstände vorhanden gewesen. Wir haben einen A.-Rat eingesetzt. Im Gemeindekollegium sind wir aneinander geraten, daß es fast zu einer Schlägerei gekommen ist. Wir haben eine Bürgerversammlung einberufen, die mit Mehrheit die Absetzung der rückständigen Elemente beschlossen hat. In Oberhausen ist es ganz anders. Da hilft der Ortsvorsteher, der Gemeinderat und alles zusammen. Da, wo die A.- und B.-Räte einen Rückhalt haben, können sie sich durchsetzen. Da, wo dieser Rückhalt fehlt, vermögen sie sich nicht zu halten.

ZERNICKE: Es wird in der ganzen Diskussion der Kern der Streitfrage verschoben. Eggert hat die Grundzüge entwickelt, wie er sich die zukünftige Gestaltung der A.-Räte denkt. Unfried hat seinen gegensätzlichen Standpunkt zum Ausdruck gebracht. Beide Redner unterscheiden sich nur darin – das wird nicht genug beachtet und das ist auch der Streit, der sich in den sozialdemokratischen Gruppen bemerkbar macht –, ob den Arbeiter- und Soldatenräten alle Macht in die Hand gegeben werden soll, ob also die Arbeiterschaft die Gesetzgebung erobern will und kann. Das sind die beiden Streitfragen. Es ist zur Zeit unmöglich, den Gedanken der Spartakusgruppe, jetzt die Räteregierung einzuführen, durchzusetzen. Die Gesamtheit des Volkes kann sich mit diesem Gedanken nicht befreunden. Deshalb halte ich es für das größte Unglück, das uns am Abschluß des 4½jährigen Krieges passieren könnte, wenn durch die einseitige Weiterverfolgung der Ziele der Spartakusgruppe der Bürgerkrieg heraufbeschworen würde. Es steht nicht zur Diskussion die Frage, sollen die A.- und B.-Räte beibehalten oder abgeschafft werden. Es wird die Forderung aufgestellt: Weg mit der Nationalversammlung! Weg mit dem Parlament! Diese Forderung kann aber nur durchgeführt werden mit dem Volk, niemals gegen das Volk. Sie kann auch nicht durchgeführt werden durch Resolutionen, die wir hier annehmen und ebensowenig durch Demonstrationen und gewaltsame Eingriffe ins Wirtschaftsleben. Der Gedanke kann nur verwirklicht werden, indem wir in die Herzen und Hirne der Menschen ihn einzuführen suchen. Die geschichtliche Entwicklung sagt uns doch, daß wir in mehr als 40jähriger Agitation und Organisation noch nicht in die Herzen der Menschen eingedrungen sind (Sehr richtig), und es hieße mit Scheuklappen herumlaufen, wenn man eine politische Einrichtung schaffen wollte, mit der die Massen des Volkes nicht einverstanden sind (Zuruf: Man muß die Massen damit vertraut machen). Es hindert euch ja niemand daran (Zuruf: Maschinengewehre), in Wort und Schrift für diese Ansicht einzutreten. Wenn das Rätesystem überhaupt in Mißkredit gebracht wird, so durch die Art, wie die Spartakusgruppe arbeitet, und durch die Mittel, die sie anwendet. Wir dürfen nicht in den gleichen Fehler verfallen wie das Kapital und selbst ein Gewaltregiment aufbauen.

Ich habe meine Ansicht zurückgestellt und bin mit dem, was die Mehrheit des Landesausschusses will, durchaus einverstanden. Was Eggert vorschlägt, nimmt Bezug auf die geschichtliche und wirtschaftliche Entwicklung. Lesen Sie das heutige Tagblatt, da ist eine Erklärung der Reichsregierung, wonach sie ein Gesetz vorbereitet, in dem dem Rätesystem der Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Leben zugesichert werden soll[122]) (Zuruf: Machen das nicht die Streiks?). Streik und gewaltsamer Eingriff

---

[121]) Karl Vollmer, von Beruf Mechaniker; Unterhausen gehörte zum Oberamt Reutlingen, einem der wichtigsten Industriegebiete Württembergs (Textilindustrie). In Unterhausen befand sich eine mechanische Baumwollspinnerei, in der 240 Arbeiter beschäftigt waren. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 2, S. 372 f., 382.

[122]) Vgl. unten S. 287 f. sowie Anm. 110.

sind zwei verschiedene Dinge (Zuruf: Ist Streik auch Gewalt?). Streik ist Macht. Gewalt sind die Mittel, die von euch angewendet werden (Zuruf: Noske ist Gewalt!). Ich bitte, die Entschließung Eggert anzunehmen.

EHNIS[123]) (Botnang): Über das Weiterbestehen des Rätesystems gibt es unter uns keinen Zweifel, desto mehr aber über die Form. Der eine Teil will, daß die politische Macht ganz und gar dem Rätesystem zugewiesen werde. Wenn das Rätesystem eine politische Macht besitzen soll, hat eine andere politische Macht, wie die National- und Landesversammlung, keinen Platz mehr. Ein anderer Teil verlangt, daß das Beratungs- und Kontrollrecht der Räte weiter ausgebaut werden soll. Eng zusammen mit der Weiterführung des Rätesystems hängt die Sozialisierung. Hier ist die Frage aufzuwerfen, wie ist die Einführung des Sozialismus zu beschleunigen? Ich bin überzeugt, daß mit der Einführung des Rätesystems als Regierung die Sozialisierung ohne weiteres durchgeführt werden kann. Aber welche Folge hätte diese gewaltsame Durchführung in der gegenwärtigen Zeit? Denken Sie sich Deutschland als sozialistischen Staat innerhalb der übrigen Weltmächte. Deutschland würde vollständig isoliert sein von den übrigen – kapitalistischen – Mächten. Welche Folgen hätte das? Die Opfer des Krieges wären ein Kinderspiel gegenüber den Opfern, die die Isolierung Deutschlands nach sich ziehen würde. Sollen wir des Sozialismus halber unser ganzes deutsches Volk vollständig opfern? Der Sozialismus würde keine Stunde früher in Wirkung treten, wenn Deutschland sich dafür opfern würde. Ist in der Weltgeschichte schon mal ein solcher Sprung gesehen worden, wie der Übergang vom kapitalistischen zum sozialistischen Staat? Wir können nur durch Entwicklung zum Sozialismus kommen.
Nun noch ein Wort zu den Wahlen für den A.-Rat. Auch in Zukunft sollen die Wahlen in den Betrieben vollzogen werden. Ich möchte darauf hinweisen, daß da Dinge vorgekommen sind, die für die Zukunft nicht mehr angängig sind. Ich möchte dem Vollzugsausschuß anheimgeben, eine Wahlbestimmung herauszugeben, die allen Bedürfnissen gerecht wird. Die Wahl kann nur in den politischen Verbänden vollzogen werden und nicht an den Orten der Arbeitstätigkeit.

ZINNECKER[124]) (Waiblingen): Wir haben alle Ursache, uns von Äußerungen zurückzuhalten, wie sie Reichle gemacht hat, weil die bürgerlichen Parteien mit dieser Meinung operieren. Wir haben uns in der Landesversammlung ganz entschieden dagegen gewandt, als von bürgerlicher Seite darauf hingearbeitet wurde, daß die Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Räte verschwinden sollen[125]). Nun sagt Reichle, wir hätten es in Deutschland nicht notwendig, A.-, S.- und B.-Räte zu besitzen, denn wir haben ja die Organisationen. Wenn wir uns auf diesen Standpunkt stellen wollen, dann hätte die Regierung diesen Organisationen die Macht geben sollen, die wir jetzt haben. Das

---

[123]) Gottlieb Ehnis, Vorsitzender des A.-Rates Botnang; die Gemeinde Botnang lag im Oberamt Stuttgart.

[124]) Georg Zinnecker (geb. 1886), von Beruf Vergolder, Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 392.

[125]) Unmittelbar nach Gröber, der in der Sitzung der württembergischen Landesversammlung am 27. 1. 1919 die Auflösung der Räte gefordert hatte (vgl. Anm. 20), hatte Georg Reichel als Fraktionssprecher der SPD betont, die Räte seien „durchaus nützliche Institutionen", die nach der Auffassung seiner Partei zwar „ein Provisorium" darstellten, „jetzt aber noch nicht zu entbehren" seien (Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 62). Diesen Standpunkt unterstrich Reichel nochmals in einer persönlichen Erklärung, die er am 28. 1. 1919 abgab, als er erklärte, die Räte müßten bestehenbleiben „bis die innere Ordnung und die Gewähr für die stetige Fortentwicklung unserer Verhältnisse gegeben ist" (ebd., S. 107). In der gleichen Sitzung hatten auch Kriegsminister Herrmann und Innenminister Lindemann die Räte verteidigt. Lindemann stellte dabei fest: „Wenn man über die gesamte Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte einmal voll unterrichtet sein wird, wird man ohne weiteres zugestehen müssen, daß bei ihnen die guten Leistungen ganz außerordentlich stark das überwogen haben, was an ihnen auszusetzen ist" (ebd., S. 86).

hätte keine Regierung tun können, weil sie das gleiche Recht allen Parteien hätte zubilligen müssen.
Heute kann nicht bestimmt werden, wie lange die A.- und B.-Räte zu bestehen haben, aber das müssen wir festlegen, wie die A.- und B.-Räte gewählt werden sollen. Das Recht, das wir als Arbeiter in Anspruch nehmen, verlangen auch die Bauern für sich, und wenn über kurz oder lang die Bauern sehen, daß die Arbeiterschaft eine ziemliche Macht in den Händen hat, werden sie versuchen, die politische Gewalt ebenfalls zu erreichen. Die Folge wäre, daß uns die B.-Räte über den Kopf wachsen würden. Die bürgerlichen Parteien besitzen aber mit den Bauern immer noch die Mehrheit. Die B.-Räte von heute sind nicht sozial, sondern sehr konservativ, besonders wenn es sich darum dreht, die Ernährungsschwierigkeiten des deutschen Volkes zu überwinden. Die Milchfrage zeigt, daß die Bauern gar nicht gewillt sind, der Arbeiterschaft irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit den Bauern zu verhandeln; es sollten von der Regierung Sammelstellen errichtet werden. Die Bauern sträubten sich gegen diese Maßnahmen, sie würden in Zukunft das noch mehr tun, wenn sie in den Bauern-Räten erst noch eine Stütze haben. Hier müssen wir sehr vorsichtig sein. Eine andere Frage ist die Wohnungsfrage. Welche Gewalt steht hier den A.-Räten zu? Sie wissen, wie brennend in allen Gemeinden des ganzen Landes diese Frage ist. Hier müssen wir als A.-Räte einsetzen, um Besserung zu erzielen. Für uns kann es nichts anderes geben, als den Sozialismus hineinzutragen in die Hirne, wo er bis jetzt noch nicht Eingang gefunden hat.

KÄPPLER[126]) (Öhringen): Ich muß den Kopf schütteln über die Ausführungen des Kameraden Reichle. Ich empfehle ihm, daß er sich in einen ländlichen Bezirk hineinstellt, dann wird er andere Empfindungen bekommen. In den ländlichen Bezirken, wo von einer Gewerkschaft noch nicht einmal ein Fundament vorhanden ist, kann auch mit diesen Organisationen nicht operiert werden. Wenn wir uns auf den Landesausschuß verlassen hätten, so wären verschiedene Dinge, die wir erledigt haben, heute noch in der Schwebe. In den Städten ist es leichter zu arbeiten, als in einem ländlichen Bezirk. Mit welchen Schwierigkeiten wir auf dem Lande zu rechnen haben, besonders der Geschäftsmann, davon hat man in den Städten keine Ahnung.
Wie steht es mit der Wohnungsnot? In unserem Bezirk bestehen Fideikommisse[127]). Es stehen mehrere Schlösser schon jahrelang leer. Nun schweben Verhandlungen, aber wir werden ausgeschaltet. Wenn wir uns beschweren, so fragt man uns: Wo steht das, woher haben Sie das Recht? Wenn man keine Unterlagen hat, so kann man nicht eingreifen. Ich bin nicht nur hierher gekommen, um Streit zu hören. Ich möchte auch etwas Praktisches nach Hause nehmen, damit ich anderen wieder Anleitung geben kann. Ich komme auf die Wahl zum A.-Rat. Der landwirtschaftliche Bezirksverein hat einen B.-Rat gewählt, nachdem eine Broschüre im Lande herumgegangen ist und aufgefordert wurde, Stellung zu nehmen. Hier stehen wir vor einer neuen Sache. Wie soll man arbeiten, wenn man keine Mittel hat?

GROH[128]) (Heidenheim): Die vielen Diskussionsredner haben bewiesen, daß wir nicht die Macht haben, die wir im Interesse der Allgemeinheit notwendig haben sollten. Wenn wir in Zukunft nicht mehr Rechte haben, so wird unsere Tätigkeit zur Bedeu-

---

[126]) Gottlieb Käppler, von Beruf Schneidermeister.
[127]) Im Oberamt Öhringen, dessen Bevölkerung zu fast zwei Dritteln ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft verdiente (61,6%), waren 17,5% der Gesamtfläche fideikommissarisch gebunden (vgl. Nr. 3 Anm. 67). Von der 8802 ha großen Waldfläche des Oberamtes war mehr als die Hälfte (4671 ha) im Besitz der Standesherrschaften Hohenlohe-Öhringen, Hohenlohe-Waldenburg und Hohenlohe-Bartenstein; vgl. Königreich Württemberg, Bd. 3, S. 457.
[128]) So im Or.; die Delegiertenlisten (s. Anm. 1) weisen als Delegierten für Heidenheim hingegen aus: Georg Kropp.

tungslosigkeit herabgedrückt. Wir haben einen A.-Rat von 9 Mitgliedern, darunter eine Frau. Die bürgerlichen Vertreter haben nach der Revolution eine große Angst vor dem A.-Rat gehabt. Es wurde uns alles genehmigt. In letzter Zeit sind die Herrschaften wieder frech geworden (Sehr gut). Heute sagen sie, die A.-Räte braucht man nicht. Genauso wie Reichle hat der volksparteiliche Führer in Heidenheim gesagt. Reichle kann sich gut in die Demokratische Partei anmelden. Der Gemeinderat in Heidenheim hat eine große Anzahl Krankenscheine ausgefüllt für die reichen Leute, um ihnen Zulagen an Lebensmitteln zu verschaffen. Dagegen ist der A.-Rat Sturm gelaufen. Wir haben es dann so weit gebracht, daß ein Milchausschuß eingesetzt wurde. Schon dadurch, daß die Ärzte wissen, daß es nicht mehr ausschließlich nach ihrem Zeugnis geht, sondern daß eine Kommission eine Nachprüfung vornimmt, nehmen sie sich sehr in acht. Wir haben eine Sicherheitskompanie, die wir nicht brauchen. Die Heidenheimer Arbeiterschaft ist die brävste Arbeiterschaft, die es gibt. Man braucht gegen sie keinen militärischen Schutz.

*Es folgen noch Diskussionsbeiträge von* MAYER, WINTER *und* ROHRER, *dann das Schlußwort* EGGERTS.

EGGERT: Ich danke zunächst allen, die sich an der Aussprache beteiligt haben, weil sie dazu beitrugen, diese wichtige Frage möglichst von allen Seiten zu klären. Nun ist gesagt worden, die heutigen Parlamente, erkoren durch das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht, seien ein Trugbild, da die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter eine reine Demokratie gar nicht ermögliche. Was ist an dieser Behauptung richtig und was ist unrichtig? Wirtschaftlich abhängig sind selbstverständlich alle Arbeiter. Aber nicht nur alle Arbeiter, sondern überhaupt fast alle Menschen. Würde denn nun der Räteapparat diesen Zustand beseitigen? Würde er statt einer angeblich gefälschten eine unverfälschte Demokratie herbeiführen? Wenn die Befürworter des Rätesystems, also die Anhänger der Diktatur, bei dem freiesten Wahlrecht, das wir haben, von einer gefälschten Demokratie sprechen, so liegt darin weit mehr Komik als Kritik (Sehr richtig). Nun haben wir vom Genossen Ziegler gehört, daß auch das Rätesystem durch demokratische Wahlen ins Leben gerufen werden solle. Da möchte [ich] nun aber doch wissen (Zernicke: Welcher Unterschied besteht), ganz richtig, welcher Unterschied dann eigentlich zwischen der „Rätedemokratie" und der jetzigen Demokratie vorhanden ist (Sehr richtig)? Oder hoffen die Genossen, einen oberschwäbischen Zentrumsbauern durch das Rätesystem zum Sozialismus bekehren zu können (Heiterkeit)? Die politische Willenskundgebung einzelner oder ganzer Klassen bei einer Wahl ist in hohem Maße diktiert durch ihre wirtschaftlichen Verhältnisse. Fragen der Religion und Weltanschauung spielen erst in zweiter Linie eine Rolle. Darum auch ist eine reine Demokratie erst in der sozialisierten Gesellschaft denkbar. Aber das Rätesystem hat mit der Demokratie überhaupt nichts gemein, sondern ist ihr Feind. Seinem Wesen nach ist es lediglich ein Werkzeug der Gewalt, der Diktatur des Arbeiterstandes über die anderen Bevölkerungsschichten. Und darum lehnen wir es aus Gründen der Gerechtigkeit und im Interesse unserer Wirtschaft ab.
Es ist ferner gesagt worden, die Sozialisierung könne nicht von den heutigen Parlamenten gemacht werden. Wer freilich meint, wie die Genossen von der linken Seite – und das ist ihr verderblicher Irrtum –, die Sozialisierung könne ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Auslandes durchgeführt werden, der wird die Parlamente für unfähig halten, unsere Arbeit und Wirtschaft zu vergesellschaften. Wer aber die Sozialisierung als ein Werk der Entwicklung ansieht, das verbunden ist mit Deutschlands Umwelt, der wird sagen: Wenn die Parlamente eine dem Volksganzen dienende Sozialisierung nicht fertigbringen, dann werden die Räte es erst recht nicht

können (Sehr richtig). Es ist meiner Ansicht nach überhaupt ein Irrtum, anzunehmen, unsere Volkswirtschaft lasse sich mit einem Male allgemein in die sozialistische Arbeitsweise überführen. Viel richtiger wird die Meinung sein, nach und nach die jeweils am besten geeigneten Zweige der Industrie, zuerst die monopolisierte Industrie, in den Besitz der Volksgesamtheit zu bringen. Andere, auf den Auslandsmarkt angewiesene Industrien werden erst später für die Sozialisierung reifen. Über solche harten, wirtschaftlichen Tatsachen, die an unser Leben rühren, kommen wir nicht hinweg, gleichviel, ob wir uns gegenseitig die Köpfe einschlagen oder ob wir in Ruhe unser Schicksal zu meistern suchen. Der Sozialisierungsgedanke muß getragen sein vom Willen der ganzen Bevölkerung, der im Parlament dann gesetzliche Gestalt und Macht annehmen muß.

Ich wende mich ferner gegen den unrichtigen Gedanken, als seien National- und Landesversammlung gegenüber dem Rätesystem in ähnlichem Verhältnis wie Feuer und Wasser. Halten Sie doch das Volk nicht für so dumm, daß es diese Wendung nicht schon an der Stirn als Phrase erkenne (Sehr richtig). Was die National- und Landesversammlung ist, ist sie doch durch die Wahlen, d. h. durch den Willen des Volkes. Marx hat uns gelehrt, daß die Weltanschauung immer der Ausdruck der wirtschaftlichen Bedingungen des Menschen sei. Da ist die Frage wohl erlaubt: Will denn die Mehrheit der Arbeiter und die Mehrheit des Volkes überhaupt das Rätesystem als politisches Machtorgan? Machen wir uns von dem Gedanken frei, als ob Stuttgart und andere Großstädte allein auf der Welt wären. Wir haben die großen Massen auf dem flachen Land, die in Rechnung gezogen werden müssen. Nun soll unsere Demokratie dieselbe, ja noch schlechter sein wie die Frankreichs und Amerikas. Ich kann wohl darauf folgendes antworten: Wer in der jetzigen politischen Vertretung Deutschlands das gleiche sieht wie in der bürgerlichen Demokratie Frankreichs und Amerikas, der hat wirklich von der Revolution nichts gelernt (Sehr richtig). Was ist denn in Frankreich und Amerika vorhanden? Nichts weiter als der Name der Demokratie, in Wahrheit sind diejenigen, die sich dort Demokraten nennen, dieselben Leute wie hier in Deutschland die nationalistischen Hetzer und Imperialisten (Sehr gut).

Ich möchte ferner darauf verweisen, daß unsere demokratische Gesetzgebung das Referendum enthält[129]). Das Volk ist hiernach berechtigt, Gesetze, die ihm nicht passen, rückgängig zu machen durch Volksabstimmung. Des Volkes Wille das höchste Gesetz! Das will doch gewiß etwas bedeuten. Immer natürlich unter der Voraussetzung, daß man nicht seinen eigenen Willen entgegen dem Willen der Mehrheit durchsetzen will (Sehr gut).

Nun hat Genosse Ziegler eine Entschließung vorgelegt, die ich persönlich geradezu bedaure. Einmal deshalb, weil sie, wie mir scheint, eine einheitliche Zustimmung zu meiner Entschließung unmöglich macht, denn seine Freunde werden für seine Entschließung stimmen, und zweitens, weil sie im Gegensatz zu meiner Entschließung gar nichts Positives enthält. In dieser Entschließung heißt es: „Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte hält die Beibehaltung und den weiteren Ausbau des Rätesystems auf demokratischer Grundlage zu Trägern der politischen Gewalt für dringend notwendig." Das ist ein Bekenntnis, eine Überzeugung, nichts weiter. Sie verpflichtet keinen einzigen, unsere Arbeit und unseren Kampf zu unterstützen (Sehr richtig). Dann sagt sie weiter: „Nur das Rätesystem wird in der Lage sein, die Leidenszeit der Menschheit abzukürzen und sie aus dem Chaos und der Barbarei der kapitalistischen Organisation und des Krieges herauszuführen zu den Höhen des Sozialismus und zur

---

[129]) Zu den Bestimmungen über Volksbegehren und Volksentscheid in den amtlichen Verfassungsentwürfen und zu den Beratungen in der Nationalversammlung s. Schiffers, S. 108 ff.; vgl. auch Anschütz, S. 335 ff.

wirtschaftlichen Gleichstellung.“ Hier möchte ich drei große Fragezeichen machen. Das Rätesystem wird viel eher dazu führen, daß wir, wenn ich es drastisch ausdrücken darf, alsbald um jedes Bauerndorf einen Schützengraben haben. Und in den Räten selbst würde ein schwerer Kampf entfesselt werden, denn in einer berufsständischen Vertretung kommen vermutlich die Gegensätze noch mehr zur Geltung.
Weiter sagt die Entschließung: „Die Landesversammlung der A.-Räte hält die normale bürgerliche Demokratie des Parlaments, solange die wirtschaftliche Abhängigkeit großer Massen besteht und sich die wirtschaftlichen und geistigen Machtmittel fast ausschließlich im Besitze des Kapitals befinden, für kein geeignetes Mittel, den Volkswillen unverfälscht zum Ausdruck zu bringen und die Menschheit vor noch schlimmeren Katastrophen und Leiden zu bewahren, wie sie bis jetzt erlebt wurden.“ Glaubt ein Mensch im Ernst – ich bin überzeugt, der Genosse Ziegler glaubt es selbst nicht (Heiterkeit) –, daß eine durch das heutige Wahlrecht zustande gekommene Volksvertretung, ferner das Referendum des Volkes, endlich sein Recht, über Krieg und Frieden selbst zu entscheiden, wobei die Frauen in allen Fragen vollberechtigt mitwirken, ich frage, glaubt wirklich jemand, daß eine solche politische Struktur größere Gefahren hervorbringen könne als die alte Gewalt und Militärherrschaft? Nein Genossen, die Dinge liegen doch so, daß wir zur Zeit die A.-Räte zur Beseitigung der Vetternwirtschaft in den Verwaltungen und zur Durchführung der Regierungs-Verordnungen im Interesse des arbeitenden Volkes brauchen; daneben aber brauchen wir eine vom Mehrheitswillen des Volkes getragene Regierung und Gesetzgebung, die regelnd und ordnend in unser zerrissenes Staats- und Wirtschaftsleben eingreift.
Nun ein Wort zu den Bemerkungen des Genossen Engelhardt: Engelhardt ist gar nicht im Bilde, sonst wäre ihm nicht der Lapsus unterlaufen, die A.-Räte sollten keine berufsständischen Vertretungen sein. Das Rätesystem soll tatsächlich nach Ansicht seiner Befürworter eine berufsständische Vertretung sein, d. h., es soll Arbeiter, Bauern, Techniker, Kaufleute, Buchhalter usw. nur einbegreifen, die Unternehmer ausschließen. In dieser Zusammensetzung soll es das Werk der[130]) Sozialisierung durchführen. Schauen wir nun unsere heutigen Parlamente von diesem Gesichtspunkt aus an, dann entdecken wir auch dort eine gewisse Berufsgruppierung. In den größeren Parteien befinden sich Leute aller Stände. In Spezialfragen sprechen sie als Sachverständige. Genosse Zernicke hat den Kernpunkt ganz richtig in die Diskussion geworfen. Er sagte, der Streit sei gar nicht um die Frage, ob Beibehaltung oder Fortbestand der Räte, sondern darum, ob sie alle Macht haben und ob die Parlamente aufgelöst werden sollen. Können Sie glauben, unter solchen Umständen rascher zum Sozialismus zu kommen? Man soll uns doch mit Nachahmungen verschonen. Anpassung an die Wirklichkeiten unserer eigenen Verhältnisse, das muß die Losung heute sein (Sehr richtig). Wir müssen als Sozialdemokraten auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens uns bemühen, Tag um Tag die Köpfe zu gewinnen. Und wenn uns das gelungen ist, dann handeln wir so, wie es uns die Stunde einst gebietet (Beifall).
Ich habe nicht den Eindruck gehabt, als wenn Reichle das hätte sagen wollen, was man ihm zum Vorwurf gemacht hat. Ich vermute, es ist ihm so ergangen, wie es jedem einzelnen schon von uns erging: Er ist mit der Zunge ausgerutscht. Ich war erfreut, als ich heute während der Mittagspause eine Regierungserklärung las, von der ich bei meinem Referat und beim Abfassen meiner Entschließung noch keine Kenntnis haben konnte, die sich im großen und ganzen mit dem von mir vertretenen Standpunkt deckt. In dieser Kundgebung der Reichsregierung heißt es unter anderem:
„Wir sind dabei, das Gesetzbuch der wirtschaftlichen Demokratie zu schaffen, das einheitliche sozialistische Arbeiterrecht auf freiheitlicher Grundlage. Wir werden die Or-

[130]) Im Or.: die.

gane der wirtschaftlichen Demokratie ausbauen, die Betriebsräte, wie wir sie schon bei den Verhandlungen mit den Bergarbeitern aus dem Ruhrrevier und aus Halle vorschlugen, die aus freier Wahl hervorgegangene berufene Vertreter aller Arbeiter sein müssen. Wir werden das Ziel der wirtschaftlichen Demokratie erreichen: Konstitutionelle Fabrik auf demokratischer Grundlage. Alles das in Verbindung mit der Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem die Bergwerke und die Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung eignen oder der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden können. Im neuen Deutschland soll Arbeit sozialistische Pflicht sein. Müßiggang und genußsüchtiges Drohnentum wird mit allen Mitteln unterdrückt und ausgemerzt werden. Vorwärts darum auf dem Wege organischer aufbauender Arbeit."
Das gleiche, was die Reichsregierung hier in Aussicht stellt, liegt in den Forderungen und Richtlinien meiner Entschließung. Darüber hinaus soll die Regierung aufgefordert werden, eine Verfügung zu erlassen, wonach auch in nichtöffentlichen Gemeinde- und Bezirksratssitzungen die A.- und B.-Räte unter der Voraussetzung der Verschwiegenheit hinzugezogen werden müssen und ihnen in allen Sitzungen beratende Stimme zusteht. Ich bitte Sie, angesichts der Ereignisse, die uns umbranden, einmütig meine Entschließung anzunehmen. Vorwärts zu neuer Arbeit, bis das Ziel erreicht ist: Freiheit und Glück allem, was Menschenantlitz trägt (Lebhafter Beifall).

*In der anschließenden Abstimmung wird die Entschließung Eggert „mit allen gegen 11 Stimmen angenommen", wodurch sich eine Abstimmung über die Entschließung Ziegler erübrigt.*
*Ein Antrag Unfried und Genossen: „Alle Mitglieder der A.- und B.-Räte sind in der Ausübung ihrer Rechte als Kontrollorgane der Regierung als immun zu erklären", wird im Sinne folgender Feststellungen Zernickes angenommen: „Das kann nur durch eine gesetzliche Bestimmung geschehen. Wenn der Antragsteller seinen Antrag so aufgenommen wissen will, daß wir ihn der Regierung übergeben, so kann das geschehen. Wenn wir jedoch darüber beschließen, so ist damit die Immunität der Räte noch keineswegs vorhanden."*

*Verabschiedet werden folgende Anträge:*

*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte erklärt die Arbeiterpresse: Schwäbische Tagwacht, Neckar-Echo, Freie Volkszeitung, Donau-Wacht, Volkszeitung Esslingen, Freie Presse und Sozialdemokrat als ihre Publikationsorgane.*
*Sie fordert von der Regierung, daß diese Blätter hinsichtlich der Veröffentlichungen der ministeriellen Bekanntmachungen gleichgestellt werden mit den Amts- oder Oberamtsblättern jener Orte, in denen keine besonderen, von Gemeindeverwaltungen geschaffenen Amtsblätter bestehen. Rohrer (Göppingen)."*
*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte Württembergs beschließt: Die Regierung wird aufgefordert, alsbald der Landesversammlung eine Gesetzesvorlage vorzulegen, nach der die heute noch amtierenden lebenslänglichen Ortsvorsteher sich einer Neuwahl zu unterziehen haben. Gräter und Genossen."*
*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte verlangt, daß die Regierung einen energischen Erlaß an sämtliche Behörden, Staats- und Gemeindebehörden, einschließlich Kommunalverbände im Sinne der heutigen Ausführung der A.- und B.-Räte erläßt, und diese Behörden anweist, sich an die veröffentlichten Satzungen und Nachträge, bei Verwendung strengster Maßregeln zu halten und diese Satzungen zu befolgen. Kienzelbach."*

*Dem Landesausschuß überwiesen werden die Anträge:*

*„Der Kongreß der A.- und B.-Räte fordert die Regierung auf, unverzüglich eine Verord-*

*nung zu schaffen, wonach amtliche Bekanntmachungen auch in der Parteipresse veröffentlicht [werden] und die Kosten dafür der Staat zu zahlen hat."*
*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte wolle beschließen, die Landesversammlungen jeweils werktags tagen zu lassen. Häussler (Obertürkheim), König (Neuenbürg), Gennewein (Hedelfingen), Hessenthaler (Bietigheim)."*

*In der Vormittagssitzung am 3. März spricht als Berichterstatter zum Tagesordnungspunkt „Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge" Hosenthien[131]). Nach diesem Referat beschließt die Versammlung zunächst einstimmig, den Punkt 4 „Wesen und Weg der Sozialisierung" von der Tagesordnung abzusetzen und in einer eigenen Versammlung, möglichst innerhalb der nächsten zwei Wochen, zu behandeln[132]).*
*In der sich anschließenden ausführlichen Generaldebatte über das Referat Hosenthien äußern sich folgende Redner: Blinzig, Unfried, Vollmer, Lauterbach, Müller, Gennewein, König, Arbeitsminister Schlicke, Reichle, Groß, Rohrer, H. Ziegler und Hosenthien.*
*Danach wird folgende, von Hosenthien vorgelegte Entschließung einstimmig angenommen:*
*Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte legt Protest ein gegen die Klassen-Einteilung in der Reichsverordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Januar 1919[133]) und verlangt eine Abänderung, die den tatsächlichen Verhältnissen gerecht wird. Vom Arbeitsministerium wird die sofortige Festsetzung angemessener ortsüblicher Taglöhne in den Bezirken erwartet, nach denen sich die Sätze der Erwerbslosen zu richten haben. Als wirksamstes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit ist die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in Angriff zu nehmen und in den Betrieben jede Entlassung zu verhin-*

---

[131]) Nach einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge ging Hosenthien ausführlich auf die Regelung der Fürsorge durch die verschiedenen Verordnungen des Reiches ein. Dabei wandte er sich vor allem gegen die Bestimmungen, die vorschrieben, daß die Fürsorgesätze sich nach den ortsüblichen Löhnen zu richten hätten und forderte, daß in geschlossenen Industriegebieten gleiche Unterstützungssätze gezahlt werden müßten. Scharf wandte sich Hosenthien gegen die Auffassung, die Finanzierung der Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge übersteige die finanziellen Möglichkeiten des Staates: „Diese Bedenken kommen hauptsächlich von den Leuten, die sich gar nicht gescheut hätten, für den Krieg noch ein weiteres Jahr die Lasten auf sich zu nehmen und die Mittel zu bewilligen. Wenn der Krieg noch lange gedauert hätte, so hätte niemand gefragt, wo die Mittel zu seiner Weiterführung herkommen. Wenn wir schon 4½ Jahre Krieg führen konnten und das Geld dafür aufzubringen hatten, dann wird es auf die Beträge, die jetzt für die Unterstützung der Arbeitslosen notwendig sind, auch nicht mehr ankommen... Wir haben keinen Anlaß, auf Kosten der Arbeitslosen zu sparen und zu retten, was noch zu retten ist, sondern wir müssen den Opfern unserer Wirtschaftsordnung den notwendigen Unterhalt gewähren." Das wichtigste sozialpolitische Ziel sei die Schaffung von Arbeitsplätzen; zwecklos sei es, den Arbeitslosen „Arbeitsscheu und Faulenzerei" nachzusagen, obwohl überhaupt keine Arbeitsgelegenheit bestünde.

[132]) Ein Zeitungsbericht über diese Versammlung, die am 17./18. 3. 1919 stattfand, ist als Nr. 9b abgedruckt.

[133]) In der Reichsverordnung vom 15. 1. 1919 (vgl. Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 82–84) waren die Gemeinden in fünf Ortsklassen eingeteilt worden, entsprechend dem Ortsklassenverzeichnis, das für die Gewährung von Wohngeldzuschüssen bei Reichsbeamten Gültigkeit hatte. Für jede Ortsklasse waren bestimmte Unterstützungshöchstsätze vorgeschrieben, die bei Männern über 21 Jahren zwischen 6 Mark (Ortsklasse A) und 3,50 Mark (Ortsklasse D und E) schwankten; bei Frauen über 21 Jahren bewegten sich die Sätze zwischen 3,50 Mark (A) und 2,25 Mark (D und E). Diese Bestimmung wurde durch die Reichsverordnung vom 14. 3. 1919 (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 303 f.) folgendermaßen geändert: „Wo für einzelne Orte die vorgeschriebenen Höchstsätze in einem Mißverhältnis zu den Kosten der Lebenshaltung stehen, können durch Bestimmung der Landeszentralbehörden diese Höchstsätze bis zum eineinhalbfachen Ortslohn, jedoch nicht über die Höchstsätze der Klasse A hinaus, erhöht werden."

*dern, bevor die Arbeitszeit auf das denkbar kürzeste Maß beschränkt worden ist. Dringende Aufgabe der Gewerkschaften und der Regierung ist die Durchführung angemessener Verdienste und sonstiger Arbeitsbedingungen, die für alle Arbeitsgebiete Geltung erhalten müssen.*
*Die verteuerte Lebenshaltung macht eine entsprechende Erhöhung der Bezüge für die aus Ursachen des Alters, Unfall oder Kriegsbeschädigung arbeitsunfähig gewordenen unvermeidlich. Um diese Verpflichtung durchzuführen, müssen die erforderlichen Mittel beschafft werden, damit die Notlage der Invaliden gemindert wird.*
*Einstimmig angenommen werden ferner folgende Anträge:*
*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte beantragt bei der württembergischen Regierung, sofort eine Verfügung mit zwingender Gesetzeskraft zu erlassen, daß Entlassungen wegen Mangel an Arbeit nicht vorgenommen werden dürfen, solange die Arbeitszeit täglich über 4 Stunden beträgt. Ziegler (Heilbronn).“*
*„Die Landesversammlung der A.-Räte Württembergs protestiert aufs entschiedenste gegen die vom ‚Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung‘ am[134]) 15. Januar 1919 veröffentlichten Sätze der Erwerbslosenfürsorge[133]).*
*Sie verwahrt sich entschieden gegen die hier zum Ausdruck kommende Vierklassen-Einteilung der Gemeinden, da dieser Einteilung bei den überall gleich hohen Preisen für Lebensmittel und Bedarfsartikel jede Berechtigung abzusprechen ist.*
*Die Versammlung fordert unter allen Umständen zuerst einen Abbau der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, bevor an eine Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslöhne gedacht werden kann. Blinzig (Weinsberg).“*
*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte wolle beschließen, die Unternehmer zur Zahlung von Erwerbslosenunterstützung an die bei ihnen vor oder während des Krieges beschäftigten Arbeiter heranzuziehen, soweit dieselben am Ort ansässig sind, [nach den] im Staatsanzeiger Nr. 25 vom 31. Januar 1919 und Nr. 28 vom 4. Februar 1919 vom Arbeitsministerium herausgegebenen Satzungen. Vollmer (Unterhausen).“*
*„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte beschließt: Die Regierung wird ersucht, sofort die nötigen Schritte einzuleiten dahin, daß alle öffentlichen Gebäude in Stadt und Land daraufhin untersucht werden, ob nicht Wohnungen darin geschaffen oder bereits vorhandene größere Wohnungen in solchen Gebäuden in zwei oder mehr Wohnungen abgeteilt werden können, und zutreffendenfalls ohne Verzug das Weitere anzuordnen. Kleinere Umbauten dürfen in der jetzigen Zeit der Wohnungsnot nicht gescheut werden. Kinzelbach (Saulgau).“*
*Ein Antrag, der sich gegen die Wiedereinführung der Sommerzeit wendet, wird dem Landesausschuß überwiesen.*
*Gegen eine Stimme angenommen wird ein Antrag Unfried, zur Frage der Sozialisierung auf der nächsten Landesversammlung[132]) ein Referat und ein Korreferat halten zu lassen. Ebenfalls verabschiedet wird ein Antrag Großhans und Genossen, der fordert, „die Wahl der Delegierten zum Reichskongreß in der nächsten Landesversammlung vorzunehmen“.*
*Hierauf schließt Engelhardt, der an diesem Tag die Verhandlungen leitete, mit einem kurzen Schlußwort die Versammlung:*

VORSITZENDER: Nach dem heutigen Beschluß kommt die Sozialisierungsfrage in der nächsten Sitzung[132]) zur Behandlung. Ich glaube, feststellen zu dürfen, daß die Landesversammlung während der dreitägigen Verhandlungen gezeigt hat, daß sie von dem großen Gedanken der Festigung des Rätesystems geleitet ist und durch keine Maßnahme und durch keine Macht sich bestimmen lassen wird, diesen Gedanken fal-

[134]) Im Or.: unter.

lenzulassen. Ich glaube, dies in Ihrem Sinn aussprechen zu dürfen. Ich wünsche den auswärtigen Delegierten gute Heimreise und rufe ihnen zu: Auf baldiges Wiedersehen! Ich schließe die Versammlung.

*b) Die Tagung am 17./18. März 1919*

**Württemberger Zeitung Nr. 64 vom 18. März 1919 und Nr. 65 vom 19. März 1919[135]). Überschrift: „Landesversammlung der A.- u. B.-Räte".**

Die vor zwei Wochen abgebrochene Tagung der A.- und B.-Räte[136]) fand gestern im Gewerkschaftshaus unter dem Vorsitz von Gehring und in Anwesenheit des Arbeitsministers Schlicke[137]) ihre Fortsetzung. Um falschen Gerüchten entgegenzutreten, teilte zu Beginn der Tagung GEHRING mit, daß der Wechsel im Vorsitz des Landesausschusses[138]) nur deshalb vorgenommen worden sei, weil der frühere Vorsitzende Zernicke durch seine Tätigkeit als Sekretär des Metallarbeiterverbandes so stark in Anspruch genommen worden sei, daß er den Vorsitz habe niederlegen müssen.
Der erste Punkt der Tagesordnung[139]) betraf Wesen und Weg der Sozialisierung. Berichterstatter war das Mitglied der Landesversammlung OSTER[140]). Der Vortragende

---

135) Im einschlägigen Bestand des Revolutionsarchivs (HStA Stuttgart, E 135) befindet sich weder ein stenographisches Protokoll dieser Sitzung noch ein Hinweis, daß ein offizielles Verhandlungsprotokoll angefertigt wurde. Die württembergische Presse berichtete allerdings sehr ausführlich über den Verlauf der Tagung. Zum Abdruck kommt hier der Bericht der Württemberger Zeitung, in dem die verschiedenen Abschnitte der Verhandlungen am prägnantesten geschildert sind. Zur Kommentierung wurden außerdem herangezogen die eingehenden Berichte des Stuttgarter Neuen Tagblatts (Nr. 137 vom 17. 3. 1919 A; Nr. 138 vom 18. 3. 1919 M; Nr. 139 vom 18. 3. 1919 A; Nr. 140 vom 19. 3. 1919 M), des Schwäbischen Merkurs (Nr. 128 vom 18. 3. 1919 A; Nr. 130 vom 19. 3. 1919 M), der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 64 vom 18. 3. 1919; Nr. 65 vom 19. 3. 1919) und der Süddeutschen Zeitung (Nr. 76 vom 19. 3. 1919). In der Literatur findet sich lediglich bei Kling (S. 203) ein knapper Hinweis auf die Tagung am 17./18. 3. 1919; s. auch Purlitz, Revolution II, S. 124 f.

136) Die 2. Landesversammlung der A.-Räte war am 3. 3. 1919 beendet worden, ohne daß alle Tagesordnungspunkte behandelt werden konnten. Man war deswegen übereingekommen, „möglichst innerhalb der nächsten zwei Wochen" die unerledigt gebliebenen Tagesordnungspunkte zu behandeln (vgl. Nr. 9a, S. 289).

137) Alexander Schlicke (1863–1940), von Beruf Feinmechaniker; 1895–1919 Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 1917–18 Sachverständiger der Gewerkschaften im Kriegsamt in Berlin. Im Oktober 1919 zog Schlicke sich enttäuscht aus der Gewerkschaftsarbeit zurück, nachdem die 14. Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in ihrer Mehrheit die Kriegspolitik der Generalkommission und des Verbandsvorstandes abgelehnt hatte (vgl. dazu das Schreiben Schlickes vom 5. 4. 1938 an Keil, abgedruckt bei Keil, Erlebnisse II, S. 637 ff.). Schlicke war vom 15. 1. 1919 bis zum 21. 6. 1919 Arbeitsminister in Württemberg, dann Reichsarbeitsminister im Kabinett Bauer bis zum 26. 3. 1920; 1921–25 leitete er die Berliner Abteilung des Internationalen Arbeitsamtes Genf; 1919–30 (außer Mai bis Dezember 1924) Mitglied des Reichstags (SPD); vgl. Osterroth, S. 266 f., und Keil, Erlebnisse II, passim.

138) Gehring hatte die Nachfolge Zernickes am 4. 3. 1919 angetreten.

139) In seiner Sitzung am 4. 3. 1919 (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84) hatte der Landesausschuß folgende Tagesordnung festgelegt: „1. Weg und Ziel der Sozialisierung; 2. Stellungnahme zum Rätekongreß; 3. Wahl von Delegierten zum Rätekongreß." Die Versammlung ergänzte diese Tagesordnung durch die Punkte „Ernährungs- und Luftkurwesen" sowie „Kirche und Schule", weil zu beiden Themenkomplexen Anträge vorlagen (so der Bericht im Schwäbischen Merkur Nr. 128 vom 18. 3. 1919 A; vgl. auch Schwäbische Tagwacht Nr. 64 vom 18. 3. 1919).

140) Karl Oster (geb. 1874), von Beruf Goldschmied, seit 1907 Akquisiteur der Schwäbischen Tagwacht; 1912–19 Gemeinderat in Stuttgart; Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD); ab 1920 Parteisekretär der SPD in Stuttgart; vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 533.

machte auf die Widersprüche innerhalb der sozialdemokratischen Partei in der Auffassung des Weges und des Wesens der Sozialisierung aufmerksam. Wir wollen die Aufhebung der Warenproduktion für den Verkauf und wollen an deren Stelle die Produktion für den Selbstbedarf. Ganz kann die Sozialisierungsfrage nur in Gemeinschaft mit den uns umgebenden Völkern gelöst werden. Dort werden wir anfangen müssen, wo der Kapitalismus günstige Voraussetzungen geschaffen hat und wo wir voraussichtlich die leichtesten und besten Erfolge werden verzeichnen können. Äußerst schwierig wird die Sozialisierung dort sein, wo der Zufuhr von Rohstoffen aus dem Auslande Hindernisse im Wege stehen. Im allgemeinen dürfen wir sagen, daß die Verhältnisse zur Zeit sehr ungünstig für eine Sozialisierung sind. Der Einwand, daß die Menschen noch nicht reif für die Sozialisierung seien, ist nicht begründet: Die Zukunft wird zeigen, daß wir in der sozialisierten Wirtschaftsordnung besser abschneiden als unter der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Die Intelligenz werden wir noch gewinnen und Wege zu einer gerechten Entlohnung werden gefunden werden müssen. Auch die Bauernschaft wird sich gewinnen lassen. Der Regierung ist mehr Temperament in der Sache zu wünschen. Wenn die Arbeiter, gleichgültig, welcher Partei sie angehören, nicht sehen, daß bald etwas geschieht, so werden sie geschlossen gegen die jetzige Regierung kämpfen müssen. Die einzelnen Leitsätze für die Sozialisierung[141]) wurden vom Redner erörtert. Als Korreferentin sprach sodann das Mitglied der Landesversammlung Clara ZETKIN[142]). Oster geht ihr nicht weit genug. Sie wünschte vollständige Aufhebung der kapi-

[141]) Am 4. 1. 1919 hatte Arbeitsminister Lindemann dem Landesausschuß der A.-Räte Leitsätze zur Sozialisierung übersandt, die in seinem Ministerium ausgearbeitet worden waren. In diesen Leitsätzen wird als „Wesen der Sozialisierung" definiert, „daß in der gesellschaftlichen Produktions- und Absatzorganisation nicht mehr das Profitinteresse des Privatkapitals ausschlaggebend ist, sondern Leitung und Wirtschaftsführung einzig und allein für die Gesellschaft und über deren Mitwirkung erfolgt". Für die Überführung von Wirtschaftszweigen in gesellschaftlichen Besitz müßten einheitliche Richtlinien „für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet" aufgestellt werden. Praktisch durchführbar sei die Sozialisierung durch „schrittweise Überführung geschlossener Wirtschaftszweige oder Erfassung des Ertrags zugunsten der Gesellschaft oder durch Verbindung mehrerer dieser Wege". Die Umwandlung, bei der die Privateigentümer entschädigt werden müßten, könne zu „Produktions- und Verteilungsgenossenschaften, gemischtwirtschaftliche(n) Unternehmen, Verstadtlichung oder Verstaatlichung" führen. Ausschlaggebend sei die „restlose Durchführung der Vertretung der Gesellschaft als Aufsichts- und Überwachungsorgan." In Württemberg könne man die Sozialisierung folgender Wirtschaftszweige prüfen: Elektrizität, Wasserkräfte, Gas und Wasserversorgung, Luftschiffahrt, Straßenbahnen, Kleinbahnen, Binnenschiffahrt, Grundkreditwesen, Grund und Boden, Forstwirtschaft. Als „gegenwärtige Schranken für Art und Umfang der Vergesellschaftung" werden in den Leitsätzen angeführt „Notwendigkeit der Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung weltwirtschaftlicher Beziehungen, Wettbewerbsfähigkeit mit dem Ausland, Berücksichtigung der Konjunkturverhältnisse (Arbeitsmarkt, Arbeitslohn), Einschätzung der persönlichen Tätigkeit des Unternehmers, Verschiedenartigkeit des Reifegrads der Industrien". Durchführbar sei „jegliche Vergesellschaftung frühestens nach Abschluß des Friedens mit der Entente". Da die Sozialisierung sich außerdem sehr stark auf die Lage der Staatsfinanzen, den Geldmarkt und das Lohn- und Preisniveau auswirke, müßten zusätzliche finanz-, wirtschafts- und steuerpolitische Maßnahmen ergriffen werden (ein Exemplar dieser dreiseitigen Leitsätze befindet sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 85). Vgl. auch Nr. 13b.

[142]) Clara Zetkin (1857–1933), von Beruf Lehrerin, vor dem ersten Weltkrieg führend tätig in der sozialdemokratischen Frauenbewegung, 1891–1917 leitende Redakteurin der Gleichheit, der Frauenzeitschrift der SPD, Mitglied der Kontrollkommission und des Parteivorstandes der SPD; nach Kriegsausbruch gehörte sie der Spartakusgruppe an; 1917 Eintritt in die USPD, für die sie im Januar 1919 in die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung gewählt wurde; nach ihrem Übertritt zur KPD Ende März 1919 Mitglied der Zentrale und später des Zentralkomitees der KPD, seit 1921 Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, ab 1925 Präsidentin der Internationalen Roten Hilfe, 1920–1933 Mitglied des Reichstags (KPD). Zahlreiche Hinweise auf ihre Stellung in der württembergischen Vorkriegssozialdemokratie finden sich bei Keil (Erlebnisse I); ihre Schriften wurden teilweise

talistischen Privatwirtschaft und Einführung der sozialistischen Bedarfswirtschaft. In Weimar[143]) ist nicht der Anfang des Sozialismus gemacht, dort ist nur der Staatskapitalismus ausgedehnt worden. Alle großen Produktionsmittel müssen entschädigungslos in den Besitz der Gesellschaft überführt werden. Die Überführung muß das Werk der Schaffenden, die in den Arbeiterräten und deren Organen verkörpert sind, sein. Im Grunde ist die Sozialisierungsfrage eine Machtfrage. Die Rednerin bespricht im einzelnen das Sozialisierungsprogramm, wie sie es sich denkt[144]).

In der Aussprache in der Nachmittagssitzung sprachen Vertreter der verschiedenen Richtungen[145]). Daß die Sozialisierung kommen müsse, und zwar möglichst bald, darüber waren sich die Redner einig; starke Meinungsverschiedenheiten herrschten aber über das Tempo und die Art und Weise der Durchführung und über die Entschädigungsfrage.

Besonders GÖHRING-Ulm[146]) warnte vor gewagten Experimenten und trat mit Entschiedenheit für eine vernünftige schrittweise Sozialisierung ein. Den Forderungen der linken Gruppe hielt er entgegen, daß auch die Räte, wenn ihnen die Macht übertragen wäre, die Sozialisierung nicht rascher durchführen könnten, ohne ein Chaos heraufzubeschwören und den Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Vorsicht am Anfang beschleunige die Vollendung des Sozialismus.

ZERNICKE machte auf technische, politische und psychologische Gesichtspunkte aufmerksam, die nicht ermöglichen lassen, den Weg der linken Gruppe zu gehen.

Die eingereichten Anträge werden dem Landesausschuß zur Beschlußfassung und Erledigung vorgelegt. Sie lauten:

„Die Regierung wolle die Sozialisierung der Nahrungsmittelbetriebe Württembergs sofort in Angriff nehmen, wodurch eine wesentliche Verbilligung der in diesen Betrieben hergestellten Erzeugnisse herbeigeführt wird. Die Regierung wolle ersucht werden, die Kriegsgesellschaften, die in Nahrungsmitteln disponieren und Nahrungsmittelbetriebe kontingentieren[147]), sofort aufzuheben[148]) (A.-Rat Plüderhausen)."

„Die Landesversammlung stellt der Regierung den Antrag, die unverzügliche Einset-

---

hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED: Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften. Bd. 1–3. Berlin 1957–60; weitere biographische Angaben über ihre Rolle in der KPD finden sich bei Weber I und II, passim. Weber edierte auch eine Reihe von unbekannten Briefen, in denen sich Zetkin u. a. mit den Verhältnissen in der Stuttgarter USPD nach dem Staatsumsturz im November 1918 befaßte (vgl. Einleitung, Kap. III Anm. 52); s. ferner die – parteioffiziöse – Biographie: Luise Dornemann, Clara Zetkin. Leben und Wirken. 5., völlig neu bearb. und erg. Aufl. Berlin 1973.

[143]) Zetkin bezieht sich hier auf die Beratungen der Nationalversammlung in Weimar, die am 13. 3. 1919 das sog. Sozialisierungsgesetz verabschiedet hatte (vgl. auch Nr. 7 Anm. 98).

[144]) Vgl. dazu die als Anlage zu diesem Dokument abgedruckten „Leitsätze zur Sozialisierung in Württemberg", die Zetkin vorgelegt hatte, unten, S. 296 ff.

[145]) In der fünfstündigen Generaldebatte sprachen Hegelmaier, Lauterbach, Göhring, Zernicke (alle SPD) und Unfried, H. Ziegler, Fausel (alle USPD). Vgl. dazu die Berichte des Schwäbischen Merkurs (Nr. 128 vom 18. 3. 1919) und der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 64 vom 18. 3. 1919).

[146]) Friedrich Göhring (geb. 1876), seit 1900 Vorsitzender der SPD in Ulm, ab 1908 Gemeinderat in Ulm, seit 1915 Redakteur der Donau-Wacht (Ulm); Delegierter Württembergs auf dem 1. Rätekongreß; 1919–33 Mitglied des württembergischen Landtags (SPD).

[147]) Die vom Kriegsernährungsamt für den Bereich der Ernährungswirtschaft eingerichteten Kriegsgesellschaften (Reichsgetreidestelle, Reichsfleischstelle, Reichskartoffelstelle, Reichszuckerstelle u. a.) besaßen gewisse behördliche Befugnisse, die es ihnen ermöglichten, Waren dem freien Verkehr zu entziehen und deren öffentliche Bewirtschaftung zu übernehmen. Vgl. dazu ausführlich den Artikel „Kriegswirtschaftslehre und Kriegspolitik", in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften. 4., gänzlich umgearb. Aufl. Bd. 5, S. 984 ff., und Zunkel, S. 93 ff.

[148]) Die geforderte Aufhebung der Kriegsgesellschaften lehnte der Landesausschuß in seiner Sitzung am 19. 3. 1919 ab (vgl. HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84).

zung einer Kommission, die die Forderungen zu prüfen hat, die die Gemeinden gestellt haben, zwecks Aufhebung der Fideikommisse[149]). Die Kommission soll feststellen, ob und wieweit die Forderungen gerecht sind. Die Kommission soll das Recht haben, unter Umständen Enteignung herbeizuführen (Gaugler-Eybach)[150])."

„Bei der Regierung dahingehend zu wirken, daß bei der Übernahme der Fideikommisse durch den Staat oder die Gemeinden nicht die heutigen übermäßig hohen Preise bezahlt werden (Bezirkskonferenz der A.- und B.-Räte des Oberamts Esslingen)."

Gegen 7½ Uhr abends wurde die Sitzung geschlossen.

In der Sitzung am Dienstagmorgen unter dem Vorsitz von Gehring wurde zunächst Stellung zum Reichsrätekongreß genommen.

Zu Abgeordneten wurden nach dem Proporz gewählt von den Mehrheitssozialisten Schimmel (Landesausschuß), Lauterbach (Vaihingen), Hertlein (Friedrichshafen), Geiger (Heidenheim), Scharr (Oberndorf), Härlin (Weilimdorf), Gräter (Landesausschuß), Hegelmaier (Bartenbach); von den U.S.P. und Kommunisten: Stetter[151]) (Stuttgart), Müller (Böblingen). Auf den Wahlzettel der Mehrheitssozialisten fielen 99, auf den gemeinschaftlichen Zettel der Unabhängigen und Kommunisten 26 Stimmen.

Einstimmig angenommen wurden diese Anträge:

„Die Regierung hat dafür einzutreten, daß von Reichs wegen alle Betriebskrankenkassen auf dem schnellsten Wege abgeschafft, deren Vermögen den Staats- bzw. den Bezirks- und Ortskrankenkassen und die Mitglieder dieser Kassen mit gleichen Rechten und Pflichten den bestehenden öffentlichen Krankenkassen überwiesen werden (Gramlich-Horb a.N.)."

„Die Regierung wird ersucht, unverzüglich der württembergischen Landesversammlung einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach der 1. Mai und der 9. November jeden Jahres als allgemeine Landesfeiertage erklärt werden. Für diese ist der Arbeitslohn oder das Gehalt zu bezahlen (Fraktion der U.S.P. des Stuttgarter A.-Rats)."

„Die Regierung zu ersuchen, bei der Landesversammlung auf sofortige Abschaffung der sog. Patronatsrechte[152]) der Fideikommißherren zu dringen (Gramlich-Horb a.N.)."

Die Tagung, die bis jetzt trotz allem Parteieifer sachlich und in voller Ordnung verlaufen war, sollte nun eine unangenehme Störung erfahren. In der Sitzung vor 14 Tagen war eine Entschließung gefaßt worden, worin von der Regierung die Freilassung der politischen Gefangenen und die Aufhebung des Verbots von Kundgebungen unter freiem Himmel gefordert worden war[153]).

Mit der Antwort der Regierung, die vom Vorsitzenden GEHRING verlesen wurde, und die dahin geht, daß die Wiederzulassung öffentlicher Kundgebungen wegen des sicher vorauszusehenden Mißbrauchs durch die Spartakusanhänger nicht möglich sei, und daß eine Freilassung der Verhafteten in Württemberg voraussichtlich zu den gleichen Zuständen wie in Berlin und Mitteldeutschland führen würde[154]), konnte sich die Mehrheit der Versammelten nicht einverstanden erklären.

[149]) Vgl. Nr. 3 Anm. 67.

[150]) Eybach war eine Gemeinde im Oberamt Geislingen, in der 568,6 ha (79,7% der Gesamtfläche) fideikommissarisch gebundener Besitz war. 52 der 62 landwirtschaftlichen Betriebe bewirtschafteten eine Fläche, die unter 2 ha lag, 6 Betriebe verfügten über 2–5 ha, 3 Betriebe über 5–20 ha, 1 Betrieb bewirtschaftete mehr als 20 ha; vgl. Trüdinger, Fideikommisse, S. 78.

[151]) Hans Stetter, vgl. Nr. 2 Anm. 38.

[152]) Bei Patronatsrechten handelte es sich um innerhalb des kirchlichen Bereiches liegende Individualrechte öffentlich-rechtlicher Natur, die den Stiftern einer Kirche, Kapelle oder eines Benefiziums und ihren Nachfolgern zustanden (Besetzung von Pfarrstellen, Teilnahme an der Verwaltung von Kirchenbesitz).

[153]) Vgl. Nr. 9a, S. 254, 267.

[154]) Diesen Beschluß hatte das Kabinett in seiner Sitzung am 11. 3. 1919 gefaßt (HStA Stuttgart, E 130 b 214); s. auch oben Anm. 42.

Aus den Reihen der Unabhängigen und Kommunisten fielen ab und zu Zwischenrufe, und von der Galerie wurde der Versuch gemacht, durch Tumult die Verhandlungen zu stören, weil einem Antrag der linken Gruppe, sofort zu einer Beschlußfassung zu schreiten, nicht stattgegeben worden war, und auch ein Antrag auf sofortige Vertagung abgelehnt worden war, der bezwecken sollte, den Fraktionen sofort Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Von einem Redner der linken Gruppe wurde mit dem Streik gedroht, wenn die Freilassung der Gefangenen nicht erwirkt würde. Der Unabhängige STETTER meinte, die Furcht halte die Regierung, die bei jedem beunruhigenden Gerücht in ihre Festung im Bahnhof zu flüchten bereit sei, davon ab, die Inhaftierten freizugeben. Als der Antrag auf sofortige Stellungnahme zu der Regierungsantwort mit 43 gegen 34 Stimmen abgelehnt worden war, erklärte ENGELHARDT, daß er nicht länger einer Versammlung von A.- und B.-Räten beiwohnen könne, die sich selbst kastrierten.

Auf eine Aufforderung von GROSSHANS erfolgte der Abzug der Unabhängigen und Kommunisten. Pfeifen und Johlen setzte darauf auf der Galerie ein, und Worte wie „Arbeiterverräter", „Lumpen", wurden in den Saal geschleudert. Nur mangelhaft konnte in dem Tumult die Tagung weitergeführt werden[155]).

Als KÖNIG-Neuenbürg einen Antrag begründete, der den Fremdenverkehrsbetrieb in diesem Jahre vollständig eingestellt wissen wollte[156]), wiederholte sich der Lärm auf der Galerie und auch im Saale so stark, daß die Verhandlungen, denen am Schlusse Ernährungsminister Baumann beiwohnte, abgebrochen und gedroht werden mußte, bei den weiteren Verhandlungen die Öffentlichkeit auszuschließen. Im Hofe, im Eingange und vor dem Gewerkschaftshause hatte sich eine lärmende Menge meist junger Leute angesammelt, die den das Haus verlassenden Teilnehmern allerhand Schimpfworte mit auf den Weg gaben und sich auch zu tätlichen Anrempelungen verleiten ließen.

In der Nachmittagssitzung, der zwar sämtliche Fraktionen wieder anwohnten, die aber ziemlich schlecht besucht war, kam einleitend der Vorsitzende GEHRING auf die Vorgänge am Vormittag zu sprechen. Er mußte mitteilen, daß Sachbeschädigungen und Tätlichkeiten vorgekommen seien und daß aus diesem Grunde von einer bestimmten Seite die Sicherheitskompanie verständigt worden sei, die nun den Schutz der Personen und des Hauses übernommen habe.

Namens der kommunistischen Fraktion gab MÜLLER-Böblingen die Erklärung ab, daß sie das Vorgehen der Elemente, die am Morgen eingedrungen seien (Zurufe: Euere Wähler!), bedauere und verurteile. Mit diesen Leuten habe seine Partei nichts zu tun. Ein geistig minderwertiger Mensch habe in der „Herberge zur Heimat" das Gerücht verbreitet, die Unabhängigen und Kommunisten seien tätlich angegriffen worden. Daher der bedauerliche Vorfall.

Eine ähnliche Erklärung gab ZIEGLER-Heilbronn für die U.S.P. ab.

Es wurde sodann, nachdem auch wieder die Öffentlichkeit zugelassen worden war, über die Frage der Enthaftierung Münzenberg und Gen. weiter verhandelt. ZIEGLER-Heilbronn spricht die Drohung aus, daß, wenn die Regierung auf die Forderung nicht eingehe, die Arbeiterschaft selbst die Maßnahmen ergreifen würde, die die Freilassung der Gefangenen zur Folge haben werden. Es wurde noch manches hin und her geredet, schließlich einigte man sich zu dieser Entschließung[157]):

---

[155]) Vgl. dazu auch die Berichte in der Süddeutschen Zeitung (Nr. 76 vom 19. 3. 1919), im Schwäbischen Merkur (Nr. 130 vom 19. 3. 1919) und in der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 65 vom 19. 3. 1919).

[156]) Die Einstellung des Fremdenverkehrs wurde verlangt, „um die Ernährung der ortsansässigen Bevölkerung nicht zu gefährden" (vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 76 vom 19. 3. 1919).

[157]) Diese Entschließung wurde mit 32 gegen 2 Stimmen angenommen (vgl. Stuttgarter Neues Tagblatt Nr. 140 vom 19. 3. 1919). Zum weiteren Vorgehen der Regierung s. oben Anm. 42.

„Die Landesversammlung erklärt sich mit der Antwort der Regierung auf den Beschluß der Landesversammlung vom 1. und 2. März, betreffend Freilassung der politischen Gefangenen und Aufhebung des Verbots von Demonstrationsversammlungen unter freiem Himmel[153]) nicht zufrieden. Die ablehnende Haltung der Regierung schafft ein solches Maß von Erregung und Erbitterung unter der Arbeiterschaft, daß in kürzester Zeit mit einer Entladung zu rechnen ist, deren Folgen unübersehbar sind und für die die Landesversammlung die Verantwortung der Regierung zuweist. Die Landesversammlung verlangt deshalb die sofortige Niederschlagung des Verfahrens gegen Hoernle und Genossen und die Aufhebung des Versammlungsverbots."
Eine Kommission von fünf Mann[158]) hat sofort bei der württembergischen Regierung vorstellig zu werden, um die Freilassung der politischen Gefangenen zu erwirken.
Zum Schlusse wurde noch über die Kirche und Schule verhandelt. Berichterstatter war ROHRER-Göppingen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, nachdem von GÖHRING-Ulm mitgeteilt worden war, in der Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten sei festgestellt worden, daß in der württembergischen Landesversammlung jetzt jedenfalls eine Mehrheit für die Forderung, daß die Aufsicht über die Schule nur der Staat haben solle, zu haben sein werde[159]). Auch der Kultusminister Heymann teile diese Ansicht.

## Anlage:
## Leitsätze zur Sozialisierung in Württemberg, vorgelegt von Clara Zetkin.

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84. Maschinenschriftliches Manuskript. Überschrift: „Referat Klara Zetkins auf der Landes-Versammlung der A.- und B.-Räte 2. und 3. März im Gewerkschaftshaus"[160]).**

Der Weltkrieg und seine Folgen erheben die Sozialisierung der Wirtschaft zur brennendsten Gegenwartsfrage. Die Wirtschaft des Deutschen Reichs ist aus den Fugen. Riesenaufgaben stehen vor der Gesellschaft. Sie können nur gelöst werden, wenn die sozialistische Bedarfswirtschaft an die Stelle der kapitalistischen Profitwirtschaft tritt. Die kapitalistische Profitwirtschaft untersteht dem Gesetz des Vorteils des einzelnen. Sie bedeutet Anarchie und unwirtschaftliche Ausnutzung der Rohstoffe, der dinglichen und menschlichen Produktivkräfte; eine unwirtschaftliche Ausnutzung, die sich steigert bis zur Vernichtung von Rohstoffen und Erzeugnissen, bis zur Lahmlegung und Fesselung sachlicher Produktivkräfte, bis zur Ausschaltung menschlicher Arbeitskräfte und zum Raubbau mit ihnen. Sie bedeutet Vergeudung menschlicher Arbeitskräfte durch die Existenzmöglichkeit dank arbeitslosem Vermögen und Einkom-

---

158) Dieser Kommission gehörten Hans Ziegler (USPD), Max Müller (KPD), Gennewein (SPD), Hegelmaier (SPD) und Reichle (SPD) an. Vgl. Stuttgarter Neues Tagblatt Nr. 140 vom 19. 3. 1919.

159) Nachdem in Art. 144 der Weimarer Verfassung die Staatsaufsicht über die Schulen rahmenrechtlich festgelegt worden war, schaffte Württemberg im Februar 1920 die kirchliche Schulaufsicht ab und übertrug im sog. „Kleinen Württembergischen Schulgesetz" die Aufsicht über den Religionsunterricht grundsätzlich dem Staat. Zur Neuorganisation des württembergischen Schulwesens vgl. Weller, Staatsumwälzung, S. 283 ff.; s. auch Hans Voelter, Die Revolution von 1918 und ihre Auswirkung auf die württembergische evangelische Landeskirche, in: Blätter für württembergische Kirchengeschichte, 59, 1959, S. 3–91.

160) Aufgrund dieser handschriftlich eingefügten Überschrift – die allerdings das falsche Datum 2./3. 3. statt des richtigen Datums 18. 3. enthält – sowie aufgrund inhaltlicher Übereinstimmungen, die zwischen diesem maschinenschriftlichen Text und den knapper gehaltenen Zeitungsberichten über die Darlegungen Clara Zetkins bestehen, muß angenommen werden, daß Clara Zetkin diesen Text auf der Tagung am 18. 3. 1919 vorgetragen hat. Der Text weist einige handschriftliche Korrekturen von wenigstens zwei Händen auf.

men; ferner durch unproduktive berufliche Verrichtungen im Handel, im Bank- und Finanzwesen, in der Verwaltung, im Gerichtswesen, im persönlichen Dienst usw. Ihr Ergebnis ist materielle und kulturelle Armut der ungeheuren Mehrzahl bei Reichtum und Überkultur für eine winzige Minderheit. Die kapitalistische Profitwirtschaft ist national und international die letzte und stärkste Ursache des Weltkriegs, seiner Begleit- und Folgeerscheinungen. Sie ist unfähig, die Gesellschaft in den Stand zu setzen, die vorliegenden Aufgaben zu lösen.

Soll die gegenwärtige Krise nicht zur unheilbaren Katastrophe werden, so muß Wert und Mehrwert der Gütererzeugung restlos, ohne Abzug für arbeitsloses Einkommen, in das Eigentum der Gesellschaft übergehen. Diese grundlegende Umwälzung ist die unerläßliche Voraussetzung für den kulturwürdigen Unterhalt aller gleichverpflichteten und gleichberechtigten Glieder der Gesellschaft wie für die Erfüllung der drängenden Gegenwartsaufgaben und die weitere Emporentwicklung des materiellen Wohlstandes und der Kultur. Die höchstmögliche Produktivität der Arbeit muß erstrebt werden durch die volle Ausnutzung und die Vervollkommnung der dinglichen Produktivkräfte und Produktionsverfahren, muß erstrebt werden durch die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Leistungsfreudigkeit der menschlichen Produktivkräfte. Die wirtschaftlichste Verwendung der verfügbaren Rohstoffe, Produktionsmittel, Arbeitskräfte und Güter muß Gebot sein. Ebenso die Arbeitspflicht aller gesunden Erwachsenen und die Erziehung zur Arbeit.

Diesen Bedingungen kann nur die sozialistische Bedarfswirtschaft gerecht werden. Das Wohl aller, der Gesamtheit, ist ihr oberstes Gesetz. Sie schaltet den Vorteil einzelner als treibende Kraft der Wirtschaft aus. Sie ist eine Wirtschaft der Planmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit, der Zusammenfassung und des Zusammenwirkens der Kräfte. Sie ermöglicht die wirtschaftlichste Verwendung von Rohstoffen, dinglichen und menschlichen Produktivkräften und wirkt auf die stete Vervollkommnung der Produktionsmittel und Produktionsverfahren hin, wie auf die Steigerung der Leistungsfähigkeit und Leistungstüchtigkeit der Arbeitskräfte. Sie reiht alle gesunden Erwachsenen als produktiv mit Hand und Hirn Schaffende dem Produktionsprozeß ein und bereitet sie durch eine organisch aufgebaute Erziehung darauf vor, vollentfaltete Fähigkeiten mit dem stärksten persönlichen Glücksgefühl und dem höchsten Nutzen für die Allgemeinheit wirkend zu betätigen. Indem sie die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, Ausbeutenden und Ausgebeuteten, Herrschenden und Beherrschten aufhebt, beseitigt sie die sozialen Gegensätze zwischen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, Kopf- und Handarbeit, Männerarbeit und Frauenarbeit, soziale Gegensätze, die den gesellschaftlichen Reichtum und die gesellschaftliche Kultur schädigen. Sie wertet voll und gleich alle pflichtgemäße, gesellschaftlich notwendige und nützliche Arbeit und schafft eine Gemeinschaft freier, gleichverpflichteter und gleichberechtigter Arbeiter. Mit all diesem verbürgt sie die höchstmögliche Ertragsfähigkeit der Produktion an materiellen und kulturellen Gütern wie deren bestmögliche, gerechte Verteilung und die stärksten Anreize zu weiteren Fortschritten der Wirtschaft, zur Vermehrung von Wohlstand und Kultur.

Die nächsten Voraussetzungen für den Aufbau der sozialistischen Bedarfswirtschaft sind folgende: Die entschädigungslose Überführung aller großer Produktionsmittel – Grund und Boden, Bodenschätze, natürliche Kraftquellen, Fabriken, Maschinen, Kapitalien usw. – aus Privatbesitz in das Eigentum der Gesellschaft. Die gemeinwirtschaftliche Organisation der großen Betriebe im Bankwesen, in der Landwirtschaft und Industrie, im Handel und Verkehr, gemeinschaftliche Organisation und Kontrolle durch die Räte unter der entscheidenden Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten in den einzelnen Betrieben. Die Einführung der allgemeinen Arbeitspflicht. Die Verwaltung der Gütererzeugung durch die Gesellschaft und für die Gesellschaft. Die Um-

wandlung des Staats, der[161]) aus einem Herrschaftsapparat über Menschen zu einem Verwaltungsmechanismus von Gütern werden muß. Deshalb Ablösung der jetzigen Institutionen zur Gesetzgebung, Verwaltung und Regierung durch das Rätesystem.
Die Maßnahmen zur Umwandlung der kapitalistischen Profitwirtschaft in die sozialistische Bedarfswirtschaft müssen in der Richtung der vorstehenden Forderungen liegen. Zurückzuweisen sind sogenannte Sozialisierungsanfänge, die anstelle des Privatkapitalismus ganz oder teilweise den Staatskapitalismus setzen. Maßnahmen dieser Art brechen weder die Macht des ausbeutenden Kapitals, noch bringen sie eine wirklich gemeinschaftliche Organisation der Arbeit auf der Grundlage voller Gleichberechtigung der Produzenten, Konsumenten, aller Gesellschaftsangehörigen[162]). Ebenso sind „Reformen" wie die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten abzulehnen. Sie schaffen einen Arbeiterkapitalismus. Als nächste Maßnahmen der Sozialisierung der Wirtschaft in Württemberg sind zu fordern:
1. Das verfassungsmäßig festgelegte Recht der Gesellschaft auf entschädigungslose Überführung der großen Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Die Verwirklichung dieses Rechts ist die Sache der Schaffenden selbst, verkörpert in ihren Räten und deren Organen.
2. Die sofortige Durchführung dieses Rechts für Betriebe, Unternehmungen, Wirtschaftszweige jeder Art – die Landwirtschaft einbegriffen – in deren Charakter und Entwicklung die Vergesellschaftung vorbereitet ist durch
a) den gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel,
b) die gesellschaftliche Natur des Arbeitsprozesses,
c) die Konzentration von Kapitalien,
d) das elementare Interesse der Allgemeinheit an den Leistungen.
3. Das Recht zur Stillegung unrentabler Betriebe und Unternehmungen, zur Zusammenlegung kleinerer Betriebe zu einem leistungsfähigeren Großbetrieb.
4. Die Abschaffung aller Fideikommisse und ähnlicher Bindungen des Großgrundbesitzes. Aufhebung aller Überreste feudaler Lasten und Vorrechte.
5. Die Beschlagnahme aller arbeitslosen Vermögen und Einkommen über einen bestimmten Höchstbetrag.
6. Das gesetzlich gewährleistete Recht der Gemeinden, Betriebe zu enteignen, stillzulegen, zusammenzufassen und sie gemeinwirtschaftlich zu organisieren. Diesen Gesichtspunkten entsprechend ist die Sozialisierung sofort in Angriff zu nehmen bei
a) den Bodenschätzen und Quellen natürlicher Energie,
b) den Versicherungsgesellschaften, Bank- und Finanzunternehmungen, Hypothekenbanken,

---

[161]) Im Or.: die.

[162]) Zetkin wandte sich hier wahrscheinlich gegen die von Reichskanzler Scheidemann in seinem Regierungsprogramm vom 13. 2. 1919 vertretene Auffassung, daß Wirtschaftszweige, die „nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen Privatmonopolcharakter" angenommen hätten, der „öffentlichen Kontrolle" zu unterstellen seien. Dabei sollten nach der Ansicht Scheidemanns insbesondere der Bergbau und die Erzeugung von Energie in „öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung" übernommen werden (vgl. Purlitz, Revolution I, S. 521). Der sehr unscharfe Begriff „öffentliche Kontrolle" beinhaltete aber nicht unbedingt, daß auch die Erzeuger und die Verbraucher an der Selbstverwaltung der Wirtschaft beteiligt werden mußten, wie Zetkin es forderte. Die von Zetkin im folgenden entwickelten Vorstellungen deckten sich weitgehend mit dem von Karl Korsch formulierten Programm eines „praktischen Sozialismus", das versuchte, die planmäßige Verwaltung von Produktion und Verteilung durch den Staat sowie die Beteiligung der Produzenten und Konsumenten an der Verwaltung und Verteilung der Produktion in Einklang zu bringen (vgl. dazu Oertzen, S. 243 ff.). Die von der Nationalversammlung am 13. 3. 1919 verabschiedeten Gesetze (vgl. dazu Nr. 7 Anm. 98) waren – gemessen an diesen Vorstellungen – lediglich Ansätze zur staatlichen Planwirtschaft und keine Sozialisierungsmaßnahmen.

c) dem landwirtschaftlichen Großgrundbesitz, Gemüse-, Obst- und Gartenbau inbegriffen, der Forstwirtschaft, der Fischerei auf dem Bodensee und den großen Wasserläufen,
d) den großen Industrie- und Handelsbetrieben, namentlich auch denen der Nahrungsmittelerzeugung: Müllerei, Bäckerei, Schlächterei, Teigwaren und Zuckerfabrikation usw.,
e) den Verkehrsanstalten,
f) dem öffentlichen Gesundheitswesen, die Apotheken inbegriffen.
7. Der enteignete landwirtschaftliche Großgrundbesitz ist durch Genossenschaften freier Arbeiter im Großbetrieb zu bewirtschaften, soweit dieser nach Art des Geländes, des Bodens und der Erzeugnisse ergiebiger als der Kleinbetrieb ist. Großgrundbesitz, auf den das nicht zutrifft, ist je nach der Lage und den gegebenen Bedingungen als Gesellschaftsbesitz zu bewirtschaften: im Kleinbetrieb durch Genossenschaften freier Landarbeiter und Bauern oder aber als Siedlungsland zu überweisen an Gemeinden oder genossenschaftliche Unternehmungen.
8. Die Ergiebigkeit des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs – Obst-, Gemüse-, Gartenbau inbegriffen – und die Verteilungswilligkeit seiner Besitzer ist zu steigern durch
a) Zuweisung aller Mittel einer rationellen Bewirtschaftung,
b) Zugänglichmachung aller Mittel der modernen fachlich-technischen und der allgemeinen Bildung. Die Aufklärung über die Solidarität von Industrie und Landwirtschaft ist dabei zu berücksichtigen,
c) Förderung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens,
d) Durchführung einer gründlichen Felderbereinigung in Verbindung mit zweckmäßiger Gestaltung und guter Pflege der Wege,
e) Ausbau des Verkehrswesens,
f) Gründung von landwirtschaftlichen Musteranstalten unter der Leitung wissenschaftlich und technisch durchgebildeter, praktisch erfahrener Männer,
g) weitgehende Selbstverwaltung der Landgemeinden durch die Räte der Kleinbauern und Arbeiter.
9. Es ist das Recht und die Pflicht der Gemeinden festzulegen, sofort entschädigungslos allen Grund und Boden zu enteignen, der zu Zwecken der Bau- und Terrainspekulation aufgekauft worden ist, ferner ebenso entschädigungslos alle Baulichkeiten zu übernehmen, die der Wohnungsreform nutzbar gemacht werden können. Ein Zusammenwirken von Staat, Gemeinden und Genossenschaften zum Zweck einer großzügigen Wohnungsreform muß erfolgen.
10. Das Genossenschaftswesen unter den Kleingewerbetreibenden und den Konsumenten ist zu fördern.
11. Die Arbeitspflicht für alle Gesunden, innerhalb bestimmter Altersgrenzen, ist einzuführen, und kulturwürdige soziale Fürsorge für alle Arbeitsunfähigen ist sicherzustellen.
12. Die Regelung und Kontrolle der Produktions- und Arbeitsbedingungen, des Umfangs der Produktion, der Preisfestsetzung usw. in den sozialisierten Unternehmungen und Wirtschaftsgebieten erfolgt durch besondere Wirtschaftsausschüsse. Diese sind zu gleichen Teilen zusammengesetzt aus Vertretern der organisierten Arbeiter und Angestellten, der Konsumenten, der Arbeiterräte und des Staats bzw. der Gemeinden, und ziehen wissenschaftliche, technische und geschäftliche Sachverständige zur Mitwirkung heran. Die gleichberechtigte Mitwirkung von Unternehmern ist nicht ausgeschlossen, soweit diese produktiv Tätige sind und nicht lediglich Nutznießer arbeitslosen Einkommens.
13. Die Wirtschaftsausschüsse der einzelnen Industrien bzw. Wirtschaftsgebiete entsenden ihre Vertreter in den Zentralwirtschaftsausschuß für ganz Württemberg. Dieser

ist in Unterabteilungen zu gliedern für Landwirtschaft, Industrie, Verkehr, Gewerbehygiene.
14. Die Leitung der sozialisierten Betriebe und Unternehmungen erfolgt durch jederzeit abberufbare Beauftragte der betreffenden Wirtschaftsausschüsse.
15. Die Kontrolle der Produktions- und Arbeitsbedingungen in den sozialisierten Betrieben wird durch die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten ausgeübt. Diesen Betriebsräten muß jederzeit voller Einblick in alle Produktions- und Geschäftsverhältnisse der Betriebe gewährt werden. Sie haben das Recht, bei den übergeordneten Wirtschaftsausschüssen die Berufung und Abberufung von Leitern zu beantragen. Die Arbeiter und Angestellten haben das Recht, ihre Werkmeister, Vorarbeiter, unmittelbaren technischen und geschäftlichen Vorgesetzten zu wählen.
16. Bei Festsetzung der Entlohnung sind die Leistungen der Leitenden und Ausführenden, der technischen und geschäftlichen Angestellten und Arbeiter zu berücksichtigen. Entsprechend dem sozialistischen Grundsatz von der Gleichwertigkeit aller gesellschaftlich notwendigen und nützlichen Arbeit soll ein möglichster Ausgleich in der Entlohnung erstrebt werden durch Nivellierung des Verdienstes nicht nach unten, sondern nach oben. Die Solidarität von Kopf- und Handarbeitenden, die Unentbehrlichkeit der einen für die anderen muß den Arbeitern und Angestellten, den Leitenden und Ausführenden zum Bewußtsein gebracht werden. Die Handarbeitenden sind zur richtigen Wertung der geistigen Arbeit zu erziehen, die Kopfarbeitenden zur gerechten Einschätzung der Handarbeit.
17. Die Wirtschaftsausschüsse haben das Recht zur Kontrolle der Produktions- und Arbeitsbedingungen auch in den nichtsozialisierten Betrieben. Die[se] sind berechtigt und verpflichtet, auch dort Einsicht in alle Produktions- und Geschäftsverhältnisse zu nehmen und die Sozialisierung weiterer Betriebe zu beantragen.
18. Die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Angestellten sind entsprechend den bekannten Forderungen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft gesetzlich zu regeln. Diese Forderungen sind gemäß den Verhältnissen zu erweitern und zu erhöhen. Mindestlöhne müssen festgelegt, gleicher Lohn bei gleicher Leistung für Mann und Frau muß gesichert werden. Die Kontrolle und Durchführung der festgelegten Arbeitsbedingungen in den nichtsozialisierten Unternehmungen hat durch die Betriebsräte der Arbeiter und Angestellten zu erfolgen, die mit gesellschaftlichen Organen zusammenwirken und ausführende Macht besitzen.
19. Das zu errichtende Zentralwirtschaftsamt für Württemberg hat sofort unter Mitwirkung der Großorganisationen von Arbeitern, Angestellten, Unternehmern, Konsumenten, der Verwaltungen staatlicher und kommunaler Betriebe, wissenschaftlicher und praktischer Sachverständiger – durch Erhebungen bei allgemeiner Auskunftspflicht – folgendes festzustellen:
a) den jetzigen durchschnittlichen Bedarf der Bevölkerung an Nahrung, Kleidung, Wohnung, Verkehrs-, Bildungs- und Erholungsmitteln, an hygienischen Maßnahmen,
b) den schätzungsweisen künftigen Bedarf – die kulturwürdige Lebenshaltung für alle, namentlich für alle Schaffenden und ihre Familien, hat Grundlage der Schätzung zu sein –,
c) eine umfassende und sorgfältig gegliederte Produktionsstatistik,
d) die schätzungsweisen Steigerungsmöglichkeiten der Produktion durch bessere Ausnutzung und Vervollkommnung der sachlichen Produktivkräfte und Produktionsverfahren; durch planmäßiges und sparsames Wirtschaften; durch Vermehrung der Zahl und Steigerung der Leistungsfähigkeit der produktiven Arbeitskräfte,
e) die Bezugs- und Absatzgebiete der württembergischen Wirtschaft,
f) das Zentralwirtschaftsamt hat sofort Maßnahmen zu ergreifen zur Aufrechterhaltung und Wiederherstellung der Verbindung mit den Bezugs- und Absatzgebieten,

g) es hat sofort Maßnahmen durchzuführen zur möglichst raschen Umstellung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft.

Die vorliegenden objektiven Gesellschaftsverhältnisse und die veränderte geistige Verfassung breitester Arbeitermassen fordern, daß die Sozialisierung der Wirtschaft Württembergs kraftvoll und umfassend in Angriff genommen und zielbewußt in der Richtung zum Sozialismus weitergeführt wird. Diese Sozialisierung muß Hand in Hand gehen mit der gleichen Umgestaltung und Entwicklung im ganzen Deutschen Reich, der sie bahnbrechend vorangehen kann. Die Entwicklung der Dinge im Deutschen Reich aber vermag ihrerseits die revolutionäre Umwälzung anderer Staaten zu fördern und voranzutreiben und damit die Verwirklichung des Sozialismus zu beschleunigen. Voraussetzung für die erfolgreiche Sozialisierung unserer Wirtschaft ist die Überwindung der Kleinstaaterei und die Umwandlung Deutschlands in die eine ungeteilte Republik mit einheitlichem Wirtschaftsgebiet, straffer Zentralisation des wirtschaftlichen und politischen Lebens bei gesicherter, weitgehendster Selbstverwaltung der einzelnen Reichsteile.

Die sofort zu beginnende und weiterzuführende Sozialisierung der Wirtschaft muß begleitet werden von einer planmäßigen Erziehung der Menschen für die vergesellschaftete freie Arbeit, für den Sozialismus. Die zu vollbringende Erziehungsarbeit muß Klarheit darüber schaffen, daß die Anfänge zur Sozialisierung der Wirtschaft Stückwerk sind: tastende Versuche, in denen sich das Mögliche und Notwendige unter Irrungen und Fehlschlägen allmählich durchsetzt; Versuche, Anfänge, die in stetem, engem Zusammenwirken von Theorie und Praxis verbessert, vervollkommnet, weitergeführt werden müssen. Sie hat die Erkenntnis zu verbreiten, daß die Anfänge der Sozialisierung unter den vom Weltkrieg geschaffenen Umständen noch nicht eine Gesellschaft des Reichtums, ja Überflusses herzustellen vermögen. Trotz der Sozialisierung wird die Gesellschaft vielmehr zunächst arm sein, und die Sicherstellung einer mittleren Lebenshaltung für alle wird Sparsamkeit der Wirtschaft und Einsetzung aller Kräfte in pflichtgemäßer Arbeit fordern. Die Aufklärungsarbeit muß aber auch feststellen, daß Dürftigkeit, hartes Mühen usw. nicht Wesenszüge der sozialistischen Ordnung sind, sondern die traurigen Erbstücke der kapitalistischen Profitwirtschaft und des mit ihr ursächlich zusammenhängenden Weltkriegs.

Die Erziehung für den Sozialismus hat dem Bewußtsein der breitesten Massen einzuprägen, daß die Arbeit in den sozialisierten Betrieben nicht länger zu Nutzen und Frommen kapitalistischen Mehrwerts geschieht, sondern daß sie dem Wohl der gesamten Gesellschaft dient, in der sie vollberechtigte Mitglieder sind. Sie hat klarzumachen, daß Lässigkeit und minderwertige Leistungen in den sozialisierten Betrieben die dort Schaffenden, die Allgemeinheit, schädigen. Umgekehrt, daß höchstes Leisten und brüderliches Zusammenwirken von Leitenden und Ausführenden in freiwilliger Disziplin, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Interesse der Schaffenden selbst liegen. Die Arbeiter und Angestellten der sozialisierten Betriebe müssen von dem Gefühl durchdrungen sein, daß die zu leistende Arbeit ihre ureigenste Sache ist, ihre Pflicht und ihre Ehre, ein persönlicher Beitrag, den sie für den Aufbau der kommenden sozialistischen Ordnung leisten. Die egoistischen Anreize des kapitalistischen Unternehmers zur Vervollkommnung der Produktion und zur Steigerung der Produktivität müssen bei weitem überflügelt werden durch die Auswirkungen des höchsten, idealen Gemeinsinns der Schaffenden und ihre altruistischen Tugenden. Das Erziehungswerk muß das Bewußtsein zum Allgemeingut machen, daß es schändlich ist, ohne pflichtgemäße Arbeit unmittelbar oder mittelbar von der Ausbeutung fremder Arbeit zu leben, daß es aber auch unwürdig ist, sich ohne Auflehnung und Kampf ausbeuten zu lassen oder der Gesellschaft nicht zu geben, was der Gesellschaft gebührt.

Die Massen der Schaffenden in Stadt und Land sind mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß

die Frage der Sozialisierung gegenwärtig nicht in erster Linie eine Frage der wirtschaftstechnischen Organisation, sondern der politischen Macht ist. Sie sind darüber aufzuklären, daß sie die ausschlaggebende zwingende politische Macht besitzen, kraft ihrer Rolle in der sozialen Wirtschaft und ihrer Zahl. Auf was es ankommt, ist, daß diese ihre Macht durch Erkenntnis, Willen, Tatbereitschaft lebendig wird. Die Räte der Schaffenden sind die Organe, die die Macht des arbeitenden Volks in der Wirtschaft und Gesellschaft zur Geltung bringen. Ausbau des Rätesystems und die Errichtung aller Macht für die Räte als der Verkörperung der Gemeinschaft der Schaffenden: Das sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Durchführung eines Programms der Sozialisierung. Die Diktatur des Proletariats ist und bleibt Bedingung für die Verwirklichung der sozialistischen Ordnung.

## 10. Dritte Landesversammlung am 7. Juli 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84. Maschinenschriftlicher Bericht[1]). Überschrift: „Bericht der Landesversammlung der A.- und B.-Räte Württembergs am 7. Juli 1919 im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart".**

Nachdem die Württembergische Landesversammlung am 13. Juni[2]) beschlossen hat, die A.- und B.-Räte am 15. Juli aufzulösen[3]), mußte sich, nachdem der A.-Rat Stuttgart sich bereits mit dieser Frage beschäftigt hat[4]), auch die Landesversammlung der A.- und B.-Räte Württembergs mit derselben befassen.

GEHRING eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Tagesordnung: Stellung der Landesversammlung[5]) der A.- und B.-Räte zur Frage des Beschlusses der Auflösung der A.- und B.-Räte durch den Landtag.

---

[1]) Verfasser des im folgenden abgedruckten Berichts war möglicherweise Georg Ziegler (am Fußende des Berichts finden sich die Initialen G.Z.), der der Propaganda-Abteilung des Landesausschusses angehörte. Versammlungsberichte über den Verlauf der Tagung vom 7. 7. 1919 veröffentlichten das Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs (Nr. 5, Juli 1919), die Schwäbische Tagwacht (Nr. 155 vom 8. 7. 1919), der Schwäbische Merkur (Nr. 306 vom 8. 7. 1919), die Süddeutsche Zeitung (Nr. 180 vom 9. 7. 1919) und die Württemberger Zeitung (Nr. 156 vom 8. 7. 1919). Am 12. 7. 1919 druckte die Schwäbische Tagwacht außerdem einen Leserbrief von Gehring ab, der sich kritisch mit dem Verhalten der USPD-Fraktion während der Landesversammlung auseinandersetzte. Vorgeschichte und Verlauf der Tagung sind in der Literatur lediglich von Dähn (S. 327 ff.) ausführlicher behandelt worden.

[2]) Im Or. irrtümlicherweise: 13. Juli.

[3]) Am 13. 6. 1919 hatte die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung in dritter Lesung den Entwurf eines Übergangsgesetzes beraten, welches dekretierte, daß alle von der Provisorischen Regierung und den Einzelministerien bis zum 7. 3. 1919 erlassenen Verordnungen und Verfügungen sowie die von der Württembergischen Landesversammlung bis dahin verabschiedeten Gesetze bis auf weiteres rechtskräftig seien, sofern ihnen nicht die württembergische Verfassung oder das Übergangsgesetz selbst entgegenstünden. Die Regierungsvorlage zum Übergangsgesetz sah in § 1 Abs. 2 Ziffer VI und VII ausdrücklich vor, daß auch die am 14. 12. 1918 und am 8. 1. 1919 (vgl. Nr. 26 und Nr. 28) erlassenen Satzungen für A.-, B.- und S.-Räte „bis auf weiteres" als Landesgesetze in Kraft bleiben sollten. Auf Antrag der Abgeordneten Scheef (DDP), Graf (Zentrum) und Bazille (DNVP) beschloß die Landesversammlung jedoch am 13. 6. 1919 gegen die Stimmen von SPD und USPD dem Übergangsgesetz folgenden Passus anzufügen: „Die in Abs. 2 Ziff. VI und VII bezeichneten Gesetze treten am 15. Juli 1919 außer Kraft" (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 794 ff.). Mit diesem Beschluß des Landtags, der praktisch die Auflösung der Räte beinhaltete, befaßte sich der Landesausschuß der A.-Räte in seiner Sitzung am 16. 6. 1919, in der die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten, die zwischen SPD und USPD über die Zukunft des Rätesystems bestanden, ausführlich zur Sprache kamen (vgl. das Protokoll der Sitzung in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). Nach langer Diskussion verabschiedete der Ausschuß gegen die Stimmen der USPD-Vertreter eine von der Fraktion der SPD eingebrachte Entschließung, die „entschiedenen Protest" gegen den Beschluß des Landtags einlegte. Abgelehnt wurde die sehr viel schärfer formulierte Resolution der USPD, welche „die sofortige Auflösung der konterrevolutionären Landesversammlung" forderte (vgl. dazu auch Dähn, S. 328). In der gleichen Sitzung beschloß der Landesausschuß außerdem, für den 7. 7. 1919 eine Landesversammlung der A.-Räte einzuberufen, die sich ausschließlich mit dem vom Landtag verabschiedeten Übergangsgesetz befassen sollte.

[4]) Diese Sitzung hatte am 3. 7. 1919 stattgefunden, vgl. dazu Nr. 13g.

[5]) Im Or. irrtümlicherweise: Stellung des Landesausschusses.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß der Finanzausschuß der Landesversammlung erneut Stellung zur Auflösung genommen hat und wir deshalb unsere Stellungnahme heute dazu erneut einrichten müssen. Er erteilt zu diesem Punkt Genosse LAUTERBACH vom Finanzausschuß[6]) das Wort; derselbe verliest den Antrag des Abgeordneten Hartenstein[7]):

„Antrag zu Kap. 9[8]): Die Staatsregierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den unter Abänderung des Absatzes 5 des § 1 des Übergangsgesetzes vom 23. Juni 1919[9]) die Fortdauer der Verordnungen vom 14. Dezember 1918[10]) und vom 8. Januar 1919[11]) (§ 1 Abs. 2 VI und VII) bis zur Erlassung eines Reichsgesetzes über Arbeiter- und Wirtschaftsräte im Sinne des § 162 des Entwurfs der Reichsverfassung (Reichstagsdrucksache Nr. 391)[12]) mit der Einschränkung angeordnet wird, daß das Kontrollrecht gegenüber den Gemeindeverwaltungen, abgesehen von den Mitwirkungen bei der Durchführung von Maßregeln auf dem Gebiete des Ernährungs- und Wohnungswesens, aufgehoben wird"[13]).

Zur näheren Erläuterung des Antrags erklärt LAUTERBACH, daß die Sozialdemokratie sofort den Standpunkt angenommen hätte, daß der frühere Beschluß (Auflösung der A.- und B.-Räte)[3]) als verfrüht zu betrachten wäre. Der Antrag Hartenstein sieht die Einschränkung im Kontrollrecht in der Kommune vor. In breiter Öffentlichkeit wurden ja bereits die Gemeinderatswahlen vollzogen, dadurch wurden auch die Arbeiter in die Lage gesetzt, das Kontrollrecht durch ihre Vertreter zu überwachen. Die Stellung im Landtag ist nun übersehbar, und es dürfte die Annahme des Antrags Hartenstein ganz sicher zu erwarten sein. Der Berichterstatter ist auch der Meinung wie Gehring, daß nun eine andere Stellungnahme auf der heutigen Landesversammlung eingenommen werden muß. Er schlägt vor, in Fraktionssitzungen einzutreten und dort die Frage eingehend zu behandeln. Nachdem sich kein Widerspruch erhoben hat, wurde die Sitzung bis mittags 2 Uhr vertagt.

In der Nachmittagssitzung legte LAUTERBACH (Vaihingen, S.P.D.) den [14]) Standpunkt seiner Fraktion dar. Die 105 seiner Fraktion angehörigen Vertreter der A.- und B.-Räte hatten einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion der S.P.D.-A.-Räte erklärt, daß weder an die Aufhebung noch an die Einschränkung der Rechte der A.-Räte gedacht werden kann, solange nicht eine demokratische Verwaltungsform[15]) durchgeführt ist und die Aufgaben der A.-Räte reichsge-

---

[6]) Lauterbach (SPD) war Mitglied des Finanzausschusses der Württembergischen Landesversammlung.

[7]) Diesen Antrag des Abgeordneten Hartenstein (DDP) hatte der Finanzausschuß der Württembergischen Landesversammlung am 5. 7. 1919 mit Stimmenmehrheit angenommen.

[8]) Der Antrag Hartenstein bezog sich auf Kap. 9 des Haushaltsgesetzentwurfs.

[9]) § 1 Absatz 5 des Übergangsgesetzes enthielt den auf Antrag von Scheef, Graf und Bazille von der Landesversammlung am 13. 6. 1919 verabschiedeten Passus (vgl. Anm. 3).

[10]) Vgl. Nr. 26.

[11]) Vgl. Nr. 28.

[12]) Im Art. 162 des Entwurfs der Reichsverfassung waren die Grundsätze des wirtschaftlichen Rätesystems verankert (Betriebsarbeiterräte), die in die Weimarer Verfassung als Art. 165 übernommen wurden; vgl. dazu Anschütz, S. 641 ff., Oertzen, S. 153 ff.

[13]) Dieser Antrag Hartensteins war die Grundlage für das am 16. 7. 1919 erlassene Gesetz „über die Stellung der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs" (abgedruckt als Nr. 31), das die vom Landtag am 13. 6. 1919 beschlossene Aufhebung der Rätesatzungen rückgängig machte und sie „bis zur Durchführung eines Reichs- oder Landesgesetzes über Arbeiter- und Wirtschaftsräte" wieder in Kraft setzte, gleichzeitig aber die am 14. 12. 1918 erlassene Satzung in wesentlichen Punkten abänderte.

[14]) Im Or.: seinen.

[15]) Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 84) befindet sich noch eine zweite maschinenschriftliche Fassung dieser Entschließung, die an dieser Stelle den Begriff „Verwaltungsreform" enthält.

setzlich geregelt sind. Die Landeskonferenz der Württembergischen A.-Räte erhebt Einspruch[16]) gegen den Beschluß des Württembergischen Landtags, nach dem die A.-Räte nur noch bis 15. Juli gesetzliche Grundlage haben sollen. Die Landeskonferenz fordert die Aufhebung dieses Beschlusses und schiebt die Verantwortung für alle sich aus dem Beschluß ergebenden Folgen den bürgerlichen Parteien zu, da ihre Entschließung geeignet ist, das politische und wirtschaftliche Leben Württembergs neuen Erschütterungen auszusetzen."

LAUTERBACH berichtet im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion, daß dieselbe beschlossen habe, in keiner Weise die Rechte der A.- und B.-Räte beschneiden lassen zu wollen. Denselben müßten nach wie vor die alten Rechte eingeräumt werden, damit deren Tätigkeit im Sinne und Geiste der Neuzeit erfolgen könne und mit Entschiedenheit auf die Behörden eingewirkt werden könne. Eine gesetzliche Neuregelung müsse von seiten des Reiches vorgenommen werden. Bis dorthin müssen sie unter allen Umständen ihre Rechte in unbeschnittener Weise ausüben können.

Für die U.S.P. sprach Genosse HEINDEL (Eßlingen): Wir lehnen es rundweg ab, der Regierung in Zukunft Handlangerdienste zu leisten. Der Antrag Hartenstein würde wieder eine weitere Verschlechterung der Rechte der A.- und B.-Räte bedeuten. Das würde letzten Endes eine Ausscheidung der A.- und B.-Räte durch die Regierung bedeuten. Wir wollen heute Klarheit darüber, welche Stellung wir künftig zu dem jetzigen A.-Rat einnehmen. Schuld an der Ausscheidung tragen einzig und allein die A.- und B.-Räte selbst und mit ihnen der Landesausschuß. Wir müssen alle Macht erhalten. Der Rätegedanke muß mehr und mehr ausgebaut werden, um endlich seine Wirkung erzielen zu können. Demgegenüber finden wir eine fortwährende Verschiebung der Auflösung der A.- und B.-Räte, und es ist nur eine Frage der Zeit, den günstigen Augenblick zu erfassen, um dieselben auflösen zu können. Daß die Räte nicht mehr aus der Welt zu schaffen sind, beweist, daß die Regierung nun versucht, dieselben stückweise aus der Welt zu schaffen. Wenn betont wird, daß nun die Gemeinderatswahlen stattgefunden hätten, der jetzige Zeitpunkt für geeignet betrachtet wird, dieselben aufzulösen, so müssen wir unsererseits betonen, daß auch heute noch die Gemeinden und Behörden kontrolliert werden müßten. Wie wenig Erfolg auch heute mit der Auflösung zu verzeichnen ist, beweist uns, daß bereits auch heute Stimmen laut werden, die die jetzige Zeit für verfrüht halten. Wir sehen nun, welches Recht wir durch die Kontrolle erhielten: keines. Was hätten wir leisten können, wenn wir die Exekutive erhalten hätten. Ich verweise auf die Lebensmittelkontrolle, Schleichhandel, Wohnungsfürsorge. Die Fraktion der U.S.P. hat in ihrer heutigen Sitzung folgende Resolution beschlossen:

Resolution

„Die Landesversammlung der A.- und B.-Räte Württembergs betrachtet die A.-Räte als die durch die Revolution geschaffenen Organe, um die kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische überzuführen. Die Versammlung lehnt deshalb jedes Kompromiß mit den heutigen Landes- und Nationalversammlungen rückhaltlos ab; nicht mit der bürgerlichen Demokratie, sondern [nur] gegen dieselbe kann die sozialistische Gesellschaftsordnung durchgeführt werden.

Deshalb verlangt die Landesversammlung der A.- und B.-Räte die sofortige Auflösung des Landtags, da derselbe seine Aufgabe, die Revolution im Sinne des Sozialismus vorwärtszutreiben, nicht erfüllt hat, sondern im Gegenteil, wie alle seine Beschlüsse beweisen, versucht hat, das Proletariat um die Früchte der Revolution zu betrügen. Demgegenüber fordert die Landesversammlung der A.- und B.-Räte die sofortige Neuwahl der A.- und B.-Räte Württembergs. Dieselbe ist auf der Grundlage des Betriebs- und Berufs[wahl]systems, nach den Grundsätzen des Entwurfs des Berliner

[16]) In der zweiten Fassung (vgl. Anm. 15) heißt es hier: protestiert gegen den Beschluß.

Vollzugsrats[17]) vorzunehmen (derselbe ist von Vertretern aller drei sozialistischen Parteien ausgearbeitet und angenommen worden). Zur Ausarbeitung eines Wahlreglements ist eine Kommission von 5 Mitgliedern einzusetzen."
Eines steht fest, wenn wir auf einer solchen Grundlage nicht zusammenfinden, müssen wir es ablehnen, in Zukunft mit den A.-Räten zusammenzuarbeiten.

Genosse SEYLER[18]) (S.P.D., Schwenningen) erklärt, Neuwahlen könnten nur stattfinden, wenn vom Zentralrat die nötigen Unterlagen dafür ausgearbeitet sind und [eine] entsprechende Aufforderung ergehe. Er wandte sich weiter gegen den unglücklichen Beschluß des Landtages. Diese Frage müsse vom Reich gelöst werden. Die Tätigkeit der A.-Räte müsse hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiete erfolgen. Ihre Rechte seien von ihrer eigenen Haltung abhängig.

Genosse SCHWAN (U.S.P., Heilbronn): Die Frage, über die wir heute eine Entscheidung bringen sollen, ist von großer Wichtigkeit. Für uns gibt es nur eine Frage: Entweder Demokratie oder Diktatur. Das Herz des Kapitalisten, welches man für die Sozialisierung zu gewinnen versucht, liegt im Kassenschrank. Wehe dem Proletariat, wenn es versucht, dasselbe angreifen zu wollen. Die zweite Revolution wird kommen und muß kommen, und sie wird das Rätesystem mit sich bringen.

Nach seiner Ausführung entspann sich größere Meinungsverschiedenheit wegen Schluß der Debatte. Verschiedene Geschäftsordnungsredner sprachen dafür und dagegen. Mit 75 gegen 72 Stimmen erfolgte die Ablehnung des Antrages der U.S.P., eine allgemeine Aussprache herbeizuführen. Aus diesem Grunde wurde die U.S.P. veranlaßt, eine Fraktionssitzung abzuhalten. Dem folgte auch die S.P.D.

Nach Wiederzusammentritt der Versammlung stellte HEINDEL namens der U.S.P. den Antrag, über die beiden Resolutionen geheim abzustimmen. Mit 97 gegen 53 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

FAUSEL (Nürtingen) gab im Namen der Fraktion der U.S.P. folgende Erklärung ab:

Erklärung

„Nachdem die Landesversammlung der A.- und B.-Räte die Möglichkeit der weiteren Diskussion über das Fortbestehen der A.- und B.-Räte mit ganz geringer Majorität abgelehnt [hat], hat sie den Erweis gebracht, daß sie unfähig ist, fernerhin noch die Revolution im Sinne des Sozialismus weiterzutreiben. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Möglichkeit bestanden hätte, für die Resolution der U.S.P. eine Mehrheit zu gewinnen, wenn diese wichtige Frage nicht in knapp 1½ Stunden abgehackt [!] worden wäre. Diese Möglichkeit wurde von den Führern der Mehrheit befürchtet und deshalb diese Vergewaltigung der Minderheit durchgedrückt.
Nach der Haltung der Mehrheit brauchen sich die Arbeiter nicht wundern, wenn der Landtag seinen einmal in der Rätefrage eingenommenen Standpunkt einer Revision nicht unterzieht, den heutigen A.- und B.-Räten widerfährt dann das, was sie wert sind. Aus diesem Grunde sehen wir uns veranlaßt, die Konsequenz aus diesem ungeheuerlichen Vorgang zu ziehen und lehnen jede weitere Mitarbeit in den jetzt noch von Regierungs- und bürgerlichen Parteien geduldeten Räten ab."

---

[17]) Am 26. 6. 1919 hatte die Vollversammlung der Groß-Berliner A.-Räte einen Organisationsplan verabschiedet, der Grundlage für einen systematischen Ausbau des Rätesystems sein sollte (abgedruckt in: Der Arbeiter-Rat, Jg. 1, Nr. 25, S. 3 f.). Dieser Organisationsplan ging von den Betriebsräten aus, die für die einzelnen Wirtschaftszweige über lokale und regionale Zwischenstufen (Ort, Revier, Bezirk) Vertreter in einen Reichsgruppenrat delegieren sollten, der seinerseits Delegierte in den Reichswirtschaftsrat entsandte. Dem Reichswirtschaftsrat gehörten nach diesem Modell Vertreter aller Berufsgruppen und der Konsumenten an.

[18]) Ludwig Seyler (geb. 1878), von Beruf Maschinenschlosser; seit 1913 Angestellter des Metallarbeiterverbandes; vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 517.

Während der Abstimmung über die Entschließungen standen die Vertreter der U.S.P. auf und verließen den Saal. Als der Vorsitzende GEHRING feststellen wollte, daß die Entschließung der S.P.D. einstimmig angenommen worden sei, versuchten die noch anwesenden Mitglieder der U.S.P. klarzutun, daß vor der Abstimmung ihre Anhänger den Saal verlassen hätten, was größeren Lärm und Widerspruch hervorrief[19]).

[19]) Nachdem auch in der Sitzung des Landesausschusses der A.-Räte am 8. 7. 1919 keine Einigung zwischen den Vertretern der SPD und der USPD über die strittigen Fragen erzielt werden konnte (Auflösung des Landtags, Neuwahl der A.-Räte), erklärten am 12. 7. 1919 Großhans, Georg Ziegler und Hans Stetter (alle USPD) ihren Rücktritt aus dem Landesausschuß (die handschriftlichen Rücktrittserklärungen befinden sich im Protokollbestand des Landesausschusses der A.-Räte: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). Dem Bericht des Korrespondenzblattes (vgl. Anm. 1) über die Landesversammlung vom 7. 7. 1919 ist eine Anmerkung des Landesausschusses hinzugefügt, in der die A.- und B.-Räte aufgefordert werden, „sich durch den Austritt der Mitglieder der USP nicht beirren zu lassen, vielmehr ihre Tätigkeit durch praktische Arbeit zu erhöhen und so lange fortzuführen, bis eine endgültige Entscheidung über ihre Zukunft getroffen ist". Mit einem ähnlichen Appell schloß auch die Leserzuschrift Gehrings in der Schwäbischen Tagwacht (vgl. Anm. 1): „An die Vertreter der SPD in den Arbeiterräten im ganzen Lande richte ich hiermit das dringende Ersuchen, sich von den Schlagwörtern der Unabhängigen nicht einfangen zu lassen und nach wie vor zum Nutzen der Allgemeinheit in seitheriger Weise in den A.- und B.-Räten tätig zu sein. Nicht Phrasen und Schimpfen bringen uns bessere Verhältnisse, sondern einzig und allein tätige Mitarbeit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Nur dadurch eignen wir uns das Wissen und die Kenntnisse an, die als Voraussetzung zur Übernahme der Führung notwendig sind. Deshalb, Genossen, mitarbeiten und nicht auf der Seite stehen und schimpfen."

# IV.

# Die Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte Württembergs

## 11. Die Sitzungen der Landesausschüsse während der Januarkrise[1]) 8.–13. Januar 1919

*a) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 8. Januar 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Handschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „14. Sitzung am 8. Januar 1919. Gemeinsam mit A.-Rat. Eröffnung 9.15 Vorm.".**

ZERNICKE berichtet über die geplanten Störungen der Landes- und Nationalwahl und die letzten Ereignisse[2]). Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, ob in dieser Weise der Soldatenrat seine Pflicht tun kann. Wir müssen uns darüber verständigen, ob der Leiter des Sicherheitsdienstes[3]) Vollmacht bekommen kann, daß er aus eigener Ent-

[1]) Obwohl es in Stuttgart bereits im Anschluß an die Soldatendemonstration vom 4. 1. 1919 zu Ausschreitungen gekommen war (vgl. Nr. 6 Anm. 29), ist als eigentlicher Ausgangspunkt der Stuttgarter Januarunruhen die Massenkundgebung vom 9. 1. anzusehen, zu der die USPD und der Spartakusbund unter dem Eindruck der Vorgänge in Berlin (vgl. dazu Nr. 9 Anm. 38) aufgerufen hatten. Wichtigste Ereignisse während der Januarkrise in Stuttgart waren: die Besetzung des Stuttgarter Neuen Tagblatts am Abend des 9. 1. durch Anhänger des Spartakusbundes und die Vertreibung der Besetzer des Zeitungsgebäudes durch Regierungstruppen in der Nacht zum 10. 1. (vgl. Anm. 46), der Rücktritt der Minister Fischer und Crispien am 10. 1., die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und Spartakisten am gleichen Tage sowie die Verhaftung der Führer des Spartakusbundes in der Nacht zum 11. 1. Diese Ereignisse sind in der Tagespresse, in den Memoiren von Augenzeugen und Beteiligten und in der Literatur sehr ausführlich von den verschiedenen Standpunkten aus behandelt worden: vgl. vor allem die Berichte des Schwäbischen Merkurs (Nr. 13 vom 9. 1. 1919 A; Nr. 14 vom 10. 1. 1919 M; Nr. 16 vom 11. 1. 1919 M), der Württemberger Zeitung (Nr. 7 vom 10. 1. 1919; Nr. 8 vom 11. 1. 1919) und der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 9 vom 13. 1. 1919); aus sozialdemokratischer Sicht s. Blos, Monarchie I, S. 82 ff.; Keil, Erlebnisse II, S. 133 f.; Hahn, S. 27 ff.; aus kommunistischer Sicht s. Münzenberg, Dritte Front, S. 274 ff.; ders., Spartakistenprozeß, S. 1 ff.; Walcher, Ereignisse, S. 484 ff., sowie III. Gesch 1929, S. 385; III. Gesch. 1968, S. 324, 339; Kling, S. 165 ff., 267 f.; Drabkin, S. 523. Militärische Aspekte behandeln neben Hahn auch noch Reinhardt, S. 119 ff.; Kohlhaas, Männer und Sicherheitskompanien, S. 94 ff., Darstellungen V, S. 14 ff. Vgl. auch die sehr kritische Beurteilung der von Hahn veranlaßten Maßnahmen im Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (Nr. 23, S. 434 ff.). In der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung kam es zu einer Kontroverse zwischen Crispien und Innenminister Lindemann über die Vorgänge am 9./11. 1. (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 34 ff.). Relativ ausführlich ging außerdem auch Zernicke in seinem Rechenschaftsbericht vor der 2. Landesversammlung der A.-Räte auf die Januarkrise ein (vgl. Nr. 9a, S. 244 ff.); vgl. ferner Nr. 6, S. 134 f. und Nr. 13a.

[2]) Nach der Soldatendemonstration am 4. 1. und dem Beginn der Berliner Januarkämpfe am 5. 1. hatten sich auch in Württemberg die Gerüchte verdichtet, die von einem bevorstehenden linksradikalen Putsch wissen wollten. Am 7. 1. erließ die Regierung eine Kundgebung, in der sie der Bevölkerung mitteilte, man habe davon Kenntnis, „daß die Vorbereitungen und die Durchführung der Wahlen zur Landesversammlung und zur Nationalversammlung gestört werden sollen". Die Regierung sei aber entschlossen, „die Errungenschaften der Revolution, zu denen auch das neue Wahlgesetz und die ungehemmte Wahlfreiheit gehören, mit aller Entschiedenheit zu gewährleisten". Sie habe deshalb „ausreichende Sicherheitsmaßnahmen" getroffen. Diese Kundgebung, die auch noch Fischer und Crispien unterzeichnet hatten, ist u. a. abgedruckt bei Blos, Monarchie I, S. 86 f.

[3]) Hahn (vgl. Nr. 5 Anm. 33), der die Leitung des Sicherheitsdienstes übernommen hatte, forderte am 7. 1. von der Regierung eine Vollmacht, um bei Unruhen eingreifen zu können. Vgl. Hahn, S. 28; Reinhardt, S. 120, 122, Nr. 6, S. 134 und Nr. 23, S. 435.

schließung Gewalttätigkeiten gegenübertreten kann. Auch der radikalste Spartakusmann wird und kann nicht zu Gewalttätigkeiten übergehen, um seine Meinung zu vertreten.

FISCHER berichtet über die Geschehnisse beim Kriegsministerium[4]). Der Rote Soldatenbund[5]) hat ein Maschinengewehr des Kriegsministeriums verschwinden lassen. Die Führer der Demonstration müssen wissen, wieweit sie gehen können und dürfen.

FRICK verlangt eine geeignete Person zur Leitung des hiesigen Sicherheitsdienstes.

ZIEGLER verlangt erst eine[6]) richtige Organisation der Schutztruppe und Einsetzung eines Stadtkommandanten[7]).

ZERNICKE regt an, einen Ausschuß aus je 2 Kameraden der A.- und S.-Räte zu bestimmen, die dem Leiter des Sicherheitsdienstes die nötigen Anweisungen zu geben haben. Die Sicherheitskompanien[8]) sollen am Sonntag nicht in Alarmzustand versetzt werden. In jedem Wahllokal sollen unauffällig einige Leute für Ruhe und Ordnung sorgen.

SCHIMMEL wünscht endlich einmal ein dauerndes Zusammenarbeiten der A.- und S.-Räte.

Antrag BONATZ: „Zur Sicherstellung der Wahlen am 12. und 19. Januar wird der gesamte Sicherheitsdienst in Bereitschaft gestellt. Über sein Eingreifen haben die sofort zu bestimmenden Vertreter des Landesausschusses der A.- und S.-Räte zu befinden", wird mit 13 gegen 11 Stimmen angenommen. Als Vertreter werden bestimmt:
Vom A.-Rat: Unfried und Gräter.
Vom S.-Rat: Wicker und Gruhnert[9]).

UNFRIED beantragt außerdem, daß diese Kommission die weiteren Anträge bezüglich des Sicherheitsdienstes und ihre Ausführung ausarbeiten und dann der Versammlung entsprechende Vorschläge unterbreiten soll[10]).

---

[4]) Gemeint sind die Ausschreitungen im Anschluß an die Soldatendemonstration vom 4. 1. (vgl. Nr. 6 Anm. 29).

[5]) Der Rote Soldatenbund war am 15. 11. 1918 als revolutionäre Wehrorganisation des Spartakusbundes gegründet worden. Seiner Zentralleitung hatte zeitweise nach seinem Rücktritt als württembergischer Kriegsminister auch Albert Schreiner angehört. Vgl. Albert Schreiner, Der Rote Soldatenbund, in: Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 2, 1960, S. 809–19; Roland Grau, Zur Rolle und Bedeutung des Roten Soldatenbundes, in: Zeitschrift für Militärgeschichte, 7, 1968, S. 718–23.

[6]) Im Or.: einige.

[7]) Das Amt des Stuttgarter Stadtkommandanten, das nach dem Rücktritt von General Ebbinghaus am 18. 12. 1918 zunächst nicht besetzt werden konnte (vgl. Nr. 6 Anm. 18), hatte am 7. 1. 1919 Oberst Ernst Reinhardt, der Bruder des preußischen Kriegsministers, übernommen (vgl. Nr. 6 Anm. 24).

[8]) Zum Auf- und Ausbau der württembergischen Sicherheitskompanien vgl. Nr. 5 Anm. 34.

[9]) Diese Entscheidung der Landesausschüsse kritisierte Blos in seinen Memoiren (Monarchie I, S. 87) als „unglaubliche(n)" und „fatale(n)" Beschluß, namentlich deshalb, weil Unfried Mitglied der Kommission war, „ein Führer der Partei, von welcher der uns drohende Angriff ausgehen sollte". Vgl. auch Hahn, S. 28 f.; Darstellungen V, S. 15; Weller, Staatsumwälzung, S. 164 f.

[10]) Am 8. 1. 1919 traf die Regierung mit den Landesausschüssen folgende Vereinbarung (die Minister Crispien und Fischer unterzeichneten dieses Dokument nicht): „Sämtliche Vorbereitungen, die zur Abwehr von Unruhen, insbesondere zur Vermeidung von Blutvergießen notwendig erscheinen, werden dem Leiter der Sicherheitstruppen, Leutnant Hahn, überlassen. Insbesondere soll er ermächtigt sein, dafür zu sorgen, daß nicht unberufene Demonstranten sich der Waffen bemächtigen. Auch wird festgestellt, daß, wenn Wachposten oder einzelne Abteilungen tätlich angegriffen werden, sie zur Erwiderung der Gewalttätigkeit zur Abwehr berechtigt sind. Nur der Befehl zum Eingreifen des Sicherheitsdienstes mit der Waffe soll mit der Zustimmung eines aus Mitgliedern der Arbeiter- und Soldatenräte und Regierung bestehenden Kommission erfolgen." Hahn legte diese Vollmacht allerdings sehr großzügig aus und ließ Unfried sogar vorübergehend verhaften (vgl. Hahn, S. 32 ff.).

ZERNICKE bemerkt, daß es auf einen Konstruktionsfehler zurückzuführen sei, wenn die A.- und S.-Räte bisher nicht besser zusammenarbeiten konnten. Es hätte ein Landesausschuß der A.- und S.-Räte gebildet werden müssen[11]). Es besteht die Absicht, jedem Ministerium einen A.-Rat beizugliedern. Die A.- und S.-Räte werden weiter bestehen müssen.

SCHIMMEL beantragt, daß an jeder Sitzung der Räte je ein Mitglied des anderen Rats teilnehmen soll.

Schluß der Sitzung 1 Uhr.

*b) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 9. Januar 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Handschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „15. Sitzung am 9. Januar 1919. Gemeinsam mit A.-Rat. Anwesend Minister Fischer u. Crispien. Eröffnung 4.35 nachm. durch Vorsitzenden Zernicke im Sitzungssaal der I. Kammer".**

Vor dem Hause eine mehrere hundertköpfige lärmende und tobende Demonstration, die durch eine Abordnung von Spartakisten und U.S.P.-Mitgliedern der Versammlung Forderungen stellt. Alle Augenblicke dringen bewaffnete Soldaten, die auch die Haus- und Saaleingänge besetzt haben, in den Saal ein und verlangen, indem sie die Sitzung unterbrechen, innerhalb weniger Minuten Antwort auf die Forderungen; erklären, die Menge sonst nicht mehr halten zu können und dann jede Verantwortung für das weitere Geschehen ablehnen zu müssen. Die Galerie ist ebenfalls mit durch Handgranaten bewaffneten Soldaten besetzt. Ministerpräsident Blos läßt erklären, daß die Regierung davon absehen müsse, sich an den Beratungen zu beteiligen, solange das Gebäude umlagert sei, da sie nicht die Absicht habe, unter dem Drucke bewaffneter Demonstrationen Beschlüsse zu fassen[12]).

Von den Forderungen der Demonstrationen[13]) werden folgende angenommen:

1. Auflösung des Stuttgarter Gemeinderates; Übergabe der Gemeindeverwaltung an die A.- und S.-Räte.

---

[11]) Zur Zusammenarbeit der beiden Landesausschüsse im Dezember 1918 und im Januar 1919 vgl. Nr. 6 Anm. 9.

[12]) Auftakt der Demonstrationen am Morgen des 9. 1. war eine Kundgebung im Hof des Stuttgarter Schlosses, auf der u. a. Münzenberg, Schreiner, Hoernle, Zetkin und Engelhardt sprachen. Im Anschluß an diese Kundgebung formierte sich ein Demonstrationszug, der zunächst vor das Arbeitsministerium zog, wo eine Deputation der Demonstrationen ohne Erfolg mit Arbeitsminister Lindemann verhandelte. Vom Arbeitsministerium marschierten die Demonstranten zum Ministerium des Auswärtigen, das Ministerpräsident Blos zu diesem Zeitpunkt bereits verlassen hatte. Die letzte Station des Demonstrationszuges war dann das Stuttgarter Rathaus. Nach ergebnislosen Verhandlungen mit Oberbürgermeister Lautenschlager erklärte Münzenberg die bürgerlichen Kollegien für abgesetzt und forderte die Übernahme der Stuttgarter Stadtverwaltung durch die A.- und S.-Räte. Gegen 13 Uhr löste sich der Demonstrationszug zunächst auf, formierte sich aber bereits um 16 Uhr neu, jetzt vor dem Gebäude des Landtags, in dem sich die Landesausschüsse der A.- und S.-Räte versammelt hatten. Die Regierung war inzwischen zu einer Sitzung im Finanzministerium zusammengetreten, an der Blos, Liesching, Lindemann, Baumann und Unterstaatssekretär Hitzler teilnahmen. In dieser Sitzung lehnte es das Kabinett ab, direkte Verhandlungen mit den Demonstranten aufzunehmen. Weitere Details zum Verlauf der Demonstrationen finden sich vor allem in der Tagespresse (s. Anm. 1); zur Kabinettssitzung am 9. 1. s. Blos, Monarchie I, S. 90; vgl. auch Nr. 9a, S. 245.

[13]) Die im folgenden abgedruckten Forderungen der Demonstranten wurden veröffentlicht in „Die rote Flut", dem – so der Untertitel – „Organ der streikenden-revolutionären Stuttgarter Arbeiterschaft", das in der Nacht vom 9. zum 10. 1. in der von Spartakisten besetzten Druckerei des Stuttgarter Neuen Tagblatts (vgl. Anm. 1 und 46) gesetzt und gedruckt wurde: „Forderungen an die Stadtverwaltung: 1. Die von der Arbeitslosenkommission in der Sitzung vom 14. Dezember 1918 mit der Stadtverwaltung und der Regierung vereinbarten Ansätze für die

2. Für die Dauer des Streiks zur Aufklärung der Öffentlichkeit [und] zur Durchsetzung der eingereichten Forderungen die technische Einrichtung des Neuen Tagblatts zu benützen.
Die weitere Forderung um Abgabe von 1000 Gewehren und Handgranaten zur Bewaffnung der Streikenden wird abgelehnt. Dagegen wird der Spartakist Schreiner[14]) in die Kommission zur Prüfung der Sicherheitsmaßnahmen eingesetzt.
Schluß der denkwürdigen Sitzung 7 Uhr abends.

*c) Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte am 10. Januar 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Handschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „16. Sitzung am 10. Januar 1919. Eröffnung: 8.00 vorm. durch 2. Vors. Schäffler. Anwesend: Kriegsmin. Fischer".**

SCHÄFFLER verliest die schriftliche Austrittserklärung des 1. Vorsitzenden Wicker[15]), der sich das Landesausschußmitglied Reber anschloß. Reber zieht jedoch seine Austrittserklärung zurück.
Die Versammlung beschließt, bei der heute um 9 Uhr stattfindenden gemeinsamen Sitzung, anläßlich der die Deputation der gestrigen Demonstration Antwort auf die weite-

---

Erwerbslosenfürsorge sind wiederherzustellen. 2. Die dort festgesetzte Unterstützung von 5 Mk. für Jugendliche unter 18 Jahren, 8 Mk. für Ledige und 10 Mk. für Familienvorstände sind sofort rückwirkend zur Auszahlung zu bringen. 3. Die Löhnung für Notstandsarbeiten sind gemäß der ursprünglichen Vereinbarung auf Mk. 1,70 per Stunde anzusetzen. Kleider, Schuhe und Werkzeuge sind zu liefern. 4. Reorganisation des Städt. Arbeitsamts. 5. Die Vertreter der Arbeitslosen haben Kontrollrecht über die Führung des Arbeitsamts. 6. Sofortiger Rücktritt der Stadtkollegien und der Verwaltung und Übernahme der politischen Leitung der Stadt durch den Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart. Forderungen an die Württembergische Regierung: 1. Die württembergische Regierung wird aufgefordert, daß sie ihren ganzen Einfluß bei der Reichsregierung in Berlin geltend macht, um die Regierung zu veranlassen, sofort die Beziehungen mit der russischen Sowjet-Republik wiederaufzunehmen, den Kampf gegen die russischen Truppen einzustellen und alle deutschen Soldaten aus den russischen Gebieten zurückzuziehen. Sollte die Reichsregierung der Aufforderung nicht nachkommen, wird die württembergische Regierung verpflichtet, sich direkt mit der russischen Regierung in Verbindung zu setzen. 2. Jede weitere Verwendung von Truppen gegen streikende oder demonstrierende Arbeiter zu verhindern. 3. Sofortige Beschlagnahme der Banken, des fürstlichen und feudalen Großgrundbesitzes, Übergabe der Kohlengruben an die Bergarbeiter. 4. Rücktritt der Regierung Ebert-Scheidemann und Übernahme der Regierung durch die Arbeiter- und Soldatenräte. Forderungen zur Verwirklichung in Württemberg: Ohne die Durchführung dieser Beschlüsse durch die Reichsregierung abzuwarten, hat die württembergische Regierung in Gemeinschaft mit den Arbeiter- und Soldatenräten 1. die Beschlagnahme der königlichen Domänen und des feudalen Großgrundbesitzes durchzuführen und sie in die Verwaltung zu gründender Bauerngenossenschaften zu geben, 2. den Arbeitern das Kontrollrecht über die Betriebe einzuräumen, Festsetzung von auskömmlichen Mindestlöhnen für alle Angestellten und Arbeiter, 3. Beschlagnahme leerstehender Schlösser und Villen und sofortige Errichtung von Arbeiterwohnungen, 4. Entlassung reaktionärer Beamter durch die Arbeiter- und Soldatenräte, 5. Entwaffnung der Offiziere, Beseitigung der Rang- und Gradabzeichen, 6. Bewaffnung der revolutionären Arbeiter und Soldaten, 7. Vollständige Demobilisation, Entlassung aller Jahrgänge, 8. Errichtung von Volksgerichten und Aburteilung der am Krieg und seiner Verlängerung Schuldigen." Ein Exemplar der „Roten Flut" befindet sich in: HStA Stuttgart, Nachlaß Schimmel; längere Passagen zitieren Walcher, Ereignisse, S. 496 f., und Münzenberg, Dritte Front, S. 274 ff.

[14]) Zu Schreiner vgl. Nr. 4 Anm. 23. An dieser Stelle des Protokolls ist handschriftlich eingefügt: „Um ihn kaltzustellen und zu beaufsichtigen (Schindler)"; vgl. dazu Hahn, S. 30 f.

[15]) Die handschriftliche Rücktrittserklärung Wickers hatte folgenden Wortlaut: „Den heutigen Verhältnissen am hiesigen Platze entsprechend ist es mir nicht mehr möglich, das von der Stadt Ulm (Garnison) übernommene Mandat durch den herrschenden Terror in versprochener Weise auszufüllen und lege ich daher mein Mandat nieder" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 10). Am 10. 1. oder 11. 1. (vgl. Nr. 11e) zog Wicker diese Austrittserklärung wieder zurück.

ren Forderungen[16]) auch von der Regierung haben will, zu erklären, daß wir nur dann verhandeln werden, wenn wir nicht wieder durch eine Demonstration gestört werden und wenn die Regierung sich an der Sitzung beteiligt.

Kriegsminister FISCHER berichtet, daß er sich genötigt sehe, infolge seiner politischen Meinung von seinem Posten zurückzutreten.

### [**Anlage:**][17])
### Rücktrittserklärung von Kriegsminister Fischer

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Maschinenschriftliches Protokoll. Überschrift: „Ausführungen des Kameraden Fischer in der Sitzung des Landesausschusses des S.R.W. vom 10. Januar 1919".**

[FISCHER]: Kameraden! Sie waren gestern sehr erstaunt, als ich die Mitteilung machte, daß ich aus der Regierung austreten will[18]). Kamerad Wicker dürfte davon nicht so überrascht gewesen sein, denn ich habe ihn schon am 7. Januar gebeten, in der nächsten Sitzung diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Ursachen zu diesem Schritt sind folgende:

Seit Anfang 1907 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und in der Partei tätig, war ich immer bemüht, meine Anschauungen innerhalb der Partei zu vertreten. Heute kann ich die Taktik der Mehrheitspartei nicht mehr mitmachen. Die Voraussetzung, unter der ich seinerzeit in die Regierung eintrat, war, im Sinne der Mehrheit der Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs zu arbeiten. Das zu tun, war ich seither bestrebt. Heute kann ich das nicht mehr. Um meiner Überzeugung gemäß handeln zu können, müssen Sie mich von dem Regierungsamt entbinden. Ich erkläre Euch ausdrücklich, daß ich heute noch keiner anderen Partei oder Gruppe angehöre.

Was mich von der Mehrheits-Sozialdemokratie trennt ist folgendes: Schon während des Krieges war ich mit manchem nicht einverstanden (Hilfsdienstgesetz, Frieden von Brest-Litowsk). Ich habe aber die Trennung immer als das größere Übel für die Arbeiterschaft betrachtet. Die Entwicklung, die nach meiner Auffassung die Revolution genommen hat, beweist mir, daß die Mehrheitspartei nicht gesonnen ist, die Revolution im Interesse des Proletariats fortzuführen. Wir werden nach meiner Anschauung trotz verschiedener Sozialisierungsversuche zu einer demokratischen Republik auf kapitalistischer Grundlage kommen. Die Organisation des Kapitals ist so stark, daß sie auf den ersten Ansturm nicht zusammenbricht. Die Mehrheitspartei ist nicht gesonnen, dahin zu arbeiten, den Kapitalismus bald zu [be]seitigen, sondern sie unterstützt ihn (siehe das Verhalten gegen streikende Bergarbeiter). Was den letzten Anstoß für mich gegeben hat, mich von der Mehrheitspartei loszusagen, ist die Tatsache, daß sie einige politische Überläufer als Kandidaten für die Landesversammlung aufgestellt hat[19]), ein

---

[16]) Gemeint sind diejenigen der am 9. 1. aufgestellten Forderungen (s. Anm. 13), deren Erfüllung von der Regierung abhing.

[17]) Die im folgenden als Anlage abgedruckten Passagen befinden sich auf einem besonderen Blatt, das an dieser Stelle in das Protokollbuch des Landesausschusses der S.-Räte eingelegt ist.

[18]) Im Sitzungsprotokoll vom 9. 1. findet sich keine entsprechende Absichtserklärung (vgl. Nr. 11b). Zusammen mit Fischer trat am 10. 1. auch Innenminister Crispien zurück (vgl. dazu die gemeinsame Rücktrittserklärung der beiden Minister, u. a. abgedruckt bei Blos, Monarchie I, S. 95). Dieser Schritt war insofern konsequent, als Fischer und Crispien in der Regierung und bei den in Stuttgart stationierten Truppen inzwischen jeden Rückhalt verloren hatten (s. dazu ebd., S. 93 ff.; Hahn, S. 36 f.); vgl. auch Nr. 23, S. 435.

[19]) Die Kandidatenliste der SPD für die Wahlen zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung war Ende Dezember/Anfang Januar von einer elfköpfigen Kommission aufgestellt worden, die aus 182 vorgeschlagenen Namen 150 ausgewählt und deren Plazierung auf dem Wahlvorschlag der SPD vorgenommen hatte. Fischer war dabei nicht berück-

Beweis, wohin die Entwicklung der Partei geht. In der provisorischen Regierung Württembergs war bisher auch nicht viel Zeit, um positive Arbeit für das Proletariat zu leisten. Ich habe verschiedene Anträge eingebracht bezüglich Arbeitsbeschaffung, Schulreform, Kapitalentzug für die Vermögensabgabe. Sie konnten bis heute nicht beraten werden[20]).
Dem Leiter der Sicherheitskompanien hat die Regierung Befugnisse eingeräumt betreff Sicherheitsmaßnahmen, die weit über das hinausgehen, was man in der jetzigen kritischen Zeit einem Manne in die Hand geben kann[21]). Wenn erst Maschinengewehre und Truppen bereitgestellt sind, kann auch keine Kommission verhüten, daß diese losgehen. Am 9. Januar ist in der Bergkaserne eine neue Kompanie aufgestellt worden, die, wie ich mich mit dem Kameraden Gruhnert selbst überzeugt habe, aus jungen Studenten und Offizieren bestand[22]). Ausgerüstet mit Handgranaten, Gewehren und Maschinengewehren waren diese Leute bereit, am 9. Januar loszuschlagen, trotzdem die provisorische Regierung betont hat, gegen politische Demonstration[en] dürfe keine Gewalt angewendet werden. Es wäre auch für mich einfach gewesen, mich am 9. Januar in den höchsten Stock des Neuen Bahnhofes zu verschanzen[23]), ohne mit dem Landesausschuß weitere Fühlung zu halten. Was die Kameraden zu einem solchen Verhalten sagen würden, kann ich mir denken.
Die Regierung hat meines Erachtens drei Möglichkeiten:
1. sich auf die Macht der hinter ihr stehenden Soldaten zu stützen,
2. mit den Streikenden zu verhandeln,
3. ihre Ämter niederzulegen.

So wie ich die Lage beurteile, wird sie nach dem Berliner Beispiel[24]) handeln. Ich will aber keiner Regierung angehören, die sich auf Bajonette stützt.
In der Arbeitslosenfürsorge hat die provisorische Regierung zugelassen, daß die Stadt Stuttgart die Beschlüsse der provisorischen Regierung nicht ausführt[25]).
Der Spartakustaktik werde ich nach wie vor nicht zustimmen, denn erstens läßt sich eine Revolution überhaupt nicht machen; zweitens kann man die Entwicklung nicht

---

sichtigt worden. Daß die Kandidatenliste der SPD „nicht zur vollen Befriedigung der Parteigenossenschaft" ausgefallen war, wurde auf dem Parteitag der württembergisch-hohenzollernschen Landesorganisation der Partei am 2./3. 8. 1919 mehrfach geäußert. Vgl. Berichte an die Landesversammlung und Protokoll über die Landesversammlung 1919. Stuttgart 1919, S. 9, 151, 155.

20) In den Kabinettsprotokollen, die allerdings nicht vollständig erhalten sind (vgl. HStA Stuttgart, E 130 b 214 und Nr. 6 Anm. 10), ist über diese Anträge Fischers nichts vermerkt.

21) Vgl. Anm. 10.

22) Es handelt sich hierbei um die unter der Führung von Hans Freiherr von der Holtz aufgestellte „Studentenkompanie", der „wohl zu 90 Prozent Studierende" angehörten (so der Erinnerungsbericht von L. Scheffer, Die Befreiung des Tagblatts durch die Stuttgarter Studentenschaft, in: Stuttgarter Neues Tagblatt, Festausgabe zur Jahrhundertfeier der TH am 15. Mai 1929, S. 33–34). Vgl. auch Hahn, S. 35, Reinhardt, S. 120, Darstellungen V, S. 17 sowie Anm. 45.

23) Hahn hatte bereits in der Nacht vom 7. zum 8. 1. den Neuen Bahnhof „als taktisch wichtigen und beherrschenden Punkt" (Hahn, S. 27) von zuverlässigen Truppen besetzen lassen und dort sein Hauptquartier aufgeschlagen. Der noch nicht ganz fertiggestellte Turm des Bahnhofes, von wo aus man einen großen Teil der Stuttgarter Innenstadt überblicken und kontrollieren konnte, wurde schließlich auf Veranlassung Hahns in der Nacht vom 9. zum 10. 1. zum Zufluchtsort der Minister Blos, Baumann, Liesching und Lindemann, die vorher mehrere Stunden in den Straßen Stuttgarts ausgeharrt hatten, weil sie befürchteten, in ihren Ministerien von Spartakisten verhaftet zu werden. Vgl. dazu die anschauliche Schilderung bei Blos, Monarchie I, S. 90 ff.; Hahn, S. 36.

24) Mit „Berliner Beispiel" ist hier die als erste Möglichkeit angeführte Alternative gemeint.

25) Vgl. dazu die in Anm. 13 abgedruckten Forderungen an die Stuttgarter Stadtverwaltung und die Rede Crispiens in der Verfassunggebenden Landesversammlung am 25. 1. 1919 (Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 34 f.).

mit Handgranaten und Gewehren beschleunigen; und drittens kann eine Regierung, die sich dauernd auf die Gewalt stützen müßte, sich nicht halten.
Kameraden ich weiß, daß meine Anschauungen vom Stand der Revolution und deren Weiterentwicklung nicht mehr mit den Anschauungen der Mehrheit des Soldatenrats Württembergs übereinstimmen. Ich bitte Euch deshalb, mit meinem Rücktritt einverstanden zu sein.
In der Diskussion wird von einigen Kameraden ausgeführt, es sei nicht möglich, daß Kamerad Fischer im jetzigen Augenblick zurücktritt.

FISCHER: Kameraden, ich kann meine Überzeugung nicht um ein Regierungsamt verkaufen. Nachdem meine Anschauungen nicht mehr mit der Mehrheit des Soldatenrats Württembergs übereinstimmen, kann ich den Soldatenrat auch nicht mehr in der Regierung vertreten. Ausführungen darüber, was nach meiner Überzeugung jetzt zu tun wäre, dazu ist in dieser Sitzung keine Zeit. Stimmen Sie also bitte meinem Austritt zu[26]).

*d) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. Januar 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Handschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „17. Sitzung am 10. Januar 1919. Gemeinsam mit A.-Rat im Sitz.Saal I. Kammer. Eröffnung 9.30 Vorm. durch Vorsitzenden Zernicke. Anwesend: Fischer u. Crispien. Die Abordnung der Demonstration erscheint später".**

FRICK erklärt[27]), daß der S.-Rat in Abwesenheit der Regierung nicht verhandelt.
[Der] A.-Rat gibt dieselbe Erklärung ab[28]).
[Die] Demonstrationsabordnung erklärt, daß sie es nunmehr überhaupt ablehnt, mit der Regierung weiter zu verhandeln[29]).
Die A.- und S.-Räte bestimmen dann eine viergliedrige Kommission, die den Auftrag hat, sich zu der Regierung, die sich im Neuen Bahnhof in dem Schutz der Sicherheitskompanien befindet, zu begeben, um mit ihr zu verhandeln und die Verbindung wiederherzustellen.
Schluß der Sitzung 10.30 vorm.

*e) Gemeinsame Sitzungen der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 10. und 11. Januar 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Handschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „18. u. 19. Sitzung am 10. u. 11. Januar 1919. Gemeinsam mit A.-Rat im Neuen Bahnhof. Eröffnung um 1.00 u. 10.30 durch Vors. Zernicke".**

Die Regierung hat erklärt, nach wie vor die A.- und S.-Räte anzuerkennen. Dagegen hat sie Schreiner und Unfried als Mitglieder der Prüfungskommission für den Sicherheitsdienst abgelehnt[30]).

---

[26]) Am Schluß dieses maschinenschriftlichen Textes findet sich folgender handschriftlicher Zusatz: „Die Richtigkeit dieser Ausführungen bescheinigt Bettinger."
[27]) Frick wandte sich an die in der Sitzung erschienenen Sprecher der Demonstranten.
[28]) Nach dem Bericht der Württemberger Zeitung (Nr. 8 vom 11. 1. 1919) erklärte Zernicke: „Wir (Mehrheitssozialisten) sind bereit, die Forderungen an die rechtmäßigen Stellen weiterzuleiten, nicht aber können wir dieses Programm in allen seinen Forderungen anerkennen. Wir machen kein Hehl daraus, daß die übergroße Mehrzahl der A.- und S.-Räte für die Einberufung der Nationalversammlung ist."
[29]) Als Sprecher der Demonstranten erklärte Hoernle, man werde mit einer Regierung, „die sich als reaktionär-gegenrevolutionär entlarvt habe", nicht mehr verhandeln (ebd.).
[30]) Zur Wahl von Schreiner und Unfried vgl. Nr. 11a und Nr. 11b.

Dieselbe wird wie folgt zusammengesetzt:
Gräter und Schimmel vom A.-Rat,
Gruhnert und Bettinger vom S.-Rat.
Die Ereignisse der letzten Tage und unser Verhalten werden mehrmals eingehend besprochen und kritisiert[31]). Die Verhaftungen der Spartakusführer werden mit Rücksicht auf die Lage gutgeheißen[32]). Wicker zieht seine Austrittserklärung zurück[33]).

*f) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 13. Januar 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büchel 18. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Protokoll der gemeinsamen Sitzung der Landesausschüsse der A.- und S.-Räte am 13. Januar 1919. Eröffnung durch Vorsitzenden Zernicke 10 Uhr 10 vormittags“[34]).**

Die Versammlung beschließt, in Zukunft nur ein Protokoll anzufertigen, das mit der Maschine geschrieben in je einem Exemplar den beiden Ausschüssen zur Verfügung gestellt wird. Als gemeinsamer Schriftführer wird das Mitglied Bettinger vom S.-Rat bestellt.

BISSINGER (Garn.-Rat Stuttgart) bittet den A.-Rat, an allen die Stadt Stuttgart betreffenden Sitzungen des A.-Rats teilnehmen zu dürfen.
Der A.-Rat will darüber beraten und dem Garn.-Rat von dem gefaßten Beschluß Mitteilung machen.
Für die Sitzung wird folgende Tagesordnung festgesetzt und angenommen:
1. Referat Crispien bezüglich der in den letzten Tagen erfolgten Schutzhaften mit Besprechung.
2. Kontrolle der Irrenhäuser bezüglich der dort wegen politischer Handlungen festgesetzten Personen.
3. Neubesetzung der Ministerien.
4. Eingriffe des Garn.-Rats Stuttgart in die Pressefreiheit.
5. Stellungnahme zur Bestattung der Opfer der kürzlichen Demonstrationen.

CRISPIEN: Kommt auf die seit einigen Tagen erfolgten Verhaftungen[32]) und Haussuchungen zurück. Die Leute treten rücksichtslos auf. Er bittet um Aufklärung, wer die Verhaftungen und Verfolgungen angeordnet hat und wieweit die Vollmachten gehen

---

[31]) Genauere Mitteilungen über den Inhalt dieser Beratungen, die insgesamt mehr als acht Stunden dauerten, finden sich weder in der Presse noch in der Literatur. Die entscheidenden Initiativen gingen am 10./11. 1. zweifelsohne von Hahn aus. Dem Urteil Wellers (Staatsumwälzung, S. 168): „Der Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte hatte sich nicht weiter an dem Putsche oder dessen Abwehr beteiligt und dadurch die Bedeutungslosigkeit bekundet, zu welcher er durch die Aufstellung der Sicherheitstruppe bereits herabgesunken war“, ist für diesen Zeitraum ohne weiteres zuzustimmen.

[32]) Auf Veranlassung der provisorischen Regierung (vgl. dazu die von Blos und Lindemann unterzeichnete Ermächtigung: HStA Stuttgart, Nachlaß Hahn, Bd. 2) hatte Hahn in der Nacht vom 10. 1. zum 11. 1. u. a. Hoernle, Rück, Münzenberg, Janus, Schreiner und Barthel verhaften lassen. Vgl. dazu Hahn, S. 40; Walcher, Ereignisse, S. 498; Münzenberg, Dritte Front, S. 282 f. Nach dem Bericht der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 9 vom 13. 1. 1919) billigten die Landesausschüsse diese Maßnahmen in ihrer Sitzung am 11. 1. „gegen 5 Stimmen“ (s. auch Nr. 11f). Zum weiteren Verfahren gegen die Verhafteten vgl. Nr. 9a Anm. 42.

[33]) Vgl. Nr. 11c.

[34]) Im Protokollbuch des Landesausschusses der S.-Räte findet sich nur der handschriftliche Vermerk: „siehe besonderes Protokoll“. An dieser Stelle eingelegt ist ein maschinenschriftliches Protokoll, das von Bettinger unterzeichnet ist. Ein weiteres Exemplar dieses Protokolls mit handschriftlichen Korrekturen findet sich auch bei den Protokollen des Landesausschusses der A.-Räte (E 135 Büschel 84). Diese handschriftlichen Korrekturen wurden im vorliegenden Abdruck berücksichtigt.

für die Soldaten, die die Verhaftungen vorgenommen haben. Solche Maßregeln können nicht dazu beitragen, die Gemüter zu beruhigen. Kriegsminister Fischer wurde für vogelfrei erklärt. Soll jetzt Willkür regieren? Welche Garantien sind gegeben, daß Leute gegen Willkür geschützt werden, ohne daß Gerichtsverfahren vorliegen. Briefzensur, Telefonkontrollen sind eingeführt. Leutnant Hahn hat erklärt, daß er eine Organisation habe, die ihm Aufklärung über alle Vorgänge verschafft[35]).
Ferner habe ich den Auftrag zu fragen, weshalb die Genossen verhaftet worden sind[32]) und wo sie sich jetzt befinden. Liegen Anschuldigungen vor oder ist es nur eine Sicherheitshaft nach altem System? Wer garantiert, daß sie nicht mit ihrem Leben bedroht sind? Persönlich möchte ich fragen, ob es möglich ist, unter gewissen Bedingungen die Freiheit der Verhafteten zu erwirken.
Prinz Schaumburg-Lippe, Herzog Urach und ein Sohn des Herzogs Albrecht sollen in Soldatenuniform bei der Niederwerfung der Demonstration beteiligt gewesen sein. In der Bergkaserne sollen Offiziere und Studenten, als Mannschaften eingekleidet, bereitgestellt worden sein[22]).
Ich halte den A.- und S.-Rat noch für eine Stätte, wo die Überzeugung anderer geachtet wird und wo man mit Willkürherrschaft nichts zu tun haben will. Ich hoffe, daß wir wieder auf einen Boden kommen werden, wo die Vernunft siegt.

UNFRIED: Es ist mir gesagt worden, der frühere Gouverneur von Stuttgart Scharpff habe 150 Männer zur Bekämpfung des Spartakusbundes zur Verfügung gestellt bekommen. Es liegen Beweise vor, daß Kommandeure von Sicherheitskompanien ausgesprochene Monarchisten sind. Eine gründliche Reorganisation der Sicherheitskompanien muß vorgenommen werden. Die Regierung hat die Befugnisse der Kontrollkommission[36]) beschnitten.

FRICK: In erster Linie ist die Frage zu klären: Wem unterstehen die Sicherheitskompanien, und wie ist unser Verhältnis zu denselben? Die Regierung hat am Freitag[37]) erklärt, daß für sie nur die ersten Vereinbarungen gelten, wonach die Kommission nur darüber zu bestimmen hat, wann die Kompanien eingreifen sollen, daß dieselbe aber darüber nicht zu bestimmen hat, welche Maßnahmen zu treffen sind[38]). Wenn die Regierung uns das Recht nicht einräumt, über die Verwendung der Kompanien mitzubestimmen, dann sind wir ausgeschaltet. Als leere Dekoration lasse ich mich nicht benützen.

BONATZ: Es besteht offener Krieg zwischen Spartakus und dem übrigen Teil des Volkes. Daß es in Stuttgart nicht ebenso ging wie in Berlin, sagt noch lange nicht, daß wir hier nicht ebenso im Kriege mit Spartakus stünden wie in Berlin. In Bremen haben die Spartakisten das Standrecht erklärt[39]). Warum geht die ganze Entwicklung nach rechts? Warum haben die Sozialdemokraten bei der Wahl[40]) nicht bessere Resultate erzielt? Nur wegen der Ereignisse der letzten Woche.

---

[35]) In seinen Memoiren bestätigt Hahn (S. 26 f.), er habe dem Nachrichtendienst „besondere Aufmerksamkeit" geschenkt und dabei nach der Devise gehandelt: „Die Gefahr kennen, läßt sie vermeiden." Vgl. auch unten, S. 322 und die Kontroverse zwischen Zernicke und Engelhardt auf der 2. Landesversammlung der A.-Räte (Nr. 9a, S. 247 f.). Daß die von Hahn angestellten „Spitzel" sich teilweise recht dubioser Methoden bedienten, illustriert sehr anschaulich der Rechenschaftsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg (vgl. Nr. 23, S. 438 f.).

[36]) Vgl. Anm. 10.

[37]) Freitag, der 10. 1. 1919.

[38]) Vgl. Anm. 10.

[39]) Der „Bremer Rat der Volksbeauftragten zur Ausrufung der Räterepublik" hatte am 10. 1. 1919 das Standrecht verhängt. Zur Entwicklung in Bremen vgl. Nr. 9a Anm. 106, 107.

[40]) Bonatz bezieht sich hier auf die Wahl zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung, die am 12. 1. 1919 stattgefunden hatte. Hierbei waren auf die SPD 34,4% (52 Mandate) der abgegebenen Stimmen entfallen.

Es erscheinen Ministerpräsident Blos und Leutnant Hahn. Crispien ist plötzlich außerordentlich zartfühlend geworden. Waffenstillstand zwischen den Verhafteten und der Regierung wäre blödsinnig.

GRUHNERT: Es können doch Gefahren entstehen, wenn man zuviel Offizieren die Leitung der Sicherheitskompanien in die Hand gibt. Wir werden uns aber auch gegen eine Reaktion von rechts genauso wehren. Der Putsch der letzten Woche war organisiert. Wir müssen den Sicherheitskompanien ein besonderes Augenmerk zuwenden. Es sind ganz unsinnige Gerüchte in der Stadt verbreitet worden, die absichtlich dazu gebraucht wurden, uns zu mißkreditieren. Der Eingriff in die Druckerei in Degerloch[41]) war ein Eingriff in die Pressefreiheit.

GRÄTER: Die letzte Demonstration war keine friedliche. Mit Gewehren und Maschinengewehren macht man keine Demonstration. Das Verhältnis der Zusammensetzung der Kompanien[42]) hat mir nicht gefallen. Leutnant Hahn hat auf meinen diesbezüglichen Einspruch Remedur versprochen und auch sofort in der Angelegenheit telefonische Anordnungen getroffen. Hahn hat erklärt, er stehe auf unserer Seite und werde auch auf unserer Seite fallen.

BLOS: Bezüglich der Gegenrevolution will ich die Gemüter beruhigen. Gegenrevolution ist zu einem Schlagwort geworden. Wenn wir alles widerlegen wollen, was an Gerüchten über uns verbreitet wird, dann würden wir in drei Monaten noch nicht fertig. Wir werden trotzdem vorsichtig sein und versuchen, soweit es möglich ist, die Gerüchte zu zerstören. Wegen seiner Gesinnung ist niemand verhaftet worden. Ich habe meine Zustimmung zu solchen Verhaftungen gegeben, bei denen erwiesen war oder der außerordentlich dringende Verdacht vorgelegen hat, daß entweder bewaffnete Angriffe gegen die Regierung oder auf mich und meine Ministerien erfolgten. Hoernle ist eingedrungen auf meinen Ministerien und hat Ansprachen vom Balkon herunter gehalten und gesagt, die Regierung muß gestürzt werden[43]). Angesichts dieser Dinge zu behaupten, man hätte es nur mit harmlosen Demonstrationen zu tun, ist unerhört. Gegenüber den Mitgliedern des Spartakusbundes und der U.S.P. habe ich kein Bedürfnis, mich zu verantworten. Ich muß die Immunität der A.-Räte respektieren. Ich habe auch kein Recht, etwas dagegen einzuwenden, wenn Mitglieder der Partei, die uns mit Waffen bekämpft hat, hier an den Beratungen teilnehmen. Wir sind auch heute noch in einer schwierigen Situation. Erschweren Sie uns dieselbe nicht und zwingen Sie uns nicht immer, unsere Arbeiten zu unterbrechen, besonders, wenn Angelegenheiten schon entschieden sind. Wir können unsere Maßregeln nicht rückgängig machen. Wir würden uns ja lächerlich machen. Es mußte irgendeine Entscheidung getroffen werden. Wir haben die mildeste Form gewählt. In Düsseldorf haben wir jetzt das[44]), was eintreten würde, wenn hier die Herren die Überhand bekommen hätten. Wir müssen an unserem Entschluß festhalten in Ihrem, unserem und im Interesse des Volkes.

HAHN: Ich bitte aus Zeitersparnisgründen jetzt schon zu der Angelegenheit sprechen zu dürfen.

Antrag wird angenommen.

---

[41]) Am 11. 1. war die Druckerei des Spartakusbundes in Degerloch durchsucht worden. Vgl. auch unten, S. 325.

[42]) Gemeint sind die Sicherheitskompanien.

[43]) Während der Demonstration am Morgen des 9. 1.; vgl. Anm. 12 und Blos, Monarchie I, S. 90.

[44]) In Düsseldorf hatte der A.- und S.-Rat, in dem die äußerste Linke dominierte, den Regierungspräsidenten, den Oberbürgermeister und die höchsten Polizeibeamten abgesetzt, die Polizei entwaffnet sowie Bahn-, Post- und Telegraphenwesen und die bürgerlichen Zeitungen unter Kontrolle genommen. Bei bewaffneten Zusammenstößen zwischen linksradikalen Sicherheitswehren und einem von Sozialdemokraten angeführten Demonstrationszug waren am 10. 1. neunzehn Menschen ums Leben gekommen; vgl. Kolb, S. 307 f.; Drabkin, S. 527 f.

DREHER: Ich bitte Herrn Leutnant Hahn, jetzt auch gleich seinen politischen Standpunkt bekanntzugeben.

HAHN: Ich gehöre keiner Partei an, bin Maler, war früher Lehrer, habe zweimal umgekehrt und bin der Sohn eines Fabrikarbeiters. Ich stehe auf dem Boden der Mehrheitssozialisten.

Fischer und Crispien hinderten die Aufstellung der Sicherheitskompanie. Die Offiziere, die bei den Sicherheitskompanien sind, wurden im Einverständnis mit den S.-Räten dazu bestellt. Die Offiziere wurden von mir mit Ehrenwort verpflichtet, daß sie für die Sache der Revolution einzutreten haben. Eine Organisation von Studenten trat an mich heran, ich lehnte es ab, dieselbe als Kompanie einzustellen[45]). Studenten waren nie reaktionäre Elemente. Ich erinnere an die Revolution [von] 48, die von Studenten, und nicht von Arbeitern, gemacht wurde. Der Bildung einer weiteren Sicherheitskompanie habe ich die Genehmigung erteilt, weil man mir gesagt hatte, daß in den Kompanien Spartakusleute seien, die dieselben zu verhetzen suchen. Das Regiment 119 warb Freiwillige zu einer Kompanie zusammen. Ich hörte, daß in dieser Kompanie Offiziere seien, und habe dann sofort den Kompanieführer, der durch Ehrenwort verpflichtet war, ersucht, wenn in der Kompanie aktive Offiziere sich als Mannschaften befinden sollten, dieselben sofort zu entlassen, was auch geschehen ist. Es ist möglich, daß in einer Kompanie Studenten sind, die Reserveoffiziere sind. Diese Kompanie steht aber geschlossen auf dem Boden des von uns festgelegten Standpunktes, die Regierung zu schützen und die Revolution zu verteidigen. Eine Reorganisation kann erfolgen, sobald die Gefahr vorüber ist. Die Sicherheitskompanien erhalten über die schwierigen Tage neben der Arbeitszulage von M. 5,– eine weitere besondere Vergütung von täglich M. 5,–, also insgesamt M. 10,– pro Tag.

Unfried hat mir erklärt, das Tagblatt sei auf 3 Tage besetzt. Von einer bewaffneten Besetzung desselben war keine Rede. Die Besatzung des Tagblatts war mit Gewehren und Handgranaten bewaffnet. Die Vorgänge spielten sich dann so ab, wie die meisten von uns wissen[46]). Die Leute der Autobereitschaft sollten nach Berichten in überwiegender Anzahl Anhänger des Spartakusbundes sein. Zwei Lastautomobile mit Waffen, die dort beschlagnahmt wurden, habe ich abführen lassen. Leider ist uns dabei ein größerer Posten Handgranaten entgangen, der am nächsten Tag von sechs organisierten Handgranatenwerfern des Spartakusbundes abgeholt wurde, um die von uns besetzten Zeitungen von hintenher wieder zu nehmen.

Einige Tage vor dem 9. Januar schon war es keinem von uns mehr möglich, außer mit

---

[45]) Nach dem Erinnerungsbericht von Scheffer (vgl. Anm. 22) lehnte es Hahn zunächst ab, eine aus Studenten zusammengesetzte Kompanie aufzustellen. Dennoch wurden in der Nacht zum 9. 1. in der Bergkaserne 200 Mann eingekleidet und bewaffnet. Dazu schreibt Scheffer: „Als gegebene Tatsache wurde diese Truppe sofort von der Regierung anerkannt, zunächst natürlich nur inoffiziell und mit allen Vorbehalten eines jederzeitigen Fallenlassens."

[46]) Unmittelbar nachdem die Landesausschüsse in ihrer Sitzung am 9. 1. den Demonstranten die Benützung der technischen Einrichtungen des Stuttgarter Neuen Tagblatts zugesagt hatten (vgl. Nr. 11b), war das Gebäude der Zeitung von teilweise bewaffneten Spartakisten besetzt worden, noch bevor eine von den Landesausschüssen bestimmte Verhandlungsdelegation dort eingetroffen war (vgl. Nr. 9a, S. 245). Während in den folgenden Stunden Rück, Münzenberg, Hoernle und Barthel in den Redaktionsräumen des Tagblatts den Druck der Roten Flut (vgl. Anm. 13) vorbereiteten, ließ Hahn das Gebäude von zwei Sicherheitskompanien (u. a. der in der Bergkaserne zusammengestellten „Studentenkompanie") umstellen. Nach mehrstündigen Verhandlungen, die sich bis in die frühen Morgenstunden des 10. 1. hinzogen, wurde das Gebäude schließlich von der etwa 60 Mann starken Besatzung kampflos geräumt. Vgl. die Schilderung der verschiedenen Maßnahmen und Aktionen bei Münzenberg, Dritte Front, S. 279 ff.; ders., Spartakistenprozeß, S. 12 ff.; Hahn, S. 30 ff., 35 f. und Scheffer; s. auch die Ausführungen Crispiens und Zernickes in der Sitzung der Verfassunggebenden Landesversammlung am 24. 1. 1919 (Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 10 ff.).

Genehmigung Unfrieds, ein Auto von der Bereitschaft zu erhalten. Unfried legitimierte auch den Wäscher[47]), ein Lastauto der Bereitschaft dazu zu benützen, einen Einbruchdiebstahl in einem Waffenlager vorzunehmen[48]). Die Führer der Spartakusbewegung wurden in der Nacht noch ausgehoben[32]). Mit Ausnahme von Hoernle befanden sich dieselben im Besitz von Waffen. Schreiner ist leider bisher entgangen. Ich konnte ihn allerdings inzwischen bei mir begrüßen. Rück hat mir erklärt: „Wir würden Sie nicht nur verhaften, wenn wir am Ruder wären, wir würden Sie vor ein Revolutionstribunal stellen." Hoernle sagte: „Wir wollen mit allen Waffen kämpfen." Bedenken Sie, daß das die Köpfe sind. Es ist mir sehr unsympathisch, daß ein weiterer Kopf, der an der Geschichte sehr stark beteiligt ist, durch seine Immunität als Vollzugsausschußmitglied des A.-Rats geschützt ist, und mir außerdem noch als Kontrollorgan vorgesetzt wurde[49]). Die in Schutzhaft Genommenen werden mit allen Bequemlichkeiten behandelt, die möglich sind. Die Briefzensur ist allerdings verhängt, ich bürge dafür, daß ihnen nichts geschieht.

Ich habe als Leiter der Sicherheitskompanie immer so gehandelt, daß Blutvergießen vermieden werden soll. Meine Leute, die angegriffen und hinterrücks niedergestochen wurden[50]), haben niemand über den Haufen gestochen, sondern sich nur gewehrt. Im Lazarett liegen zwei Leute, die von hinten her niedergestochen wurden. Die Württembergische Zeitung habe ich nicht besetzt, sondern das Regiment 125. Ein junger Unteroffizier hat dort, nachdem einer seiner Leute am Kopfe verletzt war, den Befehl zum Schießen gegeben. Ich bedaure das. Die Offiziere meiner Sicherheitskompanien haben eine Geduld geübt, die eben das vermeiden wollte, was wir alle [nicht] wollen, das Blutvergießen[51]).

CRISPIEN: Ich bitte Herrn Leutnant Hahn um eine Erklärung, ob sich die bereits genannten Prinz Schaumburg-Lippe usw. in einer der Sicherheitskompanien als Mannschaften befanden und ob er einen Kundschafterdienst organisiert hat.

HAHN: In meinen Sicherheitskompanien sind keine Prinzen. Wer Soldat war, weiß, daß sich im allgemeinen Prinzen nicht dazu hergeben, bei Truppen zu kämpfen, wo es ums Leben geht. Leute meiner Sicherheitskompanien tun allerdings als Soldat der Sicherheitskompanien Kundschafter-, Patrouillendienste, wie es aber die Spartakusleute auch tun.

---

[47]) Wilhelm Wäscher (vgl. Nr. 2 Anm. 44). Nach Hahn (S. 31) waren die Angehörigen der Fahrbereitschaft „treueste und gehorsame Anhänger der Spartakusgruppe".

[48]) Vgl. zu diesem Vorfall Blos, Monarchie I, S. 99 f.

[49]) Gemeint ist Unfried.

[50]) Über die bewaffneten Zusammenstöße zwischen Anhängern des Spartakusbundes und Regierungstruppen finden sich in der Tagespresse sehr widersprüchliche Meldungen. Während der Schwäbische Merkur (Nr. 16 vom 11. 1. 1919 M) berichtete, am Nachmittag des 10. 1. hätten „ungefähr 50 Spartakisten" vier Soldaten einer Patrouille „umzingelt und ihrer Gewehre beraubt", wobei drei der Soldaten schwer verwundet worden seien, heißt es in der „Darstellung der Regierung" (Schwäbische Tagwacht Nr. 9 vom 13. 1. 1919), die angegriffene Patrouille habe die Schüsse erwidert; einer der Soldaten sei verwundet und einer entwaffnet worden. Kohlhaas stellt in seinem Erinnerungsbericht fest, am Nachmittag des 10. 1. sei „die Truppe Herr der Lage" gewesen: „Es kommt noch zu einer Reihe von Angriffsversuchen gegen einzelne Postierungen, aber stets räumt der Gegner das Feld, sowie die Eingreiftruppen auf ihren Lastwagen anbrausen; es wundert mich noch heute, daß uns niemals vom Gegner eine Handgranate auf eine dieser Menschenfallen hinaufpraktiziert wurde; aber diese Helden brachten es nur fertig, einmal einen Arzt niederzustechen, der uns bei unserer Anfahrt zuwinkte, ebenso bekam der vielgehaßte Leutnant Fahr einmal bei einem Spaziergang auf dem dichtbesetzten Schloßplatz einen Messerstich" (Männer und Sicherheitskompanien, S. 96).

[51]) Zu den bewaffneten Auseinandersetzungen vor dem Gebäude der Württemberger Zeitung, bei denen vier Menschen, die teilweise unbeteiligte Zuschauer waren, getötet wurden, vgl. Blos, Monarchie I, S. 97 f.; Hahn, S. 37 f. und den Bericht der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 9 vom 13. 1. 1919); s. auch Nr. 9a, S. 246.

UNFRIED: Ich weise den Vorwurf, als ob ich meine Rechte bezüglich der Autobereitschaft mißbraucht hätte, zurück. Wenn Automobile unter Mißbrauch meines Namens verwendet wurden, ohne daß ich etwas davon weiß, so kann ich auch nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Ich habe nur einmal unter Mitgenehmigung eines anderen zuständigen Mitglieds ein Auto zur Verteilung von Flugblättern für die U.S.P. verwendet. Aber auch von anderen Parteien sind Automobile zu Parteizwecken verwendet worden, so z. B. von Frau Blos dasjenige des Ministerpräsidenten Blos.
Ich habe alles aufgeboten, die Leute zu bestimmen, vom Tagblatt herauszugehen. Der Redakteur hat bestätigt, daß wir keinen Eingriff in die Pressefreiheit begangen hätten. Wir hatten unter keinen Umständen geplant, die Regierung gewaltsam zu beseitigen. Jede derartige Demonstration wird über die Köpfe der Führer hinausgetrieben. Der A.-Rat hat bald zwei Monate lang ein Waffendepot gehabt. Die Rüstungen, die für diesen Tag gemacht worden sind, haben die Schießerei verursacht. Die Zeit war [da]für noch nicht reif, etwas zu machen. Ich habe in Ausübung meines Amtes als Arbeiterratsmitglied in den ganzen letzten Tagen niemals einen Mißbrauch meiner Befugnisse gemacht.

ZERNICKE: Wir werden niemals dulden, daß gegen die Inhaftierten irgend etwas vorgenommen wird, was ihr Leben gefährdet.

HAHN: Ich erkläre hiermit, daß ich, solange ich stehe, mit meiner Person dafür bürge, daß die Sicherheit der Inhaftierten gewährleistet ist.
Die Sitzung wird unterbrochen. Wiederbeginn 3¼ Uhr nachmittags; anwesend Blos.

UNFRIED: Ich möchte anfragen, wie es mit der Briefzensur wegen den Inhaftierten steht und wie lange dieselben in Haft bleiben sollen.

BLOS: Wir müssen den Briefverkehr überwachen, nachdem die Leute die Regierung mit Waffengewalt angegriffen haben. Die Leute können schreiben, soviel sie wollen. Eine Sperre besteht nicht. Wir müssen nur den Verkehr überwachen. Über die Ausdehnung der Haft kann ich noch keine Auskunft geben, da darüber noch nicht beraten ist. Die Stimmungen sind geteilt. Die einen meinen, man müsse ein Strafrechtsverfahren einleiten, die andern, man solle sie einfach wieder laufen lassen, wenn die Gefahr vorüber ist.
Wir sind viel glimpflicher verfahren [als] die Spartakusse, die in einigen Orten das Standrecht eingeführt haben[52]). Die Spartakusse werden in ihrem Bestreben von der U.S.P. unterstützt. Sie dürfen uns daher auch nicht übelnehmen, wenn wir der Sache auf den Grund zu kommen suchen. In Degerloch sollen[53]) Waffen aufgespeichert worden sein. Es ist danach gesucht worden. Wenn dabei auch einige Pressepapiere in unsere Hände gefallen sind, so werden sie natürlich zurückgegeben werden, sobald sich ergibt, daß sie einwandfrei sind[54]).

DREHER: Die Arbeiter in Degerloch haben mich gebeten, darauf hinzuwirken, daß die Studenten von Hohenheim aus den Sicherheitskompanien entfernt werden, da sie gestern vor der Wahl eine Übung mit Maschinengewehren gehabt haben. Die Ausführungen Crispiens haben auf mich einen geradezu widerlichen Eindruck gemacht. Die Pressefreiheit ist doch gerade von jener Seite in der schönsten Weise mißbraucht worden. Großhans hat uns bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit gesagt, daß er bedauere, daß wir bei der Revolution am 9. November nicht radikaler durchgegriffen haben, daß es daher nötig sei, nochmals auf die Straße zu gehen. Bei Daimler hat man den Arbeitern gedroht, um sie herauszubringen[55]).

---

[52]) Vgl. Anm. 39.
[53]) Im Or.: sollten.
[54]) Vgl. Anm. 41.
[55]) Gemeint ist: Aus der Fabrik zur Demonstration auf die Straße.

Wie man versteht, die Geschichte umzudrehen, davon hat Unfried uns heute ein geradezu charakteristisches Beispiel gegeben. Der Plan der äußersten Linken ging in den letzten Tagen dahin, die Gewerkschaften auszuheben und die Leiter zu verhaften. Der Bericht Hahns sollte von der Regierung der breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht werden (Blos wirft ein, daß eine Ausarbeitung bereits in Angriff genommen ist). Die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft ist über die Vorkommnisse erbittert. In dem Augenblick, wo irgend etwas gegen die Gewerkschaften oder ihre Führer unternommen wird, werden mindestens 90% der Arbeiterschaft auf die Straße gehen, um sich gegen den Terrorismus zu schützen.
Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt; es folgt eine weitere Debatte zwischen UNFRIED, ZERNICKE und ZIEGLER über denselben Gegenstand.

BLOS: An der Regierung ist ein Verrat begangen worden, wie Zernicke richtig ausgeführt hat. Crispien und Fischer haben erst Maßregeln mit der Regierung besprochen, und als es sich darum handelte, dieselben auszuführen, haben sie erklärt, nicht unterschreiben zu wollen. Man kann durch die Exzesse von links die Reaktion so stärken, daß die Revolution um[56]) ihre Früchte betrogen wird. Unfried ist eine Äußerung entschlüpft, die nicht so unwichtig ist. Er hat gesagt: „Wir haben am 9. November ja auch nur eine friedliche Demonstration gemacht." Fassen Sie die Bedeutung dieser Äußerung auf. Ich habe am 9. November an keine friedliche Demonstration gedacht. Ich finde es nicht schön, wenn man nicht den Mut hat, zu dem, was man getan hat, sich auch zu bekennen.
Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

UNFRIED (persönliche Erklärung): Die Demonstration am 9. November war als friedliche geplant, sie ist aber über die Köpfe der Führer hinausgewachsen.
Als Ergebnis der Aussprache lehnten es die Ausschüsse ab, die Freilassung der Verhafteten bei der Regierung zu erwirken.

Punkt 2 der Tagesordnung[57]):

UNFRIED: Ich beantrage die Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Insassen der Irrenanstalten, die sich wegen politischer Vergehen insbesondere dort befinden. Die Kommission muß schleunigst, möglichst diese Woche noch, in Aktion treten.

BLOS: Ich habe gegen eine solche Kommission nichts einzuwenden. Die Sache dürfte aber nicht so leicht sein. Der beste Psychiater wird nicht so leicht über den Zustand eines geistesgestörten Menschen befinden können. Die Irrengesetzgebung muß von Haus aus gründlich revidiert werden. Wir wissen auch noch nicht, ob die Reichsgesetzgebung sich mit der Sache befassen wird. Es kann jedenfalls nichts schaden, wenn eine solche Kommission gebildet wird. Ich bitte mir eine Abschrift des Antrags zu senden, damit ich mit der Regierung verhandeln kann.
Weitere Debatte.
[Ein] Antrag UNFRIEDS wird angenommen: „Der Landesausschuß der A.- und S.-Räte beschließt, sofort eine Kommission von fünf Mitgliedern zur Kontrolle und Nachprüfung der in Irrenhäusern Internierten einzusetzen. Die Regierung wird ersucht, der Kommission Vollmacht zur Ausführung des Beschlusses zu erteilen."
Als Mitglieder zu dieser Kommission werden von den Ausschüssen gewählt: Genosse Ott vom A.-Rat, Genosse Reber vom S.-Rat.
Zu dieser Kommission sollen noch zwei Fachärzte (ein Zivil- und ein Militärarzt) sowie

---

[56]) Im Or.: und.
[57]) Kontrolle der Irrenhäuser bezüglich der dort wegen politischer Handlungen festgesetzten Personen.

ein Rechtsanwalt treten. Das Weitere bezüglich der drei letzteren Kommissionsmitglieder veranlassen die oben Gewählten[58]).

Punkt 3 der Tagesordnung[59]):

BLOS: Wir sind nicht schuld daran, daß wir in diese eigenartige Situation geraten sind. Es ist eine eigenartige Sache, hier darüber zu beraten, wie man das Ministerium gestalten soll, wo Leute mitdiskutieren, die gegen die Regierung gearbeitet haben. Ich bitte um Vorschläge, wie wir in diesem Falle verfahren sollen.

ZERNICKE macht dazu verschiedene Ausführungen.

BLOS: Ich mache Ihnen folgenden Vorschlag: Sie schicken zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Regierung einige Vertreter, die dann in der Angelegenheit beraten. Damit dürfte die Sache ihre Erledigung finden.

GRUHNERT: Ich beantrage, vier Mitglieder zu dieser Kommission zu bestimmen.

Der Antrag Gruhnert wird angenommen und folgende Kommission bestimmt: Genossen Zernicke, Dreher vom A.-Rat, Genossen Wicker, Frick vom S.-Rat[60]).

Punkt 4 der Tagesordnung[61]):

ZERNICKE: Genosse Blos hat bereits erwähnt[62]), daß in Degerloch nach Waffen gesucht wurde und daß dabei eben die Schriftstücke und die Platten gefunden worden sind. Die vier bestimmten Genossen können auch über diese Frage mit der Regierung Rücksprache nehmen, um eine Aufklärung darüber zu bekommen, wer den Befehl der Beschlagnahme erteilt hat und welche Befugnisse der Garn.-Rat in solchen Fragen hat.

UNFRIED: Es muß festgestellt werden, ob die Regierung selbständig, ohne vorher mit dem Landesausschuß des A.- und S.-Rats in Verbindung zu treten, in die Pressefreiheit eingreifen kann.

ZERNICKE: Wir werden dafür sorgen, daß die Platten pp. zurückgegeben werden und werden Verwahrung dagegen einlegen, daß unbotmäßigerweise Beschlagnahmungen derartiger Dinge vorgenommen werden. Wir billigen Eingriffe der Regierung in die Pressefreiheit nicht.

Punkt 5 der Tagesordnung[63]):

UNFRIED: Die U.S.P. und der Spartakusbund haben sich mit den Angehörigen der Opfer der Demonstration[64]) verständigt, daß dieselben würdig bestattet werden sollen. Die Opfer sollen öffentlich aufgebahrt werden auf dem Schloßplatz (Große Erregung und Entrüstung bei den Ausschüssen). Dort sollen würdige Ansprachen gehalten werden.

---

[58]) Zum Untersuchungsergebnis dieser Kommission s. Nr. 7, S. 160.

[59]) Neubesetzung der Ministerien.

[60]) Die beiden Landesausschüsse befaßten sich in ihrer gemeinsamen Sitzung am 15. 1. 1919 mit der Kabinettsumbildung. Mit der Ernennung Schlickes (vgl. Nr. 9 Anm. 137) zum Arbeitsminister und dem Wechsel Lindemanns in das Innenministerium war man einverstanden, nicht aber mit dem Vorschlag, den Stuttgarter Stadtkommandanten Reinhardt zum Kriegsminister zu ernennen. Nach der Meinung Zernickes, der sich die übrigen Landesausschußmitglieder anschlossen, sollten bei der Neubesetzung der Ministerien „nur Mehrheitssozialdemokraten" berücksichtigt werden. Deshalb sollte, wie die beiden Landesausschüsse übereinstimmend feststellten, nicht Reinhardt, sondern der Sozialdemokrat Herrmann (vgl. Nr. 6 Anm. 60) das Kriegsministerium übernehmen (vgl. das Sitzungsprotokoll in: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84). Diesem Wunsch entsprach die Regierung dann auch.

[61]) Eingriffe des Garn.-Rates Stuttgart in die Pressefreiheit.

[62]) Vgl. oben S. 323 und Anm. 41.

[63]) Stellungnahme zur Bestattung der Opfer der kürzlichen Demonstrationen.

[64]) Bei den bewaffneten Auseinandersetzungen am Nachmittag des 10. 1. waren vier Menschen getötet worden, vgl. Anm. 51.

Die Arbeiter müssen an der Beerdigung restlos teilnehmen können. Die Opfer sollen auf dem Waldfriedhof beerdigt werden, weil dieser Friedhof als Heldenfriedhof bezeichnet wird. Die Kosten sollen von der Stadtverwaltung übernommen werden. Die Hinterbliebenen sollen von der Regierung in der erforderlichen Weise unterstützt werden. Die würdige Bestattung kann nur von einem öffentlichen Platze aus erfolgen. Der A.-Rat soll die nötigen Schritte unternehmen.

BISSINGER (Garn.-Rat): Vorhin war die Frau eines Opfers da und hat sich nachdrücklich verbeten, daß die Sache mit der Beerdigung aufgebauscht wird. Sie will ihren Toten in aller Stille beisetzen lassen.

GRUHNERT: Bei einer solchen öffentlichen amerikanischen Reklamebestattung trägt man nicht der Pietät Rechnung, sondern treibt geradezu Schindluder mit derselben.

FRICK: Eine derartige Spießbürgerpietät ist in Sozialdemokratenkreisen bisher nie üblich gewesen. Es genügt, wenn man den Opfern ein Begräbnis schafft, wie es jedem anständigen Bürger zusteht.

ZERNICKE: Niemand unter uns wird wohl der Meinung sein, daß die Opfer wie die Hunde verscharrt werden sollen. Wenn an den Landesausschuß die Forderung gestellt wird, die Opfer würdig zu bestatten, so muß auch der Landesausschuß die Anordnungen treffen können. Will der Spartakusbund aber nur die Kosten bewilligt, im übrigen aber die Anordnungen selbst treffen, so müssen wir es ablehnen, uns an der Sache zu beteiligen. Ich beantrage, bei der Stadtverwaltung anzuregen, daß die Kosten der Beerdigung von der Stadtverwaltung übernommen und den Hinterbliebenen bei Bedürftigkeit Unterstützungen gewährt werden[65]).

Der Antrag wird angenommen und die Genossen Gehring und Stetter mit der Führung der Verhandlungen bei der Stadtverwaltung beauftragt.

Der von Crispien vorgelegte Antrag „Die Leitung der heutigen Volksversammlung im Sieglehaus (12. Januar 1919) wird beauftragt, bei den A.- und S.-Räten dahin zu wirken, daß von allen Soldaten, die am 9. und 10. Januar 1919 von der Regierung gegen die Demonstrationen aufgeboten worden sind, Alter, Beruf, Stand und militärischer Rang, den sie bis zum 9. November 1918 bekleidet haben, öffentlich bekanntgegeben wird", wird als erledigt betrachtet und kommt nicht zur Abstimmung.

Die nächste gemeinsame Sitzung findet am Montag, den 20. Januar, statt.

Schluß der Sitzung 7.45 nachmittags.

---

[65]) Vgl. dazu auch Nr. 9 Anm. 9.

## 12. Die Sitzungen der Landesausschüsse vor und während des Generalstreiks Ende März/Anfang April 1919

*a) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 24. März 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84[1]). Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Gemeinsame Sitzung am 24. März 1919".**

GEHRING eröffnete [um] 11 Uhr 15 Min. die Sitzung und erteilt zunächst Bettinger das Wort zu einer Erklärung.

BETTINGER bemerkt, daß der Landesausschuß der S.-Räte sich etwas anders zusammengesetzt hat wie früher[2]) und wünscht auch fernerhin ein gutes Zusammenarbeiten. Als 1. Punkt kommt der geplante Generalstreik[3]) zur Sprache.

---

[1]) Im Protokollbestand des Landesausschusses der S.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18) findet sich eine weitere von Benack abgezeichnete Protokollfassung, die geringfügig von der hier abgedruckten Fassung abweicht. Nach den Angaben in der Überschrift dieser zweiten Protokollfassung nahmen an der Sitzung 27 Mitglieder teil.

[2]) Auf der 4. Landesversammlung der S.-Räte war ein neuer Landesausschuß gewählt worden (vgl. Nr. 7, S. 217), der unmittelbar vor der gemeinsamen Sitzung der beiden Landesausschüsse am 24. 3. 1919 seine konstituierende Sitzung abgehalten hatte (vgl. dazu das Protokoll dieser Sitzung: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18).

[3]) Die Vorgeschichte dieses Generalstreiks reicht zurück bis in die Wochen nach den Januarunruhen, in denen sich in Württemberg erste Anzeichen einer Radikalisierung der Arbeiterschaft bemerkbar machten. Die Enttäuschung über das unbefriedigende Abschneiden der Arbeiterparteien bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Landesversammlung und zur Nationalversammlung, die ungeklärte außenpolitische Lage des Reiches, Gerüchte über eine drohende Gegenrevolution sowie die schwierige Ernährungs- und Beschäftigungssituation waren mit die Ursachen dafür, daß sich Teile der Arbeiterschaft vom Einfluß der SPD und der Gewerkschaften zu lösen begannen, um sich der von der KPD und der USPD propagierten Bewegung zur „Einigung des Proletariats über die Köpfe der Führer hinweg" zuzuwenden. Einen ersten Vorstoß, in Württemberg einen Generalstreik einzuleiten, unternahmen KPD und USPD nach der Ermordung des bayerischen Ministerpräsidenten Eisner am 21. 2. 1919. Zu diesem Zeitpunkt scheiterte ihr Vorhaben aber noch – nur in Heilbronn kam es zu einem kurzfristigen Generalstreik (vgl. Nr. 7 Anm. 67) –, weil die SPD, die Gewerkschaften und auch die beiden Landesausschüsse die Streikforderungen von KPD und USPD ablehnten (vgl. Nr. 9 Anm. 53). Im Laufe des Monats März intensivierten die beiden Parteien ihre Agitationsarbeit vor allem im Stuttgarter Industriegebiet. In zahlreichen Betriebsversammlungen wurde ein spontaner Zusammenschluß der revolutionären Arbeiter ohne die Beteiligung der Gewerkschafts- und Parteiführer propagiert und organisatorisch vorbereitet durch die Wahl von Aktionsausschüssen und Einigungskomitees. Diese Bewegung hatte in der Arbeiterschaft bis Ende März so viel Einfluß gewonnen, daß die von ihr aufgestellten Forderungen (vgl. Anm. 5, 8), deren Erfüllung notfalls durch einen Generalstreik erzwungen werden sollte, weder von den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie noch von der Regierung und den beiden Landesausschüssen einfach ignoriert werden konnten. Vorgeschichte und Verlauf des Generalstreiks in Württemberg sind in der Literatur am ausführlichsten behandelt bei Blos, Monarchie II, S. 38 ff.; Kling, S. 200 ff.; Walcher, Revolutionäre Ereignisse, S. 499 ff., und Weller, Staatsumwälzung, S. 246 ff.; mit den militärischen Aktionen in den ersten Apriltagen befaßten sich vor allem Hahn, S. 73 ff., und Darstellungen V, S. 31 ff.; vgl. auch Keil, Erlebnisse II, S. 158 f., und III. Gesch. 1929, S. 386 f. Zahlreiche Einzelheiten über den Verlauf der Streiktage finden sich außerdem in der Tagespresse:

GROSSHANS berichtet von der Sitzung der Einigungskommission[4]) am 22. März. Da die Forderungen der Einigungskommission von der Regierung abgelehnt wurden[5]), so wurde eine 9gliedrige Kommission[6]) gewählt, die den Generalstreik für Württemberg einleiten soll. Dies soll durch Ausarbeiten eines Programms und durch Betriebsversammlungen geschehen. Die 9gliedrige Kommission hofft mit dem Landesausschuß der A.- und S.-Räte zusammenzuarbeiten.
Da Gruhnert anwesend ist, ohne noch zum Landesausschuß zu gehören[7]), wird gewünscht, daß er nicht an den weiteren Verhandlungen teilnehmen soll. Diesem Wunsch kommt Gruhnert freiwillig nach.

GEHRING wünscht, daß der Landesausschuß Stellung nehmen soll zu dem vom Aktionsausschuß vorliegenden Programm[8]). Die Mehrheitspartei müsse dies[es Programm] unbedingt ablehnen.

ENGELHARDT erklärt, daß sich die U.S.P. auf den Boden des Programms stelle.

BETTINGER stellt fest, die S.-Räte hätten sich mit der Regierung über die Kommandogewalt geeinigt[9]), womit sie der Regierung ihre Anerkennung ausgesprochen haben, und können sich daher mit dem Programm nicht einverstanden erklären.

---

Schwäbische Tagwacht Nr. 69–79 vom 24. 3.–4. 4. 1919, Nr. 86 vom 12. 4. 1919; Stuttgarter Neues Tagblatt Nr. 149–151 vom 24. 3.–25. 3. 1919, Nr. 163–164 vom 31. 3. bzw. 1. 4. 1919, Nr. 165/172 vom 5. 4. 1919; Schwäbischer Merkur, Nr. 139–152 vom 24. 3.–1. 4. 1919, Nr. 153 vom 5. 4. 1919; Württemberger Zeitung Nr. 73–76 vom 28. 3.–31. 3. 1919, Nr. 77/80 vom 5. 4. 1919. Zu einer ausführlichen Debatte über Hintergründe und Verlauf des Generalstreiks kam es in der Verfassunggebenden Landesversammlung am 14. 4. 1919 (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, S. 298 ff., teilweise abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 54 ff., 83 ff.). Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 31) befindet sich eine umfangreiche Sammlung von Flugblättern, die während des Generalstreiks veröffentlicht wurden. Vgl. auch Purlitz, Revolution II, S. 249 ff.

4) Großhans meint hier das „Komitee des Vereinigten Proletariats", das am 20. 3. 1919 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten war. Ihm gehörten Vertreter der in den verschiedenen Betrieben gewählten Aktionsausschüsse an. Nach Walcher (Revolutionäre Ereignisse, S. 503) waren in diesem Komitee auch 65 Parteimitglieder der SPD.

5) Das „Komitee des Vereinigten Proletariats" hatte am Morgen des 21. 3. 1919 eine Delegation zur Regierung entsandt, um die sofortige Erfüllung folgender vier Forderungen zu erreichen: „1. Freilassung der politischen Inhaftierten. 2. Aufhebung des Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel. 3. Wiedereinstellung der anläßlich des Generalstreiks [im Januar] Gemaßregelten. 4. Sofortige Neuwahl der Arbeiterräte und Soldatenräte auf der Grundlage der im Aktionsprogramm [vgl. Anm. 8] bestimmten Richtlinien" (abgedruckt u. a. bei Kling, S. 208). Blos hatte noch am gleichen Tage in seinem Antwortschreiben (abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 45) die Erfüllung dieser Forderungen abgelehnt.

6) Dieser Kommission, die sich in der Folgezeit „Aktions-Ausschuß des geeinigten Proletariats" nannte, gehörten Mitglieder der KPD, der USPD und der SPD an. Die Namen dieser Mitglieder sind indessen nirgendwo geschlossen aufgeführt. Von der SPD gehörte dem Aktions-Ausschuß u. a. Karl Mikeler an.

7) Gruhnert war bis zum 21. 3. 1919 Mitglied des Landesausschusses der S.-Räte gewesen und hatte bei der Neuwahl auf der 4. Landesversammlung nicht mehr kandidiert.

8) Dieses Programm, das vom „Komitee des Vereinigten Proletariats" (vgl. Anm. 4) beraten und verabschiedet worden war, hatte der Sozialdemokrat am 24. 3. 1919 als „Kundgebung des geeinigten Proletariats" veröffentlicht (vollständig abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 46 ff.). Diese Kundgebung schloß mit der Formulierung von 11 Forderungen, die „später" verwirklicht werden sollten. Dazu gehörte auch die Forderung nach Neuwahl der A.-Räte auf der Grundlage des Verhältniswahlrechtes. Von den SPD-Vertretern in den Landesausschüssen wurde in der Sitzung am 24. 3. 1919, wie aus der von Benack abgezeichneten Protokollfassung hervorgeht (s. Anm. 1), vor allem der erste Punkt dieser Forderungen abgelehnt, der die „Schaffung eines sozialistischen Gemeinwesens auf der Grundlage des Rätesystems für Reich und Gemeinde unter Aufhebung der Bundesstaaten" verlangte (vgl. auch Anm. 14).

9) Vgl. dazu die von der 4. Landesversammlung der S.-Räte verabschiedeten „Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheeres" (abgedruckt als Nr. 29).

GROSSHANS spricht aus, daß die Aktion[10]) nach dem Gesagten ins Wasser falle, was ihnen nur recht sein könne, die U.S.P. würde dies schon ausnützen. Von verschiedenen Soldaten wird eine Einigung gewünscht, wenn die bis jetzt nicht erfolgt sei, so seien daran nur die Führer schuld.

NESPER hebt hervor, das Programm[8]) sei nur von den Radikalen aufgestellt worden, womit sie die Führung in die Hand bekommen wollen. Es sei also nur ein Manöver mit dem Einigungsrummel.

FAUSEL bemerkt, eine jede Richtung ringe bei der Revolution um die Macht, und weil die Regierung der Masse nicht entgegenkomme, so wolle sich das Proletariat einigen, um seinen[11]) Willen zur Geltung zu bringen.

Von ENGELHARDT wird es zurückgewiesen, daß die U.S.P. hinter dem Einigungsausschuß stehe. Die Aktion sei nur durch die Hartnäckigkeit der Regierung so weit gekommen, sie trage daher allein die Schuld.

GEHRING unterstreicht nochmals, auf dies Programm[8]) könne sich die Mehrheit nicht stellen, wenn sie sich nicht selbst verraten wollte.

Dasselbe gibt auch GRÄTER kund. In den Betrieben seien keine Außenstehende zu der Einigung zugelassen worden[12]).

Bei der Abstimmung für oder gegen das Aktionsprogramm[8]) [entfielen]: 6 Stimmen dafür; 17 Stimmen dagegen; 4 Enthaltungen. Über eine Kundgebung über obigen Beschluß entspinnt sich eine längere Aussprache; hierzu[13]) werden die Genossen Gehring und Bettinger bestimmt[14]).

Von GROSSHANS wird die Anfrage gestellt, ob es seine Richtigkeit habe, daß vom Neuen Schloß 6 Betten abgeholt worden seien auf eine Bescheinigung des Ministers Heymann hin.

Dies soll durch Gräter untersucht werden.

BISSINGER bringt eine Ausweisung eines Elsässers vor, der Kriegsteilnehmer ist.

Die Angelegenheit soll untersucht werden.

ENGELHARDT bringt nochmals zur Sprache, daß die Sicherheitskompanien[15]) schon zur Landplage geworden seien und die Leute stets mit geladenen Gewehren rumlaufen.

ACKERMANN will darauf hinwirken, daß die Soldaten möglichst nicht mehr mit geladenen Gewehren rumlaufen sollen.

Von anderer Seite wird der Vorwurf zurückgewiesen.

---

[10]) Gemeint ist ein gemeinsames Vorgehen des „Aktions-Ausschusses des geeinigten Proletariats" (s. Anm. 6) und der beiden Landesausschüsse.

[11]) Im Or. irrtümlich: ihren.

[12]) Zur Situation in den Betrieben vgl. Anm. 17. Zu der von der SPD und den Gewerkschaften eingeleiteten Gegenoffensive vgl. Blos, Monarchie II, S. 49 f.; s. dort auch die von den Betriebsvertrauensleuten der SPD verabschiedeten Forderungen, die von der Regierung sofort akzeptiert wurden.

[13]) Gemeint ist: zur Ausarbeitung einer diesbezüglichen Erklärung.

[14]) Diese Erklärung wurde am 25. 3. 1919 von der Presse veröffentlicht (vgl. Schwäbische Tagwacht Nr. 70 vom 25. 3. 1919). In ihr wird betont, der erste Punkt des Aktionsprogramms (vgl. Anm. 8) sei „nur durch den Sturz der gegenwärtigen Regierung" zu verwirklichen. Die Landesausschüsse stünden jedoch „nach wie vor hinter der Regierung"; sie seien davon überzeugt, daß durch die Übertragung der gesamten Staatsgewalt auf die A.-, B.- und S.-Räte „die ungeheuren wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten" nicht überwunden werden könnten. Am 28. 3. 1919 distanzierte sich auch die Fraktion der SPD im „Komitee des Vereinigten Proletariats" in einer Presseerklärung (abgedruckt ebd., Nr. 74 vom 29. 3. 1919) vom Aktionsprogramm. In dieser Presseerklärung wird festgestellt, „das durch Überstimmung zustande gekommene Aktionsprogramm" sei nicht die geeignete Grundlage für eine Zusammenarbeit der drei Arbeiterparteien; die SPD-Vertreter würden nur dann wieder im Komitee mitarbeiten, wenn das Aktionsprogramm zurückgezogen werde.

[15]) Zu Organisation und Ausbau der Sicherheitskompanien vgl. Nr. 5 Anm. 14 und 34.

ENGELHARDT stellt fest, daß das Auftreten der Sicherheitskompanien auch von anderen Seiten stark getadelt worden sei.

*b) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 31. März 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84[16]). Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Gemeinschaftliche Sitzung vom 31. März 1919".**

GEHRING eröffnet 10 Uhr 50 die Tagung. Der Generalstreik ist ausgebrochen. Heute morgen 9 Uhr wurde die Arbeit eingestellt[17]). Wir können im Neuen Schloß nicht mehr verbleiben, da die Masse uns ausheben will. Wir müssen nun einen Beschluß herbeiführen, wo wir tagen.

FAUSEL: Sind wir beschlußfähig?

GRÄTER: Es muß eine Klärung geschaffen werden, ob beschlußfähig oder nicht.

BETTINGER: Es sind Umstände eingetreten, die uns an die Seite der Regierung rufen. Wir müssen gemeinsam mit der Regierung Beschlüsse fassen, damit wir uns nicht in Gegensatz zur Regierung stellen.

ENGELHARDT lehnt jede Betätigung ab, da er die Verantwortung nicht tragen könne.

GRÄTER: Die Regierung und der A.-Rat müssen an einem Orte ungestört tagen können.

FAUSEL: Diese Besprechung hätte im Neuen Schloß stattfinden müssen. Wir stellen uns auf seiten der Arbeiter. Der A.- und S.-Rat hat nichts hinter sich als Militär.

Ministerpräsident BLOS: Die Herren haben sich alle Mühe gegeben, eine Krisis herbeizuführen. Es ist nicht der Gegensatz Regierung und Arbeiter, sondern der Sturz der Regierung, was sie wollen. Der Ministerpräsident empfiehlt, im Neuen Bahnhof bei der Regierung zu tagen. Wer den Sturz der Regierung will, soll sich ruhig entfernen.

ENGELHARDT will feststellen, daß er auf Grund seiner Überzeugung sich nicht in Gegensatz zu den Arbeitern stellen kann.

HOF: Wir wollen nicht mehr wie am 9. Januar 1919 unter dem Drucke des Roten Soldatenbundes terrorisiert werden[18]).

STETTER: In dem Moment, da Sie sich in Gegensatz zu der Arbeiterschaft stellen, tun Sie das gleiche zu den Beschlüssen der Landesversammlung der A.- und S.-Räte Württembergs.

FAUSEL: Der Regierung Forderungen zu stellen, dazu haben wir doch das Recht, sonst haben wir ja gar kein Recht.

---

16) Für diese Sitzung findet sich im Protokollbestand des Landesausschusses der S.-Räte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18) eine identische Protokollfassung.

17) In den Tagen zwischen dem 24. 3. und dem 31. 3. 1919 war in den meisten Stuttgarter Betrieben über die Einleitung eines Generalstreiks abgestimmt worden. Dabei hatte sich, wie der Tagespresse zu entnehmen ist (vgl. Anm. 3), fast überall eine Mehrheit für den Generalstreik ausgesprochen: In den Daimler-Werken in Untertürkheim z. B. stimmten 4625 Arbeiter für den Generalstreik, 1931 Arbeiter dagegen. Es kann daher angenommen werden, daß sich auch sehr viele sozialdemokratische Arbeiter spontan der Streikbewegung anschlossen (vgl. dazu auch Nr. 12 f., S. 337). Für die Behauptung Hahns (S. 75), in den Betrieben habe „blindwütiger Terror der Radikalen" geherrscht, jede gemäßigte Meinung sei „mit Fäusten, Hämmern, Stahlstangen usw. niedergehalten" worden, finden sich in der Tagespresse keine Belege. Zur Ausbreitung des Generalstreiks, der am Morgen des 31. 3. in den Bosch- und Daimler-Werken in Untertürkheim begann und im Laufe des Tages das gesamte Stuttgarter Industriegebiet sowie die Oberämter Cannstatt, Eßlingen und Böblingen erfaßte, vgl. Kling, S. 209 f.; Blos, Monarchie II, S. 59.

18) Zu den Ereignissen im Januar 1919 vgl. Nr. 11.

GEHRING: Bei Forderungen an die Regierung kommt ihr letzter Absatz mit allen Mitteln in Wegfall[19]).

BETTINGER: Wenn die Regierung eine Forderung bewilligt, kommen neue, und wenn die Masse auf der Straße [ist], dann heißt es: Nieder mit der Regierung.

BONATZ: Die Regierung hat doch geantwortet, das Verfahren gegen Hoernle und Genossen zu beschleunigen[20]).

Ministerpräsident BLOS: Wir können das Verfahren nicht niederschlagen. Die Angeklagten haben ja selbst den Prozeß gegen sich eingeleitet. Es wäre Korruption, in jedes Strafverfahren einzugreifen. Seit drei Wochen sind doch Flugblätter verbreitet, die den Sturz der Regierung fordern. Die Regierung hat niemand gereizt. Wir sind stets in Verhandlungen eingetreten. Auf unsere Macht haben wir uns nie gestützt. Den A.-Rat bitte ich, auf seinem Standpunkt zu bleiben. Wir garantieren dem einzelnen für Freiheit.

HEINDEL: Die Vorgänge vom 9. Januar 1919[18]) wollen wir verhindern, die Masse wartet auf uns.

GEHRING: Wir kommen zur Abstimmung, ob wir im Neuen Bahnhof oder im Schloß tagen[21]).

Tagung im Neuen Bahnhof gegen 4 Stimmen angenommen. Hierauf verlassen die Gegenstimmen die Sitzung[22]).

Ministerpräsident BLOS: Es handelt sich hier um die bolschewistische Frage, angenehm ist die Situation nicht. Russen und Spartakus sind unsere unversöhnlichen Feinde. Ich habe die Überzeugung, daß bald andere Räte neben uns tagen.

Schluß 11 Uhr 30.

### *c) Sitzung des Landesausschusses der Soldatenräte am 31. März 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 18. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Sitzung des L.A. vom 31. März 1919, eröffnet durch Kamerad Bettinger 11 Uhr 45".**

SCHÄFFLER: Die Soldaten haben sich zu[23]) einem großen Teil gegen uns erklärt[24]). Wir wollen uns nicht abschneiden von unseren Kameraden.

BIESINGER: Wir können mit der Regierung tagen und Beschlüsse fassen, aber unserer Arbeit gehen wir nach.

---

[19]) Der „Aktions-Ausschuß des geeinigten Proletariats" hatte von der Regierung am 31. 3. 1919 erneut die sofortige Erfüllung der bereits am 21. 3. 1919 aufgestellten Forderungen (vgl. Anm. 5) verlangt. Gehring bezieht sich hier vermutlich auf den vierten Punkt, die geforderte Neuwahl der A.-Räte.

[20]) In seinem Antwortschreiben an das „Komitee des Vereinigten Proletariats" (vgl. Anm. 5) hatte Blos mitgeteilt, daß die Voruntersuchung gegen die bei den Januarunruhen verhafteten Spartakistenführer (vgl. Nr. 11 Anm. 32) am 22. 3. abgeschlossen werde und „in kürzester Frist die Hauptverhandlung in Aussicht zu nehmen ist". Der Prozeßbeginn, der ursprünglich auf den 11. 4. 1919 festgesetzt war, wurde dann auf Anfang Juni verschoben, um der Verteidigung genügend Zeit zur Vorbereitung zu geben.

[21]) Der Neue Bahnhof war besser durch Sicherheitstruppen zu verteidigen als das gefährdetere Neue Schloß in der Stadtmitte. Im Bahnhof tagte außerdem seit dem Ausbruch des Generalstreiks die Regierung, die sich hierher auch schon während der Januarunruhen zurückgezogen hatte (vgl. Nr. 11 Anm. 23).

[22]) Das waren die in der Sitzung anwesenden Vertreter der USPD: Fausel, Engelhardt und Hans Stetter. Wer als vierter KPD- bzw. USPD-Vertreter in dieser Sitzung anwesend war (ob Unfried oder Großhans), ist nicht zu ermitteln.

[23]) Im Or.: in.

[24]) Vgl. Anm. 26.

HOF ist einverstanden, wenn einige Kameraden ins Schloß gehen. Der Vollzugsausschuß[25]) aber muß bei der Regierung sein.

SCHINDLER: Die dringendsten Arbeiten nur führen wir aus.

BETTINGER: [Das] Telefon im Schloß ist gesperrt. Wir können von hier aus alles ordnen. Im Schloß ist man einer ungestörten Arbeit nicht sicher. Bei dringenden Sitzungen müssen wir erst unsere Mitglieder zusammenrufen. In den Kasernen können wir nichts erreichen. Hahn hat die militärische Leitung.

HOF: Wir verrichten die Arbeiten auf unseren Ressorts, sonst bleiben wir in der Nähe der Regierung.

HITZLER: Die Vorgänge am 9. und 10. Januar 1919[18]) haben wir verdammt, wer aber die Verhältnisse am Samstag in der Moltkekaserne gesehen hat[26]), muß in ein anderes Fahrwasser kommen. Der Vollzugsausschuß muß von uns allen unterstützt werden, da die Verantwortung eine zu große ist.

BETTINGER: Wir wollen nun endlich reinen Tisch haben. Einmal wird die Sache doch ausgetragen werden müssen. Einzelne Kameraden können zur Orientierung in die Stadt und uns hier dann Bericht erstatten. Diejenigen, die ins Schloß gehen, sind dort auf eigenes Risiko. Jede Äußerung kann nur als Privatsache angesehen werden, und hierfür ist der Landesausschuß nicht verantwortlich.

SCHINDLER: Weil auf allen Seiten Streik [ist], können wir unsere Geschäfte im Schloß nicht weiterführen.

*d) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 2. April 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84[16]). Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Gemeinsch. Sitzung vom 2. April 1919, anwesend 21 Mitglieder. Der Vorsitzende eröffnet 3 Uhr die Sitzung".**

GEHRING: Darf Genosse Eisele[27]) an der Sitzung teilnehmen?

KLOTZBÜCHER will Eisele in der Sitzung belassen.

Bei der Abstimmung wird die Anwesenheit Eiseles abgelehnt.

HITZLER: Die heutige Lage[28]) hat zwei Seiten, die militärische und die politische. Sie wird verschärft dadurch, daß Spartakus nach Geiseln sucht. Es sind verschiedene Überfälle auf Sicherheitskompanien erfolgt. Dabei sind Leute gefallen und verwundet, einige wahrscheinlich als Geiseln abgeführt[29]). Aus Eßlingen kommt heute gute Nach-

[25]) Seit der 4. Landesversammlung der S.-Räte gehörten dem Vollzugsausschuß der S.-Räte Bettinger, Schäffler und Hitzler an.

[26]) In der Moltkekaserne war das Regiment 125 stationiert, das teilweise unter kommunistischem Einfluß stand (vgl. dazu die Ausführungen Hahns in der Kabinettsitzung am 31. 3. 1919, HStA Stuttgart, E 130 b 214). Als sich dann am 1. 4. ein Demonstrationszug vor der Kaserne versammelte und die Gefahr bestand, daß die Soldaten den Demonstranten die in der Kaserne lagernden Waffenbestände auslieferten, ließ Hahn die Kaserne von Sicherheitstruppen umstellen. Daraufhin stellte sich das Regiment „nach der Entfernung einiger spartakistisch gesinnter Elemente" (so das Stuttgarter Neue Tagblatt Nr. 165/172 vom 5. 4. 1919) auf die Seite der Regierung. Vgl. auch Darstellungen V, S. 36 ff.; Hahn, S. 77 f.

[27]) Karl Eisele, von Beruf Holzarbeiter, Mitglied der Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (SPD).

[28]) Am 2. April wirkte sich der Generalstreik in Stuttgart voll aus: In den meisten Betrieben wurde nicht gearbeitet, der öffentliche Verkehr war stillgelegt, Post, Telefon und Bahn waren gesperrt, Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerk hielten nur noch einen Notdienst aufrecht, zahlreiche Geschäftsinhaber waren dem Aufruf zum Bürgerstreik (vgl. Anm. 32) gefolgt und hielten ihre Läden geschlossen, die bürgerlichen Tageszeitungen erschienen nicht, seit dem 1. 4. hatte die Regierung den Belagerungszustand (vgl. Anm. 34) verhängt.

[29]) Zwischen dem 31. 3. und dem 4. 4. kam es wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitstruppen, bei denen 19 Menschen den Tod fanden und 50 ver-

richt. Die Vereinbarung wird [dort] von Heindel durchgeführt[30]). Auf ein Auto wurde ein Angriff ausgeführt und der Chauffeur schwer verletzt. In Ludwigsburg ist auch Generalstreik ausgebrochen. Hier in Ludwigsburg sind sehr weitgehende Forderungen gestellt[31]). Lebensmittel sind in Stuttgart noch für drei Wochen. Das Bürgertum muß zur Aufgabe des Generalstreiks gezwungen werden[32]). Das Gaswerk gibt kein Gas mehr ab. Die Milchversorgung wird notdürftig durch Lastautos aufrechterhalten.

GEHRING: Nachdem Bissinger vom Garnisonrat Stuttgart eingetreten, muß auch hier eine Abstimmung vorgenommen werden.

BETTINGER: Hier ist dies nicht nötig, da die Anwesenheit Bissingers schon Beschluß ist.

Bissinger wird hierauf durch Abstimmung zugelassen.

ROTH: Die Stimmung in Feuerbach ist sehr erregt.

GEHRING: Nur mit Gewalt können wir die Ruhe hier nicht herstellen. Die Stimmung richtet sich gegen die Sicherheitskompanien. Man soll aber nur [den] Kopf hochhalten.

SCHIMMEL: Wir müssen alles daransetzen, die Streikenden wieder zurückzuführen. Über die Fälle von Grausamkeit muß eine genaueste Untersuchung eingeleitet werden. [Er] bringt den folgenden Antrag ein: Der Landesausschuß wolle eine Kommission mit der Untersuchung der Erzählung des Soldaten betrauen und die Wahrheit ergründen, ebenso über sämtliche Greuel, die publik wurden.

ACKERMANN: Die Landesversammlungen der A.- und S.-Räte haben Beschlüsse gefaßt, und diesen Beschlüssen ist keine Rechnung getragen worden[33]). Aus welchen Gründen ist der Belagerungszustand verhängt worden[34])? Die Sicherheitskompanie-Leute gehen zum Teil recht derb vor. Gewalt muß man nicht mit Gewalt vergelten. Die Personen, die die Macht haben, fragen nach uns nichts. Warum hat die Regierung die Verhaftung der Streikleitung ohne den Landesausschuß beschlossen[35])?

---

letzt wurden. Einer der schwersten Zwischenfälle ereignete sich am 2. 4. in Stuttgart-Ostheim, wo eine Sicherheitspatrouille überfallen und einer der Soldaten bestialisch ermordet wurde. Zu den verschiedenen bewaffneten Auseinandersetzungen vgl. Hahn, S. 78 f.; Weller, Staatsumwälzung, S. 248 f.; Blos, Monarchie II, S. 54 ff., und Darstellungen V, S. 37 ff.

30) In Eßlingen, das eine Hochburg der Kommunisten war, hatten Demonstranten am 31. 3. eine Sicherheitskompanie entwaffnet. Der Generalstreik brach hier erst zusammen, nachdem die Stadt am Morgen des 6. 4. von Truppen besetzt worden war. Zum Verlauf des Generalstreiks in Eßlingen vgl. Hahn, S. 79 ff.; Darstellungen V, S. 35 f., 39 f.; Blos, Monarchie II, S. 59, und Kling, S. 217 f.

31) Vgl. Nr. 23, S. 437 f.

32) In der Nacht vom 31. 3. zum 1. 4. hatte ein „Ausschuß für den Abwehrstreik" einen Aufruf verbreitet, in dem Beamte, Ärzte, Apotheker, Techniker, Rechtsanwälte und Geschäftsinhaber zum „Abwehrstreik" des Bürgertums aufgefordert wurden (abgedruckt in Württemberger Zeitung Nr. 76 vom 1. 4. 1919). Dieser Bürgerstreik, der weitgehend befolgt wurde, sollte, wie es in dem Aufruf hieß, „die Regierung unterstützen" und „den Arbeitswilligen die baldige Wiederaufnahme der Arbeit ermöglichen". Vgl. Kling, S. 210, 284 f., und Weller, Staatsumwälzung, S. 248.

33) Die 2. Landesversammlung der A.-Räte hatte am 2. 3. einen Antrag verabschiedet, in dem die sofortige Freilassung der inhaftierten Spartakisten gefordert wurde (vgl. Nr. 9a, S. 267). Einen fast gleichlautenden Antrag hatte auch die 4. Landesversammlung der S.-Räte verabschiedet (vgl. Nr. 7, S. 197).

34) Der Belagerungszustand war von der Regierung am Morgen des 1. 4. über das Gebiet des Stadtdirektionsbezirks Stuttgart, das Amtsoberamt Stuttgart und die Oberämter Eßlingen, Cannstatt und Böblingen verhängt worden. Diesen Beschluß hatte das Kabinett in seiner Sitzung am Abend des 31. 3. 1919 einstimmig gefaßt und die Landesausschüsse davon unterrichten lassen (vgl. das Protokoll der Sitzung: HStA Stuttgart, E 130 b 214). Die Verordnung ist u. a. abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 52 f. Zur rechtlichen Problematik des Belagerungszustandes s. auch Köhler, S. 24 ff.

35) Nach dem zusammenfassenden Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblattes (Nr. 165/172 vom 5. 4. 1919) über den Verlauf der Streiktage ließ die Regierung am Nachmittag des 2. 4. das Gewerkschaftshaus in Stuttgart, in dem die Streikleitung tagte, von Regierungstruppen beset-

BETTINGER: Wir haben nicht die Freilassung der Inhaftierten beantragt, sondern die Regierung um Stellungnahme veranlaßt[36]). Die Bürgerstreiks[32]) verurteile ich, da die Bürgerschaft[37]) dies ausschlachten wird. In den Lazaretten behandeln die Ärzte keine Zivilisten, die verwundet [wurden]. Hierüber müssen sofort die Ärzte angewiesen werden durch das Kriegsministerium.

HOF: Betreffend des Flugblattes, das Anstand gefunden hat, erklärt er, daß dieses dem Genossen Gehring vorgelegt [wurde], da Bettinger nicht anwesend [gewesen sei] und die Sache doch geeilt hätte[38]). Das Vorgehen der Posten und das Zuschlagen durch dieselben entspricht doch einem Rechte. Es sind doch die Beschützer der Regierung und unsere. Den Streik können wir nicht beenden. Es wäre Schwäche.

GRÄTER: Wir müssen mit unseren Genossen in Fühlung treten, um mit Verständnis für Beendigung des Streiks eintreten zu können. Wir sind Strohpuppen, die Macht übt Leutnant Hahn aus.

SCHIMMEL: Auch die Arbeiter, die wir vertreten, sind unzufrieden[39]). Ein einzelnes Mitglied kann keine Flugblätter verfassen; eine solche Handlung aber sollte niemand verteidigen. Die Nachrichten, die kommen, sind sehr anzuzweifeln. Den Streik mit Gewalt zu beendigen, wäre verfehlt. Es gibt doch noch einen andern Weg. Wir müssen aus eigenem Trieb etwas leisten und uns nicht immer schieben lassen.

Kriegsminister HERRMANN: Der Soldat, der die Greuel berichtete, schien sehr glaubwürdig. Auf alle Fälle muß die Angelegenheit untersucht werden.

GRÄTER wohnt in der Straße, in der die Greueltaten sich vollzogen haben sollen. Er habe bei allen Einwohnern Nachfrage gehalten, aber niemand habe etwas davon gehört oder gesehen.

SCHINDLER: Wir können keine Flugblätter herausgeben über Vorgänge, die nicht erwiesen sind. Durch die Verhaftung der Streikleitung[35]) wird die Masse führer- und verantwortungslos, und in diesem Falle sind noch mehr Gewaltakte zu befürchten.

HITZLER: Die Parteileitung und das Kartell[40]) sind eifersüchtig auf unsere Tätigkeit bei der Regierung.

Kriegsminister HERRMANN: Die vier Punkte des Programms des vereinigten Proletariats[41]) sollten nur einen Streit vom Zaun brechen. Die Führer wollen nur die Beseitigung der Regierung. Mit Gewalt können wir den Streik nicht unterdrücken. Der A.- und S.-Rat muß an die Öffentlichkeit treten. Man kann doch der Regierung nicht alles aufhalsen. Die streikenden Ärzte werde ich sofort zum Dienst verweisen.

SCHÄFFLER: Wie wird das Kriegsgericht zusammengesetzt, das sich aus dem Belagerungszustand ergibt? Wir wollen auch unsere Vertreter hierbei tätig sehen.

---

zen. Bei dieser Aktion wurden 14 Personen verhaftet, u. a. Anton Dorner, der Vorsitzende des Roten Soldatenbundes Stuttgart. Die Namen der übrigen Verhafteten sind nirgendwo aufgeführt. Im gleichen Bericht des Stuttgarter Neuen Tagblatts findet sich außerdem der Hinweis, die „Hauptführer" des Streiks hätten sich bei dieser Aktion einer Verhaftung entziehen können. Aus einem amtlichen Bericht der Regierung über den Verlauf der Streiktage, der in der Presse am 6. 4. 1919 (ebd., Nr. 174) veröffentlicht wurde, geht hervor, daß die Streikleitung seit dem 3. 4. „größtenteils" verhaftet gewesen sei. Wann das Kabinett die Verhaftung der Streikleitung beschlossen hat und wer verhaftet wurde, ist weder in den Kabinettsprotokollen noch in anderen Quellen oder Darstellungen erwähnt.

36) Vgl. Anm. 33.

37) So im Or. Sinngemäß richtiger: „da die Arbeiterschaft dies ausschlachten wird".

38) Hof meint hier wahrscheinlich die von den beiden Landesausschüssen am Morgen des 2. 4. als Flugblatt verbreitete „Warnung an die Einwohnerschaft Stuttgarts" (s. Schwäbische Tagwacht Nr. 78 vom 2. 4. 1919), in der es heißt, die Regierung sei gezwungen, „gegen den Terror einer kleinen verbrecherischen Gruppe rücksichtslos von ihren Machtmitteln Gebrauch zu machen".

39) Vgl. Anm. 3 und 17.

40) Gemeint ist das Gewerkschaftskartell.

41) Vgl. Anm. 5 und 19.

STANECKER will auch ein Mitglied des A.-Rats zu diesem Gericht gewählt haben.
Nun kommen die Anträge zur Abstimmung:
1. Antrag BETTINGER: Es soll eine Kommission gebildet werden aus je zwei Mitgliedern des Landesausschusses der A.- und der S.-Räte, die den Auftrag hat, während des Streikes die erforderlichen Flugblätter pp. unter Mitwirkung der Vorsitzenden auszuarbeiten und deren Herausgabe zu veranlassen.
[Der] Antrag wird angenommen. Die Kommission wird bestimmt: Bissinger, Schindler, Bonatz, Barthelmes.
2. Antrag BETTINGER: Das Kriegsgericht soll analog den[42]) anderen Militärgerichte[n] aus zwei Zivilrichtern, einem Kriegsgerichtsrat, zwei Richtern des A.-Rats, zwei Richtern des S.-Rats [gebildet werden]. Als Richter werden bestimmt: Kameraden Dürr, Kettner, Ersetzender Wollbold; Genossen Roth, Schimmel, Ersetzender Nesper[43]).
3. Antrag: [Bildung einer] Kommission zur Verbindung mit Partei [und Gewerkschafts]Kartell. Angenommen. Bestimmt werden Klotzbücher, Hitzler.
4. Antrag: [Bildung einer] Kommission zur Untersuchung der Greuelnachrichten – wird angenommen. Bestimmt werden Ackermann, Schimmel, Ersetzender Roth.
Schluß 6.15 Uhr.

*e) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 3. April 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84[16]). Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Gemeinsame Sitzung vom 3. April 1919, eröffnet durch Genossen Gehring 10.15 Uhr"[44]).**

[GEHRING]: Der Tätigkeit der gestern bestellten Kommission muß heute ihr Arbeitsfeld begrenzt werden. Sobald der Streik beendet [ist], muß mit der Agitation begonnen werden.

KETTNER stellt erneut den Antrag, den Genossen Eisele heute zur Sitzung zuzulassen. Dem Antrag gemäß wird der Zulassung stattgegeben.

HANUSCH[45]): Eine enge Fühlung der einzelnen Korporationen muß hergestellt werden. Jeder Schritt zur Beendigung des Streikes ist ein Fehler, der Streik muß sich vollständig verbluten. Er muß so lange geführt werden, bis die Arbeiter von selbst in die Betriebe kommen. Es muß reiner Tisch geschaffen werden. Schwankende Elemente müssen ausgeschieden werden.

GRÄTER: Die Streikleitung ist verhaftet[35]), wie soll nun der Streik beendet werden?

KLOTZBÜCHER: Es muß doch immer noch eine weitere Streikleitung bestehen, denn es wird doch immer noch weiterverhandelt.

HANUSCH[45]): Die Regierung soll erklären, die Betriebe sind geöffnet, wer arbeiten will, kann arbeiten, Schutz wird gewährt.

HOF: Die Regierung will nur, daß die Betriebe wieder geöffnet werden, daß die Arbeitswilligen eintreten können.

GEHRING: Wir wollen dem Volke zeigen, daß es sich nicht um eine Aktion des Proletariats gegen das Kapital, sondern nur um bolschewistische Tendenzen handelt.
[Gehring] teilt mit, daß heute nachmittag eine Sitzung der Vertrauensleute und des Kar-

---

[42]) Im Or. irrtümlicherweise: der.
[43]) Das Kabinett lehnte es in seiner Sitzung am Abend des 2. 4. 1919 ab, Mitglieder der Landesausschüsse in das Kriegsgericht aufzunehmen (HStA Stuttgart, E 130 b 214).
[44]) An dieser Sitzung und an den beiden folgenden Sitzungen (vgl. Nr. 12f, 12g) nahmen außer den Mitgliedern der Landesausschüsse auch Vertreter der SPD und der Gewerkschaften teil.
[45]) Im Or. findet sich der Name Harsch. Es handelt sich vermutlich um Alois Hanusch (geb. 1870), der dem Vorstand des Stuttgarter Gewerkschaftskartells angehörte (vgl. auch Arbeiterpresse 1927, S. 570).

tells tagt, an der unsere Kommissionen für Flugblätter und Verbindung[46]) teilnehmen werden[47]).

SCHIMMEL: Wir wollen von unserer Seite uns der Regierung anschließen und zur Arbeit auffordern.

HOF: Der Partei und den Gewerkschaften soll das überlassen bleiben.

SCHIMMEL: Den Appell an die Arbeiterschaft übernehmen wir mit der Regierung.

GEHRING: Es sind für beide Auffassungen Gründe vorhanden. Wir wollen jetzt eine Abstimmung vornehmen, ob wir jetzt zur Arbeit auffordern, oder ob wir uns auf den Standpunkt der Partei und Gewerkschaften, nichts zu unternehmen, stellen.

NESPER ist der Meinung, man sollte heute noch zuwarten.

SCHIMMEL: Wir dürfen den Moment nicht noch kritischer machen. Mit der Knappheit der Lebensmittel muß gerechnet werden. Wenn wir den Streik so bald wie möglich abschließen können, liegt dies im Interesse von Ruhe und Ordnung. Der Hunger macht für alles empfindlich. Bei allen Streikenden, die nicht aus politischen Gründen streiken, wird man hier Verständnis finden.

SCHINDLER: Wollen wir unseren Standpunkt hier festlegen oder warten bis nach der kombinierten Sitzung[47])?

BETTINGER: Die Stimmung der Gewerkschaften ist sehr wichtig. Wir wollen erst den Bericht der Sitzung abwarten und dann Stellung nehmen.

[Bettinger] bringt folgenden Antrag ein: „Die Kommission erhält keine Direktiven mit. In einer [für] heute abend einzuberufenden Sitzung gibt die Kommission Bericht und erfolgt unsere Stellungnahme."

HITZLER: Es geht jetzt schon ein großer Zug nach dem Lande, um Lebensmittel zu holen. In kurzem werden sie auch dort mangeln.

BONATZ will auch Genossen Schimmel bei der kombinierten Sitzung haben. Schimmel ist einverstanden.

BETTINGER: Für jeden Schutz können wir keine Garantie übernehmen, jedoch die größeren Betriebe wird man schützen können.

HITZLER: Hier muß man doch auch die Arbeitgeber fragen, ob sie auch ihre Betriebe öffnen.

GRÄTER: Im Prinzip sind wir uns einig, nur in der Form nicht. Wir alle wünschen die Beendigung des Streikes.

Hierauf kommt Antrag Bettinger zur Abstimmung, der angenommen wird.

HOF gibt noch bekannt, daß am 4. April 1919 ein General Bericht gibt über die Lage an der Ostfront im Generalkommando.

Schluß 11.40 Uhr.

*f) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 3. April 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84[16]). Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Gemeinschaftliche Sitzung vom 3. April 1919. Anwesend 22 Mitglieder, der Arbeitsminister, Gewerkschaftsvertreter, Parteivertreter und Mitglieder des Zehnerausschusses. Eröffnung 7 Uhr 50 durch Genosse Gehring".**

GRÄTER bringt einen Antrag ein, wonach Mitglieder der einzelnen Kommissionen an unseren Sitzungen teilnehmen können. Dem Antrag wird stattgegeben.

---

[46]) Zur Zusammensetzung dieser Kommissionen s. Nr. 12d.

[47]) Zum Verlauf dieser Sitzung, die am Nachmittag des 3. 4. 1919 stattfand, vgl. den Bericht Hitzlers (s. unten Nr. 12 f.).

HOF: Dem Ministerium liegt eine Gesetzesvorlage vor, die besagt, daß der, der andere an der Arbeit hindert, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft wird[48]).

HITZLER gibt Bericht [über den Verlauf] der Sitzung, die am Nachmittag mit den Vertrauensleuten [und] dem Landesvorstand der Partei stattgefunden hat. Ein Vertreter der Regierung konnte nicht anwesend sein. Während der Dauer des Generalstreiks sollte täglich im Landesausschuß der A.- und S.-Räte eine Sitzung anberaumt werden, an der Kommissionsmitglieder der einzelnen Organisationen teilnehmen. Der Kontakt zwischen Regierung, Partei, A.- und S.-Rat ist nun durch die Kommission wiederhergestellt. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß Gewerkschaft und Partei nicht zugunsten einer Beendigung des Generalstreiks eingreifen wollen. Es hätten auch viele Parteimitglieder für denselben gestimmt[17]). Die Regierung hätte eigenmächtig gehandelt, denn bei [der] Verhängung des Belagerungszustandes[34]) hätte man Partei und Gewerkschaften hören müssen. Einzelne Betriebe hätten weitergearbeitet, wenn die Unternehmer nicht die Arbeiter ausgestellt[49]) hätten. Durch die Verhaftung der Streikleiter[35]) hat die Regierung einseitig gehandelt und den Hebel nur nach links, nicht aber auch nach rechts angesetzt. Der Generalstreik richtet sich nicht gegen die Regierung, sondern in der Hauptsache gegen die Mehrheitssozialdemokratie. Studentenkompanien sind nicht nötig gewesen, andererseits haben sich keine Arbeiter zum Eintritt in Arbeiterkompanien gefunden.

GEHRING: Es wäre gut, den Standpunkt der Regierung zu hören. [Er] bittet den Arbeitsminister Schlicke um [eine] diesbezügliche Erklärung.

Arbeitsminister SCHLICKE: Der Vorwurf, zuwenig Fühlung [gehalten zu haben], entbehrt jeder Grundlage. Der Belagerungszustand wurde hauptsächlich aus dem Grund verhängt, um sofort allen Plünderern entgegentreten zu können. Wie der Landesausschuß der A.- und S.-Räte sich im kritischen Moment zur Regierung gefunden [hat], so wäre es auch Sache der Parteileitung und der Gewerkschaften gewesen. Die Streikleitung wurde verhaftet[35]), um der Sache den Kopf zu nehmen. Der Bürgerstreik war ein großer Fehler, und die Regierung hat auch diesen verworfen. Die Studenten haben sich der Regierung zur Verfügung gestellt in der Annahme, die Arbeiter kämpften auch für diese an ihrer Seite. Der Generalstreik hätte diese Ausdehnung nicht bekommen, wenn nicht der Bürgerstreik[32]) eingesetzt hätte. Es besteht Pressefreiheit. Man konnte nur den „Sozialdemokrat" sperren, denn dieser hatte sich gegen Pressefreiheit und Regierung vergangen[50]).

DREHER: Die Gewerkschaften haben auf eine Beendigung des Generalstreiks hinzuwirken. Wenn der Strafparagraph herauskommt[48]), gewinnt der Streik nur an Ausdehnung. Das Regierungsflugblatt zur Aufnahme der Arbeit wendet sich nur an die Arbei-

---

[48]) Das Kabinett hatte vorsorglich eine Verfügung ausarbeiten lassen, mit der die Arbeiter des Gaswerkes zur Wiederaufnahme der Arbeit veranlaßt werden sollten. Wer dem angeordneten Arbeitsgebot nicht Folge leistete, konnte – so der Text der Verfügung – „durch das außerordentliche Kriegsgericht auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahr, bei vorliegenden mildernden Umständen mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft" werden (vgl. dazu die Anlage zum Kabinettsprotokoll vom 4. 4. 1919, HStA Stuttgart, E 130 b 214). Bereits am 2. 4. hatte das Kabinett eine Proklamation verabschiedet, die am 3. 4. in der Presse veröffentlicht wurde, in der es hieß: „Arbeitspflicht gilt für jedermann. Wer sich ihr entzieht, versündigt sich an unserem Volk und an seiner Familie. Wir hoffen, daß alle besonnenen Elemente unserer Einwohnerschaft unserem Rufe treulich und freiwillig folgen werden, ohne daß es des Zwangs bedarf. Gegen die Widerstrebenden aber werden wir das Gesetz mit aller Schärfe anwenden" (abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 62 f.).

[49]) So im Or. statt richtig: ausgesperrt.

[50]) Die Regierung hatte am 1. 4. die Redaktionsräume des „Sozialdemokrat" von Sicherheitstruppen besetzen lassen und das Erscheinen der Zeitung verboten. Vgl. Blos, Monarchie II, S. 56.

ter, nicht an die Bürger. Die Schuld, zuwenig Fühlung [gehalten zu haben], liegt an der Regierung. Diese hat uns das Telefon gesperrt, und wir konnten uns nicht verständigen. Die Straßenbahner haben aus Rücksicht auf ihre Sicherheit und [ihr] Leben die Arbeit noch nicht aufgenommen. Die größten Unruhen und Ansammlungen sind dort, wo Sicherheitskompanie-Mannschaften sind. Wenn das Bürgertum so weiterfährt, schließt sich alles dem Generalstreik an. Die Arbeiter erklären, wir haben 4½ Jahre gehungert, nun kommt es auf drei Wochen auch nicht an. (Gegen Schlicke gewendet:) Gehen Sie genauso gegen das Bürgertum vor wie gegen die Arbeiter! Die Weiterführung des Bürgerstreiks ist genauso gefährlich wie der politische Streik der Arbeiter.

SCHIMMEL: Die Partei und die Gewerkschaften haben doch auch vor dem Generalstreik gewarnt. Wenn dieser erst mit Erschöpfung enden soll, dann werden wir etwas anderes erleben, als wir ahnen. Die Bürger fragen nicht nach der Regierung, sie wollen den Streik weiterführen. Mit Machtmitteln allein kann man die Arbeiter nicht auf den Boden zwingen. Das Gesetz gegen Arbeitsverhinderung[48]) darf nicht die Erfolge der Revolution vernichten. Mit dem Verbot des „Sozialdemokrat"[50]) wird das gleiche erzielt wie mit dem vorgenannten Gesetz. Die Presse kann man nicht knebeln. Die „Süddeutsche Zeitung"[51]) hat sich während der Revolution mehr geleistet als der „Sozialdemokrat".

Arbeitsminister SCHLICKE: Das Telefon ist nicht durch die Regierung, sondern durch die Verkehrsbeamten gesperrt.

ACKERMANN: Wir dürfen kein Ausnahmegesetz mehr zulassen.

HANUSCH[45]): Die Streikleitung ist nicht verhaftet, weil sie der Bewegung vorstand, sondern weil sie Gewalt gepredigt hat. Gen. Dreher und Schimmel vertreten nur den Standpunkt der Linken. [Er] verteidigt die Maßnahme der Regierung.

Antrag, die Redezeit auf fünf Minuten festzulegen, wird angenommen.

BIESINGER: Flugblätter dürfen nicht nur gedruckt werden, sondern müssen auch zur Verteilung kommen.

SCHALK wendet sich gegen das Gesetz [betr.] Bestrafung der Abhaltung von Arbeitswilligen[48]). Bei Verhaftung der Streikleitung[35]) ist zu weit gegangen worden. Das Kartell kann Vermittlung betreiben.

KELLERMANN[52]) wendet sich gegen den Strafparagraphen[48]). Die Streikleitung der Bürger darf nicht verhaftet werden. Einige Bauernbündler[53]) [zu] verhaften, würde das Zutrauen zur Regierung heben.

GRÖTZINGER: Wenn Züge fahren, würde der Streik abbröckeln. Der „Sozialdemokrat" hetzt ungemein.

Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

NESPER: Der Verkehr wird wahrscheinlich morgen wiederaufgenommen.

Arbeitsminister SCHLICKE: Die Streikleitung im ganzen hat man nicht erwischt. Für die Presse können wir kein Papier bewilligen, das wird vom Reich zugeteilt.

SCHIMMEL: Wenn die nur getroffen [würden], die den Streik proklamiert [haben], dann wäre es anders. Wenn der Generalstreik doch ein Schaden ist, dann müssen wir auch für Beendigung eintreten.

---

[51]) Die Süddeutsche Zeitung war das Organ der Deutschnationalen in Württemberg (vgl. Nr. 3 Anm. 37). Aufgrund eines Verbotes der Regierung konnte die Zeitung zwischen dem 5. 4. und dem 8. 4. 1919 nicht erscheinen.

[52]) Georg Kellermann (geb. 1881), von Beruf Stellmacher, gehörte dem Vorstand des Gewerkschaftskartells in Stuttgart an; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 572.

[53]) Gemeint ist der Bauern- und Weingärtnerbund, eine berufsständische Partei, die nach 1920 in Württemberg neben dem Zentrum die stärkste bürgerliche Partei war. Mitglieder des Bauern- und Weingärtnerbundes hatten dazu aufgerufen, nach Stuttgart keine Milch mehr zu liefern. Zur Milchversorgung der Stadt Stuttgart während des Generalstreiks s. auch Blos, Monarchie II, S. 63.

DREHER: Zum Wohle des Volkes treten wir für Beendigung des Generalstreiks ein. [Dreher] wendet sich dann noch gegen das Gesetz betr. Arbeitsverhinderung[48]).

SCHINDLER: Die Arbeiterschaft kann sich selbst einen Schutz geben. Um nicht Arbeiter gegen Arbeiter zu stellen, könnte man doch Studenten zum Schutz der Arbeitswilligen heranziehen.

MITSCHELE erklärt sich als Gegner von Studenten- und Arbeiterkompanien. Von der Zentralleitung der Sicherheitskompanien ist Befehl gegeben, nicht zu schießen, nur dann wenn Angriff erfolgt.

Hierauf erfolgt Abstimmung über die verhandelten Punkte:

1. Das Gesetz zur Bestrafung von Arbeitsverhinderung[48]) wird abgelehnt.
2. Das Recht der Regierung, Zeitungen zu verbieten, wird angenommen.
3. Verbot des „Sozialdemokrat" wird angenommen[54]).
4. Verbot der „Süddeutschen Zeitung" wird angenommen[55]).
5. Der Landesausschuß der A.- und S.-Räte Württembergs fordert zur Wiederaufnahme der Arbeit auf; wird ausgesetzt bis zum 4. April 1919.

Schluß 11 Uhr 30.

*g) Gemeinsame Sitzung der Landesausschüsse der Arbeiter- und Soldatenräte am 4. April 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84[16]). Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Gemeinschaftliche Sitzung vom 4. April 1919, eröffnet 10 Uhr 25 durch Gen. Gehring"[56]).**

[GEHRING]: Unsere heutige Sitzung befaßt sich [mit der] Verkehrsaufnahme sowie dem Bürgerstreik. Wenn man die Streikleitung der Arbeiter verhaftet, dann sollte doch auch die der Bürger ebenso behandelt werden.

NESPER: Der Verkehrsbund will den Verkehr aufnehmen. Die Sache ist nicht ganz klar. Zwischen Unterstaatssekretär Hitzler[57]) und dem Verkehrsbund muß ein Gegensatz vorhanden sein.

DREHER: Der Straßenbahnverkehr kann nicht aufgenommen werden, weil die Oberleitung noch defekt abgeschossen ist, das Telefon noch gesperrt [ist] und Streikende die Arbeit hindern. Eine Sicherheitskompanie liegt am Depot der Straßenbahn Ostheim. Heute jedoch kann der Betrieb nicht aufgenommen werden. Die Aufhebung des Bürgerstreiks wäre eine Beruhigung für die gesamte Arbeiterschaft.

OSTER: Die Regierungserklärung[58]) war sehr ungeschickt. Der Bürgerstreik muß aufgehoben werden, ebenso der Verkehrsstreik. Wenn die Bürger sich weigern, muß genauso eingeschritten werden wie bei Spartakus. Sind wir auch in der Lage, den Verkehr zu sichern? Der Regierung gegenüber fordere ich bestimmtes Auftreten.

HITZLER: Die Kommissionen treten heute in Verhandlung ein.

---

[54]) Vgl. Anm. 50.
[55]) Vgl. Anm. 51.
[56]) Vgl. Anm. 44.
[57]) Gotthilf Hitzler (1882–1933), von Beruf Buchdrucker, seit 1908 Schriftleiter des Neckar-Echos (Heilbronn); im November 1918 zunächst persönlicher Sekretär von Blos, dann Unterstaatssekretär in der provisorischen Regierung, Leiter der Verkehrsabteilung; kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 56); vgl. auch Arbeiterpresse 1914, S. 427; Keil, Erlebnisse II, S. 103, 165, 292.
[58]) Oster meint hier vermutlich die am 3. 4. 1919 in der Presse veröffentlichte Proklamation (vgl. Anm. 48), in der das Kabinett u. a. festgestellt hatte, der Generalstreik sei „plötzlich zusammengebrochen" und die Regierung sei „vollständig Herrin der Lage". Zu diesem Zeitpunkt war jedoch der Generalstreik noch im vollen Gange.

GEHRING weist darauf hin, daß das Gesetzbuch[59]) gegenüber Arbeitsverhinderung genügend Handhabe bietet. Wir wollen keinen neuen Paragraphen mehr.

SCHINDLER: Ein Schutz der Arbeitswilligen könnte durch eine Schutzwehr der Arbeiter gewährleistet werden.

SINGER: Die Betriebe könnten auch durch Vertrauensleute überwacht werden.

GRÖTZINGER: Die größeren Betriebe werden wohl die Arbeit noch nicht aufnehmen. Arbeiter werden sich wohl kaum in Sicherheitskompanien melden.

HAHN bringt die Meldung, daß der Garnisonrat Böblingen trotz Belagerungszustand zwei Versammlungen gestattet.

OSTER befürwortet ein Dekret: Wer Gewalt braucht, hat sein Leben verwirkt.

GEHRING: Ein Dekret in diesem Sinne erläßt die Regierung. Wir wollen nur kein Gesetz ähnlich wie der alte § 153[60]).

SCHIFFERDECKER: Ein Telefongespräch auf einer Polizeiwache wurde verraten, nun hat demzufolge Spartakus mir mit dem Tod gedroht.

BIESINGER: Unsere Flugblätter haben keine Wirkung, weil wir die Straße damit überhäuft haben. Unsere Gegner arbeiten systematisch und erzielen dadurch einen größeren Erfolg.

GEHRING: Heute nachmittag 4 Uhr findet eine Sitzung mit den Vertretern der Partei und den Gewerkschaften in der Metallarbeiterhalle statt[61]).

Schluß 11 Uhr 20.

---

[59]) Gemeint ist das Strafgesetzbuch.

[60]) Gemeint ist der umstrittene Paragraph 153 der Reichsgewerbeordnung, der die mit Drohung oder Beleidigung verbundene Aufforderung, an Koalitionen oder Streiks teilzunehmen, mit Gefängnisstrafe bedrohte; dieser Paragraph war erst am 22. 5. 1918 aufgehoben worden. Abgedruckt u. a. bei: Gerhard Erdmann, Die Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung (Quellensammlung zur Kulturgeschichte, Bd. 10). 2. erw. Auflage, Berlin 1957, S. 295.

[61]) Die nächste Sitzung des Landesausschusses der S.-Räte fand am 10. 4. statt; der Landesausschuß der A.-Räte trat erst am 14. 4. 1919 wieder zusammen. In der Zwischenzeit war der Generalstreik abgebrochen worden: Bereits am 4. 4. hatte der „Ausschuß für den Abwehrstreik" das Bürgertum zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert; ab 5. 4. arbeiteten wieder alle Versorgungsbetriebe der Stadt Stuttgart; am 7. 4. veröffentlichte schließlich der „Aktions-Ausschuß des geeinigten Proletariats" eine Erklärung, in der dazu aufgerufen wurde, am 8. 4. die Arbeit wiederaufzunehmen (abgedruckt bei Blos, Monarchie II, S. 64). Ab 11. 4. wurde auch der Belagerungszustand aufgehoben.

# V.

# Lokale und regionale Arbeiter- und Bauernräte in Württemberg

## 13. Sitzungsberichte des Arbeiterrates Groß-Stuttgart, 10. Januar–3. Juli 1919

*a) Sitzung am 10. Januar 1919*

**Württemberger Zeitung Nr. 8 vom 11. Januar 1919. Überschrift: „Der Arbeiterrat Groß-Stuttgart"[1]).**

Der Arbeiterrat Groß-Stuttgart trat gestern nachmittag im Oberen Museum zu einer Vollsitzung zusammen[2]), die von dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses, ZERNICKE geleitet wurde. In seinem Bericht gab er zunächst Aufklärung über die Tätigkeit des Ausschusses[3]) und hob als besonders wichtig die Arbeiten der Kommission für die Erwerbslosenfürsorge[4]) hervor. Weiter erklärte er, daß das Kontrollrecht der Arbeiter- und Bauernräte über die Handlungen der Schultheißen- und Amtsoberämter nur in wenigen Orten zu Anständen geführt habe. In letzter Zeit allerdings habe man die nötige Tatkraft beim Minister des Innern, Crispien, vermißt. Durch die Ergänzung des Vollzugsausschusses mit fünf Genossen aus dem Lande sei der Ausschuß zu einem vollständigen Landesausschuß der A.-Räte für Württemberg ausgedehnt worden[5]).
Hier wurde der Bericht durch die Ereignisse auf der Straße unterbrochen[6]) und im Verfolg dieser Dinge stellte Genosse ENGELHARDT den Antrag, der Arbeiterrat wolle beschließen: der Vollzugsausschuß begibt sich sofort zu der vorläufigen Regierung und fordert Zurückziehung der bewaffneten Macht von der Straße. Dieser Antrag zeitigte eine lange und lebhafte Aussprache.
Vom Vorsitzenden wurde auf die Beschlüsse des A.- und S.-Rates in der Vormittagssitzung verwiesen[7]) und zugleich betont, wer denn nach Zurückziehung der bewaffneten Macht die Garantie für die Besonnenheit der Kundgeber auf der Straße übernehme. In dieser hochgeschwellten politischen Atmosphäre habe man die Genossen nicht so in der Hand, um für Besonnenheit garantieren zu können.
Von anderer Seite wurde eingewendet, ob von der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei wie vom Spartakusbund die Gewähr übernommen werde, daß nicht nach Zurückziehung der für die Sicherheit und Aufrechterhaltung der Ordnung vorhandenen bewaffneten Macht bewaffnete Zivilisten auf die Straße gelassen werden.

---

[1]) Da das über diese Sitzung vorliegende maschinenschriftliche Protokoll (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83) knapp und recht wirr ist, wird hier der Bericht der Württemberger Zeitung abgedruckt, der etwas ausführlicher ist als der ebenfalls informative Bericht der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 9 vom 13. 1. 1919).
[2]) Am Nachmittag des 10. 1. 1919 trat der A.-Rat Groß-Stuttgart zu seiner 3. Vollversammlung zusammen. Zur 1. Vollversammlung am 25./26. 11. 1918 s. Nr. 3; über die 2. Vollversammlung, die am 7. 12. 1918 stattfand, ließ sich weder ein Protokoll noch ein Zeitungsbericht auffinden (vgl. Nr. 8 Anm. 14).
[3]) Gemeint ist der am 26. 11. 1918 gewählte Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart (vgl. Nr. 3 Anm. 128).
[4]) Vgl. dazu Anm. 29.
[5]) Zur Wahl des Landesausschusses der A.-Räte s. Nr. 8, S. 233.
[6]) Zu den bewaffneten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Regierungstruppen am Nachmittag des 10. 1. s. Nr. 11 Anm. 50, 51.
[7]) Zu den Sitzungen der beiden Landesausschüsse am Vormittag des 10. 1. vgl. Nr. 11c und 11d.

Ein Mitglied vom Vollzugsausschuß des Spartakusbundes erklärte, die Anhänger dieses Bundes seien angewiesen worden, die Straße zu verlassen und sich jeder Kundgebung zu enthalten.
ZERNICKE verwies darauf, daß mit der Regierung die Vereinbarung getroffen wurde, jede Straßenkundgebung zu unterlassen.
Prof. BONATZ betonte, daß die Parteileitungen der Mehrheitssozialisten wie der Deutschen Demokratischen Partei der Einladung zu einer Kundgebung am Nachmittag auf dem Gewerbehalleplatz völlig fernstehen. Die Ausführungen weiterer Redner bewegten sich im Grunde um die Frage, wie und wer die Ordnung und den Schutz des Eigentums aufrechterhalten soll, wenn die bewaffnete Macht zurückgezogen werde.
Das veranlaßte den Vorsitzenden zu der Frage, ob der Arbeiterrat sich heute noch auf den Boden der Beschlüsse vom 26. November[8]) stelle, wonach der Vollzugsausschuß als Kontrollorgan neben der Regierung, aber nicht gegen sie zu stehen habe. Der Kampf, der ausgebrochen, sei ein Kampf gegen die vorläufige Regierung und somit auch gegen die Mehrheit der Arbeiterräte. Die Regierung sei nach wie vor bereit, mit dem rechtmäßig gewählten Landesausschuß der A.- und S.-Räte und über die Forderungen der Kundgeber zu verhandeln. Er frage, ob es nicht so gewesen sei, daß bei den Verhandlungen in der Ersten Kammer am Vormittag[7]) den Ausschußmitgliedern die gefaßten Beschlüsse mit der Pistole auf der Brust abgepreßt wurden?
Schließlich gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, die Bevölkerung aufzufordern, jede Kundgebung zu unterlassen, während von der Regierung verlangt wird, die bewaffnete Macht von der Straße zurückzuziehen. Der notwendige Sicherheitsdienst soll aber aufrechterhalten bleiben[9]).
Als Ergebnis der weiteren Beratungen sei noch hervorgehoben: der Landesausschuß[10]) der Arbeiterräte lehnt die Forderung auf sofortige Beseitigung bzw. Absetzung der Stuttgarter Gemeindekollegien ab[11]), fordert aber von der Regierung die baldmöglichste Ausschreibung von Neuwahlen.
Hervorgehoben sei noch, daß ZERNICKE erklärte, in dem Augenblick, wo ein Eingriff in die Verwaltungstätigkeit der Gemeinden in der Art, wie die oben zuerst erwähnte (aber vom A.-Rat abgelehnte) vorgenommen würde, er sein Amt niederlegen müßte[12]).

---

[8]) Vgl. dazu die vom A.-Rat Groß-Stuttgart am 26. 11. verabschiedete Resolution (Nr. 3, S. 70) und den „Satzungsentwurf für die Arbeiterräte der Republik Württemberg", den Zernicke in der gleichen Sitzung erläuterte (ebd., S. 71 f.).

[9]) Nach dem Sitzungsprotokoll und dem Bericht der Schwäbischen Tagwacht (s. Anm. 1) beriet die Versammlung des weiteren über die notwendige Kabinettsumbildung und über die Forderungen der Demonstranten (s. Nr. 11 Anm. 13). Dazu heißt es in dem Bericht der Tagwacht: „Wegen der Neubesetzung der Ministerien des Innern und des Kriegswesens wird der Vollzugsausschuß beauftragt, mit der provisorischen Regierung in Verhandlung zu treten [vgl. Nr. 11 Anm. 60]. Nunmehr gibt der Vorsitzende die Forderungen der Demonstranten und die hierauf von der provisorischen Regierung erteilte Antwort bekannt. Letztere lautet: ‚1. Die Regierung verkennt zwar nicht, daß die Forderung nicht von der gesamten Arbeiterschaft, sondern nur von einer bestimmten Gruppe der Stuttgarter Arbeiterschaft ausgeht, sie ist aber trotzdem bereit, diese Forderungen an die Reichsregierung zu übermitteln. 2. Die ›für Württemberg‹ angeführten Wünsche werden wir gemeinsam mit dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte aufgrund der Abmachung der Revolution beraten und das Ergebnis hernach mitteilen.'"

[10]) So im Or. Gemeint ist aber: die Vollversammlung der A.-Räte Groß-Stuttgarts.

[11]) Mit diesem Beschluß, den die Versammlung mit 84 gegen 51 Stimmen faßte (so übereinstimmend der Bericht der Schwäbischen Tagwacht und das maschinenschriftliche Sitzungsprotokoll, s. Anm. 1), wurde eine der zentralen Forderungen der Demonstranten abgelehnt. Diese Forderung hatten die beiden Landesausschüsse in ihrer Sitzung am Nachmittag des 9. 1. (vgl. Nr. 11b) angenommen.

[12]) Das Sitzungsprotokoll und der Bericht der Schwäbischen Tagwacht stellen übereinstimmend

*b) Sitzung am 22. Januar 1919*

**Württemberger Zeitung Nr. 18 vom 23. Januar 1919. Überschrift: „Versammlung des Arbeiterrats von Groß-Stuttgart"[13]).**

Der Arbeiterrat von Groß-Stuttgart hielt gestern nachmittag im Sieglehaus eine Sitzung ab, in der der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, ZERNICKE, zunächst erwähnte, daß der Vollzugsausschuß mit dem Ministerpräsidenten Blos die Grundzüge der neuen Verfassung beraten habe. In der Frage des Fortbestehens der Arbeiterräte nach dem Zusammentritt der Landesversammlung stehe der Vollzugsausschuß auf dem Standpunkt, daß die Arbeiterräte so lange beibehalten werden müssen, bis die Landesversammlung ihre Aufgaben erledigt haben werde. Ferner habe der Vollzugsausschuß bei der Regierung den Antrag gestellt, Neuwahlen für die Stuttgarter Stadtverwaltung[14]) alsbald anzuordnen, wozu sich die Regierung bereit erklärt habe; auf den weiteren Antrag, auch die Neuwahlen im übrigen Lande baldigst auszuschreiben und auch ohne neue Gemeindeordnung auf Grund des Wahlrechts zur Landesversammlung vornehmen zu lassen, stehe die Stellungnahme der Regierung noch aus. Bezüglich der beim Stuttgarter Spartakusputsch Verhafteten[15]) sei der Vollzugsausschuß bei der Regierung vorstellig geworden dahin, daß wenigstens die in Schutzhaft Genommenen sofort entlassen werden; gegen eine Anzahl der Verhafteten schwebe übrigens, wie man höre, bereits eine Untersuchung wegen begangener Strafhandlungen (Rufe: Hört, hört! bei den Unabhängigen).
Hieran knüpfte sich eine längere Erörterung über die Frage der Sozialisierung[16]), wozu EGGERT ein sehr eingehendes Referat erstattete, worin er mitteilte, daß das Arbeitsministerium eine Kommission einberufen habe zur Prüfung und Besprechung der Frage, ob und welche Zweige der württembergischen Industrie oder der sonstigen Volkswirtschaft oder auch welche Einzelbetriebe vergesellschaftet werden könnten[17]). Während in der Berliner Sozialisierungskommission sich ausschließlich Theoretiker[18]) befänden, habe das Ministerium bei uns von vornherein auch Fachleute hinzugezogen[19]). Die Kommission habe ihre Arbeiten auf Grund von Feststellungen des Arbeitsministeriums auf folgende vier Gruppen erstreckt: 1. auf die Elektro- und technischen Industrien; 2. auf die Bodenfrage und die Fideikommisse; 3. auf die Kommunalisierung

---

fest, daß die Vollversammlung auf Antrag Engelhardts abgebrochen wurde, damit die Verhandlungen mit der Regierung sofort aufgenommen werden konnten.

13) Über diese Sitzung liegt ein maschinenschriftliches Protokoll vor (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83), das irrtümlich auf den 15. 1. 1919 datiert ist; darin wird der Verlauf der Tagung zwar recht ausführlich, aber auch recht verworren geschildert; außerdem ist dieses Protokoll in formaler Hinsicht völlig unzulänglich, weshalb der hier abgedruckte Zeitungsbericht den Vorzug verdient. Weitere Berichte über diese Sitzung veröffentlichten die Schwäbische Tagwacht (Nr. 18 vom 23. 1. 1919) und der Schwäbische Merkur (Nr. 36 vom 23. 1. 1919).

14) Gemeint ist die Neuwahl des Stuttgarter Gemeinderates.

15) Vgl. Nr. 11 Anm. 32.

16) Diese Erörterungen sind im Sitzungsprotokoll ausführlicher, aber teilweise völlig unverständlich wiedergegeben.

17) Der A.-Rat Groß-Stuttgart wurde in dieser Kommission, die das Arbeitsministerium Anfang Dezember 1918 einberufen hatte, durch Eggert, Salm, Unfried und Hoschka vertreten (vgl. Nr. 3 Anm. 15).

18) Der Rat der Volksbeauftragten hatte in seiner Sitzung am 18. 11. 1918 beschlossen, eine „Kommission namhafter Nationalökonomen" einzuberufen, die „unter Hinzuziehung der Praktiker aus den Reihen der Arbeiter und Unternehmer" die Sozialisierungsfrage beraten sollten (vgl. Regierung der Volksbeauftragten I, S. 104). Zur Zusammensetzung und Tätigkeit dieser Sozialisierungskommission s. vor allem Schieck, S. 26 ff., 55 ff., 92 ff., und Elben, S. 81 ff.

19) Der württembergischen Sozialisierungskommission gehörten auch Industrielle an, u. a. Robert Bosch. Zur Mitarbeit Boschs s. Tilman Fichter, Kampf um Bosch, Berlin 1974, S. 69 ff.

der Straßenbahnen, Wasserkräfte usw.; 4. auf die Frage der Gewinnbeteiligung der Arbeiterklasse[20]).
UNFRIED und einige andere Unabhängige wandten sich scharf gegen die Arbeiten der Kommission, die im günstigsten Falle auf eine Art von Staatskapitalismus hinauslaufen würde. Die Sozialisierung sei eine Machtfrage ersten Ranges, die nur durch die Massen des Proletariats gelöst werden könne. Diese Darlegungen stießen bei der Mehrheit auf starken Widerspruch, und es wurde namentlich betont, daß die gewaltsame Sozialisierung zu russischen Zuständen führen müßte[21]). (Zurufe bei den Unabhängigen: Die wünschen wir!). In einer zum Schluß angenommenen Erklärung wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß zu der Sozialisierungskommission nicht genügend Mitarbeiter aus technischen und Arbeiterkreisen zugezogen worden seien[22]).

*c) Sitzung am 30. Januar 1919*

**Schwäbische Kronik Nr. 51 vom 31. Januar 1919 A. Überschrift: „Arbeiterrat Groß-Stuttgart"[23]).**

Der Arbeiterrat Groß-Stuttgart hielt gestern nachmittag im großen Stadtgartensaal die Fortsetzung der kürzlich vertagten Vollsitzung unter dem Vorsitz von ZERNICKE vom Vollzugsausschuß. Zuerst gab es eine erregte Auseinandersetzung, warum Unfried (U.S.P.) nicht mehr 2. Vorsitzender sei. ZERNICKE gab Aufklärung, daß Unfried in der letzten Landesausschußsitzung höchst beleidigende und empörende Ausdrücke gegen die Mitglieder gebraucht habe. An seine Stelle sei nun Engelhardt (U.S.P.) gewählt worden[24]). In der Erörterung stellte sich heraus, daß Unfried den übrigen Mitgliedern des Vollzugsausschusses, als sie sich dagegen wehrten, daß die Revolutionsopfer auf dem Schloßplatz aufgebahrt werden sollen, zurief: „Dann wollt Ihr also die Opfer der Revolution wie die Hunde verscharren." Das sei der Grund gewesen, warum die Mitglieder des Vollzugsrates nicht mehr mit Unfried zusammenarbeiten. Die große Mehrheit der Anwesenden entschied schließlich dahin, daß es bei den vom Vollzugsausschuß getroffenen Maßnahmen verbleibe.
Man ging dann zur Beratung der in der letzten Vollsitzung nicht erledigten Anträge über. Zuerst wurden einige Anträge zur Geschäftsordnung behandelt. Der Antrag, sämtliche Arbeiterratsmitglieder seien als immun zu betrachten, wurde von UNFRIED (U.S.P.) begründet. Die Arbeiterräte müßten in dieser Beziehung das gleiche Recht haben wie der Landtag. Bei den Mitgliedern des Vollzugsausschusses sei es bereits anerkannt. Ein weiterer Redner regte ergänzend an, daß die Arbeiterratsmitglieder in ihrer

---

[20]) Zu den vom Arbeitsministerium aufgestellten Leitsätzen zur Sozialisierung vgl. Nr. 9 Anm. 141.
[21]) Die unterschiedlichen Vorstellungen, die innerhalb der drei Arbeiterparteien in Württemberg über „Wesen und Weg der Sozialisierung" vertreten wurden, diskutierte die Landesversammlung der A.-Räte ausführlich am 17. 3. 1919 (vgl. Nr. 9b, S. 291 f. und die ebd. als Anlage abgedruckten „Leitsätze zur Sozialisierung in Württemberg", die Clara Zetkin ausgearbeitet hatte).
[22]) Nach dem maschinenschriftlichen Sitzungsprotokoll (s. Anm. 13) nahm die Versammlung „gegen wenige Stimmen" den Antrag an, vier weitere Vertreter in die Sozialisierungskommission zu entsenden. Gewählt wurden: Karl Kneller, Georg Ziegler, Hans Stetter und Erich Melcher (vgl. dazu das Schreiben des Landesausschusses der A.-Räte vom 23. 1. 1919 an Arbeitsminister Schlicke, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 73). Im Anschluß an die Diskussion über die Sozialisierungsfrage berichteten laut Sitzungsprotokoll noch die Vorsitzenden der anderen Kommissionen des Stuttgarter A.-Rates über ihre bisherige Tätigkeit: Großhans für die Polizeiabteilung; Gräter für die Wohnungskommission; Klotzbücher für die Ernährungskommission. Danach vertagte sich die Versammlung.
[23]) Auch über diese Sitzung liegt ein maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll vor (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83), das jedoch im wesentlichen nur die Anträge registriert. Ein sehr knapper Bericht über den Verlauf der Versammlung findet sich auch in der Schwäbischen Tagwacht (Nr. 26 vom 1. 2. 1919).
[24]) Zur Abwahl Unfrieds vgl. Nr. 9 Anm. 9 und Nr. 11 f.

Arbeitsstelle nicht sollen entlassen werden können. Prof. BONATZ sprach sich gegen den Antrag aus. ZERNICKE machte darauf aufmerksam, daß die A.- und S.-Räte Kontrollorgane, kein Parlament seien. Die Bestimmung, ob die Arbeiterratsmitglieder immun sein sollen, liege bei der Landesversammlung[25]).

Im Zusammenhang damit kam es dann zu einer heftigen Auseinandersetzung wegen der Verhaftung der Spartakusführer[15]). Der Vorsitzende ZERNICKE wehrte sich energisch gegen die fortgesetzten Zwischenrufe der Unabhängigen und machte ihnen den Vorwurf, sie toben wie die Irrsinnigen. Man müsse doch praktische Arbeit leisten (Beifall) und dürfe sich nicht aufführen wie in einer Kleinkinderstube. Die Unabhängigen stellten daraufhin den Antrag, Zernicke abzusetzen und einen anderen Vorsitzenden zu wählen. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt[26]), ebenso der Antrag, daß die A.- und S.-Mitglieder immun sein sollen[25]). Einige weitere, von seiten der Unabhängigen gestellte Anträge wurden gleichfalls abgelehnt, so der Antrag, das Arbeitsministerium zu veranlassen, daß die Firmen gezwungen werden, Arbeiterratsdelegierte als berechtigte Vertreter zu Verhandlungen zu empfangen, ferner der Antrag, bei der Erwerbslosenfürsorge die Grenze von 65 Mark auf 80 Mark zu erhöhen[27]) (Zurufe: Pfui!).

Der Antrag, Neuwahlen der Arbeiterräte innerhalb [von] 15 Tagen vorzunehmen und dieselben sofort auszuschreiben unter Änderung des Wahlreglements, wurde von den Unabhängigen zurückgezogen, dann aber wieder aufgenommen. ZERNICKE empfahl Ablehnung, weil Wahlen im jetzigen Zeitpunkt unzweckmäßig seien. Regierung und Mehrheit der Landesversammlung haben den Willen, die Arbeiterräte in irgendeiner Form bestehen zu lassen. Man solle abwarten, bis die Verfassung feststehe. Seitens unabhängiger Redner wurden die jetzigen Arbeiterräte als Dekorationsstücke bezeichnet. Schließlich wurde auch dieser Antrag abgelehnt (Zuruf: Die haben Angst, sie werden nicht mehr gewählt. Heiterkeit!). Die Arbeiterräte der Firma Bosch beantragen, daß für die gesamte Industrie Württembergs sofort Mindestlöhne, der Lebenshaltung entsprechend, festgesetzt und die gesetzlichen Feiertage, wenn sie auf Wochentage fallen, bezahlt werden sollen. Dieser Antrag wurde nach langer Erörterung angenommen.

Die Kommission der Arbeitslosen verlangte, daß in der Arbeitslosenkommission[28]) mindestens sofort 2 männliche Mitglieder sowie 1 weibliches Mitglied mit beratender

---

[25]) Die 2. Landesversammlung der A.-Räte beschloß, bei der Regierung den Antrag zu stellen, daß eine gesetzliche Bestimmung erlassen werde, welche die A.- und S.-Räte „in der Ausübung ihrer Rechte als Kontrollorgan der Regierung" für immun erklärt (vgl. Nr. 9a, S. 288). Auf einen ähnlichen Antrag antwortete Blos dem Landesausschuß der S.-Räte am 26. 3. 1919, eine Immunerklärung der Mitglieder der S.-Räte könne nur in einem Reichsgesetz geregelt werden (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 11).

[26]) Nach dem maschinenschriftlichen Sitzungsprotokoll (s. Anm. 23) wurde dieser Antrag mit 129 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

[27]) Zu den vom Reich am 15. 1. 1919 und am 14. 3. 1919 erlassenen Verfügungen über die Erwerbslosenfürsorge s. Nr. 9 Anm. 133.

[28]) Der Vollzugsausschuß des A.-Rates Groß-Stuttgart hatte am 9. 12. 1919 eine eigene Erwerbslosenkommission konstituiert; die Arbeit dieser Kommission scheint jedoch wenig effektiv gewesen zu sein. Neben ihr bestanden zwei weitere Kommissionen, die sich mit Erwerbslosenfragen beschäftigten: eine Kommission, die von den Gewerkschaften eingesetzt worden war, und eine Kommission, welche die Arbeitslosen selbst gegründet hatten. Diese drei Erwerbslosenkommissionen wurden dann, nachdem sich der Landesausschuß am 8. 2. 1919 ausführlich mit der Frage befaßt hatte (vgl. das Protokoll dieser Sitzung: HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84), am 20. 2. 1919 zu einer einzigen Kommission zusammengefaßt, in der Unfried den Vorsitz übernahm (zwei Sitzungsprotokolle dieser Kommission befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 85). Zur – wenig erfolgreichen – Tätigkeit dieser Kommission s. Nr. 13d. Mit Fragen der Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge befaßte sich auch die 2. Landesversammlung der A.-Räte sehr eingehend (s. dazu Nr. 9 Anm. 2 und 131).

und beschließender Stimme eintreten. Dieses Verlangen ist nach Mitteilung von ZERNICKE bereits erledigt. Ein Antrag der Unabhängigen, daß diejenigen Unternehmer, die die Mindestlöhne nicht einhalten, mit 8 Jahren Zuchthaus bestraft werden (Heiterkeit), wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Zeitversäumnis für die Teilnahme an der heutigen Sitzung wird vom Landesausschuß entschädigt werden. Um 7 Uhr abends war die Tagesordnung erledigt.

*d) Sitzung am 29. April 1919*

**Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 2, Mai 1919. Überschrift: „Bericht der Vollsitzung der Arbeiterräte Groß-Stuttgarts am 29. April 1919 im Kuppelsaal, Stuttgart".**

Der Vorsitzende Genosse GEHRING eröffnete die Sitzung 2.40 Uhr, die nur sehr spärlich besucht war. Dasselbe veranlaßte ihn zu erklären, daß das Interesse an den Arbeiterräten nicht mehr in dem Maße vorhanden sei, wie man es verlangen könnte.
Seit der letzten Sitzung haben sich Veränderungen im Vorstand vollzogen. Anstelle des ausgeschiedenen Genossen Zernicke[29]) trat als Vorsitzender des Vollzugsausschusses Genosse Gehring, anstelle der Ausschußmitglieder Engelhardt und Unfried[30]) die Genossen Ziegler[31]) und Wirsching[32]). Er machte darauf aufmerksam, die Redner möchten sich kurz fassen, da die Versammlung bis 5 Uhr beendet sein müßte, weil der Saal anderweitig vergeben sei. Die Tagesordnung lautet:
1. Bericht vom Rätekongreß Berlin.
2. Bericht des Vollzugsausschusses und der Kommissionen.
3. Vortrag des Herrn Dr. Steiner.
4. Anträge.

Da die Zeit kurz bemessen ist, wird von seiten der Versammlung der Antrag gestellt, die Tagesordnung zu ändern, und zwar sollen heute die Berichte des Landesausschusses und der Kommissionen und Anträge behandelt werden. Dem Abänderungsantrag wird zugestimmt. Genosse GEHRING erklärt, daß sich die Tätigkeit des Landesausschusses meist auf die Kommissionen erstreckt, und er müßte auf deren Bericht verweisen.
Als erster Redner erhält Genosse STETTER[33]) (Wohnungswesen) das Wort. In seinen Ausführungen weist er auf die Stadtverwaltung hin, die sich geweigert habe, die Kontrolle sowie die Überwachung einzuführen. Der Oberbürgermeister habe in den vorhergegangenen Sitzungen mit dem Kontrollausschuß dasselbe [zwar] zugesagt; er hat aber

---

[29]) Zernicke hatte Mitte März 1919 den Vorsitz des Landesausschusses niedergelegt, weil er durch seine Tätigkeit als Sekretär im Vorstand des Metallarbeiterverbandes zu stark in Anspruch genommen wurde (vgl. Nr. 9, S. 291).

[30]) Engelhardt war am 17. 4. 1919 aus dem Landesausschuß ausgetreten, Unfried am 22. 4. 1919. In seinem Rücktrittsschreiben vom 22. 4. an den Landesausschuß begründete Unfried seinen Austritt folgendermaßen: „Der völlige Verrat, den der Landesausschuß während des Generalstreiks an dem gesamten Proletariat geübt hat, machte es für mich zur Ehrenpflicht, ein weiteres Zusammenarbeiten abzulehnen" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 84).

[31]) Georg Ziegler, vgl. Nr. 2 Anm. 35.

[32]) Eugen Wirsching (geb. 1882), von Beruf Schlosser, am 7./8. 11. 1918 verhaftet (vgl. Nr. 3 Anm. 32), kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 53).

[33]) Hans Stetter (vgl. Nr. 2 Anm. 38) war zwar auch Mitglied der Wohnungskommission des A.-Rates Groß-Stuttgart, er berichtete hier aber offensichtlich über die Tätigkeit der Kommission, die der Vollzugsausschuß am 8. 1. 1919 mit der Kontrolle der Stuttgarter Gemeindekollegien beauftragt hatte. Dieser Kommission gehörten neben Stetter auch noch Bonatz, Dreher und Klotzbücher an (vgl. dazu das Schreiben des Vollzugsausschusses des A.-Rates Groß-Stuttgart vom 9. 1. 1919 an Oberbürgermeister Lautenschlager, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 76).

sein gegebenes Wort trotz der bereits erlassenen Verfügungen und Verordnungen von seiten der Regierung nicht eingelöst.
Heute sind die Kommissionen noch nicht in der Lage, die Kontrolle regelmäßig und im Interesse des allgemeinen Wohles ausüben zu können. Die Kontrolle in den öffentlichen Sitzungen des Gemeindekollegiums sei vollständig zwecklos. Notwendig sei es, daß dieselbe sich auf die Kommissionen und nichtöffentlichen Sitzungen erstrecke. Im[34]) Verhältnis gegenüber dem Lande stehen wir [in Stuttgart] weit zurück, das System krankt eben an einem Konstruktionsfehler. Der Vollzugsausschuß sollte nur Stuttgarter Angelegenheiten erledigen und nicht die für das ganze Land.
Redner geißelt in großen Zügen den heutigen noch herrschenden Bürokratismus. Hoffentlich bringen die kommenden Gemeinderatswahlen eine Besserung. Der Vollzugsausschuß hätte von Anfang an sofort gegen die Stadtverwaltung in einer ganz anderen Weise verfahren sollen.
Genosse KLOTZBÜCHER (Ernährungswesen): Die Kontrolle der Kommission wird periodisch und durch Stichproben ausgeübt. Die Anlieferung von Getreide sei normal. In der nächsten Zeit wird amerikanisches Weizenmehl, das zu 65 Prozent ausgemahlen wird, ausgegeben werden können. Der Preis wird allerdings ein sehr hoher werden. Nährmittel werden zurzeit in doppelter Menge geliefert; sie werden aber zurückgelegt für den Fall, daß in der Mehl- oder Kartoffellieferung eine Stockung eintritt. Die Fleischversorgung läßt sehr zu wünschen übrig. Die in letzter Zeit überaus starken Schwarzschlachtungen behindern die Viehantreibung vom Lande stark, aber durch Abgabe von Gefrierfleisch und Abgabe aus den Beständen der Proviantämter konnten die Kopfmengen beibehalten werden. In einiger Zeit werden 75000 Kilogramm amerikanisches Schweinefleisch zur Verteilung kommen; dieses Fleisch wird neben der bisherigen Kopfmenge abgegeben werden. Am besten steht es in der Kartoffelversorgung. Es ist möglich, daß man noch vom Lande Kartoffeln hereinbekommen kann, und somit würden die Kartoffelvorräte bis zur nächsten Ernte ausreichen. Die Milchbelieferung steht schlecht – sie sank von 75000 Liter auf 35000 Liter (während des Generalstreiks auf 6000 Liter). Ohne Preisaufschlag (die Landwirtschaft fordert jetzt 50 Pfennig für das Liter) werden wir wohl nicht auskommen. Schlecht bestellt ist es mit den Futtermitteln. Wir hoffen aber, daß wir mit denselben bis zur nächsten Ernte auskommen können[35]).
Genosse GROSSHANS (Polizeiwesen): Ihre[36]) Haupttätigkeit war dem Hamsterunwesen und der Kontrolle von Haussuchungen gewidmet. Trotz aller Mühe und peinlicher Nachprüfung der einzelnen gemachten Anzeigen erwiesen sich doch 95 Prozent als zu Unrecht. Wo solche zu Recht bestanden, wurden dieselben dem Kriegswucheramt übergeben. Die meisten waren die Übertreibung von Preisen, z. B. verlangte eine Firma für die Umänderung eines Militärmantels 150 Mark; solche Fälle könne er noch mehrere nachweisen. Ihre Hauptaufgabe sollte ein gutes Zusammenarbeiten mit den Polizeiorganen erzielen; allein in Stuttgart spiele auch die Polizei keine allzu große Rolle mehr, da andere Personen ihr Treiben entfalten. Er weist auf die Vorgänge der Schubpolizei[37]) hin. Demgegenüber war unsere Polizei viel schonender gegen das Publikum als diese Herren[38]).

---

[34]) Im Or.: zum.
[35]) Im HStA Stuttgart befindet sich ein undatierter Bericht der Ernährungskommission, der außer Klotzbücher auch noch Dreher, Rist und Fanny Vorhölzer angehörten. Ein weiterer Tätigkeitsbericht ist abgedruckt im Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 9, Januar 1920. Vgl. auch Kohlhaas, Chronik, S. 55 ff.
[36]) Gemeint ist die Kommission für das Polizeiwesen, der zunächst Großhans, Nesper und Wäscher angehörten (vgl. Nr. 3 Anm. 128).
[37]) Vgl. Nr. 6 Anm. 40.
[38]) Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 85) befindet sich ein undatierter „vorläufiger Geschäftsverteiler" der Polizeikommission, wonach diese Kommission u. a. folgende Aufgabengebiete

Genosse GRÄTER (Wohnungswesen)[39]): Für das Wohnungswesen standen 5 Kommissionen (heute sind es deren 8) zur Verfügung. Die Verordnungen und Erlasse der Regierung haben soviel Hintertüren, daß bis jetzt sehr wenig erreicht werden konnte. Auf unser Drängen hin wurde die Verfügung vom 24. März 1919 durch die Regierung erweitert. Von dort an konnte man erst unsere Wirkung kennenlernen, bis heute sind ungefähr 300 Wohnungen rationiert. Das Publikum führt immer gegen uns Klage, daß wir viel zu scharf vorgehen würden; für uns ist es nur ein Beweis, daß wir im Interesse des allgemeinen Wohles unsere Tätigkeit richtig ausüben. Er gibt ein Beispiel, die Beschlagnahme von zwei Stockwerken, Keplerstraße 1; dieselben sollten zu Büroräumen eingerichtet werden, um die Verfügung umgehen zu können. Es zeigt sich in den meisten Fällen, wie notwendig unsere Tätigkeit ist, und wie von allen Seiten versucht wird, Schiebungen vorzunehmen. Wenn wir in dieser Weise weiter verfahren, so kann bis Juli dem Elend doch stark entgegengesteuert werden.
Somit ist die Berichterstattung der einzelnen Kommissionen beendet. Genosse GEHRING stellt dieselbe zur Diskussion.
Ein Antrag STETTER verlangt die Übernahme der Kosten der Gemeinderatswahl, einschließlich Herstellung und Verbreitung der Stimmzettel. Demselben wird später einstimmig zugestimmt.
Über den Bericht wird eine rege Debatte geführt und u.a. verlangt, daß die Besetzung der Kommissionen nur durch Arbeiterräte Groß-Stuttgarts ausgeführt werden solle.
Ein Redner betont, er könne es wohl begreifen, daß der Besuch der Vollsitzung ein schlechter werden muß und das Interesse der einzelnen Arbeiterräte zurückgeht, weil in den früheren Sitzungen viele Beschlüsse gefaßt worden wären, aber bis heute noch keine Ausführung fanden.
Eine große Debatte entspann sich über die Erwerbslosenfrage und über die bestandene Kommission[40]). Dieselbe wäre der Auslösung nahe, und warum? Trotz wiederholten Vorsprechens[41]) bei der Regierung wurden derselben keine Rechte eingeräumt. Infolgedessen wäre ihre Arbeit eine vollständig überflüssige. Wir haben deshalb die Kommission aufgelöst und stellen heute der Vollsitzung ihre Mandate zur Verfügung.
Genosse KÄRCHER bestreitet die Auflösung der Kommission. Er möchte derselben eine andere Aufgabe zugeteilt wissen. Diese möchte sich mehr mit Auskünften in den Arbeitslosenfragen beschäftigen und sollte direkt mit den Arbeitslosen in Verbindung stehen. Dem Arbeitsamt spricht er seine Anerkennung aus.
Genosse SCHMITT (Rat der geistigen Arbeiter): Ich war stolz, in einem Arbeiterparlament zu sein. Wir haben eine Fraktion der geistigen Arbeiter gegründet. Heute braucht sich niemand von[42]) uns zu schämen. Auch ich war Mitglied der Erwerbslosenkommission. Wir hatten dazu ein vollständiges Programm ausgearbeitet. Wir wollten es der Regierung vorlegen und haben daher um einen Empfang nachgesucht. Derselbe wurde uns gewährt vom Arbeitsministerium; jedoch wurde bemerkt, daß derselbe nur 20 Minuten in Anspruch nehmen könne, da eine Sitzung der Sozialisierungskommission stattfinden würde. Für uns war sofort klar, daß in diesem Zeitraum nichts herauskommen kön-

---

hatte: Untersuchung von Verfehlungen gegen die Verordnung über Lebensmittelverteilung; Regelung von Forderungen und Beschwerden der Kriminal- und Schutzpolizei; Beschwerden der Bevölkerung gegen Polizeibehörden; Forderungen von Polizeibehörden in bezug auf Untergebene; Beschwerden von Polizeibehörden gegen den A.-Rat; sitten- und landespolizeiliche Angelegenheiten. Vgl. dazu auch die „Richtlinien für den Verkehr zwischen den Polizeibehörden und der Polizeikommission des Arbeiterrates" (ebd.).

[39]) Zur Tätigkeit der Wohnungskommission des A.-Rates Groß-Stuttgart s. auch Nr. 2 Anm. 31 und 45.

[40]) Zur Erwerbslosenkommission vgl. Anm. 28.

[41]) Im Or.: durch wiederholtes Vorsprechen.

[42]) Im Or.: an.

ne, da er viel zu kurz bemessen sei. Traurige Verhältnisse bestehen auf dem Lande, dort sind noch Zustände, und wir mußten die Erfahrung machen, daß dort Staatsbeamte in Oberämtern fungieren, die nicht einmal die Verfügungen und Verordnungen der Regierung gelesen haben. So liegen die Dinge. Arbeiterräte, täuschen Sie sich nicht! Es ist kein 12. Januar[43]) mehr! Ganze Bezirke in Deutschland sind geschlossen zur U.S.P. übergetreten. Die Entwicklung treibt uns dazu, denn die Regierung hat durch ihre Arbeit nicht das geleistet, was die Masse erwartet. Nichts wurde getan! Das ganze System ist morsch! Ich bitte Sie, kommen Sie zurück auf Ihre Urforderungen und stellen Sie sich auf den Boden des Erfurter Programms und des Marxismus und bremsen Sie nicht weiter ab. Der Arbeiter muß den Einfluß auf das Kapital gewinnen! Suchen Sie die wahren Interessen der Internationale zu vertreten und arbeiten Sie für das Volkswohl. Überlegen Sie meine heutigen Ausführungen und entschließen Sie sich für die Dreiteilung, über die Sie in nächster Sitzung den Vortrag des Herrn Dr. Steiner hören werden.
Genosse ZERNICKE: Wer die Arbeitslosenfürsorge kennt, weiß, was er in einer solchen Kommission zu leisten hat. Wenn aber behauptet wird, daß durch die Untätigkeit der Ministerien die Tätigkeit der Kommission behindert worden ist, so muß ich erklären, daß dies falsch ist. Die Arbeitsbeschaffung stieß in dieser Zeit auf außerordentliche Schwierigkeiten (Verweise auf die Notstandsarbeiten).
Was die Frage der Arbeitslosenfürsorge betrifft, so muß sich die Regierung an die Verfügungen des Reiches[27]) halten. Es sind in dieser Frage so schwere Hindernisse zu überwinden, daß sie nicht von Kommissionen, auch nicht durch guten Willen der Regierung erledigt werden können.
Genosse MÜLLER[44]): Genosse Zernicke hat sich in seinen Ausführungen über die Wirtschaftsweise richtig ausgesprochen. Ich bin Spartakist, muß aber erklären, daß er gerade mit seinen politischen Freunden einer gesunden Wirtschaftsweise in die Räder fällt. Warum haben die Arbeitslosen eine Kommission gewählt? Daß diese sich von Kompetenzfragen leiten lassen solle? Nein! Sie wollen ihre Interessen vertreten sehen. Aber jeder, der heute für Recht und Gesetz in dieser Regierung ist, ist Spartakist.
Genosse ENGELHARDT wendet sich zu Zernicke mit scharfen Worten wegen den Flugblättern, die über das ganze Land planlos verbreitet werden. In denselben ist immer nur die Rede davon, daß durch Unruhen keine praktische Arbeit geleistet werden könne. Heute gibt Genosse Zernicke selbst zu, daß die Verhältnisse und die ganze Wirtschaftslage daran schuld sind. Die Regierung posaunte über das ganze Land hinaus: Die Sozialisierung ist da[45])! Ich muß erklären, daß dies nur reiner, plumper Schwindel ist. Das arbeitende Volk sollte damit geblendet werden. Was ist in dieser Frage geschehen? Nichts – abermals nichts! Alles reiner, plumper Schwindel!
Genosse ZERNICKE gibt noch eine Erklärung ab, daß er mit der Verbreitung von Flugblättern nichts zu tun habe, er hätte nicht einmal die Zeit, diese alle zu lesen.
Ein Antrag der U.S.P., welcher sich mit der Beschlagnahme des „Sozialdemokrat" und der Entfernung von Maschinenteilen befaßte sowie die Gewährung der Preßfreiheit durch die Regierung gewährleistet sehen wollte, wurde einstimmig angenommen[46]).

---

[43]) Am 12. 1. 1919 hatten die Wahlen zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung stattgefunden, bei denen die SPD 34,4% der Stimmen, die USPD lediglich 3% der Stimmen erhalten hatten. Zu den Stimmeinbußen der SPD bei den Gemeindewahlen in Stuttgart im Mai 1919 und den gleichzeitigen Gewinnen der USPD s. Nr. 9 Anm. 19.

[44]) Johannes Müller, von Beruf Mechaniker, kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung; ab 18. 5. 1919 Gemeinderat in Stuttgart (KPD).

[45]) Im März und April 1919 ließ die Reichsregierung im ganzen Reichsgebiet Plakate anschlagen, auf denen die von der Nationalversammlung verabschiedeten sog. Sozialisierungsgesetze (vgl. Nr. 7 Anm. 98) propagiert wurden. Vgl. dazu die Faksimiles der Plakate „Die Sozialisierung marschiert" (Ill. Gesch. 1929, S. 374) und „Die Sozialisierung ist da" (ebd., S. 415).

[46]) Zur Beschlagnahme des Sozialdemokrat am 1. 4. 1919 s. Nr. 12 f; vgl. auch unten Nr. 13e.

Die Sitzung ist in aller Ruhe und Sachlichkeit verlaufen und wurde um 5.30 Uhr geschlossen mit dem Hinweis, daß die nächste Vollsitzung in nächster Zeit stattfinden würde. Die Propagandaabteilung: G. Z[iegler]

*e) Sitzung am 7. Mai 1919*

**Sozialdemokrat vom 13. Mai 1919. Überschrift: „Bericht über die Vollsitzung der Arbeiterräte Groß-Stuttgarts am 7. Mai 1919 im Gewerkschaftshaus"[47]).**

Auf der Tagesordnung stehen drei Punkte: Vortrag von Dr. Steiner, Bericht vom Rätekongreß und Anträge.
GEHRING eröffnet 2 Uhr 30 die Sitzung mit kurzem Hinweis auf die Vertagung und erteilt Dr. Steiner das Wort.
Dr. STEINER[48]) erinnert an den vor einiger Zeit von ihm herausgegebenen Aufruf „An das deutsche Volk und die Kulturwelt", dem ein Vortrag zugrunde gelegt sei. Er sei kein Junger unter den Proletariern, sondern stehe schon bald fünf Jahrzehnte im politischen Kampf. Im Frühjahr 1914 habe er in einer Versammlung in Wien erklärt: Wer das soziale Leben erfaßt und die Entwicklung aufmerksam verfolgt hat, muß schlimme Befürchtungen hegen für die Zukunft, denn die ganze Lage gleicht einem Geschwür, das bald zum Aufbruch kommen wird. Jagow[49]) erklärte damals, die Entspannung nehme zu, mit Rußland seien die Beziehungen gut usw. Kurz darauf ging der schreckliche Krieg los. Die soziale Frage tritt deutlich in einer Dreigliederung auf: geistig, politisch und wirtschaftlich. Viele vergleichen den Sozialismus immer nur mit einer Aufteilung und haben ausgerechnet, daß hierbei auf den Kopf nur 50 Pfennig kämen. Dies ist natürlich Unsinn. Eine ganz andere Wirtschaftswissenschaft muß Platz greifen. Nicht nur der Wirtschaftstechnik, sondern auch der Wirtschaftskraft muß eine viel größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Das Geistesleben muß auf anderer Grundlage aufgebaut werden, denn alle Führer entstammen Kreisen, in denen für das Volk wenig Verständnis herrscht. Dadurch wird eine tiefe Kluft zwischen dem arbeitenden Volke und dem Geistesleben geschaffen. Eine vernünftige Wirtschaft muß Platz greifen. Vor dem Kriege sind eine Unmenge Wirtschaftsstoffe vergeudet worden, die bei einem richtigen Wirtschaftsprozeß erspart geblieben wären. Dies wurde den Proletariern geheimgehalten, dafür aber wurden ihnen andere Dinge gezeigt, Museen, Theater usw. Letzteres, hervorgegangen aus ganz anderem bürgerlichen Geistesleben, hatte keine Beziehung zum Proletarier. Nicht nur die Arbeitskraft wird dem Unternehmer verkauft, sondern auch die Seele des Arbeiters. Schon daraus ergibt sich, daß hier Wandel geschaffen werden muß. Das Geistesleben muß auf dem Vertrauen der ganzen Menschheit aufgebaut werden. Es muß unabhängig werden vom Staate, und ein Professor darf nicht mehr erklären, daß die Wissenschaft die Schutztruppe der Hohenzollern sei. Die im

---

[47]) Der Abdruck erfolgt nach dem im HStA (E 135 Büschel 83) vorliegenden Zeitungsausschnitt, auf dem handschriftlich als Erscheinungsdatum der 13. 5. 1919 eingefügt ist. Da die entsprechende Nummer des Sozialdemokrat sonst nicht mehr nachweisbar ist, kann diese Angabe nicht überprüft werden. Im gleichen Bestand des HStA Stuttgart befindet sich ein maschinenschriftlicher Bericht über diese Sitzung, der teilweise mit dem Bericht des Sozialdemokrat identisch ist, aber nicht den Text der Anträge enthält.

[48]) Rudolf Steiner (1861–1925), Begründer der Anthroposophie; war von 1898–1900 Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule gewesen; gründete 1919 in Stuttgart die erste Waldorfschule; Verfasser zahlreicher pädagogischer und philosophischer Abhandlungen. Blos schildert in seinen Memoiren, daß Steiner „eine weitgehende finanzielle Förderung in industriellen Kreisen in Württemberg und Baden" gefunden habe; 1919 sei wiederholt die „unverzügliche" Berufung Steiners in die Regierung gefordert worden (vgl. Blos, Monarchie I, S. 72 ff.).

[49]) Gottlieb von Jagow (1863–1935), von 1913–16 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Geistesleben Tätigen müssen enge Fühlung haben mit der Arbeit, womit ein Hinüber und Herüber fortwährend stattfindet. Ferner muß das Wirtschaftsleben von der Politik und vom Staate vollständig getrennt werden, nur dann kann eine Sozialisierung vorgenommen werden. Auch die Betriebsräte können nur richtig tätig sein, wenn sie durch den Staat nicht bevormundet werden. Nur im Geistesleben ist gegenwärtig eine einigermaßen gerechte Eigentumsauffassung vorhanden, indem nach 30 Jahren das Eigentum an die Allgemeinheit übergeht. So muß es auch beim Kapitalismus werden, durch eine fortwährende Zirkulation des Geldes. Durch Dreigliederung wird sich verwirklichen: die Freiheit im Geiste, Gleichheit im Staate und Brüderlichkeit in der Wirtschaft[50]).

ENGELHARDT bringt in der Diskussion zum Ausdruck, daß Dr. Steiner mit seinem Idealismus wenig Neues gebracht hat. Der Kernpunkt liegt auch wie bei uns in der Beseitigung des Kapitalismus. Er stelle an Herrn Dr. Steiner die Frage: Wie stellt sich Herr Dr. Steiner den Abbau des heutigen Wirtschaftslebens vor? Er möchte ihn bitten, nur auf diese Frage eingehen zu wollen. Ebenfalls möchte er beantworten, welche Macht das Proletariat anwenden sollte, um die Ziele der Dreigliederung sofort zur Ausführung bringen zu können.

Sämtliche Redner, die in der Diskussion sprachen, schnitten ebenfalls die vom Genossen Engelhardt gestellten Fragen an und wünschten deren Beantwortung[51]).

In seinem Schlußwort ging Dr. STEINER nicht auf die gestellten Fragen ein, im Gegenteil, man merkte es ihm an, daß er mit diesen Fragen ein schweres Problem lösen müßte. Er wies darauf hin, er hätte ja eine Broschüre geschrieben und dort wäre alles enthalten.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht vom Rätekongreß, erklärte der Vorsitzende, Genosse GEHRING, daß Genosse Schimmel verhindert wäre, den Bericht geben zu können, als Ersatz sei der Genosse Frick vom Soldatenrat bestimmt. Dies [löste] sofort eine kolossale Erbitterung aus und es wurde gegenüber einem solchen Verhalten protestiert, da Leute vom Landesausschuß ebenfalls in der Lage gewesen wären, Bericht erstatten zu können[52]). Es wird der Antrag angenommen, den Bericht zu vertagen[53]).

Punkt 3: Anträge. Es wurden folgende Anträge gestellt:

Die Vollversammlung des Stuttgarter Arbeiterrats spricht der Mehrheit des Vollzugsausschusses das schärfste Mißtrauen aus für sein Verhalten während des Generalstreiks[54]). Die Versammlung ist der Auffassung, daß der Platz des Vollzugsausschusses während dieser Tage nicht bei der Regierung, sondern bei den streikenden Arbeitern gewesen wäre, weil die Forderungen der Arbeiter weiter nichts waren als die Forderungen, welche die Landesversammlung der A.- und S.-Räte zu wiederholten Malen beschlossen hatte und von der Regierung aufs schroffste abgelehnt wurden.

Die Vollversammlung des Stuttgarter Arbeiterrats protestiert gegen das Vorgehen der Württembergischen Staatsregierung gegenüber der Süddeutschen Volksbuchdruckerei und gegen das Verbot des Sozialdemokrat[46]). Die Versammlung verlangt die sofortige Aufhebung des Verbots und fordert die Rückgabe der beschlagnahmten Maschinenteile, da diese Maßnahmen durch nichts gerechtfertigt sind und einen groben Eingriff in die Eigentumsverhältnisse und in die Preßfreiheit darstellten.

---

[50]) Dem maschinenschriftlichen Bericht über diese Sitzung (s. Anm. 47) ist als Anlage eine ausführliche Zusammenfassung der Rede Steiners beigefügt; vgl. auch Blos, Monarchie I, S. 72 ff.

[51]) In der Diskussion sprachen u.a. Römer, Mittwich und Gehring; vgl. dazu den maschinenschriftlichen Bericht (s. Anm. 47).

[52]) Als Delegierte der württembergischen A.-Räte hatten am II. Rätekongreß teilgenommen: Gräter, Härlin, Hegelmaier, Hertlein, Lauterbach, Max Müller, Scharr, Schimmel und Hans Stetter.

[53]) Der Bericht wurde dann am 14. 5. 1919 von Gräter erstattet, vgl. Nr. 13 f.

[54]) Vgl. dazu Nr. 12.

Die Delegierten des Stuttgarter Arbeiterrats protestieren gegen die Entsendung von Truppen nach Bayern[55]). Die Versammlung verlangt die sofortige Zurückziehung derselben. Des weiteren protestiert die Versammlung gegen die Werbung von Freiwilligen für die Reserve-Sicherheitskompanien und gegen die Bewaffnung des Bürgertums, da dieselben eine große Gefahr für die Weiterentwicklung der Revolution im Sinne des Sozialismus darstellen.
Die am 29. April 1919 tagende Vollversammlung des Stuttgarter Arbeiterrats nimmt Kenntnis von der Verhaftung der Vollzugsausschußmitglieder während des Generalstreiks[56]), trotzdem die Immunität der Vollzugsausschußmitglieder feierlichst bestätigt wurde. Die Vollversammlung des Arbeiterrats spricht die Verpflichtung aus, daß die Mehrheit des Vollzugsausschusses ihren Beschlüssen gegenüber der Regierung mehr Geltung zu verschaffen hat.
In allen Betrieben mit über 100 Beschäftigten, in denen bis heute noch kein Arbeiterrat gewählt ist, können Vertreter in den Arbeiterrat gewählt werden.

Resolution:

Die heute versammelten Arbeiterräte Stuttgarts nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem frevelhaften Vorgehen gewisser Milchproduzenten, welche aus reiner, egoistischer Gewinnsucht der Stuttgarter Bevölkerung die Milch vorenthalten. Schuld an diesem Vorgehen trägt das unverantwortliche Treiben der Körner und Konsorten[57]), die seit Monaten das Land gegen die Stadtbevölkerung aufhetzen.
Was gedenkt die Regierung gegenüber diesen Elementen zu tun? Die Versammelten stehen auf dem Standpunkt, daß die Regierung und ihre Reserve-Sicherheitskompanie-Truppen hier ein dankbares Arbeitsgebiet finden würden. Oder glaubt die Regierung, daß durch ein derartiges gemeingefährliches Treiben die Ruhe und Ordnung in den Großstädten gefördert wird. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung auch nach dieser Richtung hin ernste Schritte unternimmt.
Über die Anträge und die Resolutionen entspannte sich eine rege Aussprache. Sämtliche Anträge und die Resolution wurden mit großer Mehrheit angenommen.

*f) Sitzung am 14. Mai 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Arbeiterratssitzung Groß-Stuttgart am 14. Mai 1919".**

Genosse GEHRING eröffnet 2 Uhr 45 Min. die Sitzung mit einem kurzen Hinweis auf die ernste Zeit.
Genosse ENGELHARDT wünscht auch die Friedensbedingungen zu behandeln[58]).
Zum 1. Punkt, Bericht vom Rätekongreß Berlin, erhielt Genosse GRÄTER das Wort. Er

---

[55]) Zum Einsatz württembergischer Sicherheitstruppen und der Freiwilligenabteilung Haas gegen die Münchener Räterepublik im April/Mai 1919 s. Nr. 7 Anm. 114, 115.
[56]) Vgl. dazu Nr. 12 Anm. 35.
[57]) Gemeint ist hier Theodor Körner (1863–1933), einer der führenden Politiker des Bauern- und Weingärtnerbundes (vgl. Nr. 12 Anm. 53), 1907–24 Mitglied des württembergischen Landtags, 1920–28 Mitglied des Reichstags.
[58]) Am 7. 5. 1919 hatten die Ententemächte der deutschen Delegation in Versailles den Entwurf des Friedensvertrages überreicht, dessen Bedingungen man in Deutschland als „unerträglich" und „unerfüllbar" empfand (so Scheidemann am 8. 5. 1919 vor dem Friedensausschuß der Nationalversammlung, vgl. Kabinett Scheidemann, S. 304 Anm. 4; s. auch Anm. 78). Zum Problemkreis der Friedenskonferenz und der Friedensverträge vgl. die umfangreiche Spezialbibliographie von Max Gunzenhäuser, Die Pariser Friedenskonferenz 1919 und die Friedensverträge 1919–1920. Literaturübersicht und Bibliographie (Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Heft 9). Frankfurt am Main 1970.

gibt ausführlich Bericht über den Kongreß[59]) und hebt dabei hervor, daß Genosse Leinert[60]) die bedauerliche Tatsache feststellen mußte, daß sich jetzt das revolutionäre Proletariat gegenseitig bekämpfe. Der Genosse Müller[61]) (Berlin) hegte ein starkes Mißtrauen gegen Regierung und Zentralrat und brachte es in Zusammenhang mit den Berliner Vorgängen. In seinem Bericht geht er[62]) nun näher auf das Referat Däumig über das Rätesystem ein. Dasselbe könne man näher kennenlernen in der Broschüre: Was die Arbeiterräte wollen und sollen. Er behandelt die dort eingebrachten Anträge gründlich, bringt sie zur Verlesung und betont, daß der Antrag der S.P. zur Annahme gelangt sei[63]). Verschiedene Anträge wegen Finanzierung durch die Kommune wurden angenommen. Desgleichen wurde bestimmt, die Neuwahlen der A.- und B.-Räte vorerst nicht vorzunehmen, bis der Zentralrat das Wahlreglement ausgearbeitet hat und Neuwahlen anordnet.

Als erster Redner in der Diskussion erhält Genosse MITTWICH das Wort. Er spricht dem Zentralrat das Recht ab, überhaupt nochmals einen Rätekongreß einzuberufen, da er ja sein Mandat an die Nationalversammlung abgegeben habe[64]). Der Zentralrat sei in derselben Lage, wie der Vollzugsausschuß in Stuttgart, [er sei] nur zur Unterstützung der Regierung da. Im übrigen sei auf dem letzten Kongreß ein starkes Abschwenken nach links zu verspüren [gewesen]. Abschaffung der Titel und Rangabzeichen habe schon auf dem ersten Kongreß zur Verhandlung gestanden[65]) und werde voraussichtlich nochmals auf dem nächsten zur Sprache kommen, weil die Regierung doch nicht danach fragt. Auch die Sozialisierung wurde besprochen auf dem 1. Kongreß, wobei verlangt wurde, sofortige Sozialisierung der Bergwerke[66]). Hätte die Regierung dies berücksichtigt, wären wir nicht in die schreckliche Lage gekommen. Aber von einer solchen Regierung kann man nicht mehr verlangen. Zum Aufbau unserer Wirtschaft können nur diejenigen in Betracht kommen, die von jeher im Wirtschaftsleben tätig waren. Für das kapitalistische System wollen die Arbeiter das Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen.

RÖMER: Zu dem Rätekongreß habe er nicht viel zu sagen, nur müßte er das feststellen, daß auch die U.S.P. sich nicht an dem Rätekongreß hätte beteiligen müssen (Widerspruch). Die gegenwärtigen Räte haben keinen Zweck, wie auch die Parlamente. Es ist fraglich, ob die K.P.D. auf dem nächsten A.-Rat nochmal erscheinen wird. Auch das Steinersche System werde uns nicht herausbringen.

GEHRING bringt zum Ausdruck, daß es für ihn eine Genugtuung sei, daß auch die U.S.P. von der K.P. angegriffen werde. Eine Hauptrolle spielt bei den Räten das Wahlreglement. Nach den Vorschlägen von Richard Müller in der Räte-Zeitung[67]) zu einem

---

[59]) Zum Verlauf des II. Rätekongresses, der vom 8. bis 14. 4. 1919 in Berlin getagt hatte, s. Sten. Ber. II. Rätekongreß.

[60]) Robert Leinert (1873–1940), Mitglied der SPD und Vorsitzender des Zentralrats; weitere biographische Angaben s. Zentralrat, S. XLIII f.

[61]) Richard Müller (geb. 1880), 1. Vorsitzender des Berliner Vollzugsrates, in den er für die USPD gewählt worden war; vgl. Zentralrat, S. 44 Anm. 5.

[62]) Gemeint ist Gräter.

[63]) Vgl. Sten. Ber. II. Rätekongreß, S. 267.

[64]) Zur Kundgebung des Zentralrats an die Nationalversammlung vom 4. 2. 1919 vgl. Nr. 7 Anm. 97.

[65]) In den vom I. Rätekongreß verabschiedeten sog. „Hamburger Punkten" waren u. a. auch die hier angesprochenen Fragen geregelt worden. Vgl. dazu Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 122 f., 128 ff., 180, 186 ff.; s. auch Zentralrat, S. 2 ff. (mit ausführlichen Literaturhinweisen).

[66]) Der I. Rätekongreß hatte in einem Beschluß die Reichsregierung damit beauftragt, „mit der Sozialisierung aller hierzu reifen Industrie, insbesondere des Bergbaus, unverzüglich zu beginnen" (vgl. Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 344).

[67]) Vgl. dazu die von Richard Müller verfaßte Artikelserie „Die staatsrechtliche Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte" (in: Der Arbeiter-Rat, Jg. 1, Nr. 2, S. 17 ff., Nr. 3, S. 6 ff., Nr. 4, S. 7 f., Nr. 5, S. 4 ff., Nr. 7, S. 3 ff.), in der Müller vorgeschlagen hatte, die A.-Räte nach dem Verhält-

Wahl-Reglement werden sich die Räte nicht anders zusammensetzen wie auch die National- und Landesversammlung. Die Unterschiede zwischen diesen und der Demokratie werden dann kaum in Erscheinung treten. Deshalb stehe ich nach wie vor auf dem Boden der Demokratie. Was hier besprochen wird, kann ebenso in den Parteien behandelt werden, wo der einzig richtige Platz ist.
MITTWICH: Römer will alle Macht den A.- und B.-Räten geben, wenn sie Kommunisten sind. Wir von der U.S.P. wollen mitarbeiten, daß die A.- und B.-Räte umgebildet werden. Auch K.P.[-Vertreter] wollen sogar den Parlamentarismus ausnützen. Über das Wahlrecht bemerkt er, daß alle von diesem ausgeschlossen sind, die über ein Gewisses als Entgelt erhalten. In den Räten werden zum Unterschiede von den Parlamenten alle jene fehlen, die in ihrem Leben nur Kupon[s] abgeschnitten[68]), oder ähnliche Arbeiten ausgeführt haben. Bei dem schlechten Besuch muß festgestellt werden, daß die Mitglieder von der U.S.P. anwesend sind und nicht jene, die keine revolutionären Ideen mehr aufbringen.
ENGELHARDT stellt fest, daß Müller[69]) als Kommunist in Berlin war und nicht als U.S.P.[-Vertreter]. Deshalb ist die Feststellung von Römer eine bewußte Lüge, wie so viele von jener Seite in die Welt gesetzt worden [sind].
RÖMER: Müller war als U.S.P.[-Vertreter] in Berlin, mit der Karte von dieser Partei. Bei der K.P. habe er schon den Antrag gestellt, aus dem A.-Rat auszutreten, der aber abgelehnt wurde.
ENGELHARDT: Die kommende Revolution wird nicht von hier ausgehen, sondern von den Arbeitern. Müller wurde ausdrücklich als Kommunist auf den Zettel geschrieben und nicht als U.S.P.[-Vertreter], was jedenfalls auch Müller anerkennen wird. Die bewußte Lüge wolle er zurücknehmen.
RÜHLE[70]): Im Arbeiterrat sollten die Parteien nicht herumstreiten, sondern sich zu positiver Arbeit zusammenfinden. Vor der Nationalversammlung hätten alle Arbeiter zusammenstehen sollen, dann wären manche Vorgänge unterblieben. Auch die K.P. spricht davon, daß die Masse noch nicht reif sei, was auch die S.P.D. behauptet.
SCHLIPF[71]): Am 9. November waren sich die Arbeiter einig, doch schon am 10. und 11. kam die Uneinigkeit. In den weiteren Ausführungen geißelt Schlipf das gegenwärtige Rätesystem. Wählen dürfen nur diejenigen, die produktiv tätig sind und die sich zum Rätesystem bekennen.
GEHRING stellt fest, daß R. Müller erklärt hat, die S.P.D. könne schicken, wen sie wolle. Auch die Direktoren leisten produktiv[e] [Arbeit] im Interesse der Allgemeinheit, auch im neuen Staat. Ferner hat Schlipf erklärt, die Einheit[72]) des Proletariats müsse die Führer zusammenführen, obwohl Schlipf beim Generalstreik das Gegenteil behauptet hat.
BULLMER[73]): Das Rätesystem wird nicht mehr verschwinden, hauptsächlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Einfluß auf die Produktion muß sich so schnell wie möglich geltend machen. Hierbei müssen ebenfalls die Angestellten herangezogen werden. Auch die Bildung muß mit [dem] Umschwung gleichen Schritt halten, denn gerade

---

niswahlrecht zu wählen. Wahlkörper sollten auf der lokalen Ebene die örtlichen Industriegruppen und Berufsverbände sein.

[68]) Im Or.: abgeschrieben.
[69]) Gemeint ist Max Müller (s. Nr. 9 Anm. 55).
[70]) Karl Rühle, Mitglied der SPD.
[71]) Josef Schlipf (geb. 1884), von Beruf Buchbinder, später Metallarbeiter, kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 23); s. auch Arbeiterpresse 1927, S. 574; ab Mai 1919 Gemeinderat in Stuttgart (USPD/SPD).
[72]) Im Or. irrtümlicherweise: Einzelheit.
[73]) Hans Bullmer (geb. 1866), von Beruf Handlungsgehilfe, seit 1910 Parteisekretär der SPD in Stuttgart, für die er zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung kandidierte (Platz 62); s. auch Arbeiterpresse 1927, S. 569.

durch das Bildungsmonopol war die Kluft zwischen Arbeiter und Gebildeten möglich. Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.
SCHLIPF stellt richtig, daß das Wahlrecht ...[74])
GRÄTER: Die Ansichten[75]) über das Rätesystem sind sehr verschieden, wie auch die heutige Debatte gezeigt [hat]. Die Räte werden in dem Wirtschaftsleben eine große Aufgabe finden. Die Politik werden dann die Parteien zu erledigen haben.
GEHRING: Auf Antrag Engelhardt soll die Frage der Friedensbedingungen zur Sprache gebracht werden. Hierzu ist ein Antrag der U.S.P. eingegangen[76]):

Resolution[77]):

Der Versailler Friede ist ein imperialistischer Friede, ist der unheilvolle Abschluß des imperialistischen Weltkrieges.
Die Imperialisten der Entente in Versailles sind von demselben Geist beherrscht wie die Zentralmächte in Brest-Litowsk. Alle diejenigen, die auf einen „Wilson'schen Rechtsfrieden" hofften, sind grausam enttäuscht. Der Sieger setzt dem Besiegten nach barbarischem Kriegsrecht schonungslos den Fuß auf den Nacken. Die Arbeiterräte Groß-Stuttgarts haben niemals erwartet, daß die beutegierigen Imperialisten sich jemals in sanftmütige Freunde der Gerechtigkeit verwandeln würden. Daß die Friedensbedingungen unerträglich hart geworden sind, dafür sind die verantwortlich, die ununterbrochen das Durchhalten gepredigt und den Krieg bis zum Weißbluten unseres Volkes fortgesetzt haben, die selbst nach Ausbruch der Revolution nichts getan, um die Versöhnung der Völker zu fördern.
Gegen den Gewaltfrieden protestieren wir mit aller Schärfe, und wir haben ein Recht dazu, weil wir, als der Chauvinismus bei uns tobte, gegen unsere eigenen Gewaltpolitiker mit der größten Entschiedenheit aufgetreten sind.
Es muß mit ganzer Kraft daran gearbeitet werden, um wenigstens eine Milderung der uns zugedachten wirtschaftlichen Lasten zu erzielen, damit das Proletariat nicht der Versklavung völlig anheimfällt und das Selbstbestimmungsrecht nicht mit Füßen getreten wird. Wir geben uns daher nicht der Illusion hin, daß die imperialistischen Machthaber der Entente sich wesentliche Zugeständnisse werden abringen lassen, weil ihre Friedensbedingungen das Resultat monatelangen Feilschens um die Kriegsbeute sind.
Das Deutsche Volk muß sich über diese Tatsachen klar sein, keinesfalls darf es nochmals ein Opfer der chauvinistischen Hetze werden, durch die für die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages Stimmung gemacht wird.[78]).

---

[74]) An dieser Stelle ist der Text unvollständig.
[75]) Im Or.: Aussichten.
[76]) Diese Stellungnahme der württembergischen USPD zu den Friedensbedingungen entsprach voll und ganz der Haltung, die von der USPD auch auf der Reichsebene zur Friedensfrage eingenommen wurde. Vgl. dazu Prager, S. 199 ff.
[77]) Eine maschinenschriftliche Fassung dieser Resolution, unterzeichnet von Großhans und Georg Ziegler, befindet sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83.
[78]) Die erste Reaktion der Reichsregierung auf die am 7. 5. 1919 überreichten Friedensbedingungen spiegelt das Kabinettsprotokoll vom 8. 5. 1919 wider; danach brachten „sämtliche Mitglieder des Kabinetts" zum Ausdruck, „daß die Bedingungen die schlimmsten Erwartungen weit übertroffen haben, daß sie für Deutschland nicht nur psychisch, sondern auch wirtschaftlich unerträglich seien, daß sie niemals die Grundlage für einen Völkerfrieden von Dauer bilden könnten und daß infolge der territorialen und wirtschaftlichen Knebelung die auferlegten wirtschaftlichen Verpflichtungen vollständig unerfüllbar seien" (vgl. Kabinett Scheidemann, Nr. 66, S. 303). Ähnlich charakterisierten die Sprecher aller bürgerlichen Parteien und der SPD den Vertragsentwurf am 12. 5. 1919 in der Nationalversammlung, in der zuvor Scheidemann in einer „bemerkenswert melodramatischen" Regierungserklärung (so Schulz, S. 220) den Entwurf als einen gegen das deutsche Volk gerichteten „Mordplan", der „unannehmbar" sei, bezeichnet hatte (die wichtigsten Passagen der Rede Scheidemanns sind abgedruckt in: Ursachen und Folgen III, S. 350 ff.).

Wird der Friedensvertrag nach Abschluß der Verhandlungen nicht unterzeichnet, so würde das Unglück, in das unser Volk hineingetrieben worden ist, verschlimmert, die Hungerblockade verschärft, die Rohstoffzufuhr und damit die Wiederingangsetzung des Wirtschaftslebens auch ferner unterbunden, weiteres Gebiet des Landes den Militaristen der Entente ausgeliefert werden.
Dieselben „Patrioten", die bisher nicht laut genug die Freilassung der deutschen Kriegsgefangenen fordern konnten, die wir unter allen Umständen für ein Gebot der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit halten, sind jetzt bereit, durch Ablehnung des Friedensvertrages die Unglücklichen weiter in Kriegsgefangenschaft schmachten zu lassen. Wir sind davon überzeugt, daß der Friede von Versailles, ganz gleich, wie er im einzelnen ausfällt, ebensowenig von Dauer sein wird, wie es die Frieden von Brest-Litowsk und von Bukarest gewesen sind.
Wir haben volles Vertrauen zu den Sozialisten der anderen Länder, die bereits mit voller Kraft gegen die Vergewaltigung des Deutschen Volkes Stellung genommen haben. Wir wissen, daß die vereinigte Kraft der Proletarier aller Länder über jeden Imperialismus den Sieg davontragen und das Unrecht der Gegenwart wieder gut machen wird.

Die Fraktion der U.S.P.

HOSCHKA[79]) führt zur Begründung aus: In der gegenwärtigen Stimmung sind wieder Leute am Werk, den Chauvinismus zu schüren, um dann im geeigneten Moment wieder mit dem Kriege hervorzutreten. Dem Arbeiter wird es gleich sein, ob er für den deutschen oder ausländischen Kapitalisten schmachten muß. Die U.S.P. ist schon immer gegen den Krieg, desgleichen gegen den Verständigungsrummel. Hätte Deutschland gesiegt, dann wäre nach der anderen Seite diktiert worden, wie in Brest-Litowsk und Bukarest. Die U.S.P. ist gegen jede Annexion gewesen, wie schon im September 1914 durch die untersagte Protestversammlung[80]). Arbeiter werden sich nicht wieder zum Morden hingeben, hierzu sollen sich die Bürgerlichen hingeben. Ein Waffenwiderstand würde die Entente erst noch aufmuntern, mit ihren Heeresmassen über uns herzufallen. Im Interesse der deutschen Kriegsgefangenen ist es schon erforderlich, so bald wie möglich zum Frieden zu kommen. Mit den Proletariern aller Nationen wird auch dieser Friedensvertrag umgestoßen werden. Nur durch die Weltrevolution wird der Kapitalismus niedergerungen werden.
ZIEGLER: Das deutsche Volk protestiert heute gegen das ungeheure Unrecht der Friedensbedingungen der Entente. Wo blieb jener Protest beim Abschluß des Friedens von Brest-Litowsk und von Bukarest, als den unterdrückten Völkern Rußlands und Rumäniens der Friede durch den Säbel des Generals Hoffmann diktiert wurde? Wir haben heute gar keinen Grund und auch kein Recht zu einem Protest. Für uns bleibt halt nichts anderes übrig, als den uns diktierten Frieden ungelesen und mit verbundenen Augen zu unterschreiben. Wollen wir durch Nichtunterzeichnen des Friedensvertrages die Not und das Elend des deutschen Volkes noch vergrößern? Eine Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages würde die Verhängung der verschärften Blockade über

---

[79]) Ferdinand Hoschka (geb. 1872), von Beruf Färber, seit 1909 Angestellter im Textilarbeiterverband, trat im Juni 1915 zusammen mit Engelhardt und Westmeyer aus der Landtagsfraktion der württembergischen SPD aus; seit 1917 Mitglied der USPD; nahm am 2. 11. 1918 im Auftrag der Stuttgarter Spartakusgruppe an den Beratungen der revolutionären Obleute in Berlin teil; im Januar 1919 als Spitzenkandidat der USPD in die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung gewählt; Mitglied des Landtags bis 1924; vgl. auch Arbeiterpresse 1927, S. 571.

[80]) Am 21. 9. 1914 hatte auf Einladung Westmeyers Karl Liebknecht in einer öffentlichen Mitgliederversammlung der Stuttgarter SPD sprechen sollen. Wegen des von Liebknecht angekündigten Themas („Gegen die Annexionshetze") verbot das Stellvertretende Generalkommando eine öffentliche Versammlung, gestattete aber, daß Liebknecht in einer nichtöffentlichen „Vertrauensmännersitzung" sprach; vgl. dazu Einleitung, S. XXXIV f.

Deutschland bedeuten und das arbeitende Volk Deutschlands müßte elend verhungern. An einen Anschluß an Rußland könnte erst nach Unterzeichnung des Friedensvertrages gedacht werden, da wir diesen Zeitpunkt verpaßt haben.
Wir als Vertreter der U.S.P. haben am 9. November sofort unsere Stimmen erhoben und erklärt, das deutsche Volk möge sich auf den Boden des Sozialismus stellen und mit Rußland eine Einigung erzielen. Wir wurden dort als die kleine Minderheit hingestellt, und unsere Gegner glaubten, den Messias von der Entente erwarten zu können. Heute müssen sie selbst einsehen, daß wir uns dort auf dem richtigen Weg befunden haben. Wir erklären deshalb heute, daß es für uns keinen anderen Weg gibt als die Unterzeichnung des Friedensvertrages. Nur die kommende Weltrevolution kann uns von dieser schmachvollen Unterdrückung wieder befreien. Wir sind [uns] auch bewußt, daß die Proletarier der Entente dieses einsehen werden, und diesen Vertrag für null und nichtig erklären werden.
GROSSHANS: Die Regierung ruft alles zum Protest auf, Arbeiter und Bürger. Warum ruft die Regierung nicht nur die Arbeiter? Die Bürgerlichen haben die Schuld mit an dem ganzen Verhängnis, deshalb müssen wir von der U.S.P. es ablehnen, mit diesen zu protestieren. Wir protestieren dagegen, daß die Regierung nicht mit Rußland zusammengegangen ist usw.
GEHRING: Es handelt sich um die Unterzeichnung, die von der U.S.P. verlangt wird. Ob wir damit der Weltrevolution näherkommen, möchte ich bezweifeln. Die Frage ist von ungeheurer Bedeutung. Zur Nichtunterzeichnung kann ich meine Zustimmung nicht ohne weiteres geben.
BIEHL: Wir müssen alles zurückstellen bei einer solchen wichtigen Frage. Die Rettung kann nur von der Weltrevolution kommen.
LOHRMANN, GROSSHANS und SEIDEL machen im Sinne der U.S.P. noch weitere Ausführungen.
BEYRER spricht auch im Sinne der Unterzeichnung; WOLF im gleichen Sinne.
HOSCHKA: Man wird zu wählen haben zwischen Untergehen und Hungern, durch Unterzeichnen wird uns das erste immer noch übrig.
Die Resolution wird gegen eine Stimme angenommen.
Die Ernährungsfrage soll auf der nächsten Sitzung als erster Punkt behandelt werden.
Die Entschädigung für [eine] Arbeiterratssitzung ist vorläufig noch so geregelt, daß nur die versäumte Arbeitszeit vergütet wird. Auch diese Frage wird in der nächsten Sitzung behandelt werden. Schluß 6 Uhr.

*g) Sitzung am 3. Juli 1919*

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 83. Maschinenschriftliches Sitzungsprotokoll. Überschrift: „Arbeiterrats-Sitzung Groß-Stuttgarts am 3. Juli 1919".**

GRÄTER eröffnet die Sitzung 3 Uhr 15 Minuten und begrüßt die Anwesenden.
Zur Tagesordnung steht: Stellungnahme zu dem Beschluß der Landesversammlung betr. Aufhebung der Satzungen der A.- und B.-Räte[81]). Es kommen zunächst die dem Landesausschuß vorgelegten Entschließungen in dieser Angelegenheit zur Verlesung, unter kurzem Hinweis, was vom Landesausschuß in dieser Hinsicht geschehen[82]). Von

---

[81]) Zu diesem Beschluß, den die Landesversammlung am 13. 6. 1919 gefaßt hatte, s. Nr. 10 Anm. 3.

[82]) Vgl. dazu Nr. 10 Anm. 3. In einem Schreiben vom 18. 6. 1919 an die württembergische Regierung (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 87) protestierte auch der Zentralrat „nachdrücklichst" gegen den Beschluß der Landesversammlung und warnte „ernstlich und dringend" davor, die Auflösung der A.-Räte durchzuführen.

der Regierung wurde zugesagt, daß die Beiräte so bald wie möglich zur Erledigung kommen[83]).
Zur Geschäftsordnung wird auf die Zahlungsfrage hingewiesen, die aber in der üblichen Weise erledigt worden ist.
STETTER bemängelt zunächst, daß von der Mehrheit[84]) der Standpunkt in dieser Frage nicht vorher klargelegt worden ist. Schon von Anfang habe die Mehrheit sich gegen die A.-Räte gewendet und diesen keine Bedeutung beigemessen. Der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften wird vom Redner in längeren Worten stark gegeißelt[85]). Diese sei nur geschlossen worden, um die Sozialisierungswelle aufzuhalten. Die Gewerkschaften hätten sich an die Spitze der revolutionären Arbeiter stellen müssen, um die Forderungen der Arbeiter zu verwirklichen. Wäre dies geschehen, dann hätte ein solcher Beschluß in der Landesversammlung nicht gefaßt werden können. Daraus geht hervor, daß die Reaktion stark auf dem Marsch ist.
Der Redner geht dann auf die Entschließung Eggert von der letzten Landesversammlung[86]) ein und bemerkt dabei, obwohl die U.S.P. dieser nicht zugestimmt habe, seien die Forderungen nicht erfüllt. Es sei daher dringend erforderlich, daß eine Neuwahl vorgenommen wird. Zu diesem Zwecke soll aus der Versammlung eine Kommission gebildet werden, die das Berliner Wahlverfahren[87]) für hier ausarbeitet. Die folgende Resolution der U.S.P empfiehlt der Redner der Versammlung zur Annahme:

Resolution:

Die am 3. Juli im Gewerkschaftshaus tagende Vollversammlung[88]) des Stuttgarter A.-Rats protestiert gegen den Beschluß des Landtags, ab 15. Juli den A.- und B.-Räten die Rechtsgrundlage zu entziehen.
Die Versammlung betont, daß der heutige Landtag auf demselben Recht der Revolution fußt, wie die A.- und B.-Räte.
Diese Entziehung dieser Rechtsgrundlage muß sich ebensosehr gegen den Landtag selbst wie gegen die A.-Räte richten, zumal der Landtag, wie das Erstarken der Opposition beweist[89]), die ihm bei der Revolution zugewiesenen Aufgaben nicht erfüllt hat. Um politischen Verwicklungen vorzubeugen, verlangt die Versammlung die Neuwahl der A.- und B.-Räte.
Der A.-Rat entspricht in seiner jetzigen Zusammensetzung nicht mehr dem Willen der

---

[83]) Die von der Landesversammlung am 26. 4. 1919 verabschiedete württembergische Verfassung sah in § 58 vor, daß den Ministerien Beiräte anzugliedern seien, „denen insbesondere Vertreter der Berufs- und Erwerbskreise" angehören sollten (s. auch Nr. 9 Anm. 111). In der Kabinettssitzung am 30. 6. 1919 vertrat Blos die Auffassung, daß die in § 58 der württembergischen Verfassung vorgesehenen Beiräte gesetzlich nicht mehr verankert werden könnten, weil sich mittlerweile das Reich die Regelung dieser Frage vorbehalten habe. Das Kabinett einigte sich schließlich darauf, „den Versuch zu machen, den Landtag zur Aufhebung des Beschlusses über die Beseitigung der Arbeiterräte zu veranlassen". Man wollte dem Landtag ein Gesetz vorlegen, wonach die A.-Räte bis zum Inkrafttreten einer reichsrechtlichen Regelung bestehenbleiben sollten (HStA Stuttgart, E 130 b 214). Vgl. zur entsprechenden Initiative des DDP-Abgeordneten Hartenstein Nr. 10, S. 304.
[84]) Gemeint ist die Mehrheitssozialdemokratie.
[85]) Zum Abschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft zwischen Gewerkschaften und Unternehmern am 15. 11. 1918 s. neuerdings Gerald D. Feldman, The Origins of the Stinnes-Legien Agreement: a Documentation, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 19/20, 1973, S. 45–103.
[86]) Vgl. dazu Nr. 9, S. 278.
[87]) Zum vom Vollzugsrat der Berliner A.-Räte ausgearbeiteten Wahlverfahren s. Nr. 10 Anm. 17.
[88]) Im Or. irrtümlich: Volksversammlung.
[89]) Bei den Gemeindewahlen im April/Mai 1919 hatte die SPD teilweise erhebliche Stimmenverluste in Kauf nehmen müssen. Zu den Ergebnissen der Gemeindewahlen in Stuttgart, bei denen die USPD ihren Stimmanteil verdoppelte, s. Nr. 9 Anm. 19.

Arbeiterschaft. Dieser Wille soll im Hinblick auf die beabsichtigte Auflösung erneut festgestellt werden und muß verpflichtende Wirkung für die Regierung haben.
Zur Vornahme der Wahlen ist eine Kommission einzusetzen, welche die Wahlen entsprechend den vom Berliner Vollzugsrat aufgestellten Wahlordnungen[87]) vorzunehmen hat. Diese Wahlordnung ist von Vertretern der drei sozialistischen Parteien aufgestellt worden und erkennt als wahlberechtigt alle Hand- und Kopfarbeiter ohne Unterschied des Geschlechts an, die ohne Ausbeutung fremder Arbeitskraft gesellschaftlich notwendige Arbeit leisten und dadurch ihren Lebensunterhalt erwerben.
Die Versammlung spricht aus, daß sie gewillt ist, alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um[90]) den berechtigten Wünschen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen.

GESCHKE[91]) weist auf den Beschluß der Landesversammlung hin, der entschieden zurückgewiesen werden muß. In den Betrieben sei von der Revolution wenig zu spüren. Das Arbeitsministerium müsse unbedingt umgestaltet werden. Auch im Ministerium des Innern müsse gehörig Ordnung geschaffen werden. Desgleichen kommt der Redner auf Mißstände im Militärwesen zu sprechen.
Die[92]) Betriebsräte, wie sie in einem Entwurf von der Regierung vorgelegt worden sind[93]), bedeuten für die Arbeiter so gut wie nichts. Die Annahme der Resolution der U.S.P. wird ebenfalls empfohlen.
SCHMIDT: Im deutschen Reiche sei die Proletarisierung sehr stark vorwärtsgeschritten zum Weltproletariat. Nur dürfe der Moment des Zufassens nicht verfehlt werden, wodurch das Proletariat sich befreien kann. Ohne Rücksicht auf Parteien müsse der Kapitalismus endlich beseitigt werden. Aus sich heraus müssen sich die Arbeiter helfen, was auch für die Betriebsräte zutreffe. Unsere jetzige Lage, wesentlich erschwert durch den harten Frieden, dürfe keine Lohnkämpfe mehr über sich ergehen lassen. Die Lohnfrage müsse überhaupt abgeschafft werden.
Ein einheitlicher Wille müsse zum Ausdruck kommen, um die Räte weiterbestehen zu lassen.
ENGELHARDT: Die Mehrheitssozialdemokraten stehen jedenfalls dem Beschluß der Landesversammlung mit einem weinenden und einem lachenden Auge gegenüber, was deutlich aus der heutigen Versammlung hervorgeht. Diese seien daran schuld, daß die A.- und B.-Räte in eine derartige Lage geraten seien. Allerdings brauche man dem jetzt bestehenden A.- und B.-Rat keine Träne nachzuweinen. Sie haben ja nur Nachtwächterdienste geleistet. Mit bloßen papierernen Resolutionen dürfe man sich absolut nicht begnügen. Gegen die Behauptung, die Landesversammlung habe ihre Pflicht erfüllt, hätte sich in der Versammlung kein Widerspruch erhoben, also auch die Rechts-Sozialisten seien damit einverstanden. Dies hat sich allerdings in der Landesversammlung nicht gezeigt. Der Landesversammlung ist auch zuzutrauen[94]), daß noch weitere Errungenschaften der Revolution zunichte gemacht werden[95]). Jetzt müsse der Moment des wirtschaftlichen Niederbruchs benutzt werden, um die Herrschaft des Kapitalismus zu stürzen[96]), jetzt oder nie!

---

[90]) Im Or.: und.
[91]) August Geschke, von Beruf Buchdrucker, kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 118).
[92]) Im Or.: von den.
[93]) Es ist unklar, ob sich Geschke hier auf die württembergische Verfassungsbestimmung über die Beiräte (vgl. Anm. 83) oder auf den vom Reichskabinett ausgearbeiteten Entwurf für ein Betriebsrätegesetz (vgl. dazu Oertzen, S. 153 ff.) bezieht.
[94]) Im Or.: zuzumuten.
[95]) Engelhardt meint hier die Verfassunggebende Württembergische Landesversammlung.
[96]) Im Or. sinnwidrig: stützen.

SPÖRR weist [hin] auf die Mißwirtschaft in der Auszahlung von großen Summen an Aufsichtsratsmitglieder. Im weiteren schließt sich Spörr dem Vorredner an, doch nicht nur mit der Resolution sollte es getan sein, sondern die Arbeiterschaft müsse zur Tat schreiten. Auch unter den Ministerien müsse aufgeräumt werden.
RÖTTCHER[97]) stellt die Einigkeit der Versammlung über die Räte fest und betont, daß das Rätesystem verwirklicht werden muß, wodurch allein nur die Ausbeutung im Innern abgeschafft werden kann. Mit der Sozialisierung müsse sofort begonnen werden, schon mit Bezug auf das Ausland. Auf letzteres hätten die A.-, B.- und S.-Räte ein gutes Licht geworfen, daher müssen diese unbedingt weiterbestehen. Karl Ch. Planck[98]) habe schon vor dreißig Jahren Ausführungen über ein Rätesystem gemacht.
MÜLLER, Georg[99]): In jeder Arbeiterratssitzung ist noch über [die] Mehrheitssozialisten geschimpft worden, um Agitation[100]) für sich zu treiben. Auch was die U.S.P. getrieben hat, kann doch nicht immer als gut angesehen werden. Wäre die U.S.P. schon früher auf dem heutigen Standpunkt gestanden, so wäre manches besser geworden.
ZWICKER spricht mit scharfen Worten gegen Mehrheit, Regierung und Landesversammlung und betont dabei, daß er als Staatsarbeiter besondere Veranlassung habe.
GRÄTER stellt fest, daß alle Redner für die Resolution eingetreten sind.
Die Resolution findet einstimmige Annahme.
Die Wahlkommission soll sich aus fünf Mitgliedern zusammensetzen: Stetter, Zwicker, Schmidt[101]), Schmoll[102]), Spörr.
Antrag ALKER, Delegierte zur Landeskonferenz aus dem Arbeiterrat Groß-Stuttgarts zu wählen, wird angenommen.
Es werden 15 Delegierte aus der Versammlung gewählt, und zwar 6 [von der] S.P.D., 9 [von der] U.S.P.[103])

| | [U.S.P.] |
|---|---|
| Engelhardt, Franz | Cannstatt, Viaduktstraße 26 |
| Gubler, Gottfried[104]) | Untertürkheim, Urbanstraße 39 |
| Elsässer, Karl | Berg, Kirchstraße 5 |
| Straub, Karl[105]) | Gaisburg, Gartenstraße 11 |
| Röttcher, [Fritz] | Stuttgart, Werfmershalde 18 |
| Spörr, Karl | Stuttgart, Lindenstraße 17 |
| Kornmaier, Eugen | Gablenberg, Aspergstraße 35 |
| Schneider, Anna | Stuttgart, Rötestraße 34 |

---

[97]) Fritz Röttcher, Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft (s. dazu Nr. 7 Anm. 37) in Stuttgart; seit November 1918 gehört Röttcher dem Arbeits-Ausschuß des Rats der geistigen Arbeiter an; Mitglied der USPD.
[98]) Karl Christian Planck (1819–1880), war Mitarbeiter der Hallischen Jahrbücher und der Berliner Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik gewesen; seit 1848 Privatdozent in Tübingen, nach 1854 Gymnasiallehrer in Ulm; Verfasser zahlreicher Schriften, in denen er monistische Ideen vertrat.
[99]) Georg Müller (geb. 1875), von Beruf Feinmechaniker, Mitglied der SPD; seit April 1920 Angestellter im Metallarbeiterverband; s. auch Arbeiterpresse 1927, S. 574.
[100]) Im Or.: zu schimpfen und Agitation.
[101]) Friedrich Schmidt (geb. 1880), von Beruf Bergmann; seit Januar 1919 Bezirksleiter im Eisenbahnerverband; vgl. Arbeiterpresse 1927, S. 574.
[102]) Hugo Schmoll, von Beruf Gasarbeiter, kandidierte für die SPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 98); vom 22. 5. 1919 bis zum 1. 4. 1920 Mitglied des Landesausschusses der A.-Räte.
[103]) Im Original finden sich die Namen von nur acht USPD-Vertretern.
[104]) Gottfried Gubler, von Beruf Eisendreher, kandidierte für die USPD zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung (Platz 35); ab 18. 5. 1919 Gemeinderat in Stuttgart (USPD).
[105]) Karl Straub (geb. 1877), von Beruf Dreher, war am 7./8. 11. 1918 verhaftet worden (vgl. Nr. 3 Anm. 32); ab 18. 5. 1919 Gemeinderat in Stuttgart (USPD).

| | [S.P.D.] |
|---|---|
| Christian, Karl[106]) | Stuttgart, Rötestraße 6 |
| Müller, Georg | Stuttgart, Lerchenstraße 18 |
| Eisele, Karl | Kaltental, Lindenstraße 168 |
| Kramer, Wilhelm | Feuerbach, Mühlbergstraße 19 |
| Müller, Gustav | Feuerbach, Metzstraße 1 |
| Rühle, Karl | Feuerbach, Wernerstraße 41 |

ELSÄSSER: Betriebe sollen zu jeder Zeit das Recht haben, Ersatzwahlen vorzunehmen. Hierzu macht BARTHELMES sachliche Mitteilungen.
GRÄTER macht geltend, [daß er] sein Mandat von der Landesversammlung habe, und wenn die ihn abberufe, so würde er ohne weiteres ausscheiden.
ALKER und STETTER sind gegenteiliger Meinung.
EISELE hält ein derartiges Verfahren mit Ersatzwahlen für äußerst unerquicklich.
In der weiteren Aussprache wird sich noch dafür und dagegen ausgesprochen.
THEURER bringt noch verschiedene Beschwerden vor betr. Nahrungsmittelversorgung sowie Bekleidung und fordert energische Maßnahmen von seiten des Vollzugsausschusses.
EISELE bringt noch die Wohnungsfrage zur Sprache und brachte zum Ausdruck, die Bevölkerung solle den Kommissionen mehr unter die Arme greifen, um noch mehr wie bis jetzt zu erreichen.
FLEISCHMANN rügt noch die Kommission für Einstellung der Herstellung von Kriegsmaterial, die dies[107]) wohl im Lande veranlaßt hat, aber ruhig hier weiter mit der Herstellung von Kriegsmaterial sich betätigt.

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 15.

---

[106]) Karl Christian (geb. 1867), von Beruf Klempner, seit 1906 Angestellter im Metallarbeiterverband; vgl. Arbeiterpresse 1914, S. 529.
[107]) Im Or.: es.

## 14. Tätigkeitsbericht des Arbeiter- und Soldatenrates Ravensburg, Dezember 1918

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 86. Maschinenschriftlicher Bericht. Überschrift: „Gesamt-Tätigkeitsbericht vom 10. Nov.–10. Dez."**[1]).

Nachdem die Revolution am 10. November auch in Ravensburg[2]) ihren[3]) Einzug gehalten hatte, wurde am selben Tage, nachdem der S.-Rat in Ravensburg schon gegründet war, der A.-Rat ins Leben gerufen.
Da die Städte Ravensburg und Weingarten sowie Baienfurt in engster Nähe beieinander liegen, war es nötig, daß die A.- und S.-Räte Ravensburg-Weingarten geschlossen miteinander arbeiten. Bei der Gründung wurde dann auch beschlossen, daß der A.- und S.-Rat Weingarten[4]) sich dem A.- und S.-Rat Ravensburg anschließt, um ein planmäßiges Vorgehen und Arbeiten zu ermöglichen.
Auf dieser Grundlage wurde die Arbeit von uns aufgenommen.
Als erstes wurden wir bei den Stadtschultheißenämtern um Überlassung von Geschäftszimmern vorstellig. In Ravensburg war es nicht möglich, im Stadtschultheißenamt ein Geschäftszimmer zu erhalten, weil dadurch der ordnungsgemäße Geschäftsgang gestört wäre. Darauf mieteten wir uns in nächster Nähe der städtischen Behörden in einem Privathaus ein Geschäftszimmer.
In Weingarten dagegen war es möglich, im Lebensmittelamt ein Geschäftszimmer zu erhalten.
Nachdem nun die Lokalfrage gelöst war, konnten wir mit der Tätigkeit beginnen. In erster Linie wurden wir mit dem S.-Rat bei den betr. Bürgermeistern vorstellig und ließen uns versichern, daß die betr. Herren uns in jeder Weise unterstützen. Sodann mußten die Herren sich verpflichten, jeden Montag in der Woche mit uns eine Besprechung abzuhalten, in der wir die Wünsche der arbeitenden Klassen und der sonstigen Bevölkerung entgegenbringen und, soweit sie berechtigt sind, auf ihre Erfüllung dringen.
Ein besonderer Abschnitt in unserer Tätigkeit war die Propaganda. In 40 Versammlungen waren wir für die Republik im Oberamt tätig. Der Erfolg war groß. Fast überall kamen uns die Schultheißen zu Hilfe, indem sie die Versammlungen einberiefen. Sehr wenig wurde uns entgegengetreten. Aber desto mehr wurden wir durch Drohschriften und durch die Berichte in der Presse darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns in einer Hochburg des Zentrums befinden[5]).

---

[1]) Dieser ungezeichnete und undatierte Bericht dürfte unmittelbar nach dem 10. 12. 1918 abgefaßt worden sein. Im gleichen Bestand des HStA Stuttgart (Büschel 86) befinden sich auch noch weitere Materialien des A.-Rates Ravensburg (Briefwechsel, Tätigkeitsberichte und Protokolle).

[2]) Ravensburg war das Verwaltungszentrum des gleichnamigen Oberamtsbezirks. Die Gemeinde zählte 1900 rund 13500 Einwohner. Nach der Berufsstatistik von 1895 war mehr als die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung (56,5%) in Gewerbe und Industrie beschäftigt (Papierfabrikation, Seiden-, Woll- und Flachsspinnerei, Maschinen- und Möbelfabriken); für die anderen Erwerbszweige gibt die Berufsstatistik folgende Prozentzahlen an: Land- und Forstwirtschaft 9,0%; Handel und Verkehr 14,9%. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 4, S. 356 ff.

[3]) Im Or. irrtümlicherweise: seinen.

[4]) Vgl. dazu den Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrates Weingarten, abgedruckt als Nr. 22.

[5]) Am 14. 11. 1918 hatte bei einer Nachwahl zum württembergischen Landtag der Zentrumskandidat etwa doppelt soviel Stimmen erhalten wie der von der SPD und USPD aufgestellte Vorsit-

Das Post- und Telegrafenamt, das wir zu Anfang besetzten, wurde dem S.-Rat zur Überwachung zugeteilt zwecks Verbilligung unserer Tätigkeit.
In ganz energischer Weise befaßten wir uns mit der Lebensmittelkontrolle. Was wir erreichten, übersteigt alles Erwartete. Viele Zentner Lebensmittel konnten beschlagnahmt werden und der Allgemeinheit damit ein großer[6]) Dienst erwiesen werden.
Nachdem die Verfügungen von der provisorischen Regierung erlassen wurden[7]), mußten wir sehr oft bei Fabrikanten und sonstigen Arbeitgebern zwecks Einhalten der Bestimmungen vorstellig werden.
Das Arbeitslosen-Elend, das jetzt einsetzt, bringt uns einen Haufen Arbeit. In unzähligen Beratungen und Auskünften wurde diesen teilweise geholfen.
Ebenso wurden die Räte im Geschäftszimmer mit allen möglichen Beschwerden und Gesuchen mündlich und schriftlich überhäuft. Kurz, all die Mühseligen und Beladenen sehen uns als Allheilmittel an. Wir tun, was in unseren Kräften steht, müssen aber wegen Mangel an ständig tätigen Genossen und im Interesse der Sparsamkeit viel Arbeit liegenlassen.
Der[8]) Briefverkehr wurde mit 255 Briefen, Ein- und Ausgängen erledigt. Außerdem wurde telphonisch innerhalb der Stadt in großer Zahl Auskunft gegeben. Nach auswärts fand der telephonische Verkehr in 75 Gesprächen seine Erledigung.
Die nähere Tätigkeit ist in 72 Tätigkeitsberichten, in denen 348 Punkte enthalten sind, angegeben[9]).
An ständigen Beamten sind tätig in Ravensburg 6, [in] Weingarten 3 und in Baienfurt 1. Davon bilden 4 Räte den Aktionsausschuß. Dieser Aktionsausschuß hält die Besprechungen mit den Stadtvorständen, ebenso mit den Arbeitgebern betr. Arbeiterentlassungen und Einhalten der Arbeitszeit, sowie sonstige wichtige Besprechungen mit den Behörden (Oberamt, usw.).
Außerdem sind 2 Räte ständig und einer teilweise im Geschäftszimmer, davon besorgt einer den Pressedienst, die anderen 2 Räte fertigen die Fragesteller und Auskunft suchende Personen ab.
Der Propagandadienst wird gemeinsam verrichtet. In 40 Versammlungen auf dem Lande, an denen 60 Gemeinden beteiligt waren, wirkten wir für die Sache der Revolution. In Ravensburg-Weingarten wurden außerdem noch eine öffentliche Soldaten- und eine öffentliche Volksversammlung von uns abgehalten, in denen der Abgeordnete Keil und der Gemeinderat Stetter, beide aus Stuttgart, sprachen.
Der Erfolg ist unbestreitbar auf unserer Seite, die Bevölkerung ruft uns immer mehr um Rat und Hilfe an. Wenn wir auch nicht allen helfen können, so können wir doch in den meisten Fällen den einzuschlagenden Weg angeben, damit auch diesen die Möglichkeit geboten wird, ihre Beschwerde bei der richtigen Stelle anzubringen.
Durch unsere gemeinnützige Tätigkeit werden viele Einwohner im Oberamt für die Sozialdemokratie gewonnen. Getrost können wir [der Wahl zur[10])] Nationalversammlung in dieser Hochburg des Zentrums entgegensehen[11]).

---

zende des A.-Rates Ravensburg Karl Ruggaber. Vgl. dazu die in der Oberschwäbischen Volkszeitung (Nr. 482 vom 15. 11. 1918) veröffentlichten Ergebnisse.

6) Im Or. grammatikalisch falsch: einen großen.

7) Gemeint ist hier die von Arbeitsminister Lindemann am 15. 11. 1918 erlassene Verfügung, die für alle württembergischen Gewerbebetriebe ab 18. 11. 1918 die Einführung des Achtstundentages anordnete (vgl. Nr. 6 Anm. 15).

8) Im Or. irrtümlicherweise: die.

9) Diese handschriftlichen Tätigkeitsberichte, die im November und Dezember 1918 fast täglich abgefaßt wurden, befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 86.

10) Im Or.: können wir die Nationalversammlung.

11) Bei den Wahlen zur Verfassunggebenden Württembergischen Landesversammlung am 12. 1. 1919 erhielt das Zentrum im Oberamt Ravensburg mehr als dreimal soviel Stimmen

Den Herren vom Zentrum wird es jetzt klar, daß ihre Position erschüttert wird, deshalb suchen sie mit jedem Mittel ihren Halt wieder zu befestigen. In Versammlungen, öffentlich und geheim, sammeln sich die schwarzen Geister und ziehen uns, die A.- und S.-Räte, und die Sozialdemokratie in den Dreck.
Kräftig unterstützt werden diese Schwarzkünstler durch die Presse am Platze, die dem Zentrum bis unter dem Schornstein verschrieben ist[12]). Tagtäglich erscheinen Berichte, worin von gemeinen Pressestrolchen eine Verleumdung um die andere in die Öffentlichkeit geschleudert wird.
Aber trotzdem wir auch noch in der Minderheit sind, so werden wir doch mit aller Energie an den [13]) Errungenschaften der Revolution festhalten. Wir werden den geheimen sowie den öffentlichen Klerus, welcher vom ganzen Herzen den alten Zustand herbeisehnt, beweisen:

Wir hämmern jung das alte Ding, den Staat,
denn wir von Gottes Zorne sind das Proletariat.

---

(14770) wie die SPD (4558); auf die USPD entfielen lediglich 508 Stimmen, die DDP erhielt 2345 und die Württembergische Bürgerpartei 1295 Stimmen. Ähnlich war auch das Ergebnis bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. 1. 1919: SPD 4770, Zentrum 15124, USPD 385, DDP 2388, Württembergische Bürgerpartei 1913 Stimmen. Vgl. Anlage II, S. 484.

[12]) In Ravensburg erschienen die Oberschwäbische Volkszeitung und der Oberschwäbische Anzeiger, zwei bürgerliche Blätter, die dem Zentrum nahestanden.

[13]) Im Or.: die.

## 15. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Sulz, März 1919

**Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 4, Juni 1919. Überschrift: „Arbeiter- und Bauernrat Sulz"**[1]).

Den großen Umwälzungen gemäß im Deutschen Reich am 9. November 1918 wurde auch in Sulz a. N.[2]) am 17. November 1918 ein Arbeiterrat von der organisierten Arbeiterschaft gewählt, und zwar aus 9 Arbeitervertretern und 3 Vertretern der bürgerlichen Parteien. Zu gleicher Zeit hat sich in Sulz ein Bauernrat konstituiert, welcher sich aber dem Arbeiterrat nicht anschloß. Unsere Tätigkeit in den einzelnen Gemeinden des Oberamtsbezirks und die Abhaltung von öffentlichen Versammlungen zwecks Gründung der Arbeiter- und Bauernräte hatte guten Erfolg. Am 30. Dezember fand die erste Sitzung der Bezirksarbeiter- und Bauernräte zwecks Gründung eines Bezirksausschusses statt.
Der Vorsitzende des seitherigen Arbeiter- und Bauernrates Sulz übernahm den vorläufigen Vorsitz und machte in seinen trefflichen Ausführungen die Ziele und den Zweck der Arbeiterräte den Versammelten vollständig klar. Die Wahl des Bezirksausschusses zeigte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender P. Seidel (Sulz), 2. Vorsitzender Johann Schon, Schrift- und Kassenführer Hermann Kuhn (Sulz). Als Beisitzer fungieren Georg Kipp (Vöhringen), Hauptlehrer Willmer (Boll), Georg Eßlinger (Weiden), Hans Fahrner (Dornhan). Durch die Bewältigung der Organisation konnten wir an praktische Arbeit herantreten, wie sie nach der Ministerialverfügung für Arbeiter- und Bauernräte festgelegt ist[3]). Unsere Arbeit begann sofort bei der Lebensmittelversorgung. Leider mußten wird die Erfahrung machen, daß wir unsere Macht nicht ganz zum Nutzen der Allgemeinheit ausüben können, da uns von seiten der Ortsbehörden starker Widerstand entgegengesetzt wurde[4]). Wir müssen aber auch hier feststellen, daß einen guten Teil der Schuld die Regierung selbst trifft, da sie den Arbeiter- und Bauernräten

---

[1]) Als Vorlage für die im Korrespondenzblatt abgedruckte Fassung diente ein vom 21. 3. 1919 datierter Bericht, den Paul Seidel, der Vorsitzende des Bezirksausschusses des A.-Rates Sulz, verfaßt hatte (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 67).

[2]) Das Oberamt Sulz gehörte zu den am dünnsten bevölkerten Bezirken des Schwarzwaldkreises. Von den rund 18 000 Menschen, die 1900 im Oberamt Sulz lebten, waren 65,2% in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt; 25,3% der erwerbstätigen Bevölkerung waren in Gewerbe und Industrie (Salzgewinnung, Weberei, Möbelfabrikation), 3,1% in Handel und Verkehr tätig. In der Oberamtsstadt Sulz, die 1900 rund 2000 Einwohner zählte, waren 23,9% der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, 47,8% in Gewerbe und Industrie, 13,3% in Handel und Verkehr beschäftigt. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 2, S. 519 ff.

[3]) Vgl. dazu die Verordnungen vom 14. 12. 1918 (abgedruckt als Nr. 26) und vom 8. 1. 1919 (abgedruckt als Nr. 28).

[4]) Auf eine Anfrage des Innenministeriums vom 16. 6. 1919, in der alle württembergischen Oberamtsbezirke aufgefordert wurden, über Zustandekommen und Zusammensetzung, Arbeit und Kosten der in ihren Bezirken bestehenden lokalen und regionalen Räteorganisationen zu berichten, antwortete der Leiter des Oberamtes Sulz am 19. 6. 1919, in seinem Bezirk verlaufe die Zusammenarbeit mit den Räten „ohne Reibung". Allerdings entstünden den Behörden durch die Räte „vermehrte Arbeit", weil diese die behördliche Tätigkeit durch schriftliche und mündliche Anfragen hemmten. In seinem Bezirk sei ein Bezirks-Arbeiterrat „entbehrlich" (das Schreiben des Innenministeriums und die Antwort des Oberamtes Sulz befinden sich in: HStA Stuttgart, E 151 b II 225).

zu wenig Rückhalt verleiht. Die Lebensmittelversorgung leidet stark unter der Profitsucht der einzelnen Bauern, da dieselben viel zu wenig Verständnis für das allgemeine Wohl und für die kolossale Not des ganzen Volkes besitzen. Lieber geben sie ihre Produkte den Hamsterern und Schleichhändlern zu Wucherpreisen. Wir müssen versuchen, unter allen Umständen diesem schmierigen Handwerk ein Ende zu bereiten, und bitten um Unterstützung sämtlicher Arbeiter- und Bauernräte.
Bis zurzeit haben 4 Bezirksausschußsitzungen und 3 Bezirkskonferenzen stattgefunden, welche sich in der Hauptsache über Mißstände in der Lebensmittelversorgung sowie mit der schlechten Zusammenarbeit mit den behördlichen Organen beschäftigt haben.
Es ist höchste Zeit, daß die Arbeiterräte durch Gesetzeskraft mehr Rückhalt bekommen, damit sie ihr ganzes Arbeiten für das gesamte Wohl der Menschheit einsetzen können. S[eidel]

## 16. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Blaubeuren, April 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 86. Handschriftlicher Bericht. Überschrift: „Bezirks- Arb.- u. Bauernrat Blaubeuren"**[1]).

Die Tätigkeit des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrats[2]) hat seit den Revolutionstagen in segensreicher Weise gewirkt und erstreckt sich auf ziemlich breitem Gebiet, in der Hauptsache, die Verordnungen und Verfügungen zu überwachen und zur Durchführbarkeit derselben beizutragen; in der Ernährungsfrage, den Kommunalverband zu kontrollieren (was recht notwendig war), damit eine gerechte Verteilung stattfindet, ebenso dem Wucher und Schleichhandel nachzuspüren, welcher auch hier wie allerorts mit Hochdruck betrieben wurde, wo auch dank tatkräftigen Einschreitens der örtlichen Arbeiter-Räte großer Erfolg zu erzielen war. Das Zusammenarbeiten mit dem Oberamt war als kein gutes zu verzeichnen. Weil der altreaktionäre Geist des Regierungsrates Bürner sich der Neuzeit nicht anpassen wollte, und das eigensinnige, machthaberische Vorgehen des Beamten nicht geduldet werden konnte, brachte man es endlich so weit, daß seine Stelle durch einen anderen Oberamtmann besetzt wurde. Aber auch den einzelnen Schultheißen mußten wir das Umlernen beibringen[3]). In Fragen von Bereitstellung der Notstandsarbeiten aller Art, Entlassung der Notstandsarbeiter, Erwerbslosenfürsorge und Arbeitsvermittlung ist der Bezirks- A.- und B.-Rat in ständiger Fühlung mit den Arbeiterausschüssen. Dadurch wurde auch erreicht, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Bezirk nicht nur so gut wie verschwunden ist, sondern daß wir schon viele Arbeiter vom Industriegebiet angefordert haben und in nächster Zeit noch weitere 300 Mann beschäftigen können.
In der Wohnungsfrage beschäftigten wir uns mit vieler Mühe und Eifer, um die immer mehr auftretende Not zu lindern, was jetzt auch zum größten Teil gelungen ist, teils durch Einbauten, auch teils durch [Ver]schiebung von kleinen Familien, welche zu große Wohnungen besessen haben, in kleinere Wohnungen, oder Zusammenlegen von verwandten Familien.

---

[1]) Dieser undatierte Bericht wurde etwa Anfang April von Otto Eckert, dem Vorsitzenden des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Blaubeuren, abgefaßt.

[2]) Das in der mittleren Alb gelegene Oberamt Blaubeuren war zu Beginn des 20. Jahrhunderts durch eine sehr unterschiedliche Bevölkerungsdichte (1905 insgesamt 21 250 Einwohner) und große wirtschaftliche Verschiedenheiten geprägt: In den Tälern bestanden zahlreiche Industrie- und Gewerbebetriebe (Gewinnung und Verarbeitung von Mineralien, Fabrikation von Bausteinen, Teer-, Gips- und Zementproduktion, Leinenindustrie), die Hochflächen wurden landwirtschaftlich genutzt. Nach der Berufsstatistik von 1895 entfielen auf die einzelnen Erwerbszweige: Land- und Forstwirtschaft 57,4%, Gewerbe und Industrie 29,9%, Handel und Verkehr 3,7%. In Blaubeuren selbst, das 1900 etwa 3100 Einwohner zählte, waren 64,1% der Erwerbstätigen in Gewerbe und Industrie, 7,4% in Land- und Forstwirtschaft, 9,8% in Handel und Verkehr beschäftigt. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 4, S. 46 ff.

[3]) In seinem Antwortschreiben vom 20. 6. 1919 auf die Anfrage des Innenministeriums (vgl. Nr. 15 Anm. 4) teilte der Leiter des Oberamtes Blaubeuren dagegen mit, die Zusammenarbeit der Behörden mit den Räten habe nur „vereinzelt zu Reibungen geführt", sie sei „im ganzen zufriedenstellend" gewesen (HStA Stuttgart, E 151 b II 225).

Die Milchversorgung war auch ein Schmerzenskind, was jetzt auch nach vieler Mühe und andauerndem[4]) Mitarbeiten der A.-Räte gelungen ist, infolge Einrichtung einer Milchzentrale, übersichtlicher zu arbeiten.
Neben diesen Arbeiten beschäftigt sich der Bezirks-A.- und B.-Rat noch mit Erteilen von Ratschlägen aller Art und steht in der Hauptsache allen Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen wohlwollend in allen Angelegenheiten bei.

O[tto] E[ckert]

---

[4]) Im Or.: andauerndes.

## 17. Tätigkeitsbericht des Arbeiter- und Bauernrates Nürtingen, April 1919

**Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 2, Mai 1919. Überschrift: „Arbeiter- und Bauernrat Nürtingen"**[1].

In den Novembertagen wurde auch hier ein Arbeiter- und Bauernrat gegründet[2]. Seine erste Tätigkeit war die Aufforderung an die hiesigen städtischen Behörden und die Entgegennahme der Verpflichtung, ihre Dienste der neuen provisorischen Regierung zur Verfügung zu stellen.
Da nach einer Verfügung der provisorischen Regierung die Räte nur eine kontrollierende Tätigkeit ausüben, wurden verschiedene Kommissionen gebildet, die auch mit den Behörden im allgemeinen in verständlicher Weise zusammenarbeiten[3].
Den größten Widerstand setzten die hiesigen bürgerlichen Kollegien dem Arbeiterrat entgegen, was wir unsererseits für begreiflich halten. Ihre Hartnäckigkeit wurde durch den Eintritt der Vertreter der Arbeiterschaft in die Kommissionen auf einmal durchkreuzt. Die Bezahlung der Kosten für den Arbeiter- und Bauernrat und die Bewilligung der Mittel dazu bringt einen Sturm allgemeiner Entrüstung hervor.
Die Befugnisse, die den Arbeiterräten zustehen, werden auch hier als unzureichend empfunden. Besonders auf dem Gebiet des Wohnungswesens müssen die Räte das Recht haben, selbst eingreifen zu dürfen. Hier genügt ihre kontrollierende Tätigkeit nicht, um die krassen Gegensätze zwischen Villen und Stallwohnungen auszugleichen und der täglich größer werdenden Wohnungsnot wirksam entgegenarbeiten zu können. Auf dem Gebiete der Volksernährung müßte ebenfalls eine gründliche Erfassung und gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, besonders der Milch, vorgenommen werden.
Örtliche Arbeiter- und Bauernräte sind in 9 Gemeinden gegründet, seit 12. Januar sind dieselben zusammengefaßt zu einer Bezirksorganisation, an deren Spitze ein fünfgliedriger Ausschuß steht mit dem Sitz in der Oberamtsstadt.

---

[1]) Im HStA Stuttgart befindet sich eine undatierte handschriftliche Vorlage dieses Berichtes (E 135 Büschel 66), die Karl Fausel verfaßt hat. Diese Vorlage, die auf etwa Anfang April datiert werden kann, wurde für den Abdruck im Korrespondenzblatt redaktionell überarbeitet. Im gleichen Bestand des HStA Stuttgart befinden sich außerdem noch weitere Materialien über die Tätigkeit der Räteorganisationen im Oberamt Nürtingen.

[2]) Das ursprünglich agrarisch geprägte Oberamt Nürtingen wurde am Ausgang des 19. Jahrhunderts zu einem bedeutsamen Industriebezirk. 1895 waren 51,0% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft, 37,1% in Gewerbe und Industrie, 4,0% in Handel und Verkehr beschäftigt. Die gewerbliche und industrielle Tätigkeit (Textil-, Maschinen- und Holzindustrie, Zementproduktion, Dampfziegeleien) konzentrierte sich vor allem auf Nürtingen, wo 6300 der 28800 Einwohner des Oberamtsbezirkes wohnten. Der Anteil der in Gewerbe und Industrie Tätigen betrug in Nürtingen 1895 bereits 54,1%; in der Land- und Forstwirtschaft arbeiteten 20,4%, in Handel und Verkehr 7,1% der Erwerbstätigen. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 2, S. 278 ff.

[3]) In seinem Bericht an das württembergische Innenministerium vom 19. 6. 1919 beurteilte der Leiter des Oberamtes Nürtingen die Arbeit Fausels folgendermaßen: „Gemeinderat Fausel entwickelte auf allen Gebieten der Verwaltung eine eifrige Kontrolltätigkeit; er pflegt die Arbeiterräte der Bezirksgemeinden einmal monatlich zusammenzurufen und die dabei erhobenen Wünsche oder Beschwerden dem Oberamt schriftlich mitzuteilen. Auch sucht er häufig persönlich die Behörden zu Besprechungen auf... Im schriftlichen und mündlichen Verkehr mit den Behörden befleißigt er sich durchaus höflicher Formen" (HStA Stuttgart, E 151 b II 225).

## 18. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Vaihingen/Filder, Mai 1919

**Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 1, Mai 1919. Überschrift: „Vaihingen a. F."[1]).**

Die Tätigkeit des Arbeiterrats[2]) begann damit, die immer schwieriger werdende Ernährung der Bevölkerung zu verbessern. Um eine bessere Versorgung mit Käse, Teigwaren, Marmelade zu erreichen, wurde der Arbeiterrat bei den Landesversorgungsstellen und dem Kommunalverband vorstellig. Eine bessere Kontrolle um Belieferung wurde zugesagt.
Dann wurde der Gemeinde die Erlaubnis erteilt, Pferde schlachten und aushauen zu dürfen. Bezüglich besserer Versorgung und Erfassung der Milch wurden vom Arbeiterrat gemeinsam mit dem Bauernrat die nötigen Schritte getan. Es wurden die Kuhhalter aufgesucht und die Ställe kontrolliert.
Mit dem Gemeinderat und einem Vertreter der Landesversorgungsstelle wurde verhandelt, um eine bessere Milchversorgung zu erreichen. Leider war bisher alle Tätigkeit zur besseren Versorgung mit Milch ohne greifbaren Erfolg. Besonders haben die Lieferungsorte ihre Lieferungspflicht nicht erfüllt, so daß Vaihingen heute vor einer Milchnot steht und nur die Kranken, die Kinder und die alten Leute notdürftig mit Milch versorgt werden.
Die Überfüllung der Züge von den Filderorten sowie der ungenügende Verkehr der Straßenbahn von Kaltental nach Stuttgart gab dem Arbeiterrat Anlaß, mit der Direktion der Staatseisenbahnen sowie mit der Direktion der Straßenbahnen zu verhandeln, um eine bessere Beförderung der Arbeiter von und zu den Arbeitsstätten zu ermöglichen. Wegen Lokomotiven- und Wagenmangel konnte leider die Direktion der Staatseisenbahnen keine Zusagen machen, doch wurde durch Mehreinstellen von Wagen auf der Strecke Kaltental-Schützenhaus eine bessere Verbindung in den Hauptverkehrszeiten durch die Direktion der Straßenbahnen erreicht.
Durch Verhandlungen mit verschiedenen Betriebsinhabern wurde der achtstündige Arbeitstag und die gleiche Bezahlung wie bei der längeren Arbeitszeit durch Eingreifen des Arbeiterrats erreicht.
Um Wünsche und Beschwerden der Bevölkerung entgegenzunehmen, wurde an einem bestimmten Tage der Woche eine Sprechstunde eingerichtet, die vielfach in Anspruch genommen worden ist.
Bei der Neufestsetzung der ortsüblichen Löhne sowie der Festsetzung von Löhnen für die Notstandsarbeiter hat der Arbeiterrat mitgewirkt.

---

[1]) Dieser Bericht, dessen Verfasser nicht bekannt ist, dürfte etwa Ende April/Anfang Mai 1919 abgefaßt worden sein.
[2]) Die Gemeinde Vaihingen a. F. gehörte zum Oberamt Stuttgart und zählte 1900 rund 4000 Einwohner. Sie war Sitz bedeutender Gewerbe- und Industriebetriebe (u. a. Trikot- und Korksteinfabrikation, Bierbrauereien); außerdem wohnten in Vaihingen zahlreiche Arbeiter, die in Stuttgart beschäftigt waren. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 1, S. 539 ff., 571.

Überhaupt ist festzustellen, daß der Arbeiter- und Bauernrat mit den Gemeindebehörden bisher sehr gut zusammengearbeitet hat. Um der auch in Vaihingen herrschenden Wohnungsnot zu steuern, sind Notwohnungen eingerichtet worden, und außerdem wurde[3]) zur Gründung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft geschritten, die schon dabei ist, in diesem Jahre noch etwa 25 Wohnungen zu erschwingen. Auch hier hat der Arbeiterrat erfolgreich mitgearbeitet.

[3]) Im Or.: wurde außerdem.

## 19. Tätigkeitsbericht des Bezirksausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Ludwigsburg, Mai 1919

**Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 1, Mai 1919. Überschrift: „Bezirksausschuß Ludwigsburg"**[1]).

Der Bezirksausschuß der Arbeiter- und Bauernräte für das Oberamt Ludwigsburg[2]) hat seine Tätigkeit bis jetzt im wesentlichen auf die Kontrolle der von den Regierungsorganen erlassenen Vorschriften bzw. Lebensmittelerfassung und -verteilung sowie Überwachung der festgesetzten Arbeitszeiten beschränken müssen. Die zu verzeichnenden Erfolge sind leider nicht groß, besonders in bezug auf die Lebensmittelversorgung. Wie überall steht auch bei uns der Schleichhandel in schönster Blüte, ihm kann nur durch tatkräftige Mitarbeit der örtlichen Arbeiter- und Bauernräte zu Leibe gegangen werden. Unsere Freunde in den Bezirksorten kennen die örtlichen Verhältnisse, insbesondere diejenigen Personen, welche die Produkte im Schleichhandel abgeben (in der Regel zu Wucherpreisen) ganz gut, sie müssen energisch gegen die immer mehr um sich greifende Auswucherung einschreiten. Wo es ihnen nicht möglich ist, selbständig etwas zu erreichen, müssen sofort die entsprechenden Schritte und Anzeigen bei dem Bezirksausschuß oder Landesausschuß der Arbeiter- und Bauernräte gemacht werden. Dies trifft insbesondere auch bei Schwarzschlachtungen zu. In letzter[er] Beziehung können einige kleinere Erfolge verzeichnet werden, es wäre mehr erreicht worden, wenn alle zur Kenntnis unserer Freunde gelangenden Verfehlungen gemeldet würden, und zwar sofort. Dem Bestreben, die Lebens- und Bedarfsartikel immer mehr in die Höhe zu schrauben, ist der Bezirksausschuß überall entgegengetreten. Es sind bei der beabsichtigten Brotpreiserhöhung Erfolge zu verzeichnen, bei den Zuckerpreisen leider nicht. Letztere hätte bei dem bekannten Riesengewinn der Zuckerfabriken unter keinen Umständen vorgenommen werden dürfen. Jedoch hatte unser Vorgehen in dieser Sache bei dem Ernährungsministerium keinen Erfolg.
Um eine bessere Milchversorgung der Bevölkerung zu erzielen, sind Anträge an den Landesausschuß der Arbeiter- und Bauernräte sowie an das Ernährungsministerium in der Richtung gestellt worden, die Pächter und Besitzer von Staatsdomänen und größeren Landwirtschaftsbetrieben zu verpflichten, entsprechend der Größe ihrer Güter eine bestimmte Anzahl Milchkühe zu halten; demgemäß müßte auch eine bestimmte Quantität Milch abgeliefert werden. Erfolge in dieser Richtung werden zu verzeichnen sein, wenn die in Betracht kommenden Stellen die nötige Energie und den festen Willen,

---

[1]) Auch dieser Bericht, dessen Verfasser nicht bekannt ist, dürfte Ende April/Anfang Mai 1919 abgefaßt worden sein. Weitere Materialien zu den Räteorganisationen im Oberamtsbezirk Ludwigsburg befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 64.

[2]) Das Oberamt Ludwigsburg, das 1900 etwa 54500 Einwohner zählte, war überwiegend industriell strukturiert (Metallindustrie, Herstellung von Nahrungsmitteln und Bekleidung, Möbelfabrikation, Orgelbau, Zichorienfabrik in Ludwigsburg). Auf die einzelnen Erwerbszweige entfielen 1895: Land- und Forstwirtschaft 28,7%; Gewerbe und Industrie 37,5%; Handel und Verkehr 8,3%. In Ludwigsburg selbst (1900 etwa 21300 Einwohner) waren in der Land- und Forstwirtschaft 3,8%, in Gewerbe und Industrie 34,3%, in Handel und Verkehr 11,0% der Erwerbstätigen beschäftigt. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 1, S. 414 ff. und Nr. 23.

Besserung zu schaffen, haben. Leider fehlt es allem Anschein nach hieran in den allermeisten Fällen.
Die Wohnungsfrage wird in den Landgemeinden ebenso wie in den Städten immer brennender. Klagen und Wünsche kommen aus verschiedenen Orten an den Bezirksausschuß. Wie die meisten Verfügungen und Verordnungen sind auch diejenigen der Wohnungsbeschaffung nicht so, wie es nötig wäre, um der Wohnungsnot wirklich abzuhelfen. Die Schultheißenämter gehen aus naheliegenden Gründen nicht so vor, wie es im Interesse der Wohnungssuchenden geschehen muß. Wir müssen den örtlichen Arbeiter- und Bauernräten dringend raten, auch hier selbständig vorzugehen und überall dort, wo die Schultheißen usw. aus persönlicher Rücksichtnahme nicht eingreifen wollen, von sich aus die nötigen Schritte zu tun, um Abhilfe zu schaffen.
Maßnahmen zur Bewältigung[3]) der Lebensmittelversorgung und Abstellung von Mißständen können vom Bezirksausschuß nur getroffen werden, wenn die örtlichen Arbeiter- und Bauernräte mit uns in engster Verbindung stehen. Wir ersuchen deshalb nochmals, uns alle Verfehlungen zu berichten, insbesondere aber auch darüber, ob und wie sich der Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte Widerstände entgegensetzen.

---

[3]) Im Or. irrtümlicherweise: Bewegung.

## 20. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Leonberg, Mai 1919

**Korrespondenzblatt des Landesausschusses der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs, Nr. 2, Mai 1919. Überschrift: „Bezirksarbeiterrat Leonberg"[1]).**

Der Zusammenschluß der örtlichen Arbeiter- und Bauernräte in einer Bezirksorganisation[2]) erfolgte am 20. Dezember 1918. Vertreten waren von 27 Ortschaften 19. Nunmehr sind in 21 Orten Arbeiter- und Bauernräte vorhanden. Die bündlerischen Hochburgen[3]), die eigene Bauernräte System Körner alias Jonathan Roth gewählt haben, stehen abseits. Zur Durchführung der Beschlüsse der Bezirkskonferenz und Erledigung der anfallenden Geschäfte wurde ein fünfgliedriger Arbeitsausschuß gewählt. Derselbe trat in drei Sitzungen zusammen, nahm eine Kontrolle des Kommunalverbandes und der Altkleiderstelle vor. Auch nimmt der Vositzende jeweils an den Sitzungen des Bezirksrats und Demobilmachungsausschusses teil. Zur Kontrolle des Kommunalverbandes und zur Überwachung der Lebensmittelverteilung in den einzelnen Orten wurde angeordnet, daß die Geschäftsstelle des Kommunalverbandes den örtlichen Arbeiter- und Bauernräten von jeder Zuweisung an die Lebensmittelämter Mitteilung macht, und zwar über Art, Quantum und Preis. Der Bezirksausschuß kontrolliert Ein- und Ausgänge der Geschäftsstelle. Dadurch ist ermöglicht, daß die Arbeiter- und Bauernräte ihre Kontrolltätigkeit vollständig selbständig und unabhängig durchführen können. Ebenso werden alle bisher noch nebenamtlich arbeitenden Teile in der Lebens- und Futtermittelversorgung allmählich der Geschäftsstelle angegliedert. Mit dem Oberamt und der Geschäftsstelle vollzog sich der bisherige Verkehr ziemlich reibungslos. Dasselbe ist nicht der Fall bei verschiedenen Schultheißen und rückständigen Gemeindeverwaltungen, doch dürften auch hier die kommenden Wahlen die gewünschte Änderung bringen. In Fragen der Bereitstellung von Notstandsarbeiten, Entlohnung der Notstandsarbeiter, Erwerbslosen- und Invalidenfürsorge, Wohnungsfürsorge usw. arbeitet der Bezirksausschuß in ständiger Fühlung mit den örtlichen Arbeiterräten. Dadurch ist erreicht, daß in unserem Bezirk sich die Arbeitslosigkeit bisher in

---

[1]) Im HStA Stuttgart (E 135 Büschel 64) befindet sich eine undatierte maschinenschriftliche Vorlage dieses Berichtes, die von Gotthold Ege, dem Vorsitzenden des Bezirks-Arbeiter- und Bauernrates Leonberg, unterzeichnet ist. Der Zeitpunkt der Abfassung dürfte etwa Anfang Mai 1919 sein. Im gleichen Bestand des HStA Stuttgart findet sich auch noch weiteres Material über die Tätigkeit der Räteorganisationen im Oberamt Leonberg (u. a. Schriftwechsel mit dem Landesausschuß der A.-Räte und Behörden).

[2]) Haupterwerbsquellen im Oberamt Leonberg, das 1900 etwa 32000 Einwohner zählte, waren Ackerbau, Viehzucht und Weinbau. Nach der Berufsstatistik von 1895 arbeiteten 55,6% der erwerbstätigen Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft, 30,9% in Gewerbe und Industrie, 4,4% in Handel und Verkehr. Leonberg selbst (1900 etwa 2500 Einwohner) war der Sitz zweier großer Schuhfabriken (ferner Gipsfabrikation, Maschinenherstellung und Mühlenbetriebe). Hier waren 21,6% der Berufstätigen in der Land- und Forstwirtschaft, 52,7% in Gewerbe und Industrie, 8,5% in Handel und Verkehr beschäftigt. Vgl. Königreich Württemberg, Bd. 1, S. 384 ff.

[3]) Gemeint ist der Bauern- und Weingärtnerbund, der nach 1920 zur zweitstärksten bürgerlichen Partei in Württemberg wurde. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung erhielt der Bauern- und Weingärtnerbund im Oberamt Leonberg 5410 Stimmen; damit war er in diesem Bezirk die zweitstärkste Partei hinter der SPD (7638 Stimmen). Vgl. Anlage II, S. 471.

mäßigen Grenzen hielt und auch auf den anderen Gebieten zufriedenstellende Resultate erzielt werden. Auch mit zwei größeren Projekten hat sich der Arbeitsausschuß befaßt:
1. Die Weiterführung der elektrischen Straßenbahnen über Weil im Dorf nach Gerlingen.
2. Mit dem Bahnprojekt Renningen–Mühlacker.
Bei ersterem ist schon mit der Ausführung begonnen. Beim zweiten bekamen wir eine vornovemberliche Antwort von seiten der Generaldirektion der Staatseisenbahnen, so daß wir dieselbe den Arbeiter- und Bauernräten des Landes nicht vorenthalten wollen: Wegen Mangel an technischem Personal kann die Projektbearbeitung für die Bahnlinien nicht in Angriff genommen werden.
Das ist die hochwohlweise Antwort der Generaldirektion. Oder sollten wir uns vielleicht gar geschmeichelt fühlen, daß uns überhaupt eine Antwort zuging? Staatspräsident Blos hat in der letzten Landeskonferenz der Arbeiterräte davon gesprochen, daß auch in den höheren Verwaltungskörpern Änderungen notwendig seien. Wir sind derselben Meinung und glauben, daß es absolut nichts schadet, wenn auch in das Getriebe der Generaldirektion etwas Revolutionsgeist hineinbläst, auf die Gefahr hin, daß nicht bloß der alte Staub aus den Perücken, sondern dieselben samt den Inhabern hinausgeblasen werden. Das Vorgesagte bezieht sich nicht allein auf diese einzige Direktion, sondern es soll, wie uns glaubwürdig versichert worden ist, noch mehrere in Württemberg geben, wo die Verhältnisse ähnlich liegen.
Der nächste Bericht wird ein anschauliches Bild über Hamsterunwesen, Schwarzschlachten, Milchversorgung, Mühlenrevolten geben[4]).

[4]) Dieser Bericht findet sich weder im einschlägigen Bestand des HStA Stuttgart (E 135 Büschel 64), noch wurde er im Korrespondenzblatt veröffentlicht.

## 21. Tätigkeitsbericht des Bezirks-Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrates Friedrichshafen, 16. Juni 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 86. Maschinenschriftlicher Bericht. Überschrift: „Bericht des Bezirksarbeiter-, Bauern- und Soldatenrates Friedrichshafen"**[1]).

Schon längere Zeit vor Ausbruch der Revolution wurde auf Anregung des Genossen Braun in einigen Betrieben des Zeppelinkonzerns[2]) ein Arbeiterrat ins Leben gerufen[3]). Bis zum 9. November 1918 war selbstverständlich seine Tätigkeit nur eine illegale und beschränkte sich fast nur auf die revolutionäre Propaganda unter der Arbeiterschaft. Die Genossen, die während dieser Zeit dem Arbeiterrate angehörten, erfreuten sich des lebhaftesten Interesses der hiesigen Polizeibehörden und der Staatsanwaltschaft. Haussuchungen wurden bei ihnen vorgenommen und sie waren allerlei sonstigen Schikanen ausgesetzt. Am 7. November 1918 erfolgte sogar die Verhaftung der führenden Genossen. So mußten die Genossen Braun, Clar, Thomas, Matthiesen mit den gerade hier weilenden Genossen Rück und Dr. Thalheimer in den Kerker wandern, doch der 9. November befreite sie wieder aus der Haft[4]).
An diesem Tage fanden große öffentliche Versammlungen und Demonstrationen statt, die sozialistische Republik wurde ausgerufen und der Arbeiterrat durch Wahlen ergänzt. Am 11. November nahm er seine öffentliche Tätigkeit auf. Das Rathaus, die Post, der Bahnhof wurden besetzt, die Truppen entwaffnet und eine scharfe Grenzkontrolle eingeführt, um der Kapitalabwanderung über Friedrichshafen in die Schweiz vorzubeugen. Ferner wurde eine Lebensmittel-, eine Verkehrs-, eine Grenz- und eine Preßkommission eingesetzt.
Ursprünglich nur aus den Vertretern des Friedrichshafener Industrieproletariats bestehend, sandten auch bald die Bauern ihre Vertreter in den Arbeiterrat, so daß sich die Lokalorganisation zum Bezirksarbeiter- und Bauernrat ausgebaut hat. Dann kamen noch die städtischen und privaten Beamten dazu. Die Zusammensetzung ergibt folgendes Bild:
Gesamtzahl der Vertreter 76, die sich auf 30 Ortschaften verteilen, davon:

| | |
|---|---|
| Vertreter der Arbeiterschaft | 30 |
| Vertreter der Beamtenschaft | 14 |
| Bauernräte | 32 |

---

[1]) Dieser Bericht, der auf den 16. 6. 1919 datiert ist, sollte, wie einem handschriftlichen Vermerk am Kopf zu entnehmen ist, im Korrespondenzblatt veröffentlicht werden. Dort wurde er allerdings nicht abgedruckt.

[2]) Zum Zeppelin-Konzern in Friedrichshafen gehörten Ende 1918 außer dem Luftschiffbau Zeppelin noch die Maybach-Motorenbau AG und eine Zahnradfabrik. Daneben bestand eine weitere Flugzeugfabrik in Manzell. In den Rüstungsbetrieben im Friedrichshafener Industriegebiet waren gegen Ende des Krieges zirka 8–10000 Arbeiter und Beamte beschäftigt, die aus allen Teilen des Reiches stammten (1900 hatte Friedrichshafen lediglich 4600 Einwohner gehabt).

[3]) Die Unruhen, die in Friedrichshafen Ende Oktober/Anfang November 1918 ausbrachen, sind am ausführlichsten bei Köhler, S. 87–106, geschildert; vgl. auch Einleitung, S. XLVII f., LV f.

[4]) Zur Verhaftung der Friedrichshafener Arbeiter s. die bei Köhler, S. 96 ff. abgedruckten Dokumente. Rück und Thalheimer waren in der Nacht vom 6. zum 7. 11. 1918 in Ulm verhaftet worden. Vgl. dazu Rück. November, S. 25.

Je nach Bedarf findet alle 4 bis 6 Wochen eine Vollversammlung statt. Seit dem 9. November 1918 tagte die Vollversammlung 18mal. Die Geschäfte werden von einem aus 6 Mitgliedern bestehenden Vollzugsausschuß geleitet, der meist 1mal wöchentlich zusammentritt. Es werden 4 ständige Funktionäre beschäftigt, und zwar ein Arbeiterrat auf dem Rathaus in Friedrichshafen, welcher besonders im Interesse der Lebensmittelverteilung an die Friedrichshafener Bevölkerung sich betätigt. Außerdem ist je ein Funktionär auf dem Kameral- und Oberamt beschäftigt, ferner ist auf dem Büro in Friedrichshafen mindestens dauernd ein Arbeiterrat anwesend, welcher Rechts- und andere Auskünfte erteilt. Die schriftlichen Arbeiten werden von zwei Stenotypistinnen ausgeführt. Die Amtsräume befinden sich in Friedrichshafen im Gasthaus zum Sternen und in Tettnang im Gasthaus zum Ritter. Die Honorierung der Funktionäre geschieht durch die Stadt und das Oberamt. Leider haben wir bei der Anforderung der Kosten dauernd mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Tätigkeit des Arbeiterrates ist eine äußerst vielseitige. Friedrichshafen hat trotz der großen Industrie noch kein Gewerbegericht. Bei Differenzen mit den Unternehmern gelang es uns in sehr vielen Fällen, schlichtend einzugreifen. Besonders von den Bauarbeitern werden wir in dieser Hinsicht sehr oft in Anspruch genommen, während die Metallarbeiter in solchen Fällen ihren Verbandssekretär benützen. Auch Hausangestellte suchten sehr oft unsere Hilfe, da es bei dieser Kategorie der Arbeiterschaft in bezug auf Arbeitszeit und Entlohnung noch sehr im argen liegt.

In vielen Fällen konnten sich die Unternehmer nicht entschließen, die gesetzlich vorgeschriebene 8-Stunden-Arbeitszeit einzuführen. Es bedurfte erst des energischen Einschreitens des Arbeiterrates, um hier Abhilfe zu schaffen.

Auch auf dem Gebiete der Lebensmittelbeschlagnahme hat sich der Arbeiterrat erfolgreich betätigt. Im Einverständnis mit dem Oberamt nahmen die Arbeiterräte Beschlagnahmen vor. Diese Lebensmittel werden der allgemeinen Ernährung zugeführt.

Ein besonders trübes Kapitel ist die Wohnungsnot in Friedrichshafen und den benachbarten Gemeinden. Leider konnte hier der Arbeiterrat infolge entgegenstehender gesetzlicher Bestimmungen[5]) nicht die Abhilfe schaffen, wie er es im Interesse der Bevölkerung gerne getan hätte. Das Recht, Wohnräume beschlagnahmen zu dürfen, muß den Arbeiterräten unbedingt eingeräumt werden, damit sie auch hier praktische Arbeit leisten können.

Die Bauernräte haben auch schon eine Fülle positiver Arbeit geleistet. Aufgrund ihrer Anregung gab der Kommunalverband an die Bauern Düngemittel ab. Außerdem wurde die landwirtschaftliche Bevölkerung mit Bekleidungsstücken und anderen Bedarfsartikeln versorgt. Wenn es auch nicht gelang, alles so durchzusetzen, wie es eigentlich in unserem Programm begründet ist, so liegt das einmal daran, daß die Behörden dem Arbeiterrat ablehnend gegenüberstehen. Außerdem ist durch eine Reihe gesetzlicher Vorschriften die Tätigkeit des Arbeiterrates ziemlich eingeengt, wenn auch sich die Ansicht in immer weiteren Kreisen Bahn bricht, daß die Arbeiterräte im heutigen politischen und Wirtschaftsleben eine ganz bedeutende Aufgabe zu erfüllen haben. Der Landtag, welcher in der vergangenen Woche ein Gesetz annahm, aufgrund dessen die Arbeiterräte am 15. Juli erledigt sind[6]), beweist nur, daß er den Geist der Zeit nicht begriffen hat. Die klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich aber wenig um dieses Gesetz kümmern und in Zukunft festhalten am System der Räte.

Wie sich die Tätigkeit im einzelnen auf unserem Büro abwickelt, soll ein zweiter Artikel zeigen[7]).

---

[5]) Im Or.: Bestehungen.
[6]) Vgl. dazu Nr. 10.
[7]) Dieser zweite Artikel befindet sich nicht im einschlägigen Bestand des HStA Stuttgart; er wurde auch nicht im Korrespondenzblatt veröffentlicht.

# VI.

# Württembergische Garnisonräte

## 22. Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrates Weingarten, August 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 52. Maschinenschriftlicher Bericht. Überschrift: „Revolutionsbericht von Weingarten"[1]). Auszüge.**

[. . .][2]) In der Garnison Weingarten mußten am 9. November die Kompanien antreten, und es wurde der Befehl gegeben, daß am heutigen Tage die Kaserne nicht verlassen werden darf. Den Kameraden war damals noch nicht ganz klar, was das bedeutete, und sie wußten noch nicht, daß in Stuttgart die Revolution bereits ausgebrochen war. Nur ein Kompanieführer, Leutnant Bauer, gab es seiner Kompanie bekannt. Der Befehl des Nichtverlassens der Kaserne wurde natürlich nicht eingehalten. Alles war gespannt auf die Dinge, die da kommen sollten. Die Ravensburger Garnison war jedoch mit den politischen Verhältnissen in Stuttgart besser auf dem laufenden als die Weingärtner[3]). Dort konstituierte sich bereits am 9. November ein Soldaten-Rat, wovon man in der Garnison Weingarten noch nichts spürte. Erst der 10. November brachte in den politischen Wirrwarr etwas Licht, durch ein vom S.-Rat Stuttgart eingetroffenes Telegramm mit dem Inhalt, daß in Stuttgart die Republik ausgerufen ist[4]). Hierauf erwachte auch die Garnison Weingarten. Es bildete sich in Weingarten ein vorläufiger S.-Rat, der einen Aufruf an sämtliche Angehörigen der Garnison Weingarten erließ. Der seinerzeitige Bataillon-Führer Oberstleutnant Reichhold hat sich der Bewegung sofort angeschlossen und [sich] auch bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem S.-Rat bei der Aufrechterhaltung der Ordnung mitzuwirken. Gleichzeitig wurde angeordnet, daß jede Kompanie bis nachmittags 2 Uhr einen S.-Rat zu wählen hat. Das Arrestantenhaus wurde geöffnet, und die wegen Disziplinarstrafvergehen bestraften Kameraden wurden freigelassen. Offiziere wie Mannschaften mußten sofort die Waffen niederlegen. Die deutsche Reichskokarde wurde teilweise entfernt.
Nachmittags 2 Uhr hat der bereits tätige S.- und A.-Rat die Arbeiterschaft, Soldaten und die Bürgerschaft von Ravensburg und Weingarten zu einer Demonstrationsversammlung auf dem Postplatz in Ravensburg eingeladen. Es mögen über 3000 Personen an-

---

[1]) Der von Ernst Weller, dem letzten Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Weingarten, im August 1919 verfaßte „Revolutionsbericht" umfaßt insgesamt 29 Blatt. Dem Bericht beigefügt ist eine handschriftliche Notiz Wellers, die folgenden Wortlaut hat: „Der Bericht konnte nicht so ausführlich gefaßt werden, da es an der nötigen Unterstützung der früheren Mitglieder des Garnison-Rates Ravensburg, Friedrichshafen und Isny trotz Aufforderung ganz fehlte" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 52). Weller scheint auch veranlaßt zu haben, daß die Akten und Unterlagen des Garnisonsoldatenrates Weingarten so gut wie vollständig an das Revolutionsarchiv in Stuttgart abgegeben wurden (vgl. HStA Stuttgart, E 135 Büschel 52–59).

[2]) Ausgelassen sind einleitende Bemerkungen über den Einsatz von in Weingarten stationierten Truppen gegen die Ende Oktober/Anfang November 1918 in Friedrichshafen streikenden Arbeiter.

[3]) Zu den Aktivitäten des A.-Rates Ravensburg im November und Dezember 1918 vgl. Nr. 14.

[4]) Am 10. 11. 1918 waren in Weingarten zwei Telegramme aus Stuttgart eingetroffen: ein um 11.45 Uhr aufgegebenes Telegramm („Stuttgart ohne Blutvergießen in die Hände des Arbeiter- und Soldatenrats gelangt. Soldatenrat entbietet Gruß") und um 13.50 Uhr ein von Schreiner unterzeichnetes Telegramm, in dem mitgeteilt wurde, in Stuttgart sei die Republik ausgerufen worden, General von Ebbinghaus habe sich zur Verfügung gestellt, man bilde S.-Räte (Abschriften beider Telegramme befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 53).

wesend gewesen sein. Das E[rsatz]-Bataillon 475 erschien mit den Spielleuten an der Spitze geschlossen anmarschiert. Die rote Fahne als Symbol der Revolution wurde vorausgetragen.
Punkt 2 Uhr gebot ein Hornsignal Ruhe und 2 Redner hielten Ansprachen. Sie machten auf die Bedeutung der Stunde die Versammlung aufmerksam. Jeder, ob Mann oder Frau, müsse ganz bei der Arbeit sein, um der großen Aufgabe gerecht zu werden, das Volk vor der Unterjochung der Kapitalistenclique der Entente zu retten. Die internationale Revolution des gesamten Proletariats wolle nun vereint vorgehen und der Welt einen Frieden geben. Die Anwesenden wurden ermahnt, ruhig an die Arbeit zu gehen und die öffentliche Ruhe und Ordnung nicht zu stören. Ein Mitglied gab die Forderungen bekannt, die sich im wesentlichen mit den Forderungen des Stuttgarter S.-Rates deckten. Die Offiziere des E[rsatz]-Bataillon 475 und E[rsatz]-Bataillon I. R. 124 haben sich den Anordnungen des S.-Rates unterstellt. Unter Vorantritt der Spielleute und des A.- und S.-Rates zogen dann die Demonstranten durch die Straßen der Stadt und nach Weingarten, wo eine gleiche Demonstrationsversammlung stattfand [. . .][5]).
Der A.- und S.-Rat Ravensburg-Weingarten erließ sofort einen Aufruf an die Bevölkerung von Ravensburg-Weingarten.
Die Kunde von der Revolution wurde teilweise auch hier mit Begeisterung aufgenommen. Auch wie in anderen Garnisonen flogen die Königs- und Kaiserbüsten sowie Bilder in den Kasernenhof. Die Garnison Weingarten bestand größtenteils aus Leuten, die aus Bauerngegenden stammten, und deshalb war bei diesen der revolutionäre Geist bei der Revolution nicht so vorhanden wie bei den anderen Soldaten, die aus Industriegegenden stammten, was daher kam, weil die Bauern während des Krieges horrendes Geld verdienten. Die Offiziere der Garnison versammelten sich im Kasino. Dort wurde der S.-Rat vorstellig wegen dem hier sattsam bekannten Leutnant Donandt, daß derselbe sofort zu entlassen sei. Dieser Offizier ließ sich das nicht zweimal sagen und verschwand von Weingarten auf dem schnellsten Wege.
Gewählt wurden als Soldaten-Rat: Hummel[6]), Wahl, Schenzle, Schuhmacher, Neff und Stähle. Kamerad Wahl wurde der Vorsitz übertragen. Das Arbeitszimmer des Garnison-Rates Weingarten befand sich im Ökonomie-Gebäude, Zimmer Nr. 19.
Der S.-Rat Weingarten verstand es, die ganze Gewalt an sich zu ziehen. Die Post wurde von ihm geöffnet, denn diese Maßnahme war notwendig, um etwa gegenrevolutionäre Strömungen zu unterdrücken. Das Postamt Weingarten und Ravensburg wurde besetzt, der Telefon- und Telegrafenverkehr überwacht.
Die Offiziere konnten sich natürlich nicht sofort in die neuen Verhältnisse schicken. Es ist ja zuzugeben, daß von den S.-Ratsmitgliedern Fehler gemacht worden sind, was auch nicht anders möglich war. Es wurden Leute vielfach berufen, Posten auszufüllen, denen sie nicht gewachsen waren; aber allmählich wurde eine Sichtung vorgenommen und die unbrauchbaren Kameraden wieder entfernt [. . .][7]).
Anfang Dezember '18 war es notwendig, die Vorarbeiten für das Eintreffen des Feldregimentes zu treffen.
Durch verschiedene Seiten ist dem Garnison-Rat zu Ohren gekommen, daß das Feldregiment noch stark in den Händen der Offiziere ist und daß dasselbe noch falsch aufgeklärt ist. Es wurde daher beschlossen, Kameraden des S.-Rates zu beauftragen, dem Regiment entgegenzufahren und [es] aufzuklären.

---

[5]) Ausgelassen sind die Namen der Mitglieder des A.- und S.-Rates Ravensburg-Weingarten.
[6]) Berthold Hummel, bis 30. 6. 1919 zweiter Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Weingarten; Mitglied der SPD.
[7]) Ausgelassen ist die Schilderung verschiedener organisatorischer Maßnahmen (u. a. Umbesetzung des S.-Rates, Entlassungen aus dem Heeresdienst, Aufbau einer Sicherheitskompanie).

Der Empfang von seiten der Offiziere war, wie zu erwarten, ein schlechter, und sie liefen Gefahr, aus dem Zug geworfen zu werden.
Diese Befürchtung traf auch beim Eintreffen des 1. Transportes zu.
Ackermann begrüßte die eintreffenden Kameraden auf dem Hirschplatz in Weingarten, legte ihnen den Verlauf der Revolution in kurzen Worten dar und forderte sie auf zur Mitarbeit.
Tags darauf wurde von den Delegierten des Ersatz-Bataillons eine Agitation entfaltet und die Kameraden des Feldregiments aufgeklärt.
Von seiten der Offiziere wurden die einzelnen Soldaten aufgestachelt, die rote Fahne herunterzuholen, was auch in früher Morgenstunde gemacht worden ist (am Fruchtkasten).
Die Begrüßung ging natürlich auch nicht ohne Störung vonstatten.
Ein junger Leutnant gebrauchte bei der Begrüßung von seiten Ackermanns die hetzerischen Worte „Haut ihn". Zum Glück entstand kein weiterer Tumult. Der betreffende Offizier wurde tags darauf zur Rechenschaft gezogen, und so fand dieser Vorfall auch seine Erledigung.
Ein weiterer Teil des Regiments traf am 19. und 20. 12. 1918 ein. Oberstleutnant Läegeler, Kommandeur des Infanterieregiments Nr. 124 erklärte, daß, wenn die rote Fahne nicht entfernt werde, er nicht in die Kaserne einziehen werde.
Vom S.-Rat erhielt er die Antwort, daß dieselbe nicht entfernt wird. Oberstleutnant Läegeler zog dann trotzdem in die Kaserne ein.
Im Hotel zur Post in Weingarten wurden die Krieger festlich empfangen und bewirtet. Ohne Störung ging jedoch auch das Fest nicht ab. Von seiten der Bürgerschaft von Weingarten wurde ein Flugblatt in den Saal geworfen, das als Hetzblatt gegen die Sozialdemokratie bestimmt war. Auf dieses hin entstand ein Tumult.
Die bürgerliche Gesellschaft wollte nicht haben, daß der Soldaten-Rat sprechen darf. Aber trotzdem wurde dies von seiten des S.-Rates versucht, derselbe wurde jedoch niedergeschrien.
Erst nachdem einige Soldaten des Feldregiments über den Sachverhalt Klarheit verlangten, konnte der Vertreter der Soldaten, Kamerad Ackermann vom Landesausschuß, sprechen. Die Masche war viel zu durchsichtig. Es wurde versucht, durch dieses Flugblatt die Soldaten gegen die bestehenden Verhältnisse (provisorische Regierung und A.- und S.-Räte) aufzuhetzen, was jedoch fehlschlug.
Durch diese Vorgänge in der Garnison Weingarten, die vielfach auf das Verhalten der Offiziere zurückzuführen sind[8]), wurde auf telegraphischen Befehl des Generalkommandos der Kommandeur des Infanterieregiments 124, Oberstleutnant Läegeler sowie Major Ullerich und Oberleutnant Farny vom Dienst bis auf weiteres dispensiert.
Durch diese Dispensation kehrte wieder Ruhe in Weingarten ein [. . .][9].
Auf Anweisung des Landesausschusses der S.-Räte Württembergs fanden[10]) auch in Weingarten-Ravensburg, wie in anderen Städten, am 4. 1. 1919 Demonstrationen statt. Die Demonstrationen hatten den Zweck, die Soldaten aufzuklären über die Verfassunggebende Landesversammlung.
Die Aufstellung wurde im äußeren Kasernenhof der Schloßkaserne vorgenommen. Mit klingendem Spiel, ausgeführt von den Musikkorps des Infanterieregiments Nr. 124, zog die ganze Garnison durch die Stadt Weingarten nach Ravensburg. Dort wurde sie von der Garnison Ravensburg empfangen und gemeinschaftlich zogen sie in das Konzerthaus, das bis auf den letzten Platz gefüllt war.

[8]) Im Or. irrtümlicherweise: ist.
[9]) In den ausgelassenen Textpassagen schildert Weller die Bedenken, die in der Einwohnerschaft und bei den Behörden gegen die Aufstellung einer Sicherheitskompanie geäußert wurden.
[10]) Im Or. irrtümlicherweise: fand.

Landesausschuß-Mitglied Ackermann sprach dort über das Thema: Soldaten und die Verfassunggebende Landesversammlung. Er sprach sich aus für die Nationalversammlung und die demokratisch-sozialistische Republik. Der Vorsitzende des Arbeiterrats gab kurze Instruktion über den Wahlvorgang.
Anschließend an diese Versammlung demonstrierten die Garnisonen Ravensburg und Weingarten in der Stadt Ravensburg und [in] Weingarten.
Am 5. 1. 1919 gab es einen kleinen Vorfall in der Garnison Weingarten.
Der bisher beurlaubte General Haas bat ein Mitglied des S.-Rates in seine Wohnung, um mit ihm verschiedene Sachen zu besprechen. Er war im Besitze verschiedener Berichte von der Garnison Weingarten, die an den Landesausschuß, [das] Generalkommando und Kriegsministerium gingen und ihm von dem stellvertretenden Kriegsminister General von Hofacker übersandt wurden. General Haas ist von General v. Hofacker beauftragt worden, mit dem S.-Rat eine Besprechung herbeizuführen, damit die abgeschiedenen Offiziere Oberstleutnant Läegeler, Major Ullerich und Oberleutnant Farny wieder Verwendung finden, auf was sich jedoch der S.-Rat nicht einlassen konnte. Die ganze Angelegenheit wurde seinerzeit hinter dem Rücken des Landesausschusses gemacht, was die nachträglichen Erhebungen zeigten.
Durch die Demonstration ist der seinerzeitige Kommandeur des Infanterieregiments 124 an den Garnison-Rat herangetreten, die Soldaten auch über die Ziele anderer Parteien aufzuklären. Hierauf wurde den Soldaten freigestellt, diese Vorträge zu besuchen. Sie zeigten jedoch recht wenig Lust dazu.
Die Überwachung des Fernsprech- und Telegrafenverkehrs wurde ab 9. 1. 1919 aufgehoben, denn sie zeigte sich schon längere Zeit als überflüssig.
Durch das Ausscheiden des seitherigen Vorsitzenden des Garnison-Rates Weingarten, Unteroffizier Dittus, wurde bei der Neuwahl am 2. 1. 1919 der Ausschuß wie folgt gewählt:
1. Vorsitzender: Knauss[11]),
2. Vorsitzender: Hummel,
Geschäftsführer: Sanitätsgefreiter Weller[12]).
Am Freitag, den 10. 1., fand in Ravensburg im Konzerthaus eine Soldatenversammlung statt. Es sprachen in dieser die Soldatenrats-Mitglieder: Löffler, Oberleutnant Höltje, Sergeant Gauggel und Gefreiter Ackermann. Alle traten für eine sozialistisch-demokratische Republik ein und streiften noch kurz die Vorgänge in Ravensburg und Weingarten.
Folgende Resolution wurde angenommen:
Die heutige, am 10. 1. 1919 stattfindende Soldatenversammlung, besucht von etwa 1200 Soldaten, spricht dem S.-Rat von Ravensburg und Weingarten ihr volles Vertrauen aus. Die Versammlung nimmt Stellung zu den Vorkommnissen in Ravensburg und Weingarten[13]) und lehnt es ab, hierfür verantwortlich gemacht zu werden, glaubt aber feststellen zu müssen, daß die Ereignisse in Ravensburg allein auf die Haltung der bürgerlichen Parteien und der Presse zurückzuführen sind. Die Versammlungsteilnehmer stellen sich auf den Boden der provisorischen Regierung und sind gewillt, dieselbe gegen alle Angriffe, von rechts oder von links, zu verteidigen.
Anschließend an diese Versammlung fand eine Demonstration in Ravensburg sowie in Weingarten unter Vorantritt des Musikkorps des Infanterieregiments 124 statt. Auf dem Marktplatz in Ravensburg sowie vor dem Rathaus in Weingarten hielt Kamerad Acker-

---

[11]) Ludwig Knauss, bis 10. 4. 1919 erster Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Weingarten; Mitglied der USPD.
[12]) Ernst Weller, vom 10. 4. 1919 bis zum 30. 6. 1919 erster Vorsitzender des Garnisonsoldatenrates Weingarten; Mitglied der SPD und Verfasser des Revolutionsberichtes.
[13]) Gemeint sind hier wahrscheinlich die Vorfälle beim Einzug des Feldregiments; vgl. S. 385.

mann vom Landesausschuß eine kurze Ansprache und charakterisierte die Vorgänge in Ravensburg und Weingarten, forderte die Kameraden zur Manneszucht, Ruhe und Ordnung auf.
Diese wuchtige und imposante, im Oberland noch nie dagewesene Demonstration der Soldaten für die freie Republik Württemberg fand ihren Abschluß im Kasernenhof Weingarten.
Die Beteiligung [an] der am 12. 1. 1919 stattgefundenen Wahl zur württembergischen Landesversammlung ist von seiten des Militärs eine sehr große gewesen.
Für die sozialdemokratische Partei wurden in der Hochburg des Zentrums beinahe soviel Stimmen abgegeben wie für das Zentrum selbst [. . .][14]).
Bei der am 1. 2. 1919 stattgefundenen Soldatenversammlung im Hotel zur Post in Weingarten gab Kamerad Knauss Bericht über die 3. Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs[15]). Es wurde dort die Frage wieder aufgeworfen, sollen die S.-Räte noch weiter bestehen? Kamerad Knauss beantwortete die Frage als selbstverständlich, aber nach den Vorgängen in der letzten Zeit und Äußerungen verschiedener bürgerlicher Politiker sei [damit] zu rechnen, daß dieselben alles aufbieten werden, um die S.-Räte zu beseitigen. Es ist bei dieser Versammlung folgende Resolution gefaßt worden, welche einstimmig angenommen und an die provisorische Regierung weitergegeben wurde:

„Die heutige Soldatenversammlung, besucht von etwa 800 Kameraden, erhebt Protest gegen die einzelnen Reden (Gröber und Bazille) in der Landesversammlung und die verlangte Beseitigung der S.-Räte[16]). Die Versammlung fordert, daß die S.-Räte solange bestehen bleiben, bis die Forderungen und die Rechte der Soldaten in die neuen Militärgesetze aufgenommen und fest verankert sind. Die Kameraden sind gewillt, dieser Forderung eventuell Nachdruck zu verleihen." [. . .][17])

Es wurde von einzelnen Offizieren von Weingarten versucht, Offiziere der Sicherheitskompanie[18]) aus dem Offizierkorps hinauszudrängen. Die Offiziere der Garnison Weingarten fügten sich zum größten Teil nicht der neuen Ordnung und waren noch am 24. Februar gegnerisch gesinnt, was daraus hervorgeht, daß am 25. Februar 1919 eine Königsgeburtstagsfeier stattfinden sollte, die aber vom Garnisonrat verboten wurde. Außerdem wurde auch von seiten einzelner Offiziere versucht, die Offiziere der Sicherheitskompanie zu boykottieren.
Die Regiments-Adjutantenstelle wurde durch den Vizefeldwebel Mensing besetzt, was großes Geschrei unter den Offizieren auslöste. Der seitherige Regimentskommandeur Oberst Bader wollte den Dienst verweigern, wenn er mit einem Unteroffizier zusammenarbeiten soll. Es gäbe doch Sachen, die ein Unteroffizier nicht bearbeiten dürfe, die nur ein Offizier wissen dürfe. Es wurde ihm nahegelegt, daß diese Zeiten vorüber sind und daß das von dem früheren Kanzler Bethmann Hollweg geprägte Wort: „Freie Bahn dem Tüchtigen" erst durch die Revolution Wahrheit wurde.
Auf der einen Seite verweigerten die Offiziere, mit den Unteroffizieren zusammenzuarbeiten, und auf der anderen Seite versuchten sie, die Unteroffiziersvereinigung an sich zu ketten. Nachdem Oberst Bader weiter nahegelegt wurde, daß er, wenn er mit dem Vizefeldwebel nicht zusammenarbeiten wolle, von dem Garnisonrat nicht gehalten werde, erklärte er, den Dienst weiterzumachen. [. . .][19])

---

[14]) Ausgelassen sind Bemerkungen über den Verlauf zweier Soldatenversammlungen in Weingarten.
[15]) Zur 3. Landesversammlung der S.-Räte, die am 21./22. 1. 1919 in Stuttgart stattfand, vgl. Nr. 6.
[16]) Zu den Angriffen bürgerlicher Politiker vgl. Nr. 9 Anm. 20.
[17]) In den ausgelassenen Textpassagen befaßt sich Weller mit der Wohnungsnot in Weingarten und der Reorganisation der dort stationierten Sicherheitskompanie.
[18]) Zum Aufbau der württembergischen Sicherheitskompanien vgl. Nr. 5 Anm. 34.
[19]) Ausgelassen sind kurze Bemerkungen über Organisationsfragen und über die geringe Bedeutung des Spartakusbundes in Weingarten.

Bei einer am 26. März stattgefundenen Versammlung der aktiven Unteroffiziere der Garnison Weingarten wurde Stellung genommen zu einem Anschluß der aktiven Unteroffiziere an den Offiziersbund. Zu dieser Versammlung wurde der Offiziersbund eingeladen, der Garnisonrat jedoch nicht. Zwei Mitglieder des Garnisonrats besuchten die Versammlung. Knauss sprach dort und zeigte in kurzen Worten den Weg, den die aktiven Unteroffiziere mit den Soldaten hätten, deckte den Wiederspruch der Klassenverhältnisse und den Geist in dem Offizierkorps auf, ermahnte die Unteroffiziere, bei dem Stand zu bleiben und mitzukämpfen, aus dem sie hervorgegangen seien. Die älteren Unteroffiziere sprachen sich für den Anschluß an das Offizierkorps aus.
Durch geheime Abstimmung entschied sich die Wahl mit 94 gegen 14 Stimmen für den Anschluß an den Offiziersbund auf Widerruf. [. . .][20])
Durch Anwesenheit zweier Mitglieder des Garnisonrats bei der Versammlung der aktiven Unteroffiziere brach dort ein Entrüstungssturm aus. Der Garnisonrat legte daher der Vereinigung der aktiven Unteroffiziere zur grundsätzlichen Entscheidung vor, ob bei ihren künftigen Versammlungen nicht ein Mitglied des Garnisonrats teilnehmen darf. Es war notwendig, die zwischen dem Garnisonrat und der Vereinigung der aktiven Unteroffiziere bestehende Kluft zu überbrücken, um dadurch im Interesse der Sache besser arbeiten zu können. Die Unteroffiziere nahmen zu dem Antrag des Garnisonrats Stellung und bejahten diesen Antrag mit dem Vorbehalt, daß hierzu kein Mitglied der kommunistischen oder U.S.P.-Partei entsandt werden dürfe. Auf dieses konnte der Garnisonrat nicht sofort eingehen. Die beiden Parteien einigten sich, und wir nahmen dann regelmäßig an den Versammlungen teil. [. . .][21])
Am 2. April wurde der Generalstreik proklamiert[22]). Auch in Ravensburg brach am 2. April der Generalstreik aus. Morgens um 9 Uhr legten die Arbeiter der Maschinenfabrik Escher, Wyss und Co. die Arbeit nieder. Diese zogen von Betrieb zu Betrieb und forderten die Kollegen auf, die Arbeit niederzulegen. Vielfach kamen die Arbeiter der Aufforderung nach und verließen die Betriebe. So mußten auch der Oberschwäbische Anzeiger und die Volkszeitung ihren Betrieb einstellen. In der Turnhalle in Ravensburg fand die erste Streikversammlung statt, an der sich etwa 400 Personen beteiligten. Für den Streik sprachen die Genossen Matthiesen[23]), Häussler, Fischer und Weiner, während der Genosse Iffland sich gegen den Streik wendete, jedoch durch Drohungen und Lärm seine Ausführungen nicht beendigen konnte. Zusammenstöße gab es nicht. Von allen Seiten wurde um Hilfe angerufen, den Wünschen wurde jedoch nicht entsprochen, weil keinerlei Veranlassung dazu vorlag. Nur das Postamt in Ravensburg wurde mit einer schwachen Wache versehen.
Nachmittags begab sich ein Zug der Streikenden nach Weingarten und forderte die Arbeiter der Maschinenfabrik Schatz auf, ebenfalls die Arbeit niederzulegen. Die Arbeiter weigerten sich aber, in den Ausstand zu treten, und so mußten die Demonstranten, ohne ihr Ziel erreicht zu haben, wieder abziehen. Zu Zusammenstößen kam es auch da nicht. Täglich fanden Streikversammlungen in der Turnhalle in Ravensburg statt.

---

[20]) In den ausgelassenen Abschnitten beschreibt Weller u. a. den Verlauf einer Soldatenversammlung, die am 6. 3. 1919 in Weingarten stattfand; erwähnt wird ferner die gemeinsame Sitzung des Landesausschusses der S.-Räte mit den Vorsitzenden der Garnisonsoldatenräte am 7. 3. 1919.

[21]) Ausgelassen sind einige Bemerkungen über die in Weingarten stationierte Sicherheitskompanie, über die Anträge der Garnison Weingarten zur 4. Landesversammlung der S.-Räte und über Versammlungen in Weingarten.

[22]) Zum Verlauf des Generalstreiks in Stuttgart vgl. die als Nr. 12 abgedruckten Protokolle der Landesausschüsse der A.- und S.-Räte.

[23]) Heinrich Matthiesen, von Beruf Revolverdreher, war am 7. 11. 1918 in Friedrichshafen verhaftet worden (vgl. dazu Köhler, S. 96 ff.).

Kamerad Knauss, Vorsitzender des Garnisonrats Weingarten, trat öffentlich für den Streik auf und forderte mit aller Schärfe den Sturz der Regierung.
Von diesem Moment ab fehlte in dem Garnisonrat das Vertrauen gegeneinander und das Zusammenarbeiten. Man war gezwungen, hierüber eine Entscheidung zu treffen. Bei einer stattgefundenen Sitzung des Garnisonrats wurde zu dieser Angelegenheit Stellung genommen. Es wurde der Antrag gestellt, daß sich die Mitglieder des Garnisonrats durch Unterschrift auf die Regierung verpflichten müssen, daß sie gegen dieselbe nichts unternehmen, sondern sie voll und ganz unterstützen.
Die dadurch geschaffene Lage war während des Streiks eine sehr peinliche. Knauss verweigerte die Unterschrift und verlangte eine Soldatenversammlung, in der abgestimmt werden sollte, ob er weiter auf dem Posten bleiben solle oder nicht. Die Versammlung wurde ihm zugesagt.
Sergeant Voigtländer, ein fanatischer Anhänger spartakistischer Ideen, zog am Donnerstag, dem 4. April, mit etwa 40 Mann seines Anhanges in die Maschinengewehr-Kaserne und verlangte von der Sicherheitskompanie 14 Waffen und Munition. Dieses Ansinnen wurde natürlich von der Sicherheitskompanie 14 schlankweg abgelehnt. Hierauf zog Voigtländer mit seiner Garde wieder ab. Am 4. April wurde in Ravensburg die Arbeit wieder teilweise aufgenommen. Auch an diesem Tage fand eine Streikversammlung statt, die jedoch nicht mehr stark besucht war. Am 5. April 1919 nahm ein weiterer Teil der Arbeiter die Arbeit wieder auf. Nachdem fand eine schwach besuchte Versammlung statt, wobei beschlossen wurde, daß am Montag die Arbeit wiederaufgenommen wird.
Der Streikleiter Häussler gab dem Führer der Sicherheitskompanie 14 folgende schriftliche Erklärung: Laut Beschluß der am Generalstreik beteiligten Arbeiter von Ravensburg und Weingarten wird am Montag, dem 7. April, die Arbeit wieder restlos aufgenommen. Durch die Absperrung der Oberamtsstädte von Stuttgart kam in die Streikenden eine gewisse Unruhe, sie wußten nicht, wieweit der Streik in Stuttgart gediehen ist, und ob die Streikenden in Stuttgart Erfolg haben oder nicht. Diesen Umständen ist es hauptsächlich zu verdanken, daß sich die Streikenden so passiv verhalten haben.
Die Sicherheitskompanien 14 und 32 waren über diese Zeit in Bereitschaft; es wurde ihnen befohlen, daß ein Eingreifen nur dann stattfinden dürfe, wenn es zu Gewalttätigkeiten käme und wenn die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet ist.
In Friedrichshafen war die Sache wesentlich anders, da es in der Nähe der bayerischen Grenze war. Den Streikenden in Friedrichshafen war im Notfalle von der Sicherheitskompanie in Lindau Unterstützung zugesagt, jedoch der schon am 31. März einsetzende große Schneefall ermöglichte das Herbeischaffen der Truppen aus Lindau per Fuhrwerk nicht, und die Bahn verkehrte sowieso nicht.
Am 9. April fand die Garnisons-Versammlung statt, in der zu dem Verhalten des Vorsitzenden Knauss Stellung genommen wurde. Knauss erklärte in dieser Versammlung, daß er zur U.S.P. gehöre und als solcher für den Streik eintrete und den Sturz der Regierung verlange, weil sie eine Regierung sei, die den Kapitalismus unterstütze. Anwesend bei dieser Versammlung waren Kamerad Bettinger, Ackermann und Hitzler vom Landesausschuß der Soldatenräte Württembergs.
In sachlicher, aber energischer Weise nahm Ackermann zu den Ausführungen des Knauss Stellung und erklärte, die Regierung sei nach den Vorgängen im Lande gezwungen, eine reinliche Scheidung vorzunehmen, sie könne nicht dulden, daß eine Minderheit die Mehrheit in solcher Weise terrorisiere. Der Generalstreik sei das größte Verbrechen, das je an der Arbeiterschaft verübt wurde. Er schilderte die Vorgänge in Eßlingen und Stuttgart und geißelte in scharfen Worten die verwerflichen Mittel, die zur Aufhetzung des Volkes verwendet wurden. Kamerad Bettinger schilderte in trefflicher Weise die wirtschaftliche Lage im Reiche. In dem Volke müsse mehr Verantwortlich-

keitsgefühl Platz greifen. Die Regierung dulde nicht, daß in dem Heere noch ein Mann stehe, der ihren Sturz verlange. Aber jene, die sich nicht hinter die Regierung stellen könnten, sollten so viel Ehre und Anstand besitzen, daß sie sich nicht mehr lange von der Regierung bezahlen ließen. Diese Elemente sollen aus dem Heere heraus. Auch Kamerad Hitzler ergriff noch das Wort. Hierauf erfolgte die Abstimmung. Das Ergebnis war, daß die Mehrheit für die Absetzung des Knauss als Garnisonrat war. Knauss verließ hierauf mit seinen Anhängern demonstrativ den Saal.
Bei der am 10. April 1919 stattgefundenen Wahl eines Vorsitzenden des Garnisonrats wurde Kamerad Weller gewählt. Als Beisitzer wurde ihm Kamerad Hummel und [Kamerad] Nothelfer gegeben. Der Garnisonrat gab sofort unterm 10. April eine Verpflichtung an sämtliche ihm unterstellten Truppenteile, Behörden, Lazarette usw. heraus, mit der Anordnung, daß sämtliche Militärpersonen, die diese Verpflichtung aus politischer Überzeugung nicht unterschreiben können, sofort zu entlassen sind. Die Verpflichtung lautete:

T.B.Nr. ... ... den ... 1919

Verpflichtung!

Nachstehend unterzeichnete Heeresangehörige verpflichten sich durch Unterschrift, die jetzige Regierung voll und ganz zu unterstützen und in keiner Weise gegen dieselbe etwas zu unternehmen.

Unterschrift.

Einzelne Heeresangehörige verweigerten die Unterschrift, worauf sie sofort entlassen wurden. [...][24])
Anfang Juni wurde schon von allen Seiten versucht, die S.-Räte auszuschalten, was jedoch nicht gelang.
Zu dieser Zeit erschien auch der offene Brief an den Reichswehrminister Noske von Kamerad Hof[25]). Es war nur schade, daß dieser Brief nicht noch mehr der Öffentlichkeit zugeführt werden konnte.
Bei der Sicherheitskompanie 14 und 32 wurde zu den Reichswehrbestimmungen[26]) Stellung genommen. Die Kompanien protestierten energisch gegen die Einführung dieser Bestimmungen, und es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die heutige Soldatenversammlung der Sicherheitskompanie 14 und 32 erhebt Protest gegen die Einführung der von Berlin herausgegebenen Bestimmungen für die Reichswehr, insbesondere gegen die Bestimmung über den militärischen Gruß im Armeeverordnungsblatt Nr. 48 vom 2. Juni 1919, und fordert den Landesausschuß auf, beim Reichswehrminister in Berlin energisch gegen diese Bestimmungen vorstellig zu werden. Diese Bestimmungen enthalten sowenig demokratischen Geist und decken sich nicht zum mindesten mit dem von den Trägern der Revolution verlangten freiwilligen Volksheer auf demokratischer Grundlage. Wir verlangen, daß zu der Ausarbeitung der Bestimmungen für die Reichswehr die Leute mit herangezogen werden, die seit dem 9. November als Vertreter der Soldaten tätig sind und nicht nur die Anhänger des alten Systems."

Diese Resolution wurde an sämtliche Garnisonen des Landes gesandt und gebeten, in gleicher Weise gegen die Einführung der Reichswehrbestimmungen Stellung zu nehmen. Der Protest nützte jedoch nichts mehr, da die Sache schon viel zu weit gediehen war.
So endigte die Tätigkeit der Garnisonräte mit dem 30. Juni 1919[27]).

---

[24]) Ausgelassen sind Ausführungen über die Aufstellung einer Reserve-Sicherheitskompanie in Weingarten, den Einsatz württembergischer Truppen gegen die Münchener Räterepublik und den Verlauf der Maifeiern in Weingarten, Baienfurt und Ravensburg.
[25]) Dieser Brief ist als Anlage zu Nr. 7 abgedruckt.
[26]) Vgl. zu den Reichswehrbestimmungen auch Nr. 7 Anm. 42.
[27]) Vgl. dazu auch Nr. 23 Anm. 2.

## 23. Tätigkeitsbericht der Vorsitzenden des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg, August 1919

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 51. Maschinenschriftliches Manuskript. Überschrift: „Aus der Zeit der Soldatenräte. Berichte und Erlebnisse eines Garnisonsoldatenrats. Von Ernst Reiner, Emil Schuler u. Gustav Speidel[1]).“**

### Vorwort der Herausgeber

Durch Verfügung des württembergischen Kriegsministeriums wurden die württembergischen Soldatenräte am 30. Juni 1919 aufgehoben[2]). Die bei den S.-Räten angesammelten wichtigeren Akten sollten einer Aufforderung des Landesausschusses der S.-Räte Württembergs zufolge dem Revolutionsarchiv der A.-, B. und S.-Räte Württembergs unter Beifügung eines kurzen Tätigkeitsberichts übergeben werden[3]).
Während der Abfassung des Berichts über die Arbeiten des Garnisonrats Ludwigsburg kam uns der Gedanke, daß für die Tätigkeit, die die Soldatenräte während ihres Bestehens entfalteten, auch in weiten Kreisen der Öffentlichkeit Interesse vorhanden sein müsse. So haben wir uns denn entschlossen, um diesen Kreisen einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen, die nachstehenden Blätter der Druckerpresse zu übergeben[4]). Da die einzelnen Abschnitte nicht von einer Person geschrieben wurden, ist es wohl weiter nicht verwunderlich, daß einzelne politische Ereignisse oft etwas verschieden beurteilt sind. Jeder von uns hat natürlicherweise in die Abschnitte, die er ge-

---

[1]) Der sehr umfangreiche Rechenschaftsbericht des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg wird ungekürzt abgedruckt, weil in dieser exemplarischen Selbstdarstellung Tätigkeit und Leistungen eines S.-Rates so plastisch und so detailliert geschildert werden wie in kaum einer anderen Quelle. Die maschinenschriftliche Fassung dieses Berichtes, die insgesamt 100 mit Tinte paginierte Blatt umfaßt, weist zahlreiche handschriftliche Korrekturen und Streichungen auf, die von mindestens einer, nicht zweifelsfrei zu identifizierenden Hand (Reiner bzw. Schuler) vorgenommen wurden. Diese Korrekturen, die orthographische, inhaltliche und stilistische Verbesserungen betreffen, wurden stillschweigend in die Druckfassung übernommen; ferner wurden die zahlreichen Abkürzungen (Truppeneinheiten, militär. Ränge etc.) durchgängig aufgelöst. Einzelne Streichungen von inhaltlichem Interesse werden in den Anmerkungen nachgewiesen. Im gleichen Bestand des HStA Stuttgart (E 135 Büschel 51) befindet sich außerdem noch eine von Schuler verfaßte kurze Übersicht über den Verlauf der Revolution in Ludwigsburg („Die Revolution und der Soldatenrat in der Garnison Ludwigsburg“), die keine Angaben enthält, die im Tätigkeitsbericht nicht ausführlicher dargeboten wären.

[2]) Aus dem Landesausschuß der S.-Räte schieden am 30. 6. 1919 9 der 16 Mitglieder aus. Blos schlug dem Kabinett am gleichen Tag auf Anregung Bettingers vor (vgl. dessen Schreiben vom 30. 6. 1919 an Blos, HStA Stuttgart, E 135 Büschel 20), man solle, „um der Agitation [gegen die Auflösung der S.-Räte] die Spitze abzubrechen“, die restlichen Mitglieder des Landesausschusses „unter Einräumung eines gewissen Kontrollrechts“ einige Zeit lang noch beschäftigen (HStA Stuttgart, E 130 b 214). Endgültig aufgelöst wurde der Landesausschuß der S.-Räte dann am 30. 9. 1919.

[3]) Zur Einrichtung eines Revolutionsarchivs in Württemberg vgl. Einleitung, S. LXXI f.

[4]) Der Tätigkeitsbericht ist nicht im Druck erschienen.

schrieben hat, viel von seiner eigenen persönlichen Auffassung einfließen lassen und ist auch nur für den Inhalt dieser Abschnitte verantwortlich[5]).
Ludwigsburg, August 1919
Die Herausgeber
Ernst Reiner
Emil Schuler
Gustav Speidel

## Der provisorische Soldatenrat

Als am 8. November 1918 die Zeitungen die Nachricht brachten, daß in München die Republik ausgerufen und die Garnison zur Revolutionsregierung übergetreten sei, war bei der etwa 40000 Mann starken Garnison Ludwigsburg, wie anderswo, wohl kaum einer, der nicht mit sicherem Instinkt fühlte, daß auch der Monarchie des Schwabenlandes die Stunde geschlagen habe. Man war sich nur nicht recht im klaren darüber, wie der Umsturz im einzelnen vor sich gehen werde. Niemand konnte sich ein Bild machen, auf welche Art und Weise eine so starke Garnison, die bis zum Nachmittag des 9. November unter der bekannten Disziplin stand, zur Revolution übergehen werde. Das geschah aber auf eine viel einfachere Weise, als wir nur zu denken wagten. Während zwar in Stuttgart schon am Vormittag des 9. November die Arbeiterschaft zu Tausenden demonstrierte, herrschte in Ludwigsburg vollkommene Ruhe. Erst gegen Nachmittag kam das Gerücht, daß der König abgesetzt, ein Arbeiter- und Soldatenrat sich gebildet habe, und daß eine provisorische Regierung im Werden begriffen sei[6]). Auf aller Gesichter las man die Spannung, die derjenigen am Vorabend des Krieges gleichkam. Gegen Abend kamen einzelne Soldaten und Arbeiter von Stuttgart zurück und forderten da und dort, zuerst zaghaft, dann immer lauter zur Bildung eines A.- und S.-Rats auf. Etwa um 7 Uhr abends drangen einige beherzte Soldaten und Arbeiter in das Garnisonkommando im Schloß ein und verlangten von den dort versammelten Offizieren die Übergabe der Garnison an sie. Andere Soldaten zogen indessen zu den Kasernen, und ihr Haufen wuchs von Minute zu Minute, überall begeistert begrüßt und in einigen Stunden die ganze Garnison überwindend, gleichzeitig auf seinem Zuge die Militärgefangenen befreiend. Gegen 7.30 Uhr abends begab sich der spätere Vorsitzende des Soldatenrates, Wachtmeister Reiner, Ersatzabteilung Feldartillerie-Regiment 29, zum Garnisonkommando, um – die vorüberziehenden Haufen der Soldaten gewahr werdend – dort Näheres erfahren zu können. Er traf dort bereits eine Gruppe von Soldaten und einigen Arbeitern an, die mit den Offizieren verhandelten. Reiner griff in die Verhandlungen ein, und in Abwesenheit des Garnisonältesten, Generalleutnant von B[ernhard] (der tags darauf schleunigst abreiste), wurde mit dem Platzmajor Hauptmann Remy und dessen Adjutanten folgender, noch am gleichen Abend verbreiteter Aufruf niedergeschrieben:

In Ludwigsburg ist heute abend, 8 Uhr, ein vorläufiger Arbeiter- und Soldatenrat gegründet worden. Der Soldatenrat besteht aus den Soldaten:
1. Imanuel Beck, Gefreiter der Train-Ersatzabteilung 13
2. Georg Grieb, Kanonier 2. Ersatzabteilung 29
3. Paul Hennesey, Kanonier 2. Ersatzabteilung 29
4. Friedrich Nürnberg, Krankenwärter Reservelazarett I
5. Ernst Reiner, Wachtmeister 2. Ersatzabteilung 29
6. Johann Sachs, Unteroffizier, Ersatzbataillon 121.

---

[5]) Die von Speidel verfaßten Abschnitte wurden für die endgültige maschinenschriftliche Fassung des Tätigkeitsberichtes stark gekürzt. Die teilweise sehr ausführlichen Manuskripte Speidels befinden sich im HStA Stuttgart, E 135 Büschel 51.

[6]) Zum Verlauf des 9. 11. 1918 in Stuttgart s. u. a. den Rechenschaftsbericht Unfrieds auf der Vollversammlung des A.-Rates Groß-Stuttgart am 25./26. 11. 1918 (Nr. 3, S. 27 ff.).

Der Arbeiterrat besteht aus:
1. Otto Göbel, Asperg
2. Wilhelm Kalesse, Ludwigsburg
3. Gottlieb Jenner, Ludwigsburg
Der Soldatenrat hat sich mit dem Garnisonkommando ins Benehmen gesetzt. Beide Behörden geben in Übereinstimmung folgendes bekannt:
1. An alle Soldaten geht der Aufruf, strengste Ordnung und Disziplin zu halten, Offiziere nicht zu belästigen und den Anordnungen der zur Sicherheit kommandierten Patrouillen Folge zu leisten. Patrouillen sind ein Führer und 4 Mann stark, gehen in den gleichen Revieren wie bisher, jedoch in Mütze, mit einer Patronentasche, Seitengewehr, jedoch ohne Schußwaffe.
2. Der Ein- und Ausgang in die Kasernen für die Soldaten ist freigegeben. Kasernenwachen kommen in Wegfall, Schließposten stehen.
3. Als Anzug der Offiziere wird in Übereinstimmung mit dem Soldatenrat und Gouvernement Stuttgart bestimmt:
a) Die Reichskokarde kommt in Wegfall, nur die württembergische Kokarde ist zu tragen,
b) die Waffe kommt in Wegfall,
c) die Achselstücke kommen in Wegfall.
Die zum Soldatenrat tretenden Offiziere tragen Achselstücke und am linken Oberarm eine weiße, vom Garnisonkommando gestempelte Binde.
4. Die Arrestanten sind freigegeben. Leute, die sich wegen Diebstahl in der Arrestanstalt befinden, verbleiben dort.
5. Der Arbeiterrat wird Anordnungen treffen, daß sich die Einwohnerschaft den Anordnungen der Patrouillen nicht widersetzt.
6. Der Arbeiter- und Soldatenrat erwartet, daß am Bahnhof im Interesse der Bewältigung des Verkehrs und der Zufuhr der Lebensmittel keine Ansammlung stattfindet. Hierzu ist am Bahnhof eine Patrouille aufgestellt, deren Anweisungen von jedermann Folge gegeben werden muß.
7. Plünderungen, Tragen von Waffen aller Art ohne Ausweis des Soldatenrats, Brandstiftung und Straßenraub werden mit sofortigem Erschießen bestraft.
Ludwigsburg, den 9. November 1918 Der Arbeiter- und Soldatenrat

Beim Garnisonkommando war inzwischen aus Stuttgart folgendes Telegramm eingegangen:

„Die Republik ist proklamiert. General von Ebbinghaus hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt. Arbeiter- und Soldatenrat Stuttgart."

Darauf begaben sich die Vertreter der Soldaten aufs Rathaus, beschlagnahmten dort einige Zimmer der Polizeiwache, in welchen sofort eine fieberhafte Tätigkeit einsetzte. Das Mitglied des provisorischen Rates, Reiner, leitete die Geschäfte und teilte zunächst dem Oberbürgermeister schriftlich mit, daß die Stadt unter die Gewalt des Soldatenrats gestellt und daher allen Anordnungen desselben nachzukommen sei. Dem bei der Arbeiterschaft unbeliebten Oberamtsvorstand, Oberregierungsrat Dr. B., wurde mitgeteilt, daß der Soldatenrat nur mit seinem Stellvertreter verhandle. Darauf wurde folgende Verfügung in Druck gegeben und früh am andern Tag verbreitet:

Verfügung des Arbeiter- und Soldatenrats
der Stadt Ludwigsburg

1. Alle Offizierskasinos werden geschlossen.
2. Burschen werden abgeschafft.
3. Offiziere bleiben vorläufig im Dienst.
4. In jeder Kaserne hat ständig 1 Offizier, 1 Wachtmeister oder dessen Stellvertreter anwesend zu sein.
5. Ehrenbezeugungen außer Dienst kommen in Wegfall.
6. Die Benützung von Pferden, Fahrzeugen und Automobilen des Nationaleigentums ist jedem Offizier streng untersagt.
7. In der Garnison Ludwigsburg geht die Disziplinarstrafgewalt vorläufig auf den Soldatenrat über.
8. Befreiung der im Zuchthause untergebrachten Gefangenen muß unter allen Umständen unterbleiben. Die Verwaltung des Zuchthauses untersteht dem Soldatenrat. Die Eingänge werden militärisch besetzt.
9. Von den noch im Arresthaus untergebrachten Arrestanten darf ohne Genehmigung des Soldatenrats niemand befreit werden.
10. Alle in Ludwigsburg befindlichen Militärbauten und Militärbetriebe sind Nationaleigentum und unterstehen dem Soldatenrat.

11. Der innere Betrieb der einzelnen Formationen und Verwaltungen geht seinen bisherigen Gang.
12. Das Städtische Lebensmittelamt steht unter der Kontrolle des Arbeiter- und Soldatenrats.
13. Wucher aller Art wird mit dem Tode bestraft. Der Soldatenrat wird die Verpflegung der Soldaten sicherstellen.
14. Die Wahl der Delegierten zum Soldatenrat wird morgen geregelt werden.
15. Von morgen, dem 10. November, ab müssen sämtliche Wirtschaften und andere öffentliche Lokale abends 10 Uhr geschlossen werden. Zuwiderhandlungen werden streng geahndet.
16. Aller seither durch Militärkommandos versehener Arbeitsdienst geht weiter.
17. Zwecks Vornahme der Wahl der Delegierten sind sämtliche Urlauber sofort zurückzurufen.
18. Arbeiter- und Soldatenräte tragen am linken Oberarm eine rote Binde.
19. Gegen Offiziere, die sich seither durch außerordentliche Strenge mißliebig gemacht haben, wird sofort eingeschritten werden.
20. Die Polizei sorgt in unserem Auftrag für die öffentliche Ordnung.
Ihren Anordnungen ist Folge zu leisten. Widerstand wird bestraft.

Arbeiter und Soldatenrat Ludwigsburg.
Reiner, Vorsitzender.

Da an der Bewegung nur drei Arbeiter beteiligt waren, ließ Reiner den ihm bekannten sozialdemokratischen Gemeinderäten der Stadt sagen, falls sie Interesse an dem Fortgang der Revolutionsbewegung hätten, lasse er sie bitten, sofort zu ihm zu kommen. Es erschienen denn auch sofort vier Herren (die Partei war in einer Wirtschaft versammelt), welche zum provisorischen Arbeiter- und Soldatenrat traten. Der Arbeiterrat wurde endgültig am 15. November konstituiert.
An das Kriegsministerium wurde folgendes Schreiben gerichtet:

Die Garnison Ludwigsburg hat sich einmütig unter den Befehl eines vorläufigen Soldatenrats gestellt. Offiziere bleiben bis auf weiteres im Dienst. Behörden arbeiten weiter. Die Befehle des Garnisonkommandos ergehen unter Gegenzeichnung unseres Vorsitzenden. Die Existenz des Soldatenrats ist dringend notwendig, wenn Zucht und Ordnung innerhalb der großen Garnison aufrechterhalten bleiben soll. Es wird deshalb beantragt, urkundlich den Soldatenrat Ludwigsburg anzuerkennen und das hiesige Garnisonkommando sofort hiervon zu benachrichtigen.

Der provisorische Soldatenrat arbeitete die ganze Nacht hindurch. Die Arbeit, die auf ihn einstürmte, war eine ungeheure. Man war sich dessen sofort bewußt, daß aus dem Soldatenrat ein großer Apparat werden würde und siedelte daher am 10. November vormittags in die Räumlichkeiten des Kasinos [des] Infanterieregiments 121 über. Schon an diesem Tage wurde nach Anordnung von Reiner eine vorläufige Arbeitsteilung eingeführt, die dem weiteren Geschäftsgang sehr zustatten kam. Es stellten sich auch nach und nach mehr Mitarbeiter ein. Hervorgehoben muß werden, daß es sich selbstverständlich meist um Leute handelte, die von einem Verwaltungsapparat keine Ahnung hatten, welche Unkenntnis aber durch ihre ungeheure Begeisterung ersetzt wurde. Es gehörte sehr viel dazu, um von Anfang an besonders den Offizieren und militärischen Behörden, aber auch der Stadtverwaltung gegenüber als eine Behörde dazustehen, zu deren Geschäftsführung man Vertrauen haben kann.
Am 10. November vormittags 9 Uhr war eine große Soldatenversammlung auf dem Arsenalplatz. Reiner forderte die Kameraden auf, den Dienst weiter zu versehen, besonders die Pferde zu füttern und die Arbeitskommandos zu stellen; der Soldatenrat werde die Interessen der Kameraden nach allen Richtungen energisch vertreten. Er gab bekannt, daß für nachmittags 2 Uhr – es war Sonntag – ein allgemeiner Umzug durch die Garnison vorgesehen sei, die Arbeiter und Soldaten sowie die revolutionäre Einwohnerschaft mögen zu Tausenden auf dem Arsenalplatz erscheinen. Es sei Befehl gegeben, daß die Wirtschaften von 2 Uhr ab geschlossen bleiben müssen. Um 2 Uhr war dann auch auf dem Arsenalplatz eine ungeheure Menschenmenge versammelt. Reiner begrüßte die Versammlung, forderte zur Ruhe und Ordnung auf, gab die bis dahin bekanntgewordenen Nachrichten aus und bat wiederholt eindringlich die Soldaten, die Wachen weiter zu gestellen, sich zu den Arbeitskommandos einzufinden, die Pferde zu

füttern und ihren Vorgesetzten im Dienste gehorsam zu sein. Er beleuchtete kurz die Vorgänge, die zur Revolution geführt haben, und forderte die Anwesenden auf, geschlossen und einig zu sein, damit ein neuer Staat der Freiheit und Gleichheit errichtet werden könne. Nach ihm sprach Reichs- und Landtagsabgeordneter K[eil] an die Menge Worte der Beruhigung und nationalen Begeisterung[7]). Der darauf einsetzende Umzug war wohl der gewaltigste, den Ludwigsburg je gesehen hat. Es mögen mehr als 10000 Soldaten und Einwohner gewesen sein, die, unter voller Begeisterung für die Revolution, deren Fahnen im Zuge trugen. 3 Musikkapellen begleiteten den Zug. Nach Beendigung des Umzuges hielt Reiner nochmals eine kurze Ansprache, ließ die Soldaten auf der Stelle antreten und sie zur Fütterung der Pferde geschlossen in die Kasernen marschieren.

Nachmittags 5 Uhr hatte Reiner eine Besprechung mit dem Lebensmittelamt der Stadt anberaumt, an welcher Vertreter dieses Amtes und der Oberbürgermeister teilnahmen. Welcher Art diese Besprechung war, geht aus der nachstehenden Protokollskizze hervor:

Die Zivilbevölkerung von Ludwigsburg und Zuffenhausen kann etwa 16 Tage lang bestimmt mit Brot versorgt werden. Darüber hinaus ist die Verpflegung wegen der Transportschwierigkeiten in Frage gestellt. Ist eine Aushilfe aus militärischen Beständen möglich? Ja. In der Kunstmühle von Rommel in Bissingen lagern 4000 Doppelzentner Getreide des Reiches. Erlaubnis zum Mahlen muß in Berlin beantragt werden. Bewachung der Mühle. Die strenge Rationierung der Lebensmittel ist auch weiterhin von Zivil und Militär zu beobachten. Erlassung eines Aufrufes. Alles, was Soldat ist, soll Verpflegung von militärischer Seite erhalten (Plakate am Bahnhof). Vorsorge für flüchtige Zivilbevölkerung. Truppen, die geschlossen zurückkommen, müssen in Kasernen untergebracht werden (Seuchengefahr). Öffentliche Notverpflegungsstellen errichten! Herabsetzung der Lebensmittelpreise. Bei der Verpflegungsfrage ist die Versorgung bis zur nächsten Ernte zu berücksichtigen. Auf nennenswerte Zufuhren ist nicht zu rechnen. Vertretung der Bauernschaft im Soldatenrat ist anzustreben. Das Stadtschultheißenamt bittet um Kommandierung von Leuten zum Lebensmittelamt. Zur [Be]hebung der Beförderungsschwierigkeiten muß Militär viel Gespanne stellen. Ausbildung des Militärs einstellen. Betrieb des Bekleidungsamts einschränken, dortige Soldaten entlassen. Was geschieht mit den 2600 Hilfsdienstpflichtigen des Amtes[8])? Nach Entlassung der Soldaten können sie aus technischen Gründen größtenteils nicht mehr arbeiten. Die Verträge des Amtes mit Fabrikanten müssen gelöst werden. Leder muß möglichst freigegeben werden.

Das Garnisonkommando war inzwischen auf Veranlassung von Reiner mit Generalmajor von Gl[eich] besetzt worden, der bestrebt war, gemeinsam mit dem Soldatenrat die Ruhe in der Garnison aufrechtzuerhalten.

Am 11. November nachmittags von 2 bis 3 Uhr fanden nach einer von uns ausgegebenen Wahlordnung die Wahlen der Delegierten zum Garnisonsoldatenrat statt. Jede Formation (Kompanie etc.) hatte 3 Unteroffiziere und 4 Mann gewählt, die am 12. November 1918 zur ersten Sitzung des Garnisonrates im Saale des Ratskellers zusammentraten. In dieser Sitzung wurde der provisorische Ausschuß des Garnisonrates beauftragt, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen. Verhandelt wurde besonders die Frage der Demobilmachung, der Bergung der Heeresgüter, des Empfanges und der Unterbringung der Feldtruppen und die Offizierfrage. Diese letztere Angelegenheit war eine besonders schwierige. Die Luft gegen das Offizierkorps war so dick, daß mit Leichtigkeit ein Beschluß herbeigeführt hätte werden können, der die sofortige Entlassung beinahe aller Offiziere gezeitigt hätte. Allein die Leitung bat im Interesse des Fortgangs

---

[7]) Vgl. dazu Keil (Erlebnisse II, S. 97): „Den stärksten Beifall fanden die Stellen meiner Ausführungen, in denen ich jede Diktatur verwarf und die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens mit den ehrlich demokratisch gesinnten Volksschichten begründete."

[8]) Am 5. 12. 1916 war auf Initiative der Obersten Heeresleitung durch Reichsgesetz die allgemeine Arbeitspflicht für alle Männer vom 17. bis zum 60. Lebensjahr eingeführt worden. Jeder männliche Deutsche dieser Altersgruppe war zum Hilfsdienst verpflichtet, der alle kriegswichtigen Berufe umfaßte.

der Geschäfte hiervon abzusehen und von den Offizieren die in einem anderen Kapitel beschriebene Erklärung zu verlangen[9]). Die Sitzungen des vorläufigen Garnisonrats fanden dann täglich um 2 Uhr nachmittags auf dem Rathaus statt. Zu seinem persönlichen Schutze und zum Schutze der Revolution wurde schon am 12. November mit der Aufstellung einer besonderen Schutztruppe begonnen.
Am 17. November fand die erste Landesversammlung in Stuttgart statt[10]). Auf Grund des dort angenommenen vorläufigen Organisationsstatutes wurden die Neuwahlen der Vorgesetzten vom Feldwebel ab aufwärts auf 23. November angesetzt. Tags zuvor fanden die Neuwahlen der Soldatenräte statt. Am 23. November wurde auch die Neukonstituierung des Garnisonrates und seines Ausschusses vorgenommen.
Diese erste Zeit war die arbeitsreichste. Es ist nicht niederzuschreiben, welche Fülle von Aufgaben auf die Führer der Bewegung in diesen Tagen einstürmte. Besonders Reiner und Schuler, welch letzterer sich am 10. November zur Verfügung stellte, kamen nicht zur Ruhe. In den ersten vier Nächten konnte keiner derselben an Schlaf denken. Die Soldaten drängten zur Entlassung, die Offiziere liefen großenteils davon oder wurden davongejagt, das Feldheer kam in die Nähe, und über dessen Stimmung für oder gegen die Revolution schwirrten die ungeheuerlichsten Gerüchte durch die Luft. Die Stellenbesetzung machte große Arbeit, überall mußte eingegriffen oder vermittelt werden. Der Wachtdienst lag im argen, die Diebstähle an Heeresgut nahmen rapid zu. Die Bergung der Räumungszüge, Bestellung von Gespannen und Mannschaften hierzu war geradezu ein Kunststück, alles wollte entlassen werden. Reiner und Schuler fuhren täglich mehrmals mit dem Auto nach Stuttgart zu Generalkommando, Kriegsministerium, Regierung und Soldatenrat. Ihr Einfluß erstreckte sich damals in Anbetracht der Größe der Garnison Ludwigsburg auf die wichtigsten in Stuttgart beschlossenen Maßnahmen. Die acht Geschäftsräume des Garnisonrats waren der Kopf der Garnison. Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Zivilisten gingen und kamen wie bei einem großen Stabsquartier im Felde die Meldereiter. Die Gefahr einer Gegenrevolution spukte gewaltig in unseren Köpfen. Die Quartierfrage war ebenfalls wichtig, denn der Zuzug mehrte sich täglich und die Entlassungen konnten nicht so schnell vor sich gehen, nachdem gerade in Ludwigsburg sich ein überaus großes Pferdematerial ansammelte. Doch kam in Ludwigsburg, im Gegensatz zu vielen anderen Garnisonen, keine ernstliche Störung vor. Die Bürgerschaft ergab sich ruhig der neuen Zeit. Alle Andersdenkenden waren in die Mauselöcher verkrochen.
Zum Schlusse möchten wir noch eine Begebenheit schildern, die zeigt, wie in jener Zeit hohe Politik gemacht wurde. Beim Generalkommando hatte man erkannt, und auch die Soldatenräte draußen im Lande fühlten dies, daß die höchste militärische Behörde, das Kriegsministerium, nicht wie gewünscht und notwendig arbeite. Es fehlte an der Initiative des Kriegsministers, einschneidende und Direktiven gebende Befehle für die Demobilmachung und Neugestaltung des Heeres herauszugeben. Wegen der Löhnungs- und Entlassungsfragen, der Sicherheitstruppen, der Frage der Offiziere, tappte man im dunkeln, und der Kriegsminister F[ischer] konnte nichts tun. Die Herren Räte im Kriegsministerium arbeiteten nach dem alten Schema, möglichst den Soldatenräten entgegen. Das Mitglied des Landesausschusses Linse[11]), der zum Generalkommando kommandiert war, sammelte gemeinsam mit Hauptmann K[rais] vom Generalkommando Material, das die Unfähigkeit des Kriegsministers beweisen sollte. Nach einiger Zeit setzten sie von ihrem Vorhaben unseren Vorsitzenden Reiner wegen der Macht, die die Garnison Ludwigsburg darstellte, in Kenntnis. Reiner gab zwar der Meinung

[9]) Vgl. unten S. 406.
[10]) Zum Verlauf der 1. Landesversammlung der S.-Räte vgl. Nr. 4.
[11]) Über Linse s. Nr. 5 Anm. 13.

Ausdruck, daß s. E. das Kriegsministerium zwar nicht gut verwaltet werde, daß man aber zuvor wissen müsse, ob ein Sturz des Kriegsministers nicht politische Konstellationen gefährde und ob man geeigneten Ersatz für ihn habe. Kriegsminister Fischer wurde auch als Spartakist bezeichnet, obwohl er der Mehrheitssozialdemokratie angehörte und erst später zur U.S.P. übertrat[12]). Reiner sagte seine Unterstützung für den Fall zu, daß mehr beweiskräftigeres Material beigebracht werden könne.
Einige Tage später kamen dann Linse, Hauptmann K[rais] und Oberstleutnant B[reyer] nach Ludwigsburg, um mit Reiner vertraulich den Plan noch einmal zu besprechen. Nach Meinung Reiners war zwar das vorgetragene Material nicht ausreichend, die Regierung, die Öffentlichkeit und besonders die Soldatenräte von der Unfähigkeit Fischers zu überzeugen, da man damit rechnen müsse, daß Fischer als gewandter Politiker sich die Gunst der S.-Räte zu erhalten wissen und bestrebt sein werde. Da Reiner aber selbst davon überzeugt war, daß das Kriegsministerium unter Leitung von Fischer Not litt, nahm er den Auftrag an, wegen dieser Angelegenheit mit dem Staatspräsidenten B[los] zu sprechen. Man einigte sich darauf, der Regierung einen General – Reiner sollte deshalb mit General v. Gl[eich] verhandeln – in Vorschlag zu bringen oder sie zu ersuchen, einen erfahrenen Parlamentarier – diesen befürwortete besonders Reiner – an die Spitze des Kriegsministeriums zu stellen. Der Staatspräsident erklärte, Fischer habe sich bereits krankgemeldet und habe Rücktrittsgedanken. Wenn die Garnisonen nicht geschlossen hinter Fischer stünden, sei dessen Stellung natürlich auf die Dauer nicht haltbar. In der Regierung selbst werde zum Teil der Rücktritt Fischers gewünscht. Der endgültige Stoß gegen Fischer sollte auf der Landesversammlung geführt werden[13]). Dort hatte aber Linse mit seiner Organisation der Sicherheitskompanien, die er in einer nichts weniger als geschickten Weise vertrat, zusammen mit dem Generalkommando, gegen welches wegen verschiedener Maßnahmen Abneigung bestand, eine solche Niederlage erlitten, daß an ein Vorgehen gegen den die Versammlung in äußerst geschickter Weise leitenden Kriegsminister nicht zu denken war. Nunmehr aber saß Fischer fester denn je im Sattel, allerdings nur noch für kurze Tage. Der 9. Januar brachte die nötige Klärung und mit ihr einen neuen Kriegsminister[14]).

E. R[einer]

Konstituierung des Garnisonrats

Schon am Tage nach der Revolution stürmte von allen Seiten eine gewaltige Menge Arbeit auf den provisorischen Soldatenrat ein. Es zeigte sich sofort, daß zur Bewältigung dieser Arbeit die Schaffung einer großzügigen Organisation notwendig ist. Der provisorische S.-Rat berief am 23. November 1918 die von den Truppenteilen bestimmten Delegierte[n] zu einer Versammlung in den Rathaussaal ein. Schuler referierte dort über Zweck und Ziele des S.-Rats. Die durch die Revolution spontan entstandenen S.-Räte seien neben den A.- und B.-Räten die Träger der politischen Gewalt. Sie hätten zunächst dafür zu sorgen, daß das wirtschaftliche Leben seinen geregelten Fortgang nehme, der militärische Apparat vorläufig weiterfunktioniere und die Demobilmachung reibungs- und hemmungslos durchgeführt werde. Strengste Überwachung aller behördlichen Organe hätte er durchzuführen. Vor allem komme es jetzt darauf an, die Revolution zu sichern und ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zu verwirklichen. Um diese Aufgabe zu lösen, müsse eine großzügige Organisation unter Verwendung der tüchtigsten und befähigsten Kameraden geschaffen werden. Die Auseinandersetzung, die sich an diese Ausführungen knüpfte, zeigt sofort, daß in der Versammlung die

---

[12]) Vgl. dazu auch die Rücktrittserklärung Fischers vom 10. 1. 1919 (Anlage zu Nr. 11c).
[13]) Auf der 2. Landesversammlung der S.-Räte am 11./12. 12. 1918. Vgl. Nr. 5, S. 124.
[14]) Fischer trat am 10. 1. 1919 als Kriegsminister zurück. Sein Nachfolger wurde Immanuel Herrmann (s. Nr. 6 Anm. 60).

verschiedensten politischen Anschauungen vertreten sind. Stäge, ein Delegierter des Gefangenenlagers Eglosheim, wollte insbesondere Zweck und Ziele des S.-Rats begrenzt wissen. Seine Anschauungen legte er in einer Resolution nieder. Die rege Debatte zeigt, welch große politische Unklarheit bei den meisten S.-Ratsmitgliedern vorhanden ist. Es fehlt der nötige Wille, die ergriffene politische Macht zu behalten und zu befestigen. Die vorgelegte Resolution von Stäge wurde denn auch zum Beschluß erhoben und weiter beschlossen, auf ihr als Grundlage Leitsätze für die Tätigkeit der S.-Räte auszuarbeiten, die in einer späteren Sitzung von Stäge vorgelegt und mit Zweidrittelmehrheit anerkannt wurden. E. Sch[uler]

1. Richtunggebende Grundlinien

1. Freie Bahn dem Tüchtigen, dem unbedingt Zuverlässigen, dem unbestechlich Ehrenhaften. Nach diesem Hauptgrundsatz tritt der Soldatenrat auf Antrag des Kompanierats usw. in die Besprechung über das Verbleiben oder Abgehen eines Offiziers ein.
2. Unbedingte Unterordnung und Pflichterfüllung ist Voraussetzung jeder menschlichen Ordnung, vor allem des Heeres. Jeder Versuch eines Gegenschlags, ob von oben her oder von einer radikalen Minderheit gegen den von der Mehrheit getragenen S.-Rat, wird durch unsere Sicherheitstruppen rücksichtslos im Keime erstickt. Es müssen aber Ventile geschaffen werden, die dem Druck der gekränkten Rechtsempfindungen Ausgleich verschaffen. Es ist ein Soldatenrat geschaffen, der über dem Vorgesetztenkorps in derartigen Fragen steht und dessen Anordnungen unbedingt für alle Geltung haben.

2. Zusammensetzung des Soldatenrats

Jede Formation (Kompanie, Batterie usw.) stellt einen Delegierten, desgleichen kleinere selbständige Formationen.
Unser Heer ist ein Volksheer, in dem sich alle bürgerlichen Elemente befinden, der Arbeiter sowohl wie der Gebildete. Ausgeprägtes Rechtsempfinden ist aber nicht Alleingut der Soldaten und Arbeiter, sondern auch der gebildeten Schichten. Hier finden wir viele Vorkämpfer der Freiheit und Verfechter des Rechts, für das wir eintreten. Auch unser Offizierkorps hat solche Männer, die zu uns gehören, oder zu uns treten wollen, um im Interesse des Vaterlandes mit uns zu arbeiten. Offiziere, die sich auf den Boden obiger Grundlinien stellen, auszuschließen, würde eine dauernde Vergewaltigung Gleichberechtigter bedeuten. Gleiches Recht für alle haben wir begehrt und errungen, wir müssen es auch denen geben, die jetzt die Unterlegenen sind. Die Sicherungen in dem zu schaffenden Rat bildet die Mehrheit. Vollbringt dann die Intelligenz der Minderheit den Sieg der Vernunft, dann desto besser für das allgemeine Menschenrecht, für das wir uns einsetzen.

3. Sofortige Maßnahmen zur Durchführung

1. Verpflichtung aller Vorgesetzten durch Unterschrift, diese Grundlinien anzuerkennen. Vorläufige Beurlaubung auf Veranlassung des Soldatenrats Ludwigsburg und Entlassung durch Antrag auf dem Dienstwege.
2. Der Soldatenrat genehmigt die Vorarbeiten des Arbeitsausschusses.

4. Zweck und Ziele des Soldatenrates

Die aufgrund des Erlasses des Reichskanzlers Ebert geschaffenen Soldatenräte stellen sich innerhalb des Heeres als ein Organ der gegenwärtigen Volksregierung Württembergs zum Schutze der errungenen demokratischen Freiheiten des Volkes dar und bilden eine ständige berufliche Vertretung zur Militärgesetzgebung, die bei dieser selbst mitzuberaten und bei der Verwaltung der Truppen mitzubeschließen hat[15]).

Diese Leitsätze wurden sodann durch Richtlinien, die von Schuler in nachstehender Fassung vorgelegt wurden, ergänzt:

---

[15]) Diese „Richtunggebenden Grundlinien" wurden in einem auf den 14. 11. 1918 datierten und von Reiner unterzeichneten Flugblatt in der Garnison Ludwigsburg verbreitet. Am Ende dieses Flugblattes findet sich noch folgender Passus, der in den Rechenschaftsbericht nicht aufgenommen wurde: „Bis zur Durchführung dieses Programms, das wir dem unbedingt zu bildenden Zentral-Soldatenrat Stuttgart, der über alle örtlichen Soldatenräte des Landes zu stellen ist, zur Annahme vorlegen werden, bitten wir um Ruhe, Ordnung, pünktliche Erfüllung des Dienstes. Nur keine Eigenmächtigkeiten, seid besonnen, Kameraden!" (HStA Stuttgart, E 135 Büschel 51.)

## Richtlinien über die Geschäftsführung der S.-Räte in der Garnison Ludwigsburg

I.

1. Beschwerden und Wünsche der Kompanie-, Eskadron-, Batterie- usw. Angehörigen sind dem Kompanie-, Eskadron-, Batterie- usw. Rat vorzutragen, der sie auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen hat. Unbegründete Beschwerden können sofort zurückgewiesen werden; begründete Beschwerden hat er im Einvernehmen mit den Vorgesetzten der Kompanie pp. zu erledigen. Wird eine Einigung nicht erzielt oder ist ihre Erledigung auf diesem Wege nicht möglich, so hat er sie dem geschäftsführenden Ausschuß des Bataillon- pp. Soldatenrats vorzulegen. Ist diesem ebenfalls die Erledigung nicht möglich, so ist die Angelegenheit dem geschäftsführenden Ausschuß des S.-Rats der Garnison Ludwigsburg (Abt. II Vorgesetztenfragen und Beschwerden) zuzuweisen, der im Einvernehmen mit dem S.-Rat der Garnison Ludwigsburg endgültig entscheidet.
Auf diese Weise ist auch bei der Bestätigung von Vorgesetzten der Kompanie pp. und bei Neubesetzung von Vorgesetztenposten innerhalb der Kompanie pp. zu verfahren.
2. Aufklärung aufgrund der Richtlinien des S.-Rates vom 14. November 1918 dienen zur willkommenen Entlastung des Aufklärungsdienstes (Abt. III des geschäftsführenden Ausschusses des S.-Rats Ludwigsburg). Der S.-Rat der Kompanie pp. hat täglich zu einer bestimmten Stunde die Kompanie- pp. Angehörigen zu versammeln, mit ihnen alle wichtigen Fragen zu besprechen, ihre Wünsche und Beschwerden entgegenzunehmen und Aufklärung zu geben.
3. Urlaubserteilung im Rahmen der bisherigen Kompaniebefugnisse (bis zu 14 Tagen) behandelt der Kompanie- pp. Rat selbständig im Einvernehmen mit dem Urlaub erteilenden Vorgesetzten. Die Einreichung der Urlaubsgesuche erfolgt auf dem bisherigen Wege. Entlassungen erfolgen nach Begutachtung des Kompanie- pp. Rates durch den zuständigen Vorgesetzten.
Sofern eine Einigung nicht erzielt wird, ist wie in Ziffer 1 der Richtlinien zu verfahren und die Angelegenheit der Abt. IV des S.-Rats Ludwigsburg zuzuleiten.
4. a) Verpflegung
Verpflegung ist für alle Militärpersonen gleich. Offiziere, die an der Truppenküche teilnehmen, haben dafür den mit der Heeresverwaltung zu verrrechnenden Satz zu bezahlen. Die Überwachung der Küche hat der Kompanie- pp. bzw. Bataillon-Rat durchzuführen. In besonderen Fällen entscheidet die Abt. VI. des geschäftsführenden Ausschusses des S.-Rats Ludwigsburg.
b) Bekleidung
Die Leute sind aus den vorhandenen Beständen mit guter ordentlicher Kleidung zu versehen. Anspruch auf neue Bekleidung besteht nicht. Bei Entlassung ist Marschanzug mitzugeben.
Haben die Angehörigen der Truppenteile hierüber Grund zu Beschwerden, so ist wie in Ziffer 1 der Richtlinien ausgeführt zu verfahren und die betreffende Angelegenheit letzten Endes der Abt. VI des geschäftsführenden Ausschusses des S.-Rats Ludwigsburg zuzuweisen.
5. Disziplinarstrafrecht
Hat ein Angehöriger der Kompanie, Eskadron, Batterie usw. sich ein Disziplinarverfahren zuschulden kommen lassen, dann berät der S.-Rat der Kompanien über die Festsetzung der Strafe mit dem Kompanieführer, der sie ausspricht.
Wird eine Einigung nicht erzielt, so ist wie Ziffer 1 der Richtlinien zu verfahren und die Angelegenheit der Abt. V (Strafwesen) zu übergeben.
Der Verurteilte hat das Recht, gegen die Art und Höhe der Strafe beim S.-Rat Ludwigsburg Berufung einzulegen, der dann endgültig entscheidet.

II.

Dem geschäftsführenden Ausschuß des S.-Rats Ludwigsburg zur Vorlage an den S.-Rat Ludwigsburg sind unter allen Umständen vorzulegen:
1. Zu Ziffer 1: Alles was sich auf den Sicherheitsdienst bezieht.
2. Verbreitung von Flugschriften, Einsendungen in die Presse usw. ist ausschließlich Aufgabe der Abt. III des geschäftsführenden Ausschusses des S.-Rats Ludwigsburg.

III.

Die Frage der Ehrenbezeugungen wird wie folgt geregelt:
a) Geschlossene Abteilungen geben auf dem Marsch zum und vom Dienst keinerlei Ehrenbezeugungen ab. Ist eine Abteilung zum Dienst angetreten und meldet der Vorgesetzte, der das Antreten zu veranlassen hatte, dem höheren Vorgesetzten, so hat der Meldende als Ehrenbezeugung „stillgestanden" zu kommandieren. Augen rechts oder links kommt in Wegfall.

b) Einzelehrenbezeugungen: Das Stillstehen des einzelnen mit den Händen an der Hosennaht muß als menschenunwürdig verschwinden; ebenso das Vorbeigehen in gerader Haltung. Ehrenbezeugungen des einzelnen werden nur im Dienst abgegeben, und zwar durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung sowohl in der Bewegung als im Stehen.
Im Stehen: Kurzes Stillstehen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung.
In der Bewegung: Ebenfalls durch kurzes Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung ohne nähere Begrenzung der Dauer. Jedem direkten Vorgesetzten ist die Ehrenbezeugung nur je einmal vor- und nachmittags zu erweisen.
Eine Verpflichtung zu Ehrenbezeugungen außer Dienst besteht nicht.

IV.

Anzug: Der Anzug außer Dienst soll ein geordneter sein, jedoch die persönliche Bequemlichkeit des Mannes nicht beeinträchtigen. Ganzes oder teilweises Öffnen des Rockkragens (im Sommer) oder des Mantels (im Winter) können als unordentlicher Anzug nicht angesehen werden.
Im Dienst ist der vorgeschriebene Anzug einzuhalten, es ist jedoch Sache der Kompanie- usw. S.-Räte, den Anzug im Dienst in jeder möglichen Weise zu erleichtern.
Eine Verpflichtung zum Tragen des Leibriemens und des Seitengewehres außerhalb des Dienstes besteht nicht[16]).

Nun wurde zur Einsetzung eines geschäftsführenden 10gliedrigen Ausschusses geschritten und in diesen berufen:
als 1. Vorsitzender Ernst Reiner,
als 2. Vorsitzender Emil Schuler,
als Schriftführer Oskar Burkhardt,
als Beisitzer: Speidel, Oberdorf, Stäge, Baumann, Hallerich, Nürnberg und Rehbach.
Der Ausschuß trat sofort zusammen und beschloß, 7 Unterabteilungen zur Bewältigung seiner Aufgaben einzusetzen:
Abteilung I Sicherheitsdienst
Abteilung II Offiziersangelegenheiten,
Abteilung III Aufklärungsdienst,
Abteilung IV Urlaub und Entlassung,
Abteilung V Strafsachen,
Abteilung VI Löhnung und Verpflegung,
Abteilung VII Verkauf von Heeresgut.
Die Abteilungen, die gut ausgebaut wurden, entfalteten sofort eine fieberhafte Tätigkeit. E. Sch[uler]

Das Garnisonkommando

Garnisonältester von Ludwigsburg war am 9. November der Generalleutnant von Bernhard, zugleich Inspekteur der Ersatzabteilungen der Feldartillerie und des Trains. Bernhard war ein Mann der alten Schule, in der Garnison unbeliebt und gefürchtet. Er zog dann auch sofort seine Konsequenzen und schickte schon am Morgen des 10. November seinen Adjutanten zu unserem Vorsitzenden mit der Bitte, ihm einen Reiseerlaubnisschein nach Freudenstadt auszustellen. Das verwaiste Garnisonkommando nun aber selbst zu übernehmen hatte Reiner nicht die Absicht, zumal auch dessen Funktionen sowieso unter unserer Aufsicht standen, auch die Geschäftsräume getrennt waren. [Durch] Hauptmann U[nger] vom Garnisonkommando, der der Verbindungsoffizier zwischen dieser Behörde und dem Soldatenrat war, wurden wir auf den in der Garnison ohne Verwendung anwesenden Generalmajor von Gleich aufmerksam gemacht. Noch spät am Abend des 10. November fuhr Reiner mit Unger in die Wohnung des Generals, um diesem die Stelle des Garnisonältesten anzubieten. Der General nahm nach längerer Aussprache unter der Bedingung, daß er seinen Säbel und die

[16]) Auch diese Richtlinien wurden in einem auf den 16. 11. 1918 datierten und von Reiner unterzeichneten Flugblatt in der Garnison Ludwigsburg verbreitet.

Achselstücke tragen dürfe, das Amt an. Beim Garnisonkommando waren damals 28 Offiziere beschäftigt. Am 11. November erließ das Garnisonkommando folgenden Befehl:

1. Im Interesse der Ordnung und der Sicherheit habe ich auf Ansuchen des Soldatenrats anstelle des erkrankten bisherigen Garnisonältesten den Befehl über die Truppen und militärischen Behörden des Standorts Ludwigsburg und Umgebung übernommen. Jeder Offizier und Beamte hat auf seinem Posten zu bleiben und seinen Dienst weiter zu tun. Diejenigen Behörden, die bis jetzt dem Garnisonkommando nicht unterstellt waren, werden ihm von jetzt ab, bis weiterer Befehl folgt, unterstellt.
2. Die Tätigkeit der Offiziere und Beamten erfolgt im Einvernehmen mit den Delegierten des Soldatenrats. Die Wiederherstellung der Ordnung und Disziplin muß mit allen Mitteln erstrebt werden. Von Offizieren und Beamten erwarte ich, daß jeder auf seinem Posten ist und restlos seine Pflicht tut. Der Dienstbetrieb und insbesondere die wirtschaftliche Tätigkeit muß wiederaufgenommen werden; die Wachen, Kommandos, der Arbeitsdienst müssen gestellt werden. Ruhe und Ordnung ist jetzt alles. Wenn der militärische Apparat versagt, läßt sich Plünderung und Bürgerkrieg nicht verhindern.
3. Die Offiziere müssen ihre Mannschaften wieder in die Hand bekommen. Durch Einsetzen der Persönlichkeit, durch Reden mit den in der Mehrzahl willigen Leuten wird sich ohne Zweifel alles erreichen lassen. Ich erwarte, daß die Offiziere sich eines bestimmten, jedoch niemals verletzenden Tones bedienen werden.
4. Das Ansehen des Offiziers beruht nicht im schroffen Auftreten, sondern im vermehrten Können und Wissen und der entsprechenden Diensterfahrung, verbunden mit unbedingtem Wohlwollen und andauernder Fürsorge für den Untergebenen. Gegen Offiziere, die dieser meiner ausdrücklichen Willensmeinung entgegenhandeln, werde ich unnachsichtlich einschreiten. Die Kluft zwischen Offizier und Mannschaften muß verschwinden. Sämtliche Truppenbefehlshaber haben dafür zu sorgen, daß die Offiziere dauernd selbst an ihrer Weiterbildung fortarbeiten, damit sie für die Unteroffiziere und Mannschaften in jeder Beziehung ein gutes Beispiel geben. Ich mache die Kommandeure dafür verantwortlich, daß die Offiziere sich den Unteroffizieren und Mannschaften gegenüber in jeder Weise richtig benehmen. Ich erwarte aber auch, daß die Mannschaften, noch mehr als dies in letzter Zeit hin und wieder der Fall war, im Unteroffizier ihren Vorgesetzten erblikken. Gegenseitiges Vertrauen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ist für jede ersprießliche Arbeit unerläßlich.

Reiner
Vors. des Garn.-Rats

von Gleich
Generalmajor und Garnisonältester.

Aus diesem Befehl geht hervor, daß von Gleich sein Amt mit vollem Ernste aufnahm. Er hat es später wegen einer kleinlichen Säbelfrage niedergelegt[17]).

Am 13. November fand unter Vorsitz von Reiner bei Teilnahme des Generals von Gleich, von Offizieren, Beamten, Soldaten und Arbeitern des Kriegsbekleidungsamts eine Besprechung über die Art des Weiterbetriebes dieses Amtes statt. Des öfteren waren Sitzungen mit der Stadtverwaltung, dem Lebensmittelamt und dem Direktor des Proviantamts. Reiner und v. Gleich besichtigten die Kunstmühle von Rommel in Bissingen und ordneten ihre militärische Bewachung an. Die Anlagen des Artillerie-Depots wurden ebenfalls einer Besichtigung unterzogen, die Wachen verstärkt und Maschinengewehre eingebaut. Unter Führung von Major S. wurde, da man sich auf die Soldaten nicht mehr verlassen konnte, eine Arbeiterkompanie gegründet. Die Vorbereitungen zur Aufnahme des zurückkommenden Heeresgutes und für die Unterbringung der Feldtruppen stellten an Garnisonkommando und Soldatenrat große Aufgaben.

Das politische Verhalten der großen, nahe bei Stuttgart gelegenen Garnison Ludwigsburg war natürlich auf den Gang der Ereignisse in der Hauptstadt nicht ohne Einfluß. In der Landesversammlung der Soldatenräte am 11. Dezember 1918[18]) wurde u.a. be-

---

[17]) An dieser Stelle des maschinenschriftlichen Manuskriptes ist folgender Satz gestrichen worden: „Im allgemeinen haben wir während der ganzen Zeit mit dem Garnisonkommando ordentlich zusammengearbeitet. Seine Befehle und Schriftstücke wurden stets von Reiner oder seinem Stellvertreter gegengezeichnet."

[18]) Zum Verlauf der 2. Landesversammlung der S.-Räte am 11./12. 12. 1918 vgl. Nr. 5.

schlossen, daß das Tragen von Waffen aller Art außer Dienst verboten sei. Die Vertreter der Garnison Ludwigsburg hatten zwar gegen diesen Beschluß gestimmt, Ulm und Stuttgart gaben aber den Ausschlag. Nun hatten wir in Ludwigsburg den Offizieren, die die an anderer Stelle bezeichnete Erklärung[9]) unterschrieben hatten, das Tragen ihrer Degen erlaubt. Als der Beschluß der Landesversammlung nach Ludwigsburg durchdrang, meldete General von Gleich sich am 12. Dezember in einem persönlichen Schreiben an unseren Vorsitzenden krank und teilte mit, daß er zu seinem Stellvertreter den Obersten Zeller bestimmt habe. Am 13. Dezember legte er sein Amt mit folgendem Schreiben an den Soldatenrat nieder:

In der Landesversammlung der S.-Räte ist, wie ich aus der Zeitung ersehen habe, der Beschluß gefaßt worden, daß Waffen nur noch im Sicherheitsdienst und Wachtdienst getragen werden dürfen. Damit wird also auch den Offizieren das Tragen des Degens außer Dienst verweigert. Ich habe am 10. November das Garnisonkommando, zu dessen Übernahme ich dienstlich in keiner Weise verpflichtet war, auf Ansuchen des hiesigen Soldatenrats freiwillig und unter der ausdrücklichen Bedingung übernommen, daß mir das Tragen der Rangabzeichen und der Waffe freistehe. Der erwähnte Beschluß bedeutet mithin einen Bruch der Verabredungen und eine persönliche Kränkung für mich. Ferner widerspricht er den von mir mit dem Soldatenrat bezüglich der übrigen Offiziere der Garnison einige Tage nach dem 10. November getroffenen Abmachungen, wonach auch diese Rangabzeichen und Degen wieder erhalten. Zahlreiche Offiziere haben sich lediglich aufgrund dieser Abmachung freiwillig zur Verfügung gestellt. Unter diesen Umständen bin ich auch nach Wiederherstellung von meiner Erkrankung nicht mehr in der Lage, die Geschäfte des Garnisonkommandos wieder zu übernehmen, wenn ich auch gerne anerkenne, daß die unmittelbare Schuld nicht am Soldatenrat Ludwigsburg liegt.

von Gleich.
Generalmajor von d. Armee.

Am gleichen Tage und tags darauf schlossen sich diesem „Proteststreik" die beim Garnisonkommando beschäftigten Offiziere an, obwohl wir besonders dem Hauptmann Unger gegenüber wiederholt persönlich versicherten, daß der Soldatenrat Ludwigsburg im Prinzip gegen den Beschluß der Landesversammlung sei, ihn aber eben auszuführen habe, und daß es sich deshalb um einen Bruch des den Offizieren seinerzeit gegebenen Versprechens seitens des Garnisonrats Ludwigsburgs nicht handeln könne. Am 14. Dezember abends kam der Garnisonkommandoschreiber zu uns und meldete, das Garnisonkommando sei von Offizieren nunmehr verwaist, was er zu tun habe. Der Vorsitzende Reiner übernahm nunmehr sofort selbst bis auf weiteres das Kommando über die Garnison – das der Soldatenrat im eigentlichen Sinne ja sowieso schon hatte – und gab dies durch Befehl vom 15. Dezember mit dem Anfügen öffentlich bekannt, daß Waffen so lange weiter getragen werden können, bis der Beschluß der Landesversammlung durch Erlaß des Kriegsministers amtlich bekanntgegeben sei. Nun setzte bei Truppenkommandeuren eine allgemeine Hetze gegen das Garnisonkommando ein. Einen mit Disziplinarstrafgewalt über sie ausgestatteten Garnisonältesten vom Dienstgrade eines Wachtmeisters der Landwehr anerkennen zu müssen, das ging den Herren Offizieren denn doch über die Hutschnur. Am 16. Dezember wurden die Garnisonbefehle noch ausgeführt, am 17. weigerten sich Major Landbeck vom Dragonerregiment 25 und Major Brauer vom Feldartillerieregiment 65 den Garnisonbefehl abholen zu lassen. Am 18. Dezember taten dies alle übrigen Kommandeure geschlossen. Am gleichen Tage wurde Reiner vom Garnisonrat als Garnisonältester bestätigt. Das Generalkommando gab auf die Beschwerde Reiners folgenden Befehl bekannt:

Gen.-Kdo. XIII. A.K. den 19. 12. 1918.
Es ist zur Kenntnis des Generalkommandos gekommen, daß Kommandeure der Garnison Ludwigsburg sich weigern, Befehle des dortigen Garnisonältesten, der vom örtlichen Soldatenrat auf diese Stelle gewählt worden ist, entgegenzunehmen. Nach den zur Zeit gültigen staatsrechtlichen Verhältnissen wird die Kommandogewalt in Vereinbarung mit dem betreffenden Soldatenrat ausgeübt. Dementsprechend haben alle Militärpersonen die Befehle des betr. Garnisonältesten auszuführen. Das Garnisonkommando möchte hierbei nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß

Nichtbeachtung vorstehender Bestimmung die unangenehmsten Folgen sowohl dienstlicher wie persönlicher Art nach sich ziehen wird.

gez. Hof — I.A. gez. v. Stroebel
Bevollm. Mitglied d. L.A. beim Gen.-Kdo. — Generalmajor

Dieser Befehl wurde mit folgendem Zusatz bekanntgegeben:

Garn.-Kdo. Ludwigsburg — den 19. 12. 18.
Vorstehende Verfügung des Generalkommandos gebe ich hiermit bekannt und bitte sämtliche Truppenkommandeure zu einer Besprechung auf das Garnisonkommando für 4.30 Uhr heute nachmittag. Es wird ein Vertreter des stellv. Generalkommandos anwesend sein.

gez. Reiner.
Garnisonältester.

Es waren denn auch alle Kommandeure mit Ausnahme von Major Landbeck, der sich entschuldigen ließ und seinen Stellvertreter schickte, erschienen. Die Weigerung der Majore L[andbeck] und B[rauer] brachte für diese Weiterungen, insofern die Soldatenräte ihrer Regimenter sie mit Zustimmung des Garnisonrats ihrer Stellen enthoben. Major B[rauer] beschwerte sich darob beim Generalkommando. Mit Major L[andbeck] erklärten sich am Abend des 20. Dezember in einer Versammlung der Offiziere der Garnison die Offiziere seines Regiments solidarisch und drohten geschlossen mit ihrem Abgang. Unser Vorsitzender war in jener Versammlung anwesend und versuchte zusammen mit Hauptmann K[rais] und W. vom Generalkommando die Dragoner-Offiziere von ihrem Beschluß abzubringen mit dem Ergebnis, daß vereinbart wurde, anderen Tages solle der Chef des Stabes vom Generalkommando und ein Vertreter des Kriegsministeriums weitere Verhandlungen einleiten. Wir können zwar heute nicht mehr verstehen, warum man diese Herren nicht einfach ihres Weges hat ziehen lassen. Am 21. Dezember erschien der Kriegsminister mit Oberstleutnant B[reyer] vom Generalkommando und verhandelte in unserem Büro mit den Offizieren und dem Soldatenrat des Dragonerregiments mit dem Ergebnis, daß Major L[andbeck] sein Regiment noch einen Tag behielt, sich dann krank melden und seinen Urlaub eingeben mußte. Mit Major B[rauer] vom Feldartillerieregiment 65 kam folgender Vergleich zustande:

Bei der heute erfolgten Aussprache zwischen dem Leiter des Kriegswesens und den Vertretern des Generalkommandos, dem Vorsitzenden des Garnisonrats Ludwigsburg und den Vertretern des Feldartillerieregiments 65 wurde folgendes festgestellt:
Major Brauer erklärt, daß sein Befehl, den Garnisonbefehl nicht abzuholen, unter falschen Voraussetzungen gegeben wurde. Infolge der kurzen Anwesenheit in der Garnison war er mit den Bestimmungen über den Soldatenrat nicht genügend vertraut. Nachdem er sich überzeugt habe, daß das Garnisonkommando von Anfang an zu Recht bestehe, habe er keine Ursache, dem Garnisonkommando Ludwigsburg Schwierigkeiten zu bereiten.
Wachtmeister Reiner erklärt, daß der Garnisonratsbeschluß unter der Voraussetzung gefaßt wurde, daß Major Brauer absichtlich dem Garnisonkommando Schwierigkeiten bereiten wollte. Nach den obigen Erklärungen des Major Brauer trifft dies nun nicht zu. Die anwesenden Delegierten erklärten sich deshalb damit einverstanden, daß Major Brauer die Führung des Feldartillerieregiments 65 behält, nachdem Hauptmann Krengel freiwillig zurückgetreten ist.

Fischer — Breyer
Leiter des Kriegswesens. — Vertreter des Generalkommandos.
Reiner — Holzner
Vorsitzender des Garnisonrates. — Vorsitzender des Regiments-Rates.

Bei dem damals erfolgten Wechsel im Garnisonkommando stellte sich auch heraus, daß die Arbeit der etwa 20 Offiziere, die dort beschäftigt waren, nachher ohne weiteres von unserem Vorsitzenden, dem Geschäftsführer und zwei neu hinzukommandierten Offizierstellvertretern geradeso zufriedenstellend wie früher versehen werden konnte. Ende Januar 1919 legte Reiner das Amt des Garnisonältesten freiwillig nieder, und der Garnisonrat wählte auf Vorschlag des Generalkommandos den Generalmajor Klotz zu seinem Nachfolger. Zum Platzmajor – welche Stelle während der letzten 4 Wochen nicht besetzt war – wurde einige Tage darauf Hauptmann Frhr. von St[etten] gewählt. Dieser mußte aber am 6. März 1919 seines Amtes enthoben werden, weil es sich zeigte,

daß er absichtlich unserer Arbeit Schwierigkeiten bereitete und sich als Gegner unseres Systems bekannte. An seine Stelle trat Leutnant d. R. Z., ein der Revolution freundlich gesinnter Offizier. Er war bis Ende Mai 1919 eine gute Stütze des Garnisonrates. General Klotz wurde später durch das Generalkommando mit unserem Einverständnis von Generalmajor von Maur abgelöst. Bis zur Auflösung der Soldatenräte am 30. Juni 1919 ergingen alle Befehle und Verfügungen sowie der gesamte Schriftwechsel des Garnisonkommandos im Einvernehmen und unter Gegenzeichnung unseres Vorsitzenden oder seines Stellvertreters.

Zum Schlusse mag hier erwähnt werden, welch ungeheure Arbeit dem Garnisonkommando und damit auch uns die Leerung der Räumungszüge und die Bergung der zurückgekommenen Heeresgüter brachte. Ludwigsburg wurde von solchen geradezu überschwemmt. Täglich trafen bis zu 150 Waggons ein, deren riesiger Inhalt sofort entleert und abgeführt werden mußte, wenn nicht der Bahnhof und damit der Verkehr überhaupt verstopft werden sollte. Schon einige Zeit vor dem 9. November 1918 hatte diese Anlieferung eingesetzt. Als mit dem Ausbruch der Revolution die Soldaten alle entlassen wurden oder nur noch gegen gute Bezahlung arbeiten wollten, standen wir vor der allergrößten Schwierigkeit. Der Bahnhof überfüllte sich, die Verwaltung drängte auf Entleerung und die Soldaten verweigerten zum Teil die Arbeit. Es bedurfte einer großen Initiative, um die drohende Gefahr der Unterbrechung des Bahnverkehrs abzuhalten. Wir genehmigten den Soldaten auf eigene Faust eine Arbeitszulage und stellten Zivilarbeiter ein. Hier sei der tatkräftigen Mitarbeit des – zwar sonst dem S.-Rat nicht holden – Major S[eeger] gedacht. War schon das Zusammenbringen der zum Entleeren der Züge nötigen Arbeitskräfte schwierig, so [war] mindestens ebenso schwer die Aufbringung der vielen Gespanne und der Unterkunftsräume. Die Exerzier- und Reithäuser, die Kasernenhöfe, die Schlösser, die verfügbaren Baracken, alle wurden sie mit Heeresgut überfüllt. Diese Unterbringung machte wiederum eine Bewachung notwendig, für welche es ebenfalls schwierig war, geeignete Soldaten aufzubringen. Gestohlen wurde sehr viel. Auf dem Bahnhof selbst gab es Plünderer aller Gattungen. Zu dem Inhalt der Räumungszüge gesellte sich das zahllose Gerät, das die Feldtruppenteile zurückbrachten. In Ludwigsburg wurden weitaus die meisten Formationen demobil gemacht, da es oft vorkam, daß Truppenteile, die nach Ulm weitermarschieren sollten, sich weigerten und dann hier oder in der Umgebung sich auflösten. Die ausgedehnten Anlagen Ludwigsburgs standen voll mit Geschützen aller Art und sonstigen Fahrzeugen. Die Sichtung aller Heeresgüter nahm ca. 8 Monate in Anspruch, sehr viel ging zugrunde. Was wir für Bergung und Erhaltung der Güter tun konnten, sind wir uns bewußt, getan zu haben. E. R[einer]

## Das Offizierkorps

Wir Jüngeren lauschten oft mit Erstaunen dem Erzählen der älteren Ludwigsburger Bürger über Leben und Verhalten der königlich-württembergischen Offiziere, solange sie noch „württembergisch" waren. Obwohl man hört, daß auch damals schon der Soldat „geschliffen" worden ist, so stand doch der Offizier nicht so turmhoch über dem Manne. Das Verhältnis war ein mehr patriarchalisches. Es gab noch keine Kasinos – diese unsinnige Einrichtung Wilhelms des Letzten. Die Offiziere saßen zusammen mit den Bürgern an den Stammtischen der Wein- und Bierstuben. Es war deshalb möglich, daß gelegentlich einmal der gestrenge Herr Hauptmann mit dem Vater, Bruder oder Schwager eines seiner Soldaten ins Gespräch kam. Vor den Augen der jungen Soldaten war das Offizierkorps damals jedenfalls noch nicht die göttliche Erscheinung, als die es sich später unter der durch die Kasinos gezeitigten Abgeschlossenheit und dem Willen Wilhelms herausbildete.

Und doch wird niemand behaupten wollen, daß etwa deshalb der frühere schwäbische Soldat im Ernstfalle weniger zu leisten imstande gewesen wäre als heutzutage. Der

Krieg hat dafür den Beweis gebracht. Der kurz ausgebildete Ersatz-Reservist, dem der aktive Drill und die unnahbare Göttlichkeit des Offiziers nicht eingeimpft war, leistete draußen im Felde oft mehr als der bestgedrillte Zweijährige. Es kam hier nicht so sehr auf die erlernten militärischen Kenntnisse an, als auf die Liebe und Freude zur Sache, auf den Geist, der in der Truppe steckte. Es hat sich oft gezeigt, daß ein beliebter Führer mit 100 Mann mehr zu leisten imstande war als ein unbeliebter mit einem Bataillon. Schon in Friedenszeiten gab es Offiziere, deren Untergebene für sie durchs Feuer gegangen wären. Leider waren es nicht viele. Die weitaus größte Zahl der Offiziere aber war unbeliebt und war nur unter dem eisernen Zwange der Disziplin und des Militärstrafgesetzbuches erduldet worden. Eine Unsumme von draufgängerischem und nationalem Geist und Opfersinn ist im Kriege durch ihr konservatives und hochgetragenes Wesen vernichtet worden. Wie gerne hätte mancher Soldat sein Leben gewagt, den härtesten Dienst freudig ertragen für ein freundliches Wort, für ein Zeichen der Kameradschaft und der Wertung als Mensch, als deutscher Bürger und Steuerzahler.
Besonders die älteren Jahrgänge wurden ganz und gar falsch behandelt. Man glaubte, einen selbständigen Bauersmann, Handwerker, Fabrikanten oder Gebildeten und den durch die harte Schule des Lebens gereiften Arbeiter mit den gleichen Mätzchen anfassen zu können, wie man es bei den jungen Soldaten auf dem Kasernenhof gewöhnt war. Das ließ sich eine Zeitlang machen, unter dem Drucke der ungeheuren Kriegsbegeisterung und dem Zwange der Disziplin, es rächte sich aber später bitter und war einer der Hauptgründe der Kriegsmüdigkeit. Die falsch behandelten Familienväter klagten ihre Not den Angehörigen, besonders ihr Empfinden als Mann wurde oft durch blutjunge Offiziere tief gekränkt, die Angehörigen verbreiteten den Unwillen in der Heimat, und das Heer der Frauen und Eltern wurde so langsam aber sicher dem Offizierkorps entfremdet. Die schon in Friedenszeiten bestehende Abneigung gegen die sich absondernde, privilegierte Kaste der Offizierkorps weitete sich zum Haß gegen dasselbe aus[19]). Die meiste Schuld an dieser Entwicklung trägt neben der falschen Behandlung der älteren Leute das Kasinoleben der Offiziere und die hirnverrückte Art der Schaffung des Nachwuchses, der Kriegsleutnants. Was die Offiziere an Ansehen durch ihr Leben und Treiben in den Feldkasinos verloren haben, ist von ihnen selbst wohl heute noch nicht begriffen worden.
Im ersten Jahre des Krieges war es eine Selbstverständlichkeit, daß die Herren das Beste aßen, und zwar in unbegrenzter Menge, sie betranken sich oft in einer Weise, daß Untergebene sich für sie schämen mußten. Besonders arg war dies bei den Kolonnen und in der Etappe. Es gab dort viele, viele Offiziere, die jahrelang überhaupt nichts zu tun hatten, als Freudenfeste zu feiern. Noch schlimmer auf die Stimmung der Soldaten aber wirkten die besagten Kriegsleutnants! Ein Soldatenrat hat einmal gesagt: Man hat uns gelehrt, daß wir den Marschallstab im Tornister tragen, aber als wir nachgesehen haben, waren es „Zeltstöcke"! Wenn aus diesen Zeltstöcken nur auch die Achselstücke des Leutnants geworden wären, hätte man sich viel Opferfreudigkeit und Ausdauer erhalten können. Man hielt sich aber starr an das Einjährigensystem, diese unglücklichste aller Einrichtungen des Heeres[20]). Tüchtige, fähige ältere Unteroffiziere konnten

[19]) An dieser Stelle des Manuskripts ist folgender Halbsatz gestrichen worden: „, führte zur Trennung von Vorgesetzten und Untergebenen."

[20]) Das Einjährigensystem war eine 1815 in der preußischen Armee eingeführte Einrichtung, die 1867 vom Norddeutschen Bund und dann 1871 vom Deutschen Reich übernommen wurde. Nach § 11 des Gesetzes betr. Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 9. 11. 1867 konnten „junge Leute von Bildung, die sich während ihrer Dienstzeit selbst bekleiden, ausrüsten und verpflegen", schon nach einjähriger Militärzeit zur Reserve beurlaubt werden. Sie konnten ferner „nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen zu Offizierstellen der Reserve und Landwehr vorgeschlagen werden". Den Einjährig-Freiwilligen stand außerdem die Wahl der Waffengattung und des Truppenteils frei.

nicht vorwärtskommen, während junge Burschen von 18 Jahren zu ihren Vorgesetzten befördert worden sind. Man hat auch nicht gewürdigt, daß unter den Millionen Soldaten Männer steckten, die sich durch Lebenserfahrung und Beruf mehr Geeignetheit zum Offizier erworben hatten als ein junger Mensch durch das Schuleinjährige. So kam es sehr häufig vor, daß der Lehrling der Vorgesetzte des Lehrherrn, der Gehilfe derjenige des Chefs oder Fabrikherrn war. Durch alle diese Fehler wurde systematisch die Freude am Kriege und der Wille zum deutschen Siege untergraben, ja häufig gerade das Gegenteil erzeugt. Einem aufmerksamen Beobachter mußte dies leicht auffallen[21]).

So war es denn leicht verständlich, daß am 9. November der erste Ansturm der revolutionären Soldaten sich gegen das Offizierkorps richtete und daß die Soldatenräte die Befehlsgewalt an sich nahmen. Als erstes Zeichen des Unwillens der Soldaten ist das Abreißen der vergötterten Achselstücke und die Abnahme des Degens zu ersehen. Im allgemeinen fügte sich das Offizierkorps in das Unvermeidliche. Es wurden hie und da Offiziere verhaftet, weil sie sich nicht von ihren Säbeln trennen konnten oder ihren inneren Empfindungen über den Ausbruch der Revolution zu freien Lauf ließen. Im allgemeinen rächten wir uns aber nicht an ihnen, wobei wir bezweifeln möchten, ob im umgekehrten Falle die Herren auch so loyal gehandelt hätten.

Durch Garnisonbefehle vom 15. November verlangten wir von allen Offizieren nachstehende Erklärung: „Aufgrund der vom Soldatenrat Ludwigsburg aufgestellten Richtlinien vom 14. November 1918 erkläre ich mich bereit, meinen Dienst weiter zu versehen, anerkenne die gegenwärtige Volksregierung und versichere ehrenwörtlich, nichts gegen die Macht des S.-Rats zu unternehmen, behalte mir aber meinen Austritt aus dem Heere vor.“ Diese Erklärung wurde von etwa 500 Offizieren der Garnison unterzeichnet.

Die Landesversammlung vom 17. November hatte allgemeine Wahlen der Vorgesetzten vom Feldwebel ab aufwärts beschlossen. Die Wahlen wurden in Ludwigsburg am 23. November vorgenommen. Gewählt wurden in der Mehrzahl Offiziere, aber auch viele Unteroffiziere und Soldaten. Für uns entstand dadurch eine große Arbeit der Vermittlung und des Ausgleiches. Mit der Demobilmachung ging unser Bestreben insbesondere dahin, alle Kriegsleutnants ohne jeden Anspruch sofort zu entlassen und von den älteren Offizieren möglichst diejenigen außer Dienst zu setzen, die über große Vermögen verfügten. Leider wurde dies nicht erreicht. In der Reichswehr sitzen Offiziere, die über ein großes Vermögen verfügen, während arme Teufel infolge mangelnder Beziehungen pensioniert worden sind. Noch heute versperren junge Kriegsleutnants älteren Unteroffizieren den Weg zum Aufstieg. Wir kontrollierten auch ständig den Gang der Entlassungen der Reserve- pp. Offiziere, von denen nicht wenige Lust trugen, bei der schönen Versorgungsstelle zu verbleiben. Die fortwährenden Beschwerden gegen Offiziere und dieser gegen einzelne Soldatenräte brachten für uns ein arbeitsreiches Feld der Vermittlung. Erwähnt sei hier, daß Hauptmann U[nger] vom Garnisonkommando die beiden Vorsitzenden des öfteren bat, sich von ihm fotografieren zu lassen, wohl um sie dem Verbrecheralbum des Offizierbundes einverleiben zu können. Es sei auch angeführt, daß täglich Offiziere kamen, die baten, ihnen eine Stelle zu vermitteln. Grafen und Freiherren fanden es nicht mehr unter ihrer Würde, Unteroffiziere zu bitten! Gar nicht wenige Herren scheuten trotz des Korpsgeistes nicht davor zurück, ihre Kameraden in ein schiefes und sich selbst in ein gutes Licht zu setzen, wenn es sich um die Vergebung irgendeines Postens handelte. Zusammenfassend können wir sagen, daß

---

[21]) An dieser Stelle des Manuskripts ist folgender Halbsatz gestrichen worden: „, doch die Augen und Ohren unserer Offiziere waren meist taub.“

etwa 10% der Offiziere sich offen, 20% nur ungerne und der Rest sich gar nicht der neuen Staatsgewalt zur Verfügung stellten.
Wir lernten wirklich nette Leute von bestem Charakter kennen, aber auch Offiziere, die trotz der veränderten Verhältnisse rein gar nichts von ihrem früheren Menschen abgeben konnten. Diese waren leider die Mehreren. Nicht unerwähnt soll eine Versammlung der Offiziere der Garnison am 20. Dezember 1918 sein. Reiner war dort anwesend und vertrat den Standpunkt des Garnisonrats gegenüber den vielen Klagen der Herren von früher. Zwei Vertreter des Generalkommandos rechtfertigten die Maßnahmen dieser Behörde. Und hier mußten wir erstaunend zum erstenmal die offene Auflehnung der Offiziere gegen ihre Vorgesetzten beobachten. Als Hauptmann K[rais] vom Generalkommando den Kommandierenden General von Ströbel verteidigte, trampelten die Herren Offiziere mit den Füßen und ließen den Redner gar nicht aussprechen. Sie verlangten unverhohlen den Rücktritt des Generals, der nach ihrer Meinung ihre Interessen nicht vertrete. Besonders Rittmeister Baron von ... tat sich dabei hervor. Wenn man die Wünsche dieser Herren anhörte, begriff man, daß sie auch durch die Revolution nichts lernen konnten!
Die verhaßten Kasinos wurden von uns am Revolutionstage aufgehoben. Am 16. Januar 1919 wurde ihr Betrieb unter nachstehenden Bedingungen wieder erlaubt:
1. Die Lebensmittel sind aufgrund der Marken zu beziehen.
2. Als Ordonnanzen und Köche dürfen keine Soldaten verwendet werden.
3. Für Benützung der Räume, soweit sie Staatseigentum sind, ist eine angemessene Entschädigung zu bezahlen, ebenso für Beleuchtung, Heizung, falls diese nicht aus eigenen Mitteln bestritten wird.
4. Aus der Garnisonschlächterei und dem Proviantamt dürfen keine Lebensmittel bezogen werden.
Im Laufe des Mai bis Juli 1919 wurden dann auch nach und nach alle Kasinos von ihren Eigentümern versteigert. Es verschwand eine Einrichtung, die viel Unheil angerichtet und nicht unwesentlich zum Verlust des Krieges, zum mindesten aber zum Sinken der Moral beigetragen hat.[22]) E. R[einer]

## Rückkehr des Feldheeres

Mit dem Abschluß des Waffenstillstandes, der schon ohne das Hinzutreten der Revolution notwendig geworden war, trat das Feldheer seinen Rückmarsch an. Tausende von Versprengten, besonders Urlauber und Deserteure, waren schon in den ersten Tagen der Revolution bei den Ersatztruppenteilen oder in ihrer Heimat eingetroffen. Auch viele kleinere Formationen, besonders Stäbe (meist der Etappe angehörend) waren lange vor dem Feldheer in der Garnison angelangt, nur noch die geschlossenen Regimenter waren zu erwarten. Über die Stimmung dieser Truppenteile, die zumeist geradlinig über den Rhein nach Norddeutschland marschiert waren und dort auf den Abtransport nach Württemberg warteten, verbreiteten sich die unglaublichsten Gerüchte. Die einen wußten, daß diese Truppen noch vollkommen königstreu, ihren Offizieren noch blindlings ergeben, und daß sie entschlossen seien, dem System der S.-Räte ein Ende zu bereiten. Andere behaupteten, das Feldheer hätte alle seine Offiziere davongejagt und sei in Auflösung begriffen. In Wahrheit rechneten die Gegner der Revolution mit geheimer Freude fest auf den noch königstreuen Sinn der Soldaten. Man konnte sehr häufig die Hoffnung aussprechen hören, daß die Feldregimenter ihren obersten Kriegsherren von Bebenhausen[23]) zurückholen werden. Viele dieser Gläubigen sahen schon die verhaßten S.-Räte an irgendeinem Baume hängen. Aber es kam anders.

---

[22]) Vgl. zum gleichen Thema Zentralrat, S. 202 ff.
[23]) Der württembergische König hatte noch am Abend des 9. 11. 1918 Stuttgart verlassen und sich auf sein Jagdschloß nach Bebenhausen zurückgezogen. Vgl. dazu auch Nr. 4 Anm. 8.

Für uns, die wir das Feldheer aus eigener Anschauung kannten, unterlag es gar keinem Zweifel, daß die Masse der zurückkommenden Soldaten die gleiche Stimmung gegen Krieg und Militarismus und dieselbe Erbitterung über ihre seitherigen verhaßten Führer mitbringen würden, wie sie bei uns vorhanden war. Wir waren uns allerdings bewußt, daß das Feldheer sich nicht so energisch von seinen Führern losgesagt haben werde, als dies in der Heimat der Fall war, denn hier waren hiefür die Vorbedingungen viel einfacher. Man stand in der Garnison an der Quelle der politischen Ereignisse, war über alles unterrichtet und hatte die Masse der Zivilisten als Mitkämpfer. Das Feldheer stand allein, seine Führer untergruben planmäßig seine Orientierung und belogen es über die wahren Verhältnisse in der Heimat.
So kam es vor, daß einzelne Truppenteile sich vornahmen, nach Ankunft in der Garnison die Herrschaft an sich zu nehmen, während sie, schon beim Einrücken durch Bekannte und durch eigene Wahrnehmungen über die wirkliche Lage der Dinge unterrichtet, sich sofort auf die Seite der S.-Räte stellten. Die Offiziere hatten ihren Leuten vorgemacht, die S.-Räte sperren planmäßig den Rücktransport des Heeres, weil sie sich vor ihm fürchten, die S.-Räte seien „Heimatsoldaten", junge Burschen, die noch keinen Schützengraben gesehen hätten. Selbstverständlich riefen solche Lügen Erbitterung bei den Feldsoldaten hervor, aber sie hätten höchstens die Wendung bringen können, daß andere S.-Räte, aber nicht ein anderes System gekommen wäre.
Eines der ersten Regimenter, das in Ludwigsburg einrückte, war das Dragonerregiment 25, unter Führung von Major L[andbeck]. Zufolge einer Vereinbarung mit der Stadtverwaltung erfolgte die offizielle Begrüßung der Truppen in der Weise, daß zuerst ein Vertreter der Stadt und dann für die Garnison der Vorsitzende des Garnisonrats die Truppen feierlich begrüßten. Die Stadt war auf unsere Anregung festlich geschmückt worden. Das Dragonerregiment hatte sich am Stuttgarter Tor gesammelt und wurde an der Garnisonkirche empfangen. Die Offiziere waren beritten, dagegen die Soldaten – weil als Infanteristen verwendet – zu Fuß. Wir hatten schon erfahren, daß sich die Mannschaften voll auf unsere Seite stellen und sich sehnen würden, von ihren Offizieren auf dem schnellsten Wege loszukommen[24]). Der Vorsitzende des Garn.-Rats hob in einer kurzen Ansprache den Gang der Ereignisse der letzten Tage hervor, schilderte die Schuld der alten Machthaber am Ausgang des Krieges und forderte die Soldaten auf, auf freiester Grundlage ein neues Haus helfen zu errichten, in dem es dem gesamten deutschen Volke ermöglicht sein werde, ohne Unterschied des Standes, der Person und des Geldsacks zu wohnen. Er führte aus, daß es der Wille des Ludwigsburger Garnisonrats sei, Ruhe und Ordnung zu halten und bat sie mitzuhelfen, daß das Land sich rasch von dem unglücklichen Kriege erholen könne.
Allgemeine Befriedigung spiegelte sich auf den Gesichtern der Truppen wider. Das waren doch nicht die Räuber und Drückeberger, als die sie von den Offizieren hingestellt worden waren! Abends gab die Stadt dem Regiment einen Bierabend in der Turnhalle. Nach der offiziellen Ansprache des Vertreters der Stadt und des Regiments-Kommandeurs richtete Reiner eine Aufforderung zur Mitarbeit am neuen Werke an die Soldaten, die begeistert aufgenommen wurde. Von allen Seiten wurde er gebeten, seine Hilfe zur Entfernung der unbeliebten Offiziere, besonders des Kommandeurs, zu geben.
Das Feldartillerieregiment 65 wurde in gleicher Weise feierlich empfangen, rückte aber sofort in seine in der Umgebung liegenden Unterkunftsorte ab. Ebenso geschah es einige Tage später beim Feldartillerieregiment 29, welches gleichfalls in der Nachbarschaft einquartiert wurde. Wir schickten sofort einige unserer S.-Räte in die Quartiere dieser Regimenter, mit dem Ergebnis, daß die Mannschaften sich restlos auf unsere Seite stellten. Sofort kamen die Vertrauensleute der Regimenter zu uns, um Aufschluß

[24]) Im Or. irrtümlicherweise: werden.

über die allgemeine Lage zu erhalten und um uns ihre verschiedensten Anliegen vorzutragen. Das Reserve-Feldartillerieregiment 54 weigerte sich, in Ludwigsburg einzuziehen, und zwar, weil es sich vom Garn.-Rat nicht begrüßen lassen wollte, wie der Kommandeur des Regiments, Frhr. v. H., unserem Vorsitzenden gegenüber, als er ihn als Garnisonältester zur Rede stellte, selbst zugegeben hat. Dieser Herr war Adjutant des früheren Königs, sein Adjutant ist der Erzieher der Söhne des früheren Herzogs Albrecht. Man kann sich denken, daß sie sich von einem Revolutionär nicht begrüßen lassen wollten. Sie erklärten der Öffentlichkeit zwar, die Mannschaft hätte das so beschlossen, was aber voll und ganz erlogen war, denn wir haben uns genau nach der Sache erkundigt. Es waren die Herren Offiziere, die so bestimmt hatten, bzw. in einigen Batterien hatte man den Leuten gesagt, wenn sie in Ludwigsburg einziehen, würden sie einige Tage später entlassen werden. Später haben die Leute sich bei uns darob bitter beschwert. In Württemberg sind ja die Zustände des Reserve-Feldartillerieregiments 54, besonders im Offizierkorps desselben – an der Spitze der langjährige Kommandeur Major K. –, zur Genüge und rühmlichst bekannt, so daß wir uns hier ersparen können, auf sie näher einzugehen. Dem Ansehen des Ludwigsburger Garnisonrats hat es auf alle Fälle nichts geschadet, wenn das Reserve-Feldartillerieregiment 54 nicht hier, sondern sofort in die Quartiere der Umgebung eingezogen ist.
Mit großer Spannung erwartete man das Infanterieregiment 121. Von ihm erhofften nämlich doch noch viele unseren Sturz. Allein auch hier kam es anders. Als Reiner auf dem Marktplatz zu dem im Viereck aufgestellten Regiment sprechen wollte, wurde er zwar von einigen, nicht dem Feldregiment angehörigen Offizieren und besonders von einem Zivilisten in unflätigster Weise planmäßig belästigt. Allein er fand die rechten Worte, führte aus, daß die Regierung in Stuttgart zur Zeit besonders auf die vernünftige Haltung der Garnison Ludwigsburg sich stütze und errang sich mit seiner Ansprache sofort das Vertrauen des Regiments.
Das Ulanenregiment 20 zog schwadronsweise hier ein und konnte daher nicht festlich begrüßt werden. Wir hatten auf den Kasernen die rote Fahne gehißt. Der Kommandeur des Ulanenregiments konnte sich es nun nicht nehmen lassen, die auf der Ulanenkaserne gehißte Fahne eigenhändig herunterzuholen. Wir schickten ein Kommando zur Kaserne, das die Fahne unter Trommelwirbel wieder aufzog und dem Herrn Kommandeur erklärte, daß es das nächste Mal seine Freiheit koste.
So standen trotz aller Befürchtungen auch am Einzug die Feldtruppen restlos auf unserer Seite. Ihre erste Arbeit war meistens die, daß sie ihre unbeliebten Vorgesetzten entfernten. Es war auch vorauszusehen, denn das Offizierkorps des Feldes war weniger gehaßt als dasjenige der Heimat, und die Leute des Feldheeres begrüßten den raschen Ausgang des Krieges mehr, als die zu Hause waren[25]). E. Sch[uler]

### Der Abtransport der Kriegsgefangenen[26])

Mit dem Ausbruch der Revolution wurden die Gefangenen in Deutschland als freie Menschen behandelt. Sie verblieben zwar zunächst in ihren Lagern oder bei den Bauern auf dem Lande. Von den in den Gefangenenlagern Eglosheim und Hohenasperg untergebrachten ca. 5000 Franzosen und Russen traten sofort nach dem 9. November

[25]) An dieser Stelle des maschinenschriftlichen Manuskripts ist folgende Passage gestrichen: „Man kann von der Verfassung des zurückkehrenden Feldheeres sagen, daß sie im allgemeinen noch gut war, daß man mit der Truppe hätte noch etwas unternehmen können, daß aber die Truppen das Zutrauen zu den meisten der Führer verloren hatten. Der Zwang, der die Autorität der Kriegsleutnants noch geschützt hatte, war verflogen und damit auch deren Einfluß auf die Soldaten."

[26]) Die erste Passage dieses Abschnitts ist im maschinenschriftlichen Manuskript gestrichen. Sie hatte folgenden Wortlaut: „Vom Jahre 1916 an wurde das Völkerrecht von beiden kriegführenden Parteien immer weniger geachtet. Frankreich schickte seine Gefangene in tropische

zahlreiche Gefangene an uns mit der Bitte heran, ihre Heimbeförderung schnellstens bewerkstelligen zu wollen. Dieser Bitte kamen wir um so gerner[27]) nach, als für uns die Lebensmittelfrage in den ersten Revolutionstagen eine große Sorge gewesen ist. Die Bevölkerung verlangte ebenfalls die Absendung der Gefangenen, um für sie mehr Lebensmittel zur Verfügung stellen zu können. Nach Rücksprache mit der Eisenbahnverkehrsdirektion wurden von uns denn auch täglich 50 bis 70 Franzosen mit Ausweisen versehen wegggeschickt[28]).

Nachdem ungefähr 10 Tage lang auf diese Weise etwa 500 Gefangene abbefördert waren, kam vom Generalkommando der Befehl, diese Art der Abbeförderung einzustellen, denn einerseits verlange dies die Entente, andererseits bedürfen wir selbst der Waggons zum Rückmarsch des Heeres. Die Entente hatte Angst vor der eventuellen revolutionären Gesinnung ihrer Landsleute. Die Gefangenen gaben sich aber damit nicht zufrieden; sie waren kaum mehr im Lager zurückzuhalten. In der Stadt wurden sie zur Plage, so daß Patrouillen gehen mußten. Die Russen stahlen im Lager alles, was nicht fest war und verkauften es in der Stadt oder in den umliegenden Ortschaften. Auch im Lager selbst verweigerten die Gefangenen teilweise den Gehorsam.

Mehrere Verhandlungen unseres Vorsitzenden mit dem Kriegsministerium wegen des Abtransportes der Gefangenen führten zu keinem Erfolg. Wir gingen nunmehr selbständig vor. Reiner schlug den Franzosen (es waren ihrer noch etwa 2000) vor, zu Fuß über den Schwarzwald in täglichen Kolonnen von etwa 120 Mann Stärke nach dem Elsaß zu marschieren. Die Franzosen waren damit völlig einverstanden. Ein Teil blieb freiwillig bei ihren Kranken zurück. Diesen Kolonnen gaben wir je einen Dolmetscher, einen Radfahrer, 3 Berittene und einen Gepäckwagen mit. Die Begleiter hatten unterwegs für Unterkunft zu sorgen. Es war zwar ein gefährliches Unternehmen in Anbetracht des Umstandes, daß unser Heer in Massen über den Schwarzwald zurückkam, doch es ging alles gut. Die Franzosen übernachteten meist in Scheunen kleinerer Ortschaften, die von den Schwarzwaldbauern gerne zur Verfügung gestellt worden sind. Die Kosten des Abschubes haben die Franzosen selbst getragen. Nun machten aber die im Lager verbliebenen etwa 300 Russen immer mehr Schwierigkeiten. Sie rissen meist einzeln aus, bis schließlich der Befehl kam, sie vom ganzen Unterlande zu sammeln und nach Ulm zu überführen.

Von vielen Seiten wurde von uns verlangt, daß wir unter den Kriegsgefangenen revolutionäre Propaganda treiben sollen. Ein Teil der Gefangenen trat selbst an uns heran mit dem Ersuchen, ihnen insbesondere revolutionäre Literatur in ihrer Muttersprache zugänglich zu machen. Kriegsgefangene Italiener übergaben uns ein in italienischer Sprache abgefaßtes Flugblatt mit der Bitte, es zu vervielfältigen und ihnen zur Verbreitung unter ihre Landsleute zu überlassen. Der Garnisonrat wollte die Verantwortung dafür nicht übernehmen und wandte sich dieserhalb an den Kriegsminister und den Landesausschuß der S.-Räte Württembergs, worauf ihm folgender Bescheid zuging:

Stuttgart, den 18. Dezember 1918.

Das von Ihnen an den Leiter des Kriegswesens gesandte Flugblatt an die Italiener lag gestern der Sitzung des Landesausschusses vor. In dieser Sitzung, der der Kriegsminister beiwohnte, wurde folgendes beschlossen:

---

Gegenden, wo sie unter Malaria und Sumpffieber zu Tausenden zugrunde gingen, Deutschland antwortete mit Gegenmaßregeln und schickte die französischen Gefangenen in die Rokitnosümpfe und in den Bielowister Urwald. Daß aber Gefangene in der Gefechtszone Verwendung fänden, hätte zu Beginn des Krieges niemand erwartet. Leider haben beide Parteien Hunderttausende von Gefangenen in der Front verwendet, und viele derselben, die glaubten, dem todbringenden Geschoß entronnen zu sein, mußten hier durch feindliches Feuer zugrunde gehen."

[27]) Umgangssprachlich für: lieber.

[28]) An dieser Stelle des Manuskripts ist folgender Satz gestrichen: „Wir gaben ihnen sozialistisches Revolutionsmaterial mit auf den Weg."

Das Flugblatt bedeutet eine Agitation unter den Italienern, die den Ententemachthabern leicht Gelegenheit geben kann, uns der Verhetzung ihrer Völker zu bezichtigen, und sie zu Maßnahmen veranlassen, die [unserer,] der äußeren Ruhe dringend bedürftigen inneren Entwicklung, schaden könne. Es ist deshalb nur ein Akt der Vernunft, wenn wir jetzt auf eine solche Agitation unter den Angehörigen der Ententestaaten verzichten. Es soll ihnen deshalb mitgeteilt werden, daß der Landesausschuß und mit ihm der Kriegsminister nicht nur zu einer offiziellen Verteilung des Flugblattes sein Einverständnis nicht geben kann, sondern daß er überhaupt eine Verteilung dieses Flugblatts in den Gefangenenlagern für eine Unklugheit hält, die nach Möglichkeit zu verhindern sei.

Landesausschuß d. S.-Räte Württembergs
gez. Gruhnert.

Die Mehrheit des Garn.-Rats lehnte dann auch jede revolutionäre Propaganda unter den Kriegsgefangenen ab. Was in unseren Kräften stand, haben wir jedoch getan, um den raschen Heimtransport der Kriegsgefangenen zu fördern. G. Sp[eidel]

## Demobilmachung des Heeres

Durch die Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrags mußte das linksrheinische Gebiet in kürzester Frist geräumt werden. Die für die Demobilmachung bereitliegenden Pläne konnten nicht gebraucht werden. Da die Soldatenräte in militärischen Dingen um jene Zeit bestimmend waren, fiel ihnen daher durch die Demobilmachung eine übergroße Aufgabe zu. Es war wegen der vorhandenen Hungergefahr alles aufzubieten, daß ein Überfluten Württembergs von besonders aus dem Elsaß zurückströmenden Truppen verhindert werde. Zuerst kamen die überfüllten Leichtkrankenzüge, von denen sehr viele in Ludwigsburg ausgeladen wurden. Dann folgte die Etappe, und hinter ihr her kamen zahllose kleine selbständige Formationen. Vom Feldheer kamen zuerst die Kraftfahrkolonnen, die Motor- und Flakbatterien und ein Teil des Trains. Kurz vor Weihnachten trafen in Ludwigsburg die 26. Infanteriedivision, die 54. Reservedivision, die 204. Infanteriedivision und der Rest des Trains ein. Das Feldartillerieregiment 65 war schon etwas früher zurückgekehrt, weil es im Felde Heeresreserve war. Eine schwierige Aufgabe war, die Truppenteile in der vollbelegten Garnison und in der Umgebung unterzubringen. Es ist zu Eingang der Schrift schon geschildert, unter welch schwierigen Verhältnissen wir den in der Garnison nötigen Arbeitsdienst aufrechterhalten mußten. Die Demobilmachung hatte sich nach diesem Dienst zu richten, und wir mußten wochenlang beinahe täglich zum Kriegsministerium und Generalkommando fahren, um dort bestimmte Verfügungen zu erwirken oder aber bereits erlassene und für uns nicht anwendbare Befehle rückgängig zu machen. Die Entlassung der Leute konnte hier nicht gleichen Schrittes mit anderen Garnisonen gehen, einmal wegen der vielen zu verpflegenden Pferde, zum anderen wegen der Unzahl von Heeresgütern. Auf drängendes Ersuchen erhielten wir nach langen Wochen der Verhandlungen von anderen Garnisonen des Landes Mannschaften jüngerer Jahrgänge überwiesen.

Mit der Entlassungsfrage entstand für uns eine andere, viel Arbeit bringende Frage in der Verabfolgung von Entlassungsanzügen. Nachdem vom Landesausschuß gleich nach dem 9. November der Befehl ausgegeben war, daß alle zur Entlassung kommenden Soldaten einen Marschanzug erhalten sollen, fanden wir bald heraus, daß auf diese Art die vorhandenen Bestände bald aufgebraucht sein würden. Wir stellten daher sofort den Antrag, nur Leute mit mindestens einjähriger Dienstzeit den Entlassungsanzug auszuhändigen, leider ohne Erfolg. Hätte man diesen von uns gewünschten Befehl sofort erlassen, wäre viel Hader unter den hunderttausenden Soldaten erspart geblieben, die vor dem 9. November 1918 aus dem Heeresdienste entlassen worden sind. Man wäre imstande gewesen, nachher allen Militärpersonen einen Anzug zu geben, die etwa zwei Jahre Soldat waren. Auf unsere Veranlassung hin hatte das Kriegsministerium auch erlaubt, entlassenen Soldaten gegen Bezahlung ein zweites Paar Schuhe oder Stiefel zu verabfolgen. Da aber mit dieser Vergünstigung Mißbrauch getrieben wurde, mußte sie schon wieder am 23. November aufgehoben werden.

Es kann im Rahmen dieser Darstellung nicht geschildert werden, welch Unsumme von Arbeit allein die Frage des Entlassungsanzugs uns gebracht hat. In den ersten Wochen waren es Hunderte von Soldaten, die uns täglich in dieser Angelegenheit aufsuchten, und noch bis in die letzten Tage der Existenz des Soldatenrats hinein hielten die Anfragen und Beschwerden von Entlassenen und zur Entlassung Kommenden an.
So schwierig [wie] die Bekleidungsfrage, so brennend war auch die Frage der Entlöhnung der Heeresangehörigen. Sofort nach dem 9. November wurde allgemein die Forderung einer besseren Entlohnung der Soldaten erhoben. Für 53 Pf. im Tag Soldaten zur Arbeitsleistung zu bekommen, war ganz unmöglich. Wir mußten daher allen zur Arbeitsleistung herangezogenen und zum Wachtdienst kommandierten Soldaten auf eigene Faust eine tägliche Zulage von 3 Mark schon am 16. November bewilligen, um uns nur die unbedingt nötigen Kräfte zu sichern. Das Kriegsministerum konnte unsere Notlage lange nicht verstehen, bewilligte dann aber mit Verfügung vom 28. November 1918 im allgemeinen die Arbeitszulagen und setzte uns so in den Stand, einerseits die Mannschaften zu befriedigen und andererseits die dringende Arbeit vollbringen zu können. Am 30. April 1919 mußte auch der letzte Mann des alten Heeres entlassen sein. Die aktiven Unteroffiziere wurden in Lehrkompanien zusammengefaßt, die bei den Auflösungsstäben notwendigen Schreiber auf Privatvertrag angestellt. Die Kriegsbeschädigten, deren Rentenverfahren noch schwebte, wurden in Genesenenkompanien zusammengefaßt, die am 30. Juli aufgelöst worden sind. Am 25. Juli 1919 erfolgte die Demobilisation der Sicherheitstruppen, da an ihre Stelle die Reichswehr trat.
Hand in Hand mit der militärischen Demobilisation mußte notgedrungen auch die wirtschaftliche erfolgen. Schon im Dezember 1918 wurde ein sogenannter Demobilmachungsausschuß gebildet, der aus Vertretern der Stadtverwaltung und anderer hiesiger Behörden bestand, und in welchen wir Speidel entsandten. Die Aufgabe dieses Ausschusses bestand hauptsächlich in der Schaffung von Arbeitsgelegenheit, in erster Linie für Angehörige des kaufmännischen Berufes. Die Sätze für die Erwerbslosenfürsorge wurden von diesem Ausschuß festgelegt.
Im ganzen wurden in Ludwigsburg und Umgebung unter unserer Mitarbeit etwa 70000 bis 80000 Heeresangehörige demobilisiert. Wir waren bemüht, diese Arbeit im Einvernehmen mit den Truppenkommandeuren zu erledigen. Im großen und ganzen ist uns dies gelungen. Wenn Reibereien entstanden sind, so war daran weniger das Rätesystem schuld als die verworrene Sachlage der damaligen Zeit. G. Sp[eidel]

## Die Demobilmachung der Heerespferde

Wie Ludwigsburg mit Heeresgut und Mannschaften überschwemmt wurde, so auch mit Pferden. Die nach hier zurückkehrenden Truppen waren meist bespannt oder beritten. Schon vor der Rückkehr des Heeres waren Stallungen und Reithäuser übervoll mit Pferden. Zwar wurde mit der Versteigerung bald nach dem 9. November begonnen, aber der tägliche Zuwachs war derart groß, daß die Unterbringung kaum mehr möglich und die Übersicht eine schlechte war. Dies benützten Diebe und Schieber dazu, wertvolle Pferde des Heeres gegen eigene verbrauchte oder kranke umzutauschen oder ganz zu stehlen. Es mögen in Ludwigsburg in den ersten Monaten etwa 50 Pferde gestohlen und 100 vertauscht worden sein. Vielen Tätern kam man zwar auf die Spur. Da das Pferdedepot unmöglich alle zum Verkauf bereitstehenden Pferde versteigern konnte, wurden den Feldtruppenteilen erlaubt, ihre Pferde selbst zu verkaufen. Mit diesem Recht wurde leider Mißbrauch getrieben. Es war bestimmt, daß jeweils ein Offizier des Ersatztruppenteils der Versteigerung anwohnen sollte, doch haben die Feldtruppenteile diesen selten abgewartet und dann ihre Pferde zu allen Preisen verkauft. Bei der zweiten Abteilung [des] Reserve-Feldartillerieregiments 54 betrug z. B. der Durch-

schnittserlös für 1 Pferd etwa 200 Mark. Ein ungeheurer privater Pferdehandel blühte auf. Dem Garnisonrat war es unmöglich, ihn zu bekämpfen.
Zur Pflege und Fütterung der Pferde standen nicht genügend Leute zur Verfügung, insofern alles zur Entlassung drängte. Es kam vor, daß einrückende Kolonnen oder Bagagen bei Nacht ihre Pferde in den Hof des Depots oder in irgendeinen Kasernenhof hineintrieben und wieder verschwanden, die Tiere ihrem Schicksal überlassend, wodurch natürlich der Betrügerei Tür und Tor geöffnet war. Bei den Versteigerungen war der Andrang ein sehr großer. Die Preise blieben lange verhältnismäßig nieder, weil die Käufer immer auf bessere Pferde warteten und meist schwere Pferde verlangt worden sind. Der Betrieb des großen Pferdedepots selbst war nur schwer aufrechtzuerhalten, da Pferdepfleger fast nicht zu bekommen waren. Welche Maßnahmen später noch ergriffen werden mußten, zeigt folgende Verfügung des Kriegsministeriums vom 7. März 1919:

Das Kriegsministerium gestattet zunächst den berittenen Truppenteilen, Pferdelazaretten und Pferdedepots, bei den Arbeitsämtern und Arbeitsnachweisen Arbeitslose unter nachstehenden Bedingungen anzustellen:
1. Der Anzustellende muß im Heeresdienst gestanden haben. Kriegsbeschädigte, soweit sie nicht in der Ausübung der Pferdepflege behindert sind, haben das erste Recht auf Anstellung.
2. Anstellungen dürfen nur durch den Truppenkommandeur im Einvernehmen mit seinem Soldatenrat vorgenommen werden.
3. Bei jedem Truppenteil, der Arbeitslose zur Pferdepflege einstellt, ist ein Offizier oder Veterinär zu bestimmen, der dafür verantwortlich ist, daß nur solche Leute eingestellt werden, welche für die Pferdepflege durchaus geeignet sind und daß die Zahl der zur Anstellung gelangenden Leute sich in Grenzen des Notwendigen hält.
4. Der Truppenteil ist berechtigt, an jeden Angestellten einen Arbeitsanzug, bestehend aus Feldmütze, Drillichanzug, Halsbinde, Schuhe oder Stiefel zur Versehung seines Dienstes zu überlassen. Die Stücke müssen bei der Entlassung zurückgegeben werden.

Zum Schlusse möchten wir nicht verfehlen, unserer früheren Auffassung Ausdruck zu geben, die dahin geht, daß man gleich nach der Revolution allen Depots und Truppenteilen die Erlaubnis zum Ausleihen von Pferden in unbeschränkter Zahl ohne Entschädigung hätte geben sollen. Das Reich hätte dann nachher Zeit genügend gehabt, die Pferdepreise in ein richtiges Verhältnis zum Werte der Pferde zu bringen und sich Millionen zu ersparen. E. R[einer]

## Disziplinarstraf- und Militärgerichtswesen

Als am Abend des 9. November die Soldaten durch die Straßen Ludwigsburgs zogen, war die Befreiung der Militärarrestanten ihr erstes Werk. Die Militärgerichtsbarkeit war im deutschen Heere so verhaßt, daß man es für selbstverständlich hielt, die Urteile der Kriegsgerichte, die durchaus hart und oft schrecklich waren, aufzuheben. In den nächsten Tagen wurden auch die im Zuchthaus untergebrachten politisch[en] Gefangenen befreit. Es waren Elsässer und Marinesoldaten, die wegen Verteilung von Flugblättern verurteilt worden waren.
Mit der Übernahme der Staatsgewalt durch die Volksbeauftragten kam am 21. November eine allgemeine Amnestie, die sich erstreckte auf alle bis dahin verhängten Disziplinarstrafen und auf militärgerichtlich erkannte Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus, Gefängnis oder Festungshaft. Auch wurden alle bis dahin eingeleiteten militärgerichtlichen Verfahren niedergeschlagen[29]).

[29]) Eine allgemeine Amnestie hatte der Rat der Volksbeauftragten bereits in seinem Aufruf vom 12. 11. 1918 verkündet (abgedruckt in: Regierung der Volksbeauftragten I, S. 37). Einzelne Amnestieverordnungen erließ das Reich am 3. 12. 1918 (vgl. Reichs-Gesetzblatt 1918, S. 1393), am 7. 12. 1918 (ebd., S. 1415) und am 13. 1. 1919 (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 30, 95). In Württemberg wurde am 19. 11. 1918 eine allgemeine militärische Amnestie verkündet, wodurch alle wegen militärischer Verbrechen oder Vergehen militärgerichtlich verhängten Strafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus, Gefängnis oder Festungshaft erlassen wurden (vgl. Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 3 und S. 31; Blos, Monarchie I, S. 43).

Am 13. November veröffentlichten wir die im Abschnitt 2 „Konstituierung des Garnisonrats" angeführten Richtlinien für das Strafwesen, auf welche wir hier Bezug nehmen und welche in der Hauptsache in das spätere Organisationsstatut der Soldatenräte Württembergs, das die Landesversammlung am 11. Dezember beschloß[18]), übernommen worden sind.

Am 14. Januar 1919 veranlaßten wir folgenden Garnisonbefehl:

Bei einigen Truppenteilen werden die Adjutanten mit den Geschäften der Gerichtsoffiziere betraut. Dies führt bei den zur Zeit anfallenden vielen Gerichtssachen zu Unzuträglichkeiten. Es wird empfohlen, vorläufig für jedes Bataillon und jede Abteilung einen Gerichtsoffizier, möglichst im Hauptamt, zu bestellen. Die Truppenkommandeure haben dafür zu sorgen, daß alle Untersuchungen möglichst beschleunigt und damit unnötiges Zurückhalten in Untersuchungshaft vermieden werden. Ich weise darauf hin, daß sogenannte Mundraubdiebstähle, wenn ein Strafantrag nicht gestellt ist, als Verstöße gegen die Ordnung anzusehen und dann disziplinarisch zu bestrafen sind. Beschwerden gegen eine vom Kompanieführer im Einverständnis mit dem Kompanierat verhängte Strafe sind in der Beschwerdeinstanz nicht vom Bataillonsrat, sondern vom Bataillons-Kommandeur im Einverständnis mit dem Bataillonsrat zu erledigen. Bei allen Disziplinarstrafen mit Ausnahme des Mittelarrestes ist nur eine Beschwerdeinstanz möglich. Bei Strafen bis zu 14 Tagen Mittelarrest ist die höchste Instanz der Ausschuß des Garnisonrates, darüber Hinaus der Landesausschuß.

Der Garnisonrat hatte die ihm zustehende Entscheidung in der Beschwerdeinstanz dem Ausschuß übertragen. Täglich waren hier Entscheidungen zu treffen. Nachdem wir anfänglich die einzelnen Fälle möglichst milde beurteilt und nur selten Arreststrafen verhängt hatten, wurden wir angesichts der abnehmenden Moral, der sich ungeheuer häufenden Diebstähle an Heeresgut gezwungen, die von den Truppenteilen ausgesprochenen Strafen oft sogar zu erhöhen. In vielen Fällen wurde die Strafe von uns aber auch aufgehoben oder wesentlich ermäßigt. Wir waren bemüht, den veränderten Zeitverhältnissen, besonders aber der allgemein im Volke gesunkenen Moral mit gesundem Menschenverstand Rechnung zu tragen. Geldstrafen wirkten in der Regel besser als Arrest, ebenso Ausgangs- oder Urlaubsentzug.

Anfang Dezember kam dann die längst erwartete Neuregelung der Militärgerichtsbarkeit. Sie brachte die Neuerung, daß die Richter bei den Kriegsgerichten von den Vertrauensleuten der Soldaten zu wählen waren. Der Garnisonrat wählte zum hiesigen Kriegsgericht aus seiner Mitte 6 ständige und 6 unständige Richter. Als Richter hatten wir Gelegenheit, in die gesunkene Moral der Garnison Einblick zu bekommen und dann wieder diese Kenntnisse in unseren Befehlen und Anordnungen zu verwerten. Am meisten stießen wir uns an den im Militärstrafgesetzbuch vorgesehenen Mindeststrafen. Für jeden erschwerten Diebstahl sind dort Gefängnisstrafen von mindestens 3 Monaten angesetzt. Solche Diebstähle (Einbrüche in Kammern, Kästen, Reithäusern, Stallungen, ja sogar nur Kasernenhöfe) waren aber in den ersten Monaten der Revolution an der Tagesordnung. Selbst die Militärrichter mußten immer wieder zugeben, daß in sehr vielen Fällen die Mindeststrafe viel zu hoch bemessen sei. Wir wandten uns daher an den Landesausschuß mit dem Antrag, dafür zu sorgen, daß die Mindeststrafen aufgehoben werden. Auch auf der zweiten Landesversammlung vertrat Reiner diese Sache energisch[18]). Es wurde demgemäß auch ein Antrag an die Regierung beschlossen. Leider sind die Mindeststrafen aber heute noch nicht aufgehoben. Unterstaatssekretär Hitzler schrieb uns, die Militärstrafgesetzgebung sei ausschließlich Sache des Reiches, „daran sei auch durch die Revolution nichts geändert worden".

Ende Juni 1919 ging der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit zu. Das hiesige Kriegsgericht übersandte uns ein Flugblatt des Generalkommandos des Landwehrkorps (Reichswehrbrigade 18/III) Nr. 276 vom 17. Juli 1919, das gegen die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit protestiert, mit dem Anfügen zu, uns diesem Protest anzuschließen. In dem Flugblatt hatten sich auch 6 Vertrauensleute des genannten Korps dem Protest angeschlossen. Wir haben in die-

ser Sache selbstverständlich nichts unternommen, denn wir halten die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit für richtig. Aber man kann aus dem Vorgehen der Vertrauensleute des Landwehrkorps ersehen, wieweit schon wieder der Einfluß der Offiziere im Heere gediehen ist und wie sie schon wieder erreicht haben, den Willen dienerhafter Vertrauensleute ihren Interessen dienstbar zu machen. G. Sp[eidel]

### Bekleidungsamt

Eine ernste Sorge gleich nach Revolutionsausbruch war für uns die geordnete und gesicherte Weiterführung des Betriebs der militärischen Ämter, insbesondere des Bekleidungsamts. Diese Angelegenheit war Gegenstand sehr ernster Beratungen mit dem Garnisonältesten, Generalmajor v. Gleich. Zunächst wurde folgender Befehl an das Kriegsbekleidungsamt gerichtet:

Beschluß vom 12. November 1918 Ludwigsburg, den 12. November 1918.
Dem Bekleidungsamt
Sämtliche Fragen des Bekleidungsamts über Organisation, des Personals und wirtschaftliche Angelegenheiten sind vom Bekleidungsamt im Einvernehmen mit Soldatenrat und Garnisonkommando bis auf weiteres zu regeln.
Der Dienstweg ist vom Bekleidungsamt über Garnisonkommando zum Soldatenrat.
gez. Reiner gez. v. Gleich
Vorsitzender d. Garn.-Rats. Gen.-Major und Garn.-Ältester.

Am gleichen Tage hatten wir noch eine Besprechung mit den Vertretern des Bekleidungsamts. Dort wurde vereinbart, daß der Betrieb nicht eingestellt, sondern zu einem Zivilbetrieb umgestaltet werden solle. Wir waren der Meinung, daß hier die Gelegenheit gegeben sei, sofort mit der praktischen Sozialisierung einzusetzen. Wir traten auch an das Kriegs- und Arbeitsministerium heran und wiesen darauf hin. Aber schon die Besprechungen mit den Vertretern der Ministerien zeigte uns, daß man hier von Sozialismus nichts wissen wollte. Es war der unverfälschte kapitalistische Geist, der uns insbesondere aus den maßgebenden Stellen des Arbeitsministeriums entgegenwehte. So kam es, daß man, anstatt die riesigen Rohstoffvorräte zum Grundstock einer großzügigen sozialistischen Wirtschaftsorganisation zu machen, sie durch Vermittlung des Großhandels zur Verteilung brachte. Wohl versuchten wir dem entgegenzuarbeiten, indem wir die Abgabe der Rohstoffe zeitweilig sperrten; gegen die Unwilligkeit, Untätigkeit und die Sabotage des sozialistischen Gedankens durch die Regierungsstellen waren wir jedoch machtlos. Ein wahrer Sturm von Regierungserlassen brach gegen uns los; von der flehentlichen Bitte, ja der Regierungsweisheit zu vertrauen, die alles zum besten lenken würde, bis zum strikten Verbot der Einmischung in derartige wirtschaftliche Fragen. Sogar Reichsstellen wurden gegen uns mobil gemacht. Am 3. Dezember 1918 erhielten wir nachstehendes Telegramm:

SS. Berlin Kra. 41 3/12 7.
Arbeiter und Soldatenrat Ludwigsburg.
1.109/18 d.r.a. Liebe Kameraden!
Wir erfahren von Eurem Protest gegen Lederverteilung durch Kriegsgesellschaften. Wir bitten Euch, Lederverteilung der Reichsstelle für Schuhversorgung und anderen Reichsstellen zu überlassen, durch die geregelte Versorgung auch aller Kleinbetriebe gewährleistet ist. Drahtantwort erbeten.
dr. Löwe. Beauftragter des Vollzugsrats des Arbeiter- und Sold.-Rats beim Demob.-Amt Nr.1 109/18 dr.

Schließlich mußten wir nachgeben. Es wurde von uns jedoch noch wiederholt versucht, auf die Regierung einzuwirken. Am 4. Dezember 1918 brachte Schuler die Angelegenheit in einer Garnisonrats-Sitzung zur Sprache und legte nachfolgende Entschließung vor, die einstimmig angenommen wurde.

Die am 4. Dezember 1918 tagende Versammlung der S.-Räte der Garnison Ludwigsburg kann sich mit den Plänen des Demobilmachungsamts und des Arbeitsministeriums, die Betriebe des Kriegsbekleidungsamts und des Kriegsbekleidungsinstandsetzungsamts allmählich aufzulösen

und die dort vorhandenen Rohstoffe an Tuchen, Leder, Altmaterial und dergl. ganz an die Industriellen abzugeben, nicht einverstanden erklären.
Sie ist der Ansicht, daß in beiden Betrieben alle Voraussetzungen zur Durchführung einer planmäßigen Sozialisierung gegeben sind.
Durch sofortigen großzügigen Ausbau dieser Betriebe zu großen nationalen Bekleidungsfabriken wäre auch die Möglichkeit gegeben, dringende volkswirtschaftliche Bedürfnisse, deren Befriedigung ein dringendes Gebot der Stunde darstellen, zu befriedigen, nämlich:
1. Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.
2. Rasche Beschaffung der dringend benötigten Bekleidung für die Volksmassen.
Die Versammlung fordert daher die provisorische Regierung auf, das Arbeitsministerium mit der sofortigen Ausarbeitung der entsprechenden Pläne zu beauftragen.

Auch das hat nichts gefruchtet. So kam es denn, daß die Entwicklung des Bekleidungsamts den umgekehrten Weg ging. Es wurde nach und nach abgebaut und geht allmählich seiner völligen Auflösung entgegen.
Bei der am 12. November 1918 stattgehabten Besprechung wurde auch zur Sprache gebracht, daß bei dem Verkauf von Bekleidungsstücken an Offiziere große Mißstände herrschen. Es wurde festgestellt, daß diese Sachen an die Offiziere zu lächerlich geringen Preisen abgegeben wurden, während die übrige Bevölkerung, auf die Privatgeschäfte angewiesen, fast nichts und nur zu fabelhaft hohen Preisen erhalten konnte. Wir haben daher die Verkaufsstelle für Offiziersbekleidung sofort geschlossen und die zuständigen Regierungsstellen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Offiziere sich der Bezugscheine, wie sie für die übrige Bevölkerung vorgesehen, bedienen müssen.
In den ersten Tagen der Revolution mußten wir auch wiederholt regulierend bei der Abgabe von Bekleidungsstücken an die Truppenteile eingreifen, die natürlich einen großen plötzlichen Bedarf wegen der sofort einsetzenden Entlassungen hatten, und die zuständigen Dienststellen anfänglich versagten.
Wir waren auch gezwungen, in den ersten Revolutionstagen zu unserem eigenen Schutz und zum Schutz der Revolution an anderen Orten aus dem Artilleriedepot Waffen zu beziehen. Für diese selbstverständlichen Maßnahmen suchte man uns dann hinterher zur Rechenschaft zu ziehen. Schon in den letzten Tagen des November erhielten wir die Abschrift von nachstehendem Schreiben übermittelt:

Württ. Kriegsministerium. Stuttgart, den 23. November 1919
Nr. 41529 K. 18 W.K. 1
Dem stv. Gen.-Kdo. Hier.
Die Soldatenräte haben ebenso wie die Truppenteile pp. ihre durchaus notwendigen Ausrüstungsstücke und Verbrauchsstoffe sowie das benötigte Feldgerät schriftlich mit Begründung beim Kriegsministerium zu beantragen.
Alle Behörden usw. dürfen diese Gegenstände nur nach Anweisung des Kriegsministeriums abgeben. Die widerrechtlich von Soldatenräten erhobenen Stücke oder Verbrauchsstoffe sind unverzüglich an die in Betracht kommenden Stellen wieder zurückzugeben.
Das Recht, eigenmächtig über die Bestände von Behörden zu verfügen, steht den Soldatenräten nicht zu. gez. Fischer.
W.K. Der Ad. und Td. D. Hier.
zu dortg. Anfrage Nr. 34285 K. 18 A.T.D. vom 16. November 1918 zur Kenntnis übersandt. Um weitere Veranlassung wird ersucht. gez. v. Tognarelli.
Ad. und Td. D. Nr. 35465 K. 19 ATD. Vi. Stuttgart, den 28. November 1918.
Dem Ad. Ludwigsburg.
Nr. 29436 K. 18 I.
Eventl. an Soldatenräte widerrechtlich abgegebene Gegenstände sind sofort zurückzuziehen.
gez. Graf v. Reischach.

Auf diese Weise suchte man mehr und mehr den Einfluß der Soldatenräte einzudämmen. Ende Februar 1919 kam sogar ein verschrobener Bürokrat auf den Einfall, uns zuzumuten, daß wir für das, was wir in den ersten Revolutionstagen verfügt haben, nachträgliche Genehmigung beim Kriegsministerium einholen sollen. Ein Wunder, daß man den Novemberrevolutionären nicht auch die Auflage macht, nachträgliche Genehmigung zur Revolution bei Wilhelm dem Letzten einzuholen. E. Sch[uler]

### Die Propagandatätigkeit des Garnisonrats

Das Volk über die Aufgaben und Ziele der Revolution und über die Tätigkeit der S.-Räte aufzuklären, den revolutionären Gedanken fest in der Masse der Soldaten zu verankern, war für uns, insbesondere in den ersten Revolutionswochen, ein dringendes Gebot. Fast täglich wurden die Soldaten in der ersten Zeit der Revolution kompanie- oder bataillonsweise versammelt und über den Stand der Bewegung unterrichtet, aber auch zur Erfüllung ihrer Pflichten gemahnt. Hin und wieder wurden auch Versammlungen für die gesamte Garnison auf dem Arsenalplatz abgehalten. Unvergeßlich bleibt uns die flammende Begeisterung, von der die Masse der Soldaten durchglüht war. Nach dem Eintreffen der Fronttruppen wurden für diese besondere Versammlungen veranstaltet, um sie mit dem Neuen und Werdenden vertraut zu machen. Unter der übrigen Bevölkerung wurde ebenfalls eine ausgedehnte Versammlungstätigkeit entfaltet. In über 100 öffentlichen Versammlungen, insbesondere in den Oberämtern Ludwigsburg, Marbach, Backnang und Vaihingen wurde von Speidel, Reiner, Schuler, Közle, Oberdorf und anderen in den ersten Wochen zu der Volksmasse gesprochen. Gespannt lauschte das Volk den neuen ungewohnten Worten. Viereinhalb Jahre Krieg und krasseste Militärdiktatur hatte die Volksmasse in unerhörtem Maße geistig versumpft. Eine weit längere Zeit unermüdlicher Aufklärungsarbeit, als sie uns zur Verfügung stand, wäre notwendig gewesen, um das Volk aus dieser geistigen Versumpfung zu befreien.
Auch eine umfangreiche Pressepropaganda wurde von uns entfaltet. Zahllos sind die Artikel und Notizen, die wir der Presse zur Veröffentlichung übergaben. Mit dem Abflauen der Revolutionsbewegung trat wieder immer unverhüllter die Diktatur der bürgerlichen Presse zutage. Sosehr wir unsere Kräfte anspannten, gegen die riesige Sturmflut der bürgerlichen Presse konnten wir auf die Dauer nicht ankämpfen. Immer frecher wurde in ihr gegen die Räte gehetzt. Die sozialistische Presse, soweit sie die Hetze nicht stillschweigend duldete, war zu schwach, um gegen sie anzukämpfen. Eine eigene Presse fehlte den Räten so gut wie ganz. Es fehlte an Mitteln, besonders an Papier. Wiederholt war dies Gegenstand ernster Beratungen des Garnisonrats. In seiner Sitzung am 12. Dezember 1918 wurde nachstehende Entschließung, die von Schuler vorgelegt war, einstimmig angenommen:

Der Garnison-Soldatenrat sieht die wahre demokratische Pressefreiheit nur dann gesichert, wenn es allen Bevölkerungsklassen gleichmäßig möglich ist, durch die Presse zu wirken. Er erblickt darin, daß der größte Teil der deutschen Presse sich in den Händen einer einzigen Klasse, insbesondere der kapitalistischen befindet, eine schwere Gefahr für die Errungenschaften der Revolution. Er erhebt gegen die demagogische Hetze dieser Presse, die sich gegen die A.- und S.-Räte richtet, schärfsten Protest. Ferner fordert er die provisorische Regierung Württembergs und den Rat der Volksbeauftragten auf, sofortige Schritte zu unternehmen, um die wahre demokratische Pressefreiheit herbeizuführen dadurch, daß eine gleichmäßige Verteilung des Zeitungspapiers gesichert wird.

Gefruchtet haben unsere Bemühungen nicht viel. Die Regierungen blieben taub, und den Räten fehlte, wie auch an anderer Stelle wiederholt gesagt ist, der Wille zur Macht, um sich durchzusetzen. Schon Mitte Dezember 1918 wagten sich da und dort versteckte Angriffe gegen die S.-Räte hervor. Wir ließen gegen die Angriffe neben andern folgendes Flugblatt verbreiten:

### Die Aufgaben und Arbeiten des Soldatenrats Ludwigsburg

Die Revolution hat die Macht der alten Gewalthaber, die jahrhundertelang die Volksmassen in Ketten schlug, zertrümmert. Die politische Macht ist vorläufig in die Hände der A.- und S.-Räte übergegangen. Sie sind heute die Träger der souveränen Gewalt. Es galt zu diesem Zweck zunächst den Aufbau einer gut gegliederten Organisation zu schaffen. Die S.-Räte hatten dabei den Vorteil, daß für sie die Heeresorganisation benützt werden konnte. An die Spitze der Kompanie, [des] Bataillons und [der] Garnison trat jeweils der Kompanie-, Bataillons- und Garnisonrat. Ihnen liegt die Kontrolle über die Truppenteile ob. Alle Maßnahmen der Führer können nur mit ihrem Einverständnis erfolgen.

Die revolutionären Organe mußten zunächst den ganzen Verwaltungsapparat schon im Hinblick auf unsere äußere und wirtschaftliche Lage weiterbestehen und weiterfunktionieren lassen. Es gilt ihn langsam ab- und umzubauen. Was gut daran ist, wird bestehenbleiben, was sich als faul oder unbrauchbar erweist, wird verschwinden oder umgebildet werden müssen. So arbeiten denn auch die seitherigen Militärbehörden und Dienststellen natürlich unter der Kontrolle der S.-Räte weiter. Wenn auch die äußere Form unserer Heeresorganisation vorderhand weiterbesteht, so ist doch ihr innerer Organismus schon ein völlig anderer geworden. Hier hat wohl die Revolution bis jetzt am gründlichsten gearbeitet. Wie die siegreichen Völker des Altertums die Götzenbilder der Besiegten niederrissen und in den Staub traten, so räumten die siegreichen Soldaten der Revolution mit den Götzen des verhaßten Militarismus auf. Vorbei ist es mit der Vergötterung der Achselstücke, vorbei mit dem Gamaschendrill und dem Kadavergehorsam, der dem Soldaten – dem Menschen in Uniform – den letzten Rest von Menschenwürde raubte und ihn zum gefügigen Werkzeug einer Kaste und Klasse machte. Nur wer das Vertrauen der Soldaten besitzt, nur der, den sie in geheimer Wahl dazu erküren, kann weiter ihr Vorgesetzter sein.
Neue Wege müssen beschritten werden. Die A.- und S.-Räte haben die Aufgabe, der vorläufigen Regierung bis zum Zusammentritt der Landes- und Nationalversammlung diese Wege zu weisen; auf ihnen lastet eine ungeheure Verantwortung. Die Masse der Soldaten und Arbeiter – im weitesten Sinne des Worts – hat ihrerseits die Aufgabe, ihre Räte mit Rat und Tat zu unterstützen. Kein Rückwärts, nur ein Vorwärts gilt! Wer das Rad der geschichtlichen Entwicklung zurückzudrehen, wer die Macht der A.- und S.-Räte zu unterwühlen versucht, der arbeitet auf den Bürgerkrieg hin, den wir unter allen Umständen vermeiden wollen. Darum rufen wir allen denjenigen Elementen zu: Hände weg! Ihr erreicht dabei doch weiter nichts, als euren Untergang, in den ihr nur noch andere hineinzieht. Die siegreiche Revolution wird trotz alledem weiterschreiten.

Soldatenrat Ludwigsburg.

Der Inhalt des Flugblatts erschien zunächst in der Ludwigsburger Zeitung und rief eine ziemlich heftige Zeitungspolemik hervor, an der sich insbesondere einige Offiziere beteiligten, mit denen wir uns wiederholt auch bei anderen Gelegenheiten auseinandersetzen mußten. Daß insbesondere die reaktionäre Offizierskaste den S.-Räten nicht grün war, ist weiter nicht verwunderlich. Hatten diese sich anfänglich, solange der Boden für sie zu heiß war, ziemlich weit zurückgezogen, so kamen sie, nachdem die Revolutionswogen zu verebben begannen, rasch wieder zum Vorschein und erhoben bald wieder das Haupt, wie ehemals. In den Freiwilligen-Verbänden, in der Heimat und im Osten, wo sie vielfach auf eigene Faust Krieg führten, bildeten sie eine Brutstätte der Gegenrevolution. Eine besonders rührige Tätigkeit entfaltete der Nationalverband deutscher Offiziere. Anfang Februar 1919 verteilte er folgendes Flugblatt:

An alle Offiziere!

Ist das Maß der Unbill, das zu leeren dem Offizierkorps zugemutet wird, noch nicht zum Überlaufen voll?
Worum geht es während der Tagung der Nationalversammlung? Um die Schaffung der Verfassung, die über das Wohl und Wehe des Vaterlandes entscheiden soll. Wovon hängt das Wohl des Vaterlandes in erster Linie ab? Von einer wohlgeordneten, stehenden, bewaffneten Macht, die der Regierung zur Verfügung steht und im Innern und nach außen zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingesetzt wird. Wer repräsentiert und sichert Zucht und Ordnung in einer disziplinierten Armee? – Die Soldatenwehren etwa und die S.-Räte? – Nein, das Offizier- und Unteroffizierkorps der Armee. Wird diesen beiden Offizierkorps (! der Verf.) infolgedessen entsprechend ihrer wichtigen Aufgabe von der Regierung die nötige gesicherte und geachtete Stellung eingeräumt? – Nein; den Soldatenräten ist sogar die Macht gegeben, die Absetzung der Führer zu beantragen. Wer setzt sich für die erforderliche Sicherung und Achtung der Stellung beider Offizierkorps ein! – Niemand! Keine Seele, kein Finger rührt sich. Was bleibt also übrig? – Selbsthilfe, und zwar kräftigste Selbsthilfe! Deshalb Offiziere, Unteroffiziere, getreue Kameraden, das Maß ist voll! Heraus auf den Plan, helft Euch selbst, so hilft Euch Gott! Das M[ilitär]W[ochen]Bl[att] ist von alters her über 100 Jahre mit dem Offizierkorps verwachsen, es wird nun, da sonst nichts mehr zu erwarten ist, hier eine Propaganda einsetzen:
Zum Kampf für ein stehendes Heer,
Zum Kampf für das Offizier- und Unteroffizierkorps,
Zum Kampf gegen die Soldatenräte!
Wir rufen alle Kameraden zur tätigsten Mitarbeit in unserem Blatte auf, um unseren Kampf zu unterstützen. Jeder Übergriff, den sich die S.-Räte, solange sie noch ihre Tätigkeit ausüben, zuschulden kommen lassen, muß öffentlich festgenagelt werden. Wir bitten, uns solche Übergriffe, die zweifelsfrei feststehen, unter genauester Bezeichnung und Verantwortung des Einsenders in

möglichst kurzer Form mitzuteilen. Auch, ob der Erlaß vom 9. Januar 1919[30]) überhaupt von den S.-Räten beachtet wird. Denkt daran, Kameraden, wir wollen nicht kämpfen, um kleinlichen Zank und Streit zu verursachen, sondern wir haben hohe Ziele; um das Wohl des Vaterlandes, das Wohl der Armee, um die Existenz des Offizierkorps geht es! Wer jetzt nicht mit fest zupackt, um den Staatswagen aus dem Dreck herauszuholen, der ist kein Mann, kein deutscher Offizier oder Unteroffizier. Bleiben wir in der alten Reserve, so verschlingt der Morast alles, was uns teuer und heilig war, und wir können zum Ende uns sagen: „Wir haben es ja nicht anders gewollt!" Darum müssen wir uns gegenseitig aufrütteln und zur Geschlossenheit zusammenballen, um positive Offiziersarbeit zu schaffen! Der einzelne Offizier vermag nichts, das geschlossene Offizierkorps viel; erst durch den Zusammenschluß erhält der Gesamtwille Stoßkraft! Deshalb schließt Euch, Soldaten, zu einem Offizierkorps zusammen, das nicht nur um materielle Fragen sich bangt, sondern zu einem solchen, das die idealen Forderungen der Zeit, die Interessen des Vaterlands und unseres Standes energisch vertritt und den brennenden militärpolitischen Fragen des Tages nicht absichtlich ängstlich aus dem Wege geht.

Nationalverband deutscher Offiziere.

Derartigen Treibereien und infamen Hetzereien mußten wir entgegentreten. Daß sie überhaupt möglich waren, war ein Gradmesser dafür, wie weit es mit der Revolution gekommen war. Wir antworten zunächst durch folgendes Flugblatt:

An alle Soldaten!

Der Kampf gegen Spartakus hat uns vergessen lassen, daß von rechts her dem revolutionären Volke eine viel größere Gefahr droht. Die Schreier gegen die A.- und S.-Räte haben damit ihren Zweck erreicht. An der östlichen Grenze des Reiches lodert von neuem die Kriegsfackel auf. Nicht um den Schutz der deutschen Grenzen handelt es sich, sondern für die Interessen der baltischen Barone sollen Deutsche zum zweitenmal ihre Haut zu Markte tragen. Schon ist eine teilweise Mobilisation der Jahrgänge 1898 und 99 durch die jetzige Reichsregierung angeordnet. Anstatt mit den Völkern des Ostens auf dem Wege der Verhandlung zum Frieden zu gelangen, greift man zum Schwert. Wer steht hinter dieser Bestrebung? Sehen wir uns diese Leute an. Es sind die Vertreter des alten Systems, reaktionäre Offiziere und Kapitalisten. Was uns von dieser Seite droht, geht aus einem Flugblatt des Nationalverbandes deutscher Offiziere hervor, das zum schärfsten Kampf gegen die Soldatenräte und zum Kampf für das alte militärische System auffordert. Einzelne Mißgriffe, die da und dort von Soldatenräten verübt worden sein sollten, sollen von den Offizieren in gemeinster Weise gegen die Soldatenräte ausgebeutet werden. Über die Schandtaten der reaktionären Offiziere aber schweigt des Sängers Höflichkeit! Der Kampf für das alte System ist aber für diese Art von Leuten nur der Kampf um den Futtertrog. Wenn eine solche Hetze weitergeht, werden auch wir gezwungen sein, zur Selbsthilfe zu greifen. Noch ist die Revolution nicht tot! Das mögen sich diese Kreise merken.

Schon machen sich[31]) auch Bestrebungen bemerkbar, die bisherigen Errungenschaften der Revolution zu hintertreiben. Der heilige Bürokratismus regiert nach wie vor. Durch ihn werden heute noch unsere kriegsbeschädigten Kameraden von Pontius zu Pilatus gesandt, ohne etwas zu erreichen. Dagegen verschwendet man Hunderte von Millionen für den reaktionären Feldzug im Osten. Unsere entlassenen Kameraden, die arbeitslos auf der Straße liegen, werden als Faulenzer bezeichnet. Verlangen sie Unterstützung, werden sie meist abgewiesen, und wo solche gewährt wird, wird sie aufs Schamloseste gegen sie ausgebeutet. Ist das des Vaterlandes Dank?

Soldaten! Als Anmaßung und Revolvertaktik wird es hingestellt, wenn Eure Räte für die Revolution eintreten.

Kameraden! Stellt Euch geschlossen hinter Eure Soldatenräte. Der Revolution droht die Gefahr, von den alten Militaristen und ihren Henkersknechten umgebracht zu werden.

Der Garnisonrat Ludwigsburg.

Dieses Flugblatt war ein kecker Schuß in die politische Stickluft der damaligen Tage und erregte großes Aufsehen. Viele Soldatenräte ließen es nachdrucken und verbreiten. In der sozialistischen Oppositionspresse fast ganz Deutschlands wurde es nachgedruckt und lebhaft besprochen. Wie gut die Hiebe saßen, bewiesen die Entgegnungen. Tübinger Studenten und die Offiziere Ludwigsburgs suchten vergeblich, unsere Darlegungen durch Flugblätter abzuschwächen.

---

[30]) Gemeint sind wahrscheinlich die „Verordnungen über Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte, Rangabzeichen und militärischen Gruß", die von der Reichsregierung am 19. 1. 1919 erlassen worden waren (abgedruckt in: Zentralrat, S. 441 ff.).

[31]) Im Or. irrtümlicherweise: sie.

Wenn am Schluß unseres Flugblatts noch von einer Gefahr gesprochen wurde, die der Revolution durch die Militärkaste drohe, so muß heute gesagt werden, daß die Gefahr zu blutiger Wirklichkeit geworden ist. Frecher denn je erhebt heute die Militärkaste das Haupt, die Regierung ist zu ihrem Gefangenen geworden, und von der Revolution ist wohl schon das meiste durch sie niedergetrampelt.
Nicht nur durch Versammlungen und durch die Presse haben wir propagandistisch gewirkt, auch durch künstlerische und bildende Veranstaltungen haben wir diese Aufgabe zu lösen versucht. Eine ganze Reihe von Feierabendunterhaltungen wurde arrangiert. Besondere Verdienste erwarb sich dabei der junge Soldatenrat Közle. In Verbindung mit dem Garnisonrat Stuttgart wurden mit der Intendantur des Landestheaters besondere Vorstellungen für Militärpersonen vereinbart, wodurch vielen Soldaten der Theaterbesuch erst ermöglicht wurde.
Die Propagandatätigkeit des Garn.-Rats war also eine umfangreiche und vielseitige. Wenn sie auch nicht die Verwässerung der Revolution verhindern konnte, so ist sie doch nicht ohne jeden Erfolg gewesen und wird noch weitere Erfolge zeitigen. Die Saat der Erkenntnis, die wir durch sie gesät, wird aufgehen und früher oder später reifen.

E. Sch[uler]

### Die Landesversammlungen der S.-Räte Württembergs

Schon nach den ersten Tagen der Revolution war ersichtlich, daß die Riesenaufgaben, die die Revolution den A.- und S.-Räten zur Lösung zuwies, eine straffe Organisation der Räte, die sich nach oben in Provinz-, Landes- und in einen Reichsrat gliedert, erfordert. Von allen Seiten wurde daher zunächst nach Einberufung einer Landesräteversammlung gedrängt. Für die Soldatenräte war es dringendes Gebot, vor allem zunächst einheitliche Richtlinien für ihre Tätigkeit innerhalb des Heeres festzulegen. Der Stuttgarter Garnisonsoldatenrat hatte sich als provisorischer Landessoldatenrat betrachtet und berief nun auf den 17. November 1918 eine Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs nach Stuttgart ein. Ein Teil der Ludwigsburger S.-Räte unter Führung des Garnisonratsausschußmitglieds Stäge, der sich später als Kandidat der Bürgerpartei zur württembergischen Konstituante entpuppte, wollte auf dieser ersten Landesversammlung mit schwerstem Geschütz gegen die Stuttgarter S.-Räte auffahren, weil er glaubte, sie seien samt und sonders Anhänger der radikalsten sozialistischen politischen Richtung. Stäge war es vor allem darum zu tun, die Soldatenräte des Landes auf die von ihm entworfenen Richtlinien[32]) festzulegen, die einen Verzicht auf die selbständige politische Funktion der Räte aussprachen, sie nur als Organe der provisorischen Regierung und auch nur bis zum Zusammentritt der Konstituanten und im übrigen als berufliche Interessenvertretung der Soldaten gelten lassen wollte.
Der politisch linksstehende Teil und vor allem der provisorische Landessoldatenrat wollten dagegen die A.- und S.-Räte mit politischem Lebensinhalt füllen und ihnen als Träger der politischen Macht die legislative Gewalt zuerkennen; dem Ministerium, als von ihm berufen, nur die Exekutivgewalt. In wirtschaftlicher Beziehung wurde rasche und durchgreifende Sozialisierung verlangt. Diesen Anschauungen verlieh auch das von dem provisorischen Landessoldatenrat Württembergs in Gemeinschaft mit dem prov. Landesarbeiterrat herausgegebene Organ „Die rote Fahne" Ausdruck. So ist es denn nicht verwunderlich, daß sich die Angriffe Stäges und seines Anhangs insbesondere auch gegen „Die rote Fahne" richteten. Die vielen hunderte Exemplare der Zeitung, die ihm als Leiter der Propaganda-Abteilung zugingen, brachte er wegen ihres Inhalts gar nicht zur Verteilung.

---

[32]) Vgl. oben S. 398.

Am Tage vor der ersten Landesversammlung kursierten in Ludwigsburg die sonderbarsten Gerüchte über die Verhältnisse und Pläne der Stuttgarter S.-Räte. Nach einem dieser Gerüchte sollten mehrere Matrosenkompanien nach Stuttgart geholt worden sein, mit denen allerhand Geheimnisvolles geplant sein sollte. Am Vorabend kam noch der frühere Reichs- und Landtagsabgeordnete K[eil] auf das Geschäftszimmer des Garnisonrates und überbrachte die Meldung, daß die Stuttgarter durch die Matrosenkompanien den politisch gemäßigten Teil der Landesversammlung verhaften und beseitigen wollten. Diese Gerüchte riefen eine lebhafte Beunruhigung beim größten Teil der Ludwigsburger Soldatenräte hervor und verstärkten die Kampfstimmung gegen die Stuttgarter S.-Räte, besonders gegen den provisorischen Landes-Soldatenrat. Schuler, der mit den tatsächlichen politischen Verhältnissen aufs genaueste vertraut war, bezeichnete die Gerüchte als Ausstreuungen politischer Falschspieler oder Angstausbrüche politisch Belasteter. Da das Zureden Schulers nichts nützte, um die Befürchtungen zu zerstreuen, erbot er sich schließlich, vorher nach dem Tagungslokal zu gehen und die Verhältnisse zu untersuchen. Stäge wollte mit dem größten Teil der Ludwigsburger Delegierten mit dem Betreten des Tagungslokals warten, bis Schuler zurückgekehrt sei.

Als die Delegierten anderntags nach Stuttgart fuhren, schloß sich ihnen Herr K[eil] an und geleitete sie zunächst in ein Nebenzimmer des Friedrichsbaus, in dem schon einige Delegationen aus anderen Garnisonen eingetroffen waren und andere noch hinzukamen. Es zeigte sich, daß inzwischen einige politische Drahtzieher am Werke gewesen waren, um einen Teil der S.-Räte in einem bestimmten Sinne beeinflussen zu können. Herr K[eil] setzte den Erschienenen zunächst die angebliche Gefahr auseinander, in der sie schwebten. Die Stuttgarter S.-Räte und die Mitglieder des provisorischen Landes-Soldatenrats seien fast sämtlich Anhänger des Spartakusbundes, der Unmögliches mit den verwerflichsten Mitteln durchsetzen wollte. Zu diesem Zweck hätten sie auch einige Matrosenkompanien nach Stuttgart geholt. Lasse man diese Gesellschaft gewähren, dann reiten wir den „russischen Zuständen" entgegen und unser aller Untergang sei sicher. Man müsse sich heute aufs Schlimmste gefaßt machen. Durch diese Darlegungen wurde die Kampfstimmung noch weiter angefacht, aber auch bei manchem der Delegierten stieg das Gefühl des Bangens um ein beträchtliches, und bei manchem war es fraglich, ob er noch den Mut aufbringen würde, zur Versammlung zu gehen. Inzwischen war Herr F[ischer] vom Landesvorstand der Mehrheitssozialdemokratie erschienen und beruhigte die gar zu kopfscheu Gewordenen. Es habe sich herausgestellt, daß die Matrosen wenigstens nichts gegen die Landesversammlung unternehmen würden. Zu trauen sei ihnen allerdings nicht, und da sie deshalb eine ständige Gefahr bilden würden, müsse man heute darauf dringen, daß sie aus Stuttgart hinauskommen. Die gar zu ängstlich Gewordenen bekamen nun wieder Mut. Herr K[eil] meinte noch, daß die Stuttgarter die Landesversammlung durch ihre große Zahl überrumpeln wollten und daß man deshalb Einfluß auf die Leitung der Versammlung und Abstimmung nach der Kopfstärke der Garnisonen verlangen müsse. Schließlich wurde beschlossen, auf der Landesversammlung zunächst zu verlangen, daß die Leitung der Versammlung nach der Stärke der Garnisonen besetzt werden müsse, und daß die Abstimmungen nach dem gleichen Grundsatz zu erfolgen hätten. Als weitere Forderung wurde aufgestellt: Aufhebung der „Roten Fahne" als Organ der S.-Räte und Auflösung der Matrosenkompanien.

Man brach nun auf zum Tagungslokal, wo man es den spartakistischen Stuttgartern schon besorgen wollte.

Nachdem die Landesversammlung durch den Ministerpräsidenten Blos begrüßt und durch Fischer, den Leiter des Kriegswesens, eröffnet war, brach gleich der Sturm los. Fischer wollte die Leitung der Landesversammlung dem provisorischen Landesaus-

schuß übertragen. Aber da kam er bei denen, die vom Geiste der Sonderkonferenz erleuchtet waren, schlecht an. Ein Tumult brach los, wie ihn noch selten eine Versammlung gesehen. Ein Stuttgarter Delegierter, im Zivilberuf Rechtsanwalt und bürgerlicher Farbe, wollte beschwichtigen, was aber nur Öl für das lodernde Feuer war, denn für unsere „Erleuchteten" war ja jeder Stuttgarter S.-Rat ein ausgekochter Spartakusmann. Schließlich gelang es aber doch, die erhitzten Gemüter auf einige Minuten zu beruhigen und die verlangte Wahl der Versammlungsleitung vorzunehmen. Die Aussprache, die sich an den zunächst erstatteten Bericht des Leiters des Kriegswesens schloß, zeigte, daß die Stuttgarter S.-Räte gar nicht diese kommunistischen Revolutionäre waren, als die man sie verschrien hatte, sondern mit Ausnahme des provisorischen Landes-Soldatenrats ganz harmlose Menschlein, zu einem großen Teil politisch indifferent oder bürgerlichen und mehrheitssozialistischen Geistes. Da aber die Stuttgarter in ziemlich großer Anzahl erschienen waren und dadurch ebenfalls die Animosität gegen sich vermehrten, merkten dies unsere tapferen Ludwigsburger Kampfhähne unter Stägescher Führung nicht. Alle paar Minuten brach ein Sturm los, besonders wenn ein Stuttgarter Delegierter zum Wort kam. Stäge und seine Gesinnungsgenossen gebärdeten sich manches Mal wie gereizte Löwen, insbesondere tat sich dabei Schöck, ein Ludwigsburger Soldatenrat, hervor, der wiederholt das Signal zum demonstrativen Verlassen des Tagungsraumes gab. Die beiden Vorsitzenden der Landesversammlung, Fischer und Schuler, hatten keine leichte Aufgabe zu lösen. Es schien, als ob sich die ganze Versammlung in Unfruchtbarkeit verzehren wollte. Es war geradezu ein beschämendes Bild, das diese Soldatenratskonferenz bot. Die Regie der Arrangeure der Sonderkonferenz hatte also geklappt.

Ein von Fischer, dem Leiter des Kriegswesens, vorgelegter Entwurf eines Organisationsstatuts für die Soldatenräte Württembergs wurde einer Redaktionskommission überwiesen, in die von Ludwigsburg Schuler und Stäge gewählt wurden. Der provisorische Landesausschuß mußte als Revolutionsgebilde verschwinden und einem andern Platz machen, in den von Ludwigsburg Linse, ein politisch völlig harmloser junger Mann, gewählt wurde. Die „Rote Fahne" wurde als Organ der S.-Räte abgelehnt[10]).

Die Redaktionskommission ging schon am andern Tag an die Ausarbeitung eines Organisationsstatuts. Die Festlegung der Befugnisse der S.-Räte, soweit sie sich auf die Arbeit in den Truppenkörpern erstreckten, machte weiter keine Schwierigkeiten. Anders war es bei der Festlegung der politischen und staatsrechtlichen Befugnisse. Esslinger von Stuttgart und Schuler wollten bestimmt haben, daß den A.- und S.-Räten als Trägern der politischen Macht die Legislative zustehe. Ersterer allerdings nur bis zum Zusammentritt der Konstituante, der baldmöglichst erfolgen müsse. Diese Festlegung war natürlich nur möglich unter Zustimmung der Arbeiterräte. Eine Aussprache mit dem Landesausschuß der A.-Räte und dem Ministerpräsidenten Blos zeigte jedoch, daß die A.-Räte von der ihnen zugedachten Rolle nichts wissen wollten. Man einigte sich daher auf nachfolgenden Beschluß[33]):

Im Anschluß an die Verordnungen der Zentralregierung der Deutschen Republik werden für die Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte innerhalb der Republik Württemberg nachfolgende Satzungen aufgestellt:

1. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldaten-Räte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems. Verordnungen der Provisorischen Regierung werden in wichtigen Fällen im Einverständnis mit dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erlassen.
2. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Ge-

---

[33]) Bei der folgenden Textpassage handelt es sich um den Regierungserlaß vom 14. 12. 1918 „über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte" (vgl. Nr. 26).

meinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindekollegien sind den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten vorher zu übermitteln.
3. Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit. Kommen die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu der Überzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- oder Gemeindeverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Abstellung der Mißstände an den Landesausschuß richten, der dann gemeinsam mit der Regierung entscheidet.
4. Die Kosten der Landesversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Kosten des Landesausschusses trägt die Staatskasse.
Die Kosten der örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den Gemeinden, in denen diese Räte ihren Sitz haben, zu tragen. Für die Kosten der Soldatenräte behalten sich Staat und Gemeinde Ersatz aus der Reichskasse vor.
Die Kosten bestehen außer dem Aufwand für einen Versammlungsraum nebst dazugehörigen Arbeitsräumen einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung und den notwendigen Kanzleikosten aus den Taggeldern und gegebenenfalls den Reisekosten der Mitglieder. Bei der durch die Not der Zeit gegebenen Knappheit der öffentlichen Mittel ist dieses Taggeld in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten und die Zahl der Mitglieder der Räte nicht allzusehr auszudehnen. Über die Ausgaben ist den Staats- oder Gemeindekassen genaue, mit Belegen versehene Rechnung zu stellen. Die Weiterbezahlung von Staats- und Gemeindemitteln erfolgt erst nach dem Nachweis über die richtige Verwendung der vorher geleisteten Zahlungen.
Stuttgart, den 14. Dezember 1918.

Für die provisorische Regierung:
gez. Blos.

Die Arbeit, die der neugewählte Landesausschuß entfaltete, befriedigte in keiner Weise. Eine allgemeine Mißstimmung kam in der Folge auf. Reiner nahm in der Presse dazu Stellung. Ein Echo aus dem ganzen Lande war die Antwort. Bemerkenswert ist ein Schreiben des Soldatenrats Isny, das uns zuging und folgenden Wortlaut hatte:

Wir nehmen Bezug auf einen Artikel im Stuttgarter Tagblatt vom 30. November 1918[34]) überschrieben „Was arbeitet der Landesausschuß des Soldatenrats". Ihre Stellungnahme zu der wenig positive Arbeit leistenden Tätigkeit des Landes-S.-Rats zeigt uns, daß Sie derselben Ansicht sind wie wir. Wir schließen uns Ihrer Auffassung voll und ganz an. Mit diesem papierenen Protest allein aber wird nichts erreicht, wenn nicht die Tat auf Ihre gewiß richtige Anregung folgt. Um dies in die Wege zu leiten, müssen Sie Kräfte in den einzelnen S.-Räten, die positive Arbeit leisten wollen, die sich klar sind, was von den S.-Räten an Arbeit gefordert werden muß, um der sich allenthalben zeigenden Mißkreditierung der S.-Räte den Boden zu entziehen, zusammenschließen und Fühlung nehmen. Nur ein gemeinsamer Protest gegen die Geschäftsführung des Landes-S.-Rats hat Aussicht, den Elementen die Mehrheit und damit bestimmenden Einfluß und Führung im Landesausschuß zu sichern, die wissen, was der gegenwärtige Augenblick von uns fordert, und die Energie und Tatkraft genug besitzen, um dies auch in die Tat umsetzen zu können, damit der Allgemeinheit gezeigt wird, daß sich die Tätigkeit des S.-Rats nicht in unfruchtbarer Debattiererei (erste Sitzung der Landesversammlung) und dilettantischer Geschäftsführung ohne sichtbaren Erfolg erschöpft. Da sich ein Einvernehmen zwischen Ihnen und uns zur wirksamen Durchsetzung unserer Wünsche bzw. Forderung auf der Landesversammlung schriftlich nicht so wünschenswert herbeiführen läßt, als es notwendig ist, bitten wir um telegr. oder telef. Mitteilung, wann und wo wir zu einer Aussprache zusammentreffen können. Wir sehen Ihrer gütigen Mitteilung mit Interesse entgegen.
Soldatenrat Isny

gez. Hahn
Leutnant d. L.K. 1

Reiner veranlaßte daraufhin eine Aussprache mit Vertretern größerer Garnisonen, durch die man sich einigte, den Landesausschuß zu verstärken und umzubilden. Am

---

[34]) In dieser Zuschrift an das Stuttgarter Neue Tagblatt (abgedruckt in Nr. 609 vom 30. 11. 1918 M) hatte Reiner den von der 1. Landesversammlung der S.-Räte eingesetzten Landesausschuß heftig kritisiert. Er habe „nicht die Tatkraft gehabt, von sich aus an die wichtigsten politischen Fragen (Reichskonferenz der S.-Räte, Nationalversammlung usw.) heranzutreten". Auch hätten „die unter der Kontrolle des Landesausschusses stehenden Zentralbehörden... den Weg zu positiver Arbeit anscheinend noch nicht gefunden". Deshalb sei eine sofortige Einberufung einer Landesversammlung „unbedingt notwendig".

11. Dezember 1918 fand dann die 2. Landesversammlung der S.-Räte Württembergs statt, die wiederum einen stürmischen Verlauf nahm. Besonders heftig waren die Debatten über die Delegation zum I. Reichsrätekongreß in Berlin. Der Landesausschuß hatte Schuler schon als Delegierten mit bestimmten Aufträgen vorausgesandt. Stäge mit seinen Freunden versuchte nun die Abwesenheit Schulers auszunützen und dessen Mandat zum Rätekongreß für ungültig erklären zu lassen. Als Werkzeug benützte er den jungen Ludwigsburger Soldatenrat Közle, der jedoch später bedauerte, daß er sich auf diese Weise von Stäge mißbrauchen ließ. Dieser denunzierte Schuler [in] der Landesversammlung als Unabhängigen Sozialisten und als Anhänger des Rätesystems. Ein allgemeines Hallo entstand. Nach langer erhitzter Debatte bestätigte jedoch die Landesversammlung das Mandat Schulers mit knapper Mehrheit. Bei den Neuwahlen zum Landesausschuß fielen dann Stäge und seine Freunde, durch einen von Speidel angewandten parlamentarischen Kniff, durch. Auch Linse, der bisherige Vertreter Ludwigsburgs, der sich durch seinen blutig[en] politischen Dilettantismus blamiert hatte, wurde herausgewählt. Dagegen wurde neben andern mehr oder minder Befähigten der Vorsitzende des Soldatenrats Isny Leutnant der Landwehr H[ahn], der spätere Befehlshaber der Sicherheits-Truppen Württembergs, in den Landesausschuß gewählt. Leider waren die großen Garnisonen sowohl bei dieser als auch bei späteren Wahlen ängstlich bemüht, ihre befähigteren Leute in der Garnison zu halten, wodurch, sehr zum Schaden der revolutionären Entwicklung, was sich später sehr deutlich gezeigt hat, nicht immer die geeignetsten Leute in den Landesausschuß gewählt worden sind. Der von der Redaktionskommission vorgelegte Entwurf eines Organisationsstatuts für die S.-Räte Württembergs wurde angenommen[18]).

Nach dieser Landesversammlung hatte der bürgerparteiliche Schullehrer Stäge seine Rolle mitsamt seinem Anhang in Ludwigsburg ausgespielt. Die bürgerliche Episode im Garnisonrat Ludwigsburg war vorbei. Die Blamage, die er sich geholt hatte, war so gründlich, daß er es vorzog, gar nicht mehr zum Garnisonrat Ludwigsburg zurückzukehren. Von Stuttgart aus sandte er folgenden Schreibebrief:

Stuttgart, den 12. Dezember 1918.

Liebe Kameraden!

Nach den Vorkommnissen auf der Landesversammlung werden meine Gegner es begreiflich finden, daß ich mir von einem weiteren Zusammenarbeiten keinerlei Erfolg verspreche. Das Vertrauen, das unerläßliche Voraussetzung jeder Zusammenarbeit ist, wurde durch die planmäßige Überrumpelung der Kameraden seitens meiner Gegner dermaßen gestört, daß jeder Versuch einer Ausgleichung ergebnislos sein muß. Meine Freunde werden es mir nicht verübeln, daß ich, nachdem ich für die Arbeit im Landesausschuß nicht mehr in Frage kommen kann, es vorziehe, in meinen Beruf und Familie zurückzukehren. Ich bin heute froh, daß ich nicht mehr Mitglied des Garn.-Rat-Ausschusses bin, wodurch mir ein abermaliger Austritt erspart worden ist. Ich sage allen Kameraden „Lebewohl" und bitte Euch, mich im guten Andenken zu bewahren.

Euer Kamerad Stäge.

Von da ab wehte ein freierer Wind im Garnisonrat Ludwigsburg. Die bürgerlichen Rattenfängergesänge waren verstummt, und politisches Dilettantentum war dadurch zur Bedeutungslosigkeit verdammt. Je mehr der politische Einigkeitsnebel sich verzog und die rauhe politische Wirklichkeit sichtbar wurde, desto mehr war auch jeder einzelne gezwungen, Farbe zu bekennen. Das zeigte sich auch im Garnisonrat Ludwigsburg und gab auch der 3. Landesversammlung der S.-Räte Württembergs, die am 21. und 22. Januar 1919 in Stuttgart abgehalten wurde, das Gepräge[35]). Die Debatten waren politisch abgeklärter, und man sah, daß die Soldatenräte endlich angefangen hatten, den Sinn der Revolution zu begreifen, mit der es, was auf dieser Konferenz schon ersichtlich war, immer mehr bergab ging. Auf dieser Landesversammlung stellte sich auch der neue Kriegsminister Herrmann vor, mit dem wir immer gut zusammengearbei-

[35]) Zum Verlauf der 3. Landesversammlung der S.-Räte vgl. Nr. 6.

tet haben und der zweifellos den besten und ehrlichsten Willen mitbrachte, wirklich im Sinne der Revolution Gutes im Heere zur Geltung zu bringen, sich aber gegen die Militärkamarilla und gegen die Berlin-Weimarer Richtung nicht durchsetzen konnte. Mit dem Abbau des alten und dem Aufbau des neuen Heeres wuchsen immer mehr die Bestrebungen, die Soldatenräte auszuschalten oder zu beseitigen. Besonders der von der racheschnaubenden Offizierskaste eingewickelte Noske wirkte[36]) immer deutlicher nach Württemberg herunter. Kriegsminister Herrmann war jedoch ehrlich bemüht, das Soldatenratsystem zu halten. Er setzte deshalb eine Kommission ein, der von Ludwigsburg Reiner angehörte, die das Organisationsstatut der S.-Räte Württembergs so umgestalten sollte, daß sich die Einführung des S.-Rats-Systems in das neue Heer ermöglichen ließe. Die Kommission legte ihren Entwurf unter dem Titel „Bestimmungen zum Neuaufbau des Württembergischen Volksheeres" der 4. und letzten Landesversammlung der S.-Räte Württembergs, die am 19., 20. und 21. März 1919 stattfand, vor[37]). Mit wenigen Änderungen wurde er angenommen. Mehrere Wochen vergingen jedoch, bis er publiziert wurde. Zur Anwendung seiner Bestimmungen ist es nur teilweise gekommen, und in das neue Heer gelangte überhaupt nichts mehr von ihm. Schon warf der Tod der S.-Räte seine Schatten auf diese Landesversammlung, ohne daß es den meisten S.-Räten zum Bewußtsein kam. Es wurde viel geredet und viele Beschlüsse gefaßt, die Kraft aber zur Durchführung dieser Beschlüsse war den S.-Räten entschwunden. Ihr politischer Schatz, die Macht, war ihnen von andern gestohlen worden. Sie waren schlechte Hüter gewesen, was ihnen erst zum Bewußtsein kam, als es zu spät war. Wie ein tödlich Verwundeter in seinen Todeskrämpfen sich noch einmal aufbäumt und das fliehende Leben mit zusammengekrampften Händen halten will, so erging es auch den S.-Räten. Eines schönen Tages kam der tödliche Pfeil, der ihnen den Rest geben sollte, in Gestalt einer Regierungsverfügung, die sie auf 30. Juni 1919 aufhob. Der Landesausschuß der S.-Räte Württembergs, der selbst auf einen kleinen Bruchteil zusammengeschmolzen war, berief noch eine Konferenz der Garnisonratsausschüsse zusammen. Noch einmal glaubte ein Teil der auf ihr vertretenen Garnisonräte, er könne Leben in den sterbenden Körper bringen. Es war zu spät. Schuler, der diese Entwicklung längst hatte kommen sehen und sie immer wieder darauf aufmerksam gemacht hatte, hielt ihnen die Leichenrede: „Bürgerliche Demokratie und Rätesystem sind Gegensätze, die sich ebensowenig vereinigen lassen wie Feuer und Wasser. Entweder das eine oder das andere, das ist die Losung. Wollt Ihr das andere, dann wollt Ihr die Revolution, so steht es heute. Die wollt Ihr aber nicht. Gut, dann steigt hinab in Euer Grab, das Ihr Euch selbst geschaufelt habt." Sie haben es getan. Dies ist der Soldatenräte Württembergs unrühmliches Ende. Mit in ihr Grab zogen sie aber auch ihren treuen Freund Herrmann, Württembergs letzten Kriegsminister. E. Sch[uler]

## Die Rätekongresse

Wie schon zu Beginn des vorigen Kapitels gesagt wurde, mußten die A.- und S.-Räte ganz natürlicherweise sich so rasch als möglich einen Reichszentralrat geben. Wohl hatte sich der Berliner A.- und S.-Rat als provisorischer Zentralrat konstituiert. Er selbst empfand aber, daß der Zentralrat getragen sein müsse von dem Mehrheitswillen der Räte des ganzen Reiches. So berief er denn auf 16. Dezember 1918 einen Reichskongreß der A.- und S.-Räte nach Berlin ein. In der Garn.-Ratsitzung vom 4. Dezember 1918 nahmen die Ludwigsburger S.-Räte dazu Stellung. Ihre Auffassung kam in nachstehender Resolution Schulers zum Ausdruck:

---

[36]) Im Or.: winkte.

[37]) Die „Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheeres" sind als Nr. 29 abgedruckt. Zum Verlauf der 4. Landesversammlung der S.-Räte vgl. die als Nr. 7 abgedruckten Protokollauszüge.

Die Soldatenräte Ludwigsburgs begrüßen die Einberufung des Rätekongresses durch den Großberliner A.- und S.-Rat. Sie erwarten von ihm die Einsetzung eines Zentralrats aus Vertretern des ganzen Reichs. Dem Zentralrat als dem obersten Organ der A.- und S.-Räte steht die Legislative, dem Rat der Volksbeauftragten die Exekutive zu. Der Zentralrat ernennt und entläßt die Volksbeauftragten. Vor der Ernennung der Fachminister ist er zu hören.

Vom Garnisonrat Ludwigsburg nahm Schuler am I. Rätekongreß teil. Der Kongreß nahm einen äußerst stürmischen Verlauf. Die politischen Gegensätze platzten mit voller Wucht aufeinander. Ein großer Teil der Delegierten, insbesondere der Soldatendelegierten, bestand aus politischen Dilettanten, die die Beschlüsse des Kongresses entscheidend beeinflußten. Es fehlte der Mehrheit des Kongresses jeder Wille zur Macht. Der Mehrheitssozialist Lüdemann unterbreitete im Auftrag seiner Parteifreunde nachfolgenden Antrag, dem die Mehrheit des Kongresses zustimmte:

1. Der Reichskongreß der A.- und S.-Räte Deutschlands, der die gesamte politische Macht repräsentiert, überträgt bis zur anderweitigen Regelung durch die Nationalversammlung die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten.
2. Der Kongreß bestellt ferner einen Zentralrat der A.- und S.-Räte, der die parlamentarische Überwachung des deutschen und des preußischen Kabinetts ausübt. Er hat das Recht der Kontrolle der Volksbeauftragten des Reiches und – bis zur endgültigen Regelung der staatlichen Verhältnisse – auch der Volksbeauftragten Preußens.
3. Zur Überwachung der Geschäftsführung in den Reichsämtern werden vom Rat der Volksbeauftragten Beigeordnete der Staatssekretäre bestimmt. In jedes Reichsamt werden zwei Beigeordnete entsandt, die aus den beiden sozialdemokratischen Parteien zu entnehmen sind. Vor der Berufung der Fachminister und der Beigeordneten ist der Zentralrat zu hören[38]).

Durch die Annahme dieses Antrags hatten sich die Räte selbst das Todesurteil gesprochen. An dem Zentralrat, der eingesetzt wurde, beteiligte sich unter diesen Umständen die U.S.P. nicht, was weiter zu einer Schwächung der Stellung des Zentralrats führte. Die Soldatenräte Ludwigsburgs waren mit dieser Stellung des Rätekongresses nicht einverstanden und brachten ihre Auffassung in folgendem Beschluß zum Ausdruck:

Die Revolution hat die alten Gewalten gestürzt und die politische Macht den überall spontan entstandenen A.- und S.-Räten übertragen. Sie sind heute noch die Träger der politischen Macht. Kein Beschluß des Rätekongresses kann diese politische Macht einschränken oder aufheben. Indem der Rätekongreß die gesetzgebende und vollziehende Gewalt dem Rat der Volksbeauftragten zugesprochen hat, hat er sein Mandat überschritten. Der Garnisonrat Ludwigsburg erklärt daher, daß er, trotz der Annahme des Antrags Lüdemann durch den Rätekongreß, an den Beschlüssen über die Verteilung der Macht, wie sie die Landesversammlung der S.-Räte Württembergs gefaßt hat, festhält.

Am meisten enttäuschte, daß der Kongreß nicht die Bildung eines Reichssoldatenrats fertigbrachte. Immer mehr erscholl der Ruf nach ihm aus vielen Teilen des Reiches. Der Ende März tagende II. Rätekongreß[39]), an dem von den württembergischen S.-Räten Frick teilnahm, stimmte endlich der Schaffung eines Reichssoldatenrats zu. Zu dessen Einführung ist es aber nicht gekommen, da es von dem Reichswehrminister Noske abgelehnt wurde, und den Räten die Macht, um die sie sich selbst gebracht hatten, fehlte, um ihn durchzusetzen. E. Sch[uler]

## Nationalversammlungswahlen

Am Tage nach der Revolution erscholl aus dem ganzen bürgerlichen Blätterwald der Ruf nach baldiger Wahl einer konstituierenden Landes- und Reichsversammlung. Die provisorischen Regierungen beeilten sich mit der Erklärung, daß sie die Wahl raschestens vorbereiten und so bald wie möglich durchführen wollten. Die linksstehenden politischen Gruppen, die in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zusam-

[38]) Vgl. Sten. Ber. I. Rätekongreß, Sp. 176.
[39]) Der zweite Rätekongreß tagte vom 8. bis 14. April 1919, vgl. Sten. Ber. II. Rätekongreß.

mengeschlossen waren, waren wohl keine grundsätzlichen Gegner der Einberufung einer Konstituante, wollten aber die Wahl hinausgeschoben haben, damit die Volksmassen, die 4½ Jahre unter dem Belagerungszustand geseufzt hatten, der jede freie Meinungsäußerung unterdrückte, vorher genügend politisch aufgeklärt werden könnten. Sie drangen jedoch mit ihren Wünschen nicht durch. Immer lauter und stürmischer erscholl der Ruf nach baldiger Wahl der Konstituante aus dem größten Teil der Presse. Die lautesten Rufer waren aus durchsichtigen Gründen die reaktionärsten Kreise. Frieden, Freiheit und Brot sollte sie bringen, wurde täglich versichert. Auch die breite Masse der Bevölkerung stimmte mit in den Chorus ein. Wie gebannt schaute sie auf die Konstituante, die, einem Zauberer gleich, dem deutschen Volke die Tür zum Paradies aufstoßen sollte. Endlich ließ ihr der Rat der Volksbeauftragten Heil wiederfahren. Er setzte den Wahltermin auf 16. Februar 1919 fest. Die provisorische Regierung Württembergs legte den Wahltermin für die Landeskonstituante noch etwas früher, auf den 26. Januar 1919. Doch sofort erheben sich wieder Stimmen, die einen noch früheren Wahltermin verlangten.

Die S.-Räte Ludwigsburg waren in dieser Frage geteilter Meinung. Es kam in der Garn.-Rat-Sitzung vom 4. Dezember 1918 hierüber zu einer lebhaften Auseinandersetzung. Schuler, der die Auffassung des linken Flügels vertrat, legte diese in nachstehender Resolution nieder:

Die am 4. Dezember 1918 tagende Versammlung der S.-Räte der Garnison Ludwigsburg erklärt sich grundsätzlich für die Einberufung einer konstituierenden Landes- und Reichsversammlung. Der Wahltermin für beide Körperschaften ist jedoch so festzusetzen, daß für alle politischen Parteien die Möglichkeit gegeben ist, ihre besonderen politischen Anschauungen ausreichend unter den Volksmassen zu verbreiten. Auch muß die Möglichkeit bestehen, daß sämtliche Soldaten an den Wahlen teilnehmen können. Die Versammlung erblickt in einer zu frühzeitigen Vornahme der Wahlen eine schwere Gefahr für die Errungenschaften der Revolution und ihrer planmäßigen Weiterentwicklung.

Von Reiner und anderen wurde dagegen folgende Entschließung vorgelegt:

Die am 4. Dezember 1918 tagende Ludwigsburger Delegierten-Versammlung betrachtet den für die Einberufung festgesetzten Termin (26. Januar) für reichlich zu spät und verlangt dringend möglichst weite Vorverlegung dieses Termins, wie dies in Baden auch möglich ist (4. Januar).

Die Mehrheit der Soldatenräte entschied sich für letztere Ansicht. Auch der Rätekongreß in Berlin und die Landesversammlung der A.- und S.-Räte hieben in die gleiche Kerbe. Die provisorischen Regierungen kamen diesen Wünschen nach und legten die Wahltermine früher.

Für die Soldatenräte erhob sich nun die Frage, ob sie sich durch Aufstellung von Kandidaten an den Wahlen beteiligen sollten. Da sie aber die größten politischen Parteigegensätze in sich vereinigten, war dieses so gut wie ausgeschlossen. Man beschloß jedoch, für die sozialistischen Parteien eine Agitation zu entfalten, im übrigen aber sollte jeder einzelne innerhalb seiner Partei wirken. Die Agitation, insbesondere für die Mehrheitssozialdemokratie, wurde denn auch durchgeführt. Am Tage vor den Wahlen fanden im ganzen Lande große Soldatenversammlungen auf öffentlichen Plätzen statt. In Ludwigsburg sprachen vor der Landeswahl Schuler und vom Landesausschuß Frick, vor der Nationalwahl Közle, Reiner, Schuler und Speidel zu imposanten Soldatenversammlungen.

Der Wahltag kam, und was der linke Flügel vorausgesagt hatte, trat ein. Es zeigte sich, daß die 4½ Jahre Belagerungszustand tiefe Spuren hinterlassen und die Diktatur der bürgerlichen Presse, die trotz der Revolution nach wie vor bestand, ihre Wirkung auf die Volksmassen nicht verfehlt hatte. So kam es, daß die konstituierenden Versammlungen ein Gesicht bekamen, das für die Revolution nichts Gutes ahnen ließ. Die letzten Monate haben diese Ahnung voll bestätigt. Stück für Stück von den Hoffnungen, die die Revolution geweckt hatte und deren Verwirklichung nahe schien, ist nach und nach in

nebelhafte Ferne gerückt. Von Frieden, Freiheit und Brot, das angeblich die Konstituante bringen sollte, hat bis heute das deutsche Volk sehr wenig gespürt.

E. Sch[uler]

## Sicherheitsmaßnahmen, Polizeiwesen und Sicherheitstruppen

Nachdem die revolutionäre Erhebung mit gewaltigem Elan gesiegt hatte, war auf der ganzen Linie wohl kaum mehr in der Öffentlichkeit ein Gegner sichtbar. Es war jedoch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß, sobald die revolutionäre Luft etwas dünner, die revolutionären Organe, vom leichten Siege berauscht, sich in Sicherheit wiegen würden, die in die Mauselöcher verkrochene Reaktion wieder sich hervorwagen und versuchen würde, die Gewalt an sich zu reißen. Wenn man auch überzeugt sein durfte, daß angesichts der Massenstimmung ein solches Beginnen von keinem dauernden Erfolg gekrönt sein konnte, so konnte man sich doch der Einsicht in die Gefährlichkeit etwaiger reaktionärer Putsche nicht verschließen. So wurde dann Unteroffizier Oberdorf, dem die Abteilung Sicherheitsdienst übertragen war, beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen. Einige Kameraden wurden von ihm mit der besonderen Aufgabe betraut, die vermutlichen reaktionären Herde auszuspähen. Um jederzeit eine zuverlässige und schlagfertige Truppe bereitzuhaben, die schon durch ihr Dasein die Macht des Garnisonrats zum Ausdruck bringt, wurde von ihm zur Aufstellung einer besonderen Sicherheitstruppe geschritten.

Die ungeheure Spannung des Krieges war durch die Revolution gewichen, alle Verhältnisse momentan zerrissen oder gelockert. Und nun zeigte sich mit erschreckender Deutlichkeit die ungeheure moralische Verwüstung, die der lange Krieg beim Volke angerichtet hat. Das Völkergemetzel war eben kein Stahlbad, wie unsere machtpolitischen Phraseure behauptet hatten, aus dem die Mutter Germania jung und frisch heraussteigen sollte, sondern ein Bad voll Blut und Schmutz. Jeder Begriff von Mein und Dein bezüglich der massenhaft aus den besetzten Gebieten anrollenden Heeresgüter, die vielfach zunächst offen gelagert werden mußten, war verschwunden. Auch die Masse der Soldaten blieb von dieser moralischen Verwüstung, die wir als Kriegsraubpsychose bezeichnen möchten, nicht verschont. Gleich Hyänen stürzten sich Angehörige aller Volkskreise auf die Volksgüter, um sie sich für eigenen Gebrauch oder zur Wiederveräußerung anzueignen. Die Plünderungen nahmen anfänglich derart überhand, daß es schien, als könnte man ihrer überhaupt nicht mehr Herr werden. Die Wachen, die gestellt wurden, versagten und beteiligten sich teilweise selbst an dem verwerflichen Treiben. Auch aus diesen Gründen war daher die Aufstellung einer besonderen, moralisch hochwertigen Truppe geboten. Ein Aufruf, der dieserhalb an die Soldaten der Garnison erlassen wurde, hatte guten Erfolg. Zahlreich gingen die Meldungen zu der Sicherheitstruppe ein. Die Sicherheitstruppe wurde geschlossen in einer Kaserne untergebracht. Die einzelnen Angehörigen verblieben jedoch vorläufig zur Löhnung und Verpflegung ihren bisherigen Truppenteilen zugeteilt.

Natürlich schlichen sich anfänglich auch unlautere Elemente in die Reihen der Truppe, und es bedurfte unsäglicher Mühe, diese zuverlässig und schlagfertig zu machen. Mit der Führung der Sicherheitstruppe wurde zunächst der Offizierstellvertreter Schulz betraut.

Man trat nunmehr an das Kriegsministerium heran mit dem Ersuchen, die Sicherheitskompanie als völlig selbständige Truppe aufstellen zu dürfen unter Gewährung einer Tageszulage von 3 bis 5 Mark an sämtliche Angehörige der Kompanie. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, daß die Aufstellung von Sicherheitskompanien auch in den andern Garnisonen dringend geboten erscheine. Der damalige Kriegsminister Fischer verhielt sich zunächst dagegen ablehnend. Er sträubte sich gegen den Gedanken, daß

die Revolution des Schutzes durch eine besondere Truppe bedürfe. Wenn die Revolution nicht fest in der Masse der Arbeiter und Soldaten verankert sei, dann sei sie nicht mehr wert, als daß sie zugrunde gehe. Mit sicherem Instinkt fühlte er heraus, daß in diesen besonderen Schutztruppen der Keim zu Weißen Garden liegen könne. Die Entwicklung hat ihm leider nur zu Recht gegeben. Schließlich ließ er sich aber herbei, im Hinblick auf die überhandnehmenden Plünderungen, die Truppe zu genehmigen. Damit war der Grund gelegt für die späteren Sicherheitskompanien Württembergs.

Sämtliche besonders wichtigen Wachen wurden nunmehr von der gebildeten Sicherheitskompanie gestellt. Ein Teil der Kompanie war stets alarmbereit in der Kaserne versammelt, um, falls notwendig, reaktionäre Putsche im Keime ersticken zu können. Auch die Vollsitzungen des Garnisonrats, die gewöhnlich im Rathause stattfanden, waren stets durch eine starke Wache der Sicherheitskompanie gesichert. Der Sicherheitskompanie war ein Haubitzzug angegliedert, unter der Führung des Vizewachtmeisters Kapfenstein, der die Keimzelle für die späteren Sicherheitsbatterien war.

Die Tätigkeit der Sicherheitskompanie wurde wirksam unterstützt durch eine Polizeiabteilung. Die Angehörigen dieser Abteilung, die teils in Uniform, teils in Zivilkleidern ihren schweren aufreibenden Dienst versahen, haben sich große Verdienste um die Bergung und Sicherung von Heeresgütern erworben. Am Bahnhof wurde durch sie eine strenge Überwachung und eine Kontrolle sämtlicher verdächtiger Pakete durchgeführt. Offizieren, Unteroffizieren, Mannschaften und Angehörigen aller Volkskreise wurden große Mengen von gestohlenem, geplündertem oder unterschlagenem Heeresgut abgenommen. Kein mit Heeresgut beladener Wagen konnte anfänglich durch die Stadt fahren, ohne von Plünderern überfallen zu werden. Daraufhin drohte der Garnisonrat den Plünderern die Todesstrafe an und ließ durch die Presse bekanntgeben, daß einige beim Plündern ertappte Soldaten und Zivilisten durch ihn standrechtlich erschossen worden wären. Diese Bekanntmachung wirkte zunächst wie ein kalter Wasserstrahl auf das Heer der Plünderer. Nachdem jedoch allmählich durchgesickert war, daß die Erschießung einen durchaus unblutigen Verlauf genommen hatte, zeigten sich wieder die alten üblen Erscheinungen. Durch die bessere Ausgestaltung der Polizeiabteilung und den Ausbau der Sicherheitskompanie wurde man jedoch allmählich Herr der Lage. Bis Ende November waren allein den Dieben und Plünderern Heeresgüter im Wert von über 80000 Mark abgenommen und den zuständigen militärischen Stellen abgeliefert worden. Insgesamt dürften auf diese Weise Heeresgüter im Wert von etwa 180000 Mark wieder beigebracht worden sein. Auch große Schiebungen mit Heeresgütern, die ihren Ursprung teilweise in den ehemals besetzten Gebieten hatten, wurden aufgedeckt, den Schiebern das Handwerk gelegt.

Infolge des katastrophalen militärischen Zusammenbruchs waren viele militärische Schußwaffen in unbefugte Hände gekommen, was zu unnötigen spielerischen Schießereien führte, die die Sicherheit ernstlich gefährdeten. Der städtischen Polizei wurden deshalb Mannschaften der Sicherheitskompanien zugeteilt und ein eigenes großzügiges Patrouillensystem geschaffen, das guten Erfolg zeitigte. Eine große Anzahl Waffen konnten dadurch wieder beigebracht werden. An die Bevölkerung erging folgender Aufruf:

Alle noch in Händen der Zivilbevölkerung befindlichen Dienstwaffen jeder Art sind alsbald abzugeben. Diejenigen Personen, die bei etwaiger Hausdurchsuchung im Besitz von Dienstwaffen angetroffen werden, werden unnachsichtlich zur Verantwortung gezogen.
Ludwigsburg, den 7. Dezember 1918. Der Soldatenrat.

An den Stadtausgängen wurde eine Kraftwagenkontrollstelle eingerichtet, ebenso an verschiedenen Punkten der Stadt, die eine größere Anzahl Personen- und Lastkraftwagen beschlagnahmen konnte, welche bereits in unrechtmäßigen Besitz übergegangen waren.

Schon weiter oben wurde erwähnt, daß sich bei den Soldaten eine moralische Verwilderung zeigte, die dem Anschauungsunterricht der 4½ Kriegsjahre zu verdanken war. Was Wunder, daß der Wachtdienst in einer Art und Weise ausgeübt wurde, die jeder Beschreibung spottet. Auch nachdem die wichtigsten Wachen durch die Sicherheits-Kompanie übernommen waren, zeigten sich noch große Mängel. Es stellte sich heraus, daß der gewöhnliche Rondedienst zur Überwachung des Wachtdienstes völlig ungenügend war. Man schuf daher ein wohldurchdachtes Kontrollsystem. Eine größere Anzahl besonders vertrauenswürdiger Unteroffiziere und Mannschaften wurden hierzu verwendet, so daß zunächst fast stündlich die einzelnen Wachen kontrolliert wurden. Diese Kontrolleure standen wiederum unter der Aufsicht einiger ganz zuverlässiger Soldatenräte. Dadurch wurde bewirkt, daß allmählich eine sichtliche Besserung und schließlich eine völlige Festigung und verhältnismäßige Gesundung des Wachtdienstes erreicht wurde.

Inzwischen war man auch in anderen Garnisonen zur Aufstellung von Sicherheitskompanien geschritten, wozu die fortschreitende Demobilisierung des alten Heeres ebenfalls drängte. Eine Zusammenfassung dieser Sicherheitskompanien unter einheitlicher Leitung und eine gleichmäßige Ausgestaltung derselben machte sich notwendig. Vom Landesausschuß der S.-Räte Württembergs wurde damit dessen Mitglied Leutnant Hahn betraut. Die vielseitigen Erfahrungen, die der Ludwigsburger Garnisonrat mit seiner Sicherheitskompanie gemacht hatte, boten hierfür wertvolles Material. Die beiden Vorsitzenden des Garnisonrats Ludwigsburg, Reiner und Schuler, haben aufgrund dieser Erfahrungen wesentlich mitgearbeitet am Aufbau der Organisation der Sicherheitstruppen Württembergs. Schuler legte insbesondere allen Nachdruck darauf, Sicherungen zu schaffen, daß der ursprüngliche Zweck der Sicherheitstruppen, Truppen zum Schutze der Revolution zu sein, gewahrt bleibe, daß sie nicht unter der Leitung bonapartistisch angehauchter Elemente zu Werkzeugen der Reaktion würden. Als Hauptforderung wurde daher aufgestellt und auch schließlich durchgesetzt, daß die Soldatenräte entscheidenden Einfluß auf die Leitung, Führung und Verwaltung der Truppen haben sollen. Als weitere Sicherheitsmaßregel wurde bestimmt, daß für die einzelnen Kompanien der örtliche Garnisonrat die vorgesetzte Dienststelle ist. Auch wurde ferner bestimmt, daß die Angehörigen der Sicherheitstruppen nicht auf die Regierung, sondern auf die A.-, B.- und S.-Räte verpflichtet werden sollen.

Die Entwicklung hat uns recht gegeben, wie notwendig diese Sicherungen waren; ja, daß sie nicht einmal ausreichend waren. In entscheidenden Momenten wurden sie einfach teilweise umgangen, was zweifellos zu unnötigem Blutvergießen und zu einer unnötigen Verschärfung der politischen Gegensätze innerhalb Württembergs beigetragen hat.

Zu großen Auseinandersetzungen führte die Führerfrage bei den Sicherheitstruppen. Während auf der einen Seite das Kriegsministerium und die Leitung der Zentrale der Sicherheitskompanien in erster Linie Offiziere in die Führerstellen setzen wollte, vertraten wir die Auffassung, daß neben der militärischen Fähigkeit die politische Zuverlässigkeit der Person des Führers gewährleistet sein müsse. Politische Zuverlässigkeit könne bei den Angehörigen des aktiven Offizierkorps nur in verschwindenden Ausnahmefällen vorhanden sein. In erster Linie müßten daher in die Führerstellen Sozialisten, die die nötige Fähigkeit besitzen, gesetzt werden, ohne Rücksicht auf den militärischen Dienstgrad, den sie bisher bekleideten, oder aber politische Nullen aus den Reihen der Offiziere, die die Garantie bieten, daß sie keine Handlung unternehmen, die vom Garnisonrat nicht gebilligt wird. In Ludwigsburg wurde zunächst streng nach unserer Ansicht verfahren, mehr zum Leidwesen der aktiven Offiziere Ludwigsburgs, deren grimmiger Haß sich dadurch auf den Garnisonrat lenkte.

Um die Sicherheitskompanie fester in der Hand zu haben und den notwendigen Geist in

der Kompanie zu pflegen, wurde Mitte Januar vom Garnisonrat Schuler mit besonderer Aufsicht über die Sicherheitskompanie betraut. Schlappheit in der Führung hatte die Schuld, daß Mißstände sich herausgebildet hatten und daß die Zuverlässigkeit und Disziplin der Kompanie wesentlich nachgelassen hatte. Schuler griff nun mit starker Hand ein und kehrte zunächst bei Unteroffizieren und Mannschaften mit eisernem Besen aus. Alle unzuverlässigen Elemente wurden entfernt und eine nach demokratischen Grundsätzen strenge Disziplin eingeführt. Manche Schwierigkeiten gab es da zu überwinden, und wenn die politische Gesinnung Schulers nicht über allem Zweifel erhaben gewesen wäre, dann wäre er als ein ausgekochter Reaktionär manchmal totgeschlagen worden. Allmählich sahen aber die guten Elemente in der Truppe die guten Absichten und die Notwendigkeit der Maßnahmen ein, so daß eine von gutem Geist und demokratischer Disziplin beherrschte Truppe entstand. Mit Stolz werden wir uns stets an unsere Sicherheitskompanie erinnern.

Daß die reaktionären Offiziere Ludwigsburgs dem neuen Leiter der Sicherheitskompanien, von dem sie wußten, daß er politisch links stand und kein Freund von Kompromissen mit der Reaktion war, nicht besonders hold waren, ist weiter nicht verwunderlich. Es wurde von dieser Seite alles versucht, Schuler unmöglich zu machen. An Denunziationen hat es nicht gefehlt. Zufällig erhielten wir einmal Kenntnis davon, daß der damalige Platzmajor, Hauptmann Freiherr von Stetten, den Garnisonältesten, General Klotz, veranlaßt hatte, Schuler beim Kriegsministerium zu denunzieren. Frhr. von Stetten wurde dieserhalb vom Garnisonrat zur Rechenschaft gezogen und von ihm seines Amtes entsetzt.

Inzwischen ging der Ausbau der Sicherheitskompanie weiter. An Zahl war sie allmählich so angewachsen, daß ihre Teilung in 2 Kompanien (S.K. 6 und 22) sich notwendig machte. Mit der Führung der weiteren Kompanie wurde durch den Garn.-Rat Leutnant der Reserve Burger, der als politisch durchaus zuverlässiger Mann bekannt war, betraut. Mitte März trat eine weitere Teilung der beiden Kompanien ein. Diese nunmehr bestehenden 4 Kompanien wurden zu einem Bataillon zusammengefaßt, mit dessen Leitung zunächst provisorisch Schuler beauftragt wurde. Zum definitiven Führer des Bataillons wurde sodann durch das Kriegsministerium mit Zustimmung des Garn.-Rats Major Fischer, Eberhard bestimmt, dem aus politischen Gründen Schuler als Adjutant zur Seite trat. Führer der 1. Kompanie wurde Feldwebelleutnant Hirsching, der 2. Kompanie Feldwebelleutnant Kress, der 3. Kompanie Leutnant Burger und der 4. Kompanie Hauptmann Hartmann.

Längere Zeit hindurch war in Ludwigsburg eine Werbestelle für die zum „Grenzschutz Ost" bestimmte Freiwilligen-Abteilung Haas[40]). Die unlautersten Elemente drängten sich bei dieser Werbestelle zusammen. Diese eigenartigen Grenzschützer benahmen sich derart, daß tagelang ein Zug einer Sicherheitskompanie bereitgestellt werden mußte, um diese wilde Horde im Zaum halten zu können. Der Ausbau der Sicherheitstruppen wurde inzwischen weiter durchgeführt. Zu den Infanterietruppen gesellten sich Spezialtruppen. In Ludwigsburg wurde eine Sicherheits-Artillerie-Abteilung zu 4 Batterien unter der Führung des Major Höhne aufgestellt. Um die Artillerietruppen fest in der Hand zu halten, wurde Reiner mit der Führung einer Batterie betraut.

Unsägliche Mühe hat der Ausschuß des Garn.-Rats, insbesondere Reiner und Schuler, für den Auf- und Ausbau der Sicherheitstruppen aufgewandt. Oft Tag und Nacht haben sie in unermüdlichem Eifer versucht, die Truppe zu einem scharfen schneidenden Schwert der Revolution zu machen, unter dessen Schutz die notwendige Weiterentwicklung der Revolution sich vollziehen sollte. Es ist anders gekommen. Politische Verblendung und politisches Dilettantentum, insbesondere aber auch die politische

---

[40]) Vgl. zur Aufstellung der Freiwilligen-Abteilung Haas Nr. 7 Anm. 18.

Unreife großer Massen des arbeitenden Volkes, haben die Revolution in den Sumpf geführt. Stück für Stück von dem, was die Revolution gebracht, bröckelte wieder ab. Auf die großen Hoffnungen, die die Revolution geweckt hatte, folgte die große Enttäuschung. Mehr und mehr ging der politische Zug nach rechts. Die Sicherheitstruppen aber wurden in den Händen und unter dem Einfluß politischer Hochstapler, gewissenloser bonapartistischer Streber und reaktionärer Schieber aus Revolutionstruppen zu Werkzeugen der Gegenrevolution. So scheint es heute, als ob die viele, unermeßliche viele Arbeit, die von uns auf die Sicherheitstruppen verwendet wurde, ganz umsonst gewesen ist. Und doch können wir nicht glauben, daß dem so ist. Der Geist, den wir bei unserer Arbeit in die Herzen der vielen Soldaten gesät, er wird, er wird noch einmal aufgehen, und er wird der Revolution einmal die Schwingen geben, die sich dem Phönix gleich aus der Asche der alten erheben wird. Noch ist Freiligraths prophetisches Wort nicht tot: „Ich war, ich bin, ich werde sein. Und wiederum voraus den Völkern werd ich gehn...!" E. Sch[uler]

### Reichswehr

Durch die Revolution wurden die unitarischen Bestrebungen bezüglich der Reichsverfassung mächtig gefördert. Sie wuchsen sich jedoch nicht zu der Stärke aus, daß sich der Einheitsstaat durchsetzen konnte. Wirtschaftliche und kirchliche Interessengruppen hatten ein allzu großes Interesse am bundesstaatlichen Charakter des Reiches. Wir selbst waren unbedingte Anhänger des einheitsstaatlichen Gedankens. Nachdem es sich jedoch herausstellte, daß die preußisch-militaristischen Kreise im Heere wieder die Oberhand bekommen sollten, setzten wir uns dafür ein, daß sich der württembergische Bundesstaat möglichst viel Sonderrechte für das Heerwesen vorbehalten solle. Wir wollten dadurch die Möglichkeit schaffen, daß wenigstens für Württemberg das neue Heer demokratisch aufgebaut werden könnte. Unsere Bemühungen waren vergeblich, und so kam es denn, daß auch in Württemberg das neue Heer, in dem von der Militärkamarilla inspirierten Geist Noskes aufgebaut wurde. Unser ganzes Streben war, nachdem wir an der Organisation des Heeres nichts mehr ändern konnten, darauf gerichtet, wenigstens zu verhindern, daß in die Führerstellen ausgesprochene Reaktionäre kommen. Nur zu einem geringen Teil waren unsere Bemühungen von Erfolg begleitet. Während man überzeugten Republikanern und Sozialisten die Mitarbeit im neuen Heere verekelte oder ganz unmöglich machte, hob man die monarchistischen Reaktionäre in den Sattel und machte dadurch von vornherein das neue Heer zu einem Fremdkörper im deutschen Volke und zu einer fortwährenden Bedrohung wahrer Volksfreiheit und sozialistischen Fortschritts. Mit Schrecken werden die Väter der neuen Reichswehr einmal ausrufen: „Die Geister, die ich rief, werde ich nicht mehr los!" E. Sch[uler]

### Die Reserve-Sicherheitskompanien

„Alle Klassen und Parteien hatten sich während der Junitage zur Partei der Ordnung vereint gegenüber der proletarischen Klasse, als der Partei der Anarchie, des Sozialismus und des Kommunismus. Sie hatten die Gesellschaft ‚gerettet' gegen ‚die Feinde der Gesellschaft'. Sie hatten die Stichworte der alten Gesellschaft, ‚Eigentum, Familie, Religion, Ordnung', als Parole unter ihr Heer ausgeteilt und der konterrevolutionären Kreuzfahrt zugerufen: ‚Unter diesem Zeichen wirst du siegen!'" (Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte). Mit diesen Worten Marxens ist auch die Konterrevolution von heute treffend gekennzeichnet. Durch den Pakt, den die württembergische Regierung mit der durch die Räteregierung gestürzten bayerischen Regierung Hoffmann abschloß, war Württemberg verpflichtet, Truppen in Bayern einmarschieren zu lassen. Dadurch wurde die württembergische Regierung ihres Rückhalts, so wie sie ihn auffaßte, beraubt. Um nun der für sie unsicheren Lage gewachsen zu sein, wurden hinter dem Rücken der S.-Räte Bürgerwehren, sogenannte Reserve-Sicherheitskom-

panien aufgestellt. Schon längere Zeit munkelte man von der beabsichtigten Bewaffnung der Bourgeoisie. Als wir Bestimmtes davon erfuhren, war es zu spät, um dagegen ankämpfen zu können. Auch in Ludwigsburg, wo der Hoflieferantengeist wie nirgends zu Hause ist, wurde ein erstes und zweites Aufgebot der Reserve-Sicherheitskompanien aufgestellt. Eines Tages wurde folgender Aufruf in Ludwigsburg öffentlich angeschlagen:

Reserve-Sicherheitstruppe Ludwigsburg

Auf Veranlassung der Regierung und im Einvernehmen mit dem Landesausschuß der S.-Räte Württembergs, den Führern der Gewerkschaften und der Mehrheitssozialdemokratie, sollen, wie anderorts, auch in Ludwigsburg Reserve-Sicherheitskompanien gebildet werden.
Zweck derselben: Sicherung der vom Mehrheitswillen des Volkes gewählten Regierung gegen die fortgesetzte Wühlarbeit der Anhänger des Spartakusbundes und der Kommunisten. Eine gedeihliche Arbeit im Sinne der Revolution ist der Regierung nur möglich, wenn sie in ihrer Arbeit nicht dauernd gestört wird.
In München hat Spartakus durch russisches Geld, ausländische Agitatoren und Bewaffnung des Janhagels die Macht an sich gerissen. Dadurch ist die Nachbarstadt Ulm und damit Württemberg, besonders auch Stuttgart, der Gefahr ausgesetzt, daß diese nur von einer geringen Minderheit gewollte politische Erscheinung ihr zerstörendes Wesen auch bei uns ausbreitet.
Einwohner! Was wir brauchen ist Ruhe, Ordnung, Arbeit und Brot. Durch Streiks aber ist es nicht möglich, uns Brot und Arbeitsgelegenheit zu verschaffen.
Wenn die württembergische Regierung Truppen nach Bayern gesandt hat, weil sie wußte, daß die Gefahr in München auch eine Gefahr für ganz Württemberg ist, so geschah dies nach reiflicher Überlegung. Um aber der Gewaltanwendung durch Spartakus trotzdem begegnen zu können, um den Fortgang des Wirtschaftslebens garantieren zu können, sollen die obengenannten Reserve-Sicherheitstruppen gebildet werden. Einwohner, meldet Euch, ohne Unterschied der Partei, des Standes und Alters. Bedingung ist aktive Dienstzeit und unbedingte Zuverlässigkeit.
Erwünscht ist besonders, daß sich auch die das Treiben von Spartakus verabscheuende Arbeiterschaft zum Schutze der Regierung meldet. Keine weiße Garde soll aufgestellt werden, keine Gegenrevolution ist geplant; auch ist nicht daran zu denken, daß die Regierung sich durch diese Kompanien die am 9. November erlangten Rechte aus der Hand winden läßt. Schulter an Schulter soll die ganze ordnungsliebende Einwohnerschaft gegen den rücksichtslosen Terror zum Schutze einer reinen Demokratie eintreten und dadurch uns endlich einmal eine freie Entwicklung des Wirtschaftslebens ermöglichen.

Wie aus dem Boden gestampft standen die Reserve-Sicherheitskompanien in wenigen Tagen da. Von Spartakus war für sie leider nichts zu sehen. Ihre ganze Tätigkeit bestand fast ausschließlich in der Gestellung von Wachen.
Wäre das Proletariat ebenso einig und geschlossen, wenn es um die Verteidigung seiner heiligsten Güter geht, dann stünde es besser um seine Sache. G. Sp[eidel]

Exoriare aliquis nostris
ex ossibus ultor (Virgil)

## Streiks und Demonstrationen

Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, wenn auch nicht aus freien Stücken, sondern beeinflußt von ihrem materiellen Sein. Lange Zeiträume hindurch fließt vielleicht der Strom der politischen Geschichte langsam und gemächlich dahin. Langsamer oder rascher ändern sich aber auch inzwischen die Grundlagen des materiellen Seins der Menschen. Schreitet die Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht in gleichem Tempo weiter oder verharrt sie im Stillstand, dann werden diese allmählich zu Fesseln der Produktion, der Grundlage des materiellen Seins, die dann unter oft furchtbaren Kämpfen durch Kriege oder Revolutionen gesprengt werden. So war denn der Weltkrieg weiter nichts als der Ausgangspunkt solcher großen, geschichtlichen Kämpfe, durch die die Menschen mehr oder weniger zweckbewußt, aber beeinflußt von ihrem materiellen Sein, ihre Geschichte machen.
Die Revolutionen, die sich an den Weltkrieg schlossen, sind nur eine Fortsetzung dieser Kämpfe mit anderen Mitteln. Nur wer diesen Sinn der Revolution begriffen hat, ist imstande, die vielgestaltigen Ereignisse der letzten Revolutionsmonate zu verstehen.

Sind einmal die Menschenmassen in Bewegung geraten, dann gibt es erst wieder ein Halten, wenn die geschichtlich notwendige Etappe der Entwicklung erreicht ist. Kein Wunder also, daß sich nach dem ersten Revolutionssturm nicht sofort die Ruhe einstellte. Das Ringen mußte mit Naturnotwendigkeit weitergehen. Ein Ende der kapitalistischen Herrschaft in jeder Form, das war Losung und Ziel zugleich derer, die die klarsten und zweckbewußtesten Agenten des Geschichtsprozesses waren, die für sich allein wenigstens den Sprung aus dem Reich der Notwendigkeit, wie Engels sagt, in das Reich der Freiheit, nämlich in die Freiheit des geschichtlichen Handelns, taten.
Diese Gruppe ist bei allen großen geschichtlichen Kämpfen zunächst in der Minderheit. In diesem Sinne hat Schiller zweifellos recht, wenn er seinen Demetrius sagen läßt: „Verstand ist stets bei wenigen nur gewesen." Bei einem Teil dieser Gruppe und meistens nicht beim schlechtesten, sondern beim kühnsten und wagemutigsten, bei dem Teil, der oft am meisten von feurigem himmelerstürmenden Idealismus beseelt ist, müssen sich aber auch mit Naturnotwendigkeit Tendenzen herausbilden, die darauf abzielen, die Entwicklung rascher vorwärtszutreiben, die übersehen, daß außer dem Stoßtrupp der Geschichte, den sie bilden, auch noch das Gros, die Masse, gebraucht wird zur Entscheidung großer geschichtlicher Kämpfe, und die übersehen, daß diese Masse sich noch nicht zu dem mehr oder weniger klaren Zweckbewußtsein des notwendigen geschichtlichen Handelns durchgerungen hat. Auf der andern Seite stehen die Anhänger des Alten, deren materielles Sein ihnen eine gegensätzliche Kampfstellung vorschreibt. Und dazwischen steht die ungeheure träge Masse der Unreifen, der Unklaren, der schwankenden Gestalten, der Zaghaften und Zweifelnden, der Mutlosen und Schwachen, aber auch der politischen Falschspieler und bewußten Verräter. Erst nach langem Hin und Her, nach langem zähen Ringen kommt Klarheit in das Gewoge. Die Reihen formieren sich hüben und drüben, die Stunde der Entscheidungsschlacht kommt, und der unsichtbare Geist der Geschichte ruft den beiden Heeren zu: „Hic Rhodus, hic salta!"
Von dieser hohen geschichtlichen Warte aus haben wir immer das Wogenspiel der Revolution betrachtet. Wir haben daher nicht vor jedem Haufen aufgeregt Debattierender, vor jeder Demonstration für irgendein politisches oder wirtschaftliches Ziel gezittert und hysterischen Weibern gleich Angstanfälle bekommen. Wir sahen nicht in jedem Soldaten, der sich eine rote Kokarde an die Mütze genäht hatte, oder in irgendeinem andern, der glaubte, durch Anstecken einer knallroten Rosette eine besonders revolutionäre Gesinnung dokumentieren zu müssen, einen Aufrührer, der in wahnsinniger Verblendung uns in ein noch größeres Chaos, als wir's in Wirklichkeit schon haben, stürzen will. Wir sahen in den einzelnen und in den Gruppen notwendige Agenten des geschichtlichen Prozesses. Deshalb waren wir auch immer Gegner der brutalen Gewaltmaßnahmen, die bei den verschiedenen Streiks und Demonstrationen angewandt wurden.
Als es anfangs Januar 1919 in Stuttgart zu Demonstrationen kam gegen verschiedene Handlungen der damaligen Reichsregierung Ebert-Scheidemann, für Anschluß an Rußland und für Erhöhung der Unterstützungsbezüge der Arbeitslosen und Kriegsbeschädigten, die Wellen der politischen Erregung ziemlich hochgingen, haben wir uns mit allem Nachdruck dafür eingesetzt, durch friedliche Mittel zu einer Beruhigung der erhitzten Gemüter zu kommen[41]). Hier zeigte sich, wie notwendig ein geschichtlich geübter politischer Blick ist.
Noch um Mitternacht vom 8. zum 9. Januar fuhren Reiner und Schuler nach Stuttgart, um nach Möglichkeit das Unheil zu verhüten, das sie kommen sahen. Ihr erster Gang

[41]) Vgl. zum Verlauf der Januarunruhen 1919 in Stuttgart die als Nr. 11 abgedruckten Protokolle der Landesausschüsse der A.- und S.-Räte.

war zu Leutnant H[ahn], den sie umgeben von einem Stab junger und jüngster Offiziere antrafen. Hier war man eben dabei, den Feldzugsplan für den andern Tag festzulegen. Man sprach von geheimnisvollen Waffenlagern der Spartakisten, von mit Waffen und Munition beladenen Kraftwagen, die von auswärts nach Stuttgart kommen sollten, um diese zu unterstützen. Noch in selbiger Nacht sollte ein „Sturm" unter Anführung eines Leutnants auf die Akademie, wo neben einem Waffenlager ein Panzerautomobil im Besitze der Spartakisten sein sollte, was sich später übrigens als eine dreiste Mache herausstellte, unternommen werden. Wir waren entsetzt ob diesem dilettantenhaften, gefährlichen Spiel, das hier von diesem Stab „sozialistischer" Offiziere getrieben wurde. Sofort erkannten wir hier die Keimzelle der Gegenrevolution in Württemberg. Vergebens versuchten wir, dem Leutnant H[ahn] und seinen Getreuen das Gefährliche ihres Treibens darzutun, vergebens versuchten wir ihnen ihre Spartakistenfurcht als lächerliche Einbildung ihrer überhitzten Phantasie begreiflich zu machen.
Wir riefen nach der dem Leutnant H[ahn] beigegebenen Kommission des Landesausschusses der A.-, B.- und S.-Räte Württembergs. Da erhielten wir zur Antwort: „Die Herren schlafen!" Schließlich setzten wir dann aber doch bei Leutnant H[ahn] durch, daß der Sturm auf die Akademie für diese Nacht unterblieb. Nunmehr suchten wir noch mitten in der Nacht ein Regierungsmitglied zu erreichen, um es zum Einschreiten zu bewegen. Alles Suchen blieb jedoch vergebens. Den Ministern war offenbar auch der Spartakistenschreck in die Glieder gefahren, sie schliefen, wie uns gesagt wurde, auswärts. Die berufenen Träger der politischen Macht, der Landesausschuß der A.-, B.- und S.-Räte und die provisorische Regierung, schlafen den Schlaf der Gerechten, während ein Haufe Bourgeoisie-Offiziere mit dem Proletarierleutnant an der Spitze dem Gang der weiteren politischen Entwicklung Württembergs den Stempel aufdrückt! In ziemlich deprimierter Stimmung fuhren wir wieder nach Ludwigsburg zurück.
Der frühe Morgen fand uns wieder in Stuttgart. Wir stürmten zum Landesausschuß der A.-, B.- und S.-Räte, wo wir auch die Minister C[rispien] und F[ischer] antrafen. Hier teilten wir die Erfahrungen der vergangenen Nacht mit und verlangten sofortiges Einschreiten. F[ischer] und C[rispien] erklärten, von den militärischen Vorbereitungen nichts zu wissen, daß, wenn die militärische Macht auf diese Weise mißbraucht würde, ohne daß dieses durch die Gesamtregierung zu verhindern versucht würde, sie von ihrem Posten zurücktreten würden. Inzwischen kam die Demonstration in vollen Gang. Irgendwelche Zwischenfälle ereigneten sich jedoch nicht. Am Spätnachmittag gingen die Demonstranten wieder auseinander. Noch am Abend desselben Tags wurde jedoch von uns verlangt, Truppen in der Nacht nach Stuttgart zu schicken. Auch erfuhren wir von weiteren militärischen Maßnahmen.
In der Frühe des andern Tages eilte wieder Schuler nach Stuttgart. Beim Garnisonrat Zuffenhausen erfuhr er, daß bereits Truppen des Infanterieregiment 126 auf dem Weg nach Stuttgart seien. Flugs wurde hinterhergejagt und die Abteilung am Nordbahnhof eingeholt. Auf wessen Befehl handelt ihr? war die erste Frage, die wir an sie stellten. Auf Befehl von einem Offizier des Generalkommandos. Wißt Ihr nicht, daß Euch nur der Landesausschuß der S.-Räte Württembergs Befehle zu erteilen hat? Ja, das ist richtig, aber wir glaubten(!), daß dieser Offizier bevollmächtigt sei und in Anbetracht der Gefahr, in der die Revolution durch die Spartakisten schwebt, glaubten wir, rasch handeln zu müssen. Unsinn, antworteten wir, ein unnötiges Blutbad wird hier vorbereitet. Nur mit Mühe und Not gelang es, die Leute zu beruhigen. Eine Pogromstimmung war bereits aufgekommen. Wie man in den Augusttagen des Jahres 1914 in jedem hohlen Baum einen verderbenbringenden Spion witterte, so vermutete man jetzt einen unheilbringenden Spartakisten darin. Schließlich setzten wir aber durch, daß die Abteilung zunächst am Nordbahnhof stehenblieb und später wieder nach Zuffenhausen zurückkehrte. Wir gingen nun zum Landtagsgebäude, dem Sitz des Landesausschusses der

A.- und S.-Räte. Hier waren schon Verhandlungen zwischen dem Landesausschuß der A.- und S.-Räte, den Ministern C[rispien] und F[ischer] und Vertretern der Demonstranten im Gange. Hier erfuhr man auch, daß sich ein Teil der Regierung in den Turm des Bahnhofneubaus zurückgezogen habe. Wir verlangten Aufschluß über die unsinnigen militärischen Vorbereitungen. Die Schilderungen unserer Beobachtungen wirkte[n] wie eine Bombe. Alle anwesenden Mitglieder des Landesausschusses der A.- und S.-Räte waren sich in der Verurteilung dieser wahnwitzigen Machenschaften einig. Doch wollte man nicht an ein Blutvergießen glauben.

Plötzlich fielen, noch während man verhandelte, in der Nähe des Landtagsgebäudes Gewehrschüsse. Empört sprang man auf. Wer ist der Schuldige an diesen Schießereien? Das war die erste Frage. Bald stellte es sich heraus, daß man außer regulären Truppen auch Studenten und ehemalige Offiziere nach Stuttgart gezogen und heimlich in Mannschaftsuniform gesteckt hatte, die nun auf den Straßen Stuttgarts ihr Mütchen an den revolutionären Arbeitern kühlten. Wir stürmten zu der Rumpfregierung in den Bahnhofsturm, der einer mit modernen Waffen ausgerüsteten mittelalterlichen Festung glich, verlangten sofortige Einstellung der militärischen Maßnahmen und ersuchten dringend um ein Eingehen auf Verhandlungen über die Forderungen der Demonstranten, um eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Wir baten vergebens. Die Regierung war nicht mehr frei. Sie war, wenn auch vielleicht ungewollt und unbewußt, der Gefangene der Gegenrevolution geworden. Inzwischen gingen die Schießereien auf den Straßen Stuttgarts weiter. Die Bourgeoissprößlinge in Soldatenuniform lechzten nach Arbeiterblut.

Wir eilten zurück nach Ludwigsburg, um Bericht zu erstatten und Maßnahmen zu treffen, um ähnliche Verhältnisse von Ludwigsburg abzuhalten. Als wir in Ludwigsburg angekommen waren, war schon der Befehl da, Truppen nach Stuttgart zu schicken. Woher der Befehl gekommen war, wußte niemand. Doch bald sollte das Rätsel gelöst werden. Durch Telefonruf gibt sich ein gewisser Hertneck, Soldatenrat im Regiment 125, als Befehlsgeber zu erkennen. Wir haben es natürlich abgelehnt, von dieser Stelle Befehle entgegenzunehmen. Kurz darauf erhielten wir folgendes Schriftstück:

An die Einwohnerschaft Groß-Stuttgarts

Nach heute ergangener Aufforderung der Garnison Stuttgart sowie im Benehmen mit den größeren Garnisonen des Landes beantragen wir folgendes:

1. Ab 10. Januar 1919 werden Straßendemonstrationen strengstens untersagt. Ansammlungen haben zu unterbleiben, jeder hat seiner Arbeit nachzugehen.

2. Der Leiter des Kriegswesens Fischer ist, da er sich mit Spartakus solidarisch erklärte, seiner Dienststellung enthoben, Fischer wurde von den Soldatenräten nur unter der Zusage, daß er den Standpunkt der Mehrheitssozialdemokratie einnehme, mit der Wahrnehmung seines Amtes beauftragt.

3. Die Wahlen finden, wie schon bekanntgegeben, ordnungsgemäß statt.

4. Den Anordnungen der Sicherheitsorgane ist Folge zu leisten.

| | | |
|---|---|---|
| Garn.-Rat Stuttgart | Gren.-Regt. 119 | Inf.-Regt. 125 |
| gez. Schroff. | gez. Hugel. | gez. Hertneck. |

Die provisorische Regierung erhebt diesen Antrag zum Beschluß.

gez. Blos
Ministerpräsident

Wir waren entsetzt über ein derartiges diktatorisches Vorgehen, das mit Naturnotwendigkeit seine Spitze gegen die Arbeiterschaft richten und deren radikaler gerichteten Teil in eine unversöhnliche Kampfstellung treiben mußte. Wir erkannten darin sofort den, wenn auch vielleicht unbewußten und ungewollten, Beginn der Abschnürung der Weiterentwicklung der Revolution und damit den Beginn der Gegenrevolution. Am gleichen Tage noch wurde uns der Inhalt folgenden Flugblatts von der Regierung telefonisch übermittelt, das am andern Tage zur Verteilung kommen sollte:

An das Württembergische Volk!

Die prov. Regierung ist beauftragt, die Errungenschaften der Revolution zu erhalten und auszubauen. Zu diesem Zweck war es ihre Hauptaufgabe, die Wahlen einer verfassunggebenden Landesversammlung vorzubereiten und zu sichern.

Bei der Erfüllung dieser Aufgabe ist die Regierung fortgesetzt durch Bedrohung und Überfälle der Spartakusleute gestört worden.

Diese winzige Minderheit unseres Volkes, die auch jetzt wieder mit russischem Geld arbeitet, glaubt die Zeit für gekommen, die Macht zu erringen und den Terror in Deutschland aufrichten zu können. Das mit dem Überfall auf die Regierung von gestern Begonnene soll heute fortgeführt und ihre Herrschaft mit Waffengewalt und Blutvergießen aufgerichtet werden.

Die Regierung hat bisher mit der größten Zurückhaltung und Geduld der Entwicklung der Dinge zugesehen. Die Ereignisse von gestern zwingen uns aber nunmehr mit aller Entschiedenheit zuzugreifen, um dem geplanten bewaffneten Angriff zu begegnen. Sie hat sich daher unter den Schutz der Sicherheits-Kompanien gestellt und diese beauftragt, mit aller Entschiedenheit die Entwaffnung der Ruhe- und Friedenstörer in den nächsten Wochen durchzuführen. Wir brauchen Ruhe und Ordnung, wenn nicht unser Volk in den nächsten Wochen zugrunde gehen soll.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist daher erste Pflicht der Regierung. Wir fordern daher alle Volksgenossen auf, uns bei dieser Arbeit in den nächsten Tagen mit allen Kräften zu unterstützen. Wenn wir Frieden haben wollen, müssen wir geordnete Wahlen und eine ruhige Arbeit der Landesversammlung sicherstellen, wenn wir die Errungenschaften der Revolution wahren sollen und vor allem der Arbeiterschaft erhalten wollen. Da muß jetzt mit allen Putschversuchen und unverantwortlichen Fanatikern ein Ende gemacht werden. Dazu sind wir entschlossen, und das Württembergische Volk muß uns dabei helfen.

Darum heraus Ihr Arbeiter, stellt Euch an unsere Seite und rettet Euer Werk und Unser aller Zukunft.

Stuttgart, den 10. Januar 1919
Für die prov. Regierung Württemberg
gez. Blos
Ministerpräsident

Der Garnisonrat Ludwigsburg verurteilte einmütig die ganzen Vorkommnisse, insbesondere die Bildung und das Eingreifen der Studenten und Offizierskompanien. Andererseits war man sich aber auch einig in der Verurteilung jeder putschistischen politischen Taktik. Man beschloß, folgendes Flugblatt an die Bevölkerung Ludwigsburgs verteilen zu lassen:

Soldaten! Arbeiter! Bürger!

Die politische Erregung der letzten Tage hat zu den bedauerlichsten Ereignissen, insbesondere in Stuttgart, geführt. Volksgenossen! Es gilt, die Nerven im Zaume zu halten.

Der Garnisonrat Ludwigsburg ist fest entschlossen, Ausschreitungen jeder Art zu verhindern, um den Bürgerkrieg zu verhüten. Der Garnisonrat als oberste militärische Instanz der Garnison warnt alle Angehörigen der Garnison Ludwigsburg vor eigenmächtigem gewalttätigen Handeln. Bei etwaigen Ruhestörungen darf das Militär nur auf seinen Befehl eingreifen. Der Garnisonrat wird alle Zuwiderhandelnde und alle, die mit seinem Namen Mißbrauch treiben, rücksichtslos zur Verantwortung ziehen. Dem Garnisonrat ist es bis jetzt gelungen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dieses kann künftig nur der Fall sein, wenn ihn in diesem Bestreben alle Bewohner der Stadt unterstützen. Es sind umfassende Vorkehrungen getroffen, um den ungestörten Verlauf der Wahlhandlung zu sichern.

Der Garnisonrat Ludwigsburg.

Die Ruhe blieb denn auch in Ludwigsburg vollständig gewahrt. Was wir angesichts des Vorgehens der Regierung voraussahen, trat ein. Die politische Situation verschärfte sich immer mehr. Die Regierung ließ eine Anzahl Führer des Spartakusbundes verhaften. Wiederholt wurde von den A.- und S.-Räten, besonders auch auf deren Landesversammlungen, einstimmig die Aufhebung der unvernünftigen Maßregel gefordert. Doch immer vergebens. Immer stürmischer wurde das gleiche auch von immer größeren Massen der Arbeiterschaft verlangt. Die politischen Verhältnisse wurden immer kritischer. Schließlich verdichtete sich die Stimmung bei einem großen Teil der Arbeiterschaft zu einem Generalstreik[42]), durch den neben der Forderung auf Freilassung der

[42]) Vgl. zum Verlauf des Generalstreiks Ende März/Anfang April die als Nr. 12 abgedruckten Protokolle der Landesausschüsse der A.- und S.-Räte.

politischen Inhaftierten die Forderung auf Aufhebung des Belagerungszustandes, des Verbots der Versammlungen unter freiem Himmel und der Wiedereinstellung der durch den Januarstreik Gemaßregelten durchgedrückt werden sollte. Anhänger der sozialdemokratischen Partei, der U.S.P. und der Kommunistischen Partei hatten sich zusammengefunden und zur Durchführung des Generalstreiks einen „Aktionsausschuß des geeinigten Proletariats" gebildet.
Es kam zu großen Demonstrationen in Stuttgart, die, darin stimmten weite Kreise überein, zweifellos einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf genommen hätten, wenn man sie in Ruhe gelassen hätte. Statt dessen hatte man wieder große militärische Vorbereitungen getroffen und die Offiziers- und Studentenkompanien nach Stuttgart einberufen. Sofort wurde von der Regierung mit dem schwersten Geschütz aufgefahren und der Belagerungszustand verhängt. Wir Ludwigsburger waren dadurch in eine eigenartige Situation gekommen. Von der politischen Unvernünftigkeit der Regierungsmaßnahmen überzeugt und weiter überzeugt, daß der Regierungszug, wenn auch vielleicht ungewollt, im Eilzugtempo nach rechts steuert und die ganze Revolution ins Verderben fährt, hätten wir uns eigentlich konsequenterweise mit allen Mitteln dagegen wenden müssen. Man war sich jedoch bewußt, daß das offenen Kampf gegen die Regierung bedeutet hätte, mit allen seinen Folgen. Einstimmig wurde das Verhalten der Regierung verurteilt und von einem Teil des Garnisonrats militärisches Eingreifen gegen die Regierung verlangt. Es besteht kein Zweifel, daß bei der Stärke der uns zur Verfügung stehenden militärischen Kräfte das Eingreifen von Erfolg begleitet gewesen wäre. Nur dem Ausschuß des Garnisonrats, der immer wieder zur Besonnenheit mahnte und darauf hinwies, daß sofort eine Reichsexekution durch den Reichswehrminister Noske folgen würde, ist es zuzuschreiben, daß ein militärisches Eingreifen und damit ein großes Blutvergießen unterblieb.
Auch unter der Ludwigsburger Arbeiterschaft gärte es; auch sie war mit dem Regierungskurs nicht einverstanden und erhob ebenfalls die Forderungen der Stuttgarter Arbeiterschaft. Wir ließen nun nicht etwa Maschinengewehre gegen sie auffahren, sondern wir waren bemüht, durch Öffnung eines Ventils dem Unwillen der Arbeiterschaft Luft zu machen, um eine Explosion zu verhüten. Deshalb setzten wir uns mit den Wortführern der Arbeiterschaft aller Richtungen in Verbindung und vereinbarten, daß auf dem Marktplatz eine öffentliche Versammlung stattfinden solle. Diese Versammlung nahm einen durchaus ruhigen Verlauf und beschloß, in einen kurzen Proteststreik einzutreten. Wir wiesen darauf hin, daß die Ruhe und Ordnung unter allen Umständen gewahrt bleiben müsse, sonst wären wir zum Eingreifen entschlossen. An die Kreise, die den Bürgerstreik vorbereiteten, wurde die gleiche Warnung gerichtet und ihnen bekanntgegeben, daß, sobald sie die Lebensmittelversorgung gefährden würden, energisch eingegriffen und mit militärischen Kräften die Lebensmittelversorgung weitergeführt würde.
Die Arbeiterschaft der militärischen Ämter sowie die Arbeitskompanie waren ebenfalls am Streik beteiligt[43]). Dieses besonnene und energische Auftreten hatte den Erfolg, daß in Ludwigsburg die ganze Bewegung ruhig und ohne jeden Zwischenfall verlief. Hätte man so überall gearbeitet dann wäre unnötiges Blutvergießen erspart worden. Anstatt aber von uns zu lernen, wurden wir andauernd von den Spähern des Leutnants H[ahn] bespitzelt und ausgespäht, ob man uns nicht bei irgendeiner passenden Gelegenheit fassen könnte. Längere Zeit hindurch war durch den Leiter der Sicherheits-

---

[43]) An dieser Stelle des maschinenschriftlichen Manuskripts wurde folgende Passage gestrichen: „Bei den Unternehmen der Privatindustrie setzten wir durch, daß die Streiktage den Arbeitern bezahlt wurden. Das gleiche veranlaßten wir bei der Arbeitskompanie, was zu heftigem Protest des Major Seeger, des Führers der Arbeitskompanie, führte."

Truppen der Spitzel H[eller], früherer Sergeant im Feldartillerieregiment 29, geb. zu Marbach a.N., mit der [Be]Spitzelung des Garn.-Rats betraut. Dieses moralisch sehr tiefstehende Individuum mußte natürlich für seine Bezahlung „Arbeit" aufweisen. Da nun aber beim besten Willen kein Material über den Garnisonrat zu dieser Arbeit zu bekommen war, wurde dieses von dem sauberen Burschen kurzerhand fabriziert. Er war durch den Leutnant H[ahn] mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet. Sobald irgendwo ein Streik losbrechen oder eine Demonstration in Gang kommen sollte, sollte er neben dem Kommunistenführer R[ömer], der zu dem Garn.-Rat keinerlei Beziehungen hatte, Schuler und Speidel verhaften, und falls Reiner sich etwa für Schuler und Speidel einsetzen sollte, sollte auch er in Haft genommen werden. Eines schönen Tages glaubte er nun genügend Material hergestellt zu haben. Er machte seinem Auftraggeber die Mitteilung, daß er nun zu einer Verhaftung schreiten könne und bitte um besondere Verhaftungsbefehle und um einen Kraftwagen zum Abtransport der Hochverräter. Beides wurde ihm bewilligt. Durch den „bekannten glücklichen Zufall" erhielten wir in diesem Augenblick Kenntnis von der Sache. Schuler fuhr sofort im Kraftwagen nach Stuttgart zu Bettinger, dem Vorsitzenden des Landesausschusses der S.-Räte Württembergs, und verständigte ihn davon unter Einlegung eines Protests gegen diese Machenschaften. Sodann ging er geradewegs in die „Höhle des Löwen" hinein; nämlich in den Bahnhofsturm. Schuler sagte sofort dem Leutnant H[ahn] auf den Kopf zu, was gegen ihn, Speidel und Reiner veranlaßt sei. H[ahn] war zunächst erstaunt, konnte es aber nicht in Abrede stellen und redete sich darauf hinaus, daß wiederholt Meldungen, insbesondere über Schuler, bei ihm eingegangen seien, die ihn veranlaßt hätten, auf diese Weise einzuschreiten. Schuler schilderte nun die ganze Hohlheit und Verlogenheit dieser schmutzigen Machenschaften. H[ahn] merkte, daß er von seinen „Kundschaftern" hereingelegt worden war und machte die angeordneten Maßnahmen sofort rückgängig. In Ludwigsburg harrte man inzwischen der Entwicklung der Dinge. Wäre Schuler nicht mehr zurückgekehrt, dann wären sofort die Ludwigsburger Sicherheitstruppen, einschließlich der Artillerie, nach Stuttgart gerückt, um die Freilassung mit den schärfsten Mitteln zu erzwingen. Die Folgen wären zweifellos unabsehbar gewesen[44]).

Das politische Leben hatte sich nach der Generalstreikwoche wenigstens äußerlich beruhigt. Innerlich gärte und kochte es weiter. Das Vorgehen der Regierung hatte die innere politische Lage erheblich verschärft und große Massen der Arbeiterschaft weiter nach links getrieben. Der Zustrom zu den beiden sozialistischen Oppositionsparteien gab davon deutlich Kunde. Andererseits vermehrte die Untätigkeit der Regierung und das immer frechere Hervortreten der Reaktion die Unzufriedenheit weiter Bevölkerungskreise. Da kam plötzlich die Kunde aus Bayern, daß in München U.S.P. und Mehrheitssozialisten sich vereinigt und die Räterepublik Bayern ausgerufen hätten. Kurz darauf folgte die Meldung, daß die Räteregierung gestürzt und die kommunistische Partei sich der Regierungsgewalt bemächtigt hätte. Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß diese Vorgänge eine innere Angelegenheit Bayerns seien, in die sich die württembergische Regierung nicht dreinzumischen hätte. Wenn die gestürzte bayerische Regierung nicht der Bewegung selbst Herr würde, dann beweise das, daß sie keine Anhänger mehr habe und daß die breite Masse des bayerischen Volkes hinter der Räterepublik stünde. Anders dachte die württembergische Regierung.

Die gestürzte bayerische Regierung Hoffmann war nach Ulm gekommen, wo sie eine Konferenz mit Vertretern der württembergischen Regierung im Beisein von Leutnant

---

[44]) An dieser Stelle des Manuskripts ist eine längere Passage gestrichen, in der geschildert wird, wie Hahn vergebens versuchte, die Entlassung Speidels aus einer der Ludwigsburger Sicherheitskompanien durchzusetzen.

H[ahn] und dem Vorsitzenden des Landesausschusses der S.-Räte Württembergs, Bettinger, abhielt. Dort wurde von der württembergischen Regierung die Zusage gegeben, Truppen zur Unterstützung der gestürzten Regierung Hoffmann nach Bayern zu senden. Sofort wurde an die Erfüllung der Zusage gegangen. Auch an uns erging der Ruf, eine Sicherheitskompanie und zwei Sicherheitsbatterien der Expedition beizugeben. Wir waren dadurch vor eine schwere Entscheidungsfrage gestellt. Einerseits mußten wir, von unserer innersten Überzeugung getrieben, das Vorgehen der württembergischen Regierung verurteilen, andererseits fehlten uns die Mittel, irgend etwas Wirksames dagegen zu tun. In der zur Entscheidung berufenen Garn.-Rats-Sitzung wurde ein Beschluß gefaßt, der einstimmig die bayerische Expedition verurteilt, bedauert, nichts dagegen tun zu können und es deshalb den einzelnen Soldaten freistellt, ob sie sich daran beteiligen wollen oder nicht.
Zwei Sicherheitsbatterien haben sich dann daraufhin der Expedition angeschlossen. Beim Sicherheitsbataillon scheiterte jeder Versuch, die Soldaten zur Teilnahme zu bewegen. Von der Zentralleitung der Sicherheitstruppen erschienen der Hauptmann v. H[eider] und der Landtagsabgeordnete Oster und versuchten auf des Bataillon einzuwirken; auch das blieb ohne Erfolg. Das Bataillon wurde deshalb aufgelöst und unter neuen und strengeren Gehorsamsbedingungen neu aufgestellt. Mehr als drei Viertel der Unteroffiziere und Mannschaften des Bataillons nahmen darauf ihre Entlassung. Auch Schuler legte seinen Adjutantenposten nieder, da er es unter dem neuen politischen Kurs mit seiner politischen Überzeugung nicht mehr vereinbaren konnte, und auch voraussah, daß es nunmehr zur Unmöglichkeit werden mußte, eine Truppe aus sozialistischen Arbeitern zu bilden. Er vertrat die Ansicht, daß unter diesen Umständen die Freiwilligentruppen mit Naturnotwendigkeit sich zu Söldnerhaufen entwickeln müssen, die sich von den Prätorianergarden des alten Roms nur noch dem Namen nach unterscheiden. Vom Kriegsministerium und der Zentrale der Sicherheitstruppen wurde wiederholt versucht, Schuler zu bewegen, daß er auf seinem Posten bleibe. Man versuchte, seine politischen Bedenken zu zerstreuen. Der originellste Vorschlag wurde ihm von Unterstaatssekretär K[rais], dem Vertreter des Kriegsministers, gemacht, der ihm erklärte: „Treten Sie doch der sozialdemokratischen Mehrheitspartei bei, dann sind Sie alle Gewissensskrupel los." Schuler ließ sich jedoch durch keinerlei Sirenengesänge betören und blieb bei seinem Entschluß.
Inzwischen war die Expedition nach Bayern in Fluß gekommen. Neben Sicherheitstruppen nahmen Teile der Abteilung Haas und die, wenn es gegen die revolutionäre Arbeiterschaft geht, unvermeidlichen Studentenkompanien teil. Im Kontingentsgebäude in Ulm wurde der Stab des württembergischen Kommandos untergebracht. Dort befand sich auch das Pressequartier, in dem die Waffe der Verleumdung geschmiedet wurde, die bei keinen kriegerischen Unternehmungen fehlen darf, und die auch den Verlauf des Weltkriegs entscheidend beeinflußt hat. Wir waren ferne davon, die Ausrufung der Räterepublik zu billigen oder sie gar als den Ausfluß der höchsten politischen Klugheit zu betrachten. Der Schmutz und das Verleumdergift, das aber hier in dieser Pressehexenküche zusammengebraut wurde, um gegen die Häupter der Räterepublik geschleudert zu werden und die Freiwilligentruppen anzufeuern, erfüllte uns mit Abscheu und Empörung. Nur in dem Kopfe eines politischen „Gehirnsyphilitikers" konnten diese erbärmlich elenden Pamphlete entstanden sein, mit denen die Räterepublik Bayern totgeschlagen werden sollte.
Um ein Bild über die Verhältnisse in Bayern zu bekommen, wurde Schuler beauftragt, an Ort und Stelle Beobachtungen zu machen und nach den Ludwigsburger Truppen zu sehen. Letztere fand er zum Teil in einem Vorort Augsburgs, in welchem auch die Studentenkompanien untergebracht waren. Es gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit, eine Geschichte der bayerischen Sturmtage zu geben. Ausgesprochen aber muß wer-

den, daß diese zu den dunkelsten der neueren deutschen Geschichte gehören. Was in ihnen eine aufgehetzte, mit blutrünstigen Phrasen berauschte und durch erbärmliche Verleumdungen verblendete Soldateska im Bunde mit den bewaffneten Bourgeoissprößlingen und unter Führung der reaktionären Offizierskaste an den arbeitenden Massen Münchens und anderer bayerischer Orte verübt haben, schreit zum Himmel[45]). Die inneren politischen Verhältnisse erfuhren durch die bayerische Expedition eine weitere wesentliche Verschärfung, und diejenigen, die geglaubt haben, daß es möglich sei, in Württemberg ohne große revolutionäre Stürme die politische und wirtschaftliche Entwicklung vorwärtszutreiben, erlebten eine bittere Enttäuschung. So wird denn der Kampf auch in Württemberg in schärferen Formen weitergehen, über dessen Endausgang wir nicht im Zweifel zu sein brauchen. Die Hoffnung wollen wir aber aussprechen, daß der weitere Weg zu der historisch notwendigen Etappe mit möglichst wenig Blut besudelt sein möge. Das viele Blut der revolutionären Arbeiter, die in edlem Draufgängertum voranstürmten, wird jedoch nicht umsonst geflossen sein. Das Vorgehen der Reaktion wird sich als ein Teil der Kraft erweisen, die stets das Böse will und doch das Gute schafft. Den Schuldigen und Mitschuldigen an der Schändung der Revolution, an den barbarischen Niedermetzelungen der Revolutionäre wird aber noch lange ununterbrochen der Schrei der Gemordeten in den Ohren klingen: „Aus unseren Gebeinen wird ein Rächer erstehen!" E. Sch[uler]

## Schlußbemerkungen

Wir haben in den vorstehenden Blättern selbstverständlich keine detaillierte Darstellung der vielgestaltigen und umfangreichen Arbeiten geben können, die uns die Revolution zuwies. Wir wollten auch keine eigentliche Revolutionsgeschichte geben. Was wir gegeben haben, ist lediglich ein Ausschnitt aus unserer vielseitigen und oft sehr schwierigen Tätigkeit. Je nach der politischen Stellung, die der einzelne einnimmt, wird er unsere Arbeit würdigen. Von den Anbetern des Gestürzten erwarten wir kein Lob. Die revolutionär und sozialistisch Denkenden werden uns jedoch, so hoffen wir, eine gerechte Würdigung des von uns Geleisteten nicht versagen. Wenn der Satz richtig ist, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist, dann glauben wir voll und ganz die Forderungen politischer Klugheit erfüllt zu haben, wobei wir stets bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen sind. Politische Rückwärtser und politische Heißsporne und Eiferer mögen uns deshalb bekritteln. Alle unsere Handlungen waren stets getragen von der innersten Überzeugung, das Beste im Interesse der Entwicklung der Revolution zu tun. Die Grenzen, die uns die Verhältnisse setzten und die stärker waren als unser Wünschen und Wollen, konnten wir nicht überspringen.

---

[45]) Vgl. zum Einsatz der württembergischen Truppen gegen die Münchener Räterepublik auch die Berichte der nach München entsandten Landesausschußmitglieder Bettinger und Mitschele (Nr. 7 Anm. 115).

# VII.

# Aufrufe, Richtlinien, Gesetze und Verordnungen

## 24. Kundgebung der Provisorischen Regierung vom 9. November 1918

**Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 1 f.**

An das württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise unblutige Revolution hat sich heute vollzogen.

Die Republik ist erklärt.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab, und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den Freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat berufene Arbeitsausschuß, dem sich General v. Ebbinghaus mit seinem Offizierkorps zur Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen, ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung aufgrund der in unserem Programm bekanntgegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen sowie die Arbeit wiederaufzunehmen.

Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter anmaßen, ist mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsorgane. Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat.

Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten, erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun.

Freies Versammlungs- und Vereinsrecht ist für alle Zivil- und Militärpersonen gewährleistet.

Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockungen eintreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sämtlicher Erwerbsschichten aufs nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbieten brüderlichen Gruß den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen, dauernden Frieden der Gerechtigkeit herbeiführen zu helfen.

Stuttgart, 9. November 1918.

Die Provisorische Regierung:

Vorsitz: Blos, Crispien; Auswärtiges: Blos; Inneres: Crispien; Arbeitsministerium: Lindemann; Finanzen: Thalheimer[1]); Kult: Heymann; Justiz: Mattutat; Krieg: Schreiner.

[1]) Was den Namen von Thalheimer unter diesem Aufruf anbetrifft, s. Einleitung, S. LVII.

## 25. Aufruf der Provisorischen Regierung vom 11. November 1918

**Sten. Ber. Landesversammlung I, Beilagenband 1, S. 2.**

An das württembergische Volk!

Das am 8. November gebildete parlamentarische Gesamt-Ministerium hat seine Entlassung erbeten und erhalten.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben die Geschäfte übernommen und die gesamte öffentliche Gewalt liegt von nun ab in den Händen der Provisorischen Regierung.

Die Provisorische Regierung hat ihr in der Kundgebung vom 9. November[1]) gegebenes Versprechen erfüllt, geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranzuziehen ohne Rücksicht auf deren politische oder religiöse Gesinnung. Es sind in die Regierung neu eingetreten die Herren Baumann für das Ernährungswesen, Kiene für die Justiz, Liesching für die Finanzen. Das Verkehrswesen bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt. Die obersten fachmännischen Leiter bleiben für die Eisenbahnen der Präsident der Generaldirektion der Staatseisenbahnen Staatsrat Stieler, für das Postwesen der Präsident der Generaldirektion der Posten und Telegraphen Metzger.

Diese Gestaltung der Dinge ist erfolgt im Einvernehmen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat.

Nur Verfügungen, die von der Regierung und den zuständigen Ministerien ausgehen, haben Rechtskraft. Die bisher von anderen Stellen abgegebenen Ausweise verlieren sofort ihre Gültigkeit.

Alle Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch besondere Verfügungen der Regierung geändert oder aufgehoben werden. Dies gilt insbesondere für alle die Bewirtschaftung der Lebensmittel regelnden Vorschriften.

Der Sicherheitsdienst wird von den bisherigen staatlichen und gemeindlichen Organen unter Mitwirkung von Soldaten ausgeübt. Die Soldaten folgen ausschließlich den Anordnungen des Leiters des Kriegswesens.

Eine ausgedehnte Amnestie wird in den allernächsten Tagen gewährt.

Die Umwälzung ist vorläufig vollzogen. Die friedliche Entwicklung muß das weitere Ziel sein. Pflicht aller Volksgenossen ist es, hierbei mitzuwirken und die gewaltigen Kulturaufgaben zu fördern, die nach den Zerstörungen des Weltkriegs vor uns stehen.

In erster Linie muß die strengste Ordnung gesichert werden, um die Städte und Industriegebiete vor dem Hungertod zu schützen. Das Land hat alle Veranlassung, eine geordnete Verpflegung der Städte und der zurückkehrenden Truppenmassen sichern zu helfen, da nur so ein regelloses Hinwegströmen über das platte Land mit allen seinen schlimmen Folgen verhindert werden kann.

Die heute schon herrschende Not wird durch das Zurückfluten Hunderttausender von Soldaten ins Ungeheuere gesteigert. Diese unerhörte Zwangslage nötigt zu sofortigen scharfen und weitgehenden Maßnahmen.

---

[1]) Vgl. Nr. 24.

Der Ausgang des Krieges und nicht die politische Umgestaltung in Württemberg zwingt zu unvermeidlichen weiteren Einschränkungen.
Unternehmer und Arbeiter, Handwerker und Bauern müssen jeder Erschütterung der Volkswirtschaft, jedem regellosen Durcheinander mit allen Kräften vorbeugen!
Planmäßiges, organisatorisches, friedliches und freiheitliches Zusammenarbeiten ist unsere Richtschnur. Setze jeder seinen Dienst und seine Arbeit in gewohnter Weise fort!
Die Soldaten in die Kaserne!
Die Arbeiter und Angestellten in den Betrieb!
Die Beamten auf ihren Posten!
Die Handwerker in die Werkstatt!
Die Bauern an ihre Arbeit!
Für jeden Bürger gilt die Arbeitspflicht!
Stuttgart, den 11. November 1918

Die Provisorische Regierung:

Blos Baumann Crispien Heymann Kiene Liesching Lindemann Schreiner

## 26. Regierungserlaß über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 14. Dezember 1918

**Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 295 vom 16. Dezember 1918**

Beschluß

Im Anschluß an die Verordnungen der Zentralregierung der Deutschen Republik werden für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte innerhalb der Republik Württemberg nachfolgende Satzungen aufgestellt:

I.

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte bilden die revolutionäre Grundlage des neuen Regierungssystems. Verordnungen der Provisorischen Regierung werden in wichtigen Fällen im Einverständnis mit dem Landesausschuß der Arbeiter- und Soldatenräte erlassen.

II.

Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sind von den staatlichen und Gemeindebehörden bei den die öffentliche Wohlfahrt betreffenden Maßnahmen neben den Vertretern der Gewerkschaften zur Mitarbeit zuzuziehen; sie kontrollieren die Durchführung der von der Regierung, den Gemeinden und ihren Behörden getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Die Tagesordnungen der öffentlichen Sitzungen der Gemeindekollegien sind den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten vorher zu übermitteln.

III.

Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche oder kommunale Verwaltungstätigkeit.

Kommen die örtlichen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte zu der Überzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- oder Gemeindeverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Abstellung der Mißstände an den Landesausschuß richten, der dann gemeinsam mit der Regierung entscheidet.

IV.

Die Kosten der Landesversammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte sowie die Kosten des Landesausschusses trägt die Staatskasse. Die Kosten der örtlichen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte sind von den Gemeinden, in denen diese Räte ihren Sitz haben, zu tragen. Für die Kosten der Soldatenräte behalten sich Staat und Gemeinde Ersatz aus der Reichskasse vor.

Die Kosten bestehen außer dem Aufwand für einen Versammlungsraum nebst dazugehörigen Arbeitsräumen einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung und den notwendigen Kanzleikosten aus den Taggeldern und gegebenenfalls den Reisekosten der Mitglieder. Bei der durch die Not der Zeit gegebenen Knappheit der öffentlichen Mittel ist dieses Taggeld in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten und die Zahl der Mitglieder der Räte nicht allzusehr auszudehnen.

Über die Ausgaben ist den Staats- oder Gemeindekassen genaue mit Belegen versehene Rechnung zu stellen. Die Weiterbezahlung von Staats- und Gemeindemitteln er-

folgt erst nach dem Nachweis über die richtige Verwendung der vorher geleisteten Zahlungen.

Stuttgart, 14. Dezember 1918

Für die Provisorische Regierung:
Blos
Für den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats:
Eggert

## 27. Richtlinien für die württembergischen Soldatenräte vom 16. Dezember 1918[1])

**MVBl. 1919, Nr. 3 vom 13. Januar 1919, S. 11 ff.**

I. Gliederung des Soldatenrats

Der Soldatenrat ist die Vertretung der Gesamtheit der Soldaten Württembergs. Er setzt sich zusammen aus gewählten Vertretern und gliedert sich in
a) Kompanierat (Vertreter der Kompanie);
b) Bataillonsrat (Vertreter des Bataillons, der Abteilung usw.);
c) der Regimentsrat (Vertreter des Regiments);
d) Garnisonrat (örtlicher Soldatenrat);
e) Soldatenrat für Württemberg.

Alle Militärpersonen (Offiziere, Militärbeamten, Unteroffiziere, Soldaten) haben gleiches Stimmrecht. Jeder kann wählen und gewählt werden.

a) Der Kompanierat: Jede Kompanie, Batterie, Eskadron und jedes Lazarett wählt für ca. 150 Militärpersonen einen Vertreter und je einen Stellvertreter. Auf je weitere 150 einen Vertreter und einen Stellvertreter mehr usw. Für militärische Behörden und Kommandostellen, soweit sie diesen Stärken entsprechen, gilt das gleiche. Kleinere Behörden schließen sich, wo möglich, dem Truppenteil an, dem sie in bezug auf Löhnung und Verpflegung zugeteilt sind. Wenn sie jedoch eine Stärke von annähernd 80 Mann haben und aus Kommandierten und dergleichen bestehen, die in ihrer Kompanie fast unbekannt sind (z. B. Lazarette), so wählen sie einen eigenen Vertreter und Stellvertreter. Im Zweifelsfall entscheidet der Garnisonrat, welcher die Wahlprüfung endgültig vornimmt.

b) Der Bataillons-, Abteilungsrat usw.: Sämtliche Kompanieräte eines Bataillons usw. bilden den Bataillonsrat. Dieser wählt einen Ausschuß von drei Personen einschließlich des Vorsitzenden.

c) Der Regimentsrat: Sämtliche Kompanie-, Batterie-, Eskadronräte eines Regiments bilden den Regimentsrat. Dieser wählt einen Ausschuß von drei bis fünf Personen, einschließlich des Vorsitzenden.

d) Der Garnisonrat: Sämtliche Räte der Kompanie, Batterie, Eskadron, Lazarette usw. der ganzen Garnison bilden den Garnisonrat. Dieser wählt einen Ausschuß von drei bis sieben Personen einschließlich des Vorsitzenden.

Sitzungen finden nach Bedarf statt, jedoch ist mindestens wöchentlich eine Sitzung abzuhalten.

e) Der Soldatenrat für Württemberg setzt sich zusammen aus den Vertretern des ganzen Landes. Die Wahl erfolgt durch die einzelnen Garnisonräte. Auf je 500 Militärpersonen entfällt ein Vertreter.

Garnisonen bzw. Standorte, Lazarette, Beamtenkörper und dergleichen, die weniger als 500 Militärpersonen haben, werden jeweils vom Landesausschuß einem Garnison-

---

[1]) Diese Richtlinien hatte die 2. Landesversammlung der S.-Räte auf ihrer Tagung am 11./12. 12. 1918 verabschiedet (vgl. Nr. 5). Sie wurden dann am 16. 12. 1918 vom württembergischen Kriegsministerium für den Bereich des XIII. (württembergischen) Armeekorps in Kraft gesetzt.

rat zugewiesen. Für jeden Vertreter ist in gleicher Weise durch besondere Wahl ein Stellvertreter zu wählen. In Zweifelsfällen entscheidet der Soldatenrat. Der Soldatenrat setzt einen Ausschuß von mindestens 21 Personen ein (Landesausschuß).
Der Soldatenrat ist vom Landesausschuß nach Bedarf, möglichst alle vier Wochen einmal einzuberufen. Während der Zeit, wo der Soldatenrat nicht tagt, nimmt der Landesausschuß die Gesamtheit der Rechte und Geschäfte des Soldatenrats wahr. Er ist für seine Handlungen und Unterlassungen dem Soldatenrat verantwortlich. Er hat das Recht, geeignete Kräfte und Unterorgane zur Mitarbeit heranzuziehen. Soweit erforderlich, hat er sich mit dem Landesausschuß des Arbeiterrates in Verbindung zu setzen und mit ihm gemeinschaftliche Beschlüsse zu fassen.
Aus dem Landesausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats ist ein Vollzugsausschuß zu bilden.

II. Rechte und Pflichten der einzelnen Räte

Die Räte haben ihren ganzen Einfluß geltend zu machen, daß die Ordnung bei den einzelnen Truppenteilen so schnell als möglich hergestellt wird und aufrechterhalten bleibt. Sie sind vollständig dienstfrei und können nur mit ihrem Einverständnis aus dem Militärverhältnis entlassen oder versetzt werden. Sie haben keine Vorgesetzten, Urlaub erteilt ihnen, wenn nötig, der nächsthöhere Rat. Entsprechend den jeweils vorgenommenen Entlassungen verringert sich auch die Zahl der Kompanieräte.
Ob eine Neuwahl stattzufinden hat oder ob der bei der letzten Wahl mit der niedersten Stimmenzahl Gewählte ausscheidet, bestimmt der Bataillons-, im Zweifelsfalle der Regimentsrat.

a) Kompanieräte usw.

Sie haben Kontrollrecht über die Führung der Kompanie, ihnen untersteht der Aufklärungsdienst in der Kompanie.
Die Disziplinarstrafgewalt des Kompanieführers darf nur im Einverständnis mit den Kompanieräten ausgeübt werden.
Der allgemeine Dienstbetrieb wird durch den Kompanieführer im Einverständnis mit den Kompanieräten geregelt; ebenso Urlaubsangelegenheiten und Versetzungen.

b) Bataillonsrat

Der Bataillonsrat wählt die Vorgesetzten des Bataillons usw. (Bataillonsstab). Er kontrolliert durch seinen Vorsitzenden den Dienstbetrieb im Bataillon. Wo kein Regimentsrat besteht, bestimmt er im Rahmen der bestehenden Vorschriften die Entlassungen der Mannschaften aus dem Militärdienst. Disziplinarstrafen des Bataillonskommandeurs unterliegen seiner Zustimmung, ebenso die Urlaubsangelegenheiten und Versetzungen.
Entlassungen von Mannschaften, die zu Behörden kommandiert sind, dürfen nur im Einvernehmen mit dieser Behörde vorgenommen werden; wird eine Einigung nicht erzielt, so entscheidet der Garnison- bzw. Soldatenrat.

c) Der Regimentsrat

Der Regimentsrat wählt nach vorherigem Einvernehmen mit dem Landesausschuß und dem Kriegsministerium die Vorgesetzten des Regiments (Regimentsstab). Er kontrolliert durch seinen Vorsitzenden den Dienstbetrieb im Regiment und bestimmt im Rahmen der bestehenden Vorschriften die Entlassungen der Mannschaften aus dem Militärdienst. Disziplinarstrafen des Regimentskommandeurs unterliegen seiner Zustimmung, ebenso Urlaubsangelegenheiten und Versetzungen.

d) Der Garnisonrat

wählt die etwa nötigen höheren Vorgesetzten nach vorherigem Einvernehmen mit dem Landesausschuß und dem Kriegsministerium. Die allgemeinen Anordnungen der Gar-

nison (z. B. Zapfenstreich, dienstfreie Tage) liegen ihm ob. Er hat die Ruhe und Ordnung in der Garnison zu überwachen; falls Gefahr im Verzug ist, z. B. bei drohender Gegenrevolution, bei Plünderung und dergleichen, hat er die nötigen vorläufigen Maßregeln zu ergreifen und baldmöglichst die Regelung durch den Landesausschuß herbeizuführen.

e) Der Soldatenrat für Württemberg

regelt alle militärischen Fragen, soweit er als Inhaber der obersten Kommandogewalt zuständig ist, z. B. allgemeine Grundsätze der Entlassung aus dem Militärdienst, über Belassung von Montierungsstücken bei der Entlassung und die Art der Verpflegung. Er ist die höchste Instanz in allen militärischen Angelegenheiten.

III. Allgemeine Bestimmungen

1. Wahlen und Rechte der Vorgesetzten

Aus der Natur des Volksheeres ergibt sich, daß alle Militärpersonen einander gleich sind und ihre Vorgesetzten selbst wählen. Der Vorgesetzte ist Vorgesetzter nur im Dienst; außerhalb des Dienstes gibt es keine Vorgesetzten, daher auch keinen Grußzwang.

Im Dienst bleibt das Vorgesetztenverhältnis bestehen. Der Vorgesetzte hat daher unbedingten militärischen Gehorsam und Achtung zu verlangen.

Als Vorgesetzter kann nur gewählt werden, wer sich zu der neuen Regierung bekennt und dies zuvor erklärt hat. Vorgesetzte, die sich nicht in die neue Ordnung fügen und Schwierigkeiten bereiten, sind von den Räten an den Vorsitzenden des Soldatenrats zu melden.

Die Wahlen der Vorgesetzten haben in geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel zu erfolgen.

Alle Verwaltungsinstanzen bleiben vorläufig bestehen und die jetzt Amtierenden in ihren Ämtern. Falls die Militärpersonen eine andere Besetzung wünschen, haben sie dieses unter Angabe von Gründen dem Kriegsministerium mitzuteilen, das im Einvernehmen mit dem Landesausschuß hierüber entscheidet.

Als Vorgesetzte, die durch die Kompanieangehörigen gewählt werden, gelten insbesondere Kompanieführer, Kompanieoffiziere und Kompaniefeldwebel; soweit die Mannschaften zu den seitherigen Vorgesetzten kein Vertrauen haben, können diese aus den Reihen der Militärpersonen ersetzt werden. Ehemalige Vorgesetzte, die nicht gewählt wurden, sind an den Vorsitzenden des Soldatenrats und den Kriegsminister zu melden. Wachhabende, Kommandoführer usw. gelten für die Dauer der Wache bzw. des Kommandos als Vorgesetzte.

Ärzte, die nicht ausdrücklich als Vorgesetzte gewählt sind, versehen ihren Dienst als Ärzte. In jedem Bataillon, Abteilung usw. soll, wo möglich, ein Arzt als Vorgesetzter durch den Bataillonsrat gewählt werden; der älteste Bataillonsarzt ist zugleich Regimentsarzt.

2. Strafgewalt

Alle Vergehen, die nicht unter die Disziplinarstrafgewalt fallen, sollen bis zur Neuregelung der Militärgerichtsbarkeit den bürgerlichen Gerichten überwiesen werden.

Die Disziplinarstrafgewalt liegt in den Händen der mit Disziplinarstrafbefugnis ausgestatteten Vorgesetzten im Einverständnis mit den Räten (siehe Kompanie- und Bataillonsrat).

Strafmittel sind: Strafwache mit Entzug der Zulage, Verweis, Ausgangsentzug, öffentliche Rüge und Mittelarrest. Den Militärpersonen steht das Beschwerderecht vor dem Antritt der Strafe zu. Die Beschwerde geht an die nächsthöhere Instanz, Bataillons- (Abt.), Regiments- und Garnisonrat, letzte Instanz ist der Soldatenrat Württembergs. Die Beschwerdefrist beträgt 3 Tage.

Disziplinarstrafen kommen in Betracht für Verstöße gegen Ordnung und Reinlichkeit in der Kaserne, Beleidigungen, Gehorsamsverweigerung, Nichtbefolgung der gegebenen Anordnungen und Befehle, Urlaubsüberschreitungen.

### 3. Versammlungen

Es besteht kein Versammlungsverbot mehr. Militärpersonen können auch über dienstliche Angelegenheiten zusammen beraten und politische Versammlungen besuchen. Die Leitung der Soldatenversammlungen liegt in den Händen der Räte. Die Auswahl der Redner ist völlig frei.
In den Kompanien sind mindestens einmal in der Woche Versammlungen abzuhalten, innerhalb des Bataillons und Regiments nach Bedarf. Berichte über diese Versammlungen sind an den Vorsitzenden des Garnisonrats einzureichen. Redner können jederzeit auch bei der Propaganda-Abteilung angefordert werden.

### 4. Wahlordnung

Die Wahlen erfolgen durch Stimmzettel und sind geheim. Die Wahlhandlung regelt sich folgendermaßen:
Ein Wahlausschuß von drei Personen nimmt die Wahlvorschläge entgegen. Hierauf werden die Wahlzettel ausgegeben, die keinerlei Merkmale aufweisen dürfen und von gleichem Format sein sollen. Jeder Wähler versieht den Stimmzettel mit soviel Namen, als Räte zu wählen sind. Stimmzettel mit mehr Namen sind ungültig, solche mit weniger jedoch gültig. Jede Wahlbeeinflussung hat zu unterbleiben. Der Wahlausschuß nimmt, nachdem alle Anwesenden abgestimmt haben, die Zählung der Stimmzettel öffentlich vor, nimmt ein Protokoll nach folgendem Muster auf und gibt das Ergebnis der Wahlen bekannt. Als gewählt gilt, wer die höchste Stimmenzahl erreicht hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.
Die Wahl der Stellvertreter erfolgt in einem besonderen Wahlgang.

#### Muster des Protokolls

Wahltag:
Stärke der Kompanie:
Abgegebene Stimmzettel:

Vorgeschlagen waren:
1. Soldat N.N. 2. Soldat X. 3. Soldat pp.
Es erhielten Stimmen:
1. Soldat N.N. 2. Soldat X. 3. Soldat pp.
Somit sind gewählt:
1. Soldat N.N. 2. Soldat X. 3. Soldat pp.

Unterschriften:

Das Protokoll ist dem nächsthöheren Rat alsbald einzureichen. Die Stimmzettel sind verschlossen beim Truppenteil aufzubewahren.
Verstöße und etwaige Wahlanfechtungen sind sofort mit Angabe der Beweismittel dem nächsthöheren Rat einzureichen. Nach Eingang und Prüfung der Protokolle werden vom Ausschuß des Garnisonrats die Ausweise ausgestellt. Alle Räte sind an roten Armbinden mit der Aufschrift „Kompanierat" kenntlich. Diese Binden tragen den Stempel des Garnisonrats und des Truppenteils, den der Rat vertritt. Außer den Armbinden haben die Räte Ausweiskarten, die vom Garnisonrat ausgestellt und gestempelt werden. Formulare sind vom Landesausschuß zu beziehen. Andere Ausweise haben keine Gültigkeit.

## IV. Besondere Dienstvorschriften

### 1. Verpflegung

Die Verpflegung ist für alle Militärpersonen gleich. Offiziere, die an der Truppenküche teilnehmen, haben dafür den mit der Heeresverwaltung zu verrechnenden Satz zu bezahlen, Lebensmittelmarken sind abzugeben.
Die Überwachung der Küchen hat der Kompanie- beziehungsweise Bataillonsrat durchzuführen.

### 2. Bekleidung

Die Unteroffiziere und Mannschaften sind aus den vorhandenen Beständen mit guter, ordentlicher Kleidung zu versehen. Anspruch auf neue Bekleidung besteht nicht. Der Anzug außer Dienst soll stets ein geordneter sein, jedoch die persönliche Bequemlichkeit des Mannes nicht beeinträchtigen.
Ganzes oder teilweises Öffnen des Rockkragens (im Sommer) oder des Mantels (im Winter) können als unordentlicher Anzug nicht angesehen werden. Im Dienst ist der vorgeschriebene Anzug unbedingt einzuhalten. Es ist jedoch Sache der Räte, den Anzug im Dienst in jeder möglichen Weise zu erleichtern.
Die Reichskokarde kann getragen werden. Das Tragen von Waffen und Leibriemen ist nur im Wach- und Sicherheitsdienst gestattet. Diese Bestimmungen gelten bis zur endgültigen Regelung durch das Reich. Die Durchführung der Bekleidungsvorschriften überwacht der Kompanie- bzw. Bataillonsrat.

### 3. Ehrenbezeugungen

Die Ehrenbezeugungen im Stehen und in der Bewegung werden durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung ohne nähere Begrenzung der Dauer abgegeben. Geschlossene Abteilungen geben auf dem Marsch zum und vom Dienst keine Ehrenbezeugungen ab. Ist eine Abteilung zum Dienst angetreten und meldet der Diensttuer, der das Antreten zu veranlassen hatte, dem Vorgesetzten, so hat der Meldende als Ehrenbezeugung Stillgestanden! zu kommandieren, Augen rechts oder links kommt in Wegfall. Wachen, Posten und Patrouillen geben keine Ehrenbezeugung ab.

## V. Lazarettordnung

1. Die Reserve-, Zweig- und Vereinslazarette werden bis auf weiteres im bisherigen Umfang weitergeführt. Notwendig werdende Auflösungen verfügt das Kriegsministerium im Einverständnis mit dem Sanitätsamt und dem Soldatenrat.
2. Abgesehen von nachbenannten Ausnahmen erfolgt der Dienstbetrieb in der bisherigen Weise.
3. Sämtliche Ärzte und Beamten verbleiben, soweit nicht ihre Entlassung besonders verfügt wird, in ihren bisherigen Stellungen.
4. Die Ärzte gelten nicht mehr als militärische Vorgesetzte. Sie werden vom Kriegsministerium angestellt und unterliegen nicht der Wahl durch die Militärpersonen.
5. In jedem Lazarett, wo bisher ein Chefarzt war, wählen die Ärzte, Beamten, das Sanitätspersonal und die Kranken zur Leitung des Sanitäts- und Verwaltungsdienstes einen Chefarzt. Dieser hat zusammen mit dem Lazarettrat die Disziplinarbefugnis über das Personal und die Kranken; ebenso Urlaubsbefugnis über sämtliche Lazarettangehörigen. Die ihm vom Lazarettrat mitgeteilten Beanstandungen stellt er ab, soweit seine Zuständigkeit reicht, andernfalls gibt er sie weiter an die höhere Dienststelle. Klagen und Beschwerden untersucht er gemeinschaftlich mit dem Lazarettrat und gibt sie auf dem Dienstweg weiter.
6. Den ärztlichen Anordnungen haben die Kranken Folge zu leisten sowie die Hausordnung einzuhalten.

7. Die Kranken sind verpflichtet, Untersuchungen, welche zur Feststellung ihres Leidens erforderlich sind, an sich vornehmen zu lassen. Zur Vornahme einer Operation ist das Einverständnis des Kranken erforderlich.
8. Wünsche von Kranken auf Verlegung in andere Lazarette sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden.
9. Die Beköstigung der kranken Offiziere, Ärzte und Beamten ist die gleiche wie die der Mannschaften.
10. Das untere männliche Sanitätspersonal einschließlich Krankenwärter ist durch weibliches zu ersetzen, soweit der Dienstbetrieb dies zuläßt.
11. Beschwerden über Disziplinarstrafen gehen an den Garnisonrat.
12. In Orten, wo mehrere Lazarette sind, wird für gemeinsame Angelegenheiten ein Lazarettausschuß aus sämtlichen Vertretern der Lazaretträte und sämtlichen Chefärzten gebildet.
Sämtliche Bestimmungen bleiben so lange bestehen, bis von Reichs wegen Neuregelung erfolgt.

## 28. Ergänzung zum Regierungserlaß über die Stellung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, 8. Januar 1919

**Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 6 vom 9. Januar 1919**

In dem Beschluß der Provisorischen Regierung vom 14. Dezember 1918[1]) wird Art. IV durch folgende Bestimmung ergänzt:
Die Kosten für die Mitglieder der Arbeiter- und Bauernräte, die bei der Bezirksverwaltung oder den Kommunalverbänden tätig sind, werden von den Kommunalverbänden (Amtskörperschaften) getragen.
Im übrigen finden für diese Kosten die Bestimmungen des Art. IV sinngemäße Anwendung.
Die Höhe der Entschädigung für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte setzen die letzteren im einzelnen fest.
Die Gemeindebehörden und Oberämter, die mit der festgesetzten Entschädigung der Arbeiter- und Bauernräte nicht einverstanden sind, können die Entscheidung des Landesausschusses anrufen.
Der Landesausschuß entscheidet im Einvernehmen mit der Provisorischen Regierung.
Die Ministerien des Innern und der Finanzen werden mit Durchführung dieser Bestimmung beauftragt[2]).
Stuttgart, den 8. Januar 1919

Für die Provisorische Regierung:
Blos
Für den Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats:
H. Zernicke

---

[1]) Vgl. Nr. 26.
[2]) Vgl. dazu auch die vom Reich am 13. 1. 1919 erlassene Verordnung über das Finanzgebaren der Arbeiter- und Soldatenräte (Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 37).

## 29. Bestimmungen für den Neuaufbau des württembergischen Volksheeres vom 21. März 1919[1])

**HStA Stuttgart, E 135 Büschel 6. Umdruck: „Bestimmungen für den Neuaufbau des württ. Volksheeres".**

### I. Kommandogewalt

Die oberste Kommandogewalt in Württemberg hat der Kriegsminister. Er übt sie im Einvernehmen mit dem Landesausschuß der S.-Räte Württembergs aus.
Bei den höheren Verbänden und allen übrigen Formationen üben die Führer die Befehlsgewalt im Einvernehmen mit den zuständigen Soldatenräten aus. Sie sind ihren Vorgesetzten für ihre Tätigkeit verantwortlich.

### II. Vertretung der Soldaten

Bei den kleineren Einheiten (Kompanien pp.) wirken Vertrauensleute nach näherer Anordnung des Soldatenrats der Garnison, des Regiments pp. bei der Fürsorge für die Truppe und Aufrechterhaltung der Ordnung und Manneszucht und des gegenseitigen Vertrauens mit. Sie sind ehrenamtlich tätig und nicht dienstfrei. Jede Einheit wählt für 50 Angehörige einen Vertrauensmann. Angefangene 50 gelten als voll. Jede Einheit (Kompanie, Batterie, Eskadron, Behörde usw.) wählt für ca. 100 Militärpersonen einen Soldatenrat und einen Stellvertreter. Für jedes weitere Hundert einen Soldatenrat und einen Stellvertreter mehr. Soldatenräte und Vertrauensleute bleiben im Amt, solange sie das Vertrauen ihrer Wähler haben. Wird eine Neuwahl gewünscht, so muß dies von mindestens der Hälfte der Mandatgeber bei dem zuständigen Rat beantragt werden, der darüber entscheidet, ob Neuwahl stattzufinden hat.
Der Termin zur Wahl ist 8 Tage vorher bekanntzugeben.
Die Kompanie- pp. Räte bilden den Bataillons- pp. Rat und wählen einen Vorsitzenden. Sollte derselbe aus ihrer Mitte gewählt werden, so ist für ihn bei seiner Kompanie pp. eine Ersatzwahl vorzunehmen.
Der Regimentsrat setzt sich zusammen aus den Bataillonsräten und einem Geschäftsführer, welcher von den Bataillonsräten und deren Stellvertretern gewählt wird.
Die Regimentsräte eines Brigade- bzw. Divisionsverbandes wählen gemeinschaftlich einen Brigade- und einen Divisionsrat sowie je einen Stellvertreter.
In Standorten mit mehreren Truppenteilen oder Formationen und Behörden wird mit Zustimmung des Landesausschusses ein Garnisonsoldatenrat gebildet. Er tritt zum Garnisonältesten, Gouverneur oder Kommandanten in dasselbe Verhältnis wie ein Regimentssoldatenrat zu seinem Kommandeur.
Der Garnisonrat ist das Bindeglied zwischen Landesausschuß und Garnisonen. Er überwacht im Auftrage des Landesausschusses die Tätigkeit der Truppenräte der Gar-

---

[1]) Diese Bestimmungen hatte die 4. Landesversammlung der S.-Räte, die vom 19. bis 21. 3. 1919 in Stuttgart tagte, verabschiedet (vgl. Nr. 7 Anm. 2 und 73). Obwohl das württembergische Kriegsministerium sie noch am 21. 3. 1919 in Kraft setzte, blieb ihr praktischer Erfolg gering. So weigerte sich z. B. General Haas – unterstützt von Reichswehrminister Noske –, diese Bestimmungen in seiner Freiwilligen-Abteilung durchzuführen (s. Nr. 7 Anm. 118). Vgl. auch Kluge, S. 115 ff.

nison und sorgt im Einvernehmen mit dem Landesausschuß und Kriegsministerium für die nötige Aufklärung unter den Truppen.
Der Garnisonrat wird von den Soldatenräten innerhalb eines Standortes gebildet. Er wählt im Einvernehmen mit dem Landesausschuß einen Ausschuß von höchstens 5 Mitgliedern. Ausnahmen kann in begründeten Fällen der Landesausschuß zulassen.
Dem Württembergischen Kriegsministerium steht der Landesausschuß des Soldatenrats Württembergs zur Seite. Er besteht aus 17 Mitgliedern. Er entsendet nach Bedarf Vertreter zu militärischen Behörden.
Er wird von den Garnisonräten des Landes in gemeinschaftlicher Sitzung gewählt und ist diesen für seine Tätigkeit verantwortlich.
Den erweiterten Ausschuß bilden die Garnisonvorsitzenden, die mit dem Landesausschuß alle wichtigen Fragen besprechen und beschließen. Die Sitzungen finden nach Bedarf, mindestens alle 14 Tage statt. Die höchste Vertretung der Soldaten Württembergs bildet die Landesversammlung der Soldatenräte Württembergs. Sie ist vom Landesausschuß nach Bedarf, mindestens jedoch alle 2 Monate einzuberufen. Die Wahl der Delegierten zur Landesversammlung erfolgt durch die Garnisonräte. Auf 200 Militärpersonen kommt ein Delegierter.
Wählbar als Soldatenräte sind nur Personen, auch des Beurlaubtenstandes, die mindestens 6 Monate als Soldat gedient haben und mindestens 25 Jahre alt sind.
Ausnahmen betr. des Wählbarkeitsalters bedürfen der Zustimmung des Landesausschusses der S.-Räte Württembergs.
Erforderlichenfalls kann der Stellvertreter der Räte zu deren Unterstützung herangezogen werden.

III. Rechte und Pflichten der Soldatenräte

Die Soldatenräte sind vom militärischen Dienste befreit; sie können nur mit ihrem Einverständnis entlassen oder versetzt werden. Sie haben keine militärischen Vorgesetzten. Urlaub erteilt ihnen der nächsthöhere Rat innerhalb der Garnison.
Die Soldatenräte tragen ein vom Landesausschuß zu bestimmendes Abzeichen.
Die Soldatenräte bleiben im Amte, solange sie das Vertrauen ihrer Wähler haben.
Wird eine Neuwahl gewünscht, so muß dies von mindestens der Hälfte der Wähler bei dem nächsthöheren Rat beantragt werden, der darüber entscheidet, ob Neuwahl stattzufinden hat. Der Termin zur Wahl ist 8 Tage vorher bekanntzugeben.
Der Soldatenrat hat bei allen Anordnungen innerhalb der Truppe pp. mitzubestimmen.
Die Soldatenräte zeichnen mitverantwortlich.
Die rein militärischen Befehle, die sich auf Ausbildung und Führung der Truppen beziehen, gehen von den Führern allein aus.

IV. Stellenbesetzung

Die Besetzung der Führerstellen ist Sache des Kriegsministers im Einvernehmen mit dem Landesausschuß und dem jeweiligen Garnisonrat. Verteilung der Führer innerhalb der Regimenter und der selbständigen Bataillone regeln die Regiments-, Bataillons- usw. Führer im Einverständnis mit den Soldatenräten und dem Garnisonrat. Versetzungen in andere Garnisonen bedürfen der Zustimmung des Kriegsministeriums im Einvernehmen mit dem Landesausschuß.
Hat ein Führer das Vertrauen seiner Truppe verloren, so kann auf Antrag der Vertrauensleute bzw. Räte die Enthebung des betr. Vorgesetzten bei der nächsthöheren Dienststelle schriftlich beantragt werden. Solche Anträge müssen durch geheime Abstimmung die Zustimmung von der Hälfte der der Disziplinarstrafgewalt des betreffenden Vorgesetzten unterworfenen Militärpersonen haben. Jeder Antrag auf Enthebung ist mit der Stellungnahme der Zwischen-Behörden dem Kriegsminister vorzulegen.
Unterführer und Mannschaften können auch Führer werden.

Als Führer für sämtliche technische Formationen, wie Funker, Fernsprecher, Kraftfahrer, Flieger pp. kommen nur diejenigen in Frage, die die entsprechenden technischen Vorkenntnisse besitzen. Dasselbe gilt für die Waffenoffiziere und Waffenmeister.

### V. Stellung der Vorgesetzten
### Rechte und Pflichten

Alle Militärpersonen sind vor dem Gesetz einander gleich, es gibt keine Vorrechte des Standes.
Der Vorgesetzte ist solcher nur im Dienst. Grundsätzlich ist der Vorgesetzte im Dienst bei allen angesetzten Diensthandlungen, in Diensträumen und Kasernenhöfen.
Außer Dienst genießt der Vorgesetzte in Uniform bei Beleidigung und tätlichem Angriff den Schutz des Gesetzes.
Sanitäts- und Veterinäroffiziere sind im Dienst Vorgesetzte.

### VI. Ehrenbezeugungen

Ehrenbezeugungen sind vor Führern und Unterführern nur in Diensträumen und Kasernenhöfen abzugeben. Der Gruß muß erwidert werden.
Die Ehrenbezeugungen im Stehen und in der Bewegung werden durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung ohne nähere Begrenzung der Dauer abgegeben.
Geschlossene Abteilungen geben auf dem Marsch keine Ehrenbezeugungen ab. Ist eine Abteilung zum Dienst angetreten, so hat der Meldende als Ehrenbezeugung „Achtung" zu kommandieren. Wachen, Posten und Patrouillen geben keine Ehrenbezeugung ab.

### VII. Versammlungsrecht

Den Militärpersonen steht das volle Vereins- und Versammlungsrecht zu.

### VIII. Wahlordnung

Der Termin zur Wahl ist 8 Tage vorher bekanntzugeben.
Die Wahlen erfolgen durch Stimmzettel und sind geheim. Die Wahlhandlung regelt sich folgendermaßen:
Ein Wahlausschuß von drei Personen nimmt die Wahlvorschläge entgegen. Hierauf werden die Wahlzettel ausgegeben, die keinerlei Merkmale aufweisen dürfen und von gleichem Format sein müssen. Jeder Wähler versieht den Stimmzettel mit so viel Namen, als Räte zu wählen sind. Stimmzettel mit mehr Namen sind ungültig, solche mit weniger jedoch gültig. Jede Wahlbeeinflussung hat zu unterbleiben. Der Wahlausschuß nimmt, nachdem alle Anwesenden abgestimmt haben, die Zählung der Stimmzettel öffentlich vor, nimmt ein Protokoll nach folgendem Muster auf und gibt das Ergebnis der Wahlen bekannt. Als gewählt gilt, wer die höchste Stimmenzahl erreicht hat. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

### Muster des Protokolls

Wahltag:
Stärke der Komp.:
Abgegebene Stimmzettel:
Vorgeschlagen waren:
1. Soldat N.N., 2. Soldat X., 3. Soldat pp.
Es erhielten Stimmen:
1. Soldat N.N., 2. Soldat X., 3. Soldat pp.
Somit sind gewählt:
1. Soldat N.N., 2. Soldat X., 3. Soldat pp.
Unterschriften:
Das Protokoll ist dem nächsthöheren Rat alsbald einzureichen. Die Stimmzettel sind verschlossen beim Truppenteil aufzubewahren.

Verstöße und etwaige Wahlanfechtungen sind sofort mit Angabe der Beweismittel dem nächsthöheren Rat einzureichen. Nach Eingang und Prüfung der Protokolle werden vom Ausschuß des Garnisonrates die Ausweise ausgestellt.

### IX. Strafgewalt

Die Disziplinarstrafgewalt liegt in den Händen der nach der Disziplinarstrafordnung mit Strafbefugnis ausgestatteten Vorgesetzten. Bei der Verhängung sämtlicher Strafen über sämtliche Militär-Personen hat der Vorgesetzte das Einverständnis des zuständigen Soldatenrats (bei Kompanie- pp. des Bataillons- pp. Rates) herbeizuführen.
Strafmittel sind:
1. Verweis,
2. Öffentliche Rüge,
3. Entzug der Zulagen bis zu 10 Tagen,
4. Ausgangsentzug bis zur Dauer von 10 Tagen,
5. Gelinder Arrest,
6. Mittelarrest.

Entzug der Zulage kann auch als Zusatzstrafe verhängt werden. Die Höhe des zulässigen Strafmaßes richtet sich nach den Bestimmungen der seitherigen Disziplinarstrafordnung. Jede Strafe ist in das Strafbuch einzutragen. Sämtliche Strafen sind von dem zuständigen Soldatenrat mitzuunterzeichnen. In die Militärpapiere dürfen Disziplinarstrafen nicht eingetragen werden.
Gegen jede Disziplinarstrafe steht die Beschwerde offen. Die Beschwerdefrist dauert bei Disziplinarstrafen 3 Tage, im übrigen gilt die Vorschrift über Beschwerden (siehe Ziffer X).
Strafen dürfen erst nach Ablauf der Beschwerdefrist vollstreckt werden, wenn nicht der Bestrafte ausdrücklich auf Beschwerde verzichtet. Der Verzicht ist im Strafbuch zu vermerken.
Liegt die Verbüßung der Strafe vor Erledigung der Beschwerde im dienstlichen Interesse, so kann sie vom Regimentskommandeur im Einverständnis mit seinem Soldatenrat angeordnet werden, falls die Strafe nicht selbst von ihm verhängt ist. Bei Strafen, die vom Regimentskommandeur oder einem höheren Vorgesetzten verhängt sind, ist für diese Maßnahme der nächsthöhere Vorgesetzte im Einverständnis mit seinem Soldatenrat befugt. Der Disziplinarbestrafung unterliegen die im § 1 Ziffer 1 und 2 der D.St.R.O. unterworfenen Verstöße.

### X. Beschwerderecht

Allen Militärpersonen steht das Recht der Beschwerde über Vorgesetzte und Kameraden zu. Jede Beschwerde ist dem gewählten Vertrauensmann oder Soldatenrat der Kompanie pp. innerhalb 7 Tagen anzubringen. Dieser trägt die Beschwerde dem Kompanie- pp. Führer vor. Die Entscheidung über eine Beschwerde hat jeweils der nächste mit Disziplinargewalt versehene Vorgesetzte des Beklagten im Einvernehmen mit dem zuständigen Soldatenrat. Wird keine dem Beschwerdeführer ausreichend erscheinende Erledigung erzielt, so ist die Beschwerde von Rat zu Rat an den nächsthöheren Vorgesetzten innerhalb von 7 Tagen weiterzugeben, der mit dem zuständigen Soldatenrat entscheidet. Letzte militärische Instanz ist der Kriegsminister mit dem Landesausschuß der S.-Räte Württembergs.
Gegen diese Entscheidung kann Berufung an die Regierung eingelegt werden.

### XI. Bekleidung und Anzug

Friedensorden werden im Dienst nicht getragen.
Außer Dienst wird keine Waffe getragen.

Die Seitenwaffe des ganzen Heeres ist gleichmäßig für Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten und Beamte das kurze Infanterie-Seitengewehr übergeschnallt am Koppel.
Heeresangehörige dürfen außer Dienst, die in Geschäftszimmer tätigen auch im Dienst, bürgerliche Kleidung auf eigene Kosten tragen.

XII. Lazarettordnung

Die Reserve-, Zweig- und Vereinslazarette werden, soweit erforderlich, im bisherigen Umfang weitergeführt. Notwendig werdende Auflösungen verfügt das Kriegsministerium im Einverständnis mit dem Sanitätsamt und dem Landesausschuß der S.-Räte Württembergs.
Die Ärzte werden vom Kriegsministerium im Einvernehmen mit dem Landesausschuß der S.-Räte Württembergs angestellt.
Hat ein Arzt das Vertrauen der Lazarettinsassen und des militärischen Lazarettpersonals verloren, so kann auf Antrag der Vertrauensleute bzw. Räte die Enthebung bzw. Versetzung desselben beim Kriegsministerium schriftlich beantragt werden. Solche Anträge müssen durch geheime Abstimmung die Zustimmung von über der Hälfte der in den betr. Lazaretten befindlichen Militärpersonen haben.
Der Chefarzt übt mit den Vertrauensleuten bzw. Soldatenrat die Disziplinarbefugnis über das Personal und die Kranken aus, ebenso die Urlaubsbefugnis über sämtliche Lazarettangehörigen. Klagen und Beschwerden untersucht er gemeinschaftlich mit den Vertrauensleuten bzw. Räten und gibt sie erforderlichenfalls an die zuständige Behörde weiter.
Den ärztlichen Anordnungen haben die Kranken Folge zu leisten sowie die Hausordnung einzuhalten.
Die Kranken sind verpflichtet, Untersuchungen, welche zur Feststellung ihres Leidens erforderlich sind, an sich vornehmen zu lassen. Zur Vornahme einer Operation ist das Einverständnis des Kranken erforderlich.
Wünsche von Kranken auf Verlegung in andere Lazarette sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden.
Unterbringung und Beköstigung ist für alle Militärpersonen einschließlich der Militärbeamten gleich.
In Orten, wo mehrere Lazarette sind, wird für gemeinsame Angelegenheiten ein Lazarettausschuß, aus sämtlichen Vertrauensleuten und Räten der Lazarette sowie sämtlichen Chefärzten, gebildet.

Vorstehende Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Stuttgart, den 21. März 1919

Landesausschuß der S.-Räte Württembergs
Bettinger, 1. Vors.

Der Kriegsminister:
I.V.: gez. Krais.

## 30. Erlaß des Ministeriums des Innern betr. die Arbeiter- und Bauernräte vom 27. März 1919

**Staatsanzeiger für Württemberg Nr. 74 vom 29. März 1919**

Über die Mitarbeit der Arbeiter- und Bauernräte an der öffentlichen Verwaltung besteht bei den Bezirks- und Gemeindebehörden noch häufig Unklarheit. Für die Tätigkeit der Arbeiter- und Bauernräte sind die von der provisorischen Regierung unterm 14. Dezember 1918 anerkannten Satzungen mit der Ergänzung vom 8. Januar dieses Jahres (Nr. 295 und 6 des Staatsanzeigers vom 16. Dezember 1918 und 9. Januar 1919[1]) maßgebend. Die Bezirks- und Gemeindebehörden werden im Einvernehmen mit dem Landesausschuß der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs angewiesen, folgendes zu beachten:

1. Zu den Maßnahmen, welche die öffentliche Wohlfahrt (Ziff. II der angeführten Satzungen) betreffen, gehören insbesondere solche über nachstehende Angelegenheiten:

Lebensmittelversorgung und -beschaffung;

Versorgung mit Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln;

Gas-, Elektrizitäts- und Wasserversorgung;

Versorgung mit Bedürfnisgegenständen aller Art, wie Bekleidung, Schuhzeug, Seife und dgl., Beschaffung von Möbeln und Haushaltungsgegenständen;

hygienische und sanitäre Maßnahmen aller Art, z. B. öffentliche Badeeinrichtungen, Bekämpfung von Epidemien und Tierseuchen, Fleischbeschau;

Wohnungswesen;

Soziale Fürsorge, z. B. Notstandsarbeiten, Arbeitslosenunterstützung, Fürsorge für Kriegerwitwen, Kriegsbeschädigte, heimgekehrte Kriegsteilnehmer; Volksküchen, Kinderpflegen; Unterstützung von Sport usw.;

Verkehrsangelegenheiten (Eisenbahnen, Straßenbahnen, Kraftwagenlinien), besonders Fahrplan und Neubau bzw. Neueinrichtung;

Forst- und landwirtschaftliche Angelegenheiten, wie Waldbewirtschaftung, Verpachtung von Gemeindegütern, Jagd- und Gemeindefischwasserverpachtung; Feldbereinigung, Fideikommisse; Viehzucht, Viehversicherung; Beschaffung von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, Saatbeschaffung, Futtermittelbeschaffung, Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse;

Preisregelung aller Art und Kontrolle hierüber.

Die Aufzählung soll keine erschöpfende sein. Es ist eine Anzahl von Gegenständen aufgeführt, die zur Zeit besonders wichtig sind.

2. Die Vertreter der Räte sind bei den unter 1 aufgeführten Gegenständen dann beizuziehen, wenn es sich um Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung handelt.

3. Bei Beamtenfragen sind die Vertreter der Räte zuzuziehen, sofern es sich um Fragen handelt, an denen die Allgemeinheit besonders interessiert ist, z. B. Bestellung eines Amtsverwesers für den Ortsvorsteher, Bestellung wichtiger Gemeindebeamten wie Gemeinderechner.

---

[1]) Vgl. Nr. 26 und Nr. 28.

4. Eine Zuziehung der Rätevertreter hat bei Vermögensangelegenheiten dann zu erfolgen, wenn es sich um Fragen von allgemeiner Bedeutung für die öffentliche Wohlfahrt handelt. Solche Angelegenheiten können sein: Ankauf von Gelände für die Industrie, Siedlungszwecke und dgl., Bau neuer Straßen als Notstandsarbeiten usw. Hierzu gehören nicht die Angelegenheiten der laufenden Verwaltung.
5. Die Vertreter der Räte sind bei Vorliegen der Voraussetzungen für ihre Zuziehung berechtigt, an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen der bürgerlichen Gesamtkollegien, der Einzelkollegien und an den Kommissionssitzungen teilzunehmen. Sie sind zu den Sitzungen rechtzeitig einzuladen; die Tagesordnung ist ihnen mitzuteilen, falls eine solche ausgegeben wird.
6. Die zu den Sitzungen beigezogenen Vertreter der Räte können zur Darlegung der Ansicht des von ihnen vertretenen Rates wie Mitglieder der Kollegien das Wort ergreifen und sind wie diese an die Geschäftsordnung gebunden. Vor der Zuziehung zu den nichtöffentlichen Sitzungen haben sie die Schweigepflicht anzuerkennen.
7. Anträge können nur von dem Rat als solchem, nicht aber von einem einzelnen Mitglied desselben gestellt werden. Die Anträge sind an den Gemeinderat zu richten. Über formell richtig gestellte Anträge hat das zuständige Kollegium einen Beschluß zu fassen. Der Rat ist von dem Beschluß durch Vermittlung seines Vorsitzenden in Kenntnis zu setzen.
8. Als Vertreter eines Rats können nur Mitglieder des betreffenden Rates anerkannt werden. Es ist nicht zulässig, daß ein Rat seine Befugnisse von Dritten wahrnehmen läßt.
9. Bei Verletzung der Schweigepflicht durch einen Rätevertreter kann die weitere Zuziehung dieses Vertreters zu den Beratungen von den Gemeindekollegien verweigert werden.
Hievon ist unter Angabe der Gründe dem betreffenden Rat Mitteilung zu machen und ihm anheimzustellen, ein anderes Mitglied abzuordnen. Für einen Schaden, der durch Verletzung der Schweigepflicht seitens eines Rätevertreters entsteht, ist dieser nach den gesetzlichen Bestimmungen haftbar.
10. In gleicher Weise wie zu Sitzungen der Gemeindekollegien sind auch bei den Bezirksratssitzungen und bei der Amtsversammlung Vertreter des Bezirksarbeiter- und Bauernrats beizuziehen. Die vorstehenden Bestimmungen finden auf diese Vertreter sinngemäß Anwendung.
11. Die Kosten der Arbeiter- und Bauernräte in Gemeindeangelegenheiten hat die Gemeinde, in denen diese Räte ihren Sitz haben, die Kosten der Bezirksarbeiter- und Bauernräte in Bezirksangelegenheiten die Amtskörperschaft zu tragen. Im übrigen wird bezüglich der Kosten der Arbeiter- und Bauernräte auf Ziff. IV der Satzungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte (Nr. 295 des Staatsanzeigers vom 16. Dezember 1918) und den Beschluß der provisorischen Regierung vom 8. Januar d. J. (Nr. 6 des Staatsanzeigers vom 9. Januar d.J.)[1]) hingewiesen.
Stuttgart, den 27. März 1919 Lindemann

## 31. Gesetz vom 15. Juli 1919 über die Stellung der Arbeiter- und Bauernräte Württembergs

**Regierungsblatt für Württemberg Nr. 22 vom 19. Juli 1919**

Der Landtag hat am 16. Juli 1919 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

§ 1 Abs. 5 des Übergangsgesetzes vom 23. Juni 1919 (Reg.Bl. S. 111) erhält folgende Fassung:
Die in Abs. 2 Ziff. VI und VII bezeichneten Gesetze[1]) bleiben bis zur Durchführung eines Reichs- oder Landesgesetzes über Arbeiter- und Wirtschaftsräte in Kraft.

§ 2

Die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1918, betreffend die Satzungen für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Württembergs (Reg.Bl. S. 293)[2]), erhält mit Wirkung vom 15. Juli 1919 folgende Fassung:

Bekanntmachung

vom 14. Dezember 1918, betreffend die Satzungen für die Arbeiter- und Bauernräte Württembergs.

Art. I

wird aufgehoben.

Art. II

Die Arbeiter- und Bauernräte kontrollieren die Durchführung der von der Regierung und ihren Behörden einschließlich der Kommunalverbände getroffenen Maßnahmen und Anordnungen. Gegenüber den Gemeindebehörden steht ihnen ein Kontrollrecht bei der Durchführung von Maßregeln auf dem Gebiet des Ernährungs- und Wohnungswesens zu.

Art. III

Die Vollzugsgewalt liegt ausschließlich in den Händen der Regierung. Die Arbeiter- und Bauernräte vermeiden jeden Eingriff in die staatliche und kommunale Verwaltungstätigkeit.
Kommen die örtlichen Arbeiter- und Bauernräte zu der Überzeugung, daß sie in ihrer Tätigkeit für die Interessen des Volksganzen durch Organe der Staats- oder Bezirksverwaltungen gehemmt werden, so sollen sie Anträge auf Abstellung der Mißstände an den Landesausschuß der Arbeiter- und Bauernräte stellen. Der Landesausschuß gibt sie an das Staatsministerium zur verfassungsmäßigen Entscheidung weiter.

---

[1]) Bei den in Absatz 2 Ziffer VI und VII des Übergangsgesetzes bezeichneten Gesetzen handelt es sich um die Regierungserlasse vom 14. 12. 1918 (vgl. Nr. 26) und vom 8. 1. 1919 (vgl. Nr. 28). Diese Erlasse sollten zunächst – so hatte die Verfassunggebende Landesversammlung am 13. 6. 1919 auf Antrag von Zentrum, DDP und DNVP beschlossen – am 15. 7. 1919 außer Kraft treten. Nach massiven Protesten der A.-Räte (vgl. Nr. 10 und 13g) wurde dieser Beschluß am 16. 7. 1919 revidiert.

[2]) Vgl. Nr. 26.

Art. IV

Die Kosten der Landesversammlung der Arbeiter- und Bauernräte sowie die Kosten des Landesausschusses trägt die Staatskasse. Die Kosten der örtlichen Arbeiter- und Bauernräte auf dem Gebiete des Ernährungs- und Wohnungswesens trägt die Gemeinde.

Die Kosten bestehen außer dem Aufwand für einen Versammlungsraum nebst dazugehörigen Arbeitsräumen einschließlich Heizung, Beleuchtung und Reinigung und den notwendigen Kanzleikosten aus den Taggeldern für nachgewiesene Tätigkeit und gegebenenfalls den Reisekosten der Mitglieder. Bei der durch die Not der Zeit gegebenen Knappheit der öffentlichen Mittel ist dieses Taggeld in möglichst bescheidenen Grenzen zu halten und die Zahl der Mitglieder der Räte aufs äußerste zu beschränken.

Über die Ausgaben ist den Staats- oder Gemeindekassen genaue mit Belegen versehene Rechnung zu stellen. Die Weiterbezahlung von Staats- und Gemeindemitteln erfolgt erst nach dem Nachweis über die richtige Verwendung der vorher geleisteten Zahlungen.

§ 3

Dieses Gesetz ist dringlich und tritt mit Wirkung vom 15. Juli 1919 in Kraft.

Stuttgart, den 16. Juli 1919

Das Staatsministerium:

Blos Baumann Heymann Kiene Liesching Lindemann

## 32. Gesetz vom 20. Juli 1921, betr. Aufhebung der Arbeiter- und Bauernräte

**Regierungsblatt für Württemberg Nr. 34 vom 28. Juli 1921**

Der Landtag hat am 14. Juli 1921 das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Art. 1

Die Bekanntmachung vom 14. Dezember 1918, betreffend die Satzungen für die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Württembergs (Reg.Bl. S. 293)[1]), in der Fassung des § 2 des Gesetzes vom 16. Juli 1919, betreffend Änderung des Übergangsgesetzes vom 23. Juni 1919 (Reg.Bl. S. 165)[2]), und die Bekanntmachung vom 8. Januar 1919, betreffend Ergänzung der Satzungen der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte (Staatsanzeiger für Württemberg vom 8. Januar 1919 Nr. 6, Reg.Bl. von 1919 S. 49)[3]), treten außer Kraft.

Art. 2

Dieses Gesetz ist dringlich und tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Stuttgart, den 20. Juli 1921

Das Staatsministerium:

Hieber Bolz Graf Liesching Schall

---

[1]) Vgl. Nr. 26.
[2]) Vgl. Nr. 31.
[3]) Vgl. Nr. 28.

# Anlagen

**Anlage I:**

**Verwaltungsgliederung von Württemberg (Kreise und Oberämter)**

## Anlage II:
## Wahlergebnisse in Württemberg 1919/20 nach Oberämtern[1])

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925) | | | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | | | SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| **Neckarkreis** | | | | | | | | | | | | | |
| Backnang | 3,1 | 44,5 | 32,1 | 12. 1. 19 | *87,9* | 4300 | 952 | – | 3585 | 212 | – | 4976 | 66 |
| | | | | | | *30,5* | *6,8* | | *25,4* | *1,5* | | *35,3* | *0,5* |
| | | | | 19. 1. 19 | *83,5* | 4753 | 628 | – | 3352 | 214 | – | 4531 | 34 |
| | | | | | | *35,2* | *4,6* | | *24,8* | *1,6* | | *33,5* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *71,7* | 1201 | 2064 | 241 | 1323 | 179 | 274 | 6386 | – |
| | | | | | | *10,3* | *17,7* | *2,1* | *11,3* | *1,5* | *2,3* | *54,8* | |
| Besigheim | 2,7 | 42,6 | 33,9 | 12. 1. 19 | *90,3* | 6296 | 149 | – | 4997 | 162 | – | 3961 | 27 |
| | | | | | | *40,4* | *1,0* | | *32,0* | *1,0* | | *25,4* | *0,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,6* | 6629 | 96 | – | 4774 | 165 | – | 3473 | 25 |
| | | | | | | *43,7* | *0,6* | | *31,5* | *1,1* | | *22,9* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *72,3* | 2801 | 1297 | 107 | 2141 | 137 | 367 | 5829 | – |
| | | | | | | *22,1* | *10,2* | *0,8* | *16,9* | *1,1* | *2,9* | *46,0* | |
| Böblingen | 4,5 | 40,8 | 34,8 | 12. 1. 19 | *88,9* | 6493 | 1069 | – | 5199 | 317 | – | 2905 | 50 |
| | | | | | | *40,5* | *6,7* | | *32,4* | *2,0* | | *18,1* | *0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,3* | 6674 | 981 | – | 4965 | 324 | – | 2588 | 17 |
| | | | | | | *42,9* | *6,3* | | *31,9* | *2,1* | | *16,7* | *0,1* |
| | | | | 6. 6. 20 | *70,2* | 1384 | 1970 | 1054 | 1815 | 171 | 570 | 5128 | – |
| | | | | | | *11,5* | *16,3* | *8,7* | *15,0* | *1,4* | *4,7* | *42,4* | |

| | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Brackenheim | 7,9 | 63,0 | 21,9 | 12. 1. 19 | *88,5* | 3926 | 117 | – | 1892 | 737 | – | 5480 | 28 |
| | | | | | | *32,2* | *1,0* | | *15,5* | *6,1* | | *45,0* | *0,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *81,8* | 4132 | 83 | – | 2292 | 774 | – | 4411 | 19 |
| | | | | | | *35,3* | *0,7* | | *19,6* | *6,6* | | *37,7* | *0,1* |
| | | | | 6. 6. 20 | *69,4* | 1453 | 372 | 69 | 992 | 360 | 139 | 6057 | – |
| | | | | | | *15,4* | *4,0* | *0,7* | *10,5* | *3,8* | *1,5* | *64,1* | |
| Cannstatt[6]) | – | – | – | 12. 1. 19 | *93,1* | 6915 | 1347 | – | 4608 | 936 | – | 3157 | 61 |
| | | | | | | *40,6* | *7,9* | | *27,1* | *5,5* | | *18,5* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,9* | 7039 | 1452 | – | 4814 | 921 | – | 2555 | 46 |
| | | | | | | *41,8* | *8,6* | | *28,6* | *5,5* | | *15,2* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *79,5* | 2922 | 2934 | 1238 | 2844 | 851 | 336 | 3814 | – |
| | | | | | | *19,6* | *19,6* | *8,3* | *19,0* | *5,7* | *2,3* | *25,5* | |
| Eßlingen | 15,6 | 17,9 | 49,5 | 12. 1. 19 | *91,8* | 15709 | 3077 | – | 7787 | 2303 | – | 3918 | 54 |
| | | | | | | *47,8* | *9,4* | | *23,7* | *7,0* | | *11,9* | *0,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,0* | 15958 | 3063 | – | 7663 | 2274 | – | 3343 | 51 |
| | | | | | | *49,3* | *9,5* | | *23,7* | *7,0* | | *10,3* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,8* | 5867 | 7483 | 1785 | 4576 | 1940 | 1617 | 4549 | – |
| | | | | | | *21,1* | *26,9* | *6,4* | *16,4* | *7,0* | *5,8* | *16,4* | |
| Heilbronn | 13,6 | 23,1 | 39,8 | 12. 1. 19 | *91,5* | 20174 | 1471 | – | 11513 | 3677 | – | 4999 | 96 |
| | | | | | | *48,1* | *3,5* | | *27,5* | *8,8* | | *11,9* | *0,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,1* | 20508 | 1322 | – | 11704 | 3607 | – | 4203 | 74 |
| | | | | | | *49,5* | *3,2* | | *28,3* | *8,7* | | *10,1* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *79,6* | 12225 | 5233 | 542 | 6768 | 2845 | 1750 | 6196 | – |
| | | | | | | *34,4* | *14,7* | *1,5* | *19,1* | *8,0* | *4,9* | *17,4* | |
| Leonberg | 5,2 | 42,1 | 36,4 | 12. 1. 19 | *91,3* | 7464 | 277 | – | 3641 | 568 | – | 5991 | 80 |
| | | | | | | *41,4* | *1,5* | | *20,2* | *3,2* | | *33,3* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,6* | 7638 | 243 | – | 3739 | 558 | – | 5410 | 57 |
| | | | | | | *43,3* | *1,4* | | *21,2* | *3,1* | | *30,7* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *74,7* | 2512 | 2201 | 473 | 1614 | 382 | 349 | 7557 | – |
| | | | | | | *16,7* | *14,6* | *3,1* | *10,7* | *2,5* | *2,3* | *50,1* | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925) | | | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | | | SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Ludwigsburg | 10,3 | 17,1 | 44,7 | 12. 1. 19 | *87,3* | 18654 | 1331 | – | 10735 | 1573 | – | 6902 | 185 |
| | | | | | | *47,4* | *3,4* | | *27,2* | *4,0* | | *17,5* | *0,5* |
| | | | | 19. 1. 19 | *83,9* | 18735 | 1366 | – | 10712 | 1512 | – | 5874 | 82 |
| | | | | | | *48,9* | *3,6* | | *28,0* | *4,0* | | *15,3* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *75,2* | 5859 | 6335 | 1353 | 4387 | 993 | 1547 | 9253 | – |
| | | | | | | *19,7* | *21,3* | *4,6* | *14,8* | *3,3* | *5,2* | *31,1* | |
| Marbach | 1,2 | 60,8 | 23,0 | 12. 1. 19 | *91,4* | 4095 | 128 | – | 2344 | 31 | – | 6839 | 59 |
| | | | | | | *30,3* | *1,0* | | *17,4* | *0,2* | | *50,7* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,3* | 4212 | 66 | – | 2617 | 38 | – | 6161 | 43 |
| | | | | | | *32,1* | *0,5* | | *19,9* | *0,3* | | *46,9* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *75,6* | 1244 | 884 | 135 | 888 | 28 | 188 | 7944 | – |
| | | | | | | *11,0* | *7,8* | *1,2* | *7,9* | *0,2* | *1,7* | *70,2* | |
| Maulbronn | 2,5 | 45,1 | 33,2 | *12. 1. 19* | *80,0* | 7013 | 131 | – | 3378 | 164 | – | 2465 | 59 |
| | | | | | | *53,1* | *1,0* | | *25,6* | *1,2* | | *18,7* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,4* | 7191 | 94 | – | 3195 | 162 | – | 2352 | 22 |
| | | | | | | *55,3* | *0,7* | | *24,5* | *1,2* | | *18,1* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *71,2* | 2960 | 1275 | 244 | 1210 | 160 | 398 | 4246 | – |
| | | | | | | *28,2* | *12,2* | *2,3* | *11,5* | *1,5* | *3,8* | *40,5* | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Neckarsulm | 50,5 | 46,9 | 32,0 | 12. 1. 19 | *90,5* | 4196<br>*24,8* | 294<br>*1,7* | – | 2932<br>*17,3* | 6706<br>*39,6* | – | 2771<br>*16,3* | 58<br>*0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,7* | 4435<br>*26,5* | 273<br>*1,6* | – | 2784<br>*16,6* | 6755<br>*40,4* | – | 2458<br>*14,7* | 39<br>*0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *80,3* | 1962<br>*13,3* | 1347<br>*9,2* | 228<br>*1,5* | 1200<br>*8,2* | 5834<br>*39,6* | 248<br>*1,7* | 3896<br>*26,5* | – |
| Stuttgart-Stadt | 19,0 | 2,1 | 40,5 | 12. 1. 19 | *88,6* | 70104<br>*38,5* | 13682<br>*7,5* | – | 60470<br>*33,2* | 15128<br>*8,3* | – | 22124<br>*12,2* | 487<br>*0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,6* | 72208<br>*40,1* | 13512<br>*7,5* | – | 60682<br>*23,7* | 14851<br>*8,2* | – | 18567<br>*10,3* | 386<br>*0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *77,4* | 27930<br>*17,5* | 34140<br>*21,3* | 9915<br>*6,2* | 33129<br>*20,7* | 11846<br>*7,4* | 12567<br>*7,8* | 30480<br>*19,1* | – |
| Stuttgart-Amt | 7,5 | 24,3 | 49,6 | 12. 1. 19 | *92,0* | 17354<br>*57,0* | 1373<br>*4,5* | – | 7348<br>*24,1* | 507<br>*1,7* | – | 3733<br>*12,3* | 128<br>*0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *89,7* | 17147<br>*57,4* | 1610<br>*5,4* | – | 7366<br>*24,7* | 498<br>*1,7* | – | 3168<br>*10,6* | 70<br>*0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *76,0* | 6251<br>*24,7* | 5769<br>*22,8* | 2260<br>*8,9* | 4012<br>*15,9* | 385<br>*1,5* | 597<br>*2,4* | 6000<br>*23,8* | – |
| Vaihingen | 1,8 | 55,9 | 26,6 | 12. 1. 19 | *90,1* | 4009<br>*36,6* | 134<br>*1,2* | – | 3702<br>*33,8* | 42<br>*0,4* | – | 3031<br>*27,7* | 38<br>*0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,4* | 4154<br>*39,3* | 96<br>*0,9* | – | 3703<br>*35,1* | 40<br>*0,4* | – | 2544<br>*24,1* | 19<br>*0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *67,7* | 1112<br>*13,5* | 636<br>*7,7* | 217<br>*2,6* | 1158<br>*14,0* | 46<br>*0,6* | 202<br>*2,5* | 4873<br>*59,1* | – |
| Waiblingen | 5,6 | 40,7 | 33,7 | 12. 1. 19 | *90,9* | 5290<br>*37,1* | 217<br>*1,4* | – | 4857<br>*30,4* | 165<br>*1,0* | – | 4776<br>*29,9* | 27<br>*0,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,8* | 5567<br>*37,0* | 209<br>*1,4* | – | 4793<br>*31,9* | 157<br>*1,0* | – | 4292<br>*28,5* | 24<br>*0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *74,4* | 1801<br>*14,1* | 1640<br>*12,9* | 352<br>*2,8* | 1752<br>*13,7* | 123<br>*1,0* | 287<br>*2,3* | 6785<br>*53,2* | – |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925) Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Weinsberg[6]) | – | – | – | 12. 1. 19 | *89,6* | 4455 | 128 | – | 2717 | 259 | – | 3720 | 27 |
| | | | | | | *39,4* | *1,1* | | *24,0* | *2,3* | | *32,9* | *0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *85,7* | 4757 | 53 | – | 2884 | 248 | – | 2979 | 23 |
| | | | | | | *43,4* | *0,5* | | *26,4* | *2,3* | | *27,2* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *68,4* | 1677 | 367 | 92 | 958 | 144 | 166 | 5211 | – |
| | | | | | | *19,5* | *4,2* | *1,1* | *11,1* | *1,7* | *1,9* | *60,5* | |
| **Schwarzwaldkreis** | | | | | | | | | | | | | |
| Balingen | 16,5 | 26,8 | 48,4 | 12. 1. 19 | *90,7* | 12072 | 271 | – | 6037 | 2093 | – | 3078 | 151 |
| | | | | | | *50,9* | *1,2* | | *25,5* | *8,8* | | *13,0* | *0,6* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,2* | 12239 | 178 | – | 6172 | 2082 | – | 2464 | 51 |
| | | | | | | *52,8* | *0,8* | | *26,6* | *9,0* | | *10,6* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *70,4* | 4237 | 2602 | 586 | 4635 | 1928 | 319 | 4270 | – |
| | | | | | | *22,8* | *14,0* | *3,2* | *25,0* | *10,4* | *1,7* | *22,9* | |
| Calw | 4,0 | 45,1 | 28,0 | 12. 1. 19 | *90,7* | 4587 | 151 | – | 4052 | 203 | – | 5149 | 65 |
| | | | | | | *32,3* | *1,1* | | *28,5* | *1,4* | | *36,2* | *0,5* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,8* | 4877 | 127 | – | 4419 | 223 | – | 4436 | 37 |
| | | | | | | *34,5* | *0,9* | | *31,3* | *1,6* | | *31,4* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *74,2* | 2196 | 1121 | 207 | 1886 | 139 | 731 | 5875 | – |
| | | | | | | *18,1* | *9,2* | *1,7* | *15,5* | *1,1* | *6,0* | *48,4* | |

| | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Freudenstadt | 3,5 | 44,0 | 34,0 | 12. 1. 19 | *89,5* | 6906 | 188 | – | 7554 | 268 | – | 3816 | 52 |
| | | | | | | *36,8* | *1,0* | | *40,2* | *1,4* | | *20,3* | *0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,8* | 7696 | 108 | – | 7028 | 274 | – | 2460 | 32 |
| | | | | | | *43,7* | *0,6* | | *39,9* | *1,6* | | *14,0* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *70,3* | 3578 | 1316 | 141 | 3916 | 268 | 521 | 4183 | – |
| | | | | | | *25,7* | *9,5* | *1,0* | *28,1* | *1,9* | *3,8* | *30,0* | |
| Herrenberg | 7,2 | 67,9 | 20,5 | 12. 1. 19 | *90,0* | 3090 | 111 | – | 2905 | 688 | – | 5603 | 49 |
| | | | | | | *24,8* | *0,9* | | *23,4* | *5,5* | | *45,0* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,9* | 3168 | 95 | – | 3006 | 757 | – | 5080 | 30 |
| | | | | | | *26,1* | *0,8* | | *24,8* | *6,2* | | *41,9* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *77,9* | 646 | 951 | 198 | 741 | 550 | 311 | 7401 | – |
| | | | | | | *6,0* | *8,8* | *1,8* | *6,9* | *5,1* | *2,9* | *68,5* | |
| Horb | 84,1 | 60,8 | 17,1 | 12. 1. 19 | *93,5* | 1354 | 48 | – | 1059 | 6974 | – | 1405 | 132 |
| | | | | | | *12,3* | *0,4* | | *9,7* | *63,6* | | *12,8* | *1,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,4* | 1609 | 66 | – | 1102 | 7230 | – | 783 | 16 |
| | | | | | | *14,9* | *0,6* | | *10,2* | *66,9* | | *7,2* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *86,5* | 639 | 473 | 74 | 654 | 6212 | 98 | 1825 | – |
| | | | | | | *6,4* | *4,7* | *0,7* | *6,6* | *62,3* | *1,0* | *18,3* | |
| Nagold | 7,0 | 54,1 | 24,4 | 12. 1. 19 | *91,3* | 3366 | 86 | – | 4165 | 608 | – | 4474 | 48 |
| | | | | | | *26,4* | *0,7* | | *32,7* | *4,7* | | *35,1* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,6* | 3485 | 58 | – | 4631 | 656 | – | 3666 | 21 |
| | | | | | | *27,8* | *0,5* | | *37,0* | *5,2* | | *29,3* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *76,6* | 1022 | 1187 | 86 | 1507 | 298 | 686 | 6226 | – |
| | | | | | | *9,3* | *10,8* | *0,8* | *13,7* | *2,7* | *6,2* | *56,5* | |
| Neuenbürg | 4,1 | 31,0 | 46,0 | 12. 1. 19 | *90,0* | 8831 | 212 | – | 4809 | 334 | – | 2476 | 55 |
| | | | | | | *52,8* | *1,3* | | *28,8* | *2,0* | | *14,8* | *0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,9* | 8807 | 215 | – | 4948 | 331 | – | 2055 | 37 |
| | | | | | | *53,7* | *1,3* | | *30,2* | *2,0* | | *12,5* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *69,1* | 4319 | 1589 | 418 | 2687 | 278 | 970 | 3575 | – |
| | | | | | | *31,2* | *11,5* | *3,0* | *19,4* | *2,0* | *7,0* | *25,9* | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925): Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für: SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Nürtingen | 3,7 | 40,2 | 38,7 | 12. 1. 19 | *92,5* | 7562 | 782 | – | 4080 | 335 | – | 3504 | 63 |
| | | | | | | *46,3* | *4,8* | | *25,0* | *2,0* | | *21,5* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,6* | 8089 | 524 | – | 3957 | 330 | – | 3214 | 41 |
| | | | | | | *50,1* | *3,2* | | *24,5* | *2,0* | | *19,6* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *74,9* | 2078 | 2824 | 454 | 2101 | 350 | 353 | 5129 | – |
| | | | | | | *15,6* | *21,3* | *3,4* | *15,8* | *2,6* | *2,7* | *38,6* | |
| Oberndorf | 67,2 | 31,9 | 43,6 | 12. 1. 19 | *91,6* | 6824 | 365 | – | 3238 | 7437 | – | 1091 | 92 |
| | | | | | | *35,8* | *1,9* | | *17,0* | *39,1* | | *5,7* | *0,5* |
| | | | | 19. 1. 19 | *89,7* | 7020 | 282 | – | 3050 | 7470 | – | 943 | 43 |
| | | | | | | *37,3* | *1,5* | | *16,2* | *39,8* | | *5,0* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *73,0* | 2579 | 1826 | 578 | 1670 | 6545 | 213 | 1951 | – |
| | | | | | | *16,8* | *11,9* | *3,8* | *10,9* | *42,6* | *1,4* | *12,6* | |
| Reutlingen | 8,5 | 21,9 | 51,7 | 12. 1. 19 | *93,1* | 14016 | 658 | – | 11464 | 1194 | – | 3014 | 110 |
| | | | | | | *46,0* | *2,2* | | *37,6* | *3,9* | | *9,9* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,4* | 14474 | 496 | – | 11995 | 1297 | – | 2375 | 52 |
| | | | | | | *47,2* | *1,6* | | *39,1* | *4,2* | | *7,7* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,0* | 6947 | 4007 | 927 | 5908 | 1170 | 1183 | 5774 | – |
| | | | | | | *26,8* | *15,5* | *3,6* | *22,8* | *4,5* | *4,6* | *22,2* | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Rottenburg | 58,8 | 53,8 | 25,9 | 12. 1. 19 | *93,2* | 3928 | 87 | – | 2442 | 7642 | – | 1067 | 88 | – |
| | | | | | | *25,7* | *0,6* | | *16,0* | *50,1* | | *7,0* | *0,6* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,3* | 4030 | 77 | – | 2347 | 7699 | – | 914 | 36 | – |
| | | | | | | *26,7* | *0,5* | | *15,5* | *51,0* | | *6,1* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *81,0* | 1184 | 969 | 318 | 1225 | 7269 | 119 | 2160 | – | |
| | | | | | | *8,9* | *7,3* | *2,4* | *9,3* | *54,9* | *0,9* | *16,3* | | |
| Rottweil | 64,9 | 29,0 | 44,0 | 12. 1. 19 | *91,9* | 8786 | 1136 | – | 3427 | 9235 | – | 1275 | 144 | – |
| | | | | | | *36,6* | *4,7* | | *14,3* | *38,5* | | *5,3* | *0,6* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,1* | 9012 | 830 | – | 3481 | 9508 | – | 856 | 56 | – |
| | | | | | | *38,0* | *3,5* | | *14,7* | *40,0* | | *3,6* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,2* | 3609 | 2914 | 742 | 3096 | 8093 | 288 | 2047 | – | |
| | | | | | | *17,4* | *14,0* | *3,6* | *14,9* | *38,9* | *1,4* | *9,8* | | |
| Spaichingen | 89,4 | 56,5 | 27,2 | 12. 1. 19 | *91,5* | 1667 | 73 | – | 947 | 6403 | – | 299 | 69 | – |
| | | | | | | *17,6* | *0,8* | | *10,0* | *67,7* | | *3,2* | *0,7* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *89,1* | 1790 | 56 | – | 875 | 6325 | – | 213 | 41 | – |
| | | | | | | *19,3* | *0,6* | | *9,4* | *68,0* | | *2,3* | *0,4* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *79,7* | 787 | 457 | 219 | 447 | 6020 | 82 | 328 | – | |
| | | | | | | *9,4* | *5,5* | *2,6* | *5,4* | *72,2* | *1,0* | *3,9* | | |
| Sulz | 10,2 | 67,3 | 20,6 | 12. 1. 19 | *90,0* | 3866 | 113 | – | 2568 | 732 | – | 2502 | 50 | – |
| | | | | | | *39,3* | *1,2* | | *26,1* | *7,4* | | *25,5* | *0,5* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,7* | 4143 | 85 | – | 2627 | 736 | – | 2020 | 12 | – |
| | | | | | | *43,1* | *0,9* | | *27,3* | *7,6* | | *21,0* | *0,1* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *72,2* | 1018 | 760 | 238 | 797 | 493 | 108 | 4230 | – | |
| | | | | | | *13,3* | *9,9* | *3,1* | *10,4* | *6,5* | *1,4* | *55,4* | | |
| Tübingen | 9,2 | 29,6 | 33,8 | 12. 1. 19 | *88,5* | 9842 | 266 | – | 9576 | 1305 | – | 4342 | 106 | – |
| | | | | | | *38,7* | *1,0* | | *37,7* | *5,1* | | *17,1* | *0,4* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *85,9* | 9902 | 245 | – | 9488 | 1260 | – | 3940 | 46 | – |
| | | | | | | *39,8* | *1,0* | | *38,1* | *5,1* | | *15,8* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *73,4* | 3347 | 2047 | 858 | 4768 | 1118 | 2407 | 6119 | – | |
| | | | | | | *16,2* | *9,9* | *4,2* | *23,1* | *5,4* | *11,6* | *29,6* | | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925) | | | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | | | SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Tuttlingen | 42,3 | 25,1 | 47,9 | 12. 1. 19 | *92,2* | 8451 | 386 | – | 3938 | 4172 | – | 1716 | 111 |
| | | | | | | *45,0* | *2,1* | | *21,0* | *22,2* | | *9,1* | *0,6* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,4* | 8569 | 279 | – | 4031 | 4142 | – | 1451 | 63 |
| | | | | | | *46,2* | *1,5* | | *21,8* | *22,4* | | *7,8* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *75,6* | 4377 | 2101 | 478 | 2670 | 3216 | 234 | 2193 | – |
| | | | | | | *28,7* | *13,7* | *3,1* | *17,5* | *21,1* | *1,5* | *14,4* | |
| Urach | 2,5 | 42,4 | 37,1 | 12. 1. 19 | *92,6* | 6849 | 606 | – | 5631 | 214 | – | 4304 | 69 |
| | | | | | | *38,8* | *3,4* | | *31,9* | *1,2* | | *24,3* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,6* | 7198 | 429 | – | 5554 | 223 | – | 4029 | 30 |
| | | | | | | *41,2* | *2,4* | | *31,8* | *1,3* | | *23,1* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *76,8* | 2272 | 2379 | 195 | 2808 | 206 | 354 | 6528 | – |
| | | | | | | *15,4* | *16,1* | *1,3* | *19,1* | *1,4* | *2,4* | *44,3* | |
| **Jagstkreis** | | | | | | | | | | | | | |
| Aalen | 63,6 | 28,3 | 40,8 | 12. 1. 19 | *93,9* | 5532 | 196 | – | 3142 | 7605 | – | 1313 | 99 |
| | | | | | | *30,9* | *1,1* | | *17,6* | *42,5* | | *7,3* | *0,6* |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,9* | 5689 | 110 | – | 2906 | 7674 | – | 1169 | 48 |
| | | | | | | *32,3* | *0,6* | | *16,5* | *43,6* | | *6,6* | *0,4* |
| | | | | 6. 6. 20 | *79,4* | 1988 | 1436 | 448 | 1256 | 7263 | 557 | 2148 | – |
| | | | | | | *13,2* | *9,5* | *3,0* | *8,3* | *48,1* | *3,7* | *14,2* | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Crailsheim | 15,5 | 52,7 | 21,8 | 12. 1. 19 | *88,6* | 4292 | 130 | – | 4751 | 1102 | – | 3160 | 41 | – |
| | | | | | | *31,8* | *1,0* | | *35,3* | *8,2* | | *23,4* | *0,3* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *85,3* | 4512 | 76 | – | 4772 | 1057 | – | 2667 | 32 | – |
| | | | | | | *34,4* | *0,6* | | *36,4* | *8,1* | | *20,3* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *67,8* | 1486 | 708 | 84 | 1676 | 976 | 778 | 4603 | – | |
| | | | | | | *14,4* | *6,9* | *0,8* | *16,2* | *9,5* | *7,5* | *44,7* | | |
| Ellwangen | 88,4 | 60,9 | 21,2 | 12. 1. 19 | *94,3* | 1010 | 97 | – | 922 | 12618 | – | 1137 | 145 | – |
| | | | | | | *6,4* | *0,6* | | *5,8* | *79,2* | | *7,1* | *0,9* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,9* | 1104 | 56 | – | 1049 | 12752 | – | 806 | 27 | – |
| | | | | | | *7,0* | *0,4* | | *6,6* | *80,7* | | *5,1* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *84,3* | 435 | 260 | 78 | 430 | 11757 | 143 | 966 | – | |
| | | | | | | *3,1* | *1,8* | *0,6* | *3,1* | *83,6* | *1,0* | *6,8* | | |
| Gaildorf | 6,8 | 65,0 | 21,5 | 12. 1. 19 | *87,2* | 2985 | 114 | – | 3901 | 560 | – | 2204 | 41 | – |
| | | | | | | *30,4* | *1,2* | | *39,8* | *5,7* | | *22,5* | *0,4* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *82,9* | 3032 | 63 | – | 3587 | 545 | – | 3099 | 26 | – |
| | | | | | | *29,3* | *0,6* | | *5,3* | *34,6* | | *29,9* | *0,3* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *65,7* | 704 | 613 | 176 | 446 | 1077 | 155 | 4861 | – | |
| | | | | | | *8,8* | *7,6* | *2,2* | *5,6* | *13,4* | *1,9* | *60,5* | | |
| Gerabronn | 3,1 | 63,8 | 24,4 | 12. 1. 19 | *88,1* | 4248 | 152 | – | 6700 | 275 | – | 2585 | 46 | – |
| | | | | | | *30,3* | *1,1* | | *47,8* | *2,0* | | *18,5* | *0,3* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *84,0* | 4121 | 53 | – | 6724 | 275 | – | 2309 | 20 | – |
| | | | | | | *30,5* | *0,4* | | *49,8* | *2,0* | | *17,1* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *55,1* | 800 | 503 | 244 | 2641 | 223 | 424 | 3951 | – | |
| | | | | | | *9,1* | *5,7* | *2,8* | *30,1* | *2,5* | *4,8* | *45,0* | | |
| Gmünd | 73.8 | 25,4 | 41,9 | 12. 1. 19 | *92,3* | 5739 | 586 | – | 2785 | 11703 | – | 1494 | 114 | – |
| | | | | | | *25,6* | *2,6* | | *12,4* | *52,2* | | *6,7* | *0,5* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *89,9* | 5664 | 504 | – | 2955 | 11466 | – | 1271 | 60 | – |
| | | | | | | *25,8* | *2,3* | | *13,5* | *52,3* | | *5,8* | *0,3* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *82,8* | 1234 | 3715 | 447 | 1451 | 10419 | 346 | 1828 | – | |
| | | | | | | *6,3* | *19,1* | *2,3* | *7,5* | *53,6* | *1,8* | *9,4* | | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925): Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für: SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Hall | 7,3 | 45,0 | 30,0 | 12. 1. 19 | *88,8* | 3964 | 158 | – | 3824 | 687 | – | 5557 | 66 |
| | | | | | | *27,8* | *1,1* | | *26,8* | *4,8* | | *39,0* | *0,5* |
| | | | | 19. 1. 19 | *83,9* | 4287 | 79 | – | 3737 | 705 | – | 5068 | 38 |
| | | | | | | *30,8* | *0,6* | | *26,8* | *5,1* | | *36,4* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *74,3* | 1958 | 547 | 145 | 1647 | 660 | 473 | 6629 | – |
| | | | | | | *16,2* | *4,5* | *1,2* | *13,7* | *5,5* | *3,9* | *55,0* | |
| Heidenheim | 10,2 | 28,2 | 44,4 | 12. 1. 19 | *92,7* | 11043 | 734 | – | 7024 | 1066 | – | 3934 | 145 |
| | | | | | | *46,1* | *3,1* | | *29,3* | *4,5* | | *16,4* | *0,6* |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,2* | 11774 | 428 | – | 7304 | 1008 | – | 3278 | 52 |
| | | | | | | *49,4* | *1,8* | | *30,6* | *4,2* | | *13,8* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *74,7* | 4930 | 2972 | 701 | 3483 | 889 | 758 | 5632 | – |
| | | | | | | *25,3* | *15,3* | *4,1* | *17,9* | *4,6* | *3,9* | *28,9* | |
| Künzelsau | 42,0 | 63,9 | 18,2 | 12. 1. 19 | *91,2* | 2729 | 87 | – | 2736 | 4958 | – | 2943 | 61 |
| | | | | | | *20,2* | *0,6* | | *20,3* | *36,7* | | *21,7* | *0,5* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,4* | 2775 | 54 | – | 2716 | 5143 | – | 2453 | 44 |
| | | | | | | *21,1* | *0,4* | | *20,6* | *39,0* | | *18,6* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,2* | 935 | 639 | 79 | 920 | 4624 | 333 | 4039 | – |
| | | | | | | *8,1* | *5,5* | *0,7* | *7,9* | *40,0* | *2,9* | *34,9* | |

| | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Mergentheim | 39,3 | 58,6 | 21,2 | 12. 1. 19 | *91,0* | 2179 | 92 | – | 4147 | 4683 | – | 3685 | 58 |
| | | | | | | *14,7* | *0,6* | | *27,9* | *31,6* | | *24,8* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,3* | 2254 | 44 | – | 4123 | 4808 | – | 3236 | 35 |
| | | | | | | *15,6* | *0,3* | | *28,4* | *33,2* | | *22,3* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *77,0* | 727 | 182 | 141 | 1051 | 4170 | 424 | 5850 | – |
| | | | | | | *5,8* | *1,5* | *1,1* | *8,4* | *33,2* | *3,4* | *46,4* | |
| Neresheim | 78,8 | 58,3 | 25,0 | 12. 1. 19 | *92,7* | 1382 | 79 | – | 1496 | 6428 | – | 949 | 103 |
| | | | | | | *13,2* | *0,8* | | *14,3* | *61,6* | | *9,1* | *1,0* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,6* | 1492 | 37 | – | 1433 | 6499 | – | 790 | 24 |
| | | | | | | *14,5* | *0,4* | | *13,9* | *63,3* | | *7,7* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *81,9* | 553 | 382 | 104 | 510 | 5839 | 96 | 1738 | – |
| | | | | | | *6,0* | *4,2* | *1,1* | *5,5* | *63,3* | *1,0* | *18,9* | |
| Öhringen | 3,0 | 59,1 | 23,7 | 12. 1. 19 | *89,6* | 3238 | 158 | – | 6506 | 219 | – | 3837 | 43 |
| | | | | | | *23,1* | *1,1* | | *46,5* | *1,6* | | *27,4* | *0,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,2* | 3460 | 73 | – | 6054 | 217 | – | 3901 | 22 |
| | | | | | | *25,2* | *0,5* | | *44,1* | *1,6* | | *28,4* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *71,5* | 1484 | 499 | 81 | 1548 | 141 | 236 | 7284 | – |
| | | | | | | *13,2* | *4,4* | *0,7* | *13,7* | *1,2* | *2,1* | *64,7* | |
| Schorndorf | 2,5 | 48,0 | 29,7 | 12. 1. 19 | *89,4* | 5443 | 402 | – | 4778 | 81 | – | 3535 | 55 |
| | | | | | | *38,1* | *2,8* | | *33,4* | *0,6* | | *24,7* | *0,4* |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,6* | 5597 | 356 | – | 4952 | 89 | – | 2974 | 43 |
| | | | | | | *40,0* | *2,5* | | *35,4* | *0,6* | | *21,2* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *68,4* | 1563 | 1728 | 203 | 2125 | 73 | 313 | 4961 | – |
| | | | | | | *14,2* | *15,8* | *1,8* | *19,4* | *0,7* | *2,9* | *45,2* | |
| Welzheim | 12,1 | 49,6 | 33,3 | 12. 1. 19 | *89,3* | 3989 | 181 | – | 3670 | 745 | – | 2056 | – |
| | | | | | | *37,5* | *1,7* | | *34,5* | *7,0* | | *19,3* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,0* | 4076 | 95 | – | 3391 | 755 | – | 2022 | 27 |
| | | | | | | *39,3* | *0,9* | | *32,7* | *7,3* | | *19,5* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *68,9* | 1079 | 1191 | 276 | 1272 | 634 | 137 | 3779 | – |
| | | | | | | *12,9* | *14,2* | *3,3* | *15,2* | *7,6* | *1,6* | *45,2* | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925): Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für: SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| **Donaukreis** | | | | | | | | | | | | | |
| Biberach | 86,9 | 49,2 | 27,0 | 12. 1. 19 | *94,6* | 2319 | 113 | – | 1714 | 14707 | – | 1102 | 186 |
| | | | | | | *11,5* | *0,6* | | *8,5* | *73,0* | | *5,5* | *0,9* |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,7* | 2235 | 92 | – | 1479 | 15181 | – | 926 | 23 |
| | | | | | | *11,2* | *0,5* | | *7,4* | *76,2* | | *4,6* | *0,1* |
| | | | | 6. 6. 20 | *87,3* | 948 | 406 | 589 | 1286 | 14016 | 224 | 1458 | – |
| | | | | | | *5,0* | *2,1* | *3,1* | *6,8* | *74,1* | *1,2* | *7,7* | |
| Blaubeuren | 37,6 | 48,1 | 32,9 | 12. 1. 19 | *93,8* | 2256 | 69 | – | 2427 | 3103 | – | 3338 | 63 |
| | | | | | | *20,0* | *0,6* | | *21,6* | *27,6* | | *29,6* | *0,6* |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,3* | 2341 | 32 | – | 2611 | 3122 | – | 3046 | 20 |
| | | | | | | *20,9* | *0,3* | | *23,4* | *27,9* | | *27,3* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *83,4* | 1196 | 460 | 310 | 995 | 2888 | 246 | 4068 | – |
| | | | | | | *11,8* | *4,5* | *3,1* | *9,8* | *28,4* | *2,4* | *40,0* | |
| Ehingen | 86,6 | 51,6 | 26,2 | 12. 1. 19 | *93,6* | 1476 | 139 | – | 1953 | 10057 | – | 916 | – |
| | | | | | | *10,1* | *1,0* | | *13,4* | *69,2* | | *6,3* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,2* | 1562 | 133 | – | 1732 | 10437 | – | 721 | 30 |
| | | | | | | *10,7* | *0,9* | | *11,9* | *71,4* | | *4,9* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *86,1* | 1082 | 630 | 133 | 681 | 9525 | 171 | 1419 | – |
| | | | | | | *7,9* | *4,6* | *1,0* | *5,0* | *69,8* | *1,3* | *10,4* | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Geislingen | 42,6 | 28,4 | 45,3 | 12. 1. 19 | *92,0* | 8026 | 349 | – | 4102 | 5963 | – | 2742 | 114 | – |
| | | | | | | *37,7* | *1,6* | | *19,3* | *28,0* | | *12,9* | *0,5* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,4* | 8329 | 269 | – | 3793 | 5998 | – | 2703 | 68 | |
| | | | | | | *39,4* | *1,3* | | *17,9* | *28,3* | | *12,8* | *0,3* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,2* | 3796 | 2447 | 206 | 2134 | 5352 | 350 | 3873 | – | |
| | | | | | | *20,9* | *13,5* | *1,1* | *11,8* | *29,5* | *1,9* | *21,3* | | |
| Göppingen | 18,5 | 20,6 | 50,7 | 12. 1. 19 | *94,1* | 16284 | 2526 | – | 8151 | 2609 | – | 3187 | 103 | – |
| | | | | | | *49,6* | *7,7* | | *24,8* | *7,9* | | *9,7* | *0,3* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,2* | 16673 | 2275 | – | 8111 | 2597 | – | 2981 | 58 | |
| | | | | | | *51,0* | *7,0* | | *24,8* | *7,9* | | *9,1* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,9* | 5866 | 7634 | 851 | 4344 | 2755 | 1155 | 5316 | – | |
| | | | | | | *21,0* | *27,3* | *3,0* | *15,6* | *9,9* | *4,1* | *19,1* | | |
| Kirchheim | 2,8 | 43,0 | 33,3 | 12. 1. 19 | *92,2* | 8238 | 352 | – | 4145 | 178 | – | 4057 | 74 | – |
| | | | | | | *48,3* | *2,1* | | *24,3* | *1,1* | | *23,8* | *0,4* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,8* | 8163 | 255 | – | 4405 | 180 | – | 3608 | 40 | |
| | | | | | | *49,0* | *1,5* | | *26,5* | *1,1* | | *21,7* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *73,3* | 2396 | 2166 | 350 | 2244 | 191 | 583 | 5563 | – | |
| | | | | | | *17,8* | *16,0* | *2,6* | *16,6* | *1,4* | *4,3* | *41,3* | | |
| Laupheim | 86,6 | 49,7 | 31,0 | 12. 1. 19 | *94,2* | 2566 | 118 | – | 1460 | 9514 | – | 814 | 163 | – |
| | | | | | | *17,5* | *0,8* | | *10,0* | *65,0* | | *5,6* | *1,1* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,8* | 2649 | 59 | – | 1337 | 9665 | – | 697 | 39 | |
| | | | | | | *18,3* | *0,4* | | *9,3* | *66,9* | | *4,8* | *0,3* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *86,9* | 1419 | 442 | 245 | 590 | 9597 | 107 | 997 | – | |
| | | | | | | *10,6* | *3,3* | *1,8* | *4,4* | *71,6* | *0,8* | *7,5* | | |
| Leutkirch | 94,3 | 56,6 | 29,3 | 12. 1. 19 | *93,5* | 1400 | 97 | – | 1249 | 9971 | – | 427 | 814 | – |
| | | | | | | *10,0* | *0,7* | | *9,0* | *71,4* | | *3,1* | *5,8* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,6* | 1319 | 57 | – | 1013 | 10845 | – | 483 | 42 | |
| | | | | | | *9,6* | *0,4* | | *7,3* | *78,8* | | *3,6* | *0,3* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *86,3* | 855 | 356 | 244 | 814 | 10240 | 140 | 515 | – | |
| | | | | | | *6,5* | *2,7* | *1,8* | *6,2* | *77,8* | *1,1* | *3,9* | | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925) | | | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | | | SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Münsingen | 37,4 | 60,8 | 19,2 | 12. 1. 19 | *92,6* | 2276 | 68 | – | 4698 | 3936 | – | 1906 | 159 |
| | | | | | | *17,5* | *0,5* | | *36,0* | *30,2* | | *14,6* | *1,2* |
| | | | | 19. 1. 19 | *90,4* | 2245 | 56 | – | 4697 | 4080 | – | 1740 | 22 |
| | | | | | | *17,5* | *0,4* | | *36,6* | *31,8* | | *13,5* | *0,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *80,7* | 1213 | 418 | 96 | 1415 | 3708 | 195 | 3831 | – |
| | | | | | | *11,2* | *3,8* | *0,9* | *13,0* | *34,1* | *1,8* | *35,2* | |
| Ravensburg | 83,3 | 34,8 | 37,5 | 12. 1. 19 | *90,6* | 4558 | 508 | – | 2345 | 14770 | – | 1774 | 811 |
| | | | | | | *18,4* | *2,0* | | *9,5* | *59,6* | | *7,2* | *3,3* |
| | | | | 19. 1. 19 | *86,5* | 4770 | 385 | – | 2388 | 15124 | – | 1913 | 549 |
| | | | | | | *19,0* | *1,5* | | *9,5* | *60,2* | | *7,6* | *2,2* |
| | | | | 6. 6. 20 | *79,7* | 1172 | 1921 | 517 | 1581 | 12936 | 348 | 3119 | – |
| | | | | | | *5,4* | *8,9* | *2,4* | *7,3* | *59,9* | *1,6* | *14,5* | |
| Riedlingen | 95,2 | 60,7 | 21,7 | 12. 1. 19 | *93,3* | 1129 | 72 | – | 1134 | 10700 | – | 625 | 291 |
| | | | | | | *8,1* | *0,5* | | *8,1* | *76,7* | | *4,5* | *2,1* |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,9* | 1135 | 47 | – | 913 | 11301 | – | 385 | 37 |
| | | | | | | *8,2* | *0,3* | | *6,6* | *81,7* | | *2,9* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *85,5* | 591 | 177 | 68 | 429 | 9953 | 65 | 1288 | – |
| | | | | | | *4,7* | *1,4* | *0,6* | *3,4* | *79,2* | *0,5* | *10,2* | |

| | | | | | | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Saulgau | 95,4 | 50,1 | 27,2 | 12. 1. 19 | *93,8* | 2067 | 130 | – | 1342 | 11241 | – | 393 | 480 | |
| | | | | | | *13,2* | *0,8* | | *8,6* | *71,8* | | *2,5* | *3,1* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,5* | 2170 | 64 | – | 1315 | 11548 | – | 301 | 31 | |
| | | | | | | *14,1* | *0,4* | | *8,5* | *74,8* | | *2,0* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *83,9* | 1049 | 693 | 139 | 650 | 10610 | 117 | 934 | – | |
| | | | | | | *7,4* | *4,9* | *1,0* | *4,6* | *74,8* | *0,8* | *6,5* | | |
| Tettnang | 86,2 | 39,3 | 33,6 | 12. 1. 19 | *89,6* | 3116 | 560 | – | 2022 | 10533 | – | 538 | 449 | |
| | | | | | | *18,1* | *3,3* | | *11,7* | *61,2* | | *3,1* | *2,6* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,1* | 3215 | 415 | – | 1819 | 10736 | – | 475 | 66 | |
| | | | | | | *19,2* | *2,5* | | *10,9* | *64,2* | | *2,8* | *0,4* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *79,8* | 1362 | 1368 | 250 | 1237 | 9918 | 253 | 1308 | – | |
| | | | | | | *8,7* | *8,7* | *1,6* | *7,9* | *63,2* | *1,6* | *8,3* | | |
| Ulm | 35,4 | 17,0 | 37,5 | 12. 1. 19 | *89,0* | 17873 | 758 | – | 12838 | 8108 | – | 7439 | 211 | |
| | | | | | | *37,8* | *1,6* | | *27,2* | *17,2* | | *15,8* | *0,4* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *87,1* | 16516 | 657 | – | 12835 | 8043 | – | 6700 | 104 | |
| | | | | | | *36,9* | *1,5* | | *28,6* | *17,9* | | *14,9* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *78,2* | 6071 | 2999 | 962 | 6492 | 6462 | 2756 | 7589 | – | |
| | | | | | | *18,2* | *9,0* | *2,9* | *19,5* | *19,4* | *8,2* | *22,8* | | |
| Waldsee | 95,8 | 52,0 | 29,5 | 12. 1. 19 | *94,0* | 1478 | 94 | – | 1536 | 11629 | – | 271 | 248 | |
| | | | | | | *9,7* | *0,6* | | *10,1* | *76,2* | | *1,8* | *1,6* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *92,2* | 1418 | 71 | – | 1301 | 12121 | – | 135 | 25 | |
| | | | | | | *9,4* | *0,5* | | *8,6* | *80,4* | | *0,9* | *0,2* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *86,2* | 942 | 506 | 148 | 616 | 11386 | 90 | 545 | – | |
| | | | | | | *6,6* | *3,6* | *1,0* | *4,3* | *80,0* | *0,6* | *3,9* | | |
| Wangen | 93,5 | 49,6 | 34,4 | 12. 1. 19 | *92,9* | 1420 | 99 | – | 1594 | 10127 | – | 374 | 145 | |
| | | | | | | *10,3* | *0,7* | | *11,6* | *73,6* | | *2,7* | *1,1* | |
| | | | | 19. 1. 19 | *91,4* | 1422 | 49 | – | 1332 | 10440 | – | 259 | 35 | |
| | | | | | | *10,5* | *0,4* | | *9,8* | *77,1* | | *1,9* | *0,3* | |
| | | | | 6. 6. 20 | *88,5* | 1041 | 321 | 357 | 781 | 9944 | 152 | 561 | – | |
| | | | | | | *7,9* | *2,5* | *2,7* | *5,9* | *75,6* | *1,2* | *4,2* | | |

| Oberämter | Konfession und Berufsgliederung (am 16. Juni 1925): Von 100 der Bevölkerung sind Katholiken | Von 100 Erwerbstätigen[3]) sind in der Landwirtsch. erwerbstätig | Von 100 Erwerbstätigen sind Arbeiter[4]) | Wahlen | Wahlbeteiligung in % | Abgegebene gültige Stimmen[2]) für: SPD | USPD | KPD | DDP | Zentrum | DVP | DNVP[5]) | Sonstige |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
| Württemberg | 30,9 | 34,1 | 35,9 | 12. 1. 19 | *90,9* | 452 699 | 40 634 | – | 328 689 | 273 200 | – | 209 223 | 9 789 |
| | | | | | | *34,5* | *3,1* | | *25,0* | *20,8* | | *15,9* | *0,7* |
| | | | | 19. 1. 19 | *88,7* | 463 844 | 36 241 | – | 327 534 | 278 052 | – | 181 946 | 3 362 |
| | | | | | | *35,9* | *2,8* | | *25,4* | *21,5* | | *14,1* | *0,3* |
| | | | | 6. 6. 20 | *76,8* | 176 871 | 143 789 | 35 794 | 159 659 | 248 172 | 42 704 | 294 671 | – |
| | | | | | | *16,1* | *13,1* | *3,2* | *14,5* | *22,5* | *3,9* | *26,7* | |

Anmerkungen zu Anlage II

[1]) Die Wahlergebnisse sind zusammengestellt nach: Raith, S. 30 ff.; Josef Griesmeier, Die Reichstagswahlen im Wahlkreis Württemberg von 1919–1930, in: Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Jg. 1930/31, S. 77–158, hier S. 144 ff.; Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 291, 1920, S. 94 ff. Die Angaben in der Rubrik „Konfession und Berufsgliederung" sind übernommen von Griesmeier (ebd.).

[2]) Die Prozentwerte wurden aufgrund der abgegebenen gültigen Stimmen errechnet.

[3]) Einschließlich Ehefrauen ohne Hauptberuf.

[4]) Sog. C-Personen der Berufszählung von 1925 im Gegensatz zu den Selbständigen (Besitzer, Inhaber, Pächter, Direktoren usw.).

[5]) In dieser Spalte sind die auf folgende Parteien entfallenden Stimmen zusammengefaßt: 12. 1. 1919: Württembergische Bürgerpartei, Württembergischer Bauernbund, Württembergische Weingärtner und Kleinbauern; 19. 1. 1919: Württembergische Bürgerpartei; 6. 6. 1920: Bauern- und Weingärtnerbund und Württembergische Bürgerpartei.

[6]) Dieses Oberamt war bereits vor der Konfessions- und Berufszählung vom 16. 6. 1925 aufgelöst worden; bei Griesmeier (s. Anm. 1) finden sich deshalb keine Angaben über Konfession und Berufsgliederung.

# Register

*Vorbemerkung*
Kursiv gesetzte Seitenzahlen bedeuten, daß auf der betreffenden Seite eine Angabe zur Person zu finden ist. Nicht in das Register aufgenommen wurden die in den Personalanmerkungen erwähnten Geburts- und Sterbeorte sowie dort verzeichnete Angaben über Partei- oder Verbandszugehörigkeit.

**Aalen** XV, LV, LXXIII
– Oberamt XXXIII, LXIII, LXVIf., 478
**Abrüstung** 200
**Achtstundentag** s. Arbeitszeit
**Ackermann,** Albert 126, *142*f., 153, 168, 185, 189, 217, 329, 333, 335, 338, 385f., 389
**Aichele,** Hermann 17
**Aktionsausschuß** (Stuttgart) LVIIIf., LXXI, 107, 109f., 116f., 421f.
– Konstituierung am 10.11.18 4, 6, 29
– Aufruf vom 11.11.18 7f.
– Finanzierungsfragen LXVI, 8, 10f., 14f., 17, 33, 84f., 251
– Zusammenarbeit mit der Regierung 8, 13, 30, 84f.
– Kompetenzen 9, 30
– Kontrolle der Stuttgarter Stadtverwaltung 9, 12, 15ff., 30, 69
– Verhandlungen mit Stuttgarter Oberbürgermeister 16ff., 31f.
– Stellung zu den Freien Gewerkschaften 13, 32f., 58
s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Vollzugsausschuß
**„Aktions-Ausschuß des geeinigten Proletariats"** 328ff., 438, s.a. Generalstreik
**Alberti,** Armand von 136
**Albrecht,** Herzog von Württemberg 319, 409
**Alker,** Richard 362f.
**Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands** s. Rätekongreß
**Altheim** 256
**Amnestie** 260, 262, 266f., 413, 445f.
**Andre,** Joseph 241
**Anerbenrecht** XVIII
**Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte** 47ff., 63f., 84, 235, 249, 253, 255, 267f., 272f., 275ff., 362, 367ff., 446
– Gründungen vor dem 9.11.18 XLIX, LIIff., LXI, 12, 25f., 84, 378
– Finanzierung LXIV, LXVIf., 8, 10f., 14f., 33, 84f., 230, 232, 239, 242, 251ff., 371, 379, 448f., 456, 463, 465
– Immunität 288, 346f.
– Kompetenzen und Funktionen LIX, LXI, LXIV, 63, 226, 230f., 241, 257, 324f., 448
– Satzungen vom 14.12.18 LXIV, LXVI, 230, 237f., 242, 244, 252f., 255, 259f., 263, 265, 268, 280, 303f., 367, 371, 422f., 448f., 464, 466
– Weiterbestand nach den Parlamentswahlen 134, 137, 140, 267ff., 303ff.
– Zurückweisung von Angriffen 135, 140, 228, 232f., 251, s.a. Landesversammlung, Presse
s.a. Arbeiterräte, Soldatenräte, Landesausschuß, Württemberg

**Arbeiterräte**
– Wahlen in Württemberg 16, 71f., 283, 305f., 328, 331, 347, 354ff., 360ff.
– Organisationsaufbau in Württemberg LXVI, 16, 71ff.
– Finanzierung LXVIf., 8, 10f., 14f., 33, 230, 232, 251ff., 257
– Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 226ff., 229, 250, 281, 328ff., 356, 361f.
– Kritik an der Landesregierung 259f., 263f., 275
– Einberufung der Nationalversammlung 48ff., 63f., 66ff., 70, 226ff., 229f., 234
– Einberufung der Landesversammlung 63f., 70, 229f.
– Weiterbestand der Räte nach den Parlamentswahlen 267ff., 275ff., 279ff., 285ff., 303ff., 345, 355ff., 359f.
– Stellung zu den Gewerkschaften 13, 32f., 73f.
– Landesversammlungen
8.12.18 LXIII, 225–234
1.–3.3.19 LXV, 235–291
17./18.3.19 291–302
7.7.19 LXV, 303–307
– Blaubeuren 369f.
– Böblingen 252
– Botnang 283
– Cannstatt 252
– Friedrichshafen 252, 378f.
– Hedelfingen 257
– Heidenheim LXII
– Horb 256f.
– Leonberg 257, 376f.
– Ludwigsburg 374f., 393
– Neuenbürg 263f., 280f.
– Plüderhausen 293
– Ravensburg 364–366
– Stuttgart 240, 245, 303, 313f.
Wahlen 7f., 15, 18f., 24, 29
Kommissionen 16, 31f., 76, 234, 345ff., 348ff.
Vollversammlungen LIX, LXXIV, 20–76, 343–363, s.a. Aktionsausschuß Vollzugsausschuß
– Sulz LXII, 367f.
– Ulm 252
– Unterhausen 282
– Vaihingen/Filder 372
s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Gemeindebehörden, Landesausschuß, Oberämter, Württemberg

**Arbeitsbeschaffung** LXIV, 121, 131, 169, 265, 289, 316, 351, 369, 372, 376, 412
**Arbeitslose** s. Erwerbslosenfürsorge
**Arbeitsvermittlung** LXI

**Arbeitszeit** XXII, 71, 131, 157, 274, 279f., 289f., 365, 372, 374
– Achtstundentag 4, 146, 379
**Arco-Valley,** Anton Graf von 236
**Armee-Verordnungsblatt** (Berlin) 133
**Asperg** 165, 191, 229, 393
**Auer,** Erhard 161, 236, 272
**Augsburg** 440

**Bader** (Oberst) 387
**Backnang** LXXIII
– Oberamt XXXIII, LXVIf., 417, 470
**Bad Ems** 121
**Baden** XI, XVI, XXI, 145, 149, 177, 194, 273, 427
**Bad Friedrichshall** LXXIII
**Baienfurt** 364f.
**Baitinger,** Wilhelm *37*
**Balingen** XXXIII, LXVI, 169, 474
**Bank für Handel und Industrie** 11
**Bankhaus** Pick u. Co. 11
**Banzhaf,** Karl 87, *120,* 135, 149
**Bartel,** Adolf (?) XXXV
**Bartenbach** 255, 294
**Bartenstein** 158
**Barth,** Emil 230
**Barthel,** Max 6f., *116*f., 247, 318
**Barthelmes,** Emil *75*f., 225, 237, 335
**Baßler,** Karl LXI
**Bauer,** Ed. XXXV
**Bauer** (Leutnant) 383
**Bauernräte** LXVI, 34f., 47, 49, 72, 227, 258f., 276, 284, 367, 376, 378f., s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte
**Baumann,** Julius 82, 236, *258*f., 295, 313, 316, 446f., 465
**Baumann** (S.-Rat) 400
**Bayern** XI, XVI, XXI, 146, 149, 161, 192ff., 221, 243, 249, 256, 272f., 354, 439f.
**Bazille,** Wilhelm LXV, 241, 256, 303f., 387
**Bauern- und Weingärtnerbund** XXX, 338, 354, 376
**Beamtenpolitik** 18, 51f., 61, 262, 462
– Amtsenthebung von Polizeibeamten 12
– Besoldung 9
– Einstellung und Entlassung durch Rätegremien 230f., 266, 314, 344
– Kontrolle durch Räte 8f., 30ff., 349f.
s.a. Gemeindebehörden, Oberämter
**Bebel,** August 44
**Bebenhausen,** 81, 407
**Bechtle** (S.-Rat) 126, 156
**Bechtle,** Emil *120,* 171ff., 175, 178, 180f., 189–192, 194, 196
**Beck,** Imanuel 392
**Beck,** Johann *36,* 68f.
**Belagerungszustand** XLII, XLIX, 144, 333, 337, 340, 438
**Benack,** Franz *217,* 327f.
**Beobachter** (Stuttgart) 31
**Bergkaserne** 28, 316, 319
**Berlin** XXXVI, XLIII, L, LXX, 14, 17, 23, 25, 35, 50, 123, 143, 146, 158, 160, 179, 210f., 214, 244, 294, 356, 390
– Vollzugsrat LVIII, 74, 355, 361, 425
– Januarunruhen 1919 133, 200, 215, 246, 311, 319
**Bern** XLII
**Bernath,** Morton 20, 35, *36,* 56, 69
**Bernhard** (Generalleutnant) 392, 400
**Bernstein,** Eduard XXVIII, 164
**Berten,** Peter XXXIV
**Bessarabien** 55
**Besigheim** XIX, XXXIII, XLI, LXVI, 470
**Bethmann Hollweg,** Theobald von 139, 147, 387
**Bettinger,** Willy LXXII, *103,* 126, 133, 135, 147, 150f., 155, 175, 179, 184, 202, 204ff., 211, 215f., 221, 389ff., 439ff., 461
– Rechenschaftsbericht vom 19. 3. 19 156–171, 195ff.
– Januarunruhen 1919 317f.
– Generalstreik in Stuttgart 327ff., 331ff., 334ff.
**Beyrer** (A.-Rat) 350
**Biberach** XXXIII, LXII, 233, 482
**Biesinger,** Hugo 108, 116, *137*ff., 164, 179, 185, 191, 194, 217, 331, 338, 340
**Bietigheim** XVIII, 165, 289
**Bihl** (A.-Rat) 56, 359
**Binder** (S.-Rat) 185, 192f., 201f., 211, 216
**Bissinger,** Karl *103,* 182–185, 191, 318, 326, 329, 333, 335
**Blaubeuren** XXXIII, LX, 369, 482
**Blinzig,** August 289f.
**Blos,** Anna 323
**Blos,** Wilhelm LXVIII, *14,* 20, 79, 84, 123f., 134, 147, 156, 228, 232, 235f., 238, 266, 323, 339, 377, 391, 397
– Bildung der provisorischen Regierung LVIIf., 4f.
– Aufrufe und Erlasse 445, 447, 449, 456, 465
– Zusammenarbeit mit den Räten LIX, LXIV, LXX, 11, 22–24, 63, 80ff., 119f., 129f., 225f., 237, 264, 279, 313, 345, 422f.
– Januarunruhen 1919 142, 260ff., 316, 318, 320, 323ff., 436f.
– Generalstreik 1919 in Stuttgart 330f.
**Blume,** Wilhelm von 23
**Böblingen** XIX, XXV, LXIX, 165, 252, 264, 294f., 340, s.a. Soldatenräte
– Oberamt XXXIII, LXVI, 330, 333, 470
**Böck** (S.-Rat) 98, 120
**Böckingen** XV

**Böhm** (A.-Rat) 69
**Böhme** (Gefreiter) 89, 104
**Bölz,** Jakob *105,* 120, 124, 126, 152, 169, 217
**Boll** 367
**Bolschewismus** 54, 126, 198, 203, 256, s.a. Sowjetrußland
**Bolz,** Eugen 466
**Bonatz,** Paul 6, 20, *66,* 68f., 75f., 319, 331, 335f., 344, 347f.
– Rede am 25.11.18 66–68
**Borchardt,** Julian XXXV, XLIII
**Bosch** AG XIX, XXII, LIIff., 18f., 24, 330, 347
**Bosch,** Robert 345
**Botnang** 283
**Boxler** (Kriminalbeamter) 32
**Brackenheim** XXXIII, LXVI, LXXIII, 471
**Brandler,** Heinrich 9
**Brauer** (Major) 402f.
**Braun,** Jakob 378
**Braun,** Otto XXXVI, XXXIX
**Braune,** Otto LI, LIII, 29, *40,* 56, 69
**Breitinger,** Heinrich 29
**Bremen** XVI, XLIV, 270f., 319
**Bremer Bürgerzeitung** 270
**Breyer** (Oberstleutnant) 397, 403
**Brest-Litowsk** 315, 357f.
**Buckel,** Ernst LXI, 97, *100,* 125, 146f.
**Bürgerräte** 50, 134
**Bürgerwehren** 52, s.a. Weiße Garde
**Bürner** (Regierungsrat) 369
**Bukarest** 358
**Bullmer,** Hans *356*f.
**Burger** (Leutnant) 431
**Burkhardt,** Oskar 400

**Calw** XXXIII, 228, 233, 258, 474
**Cannstatt** XV, XIX, XL, XLIX, LII, 17, 87, 168, 252, 259, 264
– Oberamt XIII, XIX, XXXIII, 330, 333, 471
**Caspari,** Walter 270
**Chemnitz** XXIV, XXVI, 222
**Christ** (A.-Rat) 68f.
**Christian,** Karl *363*
**Clar,** Albert 378
**Cohen,** Emanuel, gen. Max 211, 219
**Contessa-Werke** AG LIIf., 38
**Cordy,** Rudolf 173
**Correspondenzblatt** der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Berlin) 43
**Crailsheim** XXXIII, LXVII, 165, 479
**Crispien,** Arthur XXVIII, XLIV, LXVIII, *4,* 12, 23, 25, 39, 79, 82, 112, 123, 134, 150, 199, 263, 343, 445, 447
– Position im Tagwacht-Konflikt XXXIIIff., 9
– Trennung von der SPD XLff.
– Eintritt in die provisorische Regierung LVII, 4f., 58, 85
– Januarunruhen 1919 und Rücktritt 135, 245ff., 262, 311f., 315ff., 318ff., 321ff., 326, 434f.

**Däumig,** Ernst 269, 355
**Daimler-Werke** Untertürkheim XVII, XXII, XLVI, XLIX, 18, 28f., 37f., 56, 323, 330
– Arbeiterausschuß XLIV, LI, 38
**Decker, Gotthilf 69**
**Degerloch** XL, 320, 323, 325
**Demobilmachung** 48, 86, 93, 123, 131, 136, 157, 176ff., 188, 192, 242, 251, 314, 376, 396f., 406, 411ff., 430, s.a. Truppen
**Denker,** Max LX
**Denz,** Robert 126, *137,* 156
**„Der Arbeiter-Rat"** (Berlin) 269, 355
**Der Freie Kamerad** (Stuttgart) 164
**Der Sozialdemokrat** (Stuttgart) XXXVII, XLIIIf., LIII, 31, 41, 69, 121, 232, 263, 288, 337ff., 351ff.
**Der wahre Jakob** (Stuttgart) 37
**Deutsche Demokratische Partei** (DDP) 14, 17, 23, 241, 258, 285, 303f., 344, 360, 366, 464
**Deutsche Friedensgesellschaft** 163
**Deutsche Partei** s. Nationalliberale
**Deutsche Volkspartei** (DVP) XII, XXX
**Deutscher Buchbinder-Verband** XXXI
**Deutscher Buchdrucker-Verband** XXXI
**Deutscher Holzarbeiter-Verband** XXXI
**Deutscher Metallarbeiter-Verband** XXXI, LVI, LXI, 291, 348
**Deutscher Textilarbeiter-Verband** XLII
**Deutsches Volksblatt** (Stuttgart) 31
**Deutschnationale Volkspartei** (DNVP) 241, 303, 464
**Dick,** Robert LX
**Diem** 234
**Die rote Fahne** (Stuttgart) LV, 7, 12, 14, 16, 18, 26f., 30f., 69, 106, 108ff., 111, 113, 116ff., 251f., 420ff., s.a. Presse
**Die rote Flut** (Stuttgart) 313f.
**Dißmann,** Robert XXXV
**Dittmann,** Wilhelm 230
**Dittus** (S.-Rat) 386
**Döhring,** Sofie LI
**Donandt** (Leutnant) 384
**Donaueschingen** 163
**Donaukreis** XIII, XVIIff., LXIII, 43, 233
**Donau-Wacht** (Ulm) XXXI, 288
**Donzdorf** 34
**Dorner,** Anton 334
**Dornham** 367
**Dreher,** Andreas *75*f., 120, 231, 234, 258, 321, 323, 325, 337ff., 348f.

**Dürr,** Georg *130,* 217, 335
**Düsseldorf** XVII, 320
**Duncker,** Käte XXVII, XXIX
**Durlach** 146

**Ebbinghaus,** Christof von LXIX, 5, 89, 132f., 312, 383, 393, 445
**Ebert,** Friedrich XXXVI, LVIII, 10, 314, 398, 434
**Ebingen** XV, XIX, 152, 165, 169
**Eckert,** Otto 369f.
**Ege,** Gotthold 376
**Eggert,** Wilhelm 20, 24, 35, *40*f., 71, 75f., 231, 234, 345, 360, 449
– Rede am 25.11.18 40–45
– 2. Landesversammlung der A.-Räte 235, 255, 267–275, 277ff., 281ff., 285–288
**Eglosheim** 165, 398, 409
**Ehingen** XXXIII, LXVI, 482
**Ehnis,** Gottlieb *283*
**Eichhorn,** Emil 246
**Eichhorn,** Hermann von 122
**Einheitsstaat** 68, 80, 82, 87, 234, 301, 432
**Eisele,** Karl 66, *332,* 335, 363
**Eisemann-Werke** Stuttgart LIf.
**Eisner,** Kurt 44, 133, 161, 229, 236, 249, 327
**Ellinger** (S.-Rat) 117f.
**Ellsässer,** Karl 362f.
**Ellwangen** XIII, XXXIII, LXVII, LXIX, 140, 165, 479
**Elsas,** Fritz *17*
**Engelhardt,** Franz XLIf., *5,* 75f., 237, 246, 277, 319, 328ff., 346, 348, 351, 353f., 356ff., 361f.
– 2. Landesversammlung der A.-Räte 248, 254, 259ff., 262ff., 273, 279, 287, 290f., 295
– Januarunruhen 1919 313, 343, 345
**Engelmann** (A.-Rat) 231
**Engels,** Friedrich 22, 269, 434
**Enßlin,** Otto *280*f.
**Entente** 63, 66, 70, 203f., 207, 229, 410f.
– Anerkennung der A.- u. S.-Räte 127
– Friedensbedingungen 149, 357ff., s.a. Friedensvertrag
**Enzweihingen** LXII
**Ernährungsfragen** s. Lebensmittelversorgung
**Erwerbslosenfürsorge** LXI, LXIV, 10, 14, 171f., 235, 249, 265, 289f., 313f., 316, 343, 347f., 350f., 365, 369, 376, 434, 462
**Erzberger,** Matthias 207, 229
**Eßlingen** XV, XVIIIf., XXI, XXV, XXXIX, XLII, LI, LXVII, LXIX, LXXIII, 38, 73, 126, 130, 168, 190, 231, 233f., 332f., 389, s.a. Soldatenräte
– Oberamt XIX, XXXIII, XLI, LXVII, 294, 330, 333, 471
**Eßlinger,** Georg 367
**Esslinger,** Gustav *98,* 103ff., 117, 122, 422
**Eßlinger Volkszeitung** XXXI, XXXVIII, 288
**Eutingen** 258
**Eyach** 256
**Eybach** 294

**Fahr** (Leutnant) 322
**Fahrner,** Hans 367
**Farny** (Oberleutnant) 385f.
**Fausel,** Karl *227*f., 233, 254, 293, 306, 329ff., 371
**Fettes,** Philipp *217*
**Feuerbach** XV, XVII, XXII, 24, 74, 169, 233, 333
**Fideikommiß** 34, 43, 154, 243, 284, 294, 298, 345
**Fischer,** Eberhard 431
**Fischer,** Friedrich XXXV, *21,* 34, 421
**Fischer,** Fritz *104*
**Fischer,** Gottlob XXXV
**Fischer,** Ulrich LXVIII, 19, *79*f., 83, 86, 98, 104, 106, 108ff., 116, 119f., 122, 123f., 127f., 396, 403, 421f.
– Rede vom 17.11.18 87–97
– Leitung des Kriegsministeriums 124f., 397, 416, 428f.
– Januarunruhen 1919 und Rücktritt 132, 135, 245ff., 311f., 314ff., 317, 319, 321, 324, 434f.
**Fischer von Weikersthal** 190
**Fleischmann** (A.-Rat) 363
**Florus,** August 264
**Foch,** Ferdinand 51
**Förster,** Oskar LIf., 28
**Fortschrittliche Volkspartei** LXIII, 5, 14
**Fortuna-Werke** Cannstatt LI
**Frankreich** 229, 276, 286
**Freie Gewerkschaften** XXV, LVff., LX, LXIII, 13, 24, 26ff., 36, 42, 45, 57, 163, 229f., 253, 265, 273, 277, 281, 284, 289, 291, 324, 347, 359, 433, 445, 448
– Zusammenarbeit mit Rätegremien 13, 32f., 73f., 234, 249, 335ff., 340
**Freie Presse** (Reutlingen) XXXI, 288
**Freie Volkszeitung** (Göppingen) XXXf., 288
**Freiwilligenverbände** 219
– Kämpfe im Osten 198f., 201, 203, 207
– Freiwilligenabteilung Haas LXIX, 155, 159, 174, 182, 220, 440, 457
personelle Zusammensetzung 200, 203, 209, 431
Einsatz im Grenzschutz Ost 201ff., 204ff., 207ff.
Eingliederung in die württembergische Reichswehrbrigade 218
Auflösung 197ff., 202ff., 205, 210
– Freiwilliges Landesjägerkorps 209
s.a. Grenzschutz Ost
**Freudenstadt** XXXIII, LXIX, LXXIII, 126, 139, 258, 400, 475, s.a. Soldatenräte

**Frick,** Wilhelm *111,* 124, 126, 135, 137ff., 143, 149, 151, 155, 157, 164, 184, 188f., 209, 216ff., 222, 226, 353, 427
– Rede am 17.11.18 111–113
– Rede am 21.1.19 144–146
– Reden am 19./21.3.19 175–179, 192–195, 208–210, 211–215
– Januarunruhen 1919 312, 317, 319, 325f.
**Friedensvertrag** LXV, 53, 62, 177, 202, 229, 354, 357ff.
**Friedrich,** Großherzog von Baden 81
**Friedrich I.,** König von Württemberg XIII
**Friedrichshafen** XV, XXIf., XLVIIff., LVf., LXIII, LXVI, 12, 32, 84, 252, 294, 378f., 383, 389, s.a. Arbeiterräte
**Fussinger** (S.-Rat) 139
**Futterknecht** 234

**Gänzle,** Karl *16*
**Gaildorf** XXXIII, LXIII, LXVII, 479
**Gaisburg** LI
**Gauggel** (S.-Rat) 386
**Gaugler,** Wilhelm 294
**Gegenrevolution** 29, 127, 145, 327, 396, s.a. Weiße Garde
**Gehring,** Rudolf LXXII, *75*f., 233, 291, 294f., 303f., 307, 326ff., 331ff., 334ff., 339f., 348, 350, 352ff., 355, 359
**Geiger,** Jakob 254
**Geiger,** Sebastian 294
**Geislingen** XV, XVIIIf., LX, LXXIII, 165
– Oberamt XIX, XXXIII, LXVI, 34, 294, 483
**Gemeindebehörden**
– Kontrolle durch Rätegremien 15, 69, 71, 230f., 237ff., 250, 252f., 255ff., 259, 263, 265f., 268, 273f., 278, 282, 285, 288, 343, 348f., 364f., 367ff., 371ff., 376, 462ff., s.a. Beamtenpolitik, Oberämter
**Gemeindewahlen** 153, 238ff., 254ff., 259, 263, 268, 274, 344f., 349f., 360
**Generalkommando** (stellv.) d. XIII. AK XXII, XLII, XLV, L, LXIX, 108, 121f., 125, 130, 132, 135, 137, 150, 164f., 180f., 186, 188, 336, 358, 385f., 396f., 435
– Zusammenarbeit mit Räten 136, 142, 156, 162, 403, 407, 410f.
**Generalstreik** LX
– nach der Ermordung Eisners 161, 163, 192f., 249, 327
– Ende März/Anfang April 1919 in Stuttgart LXIX, LXXIV, 327ff., 348, 353f., 356, 388ff., 437f.
**Gennewein,** Gottlieb *257*f., 266, 278, 289, 296
**Gerabronn** XXXIII, LXIII, LXVII, 479
**Gerlach,** Hellmut von 163
**Gerlingen** 231, 233, 377
**Gerstenberg,** Wilhelm 270
**Geschke,** August 69, *361*
**Gewerkschaften** s. Freie Gewerkschaften
**Giengen** LXXIII
**Gleich,** Gerold von 397, 400ff., 415
**Gleichheit** (Stuttgart) XLIII
**Göbel,** Otto 393
**Göhre,** Paul 158
**Göhring,** Friedrich XXXV, LX, 228, 234, 252, 278, *293,* 296
**Göppingen** XV, XVIIIff., XXVf., XXXII, XXXIX, XL, XLII, LV, LXIff., LXVII, 73, 226, 229, 231, 233f., 254, 265, 281, 296
– Oberamt XIX, XXXIII, XLI, LXVII, 255, 483
**Götz,** Julius LX, 83, *102,* 120, 123f., 138, 140, 183f., 204, 211
**Gräter,** Karl *39,* 75f., 143, 288, 294, 312, 318, 320, 329f., 334ff., 346, 350, 353f., 357, 359, 361f.
**Graevenitz,** Friedrich Freiherr von 190
**Graf** (A.-Rat) 68
**Graf,** Eugen 303f., 466
**Gramlich,** Karl *256,* 258, 279, 294
**Grenzschutz Ost** LXIX, 152f., 155, 157ff., 164, 170, 173ff., 199ff., 419, 431, s.a. Freiwilligenverbände
**Grieb,** Georg 392
**Grimm,** Franz LI, 28
**Gröber,** Adolf LXV, 241, 256, 283, 387
**Groener,** Wilhelm 158
**Grötzinger,** M. 338, 340
**Groß,** Rudolf *257,* 289
**Großeislingen** 255
**Großhans,** Karl LIff., 6, *16,* 18, 21, 28, 36ff., 66, 68f., 71, 75f., 290, 295, 307, 323, 328f., 331, 346, 349, 357, 359
**Großsachsenheim** LXII
**Gruhnert,** Albert 87, *104,* 126, 135, 139, 150, 158, 168, 170, 198, 200ff., 206, 216f., 312, 316, 318, 320, 325f., 328, 411
**Gubler,** Gottfried 66, 68f., *362*
**Günther** (A.-Rat) 69
**Günther,** Adam 254
**Gustav-Siegle-Haus** 18, 20, 119, 129, 326, 345
**Gutekunst** (S.-Rat) 130

**Haarer,** Hermann *21,* 68f., 73
**Haas** (Stenograph) 20, 79, 155
**Haas,** Otto 132, 159, 200f., 203, 210, 221f., 386, 457, s.a. Freiwilligenverbände
**Haase,** Hugo XXVIII, XLII, 4, 198, 202, 206, 230
**Haasis,** Johann *98,* 120
**Härlin,** Gustav *257,* 294, 353
**Häussler,** Georg 259, 278, 289, 388f.
**Hahn,** Paul LXIX, LXXIII, *125*f., 135, 150, 185, 189, 194ff., 248, 423f., 438ff.

– Zentralleitung der Sicherheitskompanien LXVIII, 131f., 150f., 160, 171f., 174f., 179–182, 186ff., 190ff., 218, 332, 430
– Januarunruhen 1919 141ff., 312, 316, 318ff., 324, 435
– Generalstreik in Stuttgart 330, 334, 340
**Hallerich** (S.-Rat) 400
**Hamburg** XIII, XVI, 25
**Hansa-Bund** für Gewerbe, Handel und Industrie 50
**Hanusch,** Alois 335, 338
**Harder,** Jakob XXXV
**Hartenstein,** Gustav 304f., 360
**Hartmann** (Hauptmann) 431
**Haueisen,** Schuhfabrik LIf.
**Haug,** Albert 160
**Haug,** Chr. XXXV
**Haupt,** Felix LI, 29
**Haußmann,** Conrad XII
**Hedelfingen** 257, 289
**Heer** s. Truppen
**Hefele,** Joseph LX, *233*
**Hegelmaier,** Fritz 226, *255*f., 266, 277, 293f., 296, 353
**Heidenheim** XV, XIX, XXXIII, LX, LXII, 284f., 294, 480
**Heider** (Hauptmann) 440
**Heilbronn** XIII, XV, XVIIIff., XXXII, XL, XLII, LV, LXII, LXVII, LXIX, LXXIII, 97, 100, 105, 136, 137, 168, 193, 226, 229f., 234, 277, 295, 306, 327, s.a. Soldatenräte
– Oberamt XIX, XXXIII, LXVII, 471
**Heindel,** Emil *233,* 305f., 331f.
**Hennesey,** Paul 392
**Herrenberg** XXXIII, LXXIII, 475
**Herrmann,** Immanuel LXIXf., 137, *146,* 149, 174, 236, 283, 325, 397
– Zusammenarbeit mit Räten 146f., 185–189, 424f.
– Grenzschutz Ost 202f., 210f.
– Generalstreik in Stuttgart 334
**Hertlein,** Paul 294, 353
**Hertneck** (S.-Rat) 140, 143, 436
**Hessel** (S.-Rat) 103
**Hessen** XVI
**Hessen-Kassel** XLV
**Hessenthaler,** Robert 289
**Heydebrand und der Lasa,** Ernst von *66*
**Heymann,** Berthold XXVIII, 5, 19, 23, *37,* 112, 296, 329, 445, 447, 465
**Hieber,** Johannes 199, 466
**Hildenbrand,** Karl XXVI, XXX, XXXII, *162,* 222
**Hilfsdienstgesetz** 315, 395
**Hindenburg,** Paul von 153
**Hindenburgprogramm** XXI, s.a. Wirtschaftspolitik
**Hinderer,** Wilhelm *104,* 113ff., 116
**Hipp,** Johann 278
**Hirsching** (Feldwebelleutnant) 431
**Hitzler,** Ernst Gotthilf 313, *339,* 414
**Hitzler,** Wilhelm *104,* 126, 135, 217, 332, 334ff., 337, 339, 389f.
**Höhne** (Major) 431
**Höltje** (Oberleutnant) 386
**Hoernle,** Helene XLII, *16,* 76
**Hoernle,** Edwin XXVIII, XLII, 7, *9,* 20, 25, 35f., 45, 58ff., 61ff., 64, 69ff., 82, 109, 113, 227, 296
– Haltung im Tagwacht-Konflikt XXXIVff., 4
– Aktivitäten vor dem 9.11.18 XLIX
– Aktionsausschuß Stuttgart 6, 8f., 12, 16, 30
– Rede am 25. 11. 18 45–56
– Januarunruhen 1919 245, 247, 261, 313, 317f., 322
**Hof,** Karl LXX, 126, 135, 150, 205, 217, *218,* 330, 332, 334, 336f., 390, 403
– Schreiben an Noske 218–222
**Hofacker,** Eberhard von 132, 386
**Hoffmann,** Johannes 432, 439f.
**Hoffmann,** Max 358
**Hohenasperg** 165, 409
**Hohenhaslach** LXII
**Hohenheim** 323
**Hoingen** (Hauptmann) 133
**Holtz,** Hans Freiherr von der 316
**Holzner** (S.-Rat) 403
**Honer** (Leutnant) 132
**Horb** XXXIII, LXVI, LXXIII, 256, 258, 279, 294, 475
**Hornung,** August LXI
**Horrheim** LXII
**Hoschka,** Ferdinand XXXI, XXXV, XLIf., L, 5, 24, 26, 76, 345, *358*
**Hosenthien,** Otto XXXV, 29, 68f., *75,* 235, 289
**Huber,** Georg (?) 74
**Hugel** (S.-Rat) 436
**Hummel,** Berthold 384, 390

**Iffland** (S.-Rat) 388
**Invalidenfürsorge** 235, 289f., 347
**Iptingen** LXII
**Isny** LXVIIIf., 121, 125, 165, 383, 423, s.a. Soldatenräte

**Jaffé,** Edgar 44
**Jagow,** Gottlieb von 352
**Jagstkreis** XIII, XVIIff., LXIII, 43, 233
**Januarstreiks 1918** XLIVf., 25
**Januarunruhen 1919**
– in Stuttgart 134f., 139ff., 142, 237, 244ff., 311ff., 343f., 434ff.
– Verhaftungen 135, 247, 262, 318ff., 437

– Freilassung der Inhaftierten 197, 254, 259, 266f., 294ff., 323f., 328, 331, 334, 345, 347
– in Berlin 246, 311, 316, 319
**Janus,** Richard *101*f., 247, 318
**Jauss** (S.-Rat) 128
**Jelgava** 199
**Jena** XXIV, XXVIf.
**Jenner,** Gottlieb 393
**Joffe,** Adolf Abramowitsch 204
**Jogiches,** Leo LVII, 5, 85

**Kabinett Blos** s. Württemberg, Staatsministerium
**Käppler,** Gottlieb *284*
**Kärcher** (A.-Rat) 68, 350
**Kaiser** (S.-Rat) 149
**Kalesse,** Wilhelm 393
**Kapfenstein** (Vizewachtmeister) 429
**Karlsruhe** XVII, 146
**Kastler,** Leonhard 254
**Kattowitz** XLV
**Kaufmann** (A.-Rat) 229
**Kautsky,** Karl XLIX, 164, 211
**Keil,** Wilhelm XXIV, XXXV, LVII, LXV, 6, 14, 23, 29, *39,* 56f., 79, 81f., 86f., 105f., 110f., 113f., 254, 256, 279, 365, 421
– Haltung im Tagwacht-Streit XXVIff., XXXIV, XXXVIff.
**Kellermann,** Bernhard 162
**Kellermann,** Georg *338*
**Kerenski,** Alexander 204
**Kern** (S.-Rat) 139, 143, 157, 160, 173, 175, 178, 203f., 217
**Kettner,** Hermann *217,* 335
**Kiel** 25, 35
**Kiene,** Hans von 5, 247, 446f., 465
**Kiew** 70
**Kinkel,** Gottfried XXXII, XLII, 120, 122, 125
**Kinzelbach** (A.-Rat) 231, 233, 288, 290
**Kipp,** Georg 367
**Kirchheim** XV, XIX, XXXIII, LXIII, LXVII, LXXIII, 126, 165, 483, s.a. Soldatenräte
**Klein,** Gottfried 240
**Kleinsachsenheim** LXII
**Klotz** (Generalmajor) 403f., 431
**Klotz,** Paul *126,* 176, 206, 217
**Klotzbücher,** Johannes *75*f., 258, 332, 335, 346, 348
**Knab** XL
**Knauss,** Ludwig *386*ff., 389f.
**Kneller,** Karl 69, 346
**Knoll** (Sekretär) 169
**Koch,** Erwin *104*
**Köhler,** Ludwig von XLVIIIf., LIII, LVI, 29, *52,* 56
**König,** Paul 231ff., *263,* 280, 289, 295
**Körner,** Theodor *354,* 376
**Kösler** (Schlachthofdirektor) 18
**Közle** (S.-Rat) 417, 420, 424, 427
**Kohlenversorgung** 243, 256
**Kohler** (Leutnant) 165
**Kohler** (S.-Rat) *100,* 103, 111, 125
**Kolberg** 158
**Kommandogewalt** LXX, 121, 328, 457
– preußische Verordnung vom 19.1.19 157, 194, 216, 419, s.a. Soldatenräte,Truppen
**Kommunistische Partei Deutschlands** (KPD) 56, 275ff., s.a. Spartakusgruppe
**Konferenz der süddeutschen Staaten,** 2.1.19 133f., s.a. Einheitsstaat
**Konservative Partei** XXX
**Kornmaier,** Eugen *75,* 362
**Korntal** 165
**Kornwestheim** 165, 264
**Korsch,** Karl 298
**Krais,** Karl *174,* 180f., 187, 189ff., 194ff., 396f., 403, 407, 440, 461
**Kramer,** Wilhelm 363
**Krankenkassen** 294
**Krauß,** Karl *130*
**Krengel** (Hauptmann) 403
**Kress** (Feldwebelleutnant) 431
**Kriegsanleihe** 67
**Kriegsernährungsamt** 293
**Kriegsgesellschaften** 293
**Kriegsgewinne** 67
**Kriegsministerium,** preußisches 140, 148, 157, 176, 194, 215
**Kriegsschulden** 67
**Kriegswucheramt** 256, 258, 349
**Krim** 55
**Kropp,** Georg 254, 284f.
**Künzelsau** XXXIII, LXIII, LXVIf., 480
**Kummerow,** Franz 247
**Kurz,** Jakob *231*

**Lachenmaier,** Gustav XL, 254, *258*
**Läegeler** (Oberstleutnant) 385f.
**Lamm** (A.-Rat) 69
**Landbeck** (Major) 402f., 408
**Landesausschuß der Arbeiterräte** LXII, LXIVff.
– Wahl am 8.12.18 LXIII, 233, 343
– Rechenschaftsbericht vom 1.3.19 237ff., 254, 264ff.
– Zusammenarbeit mit Landesregierung LXIV, 239, 244, 246f., 265, 313ff., 327ff.
– Maßnahmen während der Januarunruhen 1919 244ff., 313ff., 344
– Verhalten während des Generalstreiks 1919 249f., 327ff.
– Zusammenarbeit mit Soldatenräten 242, 313
– Kommissionen LXIV, 243, 324f.

– Rücktritt der USPD-Mitglieder LXV, 307
– Auflösung LXVI
– Zur Einrichtung eines Revolutionsarchivs LXXII f.
s. a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Landesausschuß der Soldatenräte, Aktionsausschuß, Vollzugsausschuß, Württemberg

**Landesausschuß der Soldatenräte** LXIX, 91 f., 115 f.
– Wahl am 17. 11. 18 LXVIII, 98 ff., 422 f.
– Rechenschaftsbericht vom 11. 12. 18 120 ff.
– Wahl am 12. 12. 18 124 ff., 424
– Rechenschaftsbericht vom 21. 1. 19 130 ff., 137 ff.
– Rechenschaftsbericht vom 19. 3. 19 156 ff., 195 f.
– Wahl am 21. 3. 19 217, 327
– Verhalten während der Januarunruhen 1919 140, 143, 313 ff., 435
– Generalstreik 1919 327 ff., 331 f.
– Zusammenarbeit mit Arbeiterräten LXIV, 156, 160 f.
– Propaganda und Kontrolle LXIX, 108, 130 ff., 135 ff., 156 ff., 161 f., 171, 178 f., 189 f., 192
– Zusammenarbeit mit Garnisonräten 156, 160, 171, 174 ff., 183, 191, 196, s. a. Soldatenräte
– Verhältnis zur Landesregierung 185, 188
– Auflösung LXX, 391, 425
– zur Einrichtung eines Revolutionsarchivs LXXII ff., 391
s. a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Landesausschuß der Arbeiterräte, Sicherheitskompanien, Truppen, Württemberg

**Landesversammlung,** verfassunggebende LIX, 129, 214, 268, 275 f., 281, 283, 286, 315, 385 f., 445
– Einberufung und Wahltermin LXV, 23, 63 f., 70, 82, 229 f., 427
– Wahlgesetz 226, 445
– Wahlergebnis 351, 366, 387, 427 f., 470 ff.
– Stellung zu den Räten LXV, 241, 256, 265, 283, 303 f., 359 ff., 379, 464 ff., s. a. Arbeiterräte, Soldatenräte

**Landesversorgungsstelle** 130
**Langenargen** 165
**Lassalle,** Ferdinand 56
**Lauer,** Adolf 247
**Laupheim** XXXIII, LXVI f., 43, 483
**Lautenschlager,** Karl *15,* 37, 52, 243, 313, 348
– Besprechung mit Aktionsausschuß 16–18, 31 f.
**Lauterbach,** Sebastian *226* f., 233, 264, 267, 278 f., 289, 293 f., 304 f., 353
**Lebensmittelversorgung** XXII, XLIV f., LXIV, 6, 15, 17, 31, 35, 54 f., 62 f., 67, 69, 81 f., 131, 158, 166, 169 f., 201, 205, 236 f., 254, 256, 258 f., 263, 265, 284 f., 290, 293, 305, 333, 336, 338, 349, 354, 359, 363, 365, 367 ff., 371 ff., 376, 379, 395, 401, 410, 438, 446, 462, 464, s. a. Schleichhandel
**Lebensmittelwucher** 10, 32, 55, 368 f., 374, 394
**Leichtle,** Joseph 254
**Leinert,** Robert *355*
**Leipzig** XVII
**Leonberg** XXXIII, LXVI, LXXIII, 231, 233, 257, 376, 471
**Leonhard** (A.-Rat) 254
**Lettland** 198
**Leutkirch** XXXIII, LXIII, LXVI, LXVIII, 43, 165, 483, s. a. Soldatenräte
**Levi,** Paul XXXIV, XLIX
**Libau** 198
**Liebknecht,** Karl XXXIV f., XXXVIII, XLIII, L, 25, 145, 358
**Liebknecht,** Wilhelm 44
**Liesching,** Theodor LVII, 5, 8, *14* f., 33, 79, 313, 316, 446 f., 465 f.
– Rede am 17. 11. 18 84–86
**Lindau** 389
**Lindemann,** Hugo XXVI, XXVIII, XXX f., LVII, 5, *14,* 23 f., 131, 242, 252, 261 ff., 265, 283, 292, 311, 313, 316, 318, 325, 365, 445, 447, 463, 465
**Linienkommandantur** 130, 138, 143, 156, s. a. Truppen
**Linse,** Reinhold 108, *121* f., 125, 172, 396 f., 422, 424
**Lloyd George,** David 51
**Löffler** (S.-Rat) 386
**Löwe,** Adolf 415
**Lohrmann** (A.-Rat) 359
**Ludendorff,** Erich LII, 96, 145
**Ludwigsburg** XIII, XV, XIX, LX, LXV ff., LXXIII f., 87 f., 91, 99, 100 f., 104 ff., 110 f., 136 f., 141, 168, 226, 234, 333, 374 f., 391 ff.
– Oberamt XIX, XXXIII, XLI, LXVII, 229, 374, 417, 472
s. a. Arbeiterräte, Soldatenräte
**Lübeck** XIII
**Lüdemann,** Herrmann 426
**Lüttwitz,** Walther von 270
**Luxemburg,** Rosa XXXIV f., XLIII f., XLIX, LVII, LXIII, 12, 145
**Lyck** 158

**Magdeburg** XXVII
**Maier,** Karl *104,* 108 f.
**Mannheim** XVII
**Manz,** Fritz XXXI
**Manzell** XLVII, LV, 378
**Marbach** XXXIII, LXVI f., 165, 417, 472

**Marchtaler,** Otto von *124*
**Marinerevolte** 24
**Marx,** Karl 22f., 263, 269, 286, 432
**Maschinenfabrik Eßlingen** XVII, LIII, 38
**Matthiesen,** Heinrich 254, 378, *388*
**Mattutat,** Hermann XXVI, XXVIII, 445
**Maulbronn** XXXIII, 472
**Maur** (Generalmajor) 404
**Maurer,** Leonhard LIf., 29
**May,** Bruno *228,* 233
**Maybach-Motorenbau** AG Friedrichshafen 378
**Mayer,** Gottlob 285
**Mayer,** Josef *120*
**Melcher,** Erich 56, *59,* 63, 68f., 346
**Mening** (Vizefeldwebel) 387
**Mergentheim** XXXIII, LXVI, LXIX, 99f., 481
**Metzger,** Carl von 446
**Metzger** (S.-Rat) *126,* 156
**Mikeler,** Karl 328
**Militär-Verordnungsblatt** (Stuttgart) 133, 176
**Militärwesen** s. Truppen
**Militarismus** 41, 65, 88, 99, 118, 127, 200, 219, 221f., 238, 408, 418
**Ministerien,** württembergische s. Württemberg
**Minster,** Karl XXXIVf.
**Mitschele,** Ernst 160, 185, *198,* 205f., 217, 221, 339, 440
**Mittwich,** Philipp 66, 68, *72f.*, 234, 353, 355f.
**Moltkekaserne** 28, 332
**Moritzburg** 81
**Mühlacker** 165, 377
**Mühlen,** von der (Major) 190
**Müller,** Georg *362f.*
**Müller,** Gustav 363
**Müller,** Johannes *351*
**Müller,** Luise XXXV
**Müller,** Max *250,* 254, 264, 266, 278, 289, 294ff., 353, 356
**Müller,** Richard *355f.*
**Müllerschön,** Johann 98
**München** 146, 161f., 220f., 236, 249, 392, 439, 441
– Räterepublik LXIXf., 147, 159, 220, 354, 390, 433, 439ff.
**Münsingen** 98ff., 105ff., 126, 159, 174, 198, 201, 203, 206, 208f., s.a. Freiwilligenverbände, Grenzschutz Ost
– Oberamt XXXIII, LXVI, 484
**Münzenberg,** Willi 7, *10,* 247, 295, 313, 318

**Nagold** XXXIII, LXII, LXVII, 475
**Nationalliberale** XIIf., XXX, 5, 23, 31
**Nationalverband deutscher Offiziere** 418f.
**Nationalversammlung** 23, 123, 129, 137, 144, 212, 214, 268, 271, 275, 282, 286, 298, 305, 355ff., 365, 414, 418, 423
– Wahltermin LXV, 70, 82, 229f., 234
– Frage der Einberufung 48ff., 63f., 66ff., 70, 104, 126f., 226, 228, 386, 426ff.
– Wahlergebnisse 276, 376, 470ff.
**Neckar-Echo** (Heilbronn) XXXI, 288
**Neckarhausen** 257
**Neckarkreis** XIII, XVII, XIX, LXIII, 43, 233
**Neckarsulm** XXXIII, 473
**Neff** (S.-Rat) 384
**Neresheim** XXXIII, 43, 481
**Nesper,** Erwin *75f.*, 329, 335f., 338f., 349
**Neuenbürg** XXXIII, LXVI, 43, 231, 233, 263, 280f., 289, 295, 475
**Niedernau** 256
**Norma-Werke Cannstatt** LI
**Noske,** Gustav LXIXf., 159, 174, 207, 218f., 221f., 270, 283, 390, 425f., 432, 438, 457
**Nothelfer** (S.-Rat) 390
**Notstandsarbeiten** s. Arbeitsbeschaffung
**NSU Neckarsulm** LX
**Nürnberg** XXVI, XXVIII
**Nürnberg,** Friedrich 392, 400
**Nürtingen** XVIIIf., LXII, 99, 165, 227, 233, 306
– Oberamt XIX, XXXIII, 170, 371, 476

**Oberämter** XIIIf.
– Zusammenarbeit mit Rätegremien 71, 238, 242, 250, 253, 268, 273, 278, 343, 351, 367ff., 371, 376, 462ff., s.a. Gemeindebehörden
**Oberdorf** (S.-Rat) 400, 417, 428
**Oberhausen** 282
**Oberndorf** XXXIII, LXII, LXVI, 165, 294, 476
**Oberschwäbischer Anzeiger** (Ravensburg) 366, 388
**Oberschwäbische Volkszeitung** (Ravensburg) 366, 388
**Oberste Heeresleitung** XLVIII, 122, 158, 222, 395
**Obertürkheim** 259, 289
**Odessa** 120, 122, 125
**Öhringen** XXXIII, 43, 284, 481
**Offizierskorps** 404ff.
– Zusammenarbeit mit S.-Räten LXIX, 132f., 383, 385, 387f., 393, 395f., 398, 400ff., 406f., 418f.
– Entlassung 147f., 186f., 235, 384ff., 396
– Übernahme in die Reichswehr 218f., 222, 406, 432
– Unterrichtsoffiziere XLV, 96
s.a. Soldatenräte, Truppen
**Offiziersbund,** württembergischer 132, 135, 137f., 388, 406
**Offizierskasinos** 133, 141, 393, 404f., 407
**Oster,** Karl XXXVIII, *291f.*, 339f., 440

**Ostheim** LI
**Ott,** Karl 160f., *233,* 324

**Parteien** s. einzelne Parteien
**Payer,** Friedrich von XII
**Peter** (S.-Rat) 149
**Pfänder** (A.-Rat) 66
**Pflüger,** Albert XXXII
**Pflugmann** (Aktionsausschuß) 6, 8
**Pforzheim** 258, 282
**Pick,** Edgar 10f.
**Planck,** Karl Christian *362*
**Plochingen** XVIII
**Plüderhausen** 293
**Polen** 158, 198, 200ff., 205, 208, 210
**Polizei** s. Beamtenpolitik
**Posen** XLV, 158, 201
**Prag** 207
**Presse** 8, 30f., 49, 69, 227, 255, 279, 288f.
– Papierzuteilung 10, 12, 14, 249, 338, 417
– Auseinandersetzungen um eigenes Publikationsorgan der Räte 97, 106, 108–118, 121, 231ff., 421f.
– Zeitungsverbote 320, 337ff., 351, 353
– Angriffe bürgerlicher Zeitungen auf Räte 228, 232f., 251, 366, 417
– Zensur LIII
s.a. Titel einzelner Presseorgane
**Preußen** XI, XVI, 140, 141, 149, 178, 188, 203, 221, 256, 426, s.a. Kriegsministerium, preußisches

**Quidde,** Ludwig 163

**Rat der geistigen Arbeiter** 20, 35f., 56, 74, 115, 350, 362, s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte
**Rat der Volksbeauftragten** s. Reichsregierung
**Rätekongreß** (I.) 123f., 211f., 233f., 275, 424ff.
**Rätekongreß** (II.) 211ff., 348, 352f., 355f., 426
**Rau,** Heinrich *104*
**Rauscher,** Ulrich *163*
**Ravensburg** XV, LXIf., LXVIII, LXXIII, 126, 136, 160, 228, 364ff., 383, s.a. Arbeiterräte, Soldatenräte
– Oberamt XXXIII, 365, 484
**Realteilung** XVIII
**Reber,** Augustin 126, *137,* 150f., 153, 160, 314, 324
**Rechberg** und Rothenlöwen, Graf von 34
**Reeber,** Friedrich XL
**Rehbach** (S.-Rat) 400
**Reichel,** Georg 283
**Reichhold** (Oberstleutnant) 383
**Reichle,** Ernst LXI, 229, 231, 233f., *281,* 283ff., 287, 289, 296
**Reichpietsch,** Max 25
**Reichsernährungsamt** 130
**Reichskonferenz** vom 25.11.18 23, 229
**Reichsregierung** LVIII, 70, 80, 93, 112f., 127, 146, 148, 151, 157, 201, 203f., 210, 213, 222, 226, 244, 271f., 282, 287f., 314, 345, 357, 413, 419, 426f., 434
**Reichsschatzamt** 159, 167, 188, 193, 215
**Reichsverfassung** 263, 272, 286
**Reichswehrbestimmungen** vom 6.3.19 LXX, 168, 218ff., 390, 432
**Reichswehrministerium** 215, 218f.
s.a. Kriegsministerium, preußisches
**Reichszeitungsstelle** 10
**Reichszentrale** für Heimatdienst 162
**Reichszuckerausgleichsgesellschaft** 264
**Reiner,** Ernst *100,* 104f., 110, 120, 122, 125, 137, 140, 143, 148f., 151, 157, 175, 184, 191, 195, 202, 211
– Rede am 19.3.19 173–175
– Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg 391ff., 394ff., 397, 400ff., 403f., 407f., 410, 415, 417, 423, 425, 427, 430f., 434, 439
**Reinhardt,** Ernst 133, 312, 325
**Reinhardt,** Friedrich LXI, *230*
**Reinhardt,** Walther 222
**Remy** (Hauptmann) 392
**Renner,** Karl *63*
**Renningen** 377
**Reutlingen** XIII, XV, XVIIIf., LXVIf., LXIX, LXXIII, 126, 137, 165, 172, 189f., 231, s.a. Soldatenräte
– Oberamt XIX, XXXIII, LXVIf., 253, 282, 476
**Reval** 70
**Revolutionäre Obleute** L, 26, 358, s.a. Spartakusgruppe
**Revolutionsarchiv** LXXIf., 15, 391
**Riedlingen** XXXIII, LXII, LXVIf., 484
**Riga** 199
**Rimpach** 165
**Rist,** Hermann LIf., *16,* 29, 68f., 76, 349
**Rödel,** Hugo XXXI, XLIf.
**Röder** (A.-Rat) 68f.
**Römer,** Karl 20, 35, 56, 66, 68f., 353, 356, 439
**Röttcher,** Fritz 68, *362*
**Rohrer,** Georg 186, *254*f., 265f., 285, 289, 296
**Roschmann,** Otto *75*
**Rosenfeld** (Rechtsanwalt) 10
**Rotebühlkaserne** 28, 37, 246
**Rote Fahne** s. Die rote Fahne
**„Rote Garde"** LXVIII, 41f., 47, 53, 55, 68, 70, 86f., 226f., 268
**Roter Soldatenbund** 85, 193, 246, 248, 312, 334, s.a. Spartakusgruppe
**Roth,** Jonathan 376

**Roth,** Wilhelm *231,* 233, 333, 335
**Rottler,** Nikolaus 108
**Rottenburg** XXXIII, LXIII, LXVII, 477
**Rottweil** XV, XXXIII, 165, 477
**Ruhrgebiet**
– Unruhen im Frühjahr 1919 236
**Rück,** Friedrich XLIII f., *4,* 45, 56 f., 85, 247, 318, 322
– Aktivitäten vor dem 9.11.18 XLVII, XLIX, LI–LVII, LXVIII, 4 f., 7, 38, 378
– Aktionsausschuß Stuttgart 6, 14
**Rühle,** Karl 356, 363
**Rueß,** Jakob *126,* 135, 156
**Ruggaber,** Karl 365
**Rumänien** 358
**Ruoff** (Hauptmann) 190
**Rußland** s. Sowjetrußland
**Ruthardt,** Firma LIII

**Sachs,** Johann 392
**Sachsen** XI, XIII, XVI, XXI, 149, 158, 256, 273
**Saldus** 199
**Salm,** Albert LI, 18, 24, 29, *38,* 56, 75 f., 234, 345
**Salzer,** Ludwig *126,* 217
**Saulgau** XXXIII, LXII, 43, 231, 290, 485
**Sauter,** Wilhelm 228
**Schäfer** (A.-Rat) 68 f.
**Schäffler,** Albert *104,* 108, 116, 126, 133, 135, 153, 170, 217, 314, 331 f., 334
**Schaible** (Stenograph) 79
**Schalk,** Josef Maximilian *217, 338*
**Schall,** Wilhelm 466
**Scharpff,** Oskar von 319
**Scharr,** Gotthold 294, 353
**Schatz,** Karl 247
**Schaumburg-Lippe,** Eugen Prinz zu 319, 322
**Scheef,** Adolf 303 f.
**Scheidemann,** Philipp 163, 254 f., 279, 298, 314, 354, 357, 434
**Schenzle** (S.-Rat) 384
**Schifferdecker,** Wilhelm LI, 18, 29, *38,* 56, 66, 340
**Schimmel,** Kurt XXXVIII, LXVI, LXXII f., *11,* 75 f., 231, 234 f., 294, 353
– Aktionsausschuß Stuttgart 6, 8, 11 ff., 15, 18, 33
– Finanzbericht 251–253
– Januarunruhen 1919 313, 318
– Generalstreik in Stuttgart 333 ff., 336, 338
**Schindler,** Ernst 108, *126,* 162, 164, 170, 194, 217, 314, 332, 334 ff., 339 f.
**Schleicher** (A.-Rat) 231 ff.
**Schleichhandel** XXII, 130 f., 256, 258, 305, 368 f., 374, s. a. Lebensmittelversorgung
**Schlesien** 158, 201
**Schlicke,** Alexander 289, *291,* 325, 337 f.
**Schlipf,** Josef *356* f.
**Schmidt,** Friedrich 361 f., *362*
**Schmitt** (Rat der geistigen Arbeiter) 350
**Schmoll,** Hugo *362*
**Schnaitmann,** Albert 229
**Schneider,** Anna 75, 362
**Schneider,** Eugen von LXXII
**Schnepf,** Karl 247
**Schöck** (S.-Rat) 422
**Schönleber** (S.-Rat) 137, 150, 182
**Schönlin** (A.-Rat) 254
**Schon,** Johann 367
**Schorndorf** XXXIII, LXVI, LXXIII, 481
**Schramberg** XV, XIX
**Schreiner,** Albert 8, 79, *85,* 101, 104 ff., 134, 143, 247, 312 ff., 317 f., 322
– Aktivitäten vor dem 9.11.18 XLIX f., 27
– Leiter des Kriegsministeriums LVIII, LXVIII, 5, 85, 89, 247, 383, 445, 447
**Schroff** (S.-Rat) 195, 436
**Schubpol** 136, 258, 349
**Schütz,** Richard *234*
**Schuhmacher,** Rudolf *253* f.
**Schuhmacher** (S.-Rat) 384
**Schuler,** Emil 83, 97, *98,* 100 ff., 123 f., 140, 147, 160, 170 f., 175, 184, 188, 191, 195, 199, 216 f.
– Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg 391 f., 396, 398, 400, 409, 415 ff., 420 ff., 424, 426 f., 430 ff., 434 f., 439 ff.
**Schulwesen** 112, 270, 296, 316
**Schulz** (Offizierstellvertreter) 428
**Schwab,** Wilhelm XLII
**Schwäbischer Merkur** (Stuttgart) 31
**Schwäbische Tagwacht** (Stuttgart) XXIV, XXVII, XXX f., XXXIII, XXXVI, XXXVIII ff., 11, 31, 33, 38 f., 54, 69, 106, 108 ff., 113 f., 119, 121, 231 f., 288
**Schwäbisch Gmünd** XV, XIX, XL, LV, LXIX, LXXIII, 99, 107, 126, 165, 168, 190, 228, 233, 258, s. a. Soldatenräte
– Oberamt XXXIII, 479
**Schwäbisch Hall** XXXIII, LXVII, LXXIII, 165, 480
**Schwan,** Wilhelm XL, 185, 192 f., 195, *200,* 205 ff., 208, 306
**Schwarz** (S.-Rat) 139, 195 f.
**Schwarzwaldkreis** XIII, XVII, XIX, LXIII, 43, 233, 367
**Schweiz** 276
**Schwenningen** XV, XIX, XLII, 169, 306
**Seebacher,** Karl LI ff., 6, *15,* 28, 36
**Seeger,** Gustav 277
**Seeger** (Major) 404
**Seemos** XLVII, LV
**Seidel** (A.-Rat) 350
**Seidel,** Paul 367 f.
**Seiffer,** Gottlieb *99,* 120, 126, 217

**Sersheim** LXII
**Seyler,** Ludwig 306
**Sibyllenort** 81
**Sicherheitskompanien** LXVIIIf., 131, 139, 150f., 160, 163, 167f., 171ff., 179ff., 184, 187, 189ff., 192f., 210, 220ff., 248, 258, 285, 295, 329f., 332f., 338f., 354, 384f., 387, 389, 396f., 412, 424, 428ff., 432f., 439f.
– Zentralleitung 132, 138, 168, 172, 174f., 180ff., 186, 218, 316, 339, 430, s.a. Hahn, Paul
– personelle Zusammensetzung 125, 131, 153, 173, 177f., 182, 428
– Organisationsstatut 121f., 125
– Kontrolle durch Räte 134, 141, 143, 160, 168, 191, 244f., 312, 314, 317ff., 322, 435
– Einsatz während der Januarunruhen 1919 135, 141f., 244f., 311
– Eingliederung in die württembergische Reichswehrbrigade 218, s.a. Soldatenräte, Truppen
**Sindelfingen** LXXIII
**Soldatenräte** XLVII, LIII, 27f., 46, 48, 152f., 159, 170, 208, 215, 264, 315, 317, 445
– Organisationsaufbau und Organisationsstatute LXVIIff.
– Aktionsprogramm und Statut vom 17.11.18 LXVIII, 89ff., 422
Richtlinien vom 16.12.18 LXVIII, 122ff., 148f., 157, 424, 450–455
Bestimmungen vom 21.3.19 LXIXf., 155, 157, 175, 196f., 216, 221, 425, 457–461
– erste Maßnahmen nach dem Umsturz 87ff., 144, 383ff., 392ff.
– Kompetenzen und Funktionen 93, 121, 138, 145, 389f., 398, 420, 422, 451ff., 458f.
Wahl, Versetzung und Entlassung von Vorgesetzten 94, 123, 136f., 191, 195, 383, 385, 395, 400ff., 406, 408, 430f., 452, 458f.
Disziplinarstrafgewalt 95, 393, 399, 402, 413ff., 452f., 460, s.a. Truppen
Lazarette 96, 124, 136f., 148, 167, 452, 454f., 461
Bergung und Verwaltung von Heeresgütern 404, 415f., 428
Pferdehandel 121, 149f., 165, 412f.
– Uniformattribute und Ehrenbezeugungen 123, 383, 393, 399ff., 406, 413ff., 418, 454, 459ff.
– Entlassung von Kriegsgefangenen 409ff.
– Stellung zur Nationalversammlung 87, 104, 123, 126f., 137, 144ff., 212, 386, 426f.
– Weiterbestehen nach den Parlamentswahlen 129, 134, 144ff., 212, 214f., 219ff.
– Herausgabe einer Zeitung 164, 170, 179, 387, 425, s.a. „Der freie Kamerad", Presse
– Zusammenarbeit mit den Arbeiterräten 92, 226, 392ff., 422f.
– Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien 111ff., 114ff., 126, 193, 427
– Landesversammlungen
17.11.18 LXVIII, 33, 79–118, 396, 406, 420ff.
11./12.12.18 LXVIII, 119–128, 397, 401f., 414, 424
21./22.1.19 LXIX, 129–154, 387, 424f.
19.–21.3.19 LXIX, 155–218, 425
– Zentralsoldatenrat 157, 215f., 426
– Garnisonräte 133, 135f., 156f., 160, 162, 171ff., 175ff., 183ff.
Konstituierung von Garnisonräten LXf., LXVIIIff., LXXII, 144, 230, 383f., 392ff., 397f., 450, 457
Böblingen 340
Eßlingen 126, 130
Freudenstadt 126
Heilbronn 97, 100, 106ff., 126, 136f., 193, 197, 199
Isny LXVIII, 121, 125f., 383, 423
Kirchheim 126
Leutkirch LXVIII, 165
Ludwigsburg LXVIII, LXXIV, 87f., 91, 97ff., 102, 105ff., 110f., 118, 121f., 125f., 136f., 140f., 153, 165, 174, 182ff., 191, 206, 215ff., 228, 391–441
Münsingen 98ff., 105ff., 126, 202, s.a. Freiwilligenverbände
Ravensburg LXI, LXVIII, 126, 136, 364ff., 383ff.
Reutlingen 126, 137, 172, 182, 196
Schwäbisch Gmünd 107, 126
Stuttgart LXVIII, 27, 85ff., 98ff., 102, 105ff., 126, 132f., 136ff., 152, 159, 184, 193, 197, 199, 226, 318, 383, 393, 420ff.
Tübingen 105, 139, 196
Ulm LX, LXVIIf., 87, 99f., 101ff., 105ff., 111, 123, 126f., 136, 138, 183f.
Weingarten LXI, LXXIII, LXXVIII, 107f., 135, 364, 383–390
Zuffenhausen 435
s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Kommandogewalt, Landesausschuß, Offizierkorps, Truppen, Württemberg
**Solf,** Wilhelm 229
**Sontheim** 280
**Sowjetrußland** 52, 54, 62, 127, 158, 227, 261, 269, 278, 314, 358f., 434
– Intervention ausländischer Truppen 55, 63, 70f., 120, 122, 198ff., 207
**Sozialdemokrat** s. Der Sozialdemokrat
**Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (SPD) 24, 26ff., 60, 135, 142, 228, 237, 287, 445

– Parteitage vor 1914 XXIV, XXVI ff.
– Bewilligung der Kriegskredite 1914 XXXII ff., 44 f., 59, 206
– Entwicklung der württembergischen Parteiorganisation XXI–XLVI
Organisationsgliederung XXV, XXVIII f., XXXI ff., XLIV
Parteistreit und Spaltung XXIV, XXVI ff., XXXII ff., XXXVII ff., XL f.
– Politik vor Revolutionsausbruch LV ff., LXII, 27, 37, 57
– politische Ziele nach dem 9.11.18 40 ff., 58 ff., 70
– Wahlergebnisse XXV, XXXI f., LXV, 240 f., 319, 470 ff.
– Generalstreik 1919 327 ff.
– zur Auflösung der Rätegremien 304 f.
s. a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Spartakusgruppe, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

**Sozialisierung** 41 ff., 48, 50 ff., 60 f., 64 ff., 70, 134, 146, 211 ff., 225 ff., 229, 236, 249, 256, 269 ff., 283, 285 ff., 289, 291 ff., 315, 351, 353, 355, 360, 362, 416, 420
– württembergische Kommission 23 f., 68, 345 f.
– Leitsätze zur Sozialisierung in Württemberg 296 ff.
– Kommission des Reiches 345

**Spaichingen** XXXIII, LXVI f., 477

**Spartakusgruppe,** Spartakusbund
– Kriegskonferenzen XLIII, XLVII
– Aktivitäten vor dem 9.11.18 XLVII, XLIX ff., 25 ff., 112
Demonstration am 4.11.18 LI ff., 26, 37 f.
– Regierungsbeteiligung LVII, 4, 85
– politisches Programm im November 1918 45 ff.
– gegen Einberufung der Nationalversammlung 227
– Revolutionierung der Bauern 34 f., 227 f.
– Anteil an den Januarunruhen 1919 135, 141, 313, 317, 321 f., 344, s. a. Januarunruhen
– Beteiligung am Generalstreik 1919 327 ff.
s. a. Aktionsausschuß, Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Rote Garde, Roter Soldatenbund, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Vollzugsausschuß

**Speidel,** Gustav 195, *206*
– Tätigkeitsbericht des Garnisonsoldatenrates Ludwigsburg 392, 400, 411 f., 415, 417, 424, 427, 433, 439

**Spitzelwesen** 247 f., 256, 319, 322, 438 f.

**Spörr,** Karl 56, 363

**Staatsanzeiger für Württemberg** (Stuttgart) 265, 267

**Stäge** (S.-Rat) *98,* 118, 398, 400, 420 ff., 424

**Stähle** (S.-Rat) 384

**Stahl,** Friedrich *75*

**Stanecker,** Hermann *126,* 217, 335

**Staudinger** (A.-Rat) 228

**Steck** (S.-Rat) 160, 185

**Stein** (Metallarbeiter) 63

**Steiner,** August LI f., 29, *75*

**Steiner,** Rudolf 348, 351, *352* f., 355

**Steinle** (S.-Rat) 120

**Steinmayer,** Otto XXXV, *162* f.

**Stetten,** Frhr. v. (Hauptmann) 403 f., 431

**Stetter,** David 58, 250, 273, 365

**Stetter,** Hans 6, *16,* 21, 29, 36, 66, 69, 74 ff., 254, 294 f., 307, 326, 330 f., 346, 349 f., 353, 359, 363

**Sthamer,** Heinrich Georg 73

**Stieler,** Karl 446

**Storz u. Schlee** (Firma) LIII

**Straub,** Karl LI, 29, *233, 362*

**Stroebel,** Theodor von 403, 407

**Ströhlin,** Karl 132 f.

**Stubenrauch** XXXV

**Stuber,** Albert *38,* 159, 231, 233 f.

**Stuttgart** XIII, XV, XVII ff., XXIV ff., XXXII ff., XXXVII ff., XLII ff., XLVII, XLIX f., LII, LV ff., 18, 20, 25 ff., 37, 45, 50, 73, 79 ff., 86 f., 92, 96, 98, 102 f., 114, 133, 138, 141, 143, 167 f., 182, 193, 221, 225, 228, 231 f., 234, 240, 243, 250, 258, 260 f., 266, 273 f., 286, 294, 343 ff., 349, 372, 383, 389, 392 f., 421, 445, 473
– Industrialisierung XX ff.
– Januarunruhen 1919 141, 200, 244 ff., 313 ff., 435 ff.
– Generalstreik 1919 327 ff., 438
– s. a. Arbeiterräte, Soldatenräte, Aktionsausschuß, Vollzugsausschuß

**Stuttgart,** Amt XIX, XXXII f., 372, 473

**Stuttgarter Neues Tagblatt** LVII, 30 f., 37, 44, 139, 145, 163, 282, 423
– Besetzung im Januar 1919 135, 143, 245, 311, 313 f., 321, 323

**Süddeutsche Zeitung** (Stuttgart) 31, 338 f.

**Sulz** XXXIII, LXII, LXVI, 367 f., 477

**Tauscher,** Leonhard XXXI

**Tettnang** XXXIII, XLVIII, LXVI, 379, 485

**Thalheimer,** August 5, *9,* 45, 56, 85, 109, 445
– Aktivitäten vor dem 9.11.18 XLIX f., LVI f., 4, 7, 38, 378
– Ablehnung des Ministeramtes LVII
– Aktionsausschuß in Stuttgart 6, 8 ff., 12 ff., 30

**Thalheimer,** Berta XL

**Theurer** (A.-Rat) 363

**Thomas** (A.-Rat) 378

**Tirpitz,** Alfred von 55

**Tittel,** Hans XI
**Troß,** Erich *LXXI* ff., 79, 162, 179, 190, 194
**Trossingen** 165
**Trotzki,** Leo Davydovic 207
**Truppen**
– Rückkehr 86, 116, 121, 133, 226, 230, 384 ff., 395, 401, 407 ff., 446
– Entlassung 93, 99, 140, 148, 151, 153, 159, 164 ff., 176 ff., 396, 399, 404, 411 f., 416, 451 f.
– Arbeitszulagen und Entlöhnung 148 f., 153, 167, 220, 412
– Kapitulationen 151, 153
– Militärstrafen und Kriegsgerichte 152 ff., 161, 334 f., 393, 413 ff.
– Verwendung von Ausrüstungsmaterial 165
– Militärfahrscheine 176 f., 179, 188
– Bildung der württembergischen Reichswehrbrigade 13, 159, 179 ff., 199, 216, 218
– Auflösung von Garnisonen LXIX, 165
– Fliegerabteilung Böblingen 127 f., 152 f.
s. a. Demobilmachung, Offizierskorps, Soldatenräte, Sicherheitskompanien
**Tschechoslowakei** 158, 198, 201
**Tübingen** XV, XVIII, LXVI, LXXIII, 29, 105, 139, 168, 189, 196, 362, 419, s. a. Soldatenräte
– Oberamt XXXIII, LXVI, 477
**Tübinger Chronik** 139
**Tukums** 199
**Tuttlingen** XV, XIX, XXXIII, LXVI, 165, 169, 478

**Ukraine** 50, 54 f., 70, 120, 122, s. a. Sowjetrußland
**Ullerich** (Major) 385 f.
**Ulm** XIII, XV, XIX, XL, LVI ff., LXXI, LXXIII, 38, 73, 87 f., 99, 100 f., 104 ff., 111, 136, 140 f., 168, 233 f., 252, 293, 296, 314, 362, 378, 404, 410, 439 f., s. a. Soldatenräte
– Oberamt XXXIII, LXVI f., 485
**Ulmer** (Direktor) LIV
**Ulmer Zeitung** 31
**Ulrich,** Fritz *124*
**Ulshöfer** (A.-Rat) 56, 66, 69
**Unabhängige Sozialdemokratische Partei** (USPD) 112, 134, 445
– Gründungsphase in Württemberg XLI ff.
– Anteil an der Umsturzbewegung XLV, XLIX, LV, 27
– Beteiligung im Kabinett Blos LVI ff., LXV, 4 f.
– politische Ziele im November 1918 45 ff., 69 f.
– Mitarbeit in Rätegremien LXII, 275 ff., 280, 303 ff., 355 f., 361
– Wahl der Nationalversammlung 82, 227, 229 f., 426 f.
– Wahlergebnisse LXV, 470 ff.
– Anteil an den Januarunruhen 1919 135, 313 ff.
– Verhalten während des Generalstreiks 327 ff.
– Stellung zum Friedensvertrag 357 ff.
s. a. Aktionsausschuß, Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Spartakusgruppe, Vollzugsausschuß
**Unfried,** Emil LXXI, 3, 5, 8, *13* f., 20 f., 24, 36 f., 39 f., 45, 47, 57, 60, 69, 71 f., 74 ff., 107, 109 f., 114, 117, 234 f., 261, 267, 331, 345 ff., 348
– Aktionsausschuß Stuttgart 6, 8, 13 ff., 18
– Rechenschaftsbericht am 25. 11. 18 24–35
– 1. Landesversammlung der A.-Räte 225, 227, 229, 231 ff., 234
– 2. Landesversammlung 254, 264, 275–277, 280, 282, 288 ff., 293
– Absetzung im Landesausschuß 237, 246
– Januarunruhen 1919 312, 317, 319, 321 ff., 324
**Unger** (Hauptmann) 400, 402, 406
**Unitarismus** s. Einheitsstaat
**Unterhausen** 282, 290
**Untermberg** LXII
**Unterreiner,** Albert 254
**Unterriexingen** LXII
**Untertürkheim** LII, 330
**Urach** XXXIII, XLI, LXVI, LXXIII, 478
**Urach,** Wilhelm von 319

**Vaihingen/Enz** XXXIII, LXII, LXVI, 417, 473
**Vaihingen/Filder** LXIX, 226, 233, 264, 294, 304, 372
**Vaterlandspartei** 122
**Vereinigte Staaten von Amerika** 229, 276, 286, s. a. Wilson
**Verfassung,** württembergische LIX, 134, 265, 272
– Verfassungsausschuß 23, 134, 199
**Versammlungsverbote** 260, 294, 296, 328, 438, 453
**Vöhringen** 367
**Völker,** Karl 74
**Vogtherr,** Ewald XLIX, LII
**Voigtländer** (Sergeant) 389
**Volksbildungswesen** 249
**Vollmer,** Karl *282,* 289 f.
**Vollzugsausschuß** (Stuttgart) LIX, LXIII, 6, 225, 230, 232 ff., 237, 243, 343 ff.
– Konstituierung am 15. 11. 18 8
– Sitzung am 15. 11. 18 10 ff.
– Mitarbeit in der Sozialisierungskommission 23 f., 345
– Kontrolle der Stuttgarter Stadtverwaltung 12, 344
– Neuwahl am 26. 11. 18 69, 74, 76
– Kommissionen des Vollzugsausschusses 76, 343, 346 ff.
– Verhalten während des Generalstreiks 1919 353 f.

**Vorhölzer,** Fanny 76, 349
**Vorhölzer,** Karl 29
**Vorwärts** (Berlin) 246

**Wäscher,** Wilhelm *16,* 76, 104, 322, 349
**Waffenstillstandsabkommen** LIff., 86, 157
**Wahl** (S.-Rat) 384
**Wahlrecht** 40f., 48f., 64, 70, 82, 261
– Frauenwahlrecht 23
**Waiblingen** XXXIII, LXVIf., LXXIII, 229, 283, 473
**Walcher,** Jacob XXVIII, *12,* 63, 71, 76
– Haltung im Tagwacht-Konflikt XXXIVff., 4, 9
– Aktionsausschuß Stuttgart 6, 12f., 16f.
**Waldsee** XXXIII, LXII, 43, 485
**Wangen** XXXIII, LI, LXI, LXVI, LXXIII, 43, 485
**Wasner,** Otto XXVIII, XXXV
**Weiden** 367
**Weil im Dorf** 257, 294, 377
**Weimar** 162, 263, 293
**Weiner** (S.-Rat) 388
**Weingarten** LXI, LXIX, LXXIII, LXXVIII, 107, 135, 226, 364f., 383ff., s.a. Soldatenräte
**Weinmann,** Blasius 56, 68
**Weinsberg** XXXIII, LXIII, LXVI, 289f., 474
**Weisach** LXII
**Weiß,** August LI, 28, 66
**Weiße Garde** 52, 55, 68, 429
**Weißenau** 160, 249
**Weizsäcker,** Carl von LVII
**Welde** (S.-Rat) 130
**Weller,** Ernst 130, 383, 385f., 390
**Wels,** Otto XXXIX
**Welzheim** XXXIIf., LXIII, LXVI, 481
**Werbedienst der deutschen Republik** 162f., 248
**Werner,** Hugo *21,* 69
**Werner,** Karl 83, 202f.
**Wertheimer,** Fritz 71
**Westmeyer,** Friedrich *XXVII* f., XXXf., 4, 39, 358
– Haltung im Tagwacht-Konflikt XXXIII–XXXIX, 9
– Trennung von der SPD XXXIX–XLIX, 5
**Westpreußen** XLV
**Wetzel,** Heinrich LI
**Wicker,** Fridolin 108, *119* ff., 122, 126, 129, 146, 153, 156, 162, 170, 203
– Rechenschaftsbericht am 21.1.19 130–137, 143f.
– Januarunruhen 1919 312, 314f., 318, 325
**Wider,** Fritz 132
**Wilhelm,** Josef *12,* 52
**Wilhelm II,** Deutscher Kaiser 145, 219, 404, 416
**Wilhelm II,** König von Württemberg XIII, LII, 81, 83
**Wilhelmshaven** 25
**Willmer** (Hauptlehrer) 367
**Wilna** 202
**Wilson,** Thomas Woodrow XLIX, 51, 53f., 62f., 357
**Winter,** Louis 285
**Wirsching,** Eugen LIff., 18, 28, *348*
**Wirtschaftspolitik** XIV, XXI, 271, 352f.
– Fragen der Übergangswirtschaft 15, 33, 42f., 73, 243, 415f., s.a. Sozialisierung
**Wörner** (Oberleutnant) 145, 153
**Wohnungsfürsorge** LXI, LXIV, 9, 17, 31f., 121, 144f., 161, 265, 284, 290, 305, 314, 350, 363, 369, 371, 373, 375f., 379, 387, 462, 464
**Wolf** (A.-Rat) 350
**Wollbold,** Heinrich 108, *121,* 126, 135, 169, 217, 258, 335
**Württemberg** XIff., XXIVff., XXVIIIf., XXXII, XXXVII, XLff., XLVIII, LVI, LXV, LXXIII, 20, 30, 43, 47, 51f., 80ff., 111, 129, 140, 149, 161, 177, 182, 188, 198, 209f., 214, 216, 221, 235, 244, 249, 253, 256, 260, 272f., 278, 294, 298, 305, 314, 327, 377, 407, 409, 413, 425, 432, 441, 486
– territoriale Entwicklung im 19. Jahrhundert XI
– Verfassungsentwicklung XIff.
– Verwaltungsorganisation XI, XIIIf., 469
– Bevölkerungsstruktur und Berufsgliederung XVff., XIX, XXIIf.
– Industrialisierung XVIff., XXI
– Militärkonventionen 149, 195f., 216f.
s.a. Schwarzwald-, Donau-, Jagst-, Neckarkreis, Oberämter

**Württemberg,** Staatsregierung
– Kabinett von Weizsäcker LVII
– Kabinett Liesching LVII
– Kabinett Blos
Bildung und erste Kundgebungen LVII, 4f., 85, 445ff.
Zusammenarbeit mit den Räten LXIV, 10f., 19, 22ff., 33, 80ff., 119f., 129f., 183, 237, 317, s.a. Arbeiterräte, Landesausschuß, Soldatenräte
Maßnahmen im Januar 1919 135, 142, 247, 261f., 311ff., 435ff.
Grenzschutz Ost 202f., 210, s.a. Freiwilligenverbände
Politik während des Generalstreiks 1919 328, 330, 337, 439
s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte

**Württemberg,** Arbeitsministerium LXIX, 108, 121, 130f., 136, 153, 156, 169, 181, 289, 345ff., 350, 361, 415, s.a. Lindemann, Hugo; Schlicke, Alexander

**Württemberg,** Ernährungsministerium 241, 374, s.a. Baumann, Julius

**Württemberg,** Finanzministerium 88, s.a. Liesching, Theodor
**Württemberg,** Ministerium des Innern 150, 262, 344, 361, 367, s.a. Crispien, Arthur; Lindemann, Hugo
**Württemberg,** Kriegsministerium XXII, XLV, LXIX f., 80, 122, 125, 130, 132, 134, 138, 143, 148 f., 153, 162, 164 f., 174, 179 ff., 182, 187 ff., 244 f., 312, 334, 344, 386, 394, 396, 413, 415 f., 428, 431
– Zusammenarbeit mit Räten 136, 138, 140 ff., 147, 156, 160, 165 ff., 171 f., 185 ff., 215, 220, 410 f., s.a. Soldatenräte
– Grenzschutz Ost 159, 202 f., 208, 210 f., s.a. Freiwilligenverbände
s.a. Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, Sicherheitskompanien, Truppen; Schreiner, Albert; Fischer, Ulrich; Herrmann, Immanuel
**Württemberg,** Verkehrsministerium 243
**Württemberger Zeitung** (Stuttgart) 14, 30, 246
**Württembergische Bankanstalt** 11
**Württembergische Bürgerpartei** 241, 366, 420
**Württembergische Vereinsbank** 11
**Wüst** (S.-Rat) 102 ff.
**Wunderlich** (Hauptmann) 132

**Zahner,** Wilhelm 8
**Zech,** Paul 162
**Zeitungen** s. Presse sowie Titel einzelner Presseorgane
**Zeller** (Oberst) 402
**Zendler** (A.-Rat) 73
**Zentralrat** 146, 148 f., 153, 159, 211 f., 215 f., 219, 253, 355, 359, 425 f.
**Zentrum** XIII, XXX, LXV, 5, 23, 31, 52 f., 139, 228, 241, 364 f., 387, 464
**Zeppelin-Werke** Friedrichshafen XXII, XLVI, LXI, 378
**Zernicke,** Hermann *15* f., 20 ff., 24, 29, 35 f., 39 ff., 45, 67 ff., 71 f., 75 f., 82, 234, 261, 264, 319, 343, 345 ff., 348, 351, 456
– Rede am 25. 11. 18 56–66
– 1. Landesversammlung der A.-Räte 225 ff., 229, 231 ff.
– 2. Landesversammlung der A.-Räte 235 f., 237–251, 254, 256 ff., 264–267, 279 f., 282 f., 285, 287 f., 291, 293
– Januarunruhen 1919 311 ff., 317 f., 323 ff., 326, 344
**Zetkin,** Clara XXVII f., XXX, LVII, LXIII, 271, *292,* 313
– Haltung nach Kriegsbeginn XXXIII ff., XXXVIII, XLIII f.
– Leitsätze zur Sozialisierung 292 f., 296–302
**Ziegler** (Fahnder) LIII
**Ziegler,** August LI ff.
**Ziegler,** Georg 6, *15* f., 21, 66, 69, 76, 234, 303, 307, 312, 324, 346, 348, 352, 357 f.
**Ziegler,** Hans LIII, 29, 229, 234, 254, *277* f., 280, 285 ff., 288 ff., 293, 295 ff.
**Zimmer,** Theodor XXXV
**Zinnecker,** Georg *283*
**Zschocher,** Max L, 29
**Zwisler** (Hauptmann) 136
**Zuffenhausen** XV, XL, LXVII, LXIX, 435, s.a. Soldatenräte

**Die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien**

veröffentlichte ferner die folgenden Editionen:

**Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18.** Bearbeitet von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. In zwei Halbbänden, zusammen LXXXVII, 1535 S.

**Die Regierung des Prinzen Max von Baden.** Bearbeitet von Erich Matthias und Rudolf Morsey. LXXXV, 699 S.

**Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898–1918.** Bearbeitet von Erich Matthias und Eberhard Pikart. In zwei Halbbänden, zusammen CCXXVII, 917 S.

**Das Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 bis 1918.** In Verbindung mit Erich Matthias bearbeitet von Susanne Miller. XL, 330 S.

**Von Bassermann zu Stresemann.** Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917. Bearbeitet von Klaus-Peter Reiß. 463 S.

**Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19.** Eingeleitet von Erich Matthias, bearbeitet von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff. In zwei Halbbänden, zusammen CCVIII, 807 S.

**Friedrich v. Berg als Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1918.** Erinnerungen aus seinem Nachlaß. Bearbeitet von Heinrich Potthoff. VII, 234 S.

**Der Friede von Brest-Litowsk.** Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. Bearbeitet von Werner Hahlweg. LXXXIV, 737 S.

**Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918.** Bearbeitet von Wilhelm Deist. In zwei Halbbänden, zusammen CLXXIII, 1530 S.

**Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914–1933.** Bearbeitet von Martin Schumacher. 425 S., mit 2 Abb.

**Parlamentspraxis in der Weimarer Republik.** Die Tagungsberichte der Vereinigung der deutschen Parlamentsdirektoren 1925–1933. Bearbeitet von Martin Schumacher. XI, 272 S., mit 2 Abb.

DROSTE VERLAG

IM VERLAG E. J. BRILL (LEIDEN) ERSCHIEN 1968
„QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER RÄTEBEWEGUNG IN DEUTSCHLAND 1918/19":
BAND I:

# DER ZENTRALRAT DER DEUTSCHEN SOZIALISTISCHEN REPUBLIK

19. 12. 1918–8. 4. 1919

VOM ERSTEN ZUM ZWEITEN RÄTEKONGRESS

BEARBEITET VON

EBERHARD KOLB

UNTER MITWIRKUNG VON

REINHARD RÜRUP

Der Band bietet eine umfassende Dokumentation über die Tätigkeit des auf dem ersten Rätekongreß im Dezember 1918 gewählten „Zentralrats". Dieser fungierte bis zum Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung im Februar 1919 in gewisser Weise als eine Art Ersatzparlament: er wirkte bei den wichtigsten politischen Entscheidungen der Reichsregierung und der preußischen Regierung mit und besaß das Recht der Berufung und Abberufung der Volksbeauftragten. Auf Grund dieser bedeutsamen Funktionen des „Zentralrats" ist das hier publizierte, bisher unveröffentlichte Quellenmaterial nicht nur für eine genauere Kenntnis und Interpretation der Rätebewegung in Deutschland von Interesse, sondern es erhellt zugleich die maßgeblichen politischen Entscheidungen der Revolutionsmonate. Darüber hinaus wird durch eine sorgfältige und kenntnisreiche Kommentierung der Dokumente ein reichhaltiges Material zur Klärung einzelner Vorgänge und Zusammenhänge des Revolutionsablaufs bereitgestellt. Der Band führt daher ganz allgemein an die zentralen Probleme der deutschen Revolution von 1918/19 heran.